


HARVARD COLLEGE LIBRARY
VE RI TAS
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

Berliner Revolutions-Chronik.

Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848

nach politischen, socialen und literarischen Beziehungen

von

Adolf Wolff.

Zweiter Band.

Berlin, 1852.

Verlag von Gustav Hempel.

Inhalt.

IV. Buch.

Die politischen Parteien.

V. Buch.

Das Volk und seine Vertreter.

Viertes Buch.

Die politischen Parteien.

I. Literarische Rückblicke. — Die Tagespresse über die Fragen des Tages. — Neue Zeitungen, Flugblätter- und periodische Literatur. —

„Das preußische Volk, indem es die freie Berathung seiner wichtigsten Angelegenheiten in der Presse und in öffentlichen Versammlungen angetreten hat, darf nicht verkennen, daß nur im Kampfe der Ansichten die Wahrheit durchbricht, daß zur Wahrung der Freiheit jede Meinung mit voller Berechtigung und ungehindert sich muß äußern dürfen.“ So lautete eine Stelle der Rede, mit welcher der Ministerpräsident Camphausen den zweiten Vereinigten Landtag, im Namen des Königs, eröffnete. Und als diese Versammlung in ihrer zweiten Sitzung die Proposition „über einige Grundlagen der künftigen Verfassung“ berieth, da nahm Hr. Camphausen, gegenüber den von Hrn. v. Vincke geäußerten „speciellen Bedenken gegen die Zeitgemäßheit einzelner Bestimmungen“, das Wort für die „möglichst ohne Schranken und möglichst zahlreich“ zuzulassenden freien- und Volksversammlungen, indem er zugleich die Erwartung aussprach, „daß das Land sich an solche Zustände gewöhne, daß es sich sowohl in der einen als in der andern Richtung aussprechen werde.“ Es wird, äußerte er bei dieser Gelegenheit, hiermit wie mit der Presse gehen; „auch in der Presse muß der Zustand sich erst entwickeln, in welchem sich für alle Richtungen Organe finden; heute sind wir nicht in der Lage, daß jede Richtung in der Presse vollständig vertreten wäre; darum ist aber nicht zu behaupten, daß die Preßfreiheit gegenwärtig gefährlich sei. . . .“ *) Nicht überall wurden diese liberalen Ansichten des Leiters der Regierungsgeschäfte, auch von Solchen nicht getheilt, welche sich berufen hielten, bei der „Berathung der wichtigsten Angelegenheiten“ ihre Stimme in der Presse und in öffentlichen Versamm-

---

*) Vgl. die stenographischen Berichte über die Sitzungen des Zweiten Verein. Landtags. Beilage zur Allgem. Preuß. Zeitung. 1848., 4. u. 6. April. Beil. S. 825 u. 843.

lungen zu erheben. Hatte doch selbst die Hauptstadt, die dem unmittelbaren Eindrucke der geschehenen Umwälzung sich nicht zu entziehen vermochte, schon in den ersten Wochen abweichenden Ansichten und Principien in einzelnen Fällen einen Ausdruck gegeben und ihm eine Geltung zu verschaffen gesucht, die, nach den Aeußerungen der Gegner, die „neue Freiheit" ernstlich zu gefährden drohete. Bot unsere bisherige Darstellung hinreichende Gelegenheit, Fälle dieser Art kennen zu lernen, so gab sie doch auch zugleich Zeugniß von der außerordentlichen Regsamkeit und dem Eifer, mit dem in der Presse, wie in den Versammlungen, Meinungen und Ansichten aller Art geäußert wurden.

Die freie Presse hatte ihre Thätigkeit damit begonnen, die Bedeutung der Ereignisse, welche von den alten Zuständen zu den neuen hinübergeführt, darzustellen, allgemeine Rathschläge zu ertheilen, Principien zur Begründung der neuen Verhältnisse vorzuzeichnen, die Aufgeregten zu beruhigen und die Ruhigen aufzuregen. Wie weit auseinanderliegend, wie wiedersprechend die Aeußerungen dieser Thätigkeit auch waren, scharf ausgeprägte Parteizwecke traten in dieser ersten Phase noch nicht hervor, wie denn auch die Gründung des ersten Clubs nichts weniger als die Absonderung einer bestimmten politischen Partei bedeuten sollte. Das Chaos jener Tage hielt bestimmte Tendenzen fern. Mit dem Ende der Begräbnißfeier am 22. März beginnt die allmählige Entwirrung des chaotischen Zustandes. Die Verheißungen des Ministeriums Arnim liefern dem politischen Eifer den nächsten Stoff zur Erörterung specieller politischer Fragen; sie provociren selbst jenen Eifer in Bezug auf die Landtagsangelegenheiten, die nun die erste Streitfrage der Parteien bildet; doch nur der Parteien als Widersacher in den Ansichten über einen speciellen Punkt, nicht etwa der Parteien, wie sie ein ausgebildetes Staatsleben als streng abgesonderte enthält. Denn noch ist oder scheint Jeder Demokrat, wie ja selbst das Ministerium Arnim in seinen Verheißungen den demokratischen Standpunkt einnimmt; noch erscheinen den Ruheliebenden unter diesen Demokraten nur einzelne Personen als Aufwiegler und Anarchisten; von einer anarchischen Partei ist jetzt noch nicht die Rede. — Der Demokrat und Stadtrath D. A. Benda, dessen wir schon mehrfach zu erwähnen Gelegenheit gehabt, wird nicht müde, Aufrufe zu erlassen, in denen er stets den Sieg, die Errungenschaften, die Würde des Volkes begeistert anerkennt, zugleich aber von einem „durch seine Gesinnungen von Gott gestempelten Pöbel" spricht. (Spen. Z. 28. 29. März.) Die Gefahren, die Hr. Benda sich und seinen Lesern täglich schrecklicher und drohender ausmalt, zeigen sich ihm bald in solcher Nähe, daß er am 2. April (Sp. Z. 3. April) einen Angstschrei „an die preußischen Minister" richtet, um sie aufzufordern, „ihre Seele mit Muth, Muth, Muth! zu erfüllen." Und warum? „Catilina ist vor Euren Thoren und Ihr schlaft? . . . Catilina, das ist: der schlimmste Feind, das gedenkbar böseste Princip ist nicht bloß vor Euren Thoren, nein, bei weitem schlimmer, er wüthet in Euren Stra-

ßen, Euren Gassen, Euren Häusern, in allen Familien des Vaterlandes, es wüthet in allen Zweigen Eurer Verwaltung und Ihr schlaft! Dieser schlimmste Feind, dem seit 14 Tagen Alles, Alles mehr anheimfällt, es ist die blind-rasende Anarchie, die je leichter sie Alles zerstört und vernichtet, um so weniger irgend etwas neu zu gründen oder das Alte in bessere Form umzugestalten oder herzustellen vermag." Wie dringend der Warnungsruf auch war, — Hr. Benda ließ nicht nach, ihn an den folgenden Tagen zu wiederholen — die Minister schienen den Warner zu überhören und — weiter zu schlafen; am 13. April (s. Voss. Z.) beginnt Hr. Benda wiederum seinen Aufruf an die preußischen Minister: „Catilina ist vor Euren Thoren und Ihr schlaft!" Doch ist Catilina diesmal nicht „das gedenkbar böseste Princip"; jetzt gilt es dem ministeriellen „stets nur Unheil bereitenden Schaukelsystem"; ist jetzt Zeit — fragt Hr. Benda — Reserven und Landwehr bald einberufen, bald entlassen, ist jetzt Zeit, mit Synoden sich beschäftigen, „jetzt, wo Gottlob endlich das entnervende Geistliche in seiner Nichtigkeit vor der nervigen Bejahung des Geistes versinkt." Er fordert „große" Politik; „es gilt groß vollbringen, was verächtliche Diplomatie 1813—15 feige versäumt; es gilt Preußen und Deutsche mit keine Furcht kennender, kein Opfer scheuender Begeisterung erfüllen, im Sturmschritt erzwingen, was 33jährige Schmach lähmend gehindert." — Die Catilina-Artikel blieben jedoch nicht ganz wirkungslos. Der ehemalige Obristlieutenant F. v. Bülow, der vor dem März mit Hrn. Benda auf demselben lichtfreundlichen Boden gestanden und wie dieser von den Inseraträumen der berliner Zeitungen aus gegen Obscurantismus und Jesuitismus gekämpft hatte, richtete plötzlich seine Waffe — das Inserat — gegen seinen alten Genossen. Höhnisch rief er aus (V. Z. 5. April): Hr. Benda habe mit seinem Catilina vor den Thoren ganz recht, denn Catilina habe bereits vor den Thoren Berlins eine Eisengießerei und drei große Artillerie-Magazine mit ihrem Inhalte verbrannt! Darauf erklärte der verhöhnte Bewunderer des 18. März: Hr. v. Bülow könne wohl weder als Bürger noch als Militair sein Urtheil gegen jenen Brand vor den Thoren Berlins rechtfertigen; dieser forderte nun Jenen auf, seine entgegengesetzte Ansicht über den Brand als Militair, Bürger „und auch als vernünftiger Mensch" zu rechtfertigen. Und als nun Hr. Benda, weiter zurückgehend, seinem Gegner auftrug, „eine Niedermetzelung vieler hundert wehrloser Menschen zu rechtfertigen", die Brandstiftung aber als eine Maßregel zur Verhinderung jener „Niedermetzelung" bezeichnete, da erklärte Hr. v. Bülow in einem „letzten Worte" an Hrn. Benda, daß er nicht die Ehre habe, ein „Geistesverwandter" von diesem zu sein und darum weder dessen Auftrage genügen noch der Beschönigung der Brandstiftung seinen Beifall schenken könnte. Diese halb ernste, halb komische Polemik bezeichnet, trotz ihrer Dürftigkeit, charakteristisch die Trennung, welche die neuen Verhältnisse in den Ansichten früher gleichgesinnter Personen hervorgebracht hatte.

Die Gefahren des neuen Zustandes, das Verderbliche einzelner der gemachten Verheißungen suchte zuerst ein Mann darzustellen, dessen vormärzlicher politisch-literarischer Ruf hauptsächlich durch den Widerstand begründet war, den die preußische Regierung und die Censur seinen Productionen entgegengesetzt hatten. Hr. v. Bülow-Cummerow, ein alter pommerscher Gutsbesitzer, erließ bereits am Ende der ersten Woche nach dem 18. März seinen Mahnruf in einem Flugblatte *), dessen Inhalt die Anfänge einer contrerevolutionären Opposition enthalten, die sehr bald unter der Leitung jenes Herrn, inmitten der Bewegungen der Hauptstadt, eine besonders den finanziellen Maßregeln der Regierung gefährliche Bedeutung sich zu verschaffen wußte. Das Flugblatt lautete:

An meine deutschen Mitbürger, zunächst in Preußen.

Eine Erschütterung, wie die Geschichte von Europa noch keine kennt, bedroht die Wohlfahrt unseres Welttheils. — Ein hitziges Fieber hat sich der Geister bemächtigt, sie denken nicht mehr, sie reden irre und kämpfen gegen sich selbst; nutzlos mit stumpfem Starrsinn blickt man die Ereignisse an, und läßt Gottes strafende Hand walten, ohne daß man den höheren Willen zu erfassen und zu versöhnen sucht. Auf der einen Seite ein Abgrund, auf der anderen die Aussicht in eine glückliche Zukunft, ist dem Menschen noch die freie Wahl geblieben: Ueberlassen wir der Fieberfantasie die Führung, so stürzen wir in eine Tiefe, aus welcher keine Rückkehr ist; überlassen wir uns der Leitung der kalten Vernunft, so ist Rettung zu erwarten. — Der Kampf gegen den Absolutismus und die büreaukratische Willkür ist beendet, der Sieg vollkommen, die Rückkehr nicht mehr zu fürchten; aber die Grundfesten des Staatsgebäudes sind zugleich mit erschüttert, die das Ganze leitende Hand zittert, Jeder will regieren, Niemand gehorchen, die Lebensquellen des Volkes stocken und alle bösen Geister haben ihre Schutzwinkel verlassen und, die Fahne der Freiheit in der Hand, führen sie die Blindgläubigen zur verwerflichsten aller Tyranneien, der Anarchie. — So lange eine feste Regierung das Regiment führt, giebt es nur eine Partei, die, welche sie stürzen will, wogegen die an König und Vaterland durch ihr eigenes Interesse gefesselte große Masse des Volkes, wenn sie das System der Regierung für verderblich hält, den Zuschauer macht. Wankt nun die Regierung, so steht diese einzelne, während die Gegenpartei vereint das Wort führt und die Stimme einer kleinen Fraction als die einzige erscheint. — Daher ist es an der Zeit, daß die, welche in Starrsinn verfallen sind und die, welche wie ein großer Theil des Bürgerstandes gegen ihre eigenen Interessen wüthen, sich fest unter sich und fest der Regierung anschließen, um dieser zu zeigen, welches der eigentliche Volkswille sei und ihr den Muth und die Kraft zu verleihen im wahren Interesse des Königs und des Volkes zu handeln. Daß dies noth thut, erfährt das Land jeden Augenblick. Was Preußen von seinem Monarchen zu erwarten hat, nachdem der Flor zerrissen ist, mit welchem unfähige und unwürdige Minister ihm die wahre Lage der Verhältnisse verborgen gehalten hatten, beweisen die Zugeständnisse, welche er seitdem seinem Volke gemacht hat. — Wie großes Vertrauen die Minister verdienen, welche mit dem ehrenhaftesten Charakter Freisinnigkeit verbinden, beweiset jeder Schritt, der bisher von ihrer Seite geschehen ist. — Allein das Ministerium überstürzt sich mit Zugeständnissen. Wir wollen zugeben, daß die Verhältnisse es wohl dazu drängen, da es sich noch nicht auf die Ansichten der großen Majorität des Volkes stützen kann. Allein eben daher ist es nothwendig, daß ungeachtet der nahen Zusammenkunft der Reichsstände sich die Provinzen und in diesen die verschiedenen Glieder des Volkes darüber aussprechen. — Wie nothwendig dies ist, davon finden wir einen Beweis in dem Extra-Blatte der Allg. Preuß. Zeitung vom 22. März. — Die Veranlassung zu diesem haben die Anträge der Deputirten von Breslau und Liegnitz gegeben, welche unter anderen auf Urwahlen angetragen haben mit dem Beisatz, daß, wenn diese nicht bewilligt würden, Schlesien sich zu einer Republik erklären würde. Wir fragen Schlesien, ob es den oben bezeichneten Deputirten einen solchen Auftrag gelegentlich mitgegeben habe? Wir würden an dem guten Geist Schlesiens und an seinem gesunden Sinn verzweifeln, wenn dies möglich wäre; da wir an diesem aber nicht verzweifeln, so verlieren wir kein Wort

*) Gedruckt bei J. Sittenfeld.

darüber. — Inzwischen müssen wir unsere Mitbürger darauf aufmerksam machen, daß Urwahlen, wenn sie angeordnet werden sollten, nothwendig zur Republik führen, und daß, wenn diese daher wirklich von dem Reichstage beschlossen werden sollten, eine entschiedene Reaction in den Provinzen die Folge davon sein, und, da ganz Deutschland keine Republik will, dadurch eine künftige Reichsverfassung, an der Preußen Theil nimmt, unmöglich gemacht werden würde. Durch Urwahlen erhält die unterste Volksklasse, als die bei weitem zahlreichste, ein entschiedenes Uebergewicht in dem Nationalconvent, die Stimmen der höheren gebildeten Klassen, die der großen Grundbesitzer und des ganzen Bürgerthums, selbst wenn diese sich fest aneinander schließen wollten, blieben ganz in der Minorität und würden nur zu bald aus der Versammlung vertrieben werden. — Durch die Anordnung von Urwahlen würde sich der alte gediegene Charakter des Deutschen, von den Urvätern auf die Enkel übergegangen, verläugnen und die ganze Geschichte des deutschen Volkes, wie einst die von Frankreich, vernichtet werden. — Will Deutschland, will Preußen dies, will es den unheilvollen Pfad aufnehmen, den Frankreich jetzt zum zweiten Male betreten hat? Jeder, der das Vaterland und sich selbst liebt, bedenke dies und daß Schweigen für eine Zustimmung gehalten wird. Was die übrigen in dem Extra-Blatt bezeichneten Punkte betrifft und namentlich den über die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Domanial-Polizeigewalt, so rufe ich meine Mitstände auf, ohne Widerspruch diese ihnen zustehenden Rechte dem Allgemeinen zu opfern. — Gegen die Vereidigung des Militairs auf die Verfassung erheben wir einen entschiedenen Widerspruch. In einer Schrift, die in einigen Tagen unter dem Titel erscheinen wird: „Die politische Gestalt Deutschlands und die künftige Reichsverfassung", haben wir die Gründe entwickelt, weshalb es nöthig sei, das Militair auf die Reichsverfassung zu vereidigen. An meine Mitbürger wiederhole ich daher die dringende Aufforderung: schaaret euch um die gesetzliche Ordnung, um den Thron, dem ihr und eure Vorfahren so viele Wohlthaten dankt, beweiset es Europa, daß der gesunde Sinn und der feste Charakter des Deutschen noch in euch lebt und sich jetzt wie früher in der Gefahr am größten zeigt. — Seit vielen Jahren habe ich in Druckschriften, die ganz Europa kennt, die Regierung aufgefordert, die Zeit zu begreifen und dem Volke nicht vorzuenthalten, was ihm gebührte. Ich habe in Denkschriften dem Monarchen und seinen Ministern öfters gesagt, was die Censur nicht drucken ließ, nämlich daß das erfolgen würde, was jetzt leider gekommen ist. Stoßet daher, meine Mitbürger, nicht, wie es die Großen gemacht haben, den Rath, den ich euch ertheilt, zurück, denn wenn ihr es thut, so seid ihr dem Fatum anheimgefallen und euer Wohlstand löset sich in Elend auf; erkennt es aber auch mit mir an, daß die Verantwortlichkeit der Minister uns eine Bürgschaft dafür ist, daß das dem preußischen Volke verpfändete Wort des constitutionellen Königs nicht gebrochen wird, dies würde aber der Fall sein, wenn auf den Ruf von Einzelnen, den Vereinigten Landtag zu entlassen, ohne ihn gehört zu haben, Folge gegeben würde. Bülow-Cummerow.

Seine Ansichten über die neuen Zustände suchte Hr. v. Bülow-Cummerow in Zeitungsartikeln (Spen. Ztg. 27. März ff.) weiter auszuführen; das Volk von Berlin, äußerte er, habe für eine „Idee" gekämpft. Das Militair „aber für seine Pflicht und seine Ehre"; das Militair sei siegreich geblieben. Berlin müsse ein Manifest erlassen, worin es die Tapferkeit und die Pflichttreue der Truppen anerkennen und der König habe ebenfalls diese Anerkennung auszusprechen, damit die Mißstimmung in der Armee gehoben und Berlin wieder militärisch besetzt werde. Der „Publicist" beleuchtet (Nr. 24.) diesen „Unkenruf aus den Trümmern des gefallenen Polizeisystems, des zusammengestürzten Militairstaats" im Sinne dieser epithetischen Bezeichnung. „O, legen Sie sich schlafen, alter Herr", ruft das Blatt dem Gegner zu, „Sie haben lange genug für uns gewacht! Die Zeit ist aus den Windeln aufgestanden; der Bart des Mannes ist ihr über Nacht gewachsen und Sie kennen sie nicht mehr; die Wiegenlieder, die man ihr in Deutschland, ach, so lange gesungen hat, sind endlich verstummt vor den Posaunentönen der Freiheit und vor dem Waffenrufe des neuverbrüderten Volkes." — Auch Hr. Loeff, „bisher stolz ein

Rheinländer zu sein, aber auch von nun an stolz, ein berliner Bürger zu sein", rühmt die Pflichttreue der Soldaten während des Kampfes, aber nur um das „Große, sehr Große" anzudeuten, was durch den Kampf des Volkes und der Militairmacht in Berlin geschehen, und um seine Landsleute, die Rheinländer, aufzufordern, den Berliner „nicht mehr einen Preußen, sondern ihren deutschen Bruder zu nennen". (V. Z. 25. März.) Ein Landsmann des Hrn. v. Bülow-Cummerow, ein Steuerbeamter aus Penkun, zollt dem Hrn. Loeff dafür, daß er der Erste sei, der dem Militair Gerechtigkeit wiederfahren lasse, seine „Bewunderung". (V. Z. 29.) — Hr. Reineck, an „den denkwürdigsten Tag in Preußens, in Deutschlands Geschichte, den 18. März, den Tag des Kampfes um die Rechte des Bürgers in allen Klassen" anknüpfend, betrauert (Sp. Z. 29. März), daß noch die Scheidewand bestehe, welche der 18te habe niederreißen wollen; „die Männer des Zweikampfes haben einander den Rücken gewandt und stehen sich in zwei Lagern gegenüber, als harrten sie des Augenblickes, der sie von Neuem wieder zu den Waffen ruft." Seinen „Mitbürgern" führt Hr. Reineck die Pflichttreue des Militairs vor: „Könntet Ihr Euch eines Sieges rühmen, wenn eidbrüchige Feiglinge schimpfliche Furcht vor Euch ergriffen hätte? Die Festigkeit des Kriegers hat den Glanz Eures Sieges erhöht." Jetzt gelte es, die Gesinnungen der Verbrüderung, der Menschenliebe gegen einen besiegten Feind zu bethätigen. Den „Kriegern" ruft Hr. R. zu: „Der Glanz und Schimmer Eures Standes ist vor dem siegreichen Rechte der Menschlichkeit für immer erloschen. Der König braucht keine Garden mehr! Darum legt von dem Augenblicke an, in dem Ihr diese Stimme, welche die Stimme des Vaterlandes ist, vernehmt, den gehaßten Namen der Garde ab! Brandmarkt ohne Ausnahme die von Etlichen unter Euch an Kindern Berlins verübten Grausamkeiten durch die öffentliche Erklärung, daß Ihr dieselben verabscheut, daß Ihr hinfort alle unter Menschen Menschen sein wollt, die kein anderes Vorrecht haben, als ihren Bürgern gleich zu sein. Befehlshaber des Heeres, schämt Euch der Wahrheit nicht, Euer Geständniß wird Euch das Unterpfand sein, mit offenen Armen von uns aufgenommen zu werden." — Hoffnungsreiche Aussichten für „Preußens Gegenwart und Zukunft" eröffnet Hr. Pohle, Kammergerichts-Assessor (Sp. Z. 4. April): „Preußen hat aufgehört, ein Militairstaat zu sein. Das stehende besoldete Militair, auf ein Drittel des bisherigen reducirt, wird keinen Vorzug mehr genießen vor den übrigen Ständen im Staate. Das Militair ist in den Bürgerstand aufgenommen, der König und Vater ist mit seinen Unterthanen und Kindern Eins geworden; er kann in Mitte dieser sein Haupt ruhig niederlegen und diese können fortan mit jeder Bitte und Beschwerde unvermittelt sich ihm nähern." Vom Militair-Etat können nunmehr 12—14 Millionen jährlich erspart werden und diese Ersparniß zur Förderung des Bürgerwohls verwandt werden; Ackerbau, Handel und Industrie würden hierdurch mächtige Hebel erhalten, der Arbeiter besser belohnt, die Lehrer und

Staatsbeamte reichlicher besoldet werden u. s. w. — Dr. S. Stern tritt gegen die Furcht vor dem Absolutismus oder Anarchie, gegen das mangelnde Vertrauen zum Siege der Revolution auf (V. Z. 30. März): „Eine Revolution ist vor unsern Augen vollbracht worden ... sie hat nicht nur die Freiheit des Volks gesichert, sondern auch die Freiheit des Königthums begründet; sie hat zugleich zwei Feinde des wahren Völkerglücks besiegt, den Absolutismus und die Anarchie. . . . Die Revolution ist vollendet, der Sieg der Ideen, von denen sie getragen wurde, ist gesichert. — Warum sehen wir noch nicht die Frucht dieses Sieges — die Reform? Weil auf beiden Seiten noch das Vertrauen zum Siege der Revolution mangelt; weil die Furcht vor den beiden Feinden des Völkerwohls, Absolutismus und Anarchie, noch nicht überwunden ist. Mißtraut das Volk der Gesinnung des Königs? Nein! Er steht an der Spitze der Revolution. Mißtraut der König der sittlichen Kraft des Volkes? Nein! Er hat es seine Todten bestatten sehen. Die Furcht der Anarchie erhält sich im Gemüth des Bürgers, der die sittliche Kraft des Volkes noch nicht erkennt, die Furcht vor dem Absolutismus drängt sich in das Gemüth des Arbeiters, der den Sturz der Büreaukratie noch nicht begreift. Schattenbilder sind es, die diese Furcht erzeugt und an denen sie immer neue Nahrung findet. . . . Männer, die Ihr die Revolution vollbracht, die ihr den Sieg errungen habt, und das seid Ihr Alle, Bürger und Arbeiter, König und Volk — bekundet's nun durch Worte und That, daß Ihr wißt, was Ihr besiegt habt: den Absolutismus und die Anarchie. . . .“

Neben diesen allgemeinen Erörterungen, Herzensergüssen, Meinungsäußerungen lieferten die Zeitungen als Beigaben zu ihrem politischen und eigentlichen Redactionstheile in größerer Fülle Aufsätze, die sich speciell auf die einzelnen politischen und socialen Tagesfragen bezogen. In wie starkem Maße der Wunsch, die Sucht vorhanden war, Meinungen öffentlich zu äußern, Rathschläge durch die Presse zu ertheilen, beweisen nicht nur thatsächlich die Zeitungen selbst in dem erweiterten Umfange ihres bisherigen äußeren Materials, sondern mehr noch einzelne öffentliche Erklärungen von Zeitungsredactionen, unter denen die der berliner Zeitungs-Halle z. B. in Bezug auf die „Mahnungen mehrerer Einsender von Aufsätzen wegen verzögerten Abdrucks ihrer Einsendungen“ zur öffentlichen Kenntniß bringt (B. Zeit.-H. 3. April), daß sie in den letzten Tagen allein zwischen 60 bis 70 größere Aufsätze erhalten habe. Die Voss. Zeit. erklärt (4. April) sich vollends außer Stande, „unter den gegenwärtigen Verhältnissen, namentlich von Berlin eingehende Aufsätze, im Fall der Nichtannahme den Einsendern zurückzuschicken.“ Die Zeitungshalle, die Unmöglichkeit andeutend, alles Eingesandte abzudrucken, fordert von solchen Einsendern, denen an schleuniger Veröffentlichung ihren Productionen liege, daß sie die Kosten des Druckes tragen; die Voss. Ztg., die in hergebrachter Weise, fast alle eingesandten Artikel nur gegen Insertionsgebühren zum Abdruck brachte,

war jetzt selbst darin spröde, auch solche Artikel, deren Druckkosten die Einsender tragen wollten, zu veröffentlichen. Die Furcht aufzuregen, ließ sie gewisse Einsendungen zurückweisen. Ein derartiger Fall in Bezug auf den Prinzen v. Preußen ist bereits früher erwähnt. — Ihr Referent über die Begräbnißfeier vom 22. März hatte dem Prediger Sydow die Worte: „Laßt uns die Sünde vergeben, die die auf der andern Seite Gefallenen auf sich geladen ꝛc." in den Mund gelegt, Worte, die sich freilich in dem besondern Abdruck der vollständigen Rede, die Hr. Sydow selbst besorgt, nicht wiederfinden, die jedoch auch von diesem öffentlich nicht desavouirt wurden. Ein „preußischer Offizier" sandte am nächsten Tage einige Bemerkungen über jene Worte an die Redaction, mit dem Ersuchen um baldige Insertion auf seine Kosten. „Durch allerhand Lügen und Winkelzüge, die einem ehrenhaften Handhaber einer freien Presse unwürdig erscheinen müssen" — so erklärte mehrere Tage später, am 30. März, der Einsender (in der Zeit.-H.) — „hat man die Aufnahme bis heute nicht bewerkstelligt." Die zurückgewiesenen Bemerkungen aber lauteten: „So lange der König das Recht hat, den Eid der Treue und des Gehorsams zu fordern, so lange die preußische Armee ihre Ehre darin sucht, die Heiligkeit ihres Eides unter allen Umständen zu bewahren ꝛc., wird kein Priestermund im Stande sein, die heldenmüthige Aufopferung der Truppen während des 18. zum 19. mit dem Verdammungswort: Sünde zu besudeln." Die Voss. Zeit. hielt es noch nicht an der Zeit, solche Einsprüche gegen die herrschende Stimme zu veröffentlichen. Es währte freilich nicht lange und sie erkannte ihren Beruf: der Cloak zur Aufnahme des gesammten Unraths zu sein, den die Provinzen ihr — gegen Insertionskosten — zuführten.

Von allen politischen Fragen war die über den Landtag bisher am ausgedehntesten erörtert worden. Wie in der Versammlungen so hatten auch in der Tagespresse sich Stimmen für und gegen Einberufung des Landtages erhoben; es fehlte nicht an solchen, die auf Vermittelung der einander entgegengesetzten Ansichten gerichtet waren. „Die Gegner des Landtags" heißt es in einem Artikel von M. (V. Z. 4. April) „fußen auf der Thatsache der Revolution und deduciren aus ihr den staatsrechtlichen Standpunkt der Frage; der Landtag sei faktisch und rechtlich unmöglich als Theil des staatlichen Gebäudes, das die Revolution umgestürzt hat. Die extreme Meinung für den Landtag bestreitet die Thatsache der Revolution, weil ihr — wenigstens in Bezug auf die Verfassungsfrage — Endziel und Erfolg gefehlt habe. Durch das Patent vom 18ten hatte der König bereits zum constitutionellen System sich bekannt; es bedurfte zu diesem Uebergange keiner Revolution mehr." Der Artikel sucht nun eine vermittelnde Lösung der Frage in dem praktisch-politischen Standpunkt: „Es ist gleichgültig, ob man die Revolution zugiebt oder nicht. Die Revolution kämpft gegen ein System, sie kämpft für die Reform, sie kämpft vielleicht gegen ein einzelnes Gesetz, — aber sie kämpft nicht gegen den abstreitenden

Begriff des Gesetzlichen. Mit ihrem Siege — dem Siege über ein System — tritt sie für die Reconstruction der Verfassung auf dem Boden des Gesetzes, des Rechtes und hat für die Befestigung des neuen Systems das Interesse, nicht ohne Noth den Boden des formellen Rechtes zu verlassen. Wenn dem Landtage eine beschließende Stimme bei der Verfassungsänderung eingeräumt wäre, so würde gegenüber der Krone und gegenüber den Ansprüchen der Revolution ein Conflict denkbar sein, der die Einberufung des Landtags unmöglich mache. Der Conflict bleibt ausgeschlossen, da der Landtag nur eine berathende Stimme hat. Der Krone ist daher verstattet, eine formelle Rechtsverletzung zu vermeiden, indem sie unter ständischem Beirath das Wahlgesetz octroiirt. . . . Das neue System wird fester stehen, wenn die Nation Zeuge gewesen, wie auch jene alten Landstände gezwungen waren, die Berechtigung und Nothwendigkeit des neuen Systems anzuerkennen." — Hr. Stern hält (V. Z. 3. April) die Aufgabe des Landtags für keine andere, als „dem Vaterlande das Organ zu geben, das bisher der Landtag selbst gewesen und das er nach der stattgehabten Umwälzung ferner nicht sein kann, das Organ einer wahrhaften Volksvertretung, das im Verein mit dem Könige und den verantwortlichen Ministern die neue Gestaltung der Dinge in's Leben rufen soll." Als Organ jedoch der absoluten Monarchie — obschon deren freiestes und volksthümlichstes Organ — könne der Landtag kein Gesetz berathen, das auf eine bleibende Gültigkeit im constitutionellen Preußen Anspruch machte, und darum könne sein Beirath nicht für ein Wahlgesetz, das ein wesentlicher Theil der künftigen Verfassung sein würde, sondern nur für eine „Wahlverordnung", nach welcher die einmalige constituirende Versammlung berufen werden solle, in Anspruch genommen werden. — Hr. Fr. v. Raumer gab sein Votum dahin ab (Sp. Z. 29. März): „Als das englische Unterhaus einer wesentlichen Reform bedurfte, fiel es keinem einzigen Engländer ein, daß der König dieselbe vornehmen oder daß man das Oberhaus von der Mitwirkung ausschließen sollte. Alle gemeinsam haben das große Besserungswerk zu Stande gebracht. Dasselbe erwartet jeder besonnene Preuße von dem Landtage und dem Könige. Jenen ausschließen hieße, im Widerspruch mit Erfahrung und Wissenschaft, den Gottlob! gewonnenen, breiten, sicheren Boden des Staatsrechtes preisgeben und in das verderbliche Gebiet bloßer Willkür zurückfallen." — Hr. Michelet räth dem ersten Verein. Landtage, auch der letzte zu sein, nicht mit seinen Feudalständen noch einmal auf dem Schauplatz der Gegenwart zu erscheinen, „da acht Tage ein Jahrhundert zwischen uns und seiner Gliederung aufgethürmt haben", nicht den glänzenden Ruhm seines vorjährigen Zusammentretens erblassen zu machen, sondern sogleich von der Heimath aus das allgemeine Stimmrecht nach der Einwohnerzahl zu genehmigen. Müsse aber das Unvermeidliche geschehen, trete der Landtag noch einmal zusammen, „so gebe er der Welt das erhabene Schauspiel selber die feudalen Kasten-

unterschiede, aus denen er entsprungen, zu zerbrechen". (Z.-H. 28. März.) — Hr. G. Julius nennt die Vorlegung des Wahlgesetzes an den Landtag einen politischen Mißgriff: Der Rechtsboden, auf dem man mit dem alten Landtage zu stehen vermeine, sei ein leerer Schein; die alte Form des Rechtes, welches in dieser Institution ausgedrückt werde, sei durch die That des Volkes sowie durch die Anerkennung dieser That vermöge der Erklärung des Königs, ein constitutioneller König sein zu wollen, vollständig zerbrochen. Jetzt müsse eine neue Form geschaffen werden. Die Initiative, um diese neue Form vertragsmäßig zur Stande zu bringen, stehe dem Könige zu, weil Niemand anders sie üben können, als der Mann, der noch den einzig aufrecht erhaltenen Centralpunkt des Staates bilde. Dieser könne Rath nehmen von wem er wolle, auch von den Mitgliedern des Landtages, doch nicht von dem Landtage als rechtlicher Institution, da diese bereits vollständig zerstört sei. Lasse sich aber der König, ehe er zur Entwerfung eines provisorischen Wahlgesetzes unverzüglich schreite, erst von den Mitgliedern des alten Landtags berathen, so komme die Entwickelung der neuen Institutionen in die Gefahr innerlicher Widersprüche, so wie einer schädlichen und gefährlichen Verschleppung (Z.-H. 31. Mz.). — Als nun aber die Landtagsmitglieder zahlreich eingetroffen waren und die Eröffnung desselben am 2. April unzweifelhaft bevorstand, da erklärte Hr. Julius (Z.-H. 2. April): Seine Anwesenheit ist eine Thatsache und mit Thatsachen ist kein Rechten mehr; es würde verkehrt sein, ihm irgendwo hemmend oder drohend in den Weg zu treten. Doch sei ihm zu rathen, daß er sich für nicht mehr bestehend und die Verzichtung seiner einzelnen Mitglieder auf die Rechte erkläre, welche ihnen als Gesammtheit aus der früheren, jetzt unmöglich gewordenen, Gesetzgebung zugestanden hätten. Sodann handle er weiter als eine gelegentlich versammelte Anzahl von Staatsbürgern, er ertheile den von ihm als Landtag geforderten Rath als bloße Volksversammlung, oder er versage solchen, je nachdem es ihm passend scheinen werde.

Noch ehe der Landtag eröffnet war, gab die Frage über die verheißenen Urwahlen und das Wahlgesetz den Stoff zu vielseitigen Erörterungen in der Tagespresse. „Die wichtigste unter den großen zur Lösung zu bringenden Fragen", beginnt Hr. Paalzow einen Artikel (Zeit.-H. 2. April) „ist für den Augenblick die Einleitung der Urwahlen; . . . sie ist die wichtigste, weil die Urwahlen der Anfang unserer Entwickelung sind und sein müssen, weil ohne die neue Vertretung des Volkes kein Schritt geschehen kann, die neue Ordnung der Dinge in's Leben zu rufen." Es handele sich jedoch nicht um den Erlaß eines eigentlichen Wahlgesetzes, denn die aus den Urwahlen hervorgehende Vertretung sei erst das gesetzliche Organ des Volkes, mit dem, so wie die gesammte neue Verfassung, so auch erst das wirkliche künftige neue Wahlgesetz zu machen sei. Es handele sich darum, die gesammte Nation aufzurufen, zu den Urwahlen zusammenzutreten, um nicht aus Ständen, nicht nach irgend

welchen Klassen, sondern auf der breitesten Grundlage, auf der anerkannten, allgemeinen Berechtigung jedes großjährigen Mannes — „jede nicht so weit gehende Grundlage wäre nicht die breiteste" — durch die Urwahlen die wahrhafte Volksvertretung zu bilden. Die Regel für diese Urwahlen, das Verhalten bei denselben sei nichts anders, als die von der Regierung für dies eine Mal anzugebende Ordnung. „Die Regierung usurpirt kein Recht, übt keine Willkür, sondern nur ihren Beruf, indem sie die Wahlordnung diesmal angiebt, indem sie damit den von Allen ersehnten ersten Schritt thut, um die neue Ordnung beginnen zu lassen." — Die Voss. Zeit. räumt die erste Stelle ihres Redactionstheiles — um Allen gerecht zu werden — den verschiedenartigen Ausführungen direct entgegengesetzter Ansichten über das Wahlgesetz ein. Während in ihrem ersten hierauf bezüglichen Leitartikel (27. März) Hr. Michelet ein Wahlgesetz fordert, wonach jeder großjährige, ehrenhafte, ansässige Einwohner, der nicht öffentliche Armengelder bezieht, kurz jeder Bürgerwehrmann Wähler und wählbar sein soll, jedoch kein Wahlsystem in zwei Stufen, vielmehr directe Wahl angewandt werde, verlangt ein unmittelbar darauf folgender Artikel, daß in den Abgeordneten des Landes „der gesammte Grundbesitz des Landes und der Städte, die großen gewerblichen und Handels-Interessen, und in diesen die Arbeit, ferner die freien Capacitäten und die des Beamtenstandes" vertreten seien, daß das Wahlgesetz eine „verhältnißmäßige" Vertretung dieser Hauptrichtungen der Kräfte und Thätigkeiten des Landes anordne, daß jeder großjährige Staatsbürger Urwähler sei; daß die Wahl eine indirecte sei, so daß je hundert Urwähler einen Wähler und je hundert Wähler einen Abgeordneten wählen. „Wie diese auf die verschiedenen Kategorieen der zu vertretenden Interessen zu vertheilen sein würden, das bliebe besonderen Bestimmungen des Wahlgesetzes zu überlassen, denen die genauesten statistischen Verhältnisse zum Grunde liegen müssen." — Diese Ansichten werden in dem nächsten leitenden Artikel von Hrn. Michelet (28. März) bekämpft: Das königliche Wort habe eine aus Urwahlen hervorgehende Vertretung verheißen; das könne doch nichts anders bedeuten, als daß, während die Wahlart bisher meist eine mittelbare gewesen, sie jetzt eine unmittelbare werden solle. Und was die Vertretung der Interessen betreffe, so werde diese sich ganz von selbst machen, weil die Wähler diesen besonderen Interessen angehören; gefährlich sei es, dieses Verhältniß durch ein Gesetz zu regeln, da dann die Abgeordneten ihren Stand, ihr Sonderinteresse, nicht das ganze Volk vertreten, und dann müßt ihr die itio in partes in eurem Staatsrecht beibehalten!" Hr. M. will jedoch nicht so mißverstanden werden, als ob er die Vertretung des ganzen Volkes in einer Kammer befürworte; er halte vielmehr eine politische Gliederung für nothwendig und verlange neben der Versammlung der Abgeordneten einen Senat als erste Kammer. Statt der von ihm versprochenen weiteren Ausführungen bringen jedoch die nächsten leitenden Artikel (V. Z. 29. März ff.)

die von jenen ziemlich abweichenden „Ideen zu einer neuen Verfassung", deren Autor, Hr. G. Kries, in Bezug auf die Volksvertretung äußert, daß sie nur durch directe Wahlen unmittelbar aus dem Volke und ohne Abstufung der Rechte nach Stand, Vermögen oder Lebensstellung hervorgehe, und daß er „selbst vor der äußersten Ausdehnung des Wahlrechtes, vor dem allgemeinen Stimmrechte eines Jeden, der durch seine Person und durch Steuerzahlung zur Tragung der Staatslast beiträgt, nicht zurückschreckt, wenn eine starke, intelligente und conservative erste Kammer derselben zur Seite steht." Dem Charakter einer solchen conservativen Versammlung entspreche es, daß sie sich an das Bestehende, an das „Historische" anschließe; weder die Herrenkurie, noch der Vereinigte Landtag können für historisch entstanden gelten, wohl aber „haben die Provinzialstände einen begründeten Anspruch auf diese Bezeichnung"; aus ihnen gehe also die erste Kammer hervor. — „Das Wahlgesetz", erklärt Dr. A. Zimmermann (Sp. Z. 29. März), „bildet die Lebensfrage des jetzigen Augenblicks und Niemand sollte unter uns sein, der es sich nicht zum ernstesten Geschäfte machte, alle Consequenzen der verschiedenen vorgeschlagenen Formen zu durchdenken, damit Mäßigung und Vernunft, nicht leidenschaftlicher Drang nach unbeschränkter, idealer Freiheit die Oberhand behalte." Ihm scheinen solche Urwahlen, in welchen „unmittelbar" Abgeordnete zu der Nationalvertretung gewählt werden sollen, „unübersteigliche Schwierigkeiten" zu bieten, die er nur dann beseitigt sieht, wenn die Wahl „in zwei Stufen" dergestalt stattfinde, daß sich etwa die angenommenen 10,000 Urwähler eines zur Abgeordnetenwahl bestimmten Districtes in 100 Bezirke theilen, deren jeder dann 100 Wähler enthält. So werden von den 100 Bezirken 100 Wähler (Wahlmänner) erwählt und „auf diese Weise ist dem politischen Selbstgefühl eines jeden Bürgers Genüge gethan." Kein Wahlcensus, ruft Hr. Zimmermann aus, „sondern gegenseitiges Vertrauen, wohlbegründet durch die nach obiger Weise mögliche persönliche Bekanntschaft, ein Mittel, um Bürger an Bürger innig zu ketten, und ein wahres, vertrauensreiches Gemeinwesen zu schaffen." Und dieser Wahlmodus sei kein reines Experiment; rechne man den äußerst geringen Census ab, so seien auch die — Legislative, der Convent und die gesetzgebende Versammlung des Directoriums so gewählt worden. „Man erschrecke", setzt Hr. Z. hinzu, „vor diesen Namen nicht. War die legislative Versammlung schwach, der Convent grausam, so lag dies nicht sowohl in der Mehrzahl der Personen, als in den furchtbaren Verhältnissen der Zeit, welche die französische Nation zu einem Kampf ohne Gleichen um ihre Existenz zwang. Wo hat es je Versammlungen gegeben, reicher an Talenten der Rede und der praktischen Staatskunst, als jene?" Halten wir, schließt er, vor allem die historische Thatsache fest, daß bisher noch immer die „unmittelbare" Theilnahme Aller an den Akten der Volksmacht nach kurzer Zeit zur Anarchie, und nach noch kürzerer von hier zum Despotismus geführt hat. — Hr. Graßmann

hält (V. Z. 1 April) dreierlei für erforderlich: Wählbar sei Jeder, der das Vertrauen der Wähler genießt; Wähler sei nur, wer durch Bildung oder Besitz Gewähr leistet für die Unabhängigkeit seiner Wahl; die Wahlform sei eine mittelbare: eine nach Gemeinden und Gemeindeverbänden organisirte durch Wahlmänner vermittelte Wahl der Abgeordneten, und zwar in der Art, daß alle Abstimmungen öffentlich seien.

Die gewerblichen und Finanz-Verhältnisse riefen nicht minder eifrige Erörterungen in der Tagespresse hervor. — Zur Ausführung der Beschlüsse, welche die Volksversammlung vom 26sten gefaßt, macht ein Artikel, L. unterzeichnet (V. Z. 31. März), Vorschläge, die sich auf das Princip stützen, daß zu den Errungenschaften der Gegenwart und Zukunft vor allen Dingen das Recht jedes Bürgers gehöre, wo er auch stehe, über seine Interessen und Angelegenheiten mitzuberathen. Demzufolge wird vorgeschlagen, daß, soweit nicht schon Gewerksgenossenschaften (Innungen 2c.) einerseits der Meister, Fabrikanten, andererseits der Gesellen, Arbeiter und selbst Tagelöhner gewerbsklassenweise bestehen, dergleichen sich mit regelmäßigen aus ihrer Mitte auf drei Jahre gewählten Vorständen und Abgeordneten in allen gewerbereichen Städten und Gegenden bilden, daß Schieds- und Gewerbegerichte, aus der Mitte der Genossenschaften, die Ausgleichung der Streitigkeiten und die Aufrechthaltung der polizeilichen Ordnung übernehmen, daß in jeder gewerbereichen Stadt und Gegend zur Berathung der gemeinschaftlichen Interessen sowohl der Fabrikanten, Meister als der Gesellen, Arbeiter, aus ihrer Mitte, Gewerbe- und Handelskammern eingerichtet werden, an deren Spitze ein von der Regierung gewähltes Handels-, Gewerbe- und Arbeiter-Ministerium stehe, welchem wiederum ein von den Handels- und Gewerbekammern des ganzen Landes bestellter Central-, Handels- und Gewerberath an die Seite gestellt werde. — Dr. A. Zimmermann vermißt in den neu entworfenen, von jedem Deutschen mit freudeschwellendem Herzen begrüßten Grundzügen der Bundeseinrichtung mit Nationalvertretung nur Eins und nicht das Unwichtigste (V. Z. 31. März). Es ist die Herstellung einer „deutschen Nationalbank", bei der sich alle Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer finanziellen Kräfte betheiligen müßten. „Eine solche Bank, welche die ganze deutsche Nation mit ihrer Kraft und Ehrenhaftigkeit zur Hinterlage hat, mit einem Grundcapital von etwa hundert Millionen Thalern, würde mehr als hinreichend sein, die schmerzliche Stockung des ganzen Geschäftslebens aufzuheben 2c." — Der Justizcommissarius Robert spricht „ein Wort über Abhülfe der Gewerbenoth und des Geldmangels" (V. Z. 8 April); er schlägt vor, daß das vorhandene gemünzte Geld zwar unbedingt anerkanntes Werthzeichen bleibe, daß ihm aber eine Staatscreditvaluta als Papiergeld mit Zwangskurs durchaus gleichgestellt, ferner, daß das Ausführen des gemünzten Geldes nach dem Auslande unbedingt verboten werde. Dadurch solle das in seiner neuesten Ausbildung dem industriellen Producenten lästigste Geldpri-

vilegium zerstört und das Vermögensgleichgewicht zum Besten des Ganzen, durch die weiteste, auf höchstes Vertrauen gegründete, innungsmäßige, allgemeinste Association der producirenden Klasse hergestellt werden. — Die Frage: „Was kann und was darf der Staat thun, um die Existenz der handarbeitenden Klasse zu sichern?" sucht der Regierungsrath Schweder zu lösen (Sp. Z. 26. April), indem er vom Staate „Organisation der Auswanderung" verlangt. Der Arbeiter, der daheim nicht mehr vom Producte seiner Arbeit zu leben vermag, werde dahin übersiedelt, wo er für seine Arbeitskräfte noch Spielraum finde. Des Staates Pflicht sei, die Auswanderung zu erleichtern, zu unterstützen und zu organisiren.

Andere Productionen der Tagespresse behandelten politische Vorgänge des Tages oder berührten überhaupt das sogenannte eigentliche Gebiet der Politik. — Hr. v. Dazur protestirt (V. Z. 31. März) „mit aller Kraft" gegen den von der Mielentzschen Versammlung und dem politischen Club am 29. März gefaßten Beschluß: die Provinzen zur Absendung von Vertrauensmännern nach Berlin aufzufordern, um aus diesen ein Comité für die Betreibung der öffentlichen Angelegenheiten, besonders des Verfassungswerkes zu bilden. Dadurch trete das Comité als „provisorische Regiorung" neben der Staatsregierung, die selbst eine provisorische sei, auf. Aber diese bestehe Kraft des Willens der Nation und bestehe zu Recht, so lange die Nation nicht in organischer Weise das Mandat gekündigt habe. Also keine zweite provisorische Regierung neben ihr, keine Gegenregierung! Die Herren, die den Beschluß gefaßt, „arbeiten der Reaction in die Hände", untergraben das Vertrauen zur Freiheit und „treiben das Volk der Reaction in die Arme. Daß aber, fügt Hr. v. D. hinzu, auch der politische Club sich einem solchen Werke anschließen konnte, bedauern wir im allgemeinen Interesse, „da wir ihn als ein frisches Lebenszeichen und als einen Verein tüchtiger Kräfte freudig begrüßten." (Inzwischen war die beschlossene Maßregel selbst von ihren Anregern aufgegeben worden.) — Zur Lösung der Frage: „Was muß geschehen, um geregelte Zustände wieder herbeizuführen?" schlägt Hr. L. J. Levinstein (Z.-H. 31. März) nicht weniger als 24 Punkte vor. Der erste derselben verlangt u. a. Anstellung von Constablern in englischer Weise. Den Hauptinhalt der andern bilden finanzielle Vorschläge, veränderte Bankpläne, Steuerreformen, doch so, daß Mahl-, Schlacht-, Salzsteuern fortbestehen, daß überhaupt in den nächsten sechs Monaten weder in der Steuerverwaltung, noch in Erhebung der Abgaben eine Veränderung stattfinden dürfe. — Hr. John Prince-Smith will (V. Z. 1. April) eine „Emancipation der Gemeinden" als ersten Schritt zur „Verminderung des Beamtenregimentes", das sich in seiner bisherigen centralisirten büreaukratischen Verwaltung durchaus nicht mit einer volksthümlichen Gesetzgebung vertragen. Die verlangte Emancipation müßte durch eine wesentliche Reform der Städteordnung und den Erlaß einer Landgemeinde-Ordnung so-

gleich beginnen. Als erste Bestimmung der reformirten Städteordnung wird vorgeschlagen: „Die Städte handhaben ihre Verfassung, verwalten ihr Vermögen und üben in ihren Bezirken die Polizei . . . . selbstständig und ohne specielle Aufsicht des Staates." — Die Voss. Zeit. hatte unter Ausdrücken vollständiger Genugthuung gemeldet (28. März), daß die Reformen im Beamtenwesen vorwärts schreiten: bereits seien die Präsidenten v. Gerlach und Göschel ihrer Stellen enthoben. Begründet war jedoch nur, daß der Consistorial-Präsident Göschel zu Magdeburg um seine Entlassung nachgesucht hatte, die ihm denn auch ertheilt wurde. Für die „vollständigste, durch Königliches Wort verbürgte Unabhängigkeit des Richteramtes" tritt Hr. Maercker (der spätere Justizminister) in die Schranken (V. Z. 31. März). Er bezeichnet es als ein gänzliches Verkennen der Verhältnisse, wenn sich Stimmen erhöben, die von den Räthen der Krone die sofortige Entlassung des Oberlandsgerichts-Präsidenten v. Gerlach in Magdeburg fordern. „Wer dies verlangt, setzt sich selbst mit den durch die Revolution eroberten Garantieen in einen unauflösbaren Widerspruch. Die Gesinnungen des Hrn. v. Gerlach, mögen sie auch noch so sehr mit dem Bewußtsein der Zeit im Widerspruch stehen, können allein niemals seine Entlassung rechtfertigen; die verkündete Unabhängigkeit des Richterstandes muß ihn selbst gegen die Ansicht des Volkes in seinem Amte so lange schützen, bis er nicht etwa den bestehenden Strafgesetzen verfällt."

Von allen Fragen der „eigentlichen" Politik behandelt die Voss. Zeit. mit besonderer Vorliebe die — über den möglichen Krieg mit Rußland. „Die Eventualität eines Krieges mit Rußland", verkündet sie bereits am 28. März, „ist eine Tagesfrage." Und um sich „in Zeiten die Kraft und die Stärke des Gegners zu betrachten" stellt sie sofort Berechnungen über den Bestand der russischen Armee an, bestimmt sie sogar schon vier preußische Armeecorps (das 1., 2., 5. und 6.), die mit Reserve und Landwehr 120,000 Mann stark, den vier Corps der russischen activen Armee entgegenzustellen wären. Schon am 24. März versicherte sie „aus zuverlässiger Quelle", daß die Angaben über die Stärke der russ. Armee in Polen maßlos übertrieben seien; das dort stationirte Corps betrage höchstens 50,000 Mann. Als einige Tage später Hr. Rötscher in einem Artikel der Spen. Z. (28. M.) die Isolirung darstellte, in der sich Rußland befinde und auszuführen suchte, daß „ein Krieg mit Rußland sehr unwahrscheinlich" sei, erklärte die Voss. Z., daß Niemand mit ihm übereinstimmen würde: ein Krieg mit Rußland sei nicht nur wahrscheinlich, sondern „unvermeidlich". Die Bewegungen in dem preußischen und österreichischen Antheile Polens seien mit denen in Deutschland, im ganzen Europa in Einklang. „Kann man glauben", sagt sie, „daß diese gewaltig brandenden Wellen sich kraftlos zerschellen werden an den Grenzen des russischen Polens? Läßt sich diesem Strom gebieten: Halt, bis hierher und nicht weiter? Seine zurückgestaute Fluth mußte sich nach Deutschland selbst wäl-

zen. Es ist die Zeit da — fährt sie fort — wo alle im inneren Rechte der Völker begründete Forderungen sich siegreich geltend machen. Der Ruf zur Wiederherstellung der Nationalität Polens ertönt mit unwiderstehlicher Macht. Er dringt durch die Grenzsperre dreifacher Truppenketten, er fliegt über die Wälle der Festungen. Es giebt eine geistige Gewalt, der gegenüber selbst die aufgefahrenen Batterieen verstummen." Der Krieg mit Rußland, wiederholt sie schließlich, ist mehr als wahrscheinlich; „er ist nur vermeidlich unter der einen Bedingung, die vielleicht wie so Vieles zu spät zugestanden wird — die Anerkennung Polens". In ihren folgenden Nummern ist es immer wieder die russische Frage, mit der sie, wenn auch anscheinend beiläufig, sich beschäftigt; sie hält es nach Allem, was man aus dem Osten höre, für unumgänglich nothwendig, „daß wir so stark gerüstet als möglich den dort zu erwartenden Ereignissen gegenüberstehen"; sie weiß von der gedrückten und niedergeschlagenen Stimmung der russischen Beamten in Polen zu berichten, von der Verstimmung des Volkes, die sich wie ein Miasma auf die Bewohner des inneren Rußlands hinüberschleiche; sie „beklagt schwer" das Schicksal der 300 Polen, die den Versuch gemacht, über die russische Grenze zu gehen, die jedoch von dem General Read gefangen genommen worden; sie hofft aber auch mit Zuversicht, „daß die Russen endlich ihrer wahren Bestimmung entgegen geführt werden dürften, nämlich: die Cultur nach Osten, nicht aber die Barbarei des Ostens nach Westen zu tragen." — Dr. A. Zimmermann fürchtet nichts weniger als einen Krieg mit Rußland, er befestigt sich vielmehr immer stärker in der Ueberzeugung, „daß es an Wahnsinn grenzen würde, wenn der russische Kaiser, weil Preußen der Freiheit der Polen nichts in den Weg legt oder geradezu an seiner Wiederherstellung arbeitet, deshalb den Krieg mit Deutschland wagen würde", einen Krieg, dessen Folge nur die Auflösung der russischen Monarchie und die Zurückführung ihrer Macht auf das Jahr 1700 sein würde. Dagegen warnt Hr. Z. vor der schleichenden, überlistenden, russischen Diplomatie: „Bleiben wir wach, verfolgen wir jeden Schritt des Feindes, denn das russische Cabinet ist unser Feind, weil es Knechtschaft und geistige Barbarei anstrebt, wo wir Freiheit, ungetrübtes Licht, verbreiten wollen." (Sp. Z. 4. Ap.)

Als eines charakteristischen Bestandtheiles der Tagespresse ist noch der sogenannten „Eingesandt's" zu erwähnen, die jetzt, von keiner Censur zurückgehalten, täglich Vorschläge und Reflexionen, ernste und höhnische Anfragen, pathetische und frivole Erklärungen, Glossen zu Tagesvorgängen u. m. dgl. zu Markte brachten. Hier bildet die Uniformirung der Bürgerwehr nach diesem oder jenem Principe, dort der Mißbrauch gewisser Ausdrücke, namentlich in Bezug auf Umschreibungen, die bei Mittheilungen von Handlungen der Person des Königs angewandt werden, den Inhalt des Inserates; dieses spricht das Mißbehagen an den wieder auftauchenden Gensd'armen aus, ein anderes behandelt die unnützen Titulaturen; andere machen den polizeilichen Eifer der

Bürgerwehr lächerlich u. s. w. Selbst gelehrte Erörterungen sind nicht ausgeschlossen. Ueber „die deutschen Nationalfarben" werden (von Köhne) historische Daten zusammengebracht, um nachzuweisen, daß von der „Reichs-Sturmfahne", welche vom 15ten Jahrhundert an ein besonderes Feld in dem würtembergischen Wappen eingenommen, die deutschen Nationalfarben entlehnt seien (Sp. Z. 4. April); und der Professor v. d. Hagen läßt die drei Farben des deutschen Reichsbanners aus dem Heerschilde des deutschen Königs und Kaisers: im goldenen Felde ein schwarzer Adler mit rothen Fängen und rothem Schnabel, stammen (V. Z. 5. April). — Ein Theil dieser Inserate betrifft Verhältnisse persönlicher Art. „Zur Rechtfertigung eines unschuldig Gekränkten" bringt Hr. Stieber seine eigene Angelegenheit zur Sprache (V. Z. 5. April.) Er, der dem Könige am 21sten die deutsche Fahne gereicht, „dessen Name bei den jüngsten Ereignissen mehrfach genannt", dem „so viele erfreuliche Beweise von der Achtung seiner Mitbürger" zu Theil geworden, sah sich gleichwohl auch bei diesen Gelegenheiten „Schmähungen und Verdächtigungen ausgesetzt", mit denen „einige ihm feindlich gesinnte Personen" ihn verfolgten. Die Verdächtigungen waren durch eine criminalpolizeiliche Mission hervorgerufen, die Herr Stieber, fünf Jahre früher, beauftragt von dem damaligen Polizeiminister Gr. Arnim und Ministerialdirector Mathis, übernommen hatte und die mit der Entdeckung eines hochverrätherischen Complottes im hirschberger Thale zusammenhing. Hr. Stieber sucht sich,, „den unschuldig Gekränkten", gegen die Verdächtigungen zu rechtfertigen, indem er nachwies, daß er in Schlesien „nur als Beamter seine Pflicht gethan" und „lediglich nach den Befehlen seiner Vorgesetzten" gehandelt habe. Er fügt seiner Rechtfertigung dies hinzu: „Habe ich vielleicht bei meinem Auftrage nicht immer die gehörige Ruhe und Besonnenheit entwickelt und mich durch die hohe Stellung meiner Machtgeber blenden lassen, so möge man bedenken, daß ich damals kaum 23 Jahre alt war und im jugendlichen Diensteifer handelte, vielleicht auch gemißbraucht worden bin."

Der Fülle, dem Ueberflusse von Erörterungen aus dem engeren oder weiteren Gebiete der Politik steht contrastirend die Dürftigkeit, der Mangel jener Art literarischer Productionen entgegen, die, dem ästhetischen Gebiete angehörig, bisher die fast tägliche Beigabe der Tagesblätter zu ihrem eigentlich politischen Theile gewesen waren. Die Thätigkeit der sonst so regsamen Theaterkritiker, der Schauspiel-, Oper-Recensenten, war plötzlich unterbrochen, die dramatische Kunst selbst, das Schauspiel vermochten nur matte Beweise ihrer Existenz zu geben. „Die Tempel der dramatischen Kunst", lautet der erste damalige Bericht nach dem 18. März (Sp. Z. 24. März), „haben drei Tage lang leer gestanden, der furchtbare Ernst der Wirklichkeit hatte die Bretter, welche die Welt bedeuten, vergessen gemacht." Hr. Rötscher, der mit diesen Worten seinen Bericht über die Wiedereröffnung der Bühne am 21sten beginnt, begrüßt die Wiedereröffnung als den Anfang einer neuen Aera auch für die dra-

matische Kunst: „Wir wollen dahin arbeiten, daß das Theater in einem freigewordenen Staate das werde, was es sein kann und soll." Die Wahl der zur Aufführung gebrachten Stücke habe nicht angemessener und taktvoller sein können; „im Opernhause verklärte das Requiem Mozarts den erhabenen Schmerz über die für die Freiheit Gefallenen und die Schöpfung von Haydn drückte symbolisch den Aufgang einer neuen Ordnung der Dinge aus; im Schauspielhause hatte man Nathan den Weisen gewählt. Was konnte würdiger sein, die Niederlage zu bezeichnen, welche das alte System der politischen und religiösen Reaction in Deutschland durch die jüngste Erhebung erfahren hatte?" — Der erste Bericht der Voss. Zeit. (25. März) knüpft an die Aufführung des „Wilhelm Tell" vom 23sten an. Der Berichterstatter, Hr. Gubitz, hebt hervor, daß eine Stelle vorzugsweise das Publicum zu „stürmischer Theilnahme hingerissen" habe, die Aeußerung nämlich: „Denn herrenlos ist auch der Freiste nicht; ein Oberhaupt muß sein, ein höchster Richter, wo man das Recht mag schöpfen in dem Streit." — Hr. L. Rellstab „streift jetzt an dem Kunsttempel nur vorüber"; er will von Mozart's „Figaro" berichten, aber „selbst die reizendsten frischesten Farben der Kunst verbleichen neben dem gewaltigen Blitzen, Leuchten und Donnern des Lebens, das jetzt die Welt durchzuckt. Der Kunst, ruft Hr. Rellstab aus, wurde und werde in andern Tagen ihr Recht, und es wird die Zeit kommen, wo es ihr wieder zufällt; jetzt herrscht das Leben, die Geschichte." (V. Z. 28. März.) — Hr. E. Kossack greift die Theaterintendantur an: „Die Schaubühne soll mit dem Gesammtleben der Nation enge verschwistert sein. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die jetzige unsägliche Schlaffheit der Theaterintendantur überaus verwerflich. Kleine Possen, veraltete Lustspiele und Opern werden gegeben. Wo sind denn Schillers Fiesco und Göthes Götz, warum giebt man nicht Opern wie die einst verbotene Stumme von Portici und Fidelio? Oder fürchtet man schon wieder den Sinn unseres trefflichen Volkes, der sich von Stunde zu Stunde immer großartiger entfaltet? reitet man schon wieder auf dem beliebten Steckenpferde, dem eigenen Zopf?" (Z.-H. 29. März.)

Brochüren und fliegende Blätter behandelten zum Theil dieselben Fragen, die von der Tagespresse erörtert wurden. — Dr. Zunz richtet an die Hinterbliebenen der Märzhelden „ein Wort des Trostes."*) — K. G. (Karl Gutzkow) hält eine „Ansprache an das Volk"**), in der er dieses über seine Errungenschaften unterrichtet. Es heißt darin:

. . . Erinnert Ihr Euch jenes Abends, am 13. März, als die Reitergeschwader an das Brandenburger Thor sprengten und der Bataillone wuchtiger Geschwindschritt durch die Straßen dröhnte? Eine Versammlung auf freiem Raume, in Regen- und Frühlingsschauern, wollte dort von Dingen sprechen, die vielleicht Alles betrafen, nur nicht die Störung der

*) Den Hinterbliebenen der Märzhelden Berlins. Bei L. Lassar.
**) Ansprache an das Volk. Von K. G. Bei Jul. Springer.

öffentlichen Ruhe und Ordnung. Daß Ludwig Philipp von Frankreich gefallen war, weil sein Minister Guizot nicht leiden mochte, daß sich tausend Menschen an einer Mittagstafel zu politischen Zwischengesprächen versammelten, hatte man vergessen. Man wollte allen gekrönten Häuptern der Welt zeigen, wie der Militärstaat mit solchen anmaaßenden Bewegungen verführe und ein einziger metallener Druck der Hand derlei Aufschwung den Nacken bräche. Aber der Druck mißlang. Nicht, daß Ihr Neigung gehabt hättet, in den Zelten dem dort Gesprochenen oder Begehrten Euch anzuschließen, Ihr wolltet Euch nur das Menschenrecht erwirken, Euch ohne Störung der öffentlichen Ordnung, und wär's in hunderttausendfacher Anzahl, versammelt zu sehen und dies Werk gelang. Hohn und Spott, die Drohung, selbst die Barrikade, bewiesen, daß jene Regierungszeit, wo man den Zusammentritt von fünf Menschen, die sich über den Staat unterhalten, für ein Verbrechen erklärte, aufgehört hat. Glückliche Zeit, die uns erst funfzig Jahre nach anderen Völkern anbrach! Wir erkämpften die persönliche Freiheit, das Menschenrecht der freien Bewegung, der erlaubten Rührigkeit in unserer Meinung, in unserem Gehen und Stehen. Dem Bürger gehört nun die ganze Straße und nicht bloß der „Bürgersteig"! Willkommen sei uns der Krieger, der unser Sohn und Bruder ist; willkommen sei uns der Wächter der öffentlichen Ordnung, den wir bezahlen, aber beide müssen die von uns Geduldeten sein, nicht wir die von ihnen Geduldeten! — Man hat die Begebenheiten dieser Tage eine Revolution genannt. Sie ist es. Preußen reiht sich jetzt den Staaten an, welche auf den Grund des Volkswohles angelegt sind, und damit wir nie wieder zurückfallen in jenen Zustand lokaler Sklaverei und unterbundener persönlicher Freiheit, was ist zu thun? — Zunächst denkt Euch, daß der Staat nichts ist, was außer Euch lebt! Der Staat ist hinfort keine mit Fingern mehr zu zeigende fremde Existenz, die sich nur an jene Gebäude anknüpft, an welchen Ihr Schilderhäuser und Soldaten erblickt! Der Staat beginnt mit Euch selbst, mit Jedem von Euch! Er beginnt nicht mehr von Oben, senkt sich nicht mehr, wie eine gewölbte Gnadenkuppel über Euch herab, sondern von der breiten Basis des ganzen Volkes erhebt sich der Staat nur noch wie eine Pyramide. Jeder Staat ist so, wie er von unten auf angelegt wird. Die Gesinnung, die von unten emporlodert, giebt den Duft der Höhe, und es liegt an Euch, daß es ein wohlgefälliger Duft, ein Opferrauch der Freiheit ist. — Wehe den Gesetzgebern, die sich am 4. April versammeln und Euch eine Verfassung geben werden, wenn sie sagen sollten: Du Geringster dort in der Blouse, Du in der Mütze, die die Kugeln an der Barrikade durchlöcherten, sollst ausgeschlossen sein von Deinem Antheil am Staat! Der Staat ist auch Dein Leben, ist die Garantie Deines Menschenrechts, ist die Garantie aller Deiner Ansprüche auf Glück und Freiheit! Wehe ihnen, wenn sie den Staat nur von jenen Menschen beginnen wollen, welche goldene Siegelringe tragen, von Jenen, die am 19. März erst zitternd von ihren Waarenschildern den servilen Titel: Hoflieferanten ausstrichen, dann an die Thüren des Zeughauses liefen und die Ersten waren, denen man Gewehre gab! Das allgemeinste Stimmrecht werde die friedliche Waffe, die jeder Deutsche, jeder Preuße in seiner Hand trage, und dies, wackrer Mitbürger, übe mit Vorsicht! Lies in den Zeitungen, wer im Rathe der Stadt, wer bei gemeinnützigen Zwecken, Vereinen, Sammlungen ein gutes, für das Volk schlagendes Herz verräth! Der Mann, dem die Hofräthe und Hoflieferanten am öftersten widersprechen, den merke Dir, dessen Namen trage im Herzen, dessen Chiffern wirf in die Urne, wenn sie Dich auffordern, einen Verordneten der Stadt, einen Verordneten des Landtags, vielleicht einen Verordneten jenes Reichstages zu wählen, der im Herzen Deutschlands für die gemeinsamen Angelegenheiten der Nation reden soll. Dies Stimmrecht ist Dein Stolz, ist Deine Ehre, und wenn Du es übst, ist es Deine Feierstunde, Deine Beeidigung als Bürger der geistigen Welt! Entflieh' ihr nicht! Opfre nicht leichtsinnig Dein Recht, Ja oder Nein zu sagen! Es wird Dich heben, eine Ansicht aussprechen zu dürfen! Deine Meinung wird Deine Religion werden! — Die Waffe, die Du am 19. März empfingst, fordert der Staat nicht zurück. Er gab sie Dir als Zeichen der Lossprechung, als Zeichen Deiner Freiheit! Aber Du siehst Tausende in den Straßen wandeln, die rüstig sind wie Du, fordere, daß auch ihnen eine Waffe gegeben wird! Denn wehe Euch, freigewordene Bürger, wenn Eure neue Wehr nur der Eitelkeit der Begüterten, dem Müssiggang der Reichen als Spielzeug dienen sollte. — Eine theils stationäre, theils mobile Nationalgarde, eine Wehr, die je nach den Dienstjahren vor oder in den Thoren, am Heerde oder auf dem Marsch verwandt wird, hat ihre frühere von oben herab befohlene Einrichtung aufzugeben! Von unten herauf findet die Wahl der Offiziere Statt. Auch hier wird das Wahlrecht, frei aus dem Herzen kommend, der schönste Orden, der die Brust des Bürgers schmückt. So erst wird Stadt- und Landwehr wahres Volkseigenthum. Man sieht sich vereinigt für den Zweck der Freiheit und der Ordnung, für die Größe der Nation, die Würde unseres Namens. Und in diese Reihen darf keine Anmaßung sich drängen, kein von Oben dekretirter

Major darf es wagen, Euch mit dem „vertraulichen Du" zu begrüßen! Die Uebernahme der Offiziersstelle ist eine Gefälligkeit, die man dem vielleicht zu viel beschäftigten tapfern und gebildeten Gemeinen, der noch größere Ansprüche darauf hätte, zu danken hat. Und nun sorge, daß sich in Reih' und Glied der reine volksthümliche Geist erhält, daß es uns nicht ergehe, wie in Frankreich, wo der schlaue, gleißnerische, gekrönte Börsenmäkler den Geist der Nationalgarde durch die Leckerbissen der Hofgunst verdarb, durch scheinbare Bürgerfreundlichkeit gute und friedliche Menschen in das Netz einer willenlosen Abhängigkeit verstrickte und sich aus der Nationalgarde eine Brustwehr für das System der Nüchternheit, öffentlichen Langenweile und der Spießbürgerlichkeit schuf! Seid auf Eurer Hut, wenn Ihr Hoflieferanten, Mielentz-dinirende sogenannte „Kameraden" von 1813, Beamte, die Ihr überhaupt ganz aus Euren Reihen ausschließen müßt, de- und wehmüthige Stadtverordnete und ähnliche Persönlichkeiten zu Euren Offizieren wählt. Laßt Euch nicht viel von der Ordnung predigen! Die wahre Ordnung ist nur da, wo die Freiheit ist.

In einem „Aufruf an die berliner Barrikadenkämpfer" [1]) stellt J. S. Loebell „unser Recht und unsere Pflicht" dar. — Herrmann Züngling drückt allerlei Wünsche als die des deutschen Volkes in einer „Rede" [2]) aus. — Dr. J. Minding beantwortet die Fragen: „Was wollen, was sollen wir?" [3]) — Ein anderes Flugblatt desselben: „Das Ministerium Arnim, der Vereinigte Landtag und das Volk" [4]) enthält den Entwurf eines Wahlgesetzes. — Professor A. B. Marr spricht „ein Wort zur Verständigung und zur Einigung an meine Mitbürger" über „Berufung und Beruf des Landtages." [5]) — Ein Ungenannter behandelt die Fragen: „Hat der König von Preußen die Eigenschaften eines deutschen Kaisers? und was verlangt man von einem deutschen Bundesoberhaupte?" [6]) Er glaubt die erstere mit Rücksicht auf einige persönliche Eigenschaften des Königs bejahen zu können. — Der Präsident Lette veröffentlicht seine in einer Volksversammlung gemachten „Vorschläge für die Einrichtungen bei den gewerbetreibenden und arbeitenden Klassen." [7]). —

H. v. Hochstetter erörtert in einem fliegenden Blatte vom 31. März die Fragen: „Brauchen wir jetzt in Berlin nothwendig Militair? Und weshalb können wir keinen Polizeipräsidenten als Führer der Bürgerwehr brauchen?" [8]) Die Bürgerwehr, sucht er auszuführen, habe sich und dem Volke viel vergeben, indem sie die Hereinziehung des Militairs gutgeheißen und den Polizeipräsidenten als provisorischen Chef beibehalten habe. — Ein „Leitfaden für Bürgerwehrmänner" [9]) giebt diesen die erforderlichen Anweisungen zur militairgerechten Ausführung des Dienstes; eine Flugschrift [10]) persifflirt den „Michel auf der Wache." — Auf den Prinzen von Preußen beziehen sich aus diesem Zeitraume Productionen verschiedener Art. Eine Brochüre: „der Prinz von Preußen und die berliner Revolution" [11]) stellt die Beziehungen des Ersteren zu

[1]) Selbstverlag des Verfassers. [2]) Rede aus dem Herzen des Volkes an unsern Landesvater, an die vom Volksvertrauen begrüßten neuen Minister, an den Präsidenten der Bürgereintracht und Bürgertugend, an die berliner Helden-Bürger-Schützen, an die Heldenbürgerschaft und Einwohner von Berlin." [3]) Stuhr'sche Buchhandlung. [4]) Ebendaselbst. [5]) Bei L. Schlesinger. [6]) Verlag von L. Quien. [7]) Gedruckt bei Unger. [8]) Gedruckt bei Obst. [9]) Leitfaden für Bürgerwehrmänner, zum Selbstunterricht in der Führung des Gewehrs, im Exerciren und den nöthigsten militärischen Kenntnissen. Verlag von L. Weyl u. Comp. [10]) Der deutsche Michel auf der Wache. Von J. W. Reußler. [11]) Verlag von L. Schlesinger.

dem berliner Kampfe unter denselben Voraussetzungen dar, welche den Verfolgungen, die den Namen des Prinzen seit dem 19. März fast von allen Seiten trafen, zu Grunde lagen. „Als Commandeur des verhaßtesten und soldatischsten Regiments, des Garde-Corps, und General der Infanterie“, heißt es in dieser Schrift (S. 5), „hat er (der Prinz) stets dafür gesorgt, im Soldatenthume die Grundsätze auszubilden und todtenstarr zu befestigen, wodurch das Soldatenthum eben die civil- und civilisationsfeindliche, erbitternde Stellung in dem alten preußischen Staatsmechanismus bekam. Dadurch entstanden Offizier- und Feldwebel-Karrikaturen, nach deren Kasernen-Philosophie der Staat und die Bürger-Canaille überhaupt nur der Soldaten wegen da war.“ — Die Mission des Prinzen nach England lieferte zu satyrisch-komischer Behandlung Stoff. Ein fliegendes Blatt: „Er Er Er oder die Conferenz zu London“, bezeichnet sich als „Vorspiel zu einem welthistorischen Original-Drama von Charles Otto Querpfeifer“ [1]), in welchem als agirende „Ex-Personen“ auftreten: „Lude Vieldieb, ein Ex-König; Wieso, sein Ex-Premier-Minister; Willem, ein teutscher Ex-Thronfolger; Vetter Wicht, ein Ex-Kanzler.“ Ort und Zeit der „Ruhe“ ist ein Hotel in London, Ende März 1848. — Denselben Gegenstand behandelte eine Lithographie, mit der Ueberschrift: „Wie Wilhelm der Nichteroberer in London ankommt“. — Die Versammlung im Mielentzschen Saale am 28. März rief ein Schriftchen hervor [2]), dessen polemischer Eifer sich besonders gegen eine Persönlichkeit richtete, die in jener Versammlung, sowie in den Sitzungen des politischen Clubs, wegen ihrer rednerischen Befähigung ungewöhnliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte; die persönlichen Enthüllungen, die dieses Schriftchen brachte, sollen dem beredten Mitgliede des Clubs zu einem schnellen Rückzuge von dem Schauplatze, der ihm bisher Beifall über Beifall eingebracht, Mitveranlassung gewesen sein. — In Knittelversen schildert A. Hopf [3]) die Bedenken des Spießbürgerthums gegen die Folgen der neuen Freiheiten und verhöhnt den Angstruf der Philister: „die Russen kommen!“ — Max Berner fordert in Reimen die Süddeutschen [4]) auf: „abzulassen von jenem Grimme, der unsern König schmäht.“ — Leberecht Neuhof singt: „Drei Lieder für die Zeit“. [5]) — Ein Gelegenheitsgedicht „zum vierten Jahrestage des Gesetzes vom 29. März 1844“ feiert die „Unab-

---

[1]) Verlag von S. Löwenherz. — Diesem „Er Er Er“ (Nr. 1.) folgten bei verschiedenen Gelegenheiten andere Nummern unter demselben Titel und in demselben Verlage. Nr. 2. hat den Nebentitel: „Der Landtag ist vorbei. Unpolitischer Dialog ꝛc.“; Nr. 3. „Ex-Bürgermeister Krausnick und Ex-Allerlei. Politisches Gespräch ꝛc. von Conrad Freimann“; Nr. 4. „Die Urwahlen, oder: So macht man Constitution! Rührendes Volks-Lustspiel ꝛc.“; Nr. 5. „Das Ministerium Hansemann is futsch. Eine reine preußische Komödie ꝛc.“ — [2]) „Der politische Club und die Versammlung im Mielentzschen Saale am 28. März.“ Verlag von Enslin. (Verfasser ist R. v. Bardeleben; der in der Schrift Angegriffene: Hr. v. Brand, hier als Hr. Brand enthüllt.) — [3]) „Die Russen kommen!“ Von A. Hopf. Verlag von L. Schlesinger. — [4]) „An die Süddeutschen!“ Bei S. Löwenherz. — [5]) Bei D. Reimer. („Zum Besten der Hinterbliebenen ꝛc.“)

hängigkeit der Richter".[1]) — Unter den gereimten Productionen dieser Periode befindet sich wiederum eines jener Schmähgedichte auf den König, deren „majestätsbeleidigender" oder „hochverrätherischer" Inhalt späterhin, noch bis zum Jahre 1850, criminalgerichtliche Verfolgungen und Verurtheilungen solcher Personen, die als Verfasser oder Verbreiter galten, veranlaßte.[2])

Den erweiterten Bedürfnissen der neuen Verhältnisse entsprach das Maß und die Schranke, welche der Tages- und periodischen Presse durch den alten Zustand auferlegt war, in keiner Weise. Das Streben, bestimmte politische und sociale Ansichten, Doctrinen, Tendenzen durch besondere journalistische Organe in dem vollen Umfange der neu erworbenen Freiheit vertreten zu lassen, gab sich sehr bald zu erkennen; der beschleunigten Ausführung der Versuche kam der äußerlich wichtige Umstand fördernd entgegen, daß der Beginn eines neuen Quartals bevorstand, eines Zeitabschnittes, der den Dispositionen sowohl der Unternehmer als des Zeitungen lesenden Publikums am günstigsten ist. In unsern Mittheilungen über die ersten Sitzungen des politischen Clubs ist des ersten öffentlichen Ausdruckes jenes Strebens, neue Organe der Tagespresse zu gründen, erwähnt; die noch nicht streng gesonderten Parteien waren über Umfang und Ausführung eines derartigen Unternehmens verschiedener Ansicht, doch darin einverstanden, daß die bestehenden Organe für die neuen Verhältnisse nicht ausreichten. Der politische Club beschränkte sich, seinem Programme vom 23. März entsprechend, zunächst darauf, ein zwanglos erscheinendes „Club-Blatt"[3]) herauszugeben, durch welches er den Ansichten, die innerhalb seines Kreises über die Fragen der Zeit geltend gemacht und von dem Vereine vertreten wurden, weitere Verbreitung zu verschaffen suchte. „Der Club" heißt es in der von G. Jung verfaßten 1. Nummer, „achtet die Freiheit des Einzelnen zu sehr, als daß er sofort seine Tendenz in fest formulirter Phrase an die Thür geschrieben hätte: er hat vor der Hand nur das eine bestimmt ausgesprochene Princip, alle diejenigen zu gemeinsamem Handeln und gemeinsamer Berathung zu vereinigen, deren Herzen unverbraucht und unverdorben mit furchtlosen Sinnen und hoffender Kühnheit für die neue Bewegung schlagen. Wir haben uns zusammen eingeschifft auf dem wogenden Meere der

---

[1]) Bei L. Lassar. — [2]) „An den König! (Verfasser und Drucker sind nicht genannt. Das Flugblatt trägt als Unterschrift das Datum: „Berlin den 3. April 1848." Die erste Strophe lautet: „Fluch und Tod dem Würger Auf seinem Höllenthron, O zögert nicht, ihr Bürger, Zahlt ihm den Henkerlohn." ꝛc. ꝛc.) — [3]) Das „Club-Blatt Nr 1." (Druck von E. Krause) erschien am 29. März. Ihm folgte ein „Club-Blatt Nr. 2." (Druck v. Krause): „Die Forderungen der Arbeiter in Bezug auf den Stand des Ackerbaues und der Gewerbe, von G. Bergenroth" enthaltend; Nr. 3. und 4. (Druck von. B. Schlesinger); Nr. 5. (Druck von Marquardt u. Steinthal), die verschiedene Themata behandeln. Außer diesen 5 fliegenden Blättern erschien noch (am 18. April) ein „Club-Blatt. Nr. 1. Organ des berliner politischen Clubs", herausgegeben von einem provisorischen Comité (Dr. E. Meyen u. A. — Verlag von Reuter u. Stargardt.), welches jedoch vereinzelt geblieben, und mit dem die Reihe der Club-Blätter schließt.

Revolution. Fragt uns nicht, wohin wir wollen; die Antwort wäre eine Vermessenheit. Im Gebärungskampfe der Elementarmächte kann Niemand den Sturm beschwören, das Meer besprechen wollen. Wir haben aber die Segel aufgezogen und jauchzen mit jugendlichen Herzen dem Wogenkampfe entgegen, sicher mit den Ersten am Ziele anzukommen. . . Wir wollen nicht richten und wenden, den Strom nicht meistern in seiner Allgewalt, aber mit fester Hand das Steuer halten, damit wir, d. h. das ganze deutsche Volk nicht hinausgeworfen werden in die Stille der Versumpfung, und machtlos den Sturm der Freiheit, der Europa's gebildete Nationen erfaßt hat, an uns vorbeibrausen sehen. Wir horchen also auf die Stimme der Zeit und fassen sie in Worte, die Worte in Forderungen zusammen; unsere einzige Tendenz ist, sie richtig zu verstehen." — Andere Versuche in zwanglos herauszugebenden Blättern politische und sociale Fragen zu besprechen, waren bereits früher gemacht worden. Unter dem Titel: „Fliegende Blätter. Nr. 1." [1]) erschien am 24. März ein Blatt, welches zum Gegenstand seiner Erörterungen die „Volksbewaffnung" genommen hatte. „Volkswünsche" [2]) war ein anderes derartiges Flugblatt benannt, dessen erste Nummer, am 26. März erschienen, den Entschluß der (zwölf) Herausgeber kundthut, „die Wünsche des Volks, wie sie sich nach allen Seiten hin zu erkennen geben, durch den Druck zu veröffentlichen". Solcher von den Herausgebern „ermittelter und von ihnen gebilligter" Volkswünsche werden zunächst dreizehn namhaft gemacht. „Verkennen wir nicht", sagt das Programm, „daß der gegenwärtige Zustand nur ein vorübergehender ist, daß von allem Errungenen bisher nichts gesetzlich, nichts in der Sitte und kaum etwas in der Kraft feststeht, daß wir nicht mit unseren Todten zugleich die Vergangenheit begraben und die alten Gewohnheiten, die alten Vorurtheile mit in die Erde versenkt haben. . . Noch leben wir in Dämmerung, in Ungewißheit. Aber die Wahrheit wird geschaut werden und wird uns frei machen!" — Beide Organe begannen und schlossen zugleich ihre Thätigkeit mit dieser ersten Nummer. Ein ebenso ephemeres Dasein hatte das „Flugblatt" [3]), welches vom Dr. Schaßler, im Auftrage der Volksversammlungen unter den Zelten vom 30. u. 31. März, als „Organ des Volksvereins" (s. I. Bd. S. 465) gegründet, nur in einer Nummer erschienen war. Eine andere, regelmäßig erscheinende Zeitschrift desselben Herausgebers sollte jedoch, wie weiter unten zu ersehen, das Programm des „Flugblattes" zur Ausführung bringen.

Außer dem Regierungsblatte, der „Allgemeinen Preuß. Zeitung", das sich jedoch in seinem nichtamtlichen Theile nur auf Mittheilungen der politischen

[1]) Bei F. Schneider u. Co. — [2]) (Gedruckt bei Ed. Krause. (Als „Herausgeber" der „Volkswünsche" waren in der ersten Nummer, die aus einem Octavblatte bestand, aufgeführt: v. Bronsart, Constant, Dorn, Friedenberg, Heufelder, A. Hillert, v. Kall, M. B. Lessing, Minding, v. Schenk, A. Vetter, B. Wolf.) — [3]) „Flugblatt Nr. 1. der Volksversammlung unter den Zelten." Druck von F. Zschiesche.

Vorgänge beschränkte, hatte Berlin nur drei täglich erscheinende politische Zeitungen: die Vossische, die Spenersche und die Zeitungs-Halle. Die Thätigkeit dieser Blätter, ihr Verhalten seit dem 18. März, ist in unserer Darstellung bereits mehrfach charakterisirt worden. Die Zeitungs-Halle allein konnte als das revolutionaire Organ, das Blatt des „entschiedenen Fortschrittes" betrachtet werden. Durch ihr Extrablatt vom 23. März hatte sie jedoch viele ihrer bisherigen Anhänger von sich abwendig gemacht, die Männer des „besonnenen Fortschrittes" wollten von einem Blatte nichts wissen, das die Gemüther nur aufzuregen strebte. Andere und vielleicht noch zahlreichere Feinde, besonders in den Provinzen, erwarb es sich, als es in der polnischen Angelegenheit in „unpatriotischer" Art Partei für die polnischen Bewohner des Großherzogthums zu nehmen schien, während dessen deutsche Bevölkerung in tausendstimmigen Wehrufen um Hilfe gegen die polnischen Bedränger winselte. Die Anzahl der Abonnenten wuchs so beim Beginne des neuen Quartals nur in geringer Weise; sie betrug etwa 3000, deren bei weitem kleinerer Theil auf Berlin kam, während die Vossische Zeitung, nach ihrer eigenen Anzeige (11. April) im Anfang des Vierteljahres eine Auflage von 23,000 Exemplaren hatte, von denen 10,000 außerhalb Berlins abgesetzt wurden. — Eine vierte politische Zeitung für Berlin, unter dem Titel: National-Zeitung, wurde am 22. März angekündigt. Ein „Comité für die Redaction der National-Zeitung" bestehend aus den Hrn. Diesterweg, Stadtrath Duncker, Eichholz, Herford, Kalisch, Mügge, Nauwerck, Runge, Rutenberg, Siemens, Volkmar, Zabel, erließ folgendes Programm: *)

In der Märtyrernacht der Freiheit vom 18ten auf den 19ten März ist die wahre und wirkliche Preßfreiheit für uns geboren. Dieselbe in ihrem schönsten und edelsten Sinne zum allgemeinen Besten des Volkes zu verwenden, ist unsere Aufgabe. Wir wollen den Wahlspruch: „Alles für das Volk und Alles durch das Volk" zur Wahrheit machen. Die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe erkennen wir mit allen einsichtigen und gesinnungsvollen Bürgern des Vaterlandes an: aber wir schrecken nicht zurück, weil wir wissen, daß in jedem Menschen das Gefühl lebt, das Beste erstreben zu wollen, und erkennen darin unsere sichere Stütze. — Die Presse kann, wenn sie ihren Beruf erfüllt, nichts weiter sein, als der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Diese geht in Deutschland auf rechtsgleiche Ordnung, auf einträchtige Gleichheit, auf gesichertes Bürgerglück. Die Ansichten über die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sind verschieden; die Verschiedenheit auszugleichen, die friedliche Vermittelung anzubahnen, klare und characterfeste Männer mit ihren geprüften Rathschlägen zu hören und diese dem Urtheile aller Bürger zu übergeben, ist die vorzügliche Aufgabe der Presse. — Was wir wollen, ist in der Kürze angegeben: ein starkes, einiges Deutschland zum Schutz und Trutz gegen Osten und Westen. Die äußere Sicherheit unseres Vaterlands halten wir um so weniger gefährdet, je mehr die Völker begreifen, daß ihre Interessen auf die fried-

*) „Ankündigung der National-Zeitung." Gedruckt bei J. Sittenfeld. — „Das Comité" heißt es am Schlusse dieser Ankündigung, „geht von der Ueberzeugung aus, daß das einzige Mittel, um eine wirklich unabhängige Zeitung zu begründen, die Bildung einer Aktiengesellschaft ist. Es veranlaßt deßhalb die Zeichnung von Aktien à 25 Thlr. bis zu einem Betrage von 10,000 Thlrn., durch welche das Bestehen der Zeitung für die Dauer gesichert erscheint. Es sind folglich 400 Aktien zu zeichnen, die in vierteljährlichen Raten einzuziehen sein würden. Schon nach der Zeichnung von 200 Aktien werden die Zeichner zur Berathung des Gesellschafts-Statuts zusammentreten und die Mittel und Wege bestimmen, den vorerwähnten Plan ins Leben treten zu lassen.

lichen Eroberungen im Gebiete des Ackerbaues, der Gewerbe, der Industrie und des Handels gerichtet sein müssen. — Die Stärke eines Volkes beruht aber hauptsächlich auf der Anerkennung seiner politischen Mündigkeit. Um diese nicht bloß zu besitzen, sondern auch in der That zu gebrauchen und zu verwerthen, ist eine Reihe von Communal- und Staatseinrichtungen nothwendig, zu denen bei uns überall der Grund gelegt ist. Es kommt auf einen vernünftigen und dauerhaften Ausbau an, der nur durch unerschütterlichen Bürgermuth bewirkt werden kann. Daran wollen wir mitarbeiten und darin so weit gehen, als wir es vor unserer Einsicht, Ueberzeugung und unserm Gewissen verantworten können. — Unser Streben geht auf vollkommene Rechtsgleichheit in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens, in der Commune wie in dem Staate, in der Kirche wie in der Schule. Wir sind von der innigen Ueberzeugung durchdrungen, daß ein politisch mündig gewordenes Volk durch die von ihm gewählten Vertreter auch die Mittel und Wege auffinden wird, seine materielle Lage im Wege der Reform zu verbessern und zu einem bisher unbekannten sozialen Wohlbehagen zu gelangen. Politische und soziale Reform erklären wir für untrennbar.

In einer Aufforderung vom 26. März lud das Comité alle Diejenigen, „welche sich ihm angeschlossen haben und anschließen wollen", zu einer am 28. abzuhaltenden Versammlung ein, in welcher das Programm der Zeitung vorgelegt, die Aktienzeichnung vollzogen und ein Ausschuß gewählt werden sollte, dem die schnellste Ausführung des Vorhabens obliege. Der gewählte Ausschuß constituirte sich als „Verwaltungsrath der National-Zeitung", dessen Mitglieder, die Herren Diesterweg, Stadtrath Duncker, Franz Duncker, Eichholz, Esser, Falkenberg, Herford, Lehfeldt, Kalisch, Nauwerck, Runge, Siemens, Volkmar, Werner, alsbald die Actionäre zur Bildung eines „Nationalzeitungs-Clubs" aufforderten, welcher wöchentlich einmal zusammenkommen sollte, um den Inhalt, die Richtung und die Interessen der Zeitung zu besprechen und Zeitfragen aller Art frei zu discutiren. Die Redaction des politischen Theils der Zeitung wurde den Herren Rutenberg und Dr. F. Zabel, die des Feuilletons dem Hrn. Th. Mügge übertragen, dreien Schriftstellern, deren bisherige journalistische Thätigkeit als eine im liberal-constitutionellen Sinne ausgeübte bekannt war. Am 1. April erschien die erste Nummer, in der das tägliche Erscheinen der Zeitung als eines Morgenblattes angekündigt wurde. Der erste berliner Artikel „begrüßt mit Freuden" die Veränderung im Ministerium, die unter anderem auch die Bedeutung habe, daß jetzt „die Rheinprovinz in das Herz der Monarchie gerückt" sei, indem „die Männer ihres Sinnes, die Männer, die sie im besten Verstande repräsentiren, im Rathe des Königs" sitzen, und daß dadurch „die mögliche Gefahr einer Zerstückelung des Staatskörpers vermieden, der Ausbruch eines Gewitters an dem einen Ende der Monarchie unmöglich geworden" sei. „Dem stillen Geiste der Entwickelung Raum zu lassen und die Ideen zu begreifen, die sie durchwalten, dazu ist Camphausen der Mann, aber das volle Geschick des praktischen Staatsmannes, der entschlossene Geist des energischen Handels, die Zuversicht des Verstandes und der Glaube an die That — das sind die Tugenden Hansemann's." Als Verfasser des Artikels war unterzeichnet R. Haym, der sich bereits früher in einer Charakteristik des Vereinigten Landtages schriftstellerisch versucht hatte, später schweigsames Mitglied des Centrums in dem frankfurter Parlamente und einer

der vielen Historiographen dieser Versammlung. Das eigentliche Programm der Zeitung war in einem einleitenden Artikel: „Was wir wollen" enthalten, an dessen Schlusse die Nachsicht des Publikums gegen die ersten Nummern angesprochen wird, „weil unser ganzes Unternehmen hinsichtlich der Improvisation viel Aehnlichkeit mit unserer Revolution vom 18. März hat und deshalb sich noch einige Tage in einer Art von unschuldiger Anarchie befindet." Den deutsch-nationalen Standpunkt der Zeitung stellt das Programm in Folgendem dar:

Deutsche wollen wir sein im edelsten und reinsten Sinne. Unser Standpunkt ist dabei durch den Ort unsers Erscheinens bestimmt. Die Errungenschaft Preußens ist die größte und schönste Mitgift, welche dem gemeinsamen Vaterlande, dem ganzen und freien Deutschland gebracht werden kann. Vereint mit allen Deutschen werden wir den Fluß der Bewegung fördern, indem wir feste Ziele im Auge haben. Vor allem aber glauben wir, muß man die deutsche Entwickelung den Zuständen anpassen nach dem Leben, nicht nach Systemen den äußeren Zuschnitt machen oder ändern. Um dies aber zu können, muß man dem Strome der Bewegung, wie es sich von selbst versteht, nach Ueberzeugung und Einsicht folgen. Wir fürchten keine Consequenz der Bewegung, so lange die Macht der Vernunft sie beherrscht; aber wir wissen auch, daß die praktische Politik ihr Maaß aus den gegebenen Verhältnissen hernehmen muß. Die weitschichtigsten Forderungen der Geister sind wie in einem elektrischen Schlage über das gebildete Festland Europas verbreitet; unser Deutschland ist davon am tiefsten ergriffen, weil es am längsten zurückgeblieben. Hier bedarf es der umfassendsten und tiefsten Organisation, sowohl des Ganzen wie der einzelnen Theile nach allen Verhältnissen. An dieser Organisation, dem Wegschaffen des Verrotteten und Vermoderten, sowie dem Neubau, mitzuarbeiten ist die herrlichste Pflicht, die herrlichste Aufgabe. Hier tritt das Gesetz Solons in Kraft, daß jeder Bürger, der nicht an dem öffentlichen Wohle des Vaterlandes sich betheiligt, indem er sich hier- oder dorthin stellt, auch nicht verdient Bürger des Staats zu sein.

Die möglichen Hindernisse, die das Preßgesetz vom 17. März durch seine Bestimmung über die Cautionen der Gründung neuer Zeitungen in den Weg legte, waren auch für Diejenigen, welche trotz der seit dem Erlaß jenes Gesetzes veränderten Zustände dasselbe für bindend anerkannten, bald beseitigt, da beim Eintritt des neuen Cabinets von diesem bekannt geworden war, daß es jene beschränkenden Bestimmungen aufheben werde. Die ersten Propositionen der Regierung an den Landtag enthielten in der That einen Artikel über Aufhebung der Cautionsbestimmungen, und der Landtag nahm sie ohne Weiteres an. Gleichwohl trat außer der „National-Zeitung" kein anderes Unternehmen dieser Art ins Leben. Eine Zeitung, die, mit dem 1. April beginnend, von Dr. A. Ruge in Leipzig gemeinschaftlich mit Dr. H. B. Oppenheim in Berlin gegründet worden — „Die Reform" *) — konnte, obschon vorzugsweise für Berlin bestimmt und die berliner Verhältnisse am ausführlichsten behandelnd, doch für kein berliner Journal gelten, da sie, in Leipzig gedruckt und ausgegeben, durch ihr verspätetes Eintreffen in Berlin hier den Werth eines mit neuen Mittheilungen versehenen, Raisonnements über die letzten Tagesereignisse enthaltenden, politischen Tagesblattes verlor. Der anfänglich sehr beschränkte

*) Die Reform. Politische Zeitung, herausgegeben von Arnold Ruge in Leipzig und H. B. Oppenheim in Berlin. Leipzig, Verlagsbüreau.

Leserkreis dieses Organs der „radicalen Reformpartei in Deutschland" erweiterte sich erst, als die „Reform" mit dem Beginne des nächsten Vierteljahres in Berlin herausgegeben wurde. — Als eine „Zeitung für politische Bildung des Volkes" kündigte sich die „Locomotive" an, ein Blatt geringeren Umfanges, das mit dem 1. April täglich erscheinen sollte. Der Redacteur, Held, hatte fünf Jahre früher ein Journal unter demselben Titel herausgegeben, das theils seiner hartnäckigen Kämpfe mit der Censur, theils seines freimüthigen Inhalts wegen einen weit verbreiteten Ruf erlangt und den Namen seines Herausgebers bekannt gemacht hatte. Die Tendenz der neuen „Locomotive" bezeichnete ein Programm *) folgendermaßen:

Die Zeitung für politische Volksbildung soll darüber wachen, daß keine Reaction eintritt; daß alle den deutschen Völkern von ihren Fürsten gemachten Versprechungen im weitesten Sinne des Worts erfüllt werden; daß die deutsche Nation im Besitze der Bürgschaften bleibt, welche sie sich zur Aufrechthaltung ihrer Freiheit erworben hat. Sie soll dafür wirken, daß die vernünftigsten und freiesten Institutionen für alle Volksklassen des Staats ins Leben gerufen werden; daß Volkswohl und Staatswohl völlig gleichbedeutende Begriffe sind; daß ein allgemeiner Wohlstand, eine allgemeine Bildung, eine allgemeine moralische Würde Eigenthum des deutschen Volkes werden. — Der Standpunkt, welchen die Zeitung für politische Volksbildung zu diesem Ende einnehmen wird, ist ein entschiedener, ein vernünftiger, ein radicaler. — Wir wirken für politische Volksbildung, also auch für die Demokratie. Die Preßfreiheit wird unser Schild sein; und wir wollen nun einmal sehen, ob diese Preßfreiheit wirklich eine Wahrheit geworden ist, oder ob man sie wieder — wie früher so viele andere Freiheiten — durch die Künste der natürlichen Magie zu einer Illusion machen wird. Man hoffe ja nicht, daß wir das kindliche Spiel beginnen werden, uns durch den Nichtgebrauch der Preßfreiheit dieser Preßfreiheit würdig machen zu wollen; daß wir die Absicht haben, den sogenannten Mißbrauch der Preßfreiheit durch einen Nichtgebrauch der Preßfreiheit zu vermeiden. Diese gemüthliche Machination wohldressirter Kinder ist freisinniger Männer unwerth. Wir verachten sie eben so sehr, wie wir sie verlachen. Nein, wir werden die Preßfreiheit gebrauchen, im vollsten Umfange des Worts gebrauchen; und wenn die deutschen Minister — wie sie früher thaten — jeden herben und bittern Tadel ihrer politischen Wirksamkeit Preßmißbrauch nennen: so werden wir die Presse mißbrauchen, stark mißbrauchen. Aber wir hoffen, daß die deutschen Minister endlich der unconstitutionellen Empfindlichkeit, die nur das Kennzeichen eines päpstlichen Unfehlbarkeits-Bewußtseins ist, entsagt haben werden; wir hoffen, daß sie anfangen werden, sich einen constitutionellen Minister-Character anzueignen; wir hoffen, daß sie sich zu derselben Höhe politischer Würde erheben werden, auf welcher die englischen und französischen Minister stehen. Und darum werden wir über die öffentlichen Zustände und die öffentlichen Personen Deutschlands dieselbe entschiedene Sprache führen, welche man an den radicalen Zeitungen Englands und Frankreichs schätzt und achtet. Denn es ist endlich die Zeit gekommen, wo Deutschland den freien Nachbarländern Frankreich und England nicht mehr nachhinkt, sondern neben ihnen fortschreitet.

Ein „Organ für Arbeiter und Arbeitgeber" wurde in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung" **) gegründet, durch welche den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden sollte „sich auszusprechen über das was ihnen Noth thut, und was sie mit Recht oder ihren Bedürfnissen nach in Anspruch zu nehmen haben." Die Zeitung sollte den Arbeitern „gewissermaßen als Parlament oder Sprech-

*) Programm der Locomotive, Druck von F. Reichardt.

**) Deutsche Arbeiter-Zeitung. Organ für Arbeiter und Arbeitgeber. Erscheint wöchentlich zwei Mal. Redactions-Comité: Bisky, Goldarbeiter; Hetzel, Schuhmacher; Karger, Buchdrucker; Lenz, Schuhmacher; Pathe, Gärtner; Rouvel, Weber; Schramm, Tischler; Schwarz, Stuhlmacher. — Die erste Nummer erschien am 18. April. (Druck und Verlag von Julius Sittenfeld.)

saal dienen, um sich darin nicht nur unter sich, sondern auch mit den Arbeitgebern und Kapitalinhabern zu verständigen und um endlich der Landesregierung klar und deutlich aus der Mitte der Arbeiter selber zu zeigen, was sie zu thun habe und wo zu helfen sei. . . ." Ein Redactions-Comité, aus Mitgliedern des Handwerker-Vereins bestehend, war den Herausgebern F. Behrend und Dr. Eduard Schmidt (a. Danzig) beigegeben. — Eine andere Zeitschrift: „Die Volksstimme"*), bezeichnet in ihrem Nebentitel sich ebenfalls „für Arbeiter und Arbeitgeber" bestimmt; sie bildet, wie schon erwähnt, die Fortsetzung des „Flugblattes der Volksversammlung unter den Zelten", dessen Programm sie auch ihrer ersten Nummer voranschickt. Als ihre Aufgabe betrachtete es die „Volksstimme": „darüber zu wachen, daß uns keines der heiligen Rechte der Freiheit vorenthalten oder verkümmert werde." Ueber die Mittel, welche ihr zu Gebote stehen, spricht sie sich also aus: „Keiner von uns Allen wünscht neue Unordnung, neues Blutvergießen; aber Alle haben wir den festen Willen auf dem Wege der Ordnung und Mäßigung die Freiheit zu erhalten. Freiheit ohne Ordnung ist Willkür und Gesetzlosigkeit. Diese ist das Gefährlichste, was wir zu fürchten haben; das größte Uebel der Uebel. Uns aber stehen andere, stehen edele und mächtige Mittel zu Gebote. Das ist die Stimme des Volkes, denn diese zeigt sich jetzt in Wahrheit als Gottes Stimme. Um diese kennen zu lernen, müssen wir nicht ablassen, uns zu versammeln, Verbindungen zu schließen und mit festen und entschiedenen Worten unsere Liebe zur wahren Freiheit und unseren unerschütterlichen Willen für sie zu leben und zu sterben, offen auszusprechen. Denn aus der Freiheit sprießen uns die Früchte der Arbeit. Wir müssen aber auch unsere Mäßigung und unsern festen Willen, die Ordnung zu erhalten, der Welt kundthun, damit die Gegner der Ordnung ihre Ohnmacht erkennen und die Anhänger der gefallenen Staatsordnung Vertrauen zu uns gewinnen. Darum hüten wir uns, Brüder, Arbeiter, etwas zu begehren, was Anderen schadet, irgend eine Maßregel, welche das Wohl der Arbeitgeber gefährden würde u. s. w." Verantwortlicher Herausgeber der „Volksstimme" waren Dr. Max Schaßler, Vorsitzender des Volksvereins, und Kannegießer. — Weniger rücksichtsvoll und bescheiden, der Mäßigungs- und Ordnungssucht vielmehr feindlich, trat „der Volksfreund"**) auf, ein

*) Die Volksstimme. Blatt des Volksvereins für Arbeiter und Arbeitgeber. Verlag von A. Bartz. — Die 1. Nummer erschien am 6. April.

**) Der Volksfreund. Zwangloses Flugblatt, herausgegeben von einer Anzahl Volksfreunde, redigirt von G. A. Schloeffel. („Ein Theil der Auflage wird stets an Die unentgeltlich vertheilt, für die er eigentlich geschrieben ist.") Die 1. Nummer erschien am 5. April „Jahr I. der Freiheit." Bis zur Nr. 5. (vom 19. April) erschien das Blatt regelmäßig in kurzen Zwischenräumen. Der Inhalt der Letzteren veranlaßte eine gerichtliche Verfolgung. Nr. 6. trug die Bezeichnung: „ein gezwungenes Flugblatt aus den Papieren eines gefangenen Volksfreundes, herausgegeben von einem lauschenden Gitterfenster." Das Datum war: „Am 12. Tage seiner Gefangenschaft Jahr I. der „Freiheit"??" Nr. 7. war vom 6. Mai, Nr. 8. (redigirt v. Edmund Monecke) vom 9. Juni (hierzu ein Extrablatt vom 10. Juni), Nr. 9. vom 30. Juni, Jahr I. der „Freiheit?" datirt. Es war die letzte Nummer des „Volksfreundes."

gleichfalls für die arbeitende Klasse bestimmtes Blatt, das, im Sinne des gleinamigen, aus der ersten französischen Revolution bekannten Marat'schen Ami du peuple, zuerst tabula rasa verlangte, um dann die „neue Ordnung der Dinge" zu begründen. Ein Organ jugendlicher Kräfte wollte der „Volksfreund" ein „Blatt der Revolution" sein und im revolutionären Interesse auf das Volk, die Arbeiter, die Proletarier wirken. Sein Redacteur Gustav Adolf Schlöffel, ein neunzehnjähriger Jüngling, war am 26. März nach Berlin gekommen, nachdem er aus Heidelberg, wo er seit zwei Jahren als Student gelebt, „wegen Verbreitung aufrührerischer Flugschriften im badischen Odenwalde" von der Universitätsbehörde „relegirt" worden war. Die berliner Universität, auf der er seine Studien fortsetzen wollte, verweigerte seine Immatriculation, „weil er ohne Abgangszeugniß aus Heidelberg fortgewiesen wäre." In welche Verbindungen er alsbald in Berlin trat, zeigt eine Notiz in der 1. Nummer seines Blattes an, derzufolge er von einer Versammlung der „Tagelöhner" zu deren Deputirten bei einer am 9. April stattfindenden Arbeiterversammlung gewählt worden war. — Die Tendenzen des „Volksfreundes" waren in folgendem Einleitungs-Artikel der 1. Nummer ausgesprochen:

„In den ruhmvollen Tagen der ersten französischen Staatsumwälzung entging das sich erhebende Volk nur deßhalb und dadurch den zahllosen Schlingen seiner zahllosen Verräther, weil es Männer hatte, die es sich zur heiligen Aufgabe machten, verfolgt und geächtet wie sie waren, auf jedem Schritt ihres Lebens nur sein Wohl zu überlegen, die geistigen Schildwachen der großen Volkssache zu sein und mit flammenden Lettern die Ränke der Tyrannen zu erhellen, den Weg vorzuzeichnen, auf dem die blutig erkämpfte Freiheit zu befestigen und zu fördern sei. Der Volksfreund sagt sich los von aller und jeder Rücksicht auf einzelne Interessen; er will schrankenlos und ohne Rückhalt in seinen Versprechungen nur ein Ziel, nur einen entschiedenen Zweck verfolgen, den Umschwung der bestehenden Verhältnisse durch und für das Volk, dem ein unnützes Wissen noch nicht den Kopf verdreht, das noch ein Herz hat, die Freiheit zu begreifen, und einen Arm, um für sie zu kämpfen; durch und für die arbeitenden, gedrückten und geknechteten Klassen. Sie sind es, die in dem faulen Staat unserer Gegenwart, einzig und allein zum Kämpfen anfeuern, deren Sache Man lieben, für die Man sich opfern kann. Ja, wir glauben an eine baldige Wiedergeburt unserer Gesellschaft, aber nur, wenn die faulen Bestandtheile, die an ihrer Oberfläche schwimmen, vernichtet und aufgelöst, wenn die Massen in Bewegung gesetzt, wenn sie aufhören Massen zu sein und als solche angesehen zu werden, wenn sie die Grundlage bilden, auf der nach Wegräumung aller Hindernisse der Staat der Freien gegründet werde. Nehmt unsere Gesinnungen, Ihr Arbeiter, Ihr Proletarier, Ihr Armen, Ihr Unterdrückten, mit dem Vertrauen auf, zu dem Ihr gedrängt werdet, wenn Ihr bedenkt, daß es junge Männer sind, die Euch in diesem Blatte einen Dienst zu erweisen gedenken, die Jugend, die ohne Interesse, ohne Rücksichten ihr geistiges Vermögen und ihre sorgsam, wenn auch erst kurze Zeit, gesammelten Erfahrungen Eurer Befreiung, Eurer Sache widmet. Weiset die alten kreuzlahmen Verfechter des Bestehenden zurück, die uns verdächtigen werden, und gerade den Umstand, daß unsere Haare noch nicht grau wurden im Dienst des Despoten, ausbeuten werden, um Euch irre zu machen! Glaubt es, daß nur die Jugend berufen ist, das Werk der Zukunft zu vollenden, denn nur sie hat die Kraft und den Muth sich von der Vergangenheit loszureißen."

Im Laufe des Vierteljahres vermehrte sich die periodische Literatur noch um einige neue Erscheinungen. Die Interessen der Bürgerwehr wurden in besonderen Organen vertreten; die Clubs und Vereine gründeten je für ihre Kreise Zeitschriften; der Humor, die Satyre fanden in verschiedenen periodischen Unternehmungen ihren Ausdruck. Unsere weitere Darstellung wird auf

alle diese Productionen zurückführen. Von den bisherigen Erzeugnissen der periodischen Presse, die zum großen Theile, in untergeordneter Art, der sogenannten Unterhaltungs-Literatur angehörten, sei bemerkt, daß sie, da ihre Tendenzen den neuen Bedürfnissen nicht mehr genügten, jetzt auch „politisch" wurden, was freilich ihr allmähliges Eingehen zu hindern nicht vermochte. Nur der „Beobachter an der Spree" wußte auch diese politische Periode zu überdauern. — Der „Publicist", eine seit vier Jahren bestehende „Zeitschrift zur Besprechung gerichtlicher und polizeilicher Gegenstände, gesellschaftlicher und bürgerlicher Verhältnisse in Beziehung auf jene Gegenstände", herausgegeben von A. F. Thiele, erweiterte in liberalem Sinne seine Tendenz, deren Aenderung der Nebentitel andeutete, in welchem jetzt der beschränkende Beisatz „in Beziehung auf jene Gegenstände" — eine Beschränkung, welche die früheren Zustände forderten — weggelassen war.

II. Contrerevolutionäre Stimmen aus den Provinzen. — Klagen und Beschwerden aus dem Großherzogthum Posen. — Die polnische Angelegenheit, das Ministerium und die Clubs.

Keins der neu entstandenen Organe der periodischen Presse hatte sich zu einem Standpunkte bekannt, der den „Errungenschaften der Revolution" widersprechend erschien; wie eng oder wie weit auch die einzelnen Erscheinungen ihre Tendenzen begrenzt hatten, alle begegneten sich in der Ansicht, daß nach neuen, den bisherigen direct entgegenstehenden, „freisinnigen" Principien die Bewegung sich weiter entwickele, daß diese revolutionären Ursprungs und daß das alte System vollständig überwunden, für immer vernichtet sei; die mäßigsten jener Organe bezeichneten als ihre Aufgabe, „die mit den Waffen erkämpfte Freiheit zu schützen und zu erhalten", während die radicalsten „die Revolution weiter führen" wollten. Die bereits vorhandenen Blätter suchten sich „im Sinne der Zeit" umzugestalten, oder verließen, theils freiwillig, theils gezwungen, einen Schauplatz, der ihrer Thätigkeit fernerhin keinen Spielraum mehr zu bieten schien. „Es ist geschehen", ruft eins jener Blätter aus, die, aus Regierungsmitteln unterhalten, bestimmt waren, das vormärzliche System zu vertheidigen, „es ist geschehen; eine ganze Zeit ist so eben zu Grabe getragen: ein neuer großer Abschnitt beginnt in der Geschichte von Preußen und Deutschland. Die Monarchie, wie wir sie verstanden, ist gefallen, und — nur ein Blinder kann sich darüber täuschen — für lange Zeit hinaus unmöglich. Deutschland gehört fortan der constitutionellen Monarchie. Freiheit

und Ordnung, Freiheit in der Ordnung, Ordnung in der Freiheit, das ist das große Problem. Wir haben es in unserer Art zu lösen gesucht; die Ereignisse haben uns Unrecht gegeben: wir sind besiegt." Mit diesen Worten nimmt der „Rheinische Beobachter", eine der bedeutendsten Provinzialzeitungen, von seinen Lesern Abschied.*) Dieses, so wie ein anderes, ebenfalls vom Eichhorn'schen Ministerium begründetes und „subventionirtes" Blatt, die in Königsberg herausgegebene „Zeitung für Preußen", beide hörten mit dem Ende des März zu erscheinen auf, nachdem sie ihre Mission, dem Einflusse und der Verbreitung des Liberalismus in ihren Provinzen wirksam entgegenzutreten, als eine verunglückte kennen gelernt hatten. In Berlin existirte kein derartiges Product ministerieller Fürsorge. Privatunternehmungen hatten jedoch diesen Mangel zu ersetzen gesucht. Die seit 1846 in geringem Umfange zweimal wöchentlich erscheinende „Berliner Bürgerzeitung" besprach die politischen Ereignisse von einem conservativen Gesichtspunkte aus, der stets mit dem Systeme und den Maßregeln der preußischen Regierung übereinstimmte, und widmete, um sich Einfluß auf die berliner Bürgerschaft und Verbreitung in diesem Kreise zu verschaffen, den städtischen Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit. Obschon jedoch die nur geringe Theilnahme, welche das Unternehmen bis zum März 1848 gefunden, den Bemühungen und dem mit der Herausgabe verbundenen materiellen Aufwande des Unternehmers, der zugleich Redacteur war, in keiner Weise entsprach, so glaubte dieser, Dr. K. H. Hermes — ein Mann, dessen frühere journalistische Thätigkeit sich anfangs in der Herausgabe liberaler Zeitungen, dann in der durch sein Verschulden schnell vorübergehenden Redaction des preußischen officiellen Regierungsorganes geäußert hatte — nach dem 18. März noch einmal den Versuch machen zu müssen, „alle achtbaren Bürger und Bewohner der Hauptstadt" für sein Blatt zu gewinnen, das „die Sache der wahren vernünftigen Freiheit, welche zugleich die Sache der Ordnung ist, mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft zu vertheidigen" auch im nächsten Vierteljahre fortfahren werde. „Jetzt, wo vielleicht einiger Muth erforderlich ist, den auf den Umsturz aller Reste der bestehenden Ordnung gerichteten Bestrebungen der älteren revolutionären Partei entgegen zu treten", glaubte der Herausgeber „auf rege Unterstützung von Seiten aller Wohlgesinnten rechnen zu dürfen." Der Versuch mißlang, die erwartete rege Unterstützung blieb aus, die „Bürgerzeitung" erschien nicht weiter. — Ohne einen ähnlichen Versuch zu machen, beschloß ein anderes conservatives Journal in der letzten Märzwoche freiwillig seine Thätigkeit. Hr. V. A. Huber, ein vom Minister Eichhorn 1844 an die berliner Universität berufener, überzähliger Professor, Begründer und Herausgeber des „Janus"**) erklärte in dessen

*) Rheinischer Beobachter. Herausgeg. von Bercht. Köln 1848. (28. März.)

**) Janus. Jahrbücher deutscher Gesinnung, Bildung und That. Herausgegeben von V. A. Huber. (Erschien zuerst halbmonatlich, seit 1848 wöchentlich einmal. — Verlag v. W. Besser, 1848 in Commission bei A. Förstner.)

letztem, am 31. März ausgegebenen Hefte; „ganz neue Verhältnisse und Bedingungen fordern ein neues Organ und der Janus tritt zurück." Während seines vierjährigen Bestehens hatte der „Janus" wiederholt Gelegenheit genommen, die Lässigkeit und Theilnahmlosigkeit der Partei zu rügen, für die er den Kampf gegen den Liberalismus aufgenommen und im Sinne des preußischen Regierungssystems zu führen versucht hatte, der „echt conservativen", monarchisch-absolutistischen Partei, zu deren Wortführer Hr. Huber sich aufgeworfen, nachdem er in früheren Jahren liberalen Principien mit günstigerem Erfolge literarisch vertreten. „Wenn je", erklärt Hr. Huber in seinem Schlußartikel, „so gilt hier der Ruf: das Vaterland ist in Gefahr!" Er sucht diese Erklärung durch die Thatsachen des siegreichen Liberalismus zu begründen. „Der Liberalismus hat gesiegt!" Mit diesen Worten beginnt der Schlußartikel, in welchem der Verfasser noch einmal seine schlecht belohnten conservativen Verdienste hervorhebt, um sich von aller „politischen Verpflichtung gegen Menschen und Dinge, die sich selbst aufgeben", fortan loszusagen, da er es „an treuer Warnung nicht habe fehlen lassen", und um zugleich die neue „Rolle" anzukündigen, die er jetzt „freudig und von ganzem Herzen" annehmen werde, „die Rolle einer gesinnungstüchtigen Opposition", die der Liberalismus bisher so vielfach verzerrt, gemißbraucht habe. „So gewiß wir an dem Urquell aller Wahrheit und Freiheit festhalten, dessen Erhaltung fortan hauptsächlich der Kampf gilt, . . . so gewiß gehört uns die Zukunft — sei es durch oder trotz der falschen Freiheit, die der Liberalismus dem Volke und in ihm uns aufdrängt. . . ." Hr. Huber behält sich vor, den Liberalismus in dieser Freiheit, die er verspreche, „auf's allerentschiedenste beim Wort zu nehmen" und hofft, seine „gute Sache so viel wirksamer vertreten zu können als früher, wo wir so manches Lähmende mitschleppen mußten, weil es der zu Recht bestehenden Staatsform anhing, in der wir trotz aller wirklichen Mängel doch die besten Möglichkeiten sahen." Die Hoffnung, diese „gesinnungstüchtige Opposition" durch ein neues Organ vertreten zu lassen, wurde nicht verwirklicht; dem Ausdrucke der Ansichten des neuen Oppositionsmannes bot zunächst eine Zufluchtsstätte die — „Evangelische Kirchenzeitung" des Prof. Hengstenberg, jenes Blatt der protestantischen Orthodoxie, das stets kampfbereite Organ der lutherischen ecclesia militans, die sich jetzt plötzlich in eine ecclesia pressa verwandelt wähnte. Ihre erste „Zeitbetrachtung" nach dem 18. März wandte die Ev. K. Zeitg. der veränderten obersten Kirchenverwaltung zu, die jetzt einem Manne, dem Grafen Schwerin, übertragen sei, von dem nichts zu erwarten, als daß er im Schleiermacherschen, der strenggläubigen Partei feindlichen Sinne, sein Amt verwalten würde. Habe die evang. K. Z. schon gegen die einzelnen Schwächen des Ministers Eichhorn kämpfen müssen, so sei jetzt das ganze System zu bekämpfen, mit welchem das neue Kirchenregiment den evangelischen Glauben zu untergraben drohe. Die Umwälzung, die nach französi-

schem Vorbilde in der preußischen Hauptstadt vollendet worden, sei das Product des Unglaubens, und allen Ernstes schlägt jenes Blatt vor, daß es „jetzt recht an der Zeit wäre, neben dem allgemeinen Landtage einen allgemeinen Buß-, Bet- und Fasttag zu halten durch das ganze Land und vornämlich in der Hauptstadt des Landes" (E. K. Z. Nr. 28.) Hr. Hengstenberg aber sieht, den klagenden Stimmen seiner geistlichen Mitarbeiter aus den Provinzen gegenüber, einen Trost in den Errungenschaften der Revolution, die sich jetzt auch die Gläubigen zu nutze machen müssen: „Die Preßfreiheit", ruft er aus, „haben wir zu benutzen; sie muß uns ein großes Gut sein und wird es sein, wenn wir im Glauben und unter Gebet im Dienste des Herrn sie gebrauchen. .... Benutzen auch wir das Recht der freien Associationen. Ziehen wir nun zu unseren Predigerconferenzen auch die Nichtgeistlichen hinzu u. s. w." (Nr. 31.) Die „Evang. Kirchenzeitung" blieb zunächst das einzige journalistische Organ der Hauptstadt, welches, von seinem beschränkten Standpunkte aus, den Kampf gegen die neue Bewegung zu führen unternahm.

Die Hauptstadt blieb freilich anfangs unberührt von dieser Opposition. Hatten doch selbst die Geistlichen aller Parteien durch ihre Betheiligung am Leichenzuge des 22. März dem neuen Zustande ihre Anerkennung nicht versagt — eine Thatsache, welche das Hengstenbergische Blatt für hinlänglich brandmarkend hält —, hatte doch sogar der König den veränderten Verhältnissen seine Huldigung unter verschiedenen Formen dargebracht. Berlin war noch kein empfänglicher Boden für eine entschiedene Opposition gegen die Bewegung, und selbst die angeführten Versuche eines Bülow-Cummerow galten nur für den Ausdruck eines provinziellen, des pommerschen Bewußtseins. Die Provinzen hatten, wie erwähnt, in vereinzelten Zustimmungs-Adressen von Gemeinden und Corporationen den berliner Helden ihre Sympathieen ausgedrückt; in anderen Zuschriften, die theils an den König und die Regierung, theils an die Bewohner der Hauptstadt gerichtet waren, sprach sich die Uebereinstimmung mit dem, was bisher erreicht worden, nicht selten freilich mit dem Zusatze aus, daß nun auch Halt gemacht werden müssen. „Die hochwichtigen Ereignisse in der Hauptstadt", heißt es in einer von mehreren adeligen Gutsbesitzern u. A. bei Gelegenheit eines Jahrmarktes in Anklam, am 22. März, unterzeichneten Zuschrift „an unsere berliner Mitbürger" (Sp. Z. 25. M.), „haben uns auf der einen Seite mit lebhafter Freude, auf der anderen aber mit tiefer Wehmuth erfüllt. Denn der Blick auf die Errungenschaften schweift über die Leichen unserer Brüder hinweg und die alte deutsche Treue schwankt in ihren Grundvesten! Bürger Berlins! berufen wie wir, die Kämpfe für Wahrheit und Recht zu kämpfen, haltet fest an der alten deutschen Treue! Tretet entgegen der Unordnung und der Anarchie! Schaaret Euch um den König und schützt ihn und sein Recht mit demselben Muthe, wie Ihr das Eurige erkämpft! Wartet ab, daß die allgemeine Landesvertretung berufen werde und vergesset

3*

nicht, daß Ihr nicht das gesammte Vaterland ausmacht. Nur dann könnt Ihr unserer Sympathieen überzeugt sein! Bis hieher und nicht weiter möchten Euch die Provinzen, die sich sonst in unglückseligem Bruderzwist gegen Euch erheben könnten, folgen." In ähnlicher Weise, zustimmend, warnend, drohend war die Mehrzahl der vielen von der Voss. Zeitung veröffentlichten Documente, die fast alle aus der Provinz Brandenburg, abgefaßt. Frühzeitig fanden aber auch die Unzufriedenheit, der Widerwille gegen die berliner Vorgänge und die damit in Verbindung stehenden „Errungenschaften" ihren Ausdruck in Manifestationen, die von einzelnen Personen aus der Aristokratie der Provinzen (Brandenburg, Pommern, Sachsen) ausgehend, dazu bestimmt waren, den Berlinern Furcht und Schrecken einzuflößen, das Land als im Widerspruche mit der Hauptstadt befindlich darzustellen. Es waren todtgeborene Unternehmungen, die, charakteristisch zwar zur Kenntniß der aristo-büreaukratischen Tendenzen, doch nur dazu dienten, den Widerstreit kennen zu lehren, der zwischen dem „Lande", der bürgerlichen Bevölkerung der Provinzen und den contrerevolutionären Unternehmern stattfand. Die „Berliner Zeitungs-Halle" enthielt bereits am 29sten eine besondere Rubrik: „Die Reaction in den Provinzen", die, in den folgenden Nummern fortgesetzt, alle dieser Ueberschrift entsprechenden Versuche, so weit sie bekannt geworden, zusammenstellte. Von Magdeburg aus sollte der Entwurf einer Adresse in Umlauf gebracht werden, welche „bei einer Zusammenkunft mehrerer Personen hiesiger Gegend berathen" die berliner Ereignisse des 18. März in der Art darstellt, daß „in demselben Augenblicke, wo der König durch seine Bekanntmachung die Wünsche der Völker in vollem Maße erfüllt, unter dem Vorwande von Mißverständnissen ein nichtswürdiger Pöbel der Hauptstadt, von Juden, Polen und Franzosen verführt und angeführt, gegen unseren Herrn und König sich empört" habe. „Wir sind jetzt", heißt es weiter, „in der Gefahr, der Willkür dieses Pöbels preisgegeben zu werden. Unser Leben und Eigenthum, unser Vaterland und unser Glaube ist auf's Höchste bedroht. In dieser Stadt, die nicht mehr verdient, Hauptstadt des Preußenlandes zu sein, werden jetzt die Waffen entweiht, welche viele von uns gegen die Feinde des Vaterlandes mit Ehren getragen haben, indem jene Verräther und Buben sich damit schmücken. . . Berlin ist nicht Preußen, wir wollen nicht, daß Berlin mit seinen Franzosen, Polen und Juden uns beherrscht und knechtet — wir wollen auch mitsprechen. . . . Wir verlangen, daß unser König frei sei . . . und daß der vereinigte Landtag nicht von dem empörten Pöbel der Hauptstadt beherrscht werde. Wir protestiren hiermit feierlich gegen jeden Beschluß, der von dem Könige und dem verein. Landtage unter der Tyrannei des berliner Straßenaufruhrs gestellt werden dürfte". Ein zu dieser Adresse gehöriges Circularschreiben vom 22. März richtete an die Geistlichen und Gutsbesitzer der magdeburger Gegend die Bitte, „sich dem Unternehmen anschließen zu wollen und den Wunsch möglichst zahl-

reiche Unterschriften zu sammeln gütigst fördern zu helfen." Auf welche Weise dieser Zweck zu erreichen, bleibe dem Ermessen der Empfänger anheimgestellt, „vielleicht durch das Heranziehen solcher Personen, die das Vertrauen der Gegend besitzen, durch Einwirkungen auf etwaige größere Versammlungen rc.; besonders würden wohl zahlreiche Unterschriften des glatten Landes sehr wünschenswerth sein." Die Adresse solle, sobald aus allen Theilen der Provinz die Unterschriften eingegangen, sofort dem Könige eingereicht werden. Das Begleitschreiben trug die Unterschrift des Grafen v. d. Schulenburg-Ottleben. Dieser erklärte jedoch (Magdeb. Z. 1. Ap.) in durchaus keinem Zusammenhange weder mit dem Circular noch mit der Adresse zu stehen, und gab später die „nothgedrungene Erklärung" ab (Z.-H. 10. Ap.), daß er den Einsender des ihm „unter Mißbrauch seiner Namensunterschrift fälschlich untergeschobenen berüchtigten Aufrufs" in der Person eines magdeburger Kaufmanns, Teetzmann, ermittelt und gegen denselben die gerichtliche Untersuchung eingeleitet habe. (Ein in Magdeburg verbreitetes Gerücht bezeichnete jedoch einen Vetter des Grafen als den Verfasser jener Aktenstücke.) Magdeburger Bürger hatten inzwischen die Verbreitung der bereits in 2000 Exemplaren gedruckten Adresse nebst Begleitschreiben dadurch gehindert, daß sie — „nicht weil der Name eines hier allgemein hochgeachteten Mannes gemißbraucht, was man damals noch nicht wußte, sondern weil die Adresse Aufruhr und Lügen predigte" — die ganze Auflage in der Druckerei verbrannten. — Mit einigen Modificationen und gemäßigteren Wendungen im Texte wurde diese Adresse gleichwohl in einigen Kreisen derselben Provinz verbreitet und mit Unterschriften versehen. Diese Adresse, deren Verbreitung sich der Landrath des Kreises Wanzleben, v. Kotze, und der Kreis-Secretair Georges besonders angelegen sein ließen, spricht von einer „Gewaltherrschaft", die den Königlichen Willen beschränke, einer durch eine Fraction usurpirten Gewaltherrschaft, „unter deren schwerem Joche schon die Bevölkerung Berlins ihre trostlose Lage einzusehen beginnt und bald schmerzlich empfinden wird", und der sich die Unterzeichner der Adresse nicht fügen wollen. Schließlich protestiren die Letzteren „feierlich gegen den Einfluß dieser Gewaltherrschaft und verlangen, daß der König unter seinen treuen Unterthanen außerhalb Berlins deren Vertreter um sich versammle, um mit ihnen des Landes Wohl und die weiteren Schritte der Regierung zu berathen." Nachdem der genannte Landrath, wie es in den öffentlichen Blättern hieß, unter seiner amtlichen Autorität die Dorfschulzen seines Kreises zur Unterzeichnung dieses Aktenstückes und zur Sammlung von Unterschriften veranlaßt, wurde durch den landräthlichen Secretair auch der Magistrat von Wanzleben im Auftrage des Landraths ersucht, der Erklärung beizutreten und sie zur Unterzeichnung circuliren zu lassen. Das umlaufende Exemplar wurde jedoch bald von den entrüsteten Bürgern vernichtet, der Kreissecretair von der dortigen Bürger-Schutzwache „wegen Aufwiegelung und An-

stiftung von Bürgerkrieg" verhaftet und unter Escorte nach Magdeburg gebracht, um hier an den Oberpräsidenten abgeliefert zu werden. Dieser wurde zugleich in einem Berichte, der das von den Wanzlebenern über den Vorgang aufgenommene Protokoll begleitete, angegangen, „die Adresse officiell zu desavouiren, um die Landbewohner zu enttäuschen und den Landrath v. Kotze seines Amtes sofort zu entheben." Hr. v. Bonin setzte jedoch den verhafteten Georges sofort auf freien Fuß und desavouirte weder die Adresse, noch enthob er den Landrath seines Amtes. Dieser zog es vielmehr vor, in einer der magdeburger Regierung abgegebenen, durch die Zeitungen veröffentlichten Erklärung vom 30. März um seine Entlassung aus dem Staatsdienste anzutragen, indem er die Befürchtung aussprach, „daß sein Auftreten in dieser Angelegenheit mit seiner amtlichen Stellung in Zusammenhang gebracht und seine Amtswirksamkeit dadurch zum Nachtheil des allgemeinen Wohls geschwächt werden könnte." Hr. v. Kotze erkannte in dieser Erklärung an, daß „die ihm vorgelegte Adresse durch ihn und den Kreissecretair in seinem Auftrage zur Sammlung von Unterschriften vorgelegt" sei, bestreitet jedoch „daß es irgendwie seine Absicht gewesen sei, eine reactionäre Bewegung oder auch nur eine vermehrte Aufregung hervorzubringen"; auch habe er in keiner Weise in seiner amtlichen Qualität als Landrath oder von irgend einer Behörde dazu angeregt jene Schritte gethan, sondern lediglich als Privatmann gehandelt und als solcher dem Georges Aufträge ertheilt. Da jedoch die von dem Könige in Potsdam (am 25sten) abgegebene Erklärung ihn überzeugt, daß die Adresse jetzt „nicht mehr an der Zeit" sein würde, so habe er sie den Unterzeichnern mit dem Bemerken wieder zurückgegeben, daß mit Bezug auf jene königliche Erklärung ihm jeder Grund zur Absendung derselben zu fehlen scheine. — In Egeln, wo die Bürger ebenfalls im Auftrage des Landrathes durch ihren Bürgermeister zur Unterzeichnung der Adresse aufgefordert wurden, hatte diese dasselbe Schicksal wie in Wanzleben. Die Bürger von Egeln sandten am 28. März eine „energische Protestation" mit 30 Unterschriften an den Landrath, in der sie ihre Entrüstung über den Inhalt der Adresse aussprachen. Der Bürgerdeputation, welche diesen Protest überreichte, wurde hierauf von dem Kreissecretair das schriftliche Versprechen gegeben, daß die Adresse nicht abgesandt, sondern cassirt werden sollte. — Auch im westhavelländischen Kreise wurden Unterschriften für eine Adresse gesucht, durch welche die Unterzeichner erklären sollten, daß sie alle Verordnungen, die der König seit dem 17. März erlassen habe, ebenso diejenigen, die er während seines „unfreien" Zustandes in Berlin erlassen würde, für nichtig und unverbindlich erachteten, daß sie nur den einen Befehl respectiren würden, der sie zur Befreiung Sr. Majestät nach Berlin riefe; auch würden sie keine Landtagsdeputirten nach Berlin schicken, weil hier der Landtag nicht frei berathen könne ꝛc. Doch soll auch dieser Revers ohne andere als die Unterschriften derjenigen Edelleute des Kreises, von

denen er ausgegangen, geblieben sein. — Zeitungsberichte erwähnten der Methode, welche angewandt wurde, um besonders das Landvolk gegen die Hauptstadt aufzureizen und so Unterschriften für die Adressen zu erhalten. „Des Königs Maj. sei gefangen und solle gestürzt werden" war eine jener Vorspiegelungen, welche das Landvolk und die Landwehr fanatisirte, und die Wuth der letzteren richtete sich zunächst gegen die schwarzrothgelben Farben als das feindliche Symbol. In einem jener Berichte, aus der Umgegend von Magdeburg, Ende März, heißt es: „Die Junker- und Beamten-Verschwörung kommt immer mehr an den Tag. Beim Exminister von Alvensleben in Erxleben sollen sie getagt haben, die Junker der weiten Umgegend. Da ist das Lügenmanifest und der Operationsplan entworfen. Ueber die ganze Provinz Sachsen erstreckt sich das Complott. Die Landräthe haben Schulzen-Versammlungen dazu berufen und die Controll-Versammlungen der Landwehr sind dazu ausgebeutet. Man hat den Leuten vorgeredet: Das Land solle Frankreich in die Hände gespielt werden; der König sei in der Nacht vom 18. zum 19. März von einem nach Berlin eingeschlichenen Trupp Franzosen gefangen genommen, entehrt und zu den gemachten Zugeständnissen gezwungen worden; die Religion solle vernichtet werden; der berliner Pöbel habe die Soldaten, die ihren König gegen die Franzosen vertheidigen wollten, hinterlistig niedergeschossen; es werde nicht lange dauern, so seien die Franzosen im Lande rc. rc." — Die eigenthümlichste aller gegen Berlin gerichteten Demonstrationen war von einem pommerschen Edelen für seine „treuen" Landsleute erdacht worden. Hr. v. Wolden, Obristlieutenant a. D., Gutsbesitzer im Kreise Belgard, dessen Aufenthalt jedoch in der Regel Potsdam, erließ einen „Aufruf an die Pommern", der im Sinne der vorhin erwähnten Adressen „gegen alle Rechtmäßigkeit des (in Berlin) Vorgegangenen" protestirt, „jetzt in Worten, aber auch bereit zu Thaten." Eine Deputation, zu der „jede Stadt Pommerns einen Bürgerlichen, jeder Kreis einen Bäuerlichen" liefert, solle sich am 18. April nach Berlin begeben, um dort der Bürgerschaft Erklärungen vorzulegen und abzufordern. Für sich bittet der originelle Anreger dieses Planes um die Ehre, die Ritterschaft von Pommern bei jener Deputation zu vertreten. *) Unter dem Schutze

*) Das vollständige Document, welches nur in Abschriften verbreitet wurde, lautet: „Aufruf an die Pommern. Die Stadt Berlin hat die Befugniß in Anspruch genommen, sich in Waffengewalt gegen unsern König zu erheben, von demselben Zugeständnisse zu ertrotzen, die Räumung der Stadt durch unsre Soldaten zu erlangen, das Königl. Schloß mit einer Bürgergarde zu umgeben und durch Demüthigungen mancher Art, die sie unserm und ihrem Könige zugefügt, in der Treue zu wanken, welche nicht allein von ihr vor dem Throne desselben beschworen, sondern auch an dieser Stätte von uns ein heiliges Gelübde empfangen. Redlich Volk von Stadt und Land, Pommern von allen Ständen, die unsern König lieben und achten, erheben wir uns im Ausdruck der Gesinnungen: daß solche Handlungen nicht die des Willens von uns gewesen, protestiren wir gegen alle Rechtmäßigkeit des Vergangenen, jetzt in Worten, aber auch bereit zu Thaten. Achtbare Männer, Vorsteher der Kreise und Städte, Landräthe und Magistrat (es mögen wohl keine die Bitte darum versagen) oder Andere unter uns werden die Treugesinnten um uns versammeln, Deputirte

einer großen dreifarbigen Kokarde reiste Hr. v. Wolden mit Kourierpferden in der Gegend von Cöslin umher, von Stadt zu Stadt, um die Behörden für seinen Plan zu gewinnen. In Cöslin wußte er am 24. März Abends eine Plenarsitzung der dortigen Regierung zu veranlassen, in welcher er seinen „Aufruf" zum Vortrage und zur Berathung brachte. Das Regierungs-Collegium ließ sich jedoch auf seinen Plan nicht ein, untersagte ihm vielmehr die für diesen Zweck beabsichtigte Reise nach den hinteren Theilen der Provinz und verbot der cösliner Buchdruckerei, den Aufruf zu drucken. Williger zeigten sich die landräthlichen und Militairbehörden jener Gegenden, indem sie den „Aufruf" in ihren Büreau's durch Abschriften vervielfältigten und diese durch Gensdarmes in die benachbarten Ortschaften verbreiten ließen. Der Aufruf blieb freilich ohne Erfolg. — Eines anderen Documentes pommerscher Feindseligkeit sei hier noch deshalb erwähnt, weil es überhaupt das erste von einem berliner Blatte veröffentlichte Inserat ist, welches die berliner Revolution zu verhöhnen sucht. Den Inhalt desselben bildet die „ergebene Anfrage" zweier Schievelbeiner: ob „vielleicht die Kugeln der Soldaten am 18ten so gegossen und geschossen waren, daß nur berliner Gesellen das Glück der Acquisition derselben genossen"; wenigstens, so behaupten die Schievelbeiner, „haben die Gesellen die Todtenlisten ausgefüllt, ohne die Meister zu Rathe gezogen zu haben, was dem ganzen Krawall die hohe Bedeutung nimmt." (V. Z. 30. Mz.)

Berlin schenkte diesen Demonstrationen aus den Provinzen nur sehr geringe Beachtung. Behörden wie Clubs hielten es für überflüssig, dagegen ernstlich zu remonstriren; den letzteren genügte es vorerst, daß jene Versuche für die Thatsachen einer in den Provinzen vorhandenen, in der Aristokratie wurzelnden Reaction überhaupt Belege boten. Es schien noch nicht an der Zeit, eine „Verständigung" oder gar „Versöhnung" mit den Provinzen zu versuchen — fromme Werke, welche in einem spätern Zeitpunkte, als die Verhältnisse verwickelter geworden, in der That geübt wurden. Glaubte man doch jetzt noch im Allge-

---

ernennen, von jeder Stadt ein Bürgerlicher, von jedem Kreise ein Bäuerlicher, die sich am 17. April zu Stettin versammeln, dort eine Deputation bilden, welche unter vorbereiteter Erlangung sichern Geleitsbriefes (wie traurig, daß in Preußen Zustände obwalten, wo die Meinung auf der einen von der andern Seite solches begehren muß) sich am 18ten April nach Berlin begeben, den Herren Vorstehern der Bürgerschaft eine Erklärung darzubieten, darüber: 1) daß Pommern keineswegs ihnen den Beruf zugestehe, in der vorgekommenen Weise deren Meinung zu handhaben, und darum dem Beispiel anderer Länder nicht beitrete, die solche Anmaßung der Hauptstadt unter sich dulden; 2) daß Pommern die Erschlagung seiner Landsleute in den Straßen Berlins, welche den Befehlen ihres Königs gefolgt, sehr mißfällig betrachte, und 3) sich eine Meinungsäußerung von ihr auszubitten: I. ob sie zu der Ehrerbietung, dem Gehorsam und der Treue gegen ihren König zurückkehren wolle, die Pommern unter allen Momenten seiner Geschichte bewahrt; II. ob sie mit uns den Frieden in unserem Lande herzustellen sich vereinigen mögen, oder III. ob nicht? Die Ritterschaft von Pommern, die meine Gesinnung theilt, gewährt mir vielleicht die Ehre, sie bei der Deputation zu vertreten und läßt mich dies durch die Landtags-Abgeordneten erfahren. Die Kosten für die Vertretung der anderen Stände wird die Treue der Menschenherzen zu beschaffen wissen. Pommern, im März 1848. Heinrich von Wolden auf Wusterbarth, Belgardschen Kreises.

meinen der provinziellen Sympathieen gewiß zu sein und enthüllten sich doch auch jene reactionären Versuche nur zu bald als mißglückte Umtriebe einer Adelspartei, des Landjunkerthums, wie man es nannte, die in ihrem Gefolge höchstens einige von ihr aufgewiegelte Dorfschulzen und Landgemeinden mit sich führten. Einige nahmen die Sache freilich sehr ernst. Hr. Rötscher, den die Zeitumstände aus einem Theaterkritiker der Spen. Zeitung zu einem Politiker und Leitartikelschreiber dieses Blattes gemacht hatten, warnte wiederholt vor der „reactionären Partei" und forderte zur Wachsamkeit auf ihr Treiben dringend auf. Sie haben bereits angefangen, ihr Haupt zu erheben, wenn auch in einer Weise „deren naive Unbesonnenheit und lächerliche Haltung den Unwillen dagegen fast entwaffnet." Gleichwohl verlangt er „einen energischen Protest und eine Maßregel der Regierung", will er, daß die Minister dem Könige den Rath geben, „solche Erklärungen geradezu hochverrätherisch zu nennen und mit dem ganzen Unwillen und der vollen Entrüstung eines aus tiefster Ueberzeugung mit dem siegreichen Princip der Freiheit einsgewordenen Fürsten als Verletzung seiner Würde, als Verrath am Vaterlande zu bezeichnen." Es sei die Sache der verantwortlichen Minister, „den König gegen solche Attentate an der freien Entwickelung des Vaterlandes zu decken." Der „unsinnige" Aufruf des Hrn. v. Wolden hat, nach Hrn. Rötscher, eine „sehr ernste Seite". „Man überläßt einem unbedeutenden Edelmanne, sich zum Wortführer zu machen, während, wie verlautet, gar nicht so unbedeutende, sogar früher sehr einflußreiche Männer hinter den Coulissen agiren. Diese Partei hat nicht wenig Lust, Pommern zu dem auswärtigen Preußen zu machen, und wie einst Coblenz der Sammelplatz der Emigrantenschaaren zur Bekämpfung der französischen Revolution war, so Pommern zum Heerde für die Vereinigung der Unverbesserlichen zu machen, welche keine Geschichte belehrt, keine Liebe zum Vaterlande erwärmt." (Sp. Z. 3. Ap.) Einen Widersacher fand Hr. Rötscher in Hrn. H. Graßmann, der nicht umhin kann, auf die Aehnlichkeit aufmerksam zu machen, welche die von jenem gegen Hrn. v. Wolden gerichtete Anklage mit den von der Schreckensherrschaft eines Danton und Robespierre gegen alle Anhänger der conservativen Partei erhobene Anklagen habe. „Sollte", fährt Hr. Graßmann fort, „in der That Hr. R. Organ einer solchen jakobinischen Faction sein, welche im Finstern die Waffen schmiedet gegen Treue und Recht und eine Schreckensherrschaft heraufbeschwören möchte, in welcher Literaten und Advokaten an der Spitze des Pöbels das Volk regieren, so würden wir doch einer solchen Faction den Rath geben, sich wenigstens ein geschickteres Organ zu suchen, als sie in Hrn. R. gefunden hätte." (V. Z. 10. Ap. Beil.) In anderer Art, als es durch Hrn. Rötscher in der Spen. Zeitung geschehen, sucht die Voss. Z. die Angelegenheit ein für allemal zu erledigen. „Es sind uns", erklärt dieses Blatt, „seit dem Erscheinen der berüchtigten magdeburger Adresse, eine Menge Schmähartikel gegen den (fälschlich

unterzeichneten) Grafen Schulenburg zugekommen, denen wir, da sie nur Persönlichkeiten enthielten, in unserer mit der Lösung so vieler wichtiger Principienfragen beschäftigten Zeit keinen Raum gestatten konnten. Da aber sowohl der Verfasser als der Mitunterzeichner der Adresse, als auch ihre Gegner im Allgemeinen eine sehr falsche Auffassung des Verhältnisses zwischen Revolution und Reaction zu erkennen gegeben haben, so dürfte eine einfache Darstellung desselben am ersten geeignet sein, ähnlichen unsere Zeit nur schändenden Bestrebungen und persönlichen Entgegnungen vorzubeugen." Die Revolution wird hierauf als „die Empörung des wahren Rechtes gegen das falsche", die Reaction als „der Widerstand des falschen Rechtes gegen das wahre" dargestellt. Die Pflicht aber gebiete nur Unterwerfung unter das letztere, nicht unter jenes. Den „auf historischem Boden stehenden Legalitätsmännern, welche an dieser Lehre von der Revolution Anstoß nehmen", will es die Voss. Zeit. nicht verargen, „daß sie da still stehen, wo das Ende ihrer Philosophie ist"; sie hält es auch für natürlich, daß jene dies Ende für das Ende der Welt halten, „aber — die Welt hat kein Ende." (V. Z. 7. Ap.) Auf diese Erörterungen beschränkte sich, was die berliner Tagespresse überhaupt gegen die erwähnten Versuche zu sagen hatte; einige mehr oder minder pointenreiche „Eingesandt's" bezogen sich weniger auf den Inhalt der Demonstrationen als auf die demonstrirenden Persönlichkeiten *); ein Plakat endlich, welches den Inhalt der magdeburger Adresse vollständig wiedergab, drückte die Tendenz dieser Veröffentlichung durch seine Ueberschrift aus: „Der allgemeinen Verachtung übergeben wir die nachstehende im Regierungsbezirke Magdeburg verbreitete Adresse. Mehrere Bürger Berlins." **)

Größere Beachtung wurde in Berlin den Stimmen gewidmet, welche aus den Provinzen Posen und Westpreußen nach der Hauptstadt gelangten. Es war eine Fluth von Zeitungsartikeln, die, aus den verschiedensten Ortschaften jener Provinzen eingesandt, die berliner Zeitungen seit den letzten Tagen des

---

*) Aus einigen Zeitungsinseraten des Hrn. v. Wolden, die zugleich einen interessanten Beitrag zur Charakteristik desselben liefern, erhellt, daß dem Unterzeichner des „Aufrufs an die Pommern" bei seinem Aufenthalte in Berlin mancherlei Zeichen persönlicher Theilnahme zu erkennen gegeben wurden. In einer jener Annoncen spricht Hr. v. Wolden den Wunsch aus, mit seinen Gegnern sich „gerne einmal auf die Losung: Deutsche Treue, Redlichkeit, Freiheit vereinigt zu sehen." Er fügt hinzu: „Der Theilnahme an meinem Befinden — wie ich alt, krank, dem Grabe sehr nahe, demüthigen Sinnes mit mäßigen Anlagen, aber voll der größten Entschlossenheit bin, alle meine Brüder auf Erden bis an mein Ende zu lieben, wen ich gekränkt, zu versöhnen und nur Gott zu fürchten." (V. Z. 3. Ap.) — Eine andere lautet: „Losung: Deutsche Treue, Redlichkeit, Freiheit. Donnerstag den 6. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Kroll; — Empfang für meine Gegner — Bürger, Beamte, Aerzte, deutsche Jünglinge frisch f. u. s. w., auch von Denen, die von meinen Schulden wissen möchten; zusammen etwa Neun, für Mehrere die Mittel unzureichend. H. v. Wolden, Potsdam." (V. Z. 5. Ap.)

**) Druck von Ed. Krause.

März überschwemmten und deren überwiegender Theil die Noth der deutschen Bevölkerung, den „Uebergriffen“ der polnischen gegenüber, darzustellen suchte. Die allgemeinen Verheißungen, welche die Regierung den Polen gemacht, die Deutung, welche diese den Verheißungen gegeben, hatten unter der deutschen Bewohnerschaft der Provinzen die Befürchtung entstehen lassen, als sei der Zweck der versprochenen Reorganisation Polens, daß der deutsche Theil der Bevölkerung „polonisirt“ werden sollte. Reclamationen, Einwendungen aller Art, Klagen wurden erhoben und durch jene Zeitungsartikel verbreitet, welche an die Hauptstadt gerichtet waren und diese gleichsam um eine Intervention in der polnisch-deutschen Frage in Anspruch nahmen. — Die Zustände in der Provinz hatten sich, seitdem der polnischen Deputation durch die Bescheide der Regierung vom 24. und 26. März und die mit den Ministern gehaltenen Conferenzen günstige Aussichten für die Erfüllung ihrer Wünsche gemacht waren, in revolutionärer Art weiter entwickelt. „Die Mitglieder der Deputation, so wie viele Polen, die alle Versicherungen der Minister und anderer hochgestellter Personen (in Bezug auf einen Krieg gegen Rußland) angehört haben, kehren nach dem Großherzogthum zurück und theilen dort Alles mit. Man will den Absichten der Regierung vorarbeiten, es bildet sich neben dem polnischen National-Comité die Abtheilung für das Militairwesen und diese verordnet eine bessere Bewaffnung der Schutzmannschaften und eine gewisse militairische Regelung derselben. Während nun die Polen im guten Glauben mit der Bewaffnung fortschreiten, fängt Seitens der preußischen Beamten eine furchtbare Reaction ihr Wesen zu treiben an. Es bilden sich verschiedene deutsche Comités, die, von Beamten geleitet, die Vertheidigung der . . . bedrohten deutschen Nationalität zum Vorwande nehmend, in Wahrheit bloß die Sicherung der hier zwiefach gefährdeten lucrativen Beamtenstellen im Auge behalten. Juden und deutsche Einwohner der Provinz lassen sich bethören und machen mit den Beamten gemeinschaftliche Sache. . . Die studirende polnische Jugend in Berlin kehrt bewaffnet nach dem Großherzogthum zurück. Im Triumphe ziehen sie in Posen ein. . . Die Behörden sehen sie bewaffnet umhergehen und machen anfangs nicht die geringste Schwierigkeit, selbst Exercitien werden ruhig mit angesehen. Offiziere von der polnischen Emigration aus Frankreich kommen in Posen an, man läßt sie ungehindert Theil an der Bewaffnung nehmen; von der französischen Grenze wird ihnen durch die ganze Monarchie unentgeldlich die Eisenbahn bewilligt, die Behörden setzen ihnen auf der ganzen Reise kein Hinderniß in den Weg. Selbst das Commando der 5. Gensdarmerie-Brigade befiehlt den Gensdarmes, die polnischen Comités in Stadt und Land bei Aufrechthaltung der Ordnung kräftigst zu unterstützen. . . Während dieses geschieht, werden von Hrn. v. Colomb (dem commandirenden General) immer mehr Truppen in die Provinz zusammengezogen, selbst auf Wagen wird das Militair transportirt, die Festung Posen wird in Belagerungs-

zustand erklärt, die Reserve und die Landwehr (anfangs bloß die sich freiwillig Stellenden) eingezogen. Zugleich verbreitet sich in der Provinz die Kunde, daß mobile Colonnen entsendet werden zur Aufrechthaltung der Ordnung. Ihr Erscheinen macht — unter den Polen — einen übelen Eindruck, hin und wieder begangene grobe Uebergriffe reizen die Gemüther und es wäre zu Conflicten gekommen, wenn die bewaffneten polnischen Schaaren nicht sogleich nach den ersten Excessen der mobilen Colonnen in Sammelplätze zusammengezogen worden wären." So die spätere Darstellung eines Polen. (A. Lipski, Beiträge ꝛc. S. 82—87.) Die Klagen, welche in jenen Tagen ein Theil der deutschen Bevölkerung gegen die Polen erhoben, bezogen sich auf die von diesen verübten „Gewaltthätigkeiten" in Stadt und Land: polnische Behörden hätten sich freiwillig eingesetzt, nachdem sie die deutschen verjagt, die preußischen Adler wären von den öffentlichen Gebäuden gerissen, polnische Cokarden den Deutschen aufgezwungen, eine allgemeine Bewaffnung unter den Polen angeordnet und ausgeführt worden u. m. dgl. Bei allen diesen Klagen wird in den Artikeln, durch die sie verbreitet wurden, stets versichert, daß man „Sympathieen für das edle Polenthum" habe, „die Regeneration des polnischen Reiches zu seinem Wohle und zum Heile der Menschheit" wünsche u. s. w. Der „unerträglichen Unsicherheit des gegenwärtigen Zustandes" müsse — wird verlangt — auf der Stelle ein Ende gemacht werden. „Kurz und entschieden muß die principielle Frage beantwortet werden: Will die Regierung in ihren polnischen Landestheilen die Bildung eines neuen polnischen Staates oder nicht?" Diese Frage, heißt es in der Correspondenz eines Deutschen aus Posen, vom 29sten, „muß mit Ja beantwortet werden, oder die Regierung geräth von neuem in den gefährlichsten Zwiespalt mit dem deutschen Volke." Aber, fährt der Correspondent fort, „man muß auch handeln, man muß augenblicklich handeln, die Lage des Großherzogthums duldet nicht den mindesten Verzug. . . Die Polen des Großherzogthums haben sich förmlich organisirt, sie üben bereits neugeworbene Truppen und die polnischen Bewohner des Landes gehorchen den Befehlen des National-Comités. Aber auch die preußischen Behörden behaupten noch ihre Autorität, wenigstens dem Namen nach; sie drohen sogar in Proclamationen mit gewaltsamem Einschreiten. Und doch müssen sie Alles dulden, was den Polen irgend zu thun beliebt. Die Folge davon ist eine immer wachsende Erbitterung zwischen den hiesigen Deutschen und Polen. Diese verhöhnen, zum Theil in kleinlicher Weise, die Behörden und das Militair, jene finden ihre in der That peinliche Lage nachgerade unerträglich. Zudem regt sich auch ihr deutsches Nationalgefühl, und bei der völligen Ungewißheit über die Absichten der preußischen Regierung fürchten sie nicht ohne Grund, man werde sie schließlich nicht mehr vor dem Aufzwingen einer fremden Volksthümlichkeit schützen können. Eine Fortdauer dieses Zustandes bringt unvermeidlich den Kampf zwischen Polen und Deutschen zum Ausbruch." Die

Regierung müsse handeln! Dringender noch als die Deutschen drückten die Polen dieses Verlangen aus. „Es ist keine Zeit zu temporisiren und sich zu halben Maßregeln allein verstehen zu wollen" erklärt einer der polnischen Hauptagitatoren, Dr. Libelt. „Die Lage der Dinge ist drohend. . . Das polnische National-Comité in Posen entsendet nach allen Kreisen seine Bevollmächtigten, um die Volksbewaffnung zu organisiren und seine Befehle werden überall respectirt. Factisch ist die Gewalt in den Händen dieses Nationalcomités und nicht in den Händen der Behörden, welche theilweise sich unter den Schutz der Nationalcommissarien gestellt haben. . . . Die Bauern stehen schon alle bewaffnet da mit Sensen und Piken, bereit der Revolution sich anzuschließen. . . Werden diese Massen nicht zu einem Nationalheere organisirt, mit der Bestimmung, die Avantgarde von Deutschland zu bilden, um den Andrang der sich zusammenziehenden russischen Armeecorps aufzuhalten, sie zurückzuschlagen und dann die Wiederherstellung Polens zu proclamiren, so ist die unabwendbare Folge davon, daß diese bewaffneten Haufen im Lande hausen werden. Das Leben und das Eigenthum zunächst der Israeliten und Deutschen ist damit bedroht, und intervenirt das Militair, so ist ein schreckliches Blutbad unter den beiden Nationalitäten unvermeidlich und die Handelsstadt Posen, wie der Festungs-Commandant General v. Steinäcker bereits den Polen erklärt hat, wird in einen Schutthaufen verwandelt." Hr. Libelt verlangt den Krieg mit Rußland. „Glaubt Preußen nach alle dem, was bereits geschehen, und nachdem es sich an die Spitze der freien Bewegung gestellt hat, die Alliance mit dem Kaiser Nicolaus noch aufrecht zu erhalten? Die Alliance mit Rußland ist unmöglich und die Invasion unvermeidlich. Rußland hat bis jetzt nicht intervenirt, weil es nicht konnte; es wird aber sofort interveniren, wenn es eine Armee von 200,000 Mann zusammengezogen haben wird. Ehe dieses geschieht, ist keine Zeit zu verlieren: man muß im Posen'schen ein imposantes Nationalcorps der Polen bilden, und ist dieses organisirt, die Lostrennung der Provinz vom preußischen Staatsverbande aussprechen." Der Knoten der polnischen Frage, schließt Hr. Libelt, „kann nur von Berlin aus gelöst werden. Die Bestimmungen, welche das preußische Gouvernement über das Großherzogthum Posen jetzt fassen wird, werden uns den Maßstab geben, ob es den redlichen Willen hat, ihn zu lösen, oder ob es eine blutige Revolution im preußischen Polen vorzieht, um nur mit Rußland nicht zu brechen." (Z.-H. 28. Mz.) — Die polnische Deputation hatte, wie früher erwähnt, in Folge des ersten vom Könige unterzeichneten Bescheides vom 24sten eine Eingabe an den König gerichtet, in welcher sie es für nothwendig erklärt, daß der durch jenen Bescheid genehmigten Reorganisations-Commission der General v. Willisen als Militair-Commissarius beigeordnet werde. Diese Beiordnung war jedoch, wie Hr. v. Auerswald in dem Rescripte vom 26sten der Deputation mittheilte, „wegen der anderweiten Stellung und zur Zeit nothwendigen Verwendung des

Generals von Sr. Majestät nicht für zulässig erachtet" worden. Hr. W. v. **Willisen**, damals General-Major in Breslau, hatte während eines neunjährigen Aufenthaltes im Posen'schen das größte Vertrauen der polnischen Bevölkerung erworben. „Ich habe mich", so spricht er sich selbst darüber aus*), „nie von der Ansicht losmachen können, daß unsere Herrschaft in Posen auf nichts anderem ruhe, als auf der Gewalt, und mithin unermeßliche Pflichten auflege, vor Allem aber die der ewigen Milde, des beständigen Vergebens und Vergessens. Das ganze Geheimniß des unermeßlichen Vertrauens, welches ich bei den Polen genossen, liegt allein darin, daß ich während eines neunjährigen Aufenthaltes unter ihnen diese Ansichten nicht verborgen, zu einer Zeit, wo sie unter den Meinigen für die höchste Ketzerei galten, zur Zeit des entschiedensten Germanisirens von 1832—1840." Als er nach den Märztagen in Berlin angekommen war — er hatte am 23sten Urlaub genommen, „weil er es nicht mehr über sich gewinnen konnte, nur aus der Ferne den Begebenheiten zuzusehen, welche Alles, woran er bisher seine Gedanken von Staat und Freiheit geknüpft, in Frage zu stellen drohten", — führte ihn der Zufall mit der deutschen Deputation in dasselbe Gasthaus; und so geschah es, daß zuerst die Mitglieder dieser Deputation und dann auch die der polnischen ihn aufsuchten, um ihm mitzutheilen, was sie nach Berlin geführt, und ihn, der die Provinz so genau kenne, ersuchten, ihnen mit Rath und That beizustehen.**) „Damals", berichtet er über die beiden Deputationen, „belebte beide Theile nur ein und dasselbe Gefühl: die Begeisterung für die plötzlich und unerwartet hereinbrechende Aussicht auf eine Freiheit für Alle, wie sie von den Besten schon seit langer Zeit herbeigesehnt worden. Alle sollten frei werden, Deutsche wie Polen. Man einigte sich bald dahin, daß die Grundlage alles dessen, was für die Provinz Posen zu verlangen wäre, die Gleichberechtigung beider Nationalitäten sein solle und sein müsse." Zu der Bitte, ihn als Commissarius nach Posen zu schicken, hatte Hr. v. Willisen „nur ungern" seine Einwilligung gegeben; „er glaubte aber in jener Zeit der größten Bedrängniß sich der Aufgabe nicht entziehen zu dürfen, so sehr er auch von ihrer Schwierigkeit durchdrungen war." Seine Sendung wurde abgelehnt und er reiste „sehr zufrieden darüber" auf Befehl sofort nach Breslau zurück. Inzwischen schienen es die aus der Provinz eintreffenden, beunruhigenden Nachrichten wünschenswerth zu machen, daß dem Wunsche der Polen um Absendung eines Commissars nachgegeben werde. Nach den schon erwähnten Mittheilungen des Grafen Arnim†)

---

*) „**Offener Brief** an den Hrn. Major v. Voigts-Rhetz als Entgegnung auf seine aktenmäßige Darstellung xc. von dem General v. **Willisen**." Berlin 1848.

) „Akten u. Bemerkungen** über meine Sendung nach d. Großh. Posen im Frühjahr 1848. Von W. v. **Willisen**. (Als Manuscript gedruckt.)" Berlin 1849.

†) „Die constit. Zeitung u. das Ministerium vom 29. März." (Beil. z. Deutsch. Reform. 9. Dec. 1849.)

wiederholte sich täglich das entschiedene Verlangen des Ministers v. Auerswald, den General v. Willisen zur Pacification des Großherzogthums abzusenden; diesem Verlangen widersetzte sich jedoch Graf Arnim „bei aller Anerkennung der vorzüglichen Eigenschaften des Generals" ebenso entschieden, „weil er sich davon für diese Mission bei den ihm bekannten Ansichten des Generals über die polnische Frage keinen günstigen Erfolg versprach und dort ein Conflict ebensowohl als zuweit gehende Concessionen eine Einmischung Rußlands in unsere Angelegenheiten herbeiführen konnten, die der Graf Arnim in keiner Weise wünschte." Am 30. März, nachdem Graf Arnim zurückgetreten war und Hr. Camphausen den Vorsitz im Ministerium übernommen hatte, wurde in einer Sitzung beschlossen, den General v. Willisen sogleich nach Berlin zu berufen, ihn sodann nach dem Großherzogthum abzuordnen, mit dem Auftrage, „das polnische Nationalcomité zu Posen bei der jetzt eingeleiteten nationalen Reorganisation des Großherzogthums im Wege gütlicher Verhandlung zu einem Verfahren zu bestimmen, welches dazu geeignet sei, die preußische Oberhoheit, unbeschadet jener nationalen Reorganisation, im Großherzogthum aufrecht zu erhalten."*) Am 31. März wurde Hr. v. Willisen durch den Telegraphen aus der Provinz nach Berlin berufen. In seinen spätern Mittheilungen berichtet er über diese Angelegenheit (Akten u. Bemerkungen rc. S. ff.):

Nicht wenig erstaunt und ohne zu wissen, daß große Veränderungen im Ministerio vorgegangen waren, folgte ich natürlich dem Befehle nach wenigen Stunden; glaubte aber am wenigsten, daß von der posener Angelegenheit die Rede sein werde. Als mir nun in Berlin der erste bestimmte Antrag entgegen trat, als Königl. Commissarius nach Posen zu gehen, hatte ich auch zuerst eine Veranlassung, mir selbst den Gegenstand der Aufgabe, so wie die Mittel zur Ausführung zu überdenken. Es war unmöglich, sich aus dem, was man in Berlin hörte, ein klares Bild über den Zustand der Provinz zu machen. Je nach dem Standpunkte, den er einnahm, übertrieb jeder in seiner Weise. Nach dem Einen hatte sich die ganze polnische Bevölkerung mit den Waffen erhoben, um ein freies Polen herzustellen; nach dem Andern waren es nur Wenige, denen nur Ernst gezeigt werden dürfte, so würde Ruhe und Ordnung sofort zurückkehren. Keiner aber wußte schon etwas von der nationalen Erbitterung der Landesbewohner gegen einander. Die Erhebung der Polen galt zuerst nur dem bisherigen Regierungssysteme und einem möglichen Kriege mit Rußland. — Die nöthigen Besprechungen über die wichtige Angelegenheit konnte wegen der von allen Seiten auf das neue Ministerium eindringenden anderweiten Ansprüche und Geschäfte nur abgebrochen und nicht so vollständig stattfinden, als ich es wohl gewünscht hätte; sie nahmen mehrere Tage weg, während welcher die Nachrichten über die zunehmende Verwirrung in der Provinz sich immer steigerten. In Rücksicht auf meine nächste Hauptaufgabe, die Pacification der Provinz, glaubte ich besonders auch darauf dringen zu müssen, die Verfügung über die militairischen Kräfte des Landes in meiner Hand zu haben. . . Es wurde mir aber besonders die Unmöglichkeit entgegengehalten, der militärischen Hierarchie solche Gewalt anzuthun und ich beruhigte mich zuletzt mit der Versicherung, daß alle Behörden angewiesen werden sollten, mir auf jede Weise bei meinem schweren Unternehmen, das Land erst zu pacificiren und dann zu reorganisiren, behülflich zu sein. — Unter mancherlei Schwierigkeiten und Bedenklichkeiten kam dann am 3. April der Entwurf zu der Instruction zu Stande, mit welcher ich mich zwar nicht zufrieden, aber doch bereit erklärte, im Vertrauen auf jene Zusicherung, an das schwere Werk zu gehen. — Am 3. April war die Instruction, da sie von dem ganzen Staatsministerio unterschrieben sein mußte, noch nicht ausgefertigt. Um keine Zeit zu verlieren, reiste ich dennoch Abends spät ab, und zwar über Breslau. Ich kam den 4. Mittags

*) „Denkschrift über die Ereignisse im Großh. Posen seit d. 20. März 1848. (Aus den Akten des Ministeriums des Innern.)" S. 18.

nach Breslau, reiste am andern Morgen nach Posen und kam spät Abends dort an. Ich hatte gebeten, mir die ausgefertigte Instruction nach Posen zu schicken und war mehrere Stunden eher da wie sie. — Als ich auf meiner Reise am 5. gegen Mittag in Rawicz ankam sagte man mir, es sei unmöglich, den kürzeren Weg über Gostyn und Schrimm zu fahren, weil Kröben und Gostyn von den Insurgenten besetzt seien. Gerade das aber wurde für mich die Veranlassung, diesen Weg zu nehmen; ich wollte gleich die erste Gelegenheit benutzen, mit eigenen Augen zu sehen. Bald fühlte ich, daß die Miene des Landes sich veränderte: es war wie im Kriege zwischen den Vorposten beider Armeen, unheimlich, still und öde; man sah nur einzelne ängstliche Gesichter, die sich wunderten, eine preußische Uniform so allein fahren zu sehen. Kröben schien wie ausgestorben. Während des Pferdewechsels ließ sich plötzlich, unter dem Titel eines Obersten, der Anführer der polnischen Truppen des Ortes, wie er sich nannte, melden. Er mochte von dem Posthalter meinen Namen erfahren haben, war sehr höflich und bat mich eine Schildwacht anzunehmen. Als ich es ablehnte, bat er, seine Truppen vorführen zu dürfen; ich konnte das noch weniger annehmen, obschon ich begierig war, sie zu sehen. Ich wußte nicht recht, wollte man mich als Gefangenen zurückhalten oder mir eine Ehre erzeigen, als ich bemerkte, daß sich Bewaffnete auf dem Platze sammelten und man mir zwei Schildwachen vor die Thüre setzte. Auf meine Frage, was denn diese Bewaffnung zu bedeuten habe, wer sie angeordnet, erhielt ich nur sehr ungenügende Antworten und auf meine Ermahnung, die Leute in ihre Heimath zu schicken, da mir das ganze Unternehmen wenig vernünftig erschiene, gaben die Führer das zwar gerne zu, behaupteten aber, ohne Befehl des Nationalcomités es nicht zu können. Unterdeß waren endlich die Pferde gekommen und man ließ mich ungehindert weiter fahren. Bis Schrimm dieselbe Oede, dieselbe unheimliche Stille und Einsamkeit. Nur einzelne Leute im Felde, die Straße vollkommen verlassen. In Schrimm wurde das Landwehr-Bataillon eingekleidet; die Leute waren größtentheils gekommen, viele hatte die Ordre nicht mehr erreichen können. Hier waren zwei Tage vorher schon Excesse wegen der polnischen Farben und Fahnen vorgefallen. Ich zog von dem Truppenbefehlshaber und von dem Landrathe so viel Nachrichten ein, als ich konnte und fuhr weiter nach Posen. Bis dahin und bis dicht vor Posen dieselbe Erscheinung, dieselbe unheimliche Stille; wie Gewitterschwüle lag es über dem unglücklichen Lande. — So brachte ich eine bessere Kenntniß des Zustandes, welchem ich abhelfen sollte, mit nach Posen, als ich sie mir in Berlin erwerben und in Posen hätte verschaffen können. — Ich kam spät in der Nacht den 5. nach Posen, nicht ohne Hoffnung auf eine glückliche Lösung, weil ich ohne die geringste Ahnung davon war, daß mir die größten Schwierigkeiten von der Seite entgegentreten würden, von welcher ich die größte Hülfe erwartete. Der Freunde glaubte ich sicher zu sein, die Feinde aber wollte ich gewinnen, das war einer von den Gedanken, mit denen ich an's Werk ging. . . .

Seine Thätigkeit in Posen begann Hr. v. Willisen, als Königl. Commissarius, mit der Veröffentlichung einer Proclamation an die „Einwohner des Großherzogthums", von welcher später die ministerielle Denkschrift bemerkte: „sie habe unter den Deutschen eine so große Aufregung und Erbitterung erregt, daß diese dem General in steter Steigerung späterhin die Ausführung seiner Mission unmöglich machte. Gleichwohl stimmte die Proclamation, abgesehen von der dem General eigenthümlichen Form des Ausdrucks, in ihrem wesentlichen Inhalte mit der Instruction des Staatsministeriums vom 3. April überein, in welcher die Hauptpunkte des Commissoriums enthalten waren. Als erste Bedingung, welche vollständig erfüllt werden müsse, „um das begonnene Werk glücklich zum Ziele zu führen", wurde darin „die Wiederherstellung des vielfach gebrochenen Landfriedens und die Anerkennung der gesetzlichen Autoritäten" gefordert. In den persönlichen Erörterungen zwischen dem General und den Ministern war von diesen stets der Hauptaccent auf eine „unblutige Pacification" gelegt worden. „Was dahin reichte und dahin führen konnte", bemerkt Hr. v. Willisen in seinen, den Aktenstücken beigefügten Erläuterungen,

„gehörte nicht nur zu meiner Aufgabe, sondern bildete so sehr entschieden ihren Hauptinhalt, daß der andere Theil, welcher die Reorganisation betraf, dagegen um so mehr in den Hintergrund trat, als sich darüber noch auf keine Weise bei irgendwem ganz feste Gedanken oder Pläne gebildet hatten und in jener Zeit der äußersten Bedrängniß sich auch nicht gebildet haben konnten." Die Intentionen der Regierung stellt die spätere ministerielle Denkschrift in folgender Weise dar: „Ein zwischen beiden Nationalitäten drohender Bürgerkrieg war unvermeidlich, sobald die Regierung rücksichtslos den Anträgen des einen oder des andern Theils Gehör lieh. Wurde den Polen gewillfahrt, so erhob sich die deutsche Bevölkerung, alles Schutzes baar und von einer deutschen Regierung sich preisgegeben glaubend, zu verzweiflungsvoller Gegenwehr gegen jede Maßnahme der Polen. Gingen die Wünsche der Deutschen in Erfüllung, so konnten die Hoffnungen der Polen, denen noch kaum die Aussicht auf eine freiere Zukunft eröffnet worden, nur zu leicht vernichtet werden. Weder das eine, noch das andere Extrem entsprach der Absicht der Regierung, welche friedlich und ohne Verletzung deutscher Interessen den Polen Gerechtigkeit angedeihen lassen wollte. Die Regierung ging also davon aus, den obwaltenden unerträglichen Zustand im Großherzogthum auf unblutige, aber doch möglichst durchgreifende Weise zu beseitigen. . . . Das Vertrauen der Polen auf die redlichen Intentionen zu gewinnen, war das durchgreifendste, zugleich lauterste Mittel zum Zweck zu gelangen, d. h. zunächst zur Pacification, sodann zur Reorganisation." — Mit der hierin ausgesprochenen Absicht der Regierung in Betreff der Reorganisation stimmte überein, was die liberalen Politiker von dem Ministerium erwarteten. „Wir wollen", sagt Hr. A. Zimmermann (Sp. Z. 6. Ap.) „mit Zuversicht erwarten, daß die Minister ohne Verzug die doppelt schwierig zu vereinende Pflicht, unsere deutschen Landsleute zu schützen und zugleich die Sympathieen zwischen uns und der uns verbündeten polnischen Nation zu erhalten, umsichtig und würdig erfüllen werde." — Eine andere Lösung der polnischen Frage verlangt Hr. K. Gutzkow (V. Zeit.-H. 4. Ap.): „Was ich von Preußen und Oesterreich als Rettung Deutschlands und des europäischen Friedens verlange, ist, früher das Beispiel der Großmuth und Gerechtigkeit zu geben, als Rußland. Gegen das Bewußtsein, die Zerstückelung Polens wieder gut machen zu müssen, läßt sich nichts aufbringen. Man spricht von 500,000 Deutschen in der Provinz. Posen hört darum nicht auf, ein polnisches Land zu sein. Wollt Ihr diese 500,000 Deutsche retten, retten vor der Rache der entfesselten Volkswuth, so laßt Rußland nicht in der Großmuth und Staatsklugheit den Vorsprung gewinnen. — Diese deutschen Bewohner der Provinz, der Dankbarkeit, der Großmuth der Polen anvertraut, werden sich besser befinden, als wenn wir sie einem Aufstande, einer Rückwirkung von Warschau, Krakau und Lemberg preisgeben." Hr. Gutzkow verspricht Preußen für die freie, ungesäumte Abgabe Posens einen „zehnfachen Ersatz an

moralischer Kraft". Preußen, behauptet er, „bedarf dieser Provinz nicht; seine frühere erzwungene Militairgröße soll vorüber sein; sie soll sich verklären in einer größeren Macht, in der deutschen. Preußen darf seine Ansprüche an die deutsche Krone nicht opfern." Er fordert die Minister feierlich auf, „dieser Idee ihre ganze Hingebung zu leihen, nicht lau zu werden durch den preußischen Provinzialgeist, nicht zu arbeiten an einer Centralisirung Preußens, sondern an einer Auflösung Preußens im allgemeinen Deutschland, dessen Hegemonie nur uns gebührt." Freie Abgabe einer Provinz, ruft er schließlich aus, „die eine Königskrone einträgt!" — Der Redacteur des Blattes, welches diese Gutzkow'schen Erörterungen aufgenommen, und welches, da es in seinem posener Artikel Berichte und Schilderungen ebensowohl von polnischen als von deutschen Bewohnern des Großherzogthums wiedergegeben, auf privatem Wege vielfache Angriffe besonders von der deutschen Partei erfuhr, als sei es der polnischen Sache günstiger als der deutschen — der Redacteur, Hr. Julius, spricht bei Gelegenheit der Zurückweisung aller der ihm gemachten „ungerechten" Vorwürfe *) seine Ansicht dahin aus, als schienen die Menschen allmählig auf den Punkt gelangt, „daß sie streben, die Staatenmassen, welche in den Zeiten, da man noch Land und Leute als Eigenthum ansah, aus den verschiedenartigsten Elementen durch Eroberung, Erbschaft, Kauf, Tausch u. s. w. zusammengemischt worden sind, aufzulösen oder zerfallen zu lassen und sich nach der Stammverwandtschaft wieder neu aneinander zu schließen". Diesem Streben, das so allgemein in der Welt geworden und ein Verjüngungsproceß ihrer Bevölkerung zu sein scheine, werde sich schwerlich ein Damm entgegensetzen lassen. Vielleicht gelinge es, die von der bisherigen Geschichte der Menschen geschürzten Knoten einigermaßen friedlich zu lösen; am übelsten seien dabei jedenfalls diejenigen Districte daran, welche eine gemischte und doch noch nicht in einander verschmolzene Bevölkerung enthalten, so ein Theil deren im Großherzogthum Posen. Hr. Julius mag aber die Hoffnung nicht aufgeben, „daß, wenn nur erst die Neugestaltung im Ganzen vor sich geht, auch zur Ueberwindung der erwähnten großen Schwierigkeit sich Mittel und Wege werden finden lassen." (B. Zeit.-H. 9. Ap.)

Den Clubs bot sich ein Anlaß, die polnisch-deutsche Angelegenheit in den Kreis ihrer Discussionen zu ziehen, als unter den zahlreichen Deputationen,

*) Die Berl. Zeit.-Halle erklärt (8. April) wiederholt, daß sie keine der streitenden Parteien im Großh. Posen begünstige oder befeinde. „Die Spalten dieses Blattes stehen Jedermann aus dem Großherzogthum offen, der seine oder seiner Partei Interessen in demselben zu vertreten wünscht. Wenn eine größere Zahl von Einsendungen bald von der einen, bald von der andern Seite eingeht, so ist das nicht unsere Schuld; wir drucken diejenigen Partei-Artikel ab, deren Druckkosten dem Blatte vergütigt werden, und können ein anderes Verfahren durchaus nicht einhalten, da wir die ganze Masse der Einsendungen (wir haben in 5 Tagen über 50 zum Theil bogenlange Artikel aus dem Posen'schen erhalten) nicht einmal prüfen, geschweige denn drucken können ꝛc."

die, besonders von Gegenden mit überwiegend deutscher Bevölkerung nach Berlin gesandt, um hier ihre Bitten und Beschwerden unmittelbar an das Ministerium zu bringen und von diesem befriedigende Zusicherungen zu erlangen, auch eine solche erschienen war, welche eine Vermittelung der Hauptstadt selbst durch den directen Ausdruck ihrer Ansichten und Gesinnungen herbeizuführen beauftragt war. Das deutsche Nationalcomité in Posen, das sich, dem polnischen Nationalcomité gegenüber, am 24. März in der Hauptstadt des Großherzogthums aus deren deutschen Bevölkerung „lediglich zum Schutze gegen die vielfachen Bedrohungen von Person und Eigenthum der deutschen Bewohner" gebildet und sich „zu diesem Zwecke auch in eine erfolgreiche Verbindung mit dem polnischen Comité" gesetzt hatte, sandte eine Deputation aus seiner Mitte nach Berlin, welche nach eigenem Geständnisse (in einer Bekanntmachung vom 3. April), dort „alle ihre Kräfte aufbot, um den gerechten Ansprüchen der Polen auf Kräftigung ihrer Nationalität die schleunigste Gewährung zu verschaffen." Die Mitglieder dieser Deputation, die HH. Neumann, Treppmacher, Poppe, Hantke, Hepke, finden eine freudige Genugthuung und Anerkennung der Gesinnungen des deutschen Nationalcomités in dem Umstande, daß die Wünsche die es für die Gerechtsame der Polen und Deutschen an höchster Stelle niedergelegt, mit den Anträgen des polnischen Comités selbst und der edelsten Männer des polnischen Volkes in überraschendem Einklange stehen." — Um jenen Ausdruck der hauptstädtischen Gesinnung zu erlangen, schien es der Deputation zunächst erforderlich und hinreichend, sich mit den Clubs und der akademischen Jugend in Verbindung zu setzen. Die Resultate dieser Verbindung sind in den folgenden Club-Berichten enthalten, die sich an die früher mitgetheilten unmittelbar anschließen.

Der politische Club behandelte diese Angelegenheit zuerst in seiner Sitzung vom 1. April (im Mehlhause), an demselben Abende, für welchen die schon erwähnten Versuche zur gewaltsamen Sprengung des Clubs beabsichtigt waren.

Dr. Hepke, Abgeordneter des deutschen National-Comités in Posen: Das Comité entbietet den Brüdern in Berlin seinen Gruß und hat mich informirt, vor dem Tribunale des deutschen Volkes die Wahrheit kund zu geben, welche die mit einem düstern Schleier umhüllte Presse bis jetzt noch nicht gegeben hat. . . . Schon am 21. März richtete das polnische Comité eine Proclamation an uns, welche mehrere Ausdrücke des Hasses gegen die Deutschen enthielt. Wir sahen davon ab, wir wechselten die Kokarde, großer Enthusiasmus, die Stadt wurde illuminirt. Es bildete sich eine bürgerliche Schutzwache. Wir Deutschen wollen Antheil daran nehmen, wir gehen auf das Stadthaus; aber an der Stelle der Stadtverordneten, die wir permanent glaubten, finden wir das polnische National-Comité. „Laßt uns an Eurer Berathung Theil nehmen und an der Schutzwache der Stadt!" rufen wir ihm zu. Aber man giebt uns keine entschiedene Antwort. Erst des anderen Tags bekommen wir sie: „Wir können Euch Deutsche nicht Theil nehmen lassen an unsern Sitzungen; die politischen Zwecke gehen auseinander, aber bei den Eigenthumsfragen und zum Schutze desselben wollen wir miteinander stehen." Die Beschwerden, welche in drei Tagen von Deutschen an das deutsche Comité eingingen, umfassen diese Bogen. (Der Redner zeigt ein mehrere Bogen starkes Heft.) Wir erlassen eine Proclamation zur Versöhnung und Beruhigung. Trotzdem hat der Unfug überhand genommen. Wir Deutsche sind unbewaffnet, einige haben sich

jetzt zu unserem Schmerze Waffen angeschafft. Die Spannung zwischen Polen und Deutschen steigt fortwährend. Bis jetzt ist zwar noch Alles ruhig, bricht aber die eine oder die andere Bevölkerung los, so steht das Leben aller Deutschen im Großherzogthume auf dem Spiele. Deshalb sind unsere Deputirten in die deutschen Bezirke gegangen und haben ermahnt, keinen Gebrauch von den Waffen zu machen. Der erste Blutstropfen, der vergossen wird, kann die ganze Provinz in hellen Kampf versetzen. Die Bürgermeister und Beamten flüchten, weil sie Verletzungen des Eigenthums befürchten. Die Aufregung ist im Wachsen. Das polnische Comité schreibt sie dem bösen Willen einiger Deutschen zu, die dem Volke Furcht machen. Wir haben dem Comité geantwortet: „Ihr Polen könnt kein freies Volk werden, wenn Ihr die Deutschen nicht frei neben Euch bestehen lassen könnt." Die polnische Deputation ist gegenwärtig bei dem Minister v. Auerswald. Die neuesten Nachrichten lauten noch so, daß Alles ruhig ist. Das preußische Militair hält sich musterhaft. Im Schrodaer Kreise z. B., der völlig organisirt ist und in welchem 6000 Sensenmänner stehen, hatte es viele Beschimpfungen zu erdulden; allein es sah darüber weg und zog sich ruhig nach der Hauptstadt Posen zurück. — Hr. Lipke fordert Hrn. Hepke auf, selbst vorzuschlagen, was der politische Club in der angeregten Sache thun solle. — Hr. Hepke: Eine Proclamation erlassen, daß die polnische Freiheit nur unter dem Schutze und Schatten der Deutschen gedeihen könne. — Hr. Hoppe hält den Krieg mit Rußland für unvermeidlich, will aber keine Uebergriffe der Polen auf die deutsche Nationalität und stellt den Antrag, das polnische Comité solle aufgefordert werden, an das deutsche Parlament und an das deutsche Volk eine Proclamation zu erlassen, des Inhalts: „Deutschland möge die polnische Freiheit mit den Waffen unterstützen und die polnische Nationalität herstellen. Nach Beendigung des Krieges müsse ein gemischtes Comité entscheiden, was polnisch und was deutsch bleiben solle." — Hr. Lipke beantragt, daß dem Minister des Auswärtigen die Vorstellung gemacht werde, es sei für Preußen von großem Interesse, sich sofort an die Spitze der Vorbereitungen zu stellen, die das polnische Comité bereits begonnen hat. Wenn der russische Kaiser auf irgend eine Weise fällt, so ist nichts natürlicher, als daß Russen und Polen Panslavismus machen und dadurch Preußen in eine höchst schwierige Stellung versetzen. Wir müssen daher mit Frankreich und Polen gegen Rußland kämpfen. Die Sache drängt; denn in wenigen Tagen werden sich die socialen Fragen so mächtig regen, daß darüber alle übrigen vergessen werden. — Hr. Hepke: Durch die socialen Fragen ist es gekommen, daß das polnische Comité die Reorganisation überstürzt hat. Die Freiheit der Deutschen und das Eigenthum ist bereits gefährdet. Der Werth des Besitzes ist von 1 auf ¼ gesunken. Zweitens ist durch die Ueberstürzung dem Feinde die Veranlassung gegeben, einzubrechen; denn das jetzige Benehmen des polnischen Comités ist bereits eine Kriegserklärung. Noch ist ein Mittel, Alles gut zu machen; wenn nämlich ein Mann an die Spitze tritt, der das Vertrauen beider Bevölkerungen genießt. Dahin geht jetzt auch das Bestreben des Gouvernements. Heut oder morgen wird der General Willisen nach Posen abgehen. Das polnische Comité hatte 3 Wünsche, der erste war eben auf den General Willisen gerichtet; der zweite heißt, die deutsche und polnische Sprache mögen frei neben einander bestehen, und der dritte: es mögen deßhalb nur solche Personen zu Beamten gewählt werden, die beider Sprachen mächtig sind. Damit aber nicht Alles zu spät komme und die Bewegung dem Comité gänzlich über den Kopf wachse, trage ich nochmals auf meine vorerwähnte Proclamation an. Nur unter dem Schutze der Deutschen kann die polnische Freiheit erblühen. Die Adresse an das deutsche Parlament wäre allerdings das Schönste, aber das dauert zu lange. — Hr. Märker: Was an einzelnen Excessen in Posen vorgekommen ist, hat wenig Bedeutung. Das National-Comité giebt sich alle Mühe ihnen vorzubeugen. Ich habe die verbürgtesten Nachrichten, daß die Verbrüderung der Deutschen und Polen jetzt vor sich geht. Der Kaiser von Rußland, so sagt man ferner, ist vom 25. bis 29. in Warschau gewesen und hat eine Commission aus 4 polnischen Beamten, 4 Bürgern und 4 Bauern nach Petersburg schicken lassen, die ihn um Wiederherstellung der polnischen Nationalität bitten solle. Die Bitte wird dann durch kaiserliche Gnade bewilligt werden und man spricht von dem Herzoge von Leuchtenberg als zukünftigem Könige von Polen. Durch einen solchen Gnadenakt verpflichtet sich der Kaiser die Polen zu ewigem Danke. Der Panslavismus ist der Zweck; der Kaiser will dem Westen ein großes Princip entgegenstellen. Wir haben uns gegen diese panslavistische Propaganda zu erklären. Von der Jugend der Universität sind bereits heut 2 Adressen in diesem Sinne beschlossen worden. — v. Brandt entwickelt einen Plan zur Wiederherstellung aller Nationalitäten. Italien, Ungarn werden unabhängig. Die erste Frucht der Freiheit des jungen Preußens müsse die Wiederherstellung Polens sein. Die preuß. Politik der auswärtigen Angelegenheiten ist bis jetzt noch schwankend. Rußland ist für die Freiheit noch nicht reif. Der deutsche Bund möge darauf dringen, daß Schweden sich auf Finnland stürze, daß Kur-

land, Esthland und Liefland mit Deutschland vereinigt werden. Rußland möge dann ein griechisches Kaiserthum werden mit Constantinopel, nachdem es die Türken nach Asien zurückgedrängt. (Gelächter.) „M. H., Sie lachen. Was jetzt noch fern liegt, kann bald sehr nahe kommen. Preußen hofft deutsch zu werden. Der König von Preußen hat die deutsche Kaiserkrone verspielt; ob das preußische Volk die Hegemonie verspielen wird, ist eine andere Frage. Oesterreich kam uns zweimal zuvor: in der Preßfreiheit und in der Constitution; das dritte Mal, den Mord Polens zu sühnen, darf es uns nicht zuvorkommen." — Der Redner beantragt eine Deputation an den Minister des Auswärtigen mit der Vorstellung: Preußen möge die polnische Provinz aufgeben und, falls Rußland damit nicht zufrieden sei, sich gegen dieses aggressiv verhalten. — Hr. Jordan: Die Nationen haben ihren Egoismus. Das goldene Zeitalter der Verbrüderung der Nationen liegt noch weit. Zuweilen scheint es freilich in die Wirklichkeit zu treten. Die erste Handlung der freien Deutschen war die Freilassung der gefangenen Polen, und Mieroslawski, der vor Kurzem noch zum Tode Verurtheilte, stieg auf die Barrikade mit der deutschen Fahne in der Hand. Es war ein Anblick, der auch Männern eine jener seltenen Thränen aus den Augen preßte. . . . Ich habe mich aber noch nicht bis zu demjenigen Kosmopolitismus erheben können, der das eigene Vaterland aus den Augen verliert. Ich protestire gegen Die, welche sagen: „Polen frei, es komme, was da wolle!" Sollen wir uns ein Stück von unserm Leibe reißen, sollen wir uns Posen amputiren lassen? In diesem Augenblick ist Polen voller Russen. Wer steht uns dafür, daß nicht der Panslavismus auch die Polen gegen uns wende? Der Redner sucht nun aus der Geschichte darzustellen, daß Polen sich selbst gemordet habe; dann fährt er fort: Wir haben Polen erobert, aber nicht durch das Schwert, sondern durch die Pflugschar. Wo eine solche Eroberung gelungen ist, da ist es unmöglich, sie aufzugeben. Die Ackerbau-Verhältnisse waren in Polen weit hinter denen der andern Völker. Der Adel machte Aufwand, deutsche Pächter kamen in's Land, die Polen nahmen Vorschüsse von ihnen und das ging so lange, bis das ganze Gut dem Pächter gehörte. Noch sind ⅓ der Gutsbesitzer in russisch Polen Deutsche. Aehnlich in Posen. „Gebt Posen frei!" heißt: „schickt 500,000 deutsche Brüder in die Verbannung!" Ein Krieg mit Rußland — wer bürgt uns für seinen günstigen Erfolg? Und wenn er einträte, wer bürgt uns für unser Deutschland, das eben in den Mutterwehen der Freiheit liegt. Ein Krieg mit Rußland wäre eine neue Frist, die wir dem Absolutismus geben. Man spricht: „Frankreich würde uns zwingen Posen frei zu geben." Das ist nicht wahr. Die republicanische Partei will keinen Krieg; sie sagt: ein Krieg würde uns einen Monk oder Bonaparte bringen. . . . Die polnischen Bauern in Posen sind nicht gegen Preußen, sie wissen, daß sie von ihm erst Rechte erhalten haben, daß sie ihm ihren Wohlstand verdanken. — Hr. Eichler: An 30—40 Orten in Posen haben die Sensenmänner ihre Sensen zerbrochen und gebeten, man möchte sie in die preußische Landwehr aufnehmen. — Hr. Jung beantragt eine Adresse an das polnische Comité, in der u. A. gesagt werden soll: „Ihr steht uns für jedes Haar auf dem Kopfe eines Deutschen, wenn Ihr anders wollt, daß wir Euch unterstützen im Kampfe für Eure Freiheit". — Hr. Hepke bittet: Es möge in die Adresse nichts aufgenommen werden, was seine Sendung gefährde, Nichts, was die Deutschen verletzen könne. Ich befinde mich jetzt in dem Fall, die Polen zu vertheidigen. Sie verstehen das Organisiren wohl und sind praktisch. Die 7 Deputirten, die hierher gekommen sind, sind höchst edle achtungswerthe Männer. Im Comité sitzen eben solche. Sie sind es, die es wünschen, daß sich die polnische Nationalität nur unter dem Schutze der deutschen erheben möge. Auch hat sich Polen nicht selbst gemordet. Am 3. Mai 1791 wollten die Polen das, was Preußen ausgeführt hat: die Gründung eines polnischen Bürger- und Bauernstandes. Was aber das Aufgeben Posens betrifft, so protestire ich gegen Herrn von Brandt. Was ich will, ist: mit Ruhe unter dem Schutze deutscher Freiheit weiter! Das Morgenroth ist angebrochen; möge die Tageshelle das Land finden ohne Blutspuren. — Hr. Löwenberg: Das Interesse Preußens erfordert den Krieg mit Rußland. Was der Krieg Englands gegen China war, ist der unsere gegen Rußland. Rußland ist der Markt für unsere Arbeit. Wie lange werden es unsere Fabrikherren, unsere Arbeiter noch aushalten können? Die Bestellungen gehen zurück, die abgesendeten Waaren werden wieder geschickt. Mit dem letzten Pfennig geben die Fabrikanten jetzt noch Arbeit, vielleicht aus Angst; aber wie lange kann ein solcher Zustand dauern? In Rußland wächst unser Brot, d. h. in russisch Polen. Der Krieg ist eine Nothwendigkeit. Man sprach von einem Selbstmorde Polens. Deutschlands Selbstmord war 1806, als die Völker und die Fürsten um die Knechtschaft buhlten. Polen wurde meuchlings vergiftet, erdolcht. — Hr. Hoppe: So wie Polen eröffnet ist, muß sich die preußische Industrie gewaltig heben. Es ist nicht nothwendig, daß uns der Krieg einen Monk bringe, er kann uns auch einen Washington erzeugen. Wir brauchen keinen Krieg unserer Freiheit wegen zu fürchten: Frankreich hat im vorigen Jahr-

hundert auch Kriege geführt, die seiner Freiheit nicht geschadet haben. — Hr. Wolf wünscht, daß der preußische Staat auseinander falle, wie der österreichische. Preußen sei nicht der Staat der Intelligenz, Deutschland sei es. — Nachdem Hr. v. Brandt noch als authentisch die Mittheilungen gemacht, daß der Census bei dem neuen Wahlgesetz im Rathe der Minister gefallen sei, daß aber wahrscheinlich doppelte Wahlen angeordnet werden würden, ferner, daß General Willisen soeben abgereist sei, kommt es zur Abstimmung. — Der Antrag des Hrn. v. Brandt fällt durch, ebenso der Hoppesche. Der Antrag des Hrn. Jung auf eine Adresse an das National-Comité mit der Tendenz, die Differenzen zwischen Polen und Deutschen zu beseitigen, erhält die Zustimmung des Clubs.

(In Bezug auf diesen Bericht gab Dr. R. Hepke die vorläufige Erklärung ab (Z.-H. 5. Apr.), daß die ihm in den Mund gelegten Worte vielfache Unrichtigkeiten enthalten. Sein Mandat sei lediglich dahin gegangen, „den Mitbrüdern Berlins die factischen Unterlagen zu einer richtigen Beurtheilung der Stellung der deutschen Bevölkerung Posens zu geben und im Interesse der Wahrheit zu wirken.“ Er habe daher jede Antragstellung von vorn herein abgelehnt und nur später seine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, „daß eine Adresse an die polnischen Mitbrüder in mildem Sinne wohl nützlich wirken könne.“ Der Berichterstatter, G. v. Förster, erwiderte jedoch darauf, daß sein Bericht nur insofern Unrichtigkeiten enthalte, als der Vortrag des Hrn. H. deren gehabt. Auf den Vorwurf der Zusammenhangslosigkeit replicirt Jener: „In diesen Vortrag, der, um es mit Niemand zu verderben, aus lauter Wendungen und Windungen bestand, der erst gegen die Polen einzunehmen suchte, indem er ihnen Allen ein paar Eigenthumsverletzungen zur Last legte, der das polnische Nationalcomité des Hasses gegen die Deutschen beschuldigte, um es bald wieder wegen seiner edlen Gesinnungen in den Himmel zu erheben, in diesen Vortrag, der so zu sagen, drei Kokarden hinter einander aufsteckte: die preußische, die deutsche und die polnische — wie hätte ich in diesen vielseitigen, vielfach verclausulirten, widersprechenden und deshalb zusammenhangslosen Vortrag Einheit bringen sollen?“)

Der constitutionelle Club beschäftigte sich in seinen Sitzungen vom 2. und 3. April mit der polnisch-deutschen Angelegenheit. — Der Bericht der Secretaire des Clubs lautet (Sitz. v. 2. April):

Zuerst legt der Sprecher Rechnung über die eingegangenen freiwilligen Beiträge, welche sich auf 40 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. belaufen haben, wovon 26 Thlr. 24 Sgr. verausgabt sind. Es wird festgesetzt, daß Anträge, welche auf die Tagesordnung gestellt werden sollen, bis kurz vor der Sitzung angemeldet werden können. An der Tagesordnung war die Fortsetzung der Debatte über den Wahlmodus und das Centralwahl-Comité, doch wurde von derselben abgegangen, um der Versammlung die beiden Königlichen Propositions-Decrete, welche dem Landtage vorgelegt worden, mitzutheilen. Nachdem sie vorgelesen waren, wurde von der Vers. der Nation und dem constitutionellen König ein 3maliges Hoch gebracht. — Auf mehrere an das Comité gerichtete Anträge polnischer und deutscher Deputirten aus dem Großherzogthum Posen beschloß die Versammlung die polnische Frage zur Besprechung zu bringen. Dr. Bernhard nahm in allgemeinen Ausdrücken die Sympathieen für die Deutschen im Großherzogthum in Anspruch. Hr. v. Dazur erkennt in einer begeisterten Rede die Rechte der polnischen Nationalität auf eine Reorganisation der polnischen Verhältnisse an, will aber eben so sehr den Schutz und die Achtung der Deutschen auf polnischem Gebiete seitens der Polen; um dies zu erreichen, stellt er zwei Anträge: 1. Eine Adresse an das polnische Nationalcomité zu Posen, die Rechte der Deutschen überall wahrzunehmen. 2. Eine Adresse an das Staatsministerium zu richten, damit es in der polnischen Frage energischere Schritte thue. „Die Eroberungen der Civilisation seien festzuhalten, diejenigen Provinzen, welche nicht deutsch geworden sind, freizugeben und das gesammte Polen unter den Auspicien Preußens zu reorganisiren.“ — Dr. Wilhelm Jordan ermahnte die Deutschen in der polnischen Sache nicht allzu gerecht zu sein; indem er die heutigen Zustände als eine Nothwendigkeit der historischen Entwickelung bezeichnet, beantragt er bei dem Mangel eines dritten Standes in Polen eine Deputation an die Regierung mit der Bitte, keinen Fußbreit Landes abzutreten. Freiheit für die Polen, aber Deutschland über Alles! — Hr. Benda erklärt es für des Deutschen heiligste Pflicht, sich der Brüder anzunehmen, und schließt sich dem vorigen Redner an. — Hr. Dr. Remack, Pole von Geburt, sucht gegen vorgebrachte Facta die Polen zu rechtfertigen und stellt die vorgekommenen Excesse als nicht von den Leitern der polnischen Bewegung ausgehend, sondern als Resultate preußischer Verwaltung dar (lebhafter Widerspruch). Die Wiederherstellung Polens sucht er zu rechtfertigen und will die

Versammlung bewegen, die Adresse fallen zu lassen oder ihr die mildeste versöhnlichste Form zu geben. Hr. Müller-Jochmus erklärt, daß die Polen nur die Restitution der Wiener Verträge (1815) verlangen und beantragt eine Adresse an den Bundestag als competente Behörde zur Reorganisation. (Keine Unterstützung!) Hr. Mollard erklärt, daß Befehle zur Reorganisation gegeben, die Sache also erledigt sei. Der Sprecher theilt aus einem Gespräch zwischen dem General Willisen mit dem Deputirten v. Potworowski, dem beizuwohnen man ihn veranlaßt hatte, die nähere Art der Reorganisation mit. (Polnischer Oberpräsident wie Oberlandesgerichtspräsident, polnische Landräthe nach der Wahl der Kreise. Polnische Sprache in Schulen. Polnische Armee mit polnischen Officieren. Aufnahme des weißen Adlers in das preußische Wappen. Mieroslawski Mitglied des Generalstabes.) Dr. Heyke berichtigt einige früher angegebene Facta als Augenzeuge. Hr. Furbach ist für den ersten Antrag des Hrn. v. Dazur. Der zweite wird von Hrn. v. Dazur selbst zurückgenommen. Ueber die Adresse an das polnische National-Comité bemerkt Hr. Mollard, daß dasselbe nicht mehr existire. Hr. v. Dazur beantragt eine Proclamation an die Nation, um an das Nationalgefühl der Polen zu appelliren.

Sitzung vom 3. April. Ein Amendement des Dr. Remack, eine Proclamation an die ganze Bevölkerung zu erlassen, findet nicht die Unterstützung von 20 Stimmen. Hr. v. Dazur erinnert an seinen gestrigen Vortrag. Alle Zustände seien in Frage gestellt, Hr. v. Willisen sei noch in Berlin, die Deputationen könnten keinen Entschluß des Ministeriums erhalten; es sei eine moralische Manifestation gegen die Polen nöthig. Hr. Krauthofer leugnet die Thatsache gekränkter deutscher Rechte und bezeichnet die Beamten als solche, welche bei ihrer Abneigung gegen die polnische Sprache sich auch die Herzen der Polen entfremdet hätten. Man hasse nicht die polnischen Einwohner von deutschem Geblüt, auch Libelt und Fromholz, die Mitglieder des National-Comités, seien solche. Er ist wider die Adresse. (Lärm.) Hr. Cassius, alter evangelischer Geistlicher, stimmt ihm bei. Die Eigenthumsverletzungen seien geringfügig gegen ähnliche in Wien, im Odenwalde, in Schlesien und im Spessart. Einst fabelte man von Gift und Dolch gegen die Deutschen, aber dieses Märchen ist im Polenproceß nicht einmal zur Sprache gekommen. Aus derselben trüben Quelle der Verläumdung stammt dies Angstgeschrei der Deutschen. (Lärm, Nein!) Blutiges Unrecht sei Polen in Posen geschehen, die Sprache unterdrückt, bei dem Tode des vorigen Königs habe sich eine Cabinetsordre vorgefunden, daß eine Million dazu verwendet werden soll, die polnischen Grundeigenthümer auszukaufen mit der Bedingung, dieselben für immer vom Rückkauf auszuschließen; der Oberpräsident v. Flottwell habe bei seinem Abgange einen Bericht hinterlassen, demzufolge es ein Gewinn genannt werde, die Provinz Posen zu germanisiren. — Der Sprecher ersucht den Redner, sich nur auf die gegenwärtigen Gravamina zu beschränken. Hr. Kleiber stellt das Amendement, eine besondere Adresse an die Polen und eine ähnliche an die Deutschen zu richten. Dr. Bernhard nennt den Standpunkt der vorigen Redner falsch, sie verwechselten die Begriffe social und national. Die Unruhen in Deutschland seien social, im Großherzogthum Posen seien sie national. Er ist für die Adresse. Hr. Lette nimmt unter begrüßendem Beifall das Wort. Er habe fünf Jahre in Posen als Oberlandesgerichtsrath gelebt und sich dort glücklich gefühlt. Stets habe er an eine Wiederherstellung Polens geglaubt. Wenn Deutschland frei wird, werde auch Polen frei werden. Das tiefe Moment der heutigen gewaltigen Bewegung sei die Wiedergeburt aller Nationalitäten. Aber in Betreff Polens habe er einige Wahrheiten zu sagen. Zum Gedeihen führt nur Offenheit, die sich nichts verhehlt. Einst war Polen eine der durch Freiheit achtbarsten Nationen. Es besaß freie Bauern unter den Jagellonen, es empfing die Dissidenten; aber während alle übrigen Nationen in der Schule der Zucht der Monarchie zur Freiheit gekommen seien, habe sich in Polen aus dem Wahlreich die Anarchie entwickelt (Beifall). Es ist die Schuld der Völker, wenn sie fallen. Es sei neben der äußeren Freiheit eine innere zu erringen, die sich nicht durch Barrikaden erkämpfen lasse. Polen, nicht auf Deutschland gestützt, zerfalle in Anarchie. Die Adresse sei als ein Aufruf zur Erringung jener inneren Freiheit an die Polen zu erlassen. Der Redner („den das Gehaltreiche seiner Vorträge neben dem Adel seiner wahrhaft freien Gesinnung zu einem Liebling des Clubs gemacht haben") schließt unter stürmischem Beifall. — Hr. Wilh. Jordan spricht wider die Adresse, da bei der Superiorität der germanischen Natur der Deutsche sich erniedrige, wenn er bitte, wo er fordern könne. — Hr. Aegidi stimmt gegen die Adresse, weil sie der Versammlung nicht würdig sei, der aufgeregten Menge gegenüber wirkungslos bleibe und auf die Deutschen entmuthigend wirke. (Beifall). — Der Sprecher erklärt die Debatte für geschlossen und stellt die Frage, ob eine Adresse an die polnischen Einwohner der Provinz im Sinne des Schutzes unserer Brüder erlassen werden

solle. Die Frage wird bejaht. Die bereits fertigen Adressen der Hrn. v. Dazur und Müller-Jochmus werden abgelehnt und eine Commission, bestehend aus den Hrn. Lette, Aegidi, Dazur und Furbach, zur Abfassung ernannt. Das Amendement Kleiber kommt zur Discussion. Nach lebhafter Debatte der Hrn. Born, Remack, Bernhard, Kahle, Heyke, Kleiber, Lippelt, Döbbelin, werden die Hrn. Kleiber, Lippelt, Born, Bernhard mit der Abfassung auch einer Adresse an die Deutschen beauftragt. Nachdem über beide Adressen debattirt ist, werden sie angenommen und das provisorische Comité mit der Uebersetzung in's Polnische beauftragt. — Der Sprecher Crelinger zeigt demnächst an, daß das provisorische Comité seine Thätigkeit nach noch zwei Sitzungen für beendet halte und eine neue Wahl vorgenommen werden solle. Der Sprecher dürfe nur nach einem Monat wieder gewählt werden; aus dem dauernden Besitz der Gewalt erzeuge sich Tyrannei.

Die Adressen des constitutionellen Clubs, deren jede in besonderen Abdrücken *) verbreitet, die Namensunterschriften der Mitglieder des provisorischen Comités und der einzelnen Redactions-Commissionen trug, lauteten:

An die Polen des Großherzogthums!

Die neugeborne Völkerfreiheit überstrahlt auch Polens Ebenen. Die Zeit der Fürstenpolitik ist vorüber, die Völker kennen kein dynastisches Interesse; es giebt fortan nur eine Politik — die der Gerechtigkeit. Deshalb will das deutsche Volk, so viel an ihm ist, gut machen, was eine ungerechte Staatskunst an der Nationalität der Polen verschuldet hat; deshalb öffnete Preußen am ersten Tage der errungenen eigenen Freiheit die Kerker der gefangenen Polen! Mit tiefem Schmerze aber erfüllt es uns Deutsche, daß die jüngsten Regungen des polnischen Nationalgefühls im Großherzogthum Posen bedrohlich für die dort wohnenden Deutschen sich gestaltet, und an manchen Orten sogar die Sicherheit der Personen und des Eigenthums gefährdet haben. Bedenkt, polnische Bürger, daß Deutschland euer natürlicher Bundesgenosse ist, daß die Fesseln Eurer Nationalität nicht mehr im Großherzogthum, sondern in Warschau zu lösen sind! — Auch dort wird es gelingen, und — wir vertrauen dem Genius der Völker — ohne die feindlichen Waffen einer gerechten Politik. Zwischen Deutschland und Polen aber darf nur der Griffel, nicht das Schwerdt die Grenze zeichnen. Nun denn, Ihr Polen, achtet die Rechte der mit Euch wohnenden Deutschen, schützt sie gegen jeden mißverstandenen Eifer, welcher Deutschlands Sympathie für Eure gute Sache schwächen müßte! Deutschland vergißt auch nicht des letzten seiner Söhne! Brüderlich sollen die Nationen auf dieser schönen Erde neben einander wohnen, darum laßt uns festhalten die Verbrüderung zwischen Polen und Deutschen!

Deutsche Brüder in der Provinz Posen.

Mit tiefem Bedauern haben wir vernommen, welche beklagenswerthen Ereignisse in den letzten Tagen in der Provinz Posen sich zugetragen haben. Wir erlassen am heutigen Tage eine Adresse an die polnische Bevölkerung der Provinz, in welcher wir unsere polnischen Brüder dringend auffordern, gegen ihre deutschen Brüder, die Söhne desselben Landes, in keiner Weise feindlich zu verfahren. — Wir hoffen, daß unsere Worte einen Anklang finden werden in den Herzen unserer polnischen Brüder, denen wir noch in den letzten Tagen die unzweideutigsten Beweise unserer Theilnahme gegeben haben. — Die Zeit drängt, wir beeilen uns, Euch aus der Hauptstadt unseres Staates zuzurufen, daß wir Eurer in Liebe und Treue gedenken, denn Deutschland vergißt auch den letzten seiner Brüder nicht. Seid daher muthig und getrost, wir werden hier auf dem Wege des Gesetzes für Eure Rechte wirken und in der Stunde der Gefahr Euch nicht verlassen.

Außer diesen Adressen beschloß der constit. Club in seiner nächsten Sitzung, vom 5. April, die Absendung einer Deputation an das Ministerium zur Unterhandlung in derselben Angelegenheit. Die Mitglieder der Deputation, die Hrn. Crelinger, als Sprecher, v. Dazur, E. Kossak, Dr. Küttge, Wilh. Jordan, L. K. Aegidi, begaben sich sogleich nach dem Schlusse der Sitzung in's Schloß, um Hrn. Camphausen zu sprechen; sie wurden jedoch erst am folgen-

*) Druck von J. Sittenfeld.

den Tage in dessen Wohnung (Hotel de Russie) empfangen. Ueber den Erfolg ihrer Sendung erstattete die Deputation ihren Committenten, am 6. April, folgenden Bericht:

Die Deputation des constitutionellen Clubs begab sich heute früh 9 Uhr zum Hrn. Minister Camphausen und übergab demselben im Auftrage des Clubs den gestern beschlossenen Antrag: auf Erlaß einer energischen Protestation zu Gunsten der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen, wonach die hauptsächlich von Deutschen bewohnten Posenschen Landestheile niemals von Preußen getrennt werden sollten, die übrigen dagegen erst dann einer Trennung entgegensehen könnten, sobald die Verhältnisse Polens, Rußland gegenüber, gänzlich geordnet seien. Der Hr. Minister erklärte, wie man Seitens des Ministerii einen bestimmten Beschluß hierüber noch nicht mittheilen könne, indem vorläufig von einer auch nur theilweisen Lostrennung der Provinz Posen gar nicht die Rede sei; man habe zwar früher sich mit dem Gedanken beschäftigt, bereits jetzt behufs nationaler Reorganisation eine Demarcations-Linie zwischen den überwiegend deutschen und überwiegend polnischen Theilen der Provinz zu ziehen, sei jedoch unter den gegenwärtigen Umständen davon zurückgekommen. Der Hr. Minister sprach seine Theilnahme für die deutschen Bewohner der Provinz Posen entschieden aus, erklärte sich einverstanden mit den Bestrebungen sowohl des constitutionellen Clubs als der übrigen Versammlungen, welche die Kräftigung des deutschen Elementes in der Provinz Posen zum Gegenstand hätten, und versprach schließlich, den Antrag der Deputation des Clubs dahin in Ueberlegung zu nehmen, daß er zur Erreichung des Zwecks die Form zu finden bemüht sein werde, welche geeignet sei, jeden politischen Conflict zu vermeiden.

Die von dem politischen Club beschlossene Adresse an das polnische Nationalcomité wurde in der Sitzung des Clubs vom 4. April durch Hrn. v. Brandt verlesen, und, nachdem noch Hr. Cybulski, vom polnischen Comité, für die gegenwärtige Gemeinsamkeit der Interessen beider Nationen und für ihre Verbrüderung sich entschieden erklärt hatte, in folgender Form angenommen und abgesandt:

Polnische Brüder! Wir brauchen Euch nicht zu sagen, mit welcher Theilnahme wir Eurem Streben nach Selbstbefreiung folgten und folgen. Polens Leiden, Polens Kämpfe, sein berühmter Schlachtgesang, seine Helden haben sich so in die deutschen Herzen eingegraben, haben sich derart dem Gedächtnisse unseres Volkes eingeätzt, daß kaum unsere eigene Geschichte, die Geschichte eines germanischen Bruderstammes uns stärkere Sympathien entlocken könnte. — Das deutsche Volk, bisher unter einem unwürdigen Drucke des Absolutismus geknechtet, hat nie unterlassen, die Anstrengungen der Polen zu bewundern, und war zu allen Zeiten mit Euch im Bunde, denn es seufzte und rang, wie Ihr, nach Freiheit. Deutschland steht nunmehr am Endpunkt seiner Schmach und seiner Leiden. Die Freiheit hat gesiegt! — Und kaum war der Kampf in unserer Stadt beendet, kaum das letzte Todesröcheln der Gefallenen verhallt — — da öffnete sich alsbald der Kerker Eurer gefangenen Brüder, und in hoher Begeisterung flogen wir an ihre Brust, um einen ewigen Bruderbund zwischen zwei großen Nationen zu proklamiren. Schon in unseren jubelnden Grüßen auf ihrem Triumphzuge nach dem Königlichen Schlosse mischte sich der Ruf nach der Wiederherstellung Polens. — Polnische Brüder! Das freie Deutschland verschmäht die böse Erbschaft, welche seine Fürsten ihm an unterdrückten Völkern hinterlassen haben. Mögen sie alle sich befreien! Wir werden in jeder solcher Losreißung dem Absolutismus eine Waffe, ein Rüstzeug schwinden und für uns eine neue Schutzmauer emporwachsen sehen. So möge denn neben der Freiheit des deutschen Volkes auch die Freiheit Polens in seiner alten Macht erstehen! — Möget Ihr wieder ein selbstständiges Volk sein und von Neuem die Mission übernehmen, eine Vormauer gegen die Barbarei des Ostens zu sein! Seid unserer Theilnahme, ja wenn es Noth thut, thätiger Kampfeshülfe gewiß. — Diese Wünsche lebten in uns in dem denkwürdigen Momente, als Mieroslawski die deutsche Fahne mit der polnischen verband, — diese Gedanken leiteten uns, als die Preußische Regierung die Reorganisation des Großherzogthums Polen beschloß. — Nun aber diese Reorganisation in's Leben zu treten beginnt, hören wir mit tiefem Betrüben, daß viele Eurer Brüder es vergessen, gerecht zu sein Deutschland, und daß sie unsere deutschen Brüder im Großherzogthum Posen bedrän-

gen, bedrücken und von ihrem Heerde jagen! — — Polen! Die Edleren Eures Volkes, deß sind wir gewiß, können ein solches Beginnen nur verabscheuen, und als einen bedauernswerthen Flecken auf die Reinheit einer großen Sache beklagen. — Polen, denkt daran, was Ihr Preußen verschuldet, selbst in dem Zustande, in dem Ihr bisher gelebt habt. — Polen! Weil wir die Wiederherstellung Eures Volkes und seiner einstigen Macht aufrichtig wünschen, halten wir, der politische Club in Berlin, in unserem — und wir sind deß gewiß, daß Niemand uns wiedersprechen wird, — auch im Namen von ganz Deutschland es für Pflicht und Recht, von Euch, auch um Eurer selbstwillen! — folgendes zu verlangen: Wir verlangen Sicherheit und Unverletzlichkeit für die Person und das Eigenthum unserer deutschen Brüder, die bei Euch wohnen, und die ihre Scholle nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Pfluge genommen haben. Stellt sie feierlich unter den Schutz der polnischen Nation, proklamirt es aller Orten, wo die entfesselte Leidenschaft des Landmannes Verderben droht, daß der Deutsche ihnen heilig sei. Insbesondere bitten wir um diesen Schutz für jene Bewohner, welche das Volksurtheil und der Haß nicht zu den Polen und auch nicht zu den Deutschen zählt, und auf welche der Fanatismus stets seine grausamsten Waffen gerichtet; — wir meinen die Juden, die zu allen Zeiten, bei allen Anlässen stets das wohlfeile Opfer aller Partheien gewesen. Polen! erkennt und achtet in den Juden bejammernswerthe Leidensbrüder, denen nach dem Druck und der Schmach von zwei Jahrtausenden jetzt erst der Morgenstrahl eines freien Tages leuchtet. Der Druck zweier Jahrtausende hat diese Unglücklichen zu tief gebeugt, gewährt Schonung und Nachsicht, wo ihr gedrückter Geist nicht gleich schnell mit dem Eurigen sich emporhebt! — Auch ihre Personen und ihr Eigenthum sei Euch heilig, heilig als ein Blatt von jenem Baume, unter dessen Schutze Eure Freiheit emporwachsen soll! — Polnische Brüder! Bei dem Geiste Kosciuscos, bei der Heiligkeit seines ruhmreichen Angedenkens beschwören wir Euch: Seid eben so besonnen als kühn, eben so gerecht als tapfer!

Mit den angeführten Erörterungen und Manifestationen begannen die Aeußerungen des zum Theil von außen her angeregten berliner Interesses für die polnisch-deutsche Angelegenheit, das, wie unsere weitere Darstellung zeigen wird, von Zeit zu Zeit auf's neue in Anspruch genommen, im Laufe der nächsten Monate wiederholt die politischen Organe der Hauptstadt beschäftigte. — Die polnische Agitation hatte für Berlin ihren Mittelpunkt in einem aus Polen zusammengesetzten Comité, das mit dem posener „National-Central-Comité" in nächster Verbindung stand. Eine Zeitungsnachricht aus Berlin vom 30. März (s. „Die Reform" Nr. 4.), die mitzutheilen weiß, „daß aus der Provinz Posen täglich viele deutsche Familien (gestern allein 15) hier anlangen, um Person und Habe in Sicherheit zu bringen", meldet zugleich zum Beweise, wie „die Befreiung Polens immer systematischer organisirt werde", daß die polnische Legion vor ihrem Abzuge aus Berlin hier ein „Recrutirungs-Comité" niedergesetzt habe, um Deutsche „für den polnischen Kriegsdienst" anzuwerben. „Dasselbe hat sein Local in der Taubenstraße und hat bereits viele, sehr viele Berliner für die polnische Armee angeworben, was ihm um so leichter wird, als man hier theils für die polnische Sache begeistert ist, theils aber auch führt ihm die durch die Geschäftsstockung hervorgerufene Brotlosigkeit viele Kriegslustige zu. Jeder Angeworbene erhält täglich 15 Sgr. und noch außerdem 20 Thaler zur Bestreitung der Reisekosten nach der Provinz Posen." Nach einer Bekanntmachung des Hrn. A. Cybulski, als Bevollmächtigten des posener National-Comités, vom 30. März, entbehrt jedoch „das offenbar in der Stadt verbreitete Gerücht, daß Mannschaften für neue Truppentheile im Großherzogthum geworben werden" jeden Grundes, da die königliche Regierung bis jetzt

dazu keine Erlaubniß ertheilt habe. Hr. Cybulski bittet daher „die sich zu Hunderten sowohl bei ihm als auch bei seinen Landsleuten sich meldenden freiwilligen deutschen Brüder" eine Nachricht darüber in den Zeitungen abzuwarten. Die Zeitungen brachten aber keine derartige Benachrichtigung; dagegen sah sich, eine Woche später (8. April) Hr. Cybulski, „im Auftrage des posener National-Central-Comités", veranlaßt, folgenden durch Plakate verbreiteten „Aufruf an das Volk von Berlin" zu richten:

Reactionaire und den Geist der Gegenwart verkennende oder fürchtende Menschen bemühen sich durch alle Mittel und namentlich durch Verbreitung meist lügenhafter und verläumderischer Nachrichten die Freiheitsregungen der Polen im Großherzogthume Posen zu verdächtigen und den in Berlin und überall, wo Polen unter Deutschen wohnen, geschlossenen Bruderbund zu zerreißen. — Großherziges Volk Berlins! Gestatte nicht, daß Feinde Deiner und unserer Freiheit unter dem Vorwande deutscher patriotischer Gesinnung durch kleinliche, selbstsüchtige Umtriebe den Riesengang der freien Völker hemmen. — Deutsche und Polen — wir dürfen uns nicht durch Fragen über künftige Grenzen und provincielle Zustände von dem großen Ziele der Völkerverbrüderung ablenken lassen. Diese Verbrüderung kann nur im Herzen Polens ihren Triumph feiern. — Deutsche und Polen — wir haben nur Einen Feind unseres Strebens, den Einen Erzfeind aller Freiheit: die asiatische Willkürherrschaft. Laßt uns dieselbe gemeinschaftlich bekämpfen! Es ist der letzte heilige Kampf, den wir auszufechten haben! — Heldenmüthiges Volk! Gestatte nicht, daß man uns aus freien Männern zu Knechten des Despoten, zu Würgern Deiner Freiheit unter der blutigen Czarenfahne macht! — Wir fordern gegenwärtig nichts Anderes, als uns gegen denselben waffnen zu dürfen. Volk Berlins! Sende daher aus Deiner Mitte freie, unparteiische, gesinnungsvolle Männer, um den Stand der Dinge an Ort und Stelle zu prüfen. Mögen sie Dir dann ein treues Bild der dortigen Zustände zeichnen, um danach die Maßregeln beschleunigen und ausführen zu helfen, die allein im Stande sind, die blutigen Collisionen zu verhüten, welche die Feinde unserer gemeinsamen Freiheit herbeizuführen trachten.

III. Der Vereinigte Landtag, die Gesetzesvorschläge der Regierungen und die Opposition dagegen. (Das Wahlgesetz; die Wahlen des Landtages zu einer deutschen Nationalvertretung; die Regierungs-Anleihe.)

Die Mitglieder des Vereinigten Landtages, die Herren, die ritterschaftlichen, städtischen und bäuerlichen Abgeordneten Preußens waren, fast vollzählig, in Berlin zusammengekommen, um durch Wort und Handlung der neuen Regierung ihr unbedingtes Vertrauen auszudrücken, und um zugleich in einem letzten, schnell vorübergehenden Akte das Ende ihrer „ständischen" Thätigkeit zu bezeichnen. Derselbe „Weiße Saal" im Schlosse, der ein Jahr vorher zur Aufnahme des Vereinigten Landtags dieser durch das Patent vom 3. Februar 1847 neugeschaffenen, ständischen Institution hergestellt worden war, empfing die Vertreter der acht preußischen Provinzen. Während die Einrichtung des Saales mit seinen nach Kurien und Provinzen gesonderten Räumen eine un-

veränderte geblieben war, bot gleich die erste Sitzung ein in wesentlichen Merkmalen von der vorjährigen Eröffnungssitzung unterschiedenes Bild. Der Thronsessel war, da der König diesmal nicht persönlich den Landtag eröffnete, mit einer Decke umhüllt; die rechts neben demselben befindlichen zehn Sitze, die für die Prinzen des königlichen Hauses, als Mitglieder der Herrenkurie bestimmt waren, blieben leer; an dem Ministertisch keine derjenigen Personen, die während der vorjährigen Versammlung zum Cabinet des Königs gehörten; ihn nahmen jetzt Männer ein, welche der Mehrzahl nach, als Mitglieder des ersten vereinigten Landtages, dessen oppositionelle Führer gewesen waren; die ganze Versammlung in bürgerlicher Kleidung, mit Ausnahme einer Uniform (der des Kriegsministers) am Ministertische und einer anderen (des Generallieut. Fürsten W. v. Radziwill) auf der Herrenbank. Eine Tribüne war, noch am Tage vor der Eröffnungssitzung eilig hergestellt worden, „wobei", nach einer königl. Verordnung vom 1. April, „die Zeitungsredactoren besonders zu berücksichtigen." Fürst Lichnowsky hatte in einer vorbereitenden Versammlung der Landtags-Mitglieder die Frage über die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Landtages angeregt, und im Auftrage der Versammlung sich sofort mit dem Ministerpräsidenten wegen Einrichtung eines für Zuhörer bestimmten Raumes in Unterhandlung gesetzt. Die Beschränktheit des Raumes ließ eine nur geringe Anzahl von Personen zu; neben den Berichterstattern der Zeitungen füllten einige Gesandte, höhere Offiziere, Staats- u. städtische Beamte die Zuhörertribüne. Deuteten diese äußeren Veränderungen die Umwandlung der allgemeinen Zustände genugsam an, so sollte auch innerhalb der Versammlung Zeugniß von einer durch die neuen Verhältnisse bewirkten Gesinnungsänderung abgelegt werden. Um ein solches Zeugniß, zunächst für seine eigene Person, öffentlich abzugeben, ergriff ein Mitglied der brandenburgischen Ritterschaft, das, als Oberpräsident der Provinz, zu Berlin in den unmittelbarsten Beziehungen stand, — Hr. v. Meding — sogleich die Gelegenheit, als nach beendigtem Eröffnungsvortrage des Ministerpräsidenten die Discussion über eine an den König sofort zu erlassende Adresse begonnen wurde. Hr. v. Meding hatte noch zwei Tage vorher, in einer am 31. März erlassenen Bekanntmachung, als eine „auf die erfreulichste Weise bewährte" Thatsache anerkannt, „daß die lebenskräftigen Elemente eines gesunden gesellschaftlichen Zustandes, deren sich die Provinz Brandenburg erfreut, auch jetzt noch in voller Wirksamkeit sind"; er hatte zugleich „die unbedingte Ergebenheit an Se. Maj. den König und sein erhabenes Haus und die Gesinnungen der treuesten Vaterlandsliebe überall ausgesprochen und bethätigt" gefunden. „Nur auf diesem Wege", hatte er weiter erklärt, „läßt es sich hoffen, daß wir der schweren Stürme der Zeit Herr werden, die segensreichen Güter einer großen Vergangenheit uns erhalten und in einen treuen geordneten Zustand der Dinge übergehen." Am 2. April, in der ersten Sitzung des Verein. Landtages, begleitete

er sein Votum für die sofortige Berathung einer Adresse mit der folgenden persönlichen Erklärung: „Es ist bekannt, daß ich mit meinen persönlichen Ansichten von denen abgewichen bin, die diejenigen der Mehrheit der Versammlung waren. Ich bin bisher der Ansicht gewesen, daß im Wesentlichen ein genügendes Maß von Freiheit schon in den bisherigen Zuständen des preußischen Staats gegeben war, und daß dies vielleicht nur einer geringen Ausdehnung bedürfte. Ich habe mich überzeugt, daß ich mit diesen meinen Ansichten von denen der großen Majorität der Nation abgewichen bin, und daß eine ungeheure Majorität der Nation eine größere Ausdehnung der Freiheiten verlangt hat, als bisher in unserer Verfassung gegeben war. Nachdem ich diese Ueberzeugung gewonnen habe, und nachdem sich Se. Maj. der König über das, was er dem Lande zu gewähren Willens ist, auf das unzweifelhafteste ausgesprochen hat, unterwerfe ich meine abweichenden persönlichen Ansichten dem, was ich als den Willen des Königs und des Landes anerkenne. Ich hänge daher für meine Person dem constitutionellen System freimüthig und offen an und werde dies thun, so lange Se. Maj. der König und das Vaterland es angemessen findet, sich meiner Dienste zu bedienen, und auch dann, wenn ich künftig in dem Fall sein sollte, allein von beschränkten Privatverhältnissen aus zu handeln."*) Mit Ausnahme weniger Stimmen war die Versammlung darüber einig, daß es hauptsächlich darauf ankomme, so eilig als möglich eine Thätigkeit zu beenden, die von der Regierung „zum letzten Mal" in Anspruch genommen wurde. „Wir müssen", sagte Hr. Milde, „die Augenblicke nützen und handeln, damit wir, nachdem wir die Regierung und ihr System unterstützt haben, möglichst schnell wieder heimkehren . . . um als Boten des Friedens sagen zu können, daß von Seiten der Regierung Alles geschehen wird, um die neuen Zustände sobald als möglich in's Leben treten zu lassen." Die köstliche Zeit zu benutzen, nicht zu zaudern, sich nicht an alte Formen zu halten, mahnte Hr. Dittrich, „da jeder Tag etwas Neues bringen kann und wir nur dadurch unsere Sendung als Friedensboten erfüllen können, wenn wir keinen Augenblick versäumen, um für das allgemeine Wohl durch Friedensstiftung zu

---

*) Hr. A. T. Woeniger, damals Hauptmitarbeiter der Voss. Zeit., hielt diese Erklärung für „ein zu eigenthümliches Document unserer Zeit", um sie nicht seiner Kritik zu unterwerfen. „Wir würden es achten", äußert er, „wenn Hr. v. Meding erklärt hätte, seine Ansicht weiche ab von der Majorität des Landes und er vermöge ihr deshalb nicht länger dienstbar zu sein; aber wir können wenig an die Aufrichtigkeit einer Erklärung glauben, welche mehr durch äußere Motive, als durch innere Ueberzeugung dictirt erscheint. Der letzteren widerspricht die ganze bisherige sehr prononcirte Richtung des Hrn. v. M. Eben deshalb aber würde seine Theorie die Beamten zur Maschine, zum willenlosen Werkzeug des herrschenden Systems machen, und indem ein so hoch stehender Beamter uns an sich selbst ein solches Exempel statuirt, sehen wir mit Bedauern, wie sehr die Presse zu allen den Angriffen berechtigt war, welche sie seit Jahren gegen gewisse Elemente der Büreaukratie gerichtet hat. Hr. v. M. hat unseres Wissens mit zu Denen gehört, welche in der Oppositionspresse nur Gesinnungslosigkeit und feile Käuflichkeit witterten, erlaube Hr. v. M. uns jetzt, ihm jene Beurtheilung in Erinnerung zu bringen und dann über alles Weitere — zu schweigen." (V. Z. 4. April.)

wirken." Und Hr. v. Meding glaubt, daß es die heiligste Pflicht der Versammlung sei, „alles in ihren Kräften Stehende anzuwenden, um die Autorität des Gouvernements möglichst schnell herzustellen", was aber nur „durch rasche und energische Schritte" und nur auf dem Wege geschehen könne, „daß die Versammlung mit dem ihr beiwohnenden moralischen Gewichte das Gouvernement unterstützt"; er ist überzeugt, „daß die hohe Versammlung keinen Augenblick zu verlieren hat, die Erklärung ihrer Ansicht zu geben." — Bei den vorbereitenden Zusammenkünften im Hotel de Russie, am 31. März und 1. April, hatte sich die Mehrzahl der Landtagsmitglieder bereits für den Adreßentwurf entschieden, dessen Abfassung Hr. v. Beckerath übernommen hatte. In der Eröffnungssitzung des Landtags beschloß die Versammlung „mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität" — Hr. v. Thadden-Triglaff hatte protestirt — eine Adresse an den König zu richten; sie beschloß ferner, fast einstimmig, die sofortige Berathung und Annahme einer Adresse — trotz des von Hrn. v. Bismark-Schönhausen gemachten Vorwurfes einer durch diese Eile kundgegebenen Unbesonnenheit und Unschicklichkeit; sie nahm endlich noch in derselben Sitzung den in Bereitschaft gehaltenen Beckerathschen Entwurf „beinahe einstimmig" an. Die Neigung zu „raschen und energischen Schritten" war in der Versammlung so stark, daß, sobald ein Antrag gestellt worden, zur Abstimmung ohne vorgängige Debatte gedrängt und der Antrag sogleich angenommen wurde. Dem Grafen Arnim allein war es vergönnt, einen längeren Vortrag zu halten; er betraf die Stellung, die das von jenem geleitete neuntägige Ministerium zu den Ereignissen eingenommen, und erhielt ein „lebhaftes Bravo" der Versammlung. Die angemeldeten Redner der an Zahl überaus geringfügigen Opposition konnten erst zu Worte kommen, nachdem die HH. v. Saucken und Milde auf die „Freiheit der Tribüne" und auf die Pflicht, jede Meinung zu achten, auch wenn sie nicht in der Majorität sei, aufmerksam gemacht hatten. Auf diese Weise gelang es Hrn. v. Bismark-Schönhausen, zu erklären, daß er die Adresse, in so weit sie ein Programm der Zukunft sei, acceptire und daß er das Ministerium für das einzige halte, „welches uns aus der gegenwärtigen Lage einem gesetzmäßigen und geordneten Zustande zuführen kann" und aus diesem Grunde werde er demselben seine geringe Unterstützung überall widmen, wo es ihm möglich sei. Hr. v. Thadden aber erklärte sich entschieden gegen die Annahme der Adresse, da er der Meinung sei, daß erst Ruhe und Ordnung mit allen gesetzlichen Mitteln hergestellt werden müsse und dann erst mit aller Energie, mit Ruhe und Besonnenheit an die Bearbeitung und Umänderung der Verfassung und an die Wahlen gegangen werde.

Die Adresse führt der Reihe nach die Zusicherungen auf, welche Se. Majestät in dem Patent vom 18ten, in dem Aufruf vom 21sten und in den Erlassen vom 22. und 28. März ertheilt, und hält dafür, daß, indem der „zum

letzten Male versammelte" Landtag diese Zusicherungen dankbar annehme, ihm nicht nur sein „verfassungsmäßiger Beruf", sondern auch der Wille des Volkes zur Seite stehe. „Noch sind wir", heißt es in derselben, „das gesetzmäßige Organ des Landes und haben in dieser Eigenschaft Pflichten zu erfüllen." Der umgestaltenden berliner Ereignisse gedenkt sie in zarten Andeutungen: „Ew. Majestät haben in einem verhängnißvollen Augenblick einen segensreichen Entschluß gefaßt; es sind Männer in den höchsten Rath der Krone berufen worden, die das Vertrauen des Landes besitzen. . . . Jeder Zwiespalt im Lande schwindet; Volk und Heer sind nicht zweierlei, auf beiden Seiten schlagen Heldenherzen. . . ." Auch der Eröffnungsvortrag des Ministerpräsidenten hatte jene Vorgänge in sehr allgemeinen Wendungen berührt: „Große Ereignisse haben einen Theil Europas erschüttert und unser Vaterland nicht unberührt gelassen. Sie bedrohen uns mit wachsenden Gefahren, sie eröffnen uns eine große Zukunft."*) . . . „Tief zu beklagen ist es, daß in die neuen Zustände nicht übergegangen werden konnte, ohne das Gefolge der Leiden, von welchen gegenwärtig die Gesellschaft getroffen ist. Nur darin mag ein Trost gefunden werden, daß die letzten Wochen viel verborgene Wunden aufgedeckt und Belehrung darüber gegeben haben, daß und wie ihre Heilung erstrebt werden soll." Der Landtag vermied es, während seiner vier Sitzungen, auf die berliner Ereignisse vom 18. und 19. März näher einzugehen; seine Mitglieder hatten sich bereits in der Adreßdebatte, wie Hr. v. Vincke sich ausdrückt, „stillschweigend dahin vereinigt, die Vergangenheit, die Todten ruhen zu lassen und nicht auf's Neue auf die beklagenswerthen Vorfälle zurückzukommen." Daß gleichwohl dieser „beklagenswerthen Vorfälle" von einem Mitgliede erwähnt wurde, hatte eine Aeußerung des ostpreußischen Abgeordneten v. Bardeleben veranlaßt, derzufolge der Landtag das Vertrauen des Landes nicht besitze. Als in der zweiten Sitzung, am 4. April, nachdem zuvor die Minister v. Auerswald und v. Arnim die Interpellationen der Abgeordneten v. Schenkendorf und v. Bismark beantwortet hatten, der Regierungsentwurf „über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung" zur Discussion gestellt wurde, machte jener ostpreußische Abgeordnete der Versammlung den Vorschlag, auf die Berathung der ihr vorgelegten Gesetze überhaupt nicht einzugehen, sondern dem Mi-

*) „Preußen und Deutschland", heißt es weiter, werden die Zeit des Ueberganges bestehen, wenn sie mit besonnenem Muthe, mit geordneter Kraft auf der neu erschlossenen Bahn sich bewegen. Die Einheit Deutschlands war seit langer Zeit das Ziel, auf welches alle Wünsche oft hoffnungslos sich richteten; nunmehr gehen wir ihm mit raschen Schritten entgegen, und Se. Majestät der König boten dazu eine Hand, der 15 Millionen freudig zur Seite stehen. Die politische Berechtigung der Bürger im Staate war in Preußen ein um so lebhafter empfundenes Bedürfniß, als das Volk eine Stufe der Bildung erstiegen hatte, die es anderen, unter freien Verfassungsformen lebenden Völkern mindestens gleichstellte. Se. Majestät der König haben eine wahre constitutionelle Verfassung verheißen, und schon sind wir versammelt, um zu ihrem dauerhaften Ausbau die Grundsteine zu legen. Hoffen wir, daß das Werk rasch hinansteige, daß es sich anschließe und einfüge dem großen Verfassungsgebäude für das gesammte deutsche Volk.

nisterium zu erklären, daß es zwar ihr Vertrauen besitze, daß es jedoch alle Schritte, welche zu thun es für nothwendig halte, allein thue und die Verantwortung für dieselben übernehme. „Ich glaube", bemerkte Hr. v. Bardeleben erläuternd, „daß die erlebten gewaltigen Ereignisse den Beweis geben, daß diese Versammlung nicht mehr das hinreichende Vertrauen im Lande besitzt; . . . diese Ereignisse haben den Zweck gehabt, das früher herrschende System und mit diesem die ständische Vertretung zu stürzen und eine wahre Volksrepräsentation in's Leben zu rufen." Gegen diese Aeußerung protestirte „auf das Allerentschiedenste" der westfälische Abgeordnete v. Vincke. „Ich habe", erklärte er, mich zufällig, während diese Ereignisse sich zutrugen, „hier in Berlin befunden und habe Gelegenheit gehabt, sie theilweise selbst zu beobachten, theils die glaubwürdigsten Erkundigungen darüber einzuziehen, und ich muß mich daher dagegen aussprechen, daß der Zweck der Ereignisse die Abschaffung des Vereinigten Landtags gewesen ist. Auf diese Ereignisse näher einzugehen und auseinanderzusetzen, wie viel davon Absicht, wie viel Zufall gewesen ist, und wenn Absicht, welche Absicht, dazu, glaube ich, ist hier nicht der Ort."*) Mit Bezug auf die erwähnte Gesetzesvorlage erklärte Hr. v. Vincke sich mit seinem ostpreußischen Collegen darin einverstanden, daß er es für wün-

---

*) „Ich bin", äußerte Hr. v. Vincke weiterhin in derselben Angelegenheit, „während der Ereignisse hier in Berlin auf den Straßen spazieren gegangen und nicht einen Augenblick um meine persönliche Sicherheit besorgt gewesen. . ." (Sitz. v. 4. Ap.) Beinahe drei Jahre später ergriff derselbe die Gelegenheit, eine öffentliche Erklärung über seine nähere Betheiligung an jenen Ereignissen abzugeben, als Hr. v. Bismark-Schönhausen in der Sitzg. der II. Kammer vom 3. Decemb. 1850 Derer erwähnt hatte, die in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 mit ihrem Rathe und ihren Sympathieen nicht die Stelle getroffen hätten, auf welcher der preußische Soldat seine Ehre sucht. Hr. v. Vincke, der unter den anwesenden Kammermitgliedern auf sich allein diese Aeußerung beziehen zu können glaubte, bemerkte darauf: „Ich halte es unter meiner Würde, mich darüber zu äußern, auf welcher Seite in jener Nacht meine Sympathieen gewesen sind; was den Rath betrifft (und ich danke dem Hrn. v. Bismark, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, mich über diesen Punkt zu äußern), so habe ich es zwischen 11 und 12 Uhr für meine Pflicht gehalten, mich Sr. Maj. dem Könige zu nähern, um in diesem Augenblick die Gefühle auszusprechen, welche mich bewegten. Ich habe Sr. Maj. ungefähr gesagt, daß der Eindruck, welchen ich, sowohl aus meiner eigenen Anschauung, als durch die Aeußerungen glaubwürdiger Männer, gewonnen habe, der sei, daß zu besorgen wäre, wenn die Truppen, welche seit 8 Tagen fast alle Nächte in Bewegung gewesen wären, die körperlich ermüdet und, wie es schien, den ganzen Tag auf vielen Stellen ohne Verpflegung geblieben wären, den Kampf gegen einen gewissermaßen unsichtbaren Feind, der sich stündlich ablösen und durch Nahrung stärken könne, fortsetzen müßten, die beklagenswerthen Ereignisse, wie wir sie in Paris vor kurzem erlebt hätten, auch hier eintreten könnten und würden; ich habe gesagt, daß nach meiner Ansicht keinenfalls etwas dabei herauszukommen schiene, den Kampf gegen die Barrikaden in der Nacht fortzuführen. Se. Maj. haben mich gnädig empfangen und die Frage an mich gerichtet, wozu ich denn rathe? Ich habe gewagt, Sr. Maj. den Rath zu ertheilen, die Truppen von den Barrikaden zurückzuziehen und sie um das Schloß zu concentriren zum Schutze für Seine Allerhöchste Person. Diese Ansicht habe ich noch heute, und viele Officiere, mit denen ich über diesen Punkt gesprochen, haben dieselbe für richtig gehalten. Diese Ansicht kann irrig sein; ich glaube aber nicht, daß dieser Rath irgend zu einem Vorwurf gegen meine Person berechtigt, und ich glaube, daß wenn dieser befolgt wäre, wie er nicht befolgt worden ist, wenn die Truppen um das Schloß conzentrirt worden wären, statt sie aus der Stadt zu schicken, dann würden die beklagenswerthen Ereignisse nicht eingetreten sein, die leider eingetreten sind."

schenswerth und zweckmäßig gehalten, wenn das Ministerium die Versammlung damit „verschont" und das Gesetz erst der nächsten Verfassungsversammlung vorgelegt hätte. Der Landtag trat jedoch weder der Ansicht des Hrn. v. Vincke, noch gar dem Vorschlage des Hrn. v. Bardeleben bei. Ohne sich weiter mit der Frage über ihre Competenz zu beschäftigen, beeilte sich die Versammlung, diejenigen Geschäfte zu erledigen, welche von dem Ministerium ihr aufgetragen waren, — Geschäfte, die nicht bloß die Thätigkeit der Versammlung, als eines Körpers, in Anspruch nahmen, sondern auch die Auflösung derselben in diejenigen einzelnen Bestandtheile, aus denen sie zusammengesetzt war, in die acht Provinziallandtage erforderlich machten, um auch durch diese noch ein letztes Werk ausführen zu lassen.

Zuerst waren es zwei Gesetzesentwürfe, welche durch die königl. Botschaften vom 2. April dem Vereinigten Landtage zu „schleuniger Erörterung" in der Eröffnungssitzung vorgelegt wurden: der „Entwurf eines Wahlgesetzes für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung" und der „Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung." Nachdem in derselben Sitzung die Adresse angenommen und hierauf von der Herrenkurie „ganz einstimmig", von der Drei-Stände-Kurie „fast einstimmig" — auch hier erklärte Hr. v. Thadden wieder ausdrücklich, daß er „zur Minorität gehöre" — beschlossen war, daß die Berathung der Entwürfe „in ungetrennter Kurie" stattfinde, wurden die Commissionen zur Berichterstattung ernannt, die noch an demselben Abende, die für das Wahlgesetz unter dem Vorsitze des Grafen Arnim, die andere unter dem des Prinzen Hohenlohe, sich versammelten, um für die nächste, auf den 4. April bestimmte Sitzung ihre Gutachten vorzubereiten. Bei'm Beginn dieser zweiten Sitzung wurde ein drittes königl. Propositions-Decret, vom 3. April, der Versammlung übergeben, welches, mit Bezug auf den Beschluß der Bundesversammlung vom 30. März, daß in sämmtlichen dem deutschen Staatensysteme angehörigen Provinzen „auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege" Wahlen von Nationalvertretern angeordnet werden, „welche am Sitze der Bundesversammlung in einem möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen", die Mitglieder des Vereinigten Landtages und zunächst die Abgeordneten der zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen auffordert, „die für letztere zu der Versammlung der deutschen National-Repräsentation abzuordnenden (113) Vertreter unverzüglich zu wählen." Endlich überreichte noch in derselben Sitzung, inmitten der Verhandlungen über den zweiten der oben genannten Entwürfe, der Finanzminister ein viertes königl. Propositions-Decret, vom 4. April, welches, mit Rücksicht auf die „Dringlichkeit des Bedürfnisses", die im voraus zu ertheilende Zustimmung des Landtages dazu begehrt, „daß unter der Verantwortlichkeit des

Ministerii gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung die zum äußeren Schutze der Monarchie sowohl, als zur Wiederherstellung des Credits und zur Aufrechthaltung der Industrie erforderlichen außerordentlichen Geldmittel, sei es mittelst neuer oder Erhöhung älterer Steuern, dürfen erhoben oder durch rechtsgültig zu contrahirende Anleihen dürfen beschafft werden." Nachdem hierauf die Berathungen des Entwurfes zu Ende geführt worden, theilte der Marschall der Versammlung mit, daß der König die Mitglieder derselben jetzt nach dem Schlusse der Sitzung sehen wolle, zu welchem Zwecke jene sich sofort in die rothe Gallerie, neben dem Sitzungssaale, begeben mögen. — Die Proposition über die „Grundlagen der künftigen Verfassung" war von der Versammlung fast unverändert angenommen worden; die Bestimmung über das freie Associations- und Versammlungsrechtes allein hatte eine längere Discussion herbeigeführt, die mit der Annahme des im liberalen Sinne modificirten Paragraphen schloß; am 6. April wurden die sechs Punkte der Proposition als Gesetz verkündet. (S. Buch III. Abschn. IX.)

Seitdem der Landtag, unter übrigens nur geringer äußerer Theilnahme, zusammengetreten war, hatte sich das öffentliche politische Interesse mehr auf die Propositionen der Regierung, als auf deren Erörterung durch die ständische Versammlung, gerichtet. Zunächst rief der vom Ministerium vorgelegte Wahlgesetz-Entwurf eine Opposition hervor, die in den Erörterungen und Beschlüssen der Clubs ihren Ausdruck fand. An dem Tage, als dieser Entwurf dem Landtage vorgelegt worden, hatte der „Volksverein" eine Versammlung unter den Zelten, die jenen zum Gegenstand ihrer Tagesordnung machte. Die darüber gepflogenen Debatten giebt folgender Bericht (der Zeit.-H.) wieder:

Die Volksversammlung unter den Zelten, am Sonntag den 2. April, war von mehreren Tausend Menschen besucht, und von dem heitersten Wetter begünstigt. — Dr. Schaßler, Präsident, liest den Entwurf des neuen Wahlgesetzes und die königlichen Propositionen vor, dankt dann im Namen der Versammlung für dieselben und verspricht, der Regierung wie dem Volke selbst, stets zu sagen, was dem Volke Noth thue. — Dr. Voigtländer: Heute um 6 Uhr wird im constitutionellen Club eine Wahlakte beantragt werden, nach der die Regierung die Wahlen leiten solle. Geht der Antrag durch, so warne ich Sie vor solchen Männern, die den Mantel nach dem Winde zu drehen wissen. Ich will Ihnen ein Beispiel erzählen: Einige Prediger waren früher ganz fromm und kriechend. Am 18ten Morgens sprachen sie schon freisinnig, Abends sagten sie an den Barrikaden: es wäre gut, wenn Preußen eine Republik würde, und jetzt sind sie wieder constitutionell. — Monecke, Student, spricht gegen das Wahlgesetz: er möchte lieber 21 Jahre als Alter für die Wähler und 24 für die Deputirten haben, auch die in Dienstverhältnissen Befindlichen, ja selbst die Almosenempfänger, von dem letzten politischen Rechte nicht ausgeschlossen sehen. — Schaßler erklärt sich gegen den Vorigen. Das Wahlgesetz sei ein guter Anfang. Nur die in unmittelbaren Dienstverhältnissen Stehenden müßten noch mit zu wählen haben. — Baader: Die Königlichen Propositionen sind im Ganzen nicht allein gut, sondern sehr gut. Im Einzelnen bleibt jedoch Folgendes zu wünschen: das Wahlrecht für die Dienstboten; die Jahre 21 und 24, statt 24 und 30. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Amerika gelten die ersteren; ferner die Erlaubniß für Volksversammlungen im Freien; friedlich und ohne Waffen müssen wir uns überall versammeln können. Unsere Vertreter müssen nicht blos das Steuerbewilligungs-, sondern auch das Steuerverweigerungs-Recht haben. Und damit das Alles, was wir nun erhalten werden, uns für immer bleibe, muß jeder freie Mann eine Waffe zu tragen berechtigt sein. — Hr. Rau spricht „vom theologischen Standpunkte" (großer Lärm; der Redner tritt ab). — Hr. Löwinson ist der Meinung, wenn das Wahl-

gesetz noch nicht vollkommen sei, so könne es ja in ein paar Jahren wieder abgeändert werden (großer Lärm; Löwinson tritt ab). — Monecke: Ich bin kein Theologe, ich glaube auch weder an Gott, noch an den Teufel. (Großer Lärm. Auf der einen Seite Bravo! auf der andern Zischen.) Der Redner beantragt hierauf eine Adresse an den Landtag um directe Urwahlen. — Schlöffel ist ebenfalls gegen mehrere Punkte des Wahlgesetzes. — Krause: Ich spreche im Namen der gesammten Fabrikarbeiter; die sind in dem Wahlgesetz nicht vertreten. Ich will, daß jeder majorenne Mann, gleichviel ob Bettler oder Fürst, muß wahlberechtigt werden. Sehen Sie sich die Todtenlisten an, meine Herren! die Arbeiter haben den Sieg davon getragen. Jetzt will man sie wieder verstoßen. O, ich möchte Thränen weinen! Es ist ja ganz gleich, ob Besitzende oder Nichtbesitzende, sie sind ja alle Menschen. Wir werden ja auch nur Solche wählen, die uns zu vertreten im Stande sind. Man hat kein Vertrauen zu uns, man hat uns keine Waffen gegeben. . . In Bezug auf das Wahlgesetz meine ich: von vorn herein muß das Werk gut angefangen werden, damit es nicht wieder zusammenstürze. (Ungeheueres Bravo! Viele drängen sich heran und drücken dem Redner die Hand.) — Schaßler beantragt eine Deputation an das Ministerium oder den Landtag mit einer Protestation gegen die angeregten Punkte des Wahlgesetzes. — Schlöffel ist gegen die Deputation. Es sei anzunehmen, daß der König gewußt habe, das Wahlgesetz werde den Arbeitern nicht gefallen. Er werde also auch auf die Deputation nichts geben. „Ich bin dagegen, daß wir auf das Schloß laufen und absitzen." — Hirsch: Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme, deshalb muß sie gehört werden. Ich beantrage keinen Protest, sondern eine Petition an den Landtag mit Anführung der Punkte, die abgeändert werden sollen.

Hierauf wird ein Comité zur Abfassung der Adresse ernannt, bestehend aus den Herren Krause, Siegrist, Engling Schmiedegesell, Winkler Buchdrucker, Schlöffel, Monecke und Hirsch Kaufmannsdiener. Das Comité begiebt sich sofort in eines der Zelte an die Arbeit.

Schaßler hält in der Zwischenzeit einen Vortrag über die Anordnung der Volksversammlungen und giebt dann das Wort Hrn. David. — David: Ich will die Arbeiterfrage einmal von der entgegengesetzten Seite beleuchten. Es wird mehr Arbeitslohn verlangt. Die Maurer verlangen ihn z. B.; gut, er wird zugestanden. Da werden die Gebäude theurer, die Miethen werden theurer, ist das nicht ein Unglück? Wenn alles theurer wird, befinden wir uns in demselben Stande wie heute, dann ist nur der Werth des Geldes verändert. (Großer Lärm. Stimmen: „So ist's nicht richtig!") Schaffen wir die Zölle lieber ab, das ist besser, dadurch können wir mehr Arbeit geben. Zuerst die Zölle, die auf Rohmaterial gelegt werden, zuerst auf Eisen. Die Steuer auf Eisen ist die ungerechteste Steuer. Von jedem Centner müssen jetzt 10 Sgr. gegeben werden, das ist der 6te Theil, denn der Centner kostet 2 Thlr. Die Erhebung dieser Steuer kostet wieder den zwölften Theil der ganzen Steuer. Bedenken Sie also, was wir durch die Aufhebung derselben ersparen. Wie viel Eisen braucht nicht der Maurer, ich weiß es nicht genau, aber auf jeden Kopf kommen 16 Pfd. Eisen, wie im Zollverein ausgerechnet ist. — Michaelis: Der Redner bewegt sich geschickt in Zahlen, aber ihm fehlt der gesunde Sinn. Er will die Zölle abschaffen und den Lohn nicht erhöhen, dann fällt ja der Gewinn wieder nur dem Arbeitgeber zu. Die Zölle werden fallen, aber sie sind nicht die Hauptwurzel des Uebels. Denken Sie sich einen Maurer: der muß 14 Stunden arbeiten, 4 Stunden zur Arbeit hin und hergehen, er hat nur 5 Stunden Schlaf. Ist das nicht unnatürlich? Was hat die Miethen theuer gemacht? Der Wuchergeist der Wirthe. Der Maurer ist jetzt ein Thier, er muß wieder Mensch werden. Lohnerhöhung wollen zumeist nur Die, die nur ein viertel oder ein halb Jahr Arbeit haben. Wir Uebrigen wollen zunächst Arbeit. Aber die müssen wir haben; dafür leben wir in einem Staate, daß er unsere Existenz sicher stellt. Eine Organisation der Arbeit, das ist die Hauptsache. Mögen auch sehr viele Philister dagegen geschrieben haben, mögen sie auch Einzelne von uns fortfahren zu verdächtigen, wie sie es thun, das hilft ihnen Alles nichts. Die Organisation der Arbeit wird erlangt werden, wir werden darauf bestehen. — Martens: Arme Familien wohnen in ungesunden Dach- und Kellerstuben, während eine große Menge Wohnungen leer stehen. Viele leiden unter dem Wucher der Aftermiether, Viele müssen sich blos für den Miethzins abarbeiten, so daß sie an den Lebensunterhalt, an's Brot, kaum denken können. Ich beantrage daher eine Comité zur Controlle und Abschätzung des Miethzinses. Ferner hat man jetzt mehrere neue Kasernen gebaut, möchte man doch für die Armen auch solche Häuser bauen, damit sie wenigstens wohnen können. — Schaßler: Es mögen schriftliche Anträge, den Miethzins betreffend, dem Comité übergeben werden. — Korn, Handlungsdiener: Die Hauptsache liegt darin, daß die Lebensmittel billig werden. Die werden es aber nicht, so lange der Staat seine Domainen nur an Begünstigte verpach-

tet. Diese verkaufen so hoch als möglich, stecken das Geld ein und sind die wahren Wucherer. Voriges Jahr, als die Kartoffeln so theuer waren, sind viele Tausend Wispel verfault, weil die Wucherer glaubten, noch mehr dafür zu bekommen, wenn sie sie zurückhielten. Auch sind zu viel Branntweinbrennereien; die mögen noch höher besteuert werden als bisher, aber von dem Fleische nehme man die Steuer. Wenn der Staat seine Domainen in kleinen Parcellen verpachtete, würde der Acker mit weit mehr Fleiß bearbeitet werden. Gesunde Lebensmittel, das ist die Hauptsache; der Lohn braucht gar nicht erhöht zu werden, außer für die Maurer, die nur einen Theil des Jahres arbeiten. Für die Schmiede muß die Zeit etwas verkürzt werden. Für alle Uebrigen genügt es, daß die Lebensmittel gut und billig werden und dies geschieht eben durch die bessere Verwaltung der Domainen. Damit erhöht sich der Arbeitslohn von selbst.

Der Redner wird durch das mit der Adresse zurückkehrende Comité unterbrochen. Die Versammlung nimmt die Adresse einstimmig an und entscheidet sich ebenfalls für den Druck derselben.

Die von der Versammlung angenommene Adresse wurde durch Eckenanschläge bekannt gemacht. Sie lautete:

Urtheil des Volksvereins über die neuen Gesetz-Entwürfe

Majestät! Wir glauben, daß dem Volke mehr gebührt, als ihm in dem Entwurfe zu einem Wahlgesetze gegeben ist. Wir wollten Urwahlen haben: wir haben sie nur beschränkt erhalten, weil Derjenige, der durch den Fluch der Gesellschaft zum Dienen oder zum Almosenempfangen verdammt ist, von der Wahlfähigkeit ausgeschlossen ist. Wir wollten directe Urwahlen haben: wir sehen zwischen uns und unsere Vertreter die Wahlmänner gedrängt; wir wollen endlich mit der Großjährigkeit das Alter eingetreten wissen, was zur Vertretung unserer Interessen befähigt. Wir hofften, die Großjährigkeit würde künftig mit dem 21. Jahre eintreten; unsere Wünsche sind auch hierin getäuscht. — Wir schlagen vor: 1) der Dienende und Almosenempfänger soll nicht ausgeschlossen sein von den politischen Rechten, von der Wählbarkeit und Wahlfähigkeit. 2) Die Urwähler sollen ihre Vertreter selbst und ohne Wahlmänner wählen. 3) Jeder 21jährige Mann sei Wähler, jeder 24jährige wählbar. 4) Wir haben diese Adresse in der Versammlung des Volksvereins berathen, und hoffen, daß das Recht, was durch den Gesetzentwurf beschränkt ist, nämlich: sich auch unter freiem Himmel, ohne Waffen, aber zahlreich zu versammeln, uns künftig unbedingt zu Theil werde.

Majestät! Wir haben uns als Männer gezeigt, wir haben im Kampfe für die Freiheit die Waffen zu führen gewußt, wir glauben uns dadurch das Recht erworben zu haben, sie auch zum Schutz und zur Gewähr derselben fortan tragen zu dürfen.

Im Auftrage des Volksvereins unter den Zelten:
Krause, Schlosser. Siegrist, Arbeiter. G. A. Schlöffel, Student. Monecke, Student. Hirsch, Kaufmann. Engeling, Schmidt.

Zugleich mit der Annahme dieser Adresse hatte die Versammlung den Beschluß gefaßt, den Protest durch eine Deputation dem Ministerpräsidenten überreichen zu lassen. „Am 3. April, Nachmittags 6 Uhr (lautet der Bericht hierüber) begab sich die Deputation zu Hrn. Camphausen, der sie mit großer Freundlichkeit empfing, und nachdem er die Adresse gelesen, erwiderte, er werde dieselbe im Ministerrathe zur Berathung vorlegen. Auch in diesen Punkten solle die weiteste Berücksichtigung stattfinden. Nur wolle er bemerken, daß ihm das Abhängigkeitsverhältniß, in welchem die Dienstboten und diejenigen Arbeiter, Gesellen ꝛc. ständen, welche beim Herrn oder Meister in Wohnung oder Kost sind, ein Hinderniß gegen die Wahlbefugniß zu enthalten scheine."

Den politischen Club beschäftigte das Wahlgesetz in den Sitzungen vom 4. und 5. April. „Allgemein erklärte man sich gegen das System der Doppelwahl als ein betrügliches, indem es der Intrigue das an Macht gebe, was es dem wahren Volksgeiste nehme. Ebenso gegen die Ausschließung der

Almosenempfänger und Dienstboten, welche als eine schwere Verletzung der Humanität, ohne allen politischen Zweck und Vortheil, anerkannt wurde." Die Resultate der Debatten, die schließlich auch die Angelenheit der Steuern oder neuen Anleihen betrafen, wurden in einem Proteste zusammengestellt, der alsbald durch den Druck, in Eckenanschlägen *), veröffentlicht, folgendermaßen lautete:

Der politische Club protestirt gegen das vorgeschlagene Wahlgesetz im Namen des Volkes, welches man in den Dienstboten und Almosenempfängern zum Theil wieder für unwürdig erklärt hat, ein Recht auszuüben, welches jeder Mensch von Natur aus schon dadurch haben muß, daß er einem Staate angehört; — ein Recht, welches mit dem Menschen geboren, von der Großjährigkeit an ausgeübt, und nur im Tode oder durch entehrenden Richterspruch verloren werden muß. Er protestirt insbesondere dagegen, daß das Volk nicht direct seine Abgeordneten selbst wähle, indem durch die Dazwischenschiebung der Wahlmänner es nur fest geschlossenen, weit verzweigten Parteien gelingen kann ihre Candidaten durchzusetzen, und somit der Intrigue Gelegenheit gegeben ist, den Volkswillen abermals zu verdunkeln. —

Er protestirt gegen die Bestimmung, daß der Abgeordnete an Instructionen und Vorschriften seiner Wähler nicht gebunden sein solle, indem bei einem allgemeinen Wahlrecht der einzelne Deputirte nichts Anderes sein soll, als der verantwortliche Beamte und Vertreter Derjenigen, die ihn mit ihrem Vertrauen beehrt haben. Das Volk braucht keine Vormünder mehr, sondern höchstens einen Mund, der das ausspricht, was man ihm aufgetragen hat.

Er protestirt ferner gegen Hinausschiebung der Mündigkeit auf das 24ste Jahr; mit 21 Jahren ist der Mensch selbstständig genug, um wählen zu können; nur der Soldat bleibt so lange ausgeschlossen, bis er auf die Constitution vereidet ist.

Zum Schluß protestirt der Club gegen jeden ferneren Beschluß des Landtags in Bezug auf die neue Verfassung oder gar zur Ermächtigung neuer Steuern oder neuer Anleihen. Mögen die Minister dies auf ihre Verantwortlichkeit selbst unternehmen, wenn sie es für nothwendig halten.

Der Landtag kann nun und nimmer competent sein, sie ihrer Verantwortlichkeit zu entheben.

Der politische Club.

Im constitutionellen Club kam das Wahlgesetz am 5. April zur Berathung. Der Bericht über die Sitzung erwähnt, „da sich die Versammlung am Schluß für die vom Vereinigten Landtage gemachten Modificationen mit großer Majorität erklärt", mit Uebergehung der einzelnen Redner, nur eines Vortrages ausführlicher, der unter dem Beifall der Versammlung das allgemeine Wahlrecht Aller vertheidigte. Hr. v. Werther äußerte:

„Wir besitzen viele angeborene Pflichten; so kommen wir mit der Militair- und Steuerpflicht auf die Welt, von Rechten ist uns jedoch nur das angeboren: die preußische Nationalkokarde zu tragen, dessen wir uns erst in dem Augenblicke bewußt werden, wo wir sie zu verlieren in Gefahr stehen. Das Wahlrecht kann von jetzt an ein angeborenes politisches Recht werden; entreißen wir es nicht den Armen, den Almosenempfängern, werfen wir sie dadurch nicht in eine Klasse mit dem Verbrechen. Wir würden aber, wenn das Ganze des Staates darunter leiden sollte, um des allgemeinen Wohles willen uns für diese Rechtsentziehung entscheiden müssen. Leidet aber das Ganze? sind die Armen das, weshalb man sie doch wohl nur auszuschließen trachtete, sind sie denn wirklich destructiv? Nein, sie sind, da sie ihr Geld vom Staate, von den Behörden der Stadt beziehen, durchaus conservativ. Die Armen sind in dieser Hinsicht in eine Klasse mit den Administrativ-Beamten zu stellen. Auch steckt ein indirecter Census in dieser Bestimmung: — ein Vorwurf, den man einer ähnlichen englischen Gesetzes-Bestimmung gemacht hat. O'Connell erzählt die Geschichte eines Mannes in Irland, der einen Esel besaß und mit Hülfe desselben ein Geschäft betrieb, das ihn ernährte. Der Esel starb, der Mann ward brotlos, Almosenempfänger und verlor sein Wahlrecht. Wer, fragte O'Connell, hatte nun das Wahlrecht besessen, der Esel oder der Mann? — Kein Ausschluß der Armen vom Wahlrecht!"

*) Diese enthielten die Ueberschriften: „National-Eigenthum. Wer diesen Zettel abreißt, begeht an der Nation das Verbrechen des Diebstahls und der Censur."

Der Landtag erledigte in seiner dritten Sitzung, am 5. April, dasjenige seiner Geschäfte, zu welchem er hauptsächlich und nach der allgemein geltenden Ansicht ausschließlich berufen worden*) — die Berathung des „Wahlgesetzes für die zur Vereinbarung der preußischen Verfassung zu berufende Versammlung." Der Debatte vorauf gingen Erklärungen der Minister des Innern, der Finanzen und des Krieges als Beantwortungen von Interpellationen, welche theils in einer Tags zuvor schriftlich überreichten Eingabe, theils in mündlichen Anfragen einiger Abgeordneten während der Sitzung selbst an das Ministerium gerichtet waren. Jene Eingabe einiger Abgeordneten enthielt die Fragen: „ob die Provinzialbehörden über den gegenwärtigen Zustand des Landes vollständig einberichtet, ob sie die geeigneten Mittel zur Abhülfe begehrt haben, und ob über die Gewährung dieser Mittel bereits Beschlüsse und welche gefaßt worden sind?" Beruhigende Aufschlüsse über Das, was bereits geschehen und was von der Regierung beabsichtigt werde, bildeten den Inhalt der ministeriellen Antworten. „Die Räthe der Krone", fügte Hr. v. Auerswald der seinigen hinzu, „denen der Zustand des Landes, wie sie glauben, vollständig bekannt ist, denen die Stürme der Zeit und des Landes so nahe treten, wie irgend Jemandem, verzagen in dieser Zeit nicht, sie vertrauen dem Sterne Deutschlands und Preußens, d. h. dem gesunden Sinn und Geiste des Volkes und dem Segen des Allmächtigen, sie haben die Ueberzeugung, mit diesem Sinn und Geist und mit diesem Vertrauen, welches ihnen bis jetzt geschenkt ist, Das, was jetzt im Argen liegt, was jetzt umwölkt ist, zu einer besseren, klareren Stellung führen zu können." Hr. Hansemann bemerkte, „daß soviel die Regierung bemüht gewesen ist, Alles aufzubieten, was sie nach den ihr zu Gebote stehenden Mitteln thun konnte, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sie auch ferner thun wird und daß sie als das erste und nothwendigste Mittel zu diesem Zwecke die Aufrechthaltung der Ordnung zugleich mit Aufrechthaltung der Freiheit betrachtet." Der stellvertretende Kriegsminister v. Reyher endlich theilte mit, daß die commandirenden Generale autorisirt seien, über die Linientruppen zu disponiren, daß sie aber auch die Befugniß haben, wo es ihrem Ermessen nach erforderlich schiene, die Landwehr einzuberufen, „um Unruhen zu unterdrücken und Person und Eigenthum zu schützen." An diese Antworten knüpften sich, durch eine Interpellation des Hrn. v. Bismark-Schönhausen veranlaßt, ministerielle Erklärungen über die Absichten der Regierung in Bezug auf das Großherzogthum Posen, die mit dem im vorigen Abschnitte mitgetheilten Grundsätzen des Gouvernements wesentlich übereinstimmend, den Interpellanten zwar vollkommen befriedigten, den polnischen Abgeordneten jedoch ge-

*) Im Eingange zur königl. Proposition vom 4. April, die neuen Steuern oder Anleihen betreffend, heißt es: „Wenn gleich bei Berufung Unserer getreuen Stände Unser Wunsch und Unsere Absicht dahin gegangen ist, denenselben hauptsächlich nur das Wahlgesetz für die nächstzusammenkommende Volks-Vertretung vorzutragen u. s. w."

eignet schienen, im Interesse ihrer Nationalität Beschwerden zu erheben und so diese Frage weiteren Erörterungen offen zu erhalten. Die Versammlung wollte diese Erörterungen nicht und ging zur Tagesordnung, der Berathung des Wahlgesetzes, über. — Unter allen Bestimmungen des Entwurfes veranlaßten allein diejenigen über die Berechtigung zu wählen und gewählt zu werden längere Discussionen. Als Gegner des ganzen Gesetzes trat auch hier wieder Hr. v. Thadden auf; er protestirte gegen jedes neue Wahlgesetz, welches das Princip der zwei Kammern und die Gliederung der drei Stände verlasse, und erklärt seine Unfähigkeit, „ein Grundprincip anzuerkennen, nach welchem etwa auf 10,000 Pfund Menschenfleisch (inclusive Menschenknochen) ein Wähler kommt und vielleicht 40,000 Centner eben dergleichen einen Abgeordneten stellen." Die Modificationen, welche die Versammlung nach den Vorschlägen der Commission beschloß, entsprachen zum Theil den Bestimmungen, die in den mitgetheilten Protesten gegen den Gesetzentwurf gefordert waren. Während jedoch der Wegfall der im Entwurfe enthaltenen Beschränkungen des Wahlrechtes bei solchen Personen, die „ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost beziehen"*), beschlossen wurde, fand der Antrag, dieselbe Beschränkung auch für Diejenigen aufzuheben, welche aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung beziehen, keine Unterstützung; während ferner die im Entwurfe vorgeschriebene Bedingung des 30. Lebensjahres für die zu Abgeordneten wählbaren Personen lebhaft bekämpft und vertheidigt wurde — der Bürgermeister Zimmermann aus Spandau vertheidigte eifrig, doch ohne Erfolg, das 24. Lebensjahr als Norm auch in Beziehung auf die Wählbarkeit — blieb die Frage über directe oder indirecte Wahl fast ganz unberücksichtigt, wurden die Wahlen durch Wahlmänner ohne irgend ein Bedenken angenommen. Die Abstimmungen ergaben auch bei diesen Verhandlungen das Resultat fast einstimmiger Beschlußfassungen; nur einmal war die Majorität zweifelhaft, als nämlich der Antrag, welcher statt der Bestimmung des Entwurfes, daß der Urwähler „seit Jahresfrist" in der Gemeinde wohnen müsse, „seit sechs Monaten" gesetzt wissen wollte, zur Abstimmung gebracht wurde; die Zählung der Stimmen ergab unter 503 Votanten 211 für den Antrag. — Ueber die Befugnisse der „zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung zu berufenden Ver-

*) Seiner Protestation gegen das Wahlgesetz fügte Hr. v. Thadden die Erklärung hinzu, daß er „relativ" den Modificationen beistimmen würde, „die der dienenden und arbeitenden Klasse zu ihrem Rechte verhelfen", und besonders auch dem beitreten, „was unseren Armen das vollste Stimmrecht gewährt." — Graf Arnim bemerkte in Bezug auf die Zulassung der Dienstboten 2c. später: „Daß der Landtags-Commissar (Hr. Camphausen) in seinem Verlangen, die Dienstboten von diesen Wahlen auszuschließen, von der Partei des Grafen v. Arnim nicht unterstützt wurde, lag sehr einfach darin, daß fast alle Mitglieder dieser Partei und viele conservative und praktische Mitglieder anderer Parteien darüber außer Zweifel waren, daß gerade die Dienstboten ein sehr conservatives Element in den unteren Klassen bilden würden, eine Ansicht, welche die Erfahrung vollkommen bestätigt hat." (S. Beil. zur „Deutschen Reform" 1849 v. 9. Dezemb.)

sammlung" hatte der Wahlgesetzentwurf keine anderen als die in dieser Ueberschrift angedeuteten Bestimmungen enthalten. Der Commission zur Begutachtung des Entwurfes war es jedoch als „unbedingt erforderlich" erschienen, „daß es in der Uebergangsperiode vom Schlusse dieses zweiten Verein. Landtages bis zur Versammlung der nach der künftigen Verfassung neu zu bildenden Organe des Landes nicht an einem gesetzmäßigen Körper fehle, welcher die seitherigen Befugnisse des Verein. Landtages, namentlich Bewilligung von Staats-Anleihen und Zustimmung zu Veränderungen in der Steuer-Gesetzgebung auszuüben berufen ist." Der Verein. Landtag — heißt es darüber im Gutachten — würde die Rechte der Staatsgläubiger beeinträchtigen, den Staatscredit gefährden, vor Allem aber die Rechte des Volks, „deren Wahrung ihm zur Zeit noch anvertraut ist", preisgeben, wenn er diese Frage ungelöst ließe „und so der Krone die unermeßliche Verlegenheit bereiten wollte im etwaigen Drange der Umstände den Rechtsboden aufgeben und sich selbst Befugnisse beilegen zu müssen, die sie verfassungsmäßig nicht besitzt." Zur Beseitigung dieser Schwierigkeit hatte die Commission den Vorschlag gemacht, eine transitorische Bestimmung zu erlassen, derzufolge die Verfassungs-Versammlung dazu berufen sei, „die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben." Graf Arnim-Boytzenburg theilte später mit („Die Verheißungen des 22. März rc." S. 43), daß er nicht umhin gekonnt habe, in der Abtheilung, die das Wahlgesetz berathen und deren Vorsitzender er gewesen, auf die „unberechenbaren" Folgen des „völligen Vacuums" hinzuweisen, das durch die Aufhebung der „bisherigen Volks-Vertretung" vor dem Eintritte der erst zu vereinbarenden entstehe. Die Festsetzung der vorhin erwähnten Bestimmung sei die Folge davon gewesen. — Das Ministerium erklärte sich mit dem Inhalte dieses transitorischen Artikels einverstanden; der Landtag nahm ihn ohne Berathung „beinahe einstimmig" an. — Das Wahlgesetz, nebst dem dazu gehörigen Wahl-Reglement, wurden am 8. April veröffentlicht. *)

*) Das Wahlgesetz enthielt folgende Bestimmungen:
§. 1. Jeder Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht. — §. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmanns berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angränzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Behörden in der Art zu begränzen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. — Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeindeverbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt-

Zur Vollziehung der Wahlen von Repräsentanten für eine deutsche Nationalversammlung waren die einzelnen provinzialständischen Körperschaften vor dem Schlusse der dritten Landtagssitzung aufgefordert worden, sich am nächsten Tage, dem 6. April, in den verschiedenen Localen zu versammeln. (Den Abgeordneten für Brandenburg war das Ständehaus dieser Provinz, jedem der übrigen Provinziallandtage ein besonderer Raum in dem Schlosse zum Versammlungsorte angewiesen.) Noch vor dem Schlusse der dritten Sitzung wurde Widerspruch gegen die Competenz der Versammlung zur Vornahme jener Wahlen erhoben. „Nach meinem und dem Dafürhalten meiner Committenten", erklärte Hr. Bornemann aus Liegnitz, „beschränkt sich unsere Arbeit nur auf das provisorische Wahlgesetz; alle übrigen Vorlagen müssen den künftigen Vertretern vorbehalten bleiben." Die Herren Offermann und Zimmermann aus Spandau traten dieser Erklärung bei. Der Ministerpräsident bemerkte, daß der Landtag ohne eine ähnliche Erklärung auf die Berathung der Propositionen eingegangen sei, die ihm Namens Sr. Majestät vorgelegt worden. „Heute", fügt er hinzu, „besteht noch die Verfassung, und so lange sie besteht, ist die Erklärung eines Einzelnen nicht im Stande, sie aufzuheben." Die Versammlung schenkte diesen Worten „lebhaften Beifall". — Am folgenden Tage fanden gleichzeitig

oder Landgemeinde zugewiesen. — §. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist. — §. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. — §. 5. Jeder Preuße, der das 30ste Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1.), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar. — §. 6. Für jeden landräthlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzig Tausend Seelen, so werden Zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von vierzig Tausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen Drei, für hundertvierzig Tausend Seelen Vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden. — §. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung. — §. 8. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Collegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. — Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staatsministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§. 12.) feststellen. — Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters, geleitet. — §. 9. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugränzen haben. — §. 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instructionen nicht gebunden. — §. 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung. — §. 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. — §. 13. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staats-Verfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

die acht Versammlungen der Landtage statt. Das Propositions-Decret vom 3. April hatte „für den Fall, daß die Provinzen Preußen und Posen in Folge des königl. Patents vom 18. März den Wunsch aussprechen sollten, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden", an die Abgeordneten dieser beiden Provinzen die Aufforderung gerichtet, auch ihrerseits Repräsentanten zu wählen. Jenen Wunsch sprachen die Provinzialstände des Königreichs Preußen in einer Eingabe vom 3. April aus: „Das Königreich Preußen ist deutsch und will deutsch bleiben. In dieser Gesinnung halten es die gesetzmäßigen Vertreter der Provinz Preußen für unerläßliche Pflicht Ew. K. Maj. unterthänigst zu bitten, die Aufnahme der Provinz in ihren gegenwärtigen Gränzen ganz und ohne irgend eine Schmälerung in den deutschen Bund zu veranlassen." Die Frage über die Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund wurde in der Versammlung der Provinzialstände dieser Provinz am 6. April zur Abstimmung gebracht. Eine Majorität von 26 gegen 17 Stimmen erklärte sich gegen die Einverleibung und die Wahl von Vertretern bei der deutschen Nationalversammlung war durch diese Abstimmung abgelehnt. Die Abgeordneten der Minorität, als Vertreter der von Deutschen bewohnten Theile der Provinz, glaubten jedoch „bei ihrem der Majorität ganz entgegengesetzten Interesse durch die Beschlußnahme derselben nicht gebunden sein zu können, um so weniger, als dieser Beschluß nach Lage der provinzialständischen Gesetzgebung deshalb kein entscheidender sein könne, weil er nicht zwei Drittel der Stimmen erhalten habe." Sie vereinigten sich darauf am nächsten Tage „zu einem die deutsche Bevölkerung und die deutschen Interessen vertretenden besonderen Convente", erklärten den gestern gefaßten Beschluß zwar „als den Ausdruck eines nationalen Gefühles achten zu müssen", ihn jedoch „nach der Natur der Sache nur für den von einer überwiegend polnischen Bevölkerung bewohnten Theil der Provinz maßgebend" halten zu können, und beschlossen, „in Gemäßheit des auf authentische Weise feststehenden Wunsches ihrer Committenten, mit dem deutschen Gebietsgürtel der Provinz dem deutschen Bunde beizutreten", nach dem Verhältnisse der Bevölkerung dieses Gebietstheils die Wahlen zur deutschen Nationalvertretung sogleich vorzunehmen. Die deutsche Bundesversammlung, auf deren Beschluß vom 30. März sich die Aufforderung der preuß. Regierung stützte, hatte einen provisorischen Vertretungs-Maßstab festgesetzt, nach welchem auf je 70,000 Einwohner ein Abgeordneter zur deutschen Nationalvertretung gewählt würde. Demzufolge hatten die Provinz Brandenburg 19, Pommern 11, Schlesien 28, Sachsen 16, Westfalen 14, die Rheinprovinz 25, Preußen 23 und Posen 12 Abgeordnete zu wählen. Diese Wahlen sollten, nach den Propositions-Decrete, von den einzelnen Provinzen abgesondert, vermittelst absoluter Stimmenmehrheit vollzogen und nur auf Bewohner der betreffenden Provinzen gerichtet, „im übrigen den getreuen Ständen dabei keinerlei Beschränkungen auferlegt und auch das Wahlverfahren selbst ihrem eigenen Interesse überlassen".

werden. Die Wahlakte wurden unter Leitung der Landtags-Marschälle oder deren Stellvertreter in verschiedenen Formen vollzogen. Während von einigen Versammlungen der Abstimmung Candidatenlisten zu Grunde gelegt wurden, nach der Maßgabe, daß nur den in der Liste aufgestellten Candidaten Stimmen gegeben würden, nahmen andere die Wahlen durch Stimmzettel vor, welche die einzelnen Abgeordneten, an eine vorher bestimmte Wahlliste nicht gebunden, frei abgaben. Einige ließen die Theilnahme der Mitglieder des Herrenstandes an den Wahlen zu, während die schlesischen Stände mit Rücksicht darauf, daß das königl. Decret sich nur an die getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden wende, den Mitgliedern der Herrenkurie jene Theilnahme direct versagte. Protestationen gegen die Wahlen überhaupt wurden von einigen Abgeordneten nur in den Versammlungen der preußischen und der sächsischen Provinzialstände erhoben; in der ersteren erklärten die Abgeordneten v. Donimierski, v. Kossowski, v. Kalkstein und v. Rautenberg, daß sie „nach den bestehenden Gesetzen vom 5. Juni 1823 und 3. Febr. 1847 nur berechtigt, über innere Angelegenheiten den Beirath zu ertheilen, überhaupt nur Vertreter und Wahrer ständischer Rechte", sich nicht für competent hielten an den Wahlen theilzunehmen, daß vielmehr diese für alle Bewohner der Provinz gleich wichtige Handlung nur von den wirklichen Volksvertretern ausgeübt werden müßte; in der letzteren entzogen sich die Abgeordneten Giesler und Lorenz aus denselben Gründen der Theilnahme an den Wahlen. Andere Verwahrungen, von einzelnen Mitgliedern der brandenburger, schlesischen und sächsischen Stände zu Protokoll gegeben, wollten die vorzunehmenden Wahlen nur als interimistische anerkennen, die zu bestätigen oder zu verwerfen der nächsten Volksvertretung vorbehalten bliebe. (Nach dem königl. Decrete sollte, wenn die preußische Nationalversammlung früher als deutsche National-Repräsentation zusammentreten würde, mit jener „über eine den veränderten Verhältnissen angemessene Vertretung Preußens bei der deutschen National-Repräsentation eine Vereinbarung" getroffen werden.) Die Abgeordneten der Provinz Brandenburg erklärten übereinstimmend, „daß Männer zu wählen seien, die ein wahres Vertrauen besitzen und deren bekannte Gesinnungstüchtigkeit die kräftigste Unterstützung des großen Werkes ebenso, als eine befriedigende Lösung der schwierigen und höchst wichtigen Aufgabe erwarten lasse", und die Versammlung der sächsischen Stände trat dem Antrage des Bürgermeisters Schneider vollständig bei, „vorzüglich Männer zu berücksichtigen, welche die constitutionelle, mit freien Institutionen umgebene Monarchie festzuhalten und zu kräftigen entschlossen seien." Alle Versammlungen wählten übrigens außer der bestimmten Zahl von Abgeordneten auch noch eine Anzahl von Stellvertretern. Von den Ständen der Rheinprovinz wurden die Minister Camphausen und Hansemann durch Acclamation zu Abgeordneten ernannt, während die Versammlung der preußischen Stände einstimmig erklärte, „daß sie jedenfalls den Minister des Inneren, Hrn. v. Auers-

wald, gewählt haben würde, wenn nicht die Rücksicht auf seine jetzige Unentbehrlichkeit in seinem hohen Amte dies verboten hätte.“ Die von den Ständen Brandenburgs gewählten 19 Vertreter gehörten zum größten Theile Berlin an; die meisten Stimmen (16 gegen 4) hatte der Geh. Justizrath Bischoff erhalten, ihm folgten der Reihe nach: Alexander v. Humboldt, der Präsident v. Patow, der Professor F. v. Raumer, der Präsident Lette, Geh. Revisionsrath Jonas, Generallieut. v. Selasinsky, Stadtsyndicus Moewes, Präsident v. Grolman, Stadtverordnete Desaranne, Professor Gneist, Geh. Ob.-Revis.-Rath Heffter, Prediger Sydow, Staatssecretair u. Präsident Bode, Stadtrath Nobiling. Zu deren Stellvertretern waren gewählt: der Professor Dove, Professor Keller, Justizrath Crelinger, Assessor Wollny, Obertribunalsrath Homeyer, Professor Stahl. Unter den in der Minorität gebliebenen Candidaten befanden sich der Stadtrath Veit, Director Diesterweg, Dr. Nauwerck und Dr. K. Gutzkow.

Was für die preußische Regierung bei der Anordnung dieses Wahlgeschäfts maßgebend war, der Beschluß der Bundesversammlung vom 30. März, hatte jedoch für diese Versammlung selbst eine Woche später, nachdem sie ihn gefaßt, aufgehört, maßgebend zu sein. Sie, die im Gefühle ihrer vollkommenen Schwäche, mißtrauisch gegen sich selbst, ihrer Haltlosigkeit sich bewußt, in den ersten Tagen des März den deutschen Regierungen gegenüber ihre „Ueberzeugung“ ausgesprochen, „daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Basis nothwendig sei“, daß aber diese Revision nicht mit Erfolg vorgenommen werden könne, wenn ihr nicht von den deutschen Regierungen unverzüglich „Männer, die das allgemeine Vertrauen genießen“, zum Beirath gegeben würden, die dann, nachdem die Regierung die Männer des „allgemeinen Vertrauens“ (die preußische in Dahlmann, die würtembergische in Uhland, die kurhessische in Jordan, die sächsische in Todt u. s. w.) nach Frankfurt abgeordnet, diese mit der Aufstellung des Entwurfs einer neuen Bundesverfassung beauftragt hatte, um ihn einer aus allen Bundesstaaten gewählten constituirenden Volksversammlung zur Annahme vorzulegen, die endlich (30. März) die Regierungen zur Betreibung der Wahlen für die constituirende Versammlung aufgefordert — sie war jetzt genöthigt, Beschlüsse auszuführen von Versammlungen, welche, von keiner Regierung berufen, sich in ihrer unmittelbaren Nähe constituirt hatten, und deren Mitglieder, Vertrauensmänner theils von Landes- und Gemeinde-Vertretungen, theils von größeren Bezirken, Gemeinden und Volksversammlungen, zum Theil selbst Männer des eigenen Vertrauens, der eigenen Wahl, zur „Gründung eines deutschen National-Parlaments“ in Frankfurt zusammengekommen waren. „Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten National-Vertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Na-

tionallebens." So lautete die Erklärung, welche am 5. März von 51 Männern abgegeben wurde, die, fast alle Mitglieder von deutschen Ständekammern, an jenem Tage in Heidelberg zusammengekommen waren, „um in diesem Augenblicke der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen." Sieben Mitglieder (Binding aus Frankfurt, Gagern a. Darmstadt, Itzstein und Welcker a. Baden, Römer a. Würtemberg, Stedtmann a. Rheinpreußen und Willich a. Baiern) wurden beauftragt, „hinsichtlich der Wahl und der Einrichtung einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung einer Versammlung deutscher Männer auf's schleunigste zu besorgen." Am 12. März berief dieser „Siebener-Ausschuß" eine „größere Versammlung der Männer des Vertrauens unseres Volkes", welcher die von ihm entworfenen Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zur weiteren Berathung vorgelegt werden sollten. Alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen („natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen") wurden eingeladen, Donnerstag den 30. März in Frankfurt a. M. zu dieser Berathung sich einzufinden. „Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren", sollte noch besondere Einladungen erhalten. Auf Preußen bezog sich eine am 22. März von den HH. Binding und Jucho „im Namen des vorbereitenden Siebener-Ausschusses" erlassene Bekanntmachung, durch welche, „da wegen des auf den 2. April einberufenen Landtages die Mitglieder der preußischen Stände verhindert sein werden, bei der Versammlung von Deputirten und Volksfreunden sämmtlicher deutscher Staaten mit zu erscheinen, Preußen aber bei derselben nicht unvertreten bleiben dürfe", sämmtliche preußische Stadtverordneten-Versammlungen aufgefordert werden, „durch aus ihrer Mitte in entsprechender Anzahl gewählte Vertreter die frankfurter Versammlung zu beschicken." Mehr als 500 Personen, aus allen deutschen Ländern, besonders zahlreich jedoch aus Süddeutschland, die in Folge jener ersten Einladung — der „Aufforderung deutscher Patrioten" wie die Bundesversammlung sie bezeichnete — in Frankfurt erschienen waren, bildeten die „Versammlung zur Vorbereitung der deutschen constituirenden Nationalversammlung", gewöhnlich das „Vorparlament" genannt. Eine große Anzahl von Beschlüssen und Erklärungen war das Resultat ihrer vom 31. März bis zum 4. April in der Paulskirche abgehaltenen Sitzungen. Die Versammlung erklärte, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden constituirenden Versammlung zu überlassen, sie erkannte die heilige Pflicht des deutschen Volkes zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken und sprach dabei den Wunsch aus, daß die deutschen Regierungen den in ihr Vaterland rückkehrenden Polen freien Durchzug ohne Waffen gewähren mögen; sie stellte im voraus die Grund-

rechte und Forderungen des deutschen Volkes fest, und empfahl sie dem constituirenden Parlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung; sie verlangte, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines constituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schooße entferne, welche zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. Sie beschloß, daß Schleswig, staatlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen und in dem Parlamente gleich jedem andern deutschen Bundesstaate zu vertreten, daß Ost- und Westpreußen auf gleiche Weise in den deutschen Bund aufzunehmen sei, daß auf je 50,000 Seelen ein Vertreter zur deutschen constituirenden Versammlung gewählt werde, daß jeder volljährige und selbstständige Staatsangehörige wahlberechtigt und wählbar, daß der zu wählende Abgeordnete nicht dem Staate, den er vertreten solle, anzugehören brauche, daß die nach Deutschland zurückkehrenden politischen Flüchtlinge wahlberechtigt und wählbar, daß jedem einzelnen Staate überlassen bleibe, auf welche Weise er die Wahl zu ordnen angemessen finde, wobei jedoch von der Versammlung die directe Wahl im Principe für die zweckmäßigste erachtet wurde. Sie stellte endlich als den Ort, in welchem die Nationalversammlung ihre Sitzungen halte, Frankfurt a. M., den 1. Mai als die Zeit für den Zusammentritt der Versammlung fest, und beauftragte den aus ihrer Mitte gewählten „Fünfziger-Ausschuß", der bis zur Eröffnungssitzung des Parlaments in Frankfurt verweilen sollte, die Bundesversammlung einzuladen, mit ihm bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung „in Vernehmen zu treten", und bei eintretender Gefahr des Vaterlandes das Vorparlament sofort wieder einzuberufen. — Die Bundesversammlung beeilte sich, dem „Verlangen" jener durch die „Aufforderung deutscher Patrioten" in's Leben gerufenen Versammlung sogleich nachzukommen und deren Beschlüsse in Bezug auf die Parlaments-Wahlen alsbald zu vollziehen. Bereits in der Sitzung vom 3. April wurde dem Vorparlamente mitgetheilt, daß die Bundesversammlung durch einen am 2. gefaßten Beschluß die „Ausnahmegesetze" als in sämmtlichen Bundesstaaten gänzlich aufgehoben und beseitigt erklärt habe, daß ferner diejenigen Gesandten, welche jenes Verlangen auf sich beziehen zu können glaubten, ihre Entlassung bereits eingereicht haben oder unverzüglich einreichen werden, daß endlich sämmtliche Gesandte ihren Regierungen dringend empfohlen haben, daß die Bundesversammlung auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise unverzüglich gebildet werde. Die neuen Bundesbeschlüsse über die Parlaments-Wahlen, deren Inhalt mit den vom Vorparlamente beschlossenen Punkten vollständig übereinstimmte, wurden am 7. April veröffentlicht. Lag in diesem Beschlusse für Preußen die indirecte Aufforderung zur Annullirung der durch den Landtag vollzogenen Parlaments-Wahlen, so wurde durch einen Beschluß des Fünfziger-Ausschusses die preußische

Regierung direct aufgefordert, „die Wahl der Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung sofort lediglich nach Maßgabe der Beschlüsse des Vorparlaments anzuordnen.“ Der von Hrn. v. Soiron, dem Präsidenten des Fünfziger-Ausschusses, dieser Versammlung in ihrer 4. Sitzung am 7. April vorgelegte Brief, der jene Aufforderung enthielt, sprach sich über die durch das preußische Propositions-Decret vom 3. angeordneten Wahlen durch den Landtag also aus: „Eine aus so gewählten Männern bestehende Nationalversammlung entspricht Deutschlands Wünschen und Bedürfnissen, wie sie hier in den Tagen vom 31. v. M. bis zum 4. d. M. unzweideutig und entschieden ausgesprochen und anerkannt worden, nicht im Entferntesten. Eine solche Versammlung muß nothwendig in sich zerfallen. Die süddeutschen und gewiß auch ein Theil der norddeutschen Staaten senden jedenfalls Männer, die das Volk gewählt hat. Diese werden nie und nimmermehr mit Abgeordneten, welche die Ständekammern zur Nationalversammlung erwählen, sich vereinigen können. Lediglich von Männern des Volkes sind Beschlüsse zu erwarten, die dem Volke genügen; wogegen eine theilweise aus den Ständekammern hervorgegangene Versammlung Deutschland nicht beruhigen, sondern sofort überall Revolution und Anarchie, hervorrufen würde.“ Zugleich mit der erwähnten Anordnung der Wahlen verlangt der Brief, dem Fünfziger-Ausschuß in kürzester Frist mitzutheilen, daß diese Anordnung erlassen sei. „Wird“, so schließt er, „dieser unserer Aufforderung nicht sofort vollständig entsprochen, so bleibt uns nichts Anderes übrig, als die Versammlung, deren Ausschuß wir bilden, ohne allen Verzug wiederum hierher zu berufen. Die unabsehbaren Folgen dieser Maßregel werden diejenigen Regierungen zu vertreten haben, welche sie durch Nichtberücksichtigung des ausgesprochenen Volkswillens hervorrufen.“ Der Ausschuß beschloß die Absendung dieses Briefes an die preußische und die anderen deutschen Regierungen.

Bevor noch diese frankfurter Beschlüsse nach Berlin gelangt waren, hatte hier schon der Widerspruch gegen die dem Landtage übertragenen und von ihm vollzogenen Wahlen einen ziemlich allgemeinen und entschiedenen Ausdruck gefunden; und zwar handelte es sich diesmal nicht sowohl darum, bloße Verwahrungen gegen vollendete Thatsachen einzulegen, sondern vielmehr, diese Verwahrungen wirksam zu machen, durch Hervorrufung neuer Akte die angefeindeten Handlungen vollständig zu beseitigen. Ein specielles Bedenken gegen das Propositions-Decret vom 3. erhob zunächst Hr. v. Daniels in seiner Eigenschaft als Professor der Rechte und als Geheimer Ober-Revisions-Rath. Die Beschränkung, die „wohl unabsichtliche“ Zurücksetzung, welche nach den Bestimmungen des Decretes alle Mitglieder der obersten Landesstellen, der höchsten Gerichtshöfe, der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften treffe, bildete den Inhalt der Beschwerde. Diese Beschränkung sei unvereinbar mit dem Zwecke, eine auf umfassende und gründliche Einsicht der Verhältnisse gegründete

Vertretung zu erhalten. Sie könne, meint Hr. v. Daniels, nur durch den Grundsatz gehoben werden, daß Jeder als Vertreter der Provinz wählbar sei, welcher er in öffentlicher Eigenschaft Dienste leiste. In diesem Sinne gemeinsame Schritte zu thun, fordert der Beschwerdeführer seine Berufsgenossen auf. (Sp. Z. 7. Ap.) Die Voss. Zeit. (8. Ap.) bestreitet dem Landtage „alles formelle Recht, uns Volksvertreter zu bestellen für eine Versammlung, in welcher unsere wiedergeborene Nation in der ganzen Majestät ihrer neu errungenen Einheit hervortreten und die Grundlage ihres ganzen künftigen Daseins feststellen wird." Die Wahlen durch den Landtag seien ein Unrecht, eine Beleidigung für Preußen, „weil dessen ganze Zukunft in Deutschland liege, und weil, wenn es nicht Männer nach Frankfurt sendet, welche unmittelbar aus seinem heutigen politischen Dasein herausgewachsen und durch die Stimme des Volks berufen sind, es all sein Gewicht, alle seine naturgemäße Bedeutung in den deutschen Angelegenheiten verlieren muß." Indem das Ministerium dem Landtage die Wahlen übertragen, habe es einen „Mißgriff" begangen, der die ganze Zukunft Preußens in Gefahr setze. „Senden wir Männer aus der Wahl des überlebten Landtages nach Frankfurt, und berufen wir zugleich eine constituirende Versammlung für Preußen nach Berlin, welche der vollste frischeste Ausdruck unseres heutigen Volksbewußtseins und Volkswillens ist, so bringen wir einen unheilbaren Bruch in die ganze deutsche Bewegung. Auf eine unselige Weise wird dann das öffentliche Interesse zwischen Berlin und Frankfurt gespalten. Das preußische Volk blickt dann nach Berlin, wo es allein sich wahrhaft und lebendig vertreten sieht; es befestigt sich wieder in den Sondertendenzen; das deutsche Parlament, wo es sich nicht wiederfindet, gewinnt nicht das Mitgefühl der Herzen. Süddeutschland dagegen sieht mit Recht den wahren Schwerpunkt der deutschen Angelegenheit in Frankfurt; es schaart sich in begeistertem Aufschwung um diesen Centralheerd, und wenn es Preußen, dessen nationale Gesinnung ihm noch immer nicht ganz unverdächtig ist, lau und gleichgültig sieht, so wendet es sich tief verwundet für lange, wenn nicht für immer von ihm ab." Dies ist, nach der Voss. Zeit., der „wahrhafte Kern" dieser Frage und darum betrachtet sie die jetzige Lösung als einen „so großen staatsmännischen Fehler." — Die Berl. Zeitungshalle stimmt dem bei: „Ein solcher Fehler ist es, ja es ist mehr, es ist eine Versündigung an dem natürlichen Gange der begonnenen Entwickelung, eine Vorenthaltung und Verletzung des vom Volke erworbenen Rechtes auf eigene Kundgebung seines Willens und eine freie Bestimmung dessen, was ihm förderlich sein soll." Dieser Fehler, diese Sünde beginnt freilich für das letztgenannte Blatt, das die Landtagsberufung fortwährend bekämpft, nicht erst mit dem Auftrage, den man dem Landtage gab, Abgeordnete nach Frankfurt zu wählen, „vielmehr schon da, als man ihn zusammentreten ließ, um ihm Berathungsgegenstände vorzulegen, anstatt ihm einfach zu erklären, daß er, als preußische Institution, durch die Ge-

walt der Geschichte vernichtet sei, und ihm selber die Anerkennung dieser vollendeten Thatsache anheimzugeben." (Z.-H. 11. Apr.)

Nachdem in der Sitzung der Stadtverordneten vom 31. März die Absendung eines Deputirten zu dem Vorparlamente in Frankfurt zur Sprache gebracht und eine Deputation zur Berichterstattung ernannt worden war (s. Buch III. Abschn. X.), bildete diese Angelegenheit in Verbindung mit der Frage über die Parlamentswahlen einen Theil der Gegenstände, mit denen die Versammlung sich während der nächsten Woche in ihren täglichen Sitzungen beschäftigte. Den Gang der Verhandlungen stellen folgende Auszüge aus den Sitzungsberichten dar:

In der Sitzung der Stadtverordneten vom 3. April beschwerte sich Hr. Nauwerck darüber, daß bis jetzt die Deputation zur Prüfung der Frage, ob von Seiten der Stadtverordneten eine Deputation zum deutschen Parlament in Frankfurt abzusenden sei, noch nicht zusammengetreten ist. Aus einigen ihm zugegangenen Notizen entnehme er, daß die Beschlüsse jener Versammlung bereits ziemlich weit gediehen und die Berathung wohl nur noch einige wenige Tage dauern werde. Er wisse nicht, ob die jetzt noch etwa abzusendende Deputation zu rechter Zeit kommen dürfte. Dringend wünschenswerth müsse es aber bleiben, daß gerade Berlins Gesinnungen dabei in irgend einer Weise vertreten seien, und sollte die berathende Deputation ebenfalls die Absendung der Deputation nach Frankfurt jetzt schon für zu spät halten, so möchte er doch darauf antragen, daß Berlin wenigstens durch eine abzusendende Adresse sich betheilige. Namentlich sei es wichtig und unumgänglich, daß Berlin unumwunden darin seine Gesinnungen über die königliche Proclamation vom 21. v. Mts., wonach der König sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen wollte, ausspreche. Diese Proclamation habe natürlich nach den hier stattgefundenen Ereignissen eine große Aufregung in Süddeutschland veranlaßt, und er wünsche es deshalb auszusprechen, daß Berlin sich den Maßregeln fügen werde, welche man zum Wohle des deutschen Vaterlandes für heilsam erachte. — Dr. Veit erklärt, daß in der heutigen Zeit es von unerläßlicher Wichtigkeit sei, daß gerade Berlin jetzt sein bestimmtes politisches Glaubensbekenntniß ablege, und er wünscht deshalb es in der Adresse ausgesprochen zu haben, daß Berlin sich zur constitutionellen Monarchie bekenne. Es habe sich das deutsche Parlament bereits in zwei Theile gespalten, wovon der eine, wenn auch ungleich kleinere Theil republikanische Gesinnungen hege, der andere dagegen sich zur constitutionellen Monarchie hinneige. Es wurde hiernach beschlossen, daß diese beiden Anträge mit zur Information der heute Abend zusammentretenden berathenden Deputation dienen und diese darüber entscheiden solle.

In der Sitzung vom 4. April legte die Deputation ihren Bericht vor. Sie giebt ihr Gutachten dahin ab, daß die Versammlung allerdings ein Recht habe, sich an dieser Sache zu betheiligen, und ferner, daß es für die Absendung von Abgeordneten noch nicht zu spät sein dürfte. Mit sechs gegen fünf Stimmen erklärt sich die Deputation für die Absendung zweier Deputirten (zu dem Vorparlamente), jedoch nicht mit einer Instruction, sondern nur mit einem Mandate zur Legitimation versehen, denen auf Kosten der Stadt Diäten bewilligt werden. In der Versammlung waren die Stimmen getheilt; die HH. v. Raumer und Vollgold sprachen sich unbedingt gegen die Deputationsvorschläge aus. Die Beschlußfassung wird auf die nächste Sitzung ausgesetzt.

Am 5. verläßt die Versammlung diesen Gegenstand, um über das Tags zuvor dem Landtage mitgetheilte Propositionsdecret, in Betreff der Wahlen zur National-Repräsentation, ihr Votum abzugeben. Mit großer Majorität wird, auf den Antrag des Dr. Nauwerck, beschlossen: „bei dem Ministerium, gegen das gestern publicirte königl. Propositionsdecret, über die Wahl von 113 preußischen Abgeordneten zur deutschen National-Repräsentation durch den Vereinigten Landtag, Protest einzulegen, indem die Versammlung nur solche Abgeordnete als wahre Vertreter des preußischen Volkes anerkenne, welche aus Urwahlen hervorgegangen seien." Eine Deputation, bestehend aus dem Vorsteher Fournier und dem Stadtv. Dr. Nauwerck werden beauftragt, diesen Protest dem Ministerium sofort zu überbringen. Zugleich wird der Magistrat ersucht, sich demselben anzuschließen und eine Deputation zu demselben Zwecke der erstgenannten beizugeben.

Sitzung vom 6. April. Der Magistrat hat auf die gestrige Aufforderung der Stadtverordneten erklärt, daß es mit dem Proteste bei dem Ministerium jetzt schon zu spät sein

möchte, indem die Angelegenheit nicht mehr in den Händen des Ministeriums ruhe, sondern dem Landtage schon vorliege und die Wahlen von diesem bereits vollzogen sein dürften. Man habe überdies noch Zeit zu protestiren, bis man sähe, daß die Wahlen durch den Landtag nicht so ausfielen, wie es im Interesse Preußens liege. — Die Versammlung ist jedoch fast einstimmig der Ansicht, daß es sich hier nicht um den Erfolg, sondern um das Princip — die Incompetenz des Landtags zur Vollziehung der Wahlen — handele und erklärt bei dem gestrigen Beschlusse beharren zu wollen. Dem Magistrat soll hiervon Mittheilung gemacht werden.

Sitzung vom 7. April. Auf die an den Magistrat wiederholt ergangene Aufforderung, sich dem Proteste der Stadtverordneten anzuschließen, hat jene Behörde ihre Betheiligung am Proteste wiederum abgelehnt, indem sie sich auf die bereits früher geäußerten Gründe bezieht. Diesen wird jetzt hinzugefügt: daß die Wahlen bereits vollzogen seien, und daß ein Protest gegen dieselben leicht zu Verwickelungen und zu Mißtrauen führen könnte. Bei den freisinnigen Principien, die der Vereinigte Landtag geäußert, sei auch wohl eine glückliche und befriedigende Wahl von Vertretern zu erwarten. — Der Stadtv. Schauß, Mitglied des Verein. Landtags, erklärt, daß er sich dem Beschlusse der Stadtverordneten, der während seiner Abwesenheit gefaßt worden, vollkommen anschließe. Er selbst habe bei dem Wahlakte gegen die vorzunehmenden Wahlen protestirt und darauf angetragen, daß den künftigen Volksvertretern zustehen solle, die vom Landtage vollzogenen Wahlen zu bestätigen oder zu verwerfen. Hr. Nauwerck: Die deutsche National-Versammlung werde die auf solche Weise gewählten Vertreter nicht als Abgeordnete des preußischen Volkes anerkennen und es könne dadurch leicht ein Bruch zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland herbeigeführt werden. In ähnlicher Art äußert sich Hr. Berends. — Die Versammlung beschließt nochmals bei ihrem Beschlusse zu verharren und den Protest endlich ohne Mitwirkung des Magistrats einzulegen.

In der Sitzung vom 8. April wird der Versammlung mitgetheilt, daß der Magistrat endlich erklärt habe, sich dem Proteste gegen die Wahlen anschließen zu wollen, und daß der Stadtrath Gärtner zum Deputirten des Magistrats ernannt worden, um in Verbindung mit den HH. Fournier und Nauwerck den beschlossenen Protest dem Minister des Inneren zu überbringen.

Von Frankfurt war inzwischen die Nachricht eingegangen, daß das „Vorparlament" seine Thätigkeit beendigt, nachdem es den 1. Mai als den Zeitpunkt festgesetzt habe, an welchem die deutsche constituirende Versammlung in Frankfurt ihre Sitzungen eröffnen werde. „Zur Beförderung der Wahlbewegung in Deutschland war von der „demokratischen Fraction" des Vorparlamentes ein „Central-Comité" eingesetzt worden, welches die Aufgabe hatte, mit der demokratischen Partei aller deutschen Länder in Verbindung zu treten und überall eine Wahlagitation im Sinne dieser Partei hervorzurufen. Die Mitglieder des „demokratischen Central-Comités für die Wahlen zur constituirenden Versammlung" — Reichenbach aus Schlesien, d'Ester a. Rheinpreußen, Türke a. Westpreußen, Titus a. Baiern, Detering und Meyer a. Hannover, Diemar a. Würtemberg, Minckwitz a. Sachsen, Hecker, Struve und Würth a. Baden, Zitz, Mohr und Pflüger a. Hessen, Würth a. Siegmaringen — bezeichneten als das „Programm" jener Fraction ein Frankfurt 4. April datirtes Manifest „an das deutsche Volk", welches zur Unterstützung der angeordneten Wahlbewegung überall hin verbreitet wurde. Auch in Berlin wurden sogleich Abdrücke dieses Manifestes veranstaltet und in Plakaten verbreitet. Es lautete:

In weniger als vier Wochen, Montag den 1. Mai, soll nach den Beschlüssen des Vorparlaments die constituirende Versammlung zusammentreten. Diese wird zu entscheiden haben, ob der Druck, welcher seit so langer Zeit auf Deutschland lastet, seine Zersplitterung im Innern und seine Herabwürdigung von Außen fortbestehen, ob der Kampf zwischen einer unhaltbar gewordenen Vergangenheit und den Ansprüchen der Gegenwart auf unbestimmte

Zeit verlängert, oder aber ob derselbe durch eine Reihe entscheidender Beschlüsse beendigt werden soll. Alle Diejenigen, welche daher auf der einen Seite die Befreiung Deutschlands, auf der anderen aber auch die rasche Beendigung unserer staatlichen Kämpfe wünschen, werden sich uns anschließen und nur solche Männer wählen, welche den Muth besitzen, mit der alten Zeit und allen ihren Drangsalen vollständig zu brechen, um eine neue Zeit des Wohlstandes, der Bildung und der Freiheit über Deutschland heraufzuführen. — Wir brauchen Euch, unsern Brüdern, den Alp, welcher auf unserm Vaterlande lastet, nicht zu schildern. Das Gefühl erlittenen schweren Druckes ruht in jeder Mannes-Brust, wenn auch die Ursachen desselben nicht allgemein erkannt werden. Was wir wollen, was wir unter Freiheit verstehen, müssen wir Euch aber bestimmt und deutlich erklären. Wir haben bereits von der Versammlung zu Frankfurt verlangt und verlangen noch immer, jetzt um so mehr, als unser Verlangen von derselben der constituirenden Versammlung zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung empfohlen worden ist: 1) Aufhebung der stehenden Soldatenheere und Verschmelzung derselben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr. 2) Aufhebung der stehenden Heere von Beamten und Ersetzung derselben durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern besteht. 3) Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbesondere aller derjenigen Abgaben, welche den inneren Verkehr Deutschlands hemmen, Binnenzölle und Schiffahrtsabgaben, welche die Landwirthschaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden u. s. w., welche die Gewerbe belasten, Gewerbsteuer, Accise u. s. w. und Ersetzung derselben: durch eine progressive Einkommens- und Vermögens-Steuer, bei welcher der nothwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt. 4) Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichthums (Census) und der bevorzugten Gerichtsstände, und Ersetzung derselben durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht. 5) Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung derselben durch ein auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz. 6) Auflösung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat, und Kirche und Schule, und Ersetzung desselben durch: a) die Grundsätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse, der ungeschmälerten Glaubens- und Gewissensfreiheit, des freien Associationsrechts, der Selbstverwaltung der Gemeinden und namentlich des Rechts derselben, ihre Geistlichen, Lehrer und Bürgermeister frei zu wählen; b) Besserstellung des Lehrerstandes und gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbesoldungen; c) Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren. 7) Abschaffung der Censur, Concessionen und Cautionen und Ersetzung dieser Zwangsanstalten durch den Grundsatz der Preßfreiheit in seiner weitesten Ausdehnung. 8) Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und Ersetzung derselben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte. 9) Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände und gleichmäßige Sicherstellung derselben durch ein besonderes Gesetz (Habeas corpus-Akte im ausgedehntesten Sinne des Worts), welches insbesondere auch das Vereins- und Versammlungsrecht des Volkes feststellt. 10) Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft. Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten hierzu reiche Mittel. 11) Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital vermittelst eines besonderen Arbeiter-Ministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert. 12) Abschaffung der tausendfältig unter einander abweichenden Gesetze des Privatrechts, Strafrechts, des Processes, des Kirchenrechts und des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maaßes, des Gewichts, der Post, der Eisenbahnen u. s. w., und Ersetzung derselben durch Gesetze, welche, dem Geiste unserer Zeit entspringend, die innere Einheit Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung gleichmäßig wie seine Freiheit feststellen. 13) Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands und Wiederherstellung der Eintheilung in Reichskreise mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse. Was die Staatsform betrifft, so muß es allen denkenden Männern einleuchten, daß nur die freieste uns in den Besitz der bezeichneten dreizehn Forderungen des Volks zu setzen, nur diese uns von den zu gleicher Zeit genannten dreizehn auf unserm Volke lastenden Landplagen zu befreien vermag. In der Wahlschlacht wird sich das Schicksal Deutschlands entscheiden. Jeder volljährige Deutsche kann durch das Gewicht seiner Simme und seiner Thätigkeit den Ausschlag in diesem Kampfe ertheilen. Wem daher die höchsten Güter des Menschen und des Bürgers am Herzen liegen, der trete ein in die Reihen der

Kämpfer für den Wohlstand, die Bildung und die Freiheit des gesammten deutschen Volkes! Er schließe sich uns an, um vereint mit uns den Sieg zu erringen.

Zugleich mit diesem Manifeste — das übrigens in den einzeln aufgeführten Punkten fast ganz mit den Beschlüssen der badischen Volksversammlungen und dem von Struve dem Vorparlamente in seiner ersten Sitzung vorgelegten, jedoch nicht zur Berathung gebrachten Prngramme übereinstimmte — erließ das Central-Comité ein Sendschreiben, in welchem den Führern der demokratischen Partei Deutschlands die bei der Leitung der Wahlagitation erforderlichen Maßregeln näher bezeichnet waren. „Von der Schnelligkeit", heißt es darin, „mit der die Männer der entschiedenen demokratischen Richtung die nöthigen Maßregeln ergreifen, von der Thatkraft, mit der sie dieselben zu verfolgen und durchzusetzen versuchen, von der Ordnung, welche sie in den zu bildenden Provinzial- und Localvereinen einführen werden, hängt der Erfolg der Bewegung vorzüglich ab." Einer der früheren politischen Flüchtlinge, Hr. Breuer, der diese Mittheilungen des frankfurter Central-Comités frühzeitig nach Berlin brachte, suchte es zu veranlassen, daß die Wahlfrage hier in einer großen Versammlung erörtert und von dieser auf die Betreibung der Angelegenheit im Sinne des frankfurter Manifestes weiter gewirkt werde. Am 7ten verkündeten Maueranschläge: „Morgen Sonnabend um 6 Uhr Nachmittags im Tivoli Volksversammlung zur Besprechung über die Vertretung Preußens beim deutschen Parlament." — Der politische Club behandelte diese Angelegenheit in seiner

Sitzung vom 7. April. Es hatten sich mehrere hundert Arbeiter als Zuhörer eingefunden, welche mit Ruhe und Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgten. — Der Präsident Jung verliest eine Aufforderung des breslauer demokratischen Clubs des Inhalts: Der politische Club möge sich mit ihm in Verbindung setzen. Hierauf kommt die Proclamation des demokratischen Centralvereins in Frankfurt an das deutsche Volk zur Sprache. Hr. Jung hält jedoch eine ausführliche Debatte über diesen Gegenstand jetzt nicht für angemessen, da derselbe in der auf Sonnabend 6 Uhr nach Tivoli berufenen Volksversammlung erörtert werden soll. Man werde daselbst einen Protest gegen die Wahlen des Landtages (die unter Anderem der gewählte Professor Stahl charakterisire) vorschlagen. — Hr. Schlöffel (d. Aeltere), der in Frankfurt zugegen war, sagt: daß man es dort zwar den Regierungen überlassen habe, ob sie direct oder indirect gewählte Deputirte senden wollen, daß man aber darin einig gewesen sei, nur Vertreter des Volkes, nicht auch Vertreter von Corporationen und Ständen zuzulassen. Das preußische Volk möge daher in einer Adresse seine Meinung aussprechen; der frankfurter Ausschuß werde auf die Stimme des Volkes hören. — Hr. Jung beantragt demzufolge eine Adresse im Namen des politischen Clubs, unabhängig von der in Tivoli zu beschließenden. — Eichler: Man muß der Regierung den Vorwand nehmen, als möchten die Urwahlen nicht bis zur Zeit der Frankfurter Versammlung zu Stande kommen. Es ist sehr wohl möglich, die Wahlen zu bewerkstelligen, wenn man es nur will. Unsere Polizei-Listen in Preußen sind ganz vortrefflich, da fehlt kein Mensch darauf. Mit Hülfe dieser Listen können die Wahlen vorgenommen werden. „Ich beantrage daher eine dreifache Adresse: erstens eine an das Ministerium mit der Aufforderung, die Wahlen zu beeilen. Zweitens eine protestirende an den Landtag: er möge sich nicht Rechte anmaßen, die ihm nicht zukommen. Drittens einen Protest an das deutsche Parlament, daß es die preußischen Abgeordneten, weil sie nicht vom Volke gewählt sind, nicht aufnehmen möge." — Wiß: Früher erklärte sich der Landtag für incompetent und es wurde ihm gesagt: er solle sich nicht das Gelüste ankommen lassen, eine constitutionelle Versammlung sein zu wollen. Jetzt nach der Revolution will er nicht nur das Volk der Regierung gegenüber, sondern ganz Preußen vor ganz Deutschland vertreten. „Diese Anmaßung ist unerhört." — Hoppe:

Wir wollen alle Clubs in Preußen auffordern, ebenfalls Proteste zu erlassen. — Schasler: Der Club möge den Volksverein in den Zelten auffordern, sich ihm anzuschließen. — Dehnicke: Wir müssen dem Ministerium vorstellen, daß, was jetzt ein bloßer Protest sei, eine Anklage werden könne, da das Ministerium die Verantwortlichkeit übernommen hat. — Nächstdem wird die Frage nochmals verhandelt, ob der Club bei den Wahlen seinen Einfluß anderen Einflüssen entgegenstellen solle. Lange verneint die Frage: der Club habe keine feste Tendenz. — Hr. Erman: Alle Mitglieder des Clubs sind darin einig, daß sie die Freiheit in ihrem weitesten Sinne wollen. Wir sind ehrlich und der größte Theil der Berliner ist es auch; das wird man bald sehr deutlich sehen, wenn erst die meisten von ihrer übertriebenen Angst zurückkommen. — Eichler: Jeder Staat schafft sich seine, ihm von Natur zukommende Form selbst; es ist gut, daß wir keine formulirte Tendenz haben. — Wiß spricht gegen eine Trennung von Bürgern und Arbeitern, und motivirt, daß eine Revolution der Kampf um Ruhe sei. — Emmerich, Bürger, theilt mit, daß er in seinem Kreise die Erfahrung gemacht, wie bereits sehr viele Bürger ihre Ansicht geändert und eine der unsrigen gleiche angenommen haben. — Fähnrich, Arbeiter, ermahnt die Arbeiter zur Ruhe und macht sie darauf aufmerksam, wie viel sie schon der Universität und den Gebildeten zu verdanken hätten. — Hierauf wird die Adresse an das Ministerium und der Protest an den Landtag vorgelesen. Man wünscht die erstere etwas schärfer. Eichler, der Verfasser, übernimmt die gewünschte Aenderung. — Saß will, daß die Adresse an das Parlament, weil sie die wichtigste sei, besonders besprochen werde. — Schlöffel macht auf den Beschluß der frankfurter Versammlung aufmerksam, daß das Jahr der Wählbarkeit durchweg das sein solle, das für die Majorennität in jedem Lande gelte.

Die auf den 8. April einberufene Volksversammlung in Tivoli war die erste, die seit dem 18. März an diesem außerhalb Berlins, vor dem halleschen Thore, belegenen Vergnügungsorte abgehalten wurde, an den sich die Erinnerung einer großen Versammlung der Lichtfreunde und eines Diesterweg-Festes (im Jahre 1845), zweier durch die damalige Presse vielbesprochenen Versammlungen, knüpfte und von dem bei Gelegenheit der in Rede stehenden ein berliner Blatt bemerkte, daß es zu verwundern sei, warum dieser zu großen Versammlungen ganz geeignete Ort, „ein natürliches Amphitheater", bisher gar so wenig zu dem angegebenen Zwecke benutzt worden. Die Verhandlungen fanden zuerst in den äußeren Räumen des Etablissements, unter freiem Himmel, statt, wurden jedoch bei eintretender Dunkelheit und da sich inzwischen die Zahl der Theilnehmer bedeutend vermehrt hatte, in dem inneren großen Saale fortgesetzt. Hr. Bergenroth leitete die Debatte. Die Resultate derselben finden sich allein in folgendem Berichte der Zeitungs-Halle vom 9ten, kurz wiedergegeben:

Zum Zwecke einer Berathung über die Wahlen preußischer Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. war auf gestern Abend eine Volksversammlung in Tivoli durch öffentliche Anschläge ausgeschrieben worden. Gegen fünfhundert Männer aus den verschiedensten Klassen hatten sich allmälig eingefunden. Es handelte sich zuerst um einen Protest der Versammlung gegen die von dem Vereinigten Landtage vollzogenen Wahlen preußischer Abgeordneten zum deutschen Parlament. Fast einstimmig beschloß die Versammlung, vier Protestationen, eine an den Landtag, eine an das Staatsministerium, eine an das deutsche Parlament und endlich eine an die von dem Landtage gewählten Abgeordneten selbst zu richten, des Inhaltes: das Ministerium sei nicht befugt und der Landtag nicht berechtigt, Wahlen für das deutsche Parlament anzuordnen und zu vollziehen; das Volk protestire gegen die Maßregel der Regierung und drücke dem deutschen Parlamente seine Mißbilligung derselben im Allgemeinen, so wie die über die geschehenen Wahlen selbst aus, verlange zugleich, daß das deutsche Parlament die vom Landtage gewählten Abgeordneten nicht anerkenne und sie zurückweise. — Eine Commission aus fünf Mitgliedern der Versammlung (Jung, Bergenroth, Eichler, Hoppe und Matthaei) wurde mit der Redaction und der Beförderung dieser Adressen beauftragt. Den ferneren Gegenstand der Be-

rathung und Beschlußnahme bildete die Art, wie vom preußischen Volke selbst die Wahlen von Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung in Frankfurt bewerkstelligt würden. Das von dem demokratischen Central-Comité der vorberathenden Versammlung in Frankfurt erlassene Manifest diente hierbei als Anhaltepunkt. Nach langer und lebhafter Debatte, in der namentlich der Fabrikbesitzer Schlöffel aus Schlesien, der selbst Mitglied der vorberathenden Versammlung in Frankfurt war, reichen Beifall erntete, beschloß die Versammlung: Es soll ein Comité von funfzehn Mitgliedern aus der Versammlung gewählt werden, welches so schleunig als möglich eine große allgemeine Volksversammlung hier zusammenberuft. In dieser Versammlung sollen directe Wahlen von Abgeordneten, nach den Vorschlägen des frankfurter Centralcomités, stattfinden. Zugleich soll ein von der Volksversammlung zu ernennendes Comité sich mit den noch zu bildenden oder bereits bestehenden Comités des preußischen Landes in Verbindung setzen und nach denselben Grundsätzen die Wahlen überall organisiren. Die oben genannten Herren, so wie die Herren Heramer, Jordan, Breuer, Türcke, Lessing, Günzburg, Monecke, Kümlau, Voigtländer, Witz übernahmen einstweilen die Ausführung dieses Beschlusses.

Ein Entwurf der hier erwähnten Adresse an das Ministerium, von Hrn. Jung verfaßt und von diesem der Versammlung vorgelesen, erhielt die Zustimmung derselben. Er lautete:

... Die Versammlung hat mit Schmerz vernommen, daß die Minister den Landtag zur Wahl der Abgeordneten Preußens für das deutsche Parlament veranlaßt haben. Sie sieht in dieser Maaßregel eine große Beeinträchtigung der preußischen Interessen und eine tiefe Beleidigung des übrigen Deutschlands. Nach den Beschlüssen der vorberathenden Versammlung in Frankfurt sollten diese Deputirte nach einem unbeschränkten Wahlgesetze vom Volke besonders gewählt, oder doch nur von solchen gesetzgebenden Versammlungen ernannt werden, welche aus einem gleichen Wahlmodus hervorgegangen, das Land in Wahrheit vertreten konnten. — Der vereinigte Landtag, nachdem er im neuen Wahlgesetze zu einer constituirenden Versammlung seine eigene Auflösung und fernere Incompetenz für die preußischen Angelegenheiten ausgesprochen, hat auch keinen Beruf mehr eine Versammlung zu beschicken, welche die Grundverhältnisse des gesammten Deutschlands regeln soll. — Die Interessen des gesammten Deutschlands stehen viel zu hoch, als daß die Wahl ihrer Berather von einem veralteten, in der Auflösung begriffenen Staatskörper vorgenommen werden könnte. — Die Versammlung protestirt daher auf das Entschiedenste gegen dieses Verfahren, und hofft, daß ein hohes Ministerium diese Wahl als nicht geschehen wieder aufheben lassen werde.

Die Ausführung des Beschlusses über die Absendung der erwähnten Adressen unterblieb, da die bald darauf folgenden Maßregeln der Regierung sie überflüssig machten. Dagegen wurde der letzte Beschluß der Versammlung schnell erfüllt, indem das bezeichnete Comité alsbald eine Aufforderung an sämmtliche Einwohner Berlins erließ, in der es, anknüpfend an die Protestation der Stadtverordneten und die Wichtigkeit der frankfurter Versammlung für die Zukunft Deutschlands darthuend, zur Theilnahme an einer großen Versammlung unter den Zelten, Montag den 10. April, 7 Uhr Abends einladet, um daselbst, nach vorhergegangener Einsetzung eines definitiven Wahlcomités im gemeinsamen Interesse, die vorbereitenden Maßregeln zur Wahl solcher Männer zu berathen, die für würdig und geeignet erachtet werden, die Hauptstadt Preußens bei der deutschen Nationalversammlung zu vertreten. — Am Tage vor dieser großen Versammlung hielt der Volksverein in den Zelten eine seiner regelmäßigen Versammlungen, in der ebenfalls die Angelegenheit der Wahlen durch den Landtag behandelt wurde. Dem Berichte der „Volksstimme" entnehmen wir darüber folgende Mittheilungen:

Die (4.) Versammlung des Volksvereins am 9. April war sehr zahlreich, etwa von 6 bis 7000 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende stellt den Antrag, eine Adresse an

den Ministerpräsidenten zu senden, um gegen dessen Aufforderung an den Landtag zu eigenmächtiger Wahl von Abgeordneten für das deutsche Parlament zu protestiren, und verliest hierauf den von ihm verfaßten Entwurf einer solchen Adresse. — Monecke will auch an den Landtag und an das deutsche Parlament Adressen ähnlichen Inhalts geschickt wissen; er fordert zugleich die Versammlung auf, sich am folgenden Tage der hierher berufenen Tivoli-Versammlung anzuschließen und dann in Gemeinschaft mit ihr die Adressen zu berathen. — Schaßler tritt dieser Aufforderung bei, macht jedoch darauf aufmerksam, daß der Verein als solcher heute eine Adresse beschließe und dadurch die Absendung der morgen zu berathenden nicht ausgeschlossen werde. — v. Salis, Student, spricht für die Adresse, indem er besonders auf die Persönlichkeiten der vom Landtage gewählten Vertreter hinwies. „Es ist gesagt worden: das Protestiren hilft nichts. Es hilft allerdings. Wenn wir den Herren aber nicht sagen, was wir von ihnen wünschen und denken, dann könnten sie am Ende glauben, wir seien wieder eingeschlafen. Auch ist es unsere Pflicht, jeden gesetzlichen Weg einzuschlagen, damit die Gegner nachher, wenn es zu Ungesetzlichkeiten kommt, einsehen müssen, daß sie selber die Urheber derselben sind. Wir wollen ihnen also sagen, daß wir uns keine Volksvertreter aufdringen lassen, die wir nur für Volkszertreter halten, da sie das Recht desselben, selbst zu wählen, mit Füßen treten." — Held: Bürger! der vereinigte Landtag ist das Stichwort des Tages geworden, ich muß erklären, wie ich mit dem Landtage stehe. Ich bin nicht sein Feind, ich bin nur sein Gegner. Nicht gegen die Einzelnen habe ich etwas zu sagen, sondern gegen seine Zusammensetzung. Diese taugt — nichts. Er ist die Geburt eines Systems, welches jetzt nicht mehr am Leben ist, er hat nur ein Mandat von der absoluten Monarchie für die absolute Monarchie, aber keins von dem Volke für das Volk. Als die Revolution vorbei war, ist gesagt worden, der Landtag solle nur zur Berathung des Wahlgesetzes berufen werden. Aber es ist nicht dabei geblieben. Mit dem Wahlgesetz legte man ihm die Grundzüge der neuen Verfassung vor, dann sollte er seine Zustimmung geben zu einer Anleihe oder Steuererhöhung. Meine Herren, damit hat es nicht soviel auf sich, besonders mit der Anleihe. Es hätte ihm kein Mensch einen Thaler geliehen. Auch die Steuererhöhung ist nicht gefährlich. Es hätte Niemand einen Thaler dazu gehabt. (Bravo.) Jetzt aber kommt es zu einer Wahl zur deutschen Nationalversammlung. Da muß man denn wohl sagen: Nun hört Alles auf; wie schon daraus hervorgeht, daß selbst die Vossische Zeitung darüber den Kopf verloren hat. (Gelächter und Bravo.) Ja, selbst diese wird nicht respectirt. — Wenn nun diese Leute in Frankfurt erscheinen, dann werden sie den wahren Volksvertretern der übrigen deutschen Staaten vorkommen wie Höflinge mit gestickten Röcken und Zöpfen, sie werden zwar nicht hinaus geworfen werden, — das wäre unhöflich — aber sie werden ersucht, sich herauszubegeben, welches fast gleichbedeutend ist; das Ministerium sagt, es sei jetzt nicht mehr Zeit zu Urwahlen. Aber wer ist daran Schuld? Die preußische Constitution ist um einen vollen Monat verzögert worden. Und nur das Ministerium ist daran Schuld. Darf und kann es diese Schuld durch ein Verbrechen gegen die Volksrechte wieder versöhnen?

Franz Berends beantragt, die Minister zu ersuchen, die Wahlen für den Reichstag mit denen der preußischen National-Versammlung zusammenfallen zu lassen. Der Antrag wird verworfen. Eben so der Vorschlag, eine Adresse an den Landtag zu richten, weil es ein Widerspruch sei, einmal den Landtag nicht anzuerkennen und dann wieder Adressen an ihn zu entwerfen. — Endlich wurde eine Adresse an den Fünfziger-Ausschuß beschlossen und die HH. Held, Berends, Salis, Schaßler, Schlöffel mit deren Abfassung beauftragt. — Vor dem Schlusse der Versammlung wurde ein satyrisch-humoristischer Aufsatz (von Cohnheim und Reich), betitelt: „Constitutioneller Katechismus", unter dem Beifalle der Versammlung vorgelesen.

Am 10. April fand die vierte und letzte Sitzung des Verein. Landtags statt. Ehe die Versammlung die Ausführung ihrer letzten Arbeit begann, überbrachte ihr Hr. Camphausen, als Landtags-Commissar, wiederum allerhöchste Botschaften, diesmal jedoch nur in mündlicher Mittheilung: „Se. Maj. haben befohlen, dem Landtage zu eröffnen, daß Allerhöchstdieselben gern den Bericht über die . . . vollzogenen Wahlen zur deutschen National-Vertretung entgegen genommen haben. . . . Inzwischen hat gestern Abend Sr. Maj. Regierung die Anzeige erhalten, daß die deutsche Bundesversammlung den Beschluß vom

30. März aufgehoben und dagegen beschlossen hat, daß anstatt auf 70,000 auf 50,000 Seelen nach der Bundes-Matrikel ein Abgeordneter ohne Beschränkung in Beziehung auf Census, Stand oder religiöses Bekenntniß gewählt werden soll. . . . Se. Maj. sehen sich hierdurch bewogen, auf die Abordnung der von dem V. Landtage Gewählten zu verzichten, in der vertrauensvollen Erwartung, daß die getreuen Stände die Nothwendigkeit dieses Entschlusses nicht verkennen werden." Dieser Erwartung entsprach die Versammlung, indem auf die Aufforderung des Landtags-Marschalls sich „beinahe" sämmtliche Mitglieder erhoben, um ihre Uebereinstimmung mit dem Verzichte zu erkennen zu geben. Hr. Camphausen fügte seiner Mittheilung die Bemerkung hinzu, daß, da in einigen Bundesländern bereits zur Ausführung des neuen Beschlusses geschritten werde, durch ein Beharren Preußens bei der vollzogenen Wahl das preußische Volk in ungenügender Zahl vertreten, die Versammlung ungleichmäßig zusammengesetzt und das Werk des Friedens im Beginne durch einen Anlaß zur Uneinigkeit gestört sein würde. Darauf aber glaube die Regierung unter den geänderten Umständen vorzugsweise hinwirken zu müssen, daß in der von der gesetzlichen Behörde zusammenberufenen Versammlung das preußische Volk vollzählig und unbestritten vertreten sei; „Preußen will die Einheit Deutschlands, es will dazu die Hand bieten, es will aber auch dazu mitwirken." Die Regierung werde sich unverweilt mit den Anordnungen zur Vollziehung und Beschleunigung der Wahlen beschäftigten, damit die Abgeordneten möglichst bald in Frankfurt eintreffen können, „und wir erwarten", so schloß Hr. Camphausen, „daß das ganze Volk den Stolz haben werde, uns in dem Bestreben zu unterstützen, die Nation mit voller Berechtigung und in voller Zahl in Frankfurt vertreten zu sehen." — Bereits am folgenden Tage, den 11. April, erschienen die „Verordnung über die Wahl der preuß. Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung" und das Reglement zur Ausführung derselben. Jene enthielt mit dem am 8. veröffentlichten Wahlgesetze fast gleichlautende Bestimmungen; wesentliche Abweichungen bildeten die Weglassung der Worte „seit sechs Monaten" im 1. und im 5. Paragraphen die Bezeichnung: „Jeder großjährige Deutsche" (statt: „Jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet hat &c."). Nach dem Reglement betrug die Zahl der mit Einschluß der Provinz Preußen — Posen blieb ausgeschlossen — zu wählenden Abgeordneten: 191, von denen Brandenburg 27, Pommern 15, Schlesien 39, Sachsen 23, Westfalen 20, Rheinprovinz 35, Preußen 32 zu wählen hatten. Die Wahlen der Wahlmänner sollten überall im Lande am 1. Mai (gleichzeitig mit den preußischen Wahlen, jedoch in getrennten Wahlakten), die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter am 10. Mai vorgenommen werden.

Durch den Verzicht auf die Ausführung des Propositions-Decretes vom 3. und durch die Anordnung von „Urwahlen" für die deutsche Nationalvertretung war die Opposition, die sich gegen die Vollziehung der deutschen Wahlen durch den

Landtag erhoben, in ihrer Hauptsache beseitigt. In dem Schritte der Regierung wurde „mit großer Genugthuung" eine Nachgiebigkeit gegen den „laut ausgesprochenen Volkswillen" erkannt. Die Voss. Zeit. dankt dem Ministerium aufrichtig, daß es nicht gezögert habe, seinen Fehler, „den wir gern nur der Eile zurechnen wollen", zurückzunehmen. Der öffentlichen Meinung, die immer allgemeiner und entschiedener, „bis in die untersten Kreise", gegen die Wahlen des Landtags laut geworden, sei durch jenen Akt eine große Genugthuung geworden. „Die Wahlen für Frankfurt werden aus dem Volke selbst hervorgehen. Nun erst ist die vorwiegend deutsche Bedeutung des 18. März entschieden. Wir wissen jetzt, daß das deutsche Parlament eine starke, eine wahrhaft nationale Macht sein wird und wir finden hierin die allein sichere Gewähr für unsere Zukunft. Denn daß diese ganze Zukunft zunächst vorzugsweise in Frankfurt liegt, dies können wir nicht stark genug hervorheben." (V. Z. 13. Ap.) — Die von dem Tivoli-Comité erlassene Aufforderung zu einer Versammlung vor den Zelten hatte am 10. April eine außerordentlich große Anzahl Menschen (10—12000 nach den Zeitungsberichten) an den Versammlungsort geführt. Der Assessor Jung leitete die Verhandlungen; ihren Inhalt giebt der folgende, aus den Referaten der Zeit.-Halle und des „Publicisten" zusammengestellte Bericht wieder:

Jung: In Frankfurt a. M. soll ein Parlament zusammenkommen, um die Verfassung für ganz Deutschland auszuarbeiten. Jedes Land soll dazu Vertreter schicken, jeder Großjährige Wähler sein. Ob aber directe oder indirecte Wahlen stattfinden, das ist nicht bestimmt festgesetzt. Die Minister ließen erst den Landtag für uns wählen, aber sie sind davon zurückgekommen. Und dies ist etwas Großes, wenn die Minister einsehen, daß sie sich übereilt haben. Früher hielt sich jeder Beamte für unfehlbar wie der Papst. Nicht so die neuen Minister; bringen wir ihnen dafür ein Hoch! (Dreimaliges donnerndes Hoch für die Minister.) — Der Redner erklärt jetzt in populärer Weise, wie es sich mit dem ehemaligen Bundestage verhielt. Wenn alles still wurde, so dachten die Bundestagsgesandten: es ist am Besten, wenn wir auch still sind. Wenn der Bundestag bei einer Beschwerde schwieg, so nannte man das die Incompetenz des Bundestags. Der Bundestag diente den Fürsten zu einer Zwickmühle. Wandte man sich mit einer Petition an den Bundestag, so sagte er: die Fürsten wollen das nicht; wandte man sich an die Fürsten, so sagten Die: der Bundestag will es nicht. Jetzt nach der Revolution soll nun eine ordentliche Behörde in Frankfurt niedergesetzt werden. Die Einen wollen einen Kaiser mit einem Parlament, die Anderen ein Parlament mit einem Präsidenten, noch Andere blos ein Parlament. — Der Redner spricht sodann für die directe Wahl, die indirecte könne nur zu leicht zu einem Trugspiel werden. Es frage sich nur: Wird das Ministerium, das schon einmal sehr richtig nachgegeben hat, wieder nachgeben? „Wir machen Ihnen deshalb den Vorschlag, ein Comité zu wählen, das seine ganze Kraft daran setze, daß die frankfurter Deputirten direct gewählt werden." (Bravo!) — Wiß spricht über Anschluß an Süddeutschland und glaubt, daß nach der Aeußerung des Vorparlaments die preußischen Vertreter nicht angenommen werden, falls sie nicht durch Urwahlen hervorgegangen sind. — Dr. Lessing: Wir stehen um ein Krankenbett. Der kranke Körper ist der Staatskörper. Wir sind seine Glieder, wir fühlen uns unbehaglich, unsre Empfindung ist fieberhaft aufgeregt. Nun giebt es aber zwei Fieber. Das eine schleicht langsam dahin und führt zum sichern Untergange; das andere ist mit großer Hitze verbunden, geht aber schnell vorüber. Ein guter Arzt benutzt die Krise und bewirkt durch ein starkes Mittel die Genesung. Dieses Mittel ist hier der Wille des Volks, hervorgegangen aus Urwahlen. Der Redner setzt dann die Wichtigkeit des Frankfurter Parlaments auseinander. — Eichler spricht „in seiner schlagenden und doch einfachen Weise" gegen die Erwählung der Abgeordneten durch die Fürsten, denn Geknechtete würden stets wieder zu knechten suchen. Wenn auch in den großen Städten des Reiches, wo es möglich sei, Jeden

zu überwachen, die mittelbaren Wahlen nicht gefährlich, so seien diese es doch für das platte Land, wo tiefeingewurzelte Gewohnheit die Leute gewöhnlich den betr. Landrath als unfehlbare leibliche und geistige Obrigkeit betrachten lasse. Unter diesen gäbe es aber leider Männer, denen ihre vorgesetzte Behörde anbefohlen, Erlasse nur dann zu veröffentlichen, wenn der Kreissecretair solche vorher von den orthographisch-grammatikalischen Schnitzern befreit habe. Was von solchen Männern in Bezug auf die Leitung von Volksmassen zu erwarten, liege zu Tage. Frage man ihn aber (und diese Frage sei sehr natürlichen Ursprungs), auf welche Weise 50,000 Männer aus ihrer Mitte denjenigen herauszufinden vermögen, der ihre Interessen, dem übrigen Deutschland gegenüber, am Besten vertreten würde, so sei seine Antwort: „Macht es, Freunde, wie viele andere Staaten, laßt die Candidaten sich selbst melden, ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen, aussprechen, was sie zu geben vermögen und entscheidet dann durch Stimmenmehrheit, ob derselbe Euren Forderungen ganz entspricht!" Der Redner verläßt unter allgemeinem Bravoruf die Tribüne. — Hr. (Arbeiter) Lehmann spricht, wahrscheinlich durch einen Irrthum angeregt, energisch gegen die Wahl Frankfurts als Vereinigungspunkt der deutschen Abgeordneten. — Hr. Jung giebt ihm zu bedenken, daß es auf den Ort recht eigentlich nicht ankomme, und daß vielleicht gerade diese Stadt, in Folge ihrer eigenen geringen politischen Bedeutsamkeit, die meiste Garantie lokaler Neutralität biete. — Hr. Kotelmann spricht die Hoffnung aus, daß der jetzige allgemeine Nothstand sich hebe, wenn die politische Bedeutsamkeit des gemeinschaftlichen Vaterlandes sich nach allen Seiten erstrecken werde. Arbeit finde sich im Ueberfluß, wenn durch jene, wie nothwendig folgen müsse, ein größerer Absatz erzielt würde. — Ebenso findet Hr. Baader eine Hebung vieler Mißverhältnisse darin, wenn gerade den Arbeitern eine größere politische Bedeutsamkeit beigelegt und die Schranke umgestoßen würde, die bis jetzt mißtrauisch die einzelnen Stände trennt. Auch würde eine wohlfeile Regierung die bis jetzt von der frühern theuern verschlungenen Millionen an das Volk zurückfließen machen. Unter großem Tumulte liest der Redner die bekannte frankfurter Adresse vor. van Arcken und Heramer finden, wie nach ihnen noch mehrere Sprecher, nur in Urwahlen die Garantie für den Bestand der neuerworbenen Freiheiten. Letzterer fügt noch hinzu, daß man mit allen Kräften dahin wirken müsse, dem Princip der Urwahlen auch in allen übrigen deutschen Bundesstaaten Eingang zu verschaffen. — Krause: Ich, als Der, welcher Ihnen gewiß am nächsten steht von Allen, die bis jetzt gesprochen, ein Mann aus der Werkstatt, rede für die Arbeiter. Mir ist's gleich, wo das Parlament zusammen kommt, ob in Frankfurt oder Berlin, wenn's nur Leute sind, die nicht zurückweichen. Ich bin der Meinung, daß durchaus directe Urwahlen stattfinden müssen. Das schwarz-roth-goldene Band soll ein Liebesband werden, daß uns Alle, Reiche und Arme, umschlingt. Durch directe Urwahlen werden wir alle vertreten sein. (Bravo.) — Siegerist, Schlosser: Die erste Stufe zur Wiedergeburt Deutschlands ist erstiegen. Beharrlichkeit! damit wir auch zur letzten kommen. Nur keine Nachgiebigkeit, wenn es sich um eine gerechte Sache handelt. Die gerechte Sache muß gelten in der Studirstube, am Pfluge und am Amboß, überall. Die Sonne des 1. Mai soll das deutsche Parlament in Frankfurt versammelt sehen. Finden directe Wahlen statt, so wird kein Unwürdiger die Schwelle der St. Paulskirche überschreiten. Darum directe Wahlen! Vereinigen wir uns, reichen wir uns brüderlich die Hände! — Deutschland groß! darin finde Jeder sein Glück und seinen Stolz. Reichen wir uns die Hände zu Schutz und Trutz! (Bravo.) — Ottensofer: Wenn wir durch indirecte Wahlen nicht die rechten Männer in's preußische Parlament bekommen, so werden wir sie durch directe wenigstens im frankfurter sehen und dadurch zeigen, welches unsere Männer sind. — Schlöffel: Was haben wir zu viel? Hunger und Fürsten. Was zu wenig? Freiheit. Wir müssen Männer nach Frankfurt schicken, die das dort lassen, was wir zu viel haben, und das nach Hause bringen, was wir brauchen. — Salis: 50,000 Menschen sind der Macht des Geldes nicht zugänglich. Wenn man Euch indirecte Wahlen aufzwingen will, so wählt nicht. Man wird Euch sagen: dann wählen Andere. Das hat nichts zu bedeuten; denn von wem Ihr die Hand abzieht, der ist verworfen. — Jung verwahrt sich gegen die Aeußerung Schlöffels, als eine nicht dem Sinne des Comités entsprechende, und läßt dann über den Antrag: Ein Wahl-Comité, das nach besten Kräften (eine Stimme: unbedingt! Jung: Ueber seine Kräfte kann Niemand!) für die directen Wahlen zu wirken habe, abstimmen. Die vorgeschlagenen Mitglieder sind: Stadtverordneter Mertens (dreimaliges Hoch! Er muß die Runde um die Tribüne machen und wird überall mit Bravo und Händeklatschen empfangen); Constant, der die Barrikade am cölnischen Rathhause befehligt hat (Bravo!); Präsident Lette (Ja und Nein. Jung rühmt das Talent des Herrn Lette, allein die Majorität ist gegen ihn, weil er sich vor dem Volke nicht genug bekannt gemacht habe. Er wird nicht gewählt. Statt seiner verlangt die Versammlung den Schmidt Krause von Borsig); — Jung schlägt indeß zunächst den Stadtverordneten

Berends vor (Ja, Hoch!); Eichler (Hurrah, Hoch!); Nauwerk (Ja, Hoch! Wird vorgeholt und hält eine Rede, in der er bei der Wahl vor den schwarz-roth-golden Angestrichenen warnt, die gegen die Sache sind, sie aber mitmachen.) Stadtverordneter Runge (Ja!); Wiß (Ja!); Krause (Ja, Bravo!); Born, Präsident der Arbeiter-Versammlung im Maasschen Locale (Ja!); Bisky (Ja!); Prof. Erman, Siegmund, Salis, Moneke, auf Verlangen Einiger. (Alle angenommen.) Lessing (Ja, Bravo!); v. Förster (Ja, Bravo!); Türke, Heramer, Bergenroth, Hoppe, Seminar-Director Diesterweg, Sanitätsrath Thümmel, Prutz, Baader, Köppe, Schaßler, Held, Fähnrich. (Alle angenommen.) Gegen Schlöffel erhebt sich eine Opposition, jedoch giebt ihm die Majorität ihre Zustimmung. Börner, Schomburg, Engling. (Angenommen.) Mehrere der Gewählten müssen sich auf allen Seiten der Tribüne der Versammlung zeigen und werden überall mit Jubel aufgenommen.

Dieselbe Form, in welcher die Opposition gegen die bisher behandelten Regierungs-Vorlagen sich ausgedrückt hatte, nahm der Widerspruch an, der in der Tagespresse und den Clubs allgemein erhoben wurde, als die Regierung in der Botschaft vom 4. den Landtag aufforderte, ihr die Zustimmung zu einem Anleihe- oder Steuergesetze zu geben. Das für die Regierung vorhandene Bedürfniß neue Geldmittel zu schaffen, wurde zwar anerkannt, die Competenz des Landtags jedoch zur Bewilligung derselben bestritten; das Ministerium, wurde verlangt, sollte selbstständig und auf seine eigene Verantwortung Schritte zur Beseitigung der finanziellen Hindernisse thun. „Schreibt Steuern aus und dictirt eine Anleihe!" ruft die „Reform" den Ministern zu; „wendet Euch an das Volk!" fordert die Voss. Zeitung. „Ihr habt", fügt das erstere Blatt jenen Worten hinzu, „als provisorische Regierung das Recht und in dem Zutrauen des Volkes die Macht dazu. Rechtfertigt Euren Schritt vor der constituirenden Versammlung und macht den Begriff der Verantwortlichkeit zur Wahrheit! Aber zerrt uns nicht weiter mit diesem Zwitterwesen von Landtag. . . Was sollten wir abermals ihn auf die Gefahren verweisen, in die sein ohnmächtiger Beirath das Vaterland stürzen kann? Wir wenden uns lieber an Euch, die Ihr unter den schönsten Auspicien das ehrenvollste Amt, das je ein Ministerium in Preußen gehabt, vom allgemeinen Vertrauen begleitet angetreten. Wir fordern Euch auf, die Macht, die Ihr von den Verhältnissen bekommen, nicht unpolitisch zu schwächen; wir sagen Euch, daß jede finanzielle Maßregel, zu der Ihr Euch durch den Drang der Zustände berufen glaubt, nur von Euch allein, ohne Umwege, in's Leben zu rufen ist." (Ref. 9. Apr.) „Das Volk", erläutert das andere Blatt seine Aufforderung, „das Volk zu frischem Leben erwacht, soll im Verein mit einer volksthümlichen Regierung eine neue Aera der Freiheit beginnen. Das Volk wird gern und freiwillig in gemeinsamem Wetteifer geben, was zum allgemeinen Wohle, zur wahrhaften Befestigung der gemeinsamen Interessen von ihm selbst als nothwendig anerkannt ist." (V. Z. 8. Apr.) „Als es galt, ein Denkmal für Friedrich dem Großen zu erreichen, da glaubte man durch eine Berufung an's Volk es schaffen zu können und sie hat es geschaffen; jetzt gilt es ein anderes unendlich gewichtigeres Werk. Verschließt nicht Euer Ohr dem weckenden Rufe eines un-

geahnt herangebrochenen Völkerfrühlings, ruft vertrauensvoll das Volk zur Selbsthilfe auf, und wenn es hinter diesem Rufe zurückbleibt, wenn es sich selbst das Zeugniß der Unfähigkeit ausstellt, dann mögen die eisernen Fesseln des Czars, die überströmenden Wogen der Anarchie und Barbarei eine Gesellschaft erdrücken, welche den Todeskeim unwiderruflich in sich trägt.“ (V. Z. 10. Apr.) „Was wollen unsere Minister erzielen?“ fragt die Zeit.=Halle. „Beruhigung, Wiederherstellung des Vertrauens, Belebung der Geschäfte, Beflügelung des Geldumlaufs! Aber solche Umstände schafft man nicht durch Mittel, welche nur neue Zweifel in die Vertrauenswürdigkeit der Zustände rege machen können. Das einzige wahre Beruhigungsmittel war und ist noch: die schleunige Einberufung eines allgemeinen, vom ganzen Volke gewählten Landtags. Dagegen ist es ein Mittel zur Gefährdung der Ruhe, wenn die Minister dem jetzt versammelten Landtage eine falsche Stellung zuerkennen, ihm Rechte einräumen, die er in Wahrheit nicht mehr besitzt und die ihm das Volk niemals zugestehen wird. O möchte nun (wünscht das Blatt) der Landtag selbst es übernehmen, die Minister, die dieses alles verkannt haben, zu belehren. Es wäre dies der beste Weg für seine Mitglieder, den Beifall und die Achtung des gesammten Volkes sich zu sichern. Und wollen sie ja etwas thun, so mögen sie durch das Ansehen, dessen sie genießen, dahin zu wirken suchen, daß das, was etwa nothwendig ist, um dem Credit äußerlich abzuhelfen, in irgend einer freiwilligen Weise aus den Mitteln derer im Volke, die wohlhabend sind, einstweilen für den Staat gesteuert werde.“ (Z.=H. 6. Apr.) „Das Volk“, äußert dasselbe Blatt später, „hat die Pflicht, sich der Erhaltung seines Gesammtdaseins und der Befestigung seiner jungen Freiheit im Innern kräftig anzunehmen, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß Jeder bereit sein werde, wer es irgend vermag, aus reiner glühender Vaterlandsliebe jedes nothwendige Opfer freiwillig und freudig zu bringen. Das Vertrauen einer zweckmäßigen Verwendung der Mittel, die wir aufbringen werden, schenken wir unsern jetzigen Ministern gern. Daß es uns an Mitteln nicht fehlen wird, dies ist völlig unzweifelhaft; der Gesammt=Wohlstand unseres Landes ist nicht erschüttert, die alte Blüthe ist nicht gebrochen und die Frucht wird uns in den Schooß fallen, sobald nur wieder das Vertrauen zu uns selbst, zu unseren Kräften, zu unseren jungen Zuständen allgemein geworden.“ (Z.=H. 11. Apr.) — Der politische Club, in dessen Sitzung vom 6. April diese Angelegenheit berathen wurde, erklärte sich den Vertheidigern der Regierungsvorlage gegenüber, welche geltend machten, daß das Ministerium ja der Nationalversammlung für seinen Schritt verantwortlich bliebe, ebenfalls dahin, daß weder die Stimme des Landtags von Bedeutung, noch die Verantwortlichkeit der Minister jetzt schon eigentlich vorhanden sei, indem darüber noch kein Gesetz bestehe. Eine Anleihe, sowie eine neue Steuer sei jetzt schwer ausführbar, während doch anzuerkennen, daß dem Staate in diesem Augenblicke mehr als je bedeutende Mittel zur Ver=

fügung gestellt werden müssen. Daher bleibe dem Ministerium nur übrig, sich an den Patriotismus und die Hochherzigkeit der Nation zu wenden und eine freiwillige Anleihe aus allgemeiner Beisteuer zu Stande zu bringen. Dem entsprechend beschloß der Club in dem oben mitgetheilten Protest seine Ansicht über die Vorlage vom 4. auszusprechen. — Auch an speciellen Aufforderungen und Vorschlägen fehlte es nicht. Hr. Prince-Smith, Hausbesitzer, mahnt, „schnell und freiwillig einen kleinen Theil hinzugeben, um der Gefahr zu entgehen, einen viel größeren Theil, vielleicht das Ganze, später durch hereinbrechende Wirren einzubüßen"; er macht den Vorschlag, „daß jeder Preuße, welcher 500 Thaler jährliches Einkommen und darüber besitzt, vier vom Hundert, nach Selbstabschätzung in vierteljährlichen Raten so lange an die Staatskasse zahle, bis durch das abschließliche Ordnen der Finanzverhältnisse anderweitig bestimmt worden sei." Durch eine solche Handlung des praktischen Patriotismus, fügt er hinzu, würden wir die ersten Mittel zur Sicherung des Volksunterhalts gewinnen und uns sehr wohlfeilen Kaufs aus den jetzt fast unabsehbaren Verlegenheiten retten." (V. Z. 8. Apr.) An diesen Vorschlag anknüpfend, bemerkt die Zeit.-Halle (11. Apr.), daß die directe Besteuerungsart den Vorzug habe, den Besitzwerth und die Erwerbsfähigkeit möglichst wenig zu stören. Diese Gelegenheit möge also benutzt werden, „theils um durch Acclamation Seitens des Volks das Princip der directen Beschaffung des Staatsbedarfs zur Geltung zu bringen, theils um durch freiwilliges Entgegenkommen des Volks zur Stütze der Staatsmacht einen gewichtigen Hebel zur Herstellung des Vertrauens in unsere Zustände zu gewinnen." Dabei sei das Princip der Selbstabschätzung jedenfalls festzuhalten. Solle aber der Erfolg hinreichen, so müssen alle Staatsbürger, mit Ausnahme der Lohnempfänger, herangezogen werden. Die Klassensteuerlisten ergäben, daß auf je 100,000 Einwohner in die Klassen I, II, III etwa 40, 800, 4000 steuernde Haushaltungen fallen, deren Einkommen sich mindestens auf 1500, 500, 200 Thaler im Durchschnitt jährlich annehmen ließe. Danach kämen bei einem Steuersatze von 4 pCt. für die I und II, und von 2 pCt. für die III Klasse etwas über 6 Mill. Thaler jährlich im Staate ein. — Nach einem anderen Vorschlage wäre, da in einer Zeit, wo das Volk auf eine Verminderung der Steuern hoffe, es nicht rathsam erscheine, neue Steuern aufzulegen, eine Anleihe in der Art zu machen, daß man 5 pCt. Zinsen tragende, auf den Inhaber lautende Staats-Obligationen in Stücken zu 25, 50, 100, 500 und 1000 Thlr. creire, diese nach dem Bedürfnisse des Geldes, also nicht die ganze Anleihe auf einmal, ausgebe, das Capital vom 1. Mai 1850 ab durch Verloosung tilge, wobei jede durch das Loos gezogene Obligation mit 20 pCt. Aufgeld eingelöst werde, und die Obligationen zu 25, 50, 100 und 500 Thlr. möglichst an Inländer abgebe. Zur Zahlung der Zinsen und Amortisation des Capitals mögen vorzugsweise die Revenüen des Salzmonopols verwendet werden. — Dr. J. L. Gumbinner

theilt mit, daß „gar Viele" bereit seien, „verwerthbare Theile ihres Ueberflusses, Gold-, Silber- und Schmucksachen für das Bedürfniß des Vaterlandes hinzugeben", doch müsse zuvor die Forderung erfüllt sein, „jetzt endlich einmal genau zu wissen, was der Staat gegenwärtig noch wirklich bedarf, wie es mit dem Schatze, den Pensionsfonds, den vom Staate übernommenen Cautionen, den Capitalien der Seehandlung und so vielen anderen wichtigen Bestandtheilen des Staatsvermögens aussieht, was davon vorhanden sein sollte und was vorhanden ist." — Die Voss. Zeit. meldet von vielfachen ihr zugekommenen Einsendungen ähnlicher Art, unter denen auch der Aufruf einer Frau an das weibliche Geschlecht: seinen Schmuck auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen. — Dr. Schaßler wendet sich in Plakaten *) und Artikeln seiner „Volksstimme" an die „Freunde des Vaterlandes", um zu „augenblicklicher, freiwilliger Selbstbesteuerung Aller" aufzufordern. „Erhebe Dich, Volk Preußens", ruft er mit seiner „schwachen Stimme", die aber ein Echo finden werde in anderen Stimmen, „rette das Vaterland! Ihr Frauen und Mädchen, tragt Eure Spangen und Kostbarkeiten herbei, Ihr Jünglinge und Knaben, sammelt Eure Ersparnisse, ihr Männer und Greise legt einen Theil Eurer Habseligkeiten zur Seite und sprecht: Dies gehört dem Vaterlande. Ich rufe Euch Alle, Jung und Alt: seid bereit zum Opfer und wir werden sagen können: Jetzt haben wir uns unser Vaterland zum zweiten Mal erobert!" Tags darauf fordert er „Alle in deren Herzen diese Worte einen Wiederhall gefunden", auf: „zur Bildung eines Central-Comités, behufs Empfangnahme der aus freiwilliger Selbstbesteuerung einlaufenden Beiträge zusammenzutreten, dessen nächste Aufgabe es sein muß, in Verbindung mit der Regierung im ganzen preußischen Vaterlande die Bildung von Provinzial- und Kreis-Comités derselben Art zu veranlassen." Er, Hr. Schaßler, sei entschlossen, die Regierung zu bitten: „1) Als Local für die Arbeiten des Central-Comités einen Theil des früheren Hotels des Prinzen von Preußen darzugeben; 2) zur sofortigen Grundlegung eines Capitals die sich auf circa 20,000 Thaler belaufende Summe zu bewilligen, welche bisher nutzlos und unangewendet in der Kasse des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen gelegen." — Ein Ungenannter verlangt, nach dem von ihm aufgestellten Grundsatze: „Wer des Schutzes bedarf, wer mit Verlusten bedroht ist, wenn er nicht geschützt wird, bezahle die Kosten des Schutzes", daß von den Vermögenden, den Reichen die für die Sicherheit des Vaterlandes und des Eigenthums erforderlichen Mittel aufgebracht werden. Der Landtag, der im vorigen Jahre des Egoismus beschuldigt worden, weil er den Vorschlag zur Einführung einer Einkommensteuer verworfen, habe jetzt Gelegenheit seine volle Ehre wiederherzustellen und mit einer großartigen Handlung zu endigen. „Der Landtag beschließe einstimmig,

*) Druck von A. Bartz.

mit patriotischen Opfern voranzugehen. Unter namentlichem Aufrufe mache Jeder die Summe namhaft, die er sofort zu geben bereit ist. Der Besitz ist Hauptprincip der Vertretung auf dem Landtage. Nur Vermögende sitzen im Weißen Saale, unter ihnen Fürsten, Grafen und Herren. Jetzt ist eine Gelegenheit vorhanden, wie sie bisher nicht gewesen, sich als einen Durchlauchtigen, als einen Hoch- und Edelgeborenen zu zeigen." (Nat. Z. 9. Apr.)

Das Ministerium hatte in jener Vorlage vom 4. einfach die Zustimmung des Landtags zur Anschaffung von Geldmitteln verlangt, ohne den Betrag der Summe selbst, welche für den angegebenen Zweck ihm erforderlich schien, noch die Art der Anschaffung näher anzugeben. Es hatte damit ein unbedingtes Vertrauensvotum des Landtages gefordert, an welches es, wie aus einer Aeußerung des Finanzministers in der Sitzung vom 10. erhellte, die Bedingung seiner weiteren Existenz knüpfte. „Es handelt sich", erklärte Hr. Hansemann bei dieser Gelegenheit, „darum, in außerordentlicher Zeit dem Ministerium die Mittel zu geben, in außerordentlicher Weise großen Bedürfnissen, wenn auch nicht ganz zu genügen, doch insoweit ihnen zu Hülfe zu kommen, als es irgend möglich ist; es handelt sich um ein Vertrauensvotum, durch welches im allgemeinen dem Ministerium freie Hand gegeben wird, unter den obwaltenden Umständen die Mittel zu wählen, die es für geeignet halten wird." Die aus neunzehn Mitgliedern bestehende Finanz-Commission des Landtags hielt zur Begutachtung der Proposition vom 5. bis 8. April täglich zweimal Sitzungen, denen die Minister beiwohnten, um über das, was mit ihrer Forderung in Verbindung stand, nähere Aufschlüsse zu geben.*) Aus den Verhandlungen

*) Der Commissionsbericht enthielt folgende vom Finanzminister ertheilte Nachweisungen: „Die Bestände der Schatzkammer beliefen sich Anfangs 1847 in runder Summe auf 19,500,000 Thlr. Davon wurden im Jahre 1847 entnommen 1) zu den Roggen-Ankäufen wegen der Theuerung 4,000,000 Thlr., worauf 889,000 Thlr. bereits an die General-Staats-Kasse zurückgezahlt sind, und 998,000 Thlr. zwar noch erstattet werden sollen, jedenfalls aber für die Bedürfnisse der nächsten Zeit nicht disponibel sind. 2) Zur Realisation der Kassen-Anweisungen sind 3,000,000 Thlr. (von denen vorläufig eine Million erhoben ist) bestimmt worden, — eine Maasregel, welche sich zur Aufrechterhaltung des Staats-Credits besonders deshalb empfiehlt, weil dies fast in allen Zollvereins- und mehreren benachbarten Staaten beliebte und in großen Summen circulirende Austauschmittel gerade unter den gegenwärtigen Zeitumständen von dort theilweise zurückgekehrt. 3) Der Preußischen Bank ist zur Erweiterung ihres jetzt für den Handel und den Gewerbfleiß so nöthigen Geschäfts-Verkehrs eine Summe von 3,000,000 Thlr. überwiesen; 4) und endlich sind in gleicher Berücksichtigung der gegenwärtigen Umstände zur Errichtung von Lombard- und Disconto-Cassen in Berlin und den Provinzen 1,000,000 Thlr. bestimmt. Entnommen sind also aus dem Staatsschatz seit Anfang des vorigen Jahres 11,000,000 Thlr. und gegenwärtig befinden sich noch darin — und zwar in edlen Metallen — 8,500,000 Thlr.

Von dieser Summe dürften für das Bedürfniß der nächsten Monate in Anspruch genommen werden, theils zur Ergänzung des Heeres, theils zur Ergreifung kräftiger Maßregeln zur Herstellung der Ruhe im Innern des Landes 2,000,000 Thlr. Zur außerordentlichen Beschäftigung brodloser Arbeiter, etwa durch Bauten und Erdarbeiten 1,000,000 Thlr. Die bevorstehenden Ausfälle an den Zöllen, Steuern und andern Staats-Einnahmen lassen sich zwar nicht mit Gewißheit angeben; bei der großen Stockung der Gewerbe und des Handels, und den damit verbundenen Einschränkungen aller Art ist indessen zu befürchten, daß sie sehr erheblich sein werden und in den nächsten Monaten etwa 2,000,000 Thlr. betragen

zwischen den Ministern und dem Ausschusse gewann der letztere die Ueberzeugung, „daß für den Fall eines zu befürchtenden Ausbruchs eines Krieges die Mittel durchaus nicht vorhanden sein würden, um das Heer in seinem ganzen Umfange auszurüsten.“ Die Mobilmachung des ganzen Heeres würde aber nach den mäßigsten vom Kriegsministerium veranlaßten Anschlägen eine Summe von 15 Millionen erforderlich machen. Der Ausschuß beantragte darauf einstimmig, „daß die Regierung ermächtigt werde, auf außerordentlichem Wege zum äußeren und inneren Schutze der Monarchie eine Summe von 15 Mill. Thalern zu beschaffen.“ Außer dieser Ermächtigung hatte das Ministerium noch die Zustimmung zur Uebernahme einer (unbeschränkten) Garantie verlangt, „um gemeinnützige Vereinigungen in's Leben rufen und unterstützen zu können, welche theils die Milderung vorübergehender Zustände der Noth, theils die Erhaltung und Förderung des Handels, gewerblicher und landwirthschaftlicher Interessen bezwecken.“ In Folge der mit dem Ausschusse stattgehabten Berathungen leistete jedoch das Ministerium auf dieses „unbegrenzte“ Vertrauen Verzicht und der Finanzminister bezeichnete, auf den Wunsch des Ausschusses eine bestimmte Summe — 25 Millionen — als Maximum, ohne jedoch genau angeben zu können, weshalb gerade eine Summe von dieser Höhe erforderlich sein werde. Der Ausschuß beschloß auch hierauf — mit 17 gegen 2 Stimmen — zu befürworten, „daß die Regierung ermächtigt werde, zur Herstellung des Credits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantieen bis zum Gesammtbetrage von 25 Millionen Thaler unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantieen zur Folge haben könnten, zu verhüten.“ Am 8. April brachte die Commission ihr Gutachten zum Abschluß, am 10. berieth es der Landtag. „So hat denn“, eifert die Nat. Zeit., „der Landtag

---

dürften und für das laufende Bedürfniß anderweitig ersetzt werden müssen. Wenn für die fast unvermeidliche Bestreitung dieser Ausgaben von ungefähr 5,000,000 Thlr. der Staats-Schatz zunächst in Anspruch genommen werden muß, so würden dann nur noch 3,500,000 Thlr. verbleiben, eine überaus mäßige Summe, welche man theils als ein zu reservirendes Minimum betrachten muß, und von dem höchst wahrscheinlich ein großer Theil zur Unterstützung von Disconto- und solchen Instituten wird verwendet werden müssen, welche eine erleichterte Beleihung bezwecken.

Die Baar-Bestände der General-Staats-Kasse können zur Bestreitung der laufenden Ausgaben in keiner Art verkürzt werden, ja es befindet sich unter ihren Effecten ein Guthaben von ungefähr 2,000,000 Thlr. bei der Königlichen Bank, über welches nur allmählig verfügt werden kann. — Die Hauptverwaltung der Staatsschulden erhält die zur Zinszahlung und Amortisation unumgänglich erforderlichen baaren Mittel aus den dazu bestimmten Staats-Einnahmen. Ihre sonstigen Fonds sind in Effecten für den Zweck des Schuldenwesens angelegt. — Die Königliche Seehandlung ist ein bei Fabrik- und Handels-Unternehmungen vielfach betheiligtes Institut, welchem die zur Fortsetzung dieser Unternehmungen erforderlichen Geldmittel gerade in der jetzigen Zeit in keiner Art entzogen oder geschmälert werden dürfen. — In Bezug auf eine Anfrage über die etwa vorhandene schwebende Schuld sind wir benachrichtigt worden, daß eine solche lediglich zu Lasten des Eisenbahnfonds vorhanden sei und in einer für diesen Fonds gegen Verpfändung von Staatsschuldscheinen bei Rothschild contrahirten Anleihe bestehe, auf welche jetzt noch 1,200,000 Thlr. zurück zu zahlen sind.“

vier Tage unbenutzt gelassen in einer Zeit, wo jede Stunde verlorener Zeit unwiederbringlichen Schaden droht; er hat sie vergeudet mit Wahlen 2c." Doch auch der Landtag kannte sehr wohl den Werth der Zeit: in einer kaum dreistündigen Sitzung erledigte er sein letztes, schwierigstes Geschäft. Er bewilligte „mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität" die Forderungen des Ministeriums. Zwar hatte Hr. v. Bismarck gegen die Bewilligung so enormer Summen um so mehr protestirt, als ihm „das leitende System der Finanzen die Zustände des Vaterlandes mehr durch die Brille des Industrialismus als mit dem klaren Auge des Staatsmannes aufzufassen" schien, zwar hatte Hr. Schauß von Berlin sich weitläuftig für die Zurückweisung einer Garantie-Uebernahme von 25 Millionen ausgesprochen und dafür eine Zwangsanleihe von 5 bis 8 Mill. Thaler, als ausreichend für die Zwecke der Regierung, empfohlen: vergebens! Hr. v. Vincke, der in der Commission gegen die Bewilligung von 25 Millionen gestimmt hatte (mit ihm Hr. Milde), weil ihm die bisherigen Eröffnungen des Ministeriums nicht genügend erschienen waren, den jedoch die in der Plenarsitzung den Einwendungen gegenüber gemachten Mittheilungen des Finanzministers so befriedigten, daß er (wie auch Hr. Milde) mit dem Beschlusse der Commission vollkommen einverstanden war, Hr. v. Vincke übernahm jetzt die Vertheidigung des Ministeriums und seiner Forderungen in einer Rede, von der Hr. Haym in der Nat.-Zeit. behauptete, daß sie „ihres Gleichen nicht haben würde, wenn nicht im September 1789 Mirabeau jene wunderbare Apologie des Neckerschen Finanzplanes gesprochen hätte." Der westfälische Abgeordnete verschmähte nicht, seine Motive zur Bewilligung der 15 Millionen für die Mobilmachung des Heeres durch die ernsthafte Erwähnung des Gerüchtes zu verstärken, daß der Einfall von einigen Tausend Deutschen unter Herwegh zu erwarten sei, „wobei ohne Zweifel auch Franzosen sich betheiligen werden." Diese republicanischen Schaaren, äußerte der Redner, können uns mit Frankreich in einen Krieg verwickeln, „denn wenn einmal ein Zusammentreffen stattgefunden hat, so wird die französische Regierung entweder dem Drängen der Massen in Paris nachgeben, oder die Idee der französischen Ehre sie verleiten, sich der Sache anzunehmen." Wollen wir also, fügte er unter lebhaftem Beifall der Versammlung hinzu, die Ehre des Landes behaupten, so müssen wir zeigen, daß wir noch die alten Preußen sind, wir müssen die Regierung unterstützen aus allen Kräften. Für noch viel dringender als diese Bewilligung hielt Hr. v. Vincke die der 25 Millionen: „denn gerade in dem jetzigen Augenblicke, wo jede Stunde drängt, wo jede Stunde neue Deputationen nach Berlin fördert, welche die Minister ungleich wichtigeren Staatsgeschäften entziehen, wo jede Stunde neue Calamitäten herbeiführt, wo es überall an Circulationsmitteln fehlt, dürfen wir nicht säumen zu handeln, es handelt sich um das Wohl des Landes, um die Existenz jedes Einzelnen in dieser Versammlung." In Darmstadt sei in einer halben Stunde und in

Stuttgard in eben so kurzer Zeit ein Vertrauensvotum ertheilt worden. Soll Preußen geringeren Patriotismus beweisen? Soll der vereinigte Landtag nicht mit Ehren seine Tage beschließen? „Wenn wir dem Ministerium vertrauen, so wollen wir, nachdem wir seine Pläne kennen gelernt und von der Zweckmäßigkeit derselben uns überzeugt haben, diesem Vertrauen Kraft geben durch unser Votum. Unsere Minister sind ja verantwortliche Minister; noch kurze sechs Wochen und sie haben denen, die nach uns kommen, eine schwere Rechenschaft abzulegen. Versagen wir das Votum, so ist das Ministerium außer Stande, die Regierung länger zu führen; ich brauche nicht zu sagen, wie schwer es sein würde, ein neues Ministerium zu bilden, ... aber ich darf sagen, daß wir allen Grund haben, uns Glück zu wünschen, daß in dieser verhängnißvollen Zeit es Männer gegeben hat, die ihrer politischen Meinung nach sich in der Lage befanden, diese Plätze einzunehmen, und die Muth und Charakter hatten, dieses große persönliche Opfer dem ganzen Lande zu bringen. Diese Männer sind auch auf Dornen, nicht auf Rosen gebettet, erhöhen wir nicht die Schwierigkeit ihrer Stellung, schenken wir ihnen Anerkennung und Vertrauen. Ein jedes Mißtrauensvotum würde ich als einen Verrath des Vaterlandes erkennen. Ich stimme für das Ministerium." So schloß Hr. v. Vincke seine Rede. „Ihre Wirkung", sagt Hr. Haym, „war vollkommen; ihr Eindruck war der Effect einer Ueberraschung." Die Versammlung vergaß in der That unter diesem Eindruck jene Ueberraschung, die, wie auch das Commissions-Gutachten bemerkt, ihr bereitet wurde, als sie, sich am Ziele ihrer Wirksamkeit wähnend, aufgefordert wurde, allen ihren bisherigen Vertrauensvoten ein neues und eins der bedenklichsten Art hinzuzufügen, oder, um mit Hrn. v. Bismark zu reden, als ihr zugemuthet wurde, in demselben Augenblicke, wo sie in das Meer der Vergessenheit gestürzt werden sollte, sich noch mit dem Mühlstein einer Bewilligung von 40 Millionen zu belasten; sie vergaß alle, selbst in ihrer Mitte geltend gemachten Bedenken gegen ihre Competenz. „Lang anhaltender stürmischer Beifall, kurze Pause, nochmaliger stürmischer Beifall, Ruf zur Abstimmung; die Versammlung ist so bewegt, daß eine Unterbrechung von zehn Minuten stattfindet." So die concrete Umschreibung des „Effects der Ueberraschung" nach dem stenographischen Berichte. Die Versammlung wollte nach der Vinckeschen Rede keinen der Abgeordneten, die sich um das Wort gemeldet hatten, mehr hören; „der Ruf zur Abstimmung wird sehr lebhaft." Die Abstimmung erfolgt; ihr Resultat ist bereits angegeben. Noch einige Minuten und der Landtag wird für immer geschlossen. Dem Landtags-Commissar, Hrn. Camphausen, war es noch vergönnt, den Dank der Regierung für das Vertrauen auszudrücken, welches in der Abstimmung sich ausgesprochen, und die Hoffnung zu äußern, „das Land werde die Ueberzeugung gewinnen, daß die Mitglieder des Landtags selbst Glauben haben an das, was die Gegenwart uns gebracht hat, Vertrauen auf das, was die Zukunft uns bringen werde."

Auch Hr. v. Saucken-Tarputschen wurde noch angehört: Der im Hinscheiden begriffene Landtag habe eben ein sehr bedeutendes Vertrauensvotum der Regierung gegeben, er fordere nun aber auch von ihr, daß sie sofort zum entschiedensten Handeln sich wende, um Ordnung und Ruhe, Achtung vor den Gesetzen und Sicherheit des Eigenthums wiederherzustellen; denn nur auf diesem Wege könne Preußen wieder den Einfluß gewinnen, den es in Deutschland haben muß und beanspruchen darf; „nur auf solche Weise kann es den Segen großer Errungenschaften genießen, ein leuchtend Beispiel, wie der besonnene Geist, herrschend über die Leidenschaft, die Sonder-Interessen dem Wohle der Gesammtheit zu opfern weiß und wie aus Kampf und Streit und aus dem Flammenmeere der entzündeten Geister Preußen verjüngt und höher, ein Phönix aus der Asche, steigt." Vergebens aber hat Hr. v. Thadden*),

*) Hr. v. Thadden veröffentlichte einige Tage später sein „ungehörtes Votum" durch die Zeitungen. Als letztes Document der Opposition des Landtags sei es dem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilt:

„Dank der jetzt herrschenden Oeffentlichkeit, ja den Berichterstattern auf der Tribüne, die es bestätigen werden, wie man mehreren Abgeordneten aus dem Großherzogthum Posen und mir das Wort verweigert hat! Die neue constitutionelle Redefreiheit, das Recht seine Meinung frei auszusprechen, von der der Kön. Hr. Commissarius in der Eröffnungsrede spricht, scheint hinfort „eine Wahrheit" zu werden!? Was ich zu sagen hatte, konnte etwa Folgendes sein: Man verlangt von uns Millionen zum äußern und innern Schutz der Monarchie, für den herannahenden äußern und innern Krieg. Wohlan! so stelle man sofort die volle Autorität der Armee wieder her! Diese herrliche Armee, deren geringster Ruhm es ist, wenn man ihr sagt, daß sie ja nicht meineidig auf die frechen Aufrührer losgeschlagen hat, welche noch heute mit ihrem Hochverrath prahlen! Und wie hat man diese Armee behandelt? Ein hohes Dunkel der Schaamröthe mag die Blätter der preußischen Geschichte bedecken, die dies aufzeichnen wollen! Und noch bis heute hat die Armee keine vollständige, keine faktische, ihr gebührende Ehrenerklärung bekommen, denn mit bloßen Redensarten kann hier nichts abgemacht werden! — Und das Aufrechthalten der Ordnung im Innern! Der Schutz des Eigenthums? Was soll man aber von diesen Verheißungen hoffen, so lange das Eigenthum eines Königlichen Prinzen, des ersten Unterthans des Königs, des Statthalters von Pommern, ohne Urtheil und Recht mit Confiscation oder Beschlagnahme belegt ist, — und das von derselben Partei, die gegen Hochverräther die Confiscation als grausam beseitigen will. Oder ist etwa, nachdem seit Wochen wenigstens Schutz gegen die gröbsten Straßen-Excesse eingetreten ist, die signalisirte Beschlagnahme nur eine Fiction, um das Palais Sr. Königl. Hoheit vor Plünderung zu schützen? Von solcher unwürdigen Maskerade kann doch in dieser Zeit des öffentlichen Verfahrens nicht mehr die Rede sein. — In der Bewilligung von 25 Millionen für Garantieen ꝛc. kann ich dem Mitglied d. sächs. Rittersch. nur beipflichten! So lange man sich noch vor dem Popanz beugt, der jetzt alle Länder durchzieht, wird man sich vergeblich abmühen, die gesellschaftliche und gesetzliche Ordnung herzustellen, so lange erkläre ich mich auch gegen diese Bewilligung. — Wenn von einem Vertrauens-Votum für das jetzige Ministerium die Rede ist, so hat das geehrte Mitgl. d. westphäl. Rittersch. gewiß Recht, daß dasselbe sich nicht auf Rosen gebettet hat und man ihm in dieser drangvollen Zeit nur Muth und Ausdauer wünschen kann. Auch meine Unterstützung zu allem Guten soll nicht fehlen. Ich muß den Hrn. Finanz-Minister aber doch an ein Wort erinnern, welches er im vorigen Jahre von der Tribüne in die Versammlung hineinrief: die Stände sind dazu da, das Ministerium aus seinem Schlaf aufzuwecken! Diesem Rufe folge ich jetzt nur, wenn ich Verheißungen, die ich für erträumt halte, die Wirklichkeit abspreche. Auch lasse ich mich nicht durch die Verlegenheit abschrecken, die in Aussicht steht, wenn das jetzige Ministerium seinen Posten verläßt. Unter 16 Millionen Preußen werden sich immer noch einige, nicht ganz rathlose Männer finden, die das Schiff über sturmbewegtes Meer zwischen Klippen und Sandbänken hindurch in den Hafen bringen. Aber noch mehr: es könnten sogar zweizüngige Mantelträger, die nach oben zu halbherzigen Concessionen und muthlosen Maaßregeln Zugang

„eine Frage an die verantwortlichen Herren Minister richten" zu dürfen („große Aufregung, nein! nein!"), vergebens suchten die polnischen Abgeordneten v. Niemojewski und v. Niegolewski ihre Erklärungen abzugeben („allgemeines Geräusch, so daß man nichts verstehen konnte"), vergebens betrat Hr. Siebig aus Breslau die Tribüne. „Einer hohen Versammlung", begann er, „kann ich nicht vorenthalten, meine Ansicht auszusprechen. Ueber Mahl- und Schlachtsteuergesetz ... (Allgemeine Aufregung.) Ich bitte um die Rede ... (Wachsende Aufregung.) Die erste Erscheinung der Freiheit ... (Viele Stimmen: Von der Tribüne. Der Abgeordnete tritt herunter; große Aufregung; der Marschall giebt das Zeichen mit der Glocke.)" Es waren mehrere Petitionen eingegangen; ein vielstimmiges: Nein antwortete auf die Frage des Marschalls, ob die Versammlung sich auf die Berathung der Petitionen einlassen wolle; der vom Fürsten Lichnowsky beantragte Schluß des Landtags wird beifällig angenommen. Er wurde durch die feierliche Erklärung des Ministerpräsidenten vollzogen, nachdem noch der Landtags-Marschall, Fürst zu Solms, persönlichen und allgemeinen Beziehungen zu den neuen Zuständen einen Ausdruck gegeben. „Die Mitglieder des ersten wie des letzten Vereinigten Landtages", erklärte er, „dürfen sich sagen, daß sie ihre Aufgabe darin erkannt haben, Sonder-Interessen nicht zu vertreten. Sonder-Interessen zu vertreten war es niemals an der Zeit; von nun an wird dies weniger als jemals an der Zeit sein. So werde ich z. B. auf die mir zustehenden Gerechtsame in Bezug auf Gerichtsbarkeit, Polizeiverwaltung, Patronat und Steuerfreiheit verzichten, so wie ich schon auf das Jagdrecht in Gemeindewaldungen und auf Gemeindefeldern verzichtet, weil solche Rechte in einem Lande, in welchem alle Consequenzen des constitutionellen Systems wirklich gezogen werden, nicht an ihrem Platze sind. Diese Consequenzen müssen aber jetzt wirklich gezogen werden. Preußen kann niemals das thun, was in andern deutschen Staaten, welche die constitutionelle Regierungsform angenommen, aber ihre wesentlichen Consequenzen abgelehnt haben, seit mehr als 20 Jahren geschehen ist. Alle Consequenzen der constitutionellen Regierungsform müssen gezogen werden, nicht mehr, das wäre gefährlich für die öffentliche Wohlfahrt, nicht weniger, denn jedes Weniger würde eine Reaction sein und eine Reaction kann und darf nicht stattfinden." Dies waren die letzten Lebensäußerungen des verscheidenden, zu einem frühen Tode verurtheilten Landtags, sein Abschiedsgruß von der Gegenwart, vom Leben.

---

verschaffen und dann wieder mit den Männern der Barrikade fraternisiren, einen Einfluß gewinnen? Es droht uns ein Ministerium der Anarchie? Hierauf antworte ich: Und wenn jetzt ein Ministerium Teufel an die Reihe käme, so kann mich das nun und nimmermehr bestimmen, dem Unrecht ein Recht zuzugestehen. Jetzt, meine Herren, sind wir also in der Opposition, und wir denken unsere Schuldigkeit zu thun. Gott der Allmächtige ist unser starker Schutz und Helfer. Für das stehen allerdings keine Fackelzüge, keine Ehrenpokale und Serenaden in Aussicht, wohl aber: ein ehrlicher Galgen und eine fröhliche Auferstehung."

Dem todten Körper widmete noch Hr. A. Zimmermann (Sp. Z. 11. Ap.) anerkennende Worte: „Er hat seine Aufgabe erkannt und gelöst; er hat Einsicht, ja mehr noch, er hat Muth bewiesen. In seinem letzten Vertrauensvotum sprach sich mit wahrer Begeisterung ein schöner Patriotismus aus, so warm und edel, wie er sich nur in den herrlichsten Zeiten des Vaterlandes kundgegeben hat. Keinen Augenblick standen die Abgeordneten an, die schwere Verantwortlichkeit vor der Nation und ihren bald versammelten Vertretern mit den Ministern zu theilen, denn dies ist der Sinn der letzten Sitzung." — Weniger günstig äußerten sich die anderen Stimmen in der Presse mit Bezug auf den Landtag. Die Voss. Zeit. (13. Ap.) „leugnet nicht, herzlich froh zu sein, daß er endlich geschlossen ist. Dies Temporisiren, dies matte Verhandeln mit den Mächten der alten Zeit hat weder dem öffentlichen Vertrauen, noch der Autorität der Regierung eine wahrhafte Stütze gegeben. Das Ministerium ist nun frei; es vermeide alles weitere Suchen nach künstlichen Stützpunkten; es wende sich nun mit vollem, kühnen Vertrauen an den neuen Geist unseres Volkes, es handele aus seinem Herzen, ... wir verbürgen ihm, daß es eine Hingebung ohne Gleichen finden wird." — Die „Reform" (13. Ap.) scheidet ohne Groll von den Männern, welche durch widerspruchsvolle Verhältnisse in einem Banne festgehalten lagen, über den sie ihr eigenes Bewußtsein schon hinausschob. „Vergesset", ruft sie ihnen zu, „die Rollen, welche ein unerbittliches Geschick, die Unbarmherzigkeit eines furchtsamen Philisteriums, die Zähigkeit eines vorsichtigen Ministeriums Euch hat spielen lassen — traurige Janusgesichter einer Uebergangsperiode! Ihr habt dem erwachten Volke, dessen Recht auf sich selber ruht, autonom und keiner Anerkennung bedürftig, die Sanction der Vergangenheit mitgeben wollen, wir danken Euch, aber wir treten die Erbschaft nicht an. Keine Majorate mehr! Unser ganzer Adel ist unsere Faust und unser Geist!" — Mit den schwersten Beschuldigungen überhäuft die Landtagsmitglieder derselbe Graf L. Pfeil, der schon wiederholt Gelegenheit genommen hatte sich für einen unversöhnlichen Gegner des Ministeriums und der neusten Regierungsmaßregeln zu erklären, seitdem ihm ein an den Minister v. Auerswald eingesandtes Memoire wieder zurückgegeben worden, in welchem er, der die eingetretenen Ereignisse seit Jahren klar erkannt und darauf vorbereitet habe, dem Minister seine Hilfe angeboten und weitläuftig alle die Mittel, die den Staat neu und fest begründen sollten im Sinne des weitesten Self-government, zugleich aber im vollständigsten Widerspruche gegen die Bestimmungen des Wahlgesetzes angegeben hatte, der bei Veröffentlichung dieses Memoires *) das preußische Volk aufrief, sich selbst das Gesetz zu geben, wie es das freie Volk in Athen und Rom, im alten Deutschland gethan. Auch jetzt fordert er wieder das „preußische Volk" auf (Z.-H. 2. Ap.) die Zügel selbst zu ergreifen,

*) „Unsere Verfassung." (Als „Extrabeilage zur B. Zeit.-Halle Nr. 84." erschienen.)

welche die Verwaltung mit beiden Händen weggeworfen habe. „Das Ministerium, nachdem es in wenigen Wochen den Staatsschatz vergeudet und vierzig Millionen neue Schulden gehäuft, legt Dir ein Wahlgesetz vor, bei dem keine Regierung, keine Freiheit möglich ist. Die versammelten Stände, anstatt den Sturm auf sich selbst zu lenken, haben ein Machwerk, vom Taumel des Augenblicks erzeugt, fast einstimmig angenommen und dafür gedankt. Sie haben sich aufgelöst und ihr Vaterland, ihren König, dem sie Treue gelobt, verlassen in der Stunde der Gefahr, um Leute am Staatsruder zu erhalten, die weder zu regieren noch Gesetze zu geben verstehen, die da meinen, ein Linienschiff im Sturm lasse sich mit Bindfaden lenken. Die Geschichte wird über sie richten, wenn ein Staat, gegründet durch die Weisheit so großer Fürsten, so angesehen und mächtig nach innen und außen, durch Unwissenheit und Feigheit schmachvoll zu Grunde geht."

IV. Beruhigungs-Maßregeln der Behörden. — Kleine Unruhen unter den Arbeitern, große Unruhe unter den Bürgern. — Die Bürgerwehr. Hr. v. Aschoff und die Allarmirungen.

Beruhigung zu schaffen — das war die Aufgabe, die von allen Seiten an die Regierung gestellt wurde, auch von Seiten Derer, die noch vor Kurzem zum Entsetzen der Ruheliebenden das Losungswort: „Keine Ruhe!" ausgesprochen hatten. Verschieden waren freilich die Mittel, die zur Lösung dieser Aufgabe als geeignet erachtet wurden; nicht Hr. Benda, in seinen Catilina-Artikeln, allein verlangte ein „großes politisches Handeln" vom Ministerium, während Viele in der schnellsten Beseitigung der materiellen Uebelstände hinreichende Beruhigungs-Maßregeln erblickten. Unzählige Deputationen, Aufforderungen, Adressen drängten das Ministerium zu einem Handeln in dieser Richtung. Im unmittelbaren Anschlusse an den zuletzt behandelten Gegenstand sei hier zunächst eines Antrages erwähnt, den mehrere Abgeordnete des Landtags, unter denen die drei Vertreter Berlins, von ihren Committenten beauftragt, unter dem 4. April beim Ministerium einbrachten, und der mit Rücksicht auf die Lage der arbeitenden Klassen, welche die „dringendste und schleunigste Aufmerksamkeit" erheische, dahin ging, „daß in allen Landestheilen sofort Commissionen aus Arbeitgebern und Arbeitenden jeder Art gebildet werden, um gemeinsam die dringendsten Mittel zu berathen, welche am geeignetsten sind, die Verhältnisse der arbeitenden Klassen zu bessern und zu heben." Die drei Vertreter der Landgemeinden von 12 Kreisen der Provinz Brandenburg richteten am 8. April

eine mit zahlreichen Petitionen ihrer Auftraggeber begleitete Eingabe an das Ministerium, in welcher nicht weniger als 34 Punkte zur Beruhigung vorgeschlagen werden. „Tief eingreifende Umgestaltungen der Verfassungen deutscher Staaten", beginnt dieselbe, „haben stattgefunden, wodurch auch unser Vaterland erschüttert und in allen Provinzen von betrübenden Aufregungen und Ereignissen heimgesucht worden ist, und wer vermag zu verbürgen, ob das Gift so rasch als es gesogen geheilt werden kann." Die drei Vertreter halten es für ihre Aufgabe, „Beruhigungs- und Linderungsmittel" vorzuschlagen, die jenes Gift verhindern, sich dem ganzen Körper mitzutheilen. Zu den vorgeschlagenen 34 Beruhigungsmitteln gehören u. a. Aufhebung der Mahl-, Klassen- und Schlachtsteuer, Aufhebung des Jagdrechtes auf bürgerlichen Besitzungen nach billigen Entschädigungen, sofortige Aufhebung aller Dominial-Abgaben, Abschaffung aller grundherrlichen und Lehnsrechte, freie Wahl der Prediger und Schullehrer, freies Schulgeld für alle Schüler in Land- und Stadtschulen, Einführung des rheinischen Rechtes, allgemeine Landesbewaffnung, „Abhülfe von Anfertigen von Damen- und Frauenkleidern durch weibliche Personen" u. s. w.

Die Kaufmannschaft von Berlin hatte sich, wie schon erwähnt, (Buch III. Abschn. IX.) an den Finanzminister mit der Bitte gewandt, daß der Staat Geldmittel zur Abhülfe der eingetretenen Stockung in dem Geldumlaufe bewillige. Nachdem die Aeltesten der Kaufmannschaft, auf einen vorläufigen Bescheid des Ministers, mit mehreren Fabrikbesitzern sich berathen, richteten sie am 5. April eine Vorstellung an den Minister, worin es heißt:

Die von Ew. Excellenz gestern mündlich an uns ertheilte Vorbescheidung haben wir zur Kenntniß unserer Committenten gebracht. So dankbar diese die ihnen in Aussicht gestellte Hülfsleistung anerkennen, so fest überzeugt sind sie von der Unzulänglichkeit derselben. Die eigenen Mittel zur Befriedigung der Arbeiter, deren Lebens-Existenz von unseren Committenten abhängt, sind fast erschöpft. In der nächsten Zukunft werden sie gänzlich versiegen. Groß ist die Geld-Krisis, die immer mehr und mehr um sich greift; groß die Noth, die im Hintergrund derselben sich ankündigt; erschreckend sind die zu befürchtenden Wirkungen derselben. Ew. Excellenz haben wir gestern ein getreues Bild der vorwaltenden Zustände und der Befürchtungen, die nach denselben sich uns aufdrängen, vorgetragen. Auf diese Darlegung gründen wir den dringenden Antrag: die denjenigen Gewerbtreibenden, welche der arbeitenden Klasse Arbeit zu geben im Stande sind, verheißene Hülfe bedeutend und so viel als irgend möglich ist, zu erhöhen. Vor Allem ist jedoch die möglichste Beschleunigung der zu beschließenden Maßregeln nothwendig. Wahrlich von dem Moment hängen in der gefahrvollen Zeit Folgen ab, die nicht zu berechnen sind.

Auf diese Eingabe erging bereits an demselben Tage folgender Bescheid des Hrn. Hansemann:

Die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft benachrichtige ich, daß ich zur Unterstützung von Kaufleuten und Fabrikanten in hiesiger Stadt einen Fonds von 150,000 Thlr. bewilligt habe, welcher nach Maßgabe der anliegenden Bedingungen zur Verwendung kommen soll. Ich überlasse Ihnen, aus Ihrer Mitte ein Comité von fünf Mitgliedern zur Verwaltung des Fonds zu bilden, und mir dieselben namhaft zu machen, auch diejenige Kasse zu bezeichnen, an welche obige Summe nach eingetretenem Bedarf gezahlt werden soll. Schließlich bemerke ich, daß eine wirksame Unterstützung nur dadurch erreicht werden kann, wenn sich Vereine von Privaten zur Hebung des Privat-Credits bilden, und daß, falls des Königs Majestät, auf Grund der Verhandlungen des Vereinigten Landtags, mich zu ferneren Unterstützungen

ermächtigen sollten, solche nur den mit Privatmitteln begründeten Vereinen, und wahrscheinlich nur durch Verstärkung des Privat-Credits gewährt werden würden.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft sandten am 6. eine zweite Eingabe ab:

Ew. Exc. uns so eben zugekommene Verfügung vom 5. April c. haben wir unverzüglich unsern Committenten mitgetheilt und dürften Seitens derselben das Anerkenntniß der von Ew. Exc. an den Tag gelegten Fürsorge für das öffentliche Wohl erwarten. Der ihnen gemachten Aufgabe gemäß zeigen sie an: 1) daß die Bank ihnen als der sicherste Ort der Aufbewahrung der bewilligten 150,000 Thlr. erscheint; 2) daß sie den Fabrik-Inhaber A. Borsig, den Kaufmann Hrn. Eschwe, den Fabrik-Inhaber Louis Reichenheim, den Fabrik-Inhaber Sussmann, den Stadtverordneten und Tuch-Fabrikanten Sehlmacher und den Seiden-Fabrikanten Meyer Magnus als geeignete Mitglieder des nach der vorbezeichneten Verfügung zu bildenden Comités in Vorschlag bringen; 3) daß sie sich sofort mit der Bildung von Vereinen der Privaten zur Hebung des Privat-Credits nach der ertheilten Weisung beschäftigen sollen.

An demselben Tage noch erhielten sie die folgende Antwort:

Nach dem Vorschlage der Herren Aeltesten der Kaufmannschaft genehmige ich hierdurch, daß die darin bezeichneten sechs Personen mit dem vorläufig zum diesseitigen Commissarius bestimmten Geheimen Ober-Finanzrath v. Rabe zu dem in meiner Mittheilung vom 5ten d. M. erwähnten Comité zusammentreten und sofort ihre Functionen beginnen. Mit der Aufbewahrung der 150,000 Thlr. bei der Bank bin ich einverstanden. Die in der Vorstellung vom 5. d. M. beantragte Erhöhung dieser Summe kann ich zu meinem Bedauern nicht möglich machen.

Wie nach anderer Seite hin das Ministerium Forderungen entgegenkam, welche in Bezug auf specielle Arbeiterverhältnisse an dasselbe gerichtet wurden, darüber sich zu äußern fand ein Mitglied dieses Ministeriums, anderthalb Jahre später, in Folge persönlicher Anspielungen eines (berliner) Abgeordneten zur II. Kammer, sich veranlaßt. Der Abgeordnete v. Auerswald erklärte bei dieser Gelegenheit (Sitzung der II. Kammer v. 18. October 1849):

„Als in den letzten Tagen des März und in den ersten Tagen des April 1848, in Folge der hiesigen Zustände, eine beklagenswerthe Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern eingetretern war, gingen die Beschwerden darüber und die Vorschläge derselben bei den Ministerien in so großer Zahl und in so verschiedener Gestalt ein, daß es wirklich damals nicht zu den geringsten Sorgen und Mühen gehörte, diese Anträge abzulehnen oder zu regeln. Unter solchen Anträgen befand sich auch wiederholt der, sämmtliche Arbeiten, die sonst von freien Handwerkern ausgeführt werden könnten und in den Königl. Strafanstalten und Arbeitshäusern angefertigt wurden, sofort zu sistiren und dadurch den Verdienst den Arbeitern zuzuwenden. Es war positiv unmöglich, diesen Anträgen vollständig zu genügen, und wenn es unter den damaligen Umständen keine leichte Pflicht war, dies Deputationen, die oft nicht in wenigen, zur Verständigung geeigneten, erwählten Mitgliedern, sondern massenhaft erschienen, begreiflich zu machen, so ist dieselbe dennoch mit Consequenz und Festigkeit geübt. Auf der anderen Seite hatte aber die Regierung die Pflicht, dem wirklichen Bedürfniß, so weit dies möglich war, zu entsprechen. Unter den Klagen, die von den Arbeitern Berlins vorgebracht wurden, war besonders die, daß mehrere Fabrikbesitzer Hunderte, ja, Tausende von Arbeitern entlassen hätten, weil sie ihnen keine Arbeit mehr geben könnten, und zwar deshalb nicht geben könn-

ten, weil sie durch Contracte der Staats-Regierung gegenüber gebunden wären, ihre zur Zeit disponibeln Fonds für die Arbeitenden in den Straf-Anstalten und so auch die Anfertigung von Arbeits-Erzeugnissen zu verwenden, welche an sich schon den zeitweiligen Bedarf überstiegen. Mit Rücksicht darauf, daß es zunächst die Sache des Staates ist, für die Beschäftigung in den Strafanstalten zu sorgen, und daß es für den Augenblick damals ein nicht zu verkennendes Bedürfniß war, eine große Anzahl brodloser Fabrikarbeiter lohnend zu beschäftigen, ging die Regierung darauf ein, solche Fabrikbesitzer, welche dergleichen Contracte geschlossen und diese als Grund dafür aufführten, daß sie ihren freien Fabrikarbeitern keine Arbeit geben könnten, von diesen Contracten zu entbinden. Man beschränkte sich dabei auf diejenigen Arbeitsfächer, in welchen große Zahlen von Erwerblosen wirklich ermittelt wurden, und auf die Fälle, in welchen die Unternehmer selbst die Entbindung vom Contracte nachsuchten, die Fabrikbesitzer darauf antrügen."

Auf die hierin erwähnten Anträge, die Arbeiten in den Straf- und Arbeitshäusern zu Gunsten der freien Arbeiter zu sistiren, beziehen sich folgende vom Ministerium des Innern am 10. u. 11. April erlassenen Verfügungen:

Der Deputation des Raschmacher- und Webergewerkes wird auf den Antrag vom heutigen Tage eröffnet, daß die Staatsregierung in Betracht der dermalen obwaltenden besonderen Umstände bereit ist, diejenigen Fabricationszweige in den Strafanstalten, durch welche der Verdienst der hiesigen einheimischen Arbeiter wesentlich beeinträchtigt wird, aufhören zu lassen, wie dies auch in mehreren einzelnen Fällen bereits geschehen ist und auf den Antrag der Unternehmer ferner geschehen wird. Ohne einen solchen Antrag können aber die geschlossenen Contracte von der Regierung einseitig nicht aufgehoben werden. Die Unternehmer haben sich indeß mehrentheils bereit erklärt, ihre vertragsmäßigen Rechte aufzugeben, und es wird daher, um den Wunsch der Herren Antragsteller zu erfüllen, wohl weiter nichts erforderlich sein, als daß dieselben diejenigen Personen näher bezeichnen, von welchen sie wünschen, daß sie die Fabrication durch Sträflinge aufgeben mögen. Sobald dies geschehen, wird das Geeignete, um die contractlichen Verhältnisse den Anträgen entsprechend anderweit zu ordnen, seitens der Verwaltung veranlaßt werden. — Minister. des Innern. Erste Abtheilung. (gez.) Manteuffel.

Auf die Anfrage mehrerer Mitglieder des Raschmacher-, Weber-, Tuchmacher- und Seidenwirker-Gewerks wird denselben eröffnet, daß bereits beschlossen ist, alle diejenigen Unternehmer von ihren Contracten und Verpflichtungen zu entbinden, welche in Zucht- oder Arbeitshäusern Arbeit anfertigen lassen, durch welche den einheimischen Arbeitern und Handwerkern in dieser nahrungslosen Zeit Verdienst und Arbeit entzogen wird. — Die Unternehmer sind bereits früher hiervon benachrichtigt, um jene Arbeiten einzustellen. — Der Minister des Innern. v. Auerswald.*)

Geld- und Arbeiterverhältnisse bestimmten die Maßregeln, welche, um Beruhigung zu schaffen, von den Staats- und städtischen Behörden, den Fabrikanten und Kaufleuten ausgeführt wurden. Das Finanzministerium bewilligte

*) Mit diesen Bescheiden in Zusammenhang steht der Inhalt einer Erklärung, welche die Redaction der Vossischen Zeitung am 13. April, neben und trotz der gleichlautenden Berichtigung in ihrem eigenen Blatte, durch Plakate noch besonders zu verbreiten für geeignet hielt. Ein am Tage vorher von ihr gebrachter Artikel, das Raschmacher- und Webergewerk betreffend, wird in diesen Eckenanschlägen dahin berichtigt, daß ein ministerielles Rescript vom 11. den Beschluß enthalte, „alle diejenigen Unternehmer von ihren Contracten und Verpflichtungen zu entbinden, welche in Zucht- oder Arbeitshäusern Arbeiten anfertigen lassen."

der Commune für die von ihr beschäftigten Erd- und Bau-Arbeiter einen Zuschuß von 200,000 Thalern. Fabrikanten einigten sich mit ihren Arbeitern in Forderungen, welche die Letzteren wegen Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit u. dgl. m. an sie richteten. In der Kaufmannschaft wurden Beiträge zur Unterstützung der städtischen Sparkasse, die in der letzteren Zeit übergroße Baarzahlungen gehabt hatte, ohne daß gleichzeitig neue Einlegungen gemacht worden wären. (Diese Beiträge sollten, nach einem lithographirten Circular des Magistrats, als Darlehen auf ein Jahr, zu einem Zinsfuß, den der Darleiher selbst vorschlagen solle und gegen Unterpfand von consolidirten Papieren, gegeben werden.) Der früher erwähnte Prince-Smith'sche Vorschlag einer Einkommensteuer ließ eine Anzahl Personen zusammentreten, die zur schnellen Betreibung der Angelegenheit ein Programm entwarfen, demzufolge alle preußischen Staatsbürger, mit Ausnahme der Lohnempfänger und der ganz Unbemittelten, „freiwillig die Staatsregierung auffordern, eine Steuer nach einem zu bestimmenden Verhältnisse des selbstabgeschätzten Einkommens von Jedem zu erheben, der jährlich 250 Thlr. und darüber bezieht." Das Polizeipräsidium erließ, in Ausführung eines Beschlusses der städtischen Behörden, am 6. eine Bekanntmachung über die „Ausweisung" fremder Arbeiter — eine Beruhigungsmaßregel, die jedoch auch auf einigen Seiten beunruhigte. „Da es von Wichtigkeit ist", beginnt diese Bekanntmachung, „die den bestehenden Vorschriften entgegen sich hier arbeitslos aufhaltenden fremden Handwerksgesellen und andern Gewerbegehülfen aus der Stadt zu entfernen", so werden die Meister und Arbeitsgeber, welche etwa noch Arbeitsbücher der bezeichneten Personen haben, aufgefordert, diese sofort an die Polizei-Commissarien abzuliefern. Zugleich werden die Gewerksvorstände und Herbergswirthe veranlaßt; alle ihnen bekannt gewordenen, länger als drei Tage arbeitslosen fremden Gesellen beim Polizeipräsidium anzuzeigen. „Auch wird dieses es besonders anerkennen, wenn andere Bürger dergleichen Anzeigen machen, da in der jetzigen bedrängten Zeit jedem Einwohner daran gelegen sein muß, die unthätigen fremden Arbeiter aus der Stadt entfernt zu sehen." — Die städtische Deputation zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen fährt fort, verschiedene Punkte in bunter Reihe als „weitere Beschlüsse" zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Am 5. ließ sie den früher mitgetheilten 4 Punkten (s. I. S. 485) acht andere, am 15. diesen wieder sechs folgen. Sie lauteten:

5. Ein bei der Deputation eingegangener Antrag, jedem Arbeiter, der 4 Wochen an einer Stelle bei einem Tagelohn von 12 Sgr. ausgehalten hat, eine angemessene Prämie zufließen zu lassen, fand keinen Anklang, und beschloß man, darauf nicht einzugehen. Die Zahl der fleißigen Arbeiter ist so groß, daß ansehnliche Mittel dazu erforderlich sein würden, um diesen Vorschlag auszuführen. — 6. Zur Beseitigung der überhandnehmenden Bettelei eine Collecte zu veranstalten, um aus dem Ertrage derselben diejenigen zu unterstützen, welche durch die Arbeits-Nachweisungs-Anstalten Arbeit nicht erhalten können, hielt man um so weniger für nothwendig, als diese Anstalten bis jetzt noch im Stande gewesen sind, wenigstens allen männlichen Arbeitern, die sich gemeldet haben, Beschäftigung nachzuweisen. — 7. Dagegen schien zur möglichsten Vermeidung des ferneren Andranges fremder Arbeiter nach Ber-

lin eine Bekanntmachung dahin dringend nothwendig, daß zur Ausführung der im Werke befindlichen Bauten bereits die erforderliche Anzahl Arbeiter vorhanden sei, überhaupt dabei auch vorzugsweise einheimische Arbeiter beschäftigt werden sollten. Es sind dieserhalb bereits höheren Orts Anträge gemacht worden. — 8. In den Casernen ist bisher aus den Offizier-Küchen durch Frauen der Unteroffiziere rc. ein vollständiger Handel mit Victualien rc. betrieben worden. Die Abstellung dieses Uebelstandes ist sofort beantragt worden, damit der Soldat im Stande ist, außerhalb der Caserne und, ohne durch andere Rücksichten bestimmt zu werden, da seine Bedürfnisse zu entnehmen, wo dieselben am besten und billigsten zu finden sind. — 9. Zur Beseitigung entstandener Zweifel und auf den Vorschlag der Deputation ist eine Interpretation des Erlasses hinsichtlich der Bildung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten dahin nachgesucht worden, ob dieses neue Ministerium auch ein Arbeiter-Ministerium in sich schließe, d. h. ein solches, wo sowohl die Arbeitsgeber als auch die Arbeiter durch Organe aus ihrer Mitte vertreten werden. — 10. Wurde beschlossen, die in großer Anzahl eingegangenen speciellen Gesuche, soweit sie nicht zum Ressort der Deputation gehören und nur auf augenblickliche Unterstützungen, Anstellungen u. s. w. gerichtet sind, an die betreffenden Behörden zur weiteren Veranlassung abzugeben. — 11. Nach einem Rescripte des Herren Kriegsministers, welches der Deputation zur Kenntnißnahme mitgetheilt wird, ist das Kriegsministerium gern bereit, dem ausgesprochenen Wunsche wegen Eröffnung von Nahrungsquellen für den Gewerbestand entgegen zu kommen, so weit dies bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse nur irgend möglich ist. — 12. Zwischen den Verlegern von Mustern und den Mustermaler-Principalen und Gehülfen ist durch unsere Vermittelung eine Vereinigung zur Zufriedenheit beider Theile zu Stande gekommen.

13. Um zu vermeiden, daß bei den öffentlichen Arbeiten einzelne Gewerbetreibende besonders begünstigt werden, beschloß man, sämmtliche Königl. und die städtischen Behörden zu ersuchen, die Arbeiten und Lieferungen, welche sie ausführen lassen und deren sie bedürfen, nicht mehr einzelnen Gewerbetreibenden, sondern den gesammten Gewerks-Verbindungen zur weiteren Vertheilung unter sich zu übertragen. Man ging hierbei von der Voraussetzung aus, daß die verschiedenen Gattungen von Gewerbetreibenden sich beeilen würden, in Verbindungen zusammen zu treten und daß die Innungen es sich würden angelegen sein lassen, die Aufnahmen so viel als möglich zu erleichtern und die nicht zünftigen Meister in gleicher Weise bei der Vertheilung zu berücksichtigen. Eine Commission von 10 bis 18 Mitgliedern wird bei jeder Innung mit Berücksichtigung aller Verhältnisse eine möglichst gleichmäßige und unparteiische Vertheilung vornehmen können. Die städtischen Behörden haben sich hiermit bereits einverstanden erklärt. — 14. Um den Zutritt zu den Innungs-Verbindungen zu erleichtern, haben die Communalbehörden auf unsern Antrag beschlossen, die bei den Aufnahmen zu entrichtenden Kämmerei-Gebühren nicht weiter zu beanspruchen. — 15. Wegen Einstellung gewerblicher Arbeiten in den Zuchthäusern und ähnlichen Anstalten sind bereits Zusicherungen ertheilt. Um aber augenblickliche Hülfe zu schaffen, war man der Meinung, daß die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben müsse, auch die noch bestehenden Verträge ohne Entschädigung aufzuheben, sofern dies gewünscht werden sollte. Diesen Wünschen ist bereits ebenfalls gewillfahrt. — 16. Der größte Theil der hiesigen Besitzer von Maschinen-Bauanstalten und Fabriken hat über die Höhe des Lohnes, unter Feststellung eines Minimums, die Arbeitszeit und sonstige Arbeitsverhältnisse ein schriftliches Abkommen getroffen, welches der Deputation mitgetheilt wurde. Man hielt es für angemessen, der Königl. Seehandlung eine Abschrift dieses Abkommens zur etwanigen Benutzung bei den unter ihrer Verwaltung stehenden, ähnlichen Anstalten zugehen zu lassen. — 17. Ueberzeugte man sich, daß bei den verschiedenen Gewerben die Festsetzung des Lohnes, der Arbeitszeit rc. nicht willkürlich geschehen könne, durch mancherlei Umstände bedingt sei und daß die Regulirung dieser Verhältnisse am besten durch Commissionen in den einzelnen Gewerken selbst, aus Arbeitsgebern und Arbeitern bestehend, würde geschehen können, denen zugleich eine Art schiedsrichterlicher Autorität über den Fleiß oder Unfleiß, über den Werth der Arbeit beizulegen sein dürfte. Es wurde vorgeschlagen, den bei den Innungen bestehenden Innunggerichten diese Thätigkeit mit zu übertragen und deren Befugnisse zu erweitern. Ein wesentlich neues und wünschenswerthes Element würden diese Gerichte durch die Theilnahme und den Zutritt von Gesellen erhalten. — 18. Zur Herstellung einer allerdings wünschenswerthen Verbindung mit dem Central- und Lokalverein für das Wohl der arbeitenden Klassen hielt man die gegenseitige Mittheilung der Beschlüsse für ausreichend. Ein vollständiger Anschluß erschien auch schon in sofern nicht zweckmäßig, als die unterzeichnete Deputation bereits eine große Anzahl von Mitgliedern zählt, und außer den generellen Fragen auch mit vielen Specialien sich zu beschäftigen hat, welche nicht zur Cognition der Vereine gehören.

Eine vollständigere Uebersicht der Maßregeln, welche von den städtischen Behörden in Bezug auf Arbeiter- und Geldverhältnisse erörtert und beschlossen wurden, gewährten die *Verhandlungen der Stadtverordneten*, deren Inhalt die folgenden Auszüge aus den Sitzungsberichten wiedergeben:

(*Sitzung der Stadtverordneten vom 3. April.*) Bei dem jetzigen Stand unserer städtischen Finanzen mußte darauf Rücksicht genommen werden, dieselben so viel als irgend möglich zu heben, und namentlich alle ausstehenden Forderungen einzuziehen. Unsere städtische *Gas-Erleuchtung* hat aber den größten Theil der städtischen Mittel verschlungen, und die Früchte dafür laufen um so spärlicher ein, als die Rechnungen für gelieferte Einrichtungen zum größten Theil noch nicht geordnet und erst zum geringern Theile an die Absender herumgesandt sind. In Erwägung der gegenwärtigen Zeit-Umstände hat die Versammlung nach dem Antrag der *Erleuchtungs-Deputation* und nach dem Gutachten des Magistrats beschlossen: 1) daß die Vorlagen der ausstehenden Forderungen für Gas-Einrichtungen auf das schleunigste, spätestens aber innerhalb 4 Wochen eingereicht und damit alle 4 Wochen fortgefahren werden solle. Zugleich soll die Einziehung der ausstehenden Forderungen auf das energischste betrieben werden. 2) Bei etwaigen neuen Gaseinrichtungen soll durchaus kein Credit mehr bewilligt werden. 3) Um die Abnehmer zur schleunigeren Einzahlung ihrer Rechnungen an die Gasanstalt zu bewegen, bewilligt die Versammlung Denen, welche innerhalb 6 Monate ihre Rechnungen bezahlen, eine Gratification von 3 pCt., die auch allen Denjenigen zu Gute kommen soll, die eigentlich noch nicht verpflichtet sind zu zahlen, und zwar soll der Procentsatz von dem Tage, wo sie die Zahlung leisten, bis dahin, wo sie dieselbe hätten leisten müssen, berechnet werden.

(*Sitzung vom 6. April.*) Der Magistrat macht den Stadtverordneten folgende Anträge: Die zahlreichen Meldungen bei dem *Arbeitsnachweisungs-Büreau*, von denen viele unberücksichtigt bleiben müssen, sowie die Aussicht, daß mehrere Fabrikanten in Kurzem ihre Arbeiter entlassen werden, veranlaßt den Magistrat, Mittel vorzuschlagen, wonach mehr Arbeiter zu beschäftigen seien, und zwar 1) die Chaussee nach Reinikendorff, 2) die Verbesserung aller Wege am Wedding. Es mangele hierbei aber an den nöthigen Geldmitteln. Auf das diesseitige Ansuchen an das Ministerium habe der Hr. Finanzminister Hansemann erwidert, daß der Staat unter den jetzt obwaltenden Umständen größere Vorschüsse, als die schon bereits bewilligten 200,000 Thlr., nicht bieten könne. Die Commune sei also auf sich selbst angewiesen. Die Sparkasse habe noch 60,000 Thlr. disponibel, doch dieselben würden bei dem Andrange von Rückforderungen höchstens nur noch 5—6 Tage ausreichen, und die Rückzahlungen der Sparkassengelder dürfen nicht stocken und eingestellt werden. Der Magistrat habe nun beschlossen, eine freiwillige Anleihe aufzunehmen, und zu diesem Behuf die Stadträthe Gaertner und Keibel ernannt, um heute an der Börse mit den Börsenältesten über die Anleihe zu unterhandeln, deren Bedingung 5 pCt. und ein Unterpfand in Stadtobligationen, auf ein Jahr einzulösen, seien. Stadtv. *Berend* I. erklärt, daß diese ganze Angelegenheit zu lax betrieben worden, daß nach dem früher gefaßten Beschluß die zu solchem Zweck ernannte Commission, und nicht bloß die beiden Stadträthe zu unterhandeln gehabt hätten. Uebrigens sei die Börse jetzt nicht der Ort, um über solche dringende Angelegenheit zu sprechen. Er schlägt deßhalb vor, die etwa zu dieser Angelegenheit sich eignenden Herren zu einer Conferenz mit der ernannten Commission einzuladen, um ihnen die Sachlage der Dinge vorzustellen. — Die Versammlung tritt dem Antrage bei. — 2) Sollten auch wohlhabende, hiesige Einwohner zu einer *freiwilligen Anleihe* veranlaßt werden, und zwar durch die Stadtverordneten in ihren Bezirken. Dem widersetzt sich die Versammlung fast einstimmig und genehmigt nur, daß die ernannte Commission ihre Thätigkeit auch auf die wohlhabenden Einwohner ausdehne. 3) Die Haus- und Miethssteuer sofort für das nächste Quartal pränumerando einzuziehen. Wird von der Versammlung genehmigt. 4) Nach der vor Kurzem publicirten Verordnung hat der König genehmigt, die Mahlsteuer abzuschaffen, dafür eine andere Steuer einzurichten, wovon $^2/_3$ von der Höhe des in den letzten drei Jahren gewesenen Rohertrages der Mahlsteuer der Staatskasse zufallen. Sollten jedoch einzelne Städte vorziehen, die Mahlsteuer beizubehalten, so solle den Communalfonds $^1/_3$ der Höhe der des gebildeten Rohertrages der Mahlsteuer zur Hebung der Arbeit und zur Beschäftigung von Arbeitern überwiesen werden. Der Magistrat entscheidet sich für das Letztere, und will bitten, daß das ihm zufallende $^1/_3$ in wöchentlichen Raten gezahlt werde. Die Versammlung tritt dem bei. — Was nun die Arbeiter betrifft, so eröffnet Hr. *Hollbein* der Versammlung im Namen des Polizei-Präsidenten, daß demselben die Ausführung der schon früher gefaßten Beschlüsse, alle hier nicht ortsangehörigen arbeitslosen Arbeiter sofort und auf das energischste

auszuweisen, unmöglich sei, wenn die Stadt-Behörden und die Bürgerschaft ihn nicht dabei unterstützten. Es müßten dieserhalb von Seiten des Magistrats durchaus Schritte geschehen, daß die Haus-Eigenthümer ihre arbeitslosen Bewohner, bei ihrer bürgerlichen Ehre, anzeigten, vor Allem aber, daß den Meistern die Ausstellung von Arbeitsscheinen untersagt werde, wenn der Arbeiter nicht wirklich in Arbeit stehe. Die Versammlung erkannte die Nothwendigkeit einer unbedingt strengen Maßregel an, und soll solches dem Magistrat mitgetheilt werden. Es wurde noch hervorgehoben, daß man sein Augenmerk nur auf die Handarbeiter werfe, daß man aber auch andere bedenken möchte; namentlich würden durch die vielen angestellten Arbeiter dem Landbau Arbeiter entzogen, und man würde sie nicht wieder los werden. Dem wurde jedoch entgegnet, daß unter den jetzigen Arbeitern sehr viele Gehülfen wären, die später zu ihren Professionen zurückkehren würden. Dr. Veit entgegnet, daß der Commission zum Wohl der arbeitenden Klassen, die binnen wenigen Tagen Bericht ihrer Thätigkeit abstatten werde, unter andern schon der Vorschlag gemacht sei, den Minister um die Dismembration von königl. Domainen zur Beschäftigung von Arbeitern zu bitten. Hr. Heymann zeigt an, daß binnen Kurzem eine Deputation an das Ministerium abgehen werde, um dasselbe zum Ankauf derjenigen Artikel, die hier nicht gehen, zu veranlassen, die dann exportirt werden sollen. — Hinsichts der vorgeschlagenen Arbeiten bewilligt die Versammlung 1) die Verbesserung der Wege am Wedding u. s. w., 2) soll die begonnene Straßenreinigung energisch wieder aufgenommen werden. Bei dem Chaussee-Bau nach Reinikendorf will man vor der Genehmigung jedoch erst eine Erklärung des Staats, ob derselbe die Vergünstigungen, die er der früheren Aktiengesellschaft zugesagt, auch auf die Commune übertragen will.

(Sitzung vom 7. April.) Hr. Mertens I. hatte gestern bei der Angelegenheit der Ausweisung arbeitsloser nicht ortsangehöriger Arbeiter selbst geäußert, daß er 25—30 Maurergesellen Arbeitsscheine gegeben, die in Wirklichkeit nicht bei ihm in Arbeit stehen. Einige Stadtverordnete tragen in der heutigen Sitzung darauf an, daß jenes Geständniß mit in das Protokoll aufgenommen werden solle. Die Versammlung erklärt sich jedoch damit nicht einverstanden. Der Vorsteher Fournier macht den Antrag, bei der jetzigen Geld-Calamität der Commune städtische Kassenanweisungen zu creiren. Hr. Saust begrüßt diesen von ihm selbst schon einmal gemachten Vorschlag mit Freuden und rechnet auf den Gemeinsinn der Bürger. Hr. Schauß: Das Recht, welches einer Commune zustehe, stehe auch der andern zu, und man möge bedenken, was daraus werden solle, wenn man in den Tagen der Unruhe mit solchen Papieren überfluthet würde, was der Fall ist, wenn man die Commune nicht mehr für sicher hält. Das Ministerium, welches eine solche Maßregel genehmige, würde bei ihm alles Vertrauen verlieren, da Preußen selbst alsdann jedes Vertrauens baar sein würde. Hr. Vollgold hat die Ueberzeugung, daß das Ministerium solche Maßregel nicht genehmigen werde. Hr. Reimer: Er könne die Befürchtungen nicht theilen, man verlange ja keinen neuen Credit beim Volke, sondern man wolle nur zinsbare Papiere, die Stadt-Obligationen, die ja für die Kassen-Anweisungen deponirt werden sollen, zertheilen und zwar in zinsliche Darleben. Es sei weiter nichts, als was allen Eisenbahnen schon bewilligt sei. Hr. Sehlmacher sieht die Maßregel für eine höchst gefährliche an, gefährlicher auf die innern Zustände einwirkend, als die Revolution. Man möge nur an Frankreich denken. Hr. Nauwerk: Dieser Vorschlag sei nur eine Verschlimmerung der finanziellen Lage der Commune, er sei der Anfang eines Bankerotts. Wenn man die Scheine nicht einlösen könne, sei der Bankerott da. Die ganze finanzielle Verlegenheit beruhe auf dem Mangel an Vertrauen, und das Vertrauen werde hierdurch noch mehr untergraben; es scheine, als nähme man Schwefel-Aether ein, um seinen Ruin einstweilen zu verheimlichen. Hr. v. Raumer kann nicht begreifen, wie ein solcher Vorschlag in der jetzigen Zeit nach gemachten Erfahrungen gemacht werden könne. — Bei der Abstimmung waren nur 3 Stimmen für den Antrag.

(Sitzung vom 8. April.) Der Magistrat theilt der Versammlung mit, daß er, in Vereinigung mit dem Polizei-Präsidium, die kräftigsten Schritte zur Ausweisung arbeitsloser Nicht-Ortsangehöriger gethan habe. Von dem Vorschlage, die Hauseigenthümer zur Angabe solcher Individuen bei ihren Miethern zu veranlassen, ist man deshalb abgegangen, weil das Interesse der Miether, die solche Leute bei sich aufnehmen, mit dem der Hauswirthe zu eng verknüpft sei. Es seien dafür die Polizei-Commissarien angewiesen worden, sämmtliche Schlafstellen auf das Strengste zu untersuchen, vor Allem auf diejenigen zu achten, welche Arbeit auf Arbeitsschein vorgeben, ohne solche zu besitzen. Diese Maßregel habe bereits gute Früchte getragen, indem die Commissarien täglich ca. 10 solcher Schlafstellen recognosciren. Man hoffe hierdurch in acht Tagen die Stadt gesäubert zu haben. Das Polizei-Präsidium wird binnen kurzer Zeit eine Ansprache an die hiesigen Arbeiter erlassen, so wie an die Bezirksvorsteher die Aufforderung ergangen ist, die Einwohner aufzu-

fordern, daß sie ihre Leute des Abends zu Hause halten. — Es sind seit einiger Zeit Reibungen unter den Arbeitern um deswillen entstanden, weil die bei den Königl. Arbeiten angestellten Arbeiter außer dem bewilligten Tagelohn von 12½ Sgr. noch 2½ Sgr. für das Hinkommen und Weggehen von der Arbeit, da die Leute meistentheils sehr entfernt wohnen, erhalten haben, eine Vergünstigung, welche den bei der Commune Angestellten nicht zu Theil wird. Um diese Reibungen zu vermeiden, hat die Forst- und Oekonomie-Deputation, nachdem man die von der Commune beschäftigten 1300 Arbeiter nach ihren Wünschen gefragt, die Anträge der Arbeiter mit einigen von ihr hinzugefügten dem Magistrat und dieser der Versammlung mitgetheilt: nämlich 1) daß ihnen diese Vergütigung von 2½ Sgr. ebenfalls zu Theil werde. (Die Vers. genehmigte dies mit dem Bemerken, daß königliche Behörden sich mit den städtischen behufs einer Lohnveränderung in Verbindung setzen sollen, und wird die Commune den königl. Behörden in der Lohn-Zahlung gleichstehen, so lange der Lohn nicht die Höhe von 15 Sgr. täglich überschritten hat — hinsichts des ersten Punktes sind die Anträge bereits beim Ministerium gemacht); 2) daß die Arbeiter sich aus ihrer Mitte einige der Aelteren zur Aufrechthaltung der Ordnung wählen, (dieser Vorschlag wird von der Vers. genehmigt); 3) daß ihnen gestattet werde, auch halbe und dreiviertel Tage zu arbeiten (genehmigt); 4) wenn Einer oder der Andere Dienst bei der Bürgerwehr gehabt hat und dadurch vielleicht einige Stunden später zur Arbeit kommt, seinen Dienst aber vom Hauptmann bescheinigen lasse, daß ihm dann diese versäumten Stunden bei der Arbeit mit angerechnet werden (der Magistrat hatte sich dem nicht angeschlossen, sondern angetragen, diese Arbeiter vom Dienste ganz zu dispensiren, da ohnehin die Commission für die Bürgerbewaffnung beim Entwurf der Statuten als Princip angenommen habe, daß Jeder, der da nachweise, daß sein Broterwerb durch den Dienst leide, davon befreit sein solle: die Versammlung war jedoch der Meinung, daß man den Arbeiter von dieser ehrenhaften Verpflichtung der Bürgerwehr nicht ausschließen dürfe, namentlich um ihm das Bewußtsein, daß er nicht ausgeschlossen sei, zu gewähren, und genehmigt daher den Antrag, mit der Bestimmung, daß die Hauptleute angewiesen werden, diese Leute zu schonen, ihnen aber jeden commandirten Dienst auf Verlangen zu obigem Zweck zu bescheinigen); 5) anzutragen, daß bei den königl. Bauten keine Kinder mehr gebraucht werden sollen; 6) wenn bei Regenwetter kurze Zeit vor dem vollendeten halben oder ganzen Tag die Arbeit eingestellt werden muß, diese Zeit mit anzurechnen; 7) Ausweisung aller nicht ortsangehörigen Arbeiter; 8) dahin zu wirken, daß die Auszahlung des Lohnes nicht so langen Aufenthalt verursache, und 9) daß der Stadtbaurath Langerhans von jeder schriftlichen Arbeit dispensirt sei und nur die Leitung dieser Arbeiten zu übernehmen habe. — Sämmtliche Anträge von 5—9 wurden genehmigt.

(Sitzung vom 10. April.) Die Vers. beschließt einstweilen von dem früher gefaßten Beschluß, alle bisher bestandenen Exceptionen von den Miethssteuern aufzuheben und vorzugsweise die Eisenbahnen dazu heranzuziehen, abzustehen.

(Sitzung vom 11. April.) Die Kanzlei-Diätarien des Magistrats arbeiten bei ihrem spärlichen Lohn von 15, 16⅔ und 20 Sgr. täglich von Morgens 8 bis Abends 10 Uhr. Der Magistrat trägt deshalb darauf an, die Diäten von 15 auf 20 und von 16⅔ und 20 auf 25 Sgr. zu erhöhen. Die Vers. genehmigt die Erhöhung von 15 auf 20, von 16⅔ auf 22½ und von 20 auf 25 Sgr. Diäten.

Wie deutlich auch alle diese Maßregeln das Streben ausdrückten, augenblickliche Beruhigung zu schaffen — dauernde Verhältnisse zu bedründen waren freilich diese stückweisen Versuche, vereinzelten Forderungen und Bedürfnissen zu genügen, nicht im Stande — wie allgemein verbreitet auch jene Bestrebungen waren, wie sehr sie selbst durch die wenig ungestüme Art, in welcher die große Klasse der Arbeiter ihre Wünsche äußerte, unterstützt und erleichtert wurden: sie vermochten nicht die Furcht zu unterdrücken, die in dem größten Theile der Bürger lebendig war, die Furcht vor der Möglichkeit eines gewaltsamen Auftretens der Arbeitermassen, deren „Haltung" bisher doch stets belobt und gerühmt worden war. Der „innere Feind" wurde gefürchtet, das Phantom des Hrn. Benda, gegen welches dieser schon am 20. März zur Hilfe aufgerufen und einen Steckbrief erlassen hatte, der innere Feind, den die Phantasie seines

Vaters und Verfolgers jetzt schon wieder als einen „Catilina vor den Thoren" verführte. „Ist denn nun wirklich", fragte Hr. A. Zimmermann, der doch auch eine „Freiheit ohne Ordnung" nicht anerkennen wollte, und der für die Frage: „Wie können wir Beruhigung schaffen? nur in dem „Vertrauen", das den Ministern zu schenken, eine Lösung fand, „ist denn nun wirklich Catilina vor den Thoren? Ich sehe, Gott sei Dank, Keinen, der auch in der geringsten Diminutivform diesem furchtbaren Manne des Umsturzes zu vergleichen wäre." In der Antwort weiter fortfahrend, gesteht Hr. Zimmermann: „Unsere Straßen sind ruhiger als je, der Markt findet ohne alle Schwierigkeit statt, die Lebensmittel sind eher wohlfeiler als theurer geworden, des Nachts, während unter unserm früheren Polizeiregiment sich nicht selten Rohheit oder unzeitige gute Laune allzulaut geltend machte, herrscht eine tiefe, für den Ruheliebenden sehr wohlthätige Stille. Wir haben Volksversammlungen, es ist wahr; aber wir wollen ja freies Associationsrecht und können daher nur wünschen, daß größere Versammlungen um die bisher dumpf hinbrütenden Köpfe für politische Gedanken anzuregen, stattfinden; und nach allem, was ich gesehen und gehört, geht es, für unseren bisherigen gänzlichen Mangel an Uebung an allen diesen Dingen ruhig genug zu. Es werden aufregende Albernheiten und Erbärmlichkeiten gedruckt. Ich gebe es zu, aber immer noch lange keine Ausgleichung für alle absolutistische und büreaukratische Beschränktheit und Elendigkeit, die wir so viele Jahre haben dahinnehmen müssen!" (Sp. Z. 6. Ap.)

In der That erschien der äußere Zustand der Stadt nichts weniger als gefahrdrohend; nie war die Sicherheit des Eigenthums und der Personen — der übergroße Eifer der Bürgerwehr ließ hierin freilich Ausnahmen eintreten — eine größere*); noch am 18. April bestätigte der Polizeipräsident in einer öffentlichen Bekanntmachung, „daß im Allgemeinen die bisherige Haltung der Gesellen und Arbeiter mit Recht eine öffentliche Anerkennung verdiene"; die Volksversammlungen bestärkten auch den Verfasser der „Barrikadenlieder", Hrn. A. Sommer, in der Ueberzeugung, „daß Berlin in allen Schichten, welche die Masse des Volkes bilden, von einem kerngesunden Sinn durchdrungen und die Furcht durchaus ungegründet ist, welche die höheren Schichten der Gesellschaft in ängstlicher Spannung erhält" (Sp. Z. 10. Apr.); mit einem Wort: die Anarchie zeigte sich dem Unbefangenen in den liebenswürdigsten Formen. Ein Ausbeuten dieses Zustandes zu selbstsüchtigen, im Sinne des Strafgesetzes verbrecherischen Zwecken, fand nur in äußerst geringfügigem Maße statt. Verein-

---

*) Der Polizeibericht enthält folgende statistische Notizen: Vom 19. März bis zum 1. April sind zur Stadtvoigtei überhaupt eingebracht: 403 Gefangene. Darunter befanden sich 19 Criminal-, 383 Polizei- und 1 Strafgefangener. Von ihnen waren 353 männlichen und 50 weibl. Geschlechts. Gründe der Verhaftung waren: Wegen Diebstahls und Diebesbehlerei: 28; wegen Betrugs: 6, wegen Widersetzlichkeit: 3, wegen Winkelhurerei: 2, wegen Umhertreibens: 56, wegen Obdachslosigkeit: 169, wegen Unfugs: 22, wegen Bettelns: 18, wegen Trunkenheit: 15, wegen Erregung von Auflauf und aufrührerischer Reden: 24.

zelt steht das Liedkesche Attentat auf den politischen Club da. Obgleich erfolglos und nach den Angaben des Urhebers „zum Schutze der Freiheit" unternommen, fand es doch allgemeine Mißbilligung, und selbst die Freunde des Hrn. Liedke, „ehemalige Vorstandsmitglieder Liedkescher Sparkassengesellschaften", tadelten öffentlich eine Manifestation des „besonnenen, ernsten, für Großes und Gutes immer begeisterten" Mannes, „die in schlechter Hand nur einen tragischen Ausgang genommen haben würde." (Sp. Z. 11. Ap.) Es war vorgekommen, daß die Landleute aus der Umgegend, welche Kartoffeln und Lebensmittel zu Markte brachten, bei ihrem Eintritte in die Stadt oder auf den Märkten gewaltsam genöthigt wurden, den Preis ihrer Waaren herabzusetzen; seitdem dies jedoch bekannt geworden und die Bürgerwehr angewiesen wurde, „dem Unfuge zu steuern", unterblieben diese Gewaltthätigkeiten. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats (v. 13.) hatte es sich mehrfach zugetragen, daß Verkäufer, welche ihre Waaren und Producte auf Märkten feil halten, sich weigerten, das tarifmäßige Stättegeld an die legitimirten Erheber desselben zu richten, „in der Meinung, daß diese Abgabe in Folge der eingetretenen Ereignisse ferner nicht mehr zu zahlen sei." — Oeffentliche Blätter (Publicist, Locomotive u. a.) führen, zum Theil in scherzhaften Wendungen, Fälle von Aufwiegelei, eigenmächtiger Selbsthilfe, oder von eigenthümlicher Auffassung des neuen Zustandes an. So wären Arbeiter in einen Tabacksladen getreten, hätten Tabacк verlangt, doch zugleich bemerkt: „Geld haben wir nicht, jetzt muß Alles so gegeben werden!" Ein Kellner, der im kön. Leihhause ein Pfand zurückverlangt, über welches er jedoch keinen Pfandschein aufzuweisen gehabt, und dem deshalb die Herausgabe des Pfandes verweigert worden, hätte dem Leihamtsdirector beleidigende Worte zugerufen und geäußert, dies sollte und müßte hier anders werden! Zu Steinsetzern, welche an der Reparatur eines Straßenpflasters gearbeitet, wäre ein feingekleideter Herr getreten, der sich mit ihnen in ein Gespräch über die Zeitverhältnisse eingelassen und sie ermahnt hätte, nicht auf dem halben Wege stehen zu bleiben, auch die Steine nicht allzufest zu pflastern, denn es ginge nächstens doch wieder los. „Ein Anderer wollte Arbeitern auseinandersetzen, daß jetzt völlige Gleichheit herrsche; flugs nahmen ihn diese fest und zwangen ihn, über eine Stunde zu rammen, um diese Gleichheit erfüllt zu sehen; ein „Communist" hielt eine feurige Anrede an eine Anzahl Fabrikarbeiter, in welcher er erklärte, daß eine Theilung der Güter vorgenommen werden müsse; die Arbeiter, um diese Theorie sogleich zur Ausführung zu bringen, machten Anstalt, seine Kleidungsstücke und Baarschaft mit ihm zu theilen, unterließen es jedoch auf sein Bitten."*) Die Voss. Zeit. berichtete gar von einer Versammlung vor dem prenzlauer Thore, am 4., in

*) Fliegende Blätter, unter dem Titel: „Freies Volksleben", behandelten diese und ähnliche Stoffe in Reimen.

der ein Redner „ernsthaften Ansehens, doch in offenbarer Ironie", Rothschild zum König ausgerufen hätte. So lange es sich jedoch bloß um einzelne Aufwiegler u. dgl. handelte, folgte deren aufrührerischen Reden gewöhnlich die Verhaftung durch die überall gegenwärtige Bürgerwehr, wie denn auch in den Berichten über die oben mitgetheilten Fälle stets noch erwähnt wird, daß die betreffenden Personen von der herbeigeholten Bürgerwehr verhaftet wurden. Nur von aufrührerischen Massen besorgte man erfolgreichen Widerstand; auch sie, die lange gefürchteten, erschienen endlich; die Schreckgespenster hatten sich in Fleisch und Blut verwandelt; Angst, Verwirrung, Entsetzen verbreitete schon das bloße Gerücht; doch diesem tausendfältigen, in's Ungeheure übertreibenden Gerüchte gegenüber, schrumpften die Thatsachen fast in ein Nichts zusammen.

An einigen der ersten Abende des April hatte es sich wiederholt, daß große Haufen meist unerwachsener Burschen, einen Fahnenträger vorauf, unter Hurrahgeschrei die Straßen durchzogen und Drohungen gegen Möbelmagazine und Kleiderläden, wie auch gegen deren jüdische Besitzer, laut werden ließen. Am 4. u. 5. sammelten sich vor einigen Läden in der Friedrichs- und Königsstadt Haufen, aus denen ebenfalls drohende Stimmen vernommen wurden. „Noch ist", bemerkt der „Publicist" am 7., „durch diese Rotten kein Raub und keine Plünderung verübt, allein man glaubt beständig Ursache zu haben, solche befürchten zu müssen, und in dieser Furcht werden denn immer schon frühzeitig die Läden und Magazine geschlossen." — In den Kattunfabriken (der Köpnickerstraße) setzten am 5. die auf Tagelohn beschäftigten Arbeiter, im Wege der Verständigung mit den Besitzern, es durch, daß diese ihnen eine tägliche Lohnerhöhung bewilligten; am folgenden Tage stellten in denselben Fabriken die Kattundrucker Forderungen, die auf gewisse Erleichterungen in ihren Arbeiten sich bezogen, unterhandelten wegen derselben durch Deputationen in friedlicher Weise mit den Fabrikherren, stellten jedoch, so lange die Forderungen nicht bewilligt waren, ihre Arbeiten ein. Die Besitzer widersetzten sich anfangs den Forderungen, endlich kam man am 7. überein, eine Commission aus den verschiedenen Parteien zur Schließung der Angelegenheit niederzusetzen. „Die Popularität des Präsidenten v. Minutoli", berichtet die Voss. Z., „erhielt hierbei einen neuen Beweis der Anerkennung, indem die Arbeiter ausdrücklich verlangten, daß er den Verhandlungen der Commission persönlich beiwohnen möchte; Hr. v. Minutoli kam diesem Wunsche entgegen; die Verhandlungen selbst legten eben so sehr von dem gesunden Sinn der Arbeiter als der Bereitwilligkeit der Arbeitgeber ehrendes Zeugniß ab." Freilich sollen, was die Letzteren betrifft, dieselben erst durch Drohungen bestimmt worden sein, theilweise nachzugeben.*) — Anders als in diesen Fällen, wo bloße Drohungen

*) Ein im Interesse der Fabrikbesitzer veröffentlichter Artikel (Publicist Nr. 29.) stellt die Vorgänge in folgender Art dar: „Nachdem am 5. die Arbeiter der Goldschmidtschen Kattunfabrik, ohne Widerstand der Besitzer, eine Lohnerhöhung erlangt hatten, hörten

den verbrecherischen Thatbestand bildeten, war es, als Reibungen unter den Arbeitern selbst entstanden. Hier sollte durch Spaten und Aexte der Conflict gelöst werden; blutige Köpfe und leicht Verwundete zeugten von dem Ernste des Kampfes; die Schlachtrufe: „Tagelohn" und „Accordarbeit" sonderten die Parteien. Die Erdarbeiter an den Rehbergen (vor dem oranienburger Thore) erhielten von der Stadt einen festen Tagelohn bei bestimmten Arbeitsstunden, während bei den Erdarbeiten zwischen Moabit und Charlottenburg (am Plötzensee und am Kanal) eine Anzahl von Arbeitern „in Accord" arbeitete. Jene verlangten von diesen, daß sie den Beschlüssen der berliner Arbeiter, die auf Fixirung des Tagelohnes gerichtet seien, sich fügen und die Accordarbeit aufgeben sollten. Als diese auf das Verlangen nicht eingingen, beschlossen die von den Rehbergen, dasselbe mit Gewalt zu erzwingen. Am 6. Nachmittags setzte sich von den Rehbergen her ein langer Arbeiterzug, verstärkt durch Kanalarbeiter vom halleschen Thore, in Bewegung und rückte, einen Tambour und Fahnenträger voran, dem Lager des Feindes zu. Die „Rehberger" behielten in dem Kampfe die Oberhand, der Accordarbeit war ein Ende gemacht. Am folgenden Tage wurden die Arbeiten wieder friedlich fortgesetzt.*) — Am 7.

---

auf einmal am folgenden Tage die Kattundrucker auf zu arbeiten, indem sie die in der Fabrik beschäftigten Graveure, Formstecher und Maschinendrucker zu demselben Schritte veranlaßten. Ein Gleiches geschah in den Kattundruckereien der Herren Dannenberg, Toussain u. Zöllner und Oppen. Am 7. Morgens erschien hierauf eine Deputation von etwa 20 Personen im Comtoir der Goldschmidtschen Fabrik, und forderte von den dort versammelten Besitzern der gedachten Druckereien: 1) daß bei allen mehr als einfarbigen Artikeln wenigstens eine Farbe durch Handdruck ausgeführt, 2) alle mit Druckarbeiten beschäftigte Mädchen (in der Goldschmidtschen Fabrik sind dergleichen nicht) abgeschafft würden, damit nämlich sämmtliche in früheren Jahren beschäftigt gewesenen 800 Drucker, von denen 600 seit vielen Jahren zu anderen Gewerben übergegangen und 200 nicht einmal in Berlin anwesend sind, in den Druckereien beschäftigt werden könnten. Nachdem mit ihnen gütlich unterhandelt und ihnen das Unmögliche ihrer Forderungen auseinandergesetzt, ihnen dagegen offerirt worden war, daß die Fabrikbesitzer sich verpflichten wollten, die seit 8 Jahren noch mit der Druckerei beschäftigten 200 Handdrucker künftig solchergestalt zu beschäftigen, daß ihnen als Minimum des Arbeitslohns wöchentlich 4 Thlr. zukomme, und ihnen schließlich angeboten war, diese Angelegenheiten durch eine, aus Druckern und den Besitzern zusammenzusetzende, Commission reguliren zu lassen, entfernte sich die Deputation um mit ihren Committenten weiter zu verhandeln und am Nachmittag Antwort zu bringen. Am Nachmittage erschienen sechs, nicht der Goldschmidtschen Fabrik angehörige Drucker im Namen der Uebrigen und erklärten: „Daß sie von den zuerst aufgestellten Bedingungen nicht abgehen könnten und daß, wenn auf dieselben nicht eingegangen würde, sie die Fabrik demoliren und für den Fall, daß die übrigen Arbeiter wieder angestellt würden, eine Bluthochzeit anrichten würden, wie sie noch nicht dagewesen sei." Natürlich ließ sich unter solchen Umständen nichts mit ihnen verhandeln. — Am Abend zeigte eine Deputation der Studenten und des Handwerkervereins an, daß die Drucker sie aufgefordert hätten, ihnen bei Durchsetzung ihrer Forderungen beizustehen und boten deßhalb ihre Hilfe zum Schutz der Fabrik an. Gleichzeitig wurde angezeigt, daß auf der Herberge, wo 600 Drucker sich versammelt hatten, gegen die Herren Goldschmidt, Commissionsrath Löwe und Eschwe gefährliche Drohungen laut geworden seien. — In dieser Lage mußten sich die Fabrikbesitzer entschließen, am folgenden Tage in so weit nachzugeben, daß festgestellt wurde, daß künftig bei allen mehr als zweifarbigen Artikeln, eine Farbe mittelst Handdrucks ausgeführt werden solle."

*) Nach einer Darstellung des Hrn. Curtius (Sp. Z. 7. Ap.) hätte bei den Arbeiten auf den Rehbergen, am Plötzensee rc. sich ein Schachtmeister eingefunden, welcher die Arbeit in Accord genommen habe, um sie wieder in Accord zu geben. Indem er nun den

zogen einige Burschen durch die Königs- und Burgstraße mit einer Fahne, welche die Inschrift trug: „Brotlose Cigarrenarbeiter von G. Prätorius." Die Demonstration war beendigt, als die Bürgerwehrpatrouille einige der Burschen verhaftete. Der Vorfall veranlaßte eine öffentliche Erklärung der „sämmtlichen Cigarrenmacher von Herrn G. Prätorius", derzufolge jener Zug größtentheils aus Lehrlingen, nicht Cigarrenarbeitern, bestanden, die Hr. Prätorius jedoch nicht entlassen habe, die vielmehr selbst aufgehört zu arbeiten, nachdem ihre Forderungen um Erhöhung des Lohnes von jenem nicht bewilligt worden.

Auf diese Vorgänge beschränkten sich die Thatsachen, aus denen die ungeheuerlichen Gerüchte von einer Stürmung der Kleiderläden und Magazine, von Angriffen auf Maschinen und Fabriken, von blutigen Kämpfen zwischen den Erdarbeitern, bei denen es viele Todte und Verwundete gegeben, entsprungen waren. Und diese Gerüchte setzten Berlin mehrere Tage hindurch in Unruhe und Verwirrung, erhielten ganze Bataillone der Bürgerwehr unausgesetzt in Bewegung. Die gerichtlichen Untersuchungen ergaben keine von den oben mitgetheilten wesentlich verschiedenen Thatsachen. Die erste der hierhergehörigen öffentlichen Gerichtsverhandlungen, am 17. April, betraf drei Personen, Schneidergesellen, welche am 5. bei einem Auflaufe vor dem Laden des Kleiderhändlers Levy auf dem Schloßplatze als „Rädelsführer" verhaftet worden und gegen die der Staatsanwalt, Hr. v. Kirchmann, die Anklage „wegen versuchter Beschädigung fremden Eigenthums aus Bosheit, verbunden mit Erregung von Unruhen und gefährlichen Drohungen" erhoben hatte. Die Angeklagten waren beschuldigt, vor jenem Laden schreiend geäußert zu haben: „Wir haben uns die Freiheit erkämpft, hinter uns stehen 1000 Mann, jetzt wollen wir den Laden stürmen! Der Levysche Laden muß sofort geschlossen werden! Man wird Sorge tragen, daß diese Läden alle demolirt werden; die Juden müssen sofort ihre Läden zumachen, sonst werden sie geplündert." Das Gericht sprach die Angeklagten jedoch frei, da es aus den mündlichen Verhandlungen die Ueber-

Geldgewinn für sich im Auge gehabt, hätte er die stärksten Arbeiter ausgewählt, welche nun täglich mehr als die zum Tagelohn bestimmten 15 Sgr. verdienten. Auf die Beschwerde der gegen Tagelohn beschäftigten Arbeiter und deren Verlangen, daß die Accordarbeit aufhöre, wäre ihnen am 6. Mittags von dem Bauschreiber erklärt worden, daß Jeder, der nicht in Accord arbeiten wolle, entlassen sei. Hierauf wäre es denn zu blutigen Reibungen gekommen. — Eine öffentliche Erklärung in Bezug auf diese Angelegenheit gaben die „Bauarbeiter am Landwehrgraben vor dem halleschen Thore" ab. Danach seien Arbeiter von einem anderen Baue zu jenen gekommen, mit der Aufforderung, „die Accordarbeit aufzuheben." In Folge dessen habe, mit Erlaubniß der betreffenden Bau-Commission, eine Deputation aus ihrer Mitte sich den Auffordernden angeschlossen. Die anderen Arbeiter seien sofort wieder an ihre Arbeit gegangen. „Indessen ist wohl zu bemerken, daß die Arbeiter, welche sich ungebührlich gezeigt hatten, von dem Baue verwiesen worden sind." Bei uns Arbeitern am vorerwähnten Kanalbau — fährt die Erklärung fort — „hat nie eine Aufreizung, um die Accordarbeit beizubehalten, stattgefunden; es ist nur mehr denn zu wahrscheinlich, daß diese Anforderung einzig und allein von einer hochgestellten Person ausgegangen sein muß. Wir sind jetzt ganz zufrieden gestellt, da wir einen Tagelohn von 15 Sgr. von früh 6 Uhr bis Abends 6 Uhr genießen, und haben demnach nicht die geringfügigste Klage gegen die fungirenden Herren Beamten zu machen."

zeugung nicht habe gewinnen können, daß die Aeußerungen derselben irgendwie ernstlich gemeint gewesen, daß sie also wirklich beabsichtigt hätten, den Laden schließen zu lassen oder zu demoliren. Aehnliche Aeußerungen wurden an jenen Tagen vielfach vernommen; sie boten den in großer Anzahl die Stadt durchstreifenden Bürgerwehrpatrouillen stets Gelegenheit, Verhaftungen vorzunehmen. Auf dem Schloßplatze war am 5. Abends ein kräftiger Arbeiter verhaftet worden, der sich unter andern Mitschreiern durch das Geschrei: „Nieder mit den Juden!" und ähnliche Ausrufungen ganz besonders hervorgethan hatte. Auf die Schloßwache gebracht, gestand er aus freien Stücken ein, von einem feingekleideten Herrn aufgefordert worden zu sein, in der geschehenen Art recht tüchtig zu schreien und zu lärmen; der Fremde habe dafür ihm, so wie noch anderen Personen in der Menge einen Thaler geschenkt. Zur Bestätigung seiner Angabe wies er ein Thalerstück vor. Am 8. wurde ein Mann verhaftet (er legitimirte sich als einen Regierungs-Baucondukteur), weil er an der Königs- und Poststraßen-Ecke einen Haufen junger Bursche um sich versammelt und an diese Geld ausgetheilt hatte, wobei von ihm mehrmals der Ausruf: „für die Juden!" gehört worden war. (S. „Publicist" Nr. 28.) Diese judenfeindlichen Aufreizungen hatten indeß keinen andern Erfolg, als daß die Haufen die aufreizenden Schlagworte lärmend nachriefen. Die Furcht vor der möglichen Ausführung der Drohungen ließ jedoch einige jüdische Ladenbesitzer ihre Läden früher als gewöhnlich schließen, ja einige Pfandleiher, und gerade in den ärmsten Stadttheilen, schlossen selbst ihre Comptoirs, unter dem Vorgeben, sie hätten kein Geld. (s. Zeit.-H. 9. Apr.) Auf Drohungen allein beschränkten sich diese Demonstrationen gegen die Juden, die nichts weniger als etwa einen Ausbruch des Racenhasses bezeichnen, die gleichwohl eine „Bürgerinn", T. B., zu einer „Ansprache an alle Wohlgesinnte" veranlaßt, in der sie diese beschwört, „nicht jenes veraltete Vorurtheil einer Gottlob verflossenen Zeit, die mit allen ihren Mißbräuchen begraben ist, auf's neue in ihre geläuterten Herzen einziehen zu lassen." (V. Z. 6. Ap.)

Die Zeitungsberichte erwähnen der „bedauerlichen" Vorgänge nicht, ohne theils ihre Mißbilligung zu äußern, theils Ermahnungen an die Arbeiter, wie an die Bürger, hinzuzufügen. Den Arbeitern wird gesagt, „daß sie durch Arbeitseinstellung und augenblicklich unerfüllbare Forderungen ihre eigene Lage nur verschlimmern können, indem sie die Stockung der Geschäfte und das Mißtrauen der Geldbesitzenden, welches die Hauptquelle der vorhandenen Uebel ist, durch jenes Verfahren fortwährend vergrößern;" die Bürgerschaft wird aufgefordert, „Einer dem Anderen zu helfen, daß Alle sich bald der thörichten Furcht, die jetzt so verbreitet ist, entschlagen." — Hr. Adolf Glaßbrenner richtet einen „Zuruf an die armen Arbeiter, Landleute und Bürger Deutschlands", in welchem er den deutschen Brüdern „unverholen die Wahrheit sagt", wie er sie seit langen Jahren der Tyrannei gesagt habe, wie er sie immer sagen werde.

„Ich will Euch" heißt es dort, „im Namen Gottes und der ganzen Menschheit bitten, die Unruhigen unter Euch zu besänftigen. Wir haben die Freiheit errungen. Die Freiheit aber ist die größte Tyrannei, wenn sie ohne Ordnung und Gesetz ist. Wir haben die Willkür von Oben gebrochen, sind wir besser daran, wenn die Willkür von Unten kommt? Die Revolution, deren Segen wir Euch, Ihr braven, heldenmüthigen Armen, am meisten zu danken haben, war nothwendig, um die Tyrannei zu stürzen, aber jetzt ist die Revolution vorüber. Wir sind frei geworden. In der Freiheit ist der rohe Kampf Verbrechen, in der Freiheit kämpft man mit der Waffe des Geistes, der Wahrheit. Auch das Wort ist ein Schwert, aber ein Schwert, das nur schlechte Zustände durchsticht, nicht die Personen. Die Person, die Familie, das Eigenthum sei uns heilig. Die tyrannischen Personen, die Wucherer, die Nichtswürdigen und Verdummer fallen fortan durch die Gesetze, die wir uns selbst geben, durch die Oeffentlichkeit der freigewordenen Wahrheit, die wir ihnen in's Gesicht rufen, gleichviel ob sie Fabrikanten, Fürsten, Barone, Pfaffen oder bürgerliche Philister sind. Das aber, was die Unruhigen thun, ist Aufruhr, Haß, Verbrechen. Mit ihrem Aufruhr rühren sie diejenigen Freunde gegen sich auf, welche für sie thätig sein wollten; mit ihrem Haß fordern sie den Haß aller Anderen heraus; mit ihrem Verbrechen verderben sie das Vaterland, zertreten seine Felder und Saaten, seine beseligenden Künste und Wissenschaften, sein Familienwohl und alle seine Größe und Kraft. . . (Sp. Z. 7. Ap.) Im Namen aller Patrioten spricht Hr. D. A. Benda dem Vorgenannten seinen innigsten Dank für diesen „trefflichen" Aufsatz aus, der nach dem Dafürhalten des „Veteranen, der seit 42 Jahren des Vaterlandes Freiheit unerschrocken und rücksichtslos verfochten hat", Alles enthalte, was über diesen, so gewaltig aufregenden Gegenstand erschöpfend gesagt werden könne. (Sp. Z. 8. Ap.) — Hr. Held bringt in großen Eckenanschlägen eine „Proclamation an die Arbeiter." (7. Ap.) Er empfiehlt den „Männern der Arbeit", diese vorübergehende Periode der allgemeinen Noth mit „Vernunft, Geduld und Heldenmuth im Entbehren" durchzukämpfen; es bedürfe der Zeit, um die Wurzel des Elends der Arbeiter herauszugraben, es bedürfe der Herstellung großer und weiser Staatseinrichtungen, „um neues Erdreich zu gewinnen für den Baum der Arbeit, an dessen Stamm sich der Staat lehnt"; es gelte zunächst, zwei große Staatsgrundsätze in's Leben zu rufen, den, daß es keinem Staatsbürger, welcher den Willen und die Fähigkeit zur Arbeit hat, an Gelegenheit und Mitteln zur Arbeit fehle, und den andern, daß der Lohn für die Arbeit nicht nur mit der Last der Arbeit, sondern auch mit dem Preise der Bedürfnisse in einem richtigen Verhältnisse stehe. Diese Verpflichtungen habe der Staat bereits erkannt, und er werde sie „unter der Beihilfe der Männer, welche die Mittel und Wege dazu erforschen können", erfüllen. „Ich habe", fährt Hr. Held fort, „die Beweise davon; denn ich bin vom Ministerium bereits aufge-

fordert worden, den von mir entworfenen Plan für die Organisation der Arbeit zur Prüfung einzureichen. Es wird geschehen, und ich werde meinen Plan später auch den Arbeitern selbst vorlegen, damit sie sich überzeugen, daß es nicht bloß auf ihre Beruhigung, sondern auf eine gründliche Heilung ihres Uebels abgesehen ist." Dieses Ziel sei aber nicht durch Straßenscandal, Plünderung und Erpressung höheren Lohnes zu erreichen. Solch' ein kleinliches Beginnen vernichte vielmehr das große Ziel, welches die Weltgeschichte für die arbeitenden Klassen im Auge habe. Die große europäische Revolution von 1848 sei aber eine sociale. „Also" wiederholt Hr. Held schließlich, „durchkämpft Euren elenden Zustand noch eine kurze Zeit mit dem Heldenmuthe des Duldens; Ihr werdet Euch dadurch schöne Früchte erkämpfen. Ihr habt viele Jahre lang ohne Zweck gedarbt; darbt noch einige Monate für den Zweck Eures künftigen jahrelangen Glückes!" Hr. Held sah sich einige Tage später in der Nothwendigkeit, seine Proclamation gegen das ihm kundgewordene Gerücht zu vertheidigen: er sei zum Erlaß derselben „bestochen" worden. Weitläufig führt er aus (Locomot. Nr. 9.), daß der Inhalt seines Aufrufes keinen Anlaß zu einer derartigen Verdächtigung gebe. „Können" fragt er, „die Interessen, kann das Wohl der Arbeiter radikaler angestrebt werden, als ich es dadurch gethan, daß ich die bekannten zwei Staatsgrundsätze als Ziel der Revolution hingestellt habe? Hat man keine Ahnung davon, daß diese Grundsätze eine größere, wenn auch friedliche Umwälzung der Staatsverhältnisse hervorrufen, als es durch den Sieg der Barrikaden möglich wäre?" Wenn er zum Erlaß der Proclamation bestochen worden, so sei er durch sein Herz dazu bestochen, welches schon Jahre lang das Elend der Arbeiter mitgefühlt habe und die Sehnsucht empfinde, das Elend verschwinden zu sehen, durch seinen Verstand, welcher ihm sage, daß jetzt die Zeit gekommen sei, in der jenes Ziel errungen werden könne, endlich durch die Ruhmbegierde, „unter die Zahl Derjenigen gerechnet zu werden, welche an dem größten Werke der Zeit als Handlanger gearbeitet haben." Um jeden Zweifel zu beseitigen, verpflichtet er sich, Jedem, der ihm nachweisen könne, daß er von irgend Jemandem unter dem Versprechen oder der Andeutung irgend eines Vortheils angeregt worden sei, die Proclamation zu schreiben oder drucken zu lassen, die Summe von zweitausend Thaler auszuzahlen, und da auch als Grund der Verdächtigung angegeben war, daß er unmöglich das Geld für den theuern Maueranschlag opfern werde, so bemerkt er noch, daß Hr. Reichardt sich bereit erklärt habe, das Plakat unentgeldlich zu drucken. „An Euch", ruft Hr. Held endlich den „Bewohnern Berlins" zu, „an Euch habe ich diese Vertheidigungs-Adresse, deren ich vielleicht kaum bedurfte, deshalb gerichtet, weil ich mich nach vielen Stürmen auf dem brandenden Meere der publicistischen Wirksamkeit nach einem sicheren Hafen sehnte, weil ich diesen unter den jetzigen Verhältnissen hier in Berlin zu finden hoffen darf, weil ich nach der Ehre trachte, in Zukunft Euer

Mitbürger zu sein, und weil es mir unter solchen Umständen als die heiligste Pflicht erscheint, mir Euer Vertrauen zu sichern." — Auch Hr. F. v. Bülow verfehlt nicht, „an sämmtliche Gesellen der hiesigen Gewerke" biblische und andere Sprüche zu richten, in der Ueberzeugung, daß sich die Gesellen von der Anwendung derselben nicht durch „unchristliche Aufhetzereien" abbringen lassen würden. (V. Z. 8. Ap.) — Die Clubs suchen in ihrer Art beruhigend und belehrend auf die Arbeiter zu wirken. (S. d. folg. Abschn.) — Der Magistrat läßt die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne seine Wünsche, Mahnungen und Verheißungen in einem umfangreichen Manifest (8. Apr.) auszusprechen, das durch Eckenanschläge und in vielen tausend besonderen Abdrücken verbreitet, folgendermaßen lautete:

An unsere Mitbürger, insbesondere die Gewerks-Genossen und Arbeiter!

Inmitten der mancherlei Stimmen, die sich jetzt theils erregend theils aufklärend und beruhigend an Euch wenden, fühlen wir uns gedrungen auch ein wohlgemeintes Wort an Euch zu richten in der festen Zuversicht, daß das gute Wort auch eine gute Statt bei Euch finden werde. Mitbürger! Ein großes Ereigniß hat unserm Vaterlande eine neue Zukunft eröffnet, hat unserm gemeinsamen Leben neue Bahnen angewiesen. Es handelt sich jetzt um nichts Geringeres, als die Wohlfahrt unseres preußischen und deutschen Vaterlandes neu zu begründen und auf dem Grunde der Freiheit einen Bau aufzuführen, in welchem Allen Raum und Gelegenheit gegeben ist, ihre besten Kräfte zu entfalten, um ihr eigenes und des Vaterlandes Glück zu sichern und zu fördern. Auf diesen großen Zweck sind gegenwärtig die Anstrengungen aller edelen Männer gerichtet. Unsere neuen Minister arbeiten Tag und Nacht, um die unumgänglich nöthigen Vorbereitungen für die Gestaltung der neuen Ordnung der Dinge zu treffen und gleichzeitig den Bestand und die Sicherheit des Vaterlandes zu wahren. Die Vertreter und Vorsteher der hiesigen Bürgerschaft sind unausgesetzt beschäftigt, für die dringendsten Bedürfnisse unserer Stadt, besonders für unsere ärmeren Mitbürger zu sorgen, ihnen Arbeit zu verschaffen, ihre Lage zu verbessern und die Geldmittel herbeizuschaffen, um ihnen lohnende Arbeit gewähren zu können. — Freunde und Mitbürger, wir sagen Euch dies einzig und allein in der Absicht, Euch zu überzeugen, daß Ihr das Recht und die Pflicht habt, Euer herzliches Vertrauen den Männern zu schenken, die mit Selbstaufopferung sich Euren, den allgemeinen Angelegenheiten des Landes widmen; daß Ihr Alle das Recht und die Pflicht habt, die edelmüthigen Anstrengungen der Besten unseres Volks durch Euer Vertrauen und durch thätige Mitwirkung, Jeder in seinem Kreise, zu unterstützen. Die augenblicklichen Verlegenheiten, in denen wir uns befinden, sind, wie es in einer Zeit des Ueberganges zu einem neuen Zustande nicht anders sein kann, allerdings groß. Aber sie können und werden überwunden und beseitigt werden, wenn Einer für Alle und Alle für Einen stehen, wenn Keiner jetzt selbstsüchtig und eigennützig nur seinen Vortheil sucht, sondern stets das Ganze, das Wohl aller seiner Brüder im Auge hat. Ihr Alle wißt, daß durch die gegenwärtigen Erschütterungen in Europa der Handel und Verkehr in Stocken gerathen sind, daß durch das Mißtrauen in die Zahlungsfähigkeit der Staaten und deren öffentliche Unternehmungen die geldwerthen Papiere, in denen das Vermögen unserer begüterten Mitbürger steckt, fast bis zur Hälfte ihres Werthes herabgesunken sind. Dadurch ist der Staat, unsere Stadt und Alle, die etwas besessen haben, in diesem Augenblick fast um die Hälfte ihres früheren Besitzthums ärmer geworden. Die nothwendige Folge davon ist, daß Jeder sich in seinen Ausgaben einschränkt, daß um so weniger gekauft und bestellt wird, und daß es daher an Arbeit fehlt. Dazu kommt, daß ängstliche Gemüther, die sich nicht sogleich in unsere neuen Zustände haben finden können, die Stadt verlassen haben oder noch verlassen, wodurch ebenfalls der Verkehr geschmälert und die Arbeit weniger wird. Geht das noch länger so fort, so ist eine Steigerung der Noth, ein namenloses Elend für uns Alle zu befürchten. Wie ist nun diesem Unglück vorzubeugen? Freunde, Mitbürger, einzig und allein dadurch, daß Ihr Alle Euch vereinigt, um die gesetzliche Ordnung zu wahren und das allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Kehrt dieses zurück, so wird der Verkehr und Handel sich neu beleben, es wird Keinem an lohnender Arbeit fehlen. Betrachtet daher diejenigen als Eure und Aller Eurer Mitbrüder ärgste Feinde, welche in dieser Zeit der Ordnung, welche das Gesetz der Freiheit ist, den Krieg erklären. Vermeidet selbst den Schein jeder Unordnung; er ist für Euer und

unser Wohl ebenso gefahrbringend, als die Unordnung selbst, weil er das öffentliche Vertrauen untergräbt. — Habt Ihr Wünsche und Beschwerden in Bezug auf Eure Zustände, wohlan, so tretet in Vereine zusammen, berathet in denselben, was zu Eurem Besten dienen mag, und tragt es uns durch Abgeordnete vor. Wir werden Eure Wünsche stets auf das Bereitwilligste und Gewissenhafteste prüfen und was nur irgend möglich und mit dem Wohle Aller vereinbar ist, thun, um dieselben zu erfüllen. Glaubt es uns, daß Euer Wohl, Euer Recht, Euer Glück, den Gegenstand unserer unausgesetzten herzlichen Fürsorge bildet. Wir wollen, daß alle unsere ärmeren Mitbürger auf eine höhere Stufe des sittlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens erhoben werden. Wir streben mit allen Kräften dahin, unsere öffentlichen Zustände so zu gestalten, daß das geistige und materielle Wohl Aller erhöht werde. Aber dazu bedarf es der Zeit, bedarf es vor Allem der Ordnung und des Vertrauens.

Darum Freunde und Mitbürger! Ihr Alle, die Ihr Eure edle Gesinnung in diesen Tagen vor den Augen der Welt so ruhmvoll bewährt habt, vereinigt Euch mit uns zu dem großen Werke der Herstellung eines besseren Zustandes unserer Stadt und unseres Landes, wehret mit kräftigem Worte den Umtrieben Derer, welche aus Unverstand oder bösem Willen Zwietracht unter uns säen wollen, wahret mit Entschlossenheit die gesetzliche Ordnung und die Freiheit Aller, tretet allen übertriebenen Anforderungen, deren Gewährung gegenwärtig alle Fabrikbesitzer und Arbeitgeber zu Grunde richten und den völligsten Mangel an Arbeit herbeiführen würde, energisch entgegen und seid fest überzeugt, daß alle Eure billigen, nur irgend ausführbaren Wünsche von uns und allen patriotischen Bürgern auf das Entgegenkommendste werden berücksichtigt und erfüllt werden.

Der Staatsanwalt bei dem Criminalgerichte, Hr. v. *Kirchmann*, machte am 8. „zur Beruhigung des Publicums" bekannt, daß alle im Laufe der Woche vorgekommenen Fälle, welche „einen Angriff gegen das Eigenthum, die Freiheit und die Person durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohungen" enthalten, von ihm auf das schleunigste verfolgt, die Angeschuldigten entweder bereits verhaftet oder deren Verhaftung von ihm beantragt worden, daß die Voruntersuchung „energisch und schleunig" geführt, daß es jedoch zur Beschleunigung wesentlich beitragen werde, wenn die Zeugen nicht, wie bisher mehrmals vorgekommen, auf die Vorladung ausbleiben. Im Eingange der Bekanntmachung wird zugestanden, daß „die Aufregung über die politischen und socialen Fragen *bisher* sich in den *gesetzlichen* Schranken der Discussion und Petition gehalten", im Laufe dieser Woche aber Einzelne leider veranlaßt habe, „um eine augenblickliche Verbesserung ihrer Lage zu erlangen", jene Schranken zu überschreiten. — War diese Veröffentlichung des Staatsanwalts zunächst dazu bestimmt, das Gerücht zu widerlegen, „als seien die zuständigen Behörden nicht eingeschritten", so diente sie zugleich auch als Antwort auf mancherlei private und öffentliche Provocationen. So hatte Hr. R. *Cerf* am 7. in einem Inserate (V. Z. 8. Ap.) gefragt: „Was haben Sie, Hr. Staatsanwalt, in der Zeit vom 23. März bis jetzt zur Aufrechthaltung der Ordnung und des Gesetzes gethan? Eine rechtfertigende Antwort thut Noth, um die begründete Besorgniß der Einwohner zu beseitigen." Schon früher hatte die Voss. Zeit. (3. Ap.) in einer ihrer berliner Miscellen bemerkt, daß von den „erworbenen Rechten in der Presse, der Rede und Versammlung" in diesen Tagen ein Gebrauch gemacht werde, der „alle Rechtliche, Vernünftige, alle, die von wahrhafter Vaterlandsliebe beseelt sind und die organische Feststellung unserer Verhältnisse erstreben", mit Unwillen erfüllen müsse. „Erbitternde, zum heftigsten

daß aufreizende Aufsätze sind gedruckt und Reden der Art gehalten worden." Sei auch „der Anklang ein sehr geringer" gewesen und „diese Richtung durch die überwiegende Meinung völlig zurückgewiesen" worden, so müsse doch festgestellt werden, ob solcher Gebrauch der Presse und Rede noch ein gesetzlicher sei. „Glauben das", fügt das Blatt hinzu, das übrigens keiner einzigen freien Entwickelung jener erworbenen Rechte entgegentreten will, „glauben das die Behörden, welche das Gesetz zu vertreten und zu schützen haben, so mögen sie es offen aussprechen, glauben sie es nicht, so ist es Pflicht, dem Gesetze Ansehen zu verschaffen." Eine Erklärung im amtlichen Theile der Allgem. Preuß. Zeit. antwortete (11. Ap.) auf diese und ähnliche Aufforderungen:

Der Unterzeichnete ist von vielen Seiten aufgefordert worden, gegen die Uebergriffe der Presse in den letzten Tagen am hiesigen Orte gesetzlich einzuschreiten. Bei der großen Zahl dieser Aufforderungen und ihrer theilweisen Anonymität ist der Unterzeichnete genöthigt, seine Antwort auf diesem Wege zu geben.

So lange die Presse sich nur in dem Felde des Allgemeinen, in Theorieen über Reform des Staats, der Gesellschaft, des Verkehrs bewegt, seien die Vorschläge auch noch so übertrieben, noch so sehr das Bestehende angreifend, so lange hält der Unterzeichnete jedes Einschreiten der Strafgewalt dagegen für unzulässig. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligsten in dieser Sphäre, giebt es keine andere Waffen, als die des Geistes. Zuchthaus, Geldbußen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Verbreiter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit giebt es nur ein Mittel, das: sie zu widerlegen, und zwar in der gleichen einfachen verständlichen Weise, in welcher jene ihre Verbreitung zu erlangen sucht. Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszusprechen, um so gefahrloser wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Moment, wo die Verfolgung solcher Ansicht sie nöthigt, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen. Die Neuheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch den verführerischesten solcher Theorieen zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht blos Bitten und Ermahnungen entgegengestellt, sondern das Unhaltbare und für den Arbeiter selbst Verderbliche solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen Uebergriffe der Presse einschreiten und hält sich im Geiste des neuen Preßgesetzes nur dann dazu befugt, wenn eine Druckschrift, das Gebiet des Allgemeinen verlassend, zu einem bestimmten Verbrechen Rath oder Anleitung geben oder die Ehre und Integrität bestimmter Personen verletzen sollte.

Der Staats-Anwalt beim Königl. Criminal-Gericht von Kirchmann.

Diese Auffassung, die freisinnige Deutung, welche der Staatsanwalt dem Preßgesetze gegeben, war nicht im Sinne Derer, die den „Vertreter des Gesetzes" zu einer offenen Erklärung herausgefordert hatten. An dieser hatte zunächst ein deutschthümelnder „Civis" auszusetzen, daß Hr. v. Kirchmann sich des Wortes „Integrität" bedient und nicht geradezu „das deutsche Wort: Unscholtenheit, Redlichkeit" gebraucht habe. „Werden wir denn", frägt Civis, „immer zu Worten unsere Zuflucht nehmen, die erst verdeutscht werden müssen?" (Sp. Z. 14. Ap.) Weitläuftige Erörterungen über das Wesen der Preßfreiheit, über den Grenzpunkt, an dem dieselbe aufhöre und die „Preßfrechheit" beginne, wie sie die Eingesandts der Zeitungen brachten, noch mehr aber die fortgesetzten Verhaftungen aufwiegelnder Straßenredner, aufwieglerischer Preßerzeugnisse und der Verbreiter von letzteren gaben den thatsächlichen Beweis, daß die Ansichten des Staatsanwalts von denen jener „Freunde der vernünf-

tigen Freiheit" verschieden waren. Schon am 1. April wurde (im Scheible'schen Bierlocal) ein Colporteur verhaftet, welcher einige „Schmähartikel", darunter das früher erwähnte Gedicht „an den König" feilbot; dasselbe Schicksal traf einen Kellner, der am 6. Ap. auf offener Straße Stellen aus dem Schlöffel-schen Journale: „der Volksfreund" vorlas. Beide wurden freilich bald darauf vom Staatsanwalt außer Verfolgung gesetzt, der erstere, weil er den Buch-händler angab, von dem er die Drucksachen erhalten — auch dieser, der Buch-händler Schneider, wurde später vom Gericht freigesprochen —, der letztere, weil der Staatsanwalt in dem Inhalte des vorgelesenen Blattes keine Ver-anlassung fand, gegen den Verfasser oder Verbreiter einzuschreiten. (Publicist Nr. 27. 28.) Den Gegnern der unbeschränkten Preßfreiheit wurde aber die Genugthuung, daß mehrere Buchhändler — nach dem Beispiele der halleschen — die Uebereinkunft trafen, „weder Schmäh-, noch andere, die Gemüther auf-regende Schriften in Verlag zu nehmen und überhaupt dahin zu wirken, daß dergleichen Schriften nicht anderweit verbreitet werden." (Sp. Zeit. 1. Ap.) Hr. Benda fand seinen Catilina-Glauben in dem ersten Blatte des Schlöffel-schen „Volksfreundes" bestätigt, „welches ich hiemit", so erklärt er am 7. Ap., „als ein solches bezeichnen muß, das ganz im Sinne des berüchtigten Marat den Umsturz alles Bestehenden bezweckt, mithin in Wahrheit Volksfeind ist und in jedem auf Civilisation irgend Anspruch machenden Staate schlechterdings nicht geduldet werden darf, wozu ich hiermit die Regierung auffordere." Eine Rede, die Schlöffel am 6. in einer Arbeiterversammlung gehalten, überzeugte ihn später, daß diese Versammlung ein vollständiger „Cordelier-Club" wäre. Ja er, der Freiheits-Veteran, der Revolutionär „seit 42 Jahren" scheute es nicht, mit einem Schleppsäbel bewaffnet, den neunzehnjährigen Gegner, den Revolutionär vom März 1848 in dessen Wohnung aufzusuchen, um hier seinen schriftlichen Gedankenäußerungen noch durch mündliche Expectorationen beson-deren Nachdruck zu geben. (Hr. Schlöffel wußte übrigens in seinem Blatte vom 12. Ap. mitzutheilen, daß der Minister v. Auerswald auf die Anfrage, ob der Redacteur des Volksfreundes „ins Loch zu stecken" sei, geantwortet habe: „Jetzt noch nicht! Die Zeiten werden kommen u. s. w.")

Beunruhigt durch den bald ruhigen, bald aufgeregten Zustand der Stadt, geängstigt ebensowohl durch die Warner als durch die phantastischen Objecte der Warnungen, fanden die Furchtsamen, die sich Freunde der Ordnung nann-ten, keinen Trost in den wirklich vorhandenen friedlichen Verhältnissen der Stadt. Waren doch die öffentlichen Geschäfte wieder in ihr gewöhnliches Ge-leis zurückgegangen — so weit eben nicht die Furcht der Einzelnen Ausnah-men bedingte —, beriethen doch der alte Magistrat und die alten Stadtver-ordneten täglich über das Wohl der Stadt, ungehindert durch äußere Störun-gen, schritten doch die Männer der Polizei und die Gensdarmes in ihrer alten Dienstkleidung wieder einher; die Gerichte waren seit dem 27. März wieder

in voller Thätigkeit, die Executions-Commission, seit dem 3. April in Wirksamkeit getreten; die am 9. eröffnete „Kunstausstellung" in der Akademie lud zum Genusse der Künste des Friedens ein, eine Blumenausstellung kündigte sich als ein „Friedenszeichen" an; die Arbeiten an dem Bau der Gräber für das preußische Königshaus hatten wieder begonnen; die Staats-Lotterie ließ die aufgeschobenen Ziehungen wieder fortsetzen, und zur Beruhigung preußischer Gemüther wehte, seit dem 2. April, von der Schloßkuppel das preußische Banner, die deutsche Fahne neben sich fast ganz verdeckend. Das Criminalgericht führte eifrig die Untersuchungen gegen die als Störer der öffentlichen Ordnung verhafteten und denuncirten Personen, und einzelne Urtheilssprüche ließen erkennen, „daß in der gegenwärtigen Zeit Drohungen u. dgl. um so härter bestraft würden, als die herrschende Aufgeregtheit leicht zu Excessen gegen die Sicherheit der Person und des Eigenthums führte und es mehr als je an der Zeit sei, den Privaten und Excedenten zu beweisen, daß dem Gesetze überall, wo es nöthig sei, die gehörige Autorität verschafft werde." (Publ. Nr. 30.) Die Furcht aber ließ den Blick sich nur auf das belebtere Treiben in den Straßen richten, auf die einzelnen Unruhigen, auf die Volksversammlungen und jene unschuldigen Zusammenrottungen, die, wie die stehend gewordene, sich täglich um die Mittagszeit wiederholende Versammlung in der Straße unter den Linden, an der sogenannten Kranzler'schen Ecke — der später viel besprochene, verfolgte und oft verjagte „Lindenclub" — aus stets wechselnden Neugierigen aller Art und Straßenpolitikern bestanden, eine Art politischer Börse, an der die Tagesneuigkeiten erzählt und recensirt, die fliegenden Blätter des Tages verlesen und besprochen wurden. Und was gerade geeignet war, die unbegründeten Besorgnisse zu zerstreuen, jene kleinlichen und unbedeutenden Straßen- und Arbeiterexcesse der ersten Aprilwoche, wurde als Mittel benutzt, die Furcht nur zu befestigen und zu vergrößern. Vergebens erhoben „besonnene Freunde der Freiheit und Ordnung" ihre Stimmen, um in den öffentlichen Blättern den Bürgern das Lächerliche und das Gefährliche ihrer blinden Furcht zu zeigen, vergebens suchten sie die jüngsten unruhigen Vorfälle in ihrem wahren Lichte darzustellen, um das Unbegründete der übergroßen Aengstlichkeit zu beweisen. „Machen wir uns", ruft Hr. A. Zimmermann den Mitbürgern zu, „durch unwürdige Furcht nicht lächerlich vor den Provinzen und dem Auslande, deren Achtung wir durch Thatkraft und Muth so eben erst erworben haben." Als Wachtmann, erzählt derselbe, und selbstständig an der Spitze von Patrouillen einer frischen Jugend habe er vielfach die Straßen der Stadt und die Gegenden vor den nach Norden gelegenen Thoren durchzogen, sich aus Neigung und Pflicht unter die große Masse gemischt, mit vielen Arbeitern der verschiedensten Klassen gesprochen, aber bis auf äußerst wenig Ausnahmen nicht die geringste Neigung zur Anarchie gefunden. „Ich habe", fährt er fort, „unter den Linden beim Patrouilliren Zusammenrottungen von Menschen ge-

sehen, von denen keiner wußte, warum er dastand; Leute, augenscheinlich aus den gebildeteren Ständen, machten die Mehrzahl derselben aus. Einige Male wurden Maueranschläge einer umhergeschaarten Menge vorgelesen, ohne daß ich die Spur einer Neigung zu Gewaltthat bei den Versammelten bemerkte. Am verwichenen Mittwoch geriethen die Besorgten unter uns in ganz besondere Aufregung, und zufällig war ich hier Augenzeuge mehrerer angsterregenden Begebenheiten. In der Dorotheenstadt verbreiteten sich die von Augenblick zu Augenblick steigernden Unglücksbotschaften, eine Fabrik in der Köpnickerstraße werde gestürmt, sie brenne, die ganze Köpnickerstraße stehe in Flammen. Jetzt weiß ein jeder, daß Herr Goldschmidt die herbeieilende Bürgerwehr ergebenst ersucht hat, sich keineswegs um ihn zu bemühen. Ein zweiter Auflauf fand auf dem Haakschen Markte statt. Lärmende Haufen verlangten man sollte die Läden wuchernder Juden, besonders der Kleiderhändler, plündern. Da stellte sich ein Gymnasiast, einer meiner Schüler, auf einen Schemel, predigte Ruhe und Ordnung, und der Haufe verlief sich! — Abends zwischen 7 und 8 Uhr zog ein Haufe von 60 bis 70 meist junger Burschen mit Gesang, den ein sogenanntes Accordion begleitete, vom Oranienburger Thore den Linden zu, und von dort nach dem Thiergarten. Ein Theil von ihnen trug Stöcke wie Gewehre über die Schulter: erschreckt schlossen einige Furchtsame, ohne irgend eine Demonstration erfahren zu haben, ihre Läden, und freilich auch ganz vernünftig erscheinende Männer schüttelten besorglich die Köpfe und ahnten Feuer und Plünderung. Da zog ich eine Strecke mit den Entsetzlichen, und was erfuhr ich als Zweck ihrer Demonstration: „Wir wollen zeigen, daß wir auch so gut wie die Bürger marschiren und Ordnung dabei halten können!" Dem gegenüber erinnert Hr. Zimmermann an die Physiognomie wirklich anarchischer Zustände aus den Zeiten der ersten französischen Revolution, um durch diesen Vergleich die Exclamationen Benda's, seine „rasende Anarchie bezeugende Facta" u. s. w. richtig würdigen zu lassen. — Vergebens! Die Furcht hatte zugenommen, je mehr die Uebertreibungen der Gerüchte als solche dargestellt und erkannt worden, sie hatte sich der Bürgerwehr bemächtigt. Der Generalmarsch, seit dem 19. März jetzt zum ersten Male gehört, von nun an aber bei den geringfügigsten Anlässen wiederkehrend, war das Signal der Furcht geworden; und diese schritt jetzt bewaffnet mit Bayonnetten und Säbeln, in Bataillonen zusammengerottet, einher. Der Allarmruf setzte fortan die Bürgerwehr und die Bürgerschaft in Schrecken.

Eifriger als je verfolgten die Männer der Bürgerwehr, einzeln und in Patrouillen ihr Verhaftungssystem; auf die „Aufwiegler" zu fahnden, erschien noch immer einer großen Zahl unter den bewaffneten Bürgern als ihr eigent-

licher Beruf. *) Doch auch der „Dienst" war anstrengender geworden, seitdem die bisherige bürgerliche Leitung in eine militairische übergegangen war. Die leisesten Gerüchte, unbekannt wie und wo entstanden, bestimmten die oberen Führer zu den umfassendsten strategischen Maßregeln. Bis zum 5. April hatte man sich nie veranlaßt gesehen, das Schloß stärker als durch die üblichen Wachen zu besetzen, war die Bürgerwehr noch nie allarmirt oder in mehreren Bataillonen zusammengezogen worden. Jetzt genügten die unbestimmtesten Zeichen von Aufregung, von denen jedoch stets in übertriebenster Weise rapportirt wurde, durch das Signal des Generalmarsches die Bürgerwehr in ihr ganzen Stärke oder in größeren Abtheilungen aufzubieten, die Schloßwache um Hunderte von Mannschaften momentan zu verstärken, Patrouillen in großer Zahl durch alle Theile der Stadt zu schicken. Wie grundlos sich auch gewöhnlich die Gerüchte erwiesen, das Commando sowohl, als auch die Bürgerwehr selbst, war immer bereit, neuen ebenso unbegründeten Gerüchten Glauben zu schenken. Der Inhalt der Wachtbücher konnte mancherlei ergötzliche Belege liefern; in dem Studentenwacht-Buche des Schweizersaales (im Schlosse) fanden sich nicht selten Meldungen der Schloßhauptleute und Anderer verzeichnet, wonach bald die „Rehberger" gegen das Schloß im Anzuge begriffen wären, bald von großen Volkshaufen die Republik proclamirt werden sollte u. dgl. m. . . . Der Rapport, den ein patrouillirender Zugführer in einer der ersten Nächte des April machte: „Alles ruhig in der Stadt, mit Ausnahme der Bürgerwehr" hatte auch für die folgenden Tage und Wochen seine Wahrheit. Als in der Stadtverordneten-Sitzung vom 8. einige Mitglieder Aufklärung über die Allarmirung der Bürgerwehr in der vergangenen Nacht verlangten, wurde die authentische Mittheilung gemacht, daß auf einen der Schloßwache zugegangenen Rapport Unruhen in der Gegend des Schlosses gefürchtet worden wären, wes-

---

*) Charakteristisch ist folgender von der Zeit.-Halle (8. April) mitgetheilte Fall. Hr. Bigier von Steinbrugg, Student der Rechte, erzählt:

Als ich den 5. April Nachmittags mit einem Freunde durch die Luisenstraße ging, begegnete ich einem Bürger, welcher jene unter den Zelten verfaßte Adresse herunterriß. Auf meine Anfrage, ob man dies denn nicht lesen dürfe und ob es erlaubt wäre, dies herunterzureißen, rief er mir zu: „Sie sind ein Aufwiegler, folgen Sie mir sogleich auf die Wache." Mit diesen Worten packte er mich beim Arm und zog mich auf die naheliegende Wachtstube herein (74. Bezirk, Haus Nr. 34. der Luisenstraße). Hier angekommen wurde ich sogleich von einer Schaar tobender Bürgergardisten umringt. Drohend schrieen sie durcheinander: „Schlagt den Hund gleich todt. — Es giebt nicht Ruhe, bis wir alle Studenten zur Stadt herausgepeitscht haben, — künftighin werden wir nicht wieder drohen, sondern die Aufwiegler gleich todt schlagen." Einer hielt mir die Faust dicht vors Gesicht mit den Worten: „Wenn Sie dies wieder thun, schlag ich Sie auf den Kopf." — Ich erklärte den edlen Wehrmännern: „Ich wäre in ihrer Gewalt, sie könnten mich durchprügeln, wenn sie es für ehrenhaft fänden, übrigens übergebe ich dem Postenchef meine Erkennungskarte, er könne mich nachher belangen, wenn er Grund dazu hätte." — Einer, welcher auf meiner Karte ein „von" entdeckte, meinte: „Wie, Sie sind von Adel und können sich diesem Pöbel anschließen? Sie thäten besser Ihre Interessen zu vertreten." Unter beständigen Drohungen gegen die Aufwiegler wurde ich endlich vom Postenchef, der sich — zu seiner Ehre sei es hier gesagt — im Vergleich zu den anderen würdig und ruhig benahm, entlassen.

halb es nothwendig geschienen, die Wachtmannschaften im Schlosse zu verstärken. Einige deshalb angestellte Versuche, im Stillen Mannschaften aufzutreiben, wären gescheitert, worauf denn der Hauptmann des Breitenstraße-Bezirks Generalmarsch für seine Compagnieen habe schlagen lassen. Dieses Signal hätten alle anderen Bezirke für ein allgemeines gehalten, und dadurch wäre der Allarm in der ganzen Stadt entstanden. Bei dieser Gelegenheit wurde von Einzelnen in der Versammlung die Bemerkung gemacht, daß es die Meinung vieler Bürger wäre, als suchten „Aufwiegler" die Bürgerwehr durch falsche Gerüchte und daraus entstehende Allarmirungen zu ermüden, um endlich in unbewachten Augenblicken ihre Pläne auszuführen. Es gab freilich auch viele Personen, welche denselben Grund und dieselben Absichten bei ganz Anderen als den „Aufwieglern" vermutheten.

In Versammlungen, wie in der Tagespresse, fanden allmählig, abgesehen von den willkürlichen Verhaftungen, Rügen und Beschwerden über die Bürgerwehr und einzelne Einrichtungen derselben ihren Ausdruck. — Die Nachricht, daß in einer Versammlung der Majore (31. März) beschlossen worden, vor der Hand nicht weiter Waffen auszutheilen, veranlaßt die Nat.-Zeit. (3. Ap.) ihre Ansicht dahin auszusprechen, daß die Bewaffnung nicht weit genug ausgedehnt werden könne, da es noth thue, in so drohenden Zeiten so viel waffengeübte Mannschaften zu besitzen, als nur immer möglich; auch würden dadurch die Gefahren der Unordnung um so viel verringert, je mehr Elemente in die zur Aufrechthaltung der Ordnung und Gesetzlichkeit bestimmte Macht aufgenommen werden. In Bezug auf die Versammlung der Majore sprach eine Versammlung der Hauptleute, in den letzten Märztagen, das Bedenken aus, daß jene die letztere in den Hintergrund drängen möchte. Doch könnte den Majoren nur für alle Anordnungen des äußeren Dienstes die Initiative gestattet werden. In Allem aber, was irgendwie die Interessen der sämmtlichen Bürger angehe und deren Stimmung und politische Gesinnung auch nur im entferntesten berühre, müsse die Hauptmanns-Versammlung befragt werden, denn nur die Hauptleute, als von ihren Mitbürgern unmittelbar gewählt, könnten dieselben wahrhaft vertreten, nicht die den einzelnen Bezirken oft völlig fremden Majore. Als Local für die aus 12 Mitgliedern bestehende Versammlung der Hauptleute wird in der Nat.-Zeitung das „ehemalige Palais des Prinzen von Preußen" vorgeschlagen; dasselbe dem Stabe der Bürgerwehr einzuräumen, scheine nicht unangemessen. — Der mehrfach vorgekommene Fall, daß auf Wachen verschiedene Bezirke zu gleicher Zeit zum Ablösen erschienen, so daß Streitigkeiten über die Behauptung des Postens sich entspannen, giebt Veranlassung zu einer öffentlichen Rüge, die sich jedoch besonders auf die Männer der Umgebung des Commandeurs erstreckt, welche ihrer Aufgabe nicht gewachsen schienen. (N.-Z. 3. Ap.) Vorwürfe gegen Mitglieder der Führerschaft erhebt Hr. L. Munk: „Viele der Zugführer dünken sich mehr als der Wachtdienst thuende

Bürger zu sein; . . . sie wollen mit ihrer Mannschaft sogar Soldaten spielen und eine Soldateska einführen, wovon ja frühzeitig abzurathen ist, wenn man will, daß die Bürgergarde geregelter werde und feste Wurzel fasse. . . . Die Schützengilde hat, weil sie uniformirt ist, auf der Schloßwache den Vorrang und ordnet Alles an; doch fehlt es ihr dabei theils an Kenntniß, theils aber auch an Talent und allgemeinem Weltbürgersinn, wozu doch auch ein hoher Grad von geistiger Bildung erforderlich ist ꝛc." (Sp. Z. 3. Ap.) Juridische Bedenken hebt Hr. C. Rogan hervor. Er vermißt ein Gesetz, daß der Bürgerwehr Rechte verleihe, das sie zum öffentlichen Leben auf den Standpunkt stelle, dessen sie für ihre Existenz bedürfe. „Die Bürgerwehr wird durch kein Gesetz beschützt; sie kann beleidigt werden, ohne daß die Beleidigung eine andere als die gewöhnliche Injurienstrafe nach sich zöge. Ein gewaltsames Einschreiten mit den Waffen in der Hand ist ihr durch kein Gesetz gestattet, obgleich ihr auf der anderen Seite die heilige Pflicht obliegt, neben Erhaltung der Ruhe und Ordnung das Eigenthum zu beschützen." Außer diesem Gesetze „zur Repräsentation ihrer äußeren Würde" fehle es der Bürgerwehr an einer „Instruction für den inneren Organismus", die jedoch nicht „im Sinne der bisherigen Soldateska und einer streng militairischen Disciplin" abgefaßt werden dürfe. Auch sei das Bedürfniß nach besserer Besetzung der Führerstellen vorhanden. „Als es", erzählt Hr. R., „zur Wahl der Offiziere, Adjutanten, Hauptleute und Majore in den verschiedenen Bezirken kam, verleitete die Eitelkeit, einen Degen zu tragen und zu commandiren, nur zu Viele, sich einer Stellung hinzugeben, der sie durchaus nicht gewachsen sind. Dies hat sich bereits verschiedentlich an den Ueberhebungen gezeigt, deren sie sich gegen die Bürgerwehr schuldig gemacht haben. Solche Herren mögen erwägen, daß es in der Bürgerwehr keine Vorgesetzten in soldatischem Sinne giebt, daß namentlich von einer militairischen Disciplin und Subordination hier nicht die Rede sein kann." (Publ. Nr. 29.) — In der Stadtverordneten-Versammlung kamen am 6. einzelne „Mißbräuche" und Uebelstände zur Sprache, als es sich um eine Petition mehrerer Gewerbtreibender aus der Umgegend der Alexanderkaserne handelte, welche um Einberufung neuer Truppen oder Verlegung der schon vorhandenen nach jener Gegend baten. Folgender Bericht stellt die Verhandlungen dar:

Hr. Seidel hält dafür, daß auf diesen Antrag nur in so weit Rücksicht zu nehmen sei, daß das Militair nicht blos auf die jenseitigen Spreeufer, sondern gleichmäßiger vertheilt werde; übrigens glaubt er, daß bald auch noch andere Gesuche um Einberufung einer größeren Menge Militair eingehen würden und zwar deshalb, weil die ganze Einrichtung der Bürgerwache „systematisch zu Grabe getragen würde" durch die verkehrten Anordnungen von oben herab. Es sei Niemand an der Spitze, der sich dieser Angelegenheit mit Liebe und Eifer unterziehe. Die Bürger werden herangezogen, wo sie nicht herangezogen zu werden brauchten, und Andere, die herangezogen werden müßten, bleiben verschont. Wie solle das werden? Es laufen Massen unbefugter Buben mit Waffen durch die Straßen, die Unruhe steigere sich immer mehr, die Einwohner werden durch falsche Gerüchte beunruhigt, es werden Excesse verübt, man zettele Aufreizungen gegen achtbare Bürger und Bewohner

der Stadt an, gegen die Juden. Er habe gestern erst einen Major der Bürgerwehr gefragt, was man denn nun bei einem Excesse zu thun habe? Der Major habe ihm zur Antwort gegeben: Gar nichts, wenn nicht moralisch eingewirkt werden kann. — Hr. Walter: Er habe selbst gestern Abend einige solche Unruhestifter festgenommen. (Hierauf giebt er Aufklärung über das, was in Sachen der Bürgerwehr geschehen sei.) — Hr. Seidel: Er höre immer, was alles beschlossen worden sei, man habe aber das blos auf dem Papier. Er verlange es ausgesprochen zu wissen, daß hier Uebelstände zur Sprache gekommen sind; es sei namentlich großer Unwille darüber, daß sich Leute zu Hauptleuten und Führern gemacht hätten, die nicht dazu gewählt worden seien. Es müsse ausgesprochen werden, daß die Theilnahme an der Bürgerwehr von Seiten der Bürger und Schutzverwandten eine Verpflichtung und nicht blos Freiwilligkeit sei. — Hr. Sehlmacher: Wo die Wahl nicht regelmäßig vollzogen wäre, da läge es an den Bezirksvorstehern. — Hr. Schäffer: Er wolle es hier ausgesprochen wissen, was nun denn eigentlich die Bürgerwehr zu thun habe, wenn man das Haus stürmen, plündern und rauben wollte; ob man ruhig zusehen oder stechen und schießen solle. Die Versammlung bekümmere sich um lauter politische Fragen; hier aber, wo Gut und Blut auf dem Spiele steht, sei man ruhig. — Hr. Nauwerk: Die Bürgerwehr sei dazu da, Ordnung und Freiheit aufrecht zu erhalten, aber mit Umsicht, nicht mit blindem Eifer und Voreiligkeit. Das jetzt bestehende Comité habe schon Rücksicht darauf genommen, daß die Zahl der Mannschaften vermehrt und daß unnütze Wachen und Patrouillen abgestellt würden. Während deß sei der Präsident als Commandeur abgetreten; das Statut für die Bürgerwehr sei schon entworfen, werde morgen berathen werden und könne der Versammlung in Kurzem vorliegen, man möge den Beschluß bis dahin aussetzen. — Hr. Saust pflichtet Dr. Nauwerk bei, daß sehr viele Unruhen durch die übermäßigen Patrouillen der Bürgerwehr selbst entstehen. Es mangele an jeder bestimmten Instruction für etwaige unruhige Auftritte. — Hr. Vollgold will die Frage bestimmt beantwortet wissen, was im äußersten Falle eines Excesses die Bürgerwehr thun solle. Bis jetzt haben sich die Leute in die Anforderungen, die an sie gemacht worden seien, gutwillig gefügt, man sei aber an den rechten Mann noch nicht gekommen. — Vorsteher Fournier: Es müsse unter allen Umständen dahin gewirkt werden, die Ordnung aufrecht zu erhalten, die Zeit eines scharfen Einschreitens müsse dem Ermessen des Führers überlassen bleiben — weichen dürfe man durchaus nicht bei Excessen, man hätte sich sonst allen Rechtes begeben. — Die Versammlung beschließt, dem Antrage des Hrn. Seidel gemäß, im Protokolle zu bemerken, daß die Mißbräuche hier zur Sprache gekommen seien, und den Beschluß bis zum Vortrage der Statuten auszusetzen.

Am 4. April machte Hr. v. Minutoli in der Versammlung der Hauptleute die „unerwartete" Mittheilung, daß er sein Amt eines Chefs der Bürgerwehr mit diesem Tage niederlege; der Wille Sr. Maj. des Königs bestimme ihn, seine ganze Thätigkeit den Arbeiten einer Reorganisation der Polizei-Verwaltung zuzuwenden. Ein Mitglied der Versammlung schlug hierauf vor, einen königlichen Prinzen an die Spitze der Bürgerwehr zu stellen, zugleich darauf hinweisend, daß es in constitutionellen Staaten üblich wäre, einen Mann von militairischer Bildung durch den König zum Commandeur der Nationalgarde wählen zu lassen. Dieser Vorschlag brachte große Aufregung hervor; die Versammlung beschloß auf den Antrag des Hrn. Zacharias, zur Berathung dieses wichtigen Gegenstandes am 6. eine Sitzung im großen Saale des grauen Klosters abzuhalten. Die öffentlichen Blätter brachten ähnliche Vorschläge. Der Wehrmann F. Lebrecht, der es für eine der höchsten Bestimmungen der Bürgerwehr hält, im Falle eines Krieges, bei außerordentlichen Gelegenheiten, den König und die Stadt gegen den Feind zu schützen, ja auch an die Grenze Preußens oder Deutschlands zu rücken, um unsere Truppen zu unterstützen, schlägt vor: mehrere freisinnige und erfahrene Generale oder andere hohe Offiziere als Candidaten aufzustellen, aus deren Zahl der König einen zu wäh-

len gebeten werde. „Der auf diese Weise ernannte Oberbefehlshaber müßte aber zugleich aus dem Staatsdienste entlassen werden, damit er sich ganz den Pflichten seines neuen Berufes widmen könnte.“ (Sp. Z. 6. Ap.) Hr. J. Curtius führt alsbald Namen von Candidaten an: Wir haben, bemerkt er, die verehrten Generale Krauseneck, Aster und v. Aschoff zu unseren Mitbürgern. (Ebends.) Ein „bescheidener Vorschlag“ dreier unbekannter Personen geht dahin, „Sr. Kön. Hoh. dem Prinzen Albrecht die Stelle eines Commandeurs der Bürgerwehr anzutragen.“ (V. Z. 10. A.)*) — Der constitutionelle Club beschäftigt sich mit einem auf diese Wahlangelegenheit gerichteten Antrage des Herrn Benary, in seiner Sitzung vom 5.:

Hr. Benary bedauert, daß am hiesigen Orte eine Menge falscher Vorstellungen über die Bestimmung der Bürgerwehr umlaufen. Wie die französische Nationalgarde zum Schutze der Constitution da sei, so müsse sich auch unser deutsches Institut über das Niveau einer polizeiartigen Stadtwache zu einem großartigen Schutzverein der Verfassung erheben. Zum Commandeur habe man einen königlichen Prinzen vorgeschlagen! er sei einmal mit dieser Wahl nicht einverstanden, dann aber auch nicht mit der Usurpation des Wahlrechts seitens der Hauptleute. Giebt ihnen künftig das Gesetz dieses Recht, so fügen wir uns gern darein; bis jetzt halten wir uns an die Ausdrücke „freie Wahl“. In die Hände des Anführers ist die Freiheit der Stadt gelegt! — Es wird auf der Stelle eine Commission ernannt (Benary, Petersen, Elsler, Kahle), welche nachfolgende Adresse entwirft, die der jetzigen obersten Behörde der Bürgerwehr übergeben werden soll:

Der „constitutionelle Club“ hat in seiner heutigen Sitzung in Erwägung:
1) daß der Anführer der Bürgerwehr Mann des Volks sein müsse, daß es deshalb 2) von höchster Wichtigkeit sei, bei seiner Wahl die Stimmen sämmtlicher Wehrmänner zu hören, beschlossen, die Hauptleute aufzufordern, die Wahl des Anführers zunächst auszusetzen, oder im Falle der Dringlichkeit einen Anführer vorläufig auf kürzeste Zeit zu ernennen, bei der definitiven Wahl aber aus jedem der 111 Bezirke, der Universität, aus dem Handwerkerverein, den Künstlern und den übrigen bewaffneten Körperschaften zwei Wahlmänner hinzuzuziehen, die von allen Wehrmännern der einzelnen Bezirke durch Stimmenmehrheit ernannt werden. Indem wir diesen Beschluß den Hauptleuten mitzutheilen die Ehre haben, vertrauen wir ihrem Gemeinsinne und ihrer Liebe zum Wohle des Vaterlandes, daß sie diesen zum Heile der jungen Stiftung, welche der festeste Hort der Freiheit und Sicherheit zu werden verheißt, gefaßten Beschlüssen ihre volle Beistimmung geben und so dem Volke diejenige Wahrung seiner Interessen belassen werden, zu der es durch seine Bildung, seine Gesinnung und seinen Kampf berechtigt ist.

Inzwischen war der Magistrat, den Hr. v. Minutoli ersucht hatte, „wegen Wiederbesetzung der Stelle des Commandeurs das Erforderliche baldigst zu veranlassen“, diesem Ersuchen insoweit nachgekommen, als er eine Candidatenliste aufgestellt und ein Wahlreglement entworfen, um beide den Führern der Bürgerwehr zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen. Die Versammlung der Hauptleute und Majore fand am 6. statt. Die Stadträthe Nobiling und Gamet leiteten nach einander die Debatte. Der Erstere theilte zunächst die lithographirten Zuschriften des Magistrats, die jene Entwürfe enthielten, mit und forderte zu deren Besprechung auf. Als die Discussion kaum eröffnet war, erschien die Deputation des constitutionellen Clubs, um die eben

*) Mit Bezug auf diesen Vorschlag brachte die Nat.-Zeit. (15. Ap.) folgendes Inserat: „Hr. König, Bünger, Rosenmann, Sie fragen sehr bescheiden an: Ob man den Bock zum Gärtner könne stellen? Und so des Vaterlandes wack're Wehrer prellen. Nein, nein! Hr. König, Bünger, Rosenmann, Den nimmt kein guter Bürger an!“

mitgetheilte Adresse zu überreichen. Hr. Benary sprach im Namen des Clubs die Erwartung aus, daß die Versammlung auch bei diesem wichtigen Akte mit Entschiedenheit die Rechte der gesammten Bürgerwehr und des Volkes in's Auge fassen würde. Der Vorsitzende dankte den Deputirten für das bewiesene rege Interesse und bemerkte, daß es einer solchen äußeren Anregung kaum bedurft hätte, da sich die Hauptleute in keiner Weise berechtigt hielten, eine so wichtige Wahl selbstständig vorzunehmen. Die Discussion, die sich nun entspann, handelte in bunter Ordnung bald vom Wahlmodus, bald von den zu wählenden Candidaten, bald von der Dringlichkeit, sogleich einen Chef an die Spitze der Bürgerwehr zu stellen. Die Herren Mannkopf und Seger versuchten die Competenz des Magistrats in der Bürgerwehr-Angelegenheit zu bestreiten; die Herren v. Herford und Benda entgegneten, daß ein festes Anlehnen der Bürgerwehr an die städtischen Behörden rechtlich und moralisch geboten sei; eine Ansicht, der die Mehrzahl der Versammelten beistimmte. Eine lange und verworrene Debatte ergab zunächst das Resultat, daß die Versammlung darin einig war, sofort wiederum eine provisorische Wahl vorzunehmen. Man dürfe, hieß es von vielen Seiten, nicht eher von der Stelle weichen, als bis wenigstens auf einige Tage in den jetzigen Zeiten der Unruhe ein Commandeur die obere Leitung der Bürgerwehr übernehme. Der Vorschlag, Hrn. v. Minutoli darum anzugehen, daß er das Commando noch einige Zeit fortführe, wurde verworfen. Die Liste, welche der Magistrat aufgestellt hatte, enthielt folgende Namen: General-Major v. Aschoff, Geheimrath v. Grolmann, Fabrikbesitzer Borsig, Stadtverordneter Krug, Professor Maßmann, Stadtverordneten-Vorsteher Fournier. In der Versammlung wurden außer diesen noch die HH. Major Blesson, Obristlieut. a. D. v. Hochstetter, General-Auditeur Friccius genannt. Bei Verlesung des Namens Grolmann erhob sich der Stadtrath Cantian, um mitzutheilen, daß Hr. v. Grolmann ihm bereits erklärt habe, er würde seines hohen Alters wegen, eine etwa auf ihn fallende Wahl nicht annehmen. „Somit", bemerkt die Nat.-Zeit., „verschwand derjenige Mann von der Wahlliste, den man allem Vermuthen nach mit allseitiger Beistimmung an die Spitze der Bürgerwehr stellen konnte." Bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl erhielten die HH. Blesson und v. Aschoff die meisten Stimmen. Die engere Wahl ergab eine absolute Majorität für Hrn. v. Aschoff, Commandeur der 6. Landwehr-Brigade.

Nachdem diese provisorische Wahl beendet war, schritt die Versammlung zur Feststellung des Wahlmodus für die definitive Wahl eines Commandeurs. Der Magistrat hatte folgende Bestimmungen vorgeschlagen: Die Wahl erfolgt durch die Gesammtheit der Bürgerwehr. Um sie auszuführen wird eine von der „Deputation für Organisation der Bürgerwehr" entworfene Candidatenliste (dieselbe, welche die oben angeführten Namen enthielt) sämmtlichen Hauptleuten der Bürgerwehr mitgetheilt, von diesen unter Mitwirkung sämmt-

licher Mannschaften ihrer Bezirke vervollständigt, und die so vervollständigte Liste der gesammten Bürgerwehr vorgelegt. In jedem Bezirke giebt jeder einzelne Wehrmann seine Stimme über den zu wählenden Candidaten ab. Die Stimmen aller Bezirke, die fliegenden Corps mit eingerechnet, werden zusammengezählt und wer die meisten Stimmen erhalten, ist der von der Bürgerwehr erwählte Commandeur. — Einwendungen gegen diesen Wahlmodus, wie die, daß er zu weitläuftig sei und doch kein sicheres Resultat ergebe, da der Candidat nur nach relativer Stimmenmehrheit gewählt werde, machten die Versammlung anfangs geneigt, von einer directen Wahl ganz abzusehen, diese vielmehr allein durch die Hauptleute mit Hinzuziehung von Wahlmännern ausführen zu lassen. Endlich erklärte sie sich jedoch für folgenden Antrag des Hrn. F. Duncker: „Die Hauptleute entwerfen, mit Zugrundelegung der Magistrats-Liste, nach Rücksprache mit ihren Bezirken, eine neue Candidatenliste. Aus den Candidatenlisten sämmtlicher Bezirke werden in der Versammlung der Majore und Hauptleute drei Candidaten ermittelt, über welche die Hauptleute in den einzelnen Versammlungen der Bezirke durch Stimmzettel abstimmen lassen. Durch Zusammenzählung der also namentlich abgegebenen Stimmen wird der Commandeur nach absoluter Majorität ermittelt."

Die fliegenden Corps der Künstler (unter Führung des Professor Hensel) und der Studenten waren bei dieser Versammlung durch ihre Führer vertreten. Das Commando des bewaffneten Studentencorps hatte bereits zweimal in den Personen gewechselt. Dem ersten Chef, Professor und Rector Joh. Müller, war der Professor und Prorector Hecker gefolgt; dieser wurde seiner Commandeurstelle von den Studenten entsetzt, weil er eigenmächtig, ohne die Majorität der Studentenschaft gehört zu haben, im Namen derselben officielle Erklärungen abgegeben hatte. Das Commando wurde dem Universitätsrichter Lehnerdt übergeben, der jedoch bald wieder einem Vierten, dem Professor Magnus, weichen mußte. Die Universitätsferien erleichterten den „Dienst", der jetzt noch in seinem ganzen Umfange von dem etwa 400 Mann starken Corps ausgeführt wurde. Täglich fand um die Mittagsstunde, im Kastanienwäldchen, die Appell-Versammlung statt, in welcher die Tagesparole und andere den „Dienst" angehende Mittheilungen zur Kenntniß gebracht wurden. Außer dem Wachtdienste (im Schweizersaale und vorläufig noch am Palais des Prinzen von Preußen) bildeten regelmäßig wiederkehrende Exercitien und Schießübungen (in der Hasenhaide) die Beschäftigung der Studentenwehr. Die Rotten hatten sich bereits nach politischen Parteifärbungen gesondert; die conservativen und oppositionellen Elemente in denselben hielten sich ziemlich das Gleichgewicht. Doch wurde es als ein Sieg der Opposition betrachtet, daß Hr. v. Salis aus der Schweiz, ein als radicaler Volksredner bekannter Student, zum Führer einer der vier Rigen gewählt worden war, daß ferner, als auf Anregung der Universitätsbehörde in den einzelnen Rotten darüber abgestimmt wurde, ob

der Student Schlöffel wegen seiner Extravaganzen von der Mitgliedschaft an der Studentenwehr ausgeschlossen werden sollte oder nicht, — es war in der dritten Aprilwoche — die Majorität sich für Schlöffel erklärte. — Statuten für den Studentenwehrdienst wurden um diese Zeit von den zumeist studentischen Rotten- und Rigenführern vorbereitet, welche täglich vor dem Beginn der Appell-Versammlungen zu „dienstlichen" Berathungen unter dem Präsidium des Commandeurs in der Aula zusammenkamen.

Um das Resultat der von den Hauptleuten und Majoren vollzogenen provisorischen Commandeurswahl dem Gewählten zu überbringen, waren durch die Versammlung im Saale des grauen Klosters alsbald die Bataillonsführer abgeordnet worden. Hr. v. Aschoff empfing dieselbe im kön. Schlosse. Wie früher (I. S. 330) erwähnt, war bereits am 19. März von Personen aus der Umgebung des Königs versucht worden, Hrn. v. Aschoff zur Uebernahme des Bürgerwehr-Commandos zu bestimmen; er hatte damals die betreffenden Anträge zurückgewiesen. Jetzt erklärte er, die Wahl annehmen zu wollen, jedoch nur provisorisch, da ihre Bestätigung durch die gesammte Bürgerwehr erfolgen müsse. „Der Hergang bei diesem Akte", berichtet die Voss. Zeit., „trug einen so herzlichen, deutschen, patriotischen Charakter, daß man die besten Hoffnungen in die segensreichen Folgen, die sich daran knüpfen werden, setzen muß. „„Wir wollen einander mit brüderlichem Vertrauen entgegen kommen — Vertrauen um Vertrauen!"" äußerte der Gewählte, und die Anwesenden bekräftigten diese Worte mit einem vollen Ja und Händedruck." Zugleich weiß dasselbe Blatt mitzutheilen, daß „der Gedanke angeregt" worden sei, die Commandantur der Stadt und das Commando der Bürgerwehr in die Hände einer Person zu legen, „damit auf diese Weise die vollständigste Einheit der Maßnahmen, in Betreff der Beziehungen zwischen Militair und Bürgerwehr erzielt werden könne." In der That ernannte der König bald darauf Hrn. v. Aschoff zum Commandanten von Berlin. — Das Central-Büreau für die Bürgerwehr, bisher im Gebäude des Polizeipräsidiums, wurde jetzt in das kön. Schloß verlegt; eine Woche später erhielt es ein eigenes Local in dem Gouvernements-Gebäude (Ober-Wallstraße), dessen untere Räume zur Dienstwohnung des Commandeurs der Bürgerwehr bestimmt wurden.

Die Inspection der einzelnen Bürgerwehr-Bataillone gab Hrn. v. Aschoff wiederholt Gelegenheit über sein Verhältniß zur Bürgerwehr sich auszusprechen. Am 8. hielt er im Lustgarten Musterung über die siebzehn ersten Bezirke, welche die beiden ersten Bataillone bildeten, und die drei Sectionen des Gewerbe-Institutes, unter Führung des Commissionsrathes Brix, die sich ihnen angeschlossen. Hr. v. Aschoff war in der großen Generals-Uniform, in Begleitung eines Adjutanten in Lieutenants-Uniform und eines Corps-Gensdarmen erschienen. Die Mannschaften, gegen 2500 Personen, defilirten „in guter Ordnung" vor dem General und stellten sich dann in einem Doppelspalier in Front

auf, welche der General, „nachdem er sich das Präsentiren des Gewehres vorher hatte verbitten lassen", herunter ritt. Bei jedem Bezirke, welcher eine Compagnie bildete, und wo die Offiziere vor der Front standen, hielt er einige Minuten an, um die Versicherung auszusprechen, daß er sich beeifern werde, mit der Bürgerwehr gemeinsam den Zweck derselben zu erreichen, Ruhe und Ordnung in der Stadt zu erhalten und so die Ansprüche zu erfüllen, welche die gesammte Bürgerschaft an die Bürgerwehr mache. „Wir sehen uns", sagte er bei dieser Gelegenheit, „heute zum ersten Male; ich kenne Ihren Eifer, Sie aber nicht den meinigen. Ich bin jetzt Ihr Werkzeug, ich gehöre Ihnen mit meiner ganzen Kraft, zu jeder Stunde bei Tag und Nacht. Wollen Sie mir Ihr Vertrauen schenken?" Ein einstimmiges „Ja" war die Antwort. „Nun denn", fuhr Jener fort, „so gehört Ihnen das meinige, meine ganze volle Kraft, das schwöre ich Ihnen." Nachdem die Inspection auf diese Weise beendet war, versammelte der General die Führer um sich und nahm den Hauptleuten den Handschlag im Namen ihrer Compagnieen ab, als Versicherung der gegenseitigen Einigkeit und des Vertrauens. Dasselbe wiederholte sich bei den Inspectionen der anderen Bataillone. Als bei der Musterung eines derselben im Hofe der Alexander-Kaserne, am 10., der General es zu rechtfertigen suchte, daß er die militairische Uniform, welche er seit 44 Jahren trage, auch ferner und in diesem Verhältnisse zur Bürgerwehr tragen werde, trat ein Bürger aus dem Gliede und äußerte: die preußische Uniform stehe so in Ehren, daß es die Bürger nur erfreuen könne, ihren Führer in derselben zu sehen. Ein allgemeines Hoch „auf König und Vaterland, auf die Bürgerwehr und ihren Führer" schloß den Musterungs- und Vertrauens-Akt.

V. Arbeiter- und Gewerks-Versammlungen; ihre Beziehungen zu den Clubs; Organisation der Arbeiter. — Gewerks-Aufzüge und Feste. — Die Maschinenbau-Arbeiter.

Gewaltsamen Demonstrationen entgegen hatten die intelligenteren Arbeiter zunächst in der Organisation ihres Standes, auf dem Wege engerer und weiterer Associationen, das Mittel gefunden, nicht allein die äußere Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern auch deren selbstständige politische und gesellschaftliche Entwickelung zu befördern. Ihre Bestrebungen wurden theils unterstützt, theils geleitet durch junge Politiker, Studenten, Literaten und Andere, denen die Presse und die bestehenden Blätter nicht hinreichenden Spielraum gewährten, ihren Eifer zu bethätigen. Die Parteien selbst, die in den Clubs allmählig mehr erkennbar wurden, suchten einen directen Einfluß auf jene Bestrebungen

und Associationen zu gewinnen; und während der „Volksverein" unter den Zelten die Angelegenheit des Arbeiterstandes, freilich unter Leitung einer diesem Stande nicht angehörigen Person, ausschließlich zu der seinigen machen zu wollen erklärte, begnügte sich der politische Club nicht, Arbeiter in Masse zur Mitgliedschaft an demselben heranzuziehen; er hielt vielmehr besondere Arbeiterversammlungen ab und deputirte einzelne Mitglieder zu anderen von Arbeitern berufenen Versammlungen, was denn wieder die Folge hatte, daß der constitutionelle Club ebenfalls seine Mitglieder als Sprecher in die einzelnen Versammlungen absandte. — Verfolgen wir die Verhandlungen zweier Wochen, um jene bald selbstständigen, bald gemeinsamen Bestrebungen selbst und den Eifer der Betheiligten kennen zu lernen.

„Im Auftrage des Arbeiter-Clubs" (über dessen Constituirung am 29. März wir früher, I. S. 486, berichtet) erließen die „Arbeiter" Engelhardt, Fromm, Lüchow, Müller, Michaelis durch ein Plakat vom 4. folgenden

Aufruf an die Arbeiter. Obgleich schon manche Aufrufe zur Abhülfe der Noth an die Arbeiter ergangen, so kann uns dies doch nicht genügend erscheinen, weil sie nicht aus unserer Mitte hervorgegangen sind. Wir fordern daher sämmtliche Deputationen aller Arbeiter auf, sich am Donnerstag, 6. Ap., Abends 8 Uhr, im Maaßschen Locale (Sebast.-Str.) zur gemeinsamen Berathung einzufinden, um aus unserer Mitte die Vertrauungswürdigsten zu einem Comité zu ernennen, welches die Interessen der Arbeiter in beständiger Wirksamkeit zu fördern bemüht sein wird.

Von den Veranstaltern der „ersten großen Volksversammlung" vor dem schönhauser Thore wurde gleichzeitig eine „zweite" auf den 9. April durch Anschlagzettel folgenden Inhalts einberufen:

Männer — Bürger Berlins! Die am 26sten v. M. auf dem Exercier-Platze vor dem schönhauser Thore statt gehabte Versammlung hat allen Anwesenden durch die vielfach verschiedenen Darlegungen, aus vielen Klassen der Bewohner dieser Stadt, ein treues Bild von dem allgemeinen und besonderen Nothzustande der Arbeitenden gegeben, und die dringende Nothwendigkeit der Abhülfe herausgestellt. Der Beschluß der Versammlung, die in sieben Punkten gefaßten Anträge in einer Adresse Sr. Maj. dem Könige zu überreichen, ist ausgeführt und dieselbe huldvoll angenommen worden. — Nun laßt uns rüstig fortschreiten, damit sich das Nothwendige gestalte, die Ordnung aus uns selbst heraus sich bilde als Licht und Sonne, wodurch Alles beleuchtet und erwärmt werden kann, werden wird. — Nicht alle Gewerbe und Gewerke waren in der ersten Versammlung vertreten. Besonders Arbeitgebende waren nur in geringer Anzahl unter den Redenden und doch muß das Volk und die Regierung auch von diesem Standpunkte aus den Stand der Dinge kennen lernen. — Nur von den verschiedenen sich gegenüberstehenden Standpunkten beleuchtet, kann der wahre Zustand der Noth in das rechte Licht treten. So können nur durch freie Ergebnisse die rechten Mittel zur Abhülfe gefunden werden. Viel mehr läßt sich durch gegenseitige Ausgleichung und Vermittelung beseitigen, als durch die Bestimmung der Regierung, durch Gesetze. — Nur wer das Gottesgesetz im Menschen: „Was Du willst das Dir geschehe, das thue Andern" in sich als Gesetz erkennt, wird dem Gesetz gehorchen. — So fordern wir denn nochmals sämmtliche Gewerbetreibende, Fabrikanten, Meister, Gesellen und Arbeiter, sämmtliche Arbeitgeber hiermit auf, sich in besonderer Gesellschaft zu versammeln, ihre Beschwerden und Wünsche zur Abhülfe durch Berathung festzustellen, in jeder Gesellschaft einen Deputirten zu wählen, denselben mit schriftlicher Vollmacht versehen, zur zweiten großen Volksversammlung am Sonntag den 9. April Nachmittags 2 Uhr auf dem Exercierplatz vor dem schönhauser Thore zu senden. — Die durch Berathung der einzelnen Gesellschaften festgestellten Punkte wird jeder Deputirte dem anwesenden Schriftführer mit der Vollmacht überreichen und durch seine Rede nachher frei darlegen. — Ohne Vollmacht einer Gesellschaft kann Niemand zur Rede zugelassen werden. — Die Deputirten werden zum Schluß der Versammlung sich einen Vorsitzenden, Sprecher, un-

ter sich wählen, der die nachfolgende Versammlung zu berufen haben wird, bis zur Vollziehung der Wahl aber der bisherige Ordnungssprecher die Versammlung leiten. Die Ordnung erfordert, daß nur die Deputirten in den Raum zunächst der Tribüne treten, die Zuhörer aber außerhalb des bezeichneten Raumes bleiben. Da Jedem an Aufrechthaltung der Ordnung liegen muß, wird jeder Anwesende das Seinige dazu beitragen. — Die Deputation für die Abhülfe der Noth: Urban, Thierarzt. Bremer, Cigarrenmacher. Fichtner, Schlossergeselle. Petri, Richert, Lange, Gesellen. — Der Sprecher: Eckert, Bürger und Kleidermacher.

Der Volksverein hielt seine 3. Versammlung am 5.:

Nachdem der Vorsitzende über die Verwendung der eingelaufenen Gelder Rechnung gelegt, leitete er die Versammlung, die auch diesmal aus 5—6000 Mitgliedern bestand, mit einer Rede ein, welche darauf hinwies, wie nothwendig es sei, daß jetzt jeder Einzelne mit Besonnenheit und Ruhe zu Werke gehe und sich nicht von blinder Leidenschaft, die leicht in Zerstörungssucht ausarten könne, hinreißen lasse. Darauf trat Hr. Schlöffel auf und bat die Versammlung um die Erlaubniß, ein neu erschienenes, von ihm herausgegebenes Blatt, „der Volksfreund" betitelt, vorlesen zu dürfen. Es geschah. Mit großem Beifall aufgenommen, hatte diese Vorlesung zur Folge, daß sich sofort gegen 15 Redner meldeten, welche über das eben Gehörte das Wort verlangten. Sie wurden der Reihe nach gehört, so daß die Versammlung um 11 Uhr geschlossen werden mußte, ohne daß die sehr dringenden Beschwerden und Forderungen der einzelnen Gewerks-Deputationen zur Sprache gebracht werden konnten. Schließlich wurde ein bestimmter Ausschuß aus den Herren Siegerist, Krause, Schlöffel, Monecke, Bisky, Salis, Berends und Löwinson als Secretair bestehend gewählt, um den Vorsitzenden in Erfüllung seiner Pflichten zu unterstützen. — Unter mehreren Reden zeichneten sich besonders die der Hrn. Cohnheim und Siegerist aus. Der Letztere äußerte: „Da wir in einer Zeit leben, wo das Joch der ganzen Welt zu brechen anfängt, so will ich nur etwas sagen, was uns Alle wach halten soll. Die arbeitende Klasse wurde bisher von den Besitzenden schwer gedrückt, weil sie durch ihre Mittel den Arbeiter förmlich zum Lastthiere herabstießen, so daß ihm bis jetzt keine Freude, keine Erholung, ja nicht einmal das Nöthigste, seine richtige Nahrung blieb: aber dies Alles haben wir der schlechten Organisation der Arbeit zu danken. Kameraden, wir können jetzt frei sprechen und unsere Wünsche laut werden lassen, weil diejenigen, welche es thun, nicht mehr wie früher als Aufwiegler und Hochverräther verfolgt und oft nach langem Gefängniß aus dem Lande gejagt werden. Der Arbeitsstand ist doch von allen der unentbehrlichste, weil das Wohl der ganzen Gesellschaft von ihm abhängt. Darum sind auch unsere Forderungen gerecht; wir wollen uns nicht mehr quälen, damit Einzelne unsern sauren Schweiß vergeuden und wir keinen Nutzen davon haben. Darum, meine Brüder, haltet fest zusammen und trage ein Jeder das Seine dazu bei, damit wir einen Baum pflanzen, der über ganz Deutschland seine Zweige ausbreitet und nicht wieder umgehauen werden kann. Aber erfüllt man unsere gerechten Forderungen, am Lebensgenuß Theil nehmen zu können, nicht, verweigert man uns unsere Menschenrechte noch länger, so mögen unsere Peiniger bedenken, daß unsere durch die Arbeit ausgebildeten Muskeln auch die Waffen zur Erzwingung unserer Freiheit zu führen verstehen. Das hat man gefürchtet! Darum hat man uns keine gegeben. Aber wir werden nicht länger ruhen, als bis auch wir welche haben und nicht bloß jene Spießbürger, die jetzt damit groß thun. Also, zeigen wir festen, aber auch gerechten Willen: dann wird eine allgemeine aufrichtige Verbrüderung uns schnell zum Ziele führen."

Im politischen Club war am 5. gegen das Ende der Sitzung, die in der königsstädtischen Reitbahn abgehalten wurde, ein ungewöhnlich großer Zudrang von Arbeitern bemerkbar geworden; „es traten zuweilen Unterbrechungen ein, welche eine gewisse Absichtlichkeit vermuthen ließen." Da nahm Hr. Held das Wort und erklärte „mit Donnerstimme", daß erst neulich ein Attentat gegen den Club versucht worden sei, daß Aehnliches sich heute wiederholen solle und schon eine Anzahl „gedungener Tumultuanten" sich in diesem Raum befinde, ja sogar Abzeichen trage, um sich gegenseitig zu erkennen und dann den passenden Augenblick vielleicht für Gewaltthätigkeiten zu ergreifen. Er sage diesen in's Gesicht, daß ein solches Beginnen nicht nur für die „niederträchtigen

Verführer" brandmarkend, sondern auch für diejenigen, welche sich zur Ausführung brauchen lassen, höchst schimpflich und für immer entehrend sei. „Es folgte hierauf eine Scene großer Verwirrung und Aufregung." Doch bald ergab sich — daß allerdings eine große Anzahl „Rehberger", an den grünen Zweigen, mit welchen sie ihre Kopfbedeckung geschmückt, kenntlich, in der friedlichen Absicht gekommen waren, den Verhandlungen des Clubs beizuwohnen und ihre Interessen dort zur Sprache zu bringen. Hr. Eichler beruhigte hierauf die Massen und Hr. Held schloß mit einer Anrede an die Arbeiter, in welcher er vor „Ladenstürmen und ähnlichem Plündern" im Sinne seiner bereits erwähnten Proclamation warnte. — Die Theilnahme der Erd- und Bauarbeiter an diesem Club war übrigens massenhaft; Hunderte von ihnen ließen sich in den folgenden Sitzungen als Mitglieder aufnehmen.

Der constitutionelle Club beschloß am 6. eine Adresse an die Arbeiter Berlins in beruhigendem Sinne zu erlassen. Als Hr. Volkmar in der folgenden Sitzung die von der Commission entworfene Adresse vorlegte, entspann sich eine weitläufige Debatte über deren Inhalt. Einen Passus: „Das Wort Freiheit ist ausgesprochen worden; die Befreiung muß von unten auf errungen werden" beschloß die Versammlung auf den Vorschlag des Hrn. Lette wegfallen zu lassen, „weil er von den Arbeitern leicht mißdeutet und nicht zu befriedigende Hoffnungen und Wünsche bei ihnen rege machen könnte." Die Debatte endete — mit Verwerfung nicht allein des Entwurfes, sondern der Abfassung einer Adresse überhaupt.

Am 6. fand die von dem Arbeiter-Club berufene Versammlung in der Sebastiansstraße Nr. 62. statt. Der Aufruf schien mißverstanden worden zu sein, da der Saal meist von Nicht-Deputirten gefüllt wurde:

Der Präsident, Schriftsetzer Born, eröffnet die Sitzung mit einer Anrede „voll kernigen Inhalts". Die Arbeiter müßten jetzt erfahren, welches ihre Rechte seien, damit sie nicht um die Früchte der Revolution betrogen würden. Zu dem vollen Genusse derselben würden sie aber nicht durch Krawalle gelangen, man müsse vielmehr nach einem einigen und bestimmten Plane handeln. Mit Bedauern habe er einzelne Gerüchte vernommen, daß Arbeiter mit Zerstörung der Maschinen umgingen; schon das Gerücht sei beschimpfend; er wisse wohl, daß dies eine hinterlistige Erfindung der Reaction, eine von der Bourgeoisie ausgehende Maßregel sei; er ermahne aber zugleich die Arbeiter ernstlich, jeden persönlichen Haß schwinden zu lassen. Man müsse abwarten, bis eine vollständige Einigkeit unter allen Arbeitern hergestellt sei; zu diesem Zwecke seien bereits Circulare umhergegangen, die zur Wahl einer Deputation aus allen Gewerken aufforderten; sie seien heute noch nicht vollzählig, er eröffne daher eine Discussion über allgemeine Fragen. — Michaelis, Schneider: Ihr wisset Alle, daß am 26. März eine Commission sich aufgeworfen hatte zur Abhülfe der Noth; sogleich liefen viele Petitionen ein; es hat sich indessen herausgestellt, daß diese Commission eine unberechtigte, eine unfähige war, denn wir haben nicht einmal erfahren, was aus unsern Petitionen geworden ist. Wir sind daher übereingekommen, daß jedes Gewerk, jede Fabrik sich vereinigen und nach reiflicher Ueberlegung die Männer wählen soll, die dann eine Central-Commission bilden können. Die Volksversammlungen taugen zu gar nichts; Alles schreit: „Ruhe, Ruhe", und gerade dadurch entsteht die Unruhe, gerade wie unsere Bürger und Besitzer durch ihre lächerliche Furcht die Gefahr erst hervorrufen. In kleinen Gewerksversammlungen wird man sich belehren, und besonders muß man sich politisch bilden. Das politische Bewußtsein gehört zu unserem täglichen Brote. — Assessor Jung macht in einer längeren Rede auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen aufmerksam, und fordert dazu

auf, schon jetzt Listen zu machen und sich nach solchen Wahlmännern umzusehen, welche Deputirte nach dem Herzen des Volkes wählen werden. — Krüger, Maschinenbauer, besteht zur schleunigen Abhülfe der Noth auf Lohnerhöhung und Beschränkung der Arbeitszeit; aber dies müsse natürlich auf dem Wege der Verständigung geschehen, und eine dauernde Abhülfe sei auch hiervon nicht zu erwarten; die Lebensmittel müßten billiger geliefert werden. Der Redner geht dann sehr ausführlich auf die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters über, und bezeichnet es als seine wichtigste Aufgabe, sich Achtung zu verschaffen. — Vogel, Arbeitsmann: Unsere Wünsche sind von der Commission unterschlagen; diese Männer hatten nicht unser Vertrauen, diese Leute sind bestochen worden, diese Leute wollen uns nur unterdrücken; diese Leute hingen zusammen mit denjenigen, welche vermöge einiger Zwei- oder Viergroschenstücke das unwürdige Attentat gegen den politischen Club angezettelt haben; das sind die Wölfe im Schafskleide. Wir müssen fest dagegen zusammenhalten, wir müssen würdige Deputationen wählen. — G. A. Schlöffel, Student und Herausgeber des Volksfreundes: Die Tagelöhner haben mich zu ihrem Sprecher erwählt; ich spreche für eine gerechte Sache. Ihr werdet erstaunen über das, was ich euch sagen werde. Ich sage euch, Alles was versucht ist, die Noth abzustellen, ist umsonst geschehen! Ihr wollt Abkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, das führt zu Nichts, denn dann werden die Lebensmittel steigen. — Der Redner verliert sich hierauf in einige unklare Definitionen national-ökonomischer Verhältnisse, und das Publicum scheint durchaus nicht erstaunt, denn es ruft: „Schon da gewesen!" — Aber der Redner erhebt sich, und indem er zu der Erklärung übergeht, der Grundbesitz liege in falschen Händen, kämpft er gegen die Gewalt des Capitals: „Wir müssen das Capital stürzen! Wir müssen uns verbrüdern! Wir müssen die Bayonnette wegräumen! (Vielfaches Bravo!) Diese Besitzenden wollen nicht arbeiten, darum tragen sie jetzt die Muskete! (Bravo!) Sie wollen sich lieber von dem Despoten drücken lassen, als sich mit den Arbeitern verbrüdern. Selbstständig werden, heißt nichts Anderes, als nicht mehr arbeiten wollen. (Bravo!) Ja, wir müssen die Macht der Geldsäcke stürzen, wir müssen den Edelleuten entgegenarbeiten, die jetzt das Landvolk fanatisiren. Es muß ein starker Schlag geschehen! (Anhaltendes Bravo!) Ich schlage vor: Einigung gegen die Macht des Geldes, Wegräumung der Bayonnette, Anschluß an den Volksverein. — Der Präsident tritt dem Vorschlage, sich mit dem Volksvereine zu verbinden, bei, und in Folge dessen auch die Versammlung. — Hr. Klahm, Bonbonfabrikant, will die Arbeiter über die Unmöglichkeit einer Lohnerhöhung belehren; Tumult im ganzen Saale; „herunter mit dem Arbeiterfeind!" Der Präsident beruhigt die Versammlung und der Dr. Loewinson erzählt derselben, daß es gerade Hr. Klahm sei, der Brot und Kartoffeln für das Volk geschafft habe. — Hr. Klahm: „Ja ich habe es dahin gebracht, daß die Metze Kartoffeln 1 Sgr. kostet." Dies Thema variirt der Redner noch lange und er muß endlich abtreten. — Oppermann: Wir haben noch kein Losungswort. Ich schlage vor: Einig, fest und stark! — Löwinson spricht vom Unterschiede der Stände und dessen Ungerechtigkeit. „Der Arbeiter muß obenan stehen! Wenn wir uns in kleine Kreise allegesammt vereinigen und diese kleinen Kreise halten fest aneinander, (mit erhobener Stimme) wer wollte uns dann widerstehen!"

Die Versammlung nimmt einen stürmischen Charakter an, aber der Präsident schafft mit Energie wieder Ruhe, und nachdem noch einige Redner Unbedeutendes gesagt, schließt der Präsident: „Beruhigt Euch! keine Uebereilungen! Revolutionen kann man nicht auf einen Tag ansetzen; sie brechen von selbst aus, sobald das alte Regiment morsch und faul geworden. Darum Ruhe!" — Die sämmtlichen Deputationen werden aufgefordert sich Sonnabend in demselben Locale einzufinden.

Nachdem der politische Club in der Sitzung vom 7. wiederholt beschlossen, an jedem Sonntage Vormittags eine besondere Sitzung „im Interesse und mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter" abzuhalten, fand die erste dieser Versammlungen am 9. in der königl. Reitbahn statt:

Assessor Jung: Wir haben diese Versammlung berufen, um aus dem Munde der Arbeiter die Wünsche derselben zu hören und mit den Arbeitern gemeinschaftlich über die Abhülfe der Noth zu discutiren. Der Redner begründet nun, wie die beiden großen Fragen der Zeit, die Arbeiterfrage und die der politischen Freiheit, auf dasselbe hinauskommen, wie die eine nur mit der anderen und durch die andere gelöst werden könne. Die frühere Regierung, als eine Regierung für Unmündige und Blödsinnige, habe die politisch-sociale Frage nicht lösen können, eben so wenig der Landtag, dieses Scheinbild einer Landesvertretung. Jetzt gehe man mit einer Lösung um, aber ob sie gelingen werde, frage sich, da man schon

wieder an dem Staatsgebäude künstele und eine Herren-Kurie zwischen die Volksvertreter und den König schieben wolle. — Dr. Wiß: Das Verhältniß von Capital und Arbeit ist bis jetzt nicht das richtige gewesen. Ihr tragt auf Lohnerhöhung an, aber damit ist nichts gewonnen. Die Lohnarbeit muß überhaupt aufhören, denn sie ist Sclavenarbeit. Der Lohn beträgt nur so viel, daß der Empfänger gerade nicht verhungert. Wer nicht Antheil am Capitalgewinn, an dem Werth, den er schaffen hilft, hat, dem mangelt auch die Lust zur Arbeit. Daher auch die Arbeitsscheu. Wird blos der Lohn erhöht, so werden die Waaren theurer und die Sache bleibt beim Alten. — Ein Feilenhauer: Ich war Schlosser, habe im preußischen Militair gedient und wollte mich dann als Schlosser etabliren. Allein dies wurde mir verweigert: ich sollte als Hausknecht dienen oder das Land verlassen oder meine Profession noch einmal lernen, weil ich nicht zünftig sei. Im 25sten Jahre lernte ich nun die Feilenhauerei und bin dabei schlecht behandelt worden. Alles dies veranlaßt mich zu dem Antrage, den ich gehörigen Ortes vorzubringen bitte: daß ein ausgelernter Geselle nicht noch einmal ein Gewerk zu lernen brauche, aus dem Grunde, daß er nicht zünftig gewesen ist. — Ein anderer Arbeiter spricht gegen Stückarbeit, die die Kräfte zu zeitig aufreibe. — Ein Anderer für Lohnerhöhung: Wir wollen nur den früheren Lohn haben, der in der letzten Zeit, in der die Theuerung größer wurde, statt erhöht zu werden, herabgedrückt worden ist. — Dr. Köppe: Ich spreche im Auftrage von Männern aus der Mitte der Arbeiter und beantrage eine Deputation von 5 Arbeitern an den Magistrat, die dahin wirken möge, daß die Gasarbeiten wieder aufgenommen werden. Borsig hat gestern bei Hennig erklärt, so wird mir wenigstens versichert, daß er im Laufe dieser Woche 400 Arbeiter werde entlassen müssen. Durch Verfertigung der Gasröhren in der Stadt würden diese und eine Menge anderer Eisenarbeiter und Schlosser Beschäftigung erhalten. Ich bitte, daß mein Antrag bald zur Abstimmung gelange. — Steinthal: Die Deputation wird nichts bewirken; denn der Magistrat ist in der größten Geldverlegenheit und kann keine Anleihe machen, weil ihm Niemand borgt. Er ist der Bank schon große Massen schuldig. — Krüger (im Namen der Cigarrenmacher): Wenn nur die Fremden fortgingen, würden wir Arbeit genug haben. Statt dessen kommen Hamburger, Bremer und Belgier, die man uns vorzieht. Man hält sie für etwas Besseres als Cigarrenmacher, die sie doch auch nur sind. Ein Bremer, denkt man, das muß ein Cigarrenkünstler sein. Prätorius hat uns neuerdings von jedem Tausend 8 Groschen abgezogen. Was blieb uns da nach den Abgaben an die Wickelmädchen und für andere Zurichtung? 1½ bis 2 Thaler wöchentlich. Dabei kann Niemand bestehen. 25 Arbeiter von Prätorius haben diese Woche aufhören müssen, 27 sind noch geblieben. Die Fremden, die können wohl damit zufrieden sein; denn wenn die hier Schulden gemacht haben, nehmen sie Sack und Pack und reißen aus.*) — Ein anderer Arbeiter spricht gegen die vielen Burschen. — Richter: Mein Wanderbuch lautete auf 3 Jahre. Ich wollte, da ich hier keine Arbeit bekam, wieder wandern, aber man ließ mich nicht. Die Kreisersatzcommission that Einspruch, auch frug man mich, ob ich auch noch Geld genug habe. Wenn wir frei wandern könnten, würden wir uns wo anders Arbeit schaffen, wenn es hier keine giebt. Warum haben wir jetzt so viel verheirathete Gesellen? Weil das Wandern nicht freisteht. Und das Heirathen mehrt die Noth, denn ein Einzelner kommt immer eher durch als ein Familienvater. — Hartung vertheidigt die Maschinen: Es müßte nur ein Antheil des Gewinnes dem Arbeiter bewilligt werden. — Ein Feilenhauer läßt sich über den Miethschwindel aus: Nachdem

*) „Zur Steuer der Wahrheit und zur Beherzigung für Krüger" erließ Hr. Prätorius auf diese in dem Bericht der Zeit.-H. enthaltenen Aussagen folgende Erklärung:

„Ich habe keinem Arbeiter 8 Groschen abgezogen und keiner hat aufhören müssen, sondern 22 haben aus eigenem Antriebe im Laufe der Woche die Arbeit aufgegeben, und 38 sind geblieben. Jene 22 haben bei mir eine weit kürzere Zeit gearbeitet, als die 38, welche zum größten Theil schon Jahre lang bei mir sind. Ich habe die 22 nur unter der ausdrücklichen Bedingung beschäftigt, daß sie versuchsweise das Tausend, und zwar nur Pfälzer Cigarren, für 1 Thlr. arbeiteten, da mein Vorrath von amerikanischen Cigarren schon übermäßig groß im Verhältniß zum Absatz sei. Pfälzer Cigarren sind aber mit 3½ Thlr. das Tausend aus der Fremde zu beziehen, daher weiß jeder Arbeiter sehr wohl, daß das Arbeitslohn nicht höher als 1 Thlr. sein kann. Nun macht ein geschickter und fleißiger Cigarren-Macher, bei 10 bis 11 Stunden täglicher Arbeitszeit, wöchentlich nur etwa 2 bis 3000 St., so fehlt es ihm an Geschick oder Fleiß, und wenn er dennoch 1½ bis 2 Thlr. an den Wickelmacher und Zurichter zahlt, so kann er natürlich nicht bestehen und thut am besten etwas Anderes als Cigarren zu machen. — Ich ziehe fremde Arbeiter keinem geschickten einheimischen vor, was auch schon daraus hervorgeht, daß sich unter den mehrgedachten 38 viele hiesige befinden."

ich mir einen neuen Rock angeschafft hatte, kam mein Wirth und forderte 10 Thlr. Miethe mehr. Es sind ferner eine Menge Feilenhauer hier, die sich englische Feilenhauer nennen, aber so gut Berliner sind wie wir, die wir uns Deutsche nennen. Diese englischen hatten früher eine andere Manier, sie hauten von unten. Die Manier haben sie abgelegt, sie hauen jetzt mit uns gut deutsch von oben. Wozu nennen sie sich nun noch Engländer? Um etwas Besseres zu scheinen und mehr zu bekommen. Ich will, daß Alle an ihre Schilder schlechtweg „Feilenhauer" schreiben. — Ein Arbeiter: Das ist eine große Beschränktheit, daß man die Fremden ausweisen will. Weist man sie hier aus, so werden sie natürlich anderwärts auch ausgewiesen. Wir bekommen die auswärtigen Berliner arbeitslos zurück. Die Einen gehen, die Andern kommen, die Sache bleibt dieselbe. Man proclamirte allgemein die Freizügigkeit, und hier will man die Fremden austreiben. Außerdem soll, nach einer Verordnung des Polizei-Präsidenten v. Minutoli, der Meister den Gesellen anzeigen, der keine Arbeit hat. Was ist dies für eine Maßregel? Wenn man sich dann ein Wort gegen den Meister erlaubt, so zeigt er an, man habe keine Arbeit und man wird ausgewiesen. Es darf nicht jeder Bürger einen ihm mißliebigen Arbeiter austreiben können. Der Arbeiter ist auf vielerlei Weise an Berlin gebunden. Unter Anderem giebt es hier Arbeiten, die wo anders gar nicht betrieben werden. Auch hebt sich das mit dem Schuldenmachen. Die Berliner machen außerhalb auch Schulden und bezahlen sie nicht. — Richter, Schlossermeister: Wenn wir mehr Lohn geben sollen, müssen wir selbst erst mehr verdienen können. Daher muß die Ladenarbeit aufhören oder die Ladenwaaren müssen einen Stempel haben, damit die Ladenbesitzer mit den Meistern gleichen Preis halten. — Abel, Nadlermeister: Die Meister verdienen nicht mehr an dem Pfund Stecknadeln als 2 Silbergroschen. An den Haarnadeln ist der Gewinnst ebenso gering. Unsere Innung hat den Vorschlag gemacht, daß die in die Stadt einzuführenden Waaren eine Steuer bezahlen. Dann könnten sich aber alle Städte so gegen einander absperren; das vertrüge sich schlecht mit dem einigen Deutschland. Wir wollen daher lieber einen Tarif, dem die Regierungen in ganz Deutschland Geltung zu verschaffen haben. Auf diese Weise würden wir aus der elenden Lage kommen, in der wir sind, ja sogar höheren Lohn geben können. — Dr. Saß: Vertritt die Freizügigkeit und erklärt sich gegen Lohnerhöhung. Er macht namentlich das Argument anschaulich, wie durch eine allgemeine Lohnerhöhung die Preise steigen und dadurch der Zweck der Maßregel verloren gehen würde. — Dehnicke kommt auf das Arbeiter-Ministerium zurück, unter dem aber nicht ein bloßes Ministerium der öffentlichen Arbeiten und des Handels, sondern ein Ministerium aus Arbeitern und Arbeitgebern zu verstehen sei. — Constant spricht für Lohnerhöhung. Viele Fabrikanten leben nicht nur von ihren Arbeitern, sondern sammeln durch sie Capitalien. Eine durchgängige Arbeitserhöhung sei jedoch nur dann möglich, wenn sich uns Absatzwege eröffnen. Die vorige Regierung habe sich zumeist mit ihren Privat-Interessen beschäftigt, den Handel habe sie vernachläßigt, namentlich in Beziehung auf Spanien, auf Rußland, auf China. Wir haben aus allen Welttheilen die Arbeitslöhne einzusammeln, dann werden wir wissen, was wir fordern und was wir exportiren können. Bis jetzt verdient unser Handel kaum diesen Namen, er ist eine Krämerei. — v. Förster: Man hat gesagt, wenn alle Löhne höher würden, müßten auch alle Waaren theurer werden, und so käme die Sache auf dasselbe hinaus. Dies wäre richtig, wenn die Arbeiter allein auch wieder alle Waaren aufkauften. Es giebt aber nicht nur Arbeiter, sondern auch Nichtarbeiter: Capitalisten, Rentiers, Pensionäre, Soldaten. Diese kaufen ebenfalls Waaren und tragen daher einen Theil des erhöhten Preises. Ja es kommt ein großer Theil dieses Preises auf sie, da sie das Geld haben und im Stande sind sich großartig einzurichten. Sehen Sie sich die Wohnungen der Arbeiter an. Weniges Hausgeräth und die nöthigsten Lebensmittel sind Alles, was Sie darin finden. Bei den Nichtarbeitern dagegen treffen Sie jene Pfunde Stecknadeln, jene messingene Schlösser, jene Massen von Möbeln, von Waaren aller Art, von denen vorhin gesprochen wurde. Der Nachtheil bei der Lohnerhöhung wird also besonders auf die Nichtarbeiter fallen. Den Arbeiter trifft er mit, aber nicht so, daß der ganze Zusatz darauf ginge. Lassen Sie sich also durch Trugschlüsse nicht irre machen.

Schluß der Debatte. Es wird eine Deputation an den Magistrat um Wiederaufnahme der Gasarbeiten ernannt und eine andere an den Polizeipräsidenten um Freizügigkeit. — Mehrere Arbeiter machen darauf aufmerksam, daß die Herren Urban, Eckert und Bremer schon wieder bei einer Volksversammlung präsidiren wollen, daß diese Herren das allgemeine Vertrauen nicht mehr haben, daß Hr. Urban sich zu bajonnettenfreundlich bewiesen habe, daß er und Eckert Männern, die für das Volk thätig gewesen, mit Prügeln gedroht und ihnen gesagt haben, sie sollten ihre Knochen zusammen suchen. — Die Arbeiter dringen darauf, daß Jemand die Absetzung der 3 Präsidenten auf der Volksversammlung vor dem Schönhauser Thore und die Wahl eines neuen beantrage. Hr. v. Förster erhält durch Abstim-

mung das Mandat und eine Vollmacht der Versammlung. Gegen Urban wird noch geltend gemacht, daß er, nach Aussagen des Landtagsdeputirten von Marienwerder, daselbst bereits gesessen habe. Auf den letzten Punkt will sich jedoch der Bevollmächtigte nicht einlassen, weil er ihn nicht beweisen könne.

In Bezug auf die hierin erwähnte Deputation an den Magistrat „um Wiederaufnahme der Gasarbeiten“ berichtete später in einer Sitzung des polit. Clubs (am 11.) Hr. v. Förster:

Ich war Sprecher bei der Deputation der Eisenarbeiter und Schlosser an die Stadtverordneten um schleunige Aufnahme der städtischen Gasarbeiten. Wir begaben uns zuerst zu dem Director der städtischen Beleuchtungsanstalten, Hrn. Bärwald, und baten ihn, unser Anliegen kräftig zu unterstützen. Dieser Herr meinte jedoch: in der Stadt seien bereits alle Röhren gelegt und für eine Gasbeleuchtung außerhalb der Stadt existirten noch keine Pläne. Wir machten ihn auf die Friedrich-Wilhelmsstadt aufmerksam, die noch des Gases zum Theil entbehre, baten ihn, für schnelle Anfertigung der Pläne zu sorgen und drangen darauf, daß die Röhren, auf die es uns besonders ankam, noch vor den Plänen angefertigt würden. Allein Hr. Bärwald hielt uns unsere technische Unkenntniß vor: die Pläne könnten nicht so schnell gemacht werden, als wir wünschten, und die Röhren jedenfalls nicht vor den Plänen, da sich die ersteren nach den letzteren richten müßten. Wir replicirten, daß die Dimensionen für die kleinen Röhren, die das Gas in die Häuser leiten, überall dieselben seien und verlangten die vorläufige Anfertigung wenigstens dieser Röhren. Nachdem Hr. Bärwald nochmals auf seine Pläne zurückgekommen war, versprach er unseren Antrag bei den Stadtverordneten zu stellen, obgleich für dessen Annahme wenig Aussicht wäre. Wir begnügten uns natürlich mit einem solchen Bescheide nicht und gingen lieber gleich selbst zu den Stadtverordneten. Und siehe da: Hr. Fournier, der uns empfing, schien einen neuen Menschen angezogen zu haben. Auf eine wohlwollende Weise versprach er, unsern Antrag in der nächsten Sitzung vorzubringen und für die Annahme, der seiner Meinung nach nichts entgegenstehe, mitzuwirken. Er setze dabei voraus, daß dadurch wirklich Viele Brot und Beschäftigung erhalten. Nun, m. HH., daß wir nicht im Auftrage Weniger hingegangen sind, wissen Sie ja selbst. Ich sagte Hrn. Fournier in Ihrem Namen Dank und jetzt bleibt uns vorläufig nichts, als abzuwarten, was die Hrn. Stadtverordneten beschließen werden.

Der Arbeiter-Versammlung des politischen Clubs folgte am Nachmittage die Urban-Eckert'sche Volksversammlung auf dem Exercierplatze vor dem schönhauser Thore (an der sog. einsamen Pappel):

Es sind einige 1000 Menschen zugegen. Um die Pappel ist eine hohe Tribüne errichtet, in einem weiten Abstande von derselben eine Barriere gezogen, hinter welcher die Zuhörer stehen sollen. Innerhalb des Raumes befinden sich die Präsidenten, mehrere Beamte und Deputirte des constitutionellen Clubs. Dem Publicum ist aber der Abstand zu weit. Eckert erklärt sich bereit, die Tribüne zu öffnen. Zu gleicher Zeit wird die Barriere von allen Seiten überstiegen und die Hörer kommen bis an die Tribüne. — Eckert eröffnet die Versammlung. Der Zweck derselben ist der nämliche, wie bei der ersten Versammlung an diesem Orte: die Besprechung der Noth und ihrer Abhülfe. Diesmal wollen wir jedoch die Sache von der anderen Seite beleuchten und vornehmlich die Arbeitgeber hören. — Hr. Jüngling weist in einer längeren Rede auf den Präsidenten Lette hin, als auf einen Befähigten, die Arbeiterfrage zu entwirren und die Lösung herbeizuführen. — Justiz-Commissarius Furbach spricht im Interesse des constitutionellen Clubs und bittet, eine Deputation desselben bei den Verhandlungen über die Arbeitsfrage mitwirken zu lassen. — Hr. v. Förster: Wir berathen hier über unsere Noth. Wenn aber unsere Beschlüsse Geltung erlangen sollen, so müssen wir die Leitung der Verhandlungen in gute Hände legen. Die Volksversammlung, die mich beauftragt hat, in ihrem Namen hier zu sprechen, ist der Meinung, daß die Herren Urban, Eckert und Bremer das allgemeine Vertrauen nicht mehr besitzen . . . (Bravo!) und zwar aus folgenden Gründen: Die genannten Herren sind nicht aus unserer Mitte hervorgegangen, wir haben sie nicht gewählt. Vielleicht beriefen sie diese Versammlung aus eigenem Antriebe, das wäre löblich! vielleicht aber auch auf den Antrieb Anderer. Von uns, von unten, kommen sie nicht, vielleicht kommen sie von oben. (Stimmen aus der Versammlung: Sie sind vom Himmel gefallen!) Zweitens sind die Herren Präsidenten bei Maßregeln thätig gewesen, die nicht nach dem Sinne des Volkes waren. Bei der ersten Versammlung auf diesem Platze wollten sie die Abhülfe der Noth dem Landtag anvertrauen. Hr. Urban

wollte schon vor dem Begräbniß der am 18. März Gefallenen die Bayonnette zurückholen und bewies für diese Maßregel vielen Eifer. Solche Bayonnettenfreundlichkeit war nicht nach dem Sinne des Volkes. (Bravo!) Urban und Eckert haben sich ferner Drohungen erlaubt gegen Männer, die sich rücksichtslos der allgemeinen Sache hingeben, Drohungen — ich weiß sie nicht genau, aber ungefähr solche: sie würden Prügel bekommen, daß sie ihre Knochen zusammensuchen sollten. Eichler und Schlöffel sind auf solche Weise bedroht worden. Die Versammlung, für die ich hier stehe, will nicht, daß die, welche sich derartige Drohungen erlaubten, ferner einer Volksversammlung präsidiren. Ich trage deshalb darauf an, daß die Herren Urban und Eckert ihre Präsidentenschaft niederlegen (Acclamation) und schlage als neuen Präsidenten Hrn. Bisky, ein bekanntes und geachtetes Mitglied des Handwerkervereins, vor (Stimmen in der Versammlung durcheinander).

Bisky (besteigt die Tribüne): Es sind hier schwere Anschuldigungen vorgebracht worden: man hat von Achtgroschenstücken gesprochen worden, die an die Arbeiter ausgetheilt seien .... Förster: Das habe ich nicht gesagt. — Bisky: Wir müssen vor allen Dingen die Angegriffenen hören, ehe wir abstimmen, ob ich präsidiren soll oder nicht. Ich gebe also zuerst Hrn. Eckert das Wort. — Eckert: Ich spreche vor Allem über meine Berechtigung zum Präsidiren. Ich hatte die erste Versammlung auf diesem Platze aus eigenem Antriebe berufen und wollte schon damals mein Amt niederlegen, so wie einen neuen Präsidenten wählen lassen. Es kam aber wegen des Lärms, den die Landtagsfrage verursachte, nicht dazu. Heut hatte ich die gleiche Absicht und wollte nur den Schluß der Verhandlungen abwarten, damit sich die Versammlung aus den Rednern einen Vorsitzer wählen könnte. Im Uebrigen habe ich nur immer die Versöhnung zum Ziele gehabt. — Urban: Man hat gestern in der Versammlung in Tivoli ausgesprochen, ich hätte schon gesessen. Man hat eben dort gesagt, ich stäke mit Liedke unter einer Decke. Alle gegen mich erhobenen Beschuldigungen sind Lügen. Meinen Beruf, für die Versammlung zu wirken, habe ich von keinem Menschen, ich habe ihn von Gott. Nur das ist wahr, daß ich die Garde schon vor dem Begräbniß habe zurückführen wollen. (Lärm in der Versammlung.) — Ein Arbeiter mit halb entblößtem und verbundenem Arm (besteigt die Tribüne, hebt diesen Arm zum Himmel und spricht mit ausgestreckten zwei Fingern): Ich kann beschwören, daß Herr Rendant Liedke zu uns Erdarbeitern gekommen ist, an jeden von uns 8 Groschen vertheilt und uns aufgefordert hat, die Juden todtzuschlagen. Wir sollten mit Knütteln bewaffnet nach dem Mehlhause kommen und dem politischen Club eine Demonstration machen, aber eine ordentliche (er macht eine Bewegung des Hauens). Als wir hinkamen, hatte die Versammlung Wind bekommen, daß die Vogtländer anrückten, und war verwichen. Wieweit Herr Urban dabei betheiligt ist und ob er überhaupt dabei betheiligt ist, weiß ich nicht. Daß es aber der Rendant Liedke gewesen, dafür ist Gott mein Zeuge und dafür kann ich 500 bis 1000 Zeugen stellen. — Diese Scene macht einen großen Eindruck auf die Versammlung. Bisky will Eckert und Urban nochmals das Wort geben. Sie verlangen aber selbst mit der Versammlung die Abstimmung. — Bisky: Will die Versammlung, daß Urban und Eckert noch weiter präsidiren? (Es erheben sich wenige Hände.) ... Will die Versammlung, daß Urban und Eckert nicht weiter präsidiren, daß sie also abtreten? (Es erheben sich fast alle Hände.) Gegenprobe: Sollen Urban und Eckert Präsidenten bleiben? (Es erhebt sich keine Hand.) ... Will die Versammlung, daß ich vorläufig Ordnungssprecher bleibe? (Einstimmig angenommen.) ... Ich beantrage jedoch, daß die Ordnungssprecher öfter wechseln, und zwar, daß jedesmal ein neuer gewählt oder der alte von der Versammlung bestätigt werde. (Angenommen.) — Eckert: Ich will nur von der Versammlung Abschied nehmen. Ich danke ihr für das mir bisher geschenkte Vertrauen. Ich bin Familienvater und meine Angelegenheiten gestatten mir nicht, viel Zeit auf die öffentlichen Versammlungen zu verwenden. Es war mein Vorsatz abzutreten, und die Versammlung ist mir darin entgegengekommen. Ich trete gern zurück, doch möchte ich nicht unversöhnt scheiden, da ich immer für Versöhnung thätig gewesen bin. (Bravo!) —

Bisky: Nun zur Sache! Hr. Präsident Lette hat das Wort. — Hr. Lette spricht über die Bedingungen für die gedeihliche Wirksamkeit eines Arbeiterministeriums, namentlich über die Einrichtungen, dasselbe von unten auf mit der nöthigen Lebenskraft zu versehen, um eine geregelte Vereinigung dieser bis jetzt unbehilflich sich bewegenden Masse zu erzielen. Er fordert Gewerks- und Handelskammern, aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt, ein Handelsrath gehe aus denselben hervor und trete dem Ministerium zur Seite. — Hr. Tischler behandelt die Verhältnisse der Erdarbeiter, die man gewohnt sei, als die letzte Klasse der Arbeiter zu betrachten. Er habe in seiner Eigenschaft als Regierungs-Baucondncteur namentlich die Bedürfnisse der Chaussé-Arbeiter kennen gelernt und sich überzeugt, daß diesen eine förmliche Corporation, wie man sie bei den regelmäßigen Ge-

werken finde, nöthig sei. Eine dahinzielende Adresse des Redners kommt nicht zu geregelter Beschlußnahme, da sie den allgemeinen und großen Gesammt-Interessen, welche an diesem Orte beachtet werden sollen, gegenüber, zu sehr, in Einzelnes sich verliere. — Hr. Karbe beschwert sich über die erhöhete Miethssteuer, die ein Ergebniß wirthlicher Willkür, ein legitimes Kind des Wuchers sei, und behauptet, daß Wirthe, wenn sie nicht gesetzlich als Wucherer angesehen werden wollten, von dem wahren Werthe ihrer Grundstücke nur die gesetzlichen Fünf vom Hundert und die nothwendigen Reparaturkosten einnehmen dürften. Würde ein dahinzielendes Gesetz in's Werk gesetzt, so würde der Willkür begegnet und mit dem alsdann nothwendigen Fallen der meisten Miethen auf die lästige Höhe der aus solcher Veranschlagung hervorgehenden Miethssteuer herabgedrückt werden. — Hr. Kleiber, Vorsteher des Gesellenvereins und Abgeordneter des constitutionellen Clubs, spricht gegen die Trennung der einzelnen Volksversammlungen und der hieraus entspringenden Schwächung der Gesammt-Kraft, und fordert, daß jene sich mindestens durch Deputationen in gegenseitige Verbindung setzen mögen. — Hr. Jordan erhebt sich in energischer Rede gegen die überwiegenden Schattenseiten der Zollvereinsgesetze, und namentlich über die unnatürlichen und somit kostspieligeren Handelswege, welche die nothwendigsten Bedürfnisse der Industrie einschlagen müssen. Die Schweiz z. B. verbrauche jährlich etwa 150,000 Ballen Baumwolle, welche, in Folge jener väterlichen Gesetze, nicht den natürlichen und billigen Wasserweg des Rheines, sondern den unnatürlichen und höchst theuern Weg der Are durch Frankreich gehen müßten. Dies vertheure nicht allein die Produkte aus jenem Rohstoffe, sondern entziehe auch dem Vaterlande eine sehr beträchtliche Einnahme, um Frankreich zu bereichern. Die Noth der Weber in Schlesien, deren Leinwandabfall durch die mächtige Concurrenz englischer Maschinengewebe und Spinnereien schon so sehr gelitten, sei hauptsächlich durch die engherzig-persönliche Politik, die man in Spanien, das früher der Hauptmarkt schlesischer Leinen gewesen, bis auf die Spitze getrieben. Wäre die von einer Nation erwählte Königin, sei sie gleich nicht die legitime, von Preußen anerkannt worden, so würden auch die Handelsverbindungen mit jenem Lande fortbestehen, während jetzt dasselbe Repressalien gebrauche und allen Waaren, nur deutschen nicht, Erleichterung der Einfuhr gewähre. (Lauter Beifall begleitete die Anführungen des Redners.) — Hr. Thiersch liest eine sehr lange Auseinandersetzung über die Ursachen der Geldcalamität vor, welcher letzteren mit Begründung einer Hypothekenbank ein Ende gemacht würde. — Hr. Dr. Stern beschwert sich darüber, daß den bisherigen Volksversammlungen, weil ihnen der eigentliche Mittelpunkt, so auch die wahrhaft praktische Seite fehle. Die besten Vorschläge ohne Ausführung seien nutzlos. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, sei es nöthig, daß die zu wählenden Mitglieder des Comités mit dem allgemeinen Vertrauen beehrt würden, schon vor Eröffnung jeder einzelnen Versammlung etwaige Vorschläge in Betreff zu erledigender Beschwerden u. s. w. zu berathen und alsdann nur die Abstimmung der Gesammtheit zu erfordern. — Hr. Rauh spricht im Namen der Dienstboten, die ihre Interessen denen der Arbeiter beigesellt zu sehen wünschen, da auch sie von mechanischer Arbeit der Hände leben. Die Verhältnisse der Dienstboten seien die gedrücktesten aller abhängigen Personen. Sie seien bisher von der Willkür der Polizei-Beamten einerseits und der der Herrschaften andererseits abhängig gewesen, aus welchem Zustande ein unnatürlicher Auswuchs entstehen mußte: der der raffinirtesten Sklaverei. Habe der gewöhnlichste Arbeiter nach dem alten Ausspruche der Bibel: „Sechs Tage sollst Du arbeiten, aber am siebenten sollst Du ruhen“ wenigstens den Sonntag frei, so sei dies bei den meisten Dienstboten nicht der Fall. Viele derselben müssen eine freie Stunde als eine Gnade betrachten, deren Gewährung von jeweiliger Laune der betreffenden Herrschaft abhängig. Das müsse abgeändert und wenigstens ein Theil jedes Sonntages den Dienstboten gewährt werden, sich zu erholen von der Last der Woche. Der Hauptzweck des neu zu stiftenden Dienstbotenvereines sei aber, für Kranke und arbeitsunfähige Mitglieder einen Unterstützungsfond zu bilden. Die Bestände des sogenannten Prämienfonds der gerade an solche Dienstboten vertheilt würde, die der Unterstützung am wenigsten bedürfen, müssen dahin fließen. Ferner beantragt der Redner die Aufhebung der sogenannten Comtoirscheine, einer Steuer, die gerade in die schlimmste dürftigste Zeit der Dienstboten, in die ihrer Dienstlosigkeit, fällt, wogegen diese verpflichtet werden sollten, einen Theil, wenn auch noch so gering, von ihrem regelmäßigen Lohne abzugeben, um jenen Fond zu verstärken. Auch viele Herrschaften würden zu demselben gewiß und gern beisteuern. Vor allen Dingen sei es aber nöthig, das mehr als fürchterliche Gesetz, daß Dienstboten, welche eine gewisse Zeitlang brodlos sind, die Residenz verlassen müssen, wenn auch nicht für Alle, aufzuheben. Ordentliche, anerkannt ehrenwerthe Dienstleute müssen deßhalb fähig sein, ein Heimathsrecht durch langen tadellosen Aufenthalt hier zu erwerben, damit sie nicht der Willkür und deren Gefolge anheimfallen. Zur Ausführung aller dieser Absichten lasse man sie sämmtlich zu einer Innung mit beson-

derer Verfassung zusammentreten, die Hefe würde sich so auf die beste Weise von dem Klaren und Reinen scheiden. — Der Redner trat endlich dem Verfahren in Sachen contra Urban-Eckert entgegen, indem er es als übereilt bezeichnet, und zur Ehre der Versammlung, eine strenge Untersuchung der Beschuldigungen, welche gegen diese Männer gemacht worden, fordert. Es wurde sofort eine Commission, aus den Herren Rau, Lette, Stern, Karbe, Jordan, Furbach und Bisky bestehend, ernannt, welche sich mit der Untersuchung, im strengsten Sinn des Wortes, befassen und deshalb Be- und Entlastungszeugen einladen, sich bei ihnen schleunigst zu melden. Das Resultat der Untersuchung wird bekannt gemacht werden. (Hr. Rauh tritt unter allgemeinem Bravo ab.) — Hr. Zinke, Arbeiter, will ohne Weiteres Abschaffung aller Maschinen, oder Besteuerung derselben, nach Maßgabe ihrer Leistungen. — Hr. Wöniger erklärt sich gegen die Wuchergesetze, denn man dürfe den freien Lauf des Geldes, welches doch auch nur eine Waare sei, nicht heminen. — Hr. Weber, Schornsteinfeger, protestirt gegen die große Anzahl von Lehrburschen, welche die Meister halten, wodurch die Gesellen entbehrlich gemacht und gedrückt würden. — Hr. Otto Schomburgk tadelt die Lauheit der bisherigen Debatten. Viele treffliche Bausteine seien herzugetragen worden, doch fehle es an gutem Willen oder an geschickten Händen, diese zu einem schönen, wirkungsreichen und harmonischen Ganzen zu vereinigen. Männer, wie die Herren Prutz, Lette, Stern, Kleiber, Furbach, Jordan u. A. m., deren Namen einen guten Klang haben, so wie er selbst seien gern erbötig, gegründete Klagen aller Klassen entgegenzunehmen, um sie an den gehörigen, Vielen unbekannten, Ort zu bringen. — Nachdem der Präsidirende, Hr. Bisky, die vorgetragenen Punkte resümirt, wird die Versammlung nach 6 Uhr „in musterhafter Haltung" geschlossen.

„Wir werden", ruft einer der Berichterstatter, Hr. Wöniger, nach seiner Schilderung des durch Hrn. Rauh in den „Rechtsstandpunkt" gerückten Verfahrens gegen Urban und Eckert aus, „wir werden also hier den ersten Fall eines improvisirten Geschworenengerichtes haben." Dieses Geschworenengericht gab sein Verdict am 22. Mai ab. Im Namen der gewählten Commission machten nämlich die HH. Bisky, Stern, Rauh, Furbach bekannt, 1) daß Hr. v. Förster es abgelehnt, gegen die beiden Herren als Ankläger aufzutreten, weil es ihm nur darauf angekommen sei, dieselben als Sprecher zu beseitigen, wozu er von einer Volksversammlung Auftrag erhalten, 2) daß die Behauptung, Urban und Eckert seien bei der Liedkeschen Demonstration gegen den politischen Club durch Vertheilung von Geld oder sonst betheiligt gewesen, ohne allen und jeden Beweis geblieben; 3) daß die Behauptung, Eckert habe sich Drohungen gegen Eichler oder Schlöffel erlaubt, sich nicht bestätigt; 4) daß Urban nach der Versicherung des Dr. Eichler einige Drohungen gegen diesen allerdings ausgestoßen; 5) daß aber in einer Volksversammlung vom 7. Mai der Antrag, diese Angelegenheit für vollkommen erledigt zu erachten, durch Acclamation angenommen sei und die HH. Urban und Eckert sich hierdurch befriedigt erklärt haben. — Der Sprecher Eckert bot um dieselbe Zeit in seiner neuen Eigenschaft als „Schneidermeister und Fleckenreiniger" dem Publicum seine Dienste an. In einem Plakate mit der Ueberschrift: „Was soll ich thun? Was thut Allen Noth?" empfiehlt er sich also: „Nach dem 18. März habe ich die erste Volksversammlung berufen, weil es Noth that; jetzt berufe ich keine, weil ich es für unnütz halte. . . . Will mich Jemand darüber fragen, dem will ich es gern sagen: Werdet nüchtern! Reinigt Eure Herzen von Flecken und Unrath und Ihr werdet Gott schauen! Ich aber will Eure Kleider reinigen von Flecken, den verschossenen Farbe geben, Euch neue machen. . . . Kommt

aber die Zeit, daß ich auf andere Weise mich nützlich machen kann, dann werde ich stets bereit sein, zu helfen wie ich kann."

Die von Hrn. Schomburgk in der Volksversammlung vorgeschlagene Maßregel, zur Berathung der verschiedenen Interessen sogleich Arbeitercommissionen zu ernennen, die unter einem Central-Ausschusse (des constit. Clubs) stehen und durch diesen mit dem Ministerium in unmittelbaren Verkehr treten sollten, fand auch, nach der Nat.-Zeit., außerhalb der Versammlung Anklang. Auch der Minister v. Auerswald habe sich damit entschieden einverstanden erklärt; bereits am folgenden Tage seien Deputationen von Gewerken, Schuhmachern, Goldschlägern und Vergoldern bei Hrn. Schomburgk gewesen, um ihm ihre Theilnahme zuzusichern.

Außer den beiden eben geschilderten Arbeiterversammlungen vom 9. April wurde an demselben Tage auch die gewöhnliche in den Zelten abgehalten, über die wir, da sie fast ausschließlich mit den Wahlen für die deutsche Nationalvertretung sich beschäftigt, an geeigneter Stelle berichtet haben. Die Zeitungen melden noch von zwei anderen großen Volksversammlungen, welche am 9. abgehalten wurden. In der einen, die früh um 7 Uhr auf dem Köpnickerfelde von einer großen Arbeitermasse besucht war, wurde nur „Arbeitern" das Wort gestattet und die Nat.-Zeit. hebt „mit großer Freude" von allen Beschlüssen nur den hervor, „daß Jeder, welcher zu Gewaltthätigkeiten gegen die Ruhe im Allgemeinen oder gegen einzelne Personen und Gesellschaften aufzuwiegeln und gar mit Geldbestechung zu verleiten sucht, sofort verhaftet und den Behörden überliefert werde." Um die Mittagsstunde waren im Exercierhause vor dem prenzlauer Thore Bau- und Schachtarbeiter versammelt, um eine Commission für Beschwerden der Arbeiter einzusetzen. In der Verhandlung, berichtet die Spen. Zeit., sprachen die Arbeiter, „und zwar in allen Abstufungen des Gemüthes", immer für Recht und Ordnung. „Wir wollen nichts als Ruhe, Recht und Ordnung", habe ein Arbeiter geäußert, „wir wollen keine Läden stürmen, denn das giebt höchstens eine Hülfe für einen Tag, „wir wollen anderen Ständen zeigen, daß wir ihre Scheltworte von Pöbel und Proletariern mit Großmuth und Edelsinn erwidern können." Ein Schachtmeister habe ferner für die Errichtung einer Kranken- und Unterstützungskasse durch wöchentlichen Beitrag von 1 Sgr. gesprochen. Beide Berichte verfehlen nicht, an diese Thatsachen anknüpfend, die Bürger zu „offenem Vertrauen" gegen einen Stand zu ermahnen, dessen beispielloses, ehrenhaftes Betragen während der letzten vier Wochen jedem ehrlichen Manne das größte Vertrauen abzwinge.

Auf den 11. waren wiederum die Deputationen der Gewerke zur Wahl eines allgemeinen Arbeiter-Comité's einberufen. Zahlreiche Eckenanschläge der einzelnen Innungen und Gewerke luden zu besonderen Versammlungen ein, in denen die Wahlen der Deputationen vollzogen wurden. Auf Bisky's Antrag hatte die Volksversammlung vom 9. beschlossen, sich bei der am 11. statt-

findenden Versammlung vertreten zu lassen. Auch der constitutionelle Club wählte in seiner Sitzung vom 10. einige Mitglieder, welche als Repräsentanten des Clubs an jener Theil nehmen sollten. — Die Deputations-Versammlung der Arbeiter wurde im Maaßschen Locale (Sebastiansstraße) abgehalten:

Zum Präsidenten wird durch Acclamation wieder der Schriftsetzer Born gewählt, der die Versammlung etwa wie folgt eröffnet: Alle Deutschen sind Söhne eines Vaterlandes, in dem Jahrhunderte verkörpert sind, in dem das Mittelalter sich noch mit Halsstarrigkeit an die Neuzeit anklammert. Daher kommt es, daß sich z. B. die Bourgeoisie und das Proletariat, das Capital und die Arbeit noch nicht so scharf wie in Frankreich und England gegenüber stehn; dort sehn sich kaltblütig und kampfgerüstet streng gesonderte Parteien Aug' in Auge. In Deutschland ist dieser Gegensatz noch nicht so vollständig vorhanden, weil uns erstlich die Fabrikanten noch freundlich die Hand zur Vermittelung bieten, und zweitens weil die Arbeiter noch nicht organisirt sind; sie begreifen sich noch nicht als Partei. Darum empfindet Euch als Ganzes; nur auf diese Weise kann die uns gegenwärtig gebotene Vermittelung fruchtbringend für uns sein. Fordert nicht als Einzelne von Einzelnen Unmögliches! Wir wollen nicht unsinnige Zerstörung des Capitals, aber wir wollen unsere Lage im Allgemeinen verbessern. Dazu müssen wir uns organisiren; wir müssen vorläufig ein Comité wählen, das alle Geschäfte in die Hand nimmt und die Herumläufer und Wichtigmacher in allerhand Volksversammlungen beseitigt. Darüber, wie wir uns am besten organisiren, eröffne ich jetzt die Debatte. — Magni, Buchdrucker, macht auf die Wichtigkeit der Wahlen für das Comité aufmerksam; es müsse daher ein Jeder frei ohne Rücksicht auf Stand und Verhältnisse wählen. — Schlöffel, als Deputirter der Tagelöhner: Bisher war nur der politische Staat organisirt, die sociale Seite, die Arbeits-Verhältnisse blieben unberücksichtigt, das Capital raubte ungestraft. Daher ist die Organisation von größter Wichtigkeit; es gilt, endlich einmal die Verhältnisse nach den Grundsätzen der Vernunft zu reguliren. Ich schlage daher vor, daß ein Ministerium von den Arbeitern gewählt werde, das für alle einzelnen Gewerke Sectionen enthält. — Michaelis, Schneider: Wenn wir jetzt auch fast überall ein williges Ohr finden, so thut uns dennoch Einigkeit und ein schnelles Handeln Noth. Die Deputationen sind ja gewählt, sind hier, — wählen wir ein Ausschuß-Comité, das alle Interessen in sich verkörpert. — Franz Berends, Mechaniker, beantragt, daß zu dem Comité Arbeiter und Arbeitgeber gewählt werden sollen. — Diese Frage wird von hier ab der Mittelpunkt der Debatte. — Hr. Tischler, Bauconducteur, verweist auf einen von dem Präsidenten Lette ausgearbeiteten Plan, und giebt ihn so kurz als möglich an; nach ihm sollen sich ebenfalls Arbeiter und Fabrikanten vereinigen. — Lette: Jeder, wo er auch stehe, muß seine Stimme abgeben; dies kann nur geschehen durch Gewerkinnungen und Handelskammern; beide müssen aber aus Arbeitern, Meistern und Fabrikanten bestehen; diese Kammern und Innungen müssen dem Ministerium zur Seite stehen, aber, meine Herren, an der Spitze des Ministeriums wird schon ein Mann stehen müssen, der mit höherem Ueberblicke die politischen und mercantilen Beziehungen mit dem gesammten Auslande zu würdigen versteht. — Bisky, Goldarbeiter: Wir wünschen Alle schon lange ein Ministerium. Wir hatten bisher viele Ministerien, z. B. des Innern und des Aeußeren, ohne daß es im Innern oder Aeußern besser wurde; diese Ministerien waren bisher die Vertreter eines einzelnen höchsten Willens, wir wollen Vertretung des Gesammtwillens; wir müssen uns selbst verwalten, und zwar von unten herauf. Wir wollen aber den Gesammtwillen nicht blos Berlins, sondern des ganzen Vaterlandes vertreten wissen; erst wenn wir durch das ganze Land organisirt sind, kann der praktische Theil unserer Thätigkeit beginnen. — Daher wollen wir für's erste nur ein Comité wählen, an das sich Alle anschließen können. — Michaelis: Ich spreche gegen den Plan des Herrn Präsidenten Lette. Der Arbeiterstand will sich ja nicht als Stand absondern, sich nicht dem gesellschaftlichen Organismus entziehen, ja wohl gar herrschen; nichts desto weniger darf, da nur sein Interesse vertreten wird, das Comité nur aus Arbeitern bestehen, oder aus allen Denjenigen, welche dieselben Interessen haben als wir; haben Fabrikanten und Meister diese Interessen, so mögen sie beitreten, es ist ihre Sache die Differenzen auszugleichen. — Born: Wir haben uns bis jetzt noch nicht mit den Arbeitgebern verständigt, und es ist eine große Frage, ob dies überhaupt möglich. Nach Hrn. Lette soll die Production in ihrer Beziehung zum Weltmarkte durch beide vertreten werden, durch Arbeitgeber und Arbeiter. Aber, m. HH., dem Arbeiter als solchem ist das Verhältniß zum Auslande, der Absatz der Producte ganz gleichgültig. Ich

leugne es im Gegentheil, daß die Ausdehnung unserer Industrie ein Mittel für Hebung der arbeitenden Klassen sei, die Entwicklung der Industrie verursacht vielmehr eine Vermehrung des Proletariats. Wenn wir die Capitalisten zu unseren Versammlungen zuziehen, so wird es sich sehr bald zeigen, daß sie gerade die entgegengesetzten Interessen haben, wie wir. Und nun, wenn wir Arbeiter die Abstimmungen eine Majorität bilden, die von ihnen nicht anerkannt, deren Beschlüssen sie keine Rechtskraft zugestehen? Dann ist der Bruch unvermeidlich. Unsere Aufgabe aber ist es, diesen Zwiespalt zu versöhnen, den Bruch aufzuhalten. Natürlich nehme ich die kleinen Meister, die wirklich gleiche Interessen mit uns haben, aus. (Beifall.) — Bock, Schuhmacher: Bei uns stemmen sich die Meister und wollen wenig bewilligen; mit den Meistern ist gar nichts anzufangen. Ich stimme blos für Arbeiter! — Oppermann, Buchbinder: Ich halte mich als Deputirter nicht für competent zur Wahl eines Central-Comités, das muß durch Urwahlen geschehen. — Franz Berends versucht noch für die Betheiligung der Fabrikherren und Meister zu sprechen, aber es zeigt sich bereits eine stürmische Opposition gegen ihn. — Karbe, Conditor, für arbeitslose Schornsteinfeger und Anstreicher: macht einen Vorschlag, die Regierung solle zur Abhülfe der Noth einen Nothgroschen (schlechtes Geld) prägen lassen. Dieser Vorschlag erfreut sich keiner Beistimmung. — Schlöffel, gegen Lette: „Es handelt sich nicht um Stände, sondern um Parteien; die geknechtete Arbeit erhebt sich endlich gegen das faullenzende Capital. Die Meister sind die natürlichen Gegner unserer Partei und dürfen nicht beitreten.“ Im Uebrigen verwirft Schlöffel ganz und gar die Wahl nach Innungen, und will alle Arbeiter ohne Unterschied wählen und gewählt werden lassen. — Es sprechen noch Töpfer Böhner, Seidenwirker Büfeld, Schneider Müller, Nadler Schröter gegen die Meister.

Der Präsident Born stellt die Frage: Ob das heute zu wählende Comité nur als provisorisches zu betrachten sei, oder ob man gleich fest nach Urwahlen wählen solle. — Michaelis: Ich protestire gegen diese Fragestellung. Wir sind Urwahlen! Wir sind die Befähigsten! — Bisky: Ich protestire ebenfalls! Die Versammlung ist competent! — Es wird daher zur Wahl eines festen Comité's geschritten, aus jeder Deputation Einer; jedoch geben sich für das feste Comité die meisten Deputirten nur als provisorisch an. Die 28 Mitglieder des Comité's wählen einen engeren Ausschuß von 5 Männern, welche beauftragt sind, einen Statuten-Entwurf auszuarbeiten und dann zunächst dem Comité vorzulegen. Hr. Born wird durch laute Acclamation zum provisorischen Präsidenten ernannt.

Nachdem der hierin erwähnte Ausschuß ein Statut vorbereitet hatte, wurden zur Berathung desselben die Deputationen der Gewerke und Arbeitergemeinschaften auf den 19. zusammenberufen. Die Versammlung, in der das Statut angenommen wurde, constituirte sich als Central-Comité für Arbeiter und ernannte zur Leitung der Geschäfte einen Ausschuß aus sieben Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde gewählt: Born, Abgeordneter der Buchdrucker, zu dessen Stellvertreter Bisky, Abg. der Goldschmiede, zu Secretairen: Dr. Wöniger, Abg. der Büreauschreiber, und Michaelis, Abg. der Schneider, zum Kassirer: Dr. Ries, Abg. der Arbeiter in Prägeanstalten, zu Kassenaufsehern: Dr. Waldeck, Abg. der polytechnischen Gesellschaft, und Lüchow, Abg. der Schneider. Zugleich beschloß die Versammlung, bei ihren Committenten auf einen Beitrag zur Centralkasse anzutragen. — Die Statuten für die Organisation der Arbeiter enthielten die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Es bilden die verschiedenen Gewerke und Arbeitergemeinschaften im weitesten Sinne des Wortes (in kleineren Städten also z. B. die vereinigten Lederarbeiter, Feuerarbeiter, Lehrer u. s. w.) Vereinigungen und wählen, je nach dem Verhältnisse ihrer Zahl, Vertreter zu einem Comité für Arbeiter. Für Gewerke, welche vereinzelt dastehen, dürfte der Kreis Vereinigungen bieten. — 2. Diejenigen Arbeiter, welche noch keine Gemeinschaft bilden, haben sich ebenfalls zu vereinigen und Vertreter zu wählen, z. B. die Eisenbahnarbeiter u. s. w. — 3. Dieses Comité hat die Verpflichtung: a) regelmäßige Versammlungen

der Arbeiter zu veranlassen; b) die Bedürfnisse und Uebelstände der Arbeiter in ihren Orten oder Kreisen genau zu erforschen und auf Abhülfe derselben hinzuwirken; c) es wählt aus sich einen Ausschuß, der seine Geschäfte leitet, etwa bestehend aus: 1 Vorsitzenden, 1 Beisitzer, 2 Schreibern, 1 Kassirer und 2 Kassenaufsehern. — 4. Die Comités verschiedener Orte stehen mit einander in Verbindung und zwar a) durch briefliche Mittheilung, welche sie an das Central-Comité machen, und welche dieses zur Kenntniß aller Arbeiter-Comités bringt; b) durch Absendung von Abgeordneten zu den General-Versammlungen aller Arbeiter-Comité's.

5. Das Central-Comité hat einstweilen seinen Sitz in Berlin. — 6 Es besteht aus dem von dem Arbeiter-Comité desselben Orts gewählten Ausschuß. — 7. Das Central-Comité ist verpflichtet: a) zur Vermittelung der Interessen der Arbeiter unter einander und mit dem Staate; b) zur Veranlassung und Durchführung aller Maaßregeln, welche die allgemeinen Arbeiterinteressen erheischen. — 8. Im Central-Comité soll eine Abtheilung beauftragt sein, die Sache der Arbeiterinnen zu vertreten. — 9. Das Central-Comité ist verantwortlich der Generalversammlung.

10. Die Generalversammlung findet in jedem Jahre wenigstens einmal und bis auf weitere Bestimmungen in Berlin statt. Das Central-Comité ist verbunden, in wichtigen Fällen außerordentliche Generalversammlungen zu berufen. — 11. Die Generalversammlung ist verpflichtet: a) zur Prüfung des von dem Central-Comité an sie zu leistenden Berichtes seiner Thätigkeit; b) sie kann die Absetzung des bestehenden Central-Comité's oder einzelner Mitglieder desselben und eine neue Wahl ausführen. — 12. Jeder Ort oder Kreis sendet Abgeordnete zu derselben, deren Zahl von dem Central-Comité nach gleichem Verhältniß ausgeschrieben wird.

13. Jeder, der sich zur Theilnahme meldet, unterwirft sich von vornherein den Beschlüssen der Majorität und muß ihnen Folge leisten. — 14. Die Sitzungen der Arbeiter-Comité's sind öffentlich, doch haben nur die Deputirten Stimmrecht. — 15. Die Vertreter und Beamten sind auf ein Jahr gewählt und mit Ausnahme der Kassenaufseher wieder wählbar.

Diese Statuten waren bei ihrer Veröffentlichung (am 23.) von einem Programme begleitet, in welchem Hr. Born die Stellung der Arbeiter in den neuen Verhältnissen zu bezeichnen suchte. Es heißt in demselben:

. . . Wir Arbeiter waren einem großen Theile der deutschen Bürgerklasse fremde, unbekannte Wesen, an welche man die dunkelen Begriffe von Rohheit und Feigheit, Unbildung und Demuth, Dummheit und wilder Zerstörung knüpfte; konnten wir erwarten, daß man uns in einer geschichtlichen Bewegung sah, daß man uns als eine Klasse in der Gesellschaft betrachtete, die ihre eigene selbstständige Entwickelung durchmacht? Und nun, nachdem sich neben jener unbewußten Capitalistenmacht allmälig eine bewußte Arbeiterklasse entwickelt, nach einer Revolution, die Deutschland halb überraschte, weil ihr Impuls vom Auslande gekommen, nun sieht ein Theil des Volkes, der hie und da selbst die errungenen politischen Freiheiten noch nicht zu benutzen versteht, sich einer drohenden Macht gegenüber, die Mancher selbst um den Preis des eben erst gewonnenen Sieges unterdrücken möchte. Und diese Macht der Arbeiter, ist sie wirklich so drohend, so gefahrvoll, als es die Furchtsamen, die Geizigen und die Ehrgeizigen, die Diener der Reaction auf der einen und die gedankenlosen Stürmer auf der andern Seite meinen? Glaubt uns, wir schlagen unsere Kräfte weder zu hoch, noch zu niedrig an; es ist wahr, wir stehen jetzt auf einer Stufe der Entwickelung, von der uns keine Gewalt auf Erden mehr zurückwerfen soll; der Sturz des Polizeistaats, der Bevormundung hat auch uns, den Kindern der Noth und Entbehrung, die Mündigkeit gegeben, wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in unsere Hände, und Niemand soll sie uns wieder entreißen. Aber neben diesem Gefühle unserer Stärke wissen wir auch, daß es in unserm Vaterlande noch keineswegs zwei scharf getrennte Volksklassen: Kapitalisten und Arbeiter giebt, sondern daß in demselben sich noch andere Elemente geltend machen, Elemente, die weder der einen, noch der andern dieser beiden Klassen ganz angehörend, sich immer noch eine bedeutende Selbstständigkeit erhalten haben. Wir wissen, daß das deutsche Volk in seiner geschichtlichen Entwickelung abhängig ist von der Entwickelung der Völker, die diesen Proceß schon durchgemacht, daß in einem Volke, wo es zwar Arbeiter, Arme, Bedrückte und Belastete, aber noch keine arbeitende Klasse giebt, auch keine Revolution von einer solchen zuerst ausgehen kann. Wir wissen sehr wohl, daß wir bei dem unklugen Versuche einer neuen Revolution in die sehr nahe Gefahr kommen würden, Alles das noch zu verlieren, was wir eben erst errungen, und Deutschland in eine Anarchie zu versetzen,

in welcher aber, wissen wir es wer? zur Herrschaft gelangen kann. Hier begegnen sich unsere Interessen mit den Interessen der Capitalisten, wir wollen beide den Frieden, wir müssen ihn wollen. . . Wollen wir es dahin bringen, daß wir als Arbeiterklasse, als eine Macht im Staate dastehen, daß jeder von uns sich als ein Mitglied derselben erkläre und bethätige, so wird die Organisation der Arbeiter für uns zur ersten Nothwendigkeit, sie ist unsere erste Aufgabe. — Wir zählen zu uns den größten Theil der Nation, zu uns gehört nicht allein der Lohnarbeiter, der Geselle, zu uns gehört auch die große Zahl der kleinen Meister, die erdrückt werden durch die Concurrenz des großen Capitals, der Ackerbauer, dessen kleine Parcelle nicht mehr hinreicht, ihn und seine Familie zu ernähren, der Lehrer, der unsere Kinder unterrichtet, das Mädchen, das hinter dem Stickrahmen oder der Maschine sitzt, zu uns gehört ein Jeder, dessen Fleiß und Anstrengung überboten wird von der Macht des Capitals und untergeben muß in der freien Concurrenz. Sind wir Alle vereinigt, verfolgen wir ein heiliges Interesse, ein erhabenes Ziel, das der Befreiung des Menschen von der Nothwendigkeit, seine Arbeitskraft an einen Glücklicheren zu verkaufen, so legen wir unser Interesse nicht mehr in die Hände einzelner Menschenfreunde, so stellen wir an den Staat die Verpflichtung, dem größten Theile seiner Kinder nicht länger die Mittel zu entziehen, mit denen allein sie existiren, sich fortentwickeln und, hoffen wir es, glücklich sein können. Sind wird vereinigt, so werden wir diese Mittel finden, denn für jede Nothwendigkeit muß es eine Möglichkeit geben. Deutschland ist noch nicht so arm, daß ein Theil seiner Kinder nothwendig darben muß. Wir, die wir zu denen gehören, die in Noth und Entbehrung groß geworden, wir werden unseren Brüdern Hülfe bringen.

Einen minder friedlichen und hoffnungsvollen Ausdruck hatten die Gesinnungen des „letzten Standes" der Arbeiter in einer Adresse gefunden, welche die Forderungen der Tagelöhner enthielt. Der junge Schlöffel wurde nicht müde, als Wortführer der um Tagelohn arbeitenden Volksklassen, der Erd- und Bauarbeiter, deren Interessen in den Volksversammlungen und Arbeiterclubs mit allem Eifer, den ein selbstgewählter Beruf eingiebt, zu vertreten; sein Mandat beschränkte sich jedoch nicht auf die bloße Berücksichtigung der Bedürfnisse des Tages; es umfaßte vielmehr den ganzen weiten Kreis der socialistisch-republicanischen Theorieen des begeisterten Jünglings; und diese Theorieen als unmittelbare Zwecke zu verfolgen, als nothwendige Forderungen „menschenwürdiger Zustände" aufzustellen, regte er seine Committenten unablässig an, in Besuchen, die er ihnen während ihrer Arbeitszeit auf den Arbeitsplätzen abstattete oder von ihnen in seiner Wohnung empfing, in Versammlungen, die er während ihrer Freistunden abhielt, in seinem „Volksfreunde", den er unentgeldlich unter die Arbeiter verbreitete. Die erwähnte Adresse, von ihm dem Volksvereine und Arbeiterausschusse im Namen der Tagelöhner übergeben, sprach deren Forderungen in folgender Weise aus:

Auch wir, die wir der letzte Stand sind, auf dessen gekrümmten Rücken der Druck einer ungerechten Ordnung der Dinge lastet, wir, auf die jene Bauherrn und die ganze Klasse der Reichen wie auf todte Maschinen und den Pöbel des Pöbels herabsehen, auch wir erheben uns nach den Tagen des Kampfes stolz, um eine würdigere Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. Weiset uns nicht vornehm zurück Ihr Männer, die Ihr Euch berufen fühlt am wahren Wohle des Volkes zu arbeiten, uns, die wir schwitzend die Steine zu den Palästen der Reichen herbeitragen, die wir das Straßenpflaster ebnen, auf dem sie in ihren Staatswagen einherfahren; denn wahrlich wir sind entschlossen diese Pflastersteine wieder aufzureißen, wenn es gelten wird gegen die Feinde der Freiheit, gegen die hartherzigen Bedrücker der Arbeiter hinter den Barrikaden zu kämpfen. Glaubt es, wir werden es nicht dulden, daß unsere Brüder im Friedrichshain umsonst oder nur für solche Dinge geblutet haben, die den Reichen etwas mehr Stimme neben ihrem König einräumen. Auch wir wollen endlich eine menschwürdige, eine freie Stellung einnehmen. Wir können dies aber nur, wenn wir nicht die schlecht besoldeten Sklaven drückender Herren sind, wenn wir um einen kargen Bissen

Brod uns so abarbeiten müssen, daß es den Meisten unmöglich ist in ihrer Muße der Bildung des Geistes zu pflegen, oder als freie Staatsbürger sich um die öffentliche Angelegenheiten zu kümmern. Nein, wer nicht weiß woher er seine ersten Bedürfnisse befriedigen soll, dem helfen alle Landtage und Verfassungen der Erde nichts. Unsere, der Armen Noth ist es aber wieder, an dem sich alle Staatskünstler, die für die politischen Liebhabereien der Reichen sorgen, verbluten werden. Wenn das Faß zu voll ist, so läuft es über; dessen erinnert Euch, wenn einst die gewaltige Sturmglocke läutet, die dem Stande der Arbeiter, dem Volke, was von dem Kummer erzogen und von der Noth zu Grabe geleitet wird, das nie in seinem Leben kennen lernt, was leben heißt, die diesem Volke das Zeichen der Befreiung geben wird. Ihr werdet verblendet unsre Forderungen überhören und uns zum Handeln zwingen. Ihr wollt Alles retten und dem Volke nichts gönnen! Ihr werdet Alles verlieren und das Volk wird seine ganze Freiheit erlangen. — Wir fordern für jetzt, um schnell zu helfen, einen Lohn, bei dem wir leben können; im Sommer für 12 Stunden 20 Sgr. und im Winter für 10 Stunden 17½ Sgr. — Es ist wahrlich nicht unbillig was wir verlangen. Es ist immer noch hart genug, seinen ganzen Tag, die 12 Stunden, wo die Sonne scheint, um 20 Silberstückchen zu verkaufen, die kaum unsere Familie vor dem Hunger schützen. Es ist immer noch hart genug bei einer Arbeit sein Lebenlang zuzubringen, die den Geist tödtet und das Leben zur Qual macht, während die, welche in die Wiege der Reichen gebettet wurden, durch ihre hohen Schulen zu einem Leben voll Lust, Scherz und ohne Anstrengung vorbereitet werden. Wißt Ihr nicht, daß gerade die niedrigsten Arbeiten die theuersten sein sollten, weil sie die qualvollsten und langweiligsten sind? — Wir wollen Hand in Hand gehen mit Euch andern Arbeitern und Kampfgenossen, wir knüpfen unsere Sache an die Eurige und versprechen uns von dem aufrichtigen, muthigen und entschlossenem Wirken des Volks- und Arbeiterausschusses auch Abhülfe unsrer bittern Noth. — Werfet nicht den Stein auf verirrte Brüder, die ihre Verzweiflung an Leidensgefährten auslassen, weil es ihnen gelang, etwas mehr zu verdienen. Die Schuld an solchen Verwirrungen, wer trägt sie, als unsere Dränger? Euch aber Ihr Brüder ermahnen wir Euern Haß auf diese zu wenden, die einzig und allein Euer Elend verschulden!

Eine spätere Versammlung, die unter den Tagelöhnern stattfand, änderte den Inhalt dieser Adresse dahin ab, „daß die Arbeiter vorläufig sich mit dem Zugeständnisse des Lohnes seitens des Magistrats mit 15 Sgr. begnügen." Dieselbe Versammlung sprach sich entschieden gegen die Accordarbeit, gegen das Zulassen fremder Arbeiter, ehe die einheimischen beschäftigt sind, aus. „Man sehe", bemerkte hierzu die von der Versammlung gewählte Deputation (die Arbeiter Vogel, Stähler, Kothe, Koch, Schmidt, der Sprecher Schlöffel) „man sehe hierin nicht ein ungerechtfertigtes eigennütziges Ausschließen der Fremden. Nein, das ist es nicht, sondern nur der Schutz gegen das bekannte System der reichen Arbeitgeber, durch Herbeiziehung der fremden Arbeiter die Löhne herabzudrücken, während die Lebensmittel steigen." Auch auf eine Bewaffnung der arbeitenden Klassen drang jene Versammlung: „Nicht wehrlos wollen wir unsere Leiber preisgeben den Kugeln, die uns vielleicht diesmal nicht von der Linie, sondern dem Heer der Reichen drohen. Dank der sauern Arbeit unsers unterdrückten Standes ist unsere Haut hart, aber doch noch nicht kugelfest geworden gegen die Angriffe einer Partei, die allein aus einem Kampfe Nutzen ziehen möchte, den wahrlich wir, nicht sie ausgefochten haben. Die Arbeiter verwahren sich gegen den Versuch einzelner Schurken, sie zu Handlungen zu dingen, die ihrer unwürdig sind. Die Arbeiter wissen, was sie wollen, und wenn es einen Kampf gelten wird, so werden sie ohne Sold in den ersten Reihen stehen." (Volksfr. 2. 3.) Am Sonntag, 16. Apr., fand wiederum eine Versammlung der Tagelohn-Arbeiter statt; die Z.-H. berichtet darüber:

Die Versammlung der Arbeitsleute im Exercierhause in der Carlsstraße, die weniger zahlreich besucht war, als zu erwarten gewesen wäre, da in derselben die Beschwerden der Arbeitsleute vorgetragen und über die Errichtung einer Kranken- und Sterbekasse berathen werden sollte, wurde Vormittags 9 Uhr damit eröffnet, daß auf Vorschlag des Hrn. Vogel das Präsidium dem Hrn. Schlöffel, Redacteur des Volksfreundes, übertragen wurde. Nachdem Hr. Schlöffel über den Zweck der Versammlung einige einleitende Worte vorausgeschickt hatte, meinte er: „alle Arbeiter müßten einen Verein bilden, um durch ihre Menge zu imponiren." — Linke: Es hat sich schon eine Kranken- und Sterbekasse gebildet, zu der jedes Mitglied wöchentlich 1 Sgr. zahlt, und bei dem Todesfall eines Mitgliedes oder seiner Frau werden 20 Thlr. zu einer anständigen Beerdigung verwandt. Der Fonds der Kasse besteht aus 100 Thlr., die der Hr. Lieutenant Wagner dazu hergegeben, welcher mit dem Buchdruckereibesitzer Hrn. Reichardt und dem Hrn. Bezirksvorsteher Egells das Curatorium bildet. Wir müssen uns nachdrücklichst gegen die Accord-Arbeit erklären, und verlangen, daß ein 5 Sgr.-Brot jetzt wenigstens 8 Pfund wiege. — Referendarius Schmidt: Ich habe aus den Canalarbeitern vor dem Potsdamer Thore einen Verein gebildet und trage darauf an, daß alle solche Vereine sich zu Einem vereinigen. Denn vor Allem thut uns Einigkeit Noth. Keine Zersplitterung! — Stähler: Ich stimme dem, was Linke sagte, bei, doch müssen die Arbeiter auf den Königl. Bauten vom König unterstützt werden. — Linke: Das geschieht zwar auf den Königl. Bauten, aber den anderen Arbeitern wird soviel abgezogen, als die Unterstützung beträgt. Ueberhaupt hilft das viele Reden nichts, und den sogenannten Volksrednern ist es mehr um einen berühmten Namen, als um das Wohl des Volkes zu thun. — Der Präsident: Ich verlange, daß alle Arbeiter auf Staatskosten unterstützt werden. Will dies der König aber nicht, so müssen wir die Königl. Arbeiter unterstützen. — Löwinson: Die Reden der Volksredner sind keine leeren Worte; denn z. B. nach Vertreibung des Militairs habe ich mit mehreren anderen Herren dem Volke die zurückgelassenen Commisbrote der Soldaten verschafft. Uebrigens ist unsere Revolution gar keine politische gewesen, denn wir haben keinen König vertrieben und keine Provinz erobert. Jetzt muß es eine Ehre heißen, Arbeiter zu sein! Aber vor Allem Einigkeit! Keine kleinen Kreise! Einer für Alle, Alle für Einen! Man sagt immer: der Staat solle helfen! Der Staat, das sind die Arbeiter! Alle Arbeiter müssen die Kasse bilden, und in den Volksversammlungen muß mehr über die materiellen Bedürfnisse, als über politische Tagesfragen gesprochen werden. — Präsident: Die Regierung muß nach den Getraidepreisen einen Tarif für das Brot feststellen. — Bartsch: Viele Arbeiter haben den Silbergroschen nicht, den sie zu der Kasse beitragen sollen, da sie schon zu den Fabrikkassen beitragen, und vielleicht nur 9 — 10 Sgr. verdienen. Deshalb keine Fabrikkassen mehr, sondern eine allgemeine Kasse! — Vogel: Es muß Hrn. Schlöffel ein Arbeiter zur Seite stehen, damit die Sache praktischer angegriffen wird. Auch muß aus einer der leerstehenden Kasernen ein Arbeiterhospital gemacht werden, damit die invaliden Arbeiter nicht in's Arbeitshaus geschleppt werden. — Der Präsident wünscht, daß ihm Deputirte aller Arbeiter zur Seite stehen. — Hr. Tischler: Ich war als Abgesandter der unglücklichen Chaussee-Arbeiter Ostpreußens schon mehrere Male beim Hrn. Minister; aber diesem fehlt es weniger an dem guten Willen, als an den Mitteln zur Abhülfe, deshalb verlese ich folgende Bittschrift der Arbeiter: 1) das Ministerium muß gegen die Willkür der Bäcker einschreiten; 2) gegen die Willkür der Wirthe; 3) Viele haben Arbeitskarten ohne Arbeit, deshalb müssen die Arbeitsstellen erweitert werden, damit die Arbeiter für immer beschäftigt sind; 4) die Erdarbeiter müssen gegen die Willkür ihrer Vorgesetzten geschützt werden; 5) um die Lebensmittel billiger zu machen, müssen Arbeiter mit der Urbarmachung vieler Ländereien beschäftigt werden; 6) es muß ein neues Ackerbau- und Arbeiterministerium gegründet werden. — Referendarius Schmidt: Beschwerden helfen nichts. Darum müssen wir uns zu einer Arbeiterversammlung vereinigen; dann werden wir schon Alles auf gesetzlichem Wege durchsetzen. — Der Präsident: „Alles auf gesetzlichem Wege" kann Alles und Nichts heißen. Wir wollen zum Ziel — ob es im Landrecht steht oder nicht, ist uns gleich viel! Es muß das Ministerium für Arbeit aus dem Volk gewählt werden, und ein Ausschuß aus möglichst Vielen bestehend. Deshalb soll von allen Bauten Einer gewählt werden, und diese Gewählten bei mir Dienstag, Abends sechs Uhr, zusammenkommen. Auch muß diese Versammlung vertreten werden bei derjenigen, die zur Berathung des Statuts einer Kranken- und Sterbe-Kasse um 11 Uhr im Marlendorff'schen Local zusammenkommt. — Zu diesen Abgeordneten werden die HH. Vogel, Löwinson und Schmidt gewählt. — Brokke: Man gebe dem Magistrat eine Frist von 24 — 48 Stunden, damit er den Bäckern befehle, größeres Brot zu backen. Ein 5 Sgr.-Brot muß mindestens 9 — 10 Pfd. wiegen. — Löwinson: Es mögen sich recht Viele an der heute Abend in den Zelten stattfindenden Versammlung betheiligen. Aus dieser soll eine

Deputation gewählt werden, welche den Magistrat anhalte — denn dazu haben wir das Recht — für größeres Brot zu sorgen. — Der Präsident: Montag wird das Wahl-Comité vor den Zelten Rechenschaft ablegen, und man wird noch weiter über diesen wichtigen Gegenstand berathen; deshalb mögen sich recht Viele an der Versammlung betheiligen. Die Reichen wollen die Güter der Erde allein genießen, aber auch die Arbeiter, die ihnen diese Güter schaffen, müssen einen Antheil an denselben haben. An die Spitze der Regierung müssen Volksfreunde, durch directe Urwahlen gewählt, treten. Deshalb ist die Wahl-Angelegenheit so wichtig. — Der Präsident hob die Versammlung nach ½ 11 Uhr auf.

In der am Nachmittage des 16. abgehaltenen Zelten-Versammlung (der 6. des Volksvereins) wurde, wie auch ein Redner in der eben erwähnten angekündigt hatte, die Brot-Angelegenheit wiederum verhandelt. Der Bericht (der „Volksstimme") enthält über die hierhergehörigen Verhandlungen dieser Versammlung Folgendes:

Der erste Antrag, welcher von dem Vorsitzenden (Dr. Schasler) gestellt war, lautete auf eine Vertretung der Arbeitgeber beim Volksvereine. Die Herren Arbeitgeber beschweren sich häufig darüber, daß die Arbeiter Forderungen stellen, welche sie ruiniren. Es sei also wünschenswerth, daß auch sie sich beim Verein betheiligten, um zur gegenseitigen Aufklärung darüber beizutragen. — Auf die Frage, ob Jemand von den Arbeitgebern der Einladung gefolgt sei, trat ein allgemeines Schweigen ein, so daß der Vorsitzende die Frage fallen lassen mußte mit dem Bemerken, daß die Herren sich nun auch nicht zu beklagen hätten, wenn sie durch übertriebene Forderungen belästigt würden. — Ein zweiter von Treuer, Mechaniker, gestellter Antrag richtete sich gegen das Einfuhrverbot Frankreichs und besonders gegen die sogenannten Musterhändler, wodurch die inländische Industrie untergraben werde. — Buhl spricht gegen den Antrag. Wollten wir Gleiches mit Gleichem vergelten, so sei dies eben so widersinnig, als das bekannte: „Schlägst du meinen Juden, schlag ich deinen Juden." — Steinmüller meint, daß wir Franzosen nicht zu fürchten haben. — Schulmann: Frankreich zieht Gelder aus uns heraus. Machen wir dieselben Sachen im Lande, so bleibt das Geld im Lande (Bravo!) — Dehnicke spricht gegen die Abschließung. Absatz fehle, nicht Waare. — Prince-Smith ebenfalls gegen Absperrung. Deutschland führt 90,000 Ctr. Leinwand, 30,000 Ctr. Wollenwaaren, 70,000 Ctr. Schneide- und Schnittwaaren aus. Dazu kommen die Eisenwaaren. Die Franzosen seien geschickt, aber in manchen Dingen kommen sie uns nicht gleich. — Faucher gegen Absperrung. Wenn wir uns absperren, so sperren die Andern sich auch ab. Denken wir an die Folgen. Wir dürfen dann keinen Kaffee mehr trinken, sondern lauter Cichorien. Wir dürfen dann keinen Varinas mehr rauchen, sondern lauter Ukermärker. Aber wir haben auch andere Kosten von der Absperrung. Wir brauchen Grenzwächter, Soldaten u. s. w. — Die Frage kommt zur Abstimmung, welche die Ablehnung des Antrags zum Resultat hat. — Der dritte Antrag, von Löwinson, 1. eine Adresse an den Polizeipräsidenten zu erlassen, um ihn zu der Bestimmung zu veranlassen, daß fortan das Brod pfundweise verkauft werde. 2. eine Commission zu erwählen, bestehend aus 1 Bäcker, 1 Getreidehändler, 1 Bürger und 2 Männern aus dem Volke, ruft zuerst großen Beifall hervor. Indessen erhebt sich Held dagegen, indem er durchzuführen sucht, daß es eine Inconsequenz sein würde, wenn dieselbe Versammlung, welche eben für den Freihandel gestimmt hätte, nun gegen die Gewerbefreiheit stimmen wolle. Wir gäben damit unsre Freiheit wieder aus den Händen, denn, ginge ein Theil der Freiheit verloren, so sei die übrige auch nichts mehr werth. Der Redner beantragt die Verwerfung der Löwinsonschen Anträge und die Errichtung einer Musterbäckerei auf Staatskosten. — Dehnicke unterscheidet Zwang und Beschränkung. Die Bäcker bilden die Innung, sie schließen die Vortheile der Gewerbefreiheit ein und die Nachtheile des Zunftzwanges aus. Er stimme für den Löwinsonschen Antrag. — Brokke will größeres Brod haben, wir haben 5—6 Pfd. für 5 Silbergroschen, wir müssen 9—10 Pfd. dafür bekommen. (Bravo und Gelächter.) — Schlöffel spricht gegen den Heldschen Antrag. Es seien keine Polizeimaßregeln, was der Antragsteller wolle. Eine Musterbäckerei einzurichten daure lange, sättige also nicht gleich. Die Oberschlesier sind verhungert bei völliger Gewerbefreiheit. — Held vertheidigt sich, indem er seine ersten Bemerkungen mit einigen Aenderungen wiederholt. — Gegen Held erheben sich noch Schlöffel, Löwinson, Dehnicke, Menthe. Darauf Faucher. Es sind zwei Anträge gemacht, beide gefallen mir nicht. Von Getreidepreisen kann man nicht immer auf den Brodpreis schließen; dazu kom-

men noch Holz, Miethe u. s. w. Aber der Antrag, das Brod nach Gewicht zu verkaufen, ist gut.

Der Vorsitzende bemerkt, daß die beiden Anträge sich keineswegs ausschließen, also, wer für den einen stimme, auch für den andern stimmen könne. Darauf wird zur Abstimmung geschritten: 1. Soll eine Adresse an v. Minutoli gerichtet werden, um ihn zu veranlassen, daß das Brod fortan pfundweise verkauft werde? (Einstimmig angenommen.) 2. Soll eine Commission niedergesetzt werden, um die Brodpreise mit den Getreidepreisen in ein richtiges Verhältniß zu bringen? (Abgelehnt.) 3. Soll das Ministerium gebeten werden, eine Musterbäckerei einzurichten? (Angenommen.)

Bei den Stadtverordneten war es in der Sitzung vom 15. zur Sprache gebracht worden, daß bereits seit einiger Zeit in den Bäckerläden Personen erschienen wären, welche das dort vorräthige Brot untersucht und dann die Läden mit der Drohung verlassen hätten, sie würden sich am andern Tage wieder einstellen, um nachzuforschen, ob die Brote nicht mehr an Gewicht hätten; wäre das nicht der Fall, „so sollten die Lädenbesitzer ohne Weiteres aufgehängt werden." Von einigen Mitgliedern der Versammlung, die, selbst Bäcker, in dieser Art bedroht worden, wurden einzelne Beispiele als Belege für die Richtigkeit der Mittheilung angeführt. Zugleich ward von anderer Seite bemerkt, daß bei Einigen, deren Waaren sich allerdings durch unverhältnißmäßig geringes Gewicht ausgezeichnet, jene Drohungen die „gute Folge" gehabt hätten, daß die Waaren seit einigen Tagen wirklich größer wären. Die Versammlung beschloß hierauf, die bereits vor Jahren vielfach besprochene Angelegenheit über Einführung von Brottaxen wieder aufzunehmen und, obgleich die schon mehrfach darüber gepflogenen Berathungen das Unzweckmäßige dieser Einrichtung herausgestellt hätten, den Magistrat und das Polizeipräsidium um ein Gutachten in dieser Angelegenheit anzugehen. Nachdem die Volksversammlungen am 16. dieselbe Sache, wie die obigen Berichte ergeben, behandelt hatten, geschah es, daß am 17. eine Art Volkspolizei in der Art geübt wurde, daß unter den Linden und in anderen Straßen starke Menschenhaufen von Laden zu Laden zogen, durch Personen aus ihrer Mitte die Backwaaren in den Läden untersuchen ließen, da, wo diese an Gewicht zu gering befunden wurden, je eins der corpora delicti an die Ladenthüren nagelten und dasselbe mit irgend einer Umschrift — „Dies kleine Brot muß größer sein, muß größer, größer, größer sein" oder „Dies Brot sollte so u. so viel wiegen und wiegt nur so u. so viel" — versahen; welchem Akte alsdann die Drohung folgte, daß vom nächsten Tage ab die Backwaaren ein den allgemeinen Wünschen entsprechendes größeres Gewicht haben müßten. Diese Vorgänge bildeten seit der ersten Aprilwoche den ersten Fall jener revolutionären Selbsthilfe, die, in dem Anfangs-Stadium der Drohung bleibend, auch damals gegen Kleiderläden, Möbelmagazine und Maschinen angewendet wurde. Die Zeitungen berichteten davon, nicht ohne ihren Mittheilungen Raisonnements hinzuzufügen, und diese stimmten fast immer darin überein, daß zwar das Princip jener Selbsthilfe nicht zu billigen, allein — bisweilen sei „eine kleine Nachhilfe

durch eine erste Volksbewegung" nöthig, um die Behörden zu schnellerer Thätigkeit zu ermahnen. Das Gerücht stellte auch diese Demonstrationen als furchtbare Excesse dar, bei welchen Läden gestürmt und geplündert worden wären, und die Bürgerwehr ermangelte nicht, in starken Abtheilungen vorzurücken, um sich zu überzeugen, wie übertrieben das Gerücht und die dadurch veranlaßte Furcht gewesen. Die Stadtverordneten-Versammlung berieth gerade einen von Hrn. Falkenberg gestellten Antrag, Damen als Zuhörerinnen zuzulassen — einen Antrag, für den sich jedoch bei der Abstimmung nur eine Minorität von 25 Mitgliedern erhob — als Hr. Saust die Meldung machte, eben sei beim Polizeipräsidenten die Nachricht eingegangen, daß unter den Linden Bäckerläden gestürmt würden. Hr. v. Minutoli habe sofort dem Bürgermeister davon Mittheilungen machen lassen und zugleich angefragt, ob nicht der General v. Aschoff für den Nothfall militairische Hilfe anrufen solle. Der Magistrat richtete dieselbe Anfrage an die Stadtverordneten. Diese erklärten jedoch fast einstimmig, daß die Bürgerwehr allein die Ruhe herzustellen habe, hierauf trennten sie sich. In ihrer nächsten Sitzung, am 19., beschlossen sie, in Bezug auf die Backwaaren-Preise, daß zwar, wie bisher, die freie Concurrenz aufrecht zu erhalten, daß jedoch, um den Käufern größere Garantie zu bieten, die Bäcker fortan verpflichtet seien, einen Preis-Courant ihrer Waaren, welcher im Laufe des Tages nicht geändert werden dürfe, öffentlich auszuhängen, eine Waage in den Verkaufslokalen bereit zu halten, um das angegebene Gewicht stets ermitteln zu lassen, und daß die städtischen Beamten des betreffenden Bezirks befugt und verpflichtet seien, amtliche Recherchen zu jeder Zeit vorzunehmen und Contraventions-Fälle öffentlich anzuzeigen. Der Magistrat stimmte diesem Beschlusse bei; öffentliche Bekanntmachungen brachten ihn zu allgemeiner Kenntniß.

Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern der meisten Gewerke war allmählig eine, wenn auch häufig nur theilweise Einigung herbeigeführt worden. Die von den Gesellenschaften aufgestellten Punkte betrafen gewöhnlich die Festsetzung eines Minimums an Arbeitslohn (3—4½ Thlr. wöchentlich), die Beschränkung auf zehn Stunden täglicher Arbeit, Bestimmungen eines Stunden-Lohnes bei „Ueberarbeiten" u. m. dgl. Den Schneidergesellen wurden ihre Forderungen am 18. bewilligt, nachdem sie zwei Tage lang die Arbeiten eingestellt hatten; auch die Schuhmachergesellen feierten einige Tage, bis die Meister ihnen einige der verlangten Concessionen machten. Das „Comité der Schneidergesellen" begnügte sich mit seinen Forderungen an die Meister nicht; in einem Plakat vom 19., welches diese und das Resultat der Unterhandlungen mittheilte, verlangte es außerdem vom Staate: „freies Associationsrecht, auf Grundlage des deutschen Bürgerrechts, National-Werkstätten auf den freiesten Grundlagen für den unbeschäftigten Arbeiter, Errichtung gemeinschaftlicher, vom Staat zu unterhaltender, Erziehungs-Anstalten für die Waisen und Kin-

der der verheiratheten Arbeiter, mit zeitiger Beaufsichtigung der Vormünder und Eltern.“ — Die Herren und Gehülfen des Goldschmiedegewerkes vereinigten sich am 18. zur Feststellung einer Anzahl Bestimmungen, die zum Theil auf eine Hemmung der freien Concurrenz gerichtet waren; der Punkt über Erhöhung des Arbeitslohns blieb vorläufig noch unerledigt, weil der gänzliche Stillstand dieses Geschäfts dafür keinen Maßstab zulasse; an die Regierung war die Forderung volksthümlicher Erweiterung und neuer Begründung solcher Institute gestellt, welche zur Entwickelung der Industrie und des Kunstsinnes dienen, der Kunst- und Gewerbeschulen, Museen ꝛc.; die Forderung ferner von „Anstalten, in denen dem geschäftslosen Arbeiter Gelegenheit gegeben werde, durch vernünftige Beschäftigung sein Brot zu verdienen, wogegen das Arbeiten in den Zuchthäusern sogleich aufhören soll.“ — Die Forderungen der Schlossergesellen wurden in der Gewerksversammlung vom 17. genehmigt.*) — Das zünftige Zimmergewerk erließ am 5. eine öffentliche Bekanntmachung, wonach durch eine Vereinbarung der Meister und Zimmergesellen der Lohn der Letzteren zu dem Betrage von 22½ Sgr. festgesetzt worden. Gleichwohl verlangten die Zimmergesellen acht Tage später eine Lohnerhöhung. Auch die Maurergesellen beantragten dieselbe Lohnerhöhung auf 25 Sgr. bei einer Verminderung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Ihre Angelegenheit verlief in folgender Weise: Am 12. fand eine Berathung zwischen den Baubeamten, welche die Ausführung der Staats- und Communalbauten leiten, unter Zuziehung des Comités der gemeinnützigen Baugesellschaft statt; die zahlreiche Versammlung erklärte sich einstimmig dafür, daß bei der bedeutenden Verminderung der Arbeitsstunden die Erhöhung des Lohnes der Maurergesellen auf 22½ Sgr. ausreichend erscheine. Das Finanzministerium ließ hierauf zwei seiner Räthe mit dem Magistrate über die für die Maurer- und Zimmergesellen anzunehmenden Lohnsätze in Verhandlung treten, und den Magistrat zugleich auffordern, sich darüber zu erklären, ob in dem Falle, daß die Gesellen von ihren hohen Forderungen nicht abstehen, die Bauten nicht sofort einzustellen seien. In der Sitzung vom 14. stimmte der Magistrat den anwesenden Commissarien des Finanzministeriums darin bei, den Gesellen eine Lohnerhöhung nur auf 22½ Sgr. zu gewähren; er erklärte sich ferner gegen die Be-

---

*) In einem öffentlichen Anschlag vom 30. April mit der Ueberschrift: „Bürger Berlins, um Eure Meinung bitten die Schlossergesellen“ theilte die Deputation der Schlossergesellen die von Gesellen und Meistern angenommenen Beschlüsse mit; denen jedoch Folgendes hinzugefügt war: „Bekanntmachung. Den in meiner Werkstatt in Arbeit stehenden Gesellen wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Meister berechtigt ist, den Gesellen am Abend eines jeden Arbeitstages zu entlassen. Der Geselle dagegen darf seine Entlassung nur am Ende einer jeden Arbeitswoche fordern. Auch hat sich ein jeder Geselle nach dem zu richten, wie ich es in meiner Werkstatt gehalten wissen will. (Folgt die Unterschrift des Meisters.) — Diese Bekanntmachung ließ der Vorstand des Schlossergewerkes drucken und an verschiedene Meister austheilen. — Nun, Bürger Berlins, bitten sämmtliche Gesellen des Schlossergewerks um Euer öffentliches Urtheil.“

willigung des von den Bauarbeitern geforderten Tagelohns von 15 Sgr. und sprach mehrstimmig die Ansicht aus, daß wenn in Folge der Verweigerung höheren Lohnes „unruhige Bewegungen" zu besorgen wären, diese doch durch die Bürgerschaft beseitigt werden würden. Der Syndicus Hedemann, Beisitzer des Maurer- und Zimmergewerks, protestirte im Interesse der Gesellen und Arbeiter gegen die Beschlüsse des Magistrats; jedoch nur zwei Collegen (die Stadträthe Schulz und Gamet) schlossen sich ihm an. Hr. Hedemann theilte mit, daß die Zimmergesellen einzeln abgestimmt und sich mit etwa 580 gegen 65 Stimmen für den Mittelsatz von 22½ Sgr. täglichen Arbeitslohn ausgesprochen hätten; daß die Maurergesellen jedoch hartnäckiger gewesen und in der Herbergs-Versammlung bei einem Lohnsatze von 25 Sgr. stehen geblieben wären. Bei der im Exercierhause vor dem prenzlauer Thore, in Gegenwart der Meister, erfolgten Einzelabstimmung hätten sich die Gesellen fast einstimmig für denselben Lohnsatz entschieden, welche Abstimmung freilich von den Meistern als ein „Uebelfahrts-Beschluß" erklärt worden, „da die Privatbauten durch Lohnerhöhung gar leicht in's Stocken gerathen können." Der Weigerung des Magistrats traten die Stadtverordneten nicht bei; in ihrer Sitzung vom 19. schlossen sie sich dem Gutachten des Stadtsyndicus an und gewährten so die Forderungen der Maurergesellen und der bei städtischen Bauten beschäftigten Arbeiter. In Uebereinstimmung mit diesen Beschlüssen wies hierauf das Finanzministerium die unter ihm stehende Bauverwaltung zur Zahlung gleichmäßiger Löhne an.

Diese Ausgleichungs-Akte gingen äußerlich anscheinend friedlich, doch nicht so geräuschlos vorüber, daß nicht einzelne Stadttheile Zeugen von Demonstrationen wurden, welche von Arbeiter-Corporationen veranstaltet waren, um entweder noch schwebende Unterhandlungen durch nachdrucksvolles Auftreten zu schneller und befriedigender Erledigung bringen zu helfen, oder um den schon zu einem befriedigenden Abschlusse gebrachten Vergleich zu feiern. Im ersteren Falle fand gewöhnlich ein Feiern im weitesten Wortsinne statt; die Demonstration drückte zugleich aus, daß von einer Gesellenschaft in Masse die Arbeiten freiwillig eingestellt waren — ein Zwangsmittel, welches jedoch nur wenige Tage durchgeführt werden konnte oder durchgeführt zu werden brauchte. Auf- und Umzüge geordneter Massen, die aus den Mitgliedern der demonstrirenden Corporation zusammengesetzt waren, bildeten die Demonstrationen, bei denen klingendes Spiel und die betreffenden Insignien und Embleme anzeigten, daß es einer Feier günstiger Resultate galt; die dreifarbige Fahne fehlte bei keinem der Aufzüge. Am 11. u. 12. hielten die Maurer-, Zimmer- und Tischlergesellen Umzüge, deren Ziel die Herberge oder andere Versammlungsorte waren, in denen über die Gewerks-Angelegenheiten berathen wurde. Die Weber, Raschmacher, Seidenwirker und Tuchmacher erwarteten vom Ministerium die Erfüllung ihrer Forderungen; um ein schnelles Resultat herbeizuführen, beschlossen

sie am 11. in Masse nach dem Schlosse zu ziehen; nach dem Berichte eines Seidenwirkers in der allgemeinen Arbeiter-Versammlung vom 11. (s. Nat.-Zeit. 13. Apr.) wären die Mitglieder jener Gewerke eben im Begriffe gewesen, in einem Zuge von 20,000 Mann sich zu dem Minister zu begeben, als ihnen die Nachricht von den Zugeständnissen desselben überbracht wurde, deren wir bereits bei anderer Gelegenheit erwähnt. Der Zug unterblieb. Am 18. noch hielten die Bäckergesellen Umzüge, um bei der Meistern ihre Forderungen durchzusetzen. — Die Eisenfabrikarbeiter in den Maschinenbau-Anstalten erhielten von deren Besitzern am 11. das Zugeständniß eines wöchentlichen Arbeitslohnes von mindestens 4 Thalern bei täglichen zehn Arbeitsstunden. Festzüge und ein großes Festmahl in Moabit, auf Kosten der Arbeitgeber bereitet, feierten dieses Ereigniß. „Es war", bemerkt Hr. Robert Springer in einem Festberichte (V. Z. 15. Apr.) „erhebend für den Volks- und Freiheitsfreund, zu sehen, wie diese rußigen Helden der Barrikaden in lauter, herzlicher Freude der goldenen Erstlingsfrüchte des Freiheitsackers, den sie in jener schwarzen Nacht mit ihrem Blute gedüngt hatten, genossen." Nach beendigtem Festmahle hielten die Feiernden, 3 bis 4000 Mann stark, unter klingendem Spiel und wehenden Fahnen ihren Einzug durch das Brandenburger Thor, „begleitet von dem lauten Jauchzen der Zuschauer." Oeffentliche Annoncen sprachen den Dank der Arbeiter an die Fabrikbesitzer für deren liberale Mitwirkung an der Feier aus. — Auch die von der Stadt beschäftigten Erdarbeiter beschlossen in feierlichem Aufzuge den Behörden für den bewilligten Tagelohn von 15 Sgr. ihren Dank auszudrücken. Eine zu diese Zwecke nachgesuchte Erlaubniß wurde bereitwillig ertheilt. Die Zeit.-Halle berichtet darüber:

Sonnabend den 15. d. Abends 5½ Uhr zogen 1300 Erdarbeiter, die für städtische Rechnung auf dem Wedding und auf den Rehbergen beschäftigt werden, in feierlichem Aufzuge mit einer großen Anzahl dreifarbiger Fahnen und klingendem Spiel durch die Stadt, um den Communalbehörden und dem Polizei-Präsidenten ihren Dank für die ihnen gewordene Erfüllung ausgesprochener Wünsche und die Versicherung ihrer Ordnungsliebe auszudrücken. Die Arbeiter selbst mit geschmückten Spaten, an der Spitze eine große Fahne und ein Musikchor, wurden geführt von ihrem Arbeitsaufseher und Schachtmeister zu Pferde, und von verschiedenen Abtheilungen hiesiger Studenten mit Waffen, unter denen wir schon einige im Reisecostüm des Schleswig-Holsteinschen Freicorps erblickten. — Der Zug bewegte sich nach dem berlin'schen Rathhause, wo ihn der Bürgermeister Naunyn mit einer Anrede empfing, der ein dreimaliges donnerndes Hoch für das Wohl der Stadt und der Communalbehörden folgte. Weiter begab sich alsdann der Zug nach dem Molkenmarkt, vor dem Polizei-Präsidium, wo ebenfalls der Polizei-Präsident zu Fuß unter den Zug trat. Eine von den Arbeitern erwählte Deputation stellte sich entblößten Hauptes unmittelbar vor den Präsidenten, und einer von ihnen wandte sich sodann mit ungefähr folgenden Worten an denselben: „Kameraden! Seit der ganzen Zeit seines Hierseins hat unser Herr Polizei-Präsident, wir können es nach unserer tiefsten Ueberzeugung nicht anders sagen, sich stets bestrebt, unser Aller Wohl nach seinen Kräften zu fördern. Wir wollen ihm deshalb unsern Dank aussprechen und die Versicherung geben, daß wir jederzeit bestrebt sein werden, die Ruhe und Ordnung der Stadt aufrecht zu erhalten und sie selbst niemals in irgend einer Art unterbrechen werden. Herr Präsident! Ich habe es für Pflicht gehalten, Ihnen dies im Namen meiner Kameraden zu sagen, und wir sind von Ihrer uns bekannten Humanität überzeugt, daß Sie diese schlichten Worte von dem einfachen Arbeiter eben so gut aufnehmen werden, als wenn sie Ihnen in gewählter Sprache geboten würden. Wir alle haben das Vertrauen, daß Sie uns stets, wo unsere Rechte gekränkt werden sollten, schützen werden." Entblößten

Kopfes erwiderte der **Präsident** ungefähr Folgendes: „Ich danke Ihnen herzlich für Ihre mir im Namen Ihrer Kameraden ausgesprochenen Gesinnungen, und sagen Sie Ihren Kameraden, daß ich dieselben in jedem Rocke ehre und achte. Ich bin von jeher bestrebt gewesen, die Gerechtigkeit Jedem werden zu lassen, und wenn sie mir Ihr Vertrauen schenken, so seien Sie überzeugt, daß ich Ihnen stets allen mir möglichen Schutz gewähren werde!" Ein donnerndes dreimaliges Hoch wurde hierauf dem Polizei-Präsidenten gebracht; ein eben so stürmisches wurde dem von einem der Arbeiter ausgebrachten Rufe: „**Unsere Gesetze sollen leben!**" zu Theil.

In den nachfolgenden Tagen wiederholten sich ähnliche Aufzüge, so die der Schlächtergesellen und der Zuckersiederei-Arbeiter. Die Letzteren veranstalteten am 17. Mittags einen großen Festzug, der, von bewaffneten Studenten begleitet, sich zunächst nach dem Schickler'schen Hause bewegte, und dessen Theilnehmer ihren lauten Dank für gewährte Lohnerhöhung ausdrückten. Die Tischlergesellen beabsichtigten zur Feier der ihnen endlich gemachten Bewilligungen, am 19. einen Umzug zu halten, ließen sich jedoch bestimmen, diesen zu verschieben, um sich einem Zuge anzuschließen, der zum Zwecke einer großartigen politischen Demonstration — über die ein folgender Abschnitt berichtet — am 20. stattfinden sollte.

Nachdem Berlin fast zwei Wochen hindurch den Anblick oft wiederholter Schauspiele gehabt, welche demonstrirende Handwerker- und Arbeiter-Corporationen in ihren Massen-Aufzügen der Bevölkerung boten, trat die **Polizeibehörde** mit allerhand „gesetzlichen" Einwendungen gegen diese Demonstrationen hervor. Die ersten seit der Bekanntmachung vom 6. (über die Ausweisung fremder Arbeiter) in Bezug auf allgemeine Angelegenheiten veröffentlichten Erlasse der Polizei tragen das Datum des 18. Einer derselben, der, am 21. veröffentlicht, an jene Bekanntmachung anknüpft, bestimmte, im Einverständniß mit der städtischen Behörde, „daß bis auf Weiteres keinem von auswärts eintreffenden, arbeitssuchenden fremden Arbeiter der Aufenthalt in Berlin erlaubt werden soll." Diese Maßregel erstrecke sich zwar „einstweilen" nicht auf die mit ordnungsmäßigen Legitimationspapieren versehenen, wandernden Gesellen und Gehilfen; da jedoch für alle Gewerbe, ebenso wie für alle Bauten und Arbeiten, welche von der Stadtgemeinde „lediglich zur Beschäftigung der einheimischen brotlosen Arbeiter" unternommen seien, die erforderliche Zahl der Gewerbegehilfen und Arbeiter mehr als ausreichend vorhanden, so könne auch den wandernden Gesellen u. s. w. nur angerathen werden, die Stadt ohne ganz bestimmte Aussicht auf Beschäftigung nicht zu besuchen, indem gleichzeitig die nöthigen Anordnungen getroffen seien, „um die bestehenden Vorschriften gegen die geschäftslos sich hier aufhaltenden fremden Gewerbegehilfen streng in Anwendung zu bringen." Die andere Bekanntmachung, welche die erwähnten polizeilichen Einwendungen, in der rücksichtsvollen Form einer „Andeutung" enthielt, erschien am 20., und stand in nächster Beziehung zu der auf diesen Tag festgesetzten politischen Demonstration. Sie lautete:

Es ist neuerdings mehrfach vorgekommen, daß Gesellen und Arbeiter plötzlich die Arbeiten eingestellt, ihre Gewerksgenossen in Fabriken, Werkstätten oder auf Bauplätzen beschäftigt, gezwungen haben, zu feiern und in Zügen, mit Fahnen und Musik zu Versammlungen auf Plätzen oder vor den Thoren sich zu vereinigen, um sich über die Erhöhung des Lohns oder Verminderung der Arbeitszeit und sonstige Bedingungen, unter denen die Arbeit nur fortgesetzt werden dürfe, zu besprechen. Man hat bei dieser Gelegenheit solche Arbeiter, welche sich den Uebrigen nicht anschließen wollten, weil sie mit ihren Arbeits- und Lohnverhältnissen zufrieden waren, durch Drohungen und Mißhandlungen zu zwingen gesucht, und bedauerliche Excesse begangen, welche sogar Verwundungen herbeigeführt haben. Dies ist ein Verfahren, welches ohne Auflösung der öffentlichen Ordnung nicht geduldet werden darf. Die Freiheit des Einzelnen soll durchaus nicht beschränkt werden. Es bleibt jedem Arbeiter unbenommen, die Arbeit, wenn er nicht contractlich oder nach den bestehenden Bestimmungen an eine gewisse Kündigungsfrist gebunden ist, aufzugeben; es soll Niemand beschränkt werden, um mit den Gewerksgenossen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu berathen, so lange man sich hierbei innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegt, es ist aber nicht gestattet, daß Arbeiter zur Einstellung der Arbeit, zur Theilnahme an öffentlichen Berathungen, und zur Annahme der dortigen Beschlußnahme gezwungen werden. Derartige Versuche werden als Auflehnung gegen Ruhe und Ordnung dem Richter zur Untersuchung und Bestrafung übergeben, und an den nicht Ortsangehörigen außerdem mit Verweisung aus der Stadt gerügt werden. Oeffentliche Aufzüge mit Musik, Fahnen und Waffen sind nur auf vorhergegangene Erlaubniß gestattet, und werden ohne dieselbe, als Störung der öffentlichen Ordnung angesehen und verhindert werden. Da im allgemeinen die bisherige Haltung der hiesigen Gesellen und Arbeiter mit Recht eine öffentliche Anerkennung verdient, so muß vorausgesetzt werden, daß es nur dieser Andeutung bedarf, um auch für die Folge in dieser Beziehung nur Lobenswerthes zu bemerken.

Der Magistrat sprach sich über seine Stellung zu den gegenseitigen Verhältnissen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aus, nachdem die „Bürgergesellschaft" — ein Verein, in welchem die vormärzlich oppositionellen Elemente der berliner Bürgerschaft vertreten waren — folgende Adresse (vom 11.) an ihn gerichtet hatte:

Unsere Stadt ist seit den ereignißreichen Tagen des 18. und 19. März auf mehrfache Weise durch die an Fabrikinhaber und Arbeitgeber gestellten Forderungen der in Masse aufgetretenen Arbeiter und Gesellenschaften in Unruhe versetzt worden. Die solchergestalt bedrängten Arbeitgeber sahen sich meistens in einen rath- und hülflosen Zustand versetzt, größtentheils durch das ruhige Zusehen derjenigen, denen zunächst es obgelegen, der Regelung der Angelegenheit zwischen jenen beiden Theilen sich anzunehmen. Wäre in Stelle des Schweigens ein kräftiges und vermittelndes Wort an Beide gerichtet worden, welches sie überzeugt hätte, daß wir in einem Staate leben, in welchem das Gesetz noch gilt, so wäre einerseits manche Unbill, andererseits aber auch manche zu weit ausgedehnte Forderung oder voreilige Zusicherung unterblieben, so wäre nicht für bei jenen Vorfällen entfernter betheiligte Personen die ängstigende Besorgniß einer auch ihnen drohenden Gefahr eingetreten und dadurch die Ruhe einiger Stadttheile beeinträchtigt worden. Wir erkennen übrigens vollkommen an, daß in vielen Fällen dergleichen Forderungen, wie sie gestellt worden, wohl von Seiten der Arbeiter gerechtfertigt sein möchten, und wünschen, als mit und zu dem Volke gehörend, die Verbesserung seiner Lage und die Abstellung der Beschwerden des Volks, aber wir können das Verfahren nicht billigen, welches bei dem Geltendmachen dieser Forderungen sich kund gegeben hat, vielmehr halten wir dafür, daß meistens der gesetzliche Weg verlassen worden. Unseres Erachtens ist ein Wohllöbl. Magistrat allein die Behörde, der es zusteht, Verhältnisse dieser Art zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ordnen und sind eben dazu die sogenannten aus der Mitte Eines Wohllöbl. Magistrats selbst bestellten Gewerks-Assessoren berufen. Unsere Gesetze schreiben endlich ausdrücklich vor, daß im Falle eines Landzwanges, und zu solchem sind manche der beregten Vorfälle zu rechnen, die Behörde gegen diejenigen einzuschreiten habe, welche als Landzwinger auftreten. Wir sind indeß überzeugt, daß der gesunde, mit regem Rechtsgefühl sonst stets begabte Sinn unserer dem Arbeiterstande angehörigen Mitbürger den gesetzlichen Weg, sobald er ihnen nur geöffnet wird, finden und dadurch das Eingreifen der richterlichen Behörden durchaus überflüssig erscheinen lassen werden, beantragen dagegen aber bei E. Wohll. Magistrat ergebenst: auf das Allerschleunigste da als berufene Behörde vermittelnd einzutreten, wo von Forderungen der Ar-

beiter in Masse gegen Arbeitgeber unter der Drohung der Arbeitseinstellung Kenntniß gegeben wird, andrerseits aber den Arbeitgebern auf das Strengste es zu untersagen, unmittelbar mit ihren Arbeitern in dergleichen Fällen sich zu verständigen, vielmehr sie und die Arbeiter oder Gewerksgenossen anzuweisen, sich nur an die städtische als die rechtmäßige Behörde zu wenden und dies Alles durch einen öffentlichen Erlaß sofort dem betheiligten Publicum zur Kenntniß zu bringen.

Dieser Aufforderung zum Theil entsprechend, erließ der Magistrat am 12. folgende Bekanntmachung:

Wir haben bereits in einer früheren Bekanntmachung ausgesprochen, daß wir in jeder Weise bemüht sind und bemüht sein werden, die Lage der arbeitenden Klassen, so viel als es jetzt nur irgend möglich ist, zu verbessern. Um so mehr erkennen wir es aber auch als unsere Pflicht, streng darauf zu halten und dahin zu wirken, daß die Regelung der Angelegenheiten zwischen den Fabrikbesitzern und Arbeitgebern einerseits, und den Gesellschaften und Arbeitern andererseits, überall nach Recht und Billigkeit und auf dem gesetzlichen Wege erfolge. Wir werden daher bei Forderungen, welche von Gesellschaften und Arbeiter-Vereinigungen an die Arbeitgeber gestellt werden, sofort vermittelnd eintreten und veranlassen die Gewerksgenossen und Arbeiter ihre etwanigen Wünsche und Forderungen nicht unmittelbar an die Fabrik-Besitzer und Arbeitgeber, sondern zunächst an die von uns zu diesem Behufe niedergesetzte Deputation für das Wohl der arbeitenden Klassen schriftlich oder durch Deputationen aus ihrer Mitte zur weitern Vermittelung gelangen zu lassen.

Als Arbeitgeber den an den Rehbergen u. s. w. beschäftigten Erdarbeitern gegenüber hatten die Stadtverordneten, seitdem sie in eine Lohnerhöhung gewilligt, zuerst am 13. Gelegenheit, über Angelegenheiten ihrer Schützlinge zu berathen:

Stadtv. Vollgold: Die Versammlung hat neulich den städtischen Arbeitern eine Zulage ihres Lohnes mit der Bedingung bewilligt, daß auch dafür gearbeitet werde, es finde sich aber gerade jetzt das Gegentheil. Es habe sich dort jetzt das zum Gesetz eingeschlichen, daß Niemand mehr als 7 Karren täglich karren darf, und ein Mensch, der sich dabei als Aufseher aufwerfe, streiche mit einem Brett den Karren, damit sie nicht gehäuft seien. Ueberdies aber sei es noch ein viel gefährlicherer Umstand, daß die Leute jetzt schon für ihren Winterholz-Bedarf in der Art sorgen, daß aus der nahen Jungfernhaide ganze Wagen Holz gestohlen und nach Hause gefahren werden. Er trage deshalb darauf an, daß eine Abtheilung Bürgerwehr dorthin zur Verhütung solcher Verbrechen aufgestellt werde. — Hr. Seidel: Es sei gewiß sehr viel Wahres an der vorigen Mittheilung und man müsse dahin wirken, daß ebensowohl die Leute, welche ihre Schuldigkeit zu thun sich weigern, weggejagt, als diejenigen, die Verbrechen verüben, dem Richter zur Bestrafung überwiesen werden. — Hr. Nauwerck: Wo denn eigentlich der Beweis für diese Angaben sei? Er vermisse hier die Anzeige der beaufsichtigenden Beamten, man könne deshalb keinen Beschluß fassen. — Hr. Vollgold: Für ihn gebe es keinen bessern Beweis, als das Augenzeugniß seiner hier sitzenden Collegen; daß die Forstbeamten hier denunciren sollen, sei für dieselben, wenn die Arbeiter dies erführen, gefährlich; es gelte hier Verbrechen zu verhüten, Diebstähle an Holz, und die nenne er Verbrechen. — Hr. Schäffer: Auch er habe gehört, daß die Leute faul seien. Es müsse mit aller Energie dahin gewirkt werden, daß die Leute etwas thun, denn es komme hier weniger auf das Geld an, als auf das Bestreben, moralisch gesittete und arbeitsame Menschen zu erziehen. — Hr. Herbst: Er wisse ein Factum, daß ein junger Mann von den Uebrigen verhindert wurde, fleißig zu arbeiten und verhöhnt worden sei. — Hr. Seidel: Es müssen solche Verführer nothwendig der Bestrafung übergeben werden, es müsse eine Behörde da sein, der solche Leute übergeben werden können. — Hr. Nauwerck: Er wisse nicht, daß die Behörden pausiren. — Hr. Vollgold: Die Behörden sind da, aber die gesetzlich einschreitende Macht fehlt ihnen. — Die Versammlung beschließt, den Magistrat von den hier zur Sprache gekommenen Uebelständen zu unterrichten und um Vorschläge zu deren Abhilfe zu bitten.

Doch schon am 15. hatten die Stadtverordneten die Genugthuung, einen „erfreulichen" Bericht über die am Wedding beschäftigten 1300 Arbeiter zu hören: „Bei Allen giebt sich das einhellige Bestreben für Ruhe und Ordnung,

der Sinn für Fleiß und Arbeit kund, so daß es jetzt den Aufsehern ein Leichtes wird, die Abstellung etwa eingeschlichener Unordnungen zu erlangen, was er früher nicht einmal auszusprechen wagen durfte. Sie stellen sich pünktlich auf dem Arbeitsplatz ein, arbeiten anhaltend und verlassen denselben nur nach Feierabend. Sie selbst dringen auf Entfernung aller Faulen und Verführer; je 120 Mann haben sich zu diesem Behufe einen Aufseher und ein Ehrengericht von drei Personen zur Schlichtung von Streitigkeiten gewählt. Einen Arbeiter, der eine Soldatenjacke gestohlen, sowie einen, der eine Pappel umgehauen, haben sie von sich entfernt, indem sie erklärten, mit Dieben nicht arbeiten zu wollen.“ In dieser friedlichen Stimmung beschlossen sie denn auch den schon erwähnten feierlichen Aufzug, „um den Behörden ihren Dank auszusprechen und zugleich sich gegen den Vorwurf der Aufwiegelei und Unordnung zu wahren.“ Schon aber waren sie, wie die Spen. Zeit. berichtet, im Begriff, die Geldsumme, welche sie zur Bestreitung der Kosten unter sich aufgebracht, zum Besten verwundeter Barrikadenkämpfer zu verwenden und den Zug aufzugeben, als die für diesen nachgesuchte Erlaubniß des Polizeipräsidenten und des Magistrats eintraf. Die städtischen Behörden ernannten Deputirte zum Empfange des Arbeiterzuges; der Magistrat unterließ nicht, den feierlichen Akt in einer am 17. veröffentlichten Bekanntmachung darzustellen. Diese lautete:

„In Folge der von den städtischen Behörden getroffenen Veranstaltung, den von denselben beschäftigten Erdarbeitern einen Lohn von 15 Sgr. zu gewähren, haben sich die bei den Erdarbeiten in den Rehbergen beschäftigten Arbeiter, am 15. d. M., Nachmittags 6 Uhr, in einem feierlichen und wohlgeordneten, von den Studirenden geführten und von Musikchören begleiteten Zuge, nach dem berlinischen Rathhause begeben, um den städtischen Behörden ihren Dank für die ihnen bewiesene Fürsorge auszudrücken. Vor dem berlinischen Rathhause trat der Vorsitzende des Magistrats, Bürgermeister Naunyn, in ihre Mitte, nahm den Dank, welchen ein Deputirter der Arbeiter in herzlichen und wohlgeordneten Worten gegen die städtischen Behörden aussprach, und dabei insbesondere hervorhob, daß es ihnen, den Arbeitern, ein Bedürfniß geworden, diesen Dank darzubringen, weil der angemessene höhere Lohn in ihnen das Gefühl großer Freude erzeugt habe, entgegen, und erwiderte denselben, daß die Stadtbehörden von dem lebhaftesten Verlangen beseelt seien, daß alle unsere Mitbürger ohne Ausnahme an den Segnungen Theil haben sollten, welche, wie alle zuversichtlich hofften, aus der neuen Ordnung der Dinge für uns hervorgehen würden; daß der Wahlspruch des Magistrats bei Ausführung der städtischen Arbeiten der sei, dem treuen Arbeiter gerechter Lohn; und daß die feierliche Kundgebung dieser Gesinnungen und Bestrebungen der Stadtbehörden Seitens der Arbeiter die sichere Gewähr leiste, daß alle Arbeiter dafür einstehen würden, daß nun auch die Arbeit treu und redlich werde ausgeführt und die öffentliche Ordnung streng bewahrt werden. Er wies darauf hin, daß die errungene Freiheit auch ihnen die volle bürgerliche und politische Berechtigung gebracht habe, daß es nunmehr vor Allem darauf ankomme, daß ein Jeder sich dieser großen Rechte klar bewußt werde. Der Besitz dieser Rechte lege ihnen aber auch Verpflichtungen auf. Die Freiheit fordere Ordnung und Achtung vor dem Gesetze, sie fordere aber auch, daß wenn Noth in schweren Zeiten über das theuere Vaterland komme, Alle gemeinschaftlich sie tragen helfen. Die Freiheit sei ein theueres schönes Gut und unsere Sorge müsse es sein, dies große Gut auf unsere Kinder zu vererben. In der Freiheit geboren und erzogen, müssen sie auch für die Freiheit tüchtig gerüstet werden. Darum erachten wir für unsere heiligste Pflicht die geistige Entwickelung und Ausrüstung unserer Kinder mit tüchtigen Kenntnissen. — Die Versammelten gaben durch den lebhaften Zuruf ihre Beistimmung zu den Worten zu erkennen, versicherten durch ihren Sprecher, angeblich der Tischlergeselle Lobde, nochmals ihren Dank und ihren besten Willen, mit der Versicherung, daß der Arbeiter nicht blos mit Worten, sondern durch die That ihre dankbaren Gesinnungen zu erkennen geben, treu arbeiten, sich

gesetzlich und friedliebend verhalten und darnach ringen würden, sich diese Anerkennung in der öffentlichen Meinung zu erwerben, und bitte er nur um die Unterstützung der städtischen Behörden, dies ehrenhafte Streben der Arbeiter bekannt werden zu lassen. Der Zug begab sich dann nach dem Local der Stadtverordneten-Versammlung und demnächst nach der Universität, wo die Arbeiter auch den Studirenden ihren Dank für die ihnen und ihren Lebensverhältnissen bewiesene Theilnahme zu erkennen gaben. In musterhafter Ordnung kehrte sodann der Zug nach den Vereinigungsplätzen außerhalb der Stadt zurück. Wir fühlen uns verpflichtet, dies zur Anerkennung des guten Sinnes unserer Arbeiter hierdurch öffentlich bekannt zu machen.

An demselben Tage, an welchem die städtische Behörde sich verpflichtet fühlte, den „guten Sinn unserer Arbeiter" öffentlich anzuerkennen, führten die Zimmergesellen in Eckenanschlägen darüber Klage, daß ihnen, denen bei mangelnder Arbeit Beschäftigung bei den städtischen Unternehmungen am Wedding u. s. w. angetragen worden, die Erdarbeiter gedroht hätten, „diejenigen Zimmergesellen, welche solche Arbeit übernähmen, gewaltsam davon vertreiben zu wollen." Und zwei Tage später, am 19., waren es dieselben Arbeiter, die verzogenen Kinder aus der gemischten Ehe des Magistrats mit der Revolution, welche die ganze Stadt in große Unruhe versetzten. Drei von den Arbeitern am Plötzensee waren am 18. wegen aufrührerischen Betragens gegen den leitenden Baubeamten verhaftet worden. Dieser wollte nämlich, wie die Voss. Z. mittheilt, die Arbeiter dazu bewegen, Accordarbeiten zu liefern, und soll sich hierbei „vielleicht nicht ganz angemessener Mittel" bedient haben. Eine große Zahl Arbeiter sei darauf vor sein Büreau gezogen und hier von Einigen geäußert worden, man müsse ihn aufhängen. Auf diese Drohung allein beschränkte sich das Attentat. Als am anderen Morgen die Arbeiter erfuhren, daß in Folge dieses Vorganges drei ihrer Collegen verhaftet worden, beschlossen sie, nach der Stadt zu ziehen, um die Freilassung derselben zu bewirken. Während sie nun in Masse gegen das Thor rückten, verbreiteten sich in der Stadt ungeheuerliche Gerüchte von einem Ueberfalle derselben durch die „Rehberger". Starke Abtheilungen Bürgerwehr wurden zusammengezogen, der Theil der Friedrichsstraße nach dem oranienburger Thore zu besetzt, das Thor selbst von zahlreichen Patrouillen bewacht. Die Arbeiter jedoch blieben, nachdem sie aus ihrer Mitte eine Deputation von 24 Personen, denen der junge Schlöffel als Sprecher beigegeben war, an die Behörden entsandt, vor dem Thore, um hier den Bescheid ihrer Abgeordneten zu erwarten. Die Deputation begab sich zunächst zum Polizeipräsidenten, um im Auftrage sämmtlicher Arbeiter die Freilassung der Verhafteten zu begehren. Hr. v. Minutoli machte die Deputation auf „das Ungehörige ihres Benehmens" aufmerksam, „insofern wirklich strafbare Individuen verhaftet seien." Diese waren inzwischen dem Staatsanwalte übergeben. Hr. v. Kirchmann, zu dem sich hierauf die Deputation begab, verfügte alsbald die Freilassung zweier der Gefangenen, von deren Schuldlosigkeit er sich überzeugt hatte. (Den dritten, der als angeblicher „Rädelsführer" zurückbehalten wurde, setzte er am folgenden Tage, wegen mangelnden Bewei-

ses, in Freiheit.) Die Nachricht, welche Schlöffel den Arbeitern von dem Erfolge seiner Sendung brachte, befriedigte diese. Als jedoch Schlöffel von der Bürgerwache in die Kaserne am Thore gebracht worden war, nach der Aussage Einiger, als Verhafteter, nach Anderer Versicherung, zu seinem eigenen Schutze „vor der Heftigkeit einiger Bürgerwehrmänner“, verlangten die Arbeiter, daß er sofort freigegeben würde, und nachdem dies geschehen, hoben sie ihn jubelnd auf ihre Schultern; ein Theil von ihnen begleitete den „Volksfreund“ in die Stadt.

Während diese Vorgänge und die über dieselben verbreiteten Gerüchte die Stadt aufregten, ereignete sich im Arbeitshause, am Alexanderplatze, ein Akt von Aufruhr, der jedoch vor seiner Vollendung unterdrückt wurde. Die Gefangenen dieser Strafanstalt, unzufrieden darüber, daß ihnen die Strafe nicht, wie sie gewünscht, erlassen war, hatten sich zusammengerottet, die Aufseher überwältigt und waren nach dem Hofe ausgebrochen. Hier rissen sie das Steinpflaster auf und waren schon im Begriffe, sich hinter Barrikaden zu verschanzen und die Thore einzuschlagen, als die Bürgerwehr herannahte und die Gefangenen umzingelte. Es gelang ihr, ohne von der Waffe scharfen Gebrauch zu machen, dieselben zu überwältigen und etwa zwanzig Personen als „Rädelsführer“ nach der Stadtvoigtei abzuführen.

Am meisten beunruhigte und half die Schrecken dieses Tages vollenden ein **Plakat**, das am Morgen des 19. an den Straßenecken gefunden wurde. Es lautete vollständig:

Aufruf sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter an die Bürger Berlins!

Bürger Berlins! Vier Wochen sind seit dem Tage verflossen, welcher die Freiheit uns brachte, sage vier Wochen, und was hat in dieser Zeit die neue Regierung **Neues** gebracht? Eigentlich **Nichts!** Denn ein Wahlgesetz, wie das vom verstorbenen Landtage berathene, und von unsern sogenannten verantwortlichen Ministern sanctionirte, ist nur ein beklagenswerthes Zeichen des sicheren Rückschritts. Das Vertrauen, was wir noch vor Kurzem in die Minister setzen konnten, ist seit voriger Woche gewichen **Wir können jetzt kein Vertrauen mehr, wir müssen Mißtrauen hegen,** da Hr. Camphausen einer Deputation des hiesigen Volks-Wahl-Comités, welches Protest gegen das erlassene Wahlgesetz einlegte, rund weg erklärte, daß **das jetzige Ministerium stehen und fallen werde mit den indirecten Wahlen.** Des Menschen Wille ist sein Himmelreich! Wir sind dem Herrn **Camphausen** zu Dank verpflichtet, daß er uns eine so offene Erklärung gegeben, die uns die Binde von den Augen nahm. Was das Volk von diesem jetzigen Ministerium zu halten hat, wissen wir demnach! Wir sind drauf und dran, eben wieder so an der Nase herumgezogen zu werden, wie vor dem 18. und 19. März. Daß wir geäfft werden, liegt klar am Tage.

Bürger, Mitkämpfer von den Barrikaden! Fragt Euch selbst, ob nur 20 Todte von Seiten des Militairs geblieben sein können, wo über 14 Stunden lang ein mörderischer Kampf gewüthet? 20 Todte! So heißt's in den lithographirten Listen, welche unter die Bürger vertheilt wurden. 20 Todte! Tod und Hölle! Diese Lüge setzt allen vorangegangenen die Krone auf!

Bürger von Berlin! Fällt Euch endlich die Binde von den Augen! Seht Ihr endlich ein, daß Ihr von A bis Z betrogen wurdet? Die Hohen sogen Euch das Mark aus den Gliedern, und um nun nicht das Schwert der Vergeltung auf ihren Nacken fallen zu lassen, wollen sie Euch mit den Arbeitern zusammenbringen. Wir sollen unsre Knochen an einander wetzen, damit sie die Früchte davon tragen können. **Bürger, Bürger werdet**

wach! Man lauert wie ein Luchs auf den ersehnten Augenblick, um über unsre junge Freiheit herfallen und sie vernichten zu können. Darum auch die steten Einflüsterungen, welche Euch wurden, daß wir, die Arbeiter, an Eurem Eigenthum, Eurer Habe uns vergreifen und bereichern wollen. Nichtswürdige, Schurken, die solche Aeußerungen unter Euch aussprechen und verbreiten. Werft sie hinaus aus Euren Kreisen, denn sie sind nur feile Diener der gefallenen Macht, sie sind nur Gedungene, um Euch von dem Arbeiter noch mehr zu entfernen, noch mehr mit ihm zu entzweien.

Unsre gegenwärtige Lage ist eine schreckliche, weil aller Handel, aller Verkehr stockt. — Und worin liegt diese Stockung hauptsächlich begründet? In dem Mißtrauen, das man auf den Arbeiter geworfen, aber mit Unrecht geworfen hat. — Hätten wir Euren Plunder gewollt, so hätten wir ihn ungestört und ungestraft schon vor vier Wochen uns nehmen können, wo die Reichsten des Landes noch unter uns waren, die Ihr aber nach und nach habt ausreißen lassen. Wir hätten uns zu Herren Eures Vermögens, Eurer Habe machen können, wir hatten die Macht dazu. Aber Schmach auf den, dem ein solch unlauterer, gemeiner Gedanke in der Seele aufstiege. Wir haben ein anderes, ein besseres Streben, wir wollen wahrhaft frei werden, da hierin nur allein die Verbesserung der Lage Aller zu suchen ist. Ihr, wir, mit einem Worte: das Volk soll seine bessere Lage sich selbst schaffen, und sich nicht auf die Staats-Bedienten verlassen. So denkt, so fühlt der Arbeiter! — Schämt Euch daher, zeither solche Gesinnungen von uns gehegt zu haben, da wir ja Viele, wir möchten sagen, wohl die Hälfte unter uns haben, welche in einigen Jahren dasselbe sein werden, was Ihr jetzt seid — Bürger und Meister. Schämet Euch, rufen wir noch einmal, daß Ihr Euch verleiten ließet, aber Euch bangte vor Eurem Mammon, Eurem Eigenthume. — Lasset ihn unvergraben. Er liegt in Euren Zimmern eben so sicher, wie im tiefsten Schacht der Erde, denn Ihr schützt ihn Euch nicht allein, wir schützen ihn mit. Darum fort mit Eurer Angst, fort mit unserm Groll! Wir wollen vergessen, daß Ihr uns kränktet, daß Ihr uns hintenan setztet, denn Ihr wurdet geblendet und werdet es noch. — Glaubt es uns, Bürger von Berlin, wir haben hellsehendere Augen als Ihr vermeint; wie sehen das Grab, was man für uns beide, für den Bürger und Arbeiter, bereitet, im voraus bereitet, weil man in den höheren Schichten der Gesellschaft noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben hat, uns so zu entzweien, daß ein völlig anarchischer Zustand hereinbricht, in welchem wir wuthentbrannt uns beiderseits aufreiben würden. Darum auch jetzt diese Hohlheit, diese Halbheit; anekelnd, bejammernswerth! Darum unter Euch, die Federfuchser in Waffen, mit den Geheimen-Raths-Physiognomien, aktenbestäubt und bleich, bis auf den Tod erschrocken, wenn ihnen zufällig drei Arbeiter auf einmal begegnen. Diese sind es gerade, die höhern Beamten, die Euch den Kopf verkeilen, die Euch in einem fort vorreden, daß wir Arbeiter plündern, rauben, sengen, brennen, morden und Gott weiß was noch Alles wollen. Die Pest in ihre morschen Knochen! — Bürger! Säubert Eure Reihen von diesen Subjecten, die Euch in den Augenblicken der Gefahr nur offenbaren Schaden bringen dürften. Jagt sie fort, diese Hofschranzen, die Speichellecker mit den süßlächelnden Mienen, die jetzt mit Euch fraternisiren, ja wohl gar mit Euch eine kühle Weiße vertilgen, die radikal bis zum Auslachen geworden sind, während sie noch vor 5 Wochen mit blasirtem Stolze eines Bureaukraten verächtlich auf Euch herabblickten. Und wer muß das Geld mühsam aufbringen zur Fütterung dieser Leute? Der Bürger, Bauer und Arbeiter. Darum noch einmal! Hört auf unsern brüderlichen Rath! Fort mit diesen Elenden, fort mit diesem Otterngezücht, es verpestet nur die frische erquickende Luft des jungen Freiheitsmorgens. Wir wollen uns dafür die Hände als Brüder reichen, wir wollen ausrufen: Einig, einig, einig! und dann gemeinsam an dem Aufbau unseres Tempels der Freiheit arbeiten. Sind wir einig, so ist's der Bauer auch mit uns, und dann giebt es keine Macht, welche uns entgegentreten könnte, um die Pfeiler unserer Freiheit umzustürzen. In dieser unserer Vereinigung wird auch die Einigung der deutschen Lande ihren Anfang finden, denn es ist zur innigsten Vereinigung die höchste Zeit. Wir haben gemeinschaftlich die Freiheit erfochten und mit dem Blute der Unseren theuer erkauft, wir wollen aber auch, wenn es gilt, noch einmal unser Leben für die Erhaltung der Freiheit in die Schanze schlagen.

Bürger, Wehrmänner Berlins! Wir fühlen sehr wohl, wie drückend Euch in Euren anderweiten bürgerlichen Verhältnissen der jetzige Wachtdienst ist, wir fühlen dies und tragen Euch daher unsern Beistand an. Gebt uns Waffen, und wir wollen mit Euch gemeinsam zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe wirken, wir wollen uns gegenseitig diesen Dienst erleichtern, damit aus der Pflichterfüllung keine Last werde. Habt Ihr die Angst vor dem verschrieenen Volke erst abgelegt, habt Ihr gefunden, daß es Euch brüderlich zur Seite steht und schützt, so bedarf es wahrlich auch nicht mehr dieser Unmassen von Wachen und Patrouillen. Und sollte hier oder da wirklich noch verborgenes Gesindel auftauchen, so über-

laßt es uns, dies aus dem Wege zu räumen. Die Mehrzahl von uns ist ja Soldat gewesen. Daß wir mit Nachdruck auftreten, dafür spricht wohl der Kampf in der verhängnißvollen Nacht vom 18. zum 19. März.

Bürger Berlins! Wir hielten es für unsre heilige Pflicht, Euch bei der täglich sich drohender gestaltenden Zukunft unsre Gesinnung frei und offen darzulegen, damit Ihr endlich einmal einsehen möget, daß wir Arbeiter die Einzigen sind, die es ehrlich mit Euch meinen.

Berlin, den 17. April 1848.

Der Verein sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter.

Diese Ausbrüche gegen „die Hohen" und die „Staats-Bedienten", diese Ahnungen reactionärer Entzweiungs-Gelüste, diese Versicherungen friedlichen Zusammenhaltens der Arbeiter mit den Bürgern, unterstützt durch das Verlangen nach Bewaffnung der Arbeiter, um gemeinschaftlichen Wachtdienst zu leisten, gemeinschaftlich „zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu wirken", waren sie der Ausdruck der Gesinnungen, des selbstbewußten Strebens „sämmtlicher" Maschinenbau-Arbeiter? Diese Sprache voller Anklänge an Phrasen und Wendungen alter Ritterromane, war sie das eigene Product Derer, welche die Ueberschrift des Plakates als Aufrufserlasser ankündigte? Die Erbitterung, die sich über den Inhalt des Anschlags, sobald er bekannt geworden, unter der Bürgerschaft verbreitete, wurde bei den Besonneneren durch die Zweifel gemildert, welche jene Fragen ausdrücken. Um den Zweifel gelöst zu sehen, begaben sich Einige in die Maschinenbau-Anstalten; Andere eilten in die Druckerei (von Striese), um zu erfahren, von wem die Veröffentlichung des Plakates ausgegangen sei. Doch begnügte sich der Haufe, der (nach der Zeit.-H. unter Anführung eines Theaterbibliothekars) sich vor der Druckerei versammelt hatte, nicht mit dieser einfachen Erkundigung; die Herausgabe sämmtlicher noch vorhandener Exemplare wurde verlangt, durch Drohungen erzwungen; man stellte Nachsuchungen im Hause an; und alle vorräthigen Exemplare wurden von der Menge vernichtet und zerrissen.*) Von demselben bürgerpolizeilichen Eifer waren bereits die Straßenecken selbst verfolgt worden, so daß noch im Laufe des Vormittags das über Nacht angeheftete mißliebige Product dem öffentlichen Blicke entzogen wurde. Die Zeit.-Halle erwähnt eines Vorfalles, der sich am Schlosse zugetragen. Ein an der äußeren Mauer desselben befindliches Plakat wurde von einer Person schon am frühen Morgen abgerissen; die in der Nähe befindliche Studentenwache hatte es kaum bemerkt, als sie sogleich jene Person als „Friedensstörer" verhaftete und sie der Schloßhauptwache übergab. Da diese jedoch den Verhafteten ohne Weiteres entlassen wollte, verlangte der Commandirende der Studentenwache, daß ihm dessen Name zuvor angegeben werde. Die Bürgerwehr-Wache weigerte sich anfangs, diesen zu nennen; bald aber ergab es sich, daß der Verhaftete der Criminal-

*) Der „Aufruf sämmtlicher Maschinenbauarbeiter ꝛc." gehört in den Plakat-Sammlungen zu den seltneren Stücken.

Commissarius Patzke war, welcher zugleich erklärte, daß es in seiner Pflicht läge, dergleichen Plakate abzureißen.

Das Resultat der von einigen Bürgern — die Zeit.=H. macht die Buchhändler Behr und Jonas namhaft — in den Maschinenbaufabriken angestellten Nachforschungen war in folgenden Mittheilungen enthalten: die Deputationen der verschiedenen Fabriken stellten in Abrede, daß von ihnen der Anschlag ausgegangen wäre; ein Herr Massaloup, erklärten sie, hätte mit ihnen verhandelt wegen der Veröffentlichung eines Schriftstückes (einer Flugschrift, wie sie gemeint) im Interesse ihrer Einträchtigkeit mit den Bürgern; sie hätten erklärt, daß ihnen dergleichen natürlich angenehm sein würde; auf ihr Verlangen, daß die Handschrift ihnen mitgetheilt werde, hätte der Unternehmer ausweichend geantwortet. Dieselbe Auskunft wurde der Deputation ertheilt, welche von den Stadtverordneten abgesandt worden war. In der Discussion, die diese am 19. über eine auf den nächsten Tag im Interesse directer Wahlen angesetzte große Demonstration führten, erwähnte Hr. Saust jenes Maueranschlages, der auch in seinem Bezirke große Mißstimmung hervorgerufen. Hr. v. Raumer sprach die Ansicht aus, daß, wenn die Freiheit, wie es in dem Plakate der Fall sei, in Preßfrechheit überginge, die Behörde solchem Treiben mit aller Energie begegnen müßte. Hr. Schäffer erklärte, überzeugt zu sein, daß die Unruhen nicht von Arbeitern ausgehen, denn diese wüßten, daß ihre Existenz von der Ruhe und Ordnung abhängig sei. Auch habe er die Meinung: „die Hunde, die viel bellen, beißen nicht." Es gebe jedoch Viele, die sich vor dergleichen Unruhen fürchten; er wisse genau, daß sich die Gutsbesitzer der Umgegend gegenseitig verpflichtet hätten, in Berlin nichts mehr zu kaufen, weil sie über das Treiben hier empört wären. Dieses gehe aber nur von Solchen aus, die von den Unruhen Vortheil zu ziehen suchen; er beantrage, der Sache mit allem Ernste auf den Grund zu gehen, um einmal zu erfahren, wer denn die Leute durch Geld zu Unruhen besteche. Die Versammlung beschloß, eine Deputation (bestehend aus den HH. Heymann, Saust, v. d. Heyden, Schäffer und Kraft) in die Maschinenbau=Anstalten zu schicken. Die Deputation fand das Thor um 12 Uhr so umlagert, daß sie zu Wagen nicht mehr passiren konnte. Die innerhalb des Thores aufgestellte Bürgerwehr, außerhalb die auf den Bescheid ihrer Deputirten wartenden Erdarbeiter hemmten die Passage. Noch ehe die Versammlung die Berathungsgegenstände der Tagesordnung erledigt hatte, kehrte die Deputation mit dem Bescheide, der in den obigen Mittheilungen enthalten ist, zurück. Zugleich überbrachte sie eine von den Maschinenbauern an die Stadtverordneten gerichtete Einladung zur Theilnahme an einer Versammlung, welche am Abende im Hennigschen Lokale stattfinden würde, da diese Gelegenheit biete, die Ansichten der Maschinenbauer aus ihren eigenen Reden und Aeußerungen kennen zu lernen. Die Versammlung beschloß den von der Deputation überbrachten Protest zu veröffentlichen, in Betreff des Massaloup Anträge an den Staats=

anwalt zu stellen und endlich dem Wunsche der Maschinenbauer durch Absendung einer Deputation zu der am Abende stattfindenden Versammlung zu entsprechen. Der Protest erschien noch im Laufe des Tages in einem Plakate folgenden Inhaltes:

Die Maschinenbauer der Egellschen, Borsigschen, Thomasschen und Hummelschen Fabriken haben den dorthin abgeordneten Deputirten der Stadtverordneten-Versammlung erklärt: daß sie von dem Anschlage, der in ihrem Namen veröffentlicht worden, in ihrem Vereine nichts gewußt hätten. Sie haben daher folgenden Protest in unsere Hände niedergelegt:

„Die unterschriebenen Eisenarbeiter der Hummelschen Maschinenbau-Anstalt erklären hierdurch: daß sie mit dem Inhalte des in ihrem Namen unter dem 17. d. M. erlassenen Aufrufes sich nicht einverstanden erklären, daß sie den Verein nur beauftragt haben, um ihre Erklärung abzugeben, wie sie bereit seien, den Dienst mit der Bürgerwehr gemeinschaftlich zu verrichten, und mit allen Kräften Ruhe und Ordnung zu erhalten; daß sie den erwähnten Aufruf niemals unterzeichnet haben würden, wenn ihnen dessen Inhalt zu diesem Behufe vorher mitgetheilt worden wäre."

Es erfolgen hier die Unterschriften der Hummelschen und Freundschen Arbeiter und die Erklärung der Herren Freund u. Comp., daß alle übrigen Maschinen-Arbeiter sich diesem Proteste anschließen. — Mit dem öffentlichen Danke für die von uns ermittelte wackere Haltung und bürgerliche Gesinnung der Maschinen-Arbeiter bringen wir zur Rechtfertigung der Ehre derselben dies zur öffentlichen Kenntniß. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

In der Sitzung der Stadtverordneten vom 20. erstattete Hr. Schäffer Bericht über die Sendung der Deputation, welche von den städtischen Behörden ernannt worden, um der Maschinenbauer-Versammlung im Hennig'schen Lokale (vor dem oranienburger Thore) beizuwohnen: „Die Herren Stadt-Syndicus Hedemann, Stadtverordneten Schäffer, Baumeister Mertens, Dr. Veit und Vollgold hatten sich, dem Auftrage gemäß, hinaus begeben und fanden etwa 600 Arbeiter versammelt. Es war den Abgeordneten der Stadtbehörden von dem Vorsitzenden eröffnet worden, daß sie jederzeit, wenn sie es wünschten, das Wort erhalten sollten, sie fanden indeß dazu keinen Anlaß, da Mitglieder des constitutionellen Clubs und Studirende bereits alles Das, was sie nur hätten ausführen können, genügend erschöpften. Die Arbeiter waren übrigens der Ansicht, sich jeder Kundgebung am 20. zu enthalten, beklagten sich aber, daß man ihnen noch keine Gewehre ausgehändigt, während man sie ihnen doch nach der Revolution versprochen. Von dem Hrn. Massaloup war ein Schreiben eingegangen, worin er sich zum Verfasser des Maschinenbauer-Aufrufs mit dem Hinzufügen bekannte, daß er ihn Einzelnen mitgetheilt habe." Die HH. Dr. Veit und Vollgold berichteten weiter, wie sie gefunden, daß die Arbeiter mit dem Inhalte des Aufrufs einverstanden gewesen und sich nur gegen einige zu harte Ausdrücke und dagegen erklärt hätten, daß man ihnen den Anschlag vor der Veröffentlichung nicht vorgelegt habe. Ja diejenigen Arbeiter, welche einen öffentlichen „Widerruf" erlassen, hätten sich gewissermaßen entschuldigen müssen. Dr. Veit erklärte schließlich, daß, bei der für Massaloup kund gewordenen „günstigen Stimmung" eine gerichtliche Verfolgung „böses Blut" machen würde. Hr. v. Raumer beharrte, um der Preßfrechheit entgegenzuwirken, auf Einleitung der Untersuchung, Dr. Veit entgegnete ihm aber, daß

Massaloup der Vorwurf einer Fälschung keineswegs treffe. Dem Staatsanwalt werde nun die nächste Entscheidung zustehen. — Die Nat.-Zeit. „fordert im Namen des Gesetzes die strengste Untersuchung, damit man den Urhebern solcher Frevel auf die Spur komme und sie mit den gesetzlichen Strafen belege." Der Verfasser des Aufrufs blieb jedoch frei von gerichtlicher Verfolgung.

Um sich gegen den Vorwurf der Aufwiegelung zu rechtfertigen, erließ Hr. Massaloup eine vom 27. datirte Erklärung, welche von der Zeit.-Halle (21. Mai) veröffentlicht wurde. „Die Bürger Berlins", beginnt dieselbe, „waren über dies von mir am 19. im Namen des Vereins der Maschinenbau-Arbeiter veröffentlichte Plakat, wie ich fast von allen Seiten zu meiner Verwunderung habe erfahren müssen, höchst indignirt; man sah Geister, wo keine zu sehen waren, man schrie: das ist Aufwiegelung, das heißt von Neuem Unruhe stiften!" Ueber das Sachverhältniß und seine momentane Stellung zu jenem Vereine äußert sich Hr. Massaloup hierauf in folgender Weise:

Kurz nach der ersten Volksversammlung auf dem Exercierplatz vor dem schönhauser Thore wurde ich durch einen langjährigen Freund mit einigen Maschinenbau-Arbeitern bekannt, welche mich baten, ihre Versammlungen doch auch zu besuchen, da ich ihnen vielleicht in mancher Beziehung mit Rath und That zur Seite stehen könnte. Ich folgte dieser freundlichen Einladung und muß gestehen, daß ich durch manche in den Versammlungen des Vereins vernommene Rede sehr überrascht worden bin. Ich fand hier gesunde Elemente und, was die Hauptsache zu allen Handlungen des menschlichen Lebens ist, einen gesunden Menschenverstand. Bald hatten wir uns genähert. Auf den speciellen Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Krause (aus der Borsigschen Fabrik) ward ich von der Versammlung einstimmig mit der Redaction des intendirten Flugblattes des Vereins, sowie mit der Redaction aller Veröffentlichungen durch die Presse beauftragt. Kurze Zeit darauf bat mich auch das Comité in einer besondern Sitzung, für die Folge das Secretariat zu übernehmen. — Der übernommenen Verpflichtung eingedenk, machte ich mich denn auch an die Bearbeitung mehrerer Aufsätze über generelle und specielle Interessen des Arbeiterstandes, namentlich der Maschinenbau-Arbeiter. Da von dem Vereine kein Redactions-Comité ernannt war, so bat ich einige mir in der Comité-Versammlung näher bekannt gewordene Mitglieder des Vereins, mit mir zusammenzutreten und mir ihre Ansichten über die ihnen von mir vorzulegenden, für die Oeffentlichkeit bestimmten Ausarbeitungen freimüthig und offen zu erklären. Am 16. d. M. hatte ich den Aufruf an die berliner Bürger entworfen und las diesen am 17. (Montag Abends) in einer dazu von mir zusammenberufenen kleineren Gesellschaft von Mitgliedern des Vereins vor. — Hier wurde er auch redigirt und für die Oeffentlichkeit für gut befunden. Nachdem die Sitzung aufgehoben war, gingen wir noch nach den Zelten hinaus, woselbst große Volksversammlung war. Hier ließ ich den Vorsitzenden, Hrn. Krause, zugleich Mitglied des Wahlcomités des politischen Clubs, durch eins der Mitglieder, dem der Inhalt des Aufrufs bekannt war, bitten, nach dem Cornelschen Locale hinüber zu kommen, da ich ihm ein zu veröffentlichendes Plakat vorzulegen wünsche. Die Versammlung war gegen 10 Uhr geschlossen. Mehrere Maschinenbau-Arbeiter, welche sich der Sammlung freiwilliger Geldbeiträge unterzogen hatten, kamen zur Ablieferung dieses Geldes in das Cornelsche Local, und hier theilte ich auch diesen den Inhalt des Aufrufs durch lautes Vorlesen mit. Man war damit einverstanden. Hr. Krause, auf den wir noch vergeblich warteten, hatte sich gleich nach dem Schlusse der Versammlung nach der Stadt zurückbegeben, und so glaubte ich denn, daß der Veröffentlichung des Plakats nichts im Wege stehe, da im Allgemeinen ja nur das Resumé der in den Sitzungen vorgetragenen Reden darin enthalten war. Die Zeichnung der Büreaukratie und die Fassung nur allein sind mein Eigenthum. — Die stürmische Sitzung des Vereins am 19. v. M. Abends im Hennigschen Locale hat den Beweis geliefert, ob die Mitglieder des Vereins, welche an dem Abend höchst zahlreich zugegen waren, mit dem Inhalte des Aufrufs einverstanden waren oder nicht. Die Versammlung erklärte, daß ihr zwar der Inhalt des Aufrufs nicht allgemein bekannt gewesen wäre, allein darum wären sie doch mit demselben vollkommen einverstanden, weil es die reine Wahrheit sei. Der Vorsitzende, Hr. Krause, las den Aufruf noch einmal vor und erklärte selbst, wie das

Protokoll besagt, daß der Inhalt reine Wahrheit sei. Ja Tags darauf kam sogar Hr. Krause zu mir und gab die Erklärung von sich, daß er von der Versammlung beauftragt sei, die nöthigen Schritte zu meiner Rechtfertigung zu thun. „Dies werde ich", wie er sagte, „durch einen öffentlichen Anschlag bewirken." — Er schrieb hierauf in meiner Behausung folgende für die Veröffentlichung durch Maueranschlag bestimmte Erklärung: „In der gestern, Mittwoch den 19. d. M., stattgehabten Sitzung des Vereins der Maschinenbau-Arbeiter wurde von der größten Zahl der Mitglieder das am Morgen desselben Tages angeschlagene Plakat als das Ihre erkannt. Der Protest dagegen von denjenigen Deputirten rechtfertigt sich nun darin, daß dieselben ganz in ihrem Rechte sind, weil das Plakat überschrieben war: der Verein sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter, — mithin hätten also auch erst sämmtliche Maschinenbau-Arbeiter gefragt werden müssen. Sie sind gefragt und haben erklärt: daß sie mit dem Inhalte des fraglichen Aufsatzes vollkommen einverstanden wären, und verlangten zugleich, daß ihrem Secretair in keinerlei Weise durch dieses Plakat irgendwie eine Unannehmlichkeit erwüchse und derselbe auch fernerhin hier in ihrer Mitte wirken solle. Von dem Verein beauftragt, die nöthigen Schritte zur Rechtfertigung unseres Secretairs zu thun, entledige ich mich daher dieses Auftrages durch diese öffentliche Bekanntmachung. Berlin, den 20. April 1848. Ernst Krause, Schlosser, Vorsitzender des Vereins sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter. Fritz Müller, Schlosser, Stellvertreter." — Inzwischen unterblieb die Veröffentlichung des Plakates, welches diese Erklärung enthalten sollte.*)

Ein Plakat mit der Ueberschrift: „Aufruf an die Maschinen-Arbeiter" brachte eine „Antwort aller Gutgesinnten" auf den Massaloup'schen Aufruf:

Arbeiter! Seht Ihr die Gruppen, die sich überall auf den Straßen bilden? Habt Ihr gehört, was dort gesprochen und verhandelt wird? Wißt Ihr, daß Ihr es seid, gegen die sich der Unwille wendet? Nein! ich sage zu viel; Ihr seid es nicht, die man des versuchten Aufruhrs und der Aufwiegelung beschuldigt. Brave, redliche, ernste, besonnene und fleißige Männer! Euch kennt man besser; nein, Ihr habt ihn nicht erlassen und nicht gebilligt, den Aufruf, welchen man heute in Eurem Namen, im Namen sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter, an den Straßen der Hauptstadt hat anschlagen lassen. Niemand glaubt es, daß Ihr, Ihr Alle, von diesem Aufruf gewußt und seinen Inhalt gebilligt hättet. Das ist nicht Eure Sprache, das ist nicht Euer Sinn. Man hat — wir sind fest, fest davon überzeugt — Euren Namen auf das Frechste gemißbraucht, man hat Euern biedern Sinn zum Köder des Aufruhrs benutzen wollen, man hat die Macht, die in Eurer Körperstärke liegt, zum Schilde für die eigene Feigheit, Eure Ehrenhaftigkeit zum Deckmantel der eigenen lichtscheuen Pläne der Empörung genommen. . . . Oder wäre es etwa nicht Aufruhr, wenn man behauptet, daß die neue Regierung Neues noch so gut wie gar nichts gebracht hat? Ist es nicht Aufruhr oder ist es nicht wenigstens lächerlicher Unsinn, wenn das neue freisinnige Wahlgesetz ein beklagenswerther Rückschritt genannt wird? Hat man nicht ein Arbeiterministerium eingerichtet? Hat nicht das Wahlgesetz auch Euch das Recht zu wählen, so gut wie gewählt zu werden, offen gelassen? Ist das etwas vorher schon Dagewesenes? . . . Arbeiter! Es giebt eine Grenze. Diesseits steht noch die Freiheit, wie sie sich mit der Ordnung verträgt; jenseits ist die Empörung, die Ungesetzlichkeit, und mit diesen alle Schrecken und Leiden des Bürgerkrieges. Diese Grenze, bedenkt es wohl, hat jener Aufruf frevelhafter Weise überschritten. Denn er verdächtigt die obersten Behörden, die Männer des Volkes, die Männer der wahren, der geordneten Freiheit. Er macht Euch weis, daß man Euch und die Bürger zusammen hetzen wolle, während in Wahrheit Ihr sowohl wie die Bürger Eins seid und je länger je mehr Ein Herz und Eine Seele werden müßt. Er löst eben damit die Bande der Ordnung und des Gesetzes — es ist der Aufruhr auf dem Papiere, dem der Aufruhr auf den Straßen folgen soll. . . . Aber nein! er wird nicht folgen! Arbeiter, brave Arbeiter, Brüder und Freunde, wir vertrauen fest auf Euch. Ihr werdet dafür sorgen, daß es zu die-

---

*) Hr. Massaloup spricht in dieser Erklärung auch von seiner 22jährigen Dienstzeit (als Unterbeamter von Regierungs-Collegien), „während welcher man schon so Manches erleben und sehen kann." Diese Dienstzeit ließ ihm hinlängliche Muße zu belletristischen Productionen. Leihbibliotheks-Kataloge führen die romantisch genug klingenden Titel bändereicher Romane unter dem Namen Massaloup's auf. Von seiner literarischen Thätigkeit im Frühjahr und Sommer 1848 zeugt eine Reihe von berliner Flugschriften und Plakaten demokratisch-radicaler Tendenz. Im Jahre 1849 spielte Hr. Massaloup — wie die Verhandlungen der breslauer Maiangeklagten vor dem dortigen Schwurgerichte ergaben (s. Bresl. Zeitung, Mai 1850) — in Schlesien die Rolle eines preußischen Polizei-Agenten.

sem Aeußersten niemals komme. Auf Euren Schultern liegt das Heil des Vaterlandes, in Eurer Hand liegt der Segen der Freiheit, in Eurer Hand Euer eigenes Glück. Ihr habt eine schwere Verantwortlichkeit; aber es ist leicht, was wir und was Euer eigener, guter Geist von Euch fordert. Vertraut der Regierung, denn sie hat Proben gegeben, daß sie es aufrichtig mit der Freiheit und gut auch mit Euch meint. Verschuldet es nicht selbst, wenn sie ihrer strengen Pflicht folgen und von der ihr zustehenden Gewalt zur Aufrechthaltung der Ordnung einen kräftigen Gebrauch machen müßte, achtet selbst die Ordnung und wahret selbst den Frieden! Glaubt nicht den puren Lügen derer, die Euch sagen, daß Eure Rechte nicht geachtet, daß Eure Ansprüche vergessen wären. Die Freiheit ist die frische Luft, die wir jetzt Alle bereits einathmen; aber sie macht uns gesund nur dann, wenn wir in Ordnung und unter dem Schutze des Gesetzes, Jeder an seinem Platze zu arbeiten und unser Tagewerk zu vollbringen fortfahren!

VI. Die gesetzgeberische und reformatorische Thätigkeit des Ministeriums. — Organisations-Geschäfte der Polizei und städtischen Behörden; die Bürgerwehr durch ein Gesetz geschützt. — Die polnische und schleswig-holsteinische Angelegenheit; Beziehungen der Clubs zu derselben und zu den Behörden.

Ehe wir von der Geschichte des schreckenvollen 19. zu der des folgenden Tages, des als schreckenvolleren gefürchteten Grün-Donnerstages übergehen, vervollständigen wir die Darstellung der zuletzt geschilderten Periode, indem wir von der Thätigkeit der zum öffentlichen Leben in Beziehung stehenden Kreise, wie von den Momenten allgemeinen politischen Interesses, berichten, soweit diese Punkte die schon behandelten gewerblichen und Arbeiter-Verhältnisse ausschließen.

Die ersten gesetzgeberischen Akte des Gesammtministeriums seit dem Erlasse der Wahlgesetze datiren vom 15. und beziehen sich in zwei Verordnungen auf „das Verfahren bei polizeilichen und Preßvergehen in der Rheinprovinz und die Wiederherstellung des rheinischen Strafrechts und Strafverfahrens bei politischen und Amtsverbrechen", sowie auf die „Herstellung des rheinischen Civilgesetzbuchs in Betreff der Schließung der Ehe für die zum Bezirke des rheinischen Appellations-Gerichtshofes gehörigen Landestheile des ehemaligen Großherzogthums Berg." Beide Verordnungen werden erlassen zur Ausführung zweier Bestimmungen des Gesetzes vom 6. über die Grundlagen der künftigen Verfassung, und „um den bei früheren Gelegenheiten geäußerten Wünschen der Rheinprovinz zu entsprechen." Ein dritter Erlaß von demselben Tage führt als Gesetz die vom Vereinigten Landtage am 10. beschlossenen Finanz-Maßregeln zunächst in der Weise aus, daß es die Gründung öffentlicher Darlehns-Kassen und die Verausgabung von Darlehns-Kassenscheinen — dem ersten Papiergelde der Revolution — bis zu einer Summe von zehn Millionen Thalern (6 Mill. in Einthaler- und 4 Mill. in Fünfthalerscheinen)

bestimmt. Das Gesetz will zur Herstellung des Credits im Innern und zur Erhaltung von Gewerbe, Handel und Landwirthschaft die Mittel darbieten, in den Mittelpunkten des Geld- und Waarenverkehrs Geldinstitute zu begründen, welche vermöge eines bis auf Höhe von 10 Millionen vom Staate zu emittirenden Geldzeichens Vorschüsse auf Waaren und auch auf Kurs habende Papiere für kurze Zeit leisten; es will gegen die Besitzer der zu emittirenden Kassenscheine die Garantie übernehmen, daß das vorhandene (bis zur Hälfte, ausnahmsweise bis zu zwei Drittheilen des Schätzungswerthes angenommene) Unterpfand zur Deckung des Nominalbetrages dieser Scheine genügend ist. Die Leitung der Operationen der Kassen soll dem Staatsinstitute der Bank durch die Theilnahme von Mitgliedern des Handels- und Gewerbestandes erleichtert, alle Darlehns-Kassenscheine spätestens in drei Jahren wieder eingezogen und dabei eine Präclusivfrist von nicht weniger als sechs Monaten bestimmt werden. Am 25. folgte eine weitere Ausführung des erwähnten Landtags-Beschlusses. Die Zeitungs-Halle „begrüßt mit Freude" das Gesetz vom 15., die Reform (12. Ap.) nennt es den ersten wichtigen Schritt des Finanzministeriums; auf dieser Bahn könne, wenn die ersten bescheidenen Schritte sich bewährt haben, mit Sicherheit weiter gegangen werden.

Das am 27. März verheißene Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten wurde am 17. gebildet und seine Leitung dem Wirklichen Geheimen Legationsrathe Dr. v. Patow einstweilen anvertraut. Auf dieses Ministerium, „welches vorzugsweise auch den arbeitenden und gewerbetreibenden Klassen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung seine Fürsorge zu widmen hat", gingen aus den Ressorts der Ministerien des Innern und der Finanzen über: die Geschäfte der Abtheilungen des letzteren für Handel-, Gewerbe-, Bau- und für Berg-, Hütten-, Salinenwesen; die gesammte landwirthschaftliche, sowie die Gewerbe- und Bau-Polizei, ferner das Post-Departement und die Geschäfte des bisherigen Handelsamtes. Gleichzeitig wurde dem Finanzministerium die von einer besonderen Abtheilung des königlichen Hauses geführte Verwaltung der Domainen und Forsten übertragen und ihm das Seehandlungs-Institut untergeordnet. Die dem Handelsrathe zugewiesene Wirksamkeit ging auf das Staatsministerium über. Eine königl. Ordre von demselben Tage ernannte den bisherigen Präsidenten des jetzt aufgelösten Handelsamtes, Hrn. v. Rönne, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Preußens bei den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Durch eine Ordre vom 14. war bereits der Geheime Staatsminister v. Rother, auf ein am 1. eingereichtes Entlassungsgesuch, von seinen Aemtern als Präsident der Staatsschulden, als Chef der Seehandlung und der Bank entbunden worden. In Verbindung mit dem Minister des Inneren erließ der neue Handelsminister am 20. eine Circular-Verfügung an die Oberpräsidenten, welche es als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der Re-

gierung bezeichnet, die Agriculturgesetzgebung einer Revision zu unterwerfen und „eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Ablösung der, der Wohlfahrt der Landesbewohner und der Förderung der Landescultur noch hinderlichen, auf Grund und Boden noch haftenden Lasten herbeizuführen." Die Verfügung fordert die Oberpräsidenten auf, die Landesbewohner davon in Kenntniß zu setzen, daß sie in Gesetzvorschlägen, welche von der Regierung vorbereitet und der künftigen Volksvertretung zur Berathung vorgelegt werden sollen, die Beantwortung der von zahlreichen Landgemeinden unmittelbar an den König oder an die Ministerien gerichteten Petitionen in Betreff der grundherrlichen Abgaben finden werden. Durch jene Gesetzentwürfe hofft die Regierung das Interesse der Landesbewohner mit den billigen Ansprüchen der bisherigen Gutsbesitzer in Einklang zu bringen und eine beide Theile befriedigende Lösung herbeiführen.

Die Thätigkeit des Cultus-Ministeriums bezog sich vor Allem auf Reformen in der Kirchenverfassung. In den letzten Märztagen war eine Commission zur Berathung einer neuen Verfassung der evangelischen Kirche eingesetzt worden, welche unter dem Vorsitze des Grafen Schwerin aus dem Ministerial-Director v. Ladenberg, den Bischöfen Neander und Roß, den Oberconsistorialräthen Ribbeck und Nitzsch, dem Superintendenten Schultz, dem Professor Richter, den Predigern Jonas und Sydow bestehend, am 11. April ihre erste Sitzung hielt. Der Cultusminister hob in seiner Eröffnungsrede hervor, daß in Zukunft der Staat sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche zu enthalten haben werde und daß der evangelischen Kirche eine aus ihr selbst hervorgegangene Verfassung diejenige Selbstständigkeit sichere, die sie befähige, ihre Freiheit nach allen Seiten hin zu wahren. Aufgabe der Berathungen der Commission sei es, der Kirche die Möglichkeit zu gewähren, durch freigewählte Organe diejenige Verfassung zu begründen, welche sie zu ihrem dauernden, selbstständigen Bestehen für nothwendig und ersprießlich erachte. Dabei werde es rathsam sein, allen Gemeinden, welche sich als Angehörige der evangelischen Kirche betrachten, insbesondere auch Denen, die sich wie die Alt-Lutheraner und die freien Gemeinden einstweilen von der Landeskirche getrennt haben, die Gelegenheit zu geben, an der Berathung der neuen Verfassung Theil zu nehmen, „um so, wenn irgend möglich, den Frieden und die Einheit in der Kirche wiederherzustellen." Die Commission erkannte hierauf als ihre nächste Aufgabe die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, wonach die Vertreter sämmtlicher evangelischen Gemeinden Preußens, unter Betheiligung aller Gemeindemitglieder und angemessener Berücksichtigung des Predigtamtes zunächst zu Kreis- und Provincial-Synoden zusammentreten, aus denen Mitglieder zu einer bald zu berufenden Landes-Synode zu wählen, die „gleichsam als constituirende Versammlung" selbstständig die Kirchenverfassung berathen solle. Ein in diesem Sinne von dem Referenten ausgearbeiteter Entwurf

wurde, obschon von der Commission noch nicht berathen, am 26. veröffentlicht, damit derselbe „einer vielseitigen öffentlichen Kritik unterworfen und dadurch der Commission Gelegenheit gegeben werde, ihre Berathung auch auf diejenigen Vorschläge und Aeußerungen zu erstrecken, welche aus jener Kritik hervorgegangen sind.“ Nach dem Wahlmodus des Entwurfes enthält die Landessynode etwa 237 Mitglieder, darunter 98 Geistliche. Eine Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 15. ließ die vor Errichtung des Oberconsistoriums gültigen Bestimmungen über das Ressort-Verhältniß der Kirchenbehörden bis dahin wieder in Kraft treten, daß die neue Kirchenverfassung begründet ist. Zugleich wurde das durch Verordnung vom 28. Januar 1848 errichtete Oberconsistorium, das jedoch noch keine öffentliche Wirksamkeit ausgeübt hatte, wieder aufgelöst. — Zur Ausübung einer reformatorischen Thätigkeit boten demnächst dem Cultusminister die Verhältnisse der Universitäten Gelegenheit. Es galt die aus einem, wie die Erfahrung gelehrt, „völlig unverdienten“ Mißtrauen der Bundesbehörde gegen die Universitäten hervorgegangenen Bundestagsbeschlüsse der Jahre 1819 und 1834 zu beseitigen oder „angemessen“ zu modificiren und ihnen diejenige Selbstständigkeit wiederzugeben, „deren sie zu einer freudigen Wirksamkeit und zur Entwickelung eines kräftigen corporativen Lebens bedürfen.“ Der Cultusminister forderte (Mitte April) die Universitäten auf, Gutachten darüber abzugeben, ob und inwieweit jene Verordnungen namentlich in Betreff der polizeilichen Attributionen der außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten aufzuheben oder „ohne Nachtheil für die administrativen Interessen der Universitäten“ zu modificiren seien. Eine Verfügung des Ministeriums aus denselben Tagen setzt die in dem Bundesbeschlusse von 1834 vorgeschriebenen Reverse der Studirenden, sich auf Ehre und Gewissen jeder unerlaubten, besonders politischen Verbindung enthalten zu wollen, außer Anwendung. Die Unhaltbarkeit der Reverse, heißt es zur Motivirung, sei schon länger gefühlt worden; die Verordnung vom 6. über Associationsrecht habe jetzt die vollkommene Veranlassung geboten, diese „lästige Fessel“ abzustreifen und die studirende Jugend des Landes in ihren Vereinigungen auf den „Boden freier Sittlichkeit“ zu stellen. „Diese Verfügung“ bemerkt der halbofficielle Artikel der Allg. Preuß. Zeitung vom 19., „darf aber nur als ein erster vorbereitender Schritt für die neue Gestaltung des akademischen Lebens betrachtet werden; die ganze Bundesgesetzgebung von 1819 und 1834 über die Universitäten bedarf einer völligen Umgestaltung; zu dieser sind die erforderlichen Einleitungen bereits getroffen.“

Eine Reorganisation der städtischen und polizeilichen Verwaltung wurde sowohl von der Polizei als von den Communalbehörden vorbereitet. Schon am 28. März hatte die Voss. Zeit. bemerkt, daß die Ausübung der Polizei in Berlin jetzt gleichsam unwillkürlich Sache der städtischen Verwaltung

geworden sei. In dieser Weise müsse die Polizei nun auch fest organisirt werden; es wäre, fügte das Blatt hinzu, sehr wünschenswerth, das Vorbild der englischen Polizei zu diesem Behufe näher zu betrachten. Am 15. brachte dasselbe Blatt zuerst Mittheilungen über die begonnenen Reorganisations-Arbeiten. Hr. v. Minutoli beschäftige sich in letzterer Zeit in Gemeinschaft mit den Regierungsräthen Peters und Lüdemann unausgesetzt mit dem Entwurfe zu einer Reorganisation der berliner Polizei-Verwaltung. Nach diesem Entwurfe solle zur Aufrechthaltung der äußeren Ordnung eine nach dem englischen System organisirte Straßenpolizei eingeführt werden. Das Corps der Gensdarmen und möglicherweise auch das der Nachtwächter solle aufgelöst werden. An deren Stelle trete eine Straßenpolizei in der Art, daß bürgerlich gekleidete Polizeibeamte, welche sich von 4 zu 4 Stunden ablösen, auf den Straßen an bestimmten Punkten aufgestellt werden. Jeder Bürger sei verpflichtet, diesen Beamten Hilfe zu leisten. Das Institut der Revier-Commissarien werde fortbestehen, die Sicherheitspolizei wahrscheinlich dem Gerichte, dagegen die Gewerbe-, Bau-, Feuer- und Hauspolizei dem Magistrate übergeben werden. Ueberhaupt solle das ganze Institut der Polizei soviel als möglich ein Communal-Institut werden. — Der Plan, einen aus Mitgliedern der städtischen Behörden bestehenden Sicherheits-Ausschuß einzusetzen, um bei der durch die Zeitverhältnisse herbeigeführten Schwächung der Polizeigewalt, Maßregeln für die Ruhe, Sicherheit und Wohlfahrt der Stadt zu berathen und zur Ausführung vorzubereiten, wurde von dem Magistrat den Stadtverordneten am 17. mitgetheilt. Der Magistrat beantragte zugleich, daß sofort eine gemischte Commission als provisorische Sicherheitsbehörde zusammentrete. Der Plan war so unklar, die Erläuterungen durch den Magistratsdeputirten, Hrn. Hedemann, so wenig genügend, daß die Stadtverordneten nach längerer Debatte beschlossen, eine Deputation zu ernennen, welche, wie sich einer der Berichte ausdrückt, die Sache erst ergründen sollte. An jener Debatte hatten sich die HH. Nauwerck, Holfelder, Seidel, Schäffer, v. Raumer, Veit, Schauß, Falkenberg betheiligt. Sie alle sprechen sich dagegen aus, daß jetzt noch irgend eine Ausnahmebehörde, ein Wohlfahrtsausschuß die Befugnisse der städtischen Behörden, eine Art Dictatur ausüben solle, da ja nicht einmal während der Revolution dies nöthig gewesen sei. Hr. v. Raumer wundert sich, daß der Magistrat den ordentlichen Gang der Dinge stören wolle; halte der Magistrat sich selbst für unfähig, in gesetzlicher Weise zu regieren, so könnten die Stadtverordneten keineswegs dies Beispiel nachahmen. Hr. Schauß erblickt in dem Vorschlage des Magistrats (der nicht einmal einen Namen für die neue Schöpfung gewußt hatte) einen Versuch, das Ansehen der ordentlichen Stadtbehörden zu vernichten. Die Deputation, welche ernannt war, um sich von dem Magistrat über die eigentliche Bedeutung des vorgelegten Antrages Aufschlüsse geben zu lassen — sie bestand aus den HH. Fournier, Falkenberg, Seidel, Nauwerck, Veit,

Sehlmacher, Devaranne, Vollgold, Walter und Reimer — erklärte sich nach ihren Unterhandlungen mit dem Magistrate für dessen Vorschläge und gab ein Gutachten dahin ab, daß die städtischen Behörden die Verwaltung der Sicherheits- und Gewerbepolizei vorläufig übernähmen. Die Versammlung trat (am 20.) diesem Antrage bei und ernannte sogleich eine Deputation (die HH. Fournier, Seidel, Schäffer und Fähndrich) um diesen Beschluß dem Ministerium persönlich zu überbringen.

Durch die finanziellen Maßregeln, welche in Bezug auf die bedeutend vermehrten Ausgaben der Stadt am 6. beschlossen worden, sowie durch die verschiedenen Wahlgeschäfte, deren Ausführung dem Magistrate oblag, war die Thätigkeit dieser städtischen Executiv-Behörde auf ungewöhnliche Weise in Anspruch genommen. Die Wahlreglements für die am 1., 8. und 10. Mai zu vollziehenden Wahlen von Wahlmännern und Abgeordneten zur preußischen und deutschen Nationalversammlung übertrugen die Ausführung der berliner Wahlen dem Magistrate. In seiner ersten Bekanntmachung vom 13. richtete dieser an die sämmtlichen Hauseigenthümer oder deren Stellvertreter wie an alle Mitbürger überhaupt das dringende Ersuchen, ihn bei dem wichtigen Geschäfte kräftigst zu unterstützen. „Wir sind", heißt es darin, „in der uns gegebenen kurzen Frist, ohne die kräftigste Unterstützung unserer Mitbürger gänzlich außer Stande, den Auftrag regelmäßig zu erledigen. Und dennoch sind die vorzunehmenden Wahlen, für eine ersprießliche Entwickelung unserer politischen und bürgerlichen Verhältnisse von so hoher Bedeutung, daß wir ihnen unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Bei der unseren Mitbürgern beiwohnenden, gleichen Gesinnung glauben wir uns indeß ihrer Unterstützung in dieser Angelegenheit bestimmt versichert halten zu dürfen." Da über die Begrenzung der städtischen Wahldistricte noch nichts bekannt geworden, sandte der politische Club eine Deputation an den Magistrat, um eine möglichst rasche Abtheilung der Wahldistricte zu beantragen. Der Magistrat, berichtete die Deputation in der Sitzung vom 14., habe geantwortet, daß eine solche Beschleunigung allerdings in seinen eigenen Wünschen liege, daß aber die sorgfältige Zusammenstellung aller Wahllisten einige Zeit erfordern werde, indem besonders wegen des neulichen vierteljährlichen Umzuges die polizeilichen Verzeichnisse unbrauchbar seien. Es müßten daher erst aus den Angaben der Hauswirthe neue Listen angefertigt und dann auf Grund amtlicher Ermittelungen die criminalgerichtlich Bestraften und die Almosenempfänger aus denselben gestrichen werden. Am 17. machte der Magistrat bekannt, daß gegen 150 Lokale nöthig wären, in deren jedem Wahlversammlungen von mindestens 500 Personen stattfinden könnten. — In Bezug auf die Erneuerung der Stadtverordneten-Wahlen hatte der Magistrat den Stadtverordneten am 7. angezeigt, daß die Regierung die Mandats-Niederlegung und die Erneuerung der Wahlen in allen Bezirken genehmige. Als Termin für die Vornahme der-

selben waren die Tage zwischen dem 1. und 5. Mai bezeichnet worden. Die Stadtverordneten finden jedoch diesen Termin zu weit hinausgeschoben und ersuchen den Magistrat um Beschleunigung. Dieser hatte gleichzeitig den Vorschlag gemacht, das für die Versammlung gestattete Drittel von Nicht-Grundeigenthümern dadurch herzustellen, daß „durch das Loos" ein Drittel (34) Bezirke zu diesem Zwecke angewiesen werde. Dagegen protestirt Hr. Seidel: Er habe sein Mandat niedergelegt, um zu erfahren, ob er das Vertrauen seiner Mitbürger noch besitze. Träfe nun das Loos seinen Bezirk, so sei er von einer Wiederwahl ausgeschlossen. Die HH. Reimer und Veit beantragen, daß die Wahl in derselben Weise, wie das letzte Mal, stattfinde; mögen die Bezirke, welche zuletzt Miether gewählt, wieder dergleichen wählen. Hr. Mertens I. stimmt mit Hrn. Seidel überein, daß man jetzt, da der Fall nicht vorgesehen sei, daß alle Stadtverordneten zugleich abtreten, den Bürgern völlige Freiheit lassen müsse: das Wahlreglement müsse ja doch geändert werden. Die Versammlung erklärt sich hierauf fast einstimmig für eine völlig unbeschränkte Wahl. Am 10. beschließt sie, den Magistrat zu ersuchen, die Wahlen so schleunig als möglich und zwar noch vor Ende Aprils vornehmen zu lassen, damit kein Zusammentreffen mit den Urwähler- und Wahlmänner-Wahlen stattfinde. Der Magistrat antwortete am folgenden Tage, daß ihm die Erfüllung dieses Wunsches „bei der ungeheuren, massenhaften Arbeit" durchaus nicht möglich sei. Gesetzlich müsse zwischen der öffentlichen Bekanntmachung und der Wahl eine vierzehntägige Frist liegen, wolle man nicht befürchten, daß jeder einzelne Wähler gegen die vollzogene Wahl rechtlich Einspruch erhebe. Mit Rücksicht darauf, daß die Urwahlen bereits am 1. Mai stattfinden, daß ferner die Wähler durch mehrfache schnell auf einander folgende Wahlen ermüden möchten, bittet der Magistrat die Wahl der Stadtverordneten in den Tagen vom 20. bis 26. Mai zu genehmigen. Die Versammlung, mit den Gründen des Magistrats einverstanden, beschließt, daß die Wahlen, wenn irgend möglich, mit dem 15. Mai beginnen. Demgemäß macht der Magistrat in einer am 28. veröffentlichten Anzeige vom 10. bekannt, daß, nachdem sämmtliche Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung sich veranlaßt gesehen, ihr Amt mit der Erklärung niederzulegen: „damit durch neue Wahlen festgesetzt werde, wer die Männer sind, welche jetzt das Vertrauen der Bürgerschaft haben", dieselben auch ihr Amt nur noch so lange fortsetzen wollen, bis die neuen Wahlen beendet sein werden, die Wahl von 102 Stadtverordneten und 34 Vertretern durch die stimmfähigen Bürger der Stadt am 15., 16., 18., 19. und 20. Mai anberaumt und nach einem beiliegenden Tableau zu vollziehen sei. Die Städteordnung von 1808 schreibe vor, daß ebensoviel Stellvertreter erwählt werden sollen, als der dritte Theil der neuerwählten Stadtverordneten ausmache, und daß von den in jedem Bezirk zu erwählenden Stadtverordneten und Stellvertretern wenigstens zwei Drittheil mit Häusern in der Stadt angesessen sein

müssen, wogegen es dem dritten Drittheil freistehe, auch Miether zu Stadtverordneten zu wählen. „Um die Freiheit der Wahlen nicht zu beschränken", unterbleibe eine Namhaftmachung der Bezirke, welche das Eine thun oder das Andere zu unterlassen hätten, wie solches im Jahre 1809 geschehen, und habe daher jeder einzelne oder verbundene Bezirk einen Stadtverordneten und einen Stellvertreter zu wählen. Die Ermittelung der 34 Stellvertreter solle, nach dem Abschluß der Wahlen, nach der Stimmenmehrheit, welche jeder Gewählte in seinem Bezirke gehabt habe, geschehen. „Wir hegen", heißt es ferner in der Bekanntmachung des Magistrats, „das wohlbegründete Zutrauen zu den Bürgern unserer Stadt, daß Keiner der zur Ausübung dieses Ehrenrechtes Berufenen derselben ohne die dringendste Veranlassung sich entziehen, vielmehr Jeder es für seine nächste Pflicht erachten werde, in der Ausübung dieses Rechtes seine gewissenhafte Sorge für das Wohl der Commune und für eine würdige und kräftige Vertretung derselben zu bethätigen."

Auch das Wahlgeschäft, welches der Bürgerwehr einen aus allgemeinen Urwahlen hervorgehenden definitiven Führer geben sollte, harrte seiner Erledigung durch den Magistrat, der überdies in Verbindung mit den Stadtverordneten noch ein Statut für die Bürgerwehr zu entwerfen hatte. In der Stadtverordneten-Sitzung vom 12. wurde die letztere Angelegenheit zur Discussion gebracht:

Hr. Devaranne richtet an den Vorsteher die Frage, ob die aus der Mitte der Communal-Behörden ernannte Commission für die Bürgerwehr noch nicht bald zusammentrete. Die Angelegenheit der Bürgerwehr sei so durchweg wichtig, daß für deren Organisation rasch etwas gethan werden müßte, und da die Communalbehörde die Sache einmal in die Hand genommen habe, so müsse auch sie weitere Sorge dafür tragen. — Vorsteher Fournier: Die Commission sei zwar nicht zusammenberufen, jedoch sei heute eine Conferenz der Hauptleute bei dem Commandeur, die fernere Eintheilung der Bataillone u. s. w. zu berathen. — Hr. Devaranne: Diese äußere Organisation liegt in der Hand des General-Majors v. Aschoff, sie sei aber weniger wichtig, als daß man jetzt vorzugsweise nun endlich einmal wisse, welche Stellung die Bürgerwehr den Behörden gegenüber einnehme. Es sei ja nichts vorhanden, was ihre Autorität schütze. — Vorsteher Fournier: Dazu müsse doch erst ein höheren Orts sanctionirtes Gesetz da sein; dies fehle bis jetzt. Man könne hier zwar beschließen, dies und jenes wünschen die Communal-Behörden, doch diese Beschlüsse können sehr leicht daran scheitern, wenn die Hauptleute erklären, sie stehen selbstständig da. — Hr. Schäffer schließt sich dem Antrage Devaranne an. Es sei vorzugsweise die innere Organisation, die er sehnlich herbeiwünschen müsse, indem sich schon mannigfache Mißbräuche eingeschlichen haben, die durch ein kräftiges Gesetz im Keime erstickt werden müssen. Es hätten schon Bürgerwehrmänner ihre Hausknechte als Stellvertreter zum Wachtdienst geschickt. Er sei weit entfernt vom Vorurtheil gegen diese Leute, die er immerhin als achtungswerth bezeichne, er wolle auch gern mit ihnen in einem Gliede zusammenstehen, aber nur wenn sie für sich als Wehrmann, nicht aber für ihren Herrn als Dienstboten kämen. Man möge bedenken, was daraus werden solle, wenn das weiter so fortgehe; dann werde kein Mensch, der irgend etwas Vermögen besitzt, mehr auf die Wache kommen und der Kastengeist reiße von neuem ein. Man wolle die ärmere Klasse heben, sie zu sich emporziehen, aber auf diese Weise, wenn die Wohlhabenden ihre Hausknechte schicken, gelinge es nimmermehr. — Hr. Devaranne: Er könne nun zwar in dieser Beziehung zur Beruhigung anführen, daß die vorberathende Commission schon festgestellt habe, es dürfe keine Stellvertretung stattfinden, sie habe sich mit allen dem neuen Institut zu Grunde zu legenden Principien beschäftigt, aber es komme darauf an, diese Principien ins Leben zu rufen, und er beantrage deshalb, den Magistrat aufzufordern, schleunigst der Versammlung das Reglement für die Bürgerwehr vorzulegen. Die Versammlung tritt diesem Antrage bei.

Als in der nächsten Sitzung (vom 13.) der Magistrat einen von ihm befürworteten Antrag des Generals v. Aschoff einbrachte, wonach diesem als Chef der Bürgerwehr die Befugniß eingeräumt werde, in dringenden Fällen militairische Hülfe in Anspruch zu nehmen, ohne erst mit den einzelnen städtischen Behörden darüber zu verhandeln, da erhoben sich mancherlei Bedenken in der Versammlung. Mehrere Redner ergehen sich in Schilderungen der bei dem jetzigen Provisorium möglichen Gefahren und Unruhen. Die Mehrheit der Versammlung scheint unbestimmte Ereignisse zu befürchten; einige Mitglieder halten dafür, daß nichts zu besorgen, wenn alle gerechten Ansprüche befriedigt würden. Die Versammlung, die bereits früher den Beschluß gefaßt, daß nur auf Beschluß der Communalbehörden militairische Hilfe requirirt werde, glaubt auch jetzt noch dieses Recht nicht ohne Weiteres in die Hände des provisorischen Führers legen zu dürfen; sie beschließt, daß die für die Bürgerwehr ernannte städtische Deputation sich vorzugsweise mit der schleunigen Erledigung dieser Angelegenheit befasse und ihr eine besondere Bestimmung in dem Statute widme. Der Antrag des Generals v. Aschoff wurde später dahin interpretirt, daß ihm gestattet werde, im äußersten Nothfalle mit einem von den städtischen Behörden einzusetzenden Ausschusse über die Anwendung militairischer Hilfe in Berathung zu treten, da es zu zeitraubend sein würde, mit den Behörden selbst erst zu verhandeln.

Inzwischen bot wiederum die Frage von Hereinziehung neuen Militairs Stoff zu mehrseitigen Erörterungen. Am 11. beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, daß noch zwei Bataillone Militair und zwar die Gardereserve-Bataillone nach Berlin berufen und hier in denjenigen Stadttheilen kasernirt werden, wo noch kein Militair liege. Hervorgerufen wurde dieser Beschluß durch die schon erwähnte, in der Sitzung vom 6. eingereichte Petition von Bewohnern aus der Umgegend der Alexander-Kaserne, sowie durch den vom Polizeipräsidenten an die Versammlung gerichteten Wunsch, unter den früher gebotenen Garantieen das Einrücken jener beiden Bataillone zu genehmigen, indem sämmtliche Bürgerwehrhauptleute den Wunsch, zur Erleichterung des Bürgerwehrdienstes mehr Militair zu besitzen, befürwortet und es auch wünschenswerth erscheine, ein Bataillon in das neue Gefängniß bei Moabit zur Ueberwachung der in der Umgegend beschäftigten Arbeiter zu verlegen. Die HH. Seidel und Saust sprechen gegen, die HH. Behrendt I., v. Raumer, Schauß, Fähndrich für den Antrag. Bei der Genehmigung desselben ging die Versammlung von dem Gesichtspunkte aus, daß allerdings ein Theil der Einwohner seine Existenz bisher nur durch das Militair gehabt. Der Einwand, daß durch die neue Hereinziehung eine Reaction zu befürchten sei, würde eben durch die der Bürgerschaft gebotenen Garantieen gegen das Einschreiten des Militairs, so wie dadurch, daß das Militair außerhalb Berlins den Zwecken der Reaction diene, beseitigt. Besonders wurde hervorgehoben, daß viele Wohl-

habende Berlin deshalb verlassen hätten, weil sie ihr Eigenthum ohne hinreichendes Militair nicht für gesichert hielten und daß als das wirksamste Mittel gegen jede Reaction die größere Vervollkommnung und Entwickelung der Bürgerwehr nothwendig, diese aber bei dem jetzigen angestrengten Wachtdienste nicht zu erlangen sei. Uebrigens bleibe die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung nach wie vor Sache der Bürgerwehr. Als Bedingung wurde jedoch die Kasernirung innerhalb der Stadt und zwar in den bisher noch unbesetzt gebliebenen Kasernen gestellt und dabei ausgesprochen, daß die Absicht, durch militairische Besetzung des Staatsgefängnisses eine Ueberwachung der Erdarbeiter zu bewirken, unausgeführt bleibe, weil dadurch unnützes und ungerechtes Mißtrauen würde gezeigt und eine gefährliche Aufreizung hervorgerufen werden. — In der Conferenz der Majore und Hauptleute, welche am 12. unter dem Vorsitze des Generals v. Aschoff abgehalten wurde, war beschlossen worden, sämmtlich Bezirke zu versammeln und sie darüber abstimmen zu lassen, ob die zwei Gardereserve-Bataillone aus Spandau in die Alexander- und Franz-Kaserne verlegt werden sollen, um den in verschiedenen Stadtvierteln laut gewordenen Klagen über Nahrungslosigkeit abzuhelfen. Der Bericht solle in einer Versammlung am 17. abgestattet werden. Doch schon vorher, am 14., fand eine Privatversammlung von Majoren und Hauptleuten der Bürgerwehr und fliegenden Corps (in der Therbuschischen Ressource) statt, in welcher jene Frage behandelt wurde. Sechzig Hauptleute waren zusammengekommen, um einen „Verein der Hauptleute“ zur Besprechung über Bürgerwehr-Angelegenheiten zu bilden. Aus ihren Verhandlungen ergab sich, daß bereits viele der anwesenden Hauptleute ihre Compagnieen befragt und von diesen erfahren hatten, daß die Bürger sich entschieden gegen eine neue Hereinziehung von Militair aussprächen. Es wurde ausgeführt, daß die Klage über den zu häufigen Wachtdienst nach der besseren Eintheilung wegfallen würde. Sollte aber auch der Dienst immerhin beschwerlich sein, so würde doch die Bürgerwehr das so theuer erkaufte Gut hochhalten und so lange ausharren müssen, bis die neue Verfassung vorhanden und das Militair darauf vereidigt sei. Genug Militair sei in Berlin eingelassen, um ihm und der Welt einen Beweis der Versöhnung zu geben. Die Klagen über Nahrungslosigkeit gingen von einzelnen Lieferanten und Kellerwirthen aus, ihnen könnten auch nicht zwei Bataillone abhelfen: warum aber würde das vorhandene Militair nicht in die am meisten leidenden Stadttheile verlegt? Es könne bezweifelt werden, daß die Bezirke der Alexander- und Franz-Kaserne den Einmarsch wünschen, denn gerade in diesen Bezirken sei der Kampf am blutigsten gewesen. Zur Aufrechthaltung der Ordnung bedürfe es nicht des Militairs. Einzelne Bürger und Volksmänner hätten bis jetzt die anscheinend gefährlichsten Aufläufe durch moralischen Einfluß und freundliches Zureden beschwichtigt und Volksversammlungen seien nicht mehr gefährlich, sondern heilsam. Das Militair könne dort-

hin gesandt werden, wo es dringend nothwendig erscheine, nach Posen und Schleswig. Schon jetzt gehe das hier garnisonirende müßig auf den Straßen herum.

Der politische Club beschloß in seiner Sitzung vom 15. einen Protest gegen die Hereinziehung neuen Truppen; ein Plakat enthielt ihn in folgender Fassung:

Protest. Freunde! Brüder! Es befinden sich in diesem Augenblicke wiederum 6000 Mann Soldaten unter uns, welche von ihrem alten, der Volksfreiheit gefährlichen Eide, vom blinden Gehorsam willenloser Werkzeuge noch nicht entbunden sind. Der Bürger-General v. Aschoff verlangt außerdem von unserer Bürgerwehr bis Montag 1) die Zustimmung zum Einmarsch zweier Gardereservebataillone aus Spandau; 2) für sich als Commandeur der Bürgerwehr die Befugniß, bei Volksbewegungen die Bürgerwehr zu umgehen und statt derselben sofort Truppen gegen das Volk zu verwenden.

Brüder! Freunde! Der Russe steht an unseren Gränzen, der Däne hat unsere Freischaaren im Hinterhalte hingeschlachtet. Dort, gegenüber den Feinden des Vaterlandes, ist der Platz für unsere Truppen. Dort gilt es für sie, zu zeigen, daß sie noch zu einem andern Zwecke dreißig Jahre lang vom Lande ernährt worden sind, als die Volksfreiheit zu unterdrücken. Es giebt aber eine leidenschaftliche, kurzsichtige Partei unter uns, welche euch, ihr Freunde und Brüder, die ihr die Freiheit auf ehrlichen, dauernden Grundlagen befestigen und die wahre, bürgerliche Ordnung gründen wollt, mehr als Russen und Dänen haßt und fürchtet. Diese Partei hat von Anfang an die Rückkehr der Soldaten- und Polizeiherrschaft, unter deren Schutz sie im Trüben fischte, eifrig betrieben, sie hat die krankhafte Furcht der vermögenden Bürgerklasse gegen die Arbeiter erzeugt und die ersteren zu dem gefährlichen Versuche aufgefordert, sich den Arbeitern gegenüber ebenfalls auf die Bajonnette der Soldaten zu stützen. Sie scheint in der Nacht vom 18. März nichts vergessen und nichts gelernt zu haben. Man vertraue dem Volk, man gewähre ihm ehrlich, vollständig und unverzüglich, was man ihm doch trotz aller Bajonnette nicht vorenthalten kann, und man wird sehen, daß es nicht blos tapfer, sondern auch verständig, edel und großmüthig ist. Nur Vertrauen weckt Vertrauen! — In der beabsichtigten Vermehrung der Truppenzahl in unserer Stadt erkennen wir unter den gegenwärtigen Umständen ein beleidigendes Mißtrauen gegen das Volk und eine Gefahr für dasselbe. Wir erklären hierauf, daß wir unsererseits in hohem Grade der Militair-Macht und namentlich ihren Führern mißtrauen, so lange dieselbe nicht auf Aufrechthaltung der errungenen und verheißenen Volksfreiheiten förmlich vereidigt ist, und daß wir hiermit gegen jede Vermehrung der Truppen in unserer Stadt Namens der großen Masse des Volkes feierlichst und aufs Entschiedenste protestiren. —

Gegen den Inhalt dieses Protestes richtete sich der General v. Aschoff, als er die Versammlung der Majore und Hauptleute (im Centralbüreau) am 17. eröffnete. Indem er bemerkte, daß dem Proteste entweder ein Mißverständniß oder absichtliche Verläumdung zu Grunde liegen müsse, nahm der General Gelegenheit, sein früher abgegebenes politisches und bürgerliches Glaubensbekenntniß „auf Ehrenwort" zu wiederholen. Durch andere Berufsgeschäfte verhindert, der Versammlung weiter zu präsidiren, übergab er den Vorsitz seinem Adjutanten, Hrn. Wöniger. Dieser brachte zuerst die Frage über das Hereinziehen der zwei Gardereserve-Bataillone zur Abstimmung. Die Versammlung, deren einzelne Mitglieder beauftragt gewesen waren, jene Frage ihren Bezirken zur Begutachtung vorzulegen, erklärte sich im Namen der überwiegenden Mehrheit der Bezirke gegen das Einrücken neuer Truppen. Nachdem hierauf eine Berathung über verschiedene Angelegenheiten der Bürgerwehr stattgefunden, beschließt die Versammlung einen Protest gegen die „wahrheits-

widrige" Darstellung des vom politischen Club ausgegangenen Protestes als „Berichtigung" zu veröffentlichen. Sämmtliche Majore und Hauptleute unterzeichneten dieselbe, die jedoch nach ausdrücklich verabredeter Bestimmung von einer Vereidigung des Militairs auf die Verfassung nichts enthalten sollte, da eine Verfassung noch nicht bestehe. — Auch die Stadtverordneten beschlossen (am 17.) durch eine öffentliche Bekanntmachung des Magistrats erklären zu lassen, daß der Antrag, mehr Militair hereinzuziehen, nicht von dem Commandeur der Bürgerwehr ausgegangen sei. — So unterblieb für jetzt die Ausführung des Stadtverordneten-Beschlusses. Inzwischen waren bereits am 13. zwei Compagnieen Garde-Pioniere eingerückt, die bisher in Werder bei Potsdam gestanden und, wie die Voss. Z. ausdrücklich bemerkte, am Kampfe des 18. März nicht Theil genommen hatten.

Für die Entwickelung der Bürgerwehr waren Associationen gleichartiger Elemente innerhalb dieser Körperschaft ein bedeutendes Förderungsmittel geworden. Neben dem Stabe, der in Verbindung mit der Versammlung der Majore und Hauptleute die Organisation des Institutes leitete, waren es nicht allein die Versammlungen der einzelnen Bürgerwehr-Bezirke, welche das Interesse für die selbstständige Ausbildung des Institutes thätig sein ließ; seit der Mitte April bildeten sich Vereine zu dem ausschließlichen Zwecke einer Berathung der Bürgerwehr-Angelegenheiten in ihrem weitesten Umfange. Die oben erwähnte Versammlung der Hauptleute am 14. war zunächst durch eine Aufforderung veranlaßt, welche die HH. Protzen und Zacharias öffentlich an die Hauptleute der Bürgerwehr „zu einer gemeinsamen Besprechung„ gerichtet hatten. In Folge derselben versammelten sich 60 Hauptleute, darunter die der berittenen Bürgerwehr, der Studenten, Künstler und Handwerker am 14. Abends in der Therbuschischen Ressource. Die Versammlung constituirte sich als „Verein der Hauptleute". Durch Abstimmung wurde ein provisorisches Comité gebildet, zu dessen Mitgliedern die HH. Saegert, Zeller, Mügge, Neumann und Petersen mit dem Auftrage gewählt wurden, in der nächsten Versammlung das Statut der Gesellschaft vorzulegen, als deren Zweck eine Privatbesprechung der Hauptleute über die Angelegenheit der Bürgerwehr angegeben war. Es wurde bestimmt, daß Zugführer und Bürgerwehrmänner als Gäste eingeführt werden können, daß die Titel in den Anreden wegfielen und daß die Versammlung mindestens ein Mal wöchentlich stattfinden, aber „keinen politischen Club bilden" sollte. Nachdem in dieser ersten Versammlung über die Hereinziehung des Militairs in der oben angegebenen Art verhandelt worden, beschloß der Verein, den General v. Aschoff zu ersuchen, eine geregelte Eintheilung der Bataillone und weitere Vertheilung von Gewehren vornehmen zu lassen; der General, wurde bei dieser Gelegenheit mitgetheilt, sei Willens, eine sich mehr der Bürgerkleidung annähernde Uniform anzulegen. An die Majore

wurde die Bitte gerichtet, Hrn. v. Aschoff „das kund gewordene Mißtrauen hinsichtlich einer militairischen Reaction offen mitzutheilen." Zuletzt erhoben sich Beschwerden über die Lässigkeit, mit welcher die am 6. in der Versammlung der Majore und Hauptleute beschlossenen Urwahlen vom Magistrat betrieben würden. Was die geforderte bessere Eintheilung der Bataillone betraf, so waren zuletzt statt der bisherigen zwölf Bataillone 21 errichtet und die Bataillonsführer vom Chef ernannt worden. Der 92. Bezirk (Hptm. Schmalhausen) erklärte am 14. öffentlich, daß bei dieser neuen Eintheilung in verschiedenen Bezirken Aeußerungen der Unzufriedenheit mit den ihnen designirten Führern laut geworden seien; er verlangt und fordert die andern Bezirke auf, ebenfalls darauf anzutragen, daß, wie nach dem Beschlusse vom 6. der Commandeur sich einer Urwahl zu unterwerfen habe, die Bataillonsführer auch aus Urwahlen hervorgehen. In der Versammlung der Majore und Hauptleute vom 17. (unter dem Vorsitze des Hrn. Wöniger) wurde eine neue Eintheilung der Bataillone beschlossen. Sie trat mit dem 19. ein. Es waren 23 Bataillone festgesetzt worden, von denen die Schützengilde, die sich seit den letzten Märzwochen zu einem Corps von 350 Mann verstärkt hatte, das erste bildete. Ein am 18. ausgegebenes Druckblatt enthielt die nähere Bezeichnung der Bataillone, die Angabe der Sammel- und Allarmplätze und die Bestimmung, daß zum Sammeln der einzelnen Bezirke das Horn, zur Allarmirung sämmtlicher Bataillone die Trommel rufe. Die Frage über die Besetzung der Wachen kam in jener Versammlung ebenfalls zur Entscheidung. In einer vorangegangenen Conferenz war die Königs- (Haupt-) Wache als eine dem Militair zu bewilligende Ehrenwache vorgeschlagen, und da die Versammlung darüber uneinig, beschlossen worden, daß den sämmtlichen Bezirks-Versammlungen die Frage zur Entscheidung vorgelegt werden solle. Die Mehrheit der Bezirke hatte sich hierauf gegen die Uebergabe der Hauptwache an das Militair erklärt, ihre Hauptleute jedoch bevollmächtigt, dem Militair „zum Beweise der Versöhnung und Anerkennung" andere Wachen abzutreten. Die Versammlung vom 17. entschied sich für die friedrichsstädtische Hauptwache (Mauerstraße) und die Monbijouwache als solche dem Militair abzutretende Ehrenwachen, und beschloß, nach Ablehnung einer zur Hälfte gemischten bürgerlich-militairischen Besetzung der Wachen, daß jeder Militairwache drei Bürgerwehrmänner und ein Führer beigesellt würden. *) Sie verhandelte alsdann über die Uniformirung der Bürgerwehr. Es wurde vorläufig als „Abzeichen" bestimmt:

*) Schon vorher waren dem Militair die Wachen vor den Gefangenen- und Strafanstalten angewiesen worden. Das Schuldgefängniß wurde jedoch von der Bürgerwehr besetzt. Die vor dem Kadettenhause aufgestellte Bürgerwache wurde, bevor noch die Kadetten eingezogen waren, auf Antrag des Kriegsrathes Meßtag, wieder abgelöst. „Die Bürger, die auf diese Art die Wache räumen mußten, haben sich hierüber sehr verletzt gefühlt." — Seit dem 11. wurden die Wachen von Abend zu Abend, statt wie früher von einem Morgen oder Mittag zum anderen, bezogen.

für jeden Officier im Dienst eine um den Leib gelegte Schärpe mit den Farben schwarz-weiß in der Mitte und schwarz-roth-golden an den Seiten, ferner verschiedene Achselbänder für die Majore, Hauptleute und Zugführer. Die Beschwerde über den Mangel an Waffen wurde als erledigt erklärt durch die Mittheilung, daß das Kriegsministerium wiederum ein Waffendepot an die Bürgerwehr überwiesen habe. Während ihrer Berathungen erhielt die Versammlung Kunde von den so eben stattgefundenen Scenen vor den Bäckerläden. Schon früher hatte sie bei dem Magistrat einen Antrag in Bezug auf den Brotverkauf nach der Aenderung der Getraidepreise gestellt; der Magistrat hatte erwidert: er werde den Antrag in Erwägung ziehen. Bei den so eben mitgetheilten Nachrichten fand sich Gelegenheit, die Ansicht auszusprechen, daß der Magistrat mehr Thätigkeit und Umsicht werde entwickeln müssen, wenn er den geschilderten Auftritten entgegenwirken wolle. Gegen den „Aufruhr, welchen faules und arbeitsscheues Gesindel anzettele", beschloß die Versammlung „energisch aufzutreten"; dem „ruhigen, gutgesinnten Arbeiter" solle Schutz gewährt werden. — Zur Verstärkung des Stabes hatte Hr. v. Aschoff beim Beginne der Versammlung drei Mitglieder derselben gewählt, zum Behuf der Berathung über die Uniformirung den Major Neumann, zur Ausarbeitung von Bürgerwehr- (Ehren-) Gesetzen den Hauptm. Zeller und den Hauptm. Peters. Schon früher waren die HH. Wöniger und Holbein zu Adjutanten des Commandeurs ernannt worden.

Die Besorgniß, der „Verein der Hauptleute" möchte das Interesse der Bürgerwehr nur nach einer und zwar nach aristokratischer Seite hin wahrnehmen, ließ bald einen Gegen-Verein entstehen. „An die gesammte Bürgerwehr" war von den HH. Dr. Cohnfeld, Düntzer, Dr. K. Friedländer, Hamann, Hermes, Pohle, Simion, Springer, Stresemann, Töpffer eine öffentliche Aufforderung vom 18. gerichtet „zur Bildung eines Bürgerwehr-Clubs, welcher den Zweck hat, sich mit den Interessen der Bürgerwehr zu beschäftigen." An demselben Tage fand der Aufforderung zufolge eine Versammlung von Mitgliedern der Bürgerwehr im Marstallgebäude statt. Etwa 350 Personen hatten sich eingefunden. Nachdem die Herren, welche die Einladung erlassen, zu Mitgliedern des provisorischen Comités, Hr. Simion zum Sprecher, Hr. Springer zum Secretair gewählt waren, stellte die constituirte Versammlung als ersten Grundsatz fest, daß jedes Mitglied der Bürgerwehr Mitglied des Clubs sein könne. Die HH. Reuter und Saegert vom Verein der Hauptleute suchten hierauf auszuführen, wie dieser Verein keineswegs das Mißtrauen verdiene, das von Seite der Bürgerwehr gegen ihn mehrfach ausgesprochen worden, als wollten die Hauptleute in ihrem Vereine sich absondern. Eine Debatte über diesen Gegenstand, an der die HH. Simion, Springer, Professor Krüger und v. Seydewitz sich betheiligten, endete damit, daß allgemein die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der Verein der Hauptleute sich mit dem Bür-

gerwehr-Club verbinden möge. Der Club beschloß alsdann einstimmig, als seine entschiedene Ansicht zu erklären: daß über die Organisation der Bürgerwehr keine gesetzlichen Bestimmungen irgend welcher Art ohne Berathung und Beschlußfassung der gesammten Bürgerwehr erlassen würden. Das provisorische Comité wurde zugleich beauftragt, bis zur nächsten Versammlung über die Principien, welche dieser Organisation zu Grunde liegen, eine Vorlage zu entwerfen, welche den nächsten Berathungs-Gegenstand des Clubs bilden sollte. Jenen Beschluß veröffentlichte das provisorische Comité am 21. in folgender Art:

Der Bürgerwehr-Club hat in seiner ersten Zusammenkunft einstimmig die Voraussetzung ausgesprochen, daß der Bürgerwehr kein Gesetz, Statut oder Reglement ohne deren vorgängige Berathung und Zustimmung von ihrer Seite gegeben werde und daß gegen jede andere Art und Weise der Gesetzgebung in Bürgerwehr-Angelegenheiten zu protestiren sei.

Der „Verein der Hauptleute" schloß sich, nachdem er noch am 19. eine zweite Sitzung in der Therbuschischen Ressource gehalten, dem Bürgerwehrclub an, in dessen Comité nun auch das jenes Vereines aufgenommen wurde.

Am 19. endlich überreichte der Magistrat seinen „Entwurf der Statuten für die berliner Bürgerwehr" dem Commando und den Stadtverordneten zur weiteren Berathung. Von demselben Tage datirt eine königl. Verordnung, welche „die Befugnisse der Bürgerwehren" feststellte. Dieser Erlaß, „welcher der Bürgerwehr die Gesetzlichkeit gab, die ihr bis jetzt fehlte", in Verbindung mit den gleichzeitigen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten und der Maschinenbauer wurden in der zuletzt erwähnten Sitzung der Hauptleute „mit allgemeinem Bravoruf" aufgenommen. Mit Freude erfüllte es die Versammlung, daß man diesmal nicht zu spät gekommen war, sondern zu rechter Zeit die kräftigsten Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung ergriffen hatte! „Zu rechter Zeit" — denn der 20., der Tag, an welchem die gefürchtete politische Massen-Demonstration stattfinden sollte, stand nahe bevor.

Jene Verordnung, „gegeben Potsdam 19. April", von dem gesammten Staatsministerium gegengezeichnet, lautete:

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden ꝛc. Nachdem Wir die Bildung von Bürgerwehren genehmigt haben, so verordnen Wir zur Beseitigung entstandener Zweifel, daß den mit Zustimmung der Obrigkeit gebildeten Bürgerwehren, Behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Befugnisse der gesetzlichen Macht nach den gesetzlichen Bestimmungen zustehen. Die Bürgerwehren sind daher insbesondere befugt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, wenn sie bei ihren Dienstleistungen angegriffen oder mit einem Angriff gefährlich bedroht werden oder Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohung stattfindet. Eben so sind sie befugt, bei einem Auflauf von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die versammelte Menge nicht auseinander geht.

Die von dem Magistrate entworfenen Statuten für die Bürgerwehr enthielten 72 Paragraphen; diese handeln von der Bildung der gesammten Bürgerwehr Berlins (1 bis 5), von deren Eintheilung (6—9), von der Wahl der Führer (10—16), von der Ausrüstung (17—19), von den Dienstvergehen (20—30), vom Wacht- und Patrouillen-Dienste (31—42), von den Strafen

für die Uebertretung dieser Bestimmungen (50—72). Ihrer Berathung durch das Commando und das Führercorps der Bürgerwehr sollte die der einzelnen Bezirke vorangehen; die Stadtverordneten beschlossen am 19., ihre Erklärung über die Statuten erst nach vollendeter Berathung durch die Bürgerwehr und mit Rücksicht auf dieselbe abzugeben. Im Bürgerwehrclub wurden während einer langen Reihe von Sitzungen die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes einer parlamentarischen Discussion unterworfen.

Die Vorarbeiten zur Ausführung der neuen städtischen Finanzmaßregeln waren so weit gediehen, daß mit dem Beginne des nächsten Monats (wie in der Stadtv.-Sitz. vom 25. mitgetheilt wurde) namentlich in Bezug auf die Einkommensteuer den Einwohnern die Formulare zur Einzeichnung zugehen sollten. Die Verhältnisse der städtischen Sparkasse machten (am 19.) die Einsetzung einer „gemischten Deputation" zur Berathung über Beschaffung neuer Geldmittel erforderlich. In letzterer Zeit waren aus jener Kasse 515,205 Thaler zurückgezahlt worden; eine Rückforderung der noch eingelegten 790,870 Thaler stand zu erwarten, während der Baarbestand der Stadt-Hauptkasse, mit Einschluß der bereits unternommenen Darlehen, nur 100,000 Thlr. betrug. Es lag im Plane der Stadtbehörden, den Zinsfuß bei der Sparkasse auf 4½ pCt. zu erhöhen, „da der bestehende niedrige den Zeitverhältnissen unangemessen erscheint", so wie ferner den Finanzminister zu ersuchen, ihnen 200,000 Thlr. und zwar die eine Hälfte auf die Mahlsteuer, die andere gegen Verpfändung von Stadt-Obligationen vorzuschießen. Wiederholt hatte sich der Magistrat in der Nothwendigkeit befunden, durch öffentliche Bekanntmachungen vom 15. gegen das „Gerücht" aufzutreten, daß die Sparkasse die von den Interessenten verlangten Rückzahlungen entweder gar nicht oder nur zur Hälfte leiste: Bisher sei jeder Interessent für seine Forderung vollständig befriedigt worden; und werde die Kasse auch fernerhin Jedem für seine rechtmäßige Forderung Zahlung leisten.

Von anderen Bekanntmachungen des Magistrats betraf eine, vom 10., die Zurücklieferung von fremden Waffen aus den Tagen des Kampfes. „Die ruhmvollen Tage des 18. u. 19. März", beginnt dieselbe, „haben nicht bloß die Tapferkeit unserer Mitbürger, sie haben auch ihre Achtung vor dem Eigenthum im glänzendsten Lichte gezeigt. Nichts ist genommen worden, als Waffen, deren man bedurfte. Auch diese sind von Vielen nach beendigtem Kampfe zurückgegeben worden, Andere dagegen haben sie noch an sich behalten, zuerst vielleicht, weil sie eine Erneuerung des Kampfes besorgten, dann weil sie dieselben als Andenken bewahren wollten. Jene Besorgniß ist jetzt längst unnütz geworden, es bedroht die errungene Freiheit kein Feind mehr und uns selber sind vom Staate die Waffen in die Hand gegeben, — des äußeren Andenkens bedarf es für Keinen, denn es lebt das Gedächtniß jener Tage unvergänglich

in der ganzen Nation, und wer es durch Verletzung fremder Rechte sich bewahren wollte, würde es sich verbittern." Die Besitzer fremder, aus öffentlichen Gebäuden oder Privatwohnungen entnommenen Waffen werden hierauf zur Ablieferung derselben an den Magistrat aufgefordert, damit sie dem rechtmäßigen Eigenthümer zurückgegeben würden „und so jeder Makel getilgt werde, welcher auf unsere Kämpfer geworfen werden könnte." Am 22. macht der Magistrat weiter bekannt, daß bereits eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Waffen abgeliefert worden sei; er hofft, es werde damit fortgefahren werden, „bis Niemanden mehr das Bewußtsein drückt, daß die Tage der größten Erhebung für ihn Veranlassung gewesen sind, sich mit fremdem Eigenthum der Privaten oder der öffentlichen Institute zu bereichern." Da auch nach einer amtlichen Anzeige verschiedener Militair-Depots aus diesen Montirungen, Kleidungsstücke, Patrontaschen, Tornister genommen worden, so wird auch zur Ablieferung dieser Sachen aufgefordert.*) — Wie wenig der Magistrat geneigt war, „reactionären Unternehmungen irgend einen Vorschub zu leisten", zeigt ein Schreiben desselben an den Verfasser „des Aufrufs an die Pommern", Hrn. v. Wolden. Dieser hatte am 4. seinen Aufruf (s. S. 39) den berliner Stadtbehörden mit der Anfrage übersandt, ob dieselben geneigt wären, die von ihm eingeladene pommersche Deputation mit vaterländischem, freundlichem, brüderlichem Wohlwollen aufzunehmen und ihr sicheres Geleit auf einem mit dem Magistratssiegel versehenen Blatte zu gewähren. Der Magistrat antwortete ihm am 8.:

Der uns mitgetheilte Aufruf an die Provinz Pommern ist bei den bereits verfassungsmäßig geregelten Zuständen in unserm Vaterlande von diesen so abweichend, daß wir nicht vermögend sind, einem solchen gegenwärtig ungesetzlichen reactionären Unternehmen irgend einen Vorschub zu leisten. — Wir bedauern auf die Anträge Ihres Schreibens vom 4. in keinem Stück eingehen zu können. — Naunyn. Lütke. Crüsemann.

Von Beschlüssen und Maßregeln der städtischen Behörden, welche in näherer Beziehung zu der Revolution und den „Errungenschaften" standen, sind noch zu erwähnen: die unentgeldliche Verleihung des Bürgerrechtes an den Drechslergesellen Hesse und an den Cigarrenmacher Bremer, die sich beide als Barrikadenkämpfer ausgezeichnet hatten, die Herstellung einer Rednertribüne an

*) Vor den Gerichten wurde während der nächsten drei Jahre nur ein hieher gehöriger Fall behandelt, der den Thatbestand eines „gewaltsamen Diebstahls" ergab. Nachdem das Landwehrzeughaus am Morgen des 19. März von den Volkshaufen erstürmt worden und von den militairischen Bewohnern verlassen war, geschah in die darin befindlichen Wohnungen einiger Offiziere ein gewaltsamer Einbruch, bei welchem viele Kleidungsstücke, Uhren und Kostbarkeiten anderer Art geraubt wurden. Der Verdacht des Diebstahls war gegen drei Personen gerichtet, welche in Anklagestand versetzt, am 6. Dezember 1850 vor dem Schwurgericht standen. Gegen zwei derselben wurde das Schuldig ausgesprochen. Während der Eine wegen vierten Diebstahls zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, erkannte das Gericht gegen den Andern achtzehnmonatliche Strafarbeit, ein Strafmaß, das, wie die Urtelsgründe angaben, deshalb so hoch festgesetzt worden, „weil der allgemeine Sicherheitszustand in den Tagen des 18. u. 19. März 1848 dem in Zeiten einer Kriegsnoth ähnlich gewesen" und daher die härtere Strafe gerechtfertigt sei. (S. Deutsche Wehrzeitung 1850. 19. Dec.)

dem Versammlungsorte der von Urban und Eckert ausgeschriebenen Volksversammlungen, die Erstattung der durch diese mit Bezug auf Anschlagezettel u. s. w. veranlaßten Kosten aus den städtischen Geldmitteln, der am 11. von den Stadtverordneten gefaßte Beschluß, den fliegenden Corps der Studenten, Künstler und Handwerker für ihre Haltung eine öffentliche Anerkennung auszudrücken. Als in der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. eine Deputation des politischen Clubs, bestehend aus den HH. Dr. Levin, Lipke, Saß und R. Wentzel, erschien, um die in der letzten Sitzung des Clubs gemachten Mittheilungen über eine schlechte Pflege der Märzkämpfer in den öffentlichen Kranken-Anstalten vorzutragen und zugleich um die Versammlung zu ersuchen, der mit der Untersuchung dieser Angelgenheit beauftragten Deputation ungehinderten Eintritt in die Krankenhäuser zu verschaffen, wurden sogleich einige Mitglieder beauftragt, in Verbindung mit der Club-Deputation Recherchen über die Verpflegung der Verwundeten in der Charité anzustellen. Nach einer von den Stadtverordneten am 17. veröffentlichten Bekanntmachung hatte Hr. Heymann, als Deputirter der Versammlung, auf das Günstigste über die Pflege der Kranken berichtet. „Die Verwundeten selbst, jetzt noch 26 an der Zahl, haben insgesammt die ihnen in der Anstalt gewidmete Sorgfalt mit dem größten Danke gerühmt.“ Zugleich wurde in der Bekanntmachung mitgetheilt, daß in den ersten Tagen auch in das Garnisonlazareth am brandenburger Thore eine Anzahl verwundeter bürgerlicher Kämpfer aufgenommen und dort auf die befriedigendste Weise verpflegt worden sei, daß jedoch bei der Ueberfüllung dieses Lazareths auf Antrag der Verwaltung desselben die bürgerlichen Verwundeten nach dem städtischen Neuen Hospital geschafft und hier theilweise schon hergestellt worden, theils sich noch in zweckmäßiger Behandlung befinden. Auch die Deputation des Clubs veröffentlichte am 19. die Resultate ihrer Nachforschungen in Uebereinstimmung mit dem Inhalte jener Bekanntmachung. „Weder in der Charité, noch in Bethanien, hat irgend einer der Kranken eine Klage in Betreff der Verpflegung laut werden lassen.“ Das zuletzt erwähnte Krankenhaus „Bethanien“ gab jedoch Anlaß zu Klagen, welche in derselben Sitzung der Stadtverordneten vom 15., in welcher Hr. Heymann seinen Bericht abgestattet, erhoben wurden. Die Versammlung war von dem Vorstande jenes Krankenhauses aufgefordert worden, 50 Betten an die Anstalt zu liefern. Bei der Verhandlung darüber wurde mitgetheilt, daß in Bethanien „auf eine mit den Zeitverhältnissen in directem Widerspruch stehende Weise Frömmelei herrsche“ und Hr. Seidel erzählte, daß die Kranken dort „mit Beten förmlich geplagt“ und wohl täglich zwölf bis vierzehn Mal zu beten veranlaßt würden.*) Die

*) Von „Bethanien“ aus wurde durch eine Anzahl Kranker im Namen aller im Diakonissenhause befindlichen März-Verwundeten diese Mittheilung für eine „unwahre“ erklärt, und im Gegentheil versichert, daß sich die Kranken der Anstalt der „allerfreundlichsten und liebevollsten“ Pflege erfreuen und zum Beten durchaus Niemand veranlaßt werde. (V. Z. 19.

Versammlung beschloß hierauf, den Magistrat anzugehen, daß dieser vorläufig noch von einer unmittelbaren Verhandlung mit dem Vorstande der Anstalt abstehe, zuvor vielmehr erst die Angelegenheit einer gemeinschaftlichen Deputation der Stadtbehörden zur Berathung übergebe. In der nächsten Sitzung, vom 17., erregte der Bericht über das Benehmen eines Predigers am neuen französischen Hospital „große Sensation" und „allgemeine Entrüstung". Hr. Caspar erzählte, wie ein Verwundeter in dem Hospitale von dem Prediger (Barthelemy) fortwährend gepeinigt werde, indem dieser die Leiden des Verwundeten als Strafe Gottes für die revolutionären Sünden schildere. Auch diesen Fall beschloß die Versammlung an den Magistrat zu berichten, damit er Schritte beim französischen Consistorium thue. — Am 15. bewilligten die Stadtverordneten dem Bürgerwehr-Commando zur Bestreitung augenblicklicher Ausgaben die Summe von 200 Thalern. Am 17. wurde von ihnen einstimmig der Antrag der Hrn. Duncker auf Oeffentlichkeit der Magistrats-Sitzungen, „wenn auch hauptsächlich nur für die Stadtverordneten", angenommen und dem Magistrat überwiesen. In derselben Sitzung stellte Hr. Falkenberg den schon im Herbst einmal verworfenen Antrag auf Zulassung der Frauen zu den öffentlichen Sitzungen. Die HH. Schauß, Winkelmann, Veit sprachen für den Antrag, auch Hr. v. Raumer, der sich namentlich viel von der ästhetischen Aufsicht der Frauen verspricht, welchen jetzt auch die Clubs, deren Berathung sie mit vielem Interesse verfolgen, geöffnet seien; Hr. Nauwerck ebenfalls, indem man durch die Zulassung der Frauen die in allen freien Ländern anerkannte Sitte gut heiße. Die HH. Devaranne und Seidel bekämpften lebhaft den Antrag; sie verweisen auf das Haus, als den eigentlichen Schauplatz weiblicher Thätigkeit und wollen das Gemüth der Frauen von Politik fern halten. Bei der Abstimmung erhoben sich nur 25 Mitglieder für den Antrag. — Das Berathungs-Material hatte sich inzwischen so vermindert, daß nach einer Anzeige des Stadtverordneten-Vorstehers vom 13., die bisherigen täglichen Sitzungen eingestellt wurden und vom 17. an wöchentlich nur zwei Sitzungen abgehalten werden sollten.

Den Clubs wies die Wahlangelegenheit die Richtung an, welche ihre Thätigkeit in der nächsten Zeit zu nehmen hatte. Während jedoch der constitutionelle Club von der Mitte April an jene Angelegenheit zum fast ausschließlichen Gegenstand seiner Discussionen und seiner praktischen Wirksamkeit machte,

---

April.) Hr. Seidel ließ hierauf durch den Berichterstatter der Z.-H. erklären, daß ihn die Mittheilungen seines Dienstmädchens, welches in Bethanien gewesen, zu seinen Aeußerungen, die er protokollarisch aufgenommen, bestimmt hätten. Uebrigens nahm sich Hr. Julius, nach eigener Anschauung, sowol des Krankenhauses als auch der Diakonissen an, denen man, „um des Verdienstes willen, das diese Frauen haben, die besten und liebreichsten Krankenpflegerinnen zu sein", doch wahrlich nachsehen könne, daß sie auf Gebete und Andachten Werth legen. (Z.-H. 27. Apr.)

blieb der politische Club gleichmäßig allen den Interessen zugänglich, welche der Tag und die Gelegenheit gerade als die nächsten darbot. Als er auf seinen an den Magistrat gerichteten Antrag die Eintheilung der Stadt in Wahldistricte zu beschleunigen — der Actuar Stein hatte ihn in der Sitzung vom 13. gestellt — am 14. die Antwort erhielt, daß dazu noch weitläuftige Vorbereitungen erforderlich seien, beschloß der politische Club, die städtische Behörde, die bei einer „Sache von so unermeßlicher Bedeutung allzu peinliche formelle Rücksichten" zu nehmen scheine, weiter nicht zu drängen, die Sache selbst jedoch als eine sehr dringende im Auge zu behalten. Und in der That ergab jede Sitzung eine oder mehrere andere „dringend zu erledigende Angelegenheiten." Erhob im Laufe der Debatte irgend ein Mitglied eine persönliche oder allgemeine Beschwerde, ließ sich ein irgendwie entstandenes Gerücht über einen mißliebigen Vorfall vernehmen, flugs wurde eine Deputation erwählt, um zur Beseitigung der Beschwerde, zur Aufklärung des Vorfalles sofort mit den betreffenden Behörden, und sei diese das Ministerium selbst, in Unterhandlung zu treten; oder es wurde eine Adresse, eine Proclamation erlassen, welche die Anträge und Beschlüsse des Clubs aussprach. Mehrere Fälle dieser Art sind bereits in der vergangenen Darstellung angeführt. Als einige Beispiele feindseliger Verfolgungen der Plakate des Clubs durch Bürgerwehrmänner mitgetheilt wurden, sah sich der Club zu einer Adresse an den Polizeipräsidenten „gezwungen", in der er diesen „bittet, durch Maueranschlag die ernstliche Mahnung an die Bürgerwehr zu richten: keine Plakate irgend einer Art herab zu reißen oder herabreißen zu lassen." Die Adresse findet in verschiedenen Paragraphen des Landrechts hinlänglich rechtliche Gründe für ihre Forderungen, durch Ausführung ihrer Bitte und „unter Androhung der gesetzlichen Strafe für die Verletzer" den Club im „Genuß seiner Rechte" schützen zu wollen. Am 12. wurde berichtet, daß mehrere fremde Arbeiter, die theilweise noch hier beschäftigt waren, ja daß Arbeiter, noch leidend an den Wunden, „die sie für das Wohl Preußens und Deutschlands in der glorreichen Nacht vom 18. zum 19. empfangen", ausgewiesen worden seien. Eine Deputation, bestehend aus einigen Arbeitern und den Literaten Köppe und Wentzel wurde beauftragt, sich Beschwerde führend an den Minister v. Auerswald zu wenden. Dieser empfing die Deputation am 14. Er dankte ihr, lautet der Bericht des Hrn. Wentzel, für ihre Mittheilung, bezeichnete die Fälle der Arbeiterausweisung als Maßregeln der dafür verantwortlichen städtischen Behörden, versprach jedoch, daß er ungesetzliche Ausweisungen ebensowenig als Rücksichtslosigkeit gegen Verwundete dulden werde. — Der persönliche Verkehr der Minister mit den verschiedenartigsten, Hilfe suchenden, Beschwerde führenden, Rathschläge ertheilenden Deputationen und Privaten raubte jenen einen nicht geringen Theil ihrer Geschäftszeit. Kein Etikettenzwang störte diesen Verkehr, und gewinnend genug waren die bürgerlich-freundlichen Formen, mit denen die Minister, nicht selten

im Hauskleide und die Cigarre rauchend, — der Ministerpräsident wohnte noch immer in einem öffentlichen Gasthofe — die vielen Gäste empfingen.

Der constitutionelle Club wurde durch sein übertrieben parlamentarisches Verfahren an einer schnellen, der praktischen Art des politischen Clubs gleichen Ausführung beschlossener oder berathener Maßregeln verhindert. Zwar liebte auch er Verbindungen mit den Behörden und vorzugsweise mit dem Ministerium, Rücksichten jedoch, Anstands- und Discretions-Rücksichten, die dem politischen Club fremd waren, lähmten sein Wirken nach mancher Seite hin. Viele Anträge schienen gestellt, um den einzelnen Mitgliedern Gelegenheit zu rhetorischen Uebungen zu geben, und von dem Antrag bis zu dem Beschlusse führte gewöhnlich ein langer Weg durch Erörterungen von Vorfragen, Gutachten von Commissionen u. dgl. Am 12. beantragte Hr. Meier, bei dem Minister des Auswärtigen durch eine Deputation anzufragen, ob der Prinz von Preußen eine officielle diplomatische Mission in England habe, und im Bejahungsfalle zu bitten, daß diese Mission aufgegeben werde, wobei jedoch, wie ein Amendement des Hrn. W. Jordan lautete, die Zurückberufung dieses außerordentlichen Gesandten nicht gewünscht werde. Nachdem zur Begründung und Rechtfertigung des Antrags die Gefahr einer auf diplomatischem Wege einzuleitenden Reaction; die Wichtigkeit der Vertretung Preußens in England, die Möglichkeit einer in London stattfindenden Entscheidung über Dänemark, Holstein, Polen, die Türkei und verschiedene ähnliche Punkte angeführt worden, bemerkte Hr. v. Bardeleben gegen den Antrag, daß die Minister entweder nichts antworten könnten, falls sie von einem Reactionsversuche nichts wüßten, oder nichts antworten würden, wenn sie mit einem derartigen Vorhaben einverstanden wären. Und der Antrag wurde hierauf verworfen. Der officielle Berichterstatter des Clubs aber glaubte bei Erwähnung dieser Angelegenheit in seinem Berichte den Inhalt des Antrages so umschreiben zu müssen, daß dem Unkundigen die Sache ein schwer zu lösendes Räthsel wurde. (S. den unten folgenden Sitzungsbericht vom 12.)*) — Der politische Club ließ sich durch den stets wechselnden Stoff, der constitutionelle durch die Form beherrschen. In jenem wurden Anträge gestellt, um bald erledigt zu werden, weil andere gleich eilige Anträge der Erledigung harrten, er begünstigte nur bei seltenen Gelegenheiten ausführliche Discussionen und langathmige Reden;

*) Dasselbe Motiv — daß der Antrag „unconstitutionell" gewesen sei — das den Berichterstatter die Thatsache verschweigen ließ, veranlaßte ein Mitglied zur Veröffentlichung des Falles durch ein „Eingesandt" (V. Z. 15. April). Hr. Dreckschmidt, Justizcommissar aus der Provinz, theilt darin den Inhalt des Antrages mit der Devise „horribile dictu" mit, und erzählt, daß, nachdem der Antragsteller gesprochen, ein Redner zur Unterstützung des Antrags geäußert habe: „der Prinz von Preußen sei schmählich verjagt und entflohen". Bei dieser „niederträchtigen" Aeußerung habe er, Dreckschmidt, den Redner sofort unterbrochen und bei der Versammlung beantragt, denselben ihren Tadel laut auszusprechen; er sei jedoch vom Vorsitzenden, Hrn. Crelinger, zur Ordnung gewiesen worden, weil er als Fremder kein Recht habe, zu reden und Anträge zu stellen, worauf von Vielen aus der Versammlung Bravo gerufen worden sei.

dieser bot der rednerischen Befähigung wie der Redseligkeit Einzelner ein ziemlich ergiebiges Feld. Kam bei jenem allmählig fast an jedes Mitglied die Reihe zu sprechen und directen Antheil an der Debatte zu nehmen, so gewährte dieser bald den Anblick eines in zwei ungleichmäßige Lager getheilten Ganzen, eines Corps der Redner und der Masse der Beifall klatschenden. So war es denn die mit dem Bedürfniß, sich weitläuftig auszusprechen, verbundene Eitelkeit, auch für die Reden Applause zu ernten, welche einzelne Mitglieder aus dem politischen Club in den constitutionellen übergehen ließ. Zu ihnen gehörte Hr. Wilhelm Jordan, der zuerst am 28. März im Mielentzschen Saale aufgetreten war und dann Comitémitglied des politischen Clubs wurde; anfangs in beiden Clubs thätig, wandte er sich bald dem constitutionellen ausschließlich zu, der ihm dann auch den Weg in die Paulskirche bahnte, in welcher er wieder, nach schnellem Rollenwechsel, den Platz zu wählen wußte, der seinen Reden Beifall und ihm selbst Ehre eintrug, die zweideutige Ehre, der deutschen „Centralgewalt" letzte Stütze zu sein, die Ehre und das Gehalt eines Centralgewalts-Marinerathes. An Jordans Stelle wählte der politische Club (am 14.) den Dr. E. Meyen zum Comitémitgliede. Die größere Beweglichkeit dieses Clubs repräsentirte sich auch äußerlich in dem fortwährenden Wechsel des Versammlungsortes, der während des jetzt geschilderten Zeitraumes in einem Vergnügungslokale der Sebastiansstraße sich befand, während der constitutionelle Club während des ganzen Verlaufs seiner Thätigkeit den Mielentzschen Saal unter den Linden als Versammlungsort beibehielt; als persönlicher Ausdruck jener Beweglichkeit konnte Hr. v. Brandt, der beliebteste Redner des Clubs während der ersten Zeit, gelten, Hr. v. Brandt, dessen Name einst einem sehr berühmten Gelehrten und Professor der (lateinischen) Beredsamkeit den Angstruf entrang: „Und wenn Hr. v. Brandt erst Minister ist, was dann?", der gefürchtete Redner, den ein gutmüthiger Minister ernstlich aufforderte, das Volk, die Massen zu beschwichtigen, und der mit aller seiner Beweglichkeit dem Minister hierauf antwortete: er thue Alles, um zu beruhigen, „aber das Volk lasse sich nicht halten." Hr. v. Brandt, oder, wie eine schon angeführte Schrift*) enthüllte, Hr. Brandt, verschwand plötzlich vom Schauplatze seiner öffentlichen Thätigkeit; sein Name blieb für die fernere berliner Bewegung verschollen. — Während der politische Club sich darauf beschränkte, seine Ansichten zunächst für Berlin wirksam zu machen, und besonders auf die unteren Volksklassen Einfluß zu gewinnen, suchte der constitutionelle eine „Verbrüderung" mit den Provinzen herzustellen. Als Verbindungsmittel mit diesen wurde eine besondere

*) Irrthümlich ist bei Erwähnung dieser Schrift (II. 23.) Hr. R. v. Bardeleben als Verfasser derselben genannt worden. — Wenn Zeitungsnachrichten nicht trügen, so ist es derselbe Hr. Brandt, welcher drei Jahre später im österreichischen Interesse Brochüren gegen Preußen schrieb, die von österreichischer Seite nicht unbelohnt blieben. (S. Allgem. Zeit. 1851. 28. März.)

Club-Zeitung begründet, über deren Entstehung die unten folgenden Sitzungs-Berichte handeln. Auch der politische Club beabsichtigte ein regelmäßig erscheinendes Organ herauszugeben. Er wählte ein provisorisches Comité, bestehend aus den HH. Jung, Baader, Matthäi, Wentzel, Constant, Eichler, van Arcken, Hoppe, Saß und Meyen und übertrug den drei Letzteren die specielle Besorgung der Redactions-Angelegenheiten. Das Unternehmen hatte keinen Fortgang, es endete mit der ersten Nummer, die am 18. ausgegeben wurde. War doch auch der Club nicht lässig darin, seine Beschlüsse und Forderungen durch ein allgemeiner zugängliches Mittel kund zu thun, in jenen Placaten und Flugschriften, für deren Herstellung durch den Druck sich, wenn die Mittel der Gesammtheit nicht ausreichte, stets einige begüterte Mitglieder bereit finden ließen. Spaltungen innerhalb der Clubs blieben nicht aus; der constitutionelle hatte bald, parlamentarisch genug, eine Rechte und eine Linke; im politischen Club, der den Meinungsäußerungen größere Freiheit gestattete, schien die abstracte Politik, welche der Club verfolgte, bei der Minderheit Gegner gefunden zu haben. Die Unzufriedenen beider Clubs verbanden sich je nach übereinstimmenden Grundsätzen zu anderen Vereinen, auf die wir bei Schilderung des nächsten Zeitraumes zurückkommen.

Neben den schon behandelten Stoffen waren es die polnischen und die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten, welche die Clubs gleichzeitig beschäftigten. Die erstere Frage wurde stets von Neuem durch Deputationen und Schriftstücke angeregt, die von den einzelnen Parteien der posener Bevölkerung nach Berlin gesandt wurden. Der Inhalt der Clubverhandlungen giebt den Standpunkt wieder, von welchem diese Frage jetzt in Berlin aufgefaßt und beurtheilt wurde.

In der Sitzung des constitut. Clubs vom 10. macht Hr. v. Dazur die Mittheilung, daß er gestern Abend um 10½ Uhr per Estaffette Nachrichten sehr betrübender Art aus dem Großherzogthum Posen erhalten habe; dieselben liefen darauf hinaus, daß in dieser Provinz die Reorganisation der Polen auf eine Weise betrieben würde, die den allgemeinen Bestimmungen, so wie den Anordnungen der deutschen Commission zuwiderlaufe. Namentlich führte der Redner an, daß sich in 4 Abtheilungen zu 3 und 5000 Mann in 4 verschiedenen Districten Polen mit Sensen bewaffnet hätten, eine Organisation, die jedenfalls nicht in der Ordnung sei und keine guten Absichten verräth. Er habe dagegen heute den Hrn. Minister Camphausen bereit gefunden, Alles aufzubieten, um die Reorganisation des polnischen wie des deutschen Volkes, im Sinne der Ordnung und Gesetzmäßigkeit der Commission anzuempfehlen. — Es ließ sich hierauf der Dr. Meyer, Arzt in Belgien, aber preußischer Bürger und in Berlin geboren, dahin aus, daß er der einzelnen Ansprache, gestützt auf zugeständliche Privat-Nachrichten, nicht die Kraft eines allgemeinen Organs beimessen könne, und bestehe eine derartige Beschwerde, so müsse man auch den andern Theil hören, bevor man ihn verdamme, verdächtige und nothwendig unnütz böses Blut mache; er erachte es für sehr gefährlich, aus der Art der Organisation einen Schluß zu ziehen, und daraus Unordnungen zu abstrahiren, welche möglicherweise nicht beabsichtigt würden. Vornehmlich wurde allgemein gewünscht, daß zur Verständigung beider Parteien in Posen auch daselbst ein constitutioneller Club auf der Basis des hiesigen Vereines etablirt werde. — Es wurde zur Lesung der einer besonderen Commission zur Berathung übergebenen Adresse an das deutsche Volk geschritten. Nachdem der Vorsitzende (Hr. Furbach) erklärte, daß er in diesem Falle nicht parlamentarisch zu Werke gehen, und jeden Satz der Adresse nicht einzeln einer Discussion anheimgeben könne, womit auch die Anwesenden einverstanden waren,

wurde die Adresse selbst von dem Herrn Lette verlesen. Es ließen sich sogleich verschiedene Redner, als Hr. Jordan, Hr. Dr. Förster, Hr. Advocat Volkmar, Hr. Dr. Wöniger, Hr. Schick und zuletzt noch Hr. Director Odebrecht gegen die Annahme der Adresse, manche andere Herren, scheinbar aber aus der Commission selbst, für die Annahme vernehmen. Wir resumiren das Für und Wider dahin: daß meistentheils die Fassung nicht in dem rechten Ton, ferner, daß sie zu lang sei und endlich den Anschein einer reactionären Tendenz geben könnte. Besonders wurde der letzte Anstoß darin bemerkt, daß man zuviel Gewicht auf die früheren Verheißungen des hochseligen Königs im Jahre 1809 bis 1815 lege, daß es besser sei, solche nicht hervorzuheben, sondern sich mehr auf die Ereignisse der jüngsten Zeit zu beziehen, die jene Versprechen mit Gewalt zu einer Wahrheit, zu einer errungenen, selbstständigen Freiheit erhoben hätten. Ferner wollte man die Ausarbeitung der Adresse für nicht streng genug den früheren Berathungen anpassend befinden, und endlich, nachdem häufig der Wunsch nach Abstimmung vernommen wurde, betrat noch Hr. Odebrecht die Rednerbühne, um auseinander zu setzen, daß, wollte man die Adresse als ein über unsere gegenwärtigen Verhältnisse sprechendes Document betrachten, sie auch je nach den bestehenden Bedürfnissen der Provinzen, für jede einzelne Provinz in einer passenden Weise belehrend umgearbeitet werden müsse. Dieser letzte Einwand schien am meisten den Entschluß herbeigeführt zu haben, die Adresse zu verwerfen, und an deren Stelle eine andere, und zwar so kurz wie möglich, dabei belehrend und den verschiedenen Bedürfnissen entsprechend, in der Art einer Proclamation und nicht in der einer Brochüre, zu entwerfen. Für die Beibehaltung der Adresse sprachen noch Hr. Reineck, Hr. v. Werther und der Präsident Hr. Lette. — Zuletzt wurde noch der Antrag wegen Verbrüderung des Clubs mit Provinzial-Clubs, welche zum gemeinschaftlichen Handeln aufgefordert werden sollten, zur Sprache gebracht. Hr. Otto Crelinger hatte seine Priorität für diesen Antrag dem Hrn. Prutz abgetreten, jedoch seine Rechte zur Mit-Discussion sich vorbehalten. Allgemein wurde die Nothwendigkeit solcher Associationen anerkannt und der Antrag mit großer Majorität acceptirt, auch sogleich eine Commission ernannt, welche sich noch heute mit der Ausarbeitung der Proclamation beschäftigen und demnächst die Arbeit der nächsten Versammlung vorlegen wollte. Hr. Otto Crelinger hatte bereits eine solche Proclamation entworfen, welche, nachdem sie von ihm verlesen war, der Commission als Leitfaden überwiesen werden soll. — Als besonders bemerkenswerth wurde noch hervorgehoben, daß Verbreitung der Principien des Clubs durch nichts so zweckmäßig und fördersam betrieben werden könnte, als durch eine Club-Zeitung, welcher Gegenstand in der nächsten Versammlung zu erledigen bleibt.

Die Sitzung vom 12. eröffnet der Sprecher Crelinger mit dem Bemerken, daß die Anträge sich bereits dergestalt, und zwar noch kurz vor den Sitzungen, anhäuften, daß es wünschenswerth erschiene, solche 24 Stunden vorher zu empfangen, um darauf gehörig vorbereitet zu sein. Es wurde dies in der Art berücksichtigt, daß die Mitglieder des Clubs ihre Anträge, wenn auch nicht so lange vorher, doch mindestens so früh einzureichen versprächen, daß eine möglichst genaue Kenntnißnahme und Ordnung derselben möglich sei. Der Professor Dr. Zimmermann hatte beantragt, daß Niemand länger als 10 Minuten über einen Gegenstand sprechen dürfe, es sei denn, daß die Versammlung die fernere Fortsetzung wünsche. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Ordnung einverstanden. Die eingegangenen 17 Anträge enthielten zum Theil, sofern sie denselben Gegenstand betrafen, direct zuwiderlaufende Vorschläge. — Diejenigen, welche sich über die Verhältnisse der Arbeiter in verschiedener Weise aussprachen und mit Vorschlägen über Abhülfe der gedrückten Handels- und Credit-Verhältnisse begleitet waren, sollen nach dem Beschluß der Versammlung einem besonderen Comité, welches sich freiwillig für diese Zwecke bilden werde, zur Prüfung und Berichterstattung übergeben werden. Der Sprecher hat es übernommen, dem Erfolg eine speciellere Beachtung zu widmen. Ein Antrag des Hrn. Dr. Löwenstein, daß bei den Wahlen für Stadtverordnete auch Schutzverwandte herangezogen, auch die Kosten für den Bürgerbrief ermäßigt werden möchten, wurde als beachtungswerth unterstützt. — Der Präsident Lette hatte bereits in der vorigen Sitzung eine Druckschrift über Arbeiterverhältnisse verbreitet, welche wesentlich zur Förderung der Arbeiten des oben erwähnten Comité's anempfohlen wurde. — Die posener Angelegenheiten regten die Aufmerksamkeit der Versammlung um so mehr an, als die meisten Schriftstücke dem Club direct zugegangen waren und über die neuesten Ereignisse berichteten. — Dem allgemeinen Wunsche, daß sämmtliche Mittheilungen vorgelesen werden sollten, zufolge wurde der Inhalt dieser Schriftstücke wörtlich mitgetheilt. Meistens waren diese Berichte auf officielle Kundmachungen begründet und gaben im Allgemeinen eine ziemlich klare Einsicht in die gegenwärtige Lage der deutschen Bevölkerung dieser Provinz, wenngleich den einzelnen Nachrichten nicht ganz der

parteiische Charakter abzusprechen ist. Mit großem Beifall wurde das in deutsch-nationalem Sinne abgefaßte letzte Manifest des General v. Colomb, datirt vom 11. April, aufgenommen. Einen entgegengesetzten Eindruck machte die vom Hrn. v. Dazur ertheilte Nachricht, daß in Folge eines Mißverständnisses, veranlaßt durch eine Kundmachung des General v. Willisen, deren nachträgliche Modification nicht in allen Theilen der Provinz zeitig genug bekannt geworden, leider ein Zusammenstoß der deutschen Bevölkerung mit dem polnischen Theil nicht hat vermieden werden können. Dies habe einige Opfer gekostet; doch sei in den meisten Districten die Auseinandertreibung der organisirten Sensenmänner gelungen, und unter Mitwirkung der gemäßigten Polen vorauszusehen, daß die Reorganisation auf gesetzlichem Wege fortschreiten werde. Es ließen sich in dieser Angelegenheit noch einige Redner vernehmen. Landrath Schmidt aus Schroda schilderte die Duldungen der Deutschen mit den schrecklichsten Farben und zählt eine Menge Thatsachen auf, welche der Versammlung zum Theil bereits bekannt waren. — Nach dem Schluß dieser Mittheilungen wurde der Versammlung die von der in der vorigen Sitzung ernannten Commission (zu deren Mitgliedern noch die Herren v. Werther und Jordan hinzugetreten) entworfene Proclamation an die deutschen Völker &c. verlesen und einstimmig als geeignet für die Vertretung der Principien des Clubs zur Constituirung gleicher Verbrüderungen angenommen. Der Sprecher benachrichtigte die Gesellschaft bei dieser Gelegenheit, daß von vielen Seiten Anträge eingegangen, um theils bestehende oder ins Leben tretende Clubs unserer Farbe nach den diesseitigen Statuten zu regeln. Die ertheilte Antwort, daß keine Statuten oder zwingende Gesetze für diesen Club existiren, fand den Beifall der ganzen Versammlung. — Es wurde ein Antrag des Hrn. v. Dazur, betreffend die Etablirung eines Club-Blattes in möglichst kurzer Frist, verlesen. Der Antragsteller setzte die Gründe in einem sehr gediegenen Vortrag auseinander, so daß die Idee vom ersten Augenblick an vielen Anklang fand. Die speciell angedeuteten technischen Einrichtungen wollen wir unberührt lassen; sie sollen einer besonderen Commission zur Prüfung und Feststellung übergeben werden. Werther sprach sich in einem launigen Vortrag für die Herausgabe des Blattes aus. Gegen den Antrag ließ sich Dr. Löwinson mit dem Bemerken vernehmen, daß bereits viel Zeitungsblätter ins Leben gerufen wären, und es überflüssig sei, die Zahl derselben zu vermehren; man könne die Referate über den Club anderen Zeitungen übergeben. Dagegen traten sogleich v. Bardeleben und Professor Dove für den Antrag auf. Auch Dr. Jordan und zuletzt der Präsident Lette ließen sich (Letzterer in dem Sinne für die Wichtigkeit eines Club-Blattes) aus, daß dasselbe belehren, versöhnen und besonders auftauchenden Unwahrheiten mit Energie entgegentreten solle. Die Abstimmung fiel durchweg günstig für den Antrag aus. — Die Commission zur Berathung des Projects besteht aus den Herren v. Dazur, Präsident Lette, Dr. Prutz, Dr. Jordan, Dr. Behr, v. Bardeleben, Werther, Prof. Dove und Dr. Stern. — Ein letzter Antrag des Hrn. Dr. Meyer, welcher sich auf dem Felde politischer Diplomatie bewegte und eine Interpellation an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beabsichtigte, wurde nach vielen Debatten endlich als unconstitutionell mit großer Majorität verworfen.

Sitzung vom 14. Der Sprecher Crelinger theilt mit, daß wieder eine Menge Schriftstücke und Anträge in der polnischen Frage eingegangen seien. Die meisten derselben seien von der Art, daß beide Theile über gegenseitige Bedrückungen klagten und jeder seiner Sache das Wort rede. Es wurde der Dringlichkeit anderer Tagesfragen wegen beschlossen, über diese Angelegenheit heute keine Discussion zu eröffnen, sondern dem Sprecher anheimgegeben, diese Gegenstände nach Gelegenheit zu erledigen. Einige Mitglieder des Clubs machten noch Mittheilungen über die neuesten Ergebnisse der schleswig-holsteiner Angelegenheit. Sehr ergreifend war der Antrag eines Neffen des verstorbenen Gen.-Feldmarschalls Blücher; derselbe nahm als 87jähriger Greis die Verwendung des Clubs in Anspruch, seine Dienstanerbietungen zur Befreiung der beiden deutschen Staaten zu unterstützen. Der Sprecher übernahm es, dem würdigen Antragsteller den Dank für seine ehrenwerthen Gesinnungen auszudrücken. — Man schritt nunmehr zur Tagesfrage und beschäftigte sich zunächst mit dem Commissionsbericht über die ins Leben tretende Club-Zeitung. Ueber den Inhalt des Blattes, so wie über die Befugniß des Redacteurs entspannen sich umfassende Debatten, die jedoch meistens durch Erläuterungen der Commissionsmitglieder beseitigt wurden. Eine Bestimmung, wonach dem Redacteur das Recht freistehen sollte, die eingesandten Artikel mit Anmerkungen zu versehen und selbst das dazu eingebrachte Amendement, daß dergleichen Noten nur auf thatsächliche Bemerkungen Anwendung finden sollen, wurde bei der Abstimmung verworfen. Insbesondere ging die Versammlung dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß, wenn nach dem bereits gefaßten Beschluß jede Anonymität ausgeschlossen sei, der Verfasser durch Anmerkungen des Redacteurs einer Art Censur unterworfen sein würde und man nicht wissen könne, wie weit diese kurzen Noten auf die freie Entwicke-

lung der Ideen Einfluß ausüben möchten. — Professor Keller besonders beleuchtete die daraus entspringenden Mißverständnisse und Uebelstände in einer so überzeugenden Ansprache, daß die Gesellschaft mit einer überwiegenden Majorität den erwähnten Passus wie oben bemerkt verwarf. — Nachdem die übrigen Bestimmungen genehmigt, schritt man zur Wahl eines Redacteurs und einer Redactions-Commission, welche aus 6 Mitgliedern bestehen sollte. Als Redacteur wurde Hr. Dr. Prutz vorgeschlagen und von den Anwesenden mit überwiegender Majorität gewählt. Die Wahl der Redactions-Commission fiel auf den Professor Dr. Keller, Dr. Stern, Dr. Schomburgk, v. Bardeleben, Präsident Lette und Professor Dove.

Der oben erwähnte Aufruf zur „Verbrüderung" vom 12., unterzeichnet von dem Vorstande des Clubs und von dem „Comité, Behufs der Verbrüderung mit den Provinzen": L. Crelinger, v. Dazur, Wilhelm Jordan, Robert Prutz, Werther, erschien als Flugblatt und lautete:

An unsere Mitbürger in den Provinzen! Unter den großen Errungenschaften unserer jüngsten Tage nimmt das Vereinigungsrecht eine der ersten und wichtigsten Stellen ein; in seiner allgemeinsten und weitesten Benutzung ist der Nation eine Schule politischer Bildung, politischer Entwickelung geboten, die wir bis dahin nur allzuschmerzlich vermißt haben. — Der unterzeichnete constitutionelle Club gehört zu den Ersten, welche sich dieses Rechtes bedient haben. Er hat es gethan, auf Grund der Ueberzeugung, erstlich, daß Freiheit die Ordnung, Ordnung die Freiheit beschützen und ergänzen muß; zweitens, daß ein wahrhaftes und durchgreifendes constitutionelles Königthum, wie es uns in Folge der jüngsten großartigen Ereignisse zugesichert ist, dem Bedürfniß der Nation und ihrer gegenwärtigen Lage am Meisten entspricht; endlich, daß nur diejenige Freiheit wirklich existirt und nur diejenige gesichert ist, welche in dem Bewußtsein der Nation selber lebt und daß daher jede fernere Entwickelung unseres politischen Lebens hervorgehen muß aus allgemeinster Ueberzeugung, allgemeinster Verständigung. — Indem der constitutionelle Club sich mit diesen Grundsätzen in Uebereinstimmung glaubt mit der Mehrzahl der Nation und ihren edelsten, ihren besten Kräften, richtet er an seine theuern Mitbürger in den Provinzen die Aufforderung, auf dieser gemeinsamen Grundlage gleichfalls, in Städten wie in ländlichen Kreisen, zu ähnlichen politischen Vereinigungen zusammen zu treten: Vereinigungen, welche, als gleichberechtigte und verbrüderte Kräfte, sich durch Austausch der Ansichten, Bestrebungen und Verhandlungen mit dem unterzeichneten Club in Verbindung setzen und gemeinschaftlich mit ihm das große Werk unserer politischen Befreiung zu fördern suchen. — Dieselbe Bitte richtet er an diejenigen Clubs, welche sich in den Provinzen etwa bereits gebildet haben und sich dabei auf verwandter Grundlage bewegen; auch sie ladet er ein, sich mit ihm in brüderlichen Verkehr zu setzen. — Der Dienst der Freiheit ist ein allgemeiner; er bedarf viele Kräfte, viele Mittel. — Theure Mitbürger! Man hat uns eine Verfassung verheißen auf den breitesten Grundlagen. Die wahre breiteste Grundlage, auf welcher allein Verfassungen sich gründen können, gründen dürfen, sind die theilnehmenden, die begeisterten Herzen des Volks. — In diesem Sinne ist es, daß wir Ihnen unsere Bruderhand reichen: schlagen Sie ein! und möge der Genius unseres Vaterlandes, der Genius der Freiheit unser Bündniß segnen!

Am 13. berieth der politische Club die polnisch-deutsche Angelegenheit:

Bergenroth will, daß der Club eine Commission nach Posen schicke, um die dortigen Verhältnisse zu untersuchen. — Oppenheim: Wir seien in Gefahr, unsere ganze Freiheit vernichtet zu sehen, in Gefahr, daß die Beamten uns durch kleine persönliche Interessen Rußland wieder in die Hände spielen, falls wir uns nicht selbst der polnischen Sache thätig annähmen. An den Zerwürfnissen in Polen sei die Regierung Schuld, indem sie die Generale Colomb und Willisen mit entgegengesetzten Instructionen dorthin geschickt habe. Oppenheim verliest hierauf eine Adresse des Polen Ostrowski an die Berliner. — Börner: Die halbe Politik in Schleswig hat dort Alles verdorben. Sie hat es dahin gebracht, daß die schleswigsche Jugend niederkartätscht wurde, sie wird es dahin bringen, daß wir in Posen die galizischen Gräuelscenen sehen. Dringen wir darauf, daß eine politische Schuld gut gemacht werde mit jedem Opfer. — Buhl ist nicht gegen die Befreiung Polens, aber dagegen, daß wir Polen befreien. Berlin, Wien, Mailand hätten sich fast ohne Mittel befreit, möge es Polen ebenso machen. Daß aber Polen sich befreie, dazu sei erforderlich, daß es die Sünden von Jahrhunderten von sich abschüttele. Der Despotismus habe es nur vermocht, Polen zu knechten, weil es selbst unfrei gewesen sei. Die Provinz Posen haben wir mehr mit

dem Pfluge als mit dem Schwerte erobert; die können wir nicht so ohne Weiteres herausgeben. Mag also Polen sich befreien, wir wollen ihm dazu gratuliren, aber weiter können wir nichts thun. — Remack: Ich wollte schon auf das Wort verzichten, so wohlthätig wirkte auf mich, nachdem ich im constitutionellen Club viel Antipathie gegen die Polen gefunden, der Beifall, der unserer Sache hier zu Theil wurde. Allein die Rede meines Schulkameraden Buhl und namentlich die höhnischen Schlußworte desselben veranlassen mich, dennoch aufzutreten. Er sagt: Warschau solle es ebenso machen, wie Berlin, Wien und Mailand, allein er übersieht den Unterschied zwischen diesen Städten und der polnischen. In Warschau ist es weit gräßlicher. An allen Ecken stehen geladene Kanonen bei Tag und Nacht, tausend Feuerschlünde lauern von der Citadelle, um bei der geringsten Bewegung die Stadt in einen Aschenhaufen zu verwandeln. Die Polen haben keinen Schein von Waffen, selbst die Küchenmesser hat man ihnen weggenommen. In Warschau sieht es anders aus als in der ganzen Welt. Vom Standpunkt der preußischen Politik ist die Befreiung Polens nöthig, damit das Resultat der Revolution ein dauerndes sei. Für die deutsche Freiheit gilt dasselbe; denn Oesterreichs Politik ist mit der russischen verschwistert. Die Freiheit Deutschlands wird sich zwar trotzdem, daß Polen nicht geholfen wird, entwickeln, aber nur trotzdem. Es ist endlich für die europäische Politik eine Schande, daß es ein Land giebt, wo die absolute Starrheit, der Tod, herrscht, wie in Rußland. Weshalb soll Preußen immer auf gerüstetem Fuße bleiben? Es verzehrt sich in Kriegsrüstungen an der russischen Grenze, wie lange werden dies seine Finanzen ertragen? Deutschland fabrizirt mehr als es braucht, und sucht Absatz. Es sucht Märkte in Brasilien. Brasilien liegt vor der Thür: es ist Polen. Der Redner geht nun zu den Verhältnissen in Posen über und nennt die 1000 Zeitungsartikel, die von den posener Deutschen, namentlich dem deutschen Comité und den deutschen Beamten in das Publicum geworfen würden, um es gegen die Polen einzunehmen, eine Höllenmaschine, die schreckliches Geld koste, und trägt zum Schluß darauf an, daß der Club seine Sympathie für die Polen an den Tag lege und das Ministerium um eine bestimmte Erklärung bitte, wie dasselbe in der polnischen Angelegenheit denke. — Matthäi macht auf die traurige Thatsache aufmerksam, daß in Berlin seit wenigen Tagen die Sympathie für die Polen abgenommen habe. — Buhl: Wir sollen uns einen Markt erobern. Der vorvorige Redner sprach für die Freiheit und verlangt, daß wir uns einen Markt erzwingen. Auch ich will, daß uns Polen geöffnet werde; aber ich will, daß Rußland wie Polen sich uns aus eignem wohlverstandenen Interesse öffne. — Stein: In öffentlichen Angelegenheiten muß man das Pathos vermeiden, Sympathieen und Antipathieen bei Seite lassen. Es frägt sich: was ist unser Vortheil? der ist die Wiederherstellung Polens, und wenn es uns die größten Anstrengungen kosten sollte. (Anhaltender einstimmiger Beifall.) — Ottensofer nimmt von der Versammlung Abschied, weil er nach Schleswig geht. — Salis kommt nochmals auf die Buhlsche Rede zurück. „Wenn man den Polen sagt, wir wünschen, daß ihr frei werdet, aber ihr müßt euch selbst befreien, das ist grade, als wenn wir Einen an das Kreuz schlagen und ihm zurufen: nun steige doch herunter!“ — Es kommen mehrere Anträge zur Abstimmung. Angenommen wird jedoch nur der Börnersche: an das polnische Nationalcomité eine Adresse zu erlassen, in der der Club seine Wünsche für die Herstellung der polnischen Nationalität kund gebe, mit dem Amendement Wiß, daß sich jedoch das polnische Comité aller Ansprüche auf die Theile enthalten möge, die bereits ganz deutsch sind.

In der von Oppenheim überbrachten Adresse des Grafen Ostrowski hieß es u. a. (s. „Die Reform“ Nr. 18.):

Deutschland erfüllt in diesem Augenblicke die erhabenste Mission, welche je von der Vorsehung einem Volke übertragen wurde, die Mission, einem fast zu Grabe getragenen Volke die Hand zur Auferstehung zu reichen und ihm zu sagen, wie der Heiland zu Lazarus: „Bruder, stehe auf und gehe.“ Und siehe, die Glieder dieses großen slavischen Körpers, gekettet an das Märtyrerkreuz zwischen den Flüssen und Meeren Centraleuropas, sie erhalten nach und nach Leben und Bewegung. Schon ist die unsichtbare Seele eingedrungen in die blutende Brust, und diese Seele, — wir sagen's im Angesicht aller Völker — heißt Freiheit für Alle, Freiheit in der größten und feierlichsten Ausdehnung des Wortes. Diese Aufgabe der Erlösung, so heldenmüthig begonnen, werdet ihr vollenden. . . . Sagt zu den Polen: „Brüder, hier sind Waffen, erkämpft und erobert damit Euer Land, wir unterstützen Euch mit unsern Wünschen, mit unserm Einflusse; aber unter der Bedingung, daß Ihr die zahlreichen, in Polen ansässigen Deutschen im Genuß aller Rechte laßt, welche sie in ihrem Lande genießen, daß Ihr uns den freien Durchzug für die Erzeugnisse unserer Industrie, daß

Ihr unsere brüderliche Initiative anerkennt, durch aufrichtige und treue Gegenseitigkeit." ... Sagt zu Rußland: „Wir bieten Euch unser Bündniß wieder an, aber thut in Betracht Polens, was wir selbst thun. Gebt ihm seine alten Provinzen wieder zurück, deren gesetzlicher Besitz Euch doch niemals zuerkannt werden wird. Nur für diesen Preis sollt Ihr die Wohlthaten unserer Civilisation genießen, die geistige Ernte unserer Gedanken; wir nehmen Euch auf alsdann in die große Familie der Völker, werth, diesen Namen zu tragen. Bis dahin aber keine Ruhe, kein Vergleich, und so lange nicht der letzte moscovitische Soldat die letzte Scholle des polnischen Bodens verlassen, wollen wir keine andere Gemeinschaft mit Euch haben, als das Schwerdt. — Nach einer solchen Manifestation seien Sie überzeugt, m. H., wird ganz Polen aufstehen, wie ein Mann. Durch diese hohe Willenserklärung werden Sie mehr für uns gethan haben, als durch zwanzig Feldschlachten. Alles, was wir jetzt verlangen, ist die Bewilligung zu einer völligen, durchaus nationalen Reorganisation des Großherzogthums. — In einem Momente edler, patriotischer Begeisterung habt Ihr die Ketten der verhafteten Polen gebrochen, welche nichts thaten, als sich vereinigten zur Befreiung des Vaterlandes. Die nothwendige und logische Entwickelung dieses Aktes muß die Unabhängigkeit Polens sein. Der Territorialverlust, übrigens ohne Bedeutung, wird vielfach ersetzt durch die moralische Suprematie, welche Ihr ohne Anstrengung dadurch in Deutschland erlangt. Diese Politik ist die einzig würdige eines intelligenten Volkes, welches so eben seine Freiheit wieder errungen hat!

Der Verfasser dieser Adresse glaubte auch der im Club erhobenen Opposition eine Antwort nicht schuldig bleiben zu dürfen. In einem Berichte an Hrn. L. **Buhl** (Club-Blatt Nr. 1.) wendet er sich gegen dessen „strenge Beurtheilung der polnischen Nationalität", die er „von Seiten eines jungen Schriftstellers des demokratischen Deutschlands, den man als Freund des Volkes und der Freiheit nennt", nicht erwartet hätte. „Die demokratische Meinung", sagt Hr. Christian Ostrowski, „ist bei uns nicht Parteisache, sie ist das innerste Wesen der Nation, sie ist die Seele des neuen Polens; wir wollen die Freiheit nicht für uns mit Ausschluß des Volkes, wir wollen sie für die 22 Millionen, welche die Bevölkerung Polens ausmachen, wir wollen sie in ihrem vollsten Ausdrucke und in ihrem ganzen Umfange." Nachdem er hierauf nachzuweisen sucht, daß seit der Constitution von 1791 die Bestrebungen der Besitzenden darauf gerichtet gewesen, das Schicksal der Bauern zu verbessern, „selbst auf Kosten fast der Hälfte der Einkünfte ihres Grundes" — noch neuerdings habe eins der begütertesten Mitglieder der polnischen Emigration zu Paris öffentlich erklärt, daß er die Frohndienste im ganzen Umfange seiner Besitzungen aufheben wolle — fährt er fort: „Wird es noch nothwendig sein, zu sagen, daß diese allgemeine Maßregel die Grundpfeiler des socialen Gebäudes Polens, daß sie die Garantie des Bündnisses sein wird zwischen Eigenthum und Pächtern, d. h. zwischen Adel und Volk, welches fremde Intriguen stets vergebens zu stören suchten, daß das feierliche Wort: politische Gleichheit uns den Grabstein unseres theuern und unglücklichen Vaterlandes öffnen muß." Er verweist auf die Geschichte Polens unter den Piasten und Jagellonen; Polen habe zehn Jahrhunderte unabhängigen Bestehens für sich, unter der beständigen Eifersucht seiner Nachbarn und den unablässigen Einfällen der Barbaren. Der erste dieser Keime der Auflösung sei auf den Barrikaden von Wien und Berlin glücklicherweise verdrängt worden, der zweite bestehe noch in seiner ganzen Kraft. „Wir haben jedoch jetzt mehr als eine **Miliz** ihnen

entgegenzusetzen, wir haben ein ganzes Volk. Wir sind, mein Herr — schließt der Brief — Alle Demokraten, so gut wie Sie und vielleicht noch mehr, denn wir sind gewillt, Jedem sein Recht zu gewähren."

Auch der Volksverein (unter den Zelten) wurde in seiner 6. Versammlung, am 16., veranlaßt, dieselbe Angelegenheit zu erörtern:

Ein Antrag, Seitens einer vom polnischen Nationalclub in Posen hierhergeschickten Deputation, bestehend aus den Herren v. Jakrzewski und v. Niemojewski geht dahin, der Volksverein möge seine Sympathie mit der Sache der polnischen Freiheit zu erkennen geben, um die Schritte, welche die Deputation in Berlin dieserhalb zu thun entschlossen sei, zu unterstützen. — Jung liest eine Adresse und einen von einem Deutschen in Posen geschriebenen Brief vor, um die Sachlage näher zu erläutern. — Schlöffel stellt vier Anträge: 1) eine Adresse an den polnischen Nationalclub in Posen zu erlassen, um unsere Sympathie ihm darzulegen. 2) Eine Deputation an das Ministerium zu senden, um es darüber zu befragen, welche Politik es in der Polenfrage zu befolgen gesonnen sei, und es aufzufordern, die in Posen stationirenden Regimenter sogleich zum Schutz der polnischen Freiheit an die russische Grenze marschiren zu lassen. 3) Eine Proclamation an die Deutschen zu erlassen, um sie über ihre Vorurtheile gegen die Polen aufzuklären. 4) Ein Freicorps zu bilden, um es den Polen zur Hilfe zu senden. — Löwinson spricht ebenfalls für Befreiung Polens, besonders aus industriellem Gesichtspunkte (Bravo.) — v. Jakrzewski spricht seinen lebhaften Dank gegen die Versammlung aus wegen der begeisterten Theilnahme, die sie für die polnische Sache zeige und fordert, daß das Ministerium die Maaßregeln gegen die Ereignisse in Posen einstelle. Deutschland und Polen müssen zu einem gemeinsamen Kreuzzuge gegen Rußland sich vereinen. (Großer Beifall.) — Es kommt zur Abstimmung. Fünf Fragen liegen vor: 1) Will die Versammlung eine Adresse an den Nationalclub in Posen als Antwort auf die seinige erlassen, um ihm unsere Sympathie darzulegen? (Einstimmig angenommen.) 2) Soll eine Deputation an das Ministerium gesandt werden, um es über seine Politik in der Polenfrage zu befragen und es aufzufordern, gegen Rußland marschiren zu lassen? (Angenommen.) 3) Soll ein Comité zur Bildung eines Freicorps für Polen niedergesetzt werden? (Angenommen.) 4) Soll eine Proclamation an die Deutschen erlassen werden, um sie über die Polenfrage aufzuklären? (Angenommen.) 5) Soll die Deputation an das Ministerium speciell gegen die Maßregeln protestiren, welche gegen die Emigranten aus Frankreich u. s. w. eingeschlagen sind? (Angen.) 6) Soll das Comité alle diese Sachen in die Hand nehmen? (Angen.) — In das Comité werden gewählt: die Herren Jung, Schmidt, Korn, Friedrich, Schasler, Krause, Solger, Schlöffel, Held, Cohnheim, Reich, Künlau, Eichler, Salis, Löwinson.*)

---

*) Von den noch nicht erwähnten Verhandlungen des Volksvereins betrafen die in der 5. Vers., am 12., gepflogenen zunächst die Schaslerschen Aufrufe „an die Freunde des Vaterlandes" die jetzige Geldnoth des Staats durch eine sofortige Selbstbesteuerung zu heben. Hr. Löwinson erhob heftigen Widerspruch gegen die Vorschläge Schaslers: Hier dürfe nicht von Politik, sondern nur von dem Interesse der Arbeiter die Rede sein. Dagegen sprachen noch die HH. Lange, Dufresne, Jonas. Doch fanden die Vorschläge Vertheidiger in den HH. Cohnheim, Wollheim, Krause, Eck, Kern, Bronsart, Petsch. Die Versammlung stimmte ihnen ebenfalls bei, indem sie den Wunsch aussprach, daß das von Schasler beantragte Centralcomité sich nur unter der Bedingung mit der Regierung in Verbindung setze, wenn diese die Garantie gäbe, daß die ersten bedeutenden Summen zunächst für die Hebung der industriellen und Arbeiter-Verhältnisse verwendet würden. — Hierauf wurde eine Adresse an den General Aschoff ohne Debatte angenommen, in welcher dieser „um Abstellung der eigenmächtigen Uebergriffe der Bürgerwehr" ersucht wird. Der General möge den Wachtposten und Patrouillen auf's Strengste untersagen, Maueranschläge abzureißen und Personen, die in ruhiger Unterhaltung über Tagesfragen begriffen seien, zu arretiren; er möge die Patrouillen weniger häufig die Straßen durchziehen lassen; er fordere die Arbeiterklasse zur Betheiligung an der Volksbewaffnung auf; er mache endlich die Bürgerwehr darauf aufmerksam, daß sie einen weniger verletzenden, an das Polizeiregiment erinnernden Ton annehme. „Nur durch die schleunigste Abstellung der Mängel in der Bürgerwehr", heißt es ferner in der Adresse, „kann dies Institut die Achtung und das Vertrauen wiedererwerben, mit dem das Volk seiner Bildung entgegen hoffte und das die Bürgerwehr durch ihre voreiligen und unverständigen Eingriffe in die Freiheit der Rede und Schrift, so wie selbst durch mehrfache

Den friedlichen Absichten der Regierung wenig entsprechend war die Art, wie sich die polnisch-deutschen Angelegenheiten entwickelten. Freilich sprach Hr. v. Willisen in einer Bekanntmachung vom 17. (datirt: Boguschin bei Xions) aus, daß „nun der ersehnte Friedenszustand in der Provinz als völlig wieder hergestellt betrachtet werden" könne. Was aber bis dahin geschehen, was in dem Geschehenen als Keim späterer Entwickelung vorhanden war, ließ keineswegs die Hoffnungen rechtfertigen, daß der Frieden endlich über die Provinz gekommen sei. Der commandirende General in Posen, Hr. v. Colomb, empfing am 7. den General v. Willisen mit der Nachricht, daß er sofort am folgenden Tage die bewaffneten polnischen Schaaren angreifen werde. Hr. v. Willisen, dessen Auftrag dahin ging, „der Angelegenheit eine unblutige Lösung zu geben", suchte darauf Jenen zu einem Aufschub von drei Tagen zu bestimmen. Während dieser drei Tage unterhandelte der königliche Commissarius mit den polnischen Führern zu dem Zwecke, daß die bewaffneten Polen, 15 bis 20,000 an der Zahl, die Waffen ohne Widerstand niederlegten. Ehe noch die Unterhandlungen zu einem Resultate geführt hatten, kam es am 10ten durch ein „Mißverständniß" zu einem blutigen Zusammentreffen in Trzemeszno; es war „die erste aus der Reihe der unglücklichen Begebenheiten, welche die Sache mit dämonischer Gewalt der blutigen Lösung entgegentrieben." An demselben Tage benachrichtigte Hr. v. Willisen den commandirenden General, daß er vollen Grund habe, zu erwarten, das Entwaffnungsgeschäft werde friedlich ausgeführt werden, wenigstens seien die Führer fest entschlossen, mit Allem, was in ihrer Macht stehe, dazu beizutragen. Zu Jaroslawiec wurde hierauf am 11. eine nach diesem Orte genannte „Uebereinkunft" zwischen Hrn. v. Willisen einer- und den HH. Libelt, Stefanski, Radonski andererseits abgeschlossen, derzufolge die zum Dienst untauglichen Personen aus den polnischen Lagern sofort in ihre Heimath, die Landwehrleute am folgenden Tage in ihre Stabsquartiere geführt werden und die zum Dienste tauglichen Volontäre an den Orten: Wreschen, Miloslaw, Xions und Pleschen zusammenbleiben, bis über ihre Einstellung in die Truppen der posenschen Division entschieden würde. Die bewaffneten Abtheilungen an den anderen Orten sollten diese binnen drei Tagen räumen; kein Militair noch Landwehrmann als solcher zur Verantwortung gezogen, kein Ausländer ausgeliefert, die Behörden sofort wieder eingesetzt und nach Ausführung dieser Maßregeln alle militärischen Operationen sistirt werden. Hr. v. Willisen handelte hierin übereinstimmend mit dem Ministerium, das ihm wiederholt Anerkennung zu Theil werden ließ. „Zerstören Sie nicht",

---

ungerechtfertigte Anwendung von roher Gewalt gegen die Sicherheit und Freiheit der Person, fast gänzlich eingebüßt hat." — Am Schluß wurde Hr. Reich, zum Secretair des Vereins ernannt. Die Versammlungen endeten gewöhnlich mit einer von der zahlreich anwesenden Menge beifällig aufgenommenen Vorlesung der einzelnen Capitel des „constitutionellen Katechismus."

heißt es in einem Briefe des Hrn. v. Auerswald, vom 8., „unsere Hoffnung, durch Ihre Hülfe dieser bedrohten Seite des Landes genügende Stärkung und Ordnung zu bringen; vielleicht gelingt uns dort noch Großes mit vereinter Kraft.“ Nichts weniger als Uebereinstimmung herrschte jedoch zwischen Hrn. v. Willisen und der deutschen Bevölkerung, auf deren Seite auch das preußische Militair und sein Commando stand. „Statt der früheren Verbrüderung“, berichtet der Erstere, „war durch den Umschwung der Dinge mit einem Male eine solche Erbitterung in der deutschen Bevölkerung der Stadt Posen entstanden, daß sie sogar zwei Tage später (am 12.) sich in einem Straßenunfug gegen mich Luft machte, als ich sehr zufällig aus dem Feldlager auf eine Nacht zurückgekehrt war, um mit dem Oberpräsidenten in seiner Wohnung über einige wichtige Maaßregeln Rücksprache zu nehmen. In Folge dieses Unfugs machten die höchsten Militairbehörden mir dreimal den Vorschlag, die Stadt lieber zu verlassen, was ich natürlich von der Hand wies. . . Wie unter solchen Umständen die Schwierigkeit meiner Lage sich so steigerte, daß auch der größte Muth fast verzweifeln mochte, ist leicht einzusehen, besonders wenn noch hinzugerechnet wird, daß auch unter dem größten Theile der Truppen eine Stimmung gegen mich herrschte, welche der in der Stadt in nichts nachgab, wie ich es denn nur zu deutlich vor mir sah.“ Die Wuth des Militairs, heißt es in einer jener um „deutsche Hilfe“ wimmernden Correspondenzen aus Posen, vom 12., (Z.-H.) „die Wuth des Militairs und der deutschen Bevölkerung über das zweideutige Benehmen Willisens ist unbeschreiblich. Es steht zu erwarten, daß hier sich Insulten wiederholen, wie er sie von der schlesischen Landwehr bereits erlitten hat. Die braven Generale Colomb und Steinäcker sind indignirt über Willisens Benehmen, der mit den Polen liebäugelt, die Deputationen der Deutschen mit dem Tacitus in der Hand empfängt und mit schönen, oft sogar mit unschönen Redensarten abfertigt.“ An demselben Tage, an welchem die Uebereinkunft von Jaroslawiec abgeschlossen wurde, erließ Hr. v. Colomb ein Manifest, eben das, was vom berliner constitutionellen Club mit Beifall aufgenommen wurde, worin er die revolutionären Akte der Polen aufführt und die Geduld und Mäßigung rühmt, mit der die seiner Führung anvertraute Heeres-Abtheilung verfahren sei. „Ich werde“, heißt es dort, „von jetzt ab vollen Gebrauch von der Gewalt machen, die mir anvertraut ist, zum Wohl des Ganzen und ohne Rücksicht auf die aristokratische oder demokratische Fraction, welche die öffentliche Ordnung untergraben, Handel, Industrie, Gewerbe und Ackerbau bereits zum völligen Stillstande gebracht, viele Familien aber schon jetzt in namenloses Unglück gestürzt haben. . . Die Reorganisation der Provinz wird deshalb nicht unterbrochen werden, sie ist ein Geschenk des Königs, welches nicht zurückgenommen wird. . .“ In Bezug auf die Reorganisations-Verheißung erschien am 14. eine königl. Ordre an das Staatsministerium, als Antwort auf die vielfachen Petitionen der deutschen Bewohner des

Großherzogthums. Die Reorganisation dürfe danach nicht auf diejenigen Theile der Provinz ausgedehnt werden, in welchen die deutsche Nationalität vorherrschend ist, vielmehr solle der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß an den deutschen Bund unverzüglich vermittelt werden. „Durch eine solche Trennung werden zugleich die wesentlichsten Hindernisse, welche der nationalen Reorganisation des polnischen Theils des Großherzogthums entgegentreten könnten, beseitigt werden, sodaß diese nunmehr um so vollständiger zur Ausführung kommen kann." An diese Ordre schließt sich eine andre vom 26. an, in welcher der Modus der Reorganisation näher bezeichnet wird. Das polnische National-Comité sah in diesen Bestimmungen „eine neue Theilung Polens." Die Mitglieder desselben erklärten (am 17.) feierlich, „daß sobald die Wiederherstellung Polens verwirklicht werden wird, das polnische Volk, getreu seiner ganzen Vergangenheit, den zweifelhaften Grenz-Districten seines Landes die freie Wahl der Regierung und Nationalität, denen sie angehören wollen, lassen wird, daß sie aber, so lange die Wiederherstellung des ganzen Polens nicht erfolgt, jede willkürliche Abtrennung für eine neue Theilung Polens ansehen, vor den Völkern Europas gegen diese Gewaltthat Protest einlegen und die Urheber und Vollstrecker dieses Vorhabens dem gerechten und unzweifelhaften Gerichte der Gegenwart und Nachwelt überliefern."

Inzwischen hatten sich bis zum 17. sämmtliche Lager bei Schroda, Miloslaw, Wreschen, Xions, Pleschen bis auf sogenannte Cadres aufgelöst, (also etwa 15000 Polen waren in ihre Heimath zurückgekehrt oder auf der Rückkehr begriffen), hatte die ganze sogenannte Emigration das Land verlassen, waren der größte Theil der Provinz und namentlich die Hauptorte des bisherigen Widerstandes, Schroda und Wreschen, von preußischem Militair friedlich besetzt, die Landräthe wieder in Function getreten, in einigen Kreisen Commissarien als Gehilfen des Landraths eingesetzt, so daß, auf diese Thatsachen gestützt, Hr. v. Willisen in der oben erwähnten Bekanntmachung vom 17. den ersehnten Friedenszustand als hergestellt proclamiren zu können glaubte. Gleichwohl fühlte er, daß „seine Stellung bei dem Widerstreben gegen die Art, wie er seinen Auftrag nahm, nur ferner haltbar sei, wenn wesentliche Aenderungen damit vorgenommen werden könnten." Seine einstweilige Entfernung von der Provinz hielt er für um so gefahrloser, als er überzeugt war, die Polen würden keinen Conflict provociren und eben so sicher hoffte, daß seine stets wiederholten dringenden Anträge, sie auch militairischer Seits durch das Herumsenden mobiler Colonnen nicht hervorzurufen, Berücksichtigung finden würden, wie denn noch die letzten Mittheilungen des Ministeriums (vom 18.) von Neuem aussprachen, daß die höchste Militairbehörde angewiesen sei, in jeder möglichen Weise seinen Requisitionen Folge zu leisten. Freilich hatte das gegen seine Anträge sehr eilig betriebene Vorrücken des Militairs gegen alle die Punkte, wo die Polen im Begriffe waren, die Lager zu verlassen, blutige

Scenen hervorgerufen; so die unaufhörlich von den Deutschen als Bruch der Convention geltend gemachten Auftritte in Wreschen während der Nacht zum 15ten, jene von polnischen Haufen, die sich verrathen glaubten, verübten Gräuelthaten gegen die wreschener Juden, Gräuel, welche selbst die eigenen Führer bedrohten. Freilich waren die ersten Reorganisationsversuche des Generals bei Einsetzung der Kreis-Commissarien an dem Widerstreben der Landräthe in Krotoschin und Rawicz und an dem „alle Grenzen des Maßes überschreitenden Widerstande" der bromberger Regierung gescheitert. Und wie das furchtbare Geschrei, das über die Vorfälle in Trzemeszno und Wreschen erhoben wurde, am meisten zum Umschwunge der Meinungen beitrug, welcher in jenen Tagen zum Nachtheile der Polen überall stattfand, wie diese Vorfälle dem militärischen Commando zum Belege dienten, daß die Convention von Jaroslawice von den Polen gebrochen wäre, so hatten bald darauf das schnelle Nachrücken und Herumziehen der mobilen Colonnen und die dadurch veranlaßten Conflicte, Raufereien und Gefechte (bei Gostyn am 19., bei Kozmin und bei Adelnau am 22.) wiederum dazu beigetragen, das Sichselbstauflösen der polnischen Cadres zu verhindern, ja diese vielmehr aus den nächsten Orten verstärken zu lassen. „Die Cadres" schreibt der General später, „welche nur noch daran dachten, wie sie sich mit Ehren auflösen könnten, hielten es nun (nach den fortwährenden Conflicten zwischen den mobilen Colonnen und den in der Auflösung begriffenen Cadres) für eine Ehrensache, zusammen zu bleiben, wie es ihnen die Convention gestattete. Die Heftigen, unter welchen Mieroslawski, mit dem sich die eigentlichen Leiter völlig entzweit hatten, den sie entfernt wissen wollten, erhielten wieder Einfluß und zuletzt die Oberhand. . ." Am 18. verließ Hr. v. Willisen den südlichen Theil der Provinz „in dem erwünschtesten Zustande", um am 20. zur Conferenz mit den Landräthen über die Einführung der Kreis-Commissarien nach Gnesen zu gehen. Doch schon in der Nacht zum 20. sah er sich veranlaßt, seine Rückreise nach Berlin anzutreten.*)

*) Seine Abreise beschleunigte ein Vorfall in Posen, den Hr. v. Willisen folgendermaßen erzählt (Akten u. Bemerk. üb. meine Sendung nach d. Großherz. Posen &c. S. 83): „Als ich am 19. spät Abends an das Festungsthor komme, finde ich Todtenstille, nur oben auf der Zinne des starken Eisenthores zwei einsame Schildwachen. Nach langem Blasen des Postillions eine späte Frage durch das verschlossene Thor: wer vor sei. Ich dachte, nur meinen Namen nennen zu dürfen, um das Thor sich schnell öffnen zu sehen. Das volle Gegentheil und auf meine Frage, warum nicht gleich geöffnet werde, die Antwort, man dürfe nicht, es werde aber sofort zum Commandanten geschickt werden, der im Fort sei. Meine Verwunderung war nicht gering, es blieb mir aber freilich nichts übrig, als die Aufklärung dieser wunderbaren Erscheinung ruhig abzuwarten. Nach einer Zeit erscheint der Commandant des Forts, hinter dem das Thor sofort wieder geschlossen wird, und entschuldigt sich sehr, daß er mich, den königlichen Commissarius, auf ausdrücklichen Befehl des ersten Commandanten nicht in die Stadt lassen dürfe, welcher mich vielmehr ersuchen lasse, zu ihm auf das Fort Winary zu kommen, um dort, wenn ich wolle, die Nacht zuzubringen. . . . Der Offizier fuhr mit mir unter militairischer Bedeckung den weiten Weg um die Stadt nach dem Fort Winary. Oben angekommen erfuhr ich die zuerst durch den ersten Festungscommandanten, daß es eine Sicherheitsmaßregel sei, es fände noch immer eine solche Aufregung unter der deutschen Bevölkerung gegen mich statt, daß die Ruhe bedroht sei, wenn ich die Stadt

Nahe verwandt dem Interesse für die Angelegenheiten der Provinz Posen erschien dasjenige, welches Preußen und seine Hauptstadt für die Entwickelung der Dinge in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zeigten. Nachdem die Dänen theils vom Norden her, theils von Holnis am 9. April bis Flensburg vorgedrungen — ein dänisches Truppencorps, 1200 M. stark, war bereits am 29. März in Schleswig eingerückt — nachdem durch das den Dänen günstige Gefecht bei Bau, 9. Ap., die schleswig-holsteinischen Truppen zurückgeworfen worden waren, wiederholten sich die an Deutschland und besonders an Preußen gerichteten Hilferufe für den „bedrückten Bruderstamm.“ Von Rendsburg, 12. April, schrieb Johannes Ronge: „Noch kann Schleswig gerettet werden und es muß gerettet werden, wenn wir unsere Achtung vor dem Auslande und vor der Geschichte sichern wollen. Doch rasch muß gehandelt werden, und ich beschwöre das deutsche Volk, da die Regierungen bisher unverzeihlich lange gezögert haben, darauf zu dringen, daß erstens die schnellste Hilfe geschafft werde und vor allem Hannover seine Truppen sofort marschiren lasse, und daß zweitens so rasch als möglich eine beträchtliche Anzahl Dampfschiffe bemannt und sofort der Anfang zu einer deutschen Flotte gemacht werde, um die deutschen Seestädte vor dänischen Angriffen zu sichern.“ (Zeit.-H. 15. Apr.) „Allgemein“, lautet eine Mittheilung von der Eider, 10. April, „ist die Indignation darüber, daß keine deutschen Truppen kommen und daß die Preußen unthätig in Rendsburg liegen. Wenn auch nur eine Compagnie sich auf schleswigschem Boden gezeigt hätte, so würde der moralische Eindruck ganz Schleswig die Ueberzeugung gegeben haben, daß die Erklärungen deutscher Fürsten keine leeren Worte sind. Aber Hannover zögert, Braunschweig zögert, Mecklenburg zögert. . . . Kommt nicht zu spät! in diesem Worte liegt das Weltgericht. Die preußischen Truppen wollen sich nicht halten lassen, sie wollen nicht exerciren, sie wollen gegen die Dänen! Versteht Ihr denn nicht dies Gefühl? Noch ist es Zeit — vielleicht nach zwei Tagen ist es auch damit zu spät!“ (Sp. Z. 13. Apr.) „Wer will“, wird der Voss. Zeit. geschrieben, „die Verantwortung auf sich nehmen für die Schmach, welche die deutschen Truppen trifft, die an der Elbe und Eider ruhig zusehen, wie die Schleswig-Holsteiner den Kampf mit den Dänen aufnehmen. Und wenn sie in diesem

---

beträte. . . Ich erfuhr bald, daß die Maßregel mit dem commandirenden General verabredet war, der dann auch selbst spät in der Nacht auf dem Fort ankam, mit ihm zugleich der Oberpräsident und der Oberst Stavenhagen (der mit Aufträgen des Ministeriums nach der Provinz geschickt war.) Nachdem hier nun der vom Oberpräsidenten lebhaft unterstützte Antrag, mich die Nacht in der Stadt in der Wohnung des Oberpräsidenten zubringen zu lassen, wiederholt abgelehnt war, beschloß ich dann freilich, sofort nach Berlin zu eilen, da ich unter diesen Umständen alle Hoffnung aufgeben müßte, mir das zu meiner Aufgabe durchaus nöthige Ansehen erhalten zu sehen. Wenn ich von einer imposanten Militairmacht nicht Schutz gegen einige künstlich aufgeregte Haufen finden konnte, so mußte ich mir sagen, der Grund des Widerstandes liege ganz wo anders, und wohin ich nicht reichen konnte.“

(Ueber die obige Darstellung vergl. außer der früher schon angeführten polnischen Literatur noch die Erklärung des Generals v. Willisen vom Mai 1848. — Nat.-Zeit. 3. Mai.)

Kampf, der mit furchtbarer Erbitterung geführt werden werden wird, unterliegen, wer will für die Folgen der grenzenlosen Entrüstung und des allgemeinen Unwillens stehen, der in Deutschland laut werden wird, wenn es sieht, daß ein deutsches Land, dem Deutschlands Schutz feierlich zugesagt wird, durch Bedenklichkeiten und halbe Maßregeln verrathen wird. Ist es recht, wenn Diejenigen, welche Hilfe bringen können und wollen, ruhig zusehen, wie dieser Kampf geführt wird, um den Ausschlag erst dann zu geben, wenn nutzlos zahllose Menschenleben hingeopfert sind, anstatt durch kräftiges Einschreiten sofort die Entscheidung herbeizuführen. Es ist Gefahr im Verzug!" (B. Z. 13. Apr.) Dasselbe Blatt fordert in einem leitenden Artikel (17. Apr.) die Minister auf, ihr bisheriges Schweigen zu brechen. „In Posen", heißt es darin, „übertriebene Anforderungen von Seiten der Polen und Deutschen, hervorgerufen durch den unbestimmten Ausdruck: Reorganisation, blutige Händel, unbefriedigende Manifeste, und die Minister — sie schweigen; in Schleswig fällt die Blüthe des Landes in ungleichem Kampfe und preußische Truppen stehen müßig dabei; was ist es, was das Ministerium hindert, eine größere Truppenmacht zu entwickeln und energischere Maßregeln zu ergreifen? — Dasselbe Schweigen! Wir vertrauen den Ministern, wir glauben, daß sie bisher nicht unthätig gewesen sind, daß sie das Richtige ergreifen werden, wir wissen, daß dem Thatendurste eines sich fühlenden Volkes nicht leicht zu genügen ist, aber wir wissen auch, daß die Begeisterung der Nation die mächtigste Stütze ihrer Führer ist, und verlangen, daß, wenn dieselbe nicht durch Thaten gewährt werden kann, man sie wenigstens durch Schweigen nicht schwäche."

Die preußischen Truppen waren seit dem 4. über Altona in Holstein eingerückt. Am 10. erließ die Regierung an die Truppen den Befehl, nach Schleswig zu gehen; am 12. überschritten sie die Grenzen des Herzogthums Schleswig. An demselben Tage beschloß die Bundesversammlung in Frankfurt einstimmig, „1) daß, falls dänischer Seits die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung Schleswigs von den dänischen Truppen nicht erfolgt sein sollte, dies zu erzwingen sei, um das durch den Bund zu schützende Recht Holsteins auf die Union mit Schleswig zu wahren, und 2) da nach ihrer Ueberzeugung die sicherste Garantie jener Union durch den Eintritt Schleswigs in den Bund erlangt werden würde, Preußen zu ersuchen, bei dem Vermittelungs-Geschäft möglichst auf diesen Eintritt hinzuwirken, endlich 3) auszusprechen, daß der Bund die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein als solche anerkenne und von der vermittelnden preußischen Regierung erwarte, daß sie die Mitglieder dieser provisorischen Regierung und ihrer Anhänger in Schutz nehme." Durch einen früheren Bundesbeschluß, vom 4., war der preußischen Regierung das Vermittelungsgeschäft „auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins, namentlich auch auf die staatsrechtliche Verbindung mit Schleswig" übertragen worden. Die Bemühungen der preußischen Regierung, den Streit

auf friedlichem Wege zu vermitteln, blieben erfolglos. „Wir haben", erklärte der auswärtige Minister, Hr. v. Arnim, auf eine an ihn gerichtete Interpellation, in der Sitzung des Verein. Landtags vom 4., „wir haben keinen Krieg mit Dänemark, wir machen nur eine Expedition zum Schutze deutschen Gebietes und zur Wahrung deutschen Rechtes. Wird sind dazu verpflichtet und berechtigt als Mitglieder des deutschen Bundes und thun nichts anderes, als einem Bundesbeschlusse (vom 17. Sept. 1846) Folge geben, dessen schleunige Ausführung nöthig geworden, um den Folgen der Vorschläge in Schleswig-Holstein zuvor zu kommen. . . Da kein Krieg mit Dänemark besteht, so sind die Besorgnisse des Handels wohl weniger gegründet. Es ist nicht zu erwarten, daß Dänemark diese Expedition als einen Krieg betrachten sollte und noch weniger, daß es eine Maßregel, die nicht mehr im Geiste der Zeit ist, nämlich Kaperbriefe zu ertheilen, ergreifen werde. . ." In gleichem Sinne sprach sich ein vom 5. datirtes Antwortschreiben desselben Ministers an den dänischen Gesandten, Grafen v. Plessen, vom 3. April aus. (S. Hamb. Corresp. 24. April.) Dieser hatte in einer Note vom 3. dagegen, daß die preuß. Regierung einer Truppenabtheilung den Befehl ertheilt habe, über die Grenzen Sr. dänischen Majestät zu marschiren, als wider eine auffallende Verletzung der Souverainetätsrechte des Königs von Dänemark „in förmlichster Weise" protestirt. Hr. v. Arnim erwiderte darauf, „daß die fragliche militärische Maßregel, weit entfernt, einen feindlichen oder aggressiven Charakter gegen Dänemark zu haben, allein in der zwiefachen Absicht ergriffen sind, die Gebiete des deutschen Bundes wider eine Verletzung, mit welcher sie bedroht scheinen, zu beschützen, und zu Gunsten eines deutschen Bundesstaates diejenigen festgestellten Rechte zu bewahren, welche eben durch einen neuen Akt der dänischen Regierung so gewaltsam angegriffen sind." Wenn Preußen diese Stellung einnehme, so verkenne es in keiner Weise die Souverainetätsrechte, welche der König von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Schleswig-Holstein besitze. Diese Rechte seien in den Augen der preuß. Regierung nicht weniger geheiligt, als die der Herzogthümer selbst. „Um überdies", heißt es in der Antwortsnote weiter, „einen schlagenden Beweis seiner friedlichen Gesinnungen und seines aufrichtigen Wunsches zu geben, durch gütliche Verhandlungen die Möglichkeit eines offenen Bruches zu entfernen, hat der König dem Major v. Wildenbruch befohlen, sich zugleich zu dem Könige von Dänemark zu begeben, um Sr. dänischen Majestät in Betreff der Beweggründe und des Gegenstandes der Politik der preuß. Regierung alle Aufklärung zu geben, welche zu Beruhigung der Vorstellungen des kopenhagener Hofes über unsere Absichten am geeignetsten erscheinen sollten, und um eine Annäherung der Ansichten zu bewirken, deren Divergenz Niemand schmerzlicher beklagen kann, als das Cabinet des Königs." (Dem russischen Hofe Aufklärung über die preußischen Absichten zu geben, war der General v. Pfuel designirt; eine andere Mission ließ diesen

jedoch die Reise nach Petersburg noch um einige Monate verschieben.) Auf dem Schauplatz der Feindseligkeiten unterhandelte der Commandeur der preußischen Truppen in Holstein, Oberst v. Bonin, mit dem dänischen Generalmajor und Commandeur der dänischen Truppen in Schleswig, Hrn. v. Hedemann. Dieser hatte am 13. statt des von dem Ersteren gemachten Vorschlages, einen dreitägigen Waffenstillstand zu schließen und während dieser Zeit die Verhandlungen zur Wiederherstellung des status quo ante zu führen, eine vierzehntägige Einstellung der militärischen Operationen vorgeschlagen, um während derselben durch diplomatische Unterhandlungen das Vermittelungsgeschäft zwischen Dänemark und seinen Herzogthümern einzuleiten. Zu diesen Verhandlungen erklärte sich darauf Hr. v. Bonin, am 14., nicht ermächtigt. „Ich habe", antwortete er, „einzig und allein die Pflicht zu erfüllen, den status quo ante nach dem Beschlusse des deutschen Bundes herzustellen, den status quo ante, welcher durch Besetzung des Herzogthums Schleswig durch dänische Truppen verletzt worden ist." In einem Schreiben vom folgenden Tage präcisirt er seine Bedingungen dahin, daß 1) die dänischen Truppen Schleswig räumen, indem sie auf die Positionen, welche sie vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten, also am 28. März inne hatten, zurückgehen, 2) daß die dänischen Kriegsschiffe zu gleicher Zeit die Häfen und Gewässer der beiden Herzogthümer verlassen, 3) daß alle seit Eröffnung der Feindseligkeiten gemachten Gefangenen sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Bis zum 18. werde er, in Rendsburg, die Antwort erwarten. Dänemark antwortete am 19., indem es die Beschlagnahme aller in dänischen Häfen befindlichen deutschen Schiffe anordnete und gleichzeitig seinen Kriegsschiffen den Befehl zur Aufbringung der preußischen Handelsschiffe ertheilte.

Aufrufe zu materieller Unterstützung der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins, zur Bildung von Freischaaren waren unterdessen an verschiedenen deutschen Orten erlassen. Dr. Wille in Hamburg hatte zuerst zur Bildung von Freischaaren aufgefordert. In Berlin war es der Regierungs-Assessor Marcus Niebuhr, Sohn des berühmten Geschichtsschreibers, der den ersten „Aufruf für die Vertheidigung Schleswig-Holsteins" erließ. „Vorgestern", theilte er in diesem vom 1. April datirten Aufrufe mit, „war ich in Rendsburg, sechs Tage nach Einsetzung der Regierung, und bereits waren gegen 3000 Mann Linientruppen mit 8 Geschützen, ferner über 600 trefflich bewaffnete Freiwillige gegen die Königsaue entsandt. Andere 8 Geschütze und etwa 600 Freiwillige sollten gestern oder heute folgen; fast Stunde für Stunde werden neue Abtheilungen fertig gemacht. Vorgefunden aber hatte die provisorische Regierung nichts, kein Geschütz marschfertig u. s. w. Aber — fährt der Aufruf fort — es ist zu fürchten, daß die Rüstungen bald eingestellt werden müssen. Das Land kann nur Pferde, Lebensmittel, Fourage, Geld, begeisterte Mannschaft liefern. Es fehlt aber an Waffen, an Montirungen, an geübten Offizieren und Unteroffi-

zieren, an Militär-Handwerkern. Laßt uns uns unsern Brüdern mit dem helfen, womit wir helfen können. Zunächst sind dies Stiefel und Schnürschuhe, wollene Socken, Leinewand, Charpie und andere Lazarethgegenstände. Ferner werden altgediente Soldaten und Leute, die in den Militärhandwerken geübt sind, aufgefordert, nach Rendsburg zu gehen. . . Halten wir alle zusammen, so sind wir des Sieges gewiß." Von den HH. R. Decker, Stadtv. Duncker, Prof. Jakob und Wilhelm Grimm, Geh. Ob.-Bergrath Karsten, Buchhändler Hertz, Reimer, Springer unterzeichnet, erschien am 18. ein Aufruf, in welchem die genannten Personen sich zur Empfangnahme von Geldbeiträgen für die provisorische Regierung bereit erklären. „Der Staat Preußen, als solcher", heißt es in dem Aufrufe, „hat zwar schon viel gethan zur energischen Unterstützung der Schleswig-Holsteiner und thut es noch; aber ohne Zweifel giebt es auch viele Preußen, die als Private die provisorische Regierung zu unterstützen wünschen, und Preußens Hauptstadt ist gewiß reich an solchen Männern, denen es bisher nur an einer Gelegenheit fehlte." Auch die Freunde einer aus Privat-Geldbeiträgen zu begründenden „deutschen Flotte" erhoben jetzt ihre Stimme. Der Professor G. Karsten erinnerte, am 21., daran, daß noch vor dem Beginne der Feindseligkeiten zwischen Dänemark und den Herzogthümern Dänen eine bedeutende Summe zum Ankauf und zur Ausrüstung eines Dampfschiffes aufgebracht hätten, um es, da der schlechte Zustand der dänischen Flotte allgemein bekannt gewesen, der dänischen Regierung anzubieten. „Wollen wir Deutsche", fragt Hr. Karsten, „weniger patriotisch sein als die Dänen? Jetzt gilt es, möglichst schnell eine kleine Kriegsmarine zu schaffen, den Anfang der langersehnten und uns jetzt so nöthigen deutschen Flotte, die uns schützen soll vor solchen Anfällen, wie sie die Dänen gegen wehrlose Seestädte sich erlaubt haben. An tüchtigen Seeleuten fehlt es nicht in Schleswig-Holstein, Schiffe, die sich zur Kriegsausrüstung eignen, werden sich in der Handelsmarine finden; es fehlt nur das Geld zur Armirung. Steuert bei, deutsche Mitbrüder, zu der hier in Berlin eingeleiteten Sammlung; Eure Beiträge werden helfen die deutsche Flotte erbauen."

Schnellere Erfolge hatten die Aufforderungen, welche auf Ausrüstung und Unterstützung von Freischaaren gerichtet waren. Schon am 4. fand eine Versammlung von etwa 200 jungen Männern statt, von denen der kleinere Theil unter dem Militär gestanden hatte, um über die Bildung eines Freicorps zu berathen. Es bildete sich ein Comité zur Beschaffung von Waffen und anderweitigen Beiträgen; drei Mitglieder desselben, der Student Feenburg, der Candidat v. Szepanski und der Literat Leopold Arends gingen am 5. nach Rendsburg ab, um die Bedingungen zu erfahren, unter welchen die Freischaaren dort aufgenommen würden. Diese kehrten, nachdem sie besonders mit dem Obersten Fabricius vom schleswig-holsteinschen Generalcommando verhandelt, mit der Nachricht zurück, daß das Generalcommando die Verpflegung und Be-

soldung des Freicorps übernehme, wogegen dieses sich zum Dienste für die ganze Dauer des Krieges verpflichte, daß dessen Eintreffen bald gewünscht werde und daß die provisorische Regierung der Kosten der Fahrt von Berlin nach Rendsburg trage. Die Voss. Zeitung wußte in ihrem Berichte mitzutheilen, daß auch der Fürst Lichnowsky sich für die Beschaffung von Waffen interessire. Nachdem die erforderlichen Vorbereitungen getroffen waren — in öffentlichen Localen waren Listen zu Beiträgen ausgelegt, vor den Bürgerwehrwachen, so auch vor dem von den Studenten besetzten „National-Eigenthum", Becken zur Aufnahme von Geldunterstützungen aufgestellt worden — ging das erste berliner Freicorps am 17. Morgens 6 Uhr mit dem hamburger Eisenbahnzuge ab. Die genannten drei Comitémitglieder, sowie die HH. Max John und Nicolai, standen an der Spitze des Corps, das zu seinem Führer Hrn. v. Szczepanski — dessen Adjutant der „Barrikadenheld" Student Feenburg — gewählt hatte. Etwa 150 Mann, deren vollständige Ausrüstung noch nicht besorgt war, blieben einstweilen zurück. Am 19. folgte eine zweite Abtheilung des Corps, aus 22 Mann bestehend. Auch Frau Luise Aston begab sich nach dem Kriegsschauplatze, „um sich dort der Pflege der verwundeten deutschen Krieger zu widmen." — Den Abzug des ersten Corps schildert die Spen. Z. in folgender Weise:

Um 5 Uhr früh versammelten sich etwa 150 Männer, in grüne Staubhemden gekleidet und sämmtlich mit Büchsen und Schießgewehren bewaffnet, in dem Kastanienwäldchen hinter der Universität. Zugleich mit ihnen trafen zum Ehrengeleit des Corps bewaffnete Abtheilungen der Bürgerwehr, der Studirenden, der Künstler, des Handwerkervereins und der Scharfschützen ein. Gegen 6 Uhr begann der Abmarsch des Corps und der Ehren-Deputationen mit fliegenden Fahnen und einem Musikcorps mit der Melodie des „Schleswig-Holstein meerumschlungen". Der Zug ging von der Universität aus, geleitet von einer zahlreichen Volksmenge, die Linden hinab, durch die neue Wilhelms- und Luisenstraße, zum neuen Thore hinaus, durch die Invalidenstraße nach dem hamburger Bahnhof, wo, durch Zufälligkeiten verspätet, sich auch noch ein Ehrengeleit der Erd-Arbeiter vor den Thoren mit zwei Fahnen einfand. Die Ehrengarden marschirten in zwei Reihen zum Spalier auf und nahmen die Freischaar in die Mitte, um die Verwandten der Abreisenden zum Abschied an sie herantreten zu lassen. Diese Scene war ergreifend, war schmerzlich. Mehrere Mitglieder des Corps sind verheirathet und lassen Frau und Kinder zum Theil in nicht eben günstigen Umständen zurück. Väter und Mütter, Schwestern und Brüder, Weib und Kind gaben das letzte Lebewohl, bis unter donnerndem Hurrah und Gewehrsalven der Einmarsch in das Bahnhofsgebäude erfolgte. Die Freischärler bestiegen unter Kuß und Händedruck die Wagen. Eine zahllose Volksmenge erfüllte den Bahnhof und unter viel tausendfachem Lebewohl setzte sich der Zug in Bewegung. Zum Abschied stimmte die Musik noch einmal das „Schleswig-Holstein" an, knallten noch einmal die Büchsen, dann verschwand der Zug schnell aus dem Gesicht und das Ehrengeleit marschirte zur Stadt zurück, indem sich die Arbeiter-Deputation dem Zug anschloß. Die jungen Kriegsmänner gewährten einen schönen Anblick, es waren etwa 40 Studenten und eben so viele Mitglieder des Handwerkervereins unter der Mannschaft. Der Adjutant Feenburg, dessen Thätigkeit man hauptsächlich die Zusammenstellung des Corps zu danken hat, trug ein Staubhemd von grüner Seide, das ihm zwei Tage vorher von unbekannter, wahrscheinlich schöner Hand zugesendet worden war. Die meisten Mitglieder des Corps sind berliner Kinder.

Junge Handwerker, die ohne Beschäftigung waren, Studenten, denen die Ferien Muße ließen, statt Waffen zu tragen, diese zu gebrauchen, unzufriedene jugendliche Politiker, die den Schauplatz ihrer Thätigkeit wechseln zu müssen glaubten, indem sie ihn aus den Sitzungssälen der Clubs und den Orten der

Volksversammlungen in das Schlachtfeld und die Bivouacs verlegten, — wie denn der wegen seiner oppositionellen Bestrebungen nicht ohne Verfolgung gebliebene Handlungsgehilfe Ottensosser dem politischen Club seinen Entschluß in den Krieg zu ziehen feierlich verkündigte — Personen, welche theils aus bloßer Lust an Abentheuern, theils aus wirklichem Thatendrange den friedlichen Bewegungen Berlins den Rücken kehrten, um sich an den kriegerischen der Herzogthümer zu betheiligen, im Militärdienste geübte Jünglinge endlich, welche aus Begeisterung die Waffen zu einem nationalen Befreiungskampfe ergriffen — das waren die Elemente, aus denen sich die freiwilligen Hilfstruppen gebildet hatten, welche Berlin den Herzogthümern sandte. Viele kehrten schon befriedigt, nachdem sie ein Gefecht glücklich mitgemacht, nach Berlin zurück, Andere verließen aus Unmuth über den langsamen Gang der Dinge den Kriegsschauplatz; Diejenigen, die nicht unter die regelmäßigen Truppen gegangen waren *), wurden nach Verlauf einiger Monate heimgeschickt. — Schon vor dem Abgange des ersterwähnten Freicorps war ein Corps unbewaffneter Arbeiter und Handwerker nach Rendsburg aufgebrochen. In Altona jedoch wurde es zurückgewiesen, indem der Mangel an Waffen als Grund der Zurückweisung angegeben ward. Nach einer Mittheilung, welche dem Studenten Löwenort auf dessen Anfrage um die Mitte Aprils von dem Herzoge von Augustenburg zugekommen war, dankte der Herzog für jede fernere Zusendung leichter Truppen und Freicorps. Gleichwohl unterblieb die Bildung neuer, zum Theil Scharfschützen-Corps nicht. In den Blättern vom 27. findet sich eine Anzeige, wonach das früher genannte Schillsche Freicorps diesen Namen nicht mehr führe, da der Führer desselben mit den eingegangenen Beiträgen sich „nichtswürdigerweise heimlich entfernt und dem Corps durch seine Persönlichkeit nur Schaden zugefügt" habe, so daß es mittellos dastehe und sich genöthigt sehe, milde Beiträge von Patrioten zu erbitten. Das Corps bestehe aus gebildeten, unbescholtenen Leuten, „welche der Theilnahme aller es mit der deutschen Sache Gutmeinenden würdig seien" und nenne sich fortan nach seinem neuen Führer **) das Rothesche Freicorps.

---

*) Zu ihnen gehörte der Führer des am 17. abgegangenen Freicorps, Hr. v. Szczepanski, der im folgenden Jahre zum Hauptmann in der schleswig-holsteinischen Armee befördert wurde.

**) Hauptmann Rothe figurirte zwei Jahre später in einem großen vor dem berliner Criminalgericht verhandelten Betrugsprocesse als Mit-Angeklagter.

VII. Das Volks-Wahlcomié und seine Thätigkeit — Vorbereitungen zu den Wahlakten. — Der Plan einer Massendemonstration für die directen Wahlen und seine Gegner.

Das von der Volksversammlung am 10. ernannte „berliner Volks-Wahlcomité" begann seine Thätigkeit damit, eine Deputation zu ernennen, welche sich mit dem Ministerium zur Erreichung eines directen Wahlrechtes in Verbindung setzen sollte. Zugleich erließ es (am 11.) folgendes als Plakat gedrucktes Manifest:

Innerhalb weniger Wochen hat ganz Deutschland die Ketten der Willkürherrschaft gebrochen. An allen Orten ist der Hochmuth der Gewaltkaber gedemüthigt. Das Volk ist Sieger. Jetzt gilt es, den Sieg zu benutzen. — Der alte Bundestag, der seit 33 Jahren die Geißel der Knechtung über dem deutschen Volke geschwungen hat, ist machtlos zusammengesunken. An Stelle dieser Versammlung fürstlicher Gesandten soll jetzt eine Versammlung von Abgesandten des deutschen Volks, ein deutsches Volksparlament treten. Dieses Volksparlament soll eine neue Bundesverfassung zur Sicherung der Freiheit und zur Hebung des durch das alte System zerrütteten Wohlstandes der deutschen Nation berathen und beschließen. — Durchdrungen von der hohen Wichtigkeit des in Frankfurt bevorstehenden Aktes, hat eine in Berlin am 10. April abgehaltene Volksversammlung das unterzeichnete Comité beauftragt, eine tüchtige Leitung der preußischen Wahlen zum deutschen Parlamente zu veranlassen. Diese Versammlung war so einmüthig von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit directer (unmittelbarer) Wahlen und eines rein demokratischen Körpers an der Spitze der gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands überzeugt, daß es Aufgabe des Comités sein wird, nur Männer von anerkannt demokratischer Gesinnung und tüchtigem Charakter vorzuschlagen und nach Kräften zu unterstützen. — Die nachfolgenden in der Volksversammlung vom 10. April verlesenen 13 Artikel, welche das demokratische Central-Comité zu Frankfurt a. M. vorläufig als Grundlage der neuen deutschen Verfassung aufgestellt hat, wurden von der Versammlung als die ihrigen angenommen: (Folgen die früher mitgetheilten Punkte.)

Das unterzeichnete Comité hat seine Thätigkeit damit begonnen, den verantwortlichen Ministern zu erklären, daß es nach dem Willen des Volks auf directen Wahlen bestehen müsse. Die indirecten Wahlen widerstreiten dem Grundsatz der Demokratie und begünstigen jederlei Aristokratie; sie verfälschen die Stimme des Volks, und geben die Wohlfahrt Aller dem Belieben einiger weniger Wahlmänner Preis. Die nächste Pflicht des Comités ist nun, von seiner Aufgabe und Wirksamkeit das preußische Volk in Kenntniß zu setzen, und es zugleich aufzufordern, sich mit ihm in gleichem Streben zu vereinigen. Es richtet daher die dringende Mahnung an alle gleichgesinnten Männer in Stadt- und Landgemeinden, unverzüglich an allen Orten Volksversammlungen zu berufen, die hohe Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen zum deutschen Parlamente darzulegen, die Forderung unmittelbarer Wahlen zu stellen, die obigen Artikel des unterzeichneten Comités mitzutheilen und zur Abstimmung zu bringen, die Wahl von Provinzial- und Kreis-Wahlcomités durch die Versammlungen zu veranlassen, und mit allen Kräften auf die Wahl wahrhaft unabhängiger Volksmänner zu dringen.

Das Berliner Volks-Wahlcomité.

Friedr. Baader, Schriftsteller. Berends, Buchdruckereibesitzer und Stadtverordneter. Bergenroth, K.-G.-Assessor. Bisky, Goldarbeiter. Born, Schriftsetzer. Constant, Kaufmann. Dr. Ludwig Eichler, Schriftsteller. Dr. Erman, Professor an der Universität. W. Fähndrich, Weinhändler. v. Förster, Schriftsteller. Hammerfeld, Assessor. Held, Redacteur der Locomotive. A. Heramer, Doktor der Heilkunde. Hoppe, Schriftsteller. Jung, K.-G.-Assessor. Köppe, Doctor der Philosophie. Krause, Schlosser. Kümmlau, Naturforscher. Lange, Student. Dr. Lessing, Arzt. Graf zur Lippe, Nationalökonom. Mertens, Baumeister und Stadtverordneter. Monecke, Student. Fritz Müller, Schlosser. Dr. Nauwerck, Stadtverordneter. Dr. Prutz, Schriftsteller. Dr. Ries, stellvertre-

tender Vorsteher des Handwerkervereins der Johannisstraße. Salis, Student. Dr. Schasler, Redacteur der Volksstimme. Schlöffel, Student. Siegerist, Maschinenbauer. Steffens, Drechsler. Dr. Thümmel, Arzt. Türke, Dr. d. Rechte. Dr. Wiß, Arzt und Schriftsteller.

Die Deputation erlangte am 13. eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten. Ueber das Resultat derselben berichtete folgende Mittheilung:

Das unterzeichnete Comité, gewählt von der Volksversammlung unter den Zelten am 10. d. M., Behufs Erwirkung des directen Wahlrechts zunächst für das deutsche Parlament, hatte eine Deputation ernannt, welche sich in diesem Sinne bei dem Minister-Präsidenten Hrn. Camphausen verwenden sollte. Die Deputation hat heute Morgen ihren Auftrag ausgerichtet. Sie machte dem Herrn Minister-Präsidenten bemerklich, daß das directe Wahlsystem das einfachste sei und den Volkswillen am treusten offenbare, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in den meisten deutschen Staaten auf directe Weise gewählt werden, demnach die preußische Vertretung eine ungleichartige sein und im Nachtheile stehen werde. — Der Herr Minister-Präsident erwiderte im Wesentlichen, daß ein directes Wahlrecht, wie in Nordamerika, nicht ohne einen Census ausführbar sei, daß die aus directen Urwahlen hervorgehende Vertretung zur Republik führen werde, und daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung aufs Engste mit dem bereits erlassenen Wahlgesetze verknüpft sei, gegen welches übrigens aus den Provinzen auch noch kein Protest eingegangen. Die Deputation erwiderte hierauf unter Anderem, daß nachdem am 19. März dem Volke als Friedensbedingung eine Verfassung auf den breitesten Grundlagen zugesagt worden, das gegenwärtige Wahlgesetz doch nicht den dadurch erregten Erwartungen entspreche, da eine directe Vertretung des Volkes bei der Nationalversammlung sowohl mit der constitutionellen Monarchie vereinbar, als auch allein im Stande sei, jene breiteste Grundlage zu gewähren. Das Berliner Volks-Wahl-Comité.

Nach einer näheren Mittheilung, welche ein Mitglied der Deputation in der „Reform" über den Inhalt der Audienz machte, habe Hr. Camphausen einem Deputationsmitgliede auf dessen Forderung, die zugesicherte Vorlage einer Verfassung auf breitester Grundlage auch zu erfüllen, geantwortet: „Breiteste Grundlage? Da müßten Sie ja eigentlich die Frauen und Kinder auch mitwählen lassen!" Darauf der Sprecher: „Excellenz geruhen eine Caricatur aus dem zu machen, was ich aus tiefster Seele gesprochen habe." Die Aeußerung Camphausens, „daß das gegenwärtige Ministerium mit den indirecten Wahlen stehe und falle, und daß die directen Wahlen zur Republik führten", sei zweimal, in einer Privataudienz zur Erlangung der officiellen und in dieser selbst, von demselben gemacht worden. „Ist das Eure Alternative?" fragt die Reform. „Republik oder das Ministerium Camphausen? So ähnlich, wenn auch nicht so deutlich, hat das Ministerium Guizot auch gesprochen." — Ein Mitglied des Comités, Dr. Türcke, trat in einer öffentlichen Erklärung (Z.-H. 13. Ap.) der Ansicht, daß directe Wahlen zur Republik führen, entgegen. Als Mitglied des demokratischen Centralcomités in Frankfurt, dessen Programm von dem berliner Volkswahlcomité adoptirt worden war, hielt er es für seine Pflicht, die in jenem Programme mißverstandenen Worte zu rechtfertigen. Das Programm, begann die Erklärung, habe vor einigen Tagen, als man es in den Straßen Berlins angeschlagen gefunden, die heftigsten Angriffe der berliner Bürger hervorgerufen; die meisten Exemplare seien abgerissen und in den Schmutz getreten worden. „Die Worte des Programms, daß Besserung nur von der freiesten Staatsform zu hoffen sei, wollte man als eine Proclamation

der Republik deuten. Die demokratische Partei versteht darunter jedoch nur eine Staatsform mit demokratischen Institutionen, besonders mit einem demokratischen Wahlrecht. Wie unpraktisch — fährt er fort — wäre nicht die Proclamation der Republik! Die Krankheit und das Elend des Volks ist so groß, daß ihm durch keine Staatsform sofort abgeholfen werden kann. Muß es uns denn nicht wünschenswerther sein, daß dies Elend der alten Staatsform, die es ja doch in Wahrheit verschuldet hat, als der neuen zur Last gelegt werde. Und endlich, was heißt Republik? Hat man mit diesem Namen nicht oft die fürchterlichste Tyrannei bezeichnet? Nicht die Republik, sondern die Demokratie ist der großen Zukunft alleinzig Ideal!" — Das Volks-Wahlcomité suchte die „Gefahren und Nachtheile der indirecten Wahl, d. h. der Wahl durch Wahlmänner" in populärer Weise darzustellen. Ein Flugblatt unter dieser Ueberschrift, das in die Provinzen versandt wurde, sollte besonders unter dem Landvolke für das directe Wahlsystem Propaganda machen und eine allgemeine Unterstützung des Planes, directe Wahlen herbeizuführen, veranlassen. Dasselbe lautete:

Was die meisten Leute im ganzen Lande wollen, das muß Gesetz werden und dem müssen sich die andern fügen. Das ist ein sehr einfacher Satz, der wohl nirgends Widerspruch finden wird, selbst nicht bei denjenigen, welche die neue Freiheit schief ansehn, weil sie dieselbe für ein Werk weniger Ränkemacher halten. Um zu erfahren, was die Leute wollen, ist das Gesetz gegeben worden: „Jeder großjährige Preuße, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seinen Wohnsitz und Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht." Wie unbillig es ist, nur den armen Mann neben dem Verbrecher auszuschließen, und dadurch die Armuth gewissermaaßen selbst als ein Verbrechen darzustellen, brauchen wir wohl niemandem zu sagen, — das fühlt jeder in seiner Brust. Mit dieser Ausnahme wäre also die Sache ganz schön: Jeder ist Wähler, und hat also die Möglichkeit, den Mann als Gesetzgeber zu wählen, der seine Meinung richtig vertreten wird. Auf 40,000 Seelen soll ein solcher Deputirter kommen. Unter 40,000 Seelen werden mithin ungefähr 10,000 großjährige Männer, also Wähler sein. Jeder von den 10,000 schreibt auf einen Zettel den Namen des Mannes, dem er das meiste Zutrauen schenkt. Wer nachher die meisten Stimmen hat, der ist der richtige Deputirte, denn er vertritt die Meinung der meisten Leute. — Laßt Euch nur nicht von den Burgemeistern und Landräthen vorreden, die Sache sei unmöglich, besonders auf dem Lande, wo die Leute weit aus einander wohnen und nicht Zeit haben, meilenweit zu wandern, um an den Hauptwahlort zu kommen. Das läßt sich sehr leicht machen, wenn einige vereidete Leute die Zettel sammeln und an den Hauptort bringen. Nun damit wäre wohl jeder Mensch zufrieden, denn wenn das ganze Land so wählen würde, und die Deputirten kämen zusammen und machten Gesetze, so müßte doch jeder sagen, sei er nun mit den Gesetzen zufrieden oder nicht: *Diese Gesetze sind so gemacht, wie die meisten Leute im Lande es haben wollen.* Leider ist es aber mit den Wahlen nicht so. Die Regierung hat darüber ein künstliches Gesetz gegeben, wodurch es wieder sehr unsicher wird, ob wirklich der, den die meisten Leute wollen, auch Deputirter wird. Die Regierung sagt nämlich: Um direct so einen Deputirten zu wählen, dazu sind die Leute noch zu dumm, sie sollten vielmehr erst Wahlmänner, d. h. solche Leute wählen, die dann nachher unter sich zusammen kommen und ausmachen: wer Deputirter sein soll. Das ist aber ein sehr gefährlicher Kunstgriff. Stelle man sich die Sache nur klar vor. Nämlich: Statt, daß die 10,000 Wähler, die auf 40,000 Seelen ungefähr kommen, frischweg aufschreiben, wen sie zum Deputirten haben wollen, nimmt man jetzt je nach Größe der Gemeinde oder Stadt so ein 100—600 Wähler apart vor und sagt: Ihr wählt jetzt Wahlmänner, so ungefähr per 100 Wähler einen Wahlmann. Das giebt etwa 80—100 Wahlmänner auf 10,000 Wähler oder 40,000 Seelen. Diese 80 oder 100 Wahlmänner, die sollen dann für Euch den Deputirten wählen. Nun wird man sagen: Was schadet das? Wenn die Leute überhaupt wissen, wen sie als

Deputirten wollen, nun dann werden sie schon auch zuverlässige Leute finden, die ihnen versprechen, den und keinen andern zu wählen, wenn sie Wahlmänner werden. Darauf antworten wir: Was man selbst thun kann, soll man keinem andern überlassen, und Versprechungen von so einem Wahlmann sind, wie die Erfahrung in andern Ländern lehrt, sehr unsicher. Der läuft nun dem Bürgermeister, dem Landrath, dem Pfarrer, dem Gerichtsherrn durch die Finger und wird, besonders auf dem Lande, bis zur Wahl der Deputirten so weich geknetet, daß er den wählt, den ihm die Leute in's Ohr flüstern. Wenn also nur die Hälfte der Wahlmänner auf diese Art beschwätzt, eingeschüchtert oder bestochen werden, so erhält das Land einen Deputirten, an den Niemand im Traum gedacht hat, einen Mann, der die Absichten von ein Paar Ränkemachern, aber gar nicht die der meisten Leute im Lande vertritt. Ich will aber einmal annehmen: Eure Wahlmänner wären Männer von Eisen, die sich nicht herumkriegen lassen und den wählen, der ihnen aufgetragen war. Was hättet Ihr dann von der Geschichte gehabt, als das: Was Ihr gleich selbst thun konntet, haben andre gethan, unnöthige Zeit ging verloren, ihr habt umsonst Angst ausgestanden und seid Gefahr gelaufen, betrogen zu werden. — Wir haben viel über den Vortheil dieser indirecten Wahlen nachgedacht, wir haben auch die gescheidtesten Leute gefragt, wozu denn diese doppelte Arbeit gut wäre, kein Mensch hat es gewußt; wozu sie aber schlecht wäre, das wußten alle. Endlich aber hat uns doch einer hinter den Kniff gebracht: Die Beamten nämlich, die vor der neuen Freiheit die Herrschaft hatten, die möchten sie gerne wieder gewinnen, und die haben das Kunststück erfunden. Die wissen, wie man mit den Leuten umspringt, wenn man sie einzeln vor hat. Mit 10,000 Wählern, da läßt sich nichts machen, die kann Niemand bestechen oder beschwätzen, aber so ein 40 Wahlmänner herum zu kriegen, das ist für so geriebene Leute ein wahrer Spaß.

Von den in den Volksversammlungen gewählten Mitgliedern des Wahlcomités hatte nur Hr. Runge, „obschon das ihm geschenkte Vertrauen nicht verkennend", die Wahl doch nicht annehmen zu können erklärt. Nachdem das Comité einige Sitzungen gehalten, sah sich eine Anzahl von Mitgliedern veranlaßt, aus demselben auszutreten. Es waren die HH. Julius Berends, Bisky, Born, Ehrenreich Eichholz, Assessor Hammerfeldt, Graf zur Lippe, Dr. Lessing, Stadtverordn. Mertens, K. Nauwerck, Dr. Prutz, Dr. Ries, M. Schasler, O. Schomburgk, Sanitätsrath Thümmel, welche durch die öffentlichen Blätter die Anzeige erließen: sie fühlten sich gedrungen zu erklären, daß sie mit der Mehrheit der Wahlcomités nicht mehr übereinstimmten und deshalb aus demselben austräten. In einer motivirten Erklärung vom 16. suchten diese Herren ihren Austritt in folgender Art zu rechtfertigen:

Die unterzeichneten Mitglieder des in der Volksversammlung vom 10. gewählten berliner Volks-Wahlcomités haben das ihnen ertheilte Mandat zur Erwirkung directer Wahlen in der Ueberzeugung angenommen, daß nur in dieser Form des Wahlaktes die wahre Meinung des Volkes einen reinen und unverfälschten Ausdruck erhalte. Sie haben in diesem Sinne und zu diesem Zwecke alle Wege eingeschlagen, die sie vor ihrem Gewissen verantworten zu können glauben. Da sie aber im Verlaufe der Debatten über die ferneren Mittel, das unmittelbare Wahlrecht zu erzielen, mit der Majorität des genannten Comité's in Widerspruch gerathen sind, so haben sie unbeschadet des Princips, dem sie auch ferner ihre Kräfte widmen und durch Schrift und Wort Geltung zu verschaffen suchen werden, aus dem Comité auszuscheiden sich veranlaßt gesehen. (Folgen die oben angeführten Namen.)

Die Mehrheit des Comité's hatte in der zweiten Sitzung desselben den Beschluß gefaßt, daß „eine große friedliche Manifestation das berliner Volk am nächsten Donnerstage, dem 20., zu einem feierlichen Zuge nach dem Schlosse vereinigen" sollte. Diesem Beschlusse widersetzte sich die erwähnte Minorität. Der junge Schlöffel, ebenfalls Comitémitglied, unterließ nicht, in seinem „Volksfreund" (Nr. 5.) den Ausgeschiedenen einen Nachruf zu widmen: „Das

Wahlcomité lebt noch trotz der 14 Männer, die durch ihren Austritt es stürzen wollten." Nachdem er darauf jene Herren leichthin charakterisirt, fährt er fort: „So gehe hin, Du besonnene Minorität; auf Dir ruht nicht der Fluch, den einst künftige Geschlechter auf uns wälzen werden, die wir Schuld waren an diesem ungesetzlichen Zuge, an diesem Scheidewege des friedlichen Liberalismus und der Demokratie. Ihr seid unschuldig, sehr unschuldig! Das Comité hat sich verstärkt durch Männer, deren Gewissen einen solchen ungesetzlichen Schritt schon auf sich nimmt, wie Lüchow, Michaelis, Edgar Bauer, der bekannte Vorkämpfer für Volksfreiheit, der drei Jahre hindurch in den Kerkern der magdeburger Citadelle die Schrecken der preußischen Tyrannei zu erfahren hatte, Student Lange (aus Meklenburg), Student Friedrich, Solger." — Auf den 17. war wiederum eine Volksversammlung unter den Zelten einberufen, in welcher das Comité von seiner Thätigkeit Rechenschaft ablegen wollte. „Diese Versammlung" berichtet die Zeit.-H., dem Inhalte nach übereinstimmend mit den andern Berichten, „war eben so zahlreich besucht, als durch ihre Ruhe und entschiedene Haltung ausgezeichnet. Nicht die geringste Störung unterbrach die Debatte und selbst die schwächsten Stimmen konnte man in der weitesten Entfernung noch vernehmen." In den Verhandlungen selbst wurden die einzelnen Akte der bisherigen Thätigkeit des Comités resumirt; wir geben sie nach dem erwähnten Berichte wieder:

Eichler referirt zuerst über die letzte große Versammlung, in der von den Wahlen gesprochen worden war, und setzt nochmals den Unterschied von directen und indirecten Wahlen auseinander. „Die vorige Versammlung", fährt er fort, „war der Meinung, daß directe Urwahlen das einfachste Mittel seien, diejenigen Männer zu bekommen, die man haben will. Sie wählte uns als Comité, um zuerst bei der Regierung dahin zu wirken, daß diese die indirecten Wahlen aufgäbe und das Volk durch Urwahlen unmittelbar seine Abgeordneten wählen ließe. Aus dem Comité gingen 5 Deputirte zu dem Minister, um ihm die Meinung des Volkes vorzustellen. Dieser aber erklärte, daß er mit den indirecten Wahlen stehen und fallen würde." Es gab sich nun im Comité der Zweifel kund, ob nicht der Minister vielleicht glaube, es sei nur ein kleiner Theil des Volks, der directe Wahlen haben wolle, und man beschloß, dem Ministerium zu zeigen, daß ein gewaltiger Theil des Volks dahinter stecke. (Stimmen aus der Versammlung: „Wir wollen Alle vor das Schloß gehen!") Es wurde vom Comité beschlossen, eine Deputation auf das Schloß zu schicken und diese durch einen Zug zu begleiten, damit sie sagen kann: „Herr Minister, Excellenz, auf diese Tausende stützen wir unseren Antrag." Zweitens waren ohngefähr 30 Personen in das Comité gewählt. Die waren bis zu dem zweiten Schritte Alle zugegen; 19 stimmten für, 6 gegen denselben. In der darauf folgenden Sitzung hatte noch Niemand seinen Austritt angezeigt; erst als wir auseinander gehen wollten, meldeten sich Einige, um auszutreten. Sie erklärten dabei, daß sie im Princip für die directen Wahlen, der Sache nach also mit uns einverstanden seien. Später schieden noch Einige aus, ebenfalls nur wegen des Zuges. Täuschen wir uns nicht! Der Schritt, den wir thun wollen, ist keine Kleinigkeit. Wir wollen zeigen: es ist kein Gesindel, das die directen Wahlen will, sondern es sind Leute aus allen Ständen, es ist das Volk. Wir wollen aber dem Minister nichts abtrotzen, wir wollen einen friedlichen Schritt, einen gewaltigen, großen, aber besonnenen, den man zu beachten gezwungen ist, weil man ihm Vertrauen schenken muß. Es ist so viel gesprochen vom Vertrauen zu den Ministern, wir vertrauen ihnen, aber wir wollen ihnen auch Vertrauen zu uns einflößen. Ich will nicht drohen, das sei ferne, aber wir wollen zeigen, daß das Volk sich Nachdruck verschaffen könnte, falls man es mißbrauchen wollte. Das Volk wird keine unbesonnenen Streiche machen, sondern nur, wenn von Anderen unbesonnene Streiche versucht würden, dieselben besonnen zunichte machen. Es ist also heut beschlossen worden, am grünen Donnerstage einen Zug in Ruhe und Ordnung zu machen. Dieser Tag ist der, welcher der Kreu-

zigung Christi vorherging. Daran nehmen wir uns eine Lehre und wollen Niemand opfern. Wir wollen geordnet in Zügen auf einem Platze innerhalb der Stadt uns versammeln und dann, die Fahnen voraus, vor das Schloß ziehen — vor jenes Schloß, in dem die Hohenzollern bisher kräftig regiert haben und, wenn sie weise sind, noch weiter gerecht regieren werden. Wir wollen dann eine Deputation zum Ministerpräsidenten hinaufschicken, die Ihren Willen kräftig, aber friedlich darstellen wird. Von einem gewaltsamen Verfahren von unserer Seite ist keine Rede, so lange man uns nicht wie vordem tyrannisiren will. Die Versammlung muß friedlich auseinandergehen, mag die Antwort ausfallen, wie sie wolle. Wir müssen zeigen, da man immer gesagt hat, das Volk sei nicht reif, daß wir reif sind. Wollen Sie reif sein? (Ja!)

Wenn wir nicht überzeugt wären, daß Sie reif, daß Sie besonnen sind, so würden wir nicht die schwere Verantwortung übernehmen, für Sie einzustehen. Wir gehen ruhig nach Hause, ganz egal, ob die Minister sagen, wir wollen erst berathen, wir wollen verneinen, wir wollen bejahen. Darf ich im Namen der Anwesenden auf mein Wort versichern, daß das Volk sich reif zeigen wird? (Einstimmiges Ja!) Sie werden Einer für den Andern einstehen, daß auch nicht ein Anschein von Tumult vorhanden sei. (Ja! Bravo!) Der Ort, die Stunde, die Art und Weise wird noch heut zum Vorschein kommen. — Das Comité hat auch noch anders gewirkt Wir haben in die Provinzen an die Männer unseres Vertrauens Manifeste geschickt, in welchen wir sie aufgefordert haben, ihrerseits ebenfalls Versammlungen zu berufen und Comités wählen zu lassen, um für die directen Wahlen zu wirken. In demselben Augenblicke, da wir hier stehen, geschehen in den Provinzen schon ähnliche Schritte. Wir haben ferner 10,000 Exemplare eines Manifestes an die Wähler abziehen lassen, wir wollen die Zahl bis auf 100,000 bringen. Für die Kosten, die das Comité allein nicht zu tragen im Stande ist, wird nachher eine Wanne herumgehen, in die Jeder hineinlegen kann, was er will, sei es ein Pfennig, ein Dreier, sei es, was es sei. — Der Redner liest hierauf das Manifest an die Wähler vor, und nach ihm Siegrist das Manifest an die Männer in den Provinzen. (Bravo!) — Prof Erman: Ich bin von denen, die zum Ministerpräsidenten zu gehen gewählt wurden, der Einzige, der noch im Comité ist. In Folge des Zwiespalts sind einige ausgeschieden. Ehe wir hierher kamen, habe ich selbst gesagt: es wäre möglich, daß ich ausschiede; nämlich dann, wenn ich nicht die vollständige Ueberzeugung gewänne, daß der Zug friedlich bleiben würde. Ich sehe das Heil Preußens nur, wenn ihm gehalten wird, was ihm am 19. März als Friedensbedingung gestellt wurde, nämlich, daß sich das Volk durch seine Vertreter selbst ein Staatsgrundgesetz gebe. Dazu ist nothwendig, daß sich das Volk ganz rein ausspreche. Wenn ein Zug, wie der beabsichtigte gemacht wird, so kann das Volk zeigen, daß es mächtig wird, oder es kann sich auch schwächen. Das Umkommen dabei wäre das Kleinste. Ich habe eine Frau und 7 Kinder, die mir über Alles theuer sind, und doch würde ich mich durch sie nicht abhalten lassen. (Bravo!) Das Schlimmste wäre, wenn wir nicht friedlich wären; dann würden wir unterdrückt werden und uns lächerlich machen! Will das Volk friedlich sein, so gehe ich mit. (Ja! Bravo!) — Jung: Wir sehen jetzt alle Tage Züge um Lohn, um Brot, um Arbeit. Ueber diese Fragen vergessen wir das Wichtigste, die Wahlen. Diese sind das Wichtigste, weil wir durch sie Männer bekommen müssen, die alle Züge überflüssig machen durch gute Gesetze. Von Louis Philipp sagte man, er wäre die beste Republik, und doch wurden die Franzosen allmälig um Alles betrogen. Man spricht jetzt, vor einem Monat hattet ihr Nichts und heut schon so viel, und doch seid ihr nicht zufrieden. Dies ist gerade wie mit einem Depositar, dem ich 100,000 Thaler anvertraut habe, und der mir davon nach langer Zeit erst 10, dann wieder 10 Thaler zurückgiebt und dabei sagt: Vorgestern hattest Du nichts, gestern gab ich Dir 10 Thaler, heut wieder zehn und Du bist noch nicht zufrieden. Die Regierung ist ein solcher Depositar. Man hat da einen Anschlag mit der Fabel von dem Agrippa gemacht. Agrippa bezeichnete das Volk als Unterleib, das paßt heut nicht und ist sogar beleidigend. Die Römer ließen sich durch das Gleichniß befriedigen; sie zogen zurück, wurden aber dafür noch lange von ihrem Kopfe, den Adligen, geknechtet. Bei den indirecten Wahlen steht unsere Freiheit noch auf dem Würfel. Bestehen wir also auf den directen! — Eichler: Bei dem Gleichniß möchte ich noch hinzufügen: Der Kopf darf sich eben so wenig vom Steiß, als der Steiß vom Kopf trennen. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen die Namen der ausgetretenen Mitglieder zu nennen. — (Er verliest dieselben.) — Ich höre ein Pfui, das ist nicht in der Ordnung. Diese Männer handelten nach ihrer Ueberzeugung; es wäre Unrecht, wenn sie anders gehandelt hätten. — Schasler: Ich fürchte mich nicht, Ihnen zu sagen, weshalb wir ausgetreten sind. Wir wollen auch die directen Wahlen, aber nicht durch eine Demonstration. Der Ministerpräsident hat erklärt, daß er mit den indirecten Wahlen stehen und fallen würde. Hätten wir ein anderes Ministerium, so wäre ich auch

für den Zug, aber wir haben keins. Ich glaube, wir werden dann Anarchie bekommen. (Nein!) Ich glaube es, ich kann mit der Demonstration nun und nimmer übereinstimmen. Das Ministerium taugt nichts, wenn es die directen Wahlen zugiebt. (Großes Mißfallen. — Oh! das ist nicht wahr!) Wir haben nach unserer Ueberzeugung gehandelt und gegen die läßt sich Nichts machen. — Eichler: Wir müssen den geehrten Redner seiner Ueberzeugung wegen ehren und achten. Aber über die Ueberzeugung möchte ich noch etwas sagen. M. H., wir sind Menschen und die können ihre Ueberzeugung ändern. Wir Alle haben schon unsere Ueberzeugungen geändert. Ich glaube, daß auch der Minister-Präsident, wenn er einsieht, daß er eine falsche Ueberzeugung gehabt hat, dieselbe ändern wird. Man sagt, unser Schritt führe zur Anarchie. Wir sind schon mitten in der Anarchie drin, aber trotz dieser ist bis jetzt kein Unfug, keine Störung eingetreten, nicht einmal ein unglückseliges — Mißverständniß. Wir werden dafür sorgen, daß die Anarchie nicht größer wird. Auch können wir nur sagen: wir wissen vorläufig kein anderes Ministerium, weiter nichts. Nehmen wir an: ein Mann liege auf dem Sterbebette, seine Verwandten drängen sich um ihn und rufen: wer wird die Leitung übernehmen, wenn der Vater sterben sollte? Stirbt er wirklich, nun, dann findet sich doch Einer, der die Leitung übernimmt. Wenn heut Hr. Camphausen nicht mehr Minister sein will, so wird er einen Anderen vorschlagen, und wenn er es nicht thut, so findet sich ein Anderer vielleicht über Nacht. Nehmen wir an, der Hauptminister stürbe durch Krankheit in dieser Stunde, nun, dann wären wir in derselben Lage. Wir würden dann Rath suchen und ihn finden. — Krause: Freunde! Alle Nächte, die wir daran gesetzt haben, alle Reden, die gehalten sind, alle unsere Versammlungen, sollen sie nicht umsonst gewesen sein, so müssen wir den Schritt thun. Ich spreche im Namen Vieler, die Alle dasselbe wollen, aber ich bürge dafür, auch Alle nur friedlich. — Oppenheim: Wir stellten am 18ten friedlich unsere Forderungen, von uns wurde keine Gewalt gebraucht, sondern von unseren Gegnern, und wir haben gesiegt. Die ausgetretenen Mitglieder, will mir scheinen, sind aus einem gewissen Mißtrauen in die Würde des Volkes ausgetreten, daß es nicht friedlich bleiben wird. Hätten sie Recht, dann wäre das Volk nicht reif und müßte gegängelt werden, wie vorher. Durch das Vertrauen des Volkes sind die Minister berufen worden und freudig begrüßt, weil man glaubte, das Volk würde ihnen gerne folgen. Aber sie mögen nicht drohen mit ihrer Entlassung! Kein Mensch ist unentbehrlich. Die Regierung ist um des Volkes willen da. Wir werden uns den Gesetzen fügen, aber uns muß es freistehen, unsern Willen gesetzlich zu äußern. — Constant: Auch ich wäre gegen die Demonstration, wenn wir nicht wüßten, daß sie friedlich vorübergehen würde. In allen freien Staaten finden Aufzüge der Art statt. Wir ziehen friedlich von dannen und besprechen uns am andern Tage darüber. — Solger: Ich glaube, daß jetzt gerade das Gegentheil stattfinden wird, wie am 18. März. Wenn unser Recht uns jetzt nicht geschmälert wird, so wird auch künftig keine Revolution nöthig sein. — Hoppe: Als das Wahlcomité eine ganze Nacht hindurch berieth, können Sie sich wohl denken, daß alle Gründe für und wider den Zug reiflich erwogen worden sind. Spandau und andere Städte der Umgegend sind erbittert auf Berlin. Warum? Weil sie verführt, oder weil sie nicht aufgeklärt sind. Wenn wir uns jetzt auch den Haß der Provinzen aufladen, so werden diese uns doch künftig dafür danken. Wir haben vor acht Tagen dem Ministerium ein Hoch gebracht, weil es die Wahlen durch den Landtag zurückgenommen hat. Meine Herren, wir wollen ihm im Namen des Landes und aller künftigen Geschlechter ein zweites, ein doppeltes Hoch bringen, wenn es noch einmal auf die Stimme des Volkes hört. Camphausen und Hansemann sind volksthümliche und tüchtige Männer. Möchten diese doch bleiben und mit dem Volke gehen! Ich bin überzeugt, hätten sie nicht den Staatsrath zur Seite und alle die alten Beamten unter sich, sie wären schon in der schleswig-holsteinschen und in allen andern Fragen entschiedener aufgetreten. Ueben wir nur das Recht freier Staatsbürger mit Besonnenheit, und es wird Alles gut gehen! — Held spricht in ähnlichem Sinne und schließt mit ungefähr folgenden Worten: Wir wollen nicht angegriffen sein und nicht angreifen. Wir wollen nicht in Waffen kommen, sondern friedlich. Das Wahlgesetz ist so schlecht, daß es nicht einmal Bürgerblut werth ist. Dann erst würden wir unser Blut verspritzen, wenn man uns das alte System zurückführen wollte, dann aber auch mit Freuden. (Bravo!) — Fähndrich: Ich werde die Waffe, die ich sonst immer trage, bei dem Zuge ablegen. — Siegrist führt den Vergleich des gestürzten Systems mit einem zerfallenen Gebäude aus, dessen Schutt noch manchen guten Stein zu einem Neubau enthalten könne. Er schließt: Um unsere Ehre, die wir durch die Revolution errungen haben, aufrecht zu erhalten, müssen wir uns friedlich und besonnen zeigen. Elend die Nation, die ihre Ehre nicht aufrecht erhalten kann! — Schlöffel: Nur durch den Kampf sind dem Volke seine Rechte geworden. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, daß wir auf friedlichem Wege etwas erreichen werden. Ich will hof-

sen, daß das Osterei, das wir am Donnerstag finden, nicht hohl sei. — Eichler: Ueberall wo man hinhört heißt es jetzt: Der wiegelt auf, der wiegelt auf! Nichts als Aufwiegler, und trotz alle dem ist Ruhe in der ganzen Stadt. Ich weiß keine breitere Grundlage für die Ruhe als die, daß wirklich Ruhe ist. Die Leute haben kein Vertrauen zu unserer Ruhe, weil sie selbst keine haben. Wenn Alle „Ruhe" schreien, so entsteht Scandal, das sehen wir an unseren Versammlungen. Die Ruheschreier sind allein die Aufwiegler. Ich will jetzt einmal aufwiegeln in meiner Art (der Redner sagt nun einige treffende allgemeine Wahrheiten, und man bringt ihm ein „Hoch"). Kinder, schweigt doch still, sonst sagen die Leute wieder, ich habe aufgewiegelt. (Gelächter.) Nun zur Sache! Also Donnerstag um 2 Uhr versammeln wir uns auf dem Alexanderplatz mit den Gewerksfahnen und mit Stangen, an denen geschrieben steht: „Directe Wahlen, keine Wahlmänner, breiteste Grundlagen; Ordnung, aber Freiheit!" damit man sagen kann: Was wollen die Leute? Da steht's dran. Dann wird man auch sehen, das ist keine Aufwiegelung, das ist Ordnung. Ich habe 2 Uhr gewählt, weil man auch auf den Magen Rücksicht nehmen muß, denn er erhält den Kopf. — Nach den Fahnen wollen wir etwas Musik haben, hübsche, ernsthafte, anständige Musik. Einige Ordner werden die Abtheilungen der Züge arrangiren. (Alles einstimmig angenommen.)

Der Aufruf, den das Wahlcomité an die einzelnen gleichgesinnten Personen in den Provinzen richtete, mit denen bereits Verbindungen angeknüpft waren, lautete:

Das berliner Volkswahlcomité, in Uebereinstimmung mit seinen Committenten, einem ansehnlichen Theile der berliner Bevölkerung, ist fest entschlossen, keinen Schritt breit von der Verwirklichung der errungenen Volks- und Menschenrechte zurückzuweichen. Das preußische wie das süddeutsche Volk sieht in den indirecten Wahlen eine Verkürzung seiner Souverainetät und wird sich geduldig nicht einem Gesetze unterwerfen, das vom Vereinigten Landtage uns als Erbstück hinterlassen worden; auf gesetzlichem Wege, aber durch energische Mittel, haben wir beschlossen, die Majorität unserer Ueberzeugung zu beweisen. Eine große friedliche Manifestation wird das berliner Volk unter unserer Führung am Gründonnerstage hier zu einem feierlichen Zuge mit Emblemen nach dem Schlosse zu vereinigen. Wir fordern sie, deren Gesinnungstreue und Charakterfestigkeit uns bekannt ist, hiermit auf, in Ihrem Kreise möglichst rasch eine ähnliche Demonstration zu bewerkstelligen, unverzüglich energische Protestationen in den Volksversammlungen abzufassen und an die Minister einzusenden, damit zur Ehre der deutschen Nation das Bewußtsein ihrer Mündigkeit klar an den Tag trete. Berlin, 18. April 1848. Im Namen des berliner Volkswahlcomités: Dr. A. Erman, Professor; Held, Redacteur der Locomotive; H. B. Oppenheim, Dr. jur.; Georg Jung, Assessor.

Neben dem Volkswahlcomité hatten bereits verschiedene Comités ihre das Wahlgeschäft selbst näher angehende Thätigkeit zu entwickeln begonnen. Diese Comités, zunächst die des constitutionellen und des Nationalzeitungs-Clubs, ließen jedoch die Frage der directen Wahlen außerhalb des Bereiches ihrer Wirksamkeit. Und zwar aus Nützlichkeits-Gründen. „Die Wahlen sind vor der Thür und können nicht auf die Lösung dieser Frage warten; das Wahlgesetz ist nur ein provisorisches, für die bevorstehenden Wahlen erlassen, das definitive kann nur aus der Vereinbarung mit der constituirenden Reichsversammlung hervorgehen. Dann wird diese Frage wieder zur Sprache gebracht und allseitig erwogen werden müssen; für jetzt lasse man es provisorisch bei dem indirecten Wahlsystem und suche nur, wie überhaupt das politische Leben des Volkes zu erwecken, so auch es aufzuklären über die Bedeutung des directen Wahlrechts." So die Nationalzeitung, die auch gleichzeitig über das directe Wahlrecht in der Art aufzuklären suchte, daß sie die Nachtheile des indirecten Wahlsystems jenem gegenüber darstellte. „Wenn jedem unbescholtenen

Manne", äußert sie, „das Wahlrecht gegeben, aber dabei gesagt wird, du darfst jedoch nur Wahlmänner ernennen, diese sollen den Abgeordneten wählen, so giebt man ihm mit der einen Hand ein Recht, um es mit der anderen Hand zum großen Theil wieder zu nehmen; es ist eine Verkümmerung des Wahlrechts." (N.-Z. 18. Ap.) Auch die Voss. Zeit. redet dem directen Wahlsystem das Wort. Die Wahlverordnungen sind in einem wesentlichen Punkte hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben, darin, daß sie nicht „das volle Maß der Rechte", directe Urwahlen gewähren. Das Blatt spricht die Ueberzeugung aus, daß binnen kurzer Zeit die indirecte Wahlart überall fallen müsse. „Sie trübt den Grundsatz echter Volksvertretung, welche doch unverrückbar als der Grundstein unseres neuen Staatsbaues hingelegt ist. Die Zwischenwahl lähmt die Energie des öffentlichen Geistes, sie dämpft und bricht die Stimmen, sie mehrt die Spaltungen und Eifersüchteleien, sie öffnet der Intrigue und Bestechung ein weites Feld." (V. Z. 13. Ap.)

Der constitutionelle Club verhandelte über die Bildung eines Wahlcomités in der Sitzung vom 15.:

Der Sprecher Ludwig Crelinger theilte mit Bezug auf die Wahlfrage ein Schreiben des Fünfziger-Ausschusses aus Frankfurt a. M. mit, des Inhalts, daß man dahin zu streben habe, die Zersplitterung bei den Wahlen zu vermeiden. Demnächst wurde zur Wahlfrage selbst geschritten, zu deren Erledigung ganz besonders ein Antrag des Dr. Woeniger als Basis der freien Discussion verlesen wurde. Derselbe ging dahin: ein Central-Comité zu bilden, welches sich damit beschäftigen solle, eine Candidatenliste anzufertigen. Die ernannten Candidaten sollten dann den Mitgliedern zur Abstimmung vorgeschlagen und die Namen der auf diese Weise Gewählten durch die Club-Zeitung, wie durch andere Organe veröffentlicht und somit empfohlen werden; auch sollen die Provinzen, wo Clubs nach den diesseitigen Principien sich gebildet haben oder noch bilden, in gemeinschaftliche Berathung treten. Nur eine Stimme erhob sich gegen diesen Antrag. Nicht ebenso übereinstimmend war die Ansicht über die Art und Weise der Präsentation der Candidaten, welche zu Vertretern in beiden Versammlungen, sowohl für Preußen als für Deutschland geeignet erschienen. Ein Theil neigte sich dahin, daß es Sache des Comités sei, durch Aufstellung von Candidaten die Wahl zu leiten; ein andrer Theil war der Ansicht, daß aus der Zahl der Mitglieder Jeder, der sich zur Vertretung berufen fühle, sich selbst melde und über sich abstimmen lasse. Dr. Stern versuchte einen Mittelweg einzuschlagen, indem er vorschlug: das Comité zur Entwerfung der Candidatenlisten zu autorisiren, dabei aber demselben anheimzugeben, auf Meldungen einzelner Candidaten besondere Rücksicht zu nehmen. — Ein mit allgemeinem Beifall aufgenommener Vortrag Wollheim's schilderte jedoch die Bedenklichkeiten, welche bei der eigenen Meldung der Candidaten in sofern hervortreten würden, als eine sichere Garantie für die wahre Ansicht des Bewerbers doch nur schwer erlangt werden könne. Er belegte seine Meinung durch Hindeutung auf nahe liegende, verschiedene politische Meinungsäußerungen von Seiten desselben Individuums je nach der verschiedenen Stimmung der Zuhörer. Die Entscheidung über diese Frage kam nicht zum Schluß, weil man es vorzog, vor allen Dingen das Comité zu bilden und sich noch heute mit der Wahl desselben zu beschäftigen. Aber auch diese unterlag der Schwierigkeit einer richtigen Form, da durch Verlesung beliebiger Namen mit gleichzeitiger Abstimmung viele gesinnungstüchtige Männer ausgeschlossen bleiben würden. v. Dazur schlug eine Wahl durch Stimmzettel vor, worauf die Mitglieder nach Entfernung der anwesenden Gäste, wenngleich nur mit geringer Majorität, eingingen und beschlossen, daß am nächsten Montag Stimmzettel mit Unterschriften versehen und 11 Namen enthaltend abgegeben werden sollen. (225 Mitglieder hatten sich für Stimmzettel, 222 für Acclamation ausgesprochen.)

Die in der nächsten Sitzung des Clubs, am 17., abgelieferten Stimmzettel ergaben, daß durch absolute Majorität folgende Mitglieder in das Co-

mité gewählt waren: Präsident Lette, Professoren Keller, Dove, Dr. Stern, Cäsar Wollheim, v. Dazur, Dr. Wöniger, Dr. Prutz, Dr. W. Jordan, Justizcommissar Furbach, O. Schomburgk. Die nächst Berechtigten, welche zu Stellvertretern bestimmt blieben, waren v. Bardeleben, Werther, Aegidi, O. Crelinger, Dr. Kleiber, Assessor Volkmar und Prof. Heffter. Angenommen wurden dann noch zwei Anträge von Prutz: 1) das Wahlcomité soll, ohne weitere Instructionen zu erhalten, die Namen der berliner Candidaten, die sich selbst gemeldet, und die der auswärtigen, die es in Vorschlag bringt, dem Club vorlegen; 2) der Club wird alsdann die Candidaten bezeichnen, die er unterstützen will und dieselben auffordern, in besonders abzuhaltenden Sitzungen ihr Programm vorzulegen. Ein dritter Antrag des Hrn. Prutz, Volksversammlungen zur Präsentation der Candidaten abzuhalten, wurde zwar erörtert, ehe es jedoch zur Abstimmung darüber kam, vertagte sich die Versammlung. — Das Wahlcomité des constit. Clubs erließ am 18. eine öffentliche Aufforderung „an alle Diejenigen, welche sich darum bewerben wollen, von Seiten des Clubs als Candidaten für die Nationalvertretung in Berlin und Frankfurt den Wählern präsentirt zu werden", ihre Namen am folgenden Tage anzumelden.

Der National-Zeitungs-Club ernannte am 15. auf den Vorschlag des Professers Kalisch, ein Wahlcomité, bestehend aus den HH. Prof. Kalisch, Director Diesterweg, Advoc. Dorn, F. Duncker, Justizcommissar Ebell, Stadtverordneter Falkenberg, Bäckermeister Hamann, Prof. Michelet, O.-A.-G.-Rath Michels, Justizrath Pfeiffer, Assessor Pohle, H. Runge, Baron v. Weiher-Nimpsch und Stadtv. Winckelmann. Dieses Wahlcomité forderte die gleichgesinnten Bürger aller Bezirke Berlins, insbesondere die Stadtverordneten, Hauptleute der Bürgerwehr und Bezirksvorsteher auf, sich mit ihm über „Vorversammlungen" zu einigen, die den Bezirksgenossen Ort und Gelegenheit geben sollen, sich über die Wahlen zu besprechen und gemeinsam aus der Zahl ihrer als zuverlässig und gesinnungstüchtig ihnen bekannten Nachbarn die Candidatenliste für die Wahlmänner ihres Bezirks zu entwerfen. Zugleich bot die Nationalzeitung ihre Spalten der Besprechung von Wahlangelegenheiten an. „Wir bitten", schließt die Aufforderung des Comité's, „alle Vaterlandsfreunde, im Sinne der gesetzlichen Reform, unser Anerbieten nicht zu übersehen und ihm in ihrem Kreise Wirkung und Verbreitung zu geben."

Bereits gleich nach der Erlasse der Wahlverordnungen vom 8. hatte Hr. Jung den einzelnen Bezirken „Vorversammlungen der Wähler" empfohlen und zugleich in populärer Weise einige Punkte angegeben, auf die es bei der Wahl eines Deputirten ankomme. Nach seinem Vorschlage sollten die Wähler in den Vorversammlungen sich zuerst darüber besprechen, wen sie als Deputirten wünschen und Solche, die dazu als Candidaten sich melden wollen, auffordern, vor der Versammlung ihr „politisches Glaubensbekenntniß" abzulegen. „Hat die Versammlung sich über die zehn Deputirten geeinigt, welche für Berlin zu

wählen, dann muß der Bezirk sich sagen, wo finden wir nun unter uns die Wahlmänner, welche versprechen, diese zehn Deputirten zu wählen und keine anderen? Das wird eben nicht schwer sein." — Vom 16. an begannen endlich die Vorversammlungen in einzelnen Stadtbezirken. Die ersten Mittheilungen darüber finden sich in folgendem Zeitungsberichte, vom 19., zusammengestellt:

Im 70. Bezirk (schlesisches Thor) fand am Sonntag, 16., eine vorbereitende Versammlung statt, in welcher auf den Antrag des Oberlehrers Dr. Gerike beschlossen wurde, von den Candidaten die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses zu verlangen. Eine zweite allgemeine Versammlung ist auf Mittwoch, den 19. d. M., angesetzt worden. An demselben Tage werden auch die Wähler der Bezirke 48a (Potsdamerstraße), 54 (Anhaltstraße), 60 (1 Markgrafenstraße), 66b (Ritterstraße), 70 (Schlesisches Thor) und am 20sten der 75. (Posthof), am 21sten der 85.b (Schönhauser Thor) und am Sonnabend der 56. (Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums-Bezirk) zusammentreten. Heute (19.) versammelt sich der 38. (Taubenstraße) und der 62. (Spittelmarkt) Bezirk; letzterer auf Veranlassung des Stadtverordneten Hrn. Winkelmann, ebenfalls zur Besprechung der Candidaten und Festsetzung einer vorläufigen Candidaten-Liste, welche später nach der Bildung der Wahlbezirke der weiteren Berathung zu Grunde gelegt werden kann, so wie zur Bildung eines Comité, welches sich mit anderen Wahlbezirken in Verbindung setzen soll. In einigen Bezirken will man drei Versammlungen abhalten, die erste zur Entgegennahme des Glaubensbekenntnisses der Candidaten, die zweite zur Besprechung der Wahlangelegenheit selbst, die dritte nach Feststellung der Wahlbezirke zur Wahl der Candidaten und Bestimmung der Reihenfolge derselben. — Am Montag, 17., Abend waren die Urwähler der drei Bezirke 74a, b., c., (der Stadttheil zwischen der Friedrichsstraße von der Weidendammer Brücke, der Stadtmauer und der Spree) zahlreich in dem großen Saale des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Casino versammelt. Nach der Wahl dreier Ordner folgten in parlamentarischer Ordnung Vorträge über die Wahlgeschäfte, theils theoretischer Art, größtentheils aber praktische Vorschläge. Eine möglichst vollständige Liste der Urwähler des Bezirks 74a., nach dem Wohnungsanzeiger angefertigt, wurde der Versammlung vorgelegt, welche auf den sehr praktischen Vorschlag eines anderen Mitgliedes sogleich beschloß, diese Liste dadurch zu vervollständigen und für die beiden andern Bezirke auszudehnen, daß die dazu nöthige Arbeit nach Straßen von einzelnen Mitgliedern übernommen werden möchte. Eine reichliche Menge von Bürgern fand sich augenblicklich dazu willig. Dann wurde ein Jeder aufgefordert, für die nächste auf den 20. anberaumte Versammlung Candidaten für die Wahlmannschaft vorzuschlagen, oder sich selbst dazu anzubieten, damit die geeigneten Leute erkannt und nicht durch die Wahl überrascht werden möchten.

Der politische Club machte zuerst am 14. die Wahlangelegenheit zum Gegenstande ausführlicherer Discussionen. Nachdem die so lange hinausgeschobene Eintheilung der Wahldistricte durch den Magistrat in der schon angegebenen Art erörtert worden, legte Hr. Jung ein Programm vor, von dessen Annahme der Club bei den Candidaten für die preußische National-Versammlung die Wahl abhängig machen sollte. Gegen eine derartige Instruction für die Deputirten erhob sich jedoch bedeutender Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß solche bis in einzelne Punkte vorgeschriebene Regeln beengend für die Wirksamkeit der Vertreter sei. Niemand könne sich dem Gewichte von Thatsachen entziehen, welche täglich der öffentlichen Meinung umbildende Elemente zuführten und eine feste Norm unmöglich machten. Es genüge daher, wenn man von Männern bewährten Charakters ein frei abgegebenes Glaubensbekenntniß in einem der Demokratie entschieden zugewandten Geiste erhalte. Von Anderen wurde hervorgehoben, daß die wahrhafte Entscheidung aller Le-

bensfragen der Zukunft nicht in Berlin, sondern in Frankfurt erfolgen werde. Der deutschen Centralgewalt stehe nothwendig das Uebergewicht über alles Particulare zu und so werde natürlich die nächste preußische Versammlung sich der deutschen Nationalversammlung anschließen müssen. Bedürfe es eines Programms, so müsse dies vor Allem die frankfurter Wahlen betreffen und sich über die deutschen Gesammtverhältnisse erklären. Obgleich dieser Ansicht allgemein beigepflichtet wurde, so fand man doch nichts zu erinnern gegen ein Programm, welches die Ansicht des Clubs auch über Stellung und Aufgabe der constituirenden Versammlung für Preußen ausspreche. Dasselbe solle nicht den Charakter einer Instruction haben, sondern nur bei den bevorstehenden Wahlen einen gewissen Anhalt für die demokratische Partei überhaupt abgeben. Zu diesem Zwecke wurde eine Commission niedergesetzt. — In der nächsten Sitzung, am 18., fand eine weitere Berathung statt:

Schasler liest ein Programm für die Wahlen vor, das der politische Club zu dem seinigen machen möge. Der Club ernennt noch zwei Mitglieder, Wiß und Wolf, um das Programm mit Schasler gemeinschaftlich einer nochmaligen Redaction zu unterwerfen. Hierauf fordert der Präsident alle Mitglieder zur Theilnahme und thätigen Mitwirkung an den Bezirksversammlungen, die Behufs der Wahlen stattfinden würden, auf. — Saß kommt so eben von einer solchen Versammlung im Alexandrinen- und Kommandantenstr.-Bezirk und giebt ein Bild von derselben. Die Versammlung, sagt er, war von einem wahrhaft panischen Schrecken über die Demonstration, die am Donnerstag stattfinden soll, ergriffen. Es wurde auf einen Antrag von Ehrenreich Eichholz eine Adresse an das Ministerium beschlossen, in welcher vorgestellt würde, daß der größte Theil des Volkes für indirecte Wahlen sei.*) Nach der Abstimmung fing man dann an, sich erst noch über directe und indirecte Wahlen zu informiren, und Herr Staatsanwalt Kirchmann übernahm es, den Unterschied der beiden Wahlmoden auseinanderzusetzen. Hierauf wurde beschlossen, in der Adresse zu sagen: man wolle einen friedlichen Weg, keine Demonstration, um die indirecten Wahlen aufrecht zu erhalten, als ob der Zug kein friedlicher sein sollte; da man endlich auch noch die Meinung annahm, daß die Demonstration friedlich beabsichtigt wurde, so bestimmte man sich zuletzt für den Ausdruck „friedlicher." — Löwenberg erzählt vom Garnisonkirchenbezirk Aehnliches. Dieser Bezirk stimmte schon für Einberufung neuer Bataillone, war aber dagegen, daß das Militair die Wachen besetze, weil dies Unruhen verursachen könnte. Der Bezirk sei auch über den Unterschied der Wahlmoden noch nicht aufgeklärt. — Dr. Waldeck: Nicht überall ist es so, wie Hr. Saß und Hr. Löwenberg erzählen. Anderwärts wissen die Leute recht gut, was directe und was indirecte Wahlen sind. Selbst in einem Theil der Alexandrinenstraße weiß man es. Die heutige kleine Versammlung, aus welcher Hr. Saß kommt, kann nicht maßgebend sein. Erst am zweiten Feiertage wird eine größere Versammlung stattfinden, in welcher der ganze Stadttheil seine Stimme abgeben wird. Daß Herr Eichholz für indirecte Wahlen gewirkt haben solle, dem widerspreche ich, weil ich weiß, daß derselbe immer für directe gewesen ist und seine Ueberzeugung nicht geändert hat. Ich fordere schließlich die Mitglieder des Clubs auf, dahin zu wirken, daß größere Versammlungen nach Stadttheilen gebildet werden. — Instrumentenmacher Benary: Meine Bürgerwehrleute haben bis jetzt durchaus keinen Begriff von directen und indirecten Wahlen. Es sind meistens Leute aus dem kleinen und mittleren Handwerksstande, und ich bitte, daß aufklärend auf sie gewirkt werde, weil ich sonst fürchten muß, daß fremde eigennützige Elemente auf sie Einfluß gewinnen. — Beide Anträge, daß auf die Versammlung belehrend gewirkt werde, und daß die Mitglieder des Clubs in die Bürgerwehr treten sollen, erhalten die Majorität. — Frese greift das Manifest des Volkswahlcomités an und nennt einige Wendungen desselben Perfidieen. — Wolf unterstützt ihn in seinen Anschuldigungen. Beide legen auf

*) Hr. Eichholz erklärte diese ihn betreffende Mittheilung insofern für eine unwahre, als sein Antrag dahin gegangen wäre, sich in einer Adresse gegen die vielbesprochene Demonstration zu erklären und zwar in der Weise, daß man die indirecte Wahl für die erste Nationalversammlung dem Sturz des Ministeriums Camphausen vorziehe. (N.-Z. 22. Ap.)

folgende Phrase besonderes Gewicht: „die Regierung sagt: um direct so einen Deputirten zu wählen, dazu sind die Leute noch zu dumm!" — Eichler vertheidigt die Fassung des Manifestes. Die Regierung habe allerdings den Ausdruck „dumm" nicht gebraucht, sondern gesagt: die Leute seien noch nicht reif. Das Wort „dumm" sei nur die Uebersetzung des „nicht reif" in's Populäre. Man habe diese Uebersetzung machen müssen, weil das Manifest nicht für Gebildete, sondern für einfache Leute, besonders für die Landbewohner berechnet sei. Der Minister habe auch gesagt: durch directe Wahlen gelangen wir zur Republik. Er nehme also an, daß die reine Volksstimme sich für die Republik entscheiden würde. Als constitutioneller Minister müßte er das Gegentheil glauben, und glaube er dieses nicht, so sei es seine Schuldigkeit abzutreten. Eichler widerlegt noch die ihm von den vorhergehenden Rednern gemachten technischen Einwände und weist auf die großen Wahlbezirke Amerikas mit dem wandernden Poll hin. — Hierauf kehrt die Commission mit dem fertigen Wahlprogramm zurück, welches nach vielen Veränderungen und nachdem Hr. Lüttke mit einem Versuche, die ganze Sache in's Lächerliche zu ziehen, gescheitert ist, schließlich angenommen wird. (In Bezug auf den zuletzt erwähnten Redner bemerkt der Bericht der Nat.-Zeitung: Bei der Frage über die Vorrechte sprach Hr. Lüdtke über das Vorrecht der Könige, ließ sich durch die ungestümste Unruhe der Versammlung in einigen historischen Betrachtungen nicht stören und schloß endlich unter schallendem Gelächter der Zuhörer ganz ernsthaft mit dem Antrage, alle Königthümer und Herzogthümer abzuschaffen. Derselbe Bericht ergänzt den vorangegangenen durch folgende Mittheilungen:) Bei der Berathung des von der Commission vorgelegten Wahlprogrammes sprachen Hr. Buhl und Bittkow gegen die Bewilligung politischer Rechte an Almosenempfänger, nach dem Grundsatze, einem Rechte müsse auch eine Pflicht entsprechen. Bei der Frage über die Religionsfreiheit hob Hr. Buhl ausdrücklich den Geldpunkt hervor und meinte, man müsse sich gehörig salviren, da man es mit der klugen Geistlichkeit zu thun habe. Interessant namentlich war die Debatte bei der Frage über das Arbeitsministerium; Hr. Stein sprach gegen das „Coquettiren mit den Arbeitern" wie es in der letzten Zeit betrieben sei; man müsse Kapital und Arbeit freilassen, sonst komme man an den Bettelstab. Von demselben Standpunkte aus stellte Hr. Faucher die Arbeiterfrage dar und schilderte in beredten Worten die Unzulänglichkeit aller staatlichen Organisation der Arbeit; er sprach die Ansicht aus, daß ein sachkundiger Mann, wenn er ehrlich sein wolle, ein Arbeiterministerium nicht annehmen könne. Das Wahlprogramm wurde endlich dahin angenommen: Der Club läßt der constituirenden Versammlung die Frage über Königthum und Republik offen; er verlangt directe Wahlen, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Vorrechte, Umbildung des stehenden Heeres zu einer wahrhaften Volkswehr, Einführung eines directen Steuersystems, Garantieen der persönlichen Freiheit (Habeas-Corpus-Akte), Geschwornengerichte, Preßfreiheit ohne alle Beschränkung, unbegrenztes Associationsrecht, die Anerkennung des Grundsatzes, daß Religion und Cultus Privatangelegenheiten sind, die Errichtung eines Arbeiterministeriums. — Am Schluß der Versammlung fordert Hr. Eichler, „nicht als Präsident, sondern als Eichler", zu zahlreicher Theilnahme am Donnerstag-Zuge auf, insbesondere die Studenten, die man, da sie so beliebt seien, gern zu Zugführern haben wolle.

Während in den vorbereitenden Wahlversammlungen der Bezirke die Frage über directe und indirecte Wahlen zunächst als eine solche auftrat, deren Lösung erst von den des Wortsinnes Kundigen erwartet wurde, zeigte sich gleichwohl, noch ehe der Vorzug des einen Wahlmodus vor dem anderen einer näheren Erwägung unterworfen worden, die Mehrheit gegen die Absicht des Volkswahlcomités, im Interesse der directen Wahl eine Demonstration zu veranstalten, eingenommen. Die Demonstration mit Volksmassen war es, welche „gemißbilligt", d. h. gefürchtet wurde. Der Beschluß des Wahlcomités der Volksversammlung, berichteten die Blätter, fand, nachdem er (am 18.) bekannt geworden, „in den verschiedensten Kreisen der hiesigen Gesellschaften und der Bürgerwehr" allgemeine Mißbilligung. „Fast überall ist sogleich beschlossen worden, dem beabsichtigten bedenklichen Unternehmen durch Schrift und That entgegenzuwirken." In der That folgten Proteste auf Proteste. — Die „Bür-

gergesellschaft", ein vormärzlicher Verein, der das liberale Bürgerthum repräsentirte, beschloß am 18., als sie „zur Besprechung der Wahlangelegenheiten" versammelt war, eine Adresse an das Ministerium folgenden Inhalts:

Hohes Ministerium! In den Volksversammlungen unter den Zelten am 10. und 17. d. M. ist beschlossen worden, die Abänderung des auf mittelbaren Wahlen gegründeten Wahlgesetzes zu erwirken und in Stelle jener unmittelbare Wahlen zu beantragen, auch diesen Beschluß als einen angeblich dem Volkswillen entsprechenden durch einen großartigen Schritt durchzusetzen. Aus unserer Mitte erhob sich dagegen, wie in allen uns bekannten Kreisen der Bürgerschaft, der entschiedenste Ausdruck der Mißbilligung des beabsichtigten Schrittes, und bitten wir ein hohes Staatsministerium: „Das Wahlgesetz vom 8. d. M. in Bezug auf die nächste Versammlung der Volksvertreter jedenfalls aufrecht zu erhalten." — Die Bürgergesellschaft. In deren Auftrage: Runge. F. A. Zacharias. F. Richter. Julius Springer. Ed. Wache.

Aehnlich lauteten andere von verschiedenen Stadtbezirken — so vom 59., vom 61. — an das Ministerium gerichtete Adressen. „Dem Vorsitzenden des Staatministeriums", berichtete die Allg. Preuß. Zeitung am 19., „sind heute von den Urwählern verschiedener Stadtbezirke, sowie von dem Handwerkervereine, mehrere mit zahlreichen Unterschriften versehene Petitionen um Aufrechthaltung der bestehenden Wahlgesetze überreicht worden." Eine derselben theilt dasselbe Blatt mit:

Da es verlautet, daß das königl. Ministerium in den nächsten Tagen durch eine möglichst große Anzahl von Petenten bestimmt werden soll, die gegebenen Wahlgesetze aufzuheben und die directe Wahl der Volksvertreter anzuordnen, indem geltend gemacht wird, daß dies der Wunsch der großen Mehrheit der Nation sei, so halten die Unterzeichneten es für ihre Pflicht, ihre entgegengesetzte Ansicht, und zwar auf diesem minder geräuschvollen Wege, auszusprechen. Sämmtliche Unterzeichnete bitten, die gedachten Wahlgesetze mit ihrer indirecten Wahlart für die diesmaligen Wahlen aufrecht zu erhalten. — Berlin, 18. April. Die Urwähler des 59. Stadtbezirkes. (Folgen über 100 Unterschriften.)

Der constitutionelle Club unterbrach sich in seinen Wahl-Discussionen, um dem Beschlusse der Volksversammlung vom 17. eine besondere Sitzung zu widmen. Er ernannte ein Comité mit dem Auftrage, eine Proclamation gegen die Agitation für die directen Wahlen abzufassen. Am 18. berieth er über diese Angelegenheit:

Hr. Wöniger las als Berichterstatter des Comité's eine Adresse vor, die, wie er selbst erläuterte, das Bewußtsein des Clubs von der Gesetzlichkeit der einmal bestimmten indirecten Wahlen aussprach. — Hr. Volkmar gestand, daß der Club eben nicht populär sei; eine Ansprache desselben würde deshalb nichts ausrichten. Man solle eine Volksversammlung berufen und mit lebendiger Rede das Volk zu seiner Meinung hinüberführen. — Hr. v. Dazur gegen eine Volksversammlung; der Club solle vielmehr eine selbstständige Gegendemonstration vornehmen. — Hr. Rau: er habe, als ein Mann, der mit vielen Gewerken und Tausenden aus dem Volke verhandele, ein Recht mitzusprechen, wo es sich darum handele, wie man auf das Volk einzuwirken habe. Das Volk sei leicht zu bestimmen und für jeden Einfluß empfänglich; man solle es deshalb nicht den Unruhestiftern überlassen, vielmehr dem Feinde in's eigene Lager rücken, in dessen Volksversammlungen auftreten und die Kraft seiner Ueberzeugung versuchen. — Der Club schien beizustimmen; der Sprecher machte jedoch darauf aufmerksam, daß es sich zunächst um eine Proclamation handele. Er ließ über die vorgelesene abstimmen. Man wünschte eine neue Redaction derselben und zwar unter Zuziehung Rau's. Während das Comité die neue Proclamation berieth, begründete Hr. Prutz den Antrag, den er schon in der vorigen Sitzung dahin gestellt hatte, durch Abhaltung von Volksversammlungen auf die Wahlen einzuwirken. Er wendete sich namentlich gegen „die exaltirten Menschen", die mit den Volksversammlungen „Mißbrauch" trieben und denen man entgegentreten müsse. Der Club beschließt, im Allgemeinen Volksversammlungen zu halten. —

Hr. Pfeiffer beantragt, am Donnerstag gegen die beabsichtigte Demonstration eine Gegen-Demonstration zu machen, deren Theilnehmer sich etwa durch „weiße Bänder" von der anderen Partei unterscheiden sollten. — Hr. Volkmar unterstützte den Antrag und sprach von dem Gerüchte, wonach die Demonstration nicht die Absicht hätte, directe Wahlen zu erbitten, sondern die Minister zu Verräthern zu erklären. — Hr. Küttge will keine gewaltsame Demonstration, sondern nur eine friedliche durch eine Adresse an das Ministerium. — Hr. Löwinson setzt, unter Mißfallenszeichen der Versammlung, seine Ansichten über den Gegensatz der Bürger und Arbeiter, den der Club hervorriefe, auseinander. Dafür wies Hr. W. Jordan die „Franzosenaffen" zurecht, die fremde Verhältnisse auf die unsrigen übertrügen, wir hätten keine Aristokratie, denn die „Herren mit ihren sechs Kindern" wären keine und ebensowenig hätten wir eine Bourgeoisie. Als Hr. Werther nun trocken juristisch deducirte, daß die Demonstration und also auch eine Gegendemonstration ungesetzlich sei, verlangte die Versammlung eine Vertagung der Debatte. Diese wurde jedoch abgelehnt und der Beschluß gefaßt, eine Gegendemonstration nicht zu unternehmen. Hierauf kehrte das Comité mit der neu redigirten Proclamation zurück. Sie war von Hrn. Rau verfaßt und warnte die Arbeiter, sich zu Agitationen mißbrauchen zu lassen, die ihnen eigentlich fremd seien und ihr Wohl nicht förderten. Hierin fand die Versammlung eine Ausbreitung von Mißtrauen, wodurch Hr. Wöniger ermuntert wurde, noch einmal seinen Entwurf mit einigen Zusätzen vorzulegen; doch auch die Zusätze fielen einer nach dem anderen. Hr. Lette zeigte den Vorzug der Rau'schen Proclamation. Die Versammlung erklärte sich jedoch schließlich für den ursprünglichen, kurz vorher abgelehnten Entwurf.

Die Proclamation des Clubs erschien am folgenden Tage als umfangreiches Plakat in folgender Fassung:

Mitbürger! Unsere Stadt erfüllt sich seit einigen Tagen mit Gerüchten von erwarteten Bestrebungen, um an die Stelle indirecter Urwahlen, directe Urwahlen treten zu lassen. Der unterzeichnete Club hält sich für verpflichtet, mit Rücksicht auf die gedeihliche Entwickelung der Freiheit, mit Rücksicht auf die große Zukunft des Vaterlandes aus allen Kräften dagegen zu protestiren. — Freunde! Mitbürger! Eine blutige Revolution liegt hinter uns; wir alle hoffen, daß durch sie ein neuer Zustand gesetzlicher Freiheit und bürgerlicher Ordnung angebahnt sei. Die National-Versammlung soll uns diesen Zustand herbeiführen; es ist nöthig, daß sie bald, daß sie unbestritten zusammen trete. Das dazu erforderliche Wahlgesetz ist erlassen; es ist vom gesammten Lande, also von vielen Millionen unserer Brüder, anerkannt. Wollen wir, ein unendlich kleiner Theil im großen Ganzen, jetzt aufs Neue dagegen Einspruch erheben? Wollen wir dadurch eine neue Verzögerung der Verfassung herbeiführen und indem wir dies thun, den ungewissen Zustand, worin wir uns befinden, abermals verlängern?! — Mitbürger! Mitbürger! bedenken wir, was wir thun. Bedenken wir, daß in einem Augenblick, wo auswärtige Kriege, wie innere Noth immer gefährlicher heranziehen, die ungetrübte Einigkeit und das ungeschwächte Zusammenwirken aller Kräfte gebieterisch geboten sind. Wollen wir durch innere Zwietracht den Feinden in die Hände arbeiten? Wollen wir durch neue Unruhen die Noth des Gewerbestandes noch höher treiben? Wären die Minister nachgiebig genug, noch jetzt, wo die Wahlvorschriften bereits zur Ausführung kommen, eine Abänderung zu beschließen, so würden sie ihre Befugniß unverantwortlich überschreiten. Das Land kann sich von unserer Stadt keine Gesetze vorschreiben lassen; die unberechenbarsten Kämpfe müßten Folge eines solchen Versuches sein. Also nicht Heil und Seegen, wie die verblendete Ansicht Einzelner uns glauben machen möchte, sondern Unheil und Zerwürfniß brächte die gegenwärtige Einführung directer Urwahlen mit sich. — Tief durchdrungen von diesen Ueberzeugungen läßt der constitutionelle Club an alle wahren Freunde des Vaterlandes den mahnenden Ruf ergehen, sich mit Ernst und Eifer an den bevorstehenden Wahlen zu betheiligen. Verständigen wir uns in den vorbereitenden Bezirks-Versammlungen über die Wähler, wie über die Abgeordneten, aber hüten wir uns, unsere Zustimmung neuen gefahrvollen Bewegungen zu leihen, welche niemals dem Wohl Aller zu gute kämen, welche die ganze Vergangenheit in Frage stellten, ohne eine Zukunft zu gewährleisten. — Mitbürger! Das Vaterland erwartet, daß Jeder seine Schuldigkeit thue. — Der constitutionelle Club.

Auch die Stadtverordneten beschäftigten sich, in ihrer Sitzung vom 19.*), mit der Demonstration und den Mitteln, ihr entgegenzuwirken. Die

*) Diese Sitzung wurde mit der Mittheilung eröffnet, daß Beifalls-Adressen an die Stadt Berlin neuerdings von Frankfurt a. M. und von dem Turnverein in Hanau

Debatte mischte sich mit der schon erwähnten über den beunruhigenden Maueranschlag desselben Tages:

Hr. Heimann kündigt einen Protest seines Bezirks gegen die Zeltenversammlung an, die es sich herausgenommen, gegen das indirecte Wahlgesetz sich aufzulehnen und diese Auflehnung als aus dem Geiste der ganzen Nation hervorgehend zu bezeichnen; die Einwohner seines Bezirks legten ihre Billigung der indirecten Wahlen an den Tag. — Die HH. Caspar und Sehlmacher erklären, daß auch in ihren Bezirken bereits Adressen in demselben Sinne an den Herrn Minister-Präsidenten im Umlaufe seien. Hr. Sehlmacher schlägt vor, die beabsichtigte Demonstration durch eine gleiche, mittelst der Zusammenberufung der Gewerke zu beantworten. — Hr. Schauß: er lege auf dergleichen Sachen und Proteste durchaus kein Gewicht; das Ministerium, das jetzt sein volles Vertrauen genieße, würde bei ihm dieses Vertrauen verlieren, wenn es sich durch solche Demonstrationen bestimmen ließe. — Hr. v. Raumer: Auch in seinem Bezirke circulire ein Gegenprotest. Die Bewohner desselben seien mit Recht empört über die schamlose Anmaßung, die Meinung einzelner Personen für die der ganzen Nation auszugeben, und namentlich werde ganz Berlin dadurch verhaßt gemacht. Es sei Pflicht jeder Behörde, die gegebenen Gesetze zur Ausführung zu bringen. — Hr. Rauwerk: Dem Princip nach sei er zwar für die directen Wahlen, halte dieselben jedoch augenblicklich allerdings nicht mehr für ausführbar. Er sei in jenem Comité mit seiner Meinung in der Minderheit geblieben, glaube aber fest, daß es einen andern Weg, seine Ansicht geltend zu machen, gebe, als den der beabsichtigten Demonstrationen, gegen die er sich durchweg erklärt; er beantrage deshalb, die Stadtverordneten mögen eine Adresse veröffentlichen 1) an das Volk, worin das Vertrauen gegen das bestehende Ministerium ausgesprochen werde, 2) an das Ministerium, um die Gesinnungen der Communalbehörden in Beziehung auf das Wahlgesetz auszudrücken. — Hr. Veit: Die Gesetze zu halten und zur Ausführung zu bringen, dies verstehe sich ganz von selbst, und dem Ministerium zu versichern, daß man es halten wolle, das hieße das Gesetz schwächen. Das ganze Verfahren des Ministeriums zeige ihm, mit welch' weiser Vorsicht es zu Werke gehe. — Bei der Abstimmung werden folgende Fragen gestellt: 1) Will die Versammlung den Protesten der einzelnen Bezirke freien Lauf lassen? — Bejahet. 2) Stimmt die Versammlung dafür, daß durch das Zusammenrufen der Gewerke eine Gegen-Demonstration angenommen werde? — Der Antrag wird einstimmig verworfen. 3) Ist die Versammlung mit der Ausführung des gegebenen Wahlgesetzes einverstanden und der Ansicht, jede etwanige Aenderung der künftigen National-Versammlung, als den einzigen gesetzlichen Vertretern, zu überlassen? — Wird einstimmig bejaht. — 4) Will die Versammlung eine Adresse an das Ministerium absenden, worin die vorher ausgesprochenen Gesinnungen dargelegt werden sollen? — Wird angenommen. 5) Stimmt die Versammlung für eine Anrede an das Volk? — Einstimmig angenommen. (Es werden zum sofortigen Entwurf die Stadtverordneten v. Raumer, Dr. Rauwerk und Dr. Veit gewählt.)

Die von den zuletzt genannten Herren verfaßte Ansprache der Stadtverordneten, in großen Eckenanschlägen und durch die Zeitungen veröffentlicht, lautete:

Mitbürger! Freunde! In einigen Volksversammlungen und Druckschriften sind Stimmen laut geworden, welche Mißtrauen gegen unsere jetzige Regierung äußern und hervorrufen. Es ist mehrfach unseren Ministern der Vorwurf gemacht worden, sie hätten die Bahn des Rückschrittes betreten, sie wollten uns die Früchte der errungenen Freiheit verkümmern oder gar vernichten, sie wollten insbesondere durch das indirekte Wahlrecht dem Volke ein großes, herrliches Recht vorenthalten, das Recht seine Abgeordneten und Gesetzgeber unmittelbar zu wählen. — Alle Verständige sind gewiß einig darüber, daß solche Vorwürfe unbegründet und ungerecht sind. Die Ueberzeugung unserer Staatsminister hat ihnen für den Anfang indirecte Wahlen als die besten erscheinen lassen, und das dem letzten Landtage vorgelegte Wahlgesetz ist von demselben nach mehrfacher Verbesserung angenommen worden. Binnen wenigen Tagen schreitet die ganze mündige Nation zur Wahl ihrer Ver-

---

eingegangen seien. Die letztere, von einem Lorbeerkranz begleitet, trug auf dem mit Gold gestickten rothsammetenen Umschlage das hanauer Wappen. — Uebrigens waren in den vorangegangenen Sitzungen mehrfache Mittheilungen von eingesandten Adressen aus preußischen und außerpreußischen Ortschaften gemacht worden.

treter; es ist nicht möglich, aber auch nicht nöthig, daß jetzt noch irgend eine Veränderung in dem Wahlgesetz getroffen werde. Wählen wir die rechten Männer unseres Vertrauens und überlassen wir diesen Männern das künftige Wahlgesetz festzustellen; sie werden dem wahren Willen des Volkes sicherlich nicht widerstreben. — Mitbürger! Freunde! Wir Alle haben keinen Grund, wegen des jetzigen Wahlgesetzes unruhig und besorgt zu sein. Wir haben noch weniger Grund, wegen der bisherigen Haltung und der ferneren Maßregeln unserer Regierung irgend eine Gefahr für die Freiheit zu fürchten. Vieles ist noch zu thun übrig, um uns in den vollen Genuß der erworbenen Güter zu setzen; laßt uns aber auch billig sein, laßt uns Dasjenige anerkennen, was bereits geordnet und angebahnt ist; laßt uns die Hindernisse und Schutthaufen in Anschlag bringen, welche ein fehlervolles Verwaltungssystem uns überliefert hat. Gewaltige Kräfte gehören dazu, um alte Schäden zu heilen, und um lang Versäumtes nachzuholen. — Darum, theuere Mitbürger, wenn Jemand noch nicht Alles erreicht sieht, und deshalb die Freiheit bedroht glaubt, — möge er Vertrauen fassen, möge er keinen Schreckbildern Raum geben. Wir Alle wollen die Freiheit, wir Alle fordern, daß Jedermann sein Recht zu Theil werde; wir Alle verlangen und arbeiten dahin, daß aus unserer großen Revolution für immer der Strom der Freiheit und des Glückes für alle Menschen voll und majestätisch dahin walle. — Welche Thorheit, zu glauben, irgend ein Mensch, irgend eine Macht der Erde könne uns die Freiheit rauben! Wer das glauben kann, der ist der Freiheit nicht würdig. Kein Minister kann fernerhin der ganzen Nation Gesetze vorschreiben; die Nation macht sich selbst ihre Gesetze. — Deshalb, Mitbürger! Freunde! gebt Niemandem Gehör, der Euch fälschlich Mißtrauen einflößen will. Sorge auch Jeder in seinem Kreise, wie es die Staats- und städtischen Behörden gleichfalls thun, daß Ordnung und Gesetz aufrecht erhalten werde, daß Gewerbe und Verkehr die Blüthe erlangen, in welcher die gegenwärtige Uebergangszeit sie gestört hat. Thue Jeder seine Pflicht, so wird Alles gut werden. Vor Allem aber vergesse es Niemand: Ohne Gesetz keine Freiheit! ohne Ordnung keine Wohlfahrt! — Stadtverordnete zu Berlin. Fournier. Schäffer.

Gleichzeitig wurden aber auch Maßregeln angeordnet, um der Ausführung der beabsichtigten Demonstration energisch entgegenzutreten. Das Staatsministerium erklärte die Demonstration „nicht für gesetzlich zulässig" halten zu können und traf demzufolge jene Anordnungen, zu deren nachdrücklicher Unterstützung sogleich auch eine Verordnung über die Befugnisse der Bürgerwehr — sie ist bereits mitgetheilt — erlassen wurde. Die folgenden zwei Erlasse an den Polizeipräsidenten und an den Commandeur der Bürgerwehr, beide am 18. und von sämmtlichen Ministern unterzeichnet, enthielten die ministeriellen Erklärungen:

An den Polizeipräsidenten Hrn. v. Minutoli. — Ew. Hochwohlgeboren haben uns angezeigt, daß am nächsten Donnerstag, den 20. d. M., von einer hiesigen Volks-Versammlung beabsichtigt wird, eine Petition um Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes in einem zahlreichen Aufzuge nach dem Schlosse zu überbringen und dem Staatsministerium zu überreichen. Wir können eine solche Demonstration, welche auf die Absicht der Einschüchterung der Behörden schließen läßt und dazu geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, nicht für gesetzlich zulässig halten und fordern daher Ew. Hochwohlgeboren auf, der Ausführung derselben, wenn solche Ihren Abmahnungen ungeachtet, versucht werden sollte, durch die Ihnen zu Gebote stehenden Mittel, unter Mitwirkung der Bürgerwehr, entgegenzutreten, an deren Commandeur wir das abschriftlich beifolgende Schreiben gerichtet haben. Wir zweifeln nicht, daß die hiesige Bürgerschaft den zur Aufrechthaltung der Gesetze und der öffentlichen Ruhe getroffenen Anordnungen willig Folge leisten und denselben ihren Beistand gewähren wird.

An den General-Major rc. Hrn. v. Aschoff. — Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß am nächsten Donnerstage, den 20. d. M., von einer hiesigen Volks-Versammlung beabsichtigt wird, eine Petition um Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes in einem zahlreichen Aufzuge nach dem Schlosse zu überbringen und dem Staats-Ministerium zu überreichen. Wir sind jederzeit bereit, Petitionen, mögen sie von Einzelnen ausgehen oder mit zahlreichen Unterschriften bedeckt sein, anzunehmen und mit Sorgfalt zu prüfen. Wir können es aber

nicht für gesetzlich zulässig halten, daß das Petitionsrecht in einer Weise ausgeübt werde, die auf die Absicht der Einschüchterung der Behörden schließen läßt und dazu geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Wir sind daher Willens, die dem Vernehmen nach beabsichtigte Demonstration nicht zu gestatten, und wenden uns deshalb an Ew. Hochwohlgeboren als den Commandeur der hiesigen Bürgerwehr mit der Aufforderung, die Ausführung der gedachten Demonstration, wenn solche den Abmahnungen der Behörden ungeachtet, versucht werden sollte, durch die Bürgerwehr zu verhindern, zu deren patriotischer Gesinnung wir das Vertrauen haben, daß sie ihren ehrenvollen Beruf, die Gesetze aufrecht zu halten und die öffentliche Ordnung zu schützen, mit Entschlossenheit erfüllen werde.

Mit Bezug auf diese Erklärungen erließ der Magistrat am 19. folgende

Bekanntmachung. Wir sind amtlich benachrichtigt, daß in Folge eines Beschlusses einer vor den Zelten abgehaltenen Volksversammlung morgen den 20sten d. M. in einem zahlreichen Aufzuge dem Staatsministerio eine Petition überreicht werden soll, welche die Abänderung des verfassungsmäßig erlassenen Wahlgesetzes bezweckt. — Oeffentliche Anschläge bestätigen dies, und wie verlautet, sollen die Gesellenschaften der Gewerke zum Anschlusse aufgefordert werden. — Das Staatsministerium hat erklärt, wie es jeder Zeit bereit sei, Petitionen, mögen solche von Einzelnen ausgehen, oder mit zahlreichen Unterschriften bedeckt sein, anzunehmen und sorgfältig zu prüfen. Es hat es aber nicht für gesetzlich zulässig erachtet, daß das Petitionsrecht in einer Weise ausgeübt werde, welche dazu führen kann, die öffentliche Ordnung und den Stadtfrieden zu stören. — Berufen, diese ersten Erfordernisse bürgerlicher Freiheit und Wohlfahrt zu schützen, wenden wir uns zunächst mit vollstem Vertrauen an die Vorstände, Meister und Gesellenschaften aller hiesigen Gewerke mit der dringenden Aufforderung, sich diesem ungesetzlichen Beginnen nicht anzuschließen. Die beabsichtigte Petition kann, welche Ansichten man auch über den derselben zu Grunde liegenden Gedanken eines directen Wahlsystems haben mag, keinen Erfolg haben, weil das Ministerium das verfassungsmäßig erlassene Wahlgesetz nicht eigenmächtig abändern darf; weil, wenn es eine solche Abänderung vornehmen könnte, die Interessen Preußens und Deutschlands, durch die eintretende Unmöglichkeit das preußische Volk auf dem deutschen Reichstage rechtzeitig vertreten zu lassen, auf das Empfindlichste verletzt werden würden; und weil endlich eine solche Maßregel nur getroffen werden könnte, wenn die Stimme des ganzen Landes darüber gehört wäre und sich dafür entschieden hätte. — Wir erwarten daher von allen unsern Mitbürgern, auch von denen, welche nach ihrer politischen Ueberzeugung directe Wahlen für die richtigeren halten, daß sie bei der Art und Weise ihre Ansichten geltend zu machen, sich von Demonstrationen fern halten werden, die als Parteiansicht von der entgegenstehenden Meinung eines großen Theiles des Landes als eine gegen dieses geübte Anmaßung keine Billigung finden können. — Der Magistrat.

Endlich veröffentlichte noch der Polizeipräsident am 20. folgende

Dringende Ansprache. — Das Königliche Staats-Ministerium hat den auf heute verabredeten, die Abänderung des Wahlgesetzes bezweckenden Volksaufzug untersagt. So sehr ich mich überzeugt halten kann, daß es bei der Achtung der hiesigen Einwohnerschaft vor dem Gesetz und vor der höchsten, das Gesetz vollziehenden Staatsbehörde, nur eines solchen Ausdrucks bedarf, um den beabsichtigten Aufzug zu unterlassen, so rechne ich doch auf alle Fälle darauf, daß die Behörden in ihren, der allgemeinen Wohlfahrt gewidmeten Bestrebungen mit Kraft unterstützt werden. Insbesondere aber wende ich mich an die hiesigen löblichen Gewerksgenossen, die mir in der letzten ereignißreichen Zeit so manchen Beweis ehrenden Vertrauens gegeben haben, und deren Sinn für Gesetz und Ordnung meine volle Achtung verdient. Mögen dieselben auch heute ihrer wahren Stellung in der Staatsgesellschaft eingedenk sein, mögen sie eingedenk sein, daß dem ehrenhaften Nährstande vor allen Dingen die Erhaltung und Befestigung der Ruhe und Ordnung und des allgemeinen Vertrauens am Herzen liegen muß; mögen die Gewerksgenossen also auch dieser wohlgemeinten Ermahnung Gehör geben und sich aller Betheiligung bei dem fraglichen Aufzuge und dessen Unterstützung durch Begleitung mit Fahnen oder anderen Zeichen enthalten.

VIII. Die Vorgänge am grünen Donnerstage und ihre nächsten Folgen.

Das Ministerium hatte durch seine Erlasse vom 18. die Frage, welche in der Stadtverordneten-Versammlung und im constitutionellen Club erörtert worden war, ob nämlich eine Gegendemonstration zu der auf den grünen Donnerstag beabsichtigten Massen-Demonstration zu veranstalten sei, bejahend entschieden. Die „Absicht einer Einschüchterung der Behörden" hatte es in der Ausführung des beschlossenen Aufzuges finden zu müssen geglaubt; so suchte es denn diesem vermeintlichen Einschüchterungsmittel mit Erklärungen von Ungesetzlichkeit und mit Anordnungen zu begegnen, welche nicht minder den Charakter einer beabsichtigten Einschüchterung der demonstrirenden Massen trugen. Wie ernstlich aber das Ministerium es mit seiner Aufforderung, die Ausführung der Demonstration selbst mit Waffengewalt zu verhindern, gemeint, bewies der Umstand, daß ihm der jetzige Zeitpunkt geeignet erschien, die schon lange in der Bürgerwehr ausgesprochenen Wünsche nach einem die Befugnisse und die Rechte dieser Institution feststellenden Gesetze zu berücksichtigen und in der Verordnung vom 19. es zuerst auszusprechen, die Bürgerwehr sei befugt, bei einem Auflaufe und wenn sie bei ihren Dienstleistungen Widerstand finde, angegriffen oder bedroht werde, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Bevor noch die ministeriellen Maßregeln allgemein bekannt geworden waren — erst am 20. wurden die verschiedenen Erlasse veröffentlicht — trug Hr. Held in der Sitzung des Volkswahlcomités, welche der Volksversammlung vom 17. zunächst folgte, darauf an, daß das Comité vor der Veranstaltung der Demonstration bei dem Polizeipräsidium anfrage: ob dieselbe ungehindert vor sich gehen könne oder ob die Regierung beschlossen habe, sie zu verhindern. Zugleich erbot er sich, mit der Polizei darüber zu unterhandeln, und in der nächsten Sitzung des Comités die Erklärung des Polizeipräsidenten mitzutheilen. Er überbrachte hierauf am 19. Nachmittags einen Bescheid, der mit den Beschlüssen des Ministeriums in der Art, wie sie die Erlasse vom 18. enthielten, übereinstimmte. Hr. v. Minutoli hatte ihm diesen Bescheid zuerst mündlich gegeben, am Abend jedoch in einer schriftlichen Mittheilung zukommen lassen. Mit Bezug auf diese Erklärung stellte Hr. Held im Comité den Antrag: „die Demonstration, welche nunmehr den Charakter der Friedlichkeit verliere, aufzugeben und dies durch Maueranschlag bekannt zu machen, zugleich aber auch gegen das Verbot eines constitutionellen und gesetzlichen Rechtes zu protestiren und das Ministerium deshalb vor der Nationalversammlung zur Verantwortung zu ziehen." Der Antrag wurde vom Comité mit 15 gegen 9

Stimmen abgelehnt; der Beschluß, den Aufzug zu veranstalten, aufrecht erhalten. Hr. Held erklärte hierauf seinen Austritt aus dem Comité. Als hier nun weiter die Mittheilung gemacht wurde, daß die Bürgerwehr am folgenden Tage den Alexanderplatz (den Ort, von dem aus der Zug stattfinden sollte) absperren würde, um die Demonstration zu hindern, stimmte auch Hr. Jung dafür, daß diese unterbleibe. Das Comité beharrte jedoch bei seinem Beschluß, worauf Hr Jung erklärte, daß er an dem Zuge nicht theilnehmen werde. In der Versammlung des Volksvereins, welche an diesem Tage unter den Zelten stattfand und in welcher Hr. Schasler wiederum die Gründe seines früheren Austrittes aus dem Wahlcomité zur Kenntniß brachte, theilte Hr. Jung die neuesten Vorgänge im Comité mit. Er habe, äußerte er, nachdem er erfahren, daß die Bürgerwehr den Alexanderplatz absperren würde, für das Unterbleiben der Demonstration gestimmt, weil dadurch den Leuten gezeigt würde, daß das Volk besser verstehe, was Ordnung sei, als die Regierung. Man müsse die Regierung damit beschämen, daß man auf die Ausführung der Demonstration verzichte. Er sei jedoch überstimmt worden und deshalb nicht mehr mit dem Wahlcomité einig. Durch eine öffentliche Erklärung vom 19. Abends motivirte Hr. Jung seinen Entschluß, an dem Zuge nicht theilzunehmen, in folgender Art:

Als Mitglied des Volkswahl-Comité's war ich sehr für den auf den Gründonnerstag projectirten Zug, weil ich es für ein patriotisches Unternehmen und zugleich für ein viel wirksameres Beruhigungs-Mittel halte, das Volk mit seinen Hoffnungen und Interessen an seine politischen Rechte, an die künftige Verfassung zu knüpfen, statt ihm trügerische Zugeständnisse zu machen. — Ein Aufzug für einen einfacheren populären Wahlmodus scheint mir weit unverfänglicher, als jene Processionen für erhöheten Arbeitslohn und Aehnliches, was augenblicklich zugestanden, auf die Länge doch nicht gewährt werden kann. Mag die Regierung einer solchen Demonstration ihre Ueberzeugung auch verneinend entgegensetzen, sie hat dann doch den Zweck gehabt der vorgebrachten Forderung durch eine solche thatsächliche Oeffentlichkeit ein breiteres Feld der Discussion gewonnen zu haben. — Wie ich erfuhr, der Alexanderplatz solle abgesperrt werden, schlug ich im Comité vor: durch Maueranschlag den Zug abzubestellen, um zu zeigen, daß wir die Ordnung mehr lieben, als diejenigen, welche uns die Bajonnette entgegensetzen. Mein Antrag blieb in der Minorität, worauf ich erklärte an dem Zuge keinen Theil nehmen zu können, — nicht weil ich das Verlangen der directen Wahl für ungerechtfertigt hielt, — die Minister konnten sie so gut gewähren, als sie die frankfurter Wahlen cassirten — sondern aus Furcht, der Zug in seiner Zersplitterung möchte als verfehlte Maßregel erscheinen, und weil ich es für weit rathsamer hielt die mögliche Lächerlichkeit und Unordnung auf die Häupter der voreilig Furchtsamen als auf die unsern zu wälzen.

Die Absicht, den Zug stattfinden zu lassen, wurde, nachdem die Anordnungen der Behörden und die gegnerische Stimmung fast der gesammten Bürgerschaft hinlänglich bekannt geworden, nachdem zwei der wegen ihrer Geltung bei den Volksmassen bedeutendsten Comitémitglieder sich von der Demonstration losgesagt, so wenig aufgegeben, daß jetzt die unter sich einigen Mitglieder des Comités noch emsiger als zuvor alle die Vorbereitungen trafen, welche geeignet waren, die Demonstration in einem großartigen Maßstabe erscheinen zu lassen. Sechzigtausend in runder Summe war die Anzahl Derjenigen, auf deren Theilnahme am Zuge das Comité rechnen zu können glaubte. „Mit 60,000 Mann will das Comité sich erkundigen, ob das für den Minister

Camphausen die Macht der Erde sei, die ihn von den Wahlmännerwahlen abbringen könnten.“ So Schlöffel in einem Manifeste, welches die Zwecke der Demonstration parabelartig darstellte. Wie eifrig und vorsorglich aber die einzelnen Mitglieder in ihren Bemühungen auch waren, sie konnten nicht hindern, daß die Gegner in ihre Pläne störend eingriffen und mit günstigem Erfolge da Einfluß zu gewinnen suchten, wo Jene sich bereits sicher genug geglaubt hatten. Vor Allem waren es die Emissäre des constitutionellen Clubs, die keine Wege scheuten, um besonders die Fabrik- und Erdarbeiter der Sache abwendig zu machen, für welche diese sich bereits erklärt hatten; ihres „Wirkens“ geschah rühmliche Erwähnung in dem Berichte der Voss. Zeit., worin es heißt: „Namentlich muß die energische Thätigkeit des constitutionellen Clubs hervorgehoben werden. Er hatte Abgesandte an viele Arbeitercorporationen gesendet, um sie über die wahre Lage der Dinge aufzuklären. So wirkte in einer Versammlung am 19. in Hennings Garten der Präsident Lette und Dr. W. Jordan auf die Arbeiter der Maschinenwerkstätten und bestimmten dieselben in überwiegender Mehrzahl sich der Demonstration nicht anzuschließen. Hr. O. Schomburgk, Dr. Prutz u. A. wirkten nach andern Seiten. Ersterer namentlich auf die Arbeiter an den Rehbergen und am Plötzensee, auf die seine warmen, eindringlichen Worte so überzeugend wirkten, daß sie mit Wort und Handschlag versprachen, die Arbeit nicht zu verlassen, sondern bis zum Abend draußen thätig zu sein.“ Im constitutionellen Club berichteten die Deputirten selbst von dem Erfolge ihrer Missionen. So am 19.*) Hr. Rau, wie er

*) Die Verhandlungen dieser Sitzung betrafen hauptsächlich die für den nächsten Tag beabsichtigte Demonstration. „Der Club“, berichtet der Recensent der Nat.-Zeit., „hatte in der letzten Sitzung Volksversammlungen in der vorliegenden Frage zu veranstalten abgelehnt; jetzt nun beschloß er, Deputationen nach allen Ecken zu senden. Mit großer Freude nahm die Versammlung dann verschiedene Anzeigen über Demonstrationen gegen den fraglichen Zug auf: über die Erklärung der Studenten, der Borsigschen Arbeiter, über die Beschlüsse der Stadtverordneten, von denen Hr. Nauwerck berichtete. Ein Herr, der sich als keinen „Gespensterseher“ betrachtet wissen wollte und den „Grundsatz“ aufstellte: „was liegt uns am nächsten?“ trug auf ein „Gegengift“ an — wir wissen nicht, worin es bestand. — Hr. Rau berichtete über verschiedene Missionen, die er zur Beruhigung der Arbeiter vollzogen hatte. Dieser Bericht würde vielleicht den letzten Stein von dem Herzen der versammelten „Mitbürger“ abgewälzt haben, wenn nicht Hr. O. Crelinger mit der Bemerkung aufgetreten wäre, die Proclamation des Clubs sei an den Straßenecken nicht angeschlagen. Dagegen erklärten Einige, diesen Anschlag bestimmt gesehen zu haben. Hr. G. Seligo sagte aus, die Proclamation sei angeschlagen gewesen, aber wieder abgerissen worden, und zwar, wie er erfahren, von denselben Leuten, die neulich ihre eigenen Anschläge für Nationaleigenthum und das Abreißen derselben für Diebstahl erklärt hätten. Hr. Lipke forderte den Redner auf, die Namen Derer zu nennen, welche ihm dies berichtet; diese Aussage enthalte eine Anklage gegen bestimmte Personen, gegen den politischen Club; entweder möge Hr. Seligo dieselbe beweisen oder sie zurücknehmen; er fordere die Versammlung auf, ihre Mißbilligung einer so unbegründeten Anklage auszusprechen. Darauf Hr. Crelinger: „Man habe hier nicht die Ehre der ganzen Welt zu vertreten.“ Diesen Worten klatschte zwar ein großer Theil der Versammlung Beifall, doch fand der Antrag Lipke's wenigstens so weit Unterstützung, daß er zur Debatte gebracht wurde. Nachdem Hr. Seligo erklärt, er könne seine Gewährsmänner nicht nennen, weil er sie nicht kenne, er habe es auf der Straße gehört, und nachdem die HH. Löwe und Michaelis für den Antrag gesprochen hatten, erklärte sich die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden durch Seligos Erklärung befriedigt.“

seine verschiedenen Aufträge „zur Beruhigung der Arbeiter vollzogen" habe; so am 21. die HH. Jordan, Jung und Schomburgk über den günstigen Empfang, den sie an den meisten Stellen bei den Arbeitern gefunden, und daß diese wiederholt die Worte gebraucht hätten: „Warum seid Ihr nicht früher zu uns gekommen, um uns zu belehren?" Es habe sich, bemerkt der Clubbericht der Voss. Z., bei dieser Gelegenheit noch klarer herausgestellt, wie nothwendig es sei, daß der constit. Club mehr mit dem Volke verkehre. Jene Versammlung im Henningschen Lokale war dieselbe, der, wie schon erwähnt, die Mitglieder der städtischen Behörden beigewohnt, um später in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, daß sie keinen Anlaß gefunden hätten, selbst das Wort zu nehmen, „da Mitglieder des constitutionellen Clubs und Studenten bereits alles Das, was sie nur hätten ausführen können, genügend erschöpften." Eine andere Arbeiterversammlung, die des Central-Comités der Arbeiter, fand am 19. Abends im Maaßschen Lokale (Sebastiansstr.) statt. Mehr als vierzig Redner und zahlreiche Arbeiterdeputationen waren anwesend. Nachdem zunächst Fragen, die ausschließlich das Arbeiterinteresse betrafen, erörtert waren, ergriff Hr. Schlöffel das Wort, um die Mitglieder der Versammlung zur Theilnahme an dem Zuge aufzufordern. Gegen seine Ausführungen erhoben sich Dr. Wöniger, der Goldarbeiter Bisky, „der in einer eindringlichen Rede das Schädliche der vom Wahlcomité beschlossenen Maßregel entwickelte", der Schriftsetzer Born und mehrere Andere, unter denen auch ein Student, der „mit Feuer" **gegen** die Demonstration sprach. Diese Reden fanden den „entschiedensten Anklang" bei der Versammlung, die gegen Mitternacht, da noch einmal der Versuch gemacht werden sollte, sie anders zu bestimmen, unter dem Rufe: man wolle von der Sache nichts weiter hören, den Saal verließ. Die Voss. Zeitung — von allen Blättern sie allein — wußte auch mitzutheilen, daß bis zwei Uhr Nachts von einzelnen Personen im Interesse der Demonstration unter den Linden „aufregende Reden vor Volksversammlungen" gehalten worden seien, in denen namentlich häufig die Aufforderung ergangen, den Ausruf: **Republik** überall hören zu lassen. „Doch wäre", fügt sie hinzu, „diese Art der Aufreizung einigen Rednern fast übel bekommen, und namentlich konnte Einer sich vor dem ausbrechenden Unwillen der Versammelten nur mit Zurücklassung eines Rockschoßes retten."

In der letzten Sitzung des Volkswahlcomités am 19. — die übrigens auch so harmlose Momente hatte, daß während derselben einige Mitglieder sich mit Anfertigung einer scherzhaften Ministerliste beschäftigten, in welcher natürlich die hervorragendsten Mitglieder des Comité's mit Portefeuilles bedacht waren, einer jener Listen, die später in der That gedruckt in Umlauf gesetzt und für nichts weniger als heiteren Ursprungs gehalten wurden — in dieser Sitzung war beschlossen worden, daß die bewaffnete Studentenschaft noch besonders aufgefordert werde, die Leitung des Zuges zu übernehmen. Zur Aus-

führung dieses Beschlusses berief Hr. Erman die gerade in der Universität anwesenden Studenten in die Aula, die nicht ohne große Schwierigkeiten von dem Rector zu diesem Zwecke geöffnet worden war. Die Versammlung war so tumultuarisch, daß über den Antrag des Comités, zu dessen schmeichelhafter Motivirung angeführt worden: die Studenten seien nun einmal beim Volke so beliebt, keine Abstimmung stattfinden konnte. Die geordnete Führung des Zuges blieb so eine unerledigte Frage, und die Aussicht, daß die Studenten vielleicht noch bestimmt würden, die Führung zu übernehmen, war um so geringer, als bereits der Student Aegidi durch ein Plakat im Namen der Studentenschaft, doch wie es heißt ohne deren Auftrag, erklärt hatte, daß sie beschlossen habe, an dem Zuge nicht theilzunehmen, als ferner Hr. Magnus, der Commandeur des Studentencorps, auf den folgenden Tag eine feierliche Parade sämmtlicher Abtheilungen des Corps angesagt hatte. Was jenen Beschluß der Studenten betrifft, so hatte allerdings eine Minoritäts-Versammlung sich mit überwiegender Mehrheit (241 gegen 9 Stimmen, nach der Voss. Z.) gegen die Demonstration erklärt.

Mit den Gewerken, den Bau- und Erdarbeitern waren die ausgedehntesten Verbindungen angeknüpft; bereitwillig hatten sie zugesagt, an dem Schauspiele theilzunehmen und die Feierlichkeit dadurch zu erhöhen, daß sie mit ihren Fahnen und Emblemen erscheinen würden. Doch auch hier ließen die glücklichen Versuche der Gegner des Zuges, nicht allein jener Sendlinge des constitutionellen Clubs, sondern vielmehr noch der Gewerksherren und Altmeister, je näher der zum Beginne der Demonstration festgesetzte Termin rückte, die Ungewißheit über die Ausdehnung und die Zusammensetzung des Zuges desto größer werden. Bei einigen Gewerken versagten die Altmeister, indem sie sich gegen den Zug erklärten, die Fahnen dazu herzugeben. Die Tischlergesellen, welche am 19. für die endliche Gewährung ihrer Forderungen einen feierlichen Umzug halten wollten, ließen sich anfangs bestimmen, diesen auf den nächsten Tag zu verschieben, um sich der Demonstration anzuschließen. Die Voss. Z. räth ihnen, „diesem Ansinnen nicht zu willfahren und jener mit allen Mitteln angeregten Demonstration nicht beizutreten." Die Meisterschaft wußte es in der That durchzusetzen, daß die Gesellen, statt an dem Zuge theilzunehmen, schon am Vormittage in feierlicher Procession aus der Stadt nach dem Karlsgarten hinauszogen, um hier ein heiteres Fest zu feiern und erst am Abend wieder zurückzukehren. Dagegen hatte das Schneidergewerk, wie die Voss. Z. erzählt, sich schon entschieden, von dem Zuge fern zu bleiben, als ein spät noch eintreffender Emissär der Demonstrations-Partei die Mehrzahl anderen Sinnes machte. An die Erdarbeiter war außer den mündlichen Aufforderungen noch folgendes (apokryphes) Plakat *) gerichtet worden:

*) Dieses Plakat (gedruckt bei A. Bartz), sowie das im vorig. Abschn. mitgetheilte des const. Clubs (gedr. b. Möser u. Kühn) gehören in den Sammlungen zu den selteneren Stücken.

Aufruf an alle Arbeiter! Wenn wir nicht umsonst gekämpft haben wollen, wenn für unser Wohl wirklich gesorgt werden soll, so müssen wir uns vereinigen, wir müssen wachsam sein. Wir haben 1) noch nicht erreicht, was wir erreichen wollten. 2) Wenn wir uns nicht vereinigen, wird man uns das wieder entziehen, Brocken für Brocken, sobald es nur wieder ruhig wird. Wir, alle Arbeiter, haben nur ein Leiden, eine Noth und einen Zweck. Wir alle müssen zusammentreten und eine Deputation aus unserer Mitte wählen, welche uns bei dem zu bildenden Arbeiter-Parlamente vertritt. Daher kommt Alle, Alle mit Euren Fahnen, Bannern u. s. w. Donnerstag nach der Stadt in's Exercierhaus auf der Karlsstraße, so daß Ihr um 1 Uhr da seid. Glaubt es, die Zeit drängt. Wenn Ihr nichts dazu thut, seid Ihr wieder die einzig Betrogenen. Dort wollen wir unsere Sachen besprechen und uns dem Zuge anschließen, den 60,000 Berliner, Arbeiter, Studenten und alle freigesinnten Bürger vor das Schloß machen, um von der halsstarrigen Regierung solche Wahlen zu fordern, die endlich, endlich Eure Sache, Ihr Armen und Unterdrückten, vertreten sollen. Nicht wahr, da werdet Ihr auch dabei sein und nicht zurückstehen, wenn es auch einen halben Tag kostet. — Die vorläufige Deputation aller Arbeitsleute.

„Es lag“, bemerkt die Voss. Z., „im Plane der aufregenden Partei, die Aufmerksamkeit der Bürgerwehr und der Behörden überhaupt zu theilen. Deshalb hatte sie durch Zettel, die sie an alle Arbeiter vor den Thoren, nach den Rehbergen, dem Plötzensee, Treptow, vor dem halleschen Thor u. s. w. vertheilen ließ, diese aufgefordert, hineinzukommen, und ihnen ganz verschiedene Versammlungspunkte bestimmt. Denen von Treptow z. B. den Karlsplatz, um dort mit den vorhin bezeichneten und denen aus Charlottenburg zusammenzutreffen. Nach dem Alexanderplatze sollten sich alle Arbeiter der dortigen Stadttheile, insbesondere die Weber, Kattundrucker u. s. w. begeben.“ Die andere der privilegirten Zeitungen spricht von seltsamen Vorspiegelungen, welche den Arbeitern gemacht worden seien, um sie in die Stadt zu locken; man habe sie glauben lassen, es gelte überhaupt nur einem Festzuge und in diesem kindlichen Glauben hätten sie denn auch ihre Arbeit verlassen und mit ihren Fahnen in die Stadt ziehen wollen!

Ein tragikomisches Ereigniß schloß, in der dem Demonstrationstage vorangehenden Nacht, die Reihe der Versuche, welche gegen die Ausführung des Zuges gerichtet waren. Auf dem Rückwege nach seiner Wohnung wurde Hr. Eichler von einer Bürgerwehrpatrouille verhaftet, um — in das Schuldgefängniß geführt zu werden. Einer oder einige seiner Gläubiger sahen sich bestimmt, Hrn. Eichler in überraschender Art einstweilen den geräuschvollen Schauplatz seiner Thätigkeit mit der einsamen Zelle in der Hausvoigtei vertauschen zu lassen und dergestalt vorläufig eins der populärsten und einflußreichsten Mitglieder des Comité's, das die Demonstration zu leiten hatte, „unschädlich“ zu machen. Die Verhaftung geschah in der letzten Abendstunde, unter den Linden, vor einem Gasthofe, dem Hotel de Petersbourg, ein Umstand, der den Besitzer dieses Hotels alsbald veranlaßte, durch die öffentlichen Blätter „auf das Bestimmteste“ zu erklären, daß er in keiner Weise bei dem vor seiner Wohnung vorgekommenen Akte seine Hand im Spiele gehabt hätte.

Die Maßregeln und Vorbereitungen, welche zur Verhinderung des Zuges

von den Behörden und den Gegnern der Demonstration getroffen waren, gaben dem Grünen-Donnerstage einen demonstrativen Charakter, in anderem Sinne freilich, als die Partei der Wahldemonstration es beabsichtigt hatte. Anstatt einer Demonstration deren viele, und zwar Gegendemonstrationen, die alle früher da waren, als die eigentliche Demonstration. Von frühem Morgen Demonstrationen an den Straßenecken und Mauern, in den Straßen, auf den öffentlichen Plätzen, vor den Thoren. Dort demonstrirten die zahlreichen Plakate der Behörden, die Aufrufe der Gegner, hier die Bürgerwehr mit Pulver und Blei und scharfen Patronen. „Der Anblick, den die Straßen boten", berichtet die Spen. Z., „glich ganz dem, welchen sie in den Märztagen hatten, nur mit dem großen Unterschiede, daß die Bürger die bewaffnete Macht vertraten." Die Bürgerwehr war in vielen Bataillonen aufgetreten und diese an verschiedenen Punkten aufgestellt, das Schloß, die Bank, das Seehandlungs- und andere öffentliche Gebäude durch verstärkte Mannschaften besetzt; in den Schloßhöfen befand sich etwa ein Bataillon „ausgesuchter" Mannschaften, darunter die ganze Schützengilde. Ueberdies waren die Brücken und Zugänge zu der Spreeinsel besetzt, damit stärkere Trupps nicht Einlaß finden sollten. Abtheilungen der berittenen Bürgerwehr durchstreiften die Straßen; die National-Scharfschützen-Compagnie hielt die Friedrichsbrücke besetzt. Gegen 1 Uhr erschien der General v. Aschoff mit seinen Adjutanten und verweilte bei den einzelnen Abtheilungen der Bürgerwehr, denen er theils selbst, theils durch seine Begleiter Befehle ertheilte. „Das Oberhaupt der Bürgerwehr", meldet der authentische Bericht der Voss. Z., „hatte die Dispositionen für diese gemacht, und war von 12 bis 7 Uhr mit seinen beiden Adjutanten, den HH. Holbein und Wöniger, zu Pferde, um alle Aufstellungen zu revidiren und die noch nöthigen Maßregeln zu leiten". Auch die Studenten und der Handwerkerverein demonstrirten, erstere „in friedlicher Weise"; die Letzteren als Patrouillen und indem das Corps den Alexanderplatz besetzt hielt. Das Studentencorps hatte einige unbewaffnete Rotten nach der Königsbrücke gesandt, damit diese „durch gütliche Mittel" auf die Volkshaufen einwirkten. In der Universität eigenthümliche Demonstrationen. Zuerst Mittags eine große Parade, die erste seit dem Bestehen des Corps. Das Musikcorps trug abwechselnd die Melodieen des Schleswig-Holstein- und des Arndt'schen Deutschen-Vaterlands-Liedes vor; der Commandeur, Prof. Magnus, hielt eine feierliche Anrede an die zu etwa 700 Mann versammelte Studentenwehr; das Corps brachte ein dreifaches Hoch „auf die deutsche Einheit" aus. Diesem schloß sich ein Hoch! auf den Commandeur an. Damit endete die Festparade. Nachmittags Bivouacquiren im Kastanienwäldchen an der Universität. Der größte Theil des bewaffneten Studentencorps war hier bis zum Abende consignirt. Statt des Waffendienstes ein allgemeiner „Commers", bei dem das bairische Bier reichlich floß und die alten Burschenlieder abgesungen wurden. Keine trübe Botschaft — von Zeit

zu Zeit wurden vom Orte des Gelages Patrouillen in die Königsstadt gesandt, um den Stand der Dinge zu erforschen — störte die heitere Demonstration. — Aber auch die Bürgerwehr wurde während des ganzen Tages in ihrer Demonstration nicht erheblich gestört; vergebens wurde um die festgesetzte Zeit, zwei Uhr Mittags, der Zug der Sechzigtausend erwartet; der Alexanderplatz hatte um diese Stunde das friedlichste Aussehen unter Waffen. Einige Arbeiterzüge waren freilich in die Stadt gekommen*) und hatten sich nach dem Alexanderplatz begeben; im Ganzen mochten es jedoch etwa 1000 bis 1500 Mann sein (darunter einige Mitglieder des Volkswahlcomités), die hier versammelt waren, um — Gruppen zu bilden, zu plaudern und friedlich mit der aufgestellten Bürgerwehr zu verkehren. Endlich, gegen vier Uhr, verbreitete sich unter den Gruppen die Nachricht, daß der Zug „abbestellt" sei. Maueranschläge brachten eine Proclamation des Comités, worin erklärt wurde daß die Demonstration unterbleibe, weil das Ministerium ihr eine Zurückweisung mit Waffengewalt entgegengesetzt habe, während nur ein friedlicher Akt beabsichtigt worden sei und jeder gewaltsame Conflict vermieden werden sollte. Doch sei das Ministerium wegen seiner Anordnungen, die möglicherweise zu blutigen Conflicten hätten führen können, in Anklagestand zu versetzen. Einige Redner, die Herren Siegerist, Straßmann, van Arken, setzten die auf dem Alexanderplatz Versammelten von dem Beschlusse des Comité's in Kenntniß und fügten, im Auftrage desselben, die Aufforderung hinzu, den Platz zu verlassen und nach dem Exercierplatze vor dem schönhauser Thore zu ziehen, „um über fernere Maßregeln sich zu besprechen." So verließen denn die friedlichen Demonstranten die Stadt und versammelten sich, gegen 5 Uhr, auf dem angegebenen Platze. Etwa 1500 Personen wohnten dieser improvisirten Volksversammlung bei; Hr. v. Arcken übernahm das Präsidium. Die Verhandlungen giebt die Zeitungshalle wieder:

Hoppe erstattet nochmals Bericht über den Beschluß des Comité's, spricht sodann über den von der Regierung eingeschlagenen Weg, den er als ungesetzlich bezeichnet. — Siegerist: Meine Herren! man hat nichts unversucht gelassen, um uns zu benachtheiligen. So hat ein Mitglied der Bürgerwehr, ein Buchhändler, eine Schuldforderung von 12 Thalern benutzt, um den Herrn Eichler zum Personal-Arrest zu bringen; ja, als dieser sagte, man möge mit zu seiner Wohnung gehen, er wolle sie bezahlen, ward ihm dieses nicht gestattet. Selbst als seine Freunde die Quittung des Buchhändlers vorwiesen, wurden sie bald zu dem Commissarius, bald zu dem Gerichte geschickt, kurz: man bot Alles auf, seine Befreiung in die Länge zu ziehen. (Lebhafter Unwille; einige Stimmen: „Wir wollen ihn befreien!") Seien

*) Durch das brandenburger Thor zogen die Kanalarbeiter aus Charlottenburg mit einer Fahne ein. Auf die Aufforderung der Thorwache ließen sie ihre Fahne im Wachhause zurück und gingen einzeln nach dem Alexanderplatze. Die treptower Arbeiter kamen gegen zwei Uhr in die Stadt und zogen, wie die Voss. Z. berichtet, vor das Polizeipräsidium. Hier ließen sie durch eine Deputation erklären, daß sie durch gedruckte Zettel aufgefordert wären, hereinzukommen; aber sie erhielten so viele solcher Aufforderungen, daß sie gar nicht wüßten, von wem diese ausgingen. Wenn bei der angekündigten Demonstration von ihren Arbeiterverhältnissen die Rede wäre, so würden sie sich dem Zuge anschließen. Nachdem sie hierauf durch den Polizeipräsidenten „wohlwollend und belehrend" angesprochen worden, zogen sie weiter nach dem Alexanderplatze.

Sie übrigens unbesorgt; Hr. Eichler wird, da seine Freunde sich eifrigst für ihn verwenden, schon morgen freigelassen werden. — Jung: Der constitutionelle Club und die Bürgerwehr haben Alles aufgeboten, um die Bürger und Arbeiter gegen den Aufzug zu stimmen. Sie haben diesem friedlichen Aufzuge revolutionaire Absichten untergeschoben und gesagt, das Vaterland befinde sich in Gefahr! (Gelächter.) Wenn das Vaterland in Gefahr kommt, die durch die Revolution erkämpfte Freiheit zu verlieren, so sind daran die Bürgerwehr und der constitutionelle Club Schuld. (Bravo! Bravo!) Dieses kann in der That dadurch geschehen, daß wir indirecte Wahlen haben. Der Fürst von Reuß-Schleiz, der unbedeutendste Fürst Deutschlands, hat für Frankfurt directe Wahlen angeordnet. Der Redner führte ferner aus, daß der Aufzug kein ungesetzliches Unternehmen gewesen, aber das Ministerium sei vor der öffentlichen Meinung anzuklagen, daß es seine Befugniß überschritten habe. — v. Arcken: Man hat mich ersucht, auf den in der Arbeiterzeitung befindlichen Artikel von Hrn. Goldammer, in dem die Hrn. Jung, Eichler und ich angegriffen werden, etwas zu erwidern. Ich für meine Person — ich glaube, die Herren Jung und Eichler denken auch so — werde nie etwas auf einen Angriff erwidern, dem man seinen Zweck, sich auf Kosten einiger Redner, welche für die Meinungen und Rechte des Volkes kämpfen, lustig zu machen und Witze zu reißen, an der Stirne liest. (Lebhafter Beifall.) — Siegerist: Da nicht alle Mitglieder des Comité hier sind, so wird später eine Volksversammlung anberaumt werden, in der Ihnen die weiteren Beschlüsse des Comité eröffnet werden sollen. — v. Arcken: Es kann also über ferner zu treffende Maßregeln keine Debatte stattfinden! — Constant: Am Schönhauser Thor traf ich den Hrn. Löwinson, der mich ersuchte, der anwesenden Bürgerwache die Absicht des Aufzugs zu erklären. Als ich das that, wollte man mich verhaften, und nur als der Zugführer erklärte, er habe zu befehlen und nicht der Hauptmann, und er wolle, daß ich nicht verhaftet werde, ließ man mich los. (Gelächter.) — Siegerist: Meine Herren! Die Bürger gehen mit dem Plane um, die Volksredner einzustecken, damit sie selbst leichter das Ruder des Staats erfassen können! Dort steht wieder ein Herr (der Redner bezeichnet einen Zuhörer), der schreibt unsere Namen — (Die ganze Versammlung stürzt jetzt auf den bezeichneten Herrn los. Viele Stimmen riefen: „Nieder mit dem Spion!“ andere: „Hängt ihn auf!“ Endlich gelingt es dem Präsidenten, die Versammlung zu bewegen, daß sie den Herrn auf die Tribüne lasse. Es ist ein Mann von etwa 40 Jahren; auf Befragen des Präsidenten sagt er, er heiße Hornung, sei Rentier (früher Schulvorsteher) und wohne in der Lindenstraße; die Hausnummer will er nicht angeben.) — v. Arcken: Kennt Jemand von Ihnen diesen Herrn persönlich? (Es melden sich zwei Herren, die auf Ersuchen des Präsidenten die Tribüne besteigen.) — Der eine sagt: Meine Herren! ich heiße Marquardt und bin Schullehrer. Ich war früher Hülfslehrer in der Schule, bei welcher Hr. Hornung Vorsteher war. Ich kann ihm das Zeugniß geben, daß er im vollen Sinne des Wortes ein Ehrenmann ist. — Der andere: Meine Herren! ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Hr. Hornung aus seinem Amte entlassen wurde, weil er seine Schülerinnen gemißbraucht hat. (Lebhafter Unwille. Einige Stimmen: „Nieder mit dem Spion, nieder mit dem Verräther!“) — v. Arcken: Meine Herren! Sie rufen nieder mit ihm! nieder mit dem Spion! Lassen Sie uns keinen Schimpf auf uns laden und die ganze Bevölkerung gegen uns einnehmen! Wir haben bis jetzt nur die Anklagen gehört, wir müssen auch die Vertheidigung hören, und dann urtheilen, ob der Verdacht gegen diesen Mann gegründet ist! (Bravo!) Ich fordere den Herrn Hornung auf, sich zu vertheidigen. — Hornung: Die Behauptung, daß ich aus moralischen Gründen meines Amtes entsetzt worden sei, ist falsch. Ich habe nie etwas gethan, was zu dieser Behauptung Anlaß geben könnte. (Eine Stimme: „das kann Jeder sagen!“) — v. Arcken: Dieses Blatt Papier hat der Redner in der Hand gehabt und einige Namen darauf geschrieben. Ich frage ihn, weshalb er das that? — Hornung: Ohne Absicht! Ich wollte nur die Namen der geehrten Redner (er macht eine Verbeugung — Gelächter im Publicum) mir anmerken. — Jung: Ich finde gar nichts Böses darin, daß Jemand meinen Namen aufschreibt! Möge doch Jeder aufnotiren, was hier gesprochen wird und wer hier spricht. — v. Arcken: Es ist freilich möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß dieses Blatt eine Liste von Solchen ist, die man es sich zur Aufgabe macht, als Volksredner zu — beseitigen. Indeß dazu haben wir keinen hinreichenden Verdachtsgrund und dürfen daher dem Herrn auch nichts anhaben! Ich stelle daher den Antrag, ihn ungehindert fortgehen zu lassen. (Wird einstimmig angenommen.) — Hr. Hornung spricht der Versammlung, namentlich dem Präsidenten, seinen Dank aus und entfernt sich.

Dieser heitere Zwischenfall schloß die Verhandlungen einer Versammlung, welche berufen worden war, um über Maßregeln sich zu besprechen, die mit

Bezug auf die „abbestellte" Demonstration getroffen werden sollten. Eine Person aus der Versammlung wurde — vielleicht war's ein „Mißverständniß" — als Spion bezeichnet und hierauf friedlich-großmüthig entlassen. Diese Thatsache würde zugleich den letzten Akt der friedlichen Demonstration geschlossen haben, wenn nicht die Herren der Gegendemonstration noch für eine besondere Schlußscene gesorgt hätten. Diese spielte am schönhauser Thore und schien die Behauptung, welche die Erörterung jenes Zwischenfalles veranlaßt hatte, zu bestätigen. Wie nämlich einzelne mißliebige Personen, als sie zum Thore hinaus nach der Volksversammlung gehen wollten, als „Aufwiegler" von den wachthaltenden Bürgerwehrmännern verhaftet worden, so wiederholte sich derselbe Vorgang, als die Theilnehmer an der Volksversammlung aus dieser in die Stadt zurückkehrten, wobei es sich unter anderem ereignete, daß Hr. v. Hochstetter verhaftet wurde, weil er — ebenfalls ein „Mißverständniß" — für Hrn. Jung gehalten worden war. Die verhafteten „Aufwiegler" wurden freilich alsbald wieder freigegeben.*) — So endete das bürgerliche Schauspiel der

*) Einige der verhafteten Personen erhoben „Beschwerden über das Verfahren von Bürgerwehrmännern", welche die Zeit.-H. mittheilt. Hr. Louis Löwinson wendet sich an die „Männer der Bürgerwehr", nicht um anzuklagen, sondern um das Versprechen zu erfüllen, welches ihm von einer großen Versammlung abverlangt worden und in der Hoffnung, ähnliche Vorfälle zu verhüten, mit folgendem Berichte: Ich passirte am Donnerstag Nachmittag 5 Uhr ruhig und allein das schönhauser Thor, welches von circa 3—4 Compagnien Bürgerwehr besetzt war. Plötzlich ohne alle Veranlassung stürzten aus allen Reihen Bürger hervor, ergreifen mich, stampfen mit ihren Gewehrkolben auf meine Füße, schreien die gröbsten Schimpfworte, feuern sich gegenseitig an, mich zu morden, und als ich mit kaltblütiger Ruhe diesen Insulten nur ein mitleidiges Lächeln entgegensetzte, erreichte ihre fanatische Wuth eine solche Höhe, daß es dem Herrn Major kaum gelang, bis in meine Nähe vorzudringen, um meine Verhaftung vorzunehmen. Ehe wir uns entfernten, frug ich nach dem Grund meiner Verhaftung, und bat, daß sich meine Ankläger sofort nennen mögen (da es häufig vorgekommen sein soll, daß bei ähnlichen Uebergriffen ein falscher Grund vorgeschoben wurde); es waren jedoch alle darüber einstimmig, daß ich ruhig und allein vorübergegangen, daß ich aber dennoch verhaftet werden müßte, weil, wie Einzelne schrieen, sie es sich vorgenommen hätten mich zu verhaften, zu erstechen! todtzuschlagen! und als ich diese Freundschaftsbezeugungen belächelte, schrieen wieder viele Stimmen: Was! der Hund lacht noch! Fort! nach der Wache! Dort angekommen, ersuchte ich den Herrn Major nochmals, mir den Grund meiner Verhaftung anzuzeigen, worauf er nach Berathung mit den Herren Hauptleuten erklärte: Ich wäre nicht verhaftet, er müsse mich aber vor den Insulten der Bürgerwehr in Schutz nehmen. — Hr. Adolph Streckfuß erzählt: Am Nachmittage des grünen Donnerstag fanden die vom Exercierplatz vor dem schönhauser Thore zurückkehrenden Mitglieder der Volksversammlung das Thor und die ganze Schönhauserstraße mit großen Massen von bewaffneten Bürgergarden besetzt. Es mußte dies die friedlich, an keinen Unfug denkenden Vorübergehenden befremden, und mancher Scherz wurde über die unnöthige Vorsicht laut. Auch ein etwa 17 oder 18jähriger junger Mensch unterfing sich, ein solches Scherzwort zu äußern, und wurde in Folge desselben von den Bürgern gefangen genommen. Man transportirte ihn nach der Wachstube und erlaubte sich auf dem kurzen Wege dorthin Mißhandlungen an dem wehrlosen Knaben, welche denen ganz ähnlich sind, deren sich die rohen Soldaten am 18. und 19. März gegen ihre Gefangenen schuldig gemacht haben. Die Bürgergardisten stießen dem jungen Menschen mit den Kolben der Gewehre nach den Beinen, sie faßten ihn in's Genick und schüttelten ihn, sie bedienten sich selbst der Fäuste auf die roheste Weise! Einer der Bürgergardisten wendete sich während dieser Scene zu dem umstehenden Volk und rief demselben zu: „Nun Ihr Hunde, wollt Ihr wohl nach Hause gehen und arbeiten!" Auch Unterzeichneter wurde bei dieser Gelegenheit durch einen diensteifrigen Bürgergardisten verhaftet (aus Mißverständniß!?) und verdankt seine Befreiung nur dem

friedlichen Wahldemonstration. Es folgten jedoch noch einige Nachspiele. Zuerst im Versammlungslokale des **politischen Clubs**, der eine Sitzung auf den 20. Abends bestimmt hatte:

Nur wenige Clubmitglieder hatten sich eingefunden. Man unterhielt sich zuerst ziemlich ungezwungen über die Demonstration, die am Tage hatte stattfinden sollen, als inmitten der Unterhaltung Hr. **Schramm** auftrat und die anwesenden Mitglieder des Clubs bat, entweder zu erklären, daß die heutige Versammlung nicht Versammlung des politischen Clubs sei und in diesem Falle die Unterredung über die Demonstrations-Angelegenheit fortzusetzen, oder im Fall die Versammlung sich für eine Versammlung des Clubs erkläre, die Debatte über die Demonstrations-Angelegenheit als nicht in den politischen Club gehörig fallen zu lassen. Die Versammlung betrachtete sich nach der in Folge hiervon stattgehabten Abstimmung als eine gelegentliche und zu dem politischen Club in keiner Beziehung stehende Zusammenkunft und ernennt Hrn. Dr. Saff zu ihrem Präsidenten. — Hr. **Schlöffel** machte der aus dem Wahlcomité ausgeschiedenen Minorität den Vorwurf, ihrer Partei geschadet zu haben. — Hr. **Schasler** vertheidigte sich gegen Schlöffel. Noch mehrere Herren sprachen gegen diesen, unter ihnen Hr. **Jung**, der sich dagegen vertheidigte, daß er von der Partei abgesprungen wäre; ferner Hr. **Mathäi**, der es Hrn. Schlöffel persönlich freistellte, ihn für einen nicht zu seiner, d. h. Schlöffels, Partei Gehörigen zu betrachten. Hr. **Fähndrich** und Hr. **Lipke** sprachen gegen Hrn. Schlöffel persönlich; letzterer forderte denselben auf, sein politisches Glaubensbekenntniß bestimmt auszusprechen. Hr. **Schlöffel** verwies auf seinen „Volksfreund" und las auf allgemeines Verlangen und unter vielem Beifall einen Artikel aus dem Volksfreund über die Demonstrations-Angelegenheit vor. — Hr. **Wentzel** stellte hierauf den Antrag, einen Protest gegen die Beschränkung des freien Versammlungs- und Petitionsrechts durch das Ministerialrescript vom 18. c. zu erlassen, zog jedoch, auf den Wunsch des Hrn. Dr. Saff, eine solche Maßregel bei einer größeren Versammlung zu beantragen, denselben wieder zurück. — Nachdem noch die Herren Louis Löwinson und Schlöffel einzelne Excesse, die die Bürgerwehr am Tage begangen hätte, erzählt und Hr. Wollheim dieselben günstig auszulegen und durch Gegenerzählungen zu entkräften gesucht hatte, trennte sich die Versammlung. Da derselben mitgetheilt worden war, daß Hr. Dr. Eichler Schulden halber seiner Freiheit beraubt wäre, steuerte ein Theil der Anwesenden vor dem Auseinandergehen zur Deckung dieser Schulden bei. — (Eine gerichtliche Beweisaufnahme, vom 11. Mai, ergab noch folgende Bruchstücke als Bestandtheile der im obigen Berichte unvollständig wiedergegebenen Verhandlungen: Schlöffel habe Jung den Vorwurf der Inconsequenz gemacht, weil er aus dem Wahlcomité getreten sei, worauf Jung gesagt habe: Wenn ich zehn Jahre jünger wäre, so würde ich die Ansichten des Hrn. Schlöffel theilen. Auf den Vorwurf Jungs, daß Schlöffel gesagt habe: der König müsse weggejagt und das Ministerium gestürzt werden, soll — wie ein Belastungszeuge aussagte — Schlöffel erwidert haben, daß er sich allerdings so geäußert. Auch sei von ihm die Aeußerung gemacht worden: „in Baden habe er's so lange getrieben, bis man ihn eingesteckt habe, hier würde es auch noch so kommen." Schlöffel erklärte in der Gerichtsverhandlung, den Belastungszeugen gegenüber, deren Aussagen für lückenhaft und unvollständig. Er habe, bemerkt er, an jenem Abende die Wahldemonstration mit dem pariser Reformbankette verglichen und darauf hingewiesen, daß das Ministerium in Frankreich den Willen des Volkes nicht gehört, weshalb das Volk Gewalt gebraucht habe. Uebereinstimmend erklärten hierauf die als Zeugen vorgeladenen Clubmitglieder Jung, Saß, Lange, Friedrich und v. Salis, daß Schlöffel in jener Sitzung sich auf den gegen ihn von mehreren Personen erhobenen Vorwurf: er habe in das Wahlcomité das Princip der Gewalt hineinbringen wollen, vertheidigt und darauf hingewiesen, daß er absichtlich die angegriffene Nummer des Volksfreundes **vor** der Demonstration zurückgehalten habe. Ueberhaupt sei in der Versammlung nur über Principien verhandelt worden und Schlöffel habe, indem er sich dagegen verwahrt, bei der Demonstration an Gewalt gedacht zu haben, nur behauptet, daß man principiell die Gewalt nicht ganz ausschließen könne und sich in dieser Hinsicht auf die Vorgänge des 18. März bezogen.)

---

sehr vernünftigen und humanen Einschreiten eines Officiers vom 16ten Bezirk. Die Herren Bürgergardisten, welche sich durch Rohheit bei der Mißhandlung des gefangenen Knaben auszeichneten, gehörten, wenn wir nicht irren, den Bezirken Nr. 75, 16 und 4 an. **Adolph Streckfuß.** (Folgen die Namen von 13 Personen, welche die Wahrheit des mitgetheilten Factums zu bezeugen sich bereit erklären.)

Der Artikel des „Volksfreundes" (Nr. 5.), den Hr. Schlöffel vorlas, trug die Ueberschrift: „Die große Wahldemonstration" und lautete:

Auf dem grünen Donnerstag wollen wir mit dem Ministerium Kamphausen das Abendmahl feiern, auf daß es gekreuzigt werde. Einst haben die Juden Barnabam frei gegeben, um einen großen Volksaufwiegler und Revolutionär, der Jahrtausende lang als „Gott" verehrt werden sollte, zu hängen. Morgen wollen wir den Barnabas Kamphausen nicht frei geben, und unsere Freiheit, die wir augenblicklich in den Volkswahlen verkörpert sehen, für immer retten. Darum trauet nicht jenen Schriftgelehrten und Pharisäern im constitutionellen Club und jenen königlichen Kriegsknechten in den Wachtstuben der Bürgerwehr, und dem Pontius Pilatus Minutoli, die Euch alle erzählen, wie gut und vortrefflich der Barnabas ist und wie gefährlich jener politische „Christus", das demokratische Wahlgesetz (denn es führt ja zur Republik), sondern laßt Euch nicht davon abwendig machen, in Masse mit nach Golgatha vor das königliche Schloß zu ziehen, wo jener barbarische Friedrich Wilhelm Titus Euch vor 4 Wochen zusammenschießen ließ; dort mag der Minister Kamphausen das eigene Kreuz tragen, woran er geschlagen werden wird, nämlich seine unvergeßliche Blamage. Wir wollen Herrn v. Minutoli nicht in die Verlegenheit bringen, unsern „Heiland" zu tödten und sich dann à la Pilatus die dienstfertigen Hände in Unschuld zu waschen. Wir wollen nicht gleich jenen Juden zu stillschweigenden Mördern unserer eigenen Freiheit werden und es zugeben, wie durch das schlechte Wahlgesetz trotz der Bibel die reichen und ordnungsliebenden Kameele durch das Nadelöhr der landräthlichen Wahlcontrole gehen. Wir wollen auch nicht wie Max Schasler es will, dem guten König geben, was des Königs, und dem königl. preuß. Vaterlande, was des königl. preuß. Vaterlandes ist. Nein, nein, wir bleiben bei unserm Vorhaben: An's Kreuz mit Barnabas und Consorten. Wir wollen ihm den Essigschwamm der bittern Wahrheit reichen und dann kann er unsertwegen in das Paradies seines Privatlebens einkehren und der Republik nach seinen lorbeerwürdigen Thaten in Ruhe entgegen sehen. Wir aber wollen uns in seine Kleider theilen und in die 40 Millionen Anleihen, die er uns zu stehlen versucht hat. — Alle Pfarrer auf der Kanzel loben ihre Makkabäer und sagen, daß es sehr unklug von den Juden gewesen wäre, nachdem sie sich durch die Barrikaden von der babylonischen Gefangenschaft befreit hätten, nachdem der Prinz Nebukadnezar entwischt war, daß sie den Titus von Gottes Gnaden sammt seinen Spießträgern (denn weder Titus noch einer seiner Zeitgenossen hatte das Pulver erfunden) nicht haben auch gehen heißen. Das Wahlcomité scheint andrer Meinung zu sein, denn es hat nichts anderes beschlossen, als mit 60,000 Mann sich zu erkundigen, ob das für den Minister Kamphausen die Macht der Erde sei, die ihn von den Wahlmännerwahlen abbringen könnte. Es will nicht einmal die andern beiden Volksfreunde sich loskaufen, die der Titus kreuzigen will, die etwa Volksbewaffnung und „befreite Arbeit" heißen. Wir haben doch noch immer einen unnützen Respekt vor diesem Titus und seinen Spießknechten und Bürgerpatrouillen. Wir rufen immer: „friedlich! friedlich!" und vergessen ganz, daß es gerade der Krieg und nur der Krieg war, der uns das Wenige gebracht hat, was wir von Freiheit besitzen. Denn seht, wenn wir, um auf der Straße rauchen zu können und den unverantwortlichen Barnabas zum verantwortlichen Minister zu erhalten, so und so viel Menschen geopfert haben, was wäre denn dann das Uebrige werth, was wir gern haben möchten und mit allen Bitten, Protestiren und Demonstriren nicht erlangen werden.

Gewissermaßen ein Prolog zu dem beabsichtigten Zuge wurde der Artikel durch sein verspätetes Erscheinen, am 20. Abends, vielmehr zu einem **Epiloge, dessen „verbrecherischer" Inhalt dem Staatsanwalte Hrn. von Kirchmann, demselben, welcher zehn Tage vorher die „vortreffliche" Bekanntmachung über das Verhältniß der Justiz zur revolutionären Presse erlassen hatte, Anlaß zur Erhebung einer Anklage „wegen Verleitung zu persönlicher Mißhandlung des Staatsministers Camphausen" gab. Auf eine Verfügung des Staatsanwaltes wurde Schlöffel am 21. Morgens verhaftet und in das Criminalgefängniß abgeführt. Außer dem erwähnten Artikel war es noch ein anderer aus derselben Nummer des Volksfreundes, in welchem der Staatsanwalt Grund zur Verfolgung „wegen Verleitung zum Aufruhr" fand. „Am**

Morgen des 21.", so berichtet die Zeit.-Halle, „fand sich in der Wohnung des jungen Schlöffel ein Beauftragter der Polizei in Uniform ein, um ihm den Ablauf seiner Aufenthaltskarte zu melden und zugleich anzuzeigen, daß dieselbe nicht verlängert werden würde; er möge danach bestimmen, wohin er seinen Paß visirt zu haben wünsche. Gleich darauf trat ein Herr in Civilkleidung ein, welcher ihm ein Papier überreichte, das ihn zu dem Staatsanwalte beschied und das bei genauerer Nachfrage als ein Verhaftsbefehl bezeichnet wurde." Dasselbe Blatt fügt dieser Mittheilung hinzu: „Merkwürdig daß man in einer Zeit, wo die Gesellschaft im Werden begriffen, wo die Kraft der alten, auf die alten Zustände berechneten Preßgesetze thatsächlich gebrochen ist, wo es von der äußersten Wichtigkeit erscheinen muß, Jeden vor der Hand seine Meinung ohne allen Rückhalt aussprechen zu lassen, daß in einem solchen Augenblick auch nur die Möglichkeit eines Preßverbrechens aufgestellt werden kann." Die Voss. Zeit. meldet, „um falschen Mittheilungen zuvorzukommen", daß „auf Grund einer den 20., Abends 9 Uhr, eingegangenen Denunciation" (der Nummer 5. des Volksfreundes) Schlöffel auf des Staatsanwalts Antrag am 21. durch das Polizeipräsidium zur Haft gebracht worden sei und die Voruntersuchung gegen denselben begonnen habe. Am weitläuftigsten berichtete der „Publicist" über Schlöffels Verhaftung. Seiner Mittheilung der Thatsache fügte er die Bemerkungen hinzu: „Der republicanisch-communistische Geist, mit dem der 19jährige Schlöffel in schrankenloser Heftigkeit jetzt hervortritt, ist nicht von heut und gestern, sondern er ist ihm augenscheinlich anerzogen worden. Man ergriff schon vor fünf Jahren, als sein Vater wegen Verdachts des Hochverraths gefangen gehalten wurde, Briefe von ihm, die er, ein dreizehnjähriger Knabe, an seinen Vater von der Schule aus geschrieben und die mit verworrenen Ideen über politische Staatsformen — nach Fourier — angefüllt waren. Während er selbst aber mit jugendlichem Eifer die Gleichheit der Menschenrechte verfocht, hat ihn dies nicht gehindert, alsbald nach seiner Verhaftung eine Ungleichheit für sich in Anspruch zu nehmen, indem er als Student einen privilegirten Gerichtsstand behauptend, seine Versetzung zum Hausvoigteigerichte verlangte. . . . Inzwischen hat er es vorgezogen, die ihm bewilligt gewesene Gesellschaft mißachtend, ein einsames Gefängniß zu beziehen, wo er freilich an Lectüre nur das Neue Testament und das Porst'sche Gesangbuch findet, Schriften, die in jeder Gefängnißnummer zu den Inventarienstücken gehören." Die letzteren Mittheilungen stellte Schlöffel jedoch als unrichtige dar in einem Schreiben, das er aus der Stadtvoigtei, 28. Apr., an den Redacteur des Publicisten richtete. „Es ist", heißt es darin, „eine Unwahrheit, daß ich den Inquirenten auf meinen Gerichtsstand aufmerksam gemacht habe, daß ich mich, stützend auf mein Studentsein, übersiedeln lassen wollte, nach dem Kammergerichtsforum. Ich habe ein Verhör gehabt und zwar durch Hrn. Criminalgerichts-Director Märcker. Dieser fragte am Schlusse, ohne jeden Anlaß

meinerseits, ob meines Vaters Gut ein Rittergut sei, weil dieser Umstand mich dem eximirten Gerichtsstande unterwerfen würde. Ich antwortete nach meinem Wissen darauf. Ich erkläre, daß es für mich von keinem Interesse ist, ob ich vor dem Kammergerichte oder dem Criminalgerichte stehe. Dieser Unterschied verändert in meinem Standpunkte, dem des Princips, auf dem ich stehe und stehen werde, nichts. Ich befürwortete nur Schnelligkeit des Processes und habe von einem Studentsein nichts erwähnt. Ich habe den Studenten vergessen in allen Consequenzen. Für mich ist die Universität nur ein Institut der Polizei, bei der ich mich immatriculiren lasse, wie ich mir eine Aufenthaltskarte löse bei der Stadtpolizei. . . Die zweite Lüge ist, daß ich gebeten hätte, mich allein zu setzen und die Gesellschaft perhorrescirt hätte. Nein, ich habe keinen sentimentalen Horror vor den gepeinigten, überantworteten Opfern der Gesellschaft, vor Dieben u. s. w. Ich halte sie für curabler und menschlicher als manchen spießbürgerlichen Speculanten, der noch nie gewaltsam eingebrochen, aber ein weit feigerer Dieb ist. Ich sitze mit einem bürgerlichen Mörder lieber zusammen, als ich einem königlichen die Füße lecke. Der Stadtvoigteidirector Hr. Rohr ist nach seinen Instructionen mit mir verfahren. Ich habe weder gebeten, noch protestirt, sondern mich so passiv verhalten, wie ich es nach meinen Grundsätzen thun muß, wo ich wehrlos einer Gewalt gegenüberstehe, die ich principiell nicht anerkenne." Inzwischen ward Schlöffel bald aus dem Stadtvoigteigefängnisse in die Hausvoigtei versetzt. Sein Proceß kam am 11. Mai zur öffentlichen Verhandlung.

Die Anklage gegen Schlöffel war die erste, welche seit dem Bestehen der Preßfreiheit in Preußen wegen „Mißbrauches" derselben erhoben wurde. Schlöffels Verhaftung und die weitere Procedur gegen ihn entzogen den thätigen Jüngling, nach kaum vierwöchentlicher revolutionärer Wirksamkeit, der öffentlichen Theilnahme an der ferneren Entwickelung der berliner Revolution. Noch eine Nummer seines Blattes gab er „am 12ten Tage seiner Gefangenschaft" als „gezwungenes Flugblatt aus den Papieren eines gefangenen Volksfreundes von einem lauschenden Gitterfenster" heraus. „Der Volksfreund", sagt er darin, „nannte das Königthum ein Unding, die Gesellschaft faul, die Reichen engherzig, das Ministerium schlaff und gesinnungslos. Was that das Königthum, die Gesellschaft, die Reichen, das Ministerium. O, es war kurz und bündig, was sie thaten, es war sogar gesetzlich: sie sperrten ihn ein. Das sind die gewichtigen Gründe des Polizeistaats, das ist die ehrenwerthe Ansicht des Spießbürger- und des Königthums von der Preßfreiheit. Die schwarz-roth-goldenen Bürner liefen kopfüber, kopfunter bei jener Nummer 5. zum Staatsanwalt: „Hochverrath, Hochverrath, Alles in Gefahr, Aufruhr, gepredigte Gewaltthat, beleidigte, hartbeleidigte Majestät!" und was das kleine geängstigte Gehirn eines solchen friedlichen Bürgers in der Schnelligkeit aus dem Wörterbuche aller politischen Denuncianten hersagen konnte. Der Staats-

anwalt sann hin, sann her und lavirte wie Christus unter den Pharisäern. Endlich kommt die Nr. 5. und macht ihm das Unmögliche möglich, er schreitet ein, der Volksfreund wird verhaftet; das Vaterland ist gerettet und die gestörten Knödel- und Sauerkrautherzen im Dienste ihres liberalen Königs und der Ordnung beruhigen sich. . ." Schlöffels letztes öffentliches Auftreten in Berlin war das des verhafteten Angeklagten vor dem Richter in öffentlicher Gerichtsverhandlung. Seine Vertheidigungsrede sprach unumwunden und ausführlich die Grundsätze aus, die ihn zu handeln und zu leiden bestimmten. Seine politische Laufbahn in Berlin war zu Ende.*)

Die Demonstration des 20. bildete, nachdem dieser Tag vorüber war, ein Thema vielfacher Erörterungen durch die Presse und in öffentlichen Versammlungen. — Hr. Jung erklärte, gegen die in der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Demonstration untergeschobene Absicht einer Einschüchterung der Behörden protestiren zu müssen. „Ein Zug", heißt es in seiner Erklärung, „wie der beabsichtigte, etwas sehr gewöhnliches in freien Ländern, sollte der vorgebrachten Forderung der directen Wahl größere Oeffentlichkeit

---

*) Schlöffel starb vierzehn Monate später, die Waffe in der Hand, auf dem Schlachtfelde. In dem Gefechte bei Waghäusel (22. Juni 1849), an dem er als unterer Führer im badisch-pfälzischen Revolutionsheere theilnahm, machte eine Kanonenkugel aus den Reihen der feindlichen Preußen seinem Leben ein Ende. — Von den anderen Mitgliedern des am 10. April gewählten Volkswahlcomités befanden sich Ende 1849 — zunächst von den am 16. ausgetretenen — der Goldarbeiter Bisky, aus Berlin ausgewiesen, in Amerika; Schriftsetzer Born, von der sächsischen Regierung wegen Theilnahme am dresdener „Maiaufruhr" als Hochverräther verfolgt, und Dr. Nauwerck, von der preußischen Regierung wegen Theilnahme an den stuttgarter Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung als Hochverräther verfolgt, beide als Flüchtlinge in der Schweiz; Dr. Prutz, Novellen schreibend als außerordentlicher Professor an der Universität Halle. Von den zurückgebliebenen Mitgliedern starben der Naturforscher Kümlau noch im Laufe des Frühjahrs 1848, und der Literat G. v. Förster (ein talentvoller junger Mann, der, nachdem er die Rechtswissenschaften studirt, sich mit literarisch-kritischen Studien beschäftigte und zuerst in der charlottenburger Literaturzeitung (1844), dann in politischen Blättern, wie in der Zeitungshalle, seine Arbeiten veröffentlichte — auch die in diesem Werke enthaltenen, der Zeit.-Halle entnommenen Berichte der Verhandlungen des polit. Clubs und der ersten Volksversammlungen an der einsamen Pappel sind von ihm verfaßt —) im Sommer 1849 in der Nähe von Berlin. Der Literat Baader wird 1849 aus Berlin ausgewiesen, der Assessor Bergenroth nimmt unter dem Ministerium Brandenburg freiwillig seinen Abschied aus dem Staatsdienste und geht nach Amerika; der Kaufmann Constant, der sich schon früher in Texas angesiedelt hatte, kehrt im Herbste 1848 dahin zurück; Dr. Eichler, wegen einiger politischer Handlungen aus dem Jahre 1848 zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt; der Weinhändler Fähndrich, als Drucker eines Flugblattes aus dem Jahre 1848 zu dreijähriger Festungsstrafe verurtheilt, seit 1849 auf der Festung Silberberg; Held verläßt, nachdem mehrere journalistische und literarische Unternehmungen mißglückten, im Sommer 1849 Berlin, um an verschiedenen deutschen Orten literarisch thätig zu sein; der Assessor Jung sieht sich 1849 genöthigt, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen und Berlin zu verlassen; der Student Monecke, noch im Laufe des Sommers 1848 als Verfasser eines Flugblattes verhaftet und zu zwei und einhalbjähriger Festungsstrafe verurtheilt; der Maschinenbauer Siegerist, seit dem Juni 1848 gefangen, wegen Aufruhrs u. s. w. zu mehrjähriger Festungsstrafe verurtheilt; Dr. Wiß verläßt im Herbst 1848 freiwillig Berlin und geht nach Amerika. Dr. Hexamer, seit 1849 in Amerika, von der badischen Regierung als Hochverräther verfolgt.

und dadurch neue Anhänger verschaffen. Wer sich dadurch einschüchtern läßt, ist werth, daß er fällt, denn er zeigt, daß er die friedliche Meinungsäußerung freier Männer nicht vertragen kann." (V. Z. 21. Ap.) Ein anderes Comitémitglied, Hr. Constant, vertheidigt die beabsichtigte Demonstration, dem „Parteihasse" gegenüber, „der diesem gesetzlichem Akte aller freien Völker der Welt die böswilligsten Nebenzwecke unterschob"; er behauptet, daß in den Verhandlungen des Comités, denen er beigewohnt, nie eine „unlautere Absicht" zu erkennen gegeben worden sei. Auf seine Anfrage habe Hr. Schlöffel ihm, am 19., in Gegenwart sämmtlicher Mitglieder die Versicherung gegeben, daß er nichts unternommen habe, wodurch der Zug eine andere als friedliche Haltung gewinnen könne. Nach dieser Erklärung habe er, Hr. Constant, auch nachdem die HH. Jung und Held aus dem Comité geschieden, es für Pflicht gehalten, darin zu bleiben, einerseits in der Ueberzeugung, daß der Zug friedlich werde stattfinden können, andererseits, weil im Falle des Unterbleibens Wirrnisse entstanden sein würden, wenn die Mitglieder des Comités, im letzten Augenblicke austretend, die Theilnehmer des Zuges ohne Kenntniß der berathenen Maßregeln gelassen hätten. „Wir haben", erklärt Hr. Constant, „nichts weiter als eine friedliche Demonstration zu Gunsten der directen Wahlen machen wollen, und ich bin überzeugt, daß diese imposante Demonstration uns nicht das directe Wahlrecht gebracht hätte, wohl aber wäre durch die herrliche Haltung des Volkes den Provinzen gezeigt worden, daß hier Friede und Eintracht, nicht aber, wie man zu verbreiten bemüht ist, Anarchie herrsche, und damit hätte man viele Freunde für die neue Ordnung gewonnen." (Z.-H. 26. Ap.) Hr. Schasler nimmt nachträglich die Minorität des Wahlcomités gegen den Vorwurf, durch ihr Ausscheiden einen „politischen Fehler" begangen zu haben, in Schutz, wobei er die bereits früher von ihm in den Volksversammlungen angeführten Gründe wiederholt. Dieser Schutzrede fügt er in seiner Erklärung, welche die bescheidene Ueberschrift: „Für künftige Geschichtsschreiber der Demonstration" trägt, Folgendes hinzu: „Es ist nach dem Austritt der Minorität so viel auf die Friedlichkeit der Demonstration gepocht worden. Indeß hat meines Wissens diese ausdrückliche Friedlichkeit erst nach dem Austritt und vielleicht durch ihn Platz gegriffen. Denn in der zweiten Sitzung des Comités erklärte sich Hr. Schlöffel — derselbe, welcher im politischen Club darauf antrug, man müsse gegen die Minorität wegen ihres Austrittes eine Parteiabscheidung aussprechen — unverholen dahin, daß wenn man einmal vor dem Schlosse sei, man sich nicht mit den directen Wahlen begnügen, sondern mehr verlangen müsse; worauf richtig erwidert wurde, daß wenn man das Volk zu einer Handlung bringen wolle, man nicht eine unbestimmte Perspective eröffnen dürfe, sondern gerade heraus und offen sagen müsse, was man wolle, damit das Volk vorher sich dafür oder dagegen entscheiden könne. Als nun dessenungeachtet die Demonstration mit Majorität beschlossen wurde,

traten die bekannten Männer aus dem Comité, weil sie sich mit der Wahl solcher Mittel, und zwar im Sinne ihres Mandats, nicht einverstanden erklären konnten." (Z.-H. 27. Ap.) Wortreicher noch als Dieser erklärt sich Hr. Held, ebenfalls nachträglich, über die Gründe seines Austritts. Ein Artikel seiner Locomotive (Nr. 18.), mit der Ueberschrift: „Mein Antheil am Volkswahlcomité — eine Rechtfertigungsschrift" enthält darüber Folgendes:

Das Mandat, welches ich von der Volksversammlung erhalten, lautete nur auf eine friedliche Demonstration, und es mußte von dem Augenblicke an erlöschen, wo die Demonstration den Charakter der Friedlichkeit verlor. Dieser Augenblick war mit der Erklärung des Polizei-Präsidiums eingetreten, mein Mandat war zu Ende, und ich hatte also keine Vollmacht, folglich auch kein Recht mehr, an den weitern Schritten des Comité Theil zu nehmen. — Eine weitere, blos persönliche Theilnahme an einer von mir für unfriedlich erkannten Demonstration widerstrebte meinem politischen Principe, welches mir verbietet, um der Wahlfrage willen einen Bürgerkampf zu provociren. Die Majorität des Comités machte zwar geltend, daß sie auch jetzt noch eine nur friedliche Demonstration wolle und ihr Mandat sofort niederlegen werde, wenn der Zug auf bewaffneten Widerstand stoßen würde. Hierin lag aber für mich erstens kein festes Princip, da es offenbar einen bereits begonnenen Kampf in der Mitte abbrechen hieß; und zweitens eine Gewissenlosigkeit, die ich darin sah, daß man eine unbewaffnete Volksmenge einer bewaffneten erst gegenüber führen und sie dann ihrem Schicksale überlassen wollte, noch dazu in Zeitumständen, wo aus „Mißverständnissen" so leicht blutige Conflicte entstehen. — Trotzdem wurde ich wegen meines Rücktritts von einigen Individuen der Majorität gründlich verachtet, woraus ich mir natürlich gar nichts machte, einmal weil es Persönlichkeiten waren, an deren Achtung mir überhaupt nichts liegt, und zum andern, weil ich sagen konnte: Der ganze Unterschied zwischen meiner und Eurer Handlungsweise besteht nur darin: Ihr legt Euer Mandat erst morgen nieder, weil Ihr erst morgen die Bayonnete seht; ich lege es schon heute nieder, weil ich die Bayonnete schon heute sehe. Auf wessen Seite ist nun die größere Ehre, auf wessen Seite ist nun der größere Anspruch auf die Achtung und das Vertrauen des Volkes? Ihr führt es bis dicht an den Rand des Abgrundes, in den es alsdann durch einen Windstoß hineingeworfen werden kann; ich aber sehe den Abgrund schon 100 Schritte zuvor und halte das Volk alsogleich davon zurück, so daß es nicht hineinfallen kann. Ich also bin der vorsichtigere, folglich auch der bessere Führer des Volkes! — Und dies, hoffe ich, wird auch das Volk selbst erkennen! Es wird mich alsdann durch noch größeres Vertrauen, als es mir bisher schon schenkte, entschädigen für die Verachtung, der mich bei einigen jungen, unreifen politischen Fanatikern durch mein eben so vernünftiges wie vorsichtiges Verfahren ausgesetzt habe.

Hr. Held rühmt sich in einem andern Artikel der „glänzenden Genugthuung", die er dadurch erhalten, daß die trotz des Verbotes beschlossene und angeordnete Demonstration in sich selbst zerfallen, „sie hat sich, wie der Rhein, im Sande verloren." Und nochmals wendet er sich an das „vertrauende Volk" von Berlin, künftig seine Vertreter vorsichtiger zu wählen. Nicht zufrieden, in einer weitläuftigen Rechtfertigungsschrift und in Journalartikeln seine Sache vertheidigt zu haben, glaubte Hr. Held auch noch seiner „Vollmachtgeberin, der Volksversammlung der Zelten, Rechenschaft von seinem Austritte ablegen" zu müssen. Maueranschläge vom 21. verkündigten seine Absicht. In dem Plakate theilte Hr. Held den „Bürgern" noch einmal den Grund seines Austrittes mit, hob er noch einmal seine Nichtverantwortlichkeit für die späteren Schritte des Comités hervor, und setzte er noch einmal seine friedlichen Ansichten auseinander: „Wir haben, so lange wir auf friedlichem Boden bleiben wollen und können, der factischen Regierungsgewalt bloß zu gehorchen!

Darum gehorchte ich, darum schied ich aus dem Comité. Ob das Staatsministerium durch die Behinderung der Demonstration seine Befugnisse überschritten oder nicht: das zu entscheiden steht der Nationalversammlung zu, der das Ministerium verantwortlich ist. . . ." Schließlich beruft Hr. Held, seine „Vollmachtgeberin" zum Sonntag, dem 23., an ihren gewöhnlichen Versammlungsort, wo er Rechenschaft abzulegen und zugleich einen „Vortrag über das Wesen der Freiheit" zu halten beabsichtige. — Es war die regelmäßig an Sonntagen stattfindende Zeltenversammlung, zu der Hr. Held eingeladen hatte. Ueber dieselbe (8. Versammlung des Volksvereins am 23.) berichtet die „Volksstimme":

Hr. Held hatte ohne vorhergehende Verständigung mit dem Vorsitzenden öffentlich bekannt gemacht, er werde am Sonntag den 23. Nachmittags 5 Uhr unter den Zelten eine Volksversammlung abhalten, in der er über „das Wesen der Freiheit" reden wolle. Der Vorsitzende fühlte sich daher veranlaßt, die Versammlung zu fragen, ob sie sich als die gewöhnliche Sonntagsversammlung oder als eine außerordentliche betrachten wolle, die nur Hrn. Helds wegen hierhergekommen sei. Im letzteren Falle stehe ihm der Vorsitz nicht zu und er werde deshalb abtreten; im ersteren müsse er dagegen darauf bestehen, daß, wenn Hr. Held etwas zu sagen habe, er sich wie jeder andre Redner zu melden habe; es werde ihm sodann, wenn die andern auf der Tagesordnung stehenden Anträge erledigt wären, das Wort gegeben werden. — Die Versammlung entschied sich einstimmig dafür, daß der Vorsitzende die Versammlung wie gewöhnlich leiten möge. Der Vorsitzende eröffnet demgemäß die Versammlung mit einer nochmaligen Rechtfertigung seines Austritts aus dem Wahl-Comité, weil am Mittwoch nur ein kleiner Zuhörerkreis zugegen gewesen war, indem er besonders darauf hinwies, daß der bevorstehende Zug ursprünglich keineswegs einen so durchaus friedlichen Charakter annehmen zu sollen schien, wie er später ausdrücklich verlangte. — Jung erwiederte dagegen, der Zug habe sich keineswegs, wie Manche meinen, im Sande verlaufen, sondern habe immer noch mehr bewirkt als alle Schriften und Zeitungen es vermochten, welche für die directen Wahlen kämpften. Was aber das ungesetzliche Verbot der Minister betrifft, so gestehe er, nicht gewußt zu haben, daß dieselben so taubenartiger Natur seien, um sich von einem feierlichen Zuge einschüchtern zu lassen und vor Fahnen und Musik zu zittern. — Held erklärt sich ebenfalls über seinen Austritt: Ich habe es von jeher für eine Ehrensache gehalten, für das Volk zu wirken — weil es ein sehr undankbares Geschäft ist. Schreibt man für die Regierung, so bekommt man Titel und Orden; schreibt man für das Volk, so kommt man auf die Festung. Das ist der Lauf der Welt und den mache ich dem Volke nicht zum Vorwurf. — Das Comité hatte den Auftrag erhalten, eine feierliche Demonstration zu bewirken. Diese war nach dem Verbot und der officiellen Mittheilung, die Demonstration werde durch Waffengewalt verhindert werden, nicht möglich; folglich hörte damit auch das Mandat auf. Die Frage ist nur die, warum wohl die Regierung dies Verbot erlassen haben möge. Bürger! ich will Euch meine Meinung darüber mittheilen. Die Minister wollen nicht, daß das Volk die Freiheit auf den breitesten Grundlagen wirklich erhält. Die Minister gehörten früher zu der Opposition im Landtage, aber immer noch im alten System. Jetzt stehen sie auf der Grenzscheide des alten und neuen Systems. Wenn daher das Volk sich im neuen System festsetzen will, dann ziehen es die Minister wieder zurück. Wäre nun die Demonstration ruhig abgelaufen, dann würde alle Welt gesagt haben: Mein Gott, was reden denn die Leute von Aufruhr und Aufwiegelung, das ist ja alles Lüge. Es ist ja alles in bester Ruhe und Ordnung abgegangen. Dahin durfte das Ministerium die Sache nicht kommen lassen, denn das würde dem Volke eine große sittliche Kraft gegeben und die Bürger sich wahrscheinlich mit ihm verbunden und ausgesöhnt haben. Was thut also die Regierung? Sie läßt die ganze Bürgerwehr aufmarschiren, den ganzen Tag beschwerlichen Dienst thun, Geschäfte versäumen u. s. f.; so daß die guten Bürger nothwendigerweise auf das Volk böse werden mußten, das gar nicht daran schuld war, sondern die Regierung. — Der Vorsitzende macht einen Vorschlag, gegen diese ungesetzliche Maaßregel der Regierung zu protestiren. Es sei offenbar eine Verletzung des freien Versammlungsrechts. — Siegerist erzählt auf Verlangen der Versammlung die Verhaftungsgeschichte Eichlers. Darauf liest der Vorsitzende in Betreff der Verhaftung Schlöffels die Zeitungshalle vor. — Held macht einen Vorschlag zu einer größern Anzahl Volksversammlungen, worin Vorträge

über Tagesfragen gehalten würden. Der Vorsitzende spricht sein Bedenken gegen die größere Anzahl von Versammlungen, so wie gegen zusammenhängende Vorträge ohne Debatte aus. Das erstere setze uns der Zersplitterung aus, das zweite trage die Gefahr einer lehrmeisterlichen Pedanterie in sich, denn die unvorbereitete, lebendige Rede und Zwischenrede sei der wahre Nerv einer Volksversammlung. *)

Friedlich, wie der Tag der friedlichen Demonstration, verliefen die nächstfolgenden Tage; wiederholt verkündigten die Blätter am 22. und 23., daß „die Ruhe der Stadt seit dem 20. keinen Augenblick gestört" worden sei. Die officielle „Allgem. Preuß. Zeit." berichtete am 22.: „Die beabsichtigte Demonstration gegen die indirecten Wahlen, durch einen Aufzug in Massen, wozu Gewerks-Genossenschaften und Arbeiter vorgestern aufgefordert waren, hat nicht Statt gefunden. Schon am Abend vorher, so wie am Donnerstag Morgen, war es wohlgesinnten Männern, welche die Freiheit im vollsten Maße, aber auch die Ordnung und die dem Gesetz und den Anordnungen der gesetzlichen Gewalten schuldige Achtung wollen, durch die Kraft überzeugender Ansprache gelungen, den größten Theil derjenigen, welche man zu jenem Schritt hatte veranlassen wollen, von einem solchen Vorhaben abzubringen. Zwar hatte sich im Laufe des vorgestrigen Tages noch eine Anzahl von Arbeitern auf dem Alexander-Platze und in der Umgegend versammelt, aber auch diese zogen vor den an sie gerichteten Vorstellungen und vor der achtunggebietenden Haltung der Bürgerwehr zurück. Es kam nirgends zu einer Ruhestörung, und gestern herrschte so vollkommene Ordnung in der ganzen Stadt, daß die Bürgerwehr nicht in anderer als der gewöhnlichen täglichen Weise in Anspruch genommen war." — Der Commandeur der Bürgerwehr drückte dieser seine Anerkennung in einer öffentlichen Bekanntmachung vom 21. aus:

„Der gesammten Bürgerwehr Berlins für die aufopfernde Hingebung, mit welcher sie sich am gestrigen Tage dem anstrengenden Dienste gewidmet, meine vollkommene Anerkennung auszusprechen, ist mir ein tief empfundenes Bedürfniß. Die Führer haben mit den Wehrmännern in der treuesten Pflichterfüllung gewetteifert; sie Alle haben Ruhe und Besonnenheit zugleich bewiesen. Es freut mich, dies mit Ueberzeugung aussprechen zu können und ich zweifle auch nicht, daß bei anhaltend gutem Willen, treuer Erfüllung der übernommenen Pflichten und regem Eifer wir stark genug sein werden, jeder Gefährdung unserer neuen Zukunft zu begegnen. — v. Aschoff.

Von allen Momenten der Demonstration, die der öffentlichen Besprechung anheimgefallen waren, blieb dieser zuletzt nichts übrig als die — „Rechtsfrage". Und nicht die Demonstrationspartei allein war es, welche das Recht der Regierung gegen den beabsichtigten Aufzug mit Präventivmaßregeln einzuschreiten, erörterte, und, wie wir gesehen, zu ihrem Nachtheile entschied. Die „Zeitungs-

---

*) In einem Nachtrage zu diesem Berichte wird mitgetheilt, daß die Versammlung während der ersten Stunde durch eine aus etwa 200 Männern bestehende und „wie es schien, dem sog. vornehmen Stande angehörige" Partei systematisch beunruhigt worden wäre, so daß die Redner, besonders Jung und Held, oftmals ihre Reden hätten unterbrechen müssen. „Die Versammlung bewies auch hier eine ausgezeichnete Haltung in hohem Maße, denn nachdem ihre Geduld lange von der Brutalität der Gegenpartei auf die Probe gesetzt war, begnügte sie sich damit, das Corps der Rache bis hinter die Barrière des ersten Zeltes zurückzudrängen, worauf sie sich ohne weitere Gewaltthätigkeit wieder um die Tribüne schaarte."

halle", welche sich bereits vorher gegen das Unternehmen der Demonstration erklärt hatte, den Austritt der einzelnen Comitémitglieder jedoch für einen politischen Fehler hält, sieht in den ministeriellen Anordnungen das unglücklichste Mittel gegen die Ausführung der Demonstration. „Was konnte", fragt sie, geeigneter sein, um einem Aufzuge, den unbedeutend erscheinen zu lassen doch nothwendig das größte Interesse seiner Gegner war, eine unermeßliche Wichtigkeit, den Anschein furchtbarer Gefährlichkeit zu geben?" Den Behörden habe nichts Anderes obgelegen, als Vorkehrungen für den Fall zu treffen, daß Unordnungen im Gefolge der Demonstrationen eintreten würden, Vorkehrungen, die geeignet gewesen, dergleichen Unordnungen, sobald sie zum Vorschein kämen, schleunig und mit Kraft zu unterdrücken. „Nicht gegen den Aufzug selbst, sondern gegen den etwaigen Mißbrauch desselben hatten die Minister Vorkehrungen zu treffen. Durch das aber, was sie gethan, haben sie unserer jungen Freiheit eine Wunde geschlagen. Es heißt nicht in einem freien Lande die Ordnung wollen und Ordnung machen, wenn man geordneten Volkshandlungen eine willkürliche Gewalt entgegenstemmt; es heißt das, in die Bahn der alten Polizeiwirthschaft zurückkehren, es heißt sich mitschuldig machen des Gensdarmengeistes, von dem Einzelne unserer Mitbürger in der Bürgerwehr beseelt sind. . ." Aehnlich die „Nationalzeitung", die sich ebenfalls gegen die Demonstration erklärt hatte, die sogar diese als ein „unsittliches, das Volk täuschendes Manoeuvre" verwirft, sie jedoch nicht für ungesetzlich und die gegen sie aufgebotenen Gewaltmaßregeln für gesetzlich begründet erachten kann. „Immerhin mögen sich in dem Wust unserer Polizeigesetze Bestimmungen auffinden lassen, nach denen man eine Demonstration der beabsichtigten Art für ungesetzlich, selbst für straffällig erklären könnte: wir aber glauben mit der Sonne vom 19. März an das Ende jener alten künstlichen Polizeideductionen gekommen zu sein. . . Wir wollen nicht die Männer des Ministeriums der bewußten Reaction beschuldigen, aber sie sind noch umgeben von den Dienern der alten Herrschaft; sie sind noch anderen Einflüssen ausgesetzt." Der letztere Vorwurf ist es, den auch die Voss. Zeit. wiederholt bei ihrem Raisonnement über die Demonstration erhebt. Obschon sie sich für den Vorzug der directen Wahlen ausgesprochen, mißbilligte sie doch das beabsichtigte Unternehmen; sie ist der Ansicht, daß, wenn das Ministerium nach dem früher von ihr ausgesprochenen Wunsche „durch sein kühnes und kräftiges Handeln in allen übrigen Angelegenheiten alles aufkeimende Mißvergnügen zu entwurzeln und sich die Sympathie des verjüngten Volksgeistes zu sichern" verstanden hätte, der Gedanke einer solchen Demonstration gar nicht hätte entstehen können. „Die neuen Minister", wiederholt sie, „stehen fast noch einsam unter allen jenen Männern des alten Systems, welche die alten büreaukratischen Formen niemals verläugnen und aus der Stille des Aktenwesens nie in ein lebendig begeistertes Staatswesen hinüber können. Um eine wahrhafte Macht zu sein, muß der ganze Körper der

Regierung sich mitten aus dem frischen Lebensblute der Gegenwart erneuern. Erst dann können wir jede Gefahr einer Anarchie für abgewendet erachten, welche sonst in der Form einer schleichenden Krankheit nach und nach immer tiefer in alle Verhältnisse einzudringen droht." Ein anderer Artikel hebt die „große Verantwortung" hervor, welche der Chef der Bürgerwehr übernommen, indem er unter eine noch so wenig geübte Truppe „scharfe Patronen" austheilen ließ. „Scharfe Patronen, Pulver und Blei in Papierpaketen wurden in Schnupftüchern umhergetragen und in die Rocktaschen gesteckt, als ob es Cigarren wären! Sind wir denn durch das blutige Trauerspiel am 18. und 19. März noch nicht darüber belehrt worden, daß von der Schußwaffe innerhalb der Straßen Gebrauch zu machen, das Entsetzlichste, Grausamste, Verderblichste ist? Sind denn noch nicht genug unschuldige Opfer gefallen, die in ihren friedlichen Wohnungen sich fern von aller Theilnahme an dem Kampfe hielten?" — Der „Publicist", von denselben Voraussetzungen wie die vorhin angeführten Blätter ausgehend, erinnert an die neulichen Chartisten- und Communisten-Demonstrationen in London und Paris, denen gegenüber die Regierungen sich allein auf das „Gros des Volkes" gestützt hätten. „Jene Demonstrationen scheiterten an der Energie des Volkswillens; man hatte sich aber wohl gehütet, ein ausdrückliches Verbot dagegen zu erlassen und damit in die Freiheiten und Rechte der ganzen Nation einzugreifen. Das hätte auch das Ministerium Camphausen thun müssen." Dieses aber habe sich von der Furcht beherrschen lassen. Seit dem Gesetze vom 6. April gebe es nichts, was das Verbot des beabsichtigten friedlichen Aufzuges rechtfertigen könnte. „Wie es", demonstrirt der Publicist, „den Radicalen am Donnerstage erging, so kann es möglicherweise morgen und übermorgen ebenfalls den Gemäßigten oder jeder anderen Partei ergehen. Wer will es leugnen, daß es eine Verabredung unter der Bürgerschaft war, am 18. März vor dem Schlosse sich zu versammeln, um dem Könige zu zeigen, daß die ihm vorgetragenen Wünsche aus dem Herzen des ganzen Volkes kämen. Es war gleichfalls nichts anderes, als eine friedliche Demonstration. . . Wohlan denn, Ihr Bürger Berlins, die Ihr am 20. so erbittert gegen die beabsichtigte Manifestation jener Partei wart, daß Ihr Euch derselben gewaltsam entgegenwerfen wolltet, wer steht Euch dafür, daß Ihr nicht über kurz oder lang wiederum selbst in den Fall kommen könnt, solche friedliche Demonstration für nothwendig zu halten? Was werdet Ihr dann dazu sagen, wenn man Euch mit gleicher Münze zahlt, wenn man Euch Bayonnette entgegenstellt und mit Feuerschlünden Euch den Weg versperrt, weil ein Decret des Ministeriums dies für gesetzmäßig erklärte?"

Ein letztes Nachspiel zum Demonstrations-Drama lieferte der constitutionelle Club in seiner parlamentarischen Erörterung der „Rechtsfrage". Nachdem in der Sitzung vom 22. auf den Antrag des Hrn. Volkmar eine Commission ernannt worden war, um ein Gutachten darüber abzugeben, ob

das vom Ministerium gegen den Zug erlassene Verbot gesetzlich gewesen sei, und ob bei verneinender Entscheidung der Club einen Protest gegen die ministeriellen Maßregeln erlasse, kam diese Angelegenheit am 2. Mai zur Discussion im Club:

Von den Mitgliedern der Commission hatten sich die HH. Volkmar, Nauwerck und Frese für die Gesetzlichkeit des Zuges, die HH. Sethe, Keller und Kleiber für die Rechtmäßigkeit der ministeriellen Anordnungen erklärt. Hr. Volkmar findet weder in dem Ministerialrescripte ein Gesetz, worauf das Ministerium sich stütze, angegeben, noch überhaupt ein solches, welches die Regierungsmaßregeln rechtfertige; er hebt ferner das Unzweckmäßige und Unpolitische der letzteren hervor. Hr. Keller: Die Obrigkeit habe das Recht, Volksversammlungen unter freiem Himmel, wenn sie gefahrbringend seien, zu verbieten; eine Demonstration, an der zehn, zwanzig und mehrere Tausende von Menschen theilnehmen sollten, hätte aber leicht gefährlich werden können, auch gegen den besten Willen ihrer Unternehmer. Hr. v. Bardeleben: Das Gesetz, auf welches das Ministerium sich stütze, sei freilich schlecht genug, aber es sei einmal da; daß ferner der fragliche Zug Unruhe genug erregt habe, gehe schon aus den vielfachen Bemühungen, ihn zu hintertreiben, hervor; man könne es also dem Ministerium nicht verdenken, wenn es auch geglaubt habe, derselbe könne gefährlich werden. Hr. Nauwerck: Das Gesetz sei freilich sehr unbestimmt und zweifelhaft; es heiße aber darin nicht gefahrdrohend, sondern gefahrbringend; außerdem sei es sehr bedenklich, wenn das Ministerium gleich bei der ersten Demonstration gegen dieselbe Besorgniß und Unruhe an den Tag lege. Hr. Frese: Es handele sich hier nicht um einen Protest gegen die getroffenen Vorsichtsmaßregeln, sondern gegen die Ungesetzlichkeitserklärung; wenn das Ministerium ein begründetes Verbot hätte erlassen wollen, so hätte es einfach sagen müssen, nach Maßgabe des Gesetzes so und so ist dieser Zug verboten; das vorhin angeführte gegen gefahrbringende Volksversammlungen gerichtete Ausnahmegesetz gehöre aber nicht hierher, da es sich um einen Zug zur Ueberbringung einer Petition, und nicht um eine Volksversammlung handele. Was ferner die Unruhe betreffe, mit der man dieser Demonstration entgegengesehen habe, so hoffe er, daß an den politischen Muth des Ministeriums ein anderer Maßstab anzulegen sei, als an den des constitutionellen Clubs und der Bürgerschaft. Schließlich fordere er die Versammlung auf, nicht ihrem Parteihasse ein Princip zum Opfer zu bringen. Hr. Jordan entwickelte, wie schwach es vom Ministerium gewesen, sich hinter ein mindestens zweifelhaftes Gesetz zu verstecken, da ihm doch, wie in jedem constitutionellen Lande, gestattet sei, die Verantwortlichkeit für ein bestimmtes Verbot auf sich allein zu nehmen. Hr. Stern spricht gegen den Antrag, einen Protest zu erlassen; das angeführte Gesetz finde auf den beabsichtigten Zug ebensowohl Anwendung als auf eine Volksversammlung. Nachdem auch noch die HH. Wollheim und Kleiber gegen den Antrag gesprochen, wurde dieser von dem Club verworfen.

Ueber die Bedeutung des unterbliebenen Zuges äußerten sich die Parteien je nach ihren Standpunkten. Während sich die Voss. Zeit. mit der beiläufigen Bemerkung begnügt: „Die Demonstration drohte unseren noch so jungen Zuständen mit neuen Verwickelungen, welche schwer zu ermessen waren", wird von anderen Seiten das Einschreiten des Ministeriums, abgesehen davon, daß seine Befugniß zu den getroffenen Anordnungen als mindestens zweifelhaft erkannt wurde, deshalb für „unklug" oder „unpolitisch" gehalten, weil ohne dasselbe die Demonstration in ihrer Ausführung als ein bedeutungsloser, ja lächerlicher, für die Intention der Unternehmer höchst ungünstiger Versuch würde erschienen sein. Die Nationalzeitung, darauf hinweisend, „daß die Arbeiter, wenigstens die Handwerker, auf deren Zahl sich die Demonstration stützen sollte, kein wirkliches Volksinteresse mehr in jener Demonstration gewahrt sahen, daß sie schon zu der Ueberzeugung gekommen, nur zu einem ihnen fremden Zwecke benutzt werden zu sollen, daß in dem Comité selbst Zwiespalt herrschte

und sogar die Leiter an einem erwünschten Ausgange verzweifelten", knüpft hieran den Ausspruch: „So mußte die Demonstration bedeutungslos vorübergehen, oder vielmehr den Leitern eine moralische Niederlage beibringen, während sie jetzt dreist behaupten, nur der physischen Gewalt gewichen zu sein, das Bürgerblut gespart zu haben, welches zu vergießen das Ministerium bereit gewesen sei." Unter denselben Voraussetzungen, jedoch rücksichtsvoller für das Ministerium und weniger unzufrieden, schreibt ein berliner Correspondent der kölnischen Zeitung: „Das Verunglücken der großen Demonstration scheint der fieberhaften Spannung, in welcher die Bevölkerung bisher erhalten war, ein Ende gemacht zu haben, den Leitern der Agitation selber scheinen die Augen über die nächsten Verhältnisse aufgegangen zu sein, die Bürgerschaft aber hat durch die Gelegenheit zu festerem Auftreten ein Selbstbewußtsein gewonnen. Allein die Demonstration, die friedliche oder bewaffnete, gleichviel, sie war durch die Stimmung der Bürger rein unmöglich und das Ministerium hätte die Maus aus dem Kreißen der Berge ruhig an's Licht der Welt treten lassen sollen; die Lächerlichkeit, wenn statt der angekündigten 60,000 Demonstranten die HH. Jung, Held, Schlöffel mit einigen wenigen Getreuen am hellen lichten Tage vor das Schloß gegangen wären, um das Ministerium Camphausen zu stürzen u. s. w., mußte mit ungeschwächter Kraft auf sie fallen, um sie für immer zu vernichten." Jenen „Leitern der Agitation" dagegen schienen die Erfolge nichts weniger als unglückliche. „Es giebt" äußert in der „Reform" einer derselben, „es giebt Niederlagen für eine Partei, welche die Vorläufer naher Siege sind. . . Das Volk hatte beschlossen, nach jeder Antwort des Ministeriums, wie sie auch ausfallen würde, ruhig wieder abzuziehen. Es wollte nur einmal seine Stimmen zählen. Die Regierung fürchtet eine solche Manifestation, weil sie die Antwort schuldig bleiben müßte. Sie wirft die ganze bewaffnete Macht der Hauptstadt gegen eine waffenlose Menge auf den Platz, ihre Organe sind ungeschickt genug, die verschiedenen Klassen der Gesellschaft gegen einander aufzureizen. Und das Volk? Es zieht sich schweigend, aber grollend zurück; es behält sich vor, dereinst wieder zu kommen. Das Volk wird immer Führer finden. . . W i r haben gesiegt, denn Ihr seid Eurem eigenen Princip unterlegen und habt mit Gewalt gedroht für ein schlechtes Gesetz!" In demselben Artikel heißt es über die Leitung der Massen: „Einige Redner der p o l i t i s c h - d e m o k r a t i s c h e n Partei hatten bisher einen entschiedenen Einfluß auf das berliner Volk. Es war unser Stolz gewesen, es f r i e d l i c h zu leiten und aufzuklären; daß wir das vermögen, haben wir namentlich am jüngsten Montag bewiesen, wo ein bei der großen Volksversammlung anwesender Diplomat eines westlichen Staates, der sich auf Volksversammlungen versteht, die Stärke unserer Partei, nach der Mäßigung, m i t der und z u der wir es leiten konnten, sehr hoch anschlug: „Il est très-fort, ce parti, car il a déjà la force d'être modéré!" . . . Jeden blutigen Conflict,

auch wenn wir unschuldig daran wären, zu vermeiden, hat das Volkswahlcomité rasch und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Reformzug abbestellt, mit wahrer Selbstverläugnung sich jedes künftigen Einflusses auf das Volk durch diesen Akt begebend. Der Neid einer rivalisirenden Partei, die Furcht der Regierung nöthigten momentan hiezu. Wenn jetzt die Menge den communistischen Wühlereien einiger, bisher gezügelten Tollköpfe in die Hände fällt, so waschen wir unsere Hände in Unschuld." Dies die Bekenntnisse eines Mitgliedes der Majorität des Comités, eines „politisch-demokratischen" Volksführers. Ein anderer Mitarbeiter der „Reform", der Anfangs gegen die Demonstration gewesen war, weil er „kein würdiges Ende absah, oder einen revolutionären Ausgang fürchtete, dessen Opfer nicht nothwendig wären, da die directen Wahlen durch fortgesetzte Agitationen doch erreicht werden müssen", erklärt sich „nach dem unglücklichen Ausgange" für dieselbe, „weil die Parteien sich jetzt schärfer scheiden und prägnanter herausbilden werden". Möchte, fügt er hinzu, „möchte nun auch die demokratische Partei ihre Elemente strenger sichten und geistig ganz unreife ausscheiden oder in das rechte Verhältniß setzen, dann werden ihre Agitationen vernünftiger und erfolgreicher sein."

Gescheitert war der erste Versuch der Oppositionspartei, durch eine Massendemonstration, welche Zeugniß von der relativen Stärke dieser Partei ablegen sollte, die Regierung zu neuen Zugeständnissen zu drängen; gescheitert der erste officielle Versuch, den bewaffneten Bürger demonstrirenden Volksmassen gegenüberzustellen. Das Ministerium, sich eingeschüchtert wähnend, hatte um wieder einzuschüchtern, die Bürgerwehr der Hauptstadt gegen die demonstrirende Opposition aufgeboten, hatte ihr bei dieser Gelegenheit zuerst diejenigen Befugnisse ertheilt, welche nach älteren Gesetzen dem bei Aufläufen einschreitenden Militair zustehen; die Bürgerwehr war dem Rufe der Furcht*) gefolgt, zu-

*) Der Furcht nicht sowohl des Ministeriums, als vielmehr der eigenen, durch unbestimmte dunkele Gerüchte eingeflößten. Das Ministerium — ließen sich die Furchtsamen zuflüstern — sollte gestürzt, die Republik proclamirt werden u. dgl. m. Aber selbst wenn auch eine geringe Minorität im Wahlcomité bei der Demonstration Zwecke verfolgt hätte, die dem öffentlich ausgesprochenen zuwiderliefen, so würden doch die Majoritätsmitglieder in ihren friedlichen, weniger auf die Erreichung der directen Wahlen als besonders auf die Constatirung der großen Anhängerzahl derselben gerichteten Absichten und bei ihrem überwiegenden Einflusse auf die Volksmassen jeden gewaltsamen Versuch der jugendlichen „Tollköpfe", wie wir sie oben genannt haben, unausführbar gemacht haben. Einer späteren Zeit war es vorbehalten, zuerst die „geheimen Pläne" der Demonstrationspartei zu „enthüllen", der Zeit des Belagerungszustandes, die dergleichen „Enthüllungen" günstig war. Wir würden derselben nicht erwähnen, geschähe es nicht des charakteristischen Umstandes wegen, daß diese und andere alberne und ungereimte Dinge in denjenigen Kreisen Glauben fanden, welche die Macht hatten und übten, an den „Enthüllten" nachträglich empfindliche Rache zu nehmen. In den „Mysterien der berliner Demokratie, von Piersig, (Leipzig) 1849" — einem Pamphlet, das durch öffentliche Erklärungen und in Gerichtsverhandlungen als das Machwerk jener Ueberläufer, Spione und Fälscher enthüllt wurde, welche den Troß der „Kreuzzeitungs-Ritter" bildeten — heißt es bei Gelegenheit der Gründonnerstags-Demonstration: „ . . Der innerliche, geheime Schlachtplan aber war kein anderer als dieser: Der Zug setzt sich vom

frieden, ihre Rechte, wenn auch nur einseitige, durch eine königliche Verordnug festgestellt zu sehen, und bereit, eine Parteifrage zu blutiger Entscheidung zu bringen; die Führer der Opposition standen von ihrem Unternehmen ab, „um jeden blutigen Conflict zu vermeiden." Unter diesen Führern selbst bedeutender Zwiespalt; ein Theil derselben, hauptsächlich Elemente der vormärzlich bürgerlich-liberalen Opposition, hatte sich von der Gemeinschaft mit der Majorität losgesagt, um nicht für die Massendemonstration und ihre „möglichen Folgen" mitverantwortlich zu sein; von den Zurückgebliebenen verfolgten die der Zahl nach überwiegenden „politisch-demokratischen" Volksführer Diejenigen, die sie selbst als „Communisten", „Anarchisten" u. s. w. bezeichneten. Als thätige Partei sehen wir von den Zeitungen die „Reaction", die Gegner der neuen Zustände, die „Absolutisten" genannt, welche, wie die Nationalzeitung äußert, überzeugt, daß die Büreaukratie und Militairgewalt ihnen keine Stütze mehr bietet, die Bürgerschaft in Stelle Beider zu benutzen streben. *) Neben den zur Verhinderung der Demonstration getroffenen Maßregeln des „alten Polizeistaats" gerichtliche Verfolgungen „mißliebiger" Productionen der freien Presse, Anklagen wegen Versuchs zum Aufruhr durch die Presse. — Alle diese Mo-

---

Alexanderplatze aus in Bewegung nach dem Schlosse, wo das Ministerium Camphausen die Petition um directe Wahlen in Empfang zu nehmen hat. Da nach den früheren Aeußerungen Camphausens die Antwort keine andere als eine abschlägliche sein konnte, . . so erklärt sich die Deputation scheinbar mit der verneinenden Antwort des Ministeriums zufrieden gestellt und bittet nur noch um Erlaubniß, dem vor dem Schlosse harrenden Volke diesen Bescheid bekannt zu machen und es aufzufordern, ruhig wieder nach Hause zu ziehen. Aber in dem Augenblick, wo dieser Rath von den Demokraten oben auf dem Balkon des Schlosses erfolgt, werden andere dazu verschworene Demokraten unten aus der Mitte des Volkes den Ruf erheben: Nieder mit den Ministern! Hinein in's Schloß, in's Schloß! Dieses Geschrei wird das Zeichen sein, auf das die Hintersten die Vordersten mit aller Gewalt vorwärts drängen, den Eingängen in das Schloß zu und in's Schloß hinein. Die fliegenden Corps, welche an diesem Tage die Wache im Schlosse haben und dasselbe besetzt halten, werden sich hoffentlich gutwillig, wo nicht, durch die Gewalt des massenhaft ankommenden Volkes aus dem Schlosse hinausdrängen lassen, sich durch den Lustgarten nach dem Zeughause hinziehen und das Zeughaus besetzen, um es nachher auf den Befehl des, das Obercommando übernehmenden Demokraten Held zu öffnen, damit die Volksbewaffnung eine Wahrheit werde und die einzusetzende provisorische Regierung eine Leibwache erhalte. Denn — Absetzung und Gefangennahme der Minister und Einsetzung einer provisorischen Regierung, das war der eigentliche Zweck der Riesenpetition u. s. w."

*) Andere Berichte schreiben der „Reaction" bei dieser Gelegenheit eine Thätigkeit zu, die wir bei den nachfolgenden Bewegungen wiederholt von demokratischer Seite hervorgehoben sehen werden. So erzählt Hr. Spiegel, was er am 20. auf dem Alexanderplatze „mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört" und was er auch der um ihn versammelten Menge auf dem Platze sogleich mitgetheilt: „Ich habe vornehmes Volk in schlechten Kleidern gesehen, die das Volk gegen den Bürger aufreizten. Es waren Emissäre der alten, auf den Barrikaden Berlins begrabenen Zeit, es waren verkleidete Officiere und Beamte, aber nicht Leute aus unserer Mitte, die für uns sorgen." Diese Mittheilung wird von folgenden, später stereotyp gewordenen Phrasen begleitet: „Oeffnet Eure Augen, Bürger und Arbeiter, und durchschauet die Politik. Die Reaction säet Zwietracht unter Euch und will Euch zum Bruche bringen, um dann, wenn Ihr Euch in den Straßen Berlins, was Gott verhüten möge, schlaget, leichtes Spiel zu haben, sich über uns herzustürzen. . . Verachtet Alle, die sich Euch kriechend und lobhudelnd nahen. Diese wollen Euren Untergang." (Volksstimme Nr. 8.)

mente bezeichnen das Ende einer Entwickelungsphase der berliner Bewegung. Die Vorgänge und Erscheinungen der nächsten, auf die „Charwoche" folgenden „Osterwoche" hängen jedoch so eng mit der bisherigen Darstellung der Ereignisse zusammen, daß es geeignet scheint, erst nachdem dieselben in ununterbrochener Reihe behandelt worden, zu einem neuen Hauptabschnitte überzugehen.

IX. Vorbereitende Urwähler-Versammlungen. — Wahlverhandlungen der Bezirke und des constitutionellen Clubs bis zum ersten Wahltage. — Candidaten für Berlin und Frankfurt, ihre Reden und Programme.

Eine ungewöhnliche Thätigkeit entwickelte sich in den bürgerlichen Kreisen der Hauptstadt während der beiden dem 1. Mai, als dem Wahltage der Wahlmänner für die berliner und frankfurter Versammlung unmittelbar vorhergehenden Wochen; im vorher nie gekannten Maße wurde das Recht der Association geübt. Das größte Hinderniß, welches dem friedlichen Verlaufe der vorbereitenden Wahlhandlungen entgegenzutreten gedroht hatte, war mit dem friedlich-einfachen Ende, das die Gründonnerstags-Demonstration genommen, beseitigt. Ein stiller Charfreitag, ruhige Ostertage folgten dem demonstrationsreichen 20., das Leben und die Bewegung zogen sich von den Straßen in die von Urwählern angefüllten Wirthshaussäle und öffentliche Lokale zurück, deren jedes sich plötzlich zu einem Urwähler-Parlamente umgewandelt sah. Wie schon berichtet, waren seit der Mitte April auf Anregung einzelner Bezirksbewohner Versammlungen von Urwählern in verschiedenen städtischen oder Bürgerwehr-Bezirken veranstaltet worden, um über die Wahlangelegenheit Vorberathungen zu halten. Allmählig hatten sich in allen Bezirken der Stadt, zum Theil mit Hilfe des in dergleichen Arrangements besonders thätigen Wahlcomités des Nationalzeitungs-Clubs, Wahlversammlungen constituirt, in denen sich die verschiedenen Parteien zusammenfanden. Eigentliche Parteiversammlungen wurden in dieser Zeit noch nicht gehalten. In drei oder mehr Sitzungen wurden die Vorbereitungs-Akte überall fast gleichmäßig so erledigt *), daß nachdem zuerst allgemeine

*) Von den unverhältnißmäßig wenigen Zeitungs-Berichten über diese Urwähler-Versammlungen theilen wir den folgenden (nach der Spen. Zeit.) mit: „Am 17. Apr. hatten sich die drei Bezirke Nr. 73 A., B., C. zu einer gemeinsamen Berathung über die bevorstehende Wahl-Angelegenheit im friedrichsstädtischen Casino zum ersten Mal zusammengefunden, und zwar so, daß man mit Freuden die Höchsten und Geringsten traulich nebeneinander sitzen sah. Die vorgetragenen Reden beschäftigten sich in der Hauptsache mit den Pflichten der Wähler und Wahlmänner, mit dem Unterschiede der Abordnung für Preußen und für Deutschland,

Fragen über die Befähigung zur Abgeordnetenstelle u. dgl., gewöhnlich nach Anleitung der über diese Fragen handelnden, zahlreich erschienenen Brochüren und Zeitungsaufsätze, zur Erörterung gebracht worden, nachdem dann einzelne Mitglieder ihre Grundsätze bei der Wahl eines Abgeordneten entwickelt, Listen von Denjenigen angefertigt wurden, welche sich entweder selbst als Wahlmanns-Candidaten gemeldet hatten oder als solche vorgeschlagen waren — wobei es denn in einigen Bezirken (z. B. im potsdamer Thorbezirk) vorkam, daß in Ermangelung vorgeschlagener Candidaten ein Auszug aus dem „Wohnungsanzeiger" der Candidatenliste zu Grunde gelegt wurde. Eine entscheidende Vorwahl bestimmter Candidaten konnte erst einige Tage vor dem 1. Mai stattfinden, da nicht eher als in den letzten Tagen der Osterwoche das „Tableau der Wahlbezirke behufs der Urwahlen" vom Magistrat veröffentlicht, und die Namensverzeichnisse der Urwähler für jeden der 140 Wahlbezirke erst vom 27. an ausgelegt wurden.

---

und mit den vorbereitenden Einrichtungen, um zuerst nur eine gegenseitige Bekanntschaft zu bewirken, da sich bisher oft die Bewohner desselben Hauses nicht einmal dem Namen nach kennen. Während einige Stimmen die Pflichten der Wahlmänner und die Rechte derselben nur in dem erhaltenen Auftrag, seitens der Wähler und dessen Vollziehung setzten, sprach Dr. Märcker für die Unabhängigkeit ihrer Stellung und ihres Urtheils, da sie ja, wenn man einmal Wahlmänner oder indirecte Wahlen anordne, eben darin allein einen Vortheil bieten könnten, daß sie mit größerer Umsicht und Sachkenntniß als diejenigen Wähler verführen, welche bisher von aller Theilnahme an dem öffentlichen Leben fern gehalten seien. Auch sei es eine falsche Ansicht, daß durch die Bestellung von Wahlmännern schon die künftigen Deputirten vorweg bezeichnet wären, indem der Auftrag derselben gerade der sei, sich, ohne Rücksicht auf sich selber, überall nach den geeignetsten Männern umzusehen, welche der Pflicht eines Deputirten mit Kraft und Umsicht zu genügen im Stande wären. Denn dazu sei etwas anderes erforderlich, als daß man es vielleicht verstände, durch eine augenblicklich günstig stimmende Rede eine Versammlung zu bestechen; man könne selbst ohne großes Rednertalent ein guter Deputirter sein, dessen hauptsächlichste Eigenschaften darin beständen, daß er durch seine Thaten und durch seine Unbestechlichkeit Bürgschaft dafür gebe, daß er die Pflichten des Abgeordneten unter den schwersten Verhältnissen treu erfüllen werde. Als später der Reg.-Rath Schweder die früheren Beamten als nicht zu verwerfende Abgeordnete empfahl, weil sie die Schwächen der vergangenen Regierung am besten kennten, und sich ihnen, zum Theil nur mit blutendem Herzen, unterworfen hätten, entgegnete ihm Dr. Märcker, daß es sich jetzt um etwas ganz anderes handele, als darum, daß Jemand gleichsam als Kundschafter über die frühere Regierung und ihr Verfahren Auskunft geben könne, denn es müsse jetzt auf neuem Grunde nach Ueberwindung des Systems der Bevormundung und der Militairgewalt ein ganz neuer Bau aufgeführt werden, und dazu bedürfe man weniger der dienenden und sich jedem System, wenn auch mit blutendem Herzen, anbequemenden, als der bauenden Kräfte, und diese werde man natürlich zunächst bei Denen suchen, welche sich eben nicht anbequemt, sondern die neue Ordnung der Dinge schon seit Jahren gewollt und mit aller Selbstaufopferung vertreten hätten. Auf eine verloren hingeworfene Aeußerung nahm sodann der Professor v. Henning Gelegenheit zu erklären, daß er — im lateinischen Sinne des Wortes — ein Republikaner sei, worauf er an die Großthaten des Hauses Hohenzollern seit Friedrich VI. erinnerte und sich zum ferneren treuen Dienste eines Königs bekannte, der, wie der jetzt regierende, dem Lande durch Gewährung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens in Berlin rc. so große Wohlthaten erwiesen habe. Die Unangemessenheit dieser Rede in Betreff des Königs, der als ein constitutioneller Monarch weder mit Lob noch mit Tadel bei öffentlichen Verhandlungen genannt werden dürfe, setzte der Prof. Marx unter dem Beifall der Zuhörer sehr angemessen auseinander. Die schwierige Aufgabe, den Unterschied der Deputation für Frankfurt und Berlin darzulegen, hatte in einem längeren Vortrage der Privat-Docent Dr. Collmann übernommen. Der Stadtgerichtsrath Diettrich wollte, daß Preußen in Deutschland zwar auf-, aber nicht untergehe u. s. w.

Handelte es sich zunächst nur um eine Auswahl von Personen, welche, erst nachdem die Stimmenmehrheit in dem öffentlichen Wahlakte sie zu Wahlmännern ernannt, den Beruf hatten, die Vertreter der Hauptstadt bei der preußischen und deutschen National-Versammlung zu wählen, so waren doch Vorbereitungen aller Art für diese erst in einem zweiten und dritten Termine zu vollziehenden Abgeordnetenwahlen jetzt schon im vollen Gange. Wie sich einzelne Urwählerversammlungen, Clubs und Vereine mit der Aufstellung von Candidaturen für die Abgeordnetenstellen beschäftigen, wie sie die „politischen Glaubensbekenntnisse" der von ihnen designirten oder derjenigen Candidaten entgegennahmen, die sich selbst als solche gemeldet hatten, so wurden auch bereits durch Flugblätter und Zeitungen, Programme und sogenannte Glaubensbekenntnisse solcher Personen veröffentlicht, die freiwillig oder aufgefordert sich bei den Wählern Berlins um die Abgeordnetenschaft für Berlin oder Frankfurt bewarben. Hier war Hr. Held der erste, der sich als Candidat, und zwar für Frankfurt, ankündigte. In einem Artikel seiner „Locomotive", vom 13., spricht er sich über „Wahlcandidaturen" weitläuftig aus; am Schlusse desselben heißt es: „die Wahlcandidaturen sind durch die Wahlgesetze nicht angeordnet, aber sie sind auch nicht verboten. Und da nun in jedem Rechtsstaate alle nicht verbotenen Handlungen erlaubt sind, so sind auch die Wahlcandidaturen freigegeben. Benutzen wir diese Freiheit, um den Mangel der Wahlgesetze durch die eigene Kraft zu heben. Bewerben wir uns um die Ehre, Vertreter des preußischen, Vertreter des deutschen Volkes zu sein. Eröffnen wir durch die Presse, durch die Clubs u. s. w. unsere Candidaturen als Volksvertreter, dann wird das Volk trotz mancher Mängel der Wahlgesetze gut, d. h. nach seinem eigenen Sinne vertreten werden." Dieser Aufforderung fügt er in einer bescheidenen Anmerkung „an meine lieben Berliner!" Folgendes hinzu: „Daß ich der Erste sein werde, welcher meiner Aufforderung zur Eröffnung der Wahlcandidaturen nachkommt, ist wohl natürlich. Ich werde mich daher zu seiner Zeit um die Stimme meiner berliner Mitbürger als ihr Vertreter bei der deutschen Nationalversammlung bewerben und deshalb mein Candidaten-Programm veröffentlichen." Zugleich verheißt Hr. Held in diesem Programme die Gründe zu entwickeln, welche ihn die Wahl zur deutschen der zur preußischen Nationalversammlung vorzuziehen bestimmen. — Das leipzig-berliner Blatt, die „Reform" veröffentlichte am 16. ein „Wahlmanifest der radicalen Reformpartei für Deutschland", von Arnold Ruge unterzeichnet. „Die Revolution ist gemacht; die Reform beginnt. Welche Verfassung werden wir Deutschland geben? Noch sind in der Constituirung des deutschen Völkerbündnisses oder des Parlamentes keine Fehler begangen, aber sie sind zu besorgen; sobald die allgewaltige Vernunft der Ereignisse den feigen Seelen, die nicht den Muth ihrer Principien haben, und den Verräthern, die von dieser Feigheit unserer Partei leben, wieder Luft läßt, werden sie gemacht werden." Nach diesem An-

fange fährt Hr. Ruge fort: „Redigiren wir also die Vernunft der Ereignisse. Wer ihren Sinn versteht und nicht die Absicht hat, ihn zu verfälschen, der ist ein Radicalreformer; er braucht weiter nichts zu wissen, um das Größte zu wissen und das einzig Richtige zu wollen.“ An die Stelle des deutschen Bundestages, dieser „permanenten Conspiration gegen das Volk“, dessen „niederträchtiges Betrugs- und Gewaltsystem vor dem Zorne des Volkes von der deutschen Erde verschwunden“, will Hr. Ruge „nichts als eine Volkscommission“ gesetzt wissen, aus der nichts hervorgehen dürfe, als ein Ausschuß, der mit seinem Vorsitzenden die ausübende Gewalt habe. „Seid“, ruft er hierbei aus, „seid logisch, ich beschwöre Euch, seid so kühn den Muth Eurer Vernunft zu haben, oder ich verachte Euch, ja ich werde Euch verwünschen, wenn Ihr noch einmal die Freiheit des Vaterlandes verachtet, weil Euch der Kopf vom Kaiser und vom Reich brummt.“ Dringend empfiehlt er, Niemanden zu wählen, der sich nicht zu dem souverainen Parlamente und zu seinem permanenten Ausschusse ausdrücklich verpflichte; „denn dies ist der Hauptpunkt, aus dem alles Andere von selbst folgt.“ In Ansehung dessen, was ein so constituirtes Deutschland zum Gesetze erheben müsse, stimmt Hr. Ruge mit den im Manifeste des frankfurter demokratischen Centralausschusses aufgestellten Punkten überein; er bietet sich schließlich auf dieses Programm hin zum Candidaten für die frankfurter Versammlung an. — Für die berliner Versammlung trat zuerst der Landgerichts-Assessor Jung als Candidat auf. Seine Bewerbungsschrift *) lautete vollständig:

Den Wählern Berlins präsentire ich mich als Candidat zu der bevorstehenden constituirenden Versammlung Preußens. Ich habe von früher Jugend an jeder entscheidenden Bewegung in Preußen Theil genommen. Ich war Mitarbeiter der Halleschen, später der Deutschen Jahrbücher, ich begründete mit meinen Freunden in Köln die Rheinische Zeitung und war Gerant derselben, so lange bis sie von der Regierung verboten wurde. Wir waren es ebenfalls, welche zuerst, von Haus zu Haus gehend, in Köln jene Petitionen hervorriefen, die den Anfang der vom Rhein ausgehenden constitutionellen Bewegung bildeten. Wir waren es endlich, die den von der Regierung gleichfalls unterdrückten gegenseitigen Hülfs- und Bildungsverein, welcher ein so mächtiges Gedeihen versprach, in Anregung brachten und vorschlugen. Da ich weder Standesherr noch Rittergutsbesitzer, noch 10jähriger Grundbesitzer und Gewerbetreibender bin, so konnte ich für den früheren Vereinigten Landtag nicht gewählt werden. Nachdem ich 3 Jahre an den Rheinischen Gerichten fungirt hatte, kam ich nach Berlin, und habe nunmehr seit länger als 2 Jahren Gelegenheit gehabt, mich von der ungeschwächten Kraft des märkischen Stammes, welcher seit Friedrich des Großen Zeiten die Geschicke Deutschlands bestimmt hat, zu überzeugen. — Deshalb ist es mein Wunsch und würde es mein Stolz sein, als Vertreter der geistreichsten Stadt Deutschlands in Berlin bei der zur Regelung unserer Verfassung zusammenberufenen Versammlung auftreten zu können. Ich bin nicht der vielfach laut werdenden Ansicht, daß in Frankfurt unsere Angelegenheiten entschieden würden, und von diesem Centralpunkt aus Deutschland Alles zu empfangen habe. — Der Deutsche ist sehr souverainen Charakters und scheut sich vor jedem aufgedrungenen Gesetz, sei es selbst das der Freiheit. Mein Glaubensbekenntniß, sogleich mit unsrer Beziehung zu Frankfurt beginnend, lautet: 1) Preußen läßt sich keine Verfassung aufdringen, sondern regulirt sie selbst. — Es ist aber gern bereit, sobald eine kräftige Bundesverfassung in Aussicht steht, zu derselben die Souverainetätsrechte zu opfern, ohne die ein Bundesstaat unmöglich ist. 2) Die constituirende Versammlung in Berlin ist das Organ des souverainen

*) Als fliegendes Blatt (gedruckt bei Marquardt und Steinthal).

preußischen Volks, so lange bis die Verfassung von ihr vollendet ist. Sie beruht auf keiner historischen, sondern einzig und allein auf der naturrechtlichen Voraussetzung: Wenn durch eine Revolution ein Regierungssystem ist gestürzt worden, so kehrt die Souverainetät in die Hände des Volkes so lange zurück, bis dieses darüber entschieden hat, wer sie künftig verwalten soll. 3) Der mächtige Andrang der socialen und national-ökonomischen Fragen, die vorherrschende Neigung zur Selbstregierung in Provinz, Stadt und Gemeinde, die Freigebung der religiösen, Erziehungs- und Bildungsangelegenheiten, und endlich der wesentlich conservative Charakter der Deutschen und vorzugsweise der Preußen, machen es auf der einen Seite möglich, auf der andern aber auch durchaus nothwendig, daß durch die höchste Einfachheit des Staatsorganismus die rein politische Frage möglichst erledigt und zurückgedrängt bleibe. — Fern bleibe uns, den einfachen Deutschen, die Künstelei des veralteten Constitutionalismus, wo das stete Balanciren, das wenig erbauliche Schachspiel dreier Staatsgewalten, jede Energie lähmt und jedes andere Interesse, als das der Intrigue ertödtet. Daher würde ich stimmen für: Eine Kammer, hervorgegangen aus unbeschränkten, directen Volkswahlen, das alleinige gesetzgebende Organ des souverainen Volkes. Das Staatsoberhaupt, durch seine Minister verantwortlich für die getreue Ausführung der durch die Volkskammer gefaßten Beschlüsse. — Die Abgeordneten mit widerruflichem Mandat, damit das Volk niemals wieder gezwungen werde Gewalt zu brauchen, um seinen Willen durchzusetzen. Diese reine, einfache Basis der Verfassung ist bei mir hervorgegangen aus dem Glauben an die edle Natur unsres Volkes. Dem Zweifel, der sich in Beschränkung der Volkssouverainetät zeigen möchte, werde ich nur Schritt für Schritt kämpfend nachgeben. 4) Die Verfassung garantirt die Rechte der Volksbewaffnung, die durch Verminderung des stehenden Heeres bis auf die nothwendigen Landwehrstämme noch größere Bedeutung erlangen muß. Die freie Presse. Das freie Vereins- und Versammlungs-Recht. Freiheit des Religionsbekenntnisses. Anheimgebung der religiösen Angelegenheiten an jede Gemeinde. Sicherheit der Person vor den Uebergriffen der Polizei. — Abschaffung der Todesstrafe. Abschaffung der Prügelstrafe. — Umwandlung der meisten drückenden Abgaben in eine progressive Vermögens- und Einkommensteuer. — Einführung eines Arbeiter-Ministeriums zum Schutz der Arbeit und zur Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital. — Gänzliche Umwandlung unsres Privat- und besonders unsres Strafrechtes in menschlicher zeitgemäßer Weise und Einführung von Geschworenen im Criminalprozeß. Die Ernennung der Richter unabhängig von der Regierung, entweder wie in Amerika dem Volke, oder wie in Belgien den Collegien selbst anheimgegeben. — Dies ist mein Glaubensbekenntniß.

Um die frankfurter Abgeordnetenschaft bewarben sich ferner der Schriftsteller Adolf Glaßbrenner, der Universitätsprofessor und Geh. Ob.-Revisionsrath Dr. A. W. Heffter, der Redacteur Dr. H. B. Oppenheim. — Hr. Glaßbrenner, den Berlinern durch seine humoristischen Schilderungen des berliner vormärzlichen Volkslebens bekannt, sagt in seiner Bewerbungsschrift: „Ich komme als Candidat für das deutsche Parlament nicht im engen herzerstickenden Frack, sondern in der Blouse der Menschenliebe; ich lasse mich nicht melden, ich warte nicht im Vorzimmer, denn ich bin ein alter Bekannter und Verwandter des Volkes, ein Sohn Berlins; ich bin niedrig geboren, nicht, wie so viele Hohe, niedrig geworden und geblieben. Aber, werden die Ruhmträger der röchelnden Beamtenwelt, werden die aristokratischen Literaten sagen: die deutsche Nation hatte ein Recht, ihre Bescheidenheit und Demuth abzuwerfen; wer giebt Dir ein solches? Das Volk, antworte ich, dasselbe Volk, für das ich seit langen Jahren unermüdlich gekämpft, gedichtet und getrachtet habe. Ich gehöre nicht zu Euch, die Ihr jetzt plötzlich die Glacéhandschuhe aus und Eure Nase zum Volke herunterzieht; ich war schon hinter der Barrikade des göttlichen Menschenrechtes in voller Brüderschaft mit dem Volke, als noch die besternten und buntgefleckten Polizeiknechte der Tyrannei alle Gesetze gegen uns hatten,

und ihr im Hinterhause Thee tranft und etwas liberalen Kuchen eintauchtet. Ja, ich darf wohl sagen, daß ich Euch und die sogenannten höheren Stände zuerst mit der Naturkraft und der unverdorbenen Seele unseres Volkes, meiner Brüder, bekannt gemacht habe. Und besitze ich denn nicht die Eigenschaften, welche das National-Parlament, die Auferstehung des einigen Deutschlands, die neue Frühlingswelt der Freiheit von den Gesandten des Volks fordern? Ich bin nicht vertrocknet im Staube der Akten, nicht hölzern geworden auf dem Katheder; ich habe meinen Menschen mit keinem Titel ausstreichen, meine Brust durch keinen Orden erdrücken lassen, sondern Stern und Kreuz in ihr getragen. Ich bete den heiligen Geist der Liebe an und habe das Verdienst, kein Theologe zu sein; ich kenne nur Gesetze der Freiheit, die Freiheit nur im Gesetz, und bin kein Rechtsverdreher; ich habe über das Staats-Unrecht schon viele Werke geschrieben als es noch Staatsrecht hieß: meine Wissenschaft ist das Leben, mein Diplom die Wahrheit. Ob ich bieder und schlicht bin, ob ich ein frisches Herz für Vaterland und Freiheit gezeigt und festen Charakter habe, darüber mag das Volk entscheiden: ich erwarte ruhig seine Antwort. Auf der Fahne, mit welcher ich nach Frankfurt ziehen würde, stehen die Worte: Deutschland muß groß und reich, der Arbeit höchste Achtung und höchster Lohn, die Deutschen wollen freie Brüder werden. Im Kaiser und in den Fürsten ehren wir uns und unsre Souverainetät. Die Reaction führt nur über unsre Leichen." — Hr. Heffter bezeichnet in einem „mein Wahlprogramm" betitelten Flugblatte (vom 22.) sein Streben durch das Motto: „Alles zur Einheit, zur Ehre und zum Wohl des deutschen Volkes in allen seinen Gliedern." Er nimmt die Punkte, über welche man sich schon in den Vorverhandlungen verständigt, als Grundlagen an; er fordert „vollkommene Freiheit für das Nationalparlament, über die Gestaltung des Einzelnen zu beschließen, was Einheit, Ehre und Wohl des Vaterlandes gebieten." Als die „einzig ausführbare Gesammtverfassung" erscheint ihm ein Bundesstaat monarchisch-constitutioneller Länder und der freien Städte, ähnlich dem nordamerikanischen Freistaate, worin jeder der bisherigen Einzelstaaten seinen eigenthümlichen Kern unbeschadet der Gesammtinteressen entwickeln könne, Preußen insbesondere noch erhalten und entwickeln müsse. „Denn ohne ein noch fernerhin selbstkräftiges Preußen würde Deutschland schwerlich seine Wiedergeburt bestehen und Preußen darf also keineswegs schon in Deutschland aufgehen wollen." An der Spitze des Bundesstaates müsse ein Bundeshaupt stehen, Kaiser oder König. „Wir müssen diese Krone für Preußen zu gewinnen suchen." Wenn nicht, so sei zuerst ein Directorium von drei bis fünf Bundesfürsten zu versuchen. Die Gesetzgebung und Bestimmung über Krieg und Frieden werden einem Parlamente der deutschen Fürsten und der Volksvertreter übertragen; den Letzteren allein verbleibe die Bewilligung gemeiner deutscher Steuern. Unter den speciellen Forderungen befindet sich die

17

der Abschaffung aller persönlichen Dienstbarkeit, sie hafte an Gütern oder nicht; Schutz gegen willkürliche Verhaftung, Selbstschutz gegen Jagdwild. „Alles dies", schließt das Programm, „ist vorbereitet und kann ohne gewaltsame Umkehr des Bestehenden erreicht werden. Das Uebrige verbleibt der Verfassung und der Thätigkeit der Einzelstaaten." — Hr. Oppenheim hält seinerseits ein politisches Glaubensbekenntniß für überflüssig: „Die leitenden Gedanken, von welchen heute die Organisation des deutschen Bundesstaates ausgehen soll, liegen schon in meinen frühesten Schriften, sowie in meinen staats- und völkerrechtlichen Vorträgen an der heidelberger Hochschule deutlich ausgesprochen. Die Oppositionspartei, zu welcher ich stets gehörte, hat niemals Concessionen gemacht, aber sie hat sich nichtsdestoweniger nur gesetzlicher Mittel bedient. Hat meiner Jugend die Besonnenheit nicht gefehlt, so wird mich hoffentlich im reiferen Alter der Muth der Jugend nicht verlassen. Wer mich kennt, bürgt für mich!... Jeder Augenblick meines Lebens gehört der friedlichen Erstrebung der höchsten Güter der Menschheit, der friedlichen Erstrebung, weil die Freiheit nur ist für Alle und durch Alle. Allein die Völker werden nur in der Freiheit für die Freiheit reif. Die politische Praxis wird sich aus unserer gereiften Erkenntniß, die sociale Theorie muß sich aus der gesellschaftlichen Praxis entwickeln." (Reform 26. Ap.) — Andere stellen in Bewerbungsschriften ihre Grundsätze sowohl für die frankfurter als auch für die berliner Versammlung auf. — Hr. Michelet, Universitätsprofessor, leitet sein Programm: „Meine Bewerbung" mit den Worten ein: „Zu der freien Repräsentativ-Verfassung, welche alle Stämme des preußischen Staates auf der breitesten Grundlage aufbauen sollen, bedürfen wir vor Allem der Einigkeit im Innern. Der Arbeitgeber sehe in dem Arbeiter nicht mehr seinen Feind, noch umgekehrt. Das Gewerbe und die Wissenschaft mögen sich brüderlich die Hand reichen. Wir sind alle Arbeiter unter den Flügeln der Freiheit." Als preußischer Volksvertreter verspricht er hierauf, für alle die Punkte zu stimmen, welche in den Verheißungen des Königs und in der Adresse des Verein. Landtags enthalten seien; er fügt denselben als fernere Forderungen hinzu: das Recht der Volksvertreter, Gesetze vorzuschlagen; keine erbliche Adelskammer mit Majoraten; freie Wahl der Communal- und Kreisbeamten; organische Gesetze für die Verbesserung der ärmeren Klassen und die Regelung der Arbeiterverhältnisse überhaupt; volksthümliche öffentlichen Erziehung; im definitiven Wahlgesetze, „dem Eck- und Grundstein der Verfassung", freie Wahl der Wahlbeamten durch die Wähler. Den „Brüdern der gesammten deutschen Lande" ruft er zu: „Wir sind das erste große Volk Europas, das die höchste Form freier Staatsverfassungen, den repräsentativen Bundesstaat, bei sich einzuführen beabsichtigt. Wir treten damit wieder an die Spitze der europäischen Bewegung, an der wir schon einmal standen. Schon folgt Italien unserm Beispiele und in der Schweiz bereitet sich Aehnliches vor." Er verlangt eine dreifache Bundes-

gewalt (Volksvertretung, Senat oder Reichsrath, Oberhaupt) mit einer „monarchischen Spitze". Das Oberhaupt könne jedoch nicht erblich sein, indem sonst die Souverainetät der einzelnen Staaten, besonders wenn dieselben erbliche Oberhäupter haben, aufgehoben würde. Schließlich verpflichtet er sich, „da die Discussion in den constituirenden Versammlungen wohl die Ansicht der Mitglieder ändern kann", seinen Mandanten Anzeige davon zu machen, wenn er etwa „wesentliche Meinungsveränderung erleiden" sollte und die Vollmacht zurückzugeben, sobald Jene es verlangen, „übrigens aber in allen Fällen nach Pflicht und Gewissen zu stimmen." (Nat.-Zeit. 21. Ap.) — Für die preußische Versammlung meldet sich als Candidat Hr. J. Schönemann „in der Ueberzeugung, daß bei derselben die gerechten Ansprüche der Landbewohner nicht hinlänglich vertreten sein werden." Fünfundzwanzig Jahre seines Lebens habe er auf dem Lande zugebracht, wo er die Landwirthschaft erlernt und in verschiedenen Provinzen des Staats für fremde und eigene Rechnung betrieben. Vergebens sei er als erwählter Vorsteher eines landwirthschaftlichen Vereins bei dem Landes-Oekonomie-Collegium, der Ständeversammlung, dem Minister des Innern um Beschränkung des schädlichen Jagdrechtes eingekommen. Die Lage der ländlichen Arbeiter habe er zu seinem Studium gemacht, dessen Früchte zum Theil in einer dem Vorstande der Versammlung deutscher Landwirthe zugesandten Concurrenzschrift: „Ueber die Stellung der ländlichen Arbeiter in Deutschland" enthalten seien. Was seine politische Richtung betreffe, so sei er für die constitutionelle Monarchie auf demokratischen Grundlagen mit einer Kammer, für directe Besteuerung nach dem Einkommen, Lehr- und Lernfreiheit, Schutz der Arbeit, um Erwerblosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, für Schul- und gewerblichen Unterricht aus Staatsmitteln, zunächst wenigstens für das Land und die dürftigen Volksklassen; für eine Gemeindeordnung für Stadt und Land, im Sinne der Städteordnung von 1808, mit Ausdehnung des Bürgerrechtes auf jeden mündigen, nicht criminalrechtlich bestraften Mann u. s. w. „Sollte es", fragt er schließlich, „der Hauptstadt des Landes nicht ziemen, Vertreter der wichtigsten Interessen, der zahlreichsten Volksklasse des Staats in die constituirende Nationalversammlung zu senden, wenn auf deren angemessene anderweitige Vertretung nicht zu rechnen ist? Insofern dies Ihr Wunsch ist, wollte ich mich Ihnen als Candidaten darstellen." (Nat.-Zeit. 28. April.) — Auch Hr. D. A. Benda „trägt sich zum Volksvertreter für Preußen an." Zum Vertreter beim deutschen Parlamente bekennt er gleichzeitig sich nicht befähigt und will er eine solche Wahl nicht annehmen; vielmehr empfiehlt er, Männer wie Dahlmann als würdige Vertreter für Frankfurt zu wählen. Seine Bewerbungsschrift (vom 25.) beginnt mit einem Citate aus Plutarch. „Mitbürger, Freunde!" ruft er, plutarchische Worte auf sich anwendend, aus, „ich will mich freuen, wenn Ihr hier oder an anderen Orten Männer findet, die mit reinen Händen und rei-

nem Gewissen und ausdauernder als ich, Königen, Ministern und sonstigen Behörden gegenüber, in Schriften, Vorstellungen, wie im ganzen Leben die Wahrheit und das allgemeine Beste verfochten haben, und darum sage ich Euch: So wie Ihr pflichtwidrig handeln würdet, wenn Ihr mich wählt, sofern Ihr tüchtigere Männer besitzet, ebenso pflichtwidrig würdet Ihr handeln, wenn Ihr andere mir nachstehende Männer und nicht mich wähltet." Als sein stetes Streben, wie es auch in seinen Schriften niedergelegt sei, bezeichnet er, seine Hände wie sein Gewissen rein zu bewahren, und fortzufahren, die Befleckung seines Gewissens als das Furchtbarste aller gedenkbaren Uebel zu scheuen. Sein Glaubensbekenntniß ist in zehn Punkten enthalten, die zum größten Theil die gewöhnlichen liberalen Forderungen, nur in eigenthümlichen Ausdrücken, wiedergeben. „Die reinste Sittlichkeit", lautet der erste Punkt, „bildet die Hauptgrundlage des Staats, der sich organisch gegliedert auferbaut, vermittelst der Familien und Gemeinden"; „die äußere Form des Staats", heißt der letzte, „ist, sofern nur der Geist darin vorzugsweise waltet, an sich gleichgiltig; für jetzt aber ist für Preußen und Deutschland die constitutionelle Monarchie unbedingt nothwendig." — Ein „Glaubensbekenntniß überhaupt öffentlich abzulegen, erschien so sehr zeitgemäß, daß Hr. Straß, Justizcommissar und ehemaliger Stadtverordneter, „in Folge mehrfacher Anfragen" es für Pflicht erachtet, mit seinem Glaubensbekenntnisse für die, welche ihn nicht näher kennen, in jetziger Zeit nicht zurückzuhalten, obwohl er um eine Stelle als Deputirter sich jetzt nicht bewerben könne. Als Flugblatt (vom 20.) an die Urwähler des Stadtbezirks, in dem Hr. Straß wohnte, gesandt, enthielt das Bekenntniß an seiner Spitze folgenden, von der gewöhnlichen Art abweichenden Punkt: „Ich glaube an Gott und Jesu Christi heilige Lehren, ohne ein Frömmler zu sein, achte aber auch jede andere Ueberzeugung." Hr. Straß „glaubt" ferner, „daß eine constitutionelle erbliche Monarchie auf den breitesten demokratischen Grundlagen die beste Regierungsform ist", sieht in der Republik kein Heil, glaubt aber, daß Deutschland einer völligen Umgestaltung seiner Bundesverfassung dringend bedarf. Im Uebrigen bezieht sich das Bekenntniß auf seines Verfassers bereits vor fünf Jahren dem Könige überreichte Denkschrift über die Wünsche Deutschlands, worin er dringend anheim gegeben, das Meiste dessen zu verleihen, was jetzt gewährt sei, und auf die Opposition, die Hr. Straß 1842 gegen das damals beabsichtigte neue Ehegesetz so nachdrücklich geführt, daß er sich dadurch „großen Nachtheil zugezogen" habe. — Mehrere Kreise, besonders die Bürgergesellschaft, hatten Julius Berends als Candidaten vorgeschlagen. Hr. Berends sieht darin zunächst die Aufforderung, seine „politische Ueberzeugung klar vorzulegen"; in einer Brochüre*) (vom 30.) theilt er sein „politisches Glaubensbekenntniß" mit. Es heißt darin:

---

*) Druck von Ed. Krause.

. . . Ich war Theologe, aber durch die Hegelsche Philosophie gebildet, mußte ich die herrschende Frömmelei des Eichhornschen Systems verachten. Eine von mir gehaltene Wahlpredigt zog mir die Ungnade des Consistoriums zu und man nahm mir das Recht als Geistlicher oder Lehrer angestellt zu werden. Ein freier Mann wollte ich bleiben, und war fest entschlossen, nie meine Ueberzeugung äußeren Vortheilen zu opfern. Ich erlernte das Buchdruckergeschäft, um als Bürger frei und selbstständig mich zu ernähren. Im Handwerker-Vereine fand ich die Schule des öffentlichen Lebens. Als Mitglied und Lehrer desselben trat ich hier mit dem Volke, mit dem Handwerker-Stande in eine nähere Verbindung. Aber als ich das Bürgerrecht gewinnen wollte, erhielt ich die Weisung, Berlin zu verlassen. Gegen dieses gesetzwidrige Verfahren legte ich feierlichen Protest ein und erlangte die Zurücknahme des Befehls, der meine ganze Existenz gefährdete, doch unter der Bedingung, daß ich meinen Austritt aus dem Handwerker-Vereine erklärte. Ich brachte auch dieses Opfer, hatte aber die Genugthuung schon nach 8 Monaten, im Juni 1847, von der Bürgerschaft zum Stadtverordneten gewählt zu werden. — Seit Einführung der Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlung liegt meine Thätigkeit für die Stadt der Beurtheilung des Publicums vor Augen. Zwar habe ich bei wichtigen politischen Fragen und bei durchgreifenden Maßregeln selten die Mehrheit der Versammlung für meine Ansichten gewinnen können. Indeß überlasse ich es der Beurtheilung meiner Mitbürger, in wie weit ich den bei der Wahl gegebenen Versprechungen treu geblieben bin. — Die Revolution vom 18. März beginnt eine neue Epoche. Ich fasse sie nicht als die That der rohen Gewalt gegen Gewalt; ich sehe in ihr die sittliche That der Empörung gegen die Unwahrheit, Heuchelei und Unsittlichkeit unserer gesellschaftlichen Zustände. . . . Am 19. März berief der König das ganze Volk zur Begründung der neuen Staatsverfassung, und jetzt, wo Niemand zwischen Volk und König treten kann und darf, jetzt erst kann zur Wirklichkeit werden der Wunsch des Königs, als er sprach: Zwischen uns sei Wahrheit. — Die Aufgabe der Nationalversammlung kann nicht dahin gehen, dem alten morschen Staatskörper ein neues jugendliches Gewand umzuhängen, oder das zerrissene Gewand durch einen neuen bunten Lappen zusammenzuflicken. Nein mit der neuen Kokarde haben wir einen neuen Geist empfangen, und für diesen neuen Geist soll unsere Volksvertretung einen neuen Körper schaffen. Ein neues Gebäude soll sie aufführen, und kann dazu nur einzelne noch brauchbare Steine des alten eingestürzten Baues verwenden. — Die Friedensbedingungen vom 19. März sind das Fundament des neuen Staatsgebäudes. Mit der Zurückziehung des Militairs muß jede willkürliche Gewalt, die über dem Volke steht, schwinden. Keine Herrschaft des Militairs, keine Herrschaft der Beamten. Das Volk wird eingesetzt in seine Menschenrechte, in das Recht, sich selbst Gesetze zu geben, sich selbst zu regieren, sich selbst zu verwalten. Selbst ist der Mann — das Volk ist mündig gesprochen und bedarf keines Vormundes mehr. Freie Selbstbestimmung ist das erste Erforderniß der Sittlichkeit, freie Selbstthätigkeit die Forderung der Vernunft, freie Selbstregierung die einzig sichere Grundlage eines festen Staatsgebäudes. Wollen wir jetzt einen Staat gründen, der nach zehn oder zwanzig Jahren einer neuen Revolution bedarf? Oder wollen wir einen Staat, der keine Revolution mehr nöthig hat? Ich will das Letztere, und darum will ich vollkommen freie Selbstregierung in allen einzelnen Kreisen des Staatslebens. . . . Eine republikanische Regierung, und an ihrer Spitze ein König, der als Repräsentant des Volkes nach Außen, jeder anderen Macht entsagt, um die Freiheit des Volkes nicht zu beschränken, um das Recht des Volkes nicht anzutasten. Keine Theilung der Gewalt zwischen Volk und König, sondern Einheit der Gewalt im Volke und seiner Vertretung. Nur so ist das Königthum gesichert gegen Gewalt, nur so ist das Volk sicher vor neuen Revolutionen, die vielleicht blutiger und furchtbarer ausfallen, als unsere letzte. . . . Das Volk weiß, daß der König nie dem Volke ein Leid anthun kann, und der König weiß, daß er sicher in jedem Kampf der Parteien über dem Volke steht. So bin ich Republikaner, aber ich achte die Errungenschaft des Volks, welches die Enkel seiner großen Könige nicht verstoßen will. . . . Ich will directe Wahlen in möglichst kurzen Zeiträumen, damit die Deputirten des Volks in steter lebendiger Verbindung mit dem Volke stehen, und nie Zeit und Gelegenheit haben sich dem Volke zu entfremden. So bin ich Demokrat und sehe nur in der möglichst schnellen aber entschiedenen Lösung der politischen Fragen, eine Möglichkeit, die sociale Frage auf friedlichem Wege zu lösen. . . . In der gründlichen Schulbildung und Erziehung erblicke ich die beste Sicherung des allgemeinen Wohles; sie ist der Anfang zur Lösung derjenigen Frage, die als die sociale bekannt ist, und schwer drückend auf allen unseren Verhältnissen ruht; die Frage, wie helfen wir der allgemeinen Verarmung ab? Noch ist nicht der Bruch zwischen den beiden Klassen der Besitzenden und der Arbeitenden vorhanden, noch kann ihm vorgebeugt werden; aber mit dem Aufschwung der Industrie hat die Zahl der Proletarier in gleichem Verhältniß zugenommen, die

durch eine Krankheit an den Bettelstab gebracht, durch eine Handelsconjunctur der Noth und dem Elend ausgesetzt sind. Der Staat, der sich bisher um die Regelung der Arbeitsverhältnisse wenig gekümmert, muß jetzt diese Verpflichtung übernehmen. Ein Arbeitsministerium, welches nicht blos aus Beamten besteht, sondern in welchem Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sind, welches sowohl die Verhältnisse der städtischen Industrie als des Ackerbaues regelt, und mit seinem Organismus über Provinzen und Kreise sich ausbreitet, muß nothwendig in den Staatsorganismus aufgenommen werden. . . . Entschiedenes Festhalten des Errungenen, keine Furcht vor den Folgen, wo die Forderung der Vernunft auftritt, und vor Allem keine Reaction, kein Rückschritt, keine Halbheiten, die nur noch größere Stürme hervorrufen. Jetzt ist die Zeit, durch Erfüllung aller Forderungen der Vernunft neue Revolutionen unmöglich zu machen. Die Nationalvertretung soll den Geist der Revolution in das Bette des stets lebensvollen Fortschritts leiten.

Ein fliegendes Blatt mit der Ueberschrift: „L. Constant, Kaufmann in Berlin, trägt sich zum Deputirten für das deutsche Parlament an"*) zählt die Eigenschaften auf, welche Hr. Constant für zureichend hält, um seine eigene Candidatur zu empfehlen. „Viele kennen mich", heißt es darin, „doch Denen, die da fragen möchten, wer warst, wer bist Du? sei die Antwort: Ein Sohn des Volkes, ein freier Mann, der seinen Nacken niemals vor irdischer Größe beugte, zu keiner Zeit seine freie politische Meinung verleugnete." Nachdem der Candidat hierauf seiner Schicksale kurz erwähnt — wie er als Offizier bei der Fremdenlegion in Algier mehrere Jahre gedient, in Spanien als Soldat „für die Freiheit" gekämpft, dann zuletzt in Texas Colonisationsversuche unternommen und das Treiben des deutschen hohen Adels als angeblichen Beschützers der Auswanderer nach Texas schonungslos aufgedeckt habe — fährt er fort: „Meine Kraft, meine Kenntnisse, meine Erfahrungen, meine eiserne Beharrlichkeit für alles Gute stelle ich somit zur Verfügung des gemeinsamen Vaterlandes." Sein politisches Glaubensbekenntniß verspricht er sodann mündlich näher vorzutragen.

Gering war die Zahl derjenigen Candidaten, die durch Stimmen in der Presse als vorzugsweise zur Wahl geeignet designirt wurden. Hier wird (in der Nat.-Zeit.) auf Diesterweg hingewiesen; dort empfiehlt Hr. Ruge seinen Freund Dr. Constantin Rößler, einen Preußen aus Merseburg, zum Candidaten nach Frankfurt. „Die Preußen", so begleitet er seine Empfehlung, „brauchen Deputirten nach Frankfurt und Berlin zugleich; es muß ihnen daher willkommen sein, so viel als möglich entschiedene Männer der Freiheit kennen zu lernen." Besonders eifrige Fürsprecher fand der Oberbürgermeister Grabow in Prenzlau. „Ein Mann von den edelsten Gesinnungen, umfassendsten Kenntnissen und seltener Bescheidenheit", heißt es zu seiner Empfehlung in den gleichlautenden Artikeln dreier berliner Zeitungen, „sprach und handelte er unermüdlich für den gesetzlichen Fortschritt; in allen Lagen bewährte er, der zu den bedeutendsten Mitgliedern unserer bisherigen Landtage gehörte, sich als ein wahrer Freund des Vaterlandes." Hinzugefügt wird dieser Empfehlung, daß eine sehr große Anzahl Einwohner Berlins, Männer aus allen Ständen, Herrn

*) Gedruckt bei Schanze.

Grabow, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Verdienste, am 23. durch eine Deputation eine Dankadresse und einen silbernen Pokal übersandt habe. „Männer, die wie Grabow sich bewährten", schließt der Artikel, „bedarf das Vaterland zu seiner Reorganisation."

Eine reiche Auswahl von Namen enthielt die Candidatenliste des constitutionellen Clubs. Unter den vom Club selbst durch Stimmenmehrheit aufgestellten 18 Candidaten befanden sich Dr. Johann Jacoby aus Königsberg, Dahlmann, v. Beckerath, v. Vincke, H. Simon aus Breslau. Da jedoch „die ausgezeichnete und allgemein anerkannte Stellung dieser Männer auch nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen" ließ, daß dieselben in ihrer eigenen Heimath gewählt würden, so schien es dem Wahlcomité zweckmäßig, „um jede unnütze Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden", auf jene Namen zu verzichten und statt ihrer, zur Vervollständigung der Achtzehn, die nächst Meistgewählten des Clubs auf die Candidaten-Liste zu bringen. Diese bestand aus drei Abtheilungen, von denen die erste die von der Versammlung selbst durch Stimmzettel in Vorschlag gebrachten, die zweite die vom Wahlcomité des Clubs erwählten, die dritte endlich diejenigen Candidaten bezeichnete, die ihre Candidatur selbst angemeldet hatten. Zur ersten gehörten: Präsident Lette, Oberlandsger.-Rath Crelinger, Professor Keller, Dr. Prutz, Prof. Dove, Dr. Stern, Dr. Jordan, Dr. Nauwerck, Prof. v. Raumer, Justizcommissar Furbach, Otto Schomburgk, v. Dazur, Fabrikbesitzer Borsig, Advocat Volkmar, Dr. Woeniger, Präsident a. D. v. Grollmann, Dr. Veit, v. Bardeleben („26 Jahr alt, nur für Frankfurt wählbar"); zur zweiten: Alexander v. Humboldt, Bäckermeister Hamann, Kaufmann Zacharias, Goldschmiedgehilfe Bisky, Tischlergehilfe Schwartz, Schneidergeselle Lüchow, Kaufmann Palmié, Geheime Finanzrath Knoblauch, Dr. Kleiber, Director Diesterweg, Prediger Sydow; zur dritten: der Bürgermeister a. D. Dr. G. M. Kletke, die Geh. Revisionsräthe Wendlandt und Bauer, Prof. Maßmann, Hofrath Dr. F. Förster, Assessor Streber, Professor Barthold, Major a. D. Vogel, Baurath E. Knoblauch.

In der Sitzung des Clubs vom 21. legten die Candidaten der dritten Abtheilung ihr „politisches Glaubensbekenntniß" ab. Die Berichte darüber beschränken sich auf folgende kurze Mittheilungen: Hr. Wendlandt verzichtete auf seine Candidatur wegen der vielen und tüchtigen Mitbewerber; Hr. Geh. Rev.-Rath Bauer legte in einer längeren Rede dar, daß er sich weniger aus Hoffnung auf Erfolg als Candidaten präsentire, als um zu zeigen, daß auch der vielgeschmähte preußische Beamtenstand theilnehme an der politischen Bewegung und auf die Würde eines Nationalvertreters zu aspiriren sich nicht scheue; Hr. Streber gab zu, daß ein Deputirter eine „gewisse, bestimmte Ansicht" von Politik haben müsse, doch wäre vom Club zu verlangen, daß er

selbst die Anforderungen specificire, die er an seinen Candidaten stelle; Hr. Hofrath Förster äußerte, ein politisches Glaubensbekenntniß müsse die That, das öffentliche Leben selbst sein; es sei keine unerlaubte Eitelkeit, auf frühere Thaten zu verweisen, wobei er seiner Theilnahme an dem Freiheitskriege erwähnte, an seine Streitigkeit mit Schmalz und Genossen, wegen deren er abgesetzt worden, erinnerte, und aus seinem späteren Leben bis 1848 den Umstand berichtete, daß er bei allen Gelegenheiten den Paragraphen des Gesetzes vom 22. Mai 1815 wiederholt habe: „es soll eine Vertretung des Volks gebildet werden"; Hr. Prof. Maßmann gab zunächst als Grund, weshalb er nicht schon früher im Club gesprochen, den an, daß er seit dem 18. März „wegen nächtlichen Herumtreibens" heiser sei, ging nach ähnlichen anderen Redensarten auf sein früheres Leben über: wie er von den Demagogenriechern Dambach, Tschoppe, Schmalz verfolgt, nach Baiern gegangen, von dort 1843 nach Berlin zurückberufen, aber sehr bald wieder weggewünscht worden sei, wie er jedoch ausgehalten habe und sich nun mit ganzer Seele dem Vaterlande von Neuem anbiete. Baurath Knoblauch konnte nicht zu Worte kommen, weil die Versammlung nicht wollte, daß er ablese; nachdem hierauf die HH. Vogel und Kletke gesprochen, wird vom Vorsitzenden der Professor Jacobi, dessen Name auf der Candidatenliste vergessen sei, als nächster Redner gemeldet. Jacobi's Rede fand „anhaltenden und enthusiastischen", den „außerordentlichsten" Beifall der Versammlung. Dies der thatsächliche Inhalt der verschiedenen Clubberichte. Fügen wir die Schilderung hinzu, die der Correspondent der „Reform" von der Sitzung giebt. „Die einzelnen Redner", berichtet er, „treten nach einander auf und halten ihre Reden, die meisten rühmen sich edler, wohlwollender Gesinnungen für das Volk, eines unbeugsamen Charakters, und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind. Glücklich, wer aus seinem Leben ein kleines Conflictchen mit irgend einer Staatsbehörde, eine frühzeitige Entlassung aus dem Staatsdienste, sonst eine Zurücksetzung oder gar irgend einen Preßproceß citiren kann! Das anständige Märtyrerthum der liberalen göttinger Hofräthe, das vor einigen Jahren in Deutschland Mode war, als es Collecten von Tilsit bis Wesel hervorrief, wird hier im Kleinen wieder aufgefrischt. Maßmann mit dem naiv umgelegten Hemdekragen erzählt seine alten Turnergeschichten und rühmt sich den baierischen und griechischen Ordensbändern entgangen zu sein; ein Major a. D. erklärt sich gegen die strenge Disciplin; Andere sprechen so, daß man sie schon oft gehört zu haben glaubt. Endlich wird der breite Strom der Alltäglichkeit und Gemeinplätzlichkeit durch etwas unterbrochen, das uns überrascht, als ob ein Fels plötzlich aus der Spree hervorragte. Das Präsidium meldet nämlich den Prof. Jacobi an. Seine Rede hatte Mark und Nerv. Zwar merkte man ihr die Vorbereitung, die Studirtheit etwas an, zwar sprach er von Kant und Fichte, von Wissenschaft und von Athen; aber er hatte doch ausnahmsweise Gedanken, er trat

doch mit Würde auf und suchte zu belehren, statt wie ein unverschämter Bettler seine Leiden und obscuren Verdienste zu preisen, die Niemand auf's Wort glaubt. Er entwickelte den Begriff der Gesetzlichkeit und Ordnung, kritisirte in dieser Beziehung manches gedankenlose Vorurtheil, er wünschte, daß in unserem Cabinet neben den „redlichen Leuten" auch ein „Staatsmann" säße, daß an die Stelle der Gesetzlichkeit, die in der That jetzt nicht existirt, bis zur neuen Ordnung der Dinge mehr das Motiv der Zweckmäßigkeit trete; er sprach gegen allmählige Entwickelung — ein Strom lasse sich im Laufe nicht aufhalten — und für directe Wahlen, gegen die Republik, obgleich er vor dem Worte nicht zurückschrecke, und endigte mit einer Apologie der Wissenschaft."

Jacobi's Rede weniger, als die Person des Redners beschäftigte den Club einige Sitzungen hindurch. Nie war hier eine aufgeregtere Debatte geführt, nie das Feld der Persönlichkeiten eifriger betreten worden. Der berühmte Mathematiker, einer der gefeiertsten Gelehrten seiner Zeit, inmitten einer Schaar von Gegnern und Anklägern, die mit Heftigkeit und schonungslos erhobenen Angriffspunkte mit Ruhe und Humor widerlegend, dem kleinsten seiner Gegner Rede stehend, bald wie der Löwe mit der Maus spielend, bald nicht sowohl mit dem Ernste sittlicher Entrüstung, als vielmehr mit scheinbar harmlosem Spotte den Anklägern begegnend, endlich, nachdem er einen unwürdigen Kampf mit glänzenden Mitteln geführt, als vielbejubelter Sieger hervorgehend — das war das Schauspiel, dessen erster Theil am ersten Osterstage im Club aufgeführt wurde. Beim Beginn der Sitzung vom 22. wurde der Antrag gestellt, die gestrige Rede Jacobi's drucken zu lassen. Der Vorsitzende, Hr. Crelinger, ergriff diese Gelegenheit, um einige Bemerkungen über die allgemeine Bedeutung politischer Glaubensbekenntnisse zu machen. Diese, führte er aus, seien meist unvollständig und bieten, allein genommen, keine genügende Bürgschaft für die wahre Ueberzeugung der Candidaten, am wenigsten jedoch dafür, daß sie an der geäußerten Ueberzeugung auch für die Zukunft festhalten würden. Zu vollständiger Prüfung sei es vielmehr nothwendig, auch auf die „politische Vergangenheit" der Candidaten zurückzugehen. Vor Allem aber habe man sich zu hüten, daß die blendende Form einer Rede das Urtheil gefangen nehme und die bedächtige Prüfung des Inhalts verhindere. Hierauf wurde eine längere Debatte über den Antrag gepflogen, daß der Club ein specielles Wahlprogramm entwerfe, welches die Candidaten anzuerkennen und nach dem sie sich zu richten haben würden. Die meisten Redner sprechen gegen den Antrag; unter ihnen Hr. Keller, der einen Vorzug des Clubs darin sieht, daß er nur allgemeine Grundsätze angenommen habe. „Hauptzweck sei, sich gegenseitig zu bilden und zu belehren; dazu müsse man mit allgemeinen Grundlagen anfangen und dann auf speciellere Fragen eingehen. Dies sei der Gang der natürlichen Entwickelung. Das frühere System habe durch Unnatur gefehlt; man möge sich vor dem gleichen Fehler in anderer Richtung hüten. Wenn man

in der Politik einer mittleren Richtung folge, so könne man mit Männern scheinbar verschiedener Richtung in Berührung kommen, und das werde von Nutzen sein für alle Theile. Kein Mensch sei in allen Fragen gleich entschieden einer äußersten Richtung zugethan; er, der Redner selbst, sei in einzelnen Fragen mehr conservativ, in anderen entschieden radical." Doch trotz der Einwürfe, die diesem Apologeten der „politischen Mittelparteien" gemacht wurden, lehnte die Versammlung den Antrag fast einstimmig ab. Die vorhin mitgetheilte Bemerkung des Vorsitzenden, mit hinreichend deutlichen Anspielungen auf den Mann versehen, dessen Rede den „außerordentlichsten" Beifall der Versammlung erhalten hatte, erfuhr in dieser Sitzung keine directe Entgegnung des Angegriffenen, da Hr. Jacobi in der Versammlung nicht anwesend war. In der nächsten Sitzung, am 23., verlangte dieser eine Wiederholung der ihn betreffenden Bemerkungen. Hiermit beginnen die denkwürdigen Debatten in der Jacobi'schen Angelegenheit. Ein ausführlicherer Bericht der Zeit.-Halle giebt die Verhandlungen des Clubs vom 23. wieder:

Bei 424 Wahlzetteln hat sich für folgende Candidaten des Clubs: Lette, Crelinger, Prutz, Borsig, Schomburgk, Keller, Stern, Diesterweg, Jordan, Jacobi, Dove, v. Raumer, Furbach, Baur, Bisky, v. Grolman, Nauwerck, v. Humboldt die Majorität ergeben. — Der Sprecher Crelinger bemerkt: Prof. Jacobi habe sich in einer persönlichen Angelegenheit an ihn wenden zu müssen erklärt, er gebe deshalb für die Dauer dieser Erörterung das Sprecheramt in die Hände des Präs. Lette. Zuvor wolle er jedoch seinen Rücktritt von der Candidatur erklären und auf die Ehre, für Berlin und Frankfurt vom Club empfohlen zu sein, verzichten. Er schlage an seine Stelle den nächsten Candidaten Adv. Volkmar vor. — Lette übernimmt das Sprecheramt. — Prof. Jacobi: Er sei von Crelinger verdächtigt worden, Crelinger habe auf seine politischen Antecedentien angespielt, er bitte zu wiederholen, was in seiner Abwesenheit über seine Person und seine Rede gesagt sei. — Crelinger weist den Vorwurf der Verdächtigung zurück; was er gesagt habe, gelte nicht der Person „des hochverehrten Mitbürgers". Eben so wenig habe er die glänzende Rede bemängeln wollen; aber er habe in ihr Gedanken und vor Allem ein politisches Glaubensbekenntniß vermißt. — Dr. Bernhard: Crelinger habe von den politischen Antecedentien Jacoby's gesprochen. — Crelinger giebt dies zu. — Jacobi: Es sei gesagt, seine Rede habe der Gedanken entbehrt; er glaube allerdings Gedanken geäußert zu haben, einige ewige Gedanken und manche allerdings nur auf die Zeit bezügliche. Wenn man so lange spreche, könne es ohne allen Phrasenschmuck freilich nicht abgehen. Es sei nicht möglich, nur in Gedanken zu sprechen, und ein wohlgezielter Pfeil treffe, auch wenn er mit bunten Federn geziert sei. Er glaube auch ein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt zu haben; er sei jedoch bereit, ein solches noch einmal vorzutragen, wenn die Gesellschaft es verlange. — Lette bringt die Frage zur Abstimmung: Verlangt die Gesellschaft, daß Prof. Jacoby ein politisches Glaubensbekenntniß ablege (auf Jacoby's Verlangen mit dem Zusatz), weil dies bisher nicht genügend geschehen sei? Wiederholte Abstimmung durch Händeaufheben mit Gegenprobe und Rückprobe. — Die Versammlung ist uneinig über das Resultat der Abstimmung. — Lette erklärt: die Majorität sei gegen ein neues Glaubensbekenntniß. — Jacobi: Man habe von seinen politischen Antecedentien gesprochen. Dergleichen habe er nicht; er sei eine politische Jungfrau, er habe nicht in Zeitungen geschrieben, seine Wirksamkeit auf den Kreis seiner Wissenschaft beschränkt, die Zeiten seien zur Betheiligung an der Politik nicht geeignet gewesen, er habe aber nachgedacht über Staatsverhältnisse und sich eine feste Ansicht gebildet und bewahrt. Wolle man seine Biographie wissen: sie sei die aller Gelehrten. Wenn daher auf seine politischen Antecedentien eine Anklage gegründet werden solle, so müsse er erwarten, daß man diese näher substantiire, er sei bereit, über alle Punkte Aufschluß zu geben. — Prutz: Er sei heiser, aber hier müsse er reden. Prof. Jacobi behaupte, keine politischen Antecedentien zu haben. Das sei ein übles Geständniß eines Candidaten. Jacobi habe in Königsberg gelebt, „in Königsberg, der Geburtsstätte unserer Freiheit." Es habe dort an Veranlassung nicht gefehlt, sich an der Politik

zu betheiligen. Wenn er dies unterlassen habe, so spreche das nicht zu seinem Gunsten. Aber es seien allerdings politische Antecedentien vorhanden. Prof. Jacobi habe zunächst zu beantworten, ob er den Brief der Akademie an den König in der Raumerschen Angelegenheit mit unterschrieben habe? Außerdem sei bekannt geworden, daß Prof. Jacobi sich an die Machthaber herangedrängt, Gunstbezeugungen und Belohnungen von ihnen angenommen habe. Ihm (Dr. Prutz) sei dies auf Privatwegen bekannt geworden, er sei auch bereit seine Quelle zu nennen, sein Gewährsmann sei — Crelinger. Hierüber werde Aufschluß erwartet. — Dr. Glaser: Man klage hier eine Person an auf Grund politischer Antecedentien. Thue man dies bei Einem, so müsse es bei Allen geschehen. Er beantrage: die politischen Antecedentien aller Candidaten in gleicher Art zu erörtern. (Stürmischer Beifall.) — Prof. Schellbach: Meine Herren, Sie scheinen die Bedeutung des Mannes nicht zu kennen, den Sie richten wollen. Er ist der Spinoza seiner Wissenschaft . . . (Furchtbarer Lärm unterbricht den Redner.) Lette läßt darüber abstimmen: ob die Versammlung den Prof. Schellbach weiter hören wolle? Es erheben sich Hände und der Sprecher theilt mit, die Majorität wolle den Redner nicht hören. — Jacobi: „Wenn Hr. Crelinger Hrn. Prutz gesagt hat, ich habe mich an die Macht herangedrängt, so ist er ein Lügner." (Furchtbarer Tumult. „Zurücknehmen! Abbitten!" — Eine Viertelstunde lang befindet sich der Club in vollständiger Auflösung. Endlich werden die Hammerschläge des Sprechers hörbar.) — Lette: Der Redner hat sich eines Ausdrucks bedient, der für die gröbste Verletzung parlamentarischer Sitte gilt, namentlich in England. — Jacobi: „Ich habe nur einen Widerspruch äußern wollen." (Neuer Sturm. „Zurücknehmen! Zurücknehmen!") Jacobi: „Wenn Hr. Crelinger von mir gekränkt ist, so will ich den Ausdruck zurücknehmen." (Der Lärm wiederholt sich. „Abbitten! Abbitten!") — Crelinger erklärt, zwar tief gekränkt, durch Jacobi's Erklärung jedoch befriedigt zu sein. — Lette und mit ihm ein großer Theil der Versammlung: Wenn Hr. Crelinger befriedigt ist, so hat die Gesellschaft noch keine Genugthuung. Der Redner muß die Gesellschaft um Verzeihung bitten. — Jacobi: Ich bitte die Gesellschaft um Verzeihung. (Der Lärm legt sich allmälig und Jacobi fährt fort:) Es sei gesagt, er habe sich an die Macht herangedrängt und Gunstbezeugungen empfangen. Und doch sei er nicht einmal Geheimrath! Wenn er Gunstbezeugungen hätte erstreben wollen, so würde er diese, das werde man ihm zugeben, durch die bloße Aeußerung des Wunsches erlangt haben. Die Pariser Akademie habe acht Gelehrte zu ihren Associés ernannt; unter diesen Acht sei er Einer, als Geheimrath würde er Einer unter 80 oder 800 oder 8000 gewesen sein. Er habe diese Gunst aber nicht erlangt, er sei nur Professor. Von Orden habe er nur den rothen Adlerorden 3ter Klasse bei der Huldigung in Königsberg erhalten, er würde vielleicht, selbst ohne sich heranzudrängen zu müssen, die zweite Klasse haben erlangen können. Arago habe ihn dem Minister Salvandy für die Ehrenlegion vorgeschlagen, der Minister habe ihn nicht decorirt wegen seiner politischen Gesinnung. Aber der „National" habe ihn wegen eben derselben gelobt, und der „National" stehe nicht in dem Rufe, servile Gunstbewerber zu loben. (Lebhafter Beifall. Von anderen Seiten: „Aber der Brief, der Raumer'sche Brief!") Er müsse noch vom Orden pour le mérite sprechen. Der Orden pour le mérite, meine Herren, ist nicht sowohl eine Gunstbezeugung, als eine Bequemlichkeit. Der König hat die Bequemlichkeit, die Gelehrten alle Jahre einmal bei sich zu sehen; die Gelehrten wissen jeden 24. Jan. im Voraus sicher: daß sie von Mittag bis Abends um 6 Uhr beim Könige sind, und am Abend wissen sie gewiß, daß sie ihn vor dem nächsten 24. Jan. nicht wieder sehen." Er wisse nun nicht, in welcher Art er sich an die Machthaber herangedrängt habe. Vier Jahre sei er in Berlin und nur einmal beim Minister Eichhorn gewesen, um einem Feinde eine ihm wegen politischer Gesinnungen versagte Unterstützung zu einer Erholungsreise auszuwirken. (Stürmisches Bravo.) Ueber sein Verhältniß zum Könige sei Allerlei gesagt worden, unter Anderem, daß er einen Tag um den andern beim Könige esse. Das sei nicht wahr, er habe nie eine Privataudienz gehabt; einmal habe er eine solche nachgesucht, da sei er zu Tische gebeten worden. Man mache ihm zum Vorwurf, daß er sich in Königsberg an den liberalen Bestrebungen nicht betheiligt habe. Er sei seit 4 Jahren von dort entfernt und wisse nicht, daß bis dahin in Königsberg Politisches vorgegangen sei. Sein guter Freund, Dr. Jacoby, habe früher die Vier Fragen geschrieben, auf welche jetzt erst die Antwort erfolgt sei. Außerdem wisse er von politischen Bestrebungen in Königsberg während seines Aufenthalts dort Nichts. Dagegen wolle er auf Eins aufmerksam machen. Jetzt liberal zu sein, sei keine Kunst. In Zeiten, wo es noch gefährlich gewesen, habe er in der deutschen Gesellschaft in Königsberg in Gegenwart des Präsidenten Zander, der den Dr. Jacoby damals wegen Preßvergehen zur Criminaluntersuchung gezogen, über die kantischen Principien von der Freiheit und namentlich von der Preßfreiheit gelesen. Jacoby sei ebenfalls anwesend gewesen, und die Abhandlung

habe so viel Aufsehen gemacht, daß der Minister v. Schoen sie abgeschrieben habe. Endlich wolle er noch eine Notiz geben, die vielleicht für die Unabhängigkeit seines Charakters zeuge. Es sei ihm vor einiger Zeit zufällig eine bereits unterzeichnete Cabinetsordre zu Gesicht gekommen, welche einen Mann in das Unterrichts-Ministerium berufen, von dem er die Gefährdung der freien Wissenschaft habe besorgen müssen. Sofort habe er an den Minister Eichhorn und an den König geschrieben, die Gefahr geschildert, und gegen seine eigene Erwartung seien Cabinetsordre und sämmtliche Ministerial-Verfügungen zurückgenommen worden. Das sei Alles, was ihm einfalle. Wolle man das politische Antecedentien nennen, nun so möge man ihn nach diesen beurtheilen. Er erwarte nun die Angabe von Thatsachen, durch welche sein Herandrängen an die Gewalt dargethan werden könne. (Der Redner verläßt unter unaufhörlichem Beifallssturm die Tribüne.) — Crelinger: Wenn es sich um den politischen Charakter eines Mannes handele, so könne man denselben nach dem Gesammteindrucke, welchen man von dem Leben des Mannes empfangen habe, beurtheilen. Dieser Gesammteindruck werde durch kleine Züge, durch das Urtheil der Umgebung hervorgebracht, er sei entscheidend, ohne daß bestimmte Facta vorhanden zu sein brauchten, welche ihn bewahrheiten. Es habe schon seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs eine Partei in Königsberg bestanden, die man die liberale genannt habe. Er selbst sei ihr beigezählt worden. Niemand habe gezweifelt, daß Professor Jacobi derselben gleichfalls angehöre. Seine hohe geistige Begabung, seine Verbindung mit dem Minister von Schoen, einzelne Aeußerungen, welche er diesem gemacht, haben diese Annahme unterstützt. Trotzdem habe er sich von den Liberalen gesondert, er habe sich in der Umgebung des Königs wohlgefallen und eine des freien Mannes unwürdige Weise dem Könige gegenüber verrathen. (Lärm in der Versammlung. Man fordert „Thatsachen".) „Professor Jacobi hat vor Aller Augen dem Könige die Hand geküßt. Meine Herren, es war ein Gefühl des tiefsten Schmerzes, das uns Alle übermannte, als wir dies vor unseren Augen vorgehen sahen. Und nun ersuche ich den Herrn Sprecher, diesen Brief, den mir Hr. Dr. Prutz gegeben, zu verlesen."*) Lette verliest ein Schreiben, mit welchem Jacobi dem Könige seine mathematischen Abhandlungen zugeeignet hat. Man ruft nach dem Datum: es ist der 26. August 1846. In dem Schreiben ist charakteristisch die Anerkennung, welche der Verfasser dem Könige für die Unterstützungen ausspricht, durch die es ihm möglich geworden sei, Kraft und Muße für seine wissenschaftliche Thätigkeit zu gewinnen. Verschiedenartige Rufe geben zu erkennen, daß der Brief den beabsichtigten Eindruck auf die Versammlung nicht hervorgebracht hat. Hr. Crelinger fährt jedoch fort: „Kann, meine Herren, Jemand, der der Gewalt so entgegengekommen ist, Ihre Rechte vertreten?" (Neuer Tumult.) Jacobi: „Meine Herren, mir wird vorgeworfen, daß ich dem Könige die Hand geküßt; o, ich habe viel, viel Schlimmeres gethan, ich habe sogar dem verstorbenen Pabste die Hand geküßt." Der Redner rechtfertigt den angefochtenen Handkuß als einen Ausdruck persönlicher Dankbarkeit; der König habe ihm die Mittel gewährt, zur Herstellung seiner Gesundheit eine Reise nach Italien zu machen u. s. f. (Man ruft: „der Raumersche Brief!") Er wolle sich auch über den Brief in der Raumer'schen Angelegenheit erklären. Man müsse wissen, wie es bei der Unterzeichnung zugegangen. Nach einer heißen Debatte von vier Stunden, als Alle bereits ermüdet gewesen, sei plötzlich ein vertrauenswürdiges Mitglied mit dem Bemerken eingetreten, er habe einen Brief entworfen, man dürfe ihn nur unterschreiben. „Ich habe, wie alle meine Collegen, unterzeichnet, ohne zu lesen. Erst durch die Zeitungen habe ich von dem Inhalte des Briefes Kenntniß erhalten." Sei ein Fehler begangen worden, so bestehe er darin, daß man Etwas, das man nicht gelesen, unterschrieben habe. Das sei nichts Unverzeihliches. Er wolle sich nicht damit entschuldigen, daß er nur gethan habe, was vielen Anderen mit ihm zur Last falle. Aber man möge nicht vergessen, daß der Brief Nichts bezweckt habe, als dem Könige eine Höflichkeit zu bezeigen. Der König sei als Gast in die Akademie gekommen und verletzt worden durch Polissonnerien. (Lärm. „Unparlamentarisch!) Der Redner bittet um Entschuldigung, er sei heut unglücklich in der Wahl der Ausdrücke. Dem Könige sei aber jedenfalls mit Unhöflichkeit begegnet worden, und es habe sich nur darum gehandelt, eine Unhöflichkeit durch eine Höflichkeit gut zu machen. Daß er, der Redner, nichts weiter gewollt habe, möge der Umstand zeigen, daß er am anderen Tage die Weglassung der althergebrachten weitschweifigen Redensarten in künftigen Briefen der Akademie an den König be-

*) Hr. Prutz erklärte in einer „Berichtigung" diese Aeußerung des Berichterstatters als eine unrichtige. Hr. Crelinger könne sich nicht auf ihn bezogen haben, da Inhalt wie Existenz der Dedicationsepistel ihm, dem Dr. Prutz, bis zu dem Augenblicke unbekannt gewesen sei, wo Hr. Lette dieselbe vor der Versammlung verlesen habe.

antragt und durchgesetzt habe. Sein so eben verlesenes Zueignungsschreiben an den König enthalte nichts was seinen Charakter beflecke. Es sei, wie ein großer Gelehrter schon gesagt habe, nützlich einem Könige zu sagen: Du bist der Vater des Volkes, damit er sich bemühe, es zu werden. Es sei ihm deshalb zweckmäßiger erschienen, dem Könige zu sagen: „Ew. Majestät stehen an der Spitze der Bewegung!" als: „Stellen Sie sich an die Spitze!" (Hier erhebt sich in der Nähe der Tribüne ein furchtbarer Tumult; der Ruf: „Heraus, heraus!" wird gehört, und die Frage fast aller Anwesenden, wem dieser Ruf gelte, steigert den Lärmen bis zur äußersten Höhe parlamentarischer Aufregung. Fünf Minuten lang ringt der Hammer des Sprechers vergeblich nach der ihm gebührenden Beachtung. Endlich legt sich der Sturm und man hört den Sprecher) Lette: Unser Secretair hat sich eine durchaus unparlamentarische Aeußerung zu Schulden kommen lassen. Er muß die Versammlung um Verzeihung bitten. (Neuer Lärm: „Welche Aeußerung?") Er hat „Pfui!" gesagt. — Stud. Aegidi, Secr.: „Ich habe mich zu dem Ausruf fortreißen lassen, ich bitte um Verzeihung. Die Versammlung hat schon einmal Absolution ertheilt, sie wird sie mir nicht versagen. Was Einem recht ist &c." — Jacobi: „Ich sehe, es will mit meiner Vertheidigung nicht glücken, vielleicht fange ich es zu ungeschickt an. Ich bitte nur noch um die Gunst, aus der Gesellschaft scheiden zu dürfen." (Er will sich entfernen. Seine Freunde umringen ihn. Von vielen Seiten hört man: Nein, nein! Hierbleiben! Endlich winkt Hr. Jacobi mit dem Hute und setzt sich nieder. Es wird wieder ruhiger.) — Hr. v. Bardeleben tritt auf. Das Unterschreiben des Briefes der Akademie, ohne ihn durchzulesen, sei wenigstens Indifferenz, Leichtsinn, Eigenschaften, die ein Volksvertreter nicht besitzen dürfe. Außerdem habe Hr. Jacobi kein genügendes Glaubensbekenntniß abgelegt. Er habe zwar gesagt, er sei für die constitutionelle Monarchie, er bekomme aber auch keine Gänsehaut, wenn er das Wort „Republik" nennen höre. Das sei eine sehr schwankende Meinungsäußerung. Auch er, der Redner, halte die Republik für die vollkommenste Verfassungs-Form, aber für jetzt sei bei uns noch eine Kluft zwischen Monarchie und Republik, die nur mit Blut ausgefüllt werden könne. Dem Charakter des Prof. Jacobi falle auch zur Last, daß er mit keinem Worte in seiner Rede der Person des Königs gedacht habe, des Königs, der ihn, wie er selbst zugestanden, in den Tagen seines Glückes zu Dank verpflichtet habe, und dessen jetzt zu gedenken um so mehr Pflicht eines Ehrenmannes sei, als jeder Bube jetzt das Haupt des tiefgebeugten Monarchen mit Koth zu bewerfen wage. (Stürmischer Applaus.) — Jacobi: Er müsse dem Redner in allen Stücken Recht geben. Allerdings sei es leichtsinnig, Etwas zu unterschreiben, das man nicht gelesen habe. Dieses Leichtsinns klage er selbst sich an. Auch bekenne er das Unrecht, des Königs, seines edlen Herzens, seines hohen Geistes nicht gedacht zu haben. Er habe dies mit vielen andern Punkten, die er in seiner Rede zu berühren sich vorgenommen, bei der Ueberraschung, durch die er auf diese Tribüne geführt worden, vergessen. Hierauf weist der Redner in beredter Entwickelung die Wohlthaten nach, welche die Völker der Monarchie verdanken; diese habe die Aristokratieenherrschaft gebrochen und die Freiheit angebahnt. Er macht hierbei auf die Milderung der Leibeigenschaft durch den Kaiser von Rußland aufmerksam. — Dr. Stern: Der Antrag des Dr. Glaser verdiene alle Beachtung, er sei noch nicht erörtert. — Dr. Glaser: In den alten Republiken habe ein Gesetz Jeden mit Verbannung bedroht, der einen Bürger angeklagt habe, ohne daß ein bereits bestehendes Gesetz die Anklage gerechtfertigt hätte. Hier liege ein solcher Fall vor. Man klage den Professor Jacobi wegen sogenannter politischer Antecedentien an, dies müsse auch gegen Andere geschehen; Aller Antecedentien müssen zur Sprache gebracht, alle Candidaten zur Rechtfertigung angehalten werden. Er beantrage: einen solchen Alle bindenden Beschluß zu fassen. — Der Sprecher erklärt es für bedenklich, eine Entscheidung über einen so wichtigen Antrag sofort zu veranlassen. Er wünscht noch weitere Redner über den Antrag zu hören. — Dr. Jordan: Professor Jacobi habe heute zu erkennen gegeben, daß er nicht den erforderlichen parlamentarischen Takt besitze; daher müsse er beantragen, den Professor Jacobi von der Candidatenliste zu streichen. (Tumult. Verschiedene Versuche, über diese Anträge zur Abstimmung zu gelangen, scheitern an der leidenschaftlichen Erregtheit, in der die Versammlung sich befindet.) — Der Sprecher schlägt vor: die Abstimmung auf eine ruhigere Sitzung zu vertagen. — Assessor Wolf: Herr Oberlandesgerichts-Rath Crelinger hat der Gesellschaft neulich eine Schrift des Buchhändlers Gerhard in Danzig empfohlen. In dieser findet sich folgende Stelle: „Wählt Keinen zu eurem Vertreter, dessen Privatleben nicht fleckenrein ist." Eine andere Schrift, von Weichsel in Magdeburg, enthält folgende Stelle: der Redner verliest einige Zeilen ähnlichen Inhalts mit der Gerhard'schen Stelle und erbittet sich dann die ausdrückliche Erlaubniß der Versammlung, einen Artikel aus der Nr. 98. der Magdeburger Zeitung vorlesen zu dürfen, der neben den theoretischen Ermahnungen der Herren Gerhard und Weichsel eine factische Beachtung ausspreche. (Es entsteht

neuer Lärm. Ein Theil der Versammlung ruft: Lesen! Lesen! In der Nähe der Tribüne scheint man den Redner am Vorlesen des Artikels hindern zu wollen. Der Hammer bewirkt Ruhe.) — Lette: Ich frage den Assessor Wolf auf sein Gewissen als Jurist, ob der Artikel, den er lesen will, zur Sache gehört? — Assessor Wolf: Gerade mein juristisches Gewissen macht mir das Vorlesen dieses Artikels zur Pflicht. Der Redner liest aus dem mit † bezeichneten Corresp.-Artikel (d. d. Berlin, 21. April) der Magdeb. Ztg. Nr. 98. u. A. folgende Stelle vor: „In gleicher Art ist man endlich in nicht wenigen Zirkeln geneigt, Männer zu Deputirten vorzuschlagen, die sich durch eine gewisse Redefertigkeit auszeichnen, ohne sich weiter nach deren moralischem oder politischem Lebenswandel zu erkundigen. Zu diesen Candidaten gehört u. A. ein vielbekannter Clubsprecher. Ueber ihn verbreitet sich bereits das Gerücht, daß er, in einer ziemlich hohen Stellung in Schlesien befindlich, eine Degradation — denn als solche wurde sie damals noch allgemein angesehen — einer Untersuchung vorgezogen habe. Erst von dieser Versetzung in eine andere Provinz her soll seine Freisinnigkeit datiren &c." Die lautlose Stille, welche hier eintrat, wurde durch den Sprecher unterbrochen, welcher von Neuem auf die durch Glaser und Jordan formirten Anträge zurückkommt. Plötzlich hört man aus der Mitte der Versammlung ein wiederholtes: „Ich protestire". Der Rufende drängt sich aus dem Gewirre hervor und schwingt sich auf die Tribüne. Es ist der Advocat Volkmar: „Meine Herren, ich protestire gegen die Fortsetzung der Debatte. Ich will Ihnen sagen warum? Der ganze hintere Theil des Saales ist von Mitgliedern des politischen Clubs gefüllt." (Gelächter und erneute Unruhe.) — Lette: Wenn die Mitglieder des politischen Clubs uns die Ehre geben, unseren Berathungen beizuwohnen, so ist dies kein Grund, eine Debatte abzubrechen. Aber der leidenschaftlich erregte Zustand, in welchem sich die Versammlung befindet, läßt dies räthlich erscheinen. Die Versammlung beschließt die Vertagung der Discussion. Lette übergiebt den Hammer des Sprechers an Crelinger. Crelinger: Er sei durch den eben verlesenen Zeitungsartikel verdächtigt; er wisse, der Artikel beziehe sich auf Niemanden als ihn; er werde sich vor der Versammlung rechtfertigen, obschon er aus der Reihe ihrer Candidaten ausgeschieden sei. Er habe dies nur darum gethan, weil ohnedies zu viel Juristen und Advocaten sowohl in der frankfurter als in der berliner Volksvertretung sein würden. Er sei noch Sprecher des Clubs und der Club dürfe nicht zugeben, daß auf seinen Sprecher ein Makel hafte. Sobald die vertagte Discussion wieder aufgenommen sei, werde er seine Rechtfertigung vortragen. Es frage sich aber: ob die Versammlung bis dahin ihm das Sprecheramt anvertraue? — Lette bewirkt hierüber die Abstimmung. Eine entschiedene Mehrheit, fast Einstimmigkeit, bejaht diese Frage. — Crelinger: Wenn die Versammlung mir so unzweideutig ihr Vertrauen kund gegeben hat, so bin ich wohl zu der Frage berechtigt: „Hält es die Versammlung überhaupt für erforderlich, daß ich mich auf einen anonymen Zeitungsartikel rechtfertige?" Hier entsteht ein wüstes Durcheinanderlärmen, das endlich durch den Hammer beseitigt wird. Man vereinigt sich, zur Tagesordnung überzugehen. — Volkmar verliest zwei Petitionen wegen sofortiger Aufhebung der Prügelstrafe und Veröffentlichung der der Landes-Repräsentation zu machenden Gesetzesvorlagen. Angenommen. — v. Dazur: Eingabe an das Ministerium wegen beschleunigter Erledigung der Demarcations-Angelegenheit in Posen. — Nach mehrfachem Zwischenreden der Herren v. Bardeleben, Born, Nauwerck, Neumann, v. Orlich, Gräfe wird die verlesene Eingabe angenommen.

In der nächsten Sitzung wird zuerst ein von verschiedenen Mitgliedern eingebrachter Antrag, daß Jeder nur gegen Vorzeigung seiner Karte Einlaß erhalten könne, Gäste aber von Clubmitgliedern durch eine Barriere getrennt würden, angenommen. Die Debatte über die Jacobi'sche Angelegenheit wird fortgeführt:

Sitzung vom 25. Nachdem der Sprecher Crelinger verschiedene die Ordnung betreffende Anträge verlesen und zur Abstimmung gebracht hatte, ging die Versammlung zur Besprechung der Jacobischen Angelegenheit und der mit ihr verbundenen Anträge über. Das Sprecheramt wurde in die Hände des Justiz-Commissarius Furbach gelegt. Für Glaser's Antrag: sämmtliche Candidaten zur Aeußerung über ihre politischen Antecedentien zu veranlassen, sprachen: der Antragsteller Dr. P. Förster (die Versammlung werde einen Areopag bilden, wie man ihn nicht schöner denken könne), Lette (1. weil es wünschenswerth sei, das politische Leben eines jeden Candidaten kennen zu lernen; 2. um der Gleichheit des Rechtes willen), Volkmar (weil er ein Feind halber Maßregeln sei), Jordan (die Geheimerathsluft müsse verweht werden), Kossack, Prutz und Frauenstädt. Für das Sternsche Amen-

dement: Nur Diejenigen sollen sich über ihre politischen Antecedentien äußern, bei welchen gegen dieselben Bedenken oder Anklagen erhoben werden, sprachen Stern und v. Bardeleben. Es wird verworfen, weil man es für eine halbe Maßregel hält. Der Antrag wird mit entschiedener Majorität angenommen, auch einstimmig beschlossen, schon heute mit der Erörterung der politischen Antecedentien den Anfang zu machen. — Dr. Jordan's Antrag: Prof. Jacobi von der Candidatenliste zu streichen, wird zur Berathung gestellt. Der Antragsteller bemerkt: der Candidat sei weder aus der Vorwahl, noch aus dem Comité hervorgegangen, er habe durch seine Rede die Herzen mit Sturm eingenommen. Später habe man bereut, daß man sich habe überrumpeln lassen. (Lärm.) Jacobi habe früher andere politische Gesinnungen gehabt, in neuester Zeit aber eine Schwenkung gemacht; solche Candidaten könne man nicht brauchen. Es haben sich Mehrere um das Wort gemeldet; ein Streit entsteht darüber, Wer das Wort erhalten soll. Als der Sprecher Jacobi auf die Tribüne ruft, bricht ein anhaltender Beifallssturm los. Jacobi: der Ankläger spricht von einer politischen Schwenkung, also von einer Sinnesänderung, der Denunciant dagegen hat seine Beschuldigung anders begründet; er behauptet, ich hätte mich trotz meiner notorisch liberalen Gesinnung in Königsberg von den Bestrebungen der Gesinnungsgenossen fern gehalten. Beide Behauptungen sind unwahr. Ich war immer unabhängig und wählte meine Freunde stets aus Männern, die einer liberalen Richtung angehören. Minister v. Schön wäre, glaube ich, nicht mein Freund gewesen, hätte ich einer servilen Richtung gefolgt. Ich habe auch nie den Regierungsbevollmächtigten bei der Universität anerkannt; auf die gefährlichsten Posten, wo es galt, gegen Ministerialverfügungen zu remonstriren, schob der akademische Senat mich vor. Ich bin zwar jetzt zum ersten Male genöthigt, mich zu vertheidigen, nicht aber bin ich zum ersten Male denuncirt. Das hat früher schon der bekannte Hr. v. Derschau in Königsberg gethan. Vielleicht ist er selbst hier. (Stimme aus der Versammlung: „Hier bin ich. Das ist nicht wahr!" Tumult. „Raus! Raus!") Hr. v. Derschau ist sonst ein ehrenwerther Mann, nur vertieft er sich zuweilen in besondere Richtungen. (Gelächter.) In Berlin hatte ich das Recht, zu Hoffesten eingeladen zu werden, habe aber nichts gethan, um dazu zu gelangen. Keinen Minister kenne ich persönlich. Jede Gelegenheit, die Unabhängigkeit meines Charakters zu zeigen, habe ich benutzt. Als ein gewisser Peters in Dresden wegen seiner dem Cultusminister wohlgefälligen „Moralität" zum Prof. der Mathematik in Berlin gemacht werden sollte, habe ich dies rückgängig gemacht. Ich schrieb dem Minister damals: „Unwissenheit im Berufsfache ist Immoralität." Es ist wahr, der König hat mit mir bei Gelegenheit ein Wort mehr gesprochen als mit Andern. Warum? weiß ich mir nicht zu erklären; ich denke, weil ich ein Potsdamer bin. Was ist gegen mich vorgebracht? Man nenne mir doch nur ein Factum. Hr. Crelinger sagt, ich habe mich von den liberalen Bestrebungen zurückgezogen. M. H., ich kann nur denken oder handeln, worin mir eine bestimmte Aufgabe vorliegt. Ohne ein solches bestimmtes Ziel etwas zu unternehmen, zu agitiren, mich an der Regierung zu reiben, das widerstrebt meiner innersten Natur. Wäre dies nicht, ich hätte es leicht erreichen können. Politisch verfolgt zu werden aber war mir allzuwohlfeil. (Stürmischer Applaus.) Was den Brief der Akademie an den König betrifft, so handelte sich's bei der Rede des Hrn. v. Raumer nur um die Form, nicht um den Inhalt. Alexander v. Humboldt wohnte der Sitzung bei, und erklärte, mit dem Inhalt ganz einverstanden zu sein. Dem an den König zu schreibenden Brief wurde ein reuevoller Brief, den Raumer selbst an die Akademie gerichtet, zum Grunde gelegt. Raumer selbst fand sich auch nicht durch den Brief verletzt. Noch drei Wochen behielt er die Leitung der Angelegenheiten der Akademie als Secretair und blieb mit uns im besten Vernehmen. Erst als der Brief gedruckt war, erklärte er seinen Austritt, obgleich die Akademie ihn zu bleiben bat und seine Stelle ein ganzes Jahr für ihn offen hielt. Liegt noch Etwas gegen mich vor? (Ruf: „das Dedicationsschreiben.") M. H. Der König hat es nicht gelesen. Ich habe darin nur meinen Dank für die Unterstützung, die mir der König hatte zu Theil werden lassen, aussprechen wollen, aber das Buch ist ungelesen vom Könige an die Bibliothek gegeben. Wenn man übrigens von meiner Stellung zum Könige spricht, so muß man bedenken: die Minister Thile und Bodelschwingh waren unerbittlich gegen unabhängige Männer. Nicht so der König. Das zeigt sein Verhältniß zu Humboldt und dessen Verhältniß zu Arago. Mein unabhängiger Charakter steht in keinem Widerspruch zu der Gunst, welche der König für mich hatte. Dafür spricht auch mein berliner Umgang mit Männern wie Beckerath, Auerswald, Bardeleben — „dem Deputirten". (Gelächter.) Der Redner zählt noch Viele seiner Freunde auf, namentlich auch aus Italien, und verläßt dann unter dem rauschendsten Beifall die Tribüne. Aegidi will nicht gegen den Candidaten, sondern gegen die vom Club empfohlene Candidatur des großen Gelehrten sprechen. Er sei überzeugt, Jacobi sei ein Republikaner. Alle große Gelehrte seien Re-

publikaner, das wisse er aus Erfahrung. Es fehle Jacobi an Consequenz, an politischem Charakter. (Fortwährende lärmende Unterbrechungen nöthigen den Redner, schnell zu schließen.) — Prutz gegen Jordan's Antrag aus zwei formellen Gründen: 1) weil der Antrag unnöthig und vorzeitig sei. Es sei ja gleiche Gerechtigkeit für Alle beschlossen. 2) Der Antrag sei nicht am Ort. Die Versammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sei nicht befugt, über die Candidaten zu stimmen. Sie habe, seitdem die Jacobische Angelegenheit verhandelt werde, einen ungewöhnlichen Zuwachs erhalten, heute allein seien an 200 zugetreten. Diese könne er nur in 3 Kategorien theilen, sie seien entweder Feinde von Jacobi, diese stimmen zu lassen, verbiete die Ehre der Versammlung; oder Freunde von Jacobi, diese werde er selbst nicht wünschen; oder Scandalsüchtige, Frivole: solche hätten kein Recht zu stimmen. (Bravo!) Die Candidaturen seien Eigenthum Derer, welche Stimmzettel abgegeben haben, dies Recht wollen wir mit Niemandem theilen. — Jordan zieht den Antrag für jetzt zurück. — Assessor Wolf macht ihn zu dem seinigen nur darum, weil man nicht dulden könne, daß Jemand angegriffen und dann die Entscheidung verhindert werde. Ueber die Zulässigkeit einer solchen Adoption sprechen noch Glaser (der Antragsteller hätte nicht anklagen sollen, wenn er den Muth nicht habe, den Antrag aufrecht zu halten), Jordan (es fehle ihm nicht an Muth, er habe den Antrag nur zur Zeit fallen lassen), Lette, Vollmar, v. Bardeleben, Ref. Beyer. Beschlossen, die Debatte für heut zu schließen. — Prof. Dove will sich noch über die Akademie-Angelegenheit äußern, da er später verhindert sein könnte. Ihm sei, als er von einer Reise zurückkehrte, der Brief in Reinschrift zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Es habe nicht in seiner Macht gelegen, den in seiner Abwesenheit gefaßten Beschluß rückgängig zu machen. Die Akademie habe Alles aufgeboten, Raumer zu retten. In den Zeitungen sei davon die Rede gewesen, und man habe nun die Akademie beim Publicum zu verdächtigen gesucht. Der Brief, der nur der Behörde vertraulich mitgetheilt war, sei plötzlich im Rhein. Beob. gedruckt erschienen. Das sei eine Perfidie gegen die Akademie, eine Mystification des Publicums gewesen. Man habe von allen Seiten unverantwortlich gegen die Akademie, gegen Männer, um welche uns ganz Europa beneide, gehandelt. Das Gefühl, aus dem der Brief hervorgegangen, sei dies gewesen, daß man einen Gast verletzt zu haben sich bewußt war. Dies Verbrechen nehme er auf sich, und er freue sich, daß man ihn nicht auch anderer Verbrechen beschuldigen könne. (Beifall.)

Die Candidatur Jacobi's bietet noch in der folgenden Sitzung, am 27., Gelegenheit zu längerer Debatte. Nachdem endlich die Jacobi'sche Angelegenheit in derselben Sitzung vollständig erledigt worden, wird die Tagesordnung vom 21. wieder aufgenommen. Die Wahlcandidaten des Clubs fahren fort, ihr politisches Glaubensbekenntniß, und zwar nach den letzten Beschlüssen, „mit Rücksicht auf ihre politischen und moralischen Antecedentien" abzulegen:

Sitzung vom 27. Zwei Rücktrittserklärungen werden eröffnet. Alexander von Humboldt erklärt, in Folge seines vorgerückten Alters nur noch an wissenschaftlichen Arbeiten sich betheiligen zu können und daher für eine Empfehlung des Clubs zur Volksvertretung danken zu müssen; Hr. Prof. Keller: Er sei in Folge mehrfacher Anfragen seiner akademischen Zuhörer auf die Candidatur zu verzichten genöthigt, er sei aber bereit, in und außer dem Club über seine politischen Antecedentien Rede zu stehen. — Tagesordnung: Jacobi'sche Angelegenheit. Furbach Sprecher. — Dr. Prutz: Er habe gegen den Jordanschen Antrag: den Prof. Jacobi von der Liste der Candidaten zu streichen, in voriger Sitzung aus formellen Gründen gesprochen; er wolle jetzt seinen Widerspruch durch sachliche Gründe rechtfertigen. Der Club sei kein Wahlcomité. Die Bedeutung, welche die Aufstellung einer Candidatenliste habe, sei allein die, dem Candidaten eine Empfehlung, ein Zeugniß, einen Creditbrief auszustellen. Der Antrag verlange einen Mißcreditbrief. Das politische Zeugniß würde auch er dem Candidaten versagen, allein die moralische Frage sei von der politischen hier nicht zu trennen, die zur Sprache gekommenen Handlungen, obwohl ihm, dem Redner, persönlich mißfällig, seien jedoch nicht geeignet, den Candidaten in der öffentlichen Meinung moralisch zu ächten. Ueberdies sei die Anklage nicht genügend substantiirt, da sie sich nicht auf erhebliche Thatsachen, vielmehr nur auf einen Totaleindruck gründe. — Der Redner bemerkt noch: er habe die Anklage veranlaßt, durch welche der Club „einen ungeheuren Ruck" erhalten habe. Ueberstehe man diesen nicht, so sei nichts daran gelegen. Der Club habe dann verdient zu fallen. Ueberstehe man ihn, so habe man einen ungeheuren Fortschritt gemacht. Er habe den Muth, die Anklage fallen zu lassen.

Ihn bestimme dazu vor Allem der Applaus, welchen die Jugend dem Angeklagten gezollt habe. — v. Bardeleben: er sei gegen Jacobi's Candidatur, aber nicht für den Antrag ihn zu streichen. Moralisch habe er Nichts gegen Jacobi, nur sein politischer Standpunkt genüge ihm nicht. Er glaube überdies nicht, daß die Empfehlung des Clubs einem Candidaten viel nützen werde. — v. Werther: Der Club sei nun einmal in die Grenzen eines Mäßigkeitsvereins zurückgetreten; er müsse deshalb consequent sein und die Anklage verfolgen. Es frage sich, ob die Thatsachen, die man gegen Jacobi vorgebracht, eine politische Inconsequenz, eine Achselträgerei verrathen. Es komme zuerst der Handkuß in Betracht. Unstreitig ist derselbe aus persönlichem Attachement an den König hervorgegangen. Kann ein Mann, der dem König persönlich zugeneigt ist, constitutioneller Deputirter werden? (Ja, ja!) Ich bin derselben Meinung. Der Volksvertrag, der geschlossen werden soll, hat die Person des Königs zu sichern, den Parteileidenschaften zu entheben. Der König wird jetzt aus Liebe eine desto freiere Constitution geben, nicht mehr durch Stahl und Eisen, nicht durch Theorieen von Stahl. (Bravo. Heiterkeit.) Habe man dem Candidaten vorgeworfen, er sei ein versteckter Republikaner, so sei das kein Vorwurf. Man könne Republikaner sein, ohne mit dem Königthum zu brechen. Deshalb sei er gegen den Antrag. — Oldenberg: Die Mehrheit der Versammlung kennt Jacobi nicht, sie beurtheilt ihn nur nach dem Eindruck, den die Discussion hervorgebracht. Dem Redner geht es eben so. Ihm scheint Jacobi alle Angriffe glücklich abgewehrt zu haben, nur die Akademieangelegenheit nimmt er aus. Der Dedicationsbrief sei so, daß er selbst ihn geschrieben zu haben wünsche. So könne jeder freie Britte an seine Königin schreiben; der Brief der Akademie sei ein Hauch auf einer Spiegelfläche, aber keine moralische Verschuldung. Manchmal schläft auch der gute Homer, und damals hat mehr als ein Homer geschlafen. (Beifall.) Auch die Lichter der Wissenschaft setzen Kohle ab, die öffentliche Meinung muß sie putzen, aber nicht auslöschen. (Bravo.) Jacobi muß eben als Mathematiker wahrhaft befruchtend auf eine gesetzgebende Versammlung wirken, die aus lauter Juristen, Nationalökonomen, Kaufleuten u. s. w. bestehen wird. Er, der Redner, sei nicht nur gegen den Antrag, sondern er beantrage jetzt, nachdem die Gesinnungstüchtigkeit ihr Müthchen an dem Genius recht tüchtig gekühlt habe, den Prof. Jacobi für einen vom Club empfohlenen Candidaten ausdrücklich zu erklären. (Rauschender Applaus.) — Wilh. Rose verliest einen Aufsatz, den sein Bruder, der Akademiker Heinr. Rose, nachdem ihn die hiesige Censur gestrichen, über den Brief der Akademie in der Allg. Ztg. veröffentlicht hat. — Jacobi (anhaltender Beifallssturm empfängt den Redner): Er danke zunächst für die Geduld, mit der man ihn bisher angehört. Seine Angelegenheit erhalte einen eigenen Charakter dadurch, daß der Mann, der die Anklage gegen ihn vorgebracht, an der Spitze der Versammlung stehe und ihr volles Vertrauen genieße. Er bitte vor Allem, davon zu abstrahiren, daß der Leiter der Gesellschaft mit seinem Ankläger zusammenfalle. Vielleicht sei dieser Mann selbst durch die Auseinandersetzung der Angelegenheit befriedigt erklärt, und er richte dieserhalb eine Frage an ihn. Es scheine nahe gelegen zu haben, ganz zurückzutreten. Obgleich indeß seine Kräfte durch diese Verhandlungen erschöpft seien, habe er doch nicht zurücktreten wollen. Auch auf die Abstimmung verzichte er nicht. Er wolle die Meinung der Versammlung über ihn kennen lernen, er wolle, daß sie seine Lage würdige und die Nachtheile berücksichtige, welche ihm durch die hohe Autorität seines Klägers bereitet werden. Man möge daran nicht denken, daß ein Votum für ihn zugleich eine Verurtheilung des Sprechers sei. Es sei ihm an der Meinung der Versammlung auch darum gelegen, weil dieselbe vielleicht über seine künftigen Entschlüsse bestimmen könne. Für das Publicum, welches über den Club vielleicht noch keine sichere Ansicht habe, werde es ein historisches Factum abgeben, daß der constitutionelle Club über den und den Mann so oder so geurtheilt hat. (Ein Applaus, der nicht enden zu wollen scheint, geleitet den Redner von der Tribüne.) — Crelinger: Was Jacobi eine Anklage nenne, diese habe er nicht erhoben. Er habe nur eine bestimmtere und klarere Entwickelung der politischen Grundsätze gewünscht, Persönlichkeiten seien von ihm nicht angeregt worden. Man habe sein Zeugniß angerufen, und das habe er nicht verweigern können. Er sei wider seinen Willen in die Discussion hineingezogen worden. Man habe Privatäußerungen, die nicht in den Bereich dieses Saales gehören, indiscret benutzt. Wenn man ihn frage, ob er die Meinung, die er nach seinen Privatäußerungen über Jacobi gehegt, noch habe, so antworte er: Nein (Beifall) und er danke Jacobi, mit dem er immer in den freundschaftlichsten Beziehungen gestanden, daß er ihm zu dieser Aeußerung Gelegenheit gegeben. — Die Abstimmung ergiebt eine Minorität von 4 oder 6 Stimmen für den Antrag. — Assessor Wolf motivirt seinen Antrag: nicht nur die politischen, sondern auch solche moralische Antecedentien zu erörtern, welche einen Mangel an Rechtlichkeit und ehrliebender Gesinnung verrathen, durch Citate aus einer Schrift: „Der gesinnungsvolle Urwähler". Weit über

sonstigen Eigenschaften stehe die Ehrenhaftigkeit. Er wolle nicht den Schleier des Familienlebens lüften (Gelächter), aber ein Candidat müsse ehrenhaft sein. (Der lärmendste Widerspruch eines großen Theils der Versammlung nöthigt den Redner troß seiner unbeschreiblichen Beharrlichkeit endlich zu schließen.) — Prutz gegen den Antrag, weil er unnöthig und unausführbar sei. So weit er ausführbar, sei er bereits angenommen. Der Antrag wird verworfen. Ein Antrag von A. Serlo: von der Aufstellung einer Candidatenliste ganz abzusehen, wird zurückgenommen. — Der Sprecher (Crelinger) veranlaßt das Wahlcomité, Vorschläge zur Ergänzung der Liste zu machen.

Lette: Bei Erörterung der Antecedentien werden sich die neuen Candidaten von selbst ergeben. Er beginnt mit den seinigen. Nachdem ein solcher Genius der Wissenschaft auf der Tribüne gestanden, befinde sich hier Jemand, der Nichts gethan, als seine Pflicht erfüllt. Er habe keine politischen Antecedentien aufzuweisen und könne nicht anders verfahren, als wie der Verfasser der Briefe eines Verstorbenen, sich zum Object zu machen. Er sei sein Lebenlang Beamter gewesen. Man könne fragen, wie es käme, daß der Beamte sich in der neuen Entwickelung der Dinge heimisch fühle. Er habe dieser Entwickelung von Jugend auf angehört. Sein Leben beginne mit diesem Jahrhundert. Der Redner geht die Aemter durch, die er bekleidet hat, bemerkt, daß er in keiner Verbindung mit dem Ministerium des Innern stehe, und weist nach, daß er während seiner ganzen amtlichen Laufbahn von der Verwaltung einer Unterrichterstelle bis hinauf zur Leitung der Gesetzgebung in Landesculturſachen, namentlich aber als Mitglied und Dirigent von Auseinandersetzungs-Behörden, so wie als Gründer und Leiter landwirthschaftlicher Vereine mit allen Volksklassen fortdauernd in der lebendigsten Berührung gestanden, das sogenannte Carrièremachen stets gehaßt habe und zu allen Stellen berufen worden sei. Sein Princip sei stets gewesen: nicht von oben her zu regieren, sondern sich auf die Vernunft der Menschen zu stützen, seine Tendenz: diejenige Freiheit, die nach der bisherigen Verfassung zu erreichen gewesen, namentlich die sociale Freiheit, zu erstreben. Er verweist auf die von ihm verfaßte Feldpolizei-Ordnung und auf die von ihm in die Feldpolizei-Gerichte gelegten Keime eines Volksgerichts. — Ein Bedenken wurde gegen diesen Candidaten in der Versammlung nicht lautbar. — Prutz: Er knüpft an ein bekanntes Wort Lessings die Bemerkung: Wer über gewisse Dinge keinen Humor habe, der habe überhaupt keinen. Als Schriftsteller dürfe er sich den nicht absprechen. Etwas Honnettes von Verfolgung sei ihm nicht passirt. Seine Antecedentien seien Pygmäen, Quackeleien. Er sei zwar keine „politische Jungfrau", allein an einer großen glorwürdigen Begebenheit habe er seine Jungfernschaft allerdings nicht verloren. (Heiterkeit.) Er sei gezwungen lauter kleine läppische Geschichten zu erzählen, wie sie Einem eben unter dem alten System nicht anders hätten passiren können. Er erzählt nun mit vielem und naivem Humore die Geschichte von Bücherverboten, Ausweisungen, Anstellungsversagungen, die Unterdrückung seines „Moriz von Sachsen", die Anklage wegen der „politischen Wohnstube", seine Verbindung mit den „Hall. Jahrbüchern" und der „Rhein. Zeitung" u. d. m. Die Versammlung war durch die mehr als einstündige Dauer der Erzählung zu heiter unterhalten, um ein „Bedenken" gegen den Erzähler zu erheben. — Auf ihn folgte der Geh. Revisionsrath Bauer mit einer Darstellung seines Lebensganges und seiner amtlichen Wirksamkeit. In Armuth und Dürftigkeit aufgewachsen, sei er als Freiwilliger in die Freiheitskriege gegangen; die einbrechende Zopfzeit habe ihn, der inzwischen Artillerie-Offizier geworden, 1821 aus dem Militairstande vertrieben und dazu veranlaßt, die Universität zu beziehen. So habe er allmählig seine jetzige Stellung als unabhängiger Richter erreicht, und bekenne sich jetzt offen, wie er stets im Vertrauen vor seinen Freunden und in engeren Kreisen gethan, zur constitutionellen Monarchie, mit Bewahrung seiner Anhänglichkeit an die Hohenzollern. Politische Verfolgungen haben ihn nicht betroffen, und daß er den Rothen-Adler-Orden (wie er ausdrücklich bemerkte, nicht als besondere Gunst, sondern nur, weil an ihm die Reihe war) erhalten, veranlaßte die Versammlung zu keinem Bedenken.

Diesen Bekenntnissen folgten in der nächsten Sitzung vom 29. — der letzten, die vor dem ersten Wahltage stattfand — die Reden der HH. Keller, Stern, Schomburgk, Jordan und Nauwerck, worüber die Berichte der „constitut. Clubzeitung" und der Nat.-Z.) Folgendes mittheilen: Professor Keller schildert sein Leben in der Schweiz als ein Ringen gegen den Absolutismus von demokratischem Standpunkte aus. Er habe noch immer dieselben Gesinnungen, die er im Jahre 1831 gehegt, als er an der Spitze der radicalen

Partei in Zürich die neue Verfassung begründet. Seine Berufung als Professor nach Halle und dann nach Berlin sei erst nach jahrelangem Widerstande des Ministers Eichhorn geschehen. In seiner Betheiligung bei der Schweizerfrage sei er bereit, einem Mitgliede des Clubs die bezüglichen Akten unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitzutheilen. — Dr. Stern entwickelt seine Bestrebungen für die Reform der Juden und seine Schritte bei dem Landtage für ihre Emancipation „als Inhalt seines Lebens". Sein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, sei er nicht vorbereitet. — D. Schomburgk schilderte seine glühende Begeisterung für Deutschland, die Verfolgungen, die er erlitten und das Glück, welches eine sich treu gebliebene Ueberzeugung gewähre. Früher als Demagog zum Tode durch das Beil verurtheilt, habe er sechs Jahre auf der Festung zugebracht, dann sein Fach, die Theologie, verlassen, Naturwissenschaften studirt und seine Thätigkeit seit 1840, wo ihn die Amnestie frei gemacht, den Handwerkervereinen geweiht. Er wolle in der constitutionellen Monarchie: Trennung der Kirche vom Staat, Reorganisation der Arbeit, wahre Volksschulen. — Dr. Wilhelm Jordan gesteht, an eine endliche Realisation der Republik zu glauben; bis vor Kurzem sei er sogar Republikaner à tout prix gewesen; jetzt aber bekenne er sich als einen offenen, ehrlichen Constitutionellen. Sein Leben sei das eines wegen politischer Meinungen Verfolgten gewesen; wiederholt mit Processen, Gefängnißstrafen, gewaltsamen, selbst unschuldige Familienglieder betreffenden Ausweisungen gepeinigt, habe er zuletzt manche Auswüchse der Theorie für die Praxis beseitigt. Unmittelbar nach der Revolution habe er noch im republikanischen „Taumel" gehandelt und geredet, seitdem aber sich überzeugt, daß eine constitutionelle Monarchie nothwendig sei; erst dann werde er wieder Republikaner werden, wenn die Reaction offen hervortrete, oder wenn die Mehrheit des Volks republikanisch werde. Die Angriffe des Dr. Paul Förster, der ihn wegen seiner Betheiligung am politischen Club, sowie wegen seines bekannten, bei einem Bankett in Leipzig ausbrachten Pereat auf den Gott im Himmel und unter der Erde interpellirt, widerlegt er, nach dem Berichte der Clubzeitung, überzeugend. — Dr. Nauwerck, Theolog, später Docent der Geschichte, der Philosophie und der arabischen Sprache; wegen seiner Freisinnigkeit durch den Minister Eichhorn vom Amte entfernt. Später Stadtverordneter. In seinen früheren Ueberzeugungen Republikaner, betrachte er die constitutionelle Monarchie als eine „Zeitfrage". Das Hauptgewicht lege er auf die demokratischen Einrichtungen des Staats. — Sämmtliche Redner erfreuten sich des Beifalls der Versammlung.

Gegen das belebtere Treiben im constitut. Club trat um diese Zeit der politische Club fast ganz in den Hintergrund. Dort beinahe tägliche Sitzungen unter dem Zulaufe einer ungewöhnlich zahlreichen Menge, hier zwei oder drei Sitzungen in der Woche und eine minder eifrige Zuhörerschaft; dort fast

ausschließlich Wahlcandidatur-Debatten mit vielfach ergötzlichem und unterhaltendem Beiwerke, hier eine ziemlich unbelebte Behandlung der Wahlangelegenheiten neben einer lebendigen Erörterung verschiedener anderer Discussionsgegenstände. (So entspann sich hier am 24. eine längere Debatte über die Maßregel des französischen Gouvernements gegen die Unabsetzbarkeit der Richter, wobei Dr. Günsburg dieselbe für eine nur provisorische und als solche nothwendige Maßregel hält. Die französischen Richter, führt er aus, seien „eingefleischte Monarchisten" und könnten, falls sie unabsetzbar blieben, aus Parteiinteressen der jetzigen Regierung sehr schaden. Jung dagegen bezeichnet die Maßregel als eine unverantwortliche: Man wolle die Republik machen, statt sie kommen zu lassen. Der Richter, bemerkt er weiter, müsse nicht von der Regierung, sondern vom Volke gewählt werden. So sei es in Amerika, so werde es auch später bei uns sein.) Die Berichte der Clubs selbst geben Zeugniß von dem bei weitem überwiegenden Interesse, welches der constitutionelle Club bot. Während dessen Verhandlungen in verschiedenen Berichten und ausführlich genug dargestellt sind, finden sich allein in der Zeitungshalle unregelmäßige Mittheilungen über den polit. Club und auch diese nur in den spärlichsten Umrissen. In Betreff der Wahl- und Wahlcandidatur-Angelegenheiten wird darin aus den Sitzungen vom 24. und 26. Folgendes berichtet: Bei der Frage, ob von Seiten des Clubs Candidaten für die bevorstehende Abgeordneten-Wahl aufzustellen seien, entschied sich (am 24.) die Majorität nach mehrfachem Widerspruch für die Bejahung und beschloß eine Sitzung durch die Zeitungen anzusagen, bei der die Candidaten, die vom polit. Club empfohlen sein wollten, aufzutreten hätten. Hr. Jung empfiehlt sich vorläufig den Wählern und weist auf sein Glaubensbekenntniß hin. Actuar Stein erklärt sich gegen Jung, weil in dem Glaubensbekenntnisse desselben das Arbeiterministerium enthalten sei. Ein solches Ministerium greife regulirend in die Industrie, die doch nur dann gedeihen könne, wenn sie der freien Uebereinkunft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber überlassen bleibe. Jung replicirt, daß er unter Arbeiterministerium nur eine Behörde verstehe, die überhaupt für das Wohl der Arbeiter zu sorgen habe. Er wird fast einstimmig als Candidat bestätigt. In der Sitzung vom 26. tritt Dr. Eichler, durch praktische Verwendungen seiner Freunde von der Haft befreit, zum ersten Male wieder in den Club. Mit einem langen Applaus von der Versammlung empfangen, dankt er dieser und wünscht, daß sie, so wie sie jetzt einen freigewordenen Menschen begrüße, auch bald die wahre Freiheit begrüßen möge. Hierauf empfiehlt sich Dr. Eichler zum Abgeordneten nach Frankfurt und stellt die demokratische Verfassung als die Grundidee seiner politischen Religion dar. Hr. Constant, ohne sich zum Candidaten zu empfehlen, spricht, nachdem Hr. Jung die Macht eines deutschen Kaisers in Zweifel gezogen und Hr. Dr. Eichler sich lediglich für ein deutsches Parlament erklärt hat, ebenfalls für eine

Central=Gewalt in Frankfurt. Er wünscht für Deutschland Abschaffung aller Abgaben, welche auf Landwirthschaft, Gewerbe und Handel hemmend einwirken, dagegen eine „vernünftige“ Einkommen= und Gewerbe=Steuer, Aufhebung aller Zölle auf Rohstoffe, so wie eine deutsche Kriegs=Flotte. Ferner wünsche er Abschaffung aller Privilegien, Verminderung des stehenden Heeres, inländische und überseeische Colonisation, Gemeindegesetzgebung auf Selbstverwaltung beruhend, Trennung der Schule von der Kirche, Freiheit des Gedankens in Wort und Schrift u. s. w. Hierauf entwickelte sich zwischen Hrn. Jung und Höpfner eine Discussion über das Verhältniß Preußens zu Deutschland. — Außer diesen geordneten Discussionen waren es Berichte einzelner Mitglieder des Clubs über die Vorgänge in den Wahlbezirken, welche den Club beschäftigten und unterhielten. Als in der Sitzung vom 29. wiederum derartige Berichte erstattet wurden, ereignete sich ein Zwischenfall, der sich ziemlich gefahrdrohend für den Club angekündigt hatte und der den Debatten für diese Sitzung ein frühes Ende machte. Die „Reaction“ hatte sich im Club eingefunden, und zwar in Gestalt eines Pferdeschlächters und seiner Genossen, die Miene machten, an die Stelle des auf parlamentarische Weise geführten Kampfes einen mit Fäusten und Stöcken treten zu lassen. Der folgende Abschnitt berichtet über dies „neue Attentat“ das Nähere.

Während die einzelnen Wahlcomités, jedes in seinem Kreise, thätig war, zeigte sich das des constitut. Clubs bemüht, Verbindungen mit den Bezirks= und anderen Wahlcomités einzugehen, um so viel als möglich Einheit in die vorbereitenden Wahlgeschäfte zu bringen. In der Sitzung vom 22. wurde zuerst vom Wahlcomité angekündigt, daß es sich mit Vereinen ähnlicher politischer Tendenz in Verbindung gesetzt, um Kenntniß von ihren Candidatenlisten zu erhalten und, falls diese Namen enthalten, welche vom Club ebenfalls empfohlen worden, diesen Candidaten in einem bestimmten Bezirke nach Möglichkeit die Wahl zu sichern. So habe namentlich die Bürgergesellschaft unter ihren 13 Candidaten neun, welche auch auf der vorläufigen Liste des constitut. Clubs stehen. In jenem Verein war inzwischen am 18. der Antrag eines Mitgliedes, das zugleich dem constitut. Club angehörte, discutirt worden, eine Deputation von drei Mitgliedern der Bürgergesellschaft in den constitutionellen Club zu senden, um im Verein mit diesem über die 18 Mitglieder zu den beiden constituirenden Versammlungen zu debattiren; auch die polytechnische Gesellschaft und der Handwerkerverein seien dazu eingeladen worden. Gegen diesen Antrag hatten sich mancherlei Bedenken erhoben; es wurde bemerkt, daß die „Bürgergesellschaft“ zu Bewerbern lieber praktische Männer des Gewerbes, als Geheimräthe, Präsidenten, Advocaten und Theoretiker vorschlagen würde; an dem Club wäre ferner zu tadeln, daß er sich gleichsam als unfehlbar hinstellte, keinen Widerspruch duldete und sich nur durch Filialvereine verstärken wollte.

Die Gesellschaft beschloß hierauf, ihre Bewerber selbstständig zu wählen, ging aber auf den dahin geänderten Vorschlag des Clubs ein, die Liste seiner Bewerber in ihrem Schoße entgegen zu nehmen. Am 21. stellte die Bürgergesellschaft ihre Candidatenliste fest. Durch Stimmenmehrheit wurden auf die Liste gebracht: für beide Versammlungen die HH. Professoren Kalisch, Michelet und Bürgerdeputirte Runge; für die berliner Versammlung Director Diesterweg, Justizcommissar Crelinger, Fabrikbesitzer Borsig, Stadtverordn. Berends, Fabrikant Zacharias, Bauconducteur Richter und Bäckermeister W. Hamann; für die frankfurter Versammlung Dr. Nauwerck, Präsident Lette, Otto Schomburgk und Goldschmiedgehilfe Bisky. Auch der Nationalzeitungs-Club war zum Anschluß an den constitutionellen wegen gemeinsamer Besprechung über die von den verschiedenen Comités festgestellten Candidatenlisten aufgefordert worden. Da jedoch der Nat.-Zeitungsclub von Anfang an keine Candidatenliste der Art aufzustellen und sich überhaupt jeder directen Einwirkung auf die Wahlen zu enthalten beschlossen hatte, so ging er auf jene Aufforderung nicht ein. Wiederholt erbot sich das Comité dieses Clubs in diejenigen Bezirke, wo aus einem Mangel an Gesinnung und Thatkraft der dazu berufenen Bezirksmitglieder bisher keine vorbereitenden Versammlungen stattgefunden, Deputirte aus seiner Mitte abzuordnen, um dergleichen Versammlungen zu veranstalten. Dasselbe Comité erließ am 20. einen Aufruf an die Bezirke, diejenigen Männer, die sie zu Wahlmännern erwählen wollten, im voraus zu bestimmen, daß sie vom 1. bis zum 8. Mai die Urwahlbezirke versammeln möchten, um ihnen über die Vorverhandlungen unter den Wahlmännern selbst und über die Candidaten, denen sie ihre Stimme zu geben gedenken, Bericht zu erstatten, und um „unbeschadet ihrer freien Selbstbestimmung" die Wünsche ihres Bezirks zu vernehmen. „Auf diese Weise", so schließt der Aufruf, „werden die Urwahlversammlungen nicht ohne bewußte Theilnahme an der Wahl ihrer Abgeordneten bleiben." — Das Wahlcomité des constitut. Clubs beschloß am 22., „in Rücksicht darauf, daß sich bereits eine große Anzahl vorbereitender Wahlcomités gebildet hat, das Zusammenwirken aber und die gegenseitige Verständigung dieser verschiedenen Comités im Interesse der Sache selbst auf's Dringendste zu wünschen ist", verschiedene benachbarte und befreundete Comités zu einer Besprechung einzuladen. In Folge der Einladung fand am 24. im englischen Hause eine Versammlung statt, bei der außer dem des Clubs die Comités des 13., 19., 37., 44., 52., 91. Reviers vertreten waren. „Man tauschte seine Meinungen aus über die Art, wie die einzelnen Bezirke zur Wahl vorzubereiten, wie die geeigneten Wahlmänner und Vertreter herauszufinden, über die vermuthliche künftige Wahlordnung und wie man den aus der wahrscheinlichen Zersplitterung der gegenwärtigen Wahlbezirke hervorgehenden Uebelständen möglich begegnen könne und beschloß endlich eine öffentliche Einladung an sämmtliche Wahlcomités der Stadt zu einer Versammlung

am 26. ergehen zu lassen." In dieser Versammlung waren ein und dreißig Bezirke theils durch Deputirte, theils durch selbstständige Mitglieder vertreten. Hr. Lette, als Vorsitzender, bezeichnete als die nächstliegenden Fragen folgende: Soll in den gegenwärtigen vorbereitenden Bezirksversammlungen bloß von der Wahlmänner-Wahl die Rede sein? Oder soll dabei auch die Wahl der künftigen Vertreter in's Auge gefaßt und durch Herausbildung einer gemeinsamen freien Ueberzeugung auf die schließliche Wahl selbst einzuwirken versucht werden? Die Versammlung kam zuerst darin überein, daß es keineswegs ihre Sache sei, verbindliche Beschlüsse zu fassen, womit dann der von Einzelnen angeregte Gedanke, hier eine Art von Centralwahlcomité zu bilden, beseitigt war. Im Verlauf der Debatte, an der die HH. Zacharias, Schildknecht, Director August, Dielitz, Wollheim, Stern, Woeniger, Superintendent Schultz u. A. theilnahmen, erregten besonderes Interesse die Mittheilungen von Zacharias über die Art, wie 15 Bezirke seiner Gegend (62—75. Revier) ihre Vorbereitungen zur Wahl getroffen. Es sei in ihnen eine förmliche probeweise Wahl für Wahlmänner und Abgeordnete veranstaltet worden. Die Bezirke hätten aus verschiedenen Vorschlägen und Anträgen eine Liste zusammengebracht von etwa vierzig Männern, welche sie vorzugsweise zu Abgeordneten gewählt sehen möchten; diese hätten sie alsdann vor einer großen (an 5000 Köpfe starken) Versammlung der Bezirkseinwohner nach einander auftreten und in kurzem Bekenntnisse sich über politische Ansichten, Erfahrungen, Zwecke u. s. w. aussprechen lassen. Hr. Zacharias beklagte sich bei dieser Gelegenheit über die Nachlässigkeit oder Abneigung einzelner Bezirksvorsteher, welche nicht für gut befunden hätten, die an sie gerichtete Aufforderung zur Kenntniß ihrer Bezirke zu bringen; dieselbe Klage wurde von vielen Seiten wiederholt. Bei der Abstimmung über die zuvor erwähnten Fragen entschied sich die Mehrheit gegen das Hineinziehen der Abgeordnetenfrage in das zunächst zu erledigende Wahlgeschäft. Mit großem Beifall wurde hierauf ein Antrag der HH. Woeniger und August aufgenommen, demzufolge die Bezirksversammlungen bis zur vollendeten Wahl der Abgeordneten permanent und in fortdauerndem Verkehr mit den Wahlmännern bleiben möchten.

Die große Urwählerversammlung, auf die in der eben erwähnten Gesellschaft von Bezirksdeputirten angespielt wurde, fand am 25. im Exercierhause auf dem köpnicker Felde statt. Zwanzig zur Abgeordnetenwahl für beide Parlamente designirte Candidaten legten in derselben ihr „politisches Glaubensbekenntniß" ab; unter ihnen mehrere, die bereits als Candidaten des constitut. Clubs diesem ihre Bewerbungsreden vorgetragen hatten. Die Nationalzeitung, die von den berliner Blättern überhaupt den vorbereitenden Wahlangelegenheiten die größte Aufmerksamkeit widmete, ist es allein, die über diese Versammlung berichtet. Ihre Mittheilungen enthalten Thatsächliches mit weitläufigen Raisonnements bunt durcheinander gemischt, so daß sie, wie auch die

Clubberichte desselben Blattes, weniger ein treues Referat als eine Recension — um nicht zu sagen Kritik — vom Parteistandpunkte aus liefern. Insoweit sie jedoch über die Reden und Redner Thatsächliches enthalten, geben wir in nachfolgendem Berichte diese Mittheilungen wieder, ihre Raisonnements da anschließend, wo sie für jenen Parteistandpunkt besonders charakteristisch erscheinen:

Dr. Veit erklärt sich gegen die Einführung der Sitte, ein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen und hält eine Candidatenrede, in der ein solches nicht berührt wird. („Wenn wir bei Hrn. Veit nicht die Entschiedenheit in seinem Wirken als Stadtverordneter vermißt, so würden wir ihn wegen seiner tüchtigen, vielseitigen Bildung und seines ehrenhaften Charakters unbedingt zum Deputirten empfehlen.") — Professor Dove stellt sich als Professor zweier Universitäten und zweier Gymnasien vor, „vergißt aber seiner Mitgliedschaft in der Akademie zu erwähnen, was freilich leicht ungünstige Erinnerungen erweckt hätte." — Stadtrath Duncker legt dar, wie er aus seinen bisherigen Lebensstellungen, namentlich als Magistratsmitglied, die Kenntniß der demokratischen Forderungen und Bedürfnisse sich angeeignet und wie er als Deputirter sich der festen Begründung demokratischer Institutionen befleißigen würde. Seine Ansicht, daß Deutschland ein Oberhaupt haben müsse und als solches nur der König von Preußen aufgestellt werden könne, fand „zwar" den patriotischen Beifall der Versammlung, „aber er dürfte mit derselben auf dem frankfurter Parlamente leicht in der Minorität bleiben." — Professor Kalisch will „in einer geistvollen, die Versammlung zu dem lebhaftesten Beifall hinreißenden Rede" ebenfalls demokratische Institutionen und stellt als deren Grundbedingung die Preßfreiheit und Urwahlen auf, zu denen eine selbstständige und starke Gemeindeverwaltung nicht fehlen dürfe. Unsere Magistrate hätten zu sehr mit der Büreaukratie wetteifern wollen. Dem Volke giebt er den Trost, daß die geistige Bildung sich sehr wohl mit den mechanischen Fähigkeiten verbinden lasse. — Dr. Prutz hält eine glänzende Rede, die mehr poetisch als klar, mehr rhetorische Pointen als bestimmte scharfe Gedanken bietet. „Die Sorgsamkeit für die Erhaltung der Mannigfaltigkeit in der Einheit Deutschlands streifte etwas stark an das Romantische, paßte aber zur Gesammtfärbung der Rede." — Julius Berends, „der echte Mann des Volks, dem das Kind ebenso freudig entgegenspringt, wie der Mann ihm treuherzig die Hand schüttelt", erklärt sich in einer „kräftigen" Rede für die Ausführung aller der demokratischen Institutionen, die in Aussicht gestellt werden, besonders für das Einkammersystem. Die Ausschließung der Almosenempfänger von der Ausübung politischer Rechte müsse durch Einrichtungen beseitigt werden, welche die Almosen überflüssig, ja unmöglich machten. — Präsident Lette berichtet, daß er stets die unabhängige Stellung eines richterlichen Beamten eingenommen, daß er als solcher bei der Ablösung der bäuerlichen Servitute auf dem Boden Stein's und Hardenberg's fortgewirkt und daß er über die Landgemeinde-Verfassung ein Buch geschrieben, welches noch vor Kurzem als revolutionair bezeichnet worden. („Wir wissen nicht, ob der Staatsanwalt Hr. v. Kirchmann darüber nicht befragt wurde, früher seine Pflicht versäumt zu haben, da er ein so gefährliches Buch nicht gerichtlich verfolgte; aber Hr. Lette war gewiß ganz unbesorgt gewesen. Er durfte an sein Verfahren gegen den Erzbischof Dunin und an seine gewandte Thätigkeit auf dem Verein. Landtage erinnern. Solche Dienste wurden von der alten Regierung nicht vergessen.") — Otto Schomburgk spricht „aus vollem glühenden Herzen" für die Ideen seiner Jugend, die jetzt ihrer Verwirklichung entgegenreiften. Für sie sei er zum Tode verurtheilt, für sie habe er die schönsten Jahre seines Lebens im Kerker geduldet, für sie werde er die ganze Kraft des gereiften Mannes einsetzen. Seine Rede riß die Versammlung hin, „sie gab das lebendigste Bild eines schönen Strebens." („Aber sein edler Sinn ist täuschenden Einflüssen und gewandten Persönlichkeiten zu leicht zugänglich. In Berlin würde er nicht sicher sein, von der Intrigue mißbraucht zu werden, aber in Frankfurt findet er eine geschlossene Phalanx, in die er sich fest einreihen wird.") — Geh. Revisionsrath Bauer beginnt mit der „sehr wahren" Bemerkung, daß ein preußischer Geheimrath zur Wahl eines Volksvertreters gerade keine vorzügliche Empfehlung sei; indessen könne er an sich selber nachweisen, daß es auch tüchtigen und rechtlichen Männern gelungen sei, in der preuß. Büreaukratie zu den höheren Stellungen zu gelangen. In „kräftigen" Worten und „mit einer mächtigen Stimme" schildert Hr. Bauer dann seinen Lebenslauf: Von armen Eltern geboren gelang es ihm doch, sich die Gymnasialbildung anzueignen; er trat beim Ausbruch der Freiheitskriege in das Heer, wurde Offizier in der Artillerie, bis er des Gamaschendienstes überdrüssig, sich mit der Meßkette als Conducteur sein Brot erwarb; bei der Ablösung der bäuerlichen Servitute beschäftigt, stieg er im Staatsdienst empor und wurde

endlich an seine jetzige Stellung berufen. Ueberall habe er sich seine Selbstständigkeit bewahrt, nie dem gestürzten Systeme und dessen Trägern gehuldigt, auch seine constitutionellen Gesinnungen schon vor dem 18. März unumwunden ausgesprochen. — Goldschmiedgehilfe Bisky spricht klar und bestimmt aus, was er zu leisten vermöge und leisten wolle. Er findet den lautesten Beifall. („Wir erfüllen nur eine Pflicht, wenn wir ihn den Wahlmännern auf's Angelegentlichste empfehlen.") — Nach ihm spricht Dr. Minding, „Dichter und Publicist". — Dr. Nauwerck hält eine Rede, „die zu dem Gediegensten gehört, was an jenem Tage gesprochen wurde." Das endlich im Grundsatz Errungene, sagt er, die Freiheit muß ausgebeutet, in Gesetzen und Einrichtungen ausgeprägt werden. Die Freiheit allein ist aber erst die Gesundheit, die frische Luft, die Bedingung des Lebens und Wirkens. Es bedarf auch solcher Gesetze und Einrichtungen, welche die Wohlfahrt jedes Einzelnen in der allgemeinen Wohlfahrt sichern. Zu dem Zwecke muß der Staat zunächst einen großen Theil seiner Mittel dadurch frei machen, daß er die Schaaren unnützer bürgerlicher und militairischer Beamten beseitigt. Er muß ferner die öffentlichen Lasten gerecht vertheilen. Bisher hat Jeder, je mehr er arbeitete, desto mehr Steuern zahlen müssen, und je besser Einer faullenzte, desto weniger Steuern fielen auf ihn. Künftig Jeder nach gerechtem Verhältnisse: wer am meisten hat, muß am meisten geben, wer weniger hat, giebt weniger. Ueber das Verhältniß der einzelnen Staaten zum deutschen Bunde spricht sich Hr. Nauwerck dahin aus, daß der Schwerpunkt der deutschen Nation und ihres gemeinsamen Willens stets im deutschen Parlament seinen Sitz haben müsse. — Buchdruckergehilfe Dittmann erklärt, daß ihm bei Ausübung seines Berufes freilich nicht die Zeit geblieben, solche Studien zu machen, wie viele der Männer, welche hier vor ihm gesprochen, bekundet; doch habe er sich für die Auffassung und Beurtheilung unserer Zustände Auge und Sinn offen bewahrt. „Das bewies er denn auch durch manches treffende Urtheil." — Nach ihm redet der Kaufmann Wollheim. — Staatsanwalt v. Kirchmann spricht sich auf's Entschiedenste für alle Consequenzen der constitut. Monarchie aus, insbesondere für die Schwurgerichte bei allen Vergehen und Verbrechen. In Bezug auf die sociale Frage könne er sich nicht der Täuschung hingeben, daß sie in dem Sinne gelöst werde, Armuth und Elend zu beseitigen. Die Erfahrung spreche sowohl gegen Nationalwerkstätten, wie gegen Urbarmachung wüsten Bodens. In beiden würden nur Kräfte des Nationalwohlstandes zugesetzt. Die Einheit Deutschlands erkennt Hr. v. Kirchmann als eine Nothwendigkeit an, will aber zugleich die Souverainetät der einzelnen Fürsten und Republiken in derselben gewahrt wissen. — Literat Ehrenreich Eichholz geht davon aus, daß besonders auf eine strenge Abgrenzung der Regierungs- und Volksrechte in der constituirenden Versammlung zu achten, damit der Minister-Willkür kein Zugang möglich sei. Doch besser noch als auf dem Papier stehe die Verfassung im Kopfe und Herzen des Volks. Für solche politische Bildung sei die sittliche die beste Grundlage. Darum gute Volksschulen auf Kosten des Staats. Damit aber auch alle Eltern ihre Kinder zur Schule schicken können, müsse das Recht auf Arbeit durch die Verfassung sicher gestellt werden. Dadurch müsse sich unsere Constitution von den bisher beliebten unterscheiden, wenn wir nicht einer neuen, weit blutigeren Revolution entgegen gehen wollten. Uebrigens will Hr. Eichholz alle in Aussicht gegebene Volksrechte der Art gesichert wissen, daß sie einer steten Fortentwickelung fähig blieben. — Saffian-Arbeiter Angerer stimmt dem vorigen Redner bei, ergeht sich jedoch „zu sehr" in „principlosen" Klagen über die Arbeitgeber. — Student Arnold, welcher sich ohne Vorschlag auf die Candidatenliste für Frankfurt hatte setzen lassen, erwähnt zunächst, daß er in seiner Jugend ein Handwerk erlernt, dann zu den Wissenschaften getrieben, Theologie studirt habe und sich jetzt der Philosophie widme. In „edler schwungvoller" Sprache entwickelt er die Aufgabe des deutschen Parlaments, welches nach allen Richtungen hin die Einheit Deutschlands festzustellen habe. Diese Einheit solle sich in einer republikanischen Form bewegen, kein Fürst dieselbe repräsentiren. — Goldarbeiter Hampe versichert, durch seine Einsicht in die Gewerbeverhältnisse ersprießlich wirken zu wollen, wenn ihm die Ehre eines Deputirten zu Theil werde. — Rendant Lemcke erklärt mit wenigen Worten, daß er in politischen Fragen nicht stark bewandert sei, aber seine Kräfte gern dem allgemeinen Besten widme.

Den meisten dieser Redner macht es die Nat.-Zeit. zum Vorwurfe, daß sie sich zu viel mit ihrer Persönlichkeit aufgehalten und zu allgemein über ihre politischen Ueberzeugungen und Intentionen ausgesprochen haben. Nur die HH. Duncker, Berends, Bisky, Nauwerck, v. Kirchmann und Eichholz hätten mit größerer Bestimmtheit ihren politischen Standpunkt bezeichnet. Den „leb-

haftesten" Beifall der Versammlung aber fanden die HH. Bauer, Kalisch, Schomburgk und Wollheim. Nachdem die Versammlung die oben genannten Redner angehört, vertagte sie sich bis zum nächsten Sonntag, dem 30. Morgens 7 Uhr, um die weiter vorgeschlagenen Candidaten ihe Bekenntnisse ablegen zu lassen. Der folgende Bericht über die in dieser Versammlung vom 30. gehaltenen Reden ist ebenfalls der Nat.-Zeit. entnommen:

Professor Friedrich v. Raumer will nichts über sich sprechen, aber Thatsachen erzählen, aus denen die Versammlung würde beurtheilen können, wie er zu handeln gepflegt. Er stehe jetzt seit 47 Jahren auf verschiedenen Gebieten in einer öffentlichen Thätigkeit, in den ersten 10 Jahren derselben habe er als Regierungsbeamter gearbeitet, zuletzt unmittelbar unter dem Fürsten Hardenberg, dann sei er als Universitätslehrer aufgetreten und habe in dieser Zeit viermal Italien, viermal Frankreich, viermal England besucht, um die Zustände dieser Länder aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Aber überzeugt, daß der Fortschritt der Menschheit nicht mehr von Europa allein abhänge, sei er auch nach Amerika gegangen; die Resultate seiner dortigen Beobachtungen und Erfahrungen habe er in einem besonderen Werke niedergelegt. Er kommt dann auf seinen Staatsdienst zurück, der in die Zeit der großen Reformen Preußens fällt. Damals habe man auch die Einsetzung eines Censurgerichts beabsichtigt, aber in der Form eines Schwurgerichts aus unabhängigen Personen. Er sei in das Gericht berufen worden, als er aber gesehen, daß dasselbe zu einer Polizeistelle herabgedrückt werden sollte, sei er ausgeschieden. Die Gründe dieses Ausscheidens habe er nicht verhehlt und sei er wegen derselben zur Untersuchung gezogen worden. Zwar habe man ihn nicht bestrafen, wohl aber seine Wahl zum Rector der Universität cassiren, d. h. ihm eine Geldsumme von 2000 Thalern nehmen können. Wenn ihn in neuerer Zeit eine in der Akademie von ihm gehaltene Rede zum Austritt aus derselben veranlaßt und zugleich in materielle Verluste gebracht, so knüpfe sich daran doch das Vertrauen seiner Mitbürger, welches ihn in die Stadtverordneten-Versammlung berufen und dem er es auch verdanke, hier zu stehen. Gegen die Ablegung eines Glaubensbekenntnisses erklärt sich Hr. v. R. besonders aus dem Grunde, weil die Meinung, welche man habe, sich erst durch die Debatte der Versammlung zu einer Ueberzeugung gestalten müsse. Doch wolle er bemerken: wir haben drei politische Parteien; die erste halte die Pferde vor dem Wagen gefährlich und den Hemmschuh für weit besser, die zweite halte es für rathsam, Rad zu schlagen; aber man müsse den Kopf oben und die Füße unten behalten; die dritte, zu welcher er gehöre, halte fest, daß es ohne Gesetzlichkeit keine Freiheit und ohne Ordnung keine Wohlfahrt gebe.*) — Geh. Revisionsrath Jonas will nichts von seiner Person sagen, weil er für diese nichts von seinen Wählern verlange. Im Allgemeinen tritt er Dem bei, was Hr. v. Raumer über die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses gesagt habe, doch ließen sich die Grundzüge politischer Ueberzeugungen wohl ziehen. Wenn indessen jetzt Jeder sich für das constitutionelle Königthum erkläre, so werde dasselbe doch in verschiedener Weise aufgefaßt. Die Einen wollten nur die constitutionelle Form, um in derselben das alte Wesen festzuhalten; die Anderen betrachten sie nur als Durchgangspunkt zur Republik. Die Verfolgung beider Tendenzen führe zum Bürgerkriege. Er wolle ein festes, dauerndes Königthum, unter dem sich alle Freiheit sicher entwickeln könne. Wenn die bisherigen constitutionellen Monarchieen das nicht gewährt, so habe es nicht an der Form, sondern an den Leuten gelegen. Was die Arbeiterfrage betreffe, so müsse Jeder, der im Schweiße seines Angesichts arbeite, auch sein Brot finden, aber nicht durch eine Verfassungsform könne dieselbe gelöst werden, sondern durch Leben und That. Freiheit der Gemeinde, die Selbstregierung in ihr. („Hr. Jonas ist bekannt als ein Mann von tüchtigem Charakter und kräftigem Geiste, der zu den entschlossensten Kämpfern gegen die Reaction gehören würde" u. s. w.) — Dr. Gercke, Gymnasiallehrer, bekennt, daß er keine politische Vergangenheit habe, weil es ihm an Gelegenheit gefehlt, seine Gesinnung durch die That zu bewähren. Solche Männer aber, denen das vergönnt gewesen, müßten gewählt werden. Deshalb folge er jetzt nur dem Rufe seines Be-

*) Schon früher sah sich Hr. v. Raumer durch „schriftliche und mündliche Anfragen" veranlaßt, öffentlich (Spen. Zeit. 20. Ap.) zu erklären: daß sein wissenschaftliches, kirchliches und politisches Glaubensbekenntniß enthalten sei in seinem Buche über die Verein. Staaten von Nordamerika, in seiner akademischen Rede vom 28. Januar 1847 und in einer Schrift, welche er unter dem Titel Spreu vor vier Monaten herausgegeben habe.

zirks, wenn er hier auftrete, hofft aber, von dem Vertrauen seiner Mitbürger angeregt, sich eine politische Zukunft zu gründen. Wenn gegen die Ablegung eines Glaubensbekenntnisses gesprochen, so sei er anderer Meinung; es konnten allerdings politische Grundsätze aufgestellt werden, die als unerschütterlich gelten müßten. Der Deputirte müsse darauf achten, daß von den verheißenen Freiheiten nichts verkümmert werde, er müsse besonders auch achten auf die Fassung der Constitutionsbestimmungen, denn die Reaction werde verdeckt kämpfen, die Form zu benutzen suchen. Festzuhalten seien durchaus die Schwurgerichte, das Recht der Volksversammlungen und die directen Wahlen. Die Verfassung dürfe nicht gegeben werden, sondern müsse aus dem Volke hervorwachsen. In der Arbeiterfrage schließt sich Hr. G. an Jonas an, hofft aber durch gute Schulen die Hebung des Arbeiters. — Kaufmann Zacharias theilt nicht die Ansicht, daß die Darlegung einer politischen Ueberzeugung von Seiten des Candidaten überflüssig sei. Die alten Stadtverordneten wären freilich bei der gesetzlichsten Schweigsamkeit gewählt worden, aber jetzt müsse Jeder wissen und auch aussprechen, wie er dem Lande nützlich zu sein glaube. Er verlange außer den in Aussicht gestellten Punkten für die Volksvertreter das Recht, Gesetze vorzuschlagen, ferner das unverkümmerte Recht der Volksversammlungen, wenn man auch Gefahren von denselben fürchte: er sehe keine; dann Befreiung der Volksschulen von den Fesseln der Geistlichkeit, endlich organische Gesetze für die Regelung der Arbeiter-Verhältnisse. („Hr. Zacharias hat schon seit Jahren durch seine eben so besonnene als eifrige Thätigkeit für die Volksinteressen das Vertrauen seiner Mitbürger gewonnen. Wir glauben ihn zu den Wenigen zählen zu dürfen, deren Wahl für die preußische Nationalversammlung uns unzweifelhaft dünkt.") — Professor Agathon Benary erklärt, daß er als Lehrer an der Universität und am Gymnasium die Freiheit zur Grundlage seines Wirkens gemacht und bestrebt gewesen sei, den Sinn für staatliches Leben in der Jugend zu wecken. Die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses sei zwar schwierig, aber nothwendig. Er stelle Fortschritt und Wohlfahrt oben an. Selbst wenn die gegebenen Versprechungen gehalten würden, dürfen wir doch nicht stillstehen. Führt uns dann ein vernünftiger und gesetzmäßiger Fortschritt zu einer Verfassung, deren Namen jetzt noch Viele verabscheuen, so fürchte er auch eine solche nicht. Wie in politischer, verlange er auch in religiöser Freiheit den Fortschritt; es werde dahin kommen, daß die Religion Sache des Privatmannes werde. In Bezug auf die Arbeiterfrage hält Hr. B. zwar den Staat für verpflichtet, Jedem Arbeit zu gewähren; aber es ständen uns Mittel genug zu Gebote, die Schwierigkeiten der Arbeiterverhältnisse zu überwinden. Das werde um so gewisser geschehen, wenn man festhalte, daß es in constitutionellen Monarchieen nur das Volk und nichts als das Volk gebe, daß auch König und Regierung zum Volke gehören und nichts als das Volk sei. Für das Volk aber verlange er Brot und Bildung bis in die untersten Stände hinein. — Esser, Geheimer Justizrath am rheinischen Cassationshofe, hat seine Jugend auf dem linken Rheinufer als Republikaner verlebt. Mit Widerwillen sah er die Usurpation Napoleons und seine Sympathieen für die Republik führten ihn auf die Festung Ham. Die Freiheitskriege sahen ihn als Führer einer deutschen Freischaar, bis er durch die Alliirten an die Spitze der Organisation der Landwehr gestellt wurde. Als die Rheinlande an Preußen fielen, trat er in den Justizdienst. Die rheinischen Gesetzbücher ruhen auf constitutioneller Grundlage und den Principien dieser ist er somit auch nicht im Staatsdienst untreu geworden. Dennoch wird er auch nach wie vor den Barrikaden des 18. März der Büreaukratie kräftig entgegentreten. — Dr. J. Waldeck, Arzt, äußert sich über die Ablegung eines Glaubensbekenntnisses dahin, daß Derjenige, welcher entschieden wisse, was er will, es auch aussprechen könne. Den Grundzügen der Constitution, die schon von Vorrednern bestimmt und klar dargelegt worden, schließe er sich an mit dem Grundsatze: „Alles für und Alles durch das Volk!" Er fordere directe Wahlen, nicht bloß weil diese den Willen des Volkes reiner darlegten, sondern weil sie auch ein großes politisches Bildungsmittel seien. Er fordere eine Kammer, weil uns alle Bedingungen für eine zweite fehlten: in unserem Bewußtsein gebe es keine Vorzüge des Adels mehr, kein Stand repräsentire mehr eine besondere Intelligenz, noch die Macht eines großen Reichthums. Er fordere die Ausbildung und Befestigung des Instituts der Bürgerwehr, als des einzigen Mittels die politischen Errungenschaften zu behaupten. Ferner müsse die Constitution die Arbeit sicher stellen, müssen Gesetze die Verhältnisse der Arbeiter befriedigend regeln. Zur Lösung dieser wichtigsten socialen Frage werde am wesentlichsten eine tüchtige Bildung der Arbeiter beitragen. Deshalb fordere er den Unterricht durchweg auf Kosten des Staats: so lange das fehle, sei von einer gleichen Berechtigung Aller nicht die Rede. („Hr. Waldeck verbindet mit eindringender Schärfe und Klarheit des Verstandes eine große Kraft der Beredtsamkeit; offene, ehrenhafte Gesinnung hat er in allen Verhältnissen bewährt; sein politischer Charakter hat ihn in früheren Zeiten manchen polizeilichen Neckereien ausgesetzt; und so können wir

seiner Candidatur nur den glücklichsten Erfolg wünschen.") — Dr. Wöniger, der sich selbst zur Candidatur gemeldet, hält wenig von einem politischen Glaubensbekenntnisse: er könne nicht im voraus wissen, was er in den einzelnen Fällen thun werde; nur allgemeine Grundsätze könne er haben und diese müssen mehr durch die Vergangenheit als durch das Wort documentirt werden. Er habe nicht erst, wie viele Andere, die sich jetzt constitutionell nennen, nach dem 18. März dem neuen Princip gehuldigt, sondern durch die Presse und durch die That stets für dasselbe gewirkt. Das Princip der Freiheit beginne mit der des Individuums und müsse sich in die Gemeinde hinein fortsetzen, um im Staat zur Geltung zu kommen. Weil er dem Grundsatze des vorigen Redners: „Alles für und Alles durch das Volk" beistimme, fordere auch er directe Wahlen. Er entwickelt ferner die Nothwendigkeit, daß die Arbeit neben dem Besitz und Capital zur vollen Anerkennung komme und verlangt organisirende Gesetze für dieselbe. — Baumeister Richter hofft, daß Redlichkeit, Fleiß und Treue eine feste Verbrüderung des ganzen deutschen Volks herbeiführen werde; aber er will dabei ein Preuße bleiben. Er will sein Vaterland lieben und ehren, und in demselben soll das Königshaus geehrt werden und Gehorsam finden. Er will nur das Königthum und für die Constitution nicht die breiteste, sondern die festeste Grundlage. — Landwirth Schönemann spricht sich im Sinne seines vorher erwähnten Glaubensbekenntnisses aus. — Barbier Winter redet über Arbeitslohne und schlägt als ein Mittel besser zu stellen, ohne den Arbeitgeber zu belasten, vor, daß der Thaler statt zu 30 zu 40 Groschen gerechnet werde, was einige Heiterkeit in der Versammlung erregt. — Buchhändler Förstner findet die Befähigung zum Deputirten in der Entwickelung zum scharfen Denken, mit dem das Talent der gewandten Rede und die Kraft des Handelns gepaart sein müsse. Für den Deputirten zum deutschen Parlament fordert er die Verläugnung seiner besonderen Stellung. Dennoch sei zu bewahren was wir haben — die Selbstständigkeit. Diese werde in Frankfurt stark angegriffen werden und kleine Opfer müßten auch gebracht werden für den großen Zweck. Die sociale Frage will Hr. Förstner besonders durch eine entsprechende Handelsgesetzgebung gelöst wissen. — Baumeister Mertens („rühmlichst bekannt durch sein festes und entschiedenes Auftreten als Stadtverordneter") will eine constitutionelle Monarchie, in welcher sich der Volkswille am lebendigsten verkörpert. Deshalb müsse die gesetzgebende Gewalt in den Händen der Volksrepräsentation liegen. Damit diese wahrhaft sei, fordert er directe Wahlen und Wählbarkeit aller Großjährigen. Die Minister seien verantwortlich; der Krone werde der Einfluß auf die Gesetzgebung durch ein dreimaliges Veto gesichert. Dagegen müsse dem Volke das Recht, die Steuern zu bewilligen und zu verweigern, zustehen. Nur eine zweckmäßige Theilung der Gewalten sichere die Zukunft und bewahre vor blutiger Anarchie. — Secretair Wegner vertheidigt die Beamten gegen ungemessene Anklagen. Er will übrigens die gegebenen Zusicherungen auf Volksrechte mit aller Energie festgestellt und erhalten sehen. Dafür werde am meisten gesorgt werden, wenn man auf den moralischen Werth der Deputirten sehe. — Bon kündigt sich als Färbergesellen an, wiewohl er nicht ein, sondern dreißig Gewerbe verstehe. Er freut sich „in lebendigen und kräftigen Worten" des neu erblühten Volkslebens, dankt für die Ehre, hierher berufen zu sein, verzichtet aber auf die Wahl zum Deputirten.

Das öffentliche Auftreten der Candidaten in ihren Programmen und Wahlreden forderte das öffentliche Urtheil heraus. Dieses richtet sich zumeist gegen die neuen Männer der Politik. — „Preußens Held" ist ein kleiner Artikel von Hugo v. Hasenkamp (Nat.-Z. 20. Ap.) betitelt, in welchem dem ersten Bewerber für das deutsche Parlament, Hrn. Held, die literarische Thatsache in's Gedächtniß zurückgerufen wird, daß Derselbe im Jahre 1841 eine Schrift: „Preußens Helden" herausgegeben, die „Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen, dem erhabenen Freunde der Soldaten, in Verehrung und Unterthänigkeit gewidmet" ist. Derselbe Umstand, der allerdings jetzt nicht sehr zur Empfehlung gereichen mochte, wurde übrigens wiederholt im Laufe des Sommers zur Verdächtigung der politischen Gesinnungen Helds benutzt, als dieser durch eine andere Candidatur den Blick der hauptstädtischen Bevölkerung auf sich gerichtet hatte. — Die meisten Widersacher fand Hr. Jung und sein

Glaubensbekenntniß. „Hr. Jung", heißt es in einem Inserate des Assessors Ulrich, „glaubt mit Recht an die edle Natur unseres Volkes, aber er wird auch wissen, daß jede edle Natur der Leidenschaft fähig ist und daß die Leidenschaft von unedlen Naturen für unedle Zwecke mißbraucht werden kann. Dagegen muß sich das Volk eine Schutzwehr bauen. Eine solche ist eine unabhängige erste Kammer ꝛc." (Voss. Z. 19. Ap.) Directer äußert sich ein v. S. unterzeichneter Artikel (Nat.-Zeit. 20. Ap.): „Es kommt überall mehr auf die Handlungen eines Menschen, als auf seine Worte an. . . Hr. Jung hat von dem Augenblicke, wo er an dem Grabe der Gefallenen aufgetreten ist und sich dann auf's Gerathewohl auf den Wogen der Revolution eingeschifft hat, bewiesen, daß es ihm an praktischer Tüchtigkeit, politischem Takte, Bewußtsein seines Ziels und der Mittel dazu vollkommen mangelt." Der Gegner sucht diese Behauptung durch Jung's Betheiligung an dem „fast wahnsinnigen" Unternehmen einer Massendemonstration für directe Wahlen zu beweisen; inzwischen hatte Hr. Jung bereits seine Nichtbetheiligung öffentlich erklärt. Mit Bezug auf Jung's Forderung einer Kammer, als alleinigen gesetzgebenden Organes bemerkt ein Hr. v. Tempelhoff (V. Z. 21. Ap.): „Es wäre offener und folglich ehrenvoller gewesen, wenn Hr. Jung sich in seinem Glaubensbekenntnisse unverholen als Republikaner bezeichnet hätte, obwohl ihm nicht zugemuthet werden soll, die Träume zu veröffentlichen, welche er dabei vermuthlich in Betreff seiner eigenen werthen Person hegt. Hiernach wird Jedermann, der nicht die Chimäre einer Republik im Auge hat, Hrn. Jung nicht allein seine Stimme zum Abgeordneten bei der constituirenden Versammlung versagen, sondern ihm auch jeden Einfluß bei den bevorstehenden Wahlen nach Kräften schmälern." Unter allerhand verunglimpfenden Redensarten erklärt dasselbe der Justizcommissar und Notar Dreckschmidt: „Der gesunde Sinn der braven, deutsch gesinnten Märker wird die ihnen von Hrn. Jung gemachte grobe Schmeichelei gehörig zu würdigen wissen, denn derselbe läßt sie nicht glauben, daß sie die alleinigen Vertreter des preußischen, des deutschen Volkes sind. Was Hr. Jung sagt, ist meistens unklar, jedoch ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß er eine Republik will. Er übersieht aber dabei, daß die besten, die gelehrtesten deutschen Männer und zugleich die aufrichtigsten Vaterlandsfreunde die constitutionelle erbliche Monarchie der Republik vorziehen. Entweder weiß Hr. Jung nicht was er will, oder er hat sich absichtlich nicht klar und bestimmt ausgedrückt. Im ersteren Falle ist er unfähig, im letzteren unwürdig, das preußische Volk zu vertreten." Kurz und mit einigen Pointen antwortete Hr. Jung den beiden letzten Gegnern. — Gegen Hrn. Glaßbrenner und den Inhalt seines oben mitgetheilten Programms wird von dem Assessor Ulrich geltend gemacht, daß wer für die Vergangenheit nur Worte der Schmach habe, „kein Patriot und ein schlechter Apostel der Zukunft" sei. (V. Z. 23. Ap.) Höhnisch bemerkt ferner die Reform: „Welch' ein vortreffliches Programm, ganz unsere

glorreiche altdeutsche Vorzeit, und die Reaction dahin führt über Glaßbrenners Leiche!" Nach demselben Blatte scheine dieser Candidat ebensoviel guten Willen als Mangel an klaren Vorstellungen von Fortschritt und Rückschritt zu haben. — Zu den Candidaten für Berlin oder Frankfurt gehörte auch der Professor Lohbauer, ein aus den dreißiger Jahren als liberaler bekannter süddeutscher Publicist. Ein Flugblatt „an die Herren Wähler für Frankfurt und Berlin" spricht die Ansichten dieses Candidaten aus. Auf ihn richtete die Aufmerksamkeit Hr. F. A. Zacharias, der durch die öffentlichen Blätter mittheilte, daß in einer Vorversammlung der Urwähler des potsdamer Thorbezirks zur Empfehlung des Hrn. Lohbauer von dem Assessor Wentzel angeführt worden: Jener wäre zur Gründung einer deutschen Zeitung von den früheren Ministern Bodelschwingh und Thiele im Jahre 1846 nach Berlin berufen, was Hr. Lohbauer mit dem Hinzufügen bestätigt habe, daß diese Berufung auch vom Minister Eichhorn ausgegangen sei. In seiner „Abwehr einer Verdächtigung" (B. Z. 27. Ap.) verweist hierauf der Angegriffene auf das vorhin erwähnte Flugblatt, welches Zeugniß gebe, daß er den Constitutionalismus beim früheren Ministerium vertreten habe. „Nur die Hoffnung", erklärt Hr. L., „die preußische Regierung wende sich dem constitutionellen Principe rechtzeitig noch zu, veranlaßte mich, meinen Lehrstuhl an der Universität Bern zu verlassen und hierher zu kommen. Mein Programm für die deutsche Zeitung wurde von den Ministern nicht angenommen, die Zeitung erschien nicht; mir wurde aber auch die ministerielle schriftliche Zusage der Anstellung im Staatsdienste nicht erfüllt, sondern der stipulirte Gehalt als Wartegeld nachgezahlt. Ich bewahrte in einer höchst peinlichen Lage ein unbeflecktes Gewissen und darf sagen, daß ich hier in Berlin mehr für die Güter, die wir nun besitzen, gelitten habe als in Stuttgart von 1830—32, wo ich bis zu meiner Flucht ein gegen die damalige würtembergische Regierung und den Bundestag zur Rettung des Constitutionalismus und zur Erringung deutscher Einheit gerichtetes Journal redigirte, in naher brüderlicher Beziehung mit Männern, die nun zum Theil das neue würtembergische Ministerium bilden." Auch der Angreifer versäumte nicht, öffentlich zu erklären, daß er nach der ihm von Hrn. Lohbauer gestatteten Einsicht der auf sein Verhältniß zum vorigen Ministerium bezüglichen Papiere die Ueberzeugung erlangt habe, daß derselbe zur Gründung einer deutschen Zeitung zwar hierherberufen, den Absichten jenes Ministeriums aber zu entsprechen sich nicht herbeigelassen, sondern durch seine schriftlichen Erklärungen das feste Bewahren seiner früheren freisinnigen Ansichten für die Sache des Constitutionalismus entschieden bekundet habe. — Zeit und Gelegenheit waren der Aufdeckung von Persönlichkeiten, den hieraus hervorgehenden discreten und indiscreten Enthüllungen, persönlichen Diatriben mehr oder minder gehässiger Art überhaupt sehr günstig — eine Erscheinung, die besonders charakteristisch in den mitgetheilten Verhandlungen des constitut. Clubs über die Candidatur-Angele-

genheiten hervortritt. Was hier nicht vollständig erledigt wurde, setzte sich außerhalb des Clubs in der Presse fort. Jener Club hatte seinen Sprecher, Hrn. Crelinger, als einen der Ersten auf die Candidatenliste gebracht. Doch schon am 24. erklärte Hr. Crelinger durch die öffentlichen Blätter, daß er in keiner Weise gesonnen sei, sich unter die Zahl der zur preußischen oder deutschen Versammlung zu berufenden Deputirten aufnehmen zu lassen und jede etwa auf ihn fallende Wahl ablehnen werde. Diese Erklärung, als deren Grund der Wunsch angegeben war, daß durch eine solche, später abzulehnende Wahl nicht das so wichtige und dringende Geschäft der Wahlen verzögert werde, hinderte nicht, daß eine Thatsache aus langer Vergangenheit als „Makel aus früherer Amtsführung" wiederholt durch die Presse angedeutet wurde, wie dies in Folge der Crelingerschen Erklärung durch eine „bescheidene Anfrage" von Zwirner, „im Sinne vieler redlichen Volksfreunde" geschah; ja ein wenig zweideutiges Inserat „mehrerer Mitglieder des constitut. Clubs" läßt „die Erklärung des allverehrten Mannes" bedauern, da die Befürchtung nicht unterdrückt werden könne, die gegen ihn im Club gerichteten hämischen Angriffe, „daß er in seinen früheren amtlichen Verhältnissen degradirt und eigennütziger Vergehen verdächtig gewesen sei", hätten ihn zu seinem unerwünschten Beschlusse, von einer Bewerbung abzustehen, bewogen. Das letzte Aktenstück in dieser Angelegenheit war eine durch die berliner Zeitungen veröffentlichte Ehrenerklärung für Hrn. Crelinger, in welcher das Vorsteher-Amt der königsberger Kaufmannschaft so wie viele angesehene Bewohner Königsbergs bezeugten, daß Hr. Crelinger während einer vieljährigen Wirksamkeit in dieser Stadt sich ihre „ganze Hochachtung" durch die Rechtlichkeit und Aufopferung erworben, mit denen er sich der Ausübung seiner Pflichten in einem ausgedehnten Wirkungskreise unterzogen habe. — Auch der Professor Jacobi, dessen Persönlichkeit und „Antecedentien" mehr als hinreichend bereits im constitut. Club ausgebeutet schienen, erfuhr noch außerhalb desselben eine persönliche Opposition. Er hatte bei den ihm abgedrungenen Rechtfertigungsreden im Club am 27. u. a. geäußert: „Ich bin zwar jetzt zum ersten Mal genöthigt, mich zu vertheidigen, nicht aber bin ich jetzt zum ersten Mal denunciirt. Das hat früher schon der bekannte Hr. v. Derschau in Königsberg gethan. . . Vielleicht ist er selbst hier anwesend." Und als hierauf eine Stimme aus der Versammlung erwiderte: „Hier bin ich. Das ist nicht wahr" fuhr er fort: „Hr. v. Derschau ist sonst ein ehrenwerther Mann, nur vertieft er sich zuweilen in besondere Richtungen." Der hier genannte Name gehörte einem Manne an, der früher Universitäts-Richter in Königsberg, seiner Stellung im Jahre 1837 auf die Anträge des dortigen Senats enthoben wurde, und später als Privatmann in Berlin lebte. Hr. v. Derschau gab gegen die ihn betreffenden Aeußerungen Jacobi's alsbald eine Erklärung (in der Clubzeitung) ab, worin es heißt: „Nicht ich, wie Jacobi fälschlich angegeben, bin gegen ihn, sondern er, im Verein mit dem akademi-

schen Senat, ist als Denunciant gegen mich aufgetreten. Nur in Folge dessen habe ich, mich vertheidigend, hervorgehoben, daß man mich in meinem Amte nicht dulden wolle, weil ich nicht gelitten, daß die in den Einzelnen auftauchende Gesetzlosigkeit, Willkür, Parteilichkeit, Nichtswürdigkeit, Schwäche und fast systematische Untergrabung der Ordnung dort das Regiment zu führen bekomme." Indem er sodann seine Tendenz, gesetzliche Uebelstände nur auf geordneten Wegen beseitigen zu helfen, der damaligen Jacobi'schen „dreisten oder sonst wie geschärften Opposition gegen bestehende Gesetze, Ordnung u. dgl." entgegenstellt, begegnet er der ihm gemachten Ehrenerklärung mit der Bemerkung: „Das übrigens in jener Versammlung vom Prof. Jacobi mir beigelegte Prädicat eines auch von ihm sonst gerne anerkannten Ehrenmannes, der sich nur in allerhand Dinge zuweilen vertiefte, habe ich ihm — aus meiner dort amtlichen Wahrnehmung — nicht so unbedingt beilegen können." Uebrigens verspricht er noch in einer besonderen Brochüre Jacobi's Behauptung zu widerlegen. — Die mit Bezug auf „Antecedentien" am Tiefsten eingehende Opposition wurde dem durch den constitutionellen Club als Candidaten aufgestellten Präsidenten Lette von dem Schriftsteller L. Buhl bereitet. Dieser hebt in einem Artikel: „Der Geh. Reg.-Rath Lette und der constitut. Club" (Zeit. H. 3. Mai) die Thatsache hervor, daß Hr. Lette auf dem ersten Verein. Landtage als der officielle Vertheidiger des Gesetzentwurfes betreffend die Abschätzung der bäuerlichen Grundstücke aufgetreten sei, eines Gesetzentwurfes, der so offen dem Principe der Freiheit und der bürgerlichen Gleichheit widersprochen habe, daß er sogar von dieser Versammlung verworfen worden wäre. Zur Vertheidigung des Hrn. Lette entgegnete hierauf zunächst Hr. B. Brunckow, von jener Thatsache absehend, daß Hr. Lette seine frühere einflußreiche Stellung im Ministerium dazu benutzt habe, die Rechte der früher Vernachlässigten, Zurückgesetzten auf's Wärmste zu verfechten, daß er, mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der untersten Schichten der Gesellschaft auf's Genaueste bekannt, für deren Wohl von dem wärmsten Interesse stets beseelt, der Gründer von landwirthschaftlichen Vereinen gewesen sei u. dgl. „Nie konnte wohl", bemerkt schließlich der Vertheidiger, „ein würdigerer Candidat gewählt werden, dessen unendliche Anspruchslosigkeit vielleicht die Schuld trägt, daß sein Wirken nicht überall in allen Kreisen so bekannt und es nur möglich wurde, den leisesten Zweifel gegen seine Gesinnungstüchtigkeit zu erheben." Hr. Lette selbst nahm sodann in einer „Berichtigung" (Zeit.-H. 7. Mai) das Wort für den von ihm erwähnten Gesetzentwurf, den er als einen solchen bezeichnete, welcher, nachdem die Regierung die früheren reactionären Tendenzen völlig verlassen, in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Minorität der Provincial-Landtage von 1841 redigirt, frühere Beschränkungen aufgehoben habe und den er mit Ueberzeugung vertheidigt, obwohl er auf denselben weniger Werth gelegt habe, weil er „nur ein kleines Stück der nothwendigen Maßregeln einer Veränderung unseres Vor-

mundschaftsrechtes und der Einführung einer auf freier Selbstverwaltung und autonomischer Bestimmung ruhenden Landgemeinde-Ordnung" gewesen sei. Hierbei bemerkt Hr. Lette: „In der Ausführung der Landesculturgesetze erzogen und durch die Bekanntschaft mit den ländlichen Zuständen in der Ueberzeugung bestärkt, daß sich der Bauernstand, obwohl anfangs unter oft ungünstigen Umständen während einer stets schwierigen Uebergangsperiode, dennoch hauptsächlich durch die ihm gewährte Freiheit des Grundeigenthums gekräftigt habe, glaubte ich meine Pflicht gegen das Land am besten dadurch zu erfüllen, daß den ursprünglichen Grundsätzen der Landescultur-Gesetzgebung und deren weiterer Ausführung und Vollendung wiederum ein unzweifelhafter Sieg verschafft werde." Durch die Lette'schen Ausführungen hielt Hr. Buhl seinen Angriff keineswegs für zurückgeschlagen. „Hr. Lette", sagt er in seiner „Abfertigung" (Z.-H. 12. Mai) „glaubt seinen Liberalismus über allen Zweifel zu erheben, wenn er anführt, daß er für die Aufhebung einer Beschränkung gesprochen. Das ist gerade so, als ob ein Vertheidiger der Sklaverei seinen Liberalismus damit begründen wollte, daß er immer für die Aufhebung der Beschränkung der Sklaverei gesprochen hätte."

Die offiellen Vorbereitungen zu dem ersten Wahlakte vom 1. Mai schlossen mit einigen Anordnungen, über welche in der Stadtverordneten-Sitzung vom 27. Bericht erstattet wurde:

Auf den Antrag der Stadtverordneten hat der Magistrat genehmigt, daß an dem bevorstehenden ersten Wahltage sämmtliche Wachen von Bürgerwehrmännern unter 24 Jahr von den Mannschaften der fliegenden Corps, der Studenten, Künstler, des Handwerkervereins &c. besetzt werden sollen, um der stimmberechtigten Bürgerwehrmannschaft die Theilnahme am Wahlakte zu gestatten. — Auf die Anfrage des Stadtverordneten v. Raumer, ob nicht darüber in der Versammlung eine Einigung und gegenseitiger Austausch der Ideen wünschenswerth sei, um in allen Wahlbezirken theils die sehr schwierige Wahl zu erleichtern, theils sie gleichmäßig festzustellen, ob es rathsam sei, wie in vielen Bezirken geschehen, aus den vorgeschlagenen Candidaten eine engere Candidatenliste ohne zu befürchtenden Nachtheil für die auf derselben nicht mit Aufgeführten zu gestatten, ob dieser Weg überhaupt gesetzlich sei, und wie der zu bestimmende Protokollführer zu informiren, wurde entgegnet, daß der Stadtsyndicus Möwes am Sonntag dem 30. früh die sämmtlichen ernannten Magistratscommissarien für die Wahl zur näheren Information zu einer Conferenz versammeln werde, daß die Protokolle übrigens nach gedruckten Schemas geführt werden würden, und was die Candidatenliste anbelangt, so könne darüber keine Bestimmung erlassen werden, vielmehr müsse dies, da alles gestattet sei, was das Gesetz nicht geradehin verbietet, der freien Einigung der Bezirke überlassen bleiben, die übrigens durchaus an keine Candidatenliste bei der definitiven Wahl gebunden seien. — Am Wahltage selbst wird bei jedem Local noch ein zweites für die nur zum deutschen Bundestage stimmberechtigten Wähler reservirt sein, damit dieselbe nach der für Preußen geschehenen Wahl sofort an der weiteren Wahl theilnehmen können.

Durch eine in der „Gesetzsammlung" enthaltene königliche Ordre vom 24. war überdies festgestellt worden, „daß auf den 1. Mai hinsichtlich der Vornahme von Rechtsgeschäften, so wie der Amtshandlungen der Behörden und einzelnen Beamten, die in den bürgerlichen Gesetzen für Sonn- und Festtage gegebenen Bestimmungen angewendet werden sollen."

X. Auswärtige politische und heimische polizeiliche Ereignisse in der Osterwoche. — Fortgesetzte Mißhelligkeiten zwischen Arbeitgebern und Gehilfen; große Demonstration der Buchdrucker und Schriftsetzer; die Pressen feiern. — Widerstand gegen polizeiliche und bürgerliche Reaction.

Blutige Spuren bezeichneten das Erscheinen des Osterfestes an verschiedenen Punkten rechtmäßigen und bezweifelten deutschen Gebietes. In Schleswig ein entschiedener Schlag der preußischen Truppen gegen Dänemark; in Baden wiederholte Siege der regelmäßigen Bundestruppen über die republikanischen Freischaaren; im Posenschen kleinere Gefechte zwischen preußischem Militair und polnischen Insurgentenhaufen. Berlin war durch die Wahlbewegung nicht so ganz eingenommen, daß es nicht auch sein lebendiges Interesse an jenen auswärtigen Ereignissen hätte äußern können. Gering schien freilich die Theilnahme der Hauptstadt an Dem, was in Süddeutschland vorging, um, wie sich Hr. v. Vincke auf dem Landtage ausdrückte, „um uns die Republik mit gewaffneter Hand zu bringen.“ Die Presse beschränkte sich darauf, Zeitungsnachrichten und Correspondenzen über die Ereignisse in Süddeutschland von dem Zeitpunkte an vollständiger zusammenzustellen, wo Hecker und Struve ihren Aufruf an die waffenfähigen Männer des badischen Seekreises (am 12.) erließen, bis dahin, wo die Flucht der Führer und das an mehreren badischen Orten von der alten Regierung verkündigte Standrecht anzeigten, daß die aufrührerische Bewegung ihr Ende erreicht habe. Im politischen Club kamen hin und wieder auf jene Vorgänge anspielende Aeußerungen vor. Schlöffel brachte den „glücklichen“ Republikanern seinen „tieffühlenden“ Gruß, nachdem die ersten Nachrichten von den günstigen Erfolgen der Freischaaren eingetroffen waren. In derselben Nummer seines „Volksfreundes“, die den vom Gericht verfolgten Aufsatz über die Wahldemonstration enthielt, ruft er mit Bezug auf die Thatsache der in Constanz (am 17.) verkündeten Republik aus: „Hört, hört! In Baden hat endlich der Generalmarsch gewirbelt, der erste freie Fleck auf deutscher Erde, der weder königlich noch herzoglich ist. Bringen wir diesen Glücklichen vorerst unseren tieffühlenden Gruß; der beste Gruß wäre freilich die tapfere Nachahmung dieses schönen Beispiels. Der badische Seekreis ist frei, die 20,000 Sensenmänner sind auf den Beinen, um der Bürgerschwefelgarde, der Garde des Volksverräthers Mathy entgegenzutreten. 20,000 Sensenmänner können die Welt erobern, wenn sie mit solchen Bürgergardisten bevölkert ist. Wir werden, wenn die hochlöbliche Regierung uns, dem Volke,

keine Waffen geben will, uns wohl auch Sensen machen müssen." Dieser Artikel war es zugleich, wegen dessen der Staatsanwalt die Anklage auf Verleitung zum Aufruhr erhob.

Eifriger wurde die schleswig-holsteinische Angelegenheit verfolgt. In der Presse heftige Polemik zwischen den Deutschthümlern und den Dänenfreunden über die Rechtsfrage, von anderer Seite Angriffe auf das Ministerium wegen der Lässigkeit, mit der die Sache behandelt zu werden schien. Dazu Befürchtungen eines möglicherweise beabsichtigten „Verraths" der deutschen Freiheit. „In Schleswig", heißt es in einer berliner Correspondenz vom 22., „haben die Freischaaren wieder eine Niederlage erlitten, und man hört noch immer nichts von den Thaten der Preußen. Sie sehen zu. Macht dieses Ministerium sich nicht selbst unmöglich? Die Regierungen Italiens, wie die dänische, begreifen, daß sie sich, ihren schwierig gewordenen Völkern gegenüber, nur durch Waffenehre und patriotische Erhebung erhalten können. Und unser Gouvernement bringt uns täglich neue Demüthigungen. Man wird doch den sichern Sieg in Schleswig nicht dem Prinzen von Preußen aufheben wollen? Es würde vergeblich sein; die Energie des Volks wird ihm einen unverwüstlichen Haß bewahren, die Sicherstellung der Freiheit bedarf einer starren Unversöhnlichkeit des Volkes. Darum dringen wir wiederholt darauf, daß das Denkmal der gefallenen Märzhelden dem ehemaligen Palais des ehemaligen Prinzen gegenüber, errichtet werde und daß eine gut deutsche Sache nicht durch das Commando eines gut russisch gesinnten Befehlshabers entweiht werde." Auch an Solchen fehlte es nicht, die den Krieg in Schleswig als für die deutsche Freiheit gefährlich darstellten. Er sowohl, wie der österreichische Zug gegen die Lombarden „drohen den beschränkten Nationalhaß von 1813 und 15 noch einmal an die Stelle des politischen Freiheitsgefühls zu setzen." Der Krieg, argumentirt die Reform (27. April) „der Krieg vernichtet Handel und Gewerbe, man schiebt die Schuld auf die Freiheit, und mit dem Geschrei gegen die Republik wirft sich der verzweifelnde Philister dem Czaren von Rußland und dem Despotismus in die Arme." — Mit dem 18. Abends war der Termin abgelaufen, den der Obrist v. Bonin als Termin für die Schlußerklärung des dänischen Befehlshabers wegen Zurückziehung der dänischen Truppen festgestellt hatte. Nach dänischen Berichten sollte, was als auffallend und unglaublich von deutschen Blättern wiedergegeben wird, der preußische Unterhändler Major v. Wildenbruch im Namen seines Souverains dem dänischen Minister Grafen Knuth vertraulich erklärt haben, daß es zur Einleitung friedlicher Unterhandlungen genügend wäre, wenn die dänischen Truppen sich bis nördlich von Flensburg und Tondern zurückzögen. Graf Knuth hätte diesen Vorschlag kategorisch zurückgewiesen und wiederholt, daß beim Vorrücken preußischer Truppen in Schleswig die dänische Regierung von jedem in ihrer Macht stehenden Mittel, namentlich gegen die preußischen Häfen und Handelsschiffe,

Gebrauch machen werde. In der That meldete bereits ein „Extrablatt" der Allg. Preuß. Zeit., vom 23. Ap. Abends — das erste, das in dieser Angelegenheit ausgegeben wurde — den bereits mitgetheilten Beschluß der dänischen Regierung vom 19. in Betreff der preußischen Handelsschiffe, wie der in dänischen Häfen befindlichen deutschen Schiffe. In Folge dieses Befehls, die deutschen Schiffe aufzubringen, wurde, wie die A. Preuß. Z. am 24. berichtete, der preuß. Gesandte in Dänemark angewiesen, unverzüglich seine Pässe zu fordern, „da dieser Schritt, der noch vor dem Ueberschreiten der Bundesgrenze durch die deutschen Truppen gethan worden, einer Kriegserklärung von Seiten Dänemarks gleich zu achten ist." Ein Extrablatt derselben Zeitung vom 24. Abends zeigt an, daß die preußischen und die übrigen in Holstein vereinigten Truppen des 10. Armeecorps in Schleswig eingerückt seien und die Offensive begonnen haben. Hieran knüpfte sich eine umständlichere Darstellung des Sachverhältnisses, eine Art Rechtfertigungsschrift, in welcher nachgewiesen wurde, daß Preußen nicht an Dänemark den Krieg erklärt habe. „Vermittelt", heißt es darin, „und unterhandelt kann fortan nur werden, wenn der Rechtsboden wieder gewonnen ist durch die vollständige Räumung Schleswigs von dänischen Truppen; ehe diese nicht erzwungen, ist keine Verständigung möglich. Preußen" — so schließt der officielle Artikel — „Preußen geht freudig und mit gutem Gewissen in diesen Kampf; es weiß, daß es ein gutes deutsches Recht verficht, daß es seine Bundespflicht erfüllt und daß es dabei getragen wird von der gemeinsamen Begeisterung des deutschen Nationalgefühls, welches, im gesammten Vaterlande lebendig, sich auch auf dem Schlachtfelde bewähren wird." Inzwischen war der General der Cavallerie v. Wrangel zum Oberbefehlshaber des gesammten Operationscorps in Holstein ernannt worden. Ein Bundesbeschluß vom 15. hatte die obere Leitung, welche bisher der hannoversche Generallieut. Halkett, als der älteste General, geführt, an Preußen übertragen. Hr. v. Wrangel war am 21. von Stettin zur Armee abgegangen. „Soldaten!" lautete sein erster Tagesbefehl an die Truppen (Rendsburg, 22. April) „die Rechte Deutschlands sind von den Dänen verletzt und Ihr seid dazu bestimmt, dieselben aufrecht zu erhalten. Vom deutschen Bunde zu Eurem Obergeneral ernannt, betrachte ich es als ein hohes Glück und als eine besondere Ehre, berufen zu sein, Euch zu diesem Zwecke in den Kampf führen zu können. Eure bewährten Führer und Eure Tapferkeit sind mir Bürge, für den Erfolg. Vorwärts für Deutschland! sei fortan unser gemeinsames Loosungswort und mit Gott im Herzen wird der Sieg dann unser sein. . ." Nach einem sechsstündigen Vorpostengefechte, welches am 22. bei Alsen zwischen 1500 Mann dänischen Truppen und einem Theile der Freischaaren stattgefunden hatte*), kam es am 23. zu einem blutigen Treffen bei Schleswig zwi-

*) Aus den von der Spen. Z. und Zeit.-Halle veröffentlichten Privatmittheilungen einiger Mitglieder des berliner Freicorps, welches an der Affaire bei Altenhof mitthätig war,

schen den preußischen und dänischen Truppen. Der General v. Wrangel konnte bereits Abends 11 Uhr aus dem „Hauptquartier Schleswig" der provisorischen Regierung die „freudige Nachricht" melden, daß nach einem mehrstündigen hartnäckigen Gefechte die Dänen zurückgeworfen worden und die Stadt Schleswig bis zum gottorper Schloßdamm, Nachmittags gegen 2 Uhr in preußische Hände gekommen sei, daß nachher mit dem linken Flügel der Angriff erneuert, wobei die Stadt Schleswig umgangen und bis zur Chaussee nach Flensburg vorgedrungen, daß endlich in Folge der Umgehung das Schloß Gottorp von den Dänen geräumt worden sei.*) Durch Extrablätter der Allg. Preuß. und der

heben wir einige Stellen hervor: „. . . Nach einem sechsstündigen Kampfe, der abwechselnd hin und her schwankte, machten die Freicorps, die berliner freiwilligen Musketiere an der Spitze, einen Bayonnettangriff und warfen die (dreimal stärkeren) Dänen bis nach Eckernförde zurück. Unter den Freischaaren herrscht eine große Begeisterung für die deutsche Sache... Madame Luise Aston, welche in Altenhof bei dem Kampfe zugegen war, nahm sich auf's Menschenfreundlichste der Verwundeten an und bewies, daß auch eine Frau viel dazu beitragen kann, das Unheil eines blutigen Kampfes zu lindern. Nach ihren Angaben hat das berliner Freicorps 15 Verwundete und 6 Todte; unter den Ersteren befindet sich Feenburg." (Frau Aston, berichtet ein Anderer, gewährte Rendsburg den romantischen Anblick, daß sie einen Verwundeten in's Hospital geleitete.) Ein verwundeter Freischärler schreibt aus Rendsburg, 22. April: „Gestern haben wir bei Eckernförde geschlagen und gesiegt. . . Vorgestern Morgens 2 Uhr rückten wir von hier aus und gegen 12 Uhr Nachts langten wir erschöpft in Altenhof an. Kaum waren wir ein wenig eingeschlafen, als uns schon Kanonendonner weckte. Wir griffen zu den Waffen, die Erschöpfung war verschwunden und wir rückten dem Feinde muthig entgegen. Der Kampf dauerte von gegen 4 Uhr Morgens bis 10 und wurde von beiden Seiten sehr hartnäckig geführt. Die Dänen hatten sich längs dem Strande verschanzt und schleuderten aus ihrem Kanonenboote Kartätschen und Paßkugeln auf die Freischaaren, wirkten aber weniger, weil wir nicht in Massen vorrückten. Drei Mal haben wir berliner, kölner, hamburger und kieler Freischaaren, ungefähr 400 an der Zahl, die Dänen aus ihren Schanzen verjagt und dreimal wurden wir zurückgeschlagen. Zuletzt räumte der Feind das Feld und zog sich auf das Schiff zurück. . . Am meisten haben die Berliner verloren. Sie waren es aber auch, welche an der gefahrvollsten Stelle wie Löwen fochten. Sie sehen also, daß wir den Berlinern keine Schande gemacht haben, obwohl die preußischen Garden (Franz- und Alex.-Reg.), die in Rendsburg unthätig leben und noch nicht im Kampfe waren, uns feindselig behandelten und verhöhnten. Das 20. Infant.-Reg. dagegen hat sich gegen uns sehr freundlich benommen. . ." In einer anderen Mittheilung (des Studenten Noa) wird gesagt, daß 36 berliner Barrikadenmänner durch ihren Bayonnettangriff das ganze vereinigte Freicorps gerettet haben, indem die Dänen in ihrer Uebermacht die Freischaaren vernichtet haben würden, während dieser Angriff sie glauben lassen mußte, daß die ganze preußische Garde im Rückhalte stehe. Mit Bezug auf das vorhin angedeutete Verhältniß der „Garde" zu den Freischärlern führen wir aus einem spätern Briefe noch Folgendes an: „Der Empfang", schreibt ein Mitglied des berliner Freicorps von Ausacker, 1¼ Meile von Flensburg, am 24., „der unserem Corps hier von allen Seiten zu Theil wird, übertrifft alle unsere Erwartungen. Leider kann die preußische Garde sich noch immer nicht mit dem berliner Krobszeug (wie sich der Hr. General v. Möllendorf in Rendsburg an der Table d'hote auszudrücken beliebte) befreunden. Hoffentlich wird ein gemeinsamer Kampf dies Verhältniß bessern." Die gehoffte Gemeinsamkeit hatte jedoch um so geringere Aussichten, als jetzt schon die Entbehrlichkeit der Freicorps überhaupt ausgesprochen wurde. „Eine Hilfe", schreibt der Alton. Merkur, am 24., „die entbehrt werden kann, sind die Freischaaren, die jetzt aber, namentlich aus den ferneren Gegenden Deutschlands, erst recht herbeiströmen werden." Und die schlesw.-holst. Zeit. meldet am 28., es sei den Freischaaren officiell angezeigt worden, daß, wer wolle, sich nach Hause zu seinen friedlichen Beschäftigungen zurückbegeben könne; was jetzt noch zu thun, werde mehr Sache des regulairen Militairs sein und für die Freischaaren nur noch etwa Vorpostendienst und die Bewachung aufrührerischer Bauern übrig bleiben.

*) Die amtliche Verlustliste (durch fliegende Blätter auch in Berlin verbreitet) führte von den im Gefechte gewesenen 14 Bataillonen und 3 Batterieen als todt und verwundet

National-Zeitung wurden am 25. Morgens diese Siegesnachrichten den Berlinern zuerst überbracht. „Der Erfolg des um 11 Uhr begonnenen Gefechtes" hieß es in dem einen, „war für die preußischen Waffen um so ehrenvoller, als demselben ein Marsch von 4 Meilen vorhergegangen war; er ist glänzend"; das der Nationalzeit. schloß den Bericht: „Die preußischen Regimenter Alexander und Franz, sowie das 20. Infanterie-Reg. haben sich ausgezeichnet geschlagen." Als nun später die detaillirten Berichte über die Gefechte einliefen — die Spen. Zeit. war besonders reich in ihren Privat- und anderen Mittheilungen — als die Bravour der preußischen Truppen überall gerühmt wurde, da überkam auch den berliner Bürger eine Begeisterung für das brave Militair, mit dem er jetzt vollständig wieder versöhnt sein zu können glaubte, schien es ihm doch, als sei nun die „Scharte vom 18. März glänzend ausgewetzt." Und welche Bedeutung wurde nicht dem „schnellen und schönen" Siege der Preußen beigelegt. „Kein Schleswig-Holsteiner", schließt ein Bericht d. schlesw.-holst. Zeitung, „wird es je vergessen, wie am Ostertage 1848 die Preußen bei Schleswig die Auferstehung Deutschlands gefeiert haben." „Der Tag ist denkwürdig", ruft ein Correspondent von der Eider (Spen. Z.) aus, „er entscheidet das Schicksal Deutschlands im Westen der Ostsee. . . Das dänische Heer kann in diesem Augenblick als ein völlig verlorenes angesehen werden. Der Krieg ist damit zu Ende. Dänemark hat kein zweites Heer aufzustellen und wir wollen nichts erobern. . . Die Deutschen haben ihren alten Heldenmuth bewährt, den Preußen gebührt doch der erste Platz an diesem Tage."*)

---

19 Offiziere und 314 Mann, als vermißt 15 Mann auf. „Dieser Verlust", heißt es in der schon früher charakterisirten deutschen Chronik, „erreicht noch lange nicht den vorgeblich in Berlin erlittenen." Es sei daher eine doppelte Absurdität, zu sagen, die preußischen Truppen seien nach Schleswig gesendet worden, um ihre berliner Todten zu begraben.

*) Auch aus den Privatmittheilungen preußischer Gardisten mag Einiges mitgetheilt werden. „. . . Unser alter Waffenruhm", wird von Schleswig, 23. April Abends 9 Uhr, an den „Soldatenfreund" in Berlin geschrieben, „unsere alte Soldatenehre ist in dieser Feuer- und Bluttaufe wieder neu aufpolirt worden und der Rostfleck, der sich in der Nacht vom 18. zum 19. März ansetzen zu wollen schien, ist mit dem Putzlappen aus rothem dänischen Uniformtuch heruntergebeizt worden. Vor fünf Wochen that uns das Herz weh, als wir schossen — aber wir schossen — heute springt uns das Herz vor Jubel — aber wir schießen nicht mehr, denn wo der Feind weggeht, wenn man schießen will, da helfen auch Spitzkugeln nicht mehr, die doch den Dänen auf verdammt weite Distanzen gegen unsere Vortruppen gewaltig geholfen haben. . . Mit Geringschätzung soll mir aber Keiner von den Rothröcken sprechen. Geschlagen haben sie sich wie ehrliche Soldaten und treue Kriegsdiener ihres Kriegsherrn. . . . Ich kann nicht sagen, daß der Blick auf unsere Artillerie, von wegen der Zahl, besonders trostreich gewesen wäre. Ein paar Brummer mehr wären wahrlich nicht zu viel gewesen, aber dazu hatte unser General Drauf! — so nennt der Camerad jetzt schon den General Wrangel — keine Zeit. Gott gebe nur, daß General Drauf Gelegenheit hat, seinem Wahlspruch so treu zu bleiben, wie der alte General-Feldmarschall Vorwärts! Wenn nur die Papiere und die Aktenstücke nicht wieder dazwischenkommen! Es war eine wahre Freude, dieses Drauf! Drauf! in allen Ecken zu hören. Es ist ja noch keine Artillerie da! Schadet nichts! drauf! Aber die Brigade Bonin ist ja außer Verbindung mit uns! Schadet nichts! drauf! Rendsdorf ist stark besetzt! Schadet nichts! drauf! Dieses Rendsdorf ist nämlich dasjenige Dorf, um dessen Besitz am heftigsten gekämpft wurde, und wo, so weit ich übersehen konnte, das lebhafteste Artilleriefeuer stattfand. . . Um 3 Uhr

Die Siegesnachrichten gaben noch an demselben Tage, an welchem sie zuerst in Berlin eintrafen, hier Gelegenheit zu einer eigenthümlichen Demonstration. Im königl. Opernhause fand nämlich, ehe die angekündigte Vorstellung begann, eine „improvisirte Festlichkeit" statt, „die einen tiefen Eindruck auf die Versammlung hervorbrachte." Die Allg. Pr. Zeit. berichtet darüber: Als der Vorhang sich unter Trompetenschall und Paukenwirbel hob, trat der Regisseur Schneider an der Spitze des gesammten Opern-Personals vor und sagte, dem Publicum zugewendet: „Die frohe Nachricht, welche in diesem Augenblicke die Königsstadt von dem glorreichen Siege erfüllt, den unsere braven vaterländischen Truppen unter dem Commando des Generals der Cavallerie, v. Wrangel, bei Schleswig errungen, möge auch in diesen durch den Schutz Sr. Majestät unseres geliebten Königs nur der Kunst geweihten Räumen ihren Ausdruck in dem Liede des begeisterten Dichters finden, der zuerst ein einiges, großes und freies Deutschland, so weit die deutsche Zunge klingt, besang." Nach diesen mit lautem Beifall aufgenommenen Worten wurde Arndt's Lied: „Was ist des deutschen Vaterland", nach der Composition von Reichard, von den sämmtlichen Sängern und dem Chor-Personale der Oper gesungen und von dem Publicum mit jubelndem Applause begrüßt und da capo verlangt.

Das Blut, welches, im Kampfe zwischen denselben oder nahe verwandten Stämmen vergossen, den badischen und schleswigschen Boden färbte, war das Zeichen einer, wenn auch nur vorläufigen, doch die Mehrheit der Politiker befriedigenden Lösung von Conflicten, die der allgemeine revolutionäre Zustand erzeugt und begünstigt hatte. Die Reibungen dagegen, welche sich, seitdem der General v. Willisen das Großherzogthum Posen verlassen, hier zwischen den regulären preußischen Truppen und den bewaffneten Haufen der Polen wiederholten, machten die an Verwickelungen ohnehin reiche deutsch-polnische Angelegenheit noch verwickelter, steigerten die Erbitterung der Parteien. Es schien, als sei die Uebereinkunft von Jaroslawiec nur vorhanden, um jeder der beiden bewaffneten Parteien so schnell als möglich einen Vorwand zu der Behauptung zu geben, die andere habe die Bestimmungen der Convention gebrochen und somit sei die Verbindlichkeit zu ihrer Aufrechthaltung überhaupt aufgehoben.

---

rückte unser General Wrangel unter unbeschreiblichem Jubel in die Stadt ein und nun hätte der General Drauf eben so gut General Drein heißen können. . . . Wir haben übrigens auch Lehrgeld zahlen müssen, und wenn es zum Appell kommt, wird manches bisher gewohnte: Hier! ausfallen. Das ist schlimm, aber die Hauptsache ist, daß der alte preußische Adler wieder einmal seine Flügel geschüttelt hat, daß wieder einmal Ernst gemacht worden ist. Wir beklagen nur Eins, daß nicht alle unsere Garde-Regimenter hier gewesen sind. Die Zurückgebliebenen werden uns neidisch werden." Auch des jungen Prinzen Friedrich Carl, der zu der Begleitung des Generals v. Wrangel gehörte, wird in diesem Berichte erwähnt: „Das ist auch ein Hohenzoller — jeder Zoll ein preußischer Prinz, den uns der König da geschickt, um zu helfen und dabei zu sein, wenn die preußischen Fahnen wieder einmal im Sonnenschein flattern."

Indem bald Hr. v. Colomb den polnischen Cadres, bald deren Führer den preußischen Truppen den Vorwurf machen, gegen die Convention gehandelt zu haben, suchen Beide den von ihnen unternommenen militairischen Angriff und ihre schnellen Rüstungen zur Vertheidigung zu rechtfertigen. Fast täglich finden im letzten Drittel des April an verschiedenen Orten ein oder mehrere Gefechte statt, so am 22. bei Adelnau, bei Kozmyn und bei Groß-Topola, am 23. in Strzelno, am 26. bei Raszkow, am 27. bei Grätz, am 28. bei Ruchocice und Grätz; am 29. in Xions, am 30. das für die preußischen Waffen höchst ungünstige Gefecht bei Miloslaw.*) In diese Zeit fällt der Erlaß der schon erwähnten königl. Ordre (26. Ap.), welche diejenigen Gebiete näher bezeichnet, die von der Reorganisation ausgeschlossen bleiben sollen. Zugleich wird, in der Voraussetzung, daß der Landfrieden wieder hergestellt sei, darin verkündigt, daß „schon jetzt die nationale Reorganisation des Großherzogthums beginnen" solle. Der Eifer des militairischen Befehlshabers, die Ruhe mit kriegerischen Mitteln wiederherzustellen, die unaufhörlichen Klagen und Petitionen der deutschen und polnischen Bewohner des Großherzogthums ließen jedoch den Zeitpunkt des Beginnes der Reorganisation immer ferner rücken. Fortwährend treffen neue Deputationen beider Theile in Berlin ein, um mit dem Ministerium, den Clubs, der Studentenschaft zu verhandeln, um durch ihre alten Klagen und neuen Beschuldigungen eine günstige Stimmung für sich zu schaffen. Wiederholt richtet der constitut. Club im Interesse der deutschen Bevölkerung eine Adresse an den Ministerpräsidenten (23. April): „Nachdem die Deutschen des Großherzogthums ihre Interessen durch den königl. Commissarius selbst für gefährdet hielten, nachdem ihre vielfachen Beschwerden gegen ihn ohne Antwort, ihre Bitten um endliche Regulirung der Verhältnisse ohne Resultat geblieben, mußten sie die Regierung für theilnahmlos oder für zu schwach halten, um jenem aufreibenden Zustande der Ungewißheit ein Ende zu machen. Verzweifelnd an dem Gouvernement, wollen sie sich nun selbst helfen. In Waffen gerüstet, erklären sie ihren Anschluß an Deutschland ohne oder nöthigenfalls trotz der Regierung durchsetzen zu wollen." Der Club beklage, daß die Verhältnisse durch zu langes Zögern diese Wendung nehmen müßten, er erkenne, daß das Ansehen der Regierung, welches gerade jetzt kräftiger als je dastehen sollte, auf's Aeußerste gefährdet sei, wenn nicht schnell ein beruhigender Entschluß gefaßt werde. Die Regierung sei des einstimmigen Anklanges im deutschen Volke gewiß, wenn sie jenen Wünschen Gehör gebe. Jede Stunde der Zögerung drohe neue unabsehbare Gefahren. — Die Studentenschaft,

*) In Xions betrug der Verlust der preuß. Truppen: 5 Officiere, 153 Mann todt und verwundet (bei den Polen etwa 300 Mann todt); der preußische Verlust bei Miloslaw: 16 Officiere, 190 Mann Todte und Verwundete, 19 vermißt. — Die preußischen Gefechtsberichte sind enthalten in den „Beiheften zum Militair-Wochenblatt." December 1848; Mai bis Juli 1849.

durch eine Deputation des posener deutschen Comités aufgefordert, ihr Votum abzugeben, erläßt eine Ansprache an die Deutschen und an die Polen des Großherzogthums. Anschlagzettel in deutscher und polnischer Sprache theilen die Adresse mit:

Polnische und Deutsche Brüder im Großherzogthum Posen! Polen! Eure, mit unserer Hülfe aus dem Gefängniß befreiten Brüder sprachen vor wenigen Wochen zu uns die begeisterten Worte: „Nur mit Deutschland zu Polens Freiheit". Polen, ihr wisset gewiß, daß, wenn Ihr Deutschlands Sympathieen für Eure Sache der Freiheit verscherzt, so wird Euch der drohende Feind im Osten auf ewig unterjochen. Das wollt Ihr, das wollen wir nicht. Also thut schleunigst Einhalt den vielfachen Angriffen gegen unsere deutschen Brüder, denn nur dann werdet Ihr unsere Sympathieen für Eure Freiheit und Unabhängigkeit Euch wieder erwerben, nur dann werden wir Euch beistehen gegen unseren gemeinsamen Feind. Fahret Ihr aber fort, die Nationalität unserer deutschen Brüder zu verletzen, so werdet Ihr uns zwingen, diesem Eurem frevelhaften Unternehmen mit den Waffen in der Hand ein Ende zu machen. — Deutsche! mit innerster Entrüstung haben wir von den vielen Grausamkeiten gehört, die Polen an Euch verübt; mit Bewunderung haben wir Eure Langmuth erkannt, die Ihr bisher bewiesen. Gewiß gönnt auch Ihr mit Freuden den Polen Freiheit und Unabhängigkeit; aber wenn sie fortfahren, Eure Nationalität, Eure Person und Eigenthum anzutasten, so duldet länger nicht diese Schmach, sondern weiset sie auf das Entschiedenste zurück. Stehet fest als deutsche Männer! Ein Ruf von Euch wird uns in Eure Reihen führen, mit Euch für Recht und Freiheit zu siegen oder zu sterben! — Die Versammlung des bewaffneten Corps der Berliner Universität am 26. April 1848.

Dem Theile des bewaffneten Studentencorps, der diese Adresse erlassen — eine große Partei unter den Studenten erklärte sich im Widerspruche mit dem Inhalte — wurde hierauf von polnischer Seite (durch H. Szuman) zugerufen: „Richtet nicht, ohne Euch überzeugt zu haben. Ihr habt lügenhaften Erzählungen, die nur Die beschimpfen und schänden, so sie erfunden und in die Welt gestreut haben, vollen Glauben beigemessen. Ihr habt Euch nicht die Mühe genommen, die Wahrheit auch nur zu untersuchen und schon seid Ihr bereit, den Stein der Verdammung auf Die zu werfen, die Euch und Niemanden Etwas zu Leide gethan, deren ganzes Verbrechen darin besteht, nach beinahe hundertjähriger Unterdrückung frei athmen zu wollen. So sendet hin aus Eurer Mitte vorurtheilsfreie und gesinnungsvolle Männer, wie es Eure Brüder in Breslau gethan, und erstaunen werdet Ihr, wenn sie Euch berichten, was Jene berichtet, daß sie in den vermeintlichen Gewaltthätern Heloten, auf die man Jagd macht, in den als Gepeinigte Dargestellten grausame Knechte der Selbstsucht und verabscheuungswürdige Büreaukraten gefunden, die auf die Schmach feiger Gewaltthaten die Schande schadenfroher Verläumdung häufen. . ." — Hr. Cybulski erklärt öffentlich (21. Ap.) die vielfältig zur Verdächtigung der Polen ausgesprengten Gerüchte, daß Jene in Berlin durch Intriguen, Geldvertheilungen, Aufwiegelungen und andere dergleichen unehrenhafte Mittel das Volk gegen die bestehende Ordnung aufzureizen suchen, für Verläumdungen. Von den früher hier studirenden Polen seien bis auf 5, die sich zu Chirurgen ausbilden wollen, Alle nach Posen gegangen; von den aus Frankreich zurückkehrenden Emigrirten halten sich nur Wenige auf der Durch-

reise und zwar auf die specielle Erlaubniß des Polizeipräsidiums hier auf, während die Anderen unmittelbar von einem Bahnhofe nach dem anderen gehen, um sich nach Krakau zu begeben. Für das Verhalten seiner Landsleute in Beziehung auf die politischen Zustände Berlins übernehme er die Verantwortlichkeit. — Gegen eine frühere Erklärung Cybulski's, daß aus der Provinz meist lügnerische und verläumderische Nachrichten über die Polen verbreitet würden, erscheint ein Plakat, unterzeichnet „der Verein zur Wahrung deutscher Interessen in der Provinz Posen", worin eine Reihe von Excessen, die allein in einem einzigen Kreise von Polen verübt worden, aufgezählt ist und ähnliche „officielle Berichte" als Fortsetzungen versprochen werden, wenn jene Bezüchtigung der Deutschen in der Provinz wiederholt würden. — Ein Maueranschlag mit der Unterschrift: „Das deutsche Comité zur Wiederherstellung Polens" behauptet, (24. Ap.), daß verläumderische Agenten durch Deutschland zögen, um die nachtheiligsten Gerüchte über die Polen zu verbreiten. Diese Agenten mischten sich in Berlin unter die Volkshaufen und machten diesen die grauenvollsten Mittheilungen über Excesse, die von den Polen gegen die Deutschen verübt würden. Das „Comité" verspricht diese Agenten, wenn es sie ermittelt, gerichtlich verfolgen zu lassen. — Ein anderes Plakat, Krotowski unterzeichnet (vom 23.), enthält dessen weitläufige Beschwerdeschrift an den Ministerpräsidenten. Die Convention von Jaroslawiec, heißt es darin, sei nicht geeignet, das polnische Volk zu beruhigen. Auch habe man preußischer Seits die Convention zuerst gebrochen. Es bleibe jetzt, um „Brand und Mordscenen" zu verhüten, nur übrig: „unverzüglich die preußischen Linientruppen zurückzuziehen, die militairische Organisation der polnischen Freicorps, ohne Rücksicht auf die conventionelle Zahl zu gestatten und dazu Waffen und Bekleidung zu gewähren." Im Auftrage Mieroslawski's, des „polnischen Chef d'Etat Major", so wie als Mitglied und Geschäftsträger des polnischen Central-Nationalcomités habe er, Hr. Krotowski, jene Anträge dem Kriegsminister v. Reyher mitgetheilt, der ihnen geneigtes Gehör gegeben, dieselben auch im Ministerrathe zur Sprache zu bringen zugesagt habe. Da jedoch der Bescheid schon mehrere Tage auf sich warten lasse, so werde der Ministerpräsident gebeten, den Bittsteller so schleunig als möglich abfertigen zu lassen, zumal da der Letztere, an den Minister v. Auerswald und von diesem an den General v. Willisen gewiesen, bei diesem, wiederholter Anmeldung ungeachtet, keine Audienz habe erlangen können. Indem er zu seiner Legitimation die Abschrift des ihm vom Central-Nationalcomité gegebenen Auftrages beifüge, bitte er noch besonders, fünf Anträge, die in einem dem Kriegsminister übergebenen Memoire enthalten seien, in Schutz zu nehmen. Unter diesen Anträgen befindet sich als zweiter der: „Das Ministerium möge den hochherzigen Entschluß fassen, dem Sehnen der Polen nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, die palliativen und halben Maßregeln der

Reorganisation bei Seite setzend, die in kurz oder lang doch unvermeidliche Unabhängigkeits-Erklärung der posenschen Lande schon jetzt auszusprechen, somit das große Unrecht zu versöhnen, welches die Polen von Preußen mit erlitten haben." — Gegen diesen Anschlag erschien einige Tage darauf ein „die Deputation der Deutschen für das Großherzogthum Posen" unterzeichnetes Plakat, in welchem der Verfasser des ersteren, Krotowski, als ein Deutscher, Namens Krauthofer, Justizcommissar im Posenschen, bezeichnet und gegen dessen Anträge in der Art protestirt wird, daß die deutsche Bevölkerung des Großherzogthums sich „äußersten Falls" mit aller Anstrengung von dem polnischen Theile trennen würde. — Der Agitation in der posener Angelegenheit dienten als besondere Organe Comités, deren polenfreundliche oder feindliche Thätigkeit sich in gegenseitigen Befehdungen, in Veröffentlichungen von Adressen, angeblichen Berichtigungen u. dgl. offenbarte. In der vorangegangenen Zusammenstellung finden sich die Namen eines „deutschen Comités für die Wiederherstellung Polens" und eines „Vereins für die Wahrung deutscher Interessen in der Provinz Posen" aufgeführt. Der letztere Verein kommt in späteren Plakaten als „das berliner Comité für die Wahrung der deutschen Interessen u. s. w." vor, ohne daß jedoch je etwas Näheres über seine Zusammensetzung bekannt wurde. Das erstgenannte Comité wurde in einer Versammlung des „Volksvereins" unter den Zelten, am 16., als „Comité zur Bildung eines Freicorps für Polen" eingesetzt, worüber der früher mitgetheilte Bericht über diese Versammlung Näheres enthält. Der veränderte Name zeigte sich zuerst in einer öffentlichen Bekanntmachung vom 21., worin Hr. Solger, ein Mitglied des ursprünglichen Comités im Auftrage des „berliner deutschen Comités für die Wiederherstellung Polens" an alle Deutsche die Aufforderung richtet, „es in dieser Aufgabe mit Rath, Information und Mitteln nach Kräften zu unterstützen, insonderheit aber da, wo sie noch nicht bestehen, Comités zu demselben Zwecke zu errichten" und sich mit dem Auffordernden in Verbindung zu setzen. (Hr. Solger gründete bald darauf ein ausschließlich den polnischen Interessen gewidmetes Journal: „Freischaar für Polen", das jedoch eine äußerst geringe Verbreitung in Berlin und ein schnelles Ende hatte.) Sein erstes Manifest erließ das Comité am 23.; es lautete:

An die Deutschen. Die Völker sitzen zu Gericht über die Sünden der Diplomatie. Da tritt Polen hervor und ruft: „Auf mir lastet noch die Fessel der Tyrannei, ich will nicht untergehn durch die Martern der Knechtschaft, zieht Eure drückende Hand von mir!" — Wir Deutschen hören den Ruf der Verzweiflung, wir wissen, daß es nie gerechtere Klagen gab. Wir rühmen uns ja, uns einst von Frankreich befreit zu haben, wir fordern heute die Unabhängigkeit Italiens, wir kämpfen in Holstein für die Selbstständigkeit Deutschlands, — und nur den Polen gegenüber sollten wir unmenschlich sein? Nein, der erste Schritt in unsre eigne Freiheit sei, daß wir aufhören, uns zu Henkern fremder Nationen zu machen. Wir haben die böse Erbschaft von unsern Fürsten überkommen, wir konnten sie nicht früher zurückweisen, weil auch wir willenlos waren. Jetzt aber entscheidet das Gewicht unserer Stimme, jetzt wäre es unsre Schuld, wenn Polen ferner von Deutschland geknechtet würde. — So einfach ist die Forderung der Polen, und doch hört man aller Enden Schmähungen im Namen des alten Diplomatenregimentes: Polen leide an der eigenen Schuld, es habe

sich selbst gemordet, es sei zur Freiheit unfähig, und wäre es unabhängig, so würde Land und Volk nur eine Beute der Aristokratie werden. — Und diese seit Jahren bis zum Ueberdruß wiederholten Vorwürfe finden ihr Echo selbst bei Männern, die in Deutschland für Nationalität fechten. — Aber wie elend sind die Beschuldigungen! Ein Volk, das unter den unsäglichsten Qualen der Bedrückung mit heldenmüthigster Begeisterung den Glauben an seine Auferstehung festgehalten, ein solches Volk hätte seine Lebenskraft gemordet? — Die Polen waren ein Opfer der Diplomatie, sie wissen es, und wissen auch, wie viel Schuld ihre Väter am Untergange trugen. Sie kennen die Fehler ihrer Nation und werden, besser als wir, die Gegenmittel finden. — Während den Polen im eigenen Lande jede politische Thätigkeit genommen war, haben sie ein reges politisches Leben im Auslande geführt. Sie haben alle Kämpfe der Politik um so lebendiger mitgemacht, als sie die praktische Bedeutung derselben für sich erkannten. Ueberall haben sie sich für den Fortschritt gestellt (und auch hier in den Märztagen) haben sie gezeigt, daß sie bereit sind, für die Freiheit jedes Volkes einzustehen. — Diese Polen, die Führer der heutigen Bewegung, haben nichts mit jener feudalistischen Aristokratie gemein. Sie wissen, daß nur das ganze Volk sich befreien kann, und daß die Freiheit keine Vorrechte, keine Herren duldet. — Es wird den unabhängigen Polen nicht an Kämpfen fehlen, an Kämpfen, für die wir nicht die Richter sind. Aber der Sieg gehört, wie in allen Ländern, so auch hier, der Demokratie. — Ihr vermißt vielleicht die Zeichen der Demokratie in den Anklagen, die der Eigennutz täglich in dem Großherzogthum Posen erfindet; aber hütet Euch wohl, den Verleumdungen eines untergehenden Beamtenheeres Glauben zu schenken. Man stelle sich die Verhältnisse nur vor. Freilich hat Preußen die Polen nicht niedergetreten, wie es Rußland, wie es Oesterreich gethan, aber Preußen hat seiner polnischen Provinz nicht Wort gehalten. Die Zusagen des Besitzergreifungspatentes sind nicht erfüllt, und die wiederholten Bitten um Gerechtigkeit sind zurückgewiesen. Polen sollte mehr, als jeder andere preußische Landestheil fühlen, daß es von der Gnade seines Königs abhinge. — In diesem Sinne übten Beamte und Soldaten ihre Macht. Jetzt nach jahrelanger Knechtschaft, bricht der Haß gegen die offenen und geheimen Bedrückungen hervor, ein mehrfacher Haß, Haß gegen das Volk von Unterdrückern, gegen seine Beamten und gegen die Brutalität der Soldaten. Kämpfe der Bauern gegen ihre Gutsherren haben wir in allen Theilen Deutschlands, warum nicht auch dort, und natürlich in Polen mit doppelter Leidenschaft und Rohheit? — Man wird die Absichten der Führer von der Zügellosigkeit der überall rohen Masse, man wird die zufälligen, den gebildeten Polen eben so verhaßten Conflicte von dem Wesen der Nation zu unterscheiden wissen. Aber ein Ende wird diesen rohen Parteikämpfen nur gesetzt zugleich in der Lösung des großen Conflictes. — Man giebt das zu, aber man fragt: wie lösen sich alle die Verwickelungen, wie scheidet man den Besitz des Bodens, wie zieht man die Grenze? Alle diese Fragen klingen so schwierig und sind doch so einfach. Die Polen bestehen nicht auf alten historischen Grenzen; jetzt, wo die Völker entscheiden, ist der Boden nicht mehr der bestimmende. Die deutschen Distrikte werden zu Deutschland, die polnischen zu Polen treten, und bei gemischter Bevölkerung wird man an Ort und Stelle die Mittel der Ausgleichung finden. — Die deutschen Regierungen handeln nicht, deshalb handelt das Volk. Es entscheide, wie es ihm zukommt, auf eigne Hand, es bestimme seine Regierungen und seine Vertreter, daß sie wirkliche Vollführer seines Willens werden. Das schuldet Deutschland der Gerechtigkeit, das schuldet es seiner Ehre. — Sagt nicht, daß Eure inneren Angelegenheiten Eure ausschließliche Kraft fordern. Ihr werdet es fühlen, daß Polens Sache ganz die Eure ist. In Polens Kampf mit Rußland kommt noch einmal die Frage zur Entscheidung: Soll Deutschland frei sein oder nicht? Gebt den Polen zu der Gerechtigkeit auch den Beistand. Ihr werdet Theil haben an dem Siege und seinen Früchten. — Zweifelt nicht, Polen gelangt zum Siege, und das freie Polen wird der beste Verbündete eines freien Deutschlands sein.

Es war ein vielstimmiges, disharmonisches Durcheinander, welches wiederum, nach kurzer Pause, die Parteien der Hauptstadt zu Gunsten der posener Angelegenheit in Bewegung zu setzen suchten — ein Concert, bei dem mitzuwirken auch F. v. Bülow nicht ermangelte. „Um keinen Preis" tönte es aus seinem Instrumente, dem Eingesandt, „möchte ich auf meinem Gewissen den Vorwurf haben, mit Bedacht oder Unbedacht die Veranlassung zu den in der Prov. Posen verübten Gräuel gegen Deutsche und Juden und der dabei vorgekommenen Ermordung von Frauen und Kindern gegeben zu haben." Noch

deutlicher ließ sich ein anderer Ton desselben Instruments vernehmen: „Der General v. Willisen . . wird durch einen Artikel aus Bromberg des Landesverrathes angeklagt, was die schmachvollste Anschuldigung enthält, die einen Soldaten, welchen Ranges er auch sei, treffen kann. Da nun durch diese Anschuldigung die Ehre der ganzen preuß. Armee leidet, so fordere ich den General v. Willisen im Namen aller meiner Kameraden von 1813, 14 u. 15 auf, diese schauderhafte Anklage nicht allein öffentlich sofort zurückzuweisen, sondern auch diese Zurückweisung durch wahrhafte und haltbare Beweise zu bekräftigen." Für Hrn. v. Willisen bedurfte es jedoch nicht erst dieser und ähnlicher Aufforderungen. Einige Tage nach seiner Ankunft in Berlin, nachdem er mit dem Ministerium mehrfach verhandelt, diesem seine Pläne über die ferner im Interesse des Großherzogthums zu ergreifenden Maßregeln mitgetheilt und hier im Allgemeinen Zustimmung erhalten hatte, erließ er (in einem der Allg. Preuß. Zeit. beigegebenen Flugblatte vom 24. Ap.) eine Erklärung, in welcher er zunächst die Anerkennung hervorhebt, deren er sich wegen alles Dessen, was er als Commissarius gethan, von Seiten der Regierung Sr. Majestät zu erfreuen gehabt. Bisher habe er den maßlosen Beschuldigungen und Verläumdungen gegenüber geschwiegen, weil er es der Würde seiner Stellung in dieser Sache nicht für angemessen gehalten, dergleichen zu beachten; aber jede Zurückhaltung habe ihre Grenzen und an diese sei es jetzt gekommen, wenn die Verläumdung so weit gehe, zu verbreiten, er habe seine Vollmacht überschritten, sei hierher zurückberufen und bereits in Anklagestand versetzt. „Ich darf", bemerkt er weiter, „jede Verunglimpfung zurückweisen, kann aber das bittere Gefühl nicht bewältigen, was mich ergreift, wenn ich sehe, daß ein unter den schwierigsten Umständen und unter heftigem Widerstande von allen Seiten her vollbrachtes Werk, das für den Augenblick das wichtigste war, welches vorlag, solcher Verunglimpfung ausgesetzt ist." Nachdem er sodann im Allgemeinen seiner Leistungen erwähnt, die mit dem Zwecke seiner Mission, den Conflict auf unblutige Weise zu lösen, zusammengefallen seien und hierbei mit Dank die große Aufopferung der polnischen Führer beim Entwaffnungsgeschäft anerkennt, verspricht er auch die Einzelheiten vorzulegen, „wenn es die Verhältnisse erst gestatten." Von den berliner Blättern war die Spen. Zeit. in Dem, was sie mittheilte und wegließ, dem General besonders feindselig. „Es ist", schreibt Hr. v. Willisen an die Redaction dieses Blattes (28. Ap.), „es ist nur zu sehr ersichtlich, welcher Partei allein Sie Ihre Spalten geöffnet, es ist die Partei, welche mit einzelnen ehrenwerthen Ausnahmen gehaßt und hassend unmöglich ein freies Urtheil über die Dinge in Posen haben kann." Der General deutet schließlich an, wie es ihm ein Leichtes wäre, alle die lächerlichen und boshaften Beschuldigungen, welche sich in jener Zeitung finden, ohne daß je eine zu seinen Gunsten geschriebene Berichtigung darin enthalten wäre, zu widerlegen. Lakonisch bemerkt die Redaction dazu: „Die Rücksicht der Un-

parteilichkeit bringt es schon mit sich, daß die Aufnahme der Widerlegung erfolge." Dasselbe Blatt wußte mitzutheilen, daß der General vergebens eine Audienz bei dem Könige nachgesucht habe; Hr. v. Willisen entgegnete, daß Se. Majestät ihn vielmehr in einer halbstündigen Privataudienz allergnädigst zu hören geruht habe. Bereits am 3. Mai brachten die Zeitungen sein ausführliches vorläufiges Memoire „über die posener Begebenheiten", aus dem unsere Darstellung bereits früher einige Mittheilungen entnommen. Das Memoire sucht die Handlungen des Generals zu rechtfertigen, und die Schuld der seit seiner Rückkehr sich wiederholenden blutigen Conflicte dem Umstande zuzuschreiben, daß seine Maßregeln nicht befolgt worden wären und daß die Militairbehörde seinem dringenden Ansuchen, keine anderen Bewegungen mit den Truppen zu machen, als die von der Civilbehörde geforderten, nicht nachgegeben hätte — eine Behauptung, die in den späteren Rechtfertigungsschriften des Generals sich immer von Neuem und mit weitläuftigerer Begründung vorgebracht findet. — War es bis jetzt fast allein die Anerkennung der Regierung, welche den General über sein Mißgeschick tröstete, so wartete seiner doch auch von anderer Seite eine Huldigung. Nachdem die Ankunft Willisens in Berlin bekannt geworden, beschloß das „Comité für die Wiederherstellung Polens" eine Demonstration zu Gunsten des Generals, in der Art, daß die Versammlung des Volksvereins sich „in aller Ruhe und Ordnung" vor das Hotel du Nord begeben, dem dort wohnenden General ein Hoch! bringen und dann „in derselben ruhigen Weise" sich nach den Zelten zurückbegeben sollte. Auf eine zuvor von dem Vorsitzenden an den General gerichtete Anfrage, ob ihm die Demonstration auch genehm sein würde, verbat er sich dieselbe zwar, erklärte jedoch, daß er sich herzlich freuen würde, wenn die Versammlung ihm ihre freundlichen Gesinnungen durch eine einfache Deputation zu erkennen geben wollte. Anschlagszettel verkündeten hierauf, daß die nächste Versammlung des Volksvereins (am 26.) einer Berathung der polnischen Angelegenheit gelten würde. Eine Adresse an Willisen ward in derselben verlesen, die jedoch von einigen Seiten eben so heftigen Widerspruch fand als die Sendung einer Deputation. Gleichwohl wurde nach dem Schluß der „stürmischen" Berathung die Adresse angenommen, und diese sogleich, Abends 9 Uhr, durch eine Deputation, bestehend aus den HH. Cohnheim, Löwinson, Reich, Siegmund und Solger, an den General abgesandt. Sie lautete:

Herr General! Mit Schaam und Betrübniß hat das deutsche Volk vernommen, welcher Empfang Ihnen in der Provinz Posen von einer durch lange Uebung der Gewalt und des Unrechts moralisch tief herabgewürdigten Bevölkerung deutschen Ursprungs zu Theil geworden ist. Hr. General! Sie werden die Wuth dieser Verirrten nicht mit der Stimme des deutschen Volks verwechseln. Das deutsche Volk, dessen sind Sie überzeugt, sieht in der Wiederherstellung Polens die Wiederherstellung seiner eigenen, durch die in seinem Namen ausgeübte barbarische Unterjochung eines edlen Volkes tiefgekränkten Ehre; das deutsche Volk hat von jeher — das weiß die Geschichte — mit angstvoller Sympathie und heißen Wünschen die Kämpfe des unglücklichen Polens für seine Freiheit begleitet; die deutsche Poesie hat in dem Herzen des deutschen Volks nie einen tiefern und dauernden Wiederklang gefun-

den, als wenn sie Polens Trauer und Polens Hoffnungen sang. Die Lieder aus dem alten Feldherrn und „Noch ist Polen nicht verloren" sind seit langen Jahren volksthümlicher gewesen als vielleicht irgend ein deutsches Lied. Diese Thatsache, Herr General, legt schon allein, unter dem wirren Tumult eigennütziger und verfälschter Stimmen, welche die der Wahrheit zu überschreien suchen, ein unumstößliches Zeugniß davon ab, auf welcher Seite das Herz des großen deutschen Volkes wirklich steht. Glauben Sie es daher, Hr. General; es sind nicht die Tausende blos, welche hier stehen, sondern es ist das ganze deutsche Volk, welches mit Unwillen das Benehmen der Menschen, die jetzt in Posen die Ehre des deutschen Namens beleidigen, desavouirt; es ist das ganze Volk, welches die weise Mäßigung nicht genug bewundern kann, womit Sie, Hr. General, sich darauf beschränkt haben, dem Unrecht Einhalt zu thun und dem Fanatismus gegen die Unterdrückten, wie gegen Sie selbst, Versöhnlichkeit entgegen zu setzen; es ist das deutsche Volk, welches Sie bittet, auch ferner, unbekümmert um Undank und Widerstand, an diese Frage, von deren Lösung es seine Nationalehre und sein eigenes Schicksal abhängig sieht, die ganze Energie Ihres edlen Willens und Ihrer geprüften Weisheit zu setzen; es ist das deutsche Volk endlich, welches Ihnen seinen Dank bringt für das, was Sie in Posen zur Rettung seines guten Namens gethan haben, welches Ihrem Namen eines der schönsten, reinsten, glorreichsten Blätter seiner Geschichte bietet für das, was Sie zur Reorganisation Polens thun werden. — Das deutsche Comité für die Wiederherstellung Polens.

Nachdem Hr. v. Willisen die Adresse und die Begrüßungsworte der Deputation entgegengenommen, antwortete er derselben:

Meine Herren! Was Sie mir sagen ist mir Balsam auf mein krankes Herz; ja krank ist es geworden durch das was ich erlebt habe und noch erlebe. Wenn ich irgend etwas von mir weiß, und von dem was ich habe und was ich bin — so ist es das, daß kein Gedanke und kein Tropfen Blut in mir lebt, der nicht ein deutscher wäre — durch und durch. — Ich berufe mich auf die, welche irgend etwas von mir wissen — und das sind nicht Wenige und nicht die Schlechtesten; ich berufe mich auf mein ganzes langes Leben — von da an, wo ich in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands dem fremden Tyrannen anheim gefallen im Gefängniß geschmachtet — wo ich mitgefochten bis auf diese letzten Tage. Wenn ich irgend etwas für völlig unmöglich hielt, so war es das, daß meine deutschen Gesinnungen jemals — auch von der schaamlosesten Verläumdungssucht — hätten in Zweifel gezogen werden können. Ermessen Sie daran die völlige Unschuld, mit der ich in dieser Hinsicht in Posen auftreten mußte, aber auch mein Erstaunen, meine Unfähigkeit vom Anfange es auch nur zu begreifen, als mir die ersten Zeichen davon entgegentraten, daß es dennoch geschehe. Freilich, dort suchte ich Trost in dem Gedanken, den auch Sie, aber vielleicht zu scharf aussprechen, daß ich, was sich dort als die deutsche Gesinnung ausgiebt, nur unter den Beschränkungen als solche zu nehmen habe, welche in den Verhältnissen liegen, unter welchen die deutschredende Bevölkerung dort sich gebildet hat und welche von der Art sind, daß eine unbefangene Ansicht nur bei der großartigsten Gesinnung, bei der unerschütterlichsten Gerechtigkeitsliebe möglich ist; dürfte man aber der Menge diese Eigenschaften zumuthen, wie lange schon stände es ganz anders um das Menschengeschlecht! — Das also was mir dort begegnet ist, hätte ich wohl getragen, ohne daß es mich tief erschüttert; wenn ich aber hierher zurückgekehrt, um mein Geschäft weiter fortzusetzen, mich bald von ähnlicher Unbill bedroht sah — wenn ich sah, daß berliner Blätter sich nicht scheuen, giftigen Verläumdungen und Anklagen täglich ihre Spalten zu öffnen, ohne sich nur einmal die Mühe zu geben, nachzufragen, wer ich denn wohl sei, und wie ich denke, — wenn ich erfahren mußte, daß es Schwierigkeiten aller Art bietet, Artikeln zur Rechtfertigung des Geschmähten in hiesigen Blättern Aufnahme zu verschaffen, da fragte ich mich allerdings: wo ich denn sei — und wer ich denn bin; — das hat mich krank am Herzen gemacht und würde mich gebrochen haben, hätte es so fortgedauert. — Ich nehme, m. H., Ihre Worte als das erste Zeichen, daß es vielleicht etwas ganz Vereinzeltes gewesen — wohl gar etwas ganz Fremdes, was sich hier eine Zeitlang geltend gemacht — wie es Denen Anfangs immer gelingt, welchen kein Mittel zu schlecht ist und welche am lautesten schreien. Wenn ich irgend wen gekränket, so sind es gewiß die Polen — denen ich das Schwert aus der Hand genommen — denen ich noch jetzt bei dem Organisations-Werk Manches angethan, worüber sie schwer seufzten; — die deutschen Interessen aber habe ich von dem ersten Augenblick an, wie es z. B. mein Brief beweist, den ich gleich in der ersten Nacht an den Präsidenten von Bromberg geschrieben und welcher gleich gedruckt worden, bis auf die äußersten Grenzen vertreten. Woher dennoch die Leidenschaftlichkeit — der blinde Eifer, der nicht fragt — nicht zusieht — sondern nur ruft: „Steinigt ihn!"? — Sie fühlen nach Allem, was ich Ihnen gesagt, m.

H., wie das, was Sie mir sagen, mich aufrichten muß: Noch war ich nicht gebeugt, denn ich habe in schlimmern Zeiten stehen gelernt, — aber ich fing an zu fühlen, daß es geschehen könnte. — Ich weiß jetzt wieder, daß das, was ich in mir fühle, echt deutsche Gesinnung ist und daß ich sie gewiß da wiederfinde, wo ich sie allein suchen mag. — Unser ganzer heutiger Zustand wäre eine Unwahrheit, wenn das deutsch wäre, was mir in diesen Schmerzenstagen durch augenblickliche Leidenschaft verfälscht als solches entgegengetreten ist. — Ich bitte Sie noch es nicht unrecht zu deuten, wenn ich ersucht habe, mir nur durch einen Ausschuß die Gesinnungen aussprechen zu wollen, welche in einer Versammlung von Tausenden laut geworden, als deren Vertreter Sie gekommen."

Hr. v. Willisen fand später wiederholt Gelegenheit, seine Thätigkeit in Posen zum Gegenstande mehr oder minder ausführlicher Darstellungen zu machen. Den ersten Anlaß, in dieser Beziehung literarisch hervorzutreten, bot ihm eine Schrift des Generalstabs-Majors v. Voigts-Rhetz („Aktenmäßige Darstellung der polnischen Insurrection i. J. 1848 und Beleuchtung der durch dieselbe entstandenen politischen und militairischen Fragen") in der Hr. v. Willisen seine Person falsch beurtheilt und seine Handlungen unrichtig dargestellt fand. Ein „offener Brief an den Hrn. Major v. Voigts-Rhetz als Entgegnung auf seine aktenmäßige Darstellung 2c. vom General v. Willisen" (Berlin, 1848.) enthält in milder Art eine kurze Aufführung der vielfachen Unrichtigkeiten jener Schrift, an die sich dann das „Vorwort einer längst fertigen Darstellung der posener Begebenheiten" anschließt, welches die Gedanken entwickelt, die den General bei seiner Aufgabe geleitet haben. „Möchten", heißt es in diesem, vom 23. Juni datirten, offenen Briefe, „möchten dies die letzten Worte sein, welche ich in Folge jener tragischen Begebenheit, die mich sehr gegen meinen Willen und nur auf dringendes Ansuchen von vielen Seiten her in ihren Strudel hineingezogen, zu sprechen gezwungen wäre, umsomehr, als ich, auch schon lange des unfruchtbaren Haders hinterher satt und müde bin. Gezwungen aber werde ich immer nur reden." Im Juni 1849 erschienen „als Manuscript gedruckt" W. v. Willisen's „Akten und Bemerkungen über meine Sendung nach dem Großherzogthum Posen im Frühjahr 1848." Sie kündigen sich als ein „letztes Wort" an, welches zu sprechen der Verfasser sich selber schuldig sei, da zu seinem Leidwesen Hand in Hand mit der völligen Unkenntniß über den eigentlichen Verlauf der Dinge noch immer die mißliebigsten Urtheile über sein Verfahren häufig genug laut würden. Zugleich bilden sie eine Art von Rechtfertigungsschrift, an die Männer gerichtet, die den General zum Abgeordneten der ersten Kammer gewählt hatten. Hr. v. Willisen theilt seinen Wählern mit, daß er jetzt noch in Folge der posener Begebenheit sich habe veranlaßt sehen müssen, seinen Abschied aus dem Militairdienste zu fordern; und obschon er entschlossen sei, das Abgeordnetenmandat niederzulegen, da ihm seine nunmehrigen beschränkteren Verhältnisse nicht gestatteten, als Mitglied der ersten Kammer in der Hauptstadt zu leben, so finde er sich doch gerade deswegen veranlaßt, mit den Documenten, welche das vollste Licht über seine Thätigkeit in Posen verbreiten, vor seinen Wählern aufzutreten. Ueber

die Umstände, welche es verschuldet, daß der General nicht schon früher vollständig und aktenmäßig den vielfachen Anschuldigungen entgegengetreten, äußert sich Hr. v. Willisen in dieser Schrift folgendermaßen:

Es ist wohl gesagt worden, mein Verfahren in Posen habe die Mißbilligung der Armee erfahren, ich sei dadurch bei ihr unpopulär geworden. Als ich das zuerst hörte, wies ich es mit ungläubigem Lächeln zurück. Wenn aber eine solche Rede öfter wiederholt wurde, wie sollte ich nicht zuletzt darauf gemerkt haben. Wodurch soll das aber nun geschehen sein? daß ich den Willen der Regierung Sr. Majestät zu erfüllen getrachtet, dem unerfreulichen Waffengeklirr gesucht habe wo möglich ein unblutiges Ende zu geben, daß ich mit größter Anstrengung beide Theile der Bevölkerung zur Mäßigung, zu gegenseitiger Anerkennung, zur Gerechtigkeit zu bewegen gesucht, daß ich die Hydra des Bürgerkrieges von uns abzuhalten getrachtet, daß ich uns aus der verdrießlichen Lage möglichst zurückhalten wollte mit unseren Waffen, die wir immer nur gerne gegen den äußeren Feind wenden, die Polizei im Lande zu machen? Ist es denn nicht mehr dem Interesse, der Würde, der Größe des Vaterlandes angemessen, Billigkeit, Gerechtigkeit, Milde zu üben, als sich von einer Leidenschaft, und sei sie noch so erhaben, hinreißen zu lassen? Wer nur sehen will, der muß in jeder Zeile und zwischen allen Zeilen der gegebenen Darstellung lesen, wie ich nur das gewollt habe. Für die anderen aber habe ich keine Mittel, sie von ihrem Vorurtheil zurückzubringen. Getrost aber kann ich der Geschichte das Urtheil überlassen, und hoffe, daß mein Name auch in dieser Sache noch mit Ehren genannt werden soll, wenn schon lange keiner mehr weiß, wer meine heftigsten Gegner gewesen. — Als ich mich aber fast schon ganz von der Sache zurückgezogen hatte, glaubte ich es mir schuldig zu sein, mit einer Art Rechtfertigung öffentlich aufzutreten. Die Widerlegung der Hauptanklagepunkte sollte den Kern dessen bilden, was ich mittheilen wollte. Wenn aber damals eine solche Veröffentlichung vom Ministerio für den Verlauf der noch nicht geschlossenen Angelegenheit nachtheilig erklärt wurde, so fügte ich mich dem und stand davon ab. Dagegen beantragte ich eine strenge Untersuchung bei dem ganzen Staats-Ministerio. Die Antwort lautete aber: „Ew. Hochwohlgeb. haben unter dem 12. d. M. bei dem unterzeichneten Staats-Ministerio den Antrag auf eine strenge Untersuchung Ihrer Wirksamkeit als Königlicher Commissarius im Großherzogthum Posen gestellt, damit es sich in Betreff der vielfach gegen Ew. erhobenen Anschuldigungen ergebe, wen eine Schuld treffe, wenn überhaupt eine solche nachzuweisen sei. Wie sehr wir die Beweggründe eines solchen Antrags anerkennen müssen, sehen wir uns doch außer Stande, demselben Folge zu geben, da wir so wenig in Ew. Hochw. verdienstlichen Bemühungen als überhaupt in dieser Angelegenheit Grund zu einer Anklage erblicken können. Mit Vergnügen ergreifen wir diese Gelegenheit, Ew. Hochw. für die bei Ihrer bedeutungsvollen Sendung bewiesene aufopfernde Thätigkeit unsern aufrichtigen Dank auszusprechen. — Berlin, den 19. Mai 1848. — Das Staats-Ministerium." — Da später die Meinung hie und da sich vernehmen ließ, daß, um auch die ungünstigen Ansichten über mein Verfahren in der Armee zu berichtigen, nichts so geeignet erscheine, als darauf anzutragen, mein Verfahren vor einer Commission aus der Generalität prüfen zu lassen, ging ich gern auch darauf ein. Der Kriegs-Minister lehnte den Antrag aber mit folgendem Schreiben ab: „Ew. Hochwohlgeboren können überzeugt sein, daß dem Wunsche Ihr Verfahren und resp. Ihre Leistungen in der Posenschen Reorganisations-Angelegenheit nach allen Seiten hin vollständig in das rechte Licht gesetzt zu sehen, meine Anerkennung und mein reges Interesse nicht mangelt. Wenn Ihnen indessen in der an Sie ergangenen Erklärung des Staats-Ministeriums eine vollständige Genugthuung zu Theil geworden ist, so würde die Niedersetzung einer Commission aus der Generalität zur nochmaligen Prüfung desselben Gegenstandes hiemit in Widerspruch treten und sich nicht als zureichend begründet ansehen lassen. Im Uebrigen aber ließe sich die gänzliche Beseitigung ungünstiger Deutungen und leidenschaftlicher Angriffe auch auf dem Wege der speciellsten Auseinandersetzung kaum vollständig erreichen, und da für letztere überdies die Zeit noch zu aufgereizt ist, um nicht den Leidenschaften und Partei-Bestrebungen Nahrung zu geben, so glaube ich Ew. Hochw. in Antwort auf Ihr gefälliges Schreiben vom 18. Juni c. den Rath geben zu müssen, die beabsichtigte Veröffentlichung des mir vorgelegten Aufsatzes und der damit einzuleitenden weiteren Mittheilungen als nicht zeitgemäß ruhen zu lassen. — Berlin, den 30. Juni 1848. — Der Kriegs-Minister." — Ich konnte nicht anders, als mich einem solchen Rathe fügen, zog es sogar vor, eine Sendung nach Oesterreich und Italien anzunehmen, die mich so lange entfernt halten konnte, bis die Zeit einer ruhigern parteiloseren Ansicht zugänglicher geworden sein würde. Es ist seitdem Jahr und Tag vergangen, die Folgen meines Schweigens sind für mich aber nur immer

schärfer hervorgetreten, bis sie mich genöthigt haben, der Verwickelung, die daraus erwachsen, meine ganze Stellung zum Opfer zu bringen. Jetzt wo die ganze Begebenheit abgeschlossen ist, trete ich offen hin, daß jeder richten kann und sagen, ob ich irgend etwas gethan, was der schärfsten Kritik nicht offen unter die Augen treten dürfte. Ich habe diesen Weg der Rechtfertigung aber erst gewählt, nachdem mir jeder andere abgeschnitten worden, so daß ich auch von der Seite her mich gegen jeden Vorwurf geschützt fühle. *)

Willisen's Abreise aus Posen war, wie von polnischer Seite ausgesprochen wurde, „die Losung zu neuen offenen Gewaltthaten gegen die Polen". Allmählig verloren die polnischen Führer die Hoffnung, daß ihre Angelegenheit einen befriedigenden Ausgang nehmen würde; durch die Bestimmungen der königl. Ordre vom 26. sahen sie auch ihre „letzten Hoffnungen verschwunden"; die Angriffe der mobilen Colonnen auf die polnischen Cadres waren ihnen ein Beweis, daß auch „das Ministerium Polen vor Unrecht nicht schützen" mochte oder konnte. Am 30. April erläßt das polnische Nationalcomité in Posen sein letztes Manifest. „Gott und die Geschichte", heißt es darin, „werden richten, wer die Convention gebrochen, wer dieses Blutvergießen hervorgerufen, dem ein noch schrecklicherer Bürgerkrieg folgen kann. Unsere Feinde haben heut die Macht, mithin auch das Recht. Das Nationalcomité hat gethan, was es gekonnt. Als seine Vorstellungen bei den hiesigen Behörden vergeblich waren, schickte es eine Deputation nach der anderen nach Berlin ab mit der Bitte um die Zurückziehung des Militairs und um den Beginn der Reorganisation. Da auch hier nichts erreicht werden konnte, da es augenscheinlich ist, daß ein hohes Ministerium Polen vor Unrecht oder Faustrecht nicht schützen mag oder kann, da diese Gewaltthaten mit jedem Tage größer und zahlreicher werden, da die Sympathie Deutschlands sich so weit verleugnet hat, daß nun die verheißene Reorganisation mit einer neuen Theilung beginnen soll, da auch die letzte Hoffnung verschwunden, daß die Macht der Wahrheit und Gerechtigkeit über Verläumdung, Gewalt und Faustrecht siegen werde — jetzt erkennt das Nationalcomité, daß es, wenn es sich nicht eines Verraths gegenüber seinen Landsleuten und der Geschichte schuldig machen will, nicht mehr auf dem Wege der Unterhandlungen mit der Regierung bleiben kann. . . . Indem wir auf das Feierlichste im Angesichte des ganzen Europa gegen die an uns bis jetzt verübten Gewaltthaten protestiren, legen wir hiermit unser Mandat nieder, das uns das Volk ertheilt hatte, um seine Sache durchzuführen auf dem Wege der Gerechtigkeit — nicht der Gewalt. Die Gewalt hat unsere Vollmacht beendet." Die ministerielle „Denkschrift" macht der polnischen Geistlichkeit zum Vorwurfe, daß sie ihren schwer wiegenden Einfluß nicht immer gemäß der Natur ihres Amtes verwandt habe. Vergebens erläßt der Minister des Innern an den

*) Von seiner „Sendung" nach Italien zurückgekehrt — ein Werk über den Krieg in Italien war das literarische Resultat seines dortigen Aufenthalts — nahm Hr. v. Willisen seine Entlassung aus dem Militairdienste. Der nunmehr zur Disposition gestellte preußische Generallieutenant folgte einige Monate später dem von der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein an ihn ergangenen Rufe zur Uebernahme des Obercommandos der schleswig-holsteinschen Truppen. Noch vor der Auflösung dieser Armee (März 1851) sah sich der General bestimmt, sein Commando niederzulegen.

Erzbischof von Posen ein Handschreiben (vom 17.), worin er diesen Prälaten inständigst ersucht, Angesichts des nahen Festes und im Hinblick auf die kaum begonnene Pacification der Provinz an die Geistlichen seiner Diöcese die wohlwollende Ermahnung zu richten, sie möchten es sich angelegen sein lassen, die Eintracht und den Frieden zwischen den Polen und Deutschen zu predigen; vergebens richtete der Minister der geistlichen Angelegenheiten (am 15.) eine ähnliche Aufforderung, wenden sich der Oberpräsident und der commandirende General in Posen mit derselben Bitte an den Prälaten. Dieser antwortet (am 22.) dem Cultusminister ablehnend: er könne unmöglich Worte des Friedens im Namen der Kirche erlassen, da die Ordnung mit Waffengewalt habe hergestellt werden sollen; ihm scheine die Zumuthung, das polnische Volk durch einen Hirtenbrief zur Ruhe zu ermahnen, unbegreiflich, da die Unruhe von den Deutschen und vom Militair provocirt werde; er könne es nur ermahnen, die ihm gewordene Schmach und die Gewaltthätigkeiten aller Art in christlicher Ergebenheit zu ertragen. Im weiteren Verlaufe ihrer Darstellung berichtet die ministerielle Denkschrift: „Das Auseinandergehen der polnischen Massen war nur ein scheinbares, die bewaffneten Schaaren sammelten sich an anderen Punkten haufenweise wieder, auch sollen sie nur mit der ausdrücklichen Anweisung entlassen sein, in längstens vierzehn Tagen wieder zusammenzutreten und die Einberufungsordre zu gewärtigen. Es stand zu besorgen, daß wenn, wie bisher, die mit den Waffen in der Hand Gefangenen alsbald wieder entlassen würden, die Truppen, denen der Aufstand, wo er konnte, gewiß keine Nachsicht zeigte, ihrerseits auch diese letztere aufgeben würden. Nach Meldungen der bromberger Regierung (vom 27.) schien es in der Absicht der polnischen Partei zu liegen, einen förmlichen Guerillakrieg zu unterhalten. Selbst die angesessenen Bauern, welche durch religiösen Fanatismus angeregt waren, schlossen sich jetzt der Bewegung an, welcher sie früher fremd geblieben waren. Man fand zu Zeiten Dörfer, welche ganz von der männlichen Bevölkerung verlassen waren; dieselbe war auf den Ruf der Glocke bewaffnet ausgezogen und kehrte erst nach einiger Zeit wieder. Ihr Aufenthalt war unbekannt, denn sie hielten sich in den Wäldern versteckt, um auf den ersten Ruf zu ihren Haupt-Sammelplätzen zu eilen. Durfte man jetzt noch zweifeln, daß die Geistlichkeit dem obersten Würdenträger der katholischen Kirche im Großherzogthum bereitwillig Folge leistete und Alles daran setzte, um die Meinung zu verbreiten, daß die katholische Kirche in Gefahr sei? Bei dem polnischen Landvolk, welches deutsch und evangelisch für gleichbedeutend nahm, bedurfte es wenig, um dasselbe glauben zu machen, es solle deutsch d. h. evangelisch gemacht werden, und viele seiner Landsleute seien schon gezwungen deutsch zu werden, die Kirchen sollten ausgeplündert, die Monstranzen profanirt werden. Was nicht die nationale Begeisterung vermochte, das bewirkte religiöser Fanatismus. — Unter dem 28. forderte der Ober-Präsident v. Beurmann von dem Minister des

Innern dringend eine Cabinets-Ordre, um diesem Treiben entgegen treten zu können. Diese wurde denn auch sofort von des Königs Maj. am 30. vollzogen, vermochte aber den unaufhörlichen Aufreizungen der Geistlichen gegenüber nicht mehr viel zu fruchten. Am 1. hatte das Staats-Ministerium die von dem General v. Colomb und dem Ober-Präsidenten v. Beurmann für nothwendig erachtete Verkündigung des Martialgesetzes verworfen und dabei geäußert, daß in kürzester Frist der auf besondere Bitte des Generals v. Willisen und auf den dringenden Wunsch hier sich aufhaltender Polen zum königl. Commissar ernannte General der Infanterie und Inspecteur des 5. und 6. Armee-Corps, v. Pfuel, mit einer General-Vollmacht Sr. Maj. des Königs in Posen eintreffen und über diesen Punkt, wie über die dortigen Verhältnisse überhaupt, Bestimmung treffen werde. Der General v. Pfuel hatte Berlin noch nicht verlassen, als die Behörden der Provinz sich genöthigt sahen, gegen das offene Treiben der Empörung, welche bald im Namen der polnischen Republik, bald im Namen des polnischen Partisanen-Corps, sich als feindliche Macht hinstellte und an Einzelnen und Gemeinden Gewaltthätigkeiten zu üben fortfuhr, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gewaltsam einzuschreiten. So wurden jene beklagenswerthen Auftritte herbeigeführt, welche die Polen bis zum Augenblick der Entscheidung nicht vermeiden wollten."

Wenden wir uns von den auswärtigen zu den eigenen Angelegenheiten der Hauptstadt. Polizeiliche Maßregeln, Verhaftungen, Ausweisungen, Eingriffe in das freie Versammlungsrecht, rufen hier in der Osterwoche oppositionelle Erörterungen durch die Presse und die Clubs hervor. „Ob die Nachwelt", fragt zweifelnd ein berliner Correspondent der Reform, 24. Ap., „ob die Nachwelt es glauben wird, daß kaum sechs Wochen nach dem errungenen Siege schon Ausweisungen, Preßprocesse, Verfolgungen die Spalten der Blätter füllen?" Die Zeitungshalle bringt entrüstet das Verfahren gegen durchreisende Polen zur Sprache: „Man ließ bekanntlich arme verbannte Polen, die siebzehn Jahre fern vom Vaterlande gewesen, frei und ungehindert bis hierher nach Berlin kommen und eine Anzahl derselben auch eben so ungehindert weiter nach dem Großherzogthum reisen. Plötzlich wird den neuerdings hier Eingetroffenen polizeilich erklärt, sie müßten entweder nach Krakau gehen oder nach Frankreich zurückkehren. Ferner wird uns berichtet, daß auch von denjenigen Verbannten, die Anfangs hier in Berlin durchgelassen worden waren, Einzelne sogleich bei ihrer Ankunft in Posen verhaftet und am folgenden Morgen nach Berlin zurückgeschickt worden sind. Hier angekommen erhielten sie von Polizeibeamten die Weisung, innerhalb vierundzwanzig Stunden die Hauptstadt zu räumen und entweder dahin zurück, woher sie zuerst gekommen, oder aber nach Krakau zu gehen. Unter diesen Armen sind Viele, welche mit Aufopferung einer in Frankreich mühsam errungenen Stellung, dem Opfer ihrer ganzen

Habe oder Hinterlassung von Weib und Kind, dem Rufe in ihre Heimat, Posen, freudigen Herzens, und im Vertrauen auf die heroisch bewiesenen Sympathieen des deutschen Volkes ohne Zögern gefolgt waren; es befand sich darunter ein Mann, der weinend bat, ihn zu seiner alten, verlassenen Mutter, die er zum Tode erkrankt daheim in Posen wußte, zurückkehren zu lassen; Nichts half, Nichts vermochte die preußische Polizei des alten Systems, dem hilf- und rathlos vor ihr Stehenden auch nur einen Grund ihrer Weigerung anzugeben." Bei diesem Anlaß gedenkt die Zeit.-H. jenes „verhaßten" preußisch-russischen Cartel-Vertrages. „Verträge dieser Art sollten mit dem alten Systeme gerichtet sein. Der in Rede stehende, eines freien Volkes völlig unwürdige Vertrag kann nicht mehr als in Kraft bestehend gedacht werden. Mit dem Sturz der frühern Regierung ist nothwendig Alles gestürzt, was von ihr lediglich zu Gunsten ihres Systems beschlossen und gemacht worden war." — Am 23. wurde im Hotel de France ein Fremder verhaftet, den das Gerücht als Georg Herwegh bezeichnete. Der Fremde war jedoch der russische Schriftsteller Bakunin und als Grund seiner Verhaftung wird von dem „Publicisten" angegeben, daß er doppelte Pässe und den falschen Namen Neglynski geführt habe. Bakunin wurde am folgenden Tage entlassen, um nach Krakau weiter zu reisen.

Die polizeiliche Bekanntmachung über die Ausweisung fremder Arbeiter, deren Inhalt wir oben (S. 157) mitgetheilt, schien den Gegnern mit der königlichen Verheißung einer allgemeinen deutschen Freizügigkeit im Widerspruch zu stehen. „Hr. v. Minutoli", eifert Hr. Wentzel, „stützt sich auf Gesetze, die durch die Revolution und den Willen des Königs aufgehoben sind." Ein concreter Fall dient demselben zum Beweise von dem Wiederbeginne der alten Polizeiherrschaft, die selbst das Gesetz bei Seite lasse: „Der Schneidergeselle Lüchow, vom constitutionellen Club zum Abgeordneten für die frankfurter Nationalversammlung empfohlen, wurde von seinem Meister entlassen; zwei Stunden nach der Entlassung erschien in der Wohnung von Lüchow ein Polizeibeamter, der ihn aufforderte, da er Ausländer und ohne Arbeit sei, Berlin sofort zu verlassen. Selbst nach dem alten, durch die Proclamation der Freizügigkeit aufgehobenen Gesetze würde die Polizeibehörde erst nach drei Tagen den Lüchow haben ausweisen dürfen." Der berührte Fall erregte allgemeine Aufmerksamkeit; man wollte in der Ausweisung der genannten Person nur die Beseitigung eines unbequemen Agitators der Arbeiter sehen. Mehrseitiges und nachdrückliches Protestiren bestimmte übrigens den Polizeipräsidenten, von der Ausführung des angeordneten Aktes einstweilen abzustehen. Hr. Lüchow selbst berichtete (in der Arbeiterzeitung) ausführlich über seine Angelegenheit, die er in Zusammenhang mit den Arbeiterbewegungen, zunächst mit denen unter den Schneidern, zu bringen suchte. „Bei der ersten Versammlung der Arbeiter des Schneidergewerks", erzählt er, „waren auch einige Meister zugegen. Diese waren erfreut über die Bildung ihrer Arbeiter, die sie gar nicht

in ihnen vermuthet hatten, über unseren parlamentarischen Takt, unsere billigen und gerechten Forderungen. . . Es begannen nun die Unterhandlungen mit den Meistern; es dauerte jedoch ziemlich lange, ohne daß ein Resultat gewonnen wurde. Am Palmsonntage ward, da nichts zu erreichen war, von sämmtlichen Arbeitern die Arbeit niedergelegt. Das half! Das trieb die Meister, ihre Berathungen zu beschleunigen." Nachdem er hierauf über den Abschluß der gegenseitigen Unterhandlungen berichtet, fährt er fort: „Nun hätte man meinen müssen, die Sache sei abgethan und Ruhe und Ordnung werde wieder eintreten. Einige sogenannte große Meister nämlich riefen unsere Deputation zu gegenseitiger Versöhnung in den Mielentzschen Saal, wo unter dem Knalle der Champagnerflaschen die Noth der arbeitenden Klassen berathen und besonders an uns Arbeiter des Schneidergewerks gedacht werden sollte. Allein bald hatte der Geist der Mielentzschen Champagnerflaschen die Zunge der Herren gelöst und ihre eigentliche innerste Absicht an den Tag gebracht. Es schien uns, der Deputation, gleich nicht recht geheuer in dieser weinbegeisterten Versammlung; allein wir zogen zurück nach den Zelten, wo unsere Collegen harrten und berichteten ihnen die stattgefundene Vereinigung. Am Mittwoch begannen wir darauf wieder die Arbeit. Jetzt aber schon zeigten sich die Früchte der im Mielentzschen Saale stattgehabten, anscheinend so gutmüthigen Versammlung. Die Herren nämlich, worunter auch mein Principal, hätten gern die geschehene Uebereinkunft rückgängig gemacht; ihre reactionäre Bewegung bezog sich besonders darauf, die zügellose, alle Bedrückung zulassende sog. Stückarbeit wieder einzuführen, da die Tagesarbeit mit der festgesetzten Zahl von Stunden und dem bestimmten Lohn schon bei sehr Vielen begonnen hatte. Da nun bei mir weder Champagner, noch Schmeichelworte, noch andere Einflüsse einen Einfluß zu machen schienen, und ich unter keiner Bedingung von unseren einmal festgesetzten Beschlüssen abgewichen wissen wollte, so kam es vor allrn Dingen darauf an, mich zu entfernen. Was geschah? Mir wurde nicht nur die Arbeit gekündigt, sondern ich wurde auch bei der Polizei als ein Aufwiegler denunciirt, der heimliche Waffen habe u. dgl. Kaum eine Viertelstunde nach Empfang des Entlassungsscheines kam ein Polizeisergeant und forderte mich auf, mitzugehen. Als wir beim Commissarius des Reviers ankamen, wurde ich nun zuerst von meinem Vergehen und der furchtbaren Gefährlichkeit meiner Person in Kenntniß gesetzt. Man erkannte nämlich in mir einen „Attentäter", der im Besitz einer Höllenmaschine sei; diese schreckliche Maschine ist — eine Vogelflinte. Ich protestirte gegen dergleichen Anschuldigung, schlug Zeugen darüber vor, daß ich der friedlichste Mensch von der Welt sei und wurde hierauf entlassen. Etwa 1½ Stunde später wurde ich auf das Polizeipräsidium beschieden. Ich glaubte nun Schutz bei meinem, dem hannöverschen, Gesandten suchen zu müssen. Dieser erklärte mir, er sei zu ohnmächtig gegen die Polizeimaßregel und schloß mit dem Bemerken, es würden wohl alle deutschen Aus-

länder unter den Arbeitern ausgewiesen werden. . . Inzwischen hatten die Arbeiter ihre schon begonnene Arbeit sofort wieder niedergelegt; sie ernannten eine Deputation, an deren Spitze unser Altmeister, um gegen meine Ausweisung zu protestiren. Dasselbe that Hr. Born als Präsident des Centralcomités der Arbeiter, dessen Mitglied ich bin. Dies hatte denn die Folge, daß ich vom Polizeipräsidenten eine Bescheinigung erhielt, bis auf weitere Bestimmung hier bleiben zu dürfen." — In Bezug auf die vorhin erwähnte polizeiliche Bekanntmachung wurde im politischen Club (am 26.) durch Hrn. Wentzel beantragt, eine Commission niederzusetzen zur Ausarbeitung eines Memoires an das Ministerium, worin gegen jede Beschränkung der verheißenen Freizügigkeit protestirt werde. Hr. Jung unterstützte den Antrag, indem er Hrn. Constant gegenüber bemerkte, der Club habe schon so manche directe Wirkung hervorgebracht; er werde auch diesmal nicht ohne Erfolg protestiren. Die hierauf vom Club ernannte Commission legte in der nächsten Sitzung vom 29. ihren Entwurf vor; diese Sitzung war es, in der ein unerwartetes Intermezzo wiederum ein „Ereigniß" für den politischen Club wurde. Der Bericht lautete:

Hr. v. Arcken liest den Protest gegen die Polizei-Verordnung vom 18ten d. vor, der mit einigen von der Versammlung gemachten Zusätzen angenommen wird. Die Anträge des Hrn. Wentzel, sich zu diesem Proteste mit dem constitutionellen Club, und des Hrn. Jung, sich hierbei mit allen in Berlin existirenden Clubs zu vereinigen, werden von der Versammlung, nachdem die Herren Dr. Wiß, Dehnecke und Constant dagegen gesprochen, nicht angenommen. Hierauf wird ein Protest gegen die Verordnung des Polizei-Präsidenten, in welcher derselbe sich die Erlaubniß-Ertheilung zu Volksversammlungen vorbehält, auf den Antrag des Hrn. Jung beschlossen, und Hr. Baader und Stein mit dem Entwurfe des Protestes beauftragt. — Mehrfache Störungen veranlassen den Präsidenten die anwesenden Gäste um Ruhe zu bitten und darauf hinzuweisen, wie die Gastfreundlichkeit des Clubs doch wohl wenigstens die Anerkennung verdiene, daß man seine Verhandlungen nicht unterbreche. Mehrere Stimmen rufen hierauf: „Es ist ein Besoffener hier, der muß erst heraus!" Nun wird der Skandal immer größer, vergebens bemüht sich der Präsident und einige Clubmitglieder denselben zu unterdrücken. Plötzlich werden Stöcke sichtbar und etwa 50 Leute dringen auf die friedlichen Clubmitglieder ein und schlagen auf sie los. Nachdem die Ruhestörer etwas gegen die Thür zurückgedrängt waren, gelang es nach unsäglicher Mühe wieder etwas Ordnung herzustellen. — Der Präsident ermahnt mit Energie zur Ruhe und giebt einer Person, die sich als (Pferdeschlächter) Mauch angemeldet, das Wort. — Hr. Mauch, nachdem er den Ruhestörern die Worte zugerufen: „ihr hinten, jetzt seid ihr ruhig, jetzt spreche ich!" verliest eine ganz nichtswürdige Auklageakte (der Club habe das Volk aufgewiegelt nicht zu arbeiten, er sei schuld, daß keine Arbeit da sei u. s. w.), die mit den Worten schließt: „deshalb sind wir hier, den Club aufzuheben und euch Aufwiegler bei Seite zu schaffen." — Jung als Präsident antwortet mit Kraft und Energie, seine Rede wird stürmisch applaudirt. Selbst die überaus frechen, wahrscheinlich sehr gut bezahlten Ruhestörer versuchen kein neues Attentat. Nach Jung donnern noch 3 Arbeiter gegen die Meuterer von der Tribüne. Einer unter ihnen (Hr. Zink) ruft den Ruhestörern zu: „ihr kommt heut vielleicht 100 an der Zahl gegen den Club, morgen werden 3000 Arbeiter da sein, die euch züchtigen werden für eure heutigen Schandthaten, verübt an einem Club, der sich jederzeit der Arbeiter auf das Wärmste angenommen hat." — Hierauf kehrt man zu der Tagesordnung zurück. Hr. Jung spricht noch Einiges über die Schweizer Verfassung, worauf die Sitzung geschlossen wird. — So ist auch ein zweites Attentat auf den Club fehlgeschlagen; der Ehrenmann, der es veranstaltet, möge übrigens versichert sein, daß seine Bravo's an Frechheit Alles übertrafen; so lange aber der Club eine feste, achtunggebietende Haltung wie diesmal bewahrt, werden alle Attentate mißglücken.

Dieses neue Ereigniß des politischen Clubs wurde alsbald durch Anschlagzettel in folgender Art zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Zum Drittenmale hat der schmachvolle Versuch am Sonnabend den 29sten d. M. stattgefunden, den politischen Club, den man mit dem Worte und der Feder nichts anhaben kann, durch die brutale Gewalt erkaufter Fäuste aufzuheben. — Zum Dank dafür, daß unsere Thüre stets dem Volke offen steht, drang eine zum Theil betrunkene Bande in den Saal, störte die Verhandlungen, und fiel, als ein total Betrunkener hinausgebracht werden sollte, über mehrere Mitglieder der Versammlung her, woraus sich ein Kampf entspann, den die Leiter dieses infamen Ueberfalles so früh nicht gewünscht hatten, weil sie noch Zuzug erwarteten. — Mir gelang es endlich Ruhe herzustellen, und selbst bei dieser erkauften oder irregeleiteten Bande regte sich bei unsern Vorwürfen das Schamgefühl, als ein Pferde-Schlächtergeselle Mauch (vor dem Kottbusser Thor wohnend) auftrat, seine Leute aufforderte, für jetzt ruhig zu sein, und alsdann eine Schmähschrift gegen den politischen Club vorlas, die augenscheinlich derselben Feder, welche die Erklärung der Canalarbeiter vom Plötzensee verfaßt hat, entflossen schien. Sie endigte mit den Worten: „und so sind wir hierher gekommen, den politischen Club aufzuheben.“ Man verweigerte uns die Schrift, welche wir sonst mitgetheilt haben würden. Nach meiner an die Ehre und den Verstand der Arbeiter, welchen ich noch niemals für so dumm erfunden habe, daß er sich die albernsten Mährchen aufbinden läßt, gerichteten Ansprache konnte die Versammlung ihre Verhandlungen weiter fortsetzen, worauf ich sie um 10 Uhr schloß. Vor der Thüre des Locals war eine Zusammenrottung, man griff uns jedoch nicht an, nur einige Mitglieder, welche vereinzelt zuletzt heraus gingen, wurden im Saale von diesen feigen Menschen geschlagen. Auf dem Haakschen Markt endlich fanden zwei Mitglieder des Clubs eine Truppe zu Fuß und eine auf einem Leiterwagen, mit Stöklen bewaffnete Arbeiter vom Plötzensee, die sich nach der Sebastiansstraße erkundigten und Jeden aufforderten, mit gegen die Aufwiegler zu ziehen. — Mit diesen Arbeitern treibt man ein infames Spiel, man schickt Leute hinaus, die sich als Abgesandte des politischen Clubs ausgeben, ihnen dumme Märchen aufbinden und sie zu Unordnungen auffordern müssen, nachher kommen dann die Anstifter selbst und sagen: Seht ihr, wie diese Aufwiegler euch verführen und belügen! — Der politische Club hat stets bei offenen Thüren berathen, in jeder Sitzung waren eben so viel und mehr Zuhörer als Mitglieder zugegen, und unter diesen gewiß jedesmal solche, die uns nicht besonders wohl wollten. — Was nützt uns aber die Offenheit? Haß und Bosheit erfinden dennoch die albernsten Märchen gegen uns, und die Dummheit glaubt sie ihnen. — Die am Sonnabend zum Ausbruch gekommene Verschwörung ist allem Anschein nach lange vorbereitet gewesen, hoffentlich wird der Staatsanwalt die Fäden derselben aufzufinden wissen. — Der Präsident des politischen Clubs, Jung.

Außer der polizeilichen Bekanntmachung wegen der Ausweisung fremder Arbeiter war es, wie der obige Bericht mittheilt, noch eine andere Verordnung der Polizei, gegen welche der politische Club Protest erhob. Am 29. brachte nämlich die Spen. Zeit. folgende Bekanntmachung:

Die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung vom 6. d. M. (Gesetzsamml. S. 87) disponirt in §. 4. wörtlich:

> Auch 2c. Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden 2c.

Alle Volksversammlungen, die unter freiem Himmel abgehalten werden sollen, sind demnach nur mit ausdrücklicher obrigkeitlicher Erlaubniß statthaft. Da hierüber im Publicum irrige Ansichten zu herrschen scheinen, so bin ich veranlaßt, die obige gesetzliche Vorschrift in Erinnerung zu bringen. — Berlin, den 28. April. — Polizei-Präsident v. Minutoli.

Diese Auslegung einer gesetzlichen Vorschrift erschien den Protestirenden als ein ungerechtfertigter Eingriff in das gesetzlich garantirte freie Versammlungsrecht. Nachdem Wochen lang von diesem Rechte ein unbeschränkter Gebrauch gemacht worden, sah sich jetzt die Polizei „veranlaßt“, die Ansicht, daß es zur Abhaltung von Volksversammlungen keiner Erlaubniß bedürfe, als eine irrige zu bezeichnen, vielmehr alle Volksversammlungen unter freiem Himmel von ausdrücklicher obrigkeitlicher Erlaubniß abhängig zu machen! Selbst der

constitutionelle Club sah diese Auslegung als eine „irrthümliche, gesetz- und freiheitswidrige“ an. In seiner Sitzung vom 29. stellt Hr. Prutz den Antrag, einen Protest gegen die angeführte Bekanntmachung zu erlassen. Unter dem Beifall der Versammlung motivirt er seinen Antrag aus der Pflicht des Clubs für das bedrohte Recht der freien Versammlungen gegen einen Akt der Polizeiwillkür aufzutreten. Hr. Keller spricht gegen den Antrag und sieht in der Unterlassung des Protestes vom Club eine Aeußerung der „Selbstüberwindung, dieser erhabensten Tugend.“ Man habe nicht vom Absolutismus, sondern nur von „entgegengesetzten Uebertreibungen“ zu fürchten; daher Gehorsam gegen das Gesetz des Staates. Gegen diese Ausführung erklärt Hr. Jordan: jene Selbstüberwindung sei die einer Bedientennatur. Hr. v. Bardeleben bezeichnet die polizeiliche Interpretation des Landtags-Gesetzes als eine weit über seinen Sinn hinausgehende, ungesetzliche. Hr. Nauwerck hält die empfohlene Selbstüberwindung für einen gefährlichen Grundsatz. Die falsche Demuth habe Deutschland so lange herabgewürdigt. Principiis obsta! Gerade eine solche Aufgabe sei des Clubs würdig. Und wären nicht eben die freien Volksversammlungen seit dem 18. März wahre Heilmittel kranker Zustände geworden? Hierauf wird der Antrag fast einstimmig angenommen und der Protest in der von Prutz vorgeschlagenen Fassung einer Deputation der HH. Prutz, Nauwerck, Oldenberg sofort an den Polizeipräsidenten gesandt. „Der Club“, heißt es in der Adresse, „entschlossen, Freiheit und Gesetz gleichmäßig zu schützen, zugleich in der Ueberzeugung, daß das freie Versammlungsrecht zu der wichtigsten Errungenschaft der jüngsten Tage, wie überhaupt zu den vornehmsten Grundlagen jeden wahrhaften Volkslebens gehört und daher in keiner Weise beeinträchtigt und verkümmert werden darf, sieht sich genöthigt, gegen die Auslegung, als eine irrthümliche, gesetz- und freiheitswidrige, sammt allen ihren Consequenzen, hiermit nachdrücklichst zu protestiren. Er verbindet damit die Anzeige, daß er die von ihm auf morgen Sonntag Nachmittag 4 Uhr angesetzte Volksversammlung vor dem schönhauser Thore unverändert abhalten wird und daß er sich keineswegs verbunden glaubt, erst eine polizeiliche Erlaubniß dazu einzuholen.“ Noch in derselben Sitzung überbringt die Deputation den Bescheid, daß Hr. v. Minutoli von seiner Ansicht abgegangen sei und daß man sich dahin geeinigt habe, nur eine vorgängige Anmeldung der Versammlung sei künftig nothwendig. Hr. v. Minutoli habe — wird zugleich mitgetheilt — um die völlige Unverfänglichkeit seiner Verfügung darzuthun, sich unter anderen auch auf das Beispiel des Hrn. Held berufen, welcher zu den veranstalteten oder geleiteten Volksversammlungen gleichfalls die polizeiliche Erlaubniß nachgesucht habe. — Am 30. erschien hierauf folgende Bekanntmachung:

Die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung vom 6. d. M. (Gesetzsamml. S. 87.) disponirt im §. 4. wörtlich:

„Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechts einer vorgängigen polizeilichen

Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden ꝛc."

Zur Vermeidung etwaniger Irrthümer sehe ich mich veranlaßt, die Ordner von Volksversammlungen auf die obigen gesetzlichen Vorschriften mit dem Bemerken hinzuweisen, daß von jeder beabsichtigten derartigen Versammlung hierher rechtzeitige Anzeige zu erstatten ist. — Berlin, den 28. April. — Der Polizei-Präsident v. Minutoli.

Gegen diese Form der Auslegung hatte ein großer Theil der früher Protestirenden nichts einzuwenden. Der Hr. Präsident habe sich „gewiß in genauster Uebereinstimmung mit dem Sinne" des §. 4. auf eine vorgängige rechtzeitige Anzeige „beschränkt." So das Organ des constitut. Clubs. Dagegen wollte ein anderer Theil das Recht auch zu dieser Beschränkung nicht anerkennen. Es wurde angeführt, daß die Worte des Gesetzes: „können gestattet werden" mit Berücksichtigung der Worte „insofern sie nicht gefahrbringend sind" unter anderen möglichen Auslegungen auch die zulassen, daß die Obrigkeit für gewisse Zeiten oder Orte Versammlungen, wann und wo sie für gefahrbringend erachtet würden, nicht gestatte. Jedoch Mittel für die Obrigkeit, um sich darauf gefaßt zu halten, diese oder jene Versammlung verhindern zu können, schreibe die gesetzliche Bestimmung nicht vor; diese überlasse es der Behörde, was ihr geeignet scheine zu verfügen, überlasse es eben dadurch aber auch vor der Hand dem Volke, gegen etwaige Verfügungen der Art Einspruch zu erheben, da in dieser Beziehung die Befugnisse der polizeilichen Behörde noch in keiner Weise gesetzlich abgegrenzt seien und es doch wohl der Polizei nicht überlassen werden könne, diese Grenzen nach Belieben zu ziehen, „denn sonst könnten wir leicht dahin kommen, daß alle Freiheiten, die uns das Gesetz bereits gewährt, polizeilich illusorisch gemacht würden." Jene polizeiliche Anordnung wurde gleichwohl, wenn auch anfangs unscheinbar und in milder Weise, durchgeführt. Die Versammlungen des Volksvereins unter den Zelten fanden, nachdem ihr Anordner, Hr. Schasler, die Anzeige von deren regelmäßiger Wiederkehr gemacht, nach wie vor ungehindert statt.

Eine polizeiliche Bekanntmachung hatte schon früher (S. 158) auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, welche gewisse Fälle gemeinsamer Berathungen von Arbeitern und Gesellen über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffen; sie war in Folge vorgekommener Arbeitseinstellungen, Arbeiteraufzüge und damit verbundener Versammlungen erlassen worden. Der Magistrat bekräftigte die polizeiliche Aufforderung durch folgende Bekanntmachung, vom 23.:

In den letzten Tagen haben Gehilfen, Gesellen und Arbeiter vielfach ihren Verrichtungen sich entzogen, um den öffentlichen Versammlungen beizuwohnen, man hat sogar den fleißigen Arbeiter in seiner Beschäftigung zu stören versucht. Nachdem das Königliche Polizei-Präsidium bereits die öffentlichen Aufzüge untersagt, müssen auch wir die Gehülfen, Gesellen und Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß die Gesetze das eigenmächtige Verlassen der Arbeit nachdrücklich ahnden, daß diese gesetzlichen Bestimmungen ihre volle Gültigkeit haben und daß deren kräftige Handhabung zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung unerläßlich ist. Die Sonntage und Feierabendstunden bieten zu gemeinsamen Berathungen und Besprechungen

so viel Zeit dar, daß es nur wünschenswerth sein kann und im Interesse der Gewerbegehülfen selbst liegen muß, wenn der ohnehin bedrängte selbstständige Gewerbetreibende bei seinem mühevollen Erwerbe nicht weiter unterbrochen und gestört wird.

Wie dringend und nachdrucksvoll diese Mahnungen der Behörden aber auch sein mochten, sie konnten nicht hindern, daß noch in der Oster- und der darauf folgenden Woche einzelne Corporationen von Gesellen und Gehilfen, die ihre Verhältnisse nicht nach Wunsch geregelt sahen, dennoch die Arbeiten einstellten und verbotene Berathungen über ihre Angelegenheiten abhielten. So die Töpfergesellen, die, nachdem keine Einigung mit den Meistern erzielt worden, die Arbeit niederlegten, und dies später (am 2. Mai) durch Anschlagszettel verkündigten. Für das allgemeine Interesse am fühlbarsten wurde in dieser Beziehung ein Beschluß sämmtlicher Buchdruckergehilfen, ihre Arbeit einzustellen. Am 28. erschienen Maueranschläge folgenden Inhalts:

Mitbürger! Die sämmtlichen Buchdrucker-Gehilfen Berlins sehen sich in die traurige Nothwendigkeit versetzt, die Anzeige machen zu müssen, daß ihre gerechten und billigen Forderungen von ihren Arbeitgebern, mit wenigen Ausnahmen nur, nach vierwöchentlichen Unterhandlungen nicht berücksichtigt worden sind und daß sie deshalb die Arbeit eingestellt haben. — Das Comité der berliner Buchdrucker-Gehilfen.

Die Buchdruckereibesitzer beeilten sich, in einer Rechtfertigungsschrift die Angelegenheit der „öffentlichen Prüfung" vorzulegen. „Wir erkennen es, unseren Mitbürgern gegenüber, für unsere Pflicht, auf diese Beschuldigung zu antworten und sie zu entkräften." So die Einleitungsworte ihrer Rechtfertigung, die das Sachverhältniß in folgender Weise darstellt:

Die Gehilfen hatten zuerst ihre Principale aufgefordert, mit ihnen gemeinschaftlich eine Corporation zu bilden; wie diesen ihren Wünschen entsprochen worden, geht zum Besten aus dem von der Commission der Gehilfen selbst aufgenommenen Protokoll hervor: „Verhandelt Berlin den 31. März 1848. In Folge des in dem Circular vom 26. d. M. ausgesprochenen Wunsches der Commission der Gehilfen versammelten sich heute die unterzeichneten Herren Buchdruckerei- und Schriftgießerei-Besitzer. Nach einem einleitenden Vortrage Seitens der mitunterzeichneten Commission wurde die Versammlung der Herren Principale dahin einig, daß sie der Bildung einer gemeinsamen Körperschaft ihre Zustimmung gab, und wurde hinzugefügt, daß die Einzelheiten der gestellten Anträge von dem von ihnen zu erwählenden Ausschuß im Verein mit dem Ausschuß der Gehilfen berathen werden sollten. Außerdem wurde beschlossen, die nicht anwesenden Principale durch besondere Aufforderung zu dem Beitritt zu veranlassen." — Diese Aufforderung der nicht anwesenden Principale, von welcher hier gesprochen wird, fand in der That sofort statt, und lieferte das erfreuliche Ergebniß, daß sie sämmtlich ihren Beitritt zur Corporation erklärten. In Verfolg dieser Angelegenheit ward nun Seitens der Principale ein Comité von fünf Personen gewählt und die Aufforderung an die Gehilfen erlassen, auch ihrerseits ein solches zu constituiren; demnächst aber ihre Anträge zu formiren und dieselben schriftlich dem Comité der Principale zu übersenden, damit dasselbe sich mit seinen Committenten darüber vereinbaren und dann sofort mit dem Gehilfen-Comité gemeinschaftlich darüber verhandeln könne. — In der That wurden nun auch die gemeinschaftlichen Anträge unter dem Namen „Forderungen der Gehilfenschaft" dem Comité der Principale zugefertigt, von demselben begutachtet und der General-Versammlung vorgelegt. Es erscheint uns unerläßlich die Grundsätze auszusprechen, von denen diese Begutachtung ausgegangen, und wir geben sie wörtlich aus unserm Protokolle vom 19. und 20. April. Den neuen Tarif betreffend, dessen Normirung die Aufgabe unseres Corporationsvorstandes sein wird, fügen wir nur noch hinzu: wie es die Billigkeit erfordert, daß er nicht vor dem 1. Juli ins Leben trete, damit Jedem möglichst Gelegenheit gegeben werde, seine laufenden Verbindlichkeiten zu erfüllen, um sich auf eine etwaige Erhöhung der Preise vorzubereiten. Schließlich ward der mitunterzeichnete C. A. Schiementz beauftragt, eine Aufforderung zu einer General-Versammlung am 25. April, Nachmittags 5 Uhr im Lokal des

Gesellschaftstheaters Urania an die sämmtlichen Herren Buchdruckereibesitzer ergehen zu lassen, und derselben den Abdruck der Forderungen zur speciellen Kenntnißnahme für jeden Einzelnen beizufügen. Wir anerkennen den Trieb und das Streben jedes Menschen, durch möglichst geringe Arbeit möglichst hohen Erfolg zu erstreben. Es hieße die menschliche Natur und die sittliche Bestimmung läugnen, wollte man dieses Streben tadeln; — aber wie man den Fluß nicht zwingen kann, aufwärts zu fließen, vermag man auch die Naturgesetze der Industrie und des Handels, die Ursache und Wirkung der Anstrengung und des Erfolges, der Arbeit und des Lohnes, nicht zu beschränken, oder gar umzukehren, ohne dadurch sich selbst zu verderben. Die Wissenschaft von der Production und Consumtion, die Staatswirthschaft und National-Oekonomie lehrt und beweist es mit unbesiegbaren Legionen gezählter Thatsachen der Statistik, daß jede Vertheuerung einer Production, einer Waare, eines Fabrikats die Consumtion, den Verbrauch unberechenbar vermindert, und also auf die Production selbst drückt, so daß daraus die Arbeits- und Genußquellen nicht mehr so reichlich fließen, und man viel mehr an Arbeit und Lohn verliert, als man durch Erhöhung des Lohnes gewinnt. Man muß die Forderung: weniger Arbeit, mehr Lohn! in Procenten ausdrücken. Die jetzt in allen Arbeitszweigen theils verlangten, theils schon bewilligten Arbeitsverminderungen mit Lohnerhöhungen belangen durchschnittlich 50 Procent darin arbeitenden Capitals. Also muß auch durchschnittlich eine Vertheuerung dieser Arbeitsproducte um 50 Procent eintreten, wodurch der Verbrauch dieser Arbeiten um mehr als 100 pCt. abnehmen muß. Die Volkswirthschaftslehre beweist aus 100jähriger Statistik, daß, wenn die Preise eines Arbeitsproductes in arithmetischen Proportionen zunehmen, der Verbrauch in geometrischen Proportionen abnimmt. Das ist eine unumstößliche furchtbare Wahrheit, die uns alle Industrie, allen Handel, alle Bildung und Civilisation nehmen kann, wenn Arbeit und Lohn zwangsweise in dem angebahnten Mißverhältniß erhalten werden. Zunächst werden die Arbeitgeber, also die Arbeitsquellen, und dann die Arbeiter selbst ruinirt, brodlos, wie wir dies furchtbar schnell an einigen eingehenden Fabriken sehen. Kein Arbeiter, kein Arbeitgeber kann zu einem bestimmten Lohne gezwungen werden, sondern dieser muß aus ihrem freien Privat-Contracte hervorgehen, wenn die Freiheit nicht eine Lüge werden soll. Sollen und dürfen wir, die einem Geschäft angehören, das recht eigentlich die Nährerin der Intelligenz ist, die ersten und höchsten Gesetze der Intelligenz verläugnen? Dürfen wir, die Diener der befreiten Presse, den Grundsätzen der Unfreiheit huldigen? Müssen wir nicht intelligenter, einsichtiger und klüger sein, als andere Klassen von Gewerbtreibenden, die nur ihren nächsten Vortheil sehen, aber nicht das dahinter lauernde sichere Verderben? — Dürfen wir also die Forderungen unserer Gehilfen ohne Weiteres bewilligen? — Wir wollen gern alles Mögliche thun zur Verbesserung ihrer Lage; wir haben gemeinsame Interessen mit ihnen; ihr Wohl ist auch das unsrige; aber eben deshalb dürfen wir unsere Industrie nicht zu Grunde richten lassen, wir dürfen ihre Verblendung nicht theilen, sondern haben vielmehr den Beruf, ihnen die Augen zu öffnen, damit sie den Abgrund erkennen, vor dem sie stehen. Dies mit Schonung und ohne Groll zu thun, erkennen wir für unsere erste Aufgabe, und durchdrungen von diesen Gesinnungen, sind wir an die Begutachtung gegangen, die wir die Ehre haben, Ihnen hier vorzulegen. A. W. Schade. Eduard Hänel. J. Petsch. Julius Sittenfeld. C. A. Schimentz. C. Unger." —

Im Wesentlichen sprach sich dies Gutachten dahin aus, daß der Berathung über die Forderungen der Gehilfen die Bildung einer Corporation vorangehen müsse; und diese Ansicht wurde nicht allein von der Generalversammlung zum Beschluß erhoben, sondern auch sofort die Grundzüge dieser Corporation festgestellt. Um den Gehilfen inzwischen den Beweis zu geben, wie weit unsere gemeinschaftliche Angelegenheit vorgeschritten, erließen wir unter'm 27. den folgenden Erlaß an dieselben. „An das Comité der Gehilfen. In Verfolg unsrer gestrigen Zusammenkunft theilen wir Ihnen, nach Ihrem Wunsche, hier schriftlich den wesentlichen Inhalt der Ihnen gestern gemachten Eröffnungen mit, um sie Ihren Herren Committenten vorzulegen. Wir können es mit Ihnen nur billig und zeitgemäß finden, die Stellung der Gehilfen zu verbessern, und zwar zunächst durch Erhöhung der Arbeitspreise und Verminderung der Arbeitszeit; wir erachten es aber für ebenso nothwendig, auch die vielfachen sonstigen Uebelstände, unter denen unser Geschäft leidet, durch geeignete Anordnungen und Beschlüsse zu beseitigen, und finden die wirksamsten Mittel hiezu, wie Sie, einzig und allein in der Bildung einer Corporation. Diese hier ausgesprochene Ansicht ist vollständig auch die der General-Versammlung der Principale gewesen, und man hat sich deshalb zunächst darüber vereinigt, die Grundzüge dieser Corporation zu berathen. Der Vorstand derselben, aus 10 Personen bestehend, würde zur Hälfte aus Principalen, zur Hälfte aus Gehilfen bestehen, und von diesen gemeinschaftlich die Frage der Gegenwart berathen und geordnet werden. So lange die gesetzlichen Bestimmungen hindernd im Wege stehen,

würden in allgemeinen Corporations-Angelegenheiten nur die 5 Principale eine beschließende Stimme haben können; in allen Streitfällen zwischen Principalen und Gehilfen dagegen würde der gesammte Vorstand von 10 Mitgliedern als Schiedsgericht abstimmen und beschließen. Dieser Gesammtvorstand, welcher nach erfolgter Beistimmung Ihrerseits sofort in's Leben treten müßte, würde nur zunächst die specielle Prüfung ihrer Preisforderungen vorzunehmen haben, und durch absolute Stimmenmehrheit seiner Mitglieder den neuen Tarif, so wie die Zeit seines Eintritts feststellen. Diese Feststellungen werden ferner sofort bindende Kraft erhalten für alle Principale und Gehilfen, ohne daß eine weitere Rückfrage an sie erforderlich wäre. Jedenfalls würde es dabei zum Schutze unserer Industrie eine unumgängliche Nothwendigkeit sein, den neuen Tarif in Uebereinstimmung mit dem der Städte zu bringen, die bei der Concurrenz mit uns in Betracht kommen, wozu namentlich Leipzig zu rechnen wäre; um diese Uebereinstimmung hervorzurufen, wird vorzugsweise in Ihrer Hand liegen, da Sie, nach den uns gewordenen Mittheilungen, bereits nach allen Seiten erfolgreiche Verbindungen angeknüpft haben. Morgen Abend wird eine abermalige General-Versammlung der Prinzipale stattfinden; wollten Sie also Ihre Erklärung über die gegenwärtige Mittheilung bis morgen Abend um 6 Uhr an unsern A. W. Schade gelangen lassen, so würde sie sofort der General-Versammlung vorgelegt werden können. Wir sind alsdann sehr gern bereit, es zu veranlassen, daß schon übermorgen (Sonnabend) Abend die erste Versammlung der beiden vereinigten Ausschüsse stattfinde, da uns, mit Ihnen, daran liegt, die fragliche Angelegenheit so schnell als möglich zu erledigen. Berlin, 27. April 1848. Das Comité der Principale."

Am Schlusse ihrer Rechtfertigungsschrift bemerkten die Buchdruckereibesitzer, daß entsprechende Maßregeln getroffen seien, um sowohl das Erscheinen der Zeitung als die Befriedigung des dringendsten Bedürfnisses an Druckarbeit zu sichern. Freilich zeigte die plötzliche Ebbe in der Straßeneckenliteratur, das gänzliche Ausbleiben oder das mangelhafte Erscheinen der Zeitungen, daß die Principale, die jetzt selbst genöthigt wurden, mit Hilfe einiger Burschen die Druckarbeiten auszuführen, trotz allen Eifers nicht im Stande waren, auch nur entfernt die Lücke auszufüllen, die durch den Beschluß der Gehilfen in der Preßproduction entstanden war. Was vom 28. April bis zum 2. Mai durch die berliner Presse producirt wurde, beschränkt sich auf einige Zeitungsnummern von kärglichem Umfange, und auf Anschlagszettel in dürftiger Anzahl. Die beiden alten Morgenzeitungen lieferten das meiste Material, das freilich gegen den sonstigen Umfang äußerst gering war. Die Beilagen der Voss. Zeitung trugen eine fremde Druckfirma. Das trübseligste Aussehen boten die Straßenecken: statt der sonst an ihnen gewohnten reichen Bekleidung jetzt nichts als wenige gedruckte Theaterzettel und geschriebene oder lithographirte Einladungen zu Club- und anderen Versammlungen. Am 28. erschien kein Abendblatt. An Stelle der Allgemeinen Preuß. Zeitung wurde ein fliegendes Blatt ausgegeben; es enthielt Folgendes:

Die Redaction der Allg. Preußischen Zeitung sieht sich außer Stande, heute ein Blatt erscheinen zu lassen; die Umstände, welche die Herausgabe verhindern, gehen aus nachstehender Erklärung hervor: „Die gestörten Verhältnisse zwischen den Buchdrucker-Principalen und Gehilfen haben es der unterzeichneten Druckerei unmöglich gemacht, die heutige Nummer der Allgemeinen Preußischen Zeitung erscheinen zu lassen. Die Gehilfen derselben haben im Interesse ihrer Collegen in einigen anderen Instituten nicht geglaubt, sich von einer Demonstration zurückziehen zu dürfen, zu welcher ihnen speciell in keiner Weise Veranlassung gegeben war. — Deckersche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei."

Von den anderen Blättern konnte die „Zeitungshalle" erst in einem Extrablatte vom 30. erklären, daß es ihr nicht möglich gewesen, früher zu er-

scheinen; die wenigen vorhandenen Kräfte in ihrer Druckerei seien durch die Druckarbeiten für die Wahlangelegenheit und die nothdürftigsten Arbeiten für das Intelligenzblatt Tag und Nacht in Anspruch genommen worden. Die „Nationalzeitung" erschien in halben Bogen. „Wir sind", bemerkte die Redaction, „dem Streite zwischen den Arbeitgebern und den Gehilfen fremd, werden aber auf das Empfindlichste von den Folgen desselben getroffen, weil uns der Druck der Zeitung unmöglich gemacht ist. Um nun unsere Pflicht gegen die Abonnenten einigermaßen zu erfüllen, haben wir uns auf die Mittheilung des Wichtigsten beschränken müssen und obwohl uns auch dies nur unter sehr erschwerenden Umständen möglich geworden ist, so werden wir doch täglich fortfahren, in dieser Weise unsere Leser mit den Zeitereignissen in Zusammenhang zu erhalten, so lange die zwingende Beschränkung auf uns lastet." Wehmüthig blickt die Spen. Zeit. auf ihre Vergangenheit. „Wir sind", erklärt sie, „dem Publicum noch die Erklärung schuldig, daß unsere über 107 Jahre bestehende Druckerei immer, auch unter den schwierigsten Umständen, in Zeiten schwerer Kriegsbedrängniß, ihrer sämmtlichen Arbeiter Wohl und Gedeihen gepflegt und gefördert hat, daß auch die Lage unserer jetzigen Arbeiter, von welchem mehrere bereits 35 Jahre in unserer Druckerei beschäftigt sind, nach den neuesten Vorgängen, obwohl über den Lohn nie Beschwerde eingegangen, verbessert worden ist, die Setzergehilfen auch dem Principal und den Factoren ihre Zufriedenheit ausgesprochen haben. Nur das Interesse für andere Genossen in anderen Officinen kann daher, zu unserem innigsten Bedauern, die Arbeitseinstellung unserer Setzergehilfen herbeigeführt haben."

Zwei Tage feierten die Arbeiter. Außerhalb der Stadt, „in den Zelten" waren sie während dieser Zeit, gleichsam in Permanenz, versammelt, um hier unter Born's ihres unermüdlichen Präsidenten Leitung die weiteren Schritte zu berathen und die Anträge entgegenzunehmen, die zur Vermittelung an sie gestellt würden. Am zweiten Tage der Arbeitseinstellung erließ der Polizeipräsident eine Bekanntmachung des Inhalts: daß, da nach den geltenden Bestimmungen alle fremden Gewerbegehilfen, sobald sie drei Tage lang ohne Arbeitsgelegenheit und Beschäftigung gewesen, aus der Stadt entfernt werden sollen, hiernach gegen sämmtliche nicht einheimische Buchdrucker-Gehilfen, die bis zum 2. Mai nicht wiederum in Arbeit getreten sind, ohne Aufschub und mit aller Strenge werde verfahren werden. Doch nicht diese Drohung bestimmte die Gehilfen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen; vielmehr war es das ihnen officiell gemachte Versprechen, daß ihre Angelegenheit am 1. Juni definitiv geregelt sein solle, was sie den Beschluß der Rückkehr zur Arbeit fassen ließ. Ein Zwischenfall jedoch wurde wiederum für die Mehrzahl der Gehilfen Veranlassung, ihre Officinen bald nach wieder aufgenommener Arbeit zu verlassen. Maueranschläge brachten am 1. Mai folgende

Erklärung. Die Buchdruckergehilfen Berlins hatten am 27. d. M. beschlossen, ihre Arbeit einzustellen. Man hat sich bemüht, die öffentliche Meinung zu ihrem Schaden zu bestechen, das Publicum glauben zu machen, als seien ihre Forderungen zu hoch und nur vom Uebermuthe ausgegangen. Der Inhaber der Vossischen Zeitungsdruckerei berichtet, daß seine Gehülfen 4 bis 6 Thaler wöchentlich verdienen und deshalb wohl zufrieden sein könnten. Warum hat er hinzuzusetzen vergessen, daß sie diesen Verdienst bei einer täglichen Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden (einschließlich des Sonntags) erst erreichen? Und wenn einzelne Arbeiter bessere Stellen gehabt, so ist es nur ehrenwerth von ihnen, daß sie sich ihren Kameraden anschlossen, um die erbärmliche Lage derselben verbessern zu helfen, denn die große Mehrzahl der hiesigen Buchdruckergehülfen verdient bei einer 12- bis 14stündigen Arbeitszeit nur drei und drei und einhalb Thaler wöchentlich. Wir fragen, wenn einige Wenige von uns es hin und wieder zu 6 Thaler Wochenverdienst bringen, ob unsere Forderung von fünf Thalern für den Durchschnitt noch zu ungebührlich ist? Möge das Publicum bedenken, daß wir Arbeiter der schwächere Theil sind, denn wir haben nicht allein den Widerstand von Prinzipalen zu bekämpfen, wir haben gegen uns auch noch die Macht der Polizei-Gesetze! — Die Herren Buchdruckereibesitzer haben uns jetzt einen Vermittlungsweg vorgeschlagen; wir haben ihn angenommen. Wir sind mit leeren Unterhandlungen vier Wochen lang hingezogen worden; es ist uns gestern in einer Sitzung vor der Magistratsbehörde feierlichst das Versprechen gegeben worden, daß unsere Angelegenheiten bis zum 1. Juni definitiv geregelt sein sollen. In einer Zeit, wo die geistige Nahrung ein so nothwendiges Bedürfniß wie das Brod geworden, wollen wir unsere materiellen Interessen nicht über die allgemeinen stellen. Wir haben es deshalb einem Jeden von uns überlassen, in die Druckerei zurückzukehren. — Berlin, den 30. April 1848. Das Comité der Berliner Buchdruckergehülfen.

Kaum war diese Erklärung in eine Druckerei zur Vervielfältigung gebracht, als den Gehilfen mehrerer Offizinen, welche sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, von ihrem Prinzipal ein Revers zur Unterschrift vorgelegt wurde, der ungefähr des Inhalts war: daß die Unterschriebenen reuig über den gethanen Fehltritt in ihre Druckerei zurückkehren, daß sie bekennen, sie hätten ihre Demonstration der Arbeits-Einstellung in der Aufregung und von Aufwieglern verführt, gethan, und versprechen, sich zu dergleichen nie mehr hinreißen zu lassen. Einzelne Buchdruckerei-Besitzer sagten, daß dieser gedruckte Revers den Gehilfen aller Druckereien vorgelegt werden, und daß diejenigen, welche sich nicht unterschrieben, von der zu bildenden Corporation ausgeschlossen seien und hier in Berlin nie Arbeit bekommen würden. — Wie zu erwarten, wurde dieser Antrag mit tiefer Verachtung aufgenommen. Die Arbeiter fühlten sich in ihrer Ehre auf das Empörendste verletzt, daß man es wagen durfte, sie wie die Buben zu behandeln, daß man von ihnen eine Unterschrift zu einem Verrath an ihrer Ehre und ihren Collegen verlangt. Sie haben die Versöhnung gewollt, man hat sie dafür mit Füßen getreten. Kein Mann wird dieses dulden.

Der Verlauf dieser ganzen Angelegenheit wurde einige Tage später von Born in einem auch als Flugblatt verbreiteten Zeitungsartikel („Mittheilungen über die Forderungen der Buchdrucker") dargestellt. „Die Angelegenheiten der Buchdruckergehilfen", beginnen diese Mittheilungen, „sind mehr als die anderer Arbeiter zur allgemeinen Besprechung gekommen; das Publicum betheiligte sich lebhaft an denselben, denn es war selbst von ihnen betroffen, es mußte sich zwei Tage lang mit kargen Erinnerungen an früher reichhaltige Zeitungen begnügen. Wir haben in Berlin ungefähr 600 Buchdruckergehilfen, von denen drei Viertel den Setzern angehören. Sie verdienen im Durchschnitt 3 bis 3½ Thlr. wöchentlich und haben davon oft eine Wochenausgabe bis zu 15 Sgr. für wohlthätige Zwecke. . . Ueber die Intelligenz und den sittlichen Werth der Buchdruckergehilfen möge das Publicum richten, wenn es sich aus den Listen überzeugt, daß zwölf derselben zu Wahlmännern gewählt wurden." Nachdem hierauf die Forderungen der Gehilfen beleuchtet und als gerecht und billig dargestellt werden, folgt ein Resumé der Vorgänge seit der Arbeitsein-

stellung: „Die Gehilfen nahmen das Versprechen der Druckereibesitzer an, daß ihre Verhältnisse bis zum 1. Juni geregelt sein sollen, sie wollten, gestützt auf dies Versprechen, ihre Arbeit wieder aufnehmen, als ihnen der berüchtigte Revers zur Unterschrift vorgelegt wurde, „daß sie ihre Demonstration bedauern und sie gern zurücknehmen möchten." Eckenzettel machten dies dem Publicum bekannt und eine allgemeine Entrüstung erhob sich, wo es nur gelesen wurde. Der Zettel erzählte die trockene Thatsache, wie sie in der Sittenfeld'schen Druckerei sich zugetragen, es war am 1. Mai, dem Wahltage, und Hr. Sittenfeld, der in den Vorversammlungen über 200 Stimmen gehabt hatte, bekam nur noch 3 Stimmen. Die öffentliche Meinung hatte gerichtet! An dem Abend desselben Tages war eine General-Versammlung der Buchdruckerei-Besitzer. Der Revers, der nicht von Hrn. Sittenfeld allein ausgegangen war, sondern von demselben nur zufällig seinen Gehülfen zuerst vorgelegt wurde, wurde von der Majorität der Principale in dieser Generalversammlung anerkannt, und faßte man den Beschluß, denselben am andern Morgen den Arbeitern zur Unterschrift vorzulegen. Hr. Baartz protestirte sogleich. Die Hrn. Decker, Reimer und Hayn legten den Revers ihren Gehilfen nicht zur Unterschrift vor; sie gaben vielmehr zu, daß eine solche Forderung ein Schimpf sei, zu dem sie sich nicht erniedrigen mögen. Bei ihnen, ebenso in den Zeitungsdruckereien, wurde gearbeitet, bei den anderen Principalen aber verließen die Gehilfen die Officin und versammelten sich am 2. Mai des Mittags unter den Zelten. Sogleich erschien der Stadtrath Risch, der ihnen die Mittheilung machte, daß der beabsichtigte, von der Majorität der Buchdruckerei-Besitzer am Abend vorher zum Beschluß erhobene Revers zurückgezogen sei, und daß er deshalb die Gehilfen ersuche, die Arbeit wieder aufzunehmen in der Voraussetzung, daß ihre Angelegenheiten bis zum 1. Juni geregelt sein werden."

Die Demonstration der feiernden Buchdrucker wurde von der Tagespresse nicht gerade günstig beurtheilt. Hr. Held setzte an die Spitze seiner „Locomotive" eine Erklärung, in welcher es heißt: „Je mehr wir bewiesen haben, wie sehr wir das Interesse unserer Arbeiter nicht bloß vom Standpunkte des Rechts, sondern sogar von dem der Humanität aus im Auge haben, um desto eher dürfen wir die Forderungen der Buchdruckergehilfen für ungerechtfertigt erklären und zurückweisen." Und der „Publicist" erklärt, die Principale seien mit Recht der Meinung, daß „eine solche Arbeiterdespotie" nicht geduldet werden dürfe. Neben derartigen Beurtheilungen fand auch die Ansicht einen Ausdruck, welche die Gehilfen als „aufgewiegelt" darstellte. Die „Reform" läßt sich mehrfach von den „verunglückten Versuchen der Reaction" berichten, jener Ansicht Geltung zu verschaffen, wobei denn, wie dasselbe Blatt hinzufügt, nicht übersehen werden dürfe, daß diese Experimente ganz kurz vor den Wahlen ge-

macht worden seien. — Jene „Versuche der Reaction" lassen sich besonders deutlich erkennen in der Art, wie den angeblichen Aufwiegeleien des politischen Clubs und verwandter Versammlungen Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Hieher gehört der früher (S. 245) kurz erwähnte Vorgang, durch welchen die Berathungen der Zelten-Versammlung vom 23. in ungewöhnlicher Weise gestört wurde. Die Zeitungshalle berichtete ausführlicher darüber: „Schon während Hr. Held sprach, ließ sich von einer bestimmten Richtung her ein lautes Murren vernehmen, welches bei der Rede des Hrn. Jung wuchs und in Drohungen, wie „herunter mit ihm!" „nieder mit dem Aufwiegler!" ausbrach. Ein Student, der früher das Unglück gehabt hatte, einen Arm zu verlieren und der den Drohenden zunächst stand, wandte sich zu diesen und suchte sie zur Ruhe zu bringen, indem er ihnen das Unwürdige ihres Benehmens vorhielt. Allein statt aller Antwort versetzte ihm einer der Murrer einen Schlag mit einem Stocke auf den noch übrigen Arm. Einen Mann, der dem Studenten zu Hülfe sprang, faßte ein anderer bei der Gurgel. Aber nun entbrannte der Zorn des Volkes. Alles stürzte auf den Gewaltthätigen los, der schlauer Weise, ehe die Kunde von seiner That sich verbreitet hatte, durch den Haufen seiner Genossen entschlüpft war. Leider, wie es im Eifer zu geschehen pflegt, ergriff man einen Unschuldigen und brachte diesen auf die Tribüne. Hier gelang es ihm jedoch bald sich zu rechtfertigen — er war nur hinter dem Prügler hergelaufen — und sich durch mehrere Anwesende als freiheitsliebenden Mann zu legitimiren. Die Entrüstung über das Attentat war allgemein und verschwand nur durch die Wiederaufnahme der Debatte, welche, nach Beseitigung der gemachten Störung, ruhig zu Ende geführt wurde." — Welche Bedeutung dem späteren Vorfalle im politischen Club beigelegt wurde, geht aus den oben mitgetheilten Berichten von Clubmitgliedern hervor. Die Schmähschrift selbst, welche zur Motivirung des gegen den Club beabsichtigten Attentates verlesen wurde, der Contrast zwischen der Ausdrucksweise der Schrift, und derjenigen der Personen, welche die Mission hatten, den Club aufzuheben und die Aufwiegler bei Seite zu schaffen, zeigen nur zu erkennbar die Absicht der das Unternehmen leitenden, bei der Ausführung jedoch nicht direct betheiligten Personen, die gemietheten Executoren ihrer Pläne zugleich als solche erscheinen zu lassen, die, obgleich Arbeiter und Proletarier, dennoch der „Aufwiegeleien" müde, diesen ein gewaltsames Ende zu machen bestrebt seien. Dieselbe Absicht verrieth ein Plakat, das, am Tage jenes Attentates verbreitet und mit der allgemeinen Unterschrift der „Canalarbeiter von Plötzensee" versehen, den Unwillen dieser Arbeiter über jede Ruhestörung aussprach und weiterhin erklärte, daß sie in Zukunft Jeden der zu ihnen komme, um Reden zu halten, der Behörde als Unruhstifter übergeben würden: sie wüßten ja doch nicht was ihnen gut wäre oder was ihnen schadete, daher wollten sie Alles ihren Vorgesetzten überlassen, zu denen sie Vertrauen hätten. Es war derselbe Eckenanschlag, auf den

Hr. Jung in seiner Bekanntmachung über die Vorgänge im Club vom 29. hindeutete. „Wenn diese Erklärung", bemerkte damals ein Blatt höhnisch, „von den unterzeichneten Arbeitern wirklich ausgeht, dann scheint das ganze Corps aus früheren Mitgliedern des ersten Garderegiments zu Fuß zu bestehen." Von denselben Arbeitern am Plötzensee wußte übrigens die Voss. Zeitung (v. 26.) mitzutheilen, daß sie eine Art Ehrengericht unter sich errichtet hätten, mittelst dessen sie Jeden von der Arbeit wiesen der sich eines unwürdigen Betragens oder der Trägheit auf Kosten der Anderen schuldig machte. Schon wären mehrere Arbeiter durch dasselbe entfernt worden. An die Spitze dieses Gerichtes hätten sie den ihnen zugewiesenen neuen Baumeister Lehmann gestellt. „Als Beispiel" so schließt diese Zeitungsnotiz, „welcher Mittel man sich bediente, um die Arbeiter am Gründonnerstage zu bewegen in die Stadt zu kommen, möge auch der Umstand dienen, daß Emissäre sie glauben zu machen suchten, der Staat sei zahlungsunfähig, und wenn sie am 20. nicht selbst ihren Wochenlohn holten, würden sie gar nichts mehr erhalten. Der Baumeister gab ihnen jedoch die Versicherung, daß er Nachmittags um 4 Uhr mit dem nöthigen Gelde auf der Baustelle sein werde und hielt Wort. Die Arbeiter jedoch verlangten es nicht einmal, sondern wollten erst Ende der Woche ihren Lohn gezahlt haben." Knüpfen wir hieran eine andere, mit dem Gegenstande zusammenhängende Mittheilung derselben Zeitung. „Am 25. Vormittags", berichtet diese, „hat im Henningschen Locale eine Arbeiterversammlung stattgefunden, in der die Herren Jung und Siegerist den Versammelten auseinandersetzten, daß sie ihre bisher errungenen Vortheile und Rechte weiter verfolgen müßten und sich vor der Gefahr zu fürchten hätten, daß man sie ihnen allmählig wieder nehme. Andere Redner, auch aus dem Arbeiterstande selbst, suchten diese Besorgnisse zu entfernen und den Aufregungen entgegenzuwirken." Gegen dieses „böswillige" Referat erließen darauf die (namentlich aufgeführten) Deputirten der Maschinenbauer eine Erklärung, derzufolge den dort bezeichneten Rednern nichts weniger als das gerade Gegentheil von dem was sie wirklich gesprochen, in den Mund gelegt worden sei. Hr. Jung habe nämlich in jener Versammlung der Eisenarbeiter vorgetragen, daß man über die socialen Fragen, die Verhältnisse der Arbeit, die Politik nicht aus den Augen verlieren dürfe, welche allein im Stande sei, einen bessern Zustand dauernd und fest zu begründen. Deshalb möge man sich an den Wahlen betheiligen, damit dem Arbeiter durch die Gesetzgebung geholfen und der Arbeitgeber in den Stand gesetzt würde, die an ihn gestellten Forderungen erfüllen zu können. Hr. Siegerist sei ebenfalls von den ihm aufgebürdeten Reden so weit entfernt gewesen, als der Berichterstatter von der Wahrheit. „Diese Leute" heißt es hierauf schließlich in der Erklärung, „sprechen immer von Ordnung, Vertrauen rc. und reizen durch ihre verleumderischen Verketzerungen stets eine Partei gegen die andere."

Versammlungen, wie die eben erwähnte der Maschinenbauer, fanden in dieser Zeit um so häufiger unter den Arbeitern statt, als diese, zum ersten Male berufen, eine vollgiltige Stimme für die Volksvertretung abzugeben, mehr oder minder stark das Bedürfniß fühlten, im Interesse ihrer eigenen Sache dem nahe bevorstehenden Wahlacte wohlvorbereitet entgegenzugehen. Soweit die Mittel des politischen Clubs reichten, versuchten es dessen Mitglieder, ihren Einfluß auf die Arbeiter und deren Berathungen geltend zu machen. Wurden von dieser Seite überwiegend politische Zwecke verfolgt, so schien dem constitutionellen Club daran gelegen, die Arbeiter in ihren nächsten Angelegenheiten nicht ohne seinen Rath zu lassen. Zwar versuchte er auch selbstständig die Leitung von Volksversammlungen zu übernehmen, seine ersten Unternehmungen dieser Art blieben jedoch noch resultatlos. In der Sitzung des Clubs vom 21. wurde auf den Antrag Volkmar's die Niedersetzung einer Commission für die Beschickung von Volksversammlungen beschlossen; gleichzeitig wurde ein Antrag von Prutz schon auf den nächsten Montag (den 24.) eine Volksversammlung zu berufen, angenommen. Diese kam jedoch nicht zu Stande. Die aus den Herren Lette, Prutz, Volkmar, Jordan, Rau, Furbach, Schomburgk, Born zusammengesetzte „Volksversammlungscommission" hielt ihre ersten Sitzungen am 22. und 24.; und sie ergänzten sich zunächst durch eine Anzahl hinzugezogener Mitglieder, wobei ihre Wahl auf die Herren Baumeister Hoffmann, Dr. Bollmann, Dr. Kleiber, Tischler, Deutsch, Cäsar Wollheim, Dove, Nauwerck, Bisky, Tischler Schwarz, v. Bardeleben, Dr. Wöniger, Arbeiter Lohden, Steuercontroleur Schippel, Schneider Michaelis fiel. Sodann beschloß sie, eine eigene Volksversammlung auf den 28., vor dem schönhauser Thore auszuschreiben. Dieser Beschluß ward in einer dritten Sitzung, am 27., bestätigt, und zugleich eine vorläufige Tagesordnung für die Versammlung in der Art festgesetzt, daß sie sich vorzugsweise mit den Arbeitsverhältnissen und den bevorstehenden Wahlen beschäftige. Ungünstiges Wetter verhinderte die Abhaltung der „ziemlich zahlreichen" Versammlung im Freien; so wurde denn das nächstbelegene Sakowsky'sche Local gewählt, wo unter Leitung des Hrn. Furbach Verhandlungen stattfanden. — Thätigen Antheil nahm der constitutionelle Club durch besonders beauftragte Mitglieder (Jordan, Tischler, Strebe u. A.) an den Verhandlungen der Deputations-Versammlungen des Centralcomité's für Arbeiter. Dieses hatte am 29. seinen Präsidenten Born und andere Mitglieder in den Club gesandt, um ihn zur Theilnahme an den Berathungen aufzufordern; die Deputation der Arbeiter war vom Club „freudig begrüßt" worden. Am 22. und 28. hielten die Arbeiterdeputations-Versammlungen ihre Sitzungen. Fragen über die Möglichkeit der Garantie der Arbeit, über Credit- und Vorschußbanken, Assecuranzen, über die Verbesserung der Lage des Arbeiters durch einträglichere Bebauung des Bodens, über Zweckmäßigkeit der Lohnerhöhung und dgl. beschäftigten die Versammlung. Von allen Vorschlägen wurde der

einer Urbarmachung und einträglicheren Bebauung des Bodens als am geeignetsten für eine gründliche Erörterung dem Centralcomité empfohlen. Brot, äußerte Hr. Bisky, sei nicht genug für Alle da; aber Erde sei da zur Erzeugung des Bodens, auch Arbeitskräfte seien vorhanden; benutze man also beide. Erweiterte Bebauung des Bodens werde die Arbeit auf allen Gebieten vermehren. Die Frage über Lohnerhöhung wurde als eine Nebenfrage, als eine Frage des Augenblicks für das Centralcomité bezeichnet. Dieses müsse sich vielmehr die Ausarbeitung umfassenderer Pläne zur Aufgabe machen. Hr. Born legte einen solchen Plan vor, in welchem nach gewissen Rubriken eine Reihe von Punkten festgestellt waren, deren Verwirklichung für das Gewerbe überhaupt ersprießlich sein würde. Bevor die Versammlung jedoch zur Berathung dieser Punkte überging, beantragte Hr. Bisky die Abfassung eines Normal-Statuts für die Verwaltung der Gesellen- und Gehilfen-Krankenkassen, welche fortan selbstständig von den Theilnehmern verwaltet werden müßten. Ein anderer Antrag desselben, in sämmtlichen Gewerken und Arbeitergesellschaften Listen der Arbeitslosen anfertigen zu lassen — als ein Mittel die Arbeiterforderungen wirksam zu unterstützen — so wie der, daß von Gewerken und Arbeitergesellschaften Protokolle über alle Schritte, welche sie im Interesse ihres Gewerkes gethan, dem Centralcomité eingereicht werden, endlich der, daß dieses Comité Schritte thue, um die Ausweisung der Arbeiter, wenn sie nicht durch Verbrechen oder Arbeitsscheu bedingt sei, gänzlich zu beseitigen, daß aber, wenn die Beseitigung dieser Maßregel durch die bestehenden Communaleinrichtungen vorläufig unmöglich gemacht würden, die Ausweisung wenigstens erst nach vierzehntägiger Arbeitslosigkeit und mit Zutheilung eines Reisegeldes von 2 Groschen eintreten solle, wurden sogleich angenommen. In der Ausweisungsangelegenheit hatte das Centralcomité bereits vorher der Magistrats-Deputation für das Wohl der Arbeiter eine Schrift eingereicht, in der nachgewiesen war, daß die Ausweisung brotlos gewordener Arbeiter ebenso ungerecht und hart gegen diese, wie nachtheilig für die Arbeitsgeber und unzweckmäßig für das Staatswohl sei.

Inzwischen hatte die zuletzt erwähnte Deputation zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen wiederum eine Reihe von Anträgen berathen und Vorschläge gemacht welche am 27. als „weitere Beschlüsse" in folgender Art veröffentlicht wurden:

19) Wurde beschlossen, bei der Königlichen Seehandlung den Antrag zu stellen, daß Tischlerarbeiten und solche Manufactur-Waaren, welche jetzt in großer Menge hier vorhanden sind, gekauft und auf eigene Rechnung im Auslande verwerthet werden. Die Verhandlungen hierüber schweben noch. 20) Der vorstehende Antrag gab Veranlassung auf einen Gegenstand aufmerksam zu machen, der für die Handels- und gewerblichen Verhältnisse der Stadt, wie des ganzen Landes von hoher Wichtigkeit ist. Es ist dies die Anerkennung der jetzigen Regierung in Spanien und die Wiederanknüpfung von Handelsverbindungen mit diesem Lande durch die Vermittelung der Gesandtschaft. Es steht zu erwarten, daß durch eine solche Maaßregel neue Absatzwege eröffnet und durch die vermehrte Arbeit auch wohlthätig auf die arbeitenden Klassen wird eingewirkt werden. Der Magistrat ist ersucht worden, schleunigst dieserhalb höheren Ortes geeignete Anträge zu machen. 21) Hielt man für wün-

schenswerth, daß das Königliche lithographische Institut auf den Wirkungskreis beschränkt werden möchte, für den es ursprünglich bestimmt war, nämlich als geheime und Königsdruckerei zu dienen, daß demselben also untersagt werde, Privat-Arbeiten irgend einer Art zu übernehmen, und daß die Steindruck-Arbeiten der Königlichen Behörden der freien Concurrenz überwiesen werden. Ein hierauf gerichteter Antrag ist bereits den betreffenden Behörden zugegangen. 22) Die der Deputation zugegangenen Beschwerden vieler Gewerbetreibenden sind durch unsere Vermittelung zur Zufriedenheit beider Theile beigelegt worden. 23) Wurde als ein besonders wirksames Mittel zur Aufhülfe der vielen, in äußerst gedrückter Lage befindlichen hiesigen Tischler die Errichtung eines Meubles-Pfand- und Verkaufs-Geschäfts vorgeschlagen, in der Art, daß bei dieser Anstalt Meubles, namentlich gewöhnliche, nicht zu kostbare, von den Verfertigern gegen sofortige Zahlung von der Hälfte des Werthes derselben ersetzt werden könnten, die dann für Rechnung der Verfertiger durch die Anstalt in dem Magazine zu verkaufen wären. Eine solche Anstalt würde auch das Gute haben, daß dadurch ein Gegengewicht gegen den Druck der jetzigen Magazin-Inhaber erlangt würde, welchen die Verfertiger, um sich aus einer vielleicht augenblicklichen Noth zu helfen, ihre Waaren oft zu unverhältnißmäßig geringen Preisen abzulassen genöthigt sind. Aus dieser Anstalt könnte auch die königl. Seehandlung ihre zu exportirenden Vorräthe entnehmen. Ueber die Ausführung dieses Vorschlages schweben bereits Verhandlungen. 24) Wurde der Deputation Abschrift einer an das königl. Finanzministerium gerichteten Vorstellung der hiesigen Mechaniker mitgetheilt, in welcher dieselben eine Umgestaltung des königl. Gewerbe-Instituts, insbesondere auch die Erleichterung der Benutzung der jenem Institute gehörigen Apparate in Antrag bringen.

Es bleibt, zum Abschlusse der Darstellung des zuletzt behandelten Zeitraumes, noch übrig, von einzelnen Maßregeln der Behörden und der politischen Vereine wie von der Letzteren gegenseitigen Beziehungen zu berichten.

Das Staatsministerium schritt am 25. zur Ausführung des zweiten der vom Vereinigten Landtage gefaßten Finanzbeschlüsse, demzufolge die Regierung zu ermächtigen sei, auf außerordentlichem Wege zum inneren und äußeren Schutz der Monarchie, eine Summe von 15 Millionen zu beschaffen. „Der patriotische Sinn," heißt es in dem Berichte des Ministeriums an den König, „mit welchem der Vereinigte Landtag erkannte, daß Preußen den Ereignissen, welche eine Zeit gewaltiger Erschütterungen herbeiführen kann, vorbereitet und gerüstet gegenüber treten müsse, und mit welchem er fast einstimmig die Mittel zur Behauptung einer solchen Rettung in die Hand der Regierung legte, hat in der Regierung seinen Wiederhall gefunden. Unter den dadurch angeregten Kundgebungen der Vaterlandsliebe tritt auch die hervor, daß aus vielen Theilen des Landes freiwillige Beiträge zur Bestreitung des durch die Zeitverhältnisse vermehrten Staatsbedarfs oder Anerbietungen zu solchen Beiträgen eingehen." Dem mit Bezug auf diese Beiträge gemachten Vorschlage des Ministeriums entsprechend, bestimmte der König durch eine Verordnung vom 25., daß die freiwilligen Beiträge als eine Schuld des Staats nach dem Gesetze vom 17. Januar 1820, durch Schuldverschreibungen zu 10, 20, 50 und 100 Thalern verbrieft und mit 5% jährlich in halbjährlichen Renten verzinst werden. Ueber die so eröffnete freiwillige Anleihe enthielt eine Bekanntmachung des Finanzministers vom 27. nähere Bestimmungen. Danach können die Beiträge in Geldsorten, in Gold oder Silber, in baarem und in verarbeitetem Golde oder Silber bestehen; nach Ablauf einer noch näher zu bestimmenden Frist werde die Annahme von Beiträgen für geschlossen erklärt

und gleichzeitig festgesetzt werden, ob alsdann noch zu einer nach Verhältniß des Vermögens zu erhebenden Anleihe oder außerordentlichen Steuer geschritten werden solle. Der Finanzminister spricht den Wunsch aus, daß sich der in jenen patriotischen Aufforderungen kundgegebene Sinn nun auch allgemein zeigen und durch Beiträge bethätigen möge. Dies werde wesentlich gefördert werden, wenn die Behörden durch Beispiel und Anregung vorangehen und wenn noch Einzelne oder Vereine es sich zur Aufgabe machen, durch Wort und That zu gleichen Kundgebungen des Patriotismus innerhalb des Kreises ihrer Wirksamkeit aufzufordern. Zugleich wird Denen, welche Beiträge eingesandt oder angeboten haben, der in vollem Maße verdiente Dank ausgesprochen.

Die Stadtverordneten fanden Muße, in der Sitzung vom 27. sich mit einer etwas in Vergessenheit gerathenen Sache — der Adresse an die Stadt Mannheim zu beschäftigen. Der Beschluß, diese Adresse zu erlassen (s. Bd. I. S. 342.) war von der Versammlung am 21. März gefaßt worden. Die Ereignisse, die während des fünfwöchentlichen Zwischenraumes in Baden stattgefunden hatten, hinderten die Stadtverordneten nicht, ihrem Beschlusse treu zu bleiben. Der Zustand, welcher inzwischen dort eingetreten war, bezeichnet sich selbst mit dem Ausdrucke Kriegszustand. Auch die Stadt Mannheim ward am 1. Mai in Kriegszustand erklärt. Vier Tage vorher legte Hr. Veit die von ihm verfaßte Dankadresse an Mannheim den berliner Stadtverordneten vor. Sie wird von einem Referenten als „ein wahres Meisterwerk poetischer Fassung" bezeichnet, „das sich in glühender Begeisterung für freiheitliches, constitutionelles Leben ergehe und darlege, wie Mannheim zu diesem Streben stets dem deutschen Vaterlande den Impuls gegeben." Die Stadtverordneten nahmen die Adresse einstimmig an und beschlossen dieselbe von jedem einzelnen Mitgliede unterzeichnen zu lassen: so wie den Magistrat zu demselben Akte aufzufordern. Der Magistrat aber lehnte, wie in der nächsten Sitzung am 11. Mai berichtet wurde, „auffallender Weise" seinen Beitritt zur Adresse ab, indem er sich auf die neuesten badischen Ereignisse bezog. Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig die Adresse im eigenen Sinne, zu erlassen. In der erstgenannten Sitzung wurde ferner eine Zuschrift des Generals v. Aschoff mitgetheilt, in welcher dieser seine Ernennung zum Commandanten von Berlin (laut königlicher Ordre vom 11.) anzeigt und zugleich die Versicherung ausspricht, „mit den Comunalbehörden stets Hand in Hand zu gehen." Endlich datirt von dem Tage jener Sitzung eine Bekanntmachung des Vorstandes der Versammlung, derzufolge dieser in neuester Zeit verschiedene Anträge von Bürgern, denen in den letzten Jahren nach einer Bestimmung der Städteordnung das Stimmrecht auf sechs Jahre entzogen worden, auf Wiederbewilligung dieses Rechtes zugegangen seien. Die Versammlung habe den Anträgen

gern entsprochen, indem sie annehme, daß ihnen die Anerkennung des Werthes des Stimmrechts, so wie der Wunsch und die Absicht von diesem fortan Gebrauch zu machen, zum Grunde liegen. Diese Ansicht solle auch ferner maßgebend sein, doch werde die Wiederbewilligung jenes Rechtes nicht, worauf ebenfalls Forderungen aus Anlaß der neuen politischen Zustände gerichtet seien, ohne specielle Anträge der Betheiligten ausgesprochen werden.

Der Bürgerwehr gab der ihr vorgelegte Statutenentwurf Stoff zu „dienstlichen" und „außerdienstlichen" Berathungen. Seit der Osterwoche wurde ihre Zeit auch durch Schießübungen in Anspruch genommen. Bei diesen ereignete es sich an einem der ersten Tage, daß ein Schütze, unvorsichtig im Gebrauch der Büchse, eine außerhalb des Schießstandes befindliche Person tödtete, ein Fall, der alsbald der Polizei und Stadtcommandantur Anlaß zu einem durch Bestimmungen des Landrechtes gerechtfertigten Verbote gab, das Schießgewehr außerhalb der Schießstände zu gebrauchen. Der Beschluß, mit den Schießübungen in der Hasenhaide und am Plötzensee endlich zu beginnen, wurde in der Versammlung der Majore und Hauptleute vom 23. gefaßt. Aus einem Berichte über die Verhandlungen dieser Sitzung, welche unter dem Vorsitze des Generals v. Aschoff stattfand, heben wir noch Folgendes hervor: Die Wahl eines Majors, der ohne Wissen eines zu seinem Bataillon gehörenden Bezirks eingesetzt worden war und trotz des Protestes der Bürgerwehrmänner dieses Bezirks nicht zurücktreten, wollte, wurde von der Versammlung angefochten; der Major müsse sich einer Neuwahl unterwerfen. Von den Bezirken, die das 21. Bataillon bildeten, wurde gemeldet, daß sie in den nächsten Tagen eine Majorswahl vor der Front des Bataillons vornehmen würden, nachdem jedes Bezirk einzeln über einen Candidaten abgestimmt hätte. Ein Corps — lautete eine fernere Mittheilung — hatte sich unter der Angabe als Freischaar nach Holstein marschiren zu wollen, an den Kriegsminister v. Reyher gewendet, und mit eigenthümlichem Andringen 120 Gewehre verlangt, welche ihnen auch der Minister sofort ausliefern ließ. Ein Bürgerhauptmann reichte dagegen eine Beschwerde ein, und erhielt den schriftlichen Befehl, die Gewehre zurückzufordern. Als das Corps von einer Schießübung zurückkehrte und sich auf dem Wilhelmsplatz aufstellte, wurde es auch wirklich zur Herausgabe der Gewehre vermocht, wobei ihm zugesagt wurde, daß es die Waffen bei gehöriger Legitimation zurückerhalten werde. Da aber das Corps am 23. die Waffen nicht zurück erhielt, begab es sich abermals zu dem Kriegsminister und verlangte noch einmal eine Anweisung auf die Gewehre, die es abermals erhielt. In der Majorsversammlung wurde indeß beschlossen, die Gewehre, ungeachtet der Anweisung, nicht herauszugeben, da die polizeiliche Legitimation noch fehle und die Anweisung als ungebührlich erworben angesehen werde. Weiter wurde die Volksbewaffnung der fremden Gesellen, welche

in Schlafstelle liegen, besprochen und bemerkt, daß es am Besten sei, dieselben mit in Reihe und Glied zu stellen. Es wurde beschlossen, daß bei polizeilichen Executionen eines Verhaftsbefehls die Bürgerwehr gegen schriftliche Aufforderung der Behörden, den Executoren beistehen solle. — Paraden einzelner Bataillone wurden in der Osterwoche mehrfach von dem Commandeur abgenommen; am 27. fand in der Hasenhaide eine allgemeine Bürgerwehrparade statt. Am 28. wurde der Bürgerwehr die officielle Anzeige gemacht, daß Se. Majestät den Bürgerwehr-Offizieren den gleichen Rang der entsprechenden Grade der Offiziere des stehenden Heeres ertheilt habe. Die Ersteren seien deshalb auch berechtigt, silberne Schärpen und Portepees zu tragen. Die Versammlung der Majore und Hauptleute entschied sich in ihrer Majorität für die Annahme der königlichen Bewilligungen. Im Bürgerwehr-Club, dessen Mitglieder größtentheils Chargirte der Bürgerwehr von allen Graden, kam diese Angelegenheit in der Sitzung vom 28. zur Sprache. Zugleich wurde in derselben über eine von dem Könige abzuhaltende Parade, die der Commandeur auf den 3. Mai festgesetzt, verhandelt. Dem Sitzungsberichte entnehmen wir hierüber Folgendes:

Die gestellten Anträge, die Hauptleute zu ersuchen, die Exercier-Uebungen an den Versammlungstagen des Clubs auszusetzen und der letzteren ein für alle Mal festzustellen, fanden durch den Einwand ihre Erledigung, daß die nächste Zeit vielfach für die Wahlen u. s. w. in Anspruch genommen und deshalb bestimmte Versammlungstage nicht gut vorläufig festzustellen seien. Größere Debatte verursachte die proclamirte Bestimmung, daß am nächsten Mittwoch e ne allgemeine Parade der Bürgerwehr vor Sr. Majestät stattfinden werde. Man hob dagegen hervor, daß eben die jüngste Zeit den Gewerbtreibenden schon vielfach von seinem Geschäfte entfernt habe, daß auch wohl die Bestimmung des Tages nicht von Sr. Majestät, vielmehr von dem Commandeur der Bürgerwehr ausgegangen und daß man deshalb die Verlegung des Tages auf den nächsten Sonntag beantragen wolle, wo auch dem Handwerker die Theilnahme an derselben möglich sei. War auch die Versammlung einstimmig der Meinung, daß sie den einmal ausgesprochenen Wünschen Sr. Majestät unter keiner Bedingung entgegentreten wolle, so beschloß man doch, ein Schreiben an den Commandanten zu erlassen, worin um Verlegung der Parade vom Mittwoch auf Sonntag ersucht werde, wenn dieser erste Tag noch nicht definitiv von Sr. Majestät angesetzt sei, in welchem Falle man natürlich sich nicht dagegen sträuben wolle. — Inzwischen wurde der Versammlung mitgetheilt, daß die Hauptleute soeben in ihrer Versammlung durch Abstimmung den Beschluß gefaßt hätten, daß die Officiere eben solche Schärpen, wie die des stehenden Heeres anlegen sollten. Dem Beschluß soll ein vom Könige ausgesprochener Wunsch zu Grunde gelegt worden sein. Dies wurde indeß bestritten, indem Se. Majestät ausdrücklich erklärt hatte, sich nicht in die Uniforms-Angelegenheiten der Bürgerwehr mischen zu wollen, daß jedoch bei einer etwaigen Anlegung von Schärpen darin die preußischen Farben nicht fehlen sollten, wogegen sich die Hauptleute aber blos für die preußischen, nicht auch für die deutschen Farben bestimmt hatten. Wurde auch von Einzelnen die Anlegung von Schärpen und somit ein Abzeichen für die Officiere, als gar nicht nothwendig erachtet, so einigte man sich doch darin, daß die Officiere du jour und der Rondenothwendig mit einem Abzeichen versehen sein mußten. Man beschloß jedoch, dem Commandeur einen früheren Beschluß der Versammlung mitzutheilen, daß alle Beschlüße, welche in das ganze Wesen der Bürgerwehr eingreifen, ohne von ihr selbst die Sanction erhalten zu haben, nicht gültig seien.

Für die äußere und innere Organisation des Bürgerwehrcorps wurden Reglements und Statuten verschiedener Art ausgearbeitet. Zunächst ließ Herr v. Aschoff ein „Reglement für das Exercitium der Bürgerwehr" abfassen.

„Statuten zur Bildung eines Ehrenrathes der Bürgerwehr" wurden sodann von dem Bürgerwehrhauptmann Zeller entworfen. Dieser Entwurf, dessen Bestimmungen zuerst der Bezirk ihres Urhebers (74 a) einführte, wurde bald von einer großen Zahl von Compagnieen der Einrichtung eines Ehrenrathes zu Grunde gelegt. Hr. Zeller veröffentlichte die von seinem Bezirke angenommenen Statuten*) und schickte ihnen eine an die „Cameraden gerichtete Einleitung voraus. Darin heißt es:

Unser Dienst gründet sich auf Freiwilligkeit, wir haben große Rechte erlangt, aber auch bedeutende Pflichten zu erfüllen. Wir haben die Waffen in die Hand genommen, um den jungen Zweig der errungenen Freiheit zu schirmen und zu pflegen, auf daß er erstarke zu einem Baume, an dem die Stürme von Jahrhunderten vergebens rütteln sollen. Wir haben aber auch die Verpflichtung übernommen Ordnung und Gesetz zu handhaben, und uns vor Anarchie zu schützen. Wir müssen von der Größe dieser Aufgabe durchdrungen sein; Einer für Alle, und Alle für Einen dafür einstehen; das ganze Vaterland hat seine Augen auf uns gerichtet. — Die Verhältnisse sind neu. Auf der einen Seite will man überstürzen, auf der andern Seite wünscht man die vergangenen sogenannten ruhigen Zeiten. — Zwischen beiden Ansichten müssen wir fest, aber auch kühn hindurchschreiten, denn nur dann kann das Vaterland groß und stark aus dieser Krisis hervorgehen. Fest und entschieden die unverkürzte Freiheit wollend, müssen wir dieses Ziel erstreben, wir können es nur, wenn wir die bestehenden Gesetze achten, wenn wir mit Strenge darauf halten, daß andere sie achten. Die freiesten und glücklichsten Völker der Erde zeichnen sich durch die größte Achtung vor dem Gesetze aus. So lange nicht neue Gesetze von unsern frei gewählten Vertretern im Verein mit der verantwortlichen Regierung und dem Könige gemacht worden sind, so lange gelten die alten; die Mängel derselben sind bekannt, und werden bald verschwinden. Ich bin davon überzeugt, daß kein Mitglied unserer Bürgerwehr daran denkt, unüberlegte Forderungen zu stellen, aber ich weiß auch, daß Sie mit vielen zusammenkommen, die Ihre vernünftige Einsicht nicht haben, die glauben, jetzt sei es an der Zeit Alles zu erreichen. Ich bitte, diese zu belehren, ihnen zu sagen, daß ihre Ansichten unrichtig sind, daß sie durch dergleichen Demonstrationen unsere eben errungene Freiheit nur in Gefahr bringen, ohne ihre Lage dauernd zu verbessern, daß sie nur durch ein solches Benehmen unsern Feinden in die Hände arbeiten; sagt ihnen aber auch ferner, daß sie fest vertrauen sollen auf die Bürgerwehr und auf die von ihnen mitzuwählende National-Repräsentation des Landes, in denen auch sie vertreten sind, und daß wir nicht ruhen würden, bis eine geeignete Ausgleichung zwischen Arbeitsgebern und Arbeitsnehmern herbeigeführt sein wird; sagt ihnen, sie sollen ihre Lage unter sich als freie und verständige Männer berathen, aber keinen Einflüsterungen Gehör geben, die Auftritte und Excesse herbeiführen, die in ihren Folgen für sie und uns nachtheilig sein werden.

Das Statut selbst enthält in 27 Paragraphen die Bestimmungen über die Einrichtung und Zuständigkeit des Ehrenrathes, über Anwendung der Strafen und über das entscheidende Verfahren. Sie lauten im Wesentlichen dahin:

Der Ehrenrath eines Bürgerwehrbezirks besteht aus 16 Personen; jede Compagnie wählt dazu 4 Mitglieder aus ihrer Mitte und zwar dergestalt, daß alle Stände darin vertreten sind. Der Hauptmann darf nicht hineingewählt werden. Ein vom Ehrenrathe gewählter „Wächter der Ordnung" hat dafür zu sorgen, daß unparteiisches Recht gewährt wird. Der Wächter der Ordnung steht frei und unabhängig neben den urtheilenden Mitgliedern des Rathes, er ist dem Vorsitzenden weder untergeordnet, noch steht er über ihm. Er hat keine Strafgewalt, sondern nur das Recht, eine Strafe zu beantragen. Dem Urtheilsspruch des Ehrenraths sind folgende Vergehen unterworfen: Nachlässigkeiten, Unordnungen und Ungehorsam im Dienst, Ueberschreitungen der Dienstbefugnisse, und ehrenrührige Handlungen der Mitglieder der Bürgerwehr. — Als Strafen werden angenommen: 1) Ermahnung vor versammeltem Ehrenrathe. 2) Warnung vor versammeltem Ehrenrathe. 3) Oef-

*) In einem Sedezbüchlein, ohne Angabe des Druckers. (Die Einleitung ist vom 17. April datirt.)

fentliche Rüge vor versammelter Bürgerwehr. 4) Entlassung aus der Bürgerwehr. Eine Ermahnung soll gegeben werden, wenn ein Mitglied der Bürgerwehr von einer gehörig bestellten Apellversammlung ohne gegründete Entschuldigung wegbleibt. Eine Warnung tritt ein, wenn ein Mitglied der Bürgerwehr von einer gehörig bestellten Exercierübung ohne gegründete Entschuldigung wegbleibt. Eine öffentliche Rüge erfolgt, wenn ein zur Wache oder Patrouille, oder zu sonst einem bestimmten Dienste gehörig commandirtes Mitglied der Bürgerwehr ohne gegründete Verhinderungs-Anzeige ganz ausbleibt, oder so spät erscheint, daß er durch einen andern Kameraden hat ersetzt werden müssen; — oder auch, wenn ein Mitglied der Bürgerwehr betrunken zum Dienst gekommen ist, oder sich im Dienst betrunken hat. Ebenso ist es dem Ermessen des Ehrenrathes überlassen, wegen anderweitigen Ungehorsams im Dienst oder wegen Ueberschreitung der Dienstbefugnisse die ihm angemessen scheinende Rüge zu verfügen. Die Entlassung aus der Bürgerwehr **kann** ausgesprochen werden, wenn ein Mitglied des Bezirks kraft Ehrenraths-Beschlusses viermal ermahnt, oder dreimal verwarnt, oder zweimal vor versammelter Bürgerwehr öffentlich gerügt worden ist, und er sich ein neues Vergehen zu Schulden kommen läßt. Die Entlassung aus der Bürgerwehr **muß** ausgesprochen werden, wenn ein Mitglied von seinem ordentlichen zuständigen Richter zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte rechtskräftig verurtheilt worden ist, — oder wenn er sich solche Handlungen hat zu Schulden kommen lassen, welche nach der Ansicht des Ehrenrechtes unvereinbar sind mit der Ehre des Bürgerwehrmannes. — Alle Anzeigen und Beschwerden in Betreff eines Bürgerwehrmannes sind bei dem Wächter der Ordnung anzubringen; er hat dieselben ohne alle Rücksicht auf Personen anzunehmen und so weit festzustellen, daß er bei sich eine Ueberzeugung von der Schuld oder Nichtschuld des Bezüchtigten erhält. Ist dieß geschehen, so setzt er den Vorsitzenden von der Sache in Kenntniß, mit dem Bemerken, daß er den Angeschuldigten und resp. den Verletzten zu der zu bezeichnenden Sitzung des Rathes vorladen werde. Das eigentliche Verfahren wird damit eröffnet, daß der Wächter die Thatsachen vorträgt, auf welche er seine spätern Anträge zu stützen gedenkt: hierauf wird der Angeschuldigte vollständig gehört, woran sich die weiteren Verhandlungen knüpfen. Ergiebt sich dabei, daß Zeugen vernommen werden müssen, und sind dieselben zur Stelle, so wird augenblicklich zu deren Verhör geschritten, nachdem sie verwarnt sind und durch Handschlag gelobt haben, die Wahrheit zu sagen. Sind die Zeugen nicht zur Stelle, so wird die Sache bis zur nächsten Versammlung des Raths ausgesetzt und dem Wächter oder dem Angeschuldigten aufgegeben, den oder die betreffenden Zeugen zu bestellen. Erscheint in dieser anberaumten Sitzung der Angeschuldigte nicht, oder werden die Zeugen nicht gestellt; so wird die Sache als spruchreif angesehen, der Wähler mit seinem Antrage gehört und vom Vorsitzenden die einfache Frage dahin gestellt: Ist N. N. schuldig, ohne Grund 2c. weggeblieben zu sein — oder dies oder jenes gethan zu haben? — Es wird nun jeder Einzelne der Richter nach der Reihe gefragt, und wird nur mit „ja" oder „nein" geantwortet. — Zur Fassung eines Beschlusses müssen mindestens 12 Mitglieder anwesend sein, den Vorsitzenden und Secretair einbegriffen. Vor der Abstimmung tritt sowohl der Wächter als der Angeschuldigte ab. Der Vorsitzende giebt seine Stimme zuletzt ab. — Der gefaßte Beschluß wird aber in Gegenwart Beider ausgesprochen. Stellt sich bei der Abstimmung Stimmengleichheit heraus, so wird die mildere Ansicht, also die Nichtschuld angenommen. Wenn in Abwesenheit eines Beschuldigten derselbe zu einer Ermahnung oder Warnung verurtheilt worden ist, so findet folgendes fernere Verfahren statt. — Der Verurtheilte wird zur nächsten Sitzung des Rathes vorgeladen, mit der Androhung, daß bei seinem fernern Ausbleiben die öffentliche Bekanntmachung ausgesprochen werden würde. Falls aber schon diese Bekanntmachung beschlossen worden ist, wird nur bemerkt, daß, wenn derselbe etwas einwenden wolle, er sich in der nächten Rathssitzung einfinden müsse, indem vor versammeltem Bezirk keine Einwendungen und Erörterungen gestattet würden. Wenn aber die Strafe der Entlassung aus der Bürgerwehr ausgesprochen wird, so steht es dem Verurtheilten frei, an den Ausspruch der ganzen Bürgerwehr des Bezirks zu appelliren. Er muß diese Erklärung jedoch innerhalb drei Tagen nach dem ihm offiziell mitgetheilten Beschlusse dem Vorsitzenden des Rathes anzeigen. Die Mitglieder des Bezirks werden sodann zu einer außerordentlichen Versammlung zusammenberufen. Der Wächter trägt den Fall mit den etwa aufgenommenen Beweisen vor; der Vorsitzende theilt den vom Ehrenrath gefaßten Beschluß vollständig mit, der Angeschuldigte wird in seiner Vertheidigung gehört, und nun wird von dem Vorsitzenden des Ehrenraths die einfache Frage gestellt, ob der Beschluß des Rathes aufrecht erhalten bleiben soll oder nicht. Der Bezirk entscheidet alsdann in geheimer Abstimmung durch schwarze und weiße Kugeln. Zeugen werden in der Appellations-Instanz nicht vernommen, doch wird dem Angeschuldigten das letzte Wort vor der Abstimmung gestattet. Der Ehrenrath hat ein

für allemal einen Tag in jeder Woche, die Stunde und das Lokal zu bestimmen, wo er seine Sitzungen hält. Für die Wehrmänner des Bezirks sind die Verhandlungen, so weit es der Raum gestattet, öffentlich.

Dem bewaffneten Corps der Studenten ließen die Ferien, die erst Anfangs Mai antreten, noch immer Zeit zur äußeren und innern Organisation. Auch hier geregelte Schießübungen, — allmählig verdrängte die Büchse die ursprünglich allgemeinere Bewaffnung der Cavalleriesäbel — Waffenexercitien (im Kastanienwäldchen), Paraden, Anfänge einer unterscheidenden Uniformirung — die Formen der Kopfbedeckung und Abzeichen an derselben unterschieden die einzelnen Rotten — Berathungen von Dienstreglements und ehrengerichtlichen Institutionen. Aus den Berathungen der Führer, unter dem Vorsitze des Commandeurs, Professor Magnus, war der Statutenentwurf einer „Studentenwehrverfassung" hervorgegangen, der einstweilen, bis die Gesammtheit sich über dessen Annahme rottenweise ausgesprochen, als bindendes Reglement aufgestellt war. Doch wußten neben den schriftlichen Satzungen auch gewisse Traditionen sich Geltung zu verschaffen. Diese Traditionen, die erst nach wenigen Wochen zählten, gingen hauptsächlich den Wachdienst an, welcher jetzt, nachdem das „Nationaleigenthum" im letzten Drittel des April von den Studentenwachen verlassen worden, auf fünf Posten im königlichen Schlosse, worunter einer zur Bewachung des Schlafgemaches der Königin, sich beschränkte. Den schweizer Saal — das gemeinsame Wachtzimmer — so wie den benachbarten braunschweiger Saal, dessen Wände die Ahnenbilder des hohenzollerschen Hauses umgeben, hatte traditionelle Gewohnheit fast allabendlich zu Schauplätzen jener studentischen „Commerse" gemacht, in denen nicht eben die zartesten Rücksichten auf äußeren Anstand vorwalten. Trinkgelage, für die das „baierische" Bier in Fässern herangeschafft war, Chorgesänge deutscher Burschen- und Freiheitslieder, zuweilen auch der französischen Marseillaise, erleichterten und erheiterten den ohnehin nicht mühevollen nächtlichen Wachdienst der Studenten. War irgend ein leeres Gerücht über Gefahren verbreitet, die der Ruhe der Stadt durch heranrückende „Rehberger" drohten — und mit großer Gewissenhaftigkeit wurden dergleichen Gerüchte von dem militairischen Schloßhauptmanne auch der Studentenwache mitgetheilt — so säumte diese nicht, alsbald ihre bewaffneten Kundschafter in die Stadt auszusenden; die „Schleichpatrouillen" wußten dann gewöhnlich schon das Material für ihren officiellen Rapport in einen der nächsten Bierhäuser zu sammeln. Bei öffentlichen Aufzügen der Gesellenschaften und Erdarbeiter bildeten einzelne Abtheilungen des bewaffneten Corps, die sich gewöhnlich aus freiem Antriebe eingefunden hatten, eine Art Ehrengarde, wie sich denn auch bewaffnete Freiwillige aus der durch ihre rothen Federn am Hute kenntlichen Rotte dem politischen Club als Sicherheitsgarden zur Verfügung stellten. Eine allgemeinere festliche Demonstration wurde von dem Corps selbstständig veranstaltet, als am 18. wiener Studenten

und Professoren eingetroffen waren. Lassen wir über die „einfache und herzliche" Weise dieses Festes einer der studentischen Theilnehmer selbst berichten:

Die nach Frankfurt entsandten wiener Professoren und Studirende trafen von der vorberathenden Versammlung zurückkehrend hier ein. Als man dies vernahm, zog Abends 7 Uhr das bewaffnete Studentencorps mit Musik und der Reichsfahne nach der Villa-Colonna, wohin jene eingeladen wurden. Um 8½ Uhr langten dort die wiener Ehrengäste an, für welche erhöhete Sitze errichtet waren. Man setzte sich und sang unter Musikbegleitung beim Bier „Stimmt an mit hellem, hohem Klang", „Gaudeamus", „Wo Kraft und Muth", „Der Gott, der Eisen wachsen ließ", wobei die Säbel klirrten und Jeder warm und lebendig fühlte, daß er das was er sang, auch mit männlicher Kraft und jugendlichem Schwunge bethätigen würde. Nach beendetem Commers betrat der Student Salis die Tribune und bezeichnete in einer Rede das herzliche Begegnen zwischen den hiesigen Studirenden und den Ehrengästen als ein Symbol für Deutschlands Einigkeit; mit der errungenen gemeinsamen Freiheit sei alles Trennende zwischen Nord- und Süddeutschen aufgehoben. Seitens der Gäste antwortete Dr. Giskra aus Wien für das freundliche Entgegenkommen der Commilitonen, im Namen der Wiener Universität, herzlich dankend. Ferner sprach der Professor der Mathematik Hr. Schultz aus Wien in herzlichen Worten und mit Enthusiasmus: den Alten, sagte er, werde es nicht leicht vergönnt sein in das gelobte Land der wahren Freiheit einzugehen, die Jugend aber werde männlich und kräftig es zu erreichen wissen und dadurch ihrer Nachkommenschaft ein herrliches Denkmal vererben. Der Norddeutsche mit seinem berechnenden Verstande, der im Süden mit seinem Gefühle würden vereint die herrliche Bahn betreten, durch die Deutschland den ihm gebührenden Platz in Europa wieder einnehmen werde. Hr. Salis sprach noch Abschiedsworte. Den Rednern wurde ein donnerndes Hoch gebracht. Man umarmte sich noch einmal und sagte den geehrten Gästen Lebewohl. Die Gäste wurden im Zuge nach der frankfurter Eisenbahn begleitet, wo sich unter Hurrahruf die Brüder von ihnen trennten.

Der oben erwähnte Entwurf einer Studentenwehr-Verfassung war in lithographirten Abdrücken dem Corps mitgetheilt worden; es lautete vollständig:

Entwurf einer Studentenwehr-Verfassung. Einleitung. §. 1. Die Studentenwehr erachtet sich berufen, Sicherheit und gesetzliche Freiheit des Staates wahren zu helfen. §. 2. Um diesen Beruf in geregelter und würdiger Weise erfüllen zu können, führt sie eine Wehrordnung, ein Strafgesetz und eine Gerichtsordnung ein. §. 3. Der Eintritt in die Studentenwehr verpflichtet zur Anerkennung der Studentenwehrverfassung. — Erste Abtheilung. Von der Wehrordnung. a) Allgemeine Bestimmungen. §. 1. Die Führer verpflichten sich ihre dienstlichen Obliegenheiten gewissenhaft zu erfüllen. §. 2. Dagegen verpflichten sich die Mitglieder der Studentenwehr den dienstlichen Anordnungen sofort gewissenhaft nachzukommen. §. 3. Die Führer sind den Mitgliedern der Studentenwehr für ihre dienstlichen Anordnungen verantwortlich. §. 4. Erst nach Ausführung derselben steht dem Einzelnen Berufung zu, an das Urtheil der betreffenden Abtheilung, welche mit Stimmenmehrheit gegen den Führer verfährt. b) Riegenordnung. 1) Allgemeine Bestimmungen. §. 5. Das Verhältniß der Riegenführer und Männer zu einander ist in den §§. unter a) festgestellt. §. 6. Die Hauptleute oder deren Stellvertreter sind gehalten bei den Führerversammlungen pünktlich zu erscheinen. 2) Die Uebungen. §. 7. Eine regelmäßige Uebung der Riege wird den Hauptleuten zur Pflicht gemacht. c) Rottenordnung. 1) Allgemeine Bestimmungen. §. 8. Das Verhältniß der Rottenführer und Männer zu einander ist in den §§. unter a) festgestellt. §. 9. Die Rottenführer oder deren Stellvertreter sind gehalten bei den Führerversammlungen pünktlich zu erscheinen. 2) Das Zusammentreten der Rotten. §. 10. Der Apellplatz und die gewöhnliche Zeit des Apells ist für jede Rotte bestimmt. §. 11. Die Rottenmänner haben sich zur festgesetzten Zeit mit Waffen auf dem Apellplatze einzufinden. §. 12. Wird Generalmarsch für die Bürgerwehr geschlagen, so haben sich auch die Rotten auf dem gewöhnlichen Apellplatze mit Waffen zu stellen. 3) Die Uebungen. §. 13. Eine regelmäßige Uebung der Rotte wird den Führern zur Pflicht gemacht. §. 14. Die Rottenführer sind verbunden, regelmäßigen und gehörigen Unterricht in der Kenntniß und Handhabung der Waffen, so wie über Wach- und Schieß-Dienst zu veranlassen. §. 15. Bei den Uebungen darf weder geraucht noch ge-

sprochen werden, insbesondere ist jede Gegenrede gegen das Commando streng untersagt. 4) Der Wachtdienst. a) Die Wachtmannschaft. §. 16. Niemand von der Wachtmannschaft darf sich ohne Urlaub von der Wache entfernen. §. 17. Es darf nie mehr als ein Drittheil der Mannschaft beurlaubt werden. §. 18. Der Urlaub darf nicht in der Regel über eine Stunde ertheilt werden. §. 19. Säbel und Hirschfänger dürfen bei Tage gar nicht, bei Nacht nur an die dazu bestimmten Riegel abgelegt werden, Büchsen werden nur an die dazu bestimmten Ständer gestellt. b) Die Posten. §. 20. Bei der Uebernahme des Postens muß sich der Mann überliefern lassen, vor wem er steht und worauf er zu achten hat. §. 21. Der Posten darf weder rauchen, noch lesen, sitzen, schlafen oder das Gewehr aus der Hand legen. §. 22. Ein Posten darf vor Ablösung nicht verlassen werden. 5) Der Patrouillendienst. §. 23. Patrouillen haben von der ihnen vorgeschriebenen Marschlinie nicht ohne dringende Veranlassung abzuweichen. §. 24. Patrouillen haben in der Marschordnung zu halten, wenn sie im Dienst angerufen werden. — Zweite Abtheilung. Von den Strafen. §. 1. Unpünktlichkeit im Dienst wird mit einer Geldstrafe belegt. §. 2. Ueber Nachlässigkeit und Unachtsamkeit im Dienst wird mit Strafposten erkannt. Ungehorsam gegen Dienstbestimmungen oder gegen den besondern Befehl des Führers wird durch ernste Rüge, im Wiederholungsfalle vor der gesammten Abtheilung geahndet. §. 4. Auf öfter wiederholten Ungehorsam jedoch, so wie auf Trunkenheit im Dienst und grobe Fahrlässigkeit steht zeitweise Entfernung aus der Abtheilung, welche bis auf gänzliche Ausschließung verschärft werden kann. Die gesammte Abtheilung hat hierüber die Entscheidung. §. 5. Das Wehrgericht verhängt die unter den §§. 3 und 4 aufgeführten Strafen in Anwendung auf die gesammte Studentenwehr. §. 6. Ueberschreiten Einzelne oder ganze Rotten ihre Dienstbefugnisse, so tritt hier das Wehrgericht ein, und verhängt ernste Rüge des Einzelnen oder der Rotte, vor der versammelten Riege. §. 7. Erschwerende Umstände steigern diese Strafe auf Rüge vor der versammelten Wehr. §. 8. Handlungen Einzelner oder ganzer Rotten, die zwar kein besonderes Strafgesetz verletzen, aber geeignet sind, die ganze Studentenwehr in der öffentlichen Achtung herabzusetzen, werden von dem Wehrgericht mit Ausschließung bestraft. — Dritte Abtheilung. Von der Gerichtsordnung. §. 1. Die Gerichtsbarkeit wird bei dem Vergehen gegen die Rottenordnung vom Rottenführer geübt; derselbe schreitet hier ohne besondre Anklage, von Amts wegen ein, doch findet von diesem Urtheil Berufungen an die Rotte statt, welche mit Stimmenmehrheit entscheidet. §. 2. Das Rottengericht tritt als erstes Gericht in Thätigkeit bei dem im Strafgericht vorhergesehenen Fällen, Kläger ist hier der Rottenführer. §. 3. Das Wehrgericht kann eintreten als Berufungsgericht für den Fall, wo das Rottengericht als erstes besteht, jedoch nur auf Berufung des Beklagten. §. 4. Für alle andern Fälle tritt das Wehrgericht ein und ist dann erstes und einziges Gericht. §. 5. Alle Mitglieder der Studentenwehr haben die gleiche Pflicht für den Zweck des Wehrgerichts in festgesetzter Weise zu wirken, insbesondere dem Gericht sich als Beklagter oder Zeugen zu stellen. §. 6. Dagegen haben alle Mitglieder der Studentenwehr das Recht, die Thätigkeit des Gerichts zu beanspruchen, insbesondere vor demselben als öffentliche Kläger aufzutreten. §. 7. Das Gericht ist aus Mitgliedern der Studentenwehr gebildet. §. 8. Das Gericht besteht aus der Anklage- und der Urtheils-Jury, deren Mitglieder auf Ehrenwort verpflichtet sind. §. 9. Die Anklagejury besteht aus 24 Geschworenen. Jede Rotte wählt dazu einen Mann auf ein Vierteljahr. §. 10. Die Klage ist schriftlich mit Beweismitteln unterstützt an ein Mitglied der Klagejury zu bringen. §. 11. Auf erfolgte Anklage tritt die Anklagejury zusammen und urtheilt nach Vernehmung der Belastungszeugnisse über die Zulässigkeit der Anklage mit Stimmenmehrheit. Sie nimmt dieselbe an, sobald sie verurtheilen würde, wenn ihr als Urtheilsjury nur diese vorlägen. §. 12. Die Urtheilsjury wird für jeden einzelnen Fall aus 24 Mitgliedern auf die in §. 9 angegebene Art gebildet. Kläger wie Beklagte weisen je 6 ohne Angaben von Gründen zurück, von den übrigen 12 Jeden nur mit Angabe von Gründen, über deren Triftigkeit die 11 andern mit Stimmenmehrheit entscheiden. Dann tritt für den Zurückgewiesenen ein Anderer aus dessen Rotte ein, bis das Gericht aus 12 Männern besteht. §. 13. Hierauf wählt das Gericht einen Vorsitzenden aus seiner Mitte, welcher Tag und Stunde der Verhandlung zu bestimmen und dafür zu sorgen hat, daß die Parteien und Zeugen geladen sind. §. 14. Die Verhandlungen des Wehrgerichts sind öffentlich. §. 15. Nachdem die Geschworenen auf Ehrenwort verpflichtet sind, erhält zunächst der Kläger zur Begründung seiner Anklage das Wort, der Beklagte gesteht hierauf die Thatsachen ein oder läugnet sie, sodann erfolgt die Aussage der auf Ehrenwort zu vereidenden Zeugen. Diese können dann von dem Kläger, dem Beklagten, sowie von jedem Geschworenen befragt werden. Darauf erhält der Beklagte zur Vertheidigung das Wort. Im Ermessen des Wehrgerichts liegt es, ob und wie es eine Entgegnung des Klägers zulassen will, in jedem Falle aber

hat der Beklagte zuletzt das Wort. §. 16. Nach dem Schlusse der Verhandlung ziehen sich die Geschworenen zurück und berathen das Urtheil. §. 17. Bei den Beschlüssen des Gerichts gilt es in der Regel Stimmenmehrheit. Nur bei Urtheilsfällung auf Ausschließung ist Stimmenmehrheit nothwendig. §. 18. Das Wehrgericht hat das Urtheil nach seiner innern Ueberzeugung, welche es aus dem Inhalte der vor ihm gepflogenen Verhandlung geschöpft hat, auszusprechen. §. 19. Das Urtheil wird an die Versammlung der Rottenführer schriftlich abgegeben und gelangt durch die Führer an die einzelnen Rotten. §. 20. Gegen das Urtheil der Geschworenen findet im Allgemeinen keine Berufung statt, doch kann von der Anklagejury das Urtheil umgestoßen werden, wenn ihr nachgewiesen wird, daß falsche Beweisgründe den Geschworenen zur Beurtheilung vorgelegen haben. In diesem Falle tritt eine neue Jury zusammen, deren Urtheil unumstößlich ist. §. 21. Ein freisprechendes Urtheil ist durchaus unumstößlich.

Gedenken wir, am Schlusse dieses Abschnittes, noch einiger Fälle, in denen die Clubs, durch außerordentliche, außerhalb ihrer Tagesordnung liegende Gegenstände angeregt, eine directe Verbindung mit den Staatsbehörden unterhielten. — Daß der constitutionelle Club dann und wann ein praktisches Interesse für die Angelegenheiten der Arbeiten gezeigt, haben bereits frühere Mittheilungen dargethan. Während einer der Sitzungen, in denen die Jakobi'sche Candidatur den Club fieberhaft bewegte, am 27., beantragte Hr. Volkmar „im Namen von 300 hungernden Arbeitern" — Bauarbeitern die, obgleich mit Arbeitsnummern versehen, ohne Beschäftigung waren — eine Petition des Clubs an den Minister v. Patow. Nachdem der Entwurf schnell verlesen und angenommen worden, entsandte der Club sogleich die HH. Volkmar, Deutsch und Tischler, als Begleiter einer Arbeiterdeputation, zur persönlichen Ueberreichung der Petition an Hrn. v. Patow. Noch im Laufe der Sitzung berichtet Hr. Volkmar über das „günstige" Resultat der Sendung: Der Herr Minister habe versprochen, daß bis zum nächsten Montage (1. Mai) allen den vorgebrachten Beschwerden abgeholfen werden solle; auch wolle er dahin wirken, daß eine Centralbehörde diese Angelegenheiten ins künftige in die Hand nehme. „Der Sprecher dankt Hrn. Volkmar im Namen des Clubs." — In eigenthümlicher Art beschäftigten persönliche Angelegenheiten von Militairs die Aufmerksamkeit des politischen Clubs und des Volksvereins unter den Zelten. In dem ersteren wurde, am 26., auf den Antrag Wenzel's, eine Commission ernannt, bestehend aus den HH. van Arken, Dr. Voigtländer, R. Wenzel, um zu ermitteln, „ob Dr. Kriegel, Oberarzt bei den Dragonern, wirklich zur Strafe nach Stettin versetzt worden sei, weil er in der Nacht vom 18. zum 19. März sich am Barrikaden-Bau betheiligt habe", in welchem Falle die Commission zugleich mit einem Proteste an das Kriegsministerium beauftragt wurde.*) Ein analoger Fall war von der Versammlung des

*) Ueber die Kriebel'sche Angelegenheit finden sich — „zur Charakteristik und Würdigung der Büreaukratie und des Despotismus, die noch heute im Militair herrschen und dem Einzelnen physisch und moralisch zu Grunde richten können, so wie zur Kenntnißnahme für Alle welche wissen wollen, welche Gesinnungen auch noch nach der errungenen Freiheit das Militair beseelen, und wie eifrig man daselbst bemüht ist, der jungen Pflanze gleich beim Entstehen die ersteren Keime wieder abzupflücken" — in der Zeitungshalle (vom 12. Mai) folgende „wahre"

Volksvereins, am 16., erörtert worden. Held's „Locomotive" (Nr. 13) hatte vorher folgende Darstellung gebracht: „Hr. Carl Pallas stand am 18. März beim Garde-Dragoner-Regiment des Obrist-Lieutenant v. Schleemüller, war aber als Chirurgengehilfe ins Lazareth commandirt. Als die Revolution anbrach, trieb es ihn, im Civilrock und Militairhose, wie er gerade war, auf die Straße, wo er sich bald in den Kampf verwickelt sah und denselben auf der Seite der Bürger tapfer mitmachte. Nachdem sein Regiment Berlin verlassen, wurde er vermißt: aber da ihn mehrere Dragoner im Kampfe gesehen, so wußte man, daß er mit den Bürgern gemeinschaftliche Sache gemacht. Die Folge davon war, daß der Obristlieutenant v. Schleemüller ein Kriegsgericht über den Abwesenden halten und ihn durch dasselbe in contumaciam zum Tode durch Erschießen verurtheilen ließ." Nach einigen Bemerkungen über das ungerechte Urtel heißt es weiter: „Wir protestiren im Namen der gesammten

---

Mittheilungen: „Gegen den Dr. Kriebel, der das Unglück hatte, bei dem unter Commando des in Berlin wohlbekannten Obristlieutenant v. Schleemüller stehenden Garde-Dragoner-Regiment als Oberarzt zu dienen, wurde in den ersten Tagen des April d. J. auf Grund eines gegen ihn rege gewordenen Verdachts, sich am Tage des Freiheitskampfes zu Gunsten des Volkes an den Barricaden betheiligt zu haben, ein heimliches und inquisitorisches Verfahren eingeleitet, was denn auch bereits in 3 Tagen die Folge hatte, daß er nach einem höchst summarischen Befehle des Generalstabsarztes Dr. Lohmeyer sofort ungehört und ohne alle Untersuchung von Berlin nach Stettin versetzt wurde. Natürlich konnte und wollte der Dr. Kriebel sich eine solche willkürliche und ungesetzliche Verfahrungsweise nicht gefallen lassen, um so weniger, als er einmal, glücklich die Freude der Bewohner seiner Vaterstadt über die errungene Freiheit theilen zu können, aus dieser auf eine solche Weise und aus solchem Grunde sich nicht wollte verbannen lassen, und zweitens, weil seine Existenz und seine Selbstständigkeit an Berlin geknüpft waren, indem er bereits seit längerer Zeit als praktischer Arzt sich eine Praxis daselbst erworben, die ihm seine Existenz hinlänglich sicherte und ihm eine glückliche Zukunft versprach. Dies Alles wußte auch der Generalstabsarzt Dr. Lohmeyer sehr wohl und konnte ihn daher mit Leichtigkeit, dem Wunsche des Hrn. v. Schleemüller, dem zu opponiren er sich nicht stark genug fühlen mochte, willfahrend, zu einem der Regimenter versetzen, die jetzt in Berlin stehen und deren Offizier-Corps hoffentlich die engherzigen antipopulären Gesinnungen der Offiziere des Garde-Corps nicht theilen. Der Dr. Kriebel ging nun, um seine Existenz zu retten und sich nicht der Willkür zu unterwerfen, mit seiner Beschwerde alle die Instanzen durch, welche die militairische Bureaukratie vorschreibt, ohne auch nur die geringste befriedigende Antwort zu erhalten: vom Regimentsarzte zum Generalstabsarzte, von diesem zum Kriegsminister, von diesem zum General-Commando, von diesem zum Staatsminister, von diesem wieder zum Kriegsminister, von diesem endlich wieder zum Generalstabsarzt! Ueberall dieselbe Antwort: „wir können nicht anders" — „das ist nicht unsere Sache" — „das gehört unter jenes Ressort" — „das liegt nicht in unsern Befugnissen" ꝛc. ꝛc. Das General-Commando des Garde-Corps, bei welchem der Dr. Kriebel den Hrn. v. Schleemüller auf den Rath des Hrn. Kriegsministers direct wegen ungesetzlichen Verfahrens verklagt und um Genugthuung gebeten hatte, ging z. B. sogar so weit, in einem sehr lakonischen Schreiben höchst naiv zu antworten, der Dr. Kriebel stände ja nicht mehr beim Garde-Corps, die Sache sei daher dem Generalstabsarzte überwiesen. Selbst eine von vielen praktischen Aerzten Berlins unterzeichnete Adresse an den Hrn. Kriegsminister, worin sie sich zu Gunsten des Dr. Kriebel verwendeten, blieb ohne Berücksichtigung und ohne Erfolg. Und als dieser nun nach der Meinung der Vorgesetzten genug geklagt und sich beschwert, da kam denn auch noch die königl. Commandantur und machte der Sache mit Gewalt ein Ende, indem sie den Unglücklichen zwang, nun seine Angelegenheiten im Stiche zu lassen, Berlin in 24 Stunden zu räumen und sich in seine neue Garnison Stettin zu verfügen. Von dort hat sich endlich der Verfolgte unterm 30. April c. in einem Immediatgesuch an Se. Majestät den König gewandt und gebeten ihn gegen Willkürlichkeit seiner Vorgesetzten in Schutz zu nehmen."

berliner Bürger, in deren Reihen Pallas gekämpft hat, gegen das Urtel des Kriegsgerichts, wir fordern die Presse, die Clubs, die Volksversammlung und die Bürgerwehr auf, sich diesem Proteste anzuschließen und durch eine Adresse an den Kriegsminister dahin zu wirken, daß das Verfahren gegen Pallas auf Grund des königl. Amnestiedecrets sofort niedergeschlagen werde." In der erwähnten Volksversammlung stellte Hr. Reich den Antrag auf eine Adresse an den Kriegsminister wegen der gegen Pallas erhobenen Anklage der Desertion. Bekanntlich — so leitet der Vorsitzende die Frage ein — sollen wir Amnestie haben für die Theilnehmer der Revolution sowohl Seitens der Bürger als des Militairs, und nun wird Pallas deswegen vor ein Kriegsgericht gestellt und ist zum Tode verurtheilt. („Erbitterung in der Versammlung.") Die Adresse wird verlesen; der Vorsitzende bemerkt, daß außer dem Eingange und der „Excellenz," welche wegfallen müßte, die Fassung gut sei. Hr. Held stellt ein Amendement: die Sache sei noch nicht ganz gewiß und deshalb müsse der Zusatz gemacht werden, daß, im Falle ein Mißverständniß obwalte, Pallas von allen Folgen, die aus seiner Handlungsweise am 18. März entspringen könnten, entbunden sein solle. Die Adresse wird mit dem Amendement einstimmig angenommen. Einige Tage später theilte die „Locomotive" ein Schreiben des Divisions-Auditeurs Großheim mit, der sich der obigen Darstellung gegenüber zu erklären veranlaßt sah, daß gegen Pallas bis jetzt weder eine Untersuchung eingeleitet, noch also viel weniger ein Erkenntniß ergangen sei. Mit dieser Entgegnung beruhigte sich freilich Hr. Held nicht. „Die Gewalt der öffentlichen Meinung", fügt er hinzu, „verlangt vom Kriegsministerium die vollständige Niederschlagung des Verfahrens und wir fürchten nicht, daß sich das Ministerium diesem gerechten Verlangen des Volkswillens widersetzen wird. Geschähe es, so würde die freie Presse ein solches Benehmen als Attentat der Militairgewalt gegen die errungene Volksfreiheit denunciren." — Ein Vorgang endlich, der die Garde-Pionier-Abtheilung betraf, gab dem Volksverein fernern Anlaß, in lebhaften Verkehr mit dem Kriegsministerium zu treten. Unter den Pionieren, die seit Kurzem in Berlin garnisonirten, entstanden Wünsche um militairische Reformen. Eine an den Commandeur der Abtheilung gerichtete Adresse, von 140 Mann unterzeichnet, erbat die Genehmigung dieser Wünsche. Der Inhalt der Adresse, die eigenthümliche Scene, die nach der Ueberreichung derselben, stattfand, hatte zur nächsten Folge, daß die Abtheilung wieder nach dem Städtchen Werder, bei Potsdam, zurück verlegt wurde.*) Das

*) Der Wortlaut der Adresse war folgender: „Ein Hochlöbliches Commando der Garde-Pionier-Abtheilung wird hiermit durch die gesammte Cameradschaft der Garde-Pioniere ganz gehorsamst ersucht, die Genehmigung folgender Punkte als die heißesten Wünsche Aller zu veranlassen: 1) Bitten wir, nicht mehr wie bisher von den Officieren und Unterofficieren mit „Du" angeredet, und nicht mit Grobheiten und Brutalitäten behandelt zu werden. Ein Jeder von uns fühlt sich so ehrenwerth, daß freundschaftliche und liebreiche Worte mehr thun werden als Grobheiten, Drohungen und Bestrafungen. 2) Bitten wir, nicht mehr wie bisher

Interesse der Zeltenversammlung an der Angelegenheit der Pioniere wurde zunächst dadurch angeregt, daß einige Pioniere, welche der Versammlung vom 19. beiwohnten die Erklärung abgaben, sie und alle ihre Cameraden seien fest entschlossen, ihre Forderungen einmüthig durchzusetzen. In der Versammlung vom 23. theilte Hr. Löwinson mit, daß mehrere Pioniere, in Folge der Adresse, vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten. Sogleich wird eine Deputation, bestehend aus den Herren Korn, Löwinson, Falk, Cohnheim und Siegerist, gewählt, um den Kriegsminister im Namen des Volksvereins darüber zu befragen, ob diese Mittheilung richtig sei oder nicht, und im ersteren Falle Protest dagegen einzulegen. Drei Mitglieder der Deputation begaben sich am folgenden

mit den angestrengtesten Uebungs-Arbeiten überladen zu werden. Selbst der Kräftigste von uns Allen fühlte sich bisher bei denselben und bei der dürftigen Lebensweise, welche unser geringes Tractament mit sich bringt, so geschwächt, daß er nothwendigerweise gegen seine Vorgesetzten, welche ihm diese auferlegten, eingenommen und dadurch viele Bestrafungen herbeigeführt wurden. Wir wünschen des Vormittags drei Stunden, des Nachmittags zwei Stunden nach unseren Kräften beschäftigt zu werden, wo ein Jeder beweisen wird, daß er aus Liebe so viel arbeiten wird, und damit eben so viel erreicht werde als Härte und Strenge bewirkt haben. 3) Wünschen wir, daß uns von unserem Tractamente keine Abzüge irgend einer Art mehr gemacht werden, und daß uns alle Arbeiten welche nicht Uebungs-Arbeiten sind, verhältnißmäßig bezahlt werden, wie es uns das Abrechnungsbuch sagt. 4) Es ist unser heißester Wunsch, sobald als möglich diese Garnison zu verlassen und dahin zu marschiren, wo unsere Cameraden rühmlicher fechten als sie hier gefochten haben. Die Aufnahme ist uns hier so zweideutig, daß wir uns nie wohler fühlen werden, als bis wir an der Seite unserer Cameraden die Freiheit unserer deutschen Brüder erringen helfen. Damit dieses zu einem guten Ende, nicht auf rebellische Weise, sondern auf echt soldatische Weise ausgeführt werde, bittet die Abtheilung nach 3 Tagen um den bestimmten Bescheid, denn wir können unter den bewandten Umständen nicht länger so hier existiren. Wir unterzeichnen daher als Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenste und wie wir glauben und uns zutrauen tapfere Garde-Pionier-Abtheilung." — Ueber die mit der Ueberreichung der Adresse zusammenhängenden Umstände berichtete die Zeitungshalle: Ein Pionier trug die Adresse unter verschlossenem Couvert an den Major der Abtheilung, wurde aber mit derselben zurückgewiesen. Einer seiner Cameraden beschloß daher, dem Major die Adresse beim Eintritt in die Caserne zu überreichen, und führte dies aus, indem er vor den Augen desselben das Couvert öffnete und ihm hierauf die Adresse einhändigte. Am andern Morgen früh um 6 Uhr wurde die Abtheilung auf den Casernenhof zusammenberufen. Der Major begann nach einer Einleitung in Bezug auf die Uebungs-Arbeiten die Abtheilung wegen der Adresse, die er in der Hand hielt, anzureden. Er ging auf die einzelnen Punkte derselben ein. Major: Ich kann nichts Entehrendes darin finden, daß ihr von euren Vorgesetzten mit „Du" angeredet werdet, im Gegentheil wird durch diese Ansprache nur das väterliche Verhältniß, in dem die Officiere zu Euch stehen, ausgedrückt. Ein Pionier: Klingt es etwa väterlich, wenn wir mit „Du verfluchter Hund" angeredet werden? Major: Im Fall ihr von euren Vorgesetzten mißhandelt werdet, so wißt ihr den Weg, der euch zu eurem Rechte führt. Auf diesem Wege ist mir nichts zu Ohren gekommen. Wer von euch ist mißhandelt worden? Ein Pionier: Ich kann sogleich ein Beispiel anführen: der Pionier N. ist von dem Unterofficier N. mit dem Seitengewehr so gestoßen worden, daß er einige Tage vom Dienst zurückbleiben mußte. (Der Major notirt sich dies.) Ein anderer Pionier: Uebrigens wissen wir, daß unsere Beschwerden auf dem halben Wege der Instanzen wieder an ihre Quelle zurückgehen. — In dieser Weise setzte sich noch die Debatte fort. Der Major versprach zuletzt, daß die Abtheilung fernerhin keine Abzüge am Tractament erleiden sollte, und als ihm auf die viermalige Frage, ob die Mannschaft ihm ihr Vertrauen schenke, keine Stimme antwortete, wandte er sich an den Flügelmann und erinnerte diesen, daß die Abtheilung ihm in Werder das Jawort gegeben, mit ihm zu ziehen, wohin der König sie beordere; dieser antwortete hierauf, daß sie für den besonderen Fall eines Feldzuges noch Vertrauen zu ihrem Führer haben.

Tage nach Werder, um sich zuvor von der Lage der Pioniere persönlich zu überzeugen. „Diese Mission", heißt es in dem Berichte, „gelang vollkommen, obwohl der Major eine Aufforderung an den Bürgermeister ergehen ließ, die drei Deputirten zu verhaften; was jedoch vom Bürgermeister abgelehnt wurde." In der nächsten Versammlung, vom 26., wurde der Brief eines Pioniers aus Werder verlesen, welcher den Volksverein ersucht, schnell zu handeln, da der Major stündlich den Befehl erwarte, daß vier von den Pionieren sofort zum Festungsstrafdienste abgeführt, die übrigen aber zur Untersuchung gezogen werden sollen. Die Versammlung beschloß, durch die Deputation beim Kriegsminister „feierlichen Protest gegen dies gesetzwidrige Verfahren" einzulegen. Das Resultat der Sendung wurde am 30. mitgetheilt: der General von Prittwitz habe der Deputation erklärt, die Untersuchung sei nothwendig, und wäre es auch nur der Form wegen. Er hoffe, ja er glaube bestimmt, daß den Leuten nichts geschehen werde. Die Versammlung erklärte sich jedoch hierdurch nicht zufrieden gestellt. „Das Princip sei verletzt. Eben der Form nach dürfe keine Untersuchung stattfinden, weil diese dann als gerechtfertigt dastehe. Das könne für künftige Fälle maßgebend sein." Und nochmals beschloß die Versammlung, den General v. Prittwitz in einer Adresse um Niederschlagung der Untersuchung anzugehen.

XI. Associationen, Vereine, neue Clubs.

Derselbe Drang, der, seit dem Beginn des neuen Zustandes, in der Presse eine bereitwillige Vermittlerin für Alles fand, was der Einzelne mitzutheilen, zu äußern, vorzuschlagen sich berufen fühlte, ließ allmählig in großer Zahl Vereine, Associationen, Clubs entstehen, zu denen sich gleiche praktische Interessen, verwandte politische, sociale und wissenschaftliche Zwecke verbunden hatten. In der früheren Darstellung ist bereits ausführlich von der Thätigkeit derjenigen politischen und industriellen Vereine, der Innungsverbände unter Meistern und Gesellen, der Wahl- und Bezirksvereine berichtet worden, welche zu den Ereignissen und Vorgängen des Tages in engster Beziehung standen; geben wir nun, zur vollständigeren Charakteristik des ganzen Zeitraums, eine Uebersicht aller der einzelnen Bestrebungen und Thatsachen, die mit jenem Drange zur Association zusammenhängen. Was von den hieher gehörigen Erscheinungen die vormärzliche Zeit gebildet, was sie gestattet hatte, beschränkte sich auf geschlossene Vereinigungen und Gesellschaften mit wissenschaftlichen, geselligen oder gemischten Tendenzen, welche die Politik ganz ausschlossen oder sie nur unbemerkt und vorsichtig behandelten. Das Jenseits des nachmärzlichen Himmels

nahm mehrere von ihnen auf, um sie jedoch nach seinen Ansprüchen und Bedingungen weiter existiren zu lassen; die meisten verfielen der Hölle, in der sie rettungslos untergingen. Vereine, die das Bedürfniß nach geselliger Unterhaltung, in die sich zuweilen auch erlaubte politische Späße mischten, hatte entstehen lassen, wie der der „Freimüthigen", der „Hutfreunde", suchten noch ein freilich nur kurzes Dasein zu fristen, indem sie sich an die Wahlbewegung anschlossen, Candidatenlisten aufstellten und Wahlversammlungen ausschrieben. Selbst ein „wissenschaftlicher" Verein, dessen Mitglieder aus alten Notabilitäten der Wissenschaft und Kunst bestanden, vermochte sich nicht ganz den politischen Einflüssen der neuen Zeit zu entziehen, galt es auch gleich nur, einer gefallenen politischen Größe in Verbindung mit den alten „verhaßten" Zuständen zu erwähnen. Der Vorsitzende des „wissenschaftlichen Kunstvereins," Geheimrath Tölken, hatte nämlich in einer Vorrede zum neuesten Kataloge der Kunstausstellung zart genug angedeutet, daß, während Stiftungen von Privatmännern segensreich fortwirken, die vom verstorbenen Könige ausgesetzten Preisbewerbungen „wegen anderweitiger Verwendung der dazu allerhöchst angewiesenen Fonds" noch immer unterbrochen seien. Als Hr. Tölken hierauf in der Sitzung des wissenschaftlichen Kunstvereins vom 15. April, mit Bezug auf diese Stelle, angegangen wurde, Auskunft darüber zu geben, „durch welche Schritte der akademische Senat sich einem so höchst ungerechten Uebergriffe des Ministeriums widersetzt habe", erklärte der Vorsitzende: wie er sich nur in Klagen ergehen könne über die unfreie, aller Selbstständigkeit beraubte Stellung, in welche die Akademie der Künste seit dem Tode des Ministers v. Altenstein (also unter dem Ministerium Eichhorn) gebracht sei, wofür unter anderem auch die willkürliche Bestimmung über die Ertheilung des Professortitels als Beleg diene. In dem Berichte über diese Sitzung sprach der Hofrath F. Förster die Erwartung aus, daß Hr. Tölken „eine genaue Darlegung dieser traurigen Zustände" als Denkschrift veröffentlichen werde. Worauf denn der Aufgeforderte in einer Erwiderung (Sp. Z. 23. Ap.) die Gründe angab, die ihn von der Abfassung einer Denkschrift abhielten. „Vom Anfang des Eichhorn'schen Ministeriums," heißt es darin, „bis zu den letzten Tagen, wo schon das Wetter, in dem es unterging, über seinem Haupte stand, hat es mit größter Consequenz die Maxime verfolgt, jede Verfügung, deren Mißliebigkeit es voraussah, als königliche Cabinetsordre ergehen zu lassen. Man nannte das mit einem technischen Ausdrucke: eine Cabinetsordre extrahiren. Aber hinweg von einem Verfahren, das die eigene Willkür dem leicht vertrauenden, unverletzlichen höchsten Gebieter unterschob. Anmuthig lautete dann die Entschuldigung, daß es nicht Sache des Ministeriums sein könne, den allerhöchsten Bestimmungen entgegenzutreten. Kein früheres Ministerium hatte in solcher Art seine Verantwortlichkeit zu decken gewußt." Hr. Tölken, der zugleich von sich bekennt, daß er sich nie gescheut, unter dem Eichhorn'schen Ministerium wider dessen „un-

heilvolle" Maßregeln sich auszusprechen und selbst die beschränkte Redefreiheit an den Geburtstagen des Königs „bis zur äußersten Grenze des Erlaubten" zu freimüthigem Tadel gebraucht habe, tröstet sich also: „Eine Wiederkehr der verhaßten Zustände ist unmöglich geworden, die Schilderung derselben bleibe der Geschichte vorbehalten. Unsere Kraft gehört der neugestaltenden Gegenwart!" — Andere Vereine mit mehr oder weniger wissenschaftlichen Zwecken zogen es vor, einstweilen und bis auf günstigere Zeiten einen Winterschlaf zu halten. „Die früher hier zusammengetretenen einzelnen Vereine," schreibt hierüber ein Mitglied der philosophischen Gesellschaft am 20. April, „der Juristen-, Freihandelsverein, die philosophische Gesellschaft rc. versuchen es allmählig, sich auch wieder zusammenzufinden; indessen wirken die allgemeinen politischen Fragen noch zu mächtig, als daß sie schon in eine neue gedeibliche Thätigkeit wieder eintreten könnten. Erst wenn diese beseitigt, oder wenigstens äußerlich festgestellt sind, wird es den Vereinen möglich sein, an dem Ausbau des Ganzen wiederum ihrerseits thätig zu sein." Dagegen entstanden schon zeitig innerhalb derjenigen Kreise und Corporationen welche durch bestimmte wissenschaftliche oder künstlerische Thätigkeit verbunden, Bewegungen, deren directes Streben auf eine Betheiligung an den „Errungenschaften" gerichtet war. So überreicht der „jüngere Künstlerverein" am 8. April der Akademie der Künste eine Adresse, in der eine zeitgemäße Reorganisation der Akademie dringend verlangt und dazu geeignete Vorschläge gemacht werden. Ein günstiger Erfolg wurde um so mehr erwartet, als schon längst eine Reform der Akademie beabsichtigt und die Ausführung derselben nur von einzelnen einflußreichen Mitgliedern des Instituts bisher noch zurückgehalten worden sein sollte. Am Ende des Monats beschloß der Verein, zu seinen Berathungen über Kunst und materielle Interessen auch Nichtmitglieder als Sprecher zuzulassen. Mehrfach wurden von einem provisorischen Vorstande durch öffentliche Bekanntmachungen Versammlungen „sämmtlicher bildender Künstler" zur Besprechung allgemeiner und Kunstinteressen ausgeschrieben. Ein provisorisches Comité ladet ferner „sämmtliche Lithographen Berlins" zu einer Versammlung am 19. ein, „da Interessen von der höchsten Wichtigkeit zur Berathung vorliegen." — An der Universität trat bereits am 30. März ein Verein von 50 Lehrern, außerordentlichen Professoren und Privatdocenten, zusammen, der alsbald eine Commission (die HH. Gneist, Hotho, F. und A. Benary, Collmann, Remack) wählte, „um Vorschläge zur Wiederbelebung der Universität zu machen." Nach einer Mittheilung der Voss. Z. hätte jedoch zuletzt noch eine Berathung dieser akademischen Lehrer, am 15. April, gezeigt, daß die zeitgemäße Reorganisation der deutschen Universitäten wenigstens aus der Mitte der berliner eine nur schwache Unterstützung zu erwarten haben würde, da jene Herren sich noch immer mit den äußerlichsten und untergeordnetsten Verbänden des akademischen Lehrerthums beschäftigten, und die eigentliche Organisationsfrage noch nicht anzurühren wagten. Dem

Eifer des neuen Cultusministers allein würde es zu danken sein, wenn eine zeitgemäße Umbildung des bisherigen Universitätswesens einträte. Auswärtige Blätter berichteten auch von einem „Märzverein," der von jüngeren, freisinnigen Lehrern der Universität gebildet sei; ob dieser Verein jedoch in's Leben getreten und wie er gewirkt, darüber fehlen die Nachrichten. — Von den einzelnen Facultäten stellte zuerst die medicinische bestimmte Reformanträge auf. Ein „medicinischer Club," von Studirenden der Medicin begründet, ließ neben diesen auch praktische Aerzte und akademische Lehrer an seinen Berathungen theilnehmen. In der ersten Versammlung vom 15. April wurde von den Studirenden eine Adresse an den Cultusminister beschlossen, welche zunächst um neue klinische Institutionen und Besetzung von Lehrstellen petitionirte.*) Die im medicinischen Club angestellten Debatten führten auf eine Reihe von Fragen über das Unterrichtswesen überhaupt, die Art des medicinischen Unterrichtes, die Verbindung des praktischen Unterrichtes mit dem theoretischen Theile der Wissenschaft, welche über den ursprünglichen Plan der Studirenden hinausgingen. Inzwischen waren bereits unter den Aerzten selbst Berathungen über die Mittel gepflogen worden, bei der neuen Gestaltung der Dinge auch die Medicinalverhältnisse einer passenden Reform entgegenzuführen. Am 2. April wurde in der geburtshilflichen Gesellschaft beschlossen, die übrigen medicinischen Vereine Berlins zur Wahl von Deputirten aufzufordern, welche die Einleitungen für eine allgemeine Versammlung der berliner, später preußischen, Aerzte treffen sollten. Hierauf traten 25 berliner Aerzte, Geheimräthe, Professoren u. s. w. (v. Arnim, Barez, Berend, Busse, Casper, Eck, Eckard, Ehrenberg, Hartwig, Horn, Koner, Körte, Liman, Link, Magnus, Mayer, Quincke, Rosenstiel, Schöller, Schütz, Simon, Troschel, Virchow, Wegscheider, E. Wolff) als Deputirte der verschiedenen Gesellschaften zusammen. Der „medicinische Club"

---

*) Die Adresse lautete: „Die Unterzeichneten sprechen dem Herrn Minister folgende Wünsche aus: 1) Schleunigste Besetzung der durch Prof. Dieffenbach's Tod erledigten Lehrstelle. Die Studirenden sind der Ueberzeugung, daß dieselbe am würdigsten besetzt werde durch den Prof. Langenbeck (in Kiel), Stromeyer oder Baum. 2) Trennung der chirurgischen von der Augen-Klinik in der Charité und Besetzung der ersteren durch den Prof. Baum, Langenbeck oder Stromeyer, so daß dieselbe beim Beginn des Sommer-Semesters eröffnet werde. Die Studirenden erachten jene Trennung der beiden Kliniken — eine Trennung welche ursprünglich bestand — deßhalb für nothwendig, weil das Material beider Abtheilungen zu reichhaltig, als daß dasselbe zum wahren Nutzen der lernenden Jugend von Einem Lehrer erschöpfend behandelt werden könnte. 3) Provisorische Besetzung der medicinisch-chirurgischen Polyklinik in der Ziegelstraße durch den Privat-Docenten Dr. Simon. 4) Errichtung einer Klinik für Brust-Kranke in der Charité behufs des gründlichen Studiums der Auscultation und Percussion, und sofortige provisorische Besetzung der Lehrstelle durch den Dr. Traube. Sollten sich der sofortigen Errichtung dieser Klinik für jetzt unverhoffte Hindernisse in den Weg stellen, so bitten wir, bis dahin das in der Charité befindliche Material an Brust- und Herz-Krankheiten dem Dr. Traube behufs des Unterrichts in diagnostischer und therapeutischer Beziehung zu übertragen. Die Unterzeichneten haben das feste Vertrauen, daß der Minister der Unterrichts-Angelegenheiten, in Rücksicht auf die Einstimmigkeit unserer Ueberzeugung, in Rücksicht des Gedeihens der medicinischen Wissenschaft an hiesiger Universität, für die schleunigste Erfüllung unserer Wünsche eifrigst bemüht sein werde."

jedoch erwarb sich, in seiner Entwickelung, die meisten Anhänger. „Eine große Zahl von Aerzten," berichtet Dr. Leubuscher in der Wochenschrift: „Die medicinische Reform" (Nr. 1, vom 10. Juli 1848) „begrüßte das Zusammentreten dieses Clubs als ein willkommenes Ereigniß, da Viele gegen das von den Vereinen zu begründende Unternehmen Mißtrauen hatten. Viele von den Aerzten, die keinem Vereine angehören, erblickten in ihrer Bestrebung eine aristokratische Anmaßung, eine Bevormundung der Uebrigen, und fanden in der Zusammensetzung des Clubs, in seinen frischen, jugendlichen Kräften eine viel sicherere Hoffnung auf eine freie und unbefangene Gestaltung der zu machenden Vorschläge, als in den Mitgliedern der Vereine, von denen nicht wenige für ihre eigene, gefährdete Existenz gegen eine neue Ordnung der Dinge ankämpfen müßten." — In Folge einer Aufforderung des Dr. Kriebel an „sämmtliche Militair-Oberärzte und Chirurgen" vereinigten sich viele von diesen zu dem an den Kriegsminister gerichteten Antrage auf sofortige Gewährung des ihnen längst versprochenen und zustehenden Offizier-Ranges 2c.: „Gerade in jetziger Zeit, wo die Verhältnisse uns weit häufiger als sonst in Berührung mit den Offizieren bringen, ist es für einen durch Schule und Universität gebildeten Mann auch drückender als je dem Range nach unter jenen zu stehen, die in keiner anderen Beziehung vor ihm den Vorzug verdienen." — An „sämmtliche Zahnärzte" erging von einem „zu diesem Zwecke zusammengetretenen Comité" (Lomnitz, v. Hertzberg, Schmedicke) die Einladung, in einer Versammlung am 19. „zur zeitgemäßen Wahrnehmung ihrer Interessen" sich zu vereinigen. Die Pharmaceuten Berlins — zu einer „pharmaceutischen Gesellschaft" zusammengetreten — gaben unter dem 13. an den Oberpräsidenten eine Erklärung ab, derzufolge bei Concessions-Verleihungen an Apotheker neue zeitgemäße Bestimmungen nothwendig und in zwei vorliegenden Fällen der Bewerbungstermin so lange hinausgeschoben werde, bis diese Bestimmungen erlassen seien. Außer einer Erweiterung der Concessionen fordern die Pharmaceuten, daß die Revisionen von besonderen Ministerial-Apothekern und nicht wie bisher von Collegen angestellt werden, fordern ferner, um fähigen Apothekern eine selbstständige Lage zu verschaffen, die Abstellung des Selbstdispensirens in Krankenanstalten. — Dem Rechtswesen gehört ein „Verein jüngerer Juristen" an, der, aus Referendarien und Auscultatoren an berliner Gerichten bestehend, sich unter dem provisorischen Vorsitze des Hrn. v. Salviati gebildet hatte. Eine allgemeine Versammlung wird vom Comité (Meyen, Teichert, v. Eckardstein) auf den 22. ausgeschrieben, wobei die Aufgabe des Vereins als eine solche bezeichnet ist: mit geselligen Zwecken die Erörterung politischer, juristischer, socialer Fragen zu verbinden und die gewonnenen Resultate praktisch und nach außen zu bethätigen. In der ausgeschriebenen Versammlung wurden erörtert die Frage wegen der Wahl eines Comité's mit dem Auftrage, die verschiedenen großen und kleinen Uebelstände im preußischen Justizdienste, namentlich der Referendarien und Aus-

cultatoren in's Auge zu fassen, und die Frage wegen Betheiligung an den Wahlen. — Am rührigsten trat die Agitation unter den Lehrern Berlins auf. Eine unter dem Vorsitze des Dr. Gerber am 8. abgehaltene Versammlung von Lehrern an Gymnasien, Real- und höheren Bürgerschulen beschloß, daß Realschul- und Gymnasiallehrer, so wie die Lehrer der höheren Bürgerschulen vereinigt zusammen wirkten, um eine Reform des Schulwesens zunächst in Bezug auf die Verwaltung bei der nächsten Volksvertretung zu beantragen. „Wenn die Spitze unseres Begehrens," sagte Hr. Gerber in der Eröffnungsrede, „die ist, daß wir unmittelbar mit der Gesetzgebung verhandeln wollen, so begreifen wir, daß wir diese Spitze schon erreicht haben, unser wichtigstes Recht schon ausgeübt, wenn wir uns mit der Regierung des Landes, mit der Nation selbst in Verbindung setzen." Gleichzeitig hatte, wie die von Lehrern herausgegebenen „Jahrbücher für Erziehung und Unterricht" (Aprilheft) berichteten, bereits eine große Anzahl von Schullehrern sich zu einem Club vereinigt und ein Comité eingesetzt, welches über Reorganisation der Schulbehörde, der Lehrerbildungsanstalten, der Schule und der Lehrerverhältnisse Berathungen hielt. Die Einsetzung eines eigenen Unterrichtsministeriums und solcher Räthe, die aus Lehrern aller Kategorieen zu wählen, waren die ersten Punkte, welche in der Versammlung selbst erörtert wurden. Am 15. versammelte sich auf eine Einladung der „Gymnasiallehrer-Gesellschaft" die Mehrzahl der berliner Gymnasiallehrer im Hörsaale des Werderschen Gymnasiums; es wurde beschlossen, die Verhandlungen über Angelegenheiten des Lehrerstandes in Gemeinschaft mit den Lehrern der Real- und Gewerbeschule und mit denen der höheren Bürgerschule zu führen. Ein von dieser Versammlung erwähltes Comité (die HH. August, Benary, Bonnell, Busse, Gerber, Mützell, Runge, Seiffert) lud hierauf die sämmtlichen Lehrer der genannten Anstalten zu einer Berathung „über ihre äußeren, d. h. Rechts- und Verwaltungsverhältnisse" auf den 22. ein. Die Lehrer der Real-, Gewerbe- und der drei höheren Stadtschulen wurden noch zu einer besonderen Versammlung am 25. durch den Dr. Kleiber berufen. Die „Hilfslehrer" beriethen am 16. eine Petition, in welcher sie um unbedingte Gleichstellung mit den Lehrern der städtischen Schulen baten. Nachdem die Schullehrer Berlins in mehreren Berathungen ihre Forderungen aufgestellt hatten, wurde von Hrn. R. Fischer eine Generalversammlung auf den 26. sowohl für die Lehrer Berlins als auch für Deputationen aus den Provinzen ausgeschrieben. Außer den berliner Lehrern wohnten etwa dreihundert auswärtige dieser Versammlung bei, der das aus fünfzehn Lehrern bestehende Comité, unter dem Vorsitze des Hrn. Koch präsidirte. Nach einer sechsstündigen Berathung wurde eine Petition angenommen, deren Hauptpunkte in folgender Art veröffentlicht wurden:

Die erste freie, preußische Lehrerversammlung in Tivoli am 26. April hat sich fast einstimmig für folgende Hauptpunkte einer Petition entschieden: 1) Einsetzung eines be-

sondern Unterrichts-Ministeriums. 2) Einsetzung von Räthen, gewählt aus praktischen Lehrern aller Kategorieen. 3) Einsetzung von Commissionen, gewählt aus Lehrern und anderen Bürgern, zum Beirath der Verwaltung der einzelnen Schulen. 4) Errichtung von Kreis-Provinzial- und Reichs-Lehrersynoden. 5) Inspection der Schule durch Schulmänner. 6) Aufhebung der geheimen Conduiten-Listen. 7) Möglichst ausgedehnte Aufhebung aller Zwischenbehörden. 8) Die Schule ist Staatsanstalt. 9) Organische Gliederung der Unterrichts-Anstalten in Volksschule, Gymnasium, höhere Bürgerschule und Universität. 10) Oberste Leitung der Töchterschulen nur durch Lehrer. 11) Organisation von Schulen zur Fortbildung für die, welche aus der Volksschule ins practische Leben übertreten. 12) Gründung von Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten in Verbindung mit der Volksschule. 13) Die Lehrer-Bildungs-Anstalt ist ein Zweig der Universität und giebt theoretische und practische Ausbildung. 14) Wer sich dem Lehrfach widmet, muß das Zeugniß der Reife aus dem Gymnasium oder der höheren Bürgerschule erlangt haben. 15) Gründung von Bildungs-Anstalten für Lehrerinnen, angelehnt an die höhere Töchterschule. 16) Jeder Schulamts-Candidat beginnt seine Laufbahn in der untersten Stufe der Volksschule. 17) Beförderung in höhere Gehälter nach Dienstalter und Amtstreue. Das Minimum des Gehalts vom platten Lande bis zur Großstadt bewegt sich zwischen 250 und 400 Thlr. 19) In Bezug auf Pensionirung und Versorgung der Wittwen und Waisen stellt der Lehrer den übrigen Staatsbeamten gleich. 20) Die Privatschule wird unter Berücksichtigung der Rechte der Vorsteher und Lehrer, Staats-Anstalt. Sollten aber künftig noch Privatschulen nothwendig sein, so ist: a) die Gründung einer Privatschule von einer Concession der Behörde abhängig; b) die Vorsteher und Lehrer sind in jeder Beziehung den Lehrern an Staatsschulen gleichgestellt. — Um die jetzigen Verhältnisse in die gewünschten hinüberzuführen, wird beantragt: 1) Trennung des Rectorats vom Pfarramt. 2) Befreiung des Lehramts vom Küsterdienst. 3) Entfernung der Geistlichen von der Schulaufsicht und Einberufung von Schul-Inspectoren aus dem Lehrerstande. 4) Sofortige Einsetzung von Commissionen, gewählt aus Lehrern (durch Lehrer) und andern Bürgern, zum Beirath der Verwaltung der einzelnen Schulen. 5) Begründung von regelmäßigen Conferenzen zur theoretischen und practischen Fortbildung der Lehrer unter Leitung der Schul-Inspectoren. 6) Möglichst schnelle Verbesserung der Lehrer-Gehälter bis auf das angesetzte Minimum, mit besonderer Berücksichtigung solcher Stellen, auf denen ein Emeritus ist. 7) Aufhebung der Schulkassen zum Besten der Lehrer und der Erben derer, die dadurch beeinträchtigt worden sind.

Vergebens hatte schon seit Jahren eine Anzahl von Vereinen sich einer embryonischen Existenz zu entwinden gestrebt, in der sie allerhand Bedenklichkeiten der alten Regierung fortwährend gebannt hielten. Der neue Zustand löste den Bann und führte die Spätgeburten an das Licht. Eine derselben, der „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen," also getauft im October 1844, erhob die Stimme zuerst wieder am 14. April. Der Vorstand des Vereins, bestehend aus den HH. v. Viebahn, Frhr. v. Reden, Lette, Carl, Oppenfeld, Goldschmidt, Nobiling, Duncker, D. A. Benda, erließ an jenem Tage eine Ansprache, in der er fünf Punkte als Mittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Volksklassen aufführt und die Hoffnung ausspricht, daß die Gemeinde- und Staatsbehörden, so wie die Armenverwaltungen die Bildung der von dem Vorstande vorgeschlagenen Ortsvereine nur willkommen heißen werden, da es wesentliche Aufgabe dieser sei, der Verarmung und Belastung der Staats- und Gemeinde-Anstalten vorzubeugen. Ein Termin für die Zusammenberufung der Vereinsmitglieder zu einer Generalversammlung wurde noch vorbehalten. Die erste fand erst am 2. Juni statt. — Aus der weitläuftigen Ansprache des Centralvereins-Vorstandes theilen wir folgende einleitenden Stellen mit:

Der neue Geist, welcher über unser deutsches und preußisches Vaterland aufgegangen ist, hat auch den Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen aus den Banden des Todes, die ihn bereits umfangen hielten, erlöst. Geboren in dem Augenblicke, als das zollvereinte Deutschland sich seiner industriellen Macht bewußt zu werden anfing, erhält er doch erst die Kraft zum Leben jetzt, wo Deutschland seine ganze nationale, aus der Freiheit wiedergeborene Stärke erlangt. Das Recht der freien Vereinigung ist gesichert, die constitutionelle Regierungsgewalt, wie sie bereitwillig unser Statut bestätigt und unserem Vereine Vertrauen geschenkt hat, wird ihn in den Schranken des Gesetzes frei sich entwickeln lassen, sie wird ihn unterstützen und fördern, um, nachdem die Freiheit errungen, die Wohlfahrt der bisher mit der Noth des Lebens kämpfenden Klassen begründen zu helfen. Die Zoll- und Gedankenschranken, welche die deutschen Bruderstämme noch getrennt hielten, sind gefallen oder werden in kurzem fallen, die Wirksamkeit unseres Vereins kann sich jetzt in Wahrheit über ganz Deutschland erstrecken. So rufen wir denn mit freudigen Hoffnungen, mit neuer Begeisterung die Brüder in allen Gauen des schönen Vaterlandes auf, an das große Werk zu gehen mit stoischem Muthe, aber auch mit Besonnenheit. Sociale Reformen können nur hervorgehen aus bewußter Einsicht, aus der nur allmählig zu erringenden Umgestaltung der verschiedensten Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mannigfaltigsten, oft sich durchkreuzenden Interessen. Darum, ihr Männer des Arbeiterstandes, haltet fest an der Einsicht, die — wir hoffen es — in der Mehrzahl von Euch noch lebendig ist, daß nur in friedlichem Wege eine Verbesserung Eurer Lage zu erreichen ist. Bedenket auch, wenn Ihr die neue Freiheit benutzet und zusammentretet, um Euch über Eure Wünsche und Beschwerden zu besprechen, die gegenwärtige Lage derer, von denen Ihr Abhülfe erwartet; bedenket, daß Handel und Gewerbe stocken und welche ungeheuren Kapital-Verluste durch den großen Umschwung herbeigeführt sind; bedenket, daß wir die errungene Freiheit nicht sicher stellen können, wenn wir nicht Alle Hingebung genug besitzen, unvermeidliche Verluste zu tragen. Führet vor allen Dingen Eure Sache nicht gewaltsam, führet sie nicht durch Zerstörung! Das ist nicht der Weg, Eure Lage zu verbessern, sondern zu verschlechtern. Die öffentlichen Behörden — des sind wir gewiß — werden überall geneigt sein, Eure Anträge zu hören, Eure Wünsche, so viel in ihren Kräften steht, zu berücksichtigen und zu vermitteln. Habt Vertrauen zu dem neuen Geiste, der durch die Welt geht: seine Macht ist die Macht der Wahrheit und des Guten, seine gewaltige Kraft wendet die Herzen der Besitzenden mehr und mehr Eurem Loose zu, wir vertrauen ihm, wir vertrauen Euch. Wir werden Euch dieses Vertrauen beweisen, indem wir sofort Vorkehrung treffen werden, daß bei unserer Thätigkeit der Rath und die Stimme von Männern aus Eurer Mitte vernommen werden.

Eine Woche später, am 21., veröffentlichte der schon früher erwähnte „Localverein für das Wohl der arbeitenden Klassen" durch sein provisorisches Comité (Diesterweg, Hamann, v. Herford, Hummel, Kalisch, Kaldbrenner, Kampfmeyer, Runge, Prof. A. Schmidt, Sehlmacher, Stephan, Zacharias, O. Schomburgk, Dr. Behr) folgenden „Aufruf an die Bürger und Bewohner Berlins":

Das Comité des hiesigen Localvereins, welches durch das Statut vom 22. Januar 1845 mit der Constituirung des Vereins beauftragt worden, durfte sich durch das engherzige Mißtrauen der damaligen Behörden nur für gewaltsam unterdrückt, nicht aber für aufgehoben und seines Auftrages entledigt erachten. Dasselbe Mißtrauen hat am 18. März den Sturz jener Behörden herbeigeführt. Der Central-Verein hat zuerst die Fesseln von sich geworfen, in denen er langsam verschmachten sollte. Der Localverein darf nicht länger auf sich warten lassen. Was er damals auf dem friedlichen Wege der sittlichen Einwirkung herbeiführen wollte, das wird er nun, nachdem es blutig errungen worden, auf dem Boden der jungen Freiheit zu pflegen, er wird unter uns den wahren Freiheitsbaum zu pflanzen haben, auf daß er seine Zweige über das ganze Vaterland verbreite. Deshalb haben wir nach reiflicher Erwägung der Umstände beschlossen: 1) Das Comité bringt das Statut des berliner Localvereins vom 22. Januar 1845 nach seinen wesentlichen Bestimmungen sofort in Ausführung. Es ist kein Grund vorhanden, den „Zweck" desselben anders zu fassen, als §. 1: „Durch die Kraft des moralischen Einflusses und die zur Förderung desselben zu treffenden Einrichtungen für die Verbesserung des sittlichen und wirthschaftlichen Zustandes der arbeitenden

Klassen, unter thätiger Mitwirkung derselben, zu wirken." Nur die Umstände haben sich geändert, nicht die Sache; sie sind ihr günstiger geworden. Die zu vereinbarende Constitution macht jenen Zweck nicht überflüssig; denn sie kann nur Formen der Ausgleichung und der Gleichheit der Berechtigung geben, aber nicht das Leben selbst, das jene Formen ausfüllt, und diese Berechtigungen zur That und Wahrheit macht; das kann nur die lebendige gesellige Beziehung von Mann zu Mann, von Mund zu Mund, von Herz zu Herzen. Es ist die höchste Zeit, damit nicht, während die Constitution noch berathen wird, die nothbedrängten Arbeiter, rathlos im Gefühl ihrer Verlassenheit, der besitzenden Bürgerschaft in Wehr und Waffen gegenüber, den zudringlichen Einflüssen eitler und unreifer Politiker preisgegeben, und zum Mißbrauch der ungewohnten Freiheit verleitet werden. Zu diesem Zwecke wird sich der Verein ohne Zweifel der bereitwilligsten Förderung muthiger und einsichtsvoller Behörden zu erfreuen haben. — 2) In unwesentlichen Dingen, die unter den gegebenen Verhältnissen bei Ausführung des Statuts hinderlich sein dürften, übernimmt das Comité die Verantwortlichkeit für provisorische Modificationen, in der Ueberzeugung, daß die nach der Ausführung zur Revision des Statuts zu berufende Generalversammlung der thätigen Mitglieder ihm ihre Billigung nicht versagen wird. — 3) Für die seit 1845 ausgeschiedenen Mitglieder ergänzt das Comité sich durch sich selbst, und verstärkt sich durch Zuziehung von Deputationen aus dem Bereich der Handwerker und Arbeiter, deren „Mitwirkung" das Statut ausdrücklich in Anspruch nimmt. Die Verfassung des Localvereins muß mit der öffentlichen zu vereinbarenden auf denselben breitesten Grundlagen stehen. — 4) Das Comité beginnt zuerst mit der Constituirung von Bezirksvereinen. Wenn der Localverein zur That werden soll, muß er in allen Theilen der Stadt gleichmäßig und zu gleicher Zeit Wurzel fassen. — Ihm darin bereitwillig entgegen zu kommen, ist es nun an Euch, Ihr hochherzigen Bürger und Bewohner Berlins! An Euch ist es — und gerade jetzt ist dazu die Zeit — wo Ihr in den Wahlbezirken beisammen seid und die Männer wählt, denen Ihr Eure Gerechtsame in der constituirenden Versammlung anvertrauen wollt, und zugleich auch auf denselben Grundlagen den Localverein zu constituiren. Beide Aufträge entsprechen einander. Dieselben Männer, denen Ihr das Eine anvertraut, wir haben das Vertrauen zu ihnen, daß sie auch das Andere nicht von sich ablehnen werden. Macht es ihnen zur Pflicht, zur Bedingung! Laßt sie auch darauf ihren Glauben bekennen! Unter dieser Voraussetzung bilden die fünf Wahlmänner in jedem Bezirk die Comité's der Bezirksvereine, um durch Abordnung mit unserm provisorischen Central-Comité in Verbindung zu treten 2c. Nicht minder dürfen wir voraussetzen, daß die Bezirksgenossen, nachdem sie sich bei den Wahlen brüderlich zusammen gefunden, auch fortfahren werden, in dieser Vereinigung, als Mitglieder des Localvereins, zusammen zu bleiben, und ihre Einsicht, wie ihre Mittel den Zwecken des Vereins zu widmen. — 5) Das Comité findet sogleich beim ersten Schritte die erfreuliche Veranlassung zu einer Erweiterung des Statutes. Es wird darauf bedacht sein auch den Frauen einen angemessenen, dem Manne in der Regel unzugänglichen Wirkungskreis der sorgenden und versöhnenden Menschenliebe zu eröffnen. Wir werden sogar die ersten der, wie zu erwarten steht, nicht unbedeutenden Mittel, mit denen der Localverein seine Thätigkeit beginnen dürfte, ihrer Fürsorge zu verdanken haben.

Auch die „Pestalozzi-Stiftung" trat jetzt in's Leben, nachdem sie, 1845 zuerst angeregt, drei Jahre vergebens auf die Bestätigung ihres von Diesterweg u. A. entworfenen Statutes gewartet hatte. Ende Aprils ward den Betheiligten die Anzeige, daß das Statut am 28. März von dem Ministerium genehmigt und daß der Stiftung selbst vom Könige Corporationsrechte verliehen worden seien. — Als, wiewohl entfernter, hieher gehörig ist ferner die Vereinigung der „protestantischen Freunde" oder, wie sie gewöhnlich genannt wurden, der „Lichtfreunde" zu erwähnen, an deren zuletzt in Berlin abgehaltene Versammlung auf Tivoli (1845) sich zugleich die Erinnerung an polizeiliche Neckereien knüpfte, welche damals noch über Gebühr ernst aufgefaßt und behandelt, für nichts weniger als harmlos galten. Hr. Wache theilte zuerst am 16. April Gesinnungsgenossen vorläufig mit, „daß die protestantischen Freunde, seit drei Jahren von dem Drucke jener Finsterlinge niedergehalten,

deren Herrschaft in der Kampfesnacht vom 18. und 19. März, wir hoffen auf immer in den Abgrund gestürzt worden, eine neue große cöthener Versammlung zur Feier der wieder eroberten Freiheit vorbereiten." Auf Mittwoch nach Ostern, 26. April, wurde hierauf eine „Versammlung für kirchliche Berathung zu Köthen" berufen, für welche Uhlich das Programm entworfen hatte. — Die seit 1846 ein Scheinleben fristende „Bürgergesellschaft," ein Verein solcher mit dem berliner Bürgerrechte versehenen Personen, deren Liberalismus den vormärzlichen Behörden nicht die hinlängliche Garantie für loyale Vereinstendenzen geboten zu haben schien, gab jetzt ihre ersten Lebenszeichen in Adressen und Protesten gegen die Arbeitsstörungen und die Gründonnerstags-Demonstration kund. Wahlangelegenheiten bildeten sodann den fast ausschließlichen Gegenstand der Tagesordnung ihrer wiederholt ausgeschriebenen ordentlichen und außerordentlichen Versammlungen. — Die „polytechnische Gesellschaft" hielt seit Mitte Aprils wieder wöchentliche Sitzungen, um sich über die „Mittel zur Abwendung der den technischen Gewerben drohenden Gefahren" so wie über die Frage wegen Ausgleichung der Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern „ohne Gefährdung der industriellen Interessen" zu berathen.*)

---

*) Die polytechnische Gesellschaft — heißt es in dem betreffenden Sitzungsberichte — welche am 27. die Berathung über die geeigneten Mittel zur Abwendung der den technischen Gewerben drohenden Gefahr fortgesetzt und beendigt, „glaubt diese Aufgabe, in soweit sie die Aufhülfe unserer Industrie in ihrer gegenwärtigen bedrängten Lage betrifft, im Wesentlichen durch folgende Maßnahmen erreichen zu können, deren Wirksamkeit sie jedoch nur nach erfolgter Feststellung unserer politischen und socialen Verhältnisse und der dadurch bedingten Wiederkehr der Ruhe und des Vertrauens erwarten kann, nämlich: 1) Hebung des Credits der kleineren Gewerbetreibenden durch Errichtung eines umfassenden Credit-Instituts für Fabrikanten und Gewerbetreibende, mit allgemeiner Wechselfähigkeit derselben und Waaren-Lombard verbunden. Desgleichen Beschaffung einer Hypotheken-Bank für Berlin. Das in ersterer Beziehung bereits in's Leben getretene Institut wurde als nicht durchgreifend genug bezeichnet, da es nur Beträge im Minimum von 100 Thlr. ausleiht und der Pfandwerth, welcher zur Erlangung dieser Summe deponirt werden muß, dem kleinen Gewerbemann im Allgemeinen nicht zu Gebote steht. Auch würde dem Institut noch eine angemessene Localität beizugeben sein, um es möglich zu machen, die verpfändeten Waaren für das kauflustige Publikum auszulegen; indem der letztere Zweck selbst bei der symbolischen Verpfändung der fertigen Arbeiten erfahrungsmäßig nicht erreicht wird, auch die Associirung der Gewerke und die Errichtung von Vereins-Magazinen Behufs mittelbarer Betheiligung der einzelnen Gewerksgenossen nur als ein unerwünschter Umweg bezeichnet wurde; 2) Creirung von Fabrik- und Gewerks-Gerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern nnd Arbeitnehmern, mit freier Wahl der Richter Seitens der Betheiligten; 3) Errichtung von Handelsgerichten im Verein mit Schiedsgerichten und mit Richtern aus dem Volke; 4) Besteuerung der steuerpflichtigen ausländischen Waaren nach dem Werthe und nicht, wie es bisher theilweise, namentlich bei feinen Webestoffen und derartigen Luxusartikeln geschehen ist, nach dem Gewichte; 5) Aufhebung des Steuer-Credits für ausländische Fabrikate, welche auf deutschen Handelsplätzen und Meßorten ausgeboten und von welchen nur die abgesetzten Gegenstände als importirt betrachtet und versteuert werden, desgleichen Anwendung des Steuer-Verschlusses für die zum Transito-Handel bestimmten Artikel; 6) Aufgeben der selbstständigen Fabrikation und des inländischen Handels Seitens der Seehandlung und Beschränkung derselben auf den Export inländischer Fabrikate und den Import der dafür vielleicht eingetauschten ausländischen Waaren; 7) Entschädigung für durch Tumulte und Aufruhr verursachte Beschädigungen und Zerstörungen von Eigenthum; 8) Anfertigung genauer statistischer Uebersichten von sämmtlichen Gewerbe- und Industriezweigen unserer Stadt durch den Magistrat mit Zuziehung des statistischen Büreaus und Vereins; 9) Verwendung der Communal-

Als ein Verein, in welchem sich nicht allein Vertreter fast aller technischen Gewerbe und der verschiedenen Handelszweige, sondern auch Männer der Wissenschaft befänden, erachtete die polytechnische Gesellschaft sich „vorzugsweise dazu berufen, sowohl auf die arbeitenden Klassen, als auch auf die Arbeitgeber ungesäumt vermittelnd einzuwirken." Eine Aufforderung des constitutionellen Clubs, sich mit diesen wegen der Wahlen von Abgeordneten der berliner und frankfurter Versammlung zu verständigen, lehnte die polytechnische Gesellschaft in ihrer Sitzung vom 27. April ab, „weil sie in ihrer Eigenschaft als Fördererinn der Industrie bei der bevorstehenden Entwickelung der politischen Verhältnisse neutral bleiben wolle, zur Wahrnehmung der polytechnischen Interessen jedoch in den Wahlbezirken hinlängliche Gelegenheit zu haben glaube und dieselben sowohl bei den Wahlmännern, als auch bei den Deputirten selbst, welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen, zur Anerkennung zu bringen hoffe." — Von den vormärzlichen Vereinen Berlins der bedeutendste, nicht sowohl der Mitgliederzahl nach, als des Einflusses wegen, den er auf den Handwerkerstand, insbesondere auf die Gesellen übte, war der „Handwerkerverein" (in der Johannisstraße). Während der fünf Jahre seines Bestehens hatte er, von den Behörden zwar beaufsichtigt, doch in seiner Entwickelung nicht wesentlich gestört, den jungen Handwerkern, die ihm in stets wachsender Anzahl — bis in die Tausend — beigetreten waren, Gelegenheit gegeben, sich geistig und gesellig weiter zu bilden, hatte er in den Provinzen Vereine derselben Art in's Leben gerufen und sich mit diesen in Verbindung gesetzt. Seit dem 20. März vereinigten sich seine Mitglieder zu einem bewaffneten Corps, mit dem Zwecke, die Bürgerwehr in ihrem Dienste für die Sicherheit und Ruhe der Stadt zu unterstützen. Als „Organ für Arbeit und Arbeitgeber" wurde ferner von dem Verein die „deutsche Arbeiterzeitung" gegründet, deren Redactions-Comité aus neun seiner hervorragendsten Mitglieder, sämmtlich Gesellen und Gehilfen, bestand. Zur Stiftung eines ähnlichen Vereins in einem anderen Stadttheile trat eine Anzahl Personen zusammen, die Herren Born, Eichholz, Herm. Friedländer, Gercke, Gebrüder Goldschmidt, Grüne, Heckmann, Jonas, Dr. Langerhans, Löwe, Nauen, Runge, Schäffer, Stephan, Dr. J. Waldeck, Wegener, — sämmtlich Bewohner der Luisenstadt — die zunächst eine Versammlung auf den 26. April beriefen, zu der sie alle diejenigen einluden, welche sich dem neuen „Arbeitervereine" anschließen wollten. 425 Mitglieder zählte der Verein in jener ersten Versammlung, die Dr. Waldeck mit einem Vortrage über die Zwecke des Vereins eröffnete; es folgten Besprechungen über verschiedene Einrichtungen, namentlich die Bildung eines Sängerchors und

Mittel Behufs Beschäftigung der Arbeiter zu solchen Gegenständen, durch welche für die Zukunft ein wirklicher, die Industrie fördernder Nutzen zu erwarten ist, wie sie z. B. die kräftige Betreibung des Canalbaues bieten würde. — Die polytechnische Gesellschaft wird die 7 ersten Punkte dem Staats-Minister motivirt zur Berücksichtigung vorlegen, die beiden letzten dagegen dem Magistrat zur Beachtung empfehlen."

einer Turngemeinde. Die Aufforderung zur Theilnahme an der Versammlung war in einem Circulare (vom 18.) enthalten, welches sich über den zu gründenden Verein in folgender Art aussprach:

Das tief empfundene Bedürfniß einer Vereinigung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung Berlins zu gemeinsamer Berathung, gegenseitiger Belehrung und Erheiterung rief vor mehreren Jahren den Handwerker-Verein in das Leben, und es ist allgemein anerkannt, welche ersprießliche Leistungen von demselben ausgegangen sind. Was damals als ein bloßes Bedürfniß empfunden wurde, ist heute eine unerläßliche Nothwendigkeit, da die gleiche politische Berechtigung Aller unbedingt voraussetzt, daß alle Theile des Volkes sich zu einem Ganzen verschmelzen und sich gegenseitig in jeder Beziehung durchdringen. Noch sehen die verschiedenen Klassen sich nicht mit Vertrauen an, noch können sie kein rechtes Herz zu einander fassen, und dennoch drängt sich Jedem die Ueberzeugung auf, daß wenn die Zukunft uns Heil bringen soll, die Schranken fallen müssen, welche uns trennend aus einander hielten. Es darf der verschiedene Beruf, die verschiedene äußere Lage keine Scheidung mehr begründen, es darf fortan nur ein einiges Volk geben. Die Stadt Berlin ist zu groß, als daß eine einzige Vereinigung, wie sie der Handwerker-Verein bildet, genügen könnte, und gewiß hat es gleich in der Absicht gelegen, ähnliche Vereine in mehreren Stadttheilen hervorzurufen. Die Hindernisse, welche sich einem solchen Plane entgegen stellten, sind jetzt nicht mehr vorhanden, und so haben denn die Unterzeichneten in dem festen Vertrauen, daß ihre Absichten allgemeinen Anklang finden werden, sich entschlossen, in dem ihnen dazu angebotenen Local, Köpnickerstraße 27 einen Verein für die umliegenden Stadttheile zu gründen, welcher dem oben angedeuteten Bedürfniß entsprechen soll. Derselbe soll unter alleiniger Voraussetzung der Unbescholtenheit seiner Mitglieder alle Klassen des Volkes umfassen, er soll namentlich bewirken, daß sich die Theilnehmer nicht nur persönlich kennen lernen, sondern sich gegenseitig belehren, und ihre Meinungen über alle Verhältnisse des Lebens und Wirkens austauschen, auch soll für längere Vorträge, wie sie dem Zwecke entsprechen möchten und für das gesellige Bedürfniß gesorgt werden. Der Verein behält sich alle weiteren Bestimmungen über seine Organisation unter Zuziehung aller zu ihm tretenden Mitglieder, so wie darüber vor, in welcher Art er mit dem schon bestehenden Handwerker-Verein in Verbindung treten kann.

Zu den oben genannten Gründern dieses neuen Vereins gehören, wie die Namen anzeigen, mehrere der angesehensten Fabrikherren Berlins. Wie diese gleichsam als Patrone eines Vereines auftraten, der zunächst für den Handwerker und Arbeiter gegründet, die Aufgabe hatte, im Sinne der neuen Principien dahin zu wirken, daß die „Schranken", welche bisher die verschiedenen Klassen „trennend aus einander hielten", fallen, daß „alle Theile des Volkes sich zu einem Ganzen verschmelzen und sich gegenseitig in jeder Beziehung durchdringen", so übernahmen mehrfach einzelne oder mit einander verbundene Personen, durch ihre Stellung irgendwie bevorzugt, freiwillig das Patronat von Vereinen, die das Interesse für das materielle Wohl der Besitzlosen gründen ließ. Mancherlei wurde hier freilich nur angeregt, das Meiste blieb unausgeführt. Den „Invaliden der Arbeit" galten mehrere Pläne. Eines derselben erwähnt die Spen. Zeit. am 15. April. Der Buchhändler Dr. L. Weyl, heißt es dort, welcher auch den Verein zur Ausspielung von Gegenständen der Kunst ꝛc. zum Besten der Verwundeten und Hinterbliebenen in's Leben gerufen, habe soeben einen Plan zur Gründung eines Vereins für invalide oder alt und arbeitsunfähig gewordene Arbeiter entworfen; von Männern aus allen Klassen der Gesellschaft sei bereits Theilnahme zugesichert, in Kurzem werde der von einem Comité weiter ausgearbeitete Plan vorgelegt

werden. — In einem „Aufruf an die besitzenden Klassen des preußischen Volkes" (Voss. Z. 26. Ap.) machte Hr. Wöniger Vorschläge, „das große Werk der Versöhnung zwischen den besitzenden und nichtbesitzenden Klassen" zu fördern. Seinen Plan gab er zunächst in folgenden Umrissen an: „Preußen zählt jetzt etwa 16 Millionen Einwohner. Hiervon ist eine Million in der Lage durchschnittlich 8—10 Thaler pr. Kopf zu entbehren; es werden Einige mehr, Andere weniger geben. Auf diese Weise werden durch freiwillige Beiträge etwa 8—10 Millionen Thaler zusammen zu bringen sein. Diese Summe wird dem Staat als eine freiwillige Gabe, sei es für immer, sei es für einige Zeit dargebracht, mit dem Auftrage, das Geld nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Regierung zur Unterstützung der Gewerbthätigkeit zu verwenden, so jedoch, daß es vornehmlich den eigentlich arbeitenden Klassen zu Gute kommt. Ueber die beste Art und Weise der Verwendung sind verschiedene Ansichten möglich, da indeß Gefahr im Verzuge ist, so können weitläuftige Debatten nicht stattfinden und man muß es dem Staat überlassen, hier Mittel und Wege anzugeben. Die freie Presse wird es sich außerdem zur Aufgabe machen, das Gouvernement mit ihren Vorschlägen zu unterstützen. Festgestellt wird hier nur noch, daß die Zinsen und sonstigen etwanigen Erträge aus jener Nationalsammlung zu Unterstützungs-Anstalten für die Invaliden der Arbeit verwandt werden sollen." Hr. Wöniger schloß seinen Aufruf: „Es kommt darauf an, ein großes sittliches Unrecht, das die Geschichte begangen hat, zu sühnen; es kommt darauf an, den besitzlosen Klassen zu zeigen, daß man nicht bloß ein Wort, sondern auch eine That für sie hat. Diese That darf nicht die That des Almosens sein, sie würde die Empfänger beschimpfen; sondern es muß eine That sein, wodurch die eine Hälfte der Gesellschaft der andern ihre offenen Sympathien beweist, indem sie dieselbe dadurch in die Lage bringt, sich auf die eigene sittliche Kraft zu stützen. Es ist dies eben so sehr eine Forderung praktischer Staatsklugheit als ein Gebot christlicher Nächstenliebe. Erwarten wir, ob die Zeit ihre Aufgabe begreift." Einige Tage nach der Veröffentlichung des Aufrufs theilte sein Verfasser mit, daß jener „von den erfreulichsten Folgen" gewesen; es seien im Laufe des Tages bereits über siebenhundert Thaler angemeldet, auch in zahlreichen Zuschriften berliner Einwohner Zustimmung und Mitwirkung verheißen worden. Hr. Wöniger erklärte sich unter diesen Umständen verpflichtet, zur Bildung eines Centralcomité's sofort weitere Schritte zu thun und bis dahin etwaige neue Geldanmeldungen weiter entgegenzunehmen. — „Zur Beruhigung Aller" glaubte ferner Jemand den Vorschlag machen zu müssen, daß in jedem Hause sich die sämmtlichen Bewohner zu einem „Familienrathe" verbänden, welcher unter einem „frei gewählten Haupte" alle ärmeren Hausbewohner unter seine besondere Obhut nähme. „Durch den Zusammentritt sämmtlicher Familienräthe eines Bezirks würde sich dann das Weitere schon von selbst finden." (Voss. Zeit. 12. Ap.)

Als „das Comité des Vereins für die Armen" trat eine Verbindung von vier Personen (Prediger Müller, Lehrer Pletsch, Hofgraveur Bayerhaus, Kaufmann Reinecke) auf, welche die „wichtigste Frage der Gegenwart," diejenige nämlich, „wo soll für die vielen arbeitlosen Hände Beschäftigung gefunden werden," durch die Antwort erledigen: „Unsere Armen müssen aus der überfüllten Stadt auf das Land zur Bearbeitung des Bodens übergeführt werden." Zu diesem Zwecke bittet das genannte Comité um schnelle und reichliche Hilfe. — Von größerem Erfolge als alle diese Aufforderungen war der Aufruf mehrerer Damen, die einen „Frauen-Verein zur Abhilfe der Noth unter den kleinen Fabrikanten und Handwerkern" gebildet hatten. Derselbe lautete:

Die Einwirkungen, welche die im Laufe der letzten Wochen auch in unserm Vaterlande eingetretenen politischen Ereignisse auf den Wohlstand des Landes ausgeübt haben, lassen insbesondere für Fabrikanten und Handwerker, und die mit den Gewerben beschäftigten Arbeiter, eine außerordentliche Hilfe wünschenswerth erscheinen. Das Gesetz vom 15. April d. J. über Gründung öffentlicher Darlehns-Kassen und Verausgabung von Darlehns-Kassenscheinen gewährt für die größeren Fabrikanten die Aussicht auf eine solche Hilfe. Für die kleineren Fabrikanten und Handwerker ist aber das Bedürfniß solcher Hilfe nicht geringer. Da glaubten sich die Unterzeichneten mit vollem, warmen Vertrauen an die Hochherzigkeit und den milden Sinn ihrer Mitbürgerinnen wenden zu dürfen mit der dringenden Aufforderung: „zur Aufhilfe kleiner Fabrikanten, Handwerker und Familien der arbeitenden Klassen, insbesondere aber zur Gründung einer dauernden Vorschuß-Kasse für dieselben" reiche Beisteuern an Gold- und Silbergeräth, Schmucksachen und Geld für einen so edlen Zweck zu gewähren. Der gegenwärtig hier in's Leben tretende Localverein, ein Institut, das schon früher mit dem Wohl der arbeitenden Klassen sich beschäftigte, jetzt unter unbeschränkteren Verhältnissen seine ganze Thätigkeit diesem würdigen Zweck zuwendet, wird uns bei der Verwaltung der eingehenden Beiträge behülflich sein. So legen wir an Euer Herz das Wohl so vieler hart Bedrängten, und hoffen mit Zuversicht, daß ihr eine heilige Befriedigung finden werdet, einer großen Sache mit großer Gesinnung aufopfernd gedient zu haben. — Von Mittwoch, 26. d. M., an werden täglich von 11—2 Uhr Mitglieder des unterzeichneten Frauen-Vereins in dem dazu bewilligten Local in der k. Haupt-Münze, Unterwasserstraße 2, anwesend sein, die dargebrachten Gaben entgegennehmen und den Empfang bescheinigen. Berlin, den 22. April 1848. Frauen-Verein zur Abhilfe der Noth unter den kleinen Fabrikanten und Hanwerkern. Al. Th. Albrecht. Amalie Arons. Geh.-Räthin Beer. Isabella Behr. Louise Borsig. Emilie Dunker. Johanna Dunker. H. Hufeland. R. Humbert. Marie Jüngken. Henriette Kauffmann. Bertha Magnus. Henriette Mendelssohn. Marianne Mendelssohn. Julie Naunyn. Stadträthin Reimer. Julie Reinhardt. Hildegard v. Schwerin. Mitverwaltung haben nachstehende Herren übernommen: Dr. Behr. Borsig. Alexander Dunker. Stadtrath Dunker. Commerzienrath Ermeler. Hamann. Präsident Lette. Alexander Mendelssohn. O. Schomburgk. v. Viebahn.

Associationen in gewerblichem Particular-Interesse entstanden gleichzeitig in kaum übersehbarer Anzahl. Bald gab es keinen Erwerbszweig, dessen Angehörige nicht zu einem Vereine zusammengetreten wären. Angeregt durch die Volks- und Arbeiter-Versammlungen, durch jene Handwerkerverbindungen, die in dem von Born geleiteten „Centralcomité für Arbeiter" ihren Mittelpunkt fanden, schrieben Handwerker und Gewerbetreibende aller Art Versammlungen zur Berathung ihrer Interessen aus; von den vielen Anschlagszetteln, die während der ersten Aprilwochen die Straßenecken bedeckten, enthielt der größte Theil Einladungen zu diesen Versammlungen. Entgegengesetzte Interessen riefen hier Vereinigungen der Gesellen eines Handwerks, dort der Meister hervor,

und unter diesen sonderten sich wieder die Vereine der Zünftigen und der Unzünftigen. Jedes einzelne Gewerbe, jeder Nahrungszweig wollte für sich an den Errungenschaften theilnehmen, sie für sein nächstes Interesse ausbeuten. Wie ausschließlich häufig diese Interessen waren, davon einige Beispiele. In einer Versammlung, die am 7. die „Victualienhändler" Berlins abhielten, kamen dieselben überein, zu fordern, daß die Bewohner einer Straße nur bei den in derselben Straße wohnenden Victualienhändlern ihre betreffenden Einkäufe machen, daß namentlich von anderen Straßen her kein Bier an diese Bewohner abgesetzt werden dürfe, daß den Materialwaarenhändlern verboten werde, Victualien und Gegenstände (wie Kartoffeln, Wurst, Käse, Besen) feilzuhalten, auf welche die Victualienhändler ein ausschließliches Verkaufsrecht zu haben glaubten u. dgl. m. Die „Obsthändler" forderten in einer an das Polizeipräsidium, den Magistrat und die Stadtverordneten gesandten Adresse: „daß die mißbräuchlichen Uebergriffe der ausländischen und auswärtigen Obsthändler, die nur aufkaufende Händler sind und nicht als Grundbesitzer Obst selbst gewinnen, und welche in Berlin einen Markt-, Keller-, Straßen- und sogar Hausir-Kleinhandel, auch unter sich einen Wiederverkaufs-Obsthandel im Großen betreiben und sonach eine künstliche Vertheuerung des Obstes eigennützig bezwecken . . . baldigst beseitigt werden mögen, indem dieselben ursprünglich auf ihren Obst-Kahn-Handel am Wasser angewiesen waren, was auch billig ist, da wir mehr Abgaben und bürgerliche Verpflichtungen haben." Eine „allgemeine Benachrichtigung von Seiten der berliner Obsthändler," mit 18 Namensunterschriften versehen, brachte diese Forderungen zur öffentlichen Kenntniß. Eine ähnlich abgefaßte „allgemeine Benachrichtigung von Seiten der berliner Kleinhändler," mit 32 Unterschriften, theilte den Inhalt einer Adresse der „Kleinhändler" mit, worin diese fordern: „die mißbräuchlichen Uebergriffe der Groß-Zwischenhändler, mit ihren Groß-Comptoirs, zur künstlichen Vertheuerung der Lebensproducte, mittelst Rabatt, so wie die der auswärtigen Markthandelsleute hierselbst, die willkürlich, ohne Bürgerrecht und Abgaben, uns beschädigen und niederdrücken, und das unbefugte Straßenhausiren der Arbeitsleute und Schlafstell-Mädchen u. s. w. abzustellen." Auch die „Fuhrherren" von Berlin und der Umgegend vereinigten sich zu einem „Proteste gegen Gewerbe-Uebergriffe." Sie fordern von den Behörden: „das veraltete Reglement vom Juli 1843 (für das Thorfuhrwerkwesen), welches aus den überlebten Amtsverhältnissen entlehnt ist, gänzlich zu reformiren, und deshalb eine Fuhrherren-Commission zur beständigen Selbstverwaltung unserer Interessen baldigst einzusetzen; die monopolartigen Spezialconcessionen des Omnibusfuhrwesens zu kassiren; nicht zu gestatten, daß die Holz- und Torfhändler, die Maurer-, Zimmer- und Steinsetzmeister, die Gasthofsbesitzer mit ihren Luxuspferden, so wie die Posthaltereien, die Gasanstalten, das städtische Moderfuhrwesen u. s. w. Lohn- und Privatvergnügungsfuhren gewinnsüchtig annehmen

und sogar aufsuchen dürfen." Die Mehrzahl der „Möbelhändler" verpflichtete sich (in Plakaten vom 14.) „um ihrerseits dazu beizutragen, daß die ihnen begründet erscheinende Bitte der Tischlergesellen um Erhöhung des Arbeitslohns erfüllt werde," Möbel für ihre Magazine nur aus solchen Werkstätten zu kaufen, wo erwiesenermaßen fleißigen und ordentlichen Gesellen ein Wochenlohn von mindestens vier Thalern gezahlt werde. Worauf das „Comité der unzünftigen Tischlermeister" im Namen ihrer Mitmeister erklärte, daß der Inhalt jenes Plakates sie auf's Tiefste empören müsse, „indem Viele, ja die Mehrzahl der Möbelhändler, durch Hintansetzung jedes menschlichen Gefühls sich auf unseren Ruin bereichert, unser Mark verschwelgt und unser Blut ausgesaugt haben, uud diese Leute, welche uns erst in den tiefsten Abgrund des Elends gestürzt haben, scheinen jetzt, wahrscheinlich aus gerechter Furcht, unsere gutgesinnten Gesellen gegen uns aufwiegeln zu wollen." — Der „Verein deutscher Köche zu Berlin" richtete (15. Ap.) eine mit 103 Namensunterschriften versehene „Ansprache an die hohen und höchsten Herrschaften," in der diese auf die „in einem Vorurtheile ihren Ursprung habende Ungerechtigkeit" aufmerksam gemacht werden, daß sie nur französischen Köchen die Ehre gegönnt, sie bedienen zu dürfen. „Heut, wo die deutsche Kochkunst so große Fortschritte gemacht und fast jeder deutsche Koch sich eine genaue Kenntniß der französischen Küche angeeignet hat, heute können wir mit jedem Franzosen in die Schranken treten. Ohne Franzosenhaß und ohne Rücksicht darauf, daß allen Nachrichten zufolge die deutschen Arbeiter in Frankreich gezwungen werden, ihre Arbeit zu verlassen, bittet der Verein jene Herrschaften, die deutschen Köche fernerhin nicht mehr zurückzusetzen. Es ist die Zeit gekommen, wo Deutschland seine Suppen allein kochen kann. Es wird eine Kraftbrühe werden. In den französischen Küchen wird jetzt so Manches gekocht was einem ehrlichen deutschen Magen zuwieder ist." — Ueber ihre gedrückte Stellung brachten Klagen in die Oeffentlichkeit die Kellner, die Materialhandlungsdiener, die Grundbesitzer u. dgl., über ihre bedrohte Lage die Putz- und Kleidermacherinnen, die Friseurinnen u. s. w. „Was ist Freiheit?" lautet in einer „bescheidenen Anfrage" ein Klageruf „mehrerer Frisir-Mamsells" (V. Z. 14. Ap.): „daß man den jungen Mädchen das Frisiren verbieten will? Frisiren ist eher eine weibliche als männliche Beschäftigung." Im Namen der „ganzen Kellnerschaft in den Hotels" wurde auf den „empörenden Mißbrauch" aufmerksam gemacht, welcher „hinsichtlich der willkürlichen Vertheilung der den Kellnern gebührenden Trinkgelder von Seiten der Principale beobachtet" werde. Die in Materialwaarenhandlungen beschäftigten jungen Leute vereinigten sich, um bei ihren Principalen „in einer durchaus gesetzlich und versöhnlich gehaltenen Vorstellung" darauf anzutragen, daß ihr täglicher Dienst, der schon Morgens um 7 Uhr begann, spätestens um 8 Uhr Abends beendet sei, während bisher die Läden erst nach 10 Uhr geschlossen wurden. Zur Besprechung über diese Angelegenheit war auf den 29. April

eine Versammlung „sämmtlicher Herren der Materialwaarenhandlung" ausgeschrieben worden. — Die „Handlungsgehilfen" hielten, auf die Einladung des „Vereins für junge Kaufleute" am 9. April eine Versammlung, in der die einzelnen Punkte der „zur Erleichterung ihres sehr gedrückten und geknechteten Standes nothwendigen Reformen" festgestellt, eine Petition an die Kaufmannschaft entworfen und eine Deputation (Gaede, Fridberg, Taege, Schulz, Mannsfeldt, Leßmann, Prochelle) ernannt wurde, um die zur Ausführung der Wünsche erforderlichen Schritte zu thun. Die Deputation veröffentlichte über die erwähnte Versammlung folgenden Bericht:

Am Sonntag den 9. d. M. Nachmittags 3 Uhr fand auf der Börse eine Versammlung der Handlungsgehilfen statt, zusammenberufen durch 2malige Anzeige in den vier öffentlichen Blättern Seitens des Vereins junger Kaufleute, der, als ausschließlich den Interessen der Handlungsgehilfen gewidmete Körperschaft, es für seine Pflicht hielt, eine Berathung über nothwendige Reformen und Erleichterungen für diesen theilweise sehr gedrückten und geknechteten Stand zu veranlassen. Die Säle des Börsenhauses waren mit ca. 600 Handlungsgehilfen gefüllt, trotzdem die Haltung der Versammlung sehr befriedigend und eine solche Uebereinstimmung vorherrschend, daß die einzelnen Anträge fast einstimmig angenommen oder einstimmig verworfen wurden. Der Director des Vereins, Hr. Strehmann, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache über die Nothwendigkeit, die bestehenden Uebelstände in diesem Stande nach allen Seiten hin zu beleuchten, Anträge zu deren Abhilfe zu berathen und die Ausführung derselben auf gesetzlichem Wege zu bewirken, und schlägt vor, ein Comité zur Leitung für diese erste Versammlung zu ernennen. Die Schwierigkeit der Wahl veranlaßt den Antrag, dem provisorischen Comité die Leitung zu belassen; was angenommen wird. Der Protokollführer verliest hierauf die schriftlich eingegangenen Anträge, denen von mehreren Anwesenden noch einige andere hinzugefügt werden. — Angenommeu und zum Beschluß erhoben wurden, nach erfolgter Discussion, folgende Anträge: 1) Alle Handlungen, resp. Läden, sollen in den Wochentagen spätestens Abends 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen spätestens Mittags 1 Uhr geschlossen werden, und die darin beschäftigten Leute über die übrige Zeit frei für sich verfügen können. 2) Kein Kaufmann darf im Verhältniß mehr Lehrlinge als Commis halten, dergestalt, daß auf je zwei Commis nur 1 Lehrling kommt; derjenige, welcher nur einen Commis halten kann, soll jedoch daneben 1 Lehrling halten dürfen, so wie derjenige, welcher überhaupt nur 1 Person beschäftigen kann, einen Lehrling allein haben darf. 3) Jeder Principal ist verpflichtet, den ausgelernt habenden Lehrling 1 Jahr als Commis zu behalten oder auf seine Kosten demselben die erste Condition zu verschaffen. 4) Es sollen Abend- und Sonntagsschulen für Handlungsgehilfen und Lehrlinge, in welchen die nöthigsten Fachkenntnisse gelehrt werden, zur unentgeltlichen Benutzung errichtet werden. 5) Eine Examinations-Commission, aus den Lehrern dieser Anstalten und einer Deputation von Principalen und Commis zusammengesetzt, entscheidet, ob die Lehrlinge die nöthigen Kenntnisse erworben haben; nur diejenigen, welche das Examen bestehen, können von ihren Principalen losgesprochen werden (den Lehrbrief erhalten). 6) Alle Volontairs in den Geschäften sind abzuschaffen, oder das einem solchen angemessene Gehalt dem Unterstützungsfonds für Stellenlose zu überweisen. 7) Wird von der Regierung ein Arbeiterministerium gebildet, wie dies auch von der Versammlung gewünscht wird, so soll der Handelsstand, als einer der bedeutendsten des Gewerbestandes, in selbigem durch eine Deputation von gleicher Anzahl Principale und Commis vertreten sein. 8) Die Versammlung ernennt eine Deputation von 7 Personen, um die Petition auszuarbeiten und an geeignetem Orte zu übergeben; bevollmächtigt auch zugleich die Deputation, überall, wo es ihr nöthig erscheint, die Versammlung der jungen Kaufleute zu vertreten, überläßt es aber derselben, ob sie solches in corpore oder durch Einzelne aus ihrer Mitte thun will. 9) Für die Lehrzeit wird ein Minimum von 3 Jahren festgesetzt; die Deputation aber beauftragt bestimmte Anträge über die Ertheilung von Lehr-Attesten zu berathen und zu stellen. 10) Ueberall, wo ein schriftlicher Contract es nicht besonders bestimmt, gilt für den Principal wie für den Commis eine Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Ablauf des Quartals. 11) Die Deputation wird beauftragt, Vorschläge wegen Errichtung eines Instituts zur Unterbringung engagementsloser Commis zu machen. Die Frauen sind überall, wo sie nicht durch die Verkaufsgegenstände selbst bedingt sind, von den Functionen der Handlungsgehilfen auszuschließen.

Zur Wahrung der „durch die Zeitumstände besonders gefährdeten" Interessen des Grundbesitzes vereinigte sich eine Anzahl berliner „Grundbesitzer" bereits Anfangs April, um in einer Petition an den Vereinigten Landtag Vorschläge zur Aufhebung der Beschränkungen des Grundbesitzes u. dgl. zu machen. Da jedoch der Landtag noch vor Vollendung der Berathungen über den Inhalt der Petition aus einander ging, so wurde die letztere am 13. dem Staatsministerium überreicht. Einzelne Punkte derselben stimmten mit mehrfach durch die Tagespresse veröffentlichten Vorschlägen eines zu bewilligenden Moratoriums, General-Indultes, so wie mit Plänen zur Errichtung einer Hypothekenbank überein. Gleichzeitig war bereits ein „Verein zur Errichtung eines Pfandbriefamts für Berlin" gegründet worden. Die dem Staatsministerium überreichte Petition der Grundbesitzer, von einem Schreiben begleitet worin vorläufig um schleunige Erledigung des 1. und 6. Punktes gebeten wurde, lautete:

Der allgemeine Geldmangel hat alle commerciellen Verhältnisse in das Stocken gebracht, aber hauptsächlich den Credit auf Grundbesitz untergraben, und dessen Werth in den Augen der Geldmacht ganz verdunkelt. Der Grund hierzu ist nur in der alles mit sich fortreißenden Sucht, in Eisenbahn-Papieren zu speculiren, zu finden, zu welchem Zweck die besten Hypotheken auf Grundbesitz gekündigt, nun aber auch mit den größten Opfern nicht mehr zu erhalten sind, weshalb nicht selten der Eigenthümer ohne alle menschliche Rücksicht, durch die sofort auf Antrag des Hypothekengläubigers eingeleitete, gerichtliche Administration und Subhastation, gleich dem Todesurtheil die mit so vielem Schweiß erworbenen Ersparnisse oft mehrerer Generationen, auf immer verlieren muß, der öffentlichen Verachtung, ja sogar dem Bettelstabe ausgesetzt wird. Dies so große Uebel nicht weiter um sich greifen zu lassen, muß die heiligste, theuerste Pflicht unserer hohen Vertreter sein, auf die jetzt Hunderttausende sehen, denn nur durch Erhaltung und Befreiung des Grundbesitzes kann ein Staat sich erhalten, um dies aber möglich zu machen, erlauben wir uns folgende Vorschläge: 1) Der hohe Landtag möge aus Rücksicht der jetzt so schweren Zeit allen Hypothekenschuldnern einen Indult auf 2—3 Jahre, zum Schutz gegen harte Hypothekengläubiger gewähren, sofort alle dahin gehörigen Klagen, Executionen, Administrationen und Subhastationen aussetzen: eine Ausnahme könne nur stattgegeben werden, wenn die Böswilligkeit des Schuldners, nicht zahlen zu wollen, durch den Beweis, daß er die Mittel dazu habe, festgestellt worden. Executionen und Administrationen gegen Eigenthümer sollen auch nur dann auf Antrag der Hypothekengläubiger verfügt werden können, wenn die Zinsen nicht im ersten Monat des Fälligkeitstermins und auf das dann erlassene Mandat nicht gezahlt worden sind. 2) Administrationen nicht mehr durch gerichtliche Administratoren führen zu lassen, sondern dieselben unter Aufsicht des Gerichts den Creditoren mit Zuziehung der Eigenthümer zu überlassen und nachzugeben, daß von den Gesammtinteressenten ein Privat-Verwalter gestellt werde. 3) Ermäßigung der Hypotheken- und Kauf-Stempel und Ausfertigungs-Kosten bis auf ein Viertheil der jetzigen unverhältnißmäßigen Höhe. 4) Abschaffung der Beschränkungen des Grund-Besitzes, als: Jagd, Erbzins, (Canon) Laudemium und Verkaufsrecht des sogenannten Erbverpächters u. s. w. gegen Capitalisirung des Canons mit 4 pCt., welche Summe auf das Grundstück an die Stelle des Canons eingetragen wird und durch 8 pCt. regelmäßige, jährliche Abschlagszahlungen oder, nach Wahl des Verpflichteten, sogleich mit einem Male zu tilgen ist, wogegen alle Verpflichtungen und Rechte aus der Erbpacht aufhören. 5) Möglichste Entfernung der Advocaten aus den Civil-Rechtsstreitigkeiten und nur auf Anfordern Beistände aus Privatleuten zu bewilligen, oder aus den Referendarien für Sachunkundige auf Kosten des Staats zu bestellen, wobei den Parteien selbst zu erscheinen, nicht nachgelassen werde, wenn nicht Krankheit oder eine sonstige Unmöglichkeit sie daran verhindert: eventuell Aufhebung des Advocatenzwanges und Erstattung der Mandatarienkosten durch den Unterliegenden. 6) Errichtung einer National-Hypotheken-Leihbank für den Preußischen Staat mit Kreis- oder Provinzial-Zweigbanken, welche berechtigtigt ist, unter Leitung des Staats den jetzigen Bedürfnissen angemessen (etwa 25 Millionen) Hypotheken-Kassenscheine vielleicht zu Stücken von 5, 10, 20, 40, 80, 100, 200—500 gegen Verpfändung und Niederlegung

von Hypotheken-Obligationen, welche innerhalb des Tax- oder Feuerkassenwerths ausgehen, zu creiren, um die niederzulegenden Obligationen damit nach ihrer Sicherheit zu ½—⅘ Nennwerths zu beleihen und diesen Kassenscheinen volle Gültigkeit gleich den Staats-Tresorscheinen beizulegen. — (In den hierauf folgenden Erläuterungen heißt es über den 1. Punkt: „Nicht verkennen wir, welches Opfer wir von unseren Gläubigern durch einen Indult fordern; wir wünschten, nicht einmal einen Gebrauch davon machen zu müssen. Doch die allgemeine Geldverlegenheit, welche schon seit vielen Jahren eingetreten, und die neuesten Zeitereignisse haben leider den Credit vollständig erschüttert. Angst und Verwirrung hat sich aller Gemüther bemächtigt, wozu sich auch nicht selten der größte Feind, der unersättliche Wucher gesellt. Jetzt nun werden plötzlich so viele Capitalien gekündigt, wie schwerlich Geldsummen vorhanden sein können, und wie viele Kündigungen werden noch eintreten! Sollten nun diese Capitalien mit Gewalt beschafft werden, so müssen Tausende nicht unbemittelte Eigenthümer ganz geopfert werden, wobei zu bedenken bleibt, daß, würden die Grundstücke auch noch so billig durch den gerichtlichen Verkauf zugeschlagen, doch immer in dem jetzigen, und noch schlimmer in Aussicht stehenden nächsten Jahre die Zahlungen der Kaufgelder, wegen zu großer geforderter Summen nicht würden geleistet werden können, wobei der gefühlvolle Creditor, welcher die Subhastation nicht ausgebracht hat, zu Gunsten des Speculanten, welcher die Grundstücke an sich kaufen würde, sehr oft gleichfalls das Seinige verlieren, und noch den Schein auf sich laden würde, daß auch er an dem Untergange der Eigenthümer-Familie schuld sei. „Habe Geduld mit Deinem Schuldner!" müßte in dieser so schweren Zeit sich Jeder selbst sagen, dann wäre uns Allen geholfen. Und was bringt der Grundbesitzer gern für Opfer, im Gegensatz zu den hier geforderten, des Creditors! Unfreiwillig muß ersterer seinen Miethern oder Pächtern Indult gewähren, da Gewalt nur Allen Schaden bringen könnte; er wird gern das Aeußerste daran setzen, um die Zinsen und die so schweren Lasten abzutragen. Darum ist es auch nichts, als billig, daß auch ihm ein Indult bewilligt werde.")

Die Tage vom 9. bis zum 13. April ließen das Streben nach Association in gewerblichem Interesse besonders stark hervortreten. Eckenanschläge und Zeitungsannoncen beriefen Versammlungen der „Kunstgärtner, welche ihre Existenz nur durch ein dienendes Verhältniß gesichert sehen, zu einer Berathung im allgemeinen Interesse," „Tapezierer zur Unterzeichnung der Adresse, betreffend die Abhilfe des speciellen gewerblichen Nothstandes," „Schifffahrtsinteressenten," „Schiffseigenthümer," „Mechaniker zur Bildung einer Innung," „Seidenwirker welche Bürger und nicht Innungsmeister sind," „sämmtlichen Schlächter Berlins," „Tischler, Zunft- und Patentmeister," „nichtzünftigen Tischlermeister," „sämmtlichen Meister des löblichen Garnweber-Gewerks," „Gastwirthe welche eine Berechtigung als Tanztabagisten besitzen, zur Wahrung zeitgemäßer Interessen," „selbstständigen Friseure," „Buchdruckerei- und Schriftgießerei-Besitzer" 2c. 2c. Die Altmeister des Schuhmacher- und der Vorstand des Tischlergewerkes schrieben Versammlungen auch für diejenigen Meister aus, die nicht zur Innung gehören, „um die unter den gegenwärtigen Umständen so wünschenswerthe allgemeine Vereinigung zu bewerkstelligen." Der Altmeister des Steinsetz-Gewerks zeigt an, daß die Meister dieses Gewerks, „in Folge ruhiger gegenseitiger Besprechung" sich mit ihren Gesellen in friedlicher Art geeinigt haben. Die zünftigen Meister und Gesellen des Perrückenmacher-Gewerks werden zu einer vertraulichen Berathung eingeladen: „So lange die Zöpfe und das Pudern noch nicht wieder eingeführt sind," heißt es in dieser Einladung, „können wir es unmöglich gleichgültig mit ansehen, daß Patenter und Barbiere sich mit Haarschneiden beschäftigen oder sogenannte Frisir-Mamsells uns bei den Damen in's Handwerk

pfuschen." — Die Buchdruckereibesitzer wählten in der Versammlung vom 9. ein Comité (Schade, Hänel, Unger, Sittenfeld, Petsch), mit dem Auftrage, „sowohl die Angelegenheit wegen Bildung einer allgemeinen Vereinigung zu einer Corporation zu bearbeiten, als auch, wenn möglich, eine auf gegenseitige Billigkeit begründete freundliche Einigung mit den Gehilfen über die von denselben zu stellenden Ansprüche zu bewirken." Die neu sich bildende Mechaniker-Innnng trägt zunächst beim Finanzministerium auf Umgestaltung des Gewerbe-Instituts an, in der Art, daß der reiche Schatz kostbarer Hilfsmaschinen allen Mechanikern gegen eine billige Vergütigung an Ort und Stelle zur Benutzung gestattet und die Bibliothek desselben den Mechanikern zugänglich werde.

Unter dem Beamtenstande erzeugte, bei einigen Kategorieen, das Bewußtsein einer mannigfach gedrückten Lage den Drang zur Association. Eine „Generalversammlung der Geheimen Kanzlei-Secretaire, Kanzlisten, Diätarien und Hilfsschreiber" ernennt am 18. ein „Comité aller Kanzleiverwandten" (Gobbin, Ulbrich, Kirschke), um einen innigen Verband aller Kanzleiverwandten, so wie die Hebung des Kanzlei-Institutes zu bewirken. Von einem „Comité" wird auf den 22. eine „Versammlung der Civil-Supernumerarien aller Branchen" ausgeschrieben, zu der auch „in Folge gefaßten Beschlusses die etatsmäßigen Beamten des Staats-Subalterndienstes" eingeladen werden. Eine Conferenz der „Büreauvorsteher bei Justizcommissarien" wird von einem derselben auf den 19. berufen. — Die Eisenbahnbeamten Berlins werden zu einer berathenden Versammlung am 8. eingeladen. In dem betreffenden „Aufrufe" mehrerer Eisenbahnbeamten, vom 5., heißt es: „Sämmtliche Eisenbahn-Directionen Deutschlands haben sich bereits vereinigt und mehrere Congresse abgehalten. Unser Wohl scheint dabei jedoch dort eben so außer Acht geblieben zu sein, wie es bisher bei allen Generalversammlungen der Actionairs verschiedener Eisenbahngesellschaften der Fall war. Unsere Stellungen sind vielmehr eben so unsicher und der Willkür Einzelner Preis gegeben wie ehedem. Ja der für die Mehrzahl der Beamten nur kärgliche Broterwerb bietet bei großer Plage, statt Genüssen und Garantieen für dienstunfähige Zeiten, nur Kummer und Sorge, während wir unsere Körperkräfte, Gesundheit und Leben lediglich für die Interessen der Actionairs opfern." Der Verein der Eisenbahnbeamten, der sich hierauf constituirte, bezeichnete als seine nächste Aufgabe, bei den Gesellschaftsvorständen die Bildung eines Disciplinarrathes gegen willkürliche Entlassungen, die Bildung einer Pensionskasse nach gleichen Grundsätzen für alle Bahnen und noch einige andere weniger wesentliche Punkte zu beantragen. Nachdem in mehreren Versammlungen von Deputirten der Eisenbahnbeamten die an die Vorstände zu richtende Petition berathen worden, fand am 6. Mai die Schlußberathung statt, zu der auch Nichtbetheiligte eingeladen waren, „um sich zu überzeugen, welcher gute Geist die Versammlnng beseelt und mit welcher Mäßigung Petitionen über längst zustehende Rechte erörtert werden." — Am

lautesten waren die Klagen der Postbeamten, sowohl in Berlin wie in der Provinz, geworden. Sie richteten sich theils gegen finanzielle und andere Uebelstände, theils gegen die Personen, in deren Händen die obere Leitung des Postwesens sich befand. Schon in den ersten Tagen des April erließen Postbeamte der Rheinprovinz eine Adresse an den Ministerpräsidenten, in der sie ihre „aus innigster Ueberzeugung hervorgegangene Freude über den Sturz eines Verwaltungssystems" kundgaben, „dem sie nie aus Neigung und Grundsatz angehört haben" und das dringendste Verlangen nach einer zeitgemäßen, gründlichen und umfassenden Reorganisation des Postinstituts äußerten. Ueberzeugt, daß diese Umgestaltung erfolgen müsse, verzichten die Unterzeichner der Adresse vorläufig auf eine nähere Angabe der Uebelstände und „geben nur dem einen aus ihrer Gesinnung, aus ihrem Streben consequent hervorgegangenen Wunsche Ausdruck: Entfernung des General-Postamts-Directors Schmückert aus seiner jetzigen Stellung." „Befördert und gealtert in dem gestürzten Systeme, als anerkannt eifrigen Vertreter und Verfechter der Büreaukratie mit allen ihren traurigen Consequenzen besitzt dieser hochgestellte Beamte das Vertrauen der Untergebenen nicht und bietet keine Gewähr für die bevorstehenden Reformen." Berliner Blätter, besonders die Nationalzeitung, brachten hierauf von Postbeamten selbst verfaßte Aufsätze, die, zum Theil mit der Tendenz, die geschmähten Oberen in einem günstigeren Lichte erscheinen zu lassen, doch alle in der Schilderung von der drückenden Lage jener Beamtenklasse übereinstimmten. „Unser Stand leidet an vielen Gebrechen" — klagt der Eine, der in den Herren v. Schaper und Schmückert Männer verläumdet sieht, deren heller Verstand jene tiefwurzelnden Uebelstände längst erkannt habe, deren Herz und Brust auf's Wärmste für das Wohl der Beamten schlage — „die große Entmuthigung unseres Beamtenstandes ist daher wohl erklärlich; sie ist in eine Erbitterung umgewandelt, die in der jetzigen Zeit, wo Alles was nicht haltbar ist zur Umgestaltung aufgerufen wird, mit lauter Stimme sich geltend macht." Ein Anderer berichtet: „Seit langer Zeit seufzten wir Postbeamte unter dem Druck einer Herrschaft, die uns das Leben unerträglich machte. Da ging die neue Sonne der Freiheit auf, und mit ihr traten die Beamten des Generalpostamts und des Hofpostamts in Berlin zusammen, um sich zu berathen, wie das alte Joch abzuschütteln sei. Bald erfuhr der Generalpostamts-Director Schmückert die Bestrebungen der Beamten. Schnell wurden nun die Gegenpläne gemacht. Erst erhielten die Büreauvorsteher die Weisung alles Mögliche zur Beruhigung, zur Unterdrückung der lauten Klagen beizutragen, dann aber erhielten viele Beamten eine Zulage von 50 Thaler und mehrere neue Anstellungen fanden statt. Gleich darauf erschien ein Circular des Generalpostmeisters wegen anonymer Inserate von Postbeamten, zugleich aber ein Aufruf des Geheim-Revisors Lenz, die Postbeamten in Berlin möchten sich zu einer Gesellschaft vereinigen." Der eben erwähnte Aufruf lud sämmtliche berliner Postbeamte zu einer Ver-

sammlung (in „Villa Colonna") auf den 10. April ein. In dieser, wie in einer folgenden Extraversammlung am 17. wurde von den Theilnehmern Statuten des neu zu bildenden „Vereins der berliner Postbeamten" berathen. Der Verein constituirte sich unter diesem Namen. Als Aufgabe des Vereins bezeichneten die Statuten: Besprechung und weitere Verfolgung allgemeiner Angelegenheiten der Postbeamten und des Postwesens überhaupt, so wie Förderung wissenschaftlicher und sittlicher Bestrebungen. „Während der Berathungen des Statuts," heißt es in einem Bericht, „war manches freisinnige Wort gefallen und mit großer Acclamation aufgenommen worden, doch freier wurde das Wort, als die kölner Adresse verlesen worden war, worin um Entfernung Schmückert's von seiner einflußreichen Stelle gebeten wird. Es gab da gewaltig blasse Gesichter, denn dieser Herr war heute besonders stark vertreten. Nach vielen Debatten ergab endlich eine Zählung die Stimmenmehrheit dafür, daß die Adresse ausgelegt und unterzeichnet werden solle, was auch geschah." Am 17. richtete „Namens des berliner Postbeamten-Vereins" dessen provisorischer Vorstand (Lenz, Winter, Jahn, Genrich, Schreiber, Fischer, Schuft, Sinell) ein Rundschreiben an die Postbeamten der Provinz; es lautete:

An unsere Collegen! Mit aufrichtiger Freude haben wir die Zeichen des regen, freien Geistes begrüßt, der auch unter den Postbeamten, durch die gewaltigen Zeitereignisse hervor gerufen, so lebendig hervorzutreten beginnt. Es war nicht anders zu erwarten, als daß auch der Stand der Postbeamten, ein Stand, der so lange unter dem Joche drückender Verhältnisse geschmachtet hat, seine Stimme laut erheben würde zu einer Zeit, wo ganz Deutschland nach langem Drucke die Fesseln einer selbstsüchtigen Politik mit Entrüstung von sich abgeworfen hat. Auch wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es anders bei uns werden müsse. Es ist an der Zeit, zu zeigen, daß der Beamte nicht willenloses Werkzeug, sondern Mensch ist. Auch wir haben dem jetzt angebrochenen Tage der Freiheit und des Rechts mit Sehnsucht entgegenharrt. Leider mußten wir, wie überall, so auch hier, durch die Verhältnisse gezwungen, unsere Wünsche und Hoffnungen zurückdrängen in unsere Brust. Die Eisdecke ist jetzt zersprengt, unter der unsere gerechten Wünsche begraben lagen! Wohl uns und Allen, daß endlich der Tag gekommen ist, wo kein Horcher ungestraft mehr lauschen darf! Von nun an müssen Wahrheit, Gradheit und Biederkeit die längst verdiente Anerkennung finden. Dies muß und wird geschehen, wenn ein Jeder unter uns von jetzt an mit seiner Ueberzeugung männlich, offen und frei hervortritt. Eine solche Gesinnung überall zu erwecken und zu befestigen, wird fortan unser ernstes Bestreben sein. Von der Ueberzeugung erfüllt, daß diese gute Gesinnung nur durch vereintes Streben allgemeine Verbreitung und Befestigung finden kann, daß zur Verwirklichung unserer vielfachen Wünsche vor Allem Einigkeit und festes Zusammenhalten nöthig ist, sind wir zu einem Vereine zusammengetreten, dessen Hauptaufgabe es sein wird, die zeitgemäße Entwickelung unseres Instituts, so wie unsere eigenen Interessen nach allen Seiten hin mit allen Kräften zu fördern. Indem wir unsere verehrten Collegen von der Bildung unseres Vereins, dessen Statuten umstehend abgedruckt sind, in Kenntniß setzen, richten wir die Aufforderung an sie, überall wo es thunlich und nicht bereits geschehen ist, von dem Associationsrechte Gebrauch zu machen und zu Vereinen im Sinne des unsrigen zusammenzutreten. Möchte es den Vereinen, welche sich bilden werden oder sich schon gebildet haben, gefallen, sowohl unter einander, als mit uns in nähere Verbindung zu treten! Einigkeit macht stark! Nur Einigkeit sichert unseren Bestrebungen den gewünschten Erfolg.

„Der kräftige Geist der Reorganisation, der in alle unsere Staats-Institutionen eingedrungen ist, hat sich auch auf eine erfreuliche Weise in der Landwehr bewährt." So die Einleitungsworte eines, von dem Literaten und Landwehr-Unteroffizier Braß verfaßten Berichtes über die Resultate meh-

rerer von den berliner Landwehrmännern abgehaltenen Versammlungen. Während an verschiedenen Orten der Rheinprovinz innerhalb der Linie selbst Verbindungen von Militairs entstanden waren, die in berathenden Versammlungen und Adressen ihre Wünsche um „nöthige Reformen in der Armee" aussprachen — von einer Adresse aachener Offiziere und dem darauf erfolgten Bescheide des Ministerpräsidenten wird später die Rede sein — ereignete sich in Berlin der im vorigen Abschnitte erwähnte, eigenthümliche Vorgang mit der Garde-Pionier-Abtheilung, der die sofortige Versetzung derselben nach Werder zur Folge hatte, begann in der Hauptstadt ferner eine erfolgreiche politische Agitation unter den Landwehrmännern, erfolgreich nach zwei verschiedenen Seiten hin. „Zur gemeinsamen Berathung wichtiger Interessen" waren in Eckenanschlägen und öffentlichen Blättern mehrfach Versammlungen ausgeschrieben, zu der von einem „provisorischen Comité" die Wehrmänner des 1. Aufgebots eingeladen wurden. Dergleichen Versammlungen fanden am 26. im Waßmannschen Locale, am 30. im Exercierhause vor dem prenzlauer Thore statt. In denselben wurde eine Adresse berathen, die mit mehr als tausend Unterschriften bedeckt an einem der ersten Tage des Mai dem Ministerpräsidenten überreicht ward, eine Adresse, von welcher der oben erwähnte Berichterstatter rühmte, daß sie „gewiß von der Tüchtigkeit der Gesinnung zeugt, die in unseren Landwehrmännern herrscht und die sich auch in der Stunde der Noth bewähren wird, wenn wir dieses Kernes der Volksbewaffnung bedürfen." Diese Gesinnung, fährt der Bericht fort, sei um so ehrenhafter und anerkennenswerther, als von einer anderen, „reactionairen" Partei die bedeutendsten Anstrengungen gemacht worden, diesen „guten Geist" zu unterdrücken. Von anderer Seite war auch eine Versammlung der Wehrmänner des 20. Landwehr-Regiments ausgeschrieben worden. Diese Einladung, von dem in Charlottenburg wohnenden Landwehrmann, L. Schlesinger, „im Auftrage vieler Kameraden" am 28. April erlassen, lautete: „Dem Wunsche vieler Landwehrmänner gemäß habe ich bei unserem Herrn Brigade- und Regiments-Commandeur die Erlaubniß nachgesucht, uns am 4. Mai im Exercierhause der Karlsstraße zu einer berathenden Versammlung einfinden zu dürfen. Ich fordere demnach die Wehrmänner des 1. und 2. Aufgebots hiermit auf, sich am gedachten Tage, mit ihren Landwehrpässen versehen, zahlreich einzufinden. Nur Landwehrmännern ist der Eintritt gestattet." — Die Forderungen der zuerst erwähnten Landwehrmänner waren in folgender Adresse enthalten:

Durch die Revolution des 18. und 19. März sind die Einrichtungen unseres Staates in ihren tiefsten Grundvesten erschüttert worden. Was von ihnen noch nicht zusammengefallen, droht jeden Augenblick den Einsturz, da der innerlichste Grundstein dieser Einrichtungen, das absolute Königthum, aus seinen Fugen gewichen und gebrochen ist. Auch das Institut der Landwehr entbehrt demgemäß dieser Grundlage und droht den Einsturz. Wir alle Unterzeichnete dieser Adresse gehören diesem Institute an, wir alle halten dasselbe zu lieb und werth, als daß wir nicht das Möglichste thun sollten, diesem Zusammensturz aus allen unsern Kräften entgegen zu arbeiten; aber nur durch eine zeitgemäße Umgestaltung kann dies ge-

schehen, und wir behalten uns deshalb vor, unsere desfallsigen Wünsche und Hoffnungen dem vereinigten Landtage vorzulegen. Euer Excellenz, so wie Niemand auf der Welt, mag aber auch nur einen Augenblick glauben, daß die Landwehr in dieser Stunde der Gefahr ihrer Pflicht untreu werden könnte. Die Blicke des gesammten Europa richten sich in diesem Augenblick auf Preußen, und die Landwehr, der kräftigste Kern unserer Bevölkerung, wird nicht säumen, mit jenem Ruhm zu wetteifern, den unsere Väter auf den Schlachtfeldern bei Leipzig und bei Belle-Alliance errungen haben. Aber gerade um diese Bestimmung zu erfüllen, gerade um den Kriegsruhm der preußischen Landwehr nicht nur zu erhalten, sondern vielmehr zu vermehren, halten wir es für sachnothwendig, eine Stärkung der wankend gewordenen Grundlagen des Landwehr-Instituts so schleunig als möglich herbeizuführen. Wir glauben unserer innerlichsten Ueberzeugung gemäß, daß die Erfüllung der folgenden Punkte diese Stärkung herbeiführen werde: 1) Die freie Wahl der Führer, welche zwar schon durch die Landwehr-Ordnung vom 21. November 1816 angedeutet, bisher aber nur in beschränktem Maßstabe stattgefunden hatt. Wir halten aber dafür, daß dieser Punkt unserer Petition noch außerdem eine ebenfalls gesetzmäßige Begründung in dem Gesetz vom 6. April 1848 findet, in welchem eine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer in Preußen eingeführt wird, und die Landwehr wohl unzweifelhaft als der Kern dieser Volksbewaffnung angesehen werden muß. Das Vertrauen des Soldaten zu seinem Führer ist unerläßlich, den Gehorsam und die Disciplin aufrecht zu erhalten, ohne diese dürfte der beste Wille doch nur traurige Resultate liefern. Durch diese selbstständige Wahl der Führer wird dann auch der drückende Subordinationszwang, die erniedrigende Anrede der Wehrmänner mit Du und Er wegfallen, und ein herzliches kameradschaftliches Verhältniß zwischen den Offizieren und dem gemeinen Manne begründet werden. 2) Eine kräftige amtliche Fürsorge für die Hinterbleibenden derjenigen Landwehrmänner, welche verheirathet sind, daß dem Soldaten, der vor dem Feinde steht, nicht das Herz durch den Gedanken schwer gemacht werde, daß Weib und Kind daheim Noth leidet. 3) Eine gleiche kräftige Fürsorge für den verwundet und invalide aus dem Felde zurückkehrenden, damit der Vertheidiger des Vaterlandes dereinst nicht nöthig hat, sein Brot vor den Thüren zu erbetteln. 4) Halten wir es für die äußerste Nothwendigkeit, um nicht allein unsere eigenen, als auch die Gemüther aller unsrer Mitbüger zu beruhigen, daß der Artikel der Landwehr-Ordnung vollständig aufrecht erhalten werde, nach welchem die Landwehr nur dann erst aufgeboten werden soll, wenn die Linientruppen bereits marschirt sind: und wenden wir als Mitglieder der berliner Landwehr diesen Punkt zunächst darauf an, daß die in der nächsten Nähe um Berlin versammelten Truppen zuerst zu marschiren gehalten sein mögen. Die Zeitverhältnisse gebieten dies um so mehr, da leider die Bestrebungen der reactionairen Partei immer deutlicher ans Licht treten, und diese Bestrebungen dadurch leicht an Gehalt gewinnen müßten, wenn Stadt und Land früher von jenen Männern entblößt werden, die in den Tagen des 18. und 19. März für die junge Freiheit gekämpft haben, als der vereinigte Landtag, auf jenen glorreichen Errungenschaften fußend, dem Lande die neue Grundverfassung zu geben hat. Indem wir Euer Excellenz tiefer Einsicht und Ermessen diese verschiedenen Punkte vorlegen und um die schleunigste Erledigung derselben bitten, verwahren wir uns indessen nochmals feierlichst gegen jeden Schein eines Vorwurfs von Zurückhaltungen, mit dem uns vielleicht Uebelwollende verdächtigen möchten. Wir sind alle bereit, unser bestes Herzblut für unser Vaterland, für dessen Freiheit zu verspritzen, wir sind alle bereit, fest zu stehen und zu fallen, Mann bei Mann, gegen die Uebergriffe jedweder Tyrannen, und wir haben diese Petition nur deshalb verfaßt und unterzeichnet, weil wir zunächst in der Gewährung dieser einzelnen Punkte eine Kräftigung des Landwehr-Instituts erblicken. Wir glaubten dies uns, wir glaubten es dem gesammten Vaterlande schuldig zu sein.

In der **Bürgerwehr** bestanden je nach den Bezirken oder Compagnieen Bezirksvereine, die jetzt noch überwiegend politischer Tendenz waren. Als Centralverein für die Interessen der Bürgerwehr hatte sich seit dem 18. der „Bürgerwehrclub" constituirt, während die „Versammlung der Hauptleute und Majore" das offizielle Organ für Angelegenheiten der Bürgerwehr bildete. In Betreff der äußeren Organisation des Corps der Bürgerwehr sind das „Veteranen-Jägercorps," das „Friedrichsstädtische Schützencorps" zu erwähnen, die als uniformirte Compagnieen neu hinzugetreten waren und nach besonderen

Statuten sich an dem Wehrdienste betheiligten. Eine „vorläufige Besprechung zur Bildung einer Artillerie bei der Bürgerwehr" fand, auf die öffentliche Einladung des Dr. Borchardt, am 16. statt; es constituirte sich ein Verein zur Bildung einer Artillerie-Bürgerwehr, dessen provisorischer Vorstand (Bauer, Borchardt, Steitz, Janke, Müller, Schaede) eine Versammlung auf den 20. (in „Villa Colonna") berief. In dieser wurde ein kurzer Statutenentwurf berathen, demzufolge die Theilnehmer, sämmtlich frühere Artilleristen in der Linie, erklärten, Mitglieder der Bürgerwehr bleiben und einem aus drei Mitgliedern bestehenden Comité die Organisation eines Artilleriecorps übertragen zu wollen. Die Wahl fiel auf die früheren Offiziere Hauptmann Bauer, Major Vogel und Oberstlieutenant Schmidt.

Das Bedürfniß, sich zu ausschließlich politischen Zwecken zu associiren, hatte inzwischen eine Anzahl von Vereinen ins Leben gerufen, die, von größerer oder geringerer Lebensfähigkeit, einstweilen in den Wahlangelegenheiten, ergiebigen Stoff für die Befriedigung des politischen Dranges fanden. Welche Momente bei der Constituirung derartiger Vereine maßgebend waren, das zeigen zum Theil die Namen derselben an. In den ersten Tagen des Aprils werden durch Zeitungsannoncen und Plakate ausgeschrieben Versammlungen des „Scharfschützenvereins: die Deutschen," der „Wartburg," der „Rheinländer- und Westphalen." Der „Scharfschützenverein: die Deutschen," ist, nach der Ankündigung eines provisorischen Comités, „gegründet zur Vertheidigung und Kräftigung der deutschen Freiheit, Einheit, Stärke und Ehre, nach Innen und Außen, unter einem constitutionellen Königthum für ganz Deutschland, mit Wort und That, mit der Feder und der Waffe." Die „Wartburg" kündigt durch ihren Vorstand (Hasse und Dr. Alex. Schmidt) den Inhalt der Tagesordnung vom 14. aso an: „Polens jetzige Verhältnisse und seine Zukunft" (Vortrag des Stud. Klörr) „Ueber die Nothwendigkeit eines Centralpunktes für Deutschland" (G. Hasse). — Der „Verein der Rheinländer und Westphalen" brachte, nachdem er mehrere Versammlungen abgehalten, seine Tendenzen zur öffentlichen Kenntniß in einer Einladung zu einer Versammlung am 15., deren Tagesordnung Berathung der Vereinsstatuten enthielt. „Rheinländer und Westphalen aller Klassen der Gesellschaft," heißt es dort, „sind zu einem rheinisch-westphälischen Verein zusammengetreten. Weit entfernt in einer Zeit, wo alle zwischen den verschiedenen deutschen Stämmen leider noch bestehenden Schranken fallen sollen und müssen, den Frevel der Absonderung provinzieller Interessen von den allgemeinen des Vaterlandes begehen zu wollen, beabsichtigt der Verein nur das Eine: Vereinigung um zur Einheit zu gelangen; indem er den Umstand der Landsmannschaft als einen zufälligen rein menschlichen Anlaß benutzt, durch Austausch der Kräfte und gegenseitige Ergänzung ein festes Glied zu einer festeren Kette zu schmieden. Jeder Deutsche ist ihm

willkommen, wenn er mitbringt, was der Verein als Panier aufpflanzt: Gemeinsinn, Liebe gesetzlicher Freiheit, Haß der Vereinzelung, des Absolutismus. Es sind Schritte gethan zu einer directen Vereinigung mit den westlichen Provinzen, welche der Verein — das sagt er laut — als die Träger des freien Fortschritts betrachtet. Entschlossen, die Bestrebungen derselben mit aller Kraft zu unterstützen, fordert er Gleichgesinnte zum Beitritt auf." — Ein „constitutioner Verein in der oranienburger Vorstadt" hatte seine Statuten in einer Versammlung am 13. berathen und später beschlossen, auch die bevorstehenden Wahlen für die preußische und deutsche Nationalversammlung in den Bereich seiner Thätigkeit zu ziehen. Er ladet, zunächst auf den 20., die Wähler des 102. Stadtbezirkes ein, sich „zum Austausch der Ansichten und zur Kenntnißnahme der geeigneten Persönlichkeiten" mit ihm zu vereinigen; „Damen finden in den Logen des Locals (Hennig's Wintergarten) einen Zuhörerraum." — Ein „Verein für Wahrheit und Recht" — dessen Begründer und Mitglieder eben so unbekannt waren als seine Tendenzen — figurirte mehrfach als Namensunterschrift unter Publicationen, von denen folgende als Probe gelte: „Hr. Minister Rother ist seiner verschiedenen Aemter bis auf eines entbunden. Er kam arm in den Staatsdienst und scheidet wie mancher der Herren Minister als reicher, sehr reicher Mann aus. Möchte doch Hr. Minister Rother als Ehrenmann zuerst den öffentlichen Aufforderungen folgen und einen Theil seines großen Vermögens auf dem Altare des Vaterlandes niederlegen. Vielleicht schließen sich ihm die Erben des seligen Ministers Nagler an. Der Verein für Wahrheit und Recht." (Voss. Z. 26. Ap.) — Die Bildung eines „kosmopolitischen deutschen Bruderbundes" regte mit vielen Worten Heinrich Fürchtegott Kaufmann, Architekt und Steinbruchsbesitzer aus Kreuznach an. Der übergroße Eifer desselben stand jedoch mit der erwarteten Theilnahme in entschieden umgekehrtem Verhältnisse. Das Unternehmen ging nicht über das erste Stadium des guten Willens und der zärtlichsten Affection des Unternehmers für seinen Plan, der wiederholt und in verschiedener Form durch fliegende Blätter*) mitgetheilt wurde, hinaus. Mit dem Motto versehen „Schmiedet das Eisen, wenn es glüht" lautete der erste Aufruf:

Jetzt oder nie ist die Zeit, wo das Wort „deutscher Bruder" ein deutsches Wort, ein wahres Wort werden muß, und mehr als eine welsche Komödie! Ja, auch der König des in Deutschland aufgehenden Preußens will unser Bruder sein, und seine weiland königlichen Garden sollen unsere, des Volkes Brüder werden, das wollen wir Alle, sogar die Berliner! Das deutsche Volk will ein großes, freies, deutsches, einiges Volk sein! Wer wollte das nicht? Denn das deutsche Volk weiß, was es ist und was es sein muß nach Gottes Willen und Rathschluß. Wir heben darauf die Rechte zum Himmel und reichen uns die Bruder-

*) „Aufruf zum kosmopolitischen Bruderbund" (Berlin 20. März). — „Vorläufige Andeutungen und Ideen zur Bildung der correspondirenden Gesellschaft unter dem Namen „kosmopolitischer deutscher Bruderbund." Berlin 10. April. — „Aufforderung an alle bestehenden oder entstehenden Gesellschaften zum Anschluß an den kosmopolit. rc." Berl. 18. Mai. Sämmtlich gedruckt bei F. W. Gubitz.

band! Da leben aber so viele unserer Brüder außerhalb der politischen Grenzen der deutschen Bundesstaaten, die doch wohl auch unsre Brüder sein und bleiben müssen, so lange das deutsche Element ihre Zunge bewegt, und so lange sie durch Glück und Unglück das deutsche Vaterland im Herzen tragen. Drum wage ich es, mit meiner schwachen Stimme, auf der Grenze zwischen Leben und Tod — da auch mir in der Nacht vom 18. März der deutsche Michel mit deutscher Treue den Schädel gespalten hat, ohne daß meinerseits dazu eine Veranlassung gegeben war — Euch, meine Brüder, aufzurufen zu einem deutschen Bruderbunde. Wie ich das meine, will ich Euch kurz vortragen, in der Hoffnung, meine Ansicht wird Anklang bei Euch finden. Außer dem bestehenden politischen Bunde der deutschen Bundesstaaten, welcher jetzt so wichtige Umgestaltungen zu schaffen im Begriffe steht, soll sich in und außer diesen Grenzen ein kosmopolitischer deutscher Bruderbund bilden, wozu im weitesten Sinne des Worts Jeder gerechnet würde, welcher deutsch denkt und spricht, im Besondern aber müßten die dafür vorzugsweise thätigen, schaffenden und wirkenden Brüder zur Belebung des Bewußtseins dieser Brüderschaft eine eigene correspondirende Gesellschaft bilden, ohne Rücksicht auf irgend eine politische Farbe, Staats- oder Kirchenform. Drum fordere ich Euch auf, Könige in Deutschland, Fürsten und Edle, und Euch, deutsche Männer des Volkes und Dich, deutschen Arndt, der Du zuerst den großen Gedanken gedacht, der seitdem in jeder deutschen Brust wiedergeklungen und so Großes gewirkt hat, „so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt — des Deutschen Vaterland" diese geistige Idee in thatsächlicher praktischer Weise zu verwirklichen und Euer Möglichstes zu thun für das Gedeihen dieser correspondirenden Gesellschaft des kosmopolitischen deutschen Bruderbundes. Und Euch, Ihr Vertreter der deutschen Stämme, fordere ich auf, bei Euren Versammlungen auch diese Sache in's Auge zu fassen, und mit dafür zu sorgen, daß nicht Tausende von unsern Brüdern dem Vaterlande durch Auswanderung jährlich verloren gehen; sondern durch treue Verbrüderung in inniger Verbindung mit dem Mutterlande verbleiben zu gegenseitigen Austausch in Handel, Sprache, Wissenschaft und Kunst. Hat nicht die Vorsehung unser Volk geschmückt mit den edelsten Gaben der Menschheit? Laßt uns diesen edlen Samen tragen durch alle Theile der Welt, und bewahren in seiner Reinheit! Fides germanica — deutsche Treue — deutsche Gewissenhaftigkeit — deutscher Fleiß und deutsches Bruderherz sind Worte, die ewig ihren Klang behaupten in der Geschichte der Menschheit! Darum wuchert mit dem anvertrauten Pfund!

Für die bisher bestehenden Clubs — den „politischen und „constitutionellen" — war endlich der Zeitpunkt gekommen, in dem eine schärfere Sonderung der Parteien nothwendig erschien. Die compacter gewordenen Minoritäten strebten aus Verbindungen zu treten, deren mehr oder weniger beschränkte Tendenzen dem politischen Bedürfnisse einzelner Mitglieder nicht entsprachen. Fast gleichzeitig ergingen die verschiedenartigsten Aufforderungen zur Bildung neuer Clubs. Von Mitgliedern des politischen Clubs unterzeichnet war die Einladung „zur Theilnahme an einem neuen Club," dessen erste Sitzung auf den 26. im Local der Urania-Gesellschaft festgesetzt war. Doch erschienen zu dieser Sitzung wenig andere Theilnehmer, als diejenigen, von denen die Einladung ausgegangen war: L. Buhl, David, J. Faucher, Hoppe, v. Kall, Dr. Meyer, Noback, Rüffer, Schramm, Stein. Erst in einer späteren Versammlung constituirte sich dieser ohne nähere Angaben der Tendenzen ausgeschriebene Verein als „Reform-Club." — Weniger wortkarg waren die Programme, durch welche Mitglieder des constitutionellen Clubs die Gründung besonderer Vereine anregten. Zunächst „um ihren (monarchisch-constitutionellen) Grundsätzen bei den bevorstehenden Wahlen Geltung und Vertretung zu verschaffen," beriefen die HH. Lette, v. Stülpnagel, Lorré, Blesson, Seelemann, Thielemann, Egells, Felix Schadow, G. M. Oppenfeld, Barraud, Bauer,

v. Bünau, v. Jordan, Sommer, Ulrich, Rüffer, eine Versammlung im Milentzschen Local auf den 29. Die Einladung (durch fliegende Blätter) lautete:

Die große Mehrheit der Einwohner Berlins und der gesammten Monarchie will übereinstimmend mit allen übrigen deutschen Stämmen, ein constitutionelles Königthum. Selbst die geringe Minderzahl, welche eine andere Verfassungsform anstrebt, erkennt diese Wahrheit an, da sie ihre Bestrebungen nur unter der Hülle des constitutionellen Königthums ins Werk zu setzen versucht. Solche Verhüllungen entsprechen weder dem graden offenen Sinn unseres Volks, noch seiner Nationalität und dem Bedürfniß der einigen Gestaltung des deutschen Staatslebens. Sie enthalten keinen wahren Ausdruck des Volkswillens, führen denselben in verkehrte Richtungen und bereiten Demjenigen, welcher die erst allmählig hervortretenden Tendenzen nicht zeitig wahrzunehmen vermag, bittere Täuschungen. Als eine solche Täuschung muß die vielfach ausgesprochene und in mehreren Clubs adoptirte Ansicht bezeichnet werden, daß die constitutionelle Monarchie mit einer Volkskammer bestehen könne. Schon die Jedem anschauliche Erwägung, daß die Gesetze aller gebildeten Völker der Welt die Entscheidung über geringfügige Rechte nicht von dem Beschlusse einer Behörde abhängig machen, sondern in der Regel mindestens eine zweimalige abgesonderte Prüfung und Eröterung durch zwei verschiedene Behörden erfordern, führt zu der Ueberzeugung, daß man unmöglich die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Gesetzgebung, welche die Rechte aller Bürger betreffen, einer einzigen unwiderruflichen Beschlußnahme einer Kammer überlassen kann; besonders über politische Fragen, bei denen augenblickliche Aufregung zu Beschlüssen führen kann, welche entweder die Reaction oder die Republik im Gefolge haben. Die Geschichte der englischen und französischen Revolution liefern hierfür so schlagende Beweise, daß es nur einer Hindeutung auf dieselben bedarf, um die Gefahren zu erkennen, welche mit einer solchen Staatsform verbunden sind. Wer aber, so fragen wir jeden wahren Freund des Vaterlandes, wird Vortheil von den inneren Zerrüttungen ziehen, durch eine unhaltbare Verfassung herbeigeführt? Feinde im Osten und Westen, jene die Reaction, diese die Republik auf der Spitze ihrer Bajonette tragend; und nicht minder das brittische Handelsvolk, welches mit Interesse wahrnehmen wird, wie wir, die eigenen Söhne des Vaterlandes, die Grundsäulen der Einheit und jener großen nationalen Entwickelungen des Handels, der Gewerbethätigkeit und der Schifffahrt zertrümmern, deren erste Anfänge den brittischen Handelskoloß schon mit schwer verhehlter Besorgniß erfüllten. Diese Erwägungen, vom Volk mit richtigem Instinkte erkannt, und jene alte Treue, welche in echt deutschen Herzen niemals erlischt, gewährt uns die Ueberzeugung, daß das Volk eine constitutionelle Monarchie auf dauernden Grundlagen will. Wohl will es auch die Freiheit; denn kein Volk ist, seinem innersten Wesen nach, der Freiheit bedürftiger, der Freiheit fähiger und würdiger, als das deutsche. Denn keines steht in der Geschichte der Völker so rein und fleckenlos da. Aber eben deshalb will es, daß die große Errungenschaft unserer Zeit, durch dauernde Institutionen geschirmt werde, welche, Raum lassend für jede freie Entwickelung, jede geistige Richtung in Hütten und Pallästen, für religiöse und bürgerliche Freiheit, nur einen festen Damm bilden, gegen Gewalt, Unredlichkeit, Lüge und Heuchelei. Mit dieser Auffassung unserer politischen Lage, verbinden wir, was die sociale Frage betrifft, die Ueberzeugung, daß die Interessen der Arbeit, durch die nur periodisch wiederkehrenden legislativen Versammlungen allein, nicht hinreichend geschützt werden, und theils wegen ihrer Mannigfaltigkeit, theils wegen des oft raschen Wechsels äußerer Verhältnisse, theils wegen der nothwendigen Einsicht in die Eigenthümlichkeit jedes Gewerbszweiges, nicht hinreichen wahrgenommen werden können; daß daher, um den inneren Störungen vorzubeugen, welche aus der Nichtbeachtung dieser Einflüsse entstehen, — den speciellen Angelegenheiten dieses ehrenwerthen Theils des Volks, nach Maßgabe der örtlichen und provinziellen Gewerbsverhältnisse, eine besondere fortdauernde, aus den Arbeitern und Arbeitgebern zu erwählende Vertretung verliehen werde, deren Wirkungskreis nicht blos die materiellen Interessen derselben, sondern auch diejenigen umfaßt, welche die geistige und gewerbliche Ausbildung der Arbeiter, die Obsorge für deren Wittwen und Waisen und der für dieselben nach Ortsbedürfniß zu errichtenden Erziehungs-Anstalten rc. betreffen. Wir glauben hierdurch den arbeitenden Klassen eine weit sicherere Garantie für die angemessene Wahrung ihrer Interessen darzubieten, als es durch die modernen Systeme der Zwangsbeglückung und Staatsbevormundung der Arbeit geschehen kann, welche als Wohlthat verheißen, was sehr bald von allen Seiten als das größte Unheil, als den Tod der Freiheit und Selbstständigkeit der Arbeit erkannt werden wird. Wir beabsichtigen den Männern, welche diese Ueberzeugungen theilen, Gelegenheit zu verschaffen, sich zu diesem Zwecke zu vereinigen, und denselben bei den bevorstehenden Wahlen Geltung und Vertretung zu verschaffen, und sich über die Personen zu verständigen, welche zu dieser Vertretung vorzugsweise geeignet, und

daher als Wahlcandidaten aufzustellen sind. Wir fassen unser Glaubensbekenntniß zu diesem Ende kurz dahin zusammen: 1) die constitutionelle Monarchie muß unverletzt erhalten werden. Es muß daher 2) die künftige Nationalrepräsentation durch zwei von einander unabhängige legislative Körper ausgeübt werden, deren Genehmigung, allenfalls mit Ausnahme der Finanzen, überhaupt des Staatshaushalts, welcher der Volkskammer vorbehalten werden kann, zu allen Gesetzen erforderlich ist. 3) Es muß der Arbeit ein wirksamer Schutz und energische Fürsorge zu Theil werden, jedoch nicht nach einseitigem Ermessen des Staats, sondern unter Mitwirkung einer aus Arbeitern und Arbeitgebern gewählten Vertretung. 4) Es müssen alle Freiheiten und Rechte, welche dem Volk bereits provisorisch gewährt worden sind, aufrecht erhalten, und die vom Könige außerdem gemachten Verheißungen unverkürzt erfüllt werden. Die Annahme dieser vier Punkte Seitens der aufzustellenden Candidaten halten wir für wesentlich, um sowohl reactionairen als republikanischen Tendenzen zu begegnen. In allen übrigen Beziehungen würden wir der Einsicht und der Vaterlandsliebe der Candidaten vertrauen, und keine mehr ins Einzelne gehende Glaubensbekenntnisse verlangen, um nicht die constitutionelle Partei zu zersplittern und der Erörterung in der künftigen National-Versammlung vorzugreifen.

Eine spätere Einladung auf den 4. Mai (im englischen Hause) betrifft die Berathung über die definitive Constituirung eines Vereins auf den in jenem Programm angegebenen Grundlagen. Es bildete sich hierauf später der „patriotische Verein.“ — Am 26. April war eine zahlreiche Gesellschaft im englischen Hause versammelt, um unter dem Vorsitze des Professors A. Benary die Grundlagen eines neu zu bildenden Clubs zu berathen. Die Gesellschaft beschloß, nachdem das Programm angenommen war, in welchem die Versammlung ausgeschrieben worden, ihren Verein „Volksclub“ zu nennen, da — wie es in dem Berichte heißt — der zuerst vorgeschlagene Name „demokratischer Club“ einestheils nicht volksthümlich genug sei, anderentheils durch den Beigeschmack, den das Volk für die große Menge noch hat, leicht abschrecken können. Das erwähnte Programm — unterzeichnet von H. Benary, Instrumentenmacher; Hoffmann, Lehrer; Schatz, Klempnermeister; Schönemann, Landwirth; Philipp, Uhrmacher; Schönemann, Instrumentenmacher; A. und F. Benary, Professoren; Friedberg, Färbereibesitzer; Bisky, Goldschmidt; E. Wolff, Fabrikant; Emanuel Bendix, Kaufmann; Wilhelm Hamann, Bäckermeister; N. Heydemann, Kaufmann; Berends; K. Nauwerck; Born, Schriftsetzer; H. Runge; J. Springer — lautete:

Nachdem Preußen durch die Revolution in die Reihe der constitutionellen Staaten getreten, und uns eine Verfassung auf den breitesten Grundlagen versprochen ist, welche durch eine aus unserer Mitte zu wählende Nationalversammlung festgestellt wird, nachdem wir eins unserer größten Rechte, das freie Versammlungsrecht genießen, haben die Endesunterzeichneten beschlossen, Männer einzuladen, welche, von gleicher Gesinnung beseelt, in dem constitutionellen Königthum auf den breitesten Grundlagen der Volksfreiheit, und in einem einigen, starken Deutschland das Wohl des Vaterlandes erkennen, und mit aller Kraft dahin wirken wollen, daß diese Gesinnung eine Wahrheit werde, sich uns anzuschließen, um eine Gesellschaft zu bilden, in der wir uns gegenseitig unterrichten, wo wir unsere politischen Rechte und Pflichten kennen lernen, damit wir die ersteren festhalten und die letzteren mit Lust und Liebe erfüllen, wie es freien Männern geziemt. Es wird unsere Aufgabe sein, volksthümliche, faßliche, nicht doctrinäre Vorträge zu halten, um unsere leider verwahrloste politische Erziehung nachzuholen; es wird ferner unsere Aufgabe sein, die gesellschaftlichen Fragen, welche den kleinen und mittleren Bürger berühren, deren Arbeitskraft durch die Macht des Capitals unterdrückt ist, zu besprechen. Es wird unsere Aufgabe sein, unsere Meinung auf jede rechtliche Art zu verbreiten, damit sie tiefe Wurzel fasse in der Mehrheit des Volkes, damit wir einer Reaction und den Umsturz wehren, aber auch dahin wirken, daß Eine Klasse allein den Vortheil ziehe von unserer glorreichen Errungenschaft. Gleichgesinnte Männer aus allen

Ständen, die Ihr die Freiheit wollet für Alle, laßt uns dahin wirken, daß Jeder frei sei in den Anderen.

Während bei der Begründung der genannten Vereine die Thatsache ihrer Absonderung vom Mutterclub dadurch ausgedrückt war, daß Mitglieder des Letzteren die Mitbegründer der neuen Vereinigungen wurden, bezeichnen ihren Abfall geradezu Diejenigen, die als „die linke Seite des constitutionellen Clubs" besondere Versammlungen (im Waßmannschen Locale) ausschrieben und abhielten. Unmittelbar nach den Vorgängen in der Jakobi'schen Candidatur-Angelegenheit und in Folge derselben trat jene „linke Seite," auf Anregung des Dr. Glaser, zu einem neuen Vereine zusammen. Ihre ersten Ankündigungen — es war in den Tagen als die berliner Pressen feierten — erschienen in lithographirten Anschlagzetteln. Nach einem späteren Bericht des Dr. Davidson ist die linke Seite des constitutionellen Clubs ein integrirender Theil desselben; „sein Zweck ist, das constitutionelle Princip in demokratischem Sinne auszubilden und namentlich allen büreaukratisch-conservativen Bestrebungen, die sich im Schooße des constitutionellen Clubs selbst möchten geltend machen wollen, auf's Entschiedenste entgegen zu treten; die linke Seite hält nur vorberathende Versammlungen, zu dem Zwecke, wichtige, im Club selbst zur Sprache zu bringende Vorschläge zu beleuchten." Das Comité bestand aus den Herren: Dr. Borchard als Sprecher, Schwarzlose, Dr. Davidson, Dr. Prutz; die Mitgliederzahl betrug etwa 80. „Wir sind," schließt Hr. Davidson seinen Bericht, „weit entfernt davon, Werth und Einfluß eines Clubs nach der Zahl seiner Mitglieder zu beurtheilen, obgleich wir die Hoffnung nicht verbergen können, daß wohl der größere Theil der gesinnungstüchtigen Mitglieder des Clubs, mit den Tendenzen der linken Seite thatsächlich übereinstimmt. Dann in Zukunft, wenn die Mehrheit des constitutionellen Clubs sich factisch bewährt und erwiesen haben, wenn die demokratische Auffassung der Constitution die allgemeine geworden sein wird, dann wird die linke Seite ihren Zweck erreicht haben, wird ihrer ferneren Wirksamkeit überhoben sein und sich bereitwillig wieder auflösen in die große Gemeinschaft, der sie ihre wahre und innige Hingebung nicht besser darthun zu können glaubt, als eben durch diese augenblickliche und theilweise Absonderung." Doch nicht alle Mitglieder der linken Seite warteten auf jene „Zukunft;" vielmehr trat in ihr bald wieder eine „entschiedene Linke" hervor, welche den Wunsch ausdrückte, „einen Verein zu bilden, in dem eine wie die Grundlagen der Freiheit sichernde, so von dem gesammten Volksbewußtsein getragene Politik ihren Ausdruck fände." In diesem Sinne forderten (am 17. Mai) die HH. Dr. Glaser und Landbaumeister Hoffmann zu einer „vorläufigen Besprechung" im englischen Hause, am 19. Mai, auf; es bildete sich der „Verein für Volksrechte," zu dessen Comité außer den genannten Herren, der Professor Jakobi, Justizcommissar Streber, Architekt Thiel und Assessor Wolff gehörten.



XII. Die Tagespresse und ihre Mitarbeiter. — Die Journal-, Plakat- und fliegende Literatur.

Wie die Presse ihre Aufgabe an der Begründung und Entwickelung des neuen Zustandes thätig mitzuhelfen, verfolgte, in welcher Art sie die Macht ausübte, die ihr die Befreiung von der Censur gegeben hatte, das haben wir bisher überall da kennen gelernt, wo ihre Beziehungen zu den einzelnen Erscheinungen des Tages dargestellt wurden. Verfolgen wir noch ihre Thätigkeit nach anderen, allgemeineren Beziehungen: wie sie selbstständig Tagesfragen aufwirft und zu lösen versucht. — Dem alten, „gestürzten Systeme" und dessen Anhängern in den neuen Zuständen galten nicht wenige Ausführungen. Wiederholt wird von berliner Blättern und Zeitungs-Correspondenten die Entfernung einer Anzahl vormärzlicher Beamten aus ihren Stellen gefordert. So schreibt noch am 29. Apr. ein Correspondent der (Augsburger) Allgemeinen Zeitung: „Ob unsere Minister, wie brave tüchtige Männer auch unter ihnen seien, die Lage des Staats gehörig einsehen, bei allen ihren Handlungen genugsam beachten, dessen sind wir keineswegs versichert. Wie könnten sie sonst so manches Höchstwichtige und Dringende unterlassen was der Augenblick gebieterisch fordert, und wozu sie alle Macht haben, oder jeden Augenblick nehmen können? Wir zielen hiebei wiederholt auf das schon öfters angeregte Thema, auf die nothwendige Reinigung unsrer höchsten und mittlern Behörden, vor allem in der Verwaltung, aber auch in der Diplomatie und im Kriegswesen! Vertrauen, entschiedenes Vertrauen ist jetzt die Hauptsache, Vertrauen im Lande selbst und nach außen; wie kann man aber Vertrauen haben zu den Personen die tief in dem alten System befangen, ja theilweise von ihm befleckt sind, und die durch eine schmiegsame Umkehr nicht rein gewaschen werden? Man sagt sie seien schwer zu ersetzen, und das mag wahr sein, denn es ist der Fluch des alten Systems, daß es keine Staatsmänner erzog, sie nicht einmal duldete, sondern nur unterwürfige Geschäftsknechte wollte, die es denn auch mit den höchsten Aemtern belohnte! So weiß man jetzt keinen Kriegsminister, keinen Handelsminister, keinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu finden! Aber man suche nur und sie werden sich finden; wenn nicht unter den Präsidenten, Geheimräthen und Generalen, gewiß einige Stufen tiefer, und wenn die Befähigten nicht ganz in den Geschäftsgang eingeweiht sind — desto besser! Dieses Geschlepp und Geschmier muß abgeschafft werden, und mit ihm fällt der letzte Schimmer von Befähigung den so viele jetzt Hochgestellte noch übrig haben! Wenn man unsre wichtigsten Staatsämter, die militärischen wie die bürgerlichen, näher betrachtet, wie sie besetzt sind und was daraus für Schaden erwächst, so schaudert einem die Haut! Der König selbst muß dies längst ein-

sehen u. s. w." Schon früher hatte dasselbe wenig revolutionäre Blatt und ihr sehr gemäßigt liberaler Correspondent aus Berlin (9. April) den Schleswig-Holsteinern gerathen, ihre Sache selbst zu führen und sich nicht auf diplomatische Vermittelung zu verlassen, „zu der," wie es weiter heißt, „wir gerade in diesem Falle kein besonderes Vertrauen haben; unser Minister des Auswärtigen ist Hr. v. Arnim, unser Gesandte in London ist Hr. Bunsen, beide seit vielen Jahren Erzanhänger des alten politischen Systems." — Mit Bezug auf die bevorstehenden Wahlen veröffentlichte die Nationalzeitung einen „Antrag auf Entfernung unbrauchbarer Büreaukraten." (14. Ap.) „Das Vertrauen welches unser gegenwärtiges Ministerium im Volke besitzt," erklärte jenes Blatt, „läßt sich auf viele Beamte die den Ministern zunächst stehen nicht übertragen. Die obere Leitung der Wahlen liegt aber hauptsächlich in den Händen solcher Beamten, namentlich im Ministerium des Innern; deshalb stellen wir zur Vermeidung fernerer Gefahren den Antrag, dieselben, gegen welche sich die allgemeine Volksstimme seit Jahren entschieden und kräftig ausgesprochen hat, aus ihrem Wirkungskreise zu entfernen." Wie in den Clubs wurde auch von der Tagespresse wiederholt ausgesprochen: „In die neue Ordnung der Verwaltung passen die alten Männer nicht. Je eifriger sie sich dazu drängen, um so weniger ist ihnen zu trauen. Denn wer aus wahrer Ueberzeugung dem alten Systeme gedient hat, dem kann der Kanonendonner einer Nacht nicht den Beweis gewähren, daß Alles was er gedacht und gethan hat und seinem langen Berufe nichts anderes gewesen sei als Fehler und Unrecht." Die Held'sche „Locomotive" stellte eine Proscriptionsliste auf, die sie, seit dem 15., unter dem Namen „Freigericht," Wochen lang täglich in folgender Art wiederholte: „Die Collaboratoren des alten Systems, Wirkliche Geheimrath und Director im Ministerium des Innern Mathis, Geheime Regierungsrath Sulzer, Oberpräsident v. Meding, Regierungsassessor Piper, Geheimer Hofrath John (Beide früher Censoren) und Polizeidirector Duncker sind ihrer Functionen noch immer nicht enthoben."*) Als bald darauf die Geheimräthe Mathis und Sulzer aus ihren Stellungen entlassen wurden, bemerkte

*) Zuerst war in dieser Proscriptionsliste auch aufgeführt: der Regierungsrath Grano. Sein Name wurde jedoch bald wieder weggelassen, weil ein von Hrn. Grano angeblich gestellter Antrag eine „Gesinnung zu bekunden schien, welche mit dem neuen Systeme im genauesten Einklange steht." Diese mit mehreren Nebenumständen von Hrn. Held veröffentlichte Berichtigung gab dem Polizeipräsidenten v. Minutoli Anlaß, zur Ehre der ihm anvertrauten Verwaltung zu erklären: daß das hiesige Polizeipräsidium keineswegs ein verwerfliches, brandmarkendes System, namentlich in Bezug auf die Geheimpolizei, verfolgt habe, daß dasselbe auch kein Manifest erlassen könne, worin es erkläre, früher zu solchem Systeme gezwungen worden zu sein, welches aber jetzt verschwunden sei und verschwunden bleiben werde, daß hiernach Hr. Grano auch einen Antrag auf Veröffentlichung eines solchen Manifestes nicht füglich habe stellen können und auch nicht gestellt habe. Dagegen sei von Hrn. Grano allerdings darauf angetragen worden, daß im Interesse der berliner Polizeibehörde und der öffentlichen Meinung über die Thätigkeit derselben einem näher bezeichneten Beamten, welchem von einer anderen Behörde Aufträge im Betreff der Geheimpolizei ertheilt sein sollten, ein anderweiter Wirkungskreis angewiesen werden möchte. (Locomotive Nr. 20.)

das genannte Blatt: „Unſere Proſcriptionsliſte wird zwar immer ſchwächer; allein wie wir bemerken, ſorgt das neue Miniſterium dafür, ſie wieder zu ſtärken." Und von nun an wurde im „Freigericht" täglich wiederholt: „Der Collaborator des alten Syſtems, Miniſterial=Director v. Puttkammer, iſt wieder in Function getreten." (Die Allg. Preuß. Zeit. brachte am 20. die Ernennung des bisherigen Regierungspräſidenten — früher berliner Polizei=präſidenten — v. Puttkammer zum Director der zweiten Abtheilung im Miniſterium des Innern.) — Vergebens ſah ſich das „alte Syſtem" nach einem Vertheidiger um. Kein Wort des Mitleids wurde über ſeinen Sturz laut. Selbſt Solche die einzelne Inſtitutionen des alten Zuſtandes zu rechtfertigen wagten, fanden nichts als höhniſche oder erbitterte Ausdrücke für das Syſtem im Ganzen, wie denn Hr. Stieber, öffentlichen Angreifern des Richterſtandes gegenüber äußerte: „der preußiſche Richterſtand hat ſich ſtets als ein ehrenwerther erwieſen" und „die Sache doch auch nicht unnütz zu übertreiben" bat, „das auf den Barrikaden vom 18. März zu Grabe getragene Syſtem erbärmlich genug" nannte. (Voſſ. Z. 11. Ap.) Die dem Landtage gemachte Finanz=Vorlage ermuthigte einen berliner Correspondenten der „Reform" zu folgenden Exclamationen: „Der letzte Stab iſt über das perfide Syſtem gebrochen, das mit dem Fluche des ganzen Landes ſein ſchmähliches Ende nahm. Sie wähnten noch, die Panegyriker des materiellen Zuſtandes, daß dieſer unter der Muckerherrſchaft blühte; ſie glaubten noch den Staatsſchatz gefüllt; wir hörten ſie reden, daß die geiſtige Freiheit nicht gar zu verträglich mit der Zucht jener zarten Pflanze iſt, die man den Credit und den Reichthum des Staates nennt. In abſoluten Staaten, ſo lauteten ja wohl ihre Worte, iſt es mit den Finanzen immer beſſer beſtellt, als in den conſtitutionellen Reichen und gar in den Republiken. Jetzt ſind die Augen doch hoffentlich Allen geöffnet. Sie ſehen nun Alle doch, auch ſelbſt die Verblendetſten, daß in dem Muckerregimente nur Heuchelei der Wahlſpruch iſt, Heuchelei im Gebiete des Geiſtes, Heuchelei im Handel und Wandel." (Ref. Nr. 9.) — Vor den „heimlichen Jeſuiten im Staatsdienſte," welche ſich eifrig in die Wahlangelegenheit miſchen, warnt Dr. Vetter, damit die junge Saat nicht mit ſolchem verderblichen Unkraute vermiſcht werde, welches beſonders der Exminiſter Eichhorn cultivirt und aus weiter Ferne hieher verpflanzt habe. (V. Z. 23. Ap.) Das „Mathis=Sulzer'ſche Preßverfolgungsſyſtem" findet ſeinen Ankläger in Hrn. Dr. Friedenberg, der „nach zwanzigjährigen Dienſten" von ſeinem Chef, Hrn. Leſſing, der Mitredacteur=Stelle bei der Voſſiſchen Zeitung enthoben worden war, und jetzt ſeine Entlaſſung mit dem Druck des alten Syſtems in Verbindung bringt, von welchem es bekannt ſei, daß unter ihm durchgängig darauf geſehen worden, den Schein zu retten. „Dem Scheine nach," ſagt Hr. Friedenberg, „hatte es der Miniſter des Innern nur mit dem auf dem Blatte genannten verantwortlichen Redacteur zu thun. In der Wirklichkeit wäre dies, bei der übrigen

Verkümmerung der Tagespresse, kein unerheblicher Vortheil gewesen, indem es dem verantwortlichen Redacteur überlassen blieb, seine Arbeiter frei zu wählen, ohne der Regierung über deren politisches Glaubensbekenntniß Rechenschaft geben zu müssen. Wirklich nahmen sich auch Hr. v. Bodelschwingh und seine beiden Adjutanten, die HH. Mathis und Sulzer, in Acht, es schwarz auf weiß von sich zu geben, daß ich ihnen eine persona ingrata sei; für diesen Zwang wußten sie sich jedoch unter vier Augen schadlos zu halten. Diese Unvorsichtigkeit hielt jedoch die drei Männer nicht ab, so oft ich sie wegen ihres Antheils an meiner Entlassung befragte, zu betheuern, daß sie der Sache durchaus fremd seien. Nur Hr. Mathis war so naiv zu erklären, daß er keinen directen Einfluß dabei ausgeübt habe. Das eben war das Unglück dieser Büreaukraten, daß sie die krummen Wege für die besten hielten und Diejenigen ihnen mißliebig waren welche den geraden Weg liebten..." (Zeit.-H. 15. Ap.) Einer anderen Art von Verfolgungen waren die Mitglieder des alten Ministeriums dadurch ausgesetzt, daß ihnen mit nicht gerade günstigen Nebenbemerkungen die „enormen" Geldsummen vorgerechnet wurden, die sie als Pensionen oder, wie der Ausdruck auch lautete, als Almosen vom Staate erhielten. So suchte ein Blatt dem früheren Gesandten, Hofmarschall v. Werther — einer wegen diplomatischer Unfähigkeiten sprüchwörtlich gewordenen Person — nachzuweisen, daß er seit 1840 eine jährliche Pension von 18000 Thaler beziehe, „ohne etwas dafür zu thun;" ein anderes wußte mitzutheilen, daß Hr. v. Savigny, wenige Tage vor dem 18. März, „vielleicht aus besonderem Ahnungsvermögen," sich sein Gehalt als Minister auf das nächste Vierteljahr vorschußweise habe zahlen lassen. Da nun Hr. v. Savigny wenige Tage nachher nicht mehr Minister gewesen, so hofft das Blatt, daß er das empfangene Geld zurückgebe, wie es nach Recht und Billigkeit geschehen müsse. „Die Summe sei nicht unbedeutend, da der berühmte Rechtsgelehrte sich mit dem gewöhnlichen Ministergehalte von 12000 Thaler nicht begnügt, sondern eine besondere Entschädigung in Anspruch genommen, wodurch sein Gehalt sich bis auf 20000 Thaler erhöht habe. Was er dafür während sieben Jahre in der Gesetzgebung geleistet, sei bekannt genug." Dieselben Verfolgungen trafen die Minister Mühler, v. Kamptz und — wie schon erwähnt — Rother, oder vielmehr die Pensionen dieser Herren; für den Letztgenannten trat gegen den angeblichen Verein für Wahrheit und Recht „ein auf Besuch sich hier aufhaltender Schlesier" mit der aus genauester Kenntniß der Dinge geschöpften Versicherung auf, daß Hr. Rother nicht als reich, sehr reich zu bezeichnen sei, daß er jedoch der Privatwohlthätigkeit sehr viel zum Opfer bringe. (V. Z. 3. Mai.)

Auch die Mitglieder des Camphausen'schen Ministeriums entgingen nicht den Angriffen durch die Presse. Industrielles Privatinteresse zumeist war es, was die Herren Kühne und v. Patow verfolgen ließ. Ein „thüringischer Industrieller," Askan Lutteroth-Andreä, polemisirt gegen den General-Steuer-Di-

rector Kühne als „den Träger des fiscalischen Princips der alten Verwaltung, welches der gedeihlichen Entwickelung unserer Industrie überall entgegentritt und ohne dessen Beseitigung wir unseren Arbeitern, welchen wir durch hohe Zölle auf Consumtibilien das Leben vertheuern und den Werth ihrer Arbeit durch zu niedrige Zölle für Fabrikate herabdrücken, nie gemacht werden können." Hr. Kühne, „bisher der leitende Gedanke aller unserer bisherigen Ministerien" wird gefragt, „ob er Angesichts des nach Arbeit und Brot verlangenden Volkes sein schulmeisterliches System noch weiter consequent durchführen oder ob er seine büreaukratischen Tendenzen den gegenwärtigen Umständen anpassen will." (V. Z. 26. Ap.) Die Wahl des Hrn. v. Patow zum Vertreter des Handelsministeriums wird von dem Standpunkte desselben Opponenten für eine nicht glückliche gehalten: „Hr. v. Patow war der Mann welcher auf einer anderen Stelle als Glied des Staatsministeriums gewiß nicht fördernd, eher der Wirksamkeit des Handelsamtes entgegentrat, er war bis jetzt ein Mann halber Maßregeln. Jedenfalls wäre es wohl zu wünschen gewesen, daß es Herrn v. Rönne selbst vergönnt worden sein möge, das Gebäude auszubauen, zu welchem in seinen Gesinnungen ein tüchtiges und gutes Fundament ruhte." (V. Z. 20. Ap.) Auf die Angriffe des thüringischen Industriellen antwortete die Nationalzeitung: „Wir wundern uns fast, daß die Herren Schutzzöllner nicht schon eifriger mit ihren Manoeuvres vorgegangen sind, und auch ihrerseits bei der günstigen Gelegenheit wo sich alle Sonderinteressen in das Gewand der allgemeinen Wohlfahrt gehüllt haben, für die Erreichung der längst erstrebten Ziele: Schutz für Ackerbau, Industrie und Handel eine Hauptattaque machen." — Die Besetzung der Justizministerstelle durch Hrn. Bornemann giebt zu der Bemerkung Anlaß, daß im Justizministerium das alte Princip beibehalten zu werden scheine, weil der Wechsel nur darin bestehe, daß an die Stelle des entlassenen Justizministers dessen bisherige rechte Hand, ein im System der Beamtenhierarchie ergrauter Beamter gekommen sei. (V. Z. 10. Ap.) Für den Angegriffenen tritt Hr. Stieber in die Schranken: Hr. Bornemann sei niemals die rechte Hand des früheren Justizministers gewesen; es sei im Gegentheil notorisch, daß Hr. Bornemann dem alten in Hrn. Uhden so lebhaft vertretenen Regierungsprincipe stets entschieden das Gegengewicht gehalten und daß die Fortschritte, welche dem Ministerium Uhden namentlich in Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens zu verdanken, lediglich Bornemanns Werk gewesen, während derselbe den bekannten Rückschritten jenes Ministeriums stets lebhaft aber leider oft erfolglos entgegen getreten sei. Ein Anderer zweifelt, daß die bekannte Freisinnigkeit des Hrn. Bornemann günstige Ergebnisse hervorrufen werde, so lange er noch mit Personen umgeben sei, die dem alten System huldigen. „So steht — heißt es weiter — heute noch zur Seite Bornemann's ein Geh. Justizrath v. Rohr, der früher als Dutzbruder des Ministeriums Uhden durch den Letzteren die ultramontane und jesuitische

Partei leitete. Bei diesem Hrn. v. R. fanden Zusammenkünfte mit drei Gebrüdern v. Gerlach statt, von denen der Eine als General Einfluß auf den König ausübte, während der Zweite als Präsident in Magdeburg bekanntlich die Entwickelung der freien evangelischen Partei auf's Hartnäckigste hemmte und endlich der Dritte als ehemaliger Prediger im Laufe von einigen Jahren bis zum Consistorialrath emporstieg, obgleich er zur Zeit in Untersuchung wegen lebensgefährlicher Beschädigung eines Dienstmädchens stand. Diese drei v. Gerlach und v. Rohr stehen schon lange Zeit mit dem General v. Radowitz in sehr freundschaftlicher Verbindung. Der Name dieses Generals ist hinreichend, um hier die Getriebe der Jesuiten zu erkennen. Wenn also ein freisinniger Minister noch mit Räthen umgeben ist, die ähnlichen Parteien anhängen, wie kann er da immer frei von allem Einflusse dastehen?" (Z.-H. 20. Ap.)*) Dem interimistischen Kriegsminister, General v. Reyher, wird zwar Anfangs reichliches Lob gespendet von der Nat.-Zeit., die zu zeigen versucht, daß er, der Sohn eines Schullehrers, aus eigenem Verdienste zu der Stelle stieg, auf der er steht, nicht allein der Mann des Heeres, sondern des ganzen Volkes, ein Biedermann sei. Später jedoch erklärt dasselbe Blatt in einem leitenden Artikel, daß „in der Reihe der oben stehenden Generale der Kriegsminister, dessen wir jetzt bedürfen, nicht zu finden" sei. Und die „Locomotive" bemerkt gleichzeitig, bei Erwähnung des (irrigen) kriegsgerichtlichen Urtheils gegen den Dragoner Pallas — worüber bereits früher berichtet worden — daß der Kriegsminister diese Gelegenheit die Revolution anzuerkennen, doch um so lieber ergreifen werde, als er zu den Collaboratoren des gestürzten Ministeriums gehöre und ohnehin noch gar nichts gethan habe, um sich das Vertrauen des Volkes, welches zur Erhaltung seines Portefeuilles nothwendig sei, zu erwerben: er habe noch nicht einmal dafür gesorgt, daß die potsdamer Garnison die deutsche Kokarde angelegt. (Locomot. Nr. 13.) Dem Minister des Auswärtigen wird vorgeworfen, daß er preußischer Gesandte in Paris gewesen und geblieben, während die damalige preußische Regierung sich mit Frankreich zur Hebung des Jesuitenthums in der Schweiz geeinigt habe, daß er seine hohe Stellung behalten, während eine mystische Person, General v. Radowitz, thatsächlich die auswärtigen Angelegenheiten Preußens geleitet habe: ein solcher Mann, behauptet Dr. K. v. Müller, könne nicht für den Mann des allgemeinen Vertrauens gehalten werden. (Z.-H. 20. Ap.)

Unberührt von derartigen Verfolgungen und Angriffen, sahen die übrigen Minister gleichwohl, neben fortwährenden Versicherungen des ihren Personen geltenden Vertrauens, fortwährend Mahnungen an sich gerichtet, die bald auf

---

*) Von dem mehrgenannten Minister Uhden handelte, im Sinne der oben bezeichneten Angriffe, ausführlich ein vom 16. Mai datirtes Flugblatt: „Feuerbrände von L. Börne's Schatten." Nr. 1. (Druck von Schiementz. Verlag von Schneider & Co.)

ein schnelleres, bald auf ein entschiedeneres Handeln des Gesammtministeriums gerichtet waren. „Der erste Effect dieses Ministeriums," ruft Hr. Haym in einem leitenden Artikel der Nat.-Zeit. (20. Ap.) aus, „war seine Existenz; der einzige Maßstab, mit dem es gemessen werden konnte, war die Erinnerung an die politische Vergangenheit dieser Männer; ihre nächste Bedeutung bestand in dem moralischen Gewicht ihrer Namen. Wir hoben diese Namen hoch empor, damit um sie allererst das Vertrauen sich sammle, und es war das Vertrauen der Hoffnung, mit welchem wir ihnen entgegenkamen. Aber jeder neue Tag drängt dem Handelnden wie dem Zuschauenden einen neuen Maßstab in die Hände. Wenn das Vertrauen zur Anklage und die Erwartung zur Forderung wird, so ist es der Fortschritt in den Ereignissen und die gebieterische Lage der Dinge, nicht wir sind es welche heute eine andere Sprache führen als gestern." Die „Reform" (Nr. 43) fordert die Minister auf, revolutionär zu sein, „revolutionär durch und durch, ganz und gar wie Euer Vorfahr der Hr. v. Stein. Fragt weder den Landtag, noch die Beamten; Stein fragte den Adel nicht um Erlaubniß, als er seine Adelsbriefe zerriß, nicht die Zünfte als er sie aufbot, nicht die Pfaffen als er ihre Klöster säcularisirte. Entfernt die aus Eurer Mitte, wir wissen, es sind solche unter Euch, die Euren Flug hemmen wollen. Seid eisern, wie es die Zeit ist. Haltet fest am Princip der Volkssouverainetät. Das Volk wird Euch schützen!" „Uns kommt es vor," wird anderswo bei Gelegenheit der neuen Ernennungen bemerkt, „als rühre man redlich die weiße Salbe zusammen die den Schaden heilen soll, als bemühe man sich, vermittelnd die Spitzen abzubrechen, welche zu scharf stechen könnten; und diese Vermittelungspartei (im Ministerium) hält das frühere Fahrwasser und fährt mit vollen Segeln. Man möchte erhalten was irgend zu erhalten geht, möchte versöhnen wer irgend versöhnt werden will, möchte Berlin mit Potsdam wieder vereinigen ... Wer in Zeiten wie diese hin und her schwankt und Halbes will, der thäte besser, der Zeit zu weichen. Wir brauchen charaktervolle Staatsmänner, Talente sind genug vorhanden. Wir brauchen Männer, welche ganz und fest mit dem Volke gehen und das Volk kennen, wir brauchen obere Beamte, deren Namen kein Mißtrauen erregen, die über allen Verdacht erhaben sind." (Nat.-Z. 27. Ap.) Wurden nun auch diejenigen Persönlichkeiten öffentlich namhaft gemacht, deren längere Amtsführung der Entwickelung des neuen Zustandes nicht förderlich oder geradezu schädlich erschien, so fand doch nicht in demselben Maße eine nähere Bezeichnung Derjenigen statt, welche zur Uebernahme der gefährdeten Stellungen geeignet wären. Ja, als in der Zeitungshalle (16. Ap.) auf die „Staatsmänner" hingewiesen wurde, die den vorigen Regierungen zu freisinnig und deshalb quiescirt waren, und hierbei einer dieser Staatsmänner dem Minister des Auswärtigen als würdiger Candidat für die Gesandtenstelle in London,

die noch immer Hr. Bunsen einnahm, empfohlen wurde,*) da bemerkte der Redacteur jenes Blattes: „die Männer aus unserer romantischen Epoche sind der Gegenwart allesammt nicht gewachsen — unter denen die das sein könnten giebt es freilich noch keine Celebritäten; das ist das Uebele der gegenwärtigen Lage: man weiß die Männer nicht mit denen die Posten glücklich zu besetzen sein würden. Dies nöthigt, zwingt uns allerdings, vorlieb zu nehmen und von der weiteren Entwickelung der Zustände das Emporkommen der ihnen entsprechenden Persönlichkeiten zu erwarten." Um die „Sünden der Vergangenheit zu sühnen," so lautete ein Franz Schmidt unterzeichneter Aufruf, „vereinige sich des gesammten preußischen Volkes Stimme und berufe laut und unwiderstehlich Diesterweg zur obersten Leitung der Schulangelegenheiten." Zu demselben Zwecke und „im Interesse unseres noch so arg darniederliegenden Volksschulwesens" fordert Hr. Wöniger, daß den eben genannten Pädagogen, so wie dem Professor Dielitz, den die städtischen Behörden vor zwei Jahren zum Schulinspector gewählt hatten, der aber „um seiner Freisinnigkeit willen" bisher verhindert worden, sein Amt anzutreten, der Beiden gebührende Wirkungskreis baldigst geöffnet werde. „Ueberhaupt," fügt Hr. Wöniger hinzu, „muß gesagt werden, daß wenn die Säuberung der Büreaukratie von den mit den wichtigsten Geschäften überhäuften Ministern nur langsam vorgenommen werden kann, wenn ferner die Billigkeit verlangt, daß allen Denen die von

---

*) „Gerade das Cabinet von St. James ist es, wo wir gegenwärtig durch einen Mann vertreten sein müssen, der von der Berechtigung, ja von der Würde der deutschen Revolution durchdrungen ist und sie gegen die Anfechtungen der bevorrechteten Aristokratie des freien Englands zu behaupten weiß; durch einen Mann, der mit den heutigen Interessen des engeren und weiteren Vaterlandes so vertraut, so innig verbunden und für deren Durchsetzung so begeistert ist, daß er dem handelsgewandten, selbstsüchtigen und Volksgeiste der Insulaner die nöthige Kenntniß, Hingabe und Energie entgegenzusetzen habe — Erfordernisse, von denen Hr. Ritter Bunsen, bei aller sonstigen Begabung, kein einziges besitzt. Er hat, wenn überhaupt, die deutschen Zustände stets nur aus der Ferne studirt, selbst seine bürgerliche Existenz wurzelt im Auslande, und die Dinge welche ihn dort am meisten beschäftigten, gehörten einem ganz anderen als staatsmännischen Gebiete an. Sein Werk ist es, daß Preußen von den Hochkirchenmännern Englands bei Besetzung und Dotirung des Bisthums von Jerusalem düpirt wurde; dagegen ist es nicht seine Schuld, wenn es bei einem noch abenteuerlicheren Experiment auf Tenasserim in Ostindien nicht eine gleich kostspielige Erfahrung machte. Es war nun einmal der Fluch des vorigen Ministeriums, daß seine Diplomaten und Generale Theologie trieben. Was läßt sich aber heute, wo keinen kirchlichen Sympathieen Rechnung zu tragen ist, dafür anführen, daß dieser wichtige Gesandschaftsposten nicht sofort angemessener besetzt wird? Möglich, ja leicht erklärlich, daß er dem großbritannischen Hofe und Lord Palmerston eine angenehme und bequeme Person ist; aber das reicht nicht hin, um Herrn Bunsen das Vertrauen des Volkes zuzuwenden, am allerwenigsten in einem Augenblicke, wo der Prinz von Preußen sich mit einer „vertraulichen Mission" in London befindet. Deutschland hat der Staatsmänner gar manche, die den vorigen Regierungen zu freisinnig waren und deshalb quiescirt wurden. Was hindert Hrn. v. Arnim, einen derselben zu dem in Rede stehenden Zweck zu reactiviren? Wir sind der Meinung, daß die Biographieen der großen Männer der deutschen Befreiungszeit ihren berühmten Verfasser in den Augen eines heutigen Ministers des Auswärtigen mehr empfehlen müßten als das Buch „die Kirche der Zukunft" den seinigen; ein Werk, das durch die Brille des anglikanischen Episkopats geschrieben, im Vaterlande schon unter der Censur gerichtet wurde." — So der Dr. Friedenberg in dem oben bezeichneten Artikel. (Z.-H. 16. Ap.)

einer jüngst vorgekommenen Chamäleonsnatur nichts in sich verspüren zu einem ehrenvollen Rückzuge Zeit bleibe, doch niemals eine Sekunde gesäumt werden darf, eine alte Schuld zu tilgen." (V. Z. 28. Ap.) Die Berufung Temme's an die Stelle v. Kirchmann's (der, seit dem 19., die Staatsanwaltschaft beim Kammergerichte erhalten hatte) schien einigen Blättern eine derartige Sühnung, da Temme, früher zweiter Director des Criminalgerichtes zu Berlin, unter der Mühler'schen Justizverwaltung, in Folge des in dem Schelling-Paulus'schen Handel ergangenen Urtheils jenes Gerichtes nach Tilsit versetzt worden war; was, nach der Bemerkung der Spen. Z., damals zwar den Anschein einer Rangeserhöhung, in der That aber den Charakter einer „Strafversetzung" hatte.

Mit diesen persönlichen Fragen stand diejenige wegen Umgestaltung einzelner Verwaltungszweige in nahem Zusammenhange. Für eine der tiefeingreifendsten und bedeutungsvollsten der nächsten Zukunft wird die Frage gehalten: Welche Aufgabe hat der zu ernennende Kriegsminister zu erfüllen? „Es liegt," lautet die Antwort, „dem Kriegsminister ob, das bisherige System des äußersten Zwanges und der Entmenschung zu zerbrechen, die schlechte und grausame Gesetzgebung zu vernichten, welche den Soldaten zum Sclaven seiner Vorgesetzten, zum Spielball ihrer Launen macht. Kriegszucht in den Reihen, so lange der Dienst diese fordert, aber Gleichheit sobald jener aufhört. Achtung vor den Vorgesetzten, doch keine knechtische Unterwürfigkeit. Soldat wie der Offizier sind Bürger; der Befehlende darf kein Tyrann sein. Das Gefühl der Bürgerlichkeit und Brüderlichkeit muß Alle verbinden, und der bewußte Gehorsam die Pflichten erleichtern, indem er die Rechte nicht vergißt und das Bewußtsein rege erhält. Im Heere muß künftig jeder Preuße ohne alle Ausnahme dienen, um den Waffendienst zu lernen; aber diese Lehrzeit kann und darf nur kurz sein, vielleicht ein Jahr, oder ein halbes Jahr, damit Jeder seine Pflicht erfülle und doch das stehende Heer nicht zu groß werde. Daß der Offizierstand demgemäß umgebildet werden muß, daß er aus den Reihen der Bürger hervorgehe und sich auf's Innigste mit ihnen verschmelze, ist unerläßlich." Wo aber nun den rechten Mann für diese Reformen suchen? Auf diese Frage antwortet die Nat.-Zeit.: „In den Reihen der oben stehenden Generale ist der Kriegsminister dessen wir jetzt bedürfen nicht zu finden. Es giebt dort einige Männer von Energie, aber ihnen fehlt die Befähigung, und wo etwa Beides sich vereinen ließe, ist das alte System so entschieden ausgeprägt, daß die neue Zeit nichts von ihm zu hoffen hat. Man muß daher tiefer hinabgreifen, um besser zu wählen, und hier stellen sich nur drei oder vier Männer dar, deren Namen von kundigen Militairs vornehmlich genannt werden. Dies sind die Generale v. Willisen und v. Holleben, der Oberst v. Auerwald und der General v. Strotha. Der Letztere, ein tapferer Artillerieoffizier, jetzt

Commandant in Saarlouis, wird ganz besonders als Derjenige genannt, der alle Eigenschaften besitzt, welche der Kriegsminister haben muß, den wir gebrauchen." Der so Empfohlene wurde allerdings — sieben Monate später — Kriegsminister, als Mitglied des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel. Der nächste Nachfolger des Hrn. v. Reyher wurde jedoch der Generallieutenant Graf v. Caniß. — „Sehr bedenklich" erschien einigen Blättern die in der Verordnung über Bildung des Handelsministeriums enthaltene Bestimmung, derzufolge die Gestüt-Verwaltung nicht, wie etwa das Postdepartement, dem neugeschaffenen Ministerium untergeordnet werden, sondern der ferneren selbstständigen Leitung des Oberstallmeisters anvertraut bleiben und dem verantwortlichen Minister nur eine Mitwirkung in diesem Geschäftskreise zustehen sollte; bedenklich, weil dadurch die richtige Disposition über das zur Hebung der Landes-Pferdezucht bestimmte Material, gegenüber den Sonder-Interessen der königl. Marställe bei der bisherigen Remontirung derselben aus den Hauptgestüten, nicht gesichert werde. „Wenn die selbstständige Leitung dieser Staatsverwaltungs-Partei durch den Oberstallmeister deshalb unangetastet geblieben sein sollte, weil derselbe außer diesem Amte auch noch als Chef der königl. Marställe eine Hofcharge bekleidet und als solcher ein nahes Interesse an der vortheilhaftesten Remontirung der letzteren aus den Hauptgestüten des Landes hat, so erscheint die Frage nicht bedeutungslos, warum nicht vielmehr schon bei Zeiten die künftig nothwendige Trennung der Kronverwaltung oder Civilliste von der Staats-Administration in's Auge gefaßt ist, um so mehr, als der jetzige Oberstallmeister (v. Brandenstein) so weit es sich um Wahrnehmung der örtlichen Interessen an Hebung der Pferdezucht durch das Material der Gestüte bisher gehandelt hat, sowohl in Provinzialblättern als in Immediat-Eingaben ganzer Körperschaften vielfach Beschwerden ausgesetzt gewesen ist." (Spen. Z. 27. Ap.) — Die „Reorganisation der Diplomatie" wird ebenfalls in Anregung gebracht. „Die alte Diplomatie," heißt es in der Nat.-Z., „war auf Biegsamkeit und Schmiegsamkeit, Ränke und höchstens gesellige Talente, nicht auf Kenntnisse und Charakter berechnet. Es muß jetzt eine vollständige Reorganisation in der Diplomatie stattfinden, an allen Orten gleichzeitig in Gemeinschaft mit allen deutschen Staaten. Die Regierungen mögen zuvörderst Heerschau halten über ihre alten Diplomaten und zusehen, wieviel tüchtige und freisinnige Männer sich unter ihnen noch etwa befinden. Nicht auf den hohen Posten werden diese zu suchen sein; in die Winkel, auf kleine beinahe verlorene Posten hat man diese Männer verwiesen. Denn sie waren unbequem und mußten bei Seite geschoben werden. Man suche sie auf, geselle ihnen Männer des Volksvertrauens bei, und Schutz und Achtung des deutschen Namens wird sich dann finden, auch jenseits der Meere und noch ehe die deutsche Flotte ihre erste Ausfahrt macht." Der Aufenthalt des Prinzen von Preußen in London, seine angebliche Mission, die Zeitungsnachrichten über eine Audienz,

die der Prinz dem russischen Gesandten gegeben so wie über die Conferenzen des Prinzen und der englischen Minister im foreign office bildeten Momente für die öffentlich ausgesprochene Forderung „daß die londoner Conferenzen offen, vor den Augen der Welt gehalten werden und so die neue Diplomatie in's Leben führen, in der nichts mehr den Völkern verheimlicht werde." Offen, wie in den Zeitungen und Versammlungen solle, wie Hr. Schnellenbach fordert, auch in den Cabinetten gesprochen werden. „Auch die Diplomatie ist nicht mehr Eigenthum, bloß der Cabinette, sie ist Eigenthum der Völker, und zwar sofort, nicht erst nach Jahrzehnden, nach Jahrhunderten; wir wollen unsere vollständige Geschichte heute schon wissen, in dem Augenblicke ihrer Gestaltung, was uns lange genug durch die Heimlichkeit der Diplomatie versagt war. Offenheit nach außen, Offenheit nach innen! Und nicht bloß unter den Regierungen Offenheit, auch unter den Völkern soll sie sein, im weitesten Sinne, ohne Verstecktheiten, unzweideutig. Nur so weckt man wahres Vertrauen, nur so gewinnen wir den Weg zur allgemeinsten Verbrüderung der Völker mit ihren Regierungen, der Völker und Regierungen unter einander." (Z.-H. 13. Ap.)

Von Forderungen und Beschwerden, welche die Verwaltung der königl. Schauspiele betrafen, welche jedoch weniger durch die öffentlichen Blätter als vielmehr auf privatem Wege ausgesprochen wurden, berichtet der General-Intendant v. Küstner in einer öffentlichen Rechtfertigungsschrift. (V. Z. 17. Ap.) Nach derselben kommen dem genannten Herrn täglich anonyme Briefe mit Verlangen der vielfältigsten Art zu, mit der Drohung begleitet, daß, wenn sie nicht sofort erfüllt würden, er nicht nur seine Stelle, sondern seine Person und sein Eigenthum gefährden werde. Hr. v. Küstner erläutert diese Forderungen (meist persönlicher Art) Punkt für Punkt, um den Nachweis zu geben, daß „seine Wirksamkeit nur in einem günstigen Lichte erscheine." In Betreff der verlangten neuen Organisation des königl. Theaters mit einer selbstständigen ungehemmten und verantwortlichen technischen Leitung erklärt der General-Intendant, daß er einer solchen Leitung, deren Einführung jedoch nicht von ihm abhänge, keineswegs entgegen sei, möge dieselbe mit seiner Zuziehung oder ohne dieselbe beschlossen werden. In Bezug auf die angegriffenen Abonnementspreise wird bemerkt: „Es ist für das Theater zu wünschen und zu hoffen, daß die demselben nachtheiligen Conjuncturen sich wieder verbessern und die unverhältnißmäßig niedrigen Preise, die jetzt im Opernhause statthaben, wieder auf die Preise erhöht werden können, die schon seit langer Zeit bestehen. Könnte dies nicht der Fall sein, so bliebe kein anderer Ausweg, als daß der ganze Ausgaben-Etat herabgesetzt oder daß der Zuschuß erhöht wird, welcher letztere Fall nicht zu erwarten sein dürfte." Bei derselben Gelegenheit wird mitgetheilt, daß der Ausgabe-Etat des königl. Theaters gegen 400,000 Thlr. beträgt, daß die Subvention aus der Staatskasse, von 150,000 Thlr., nur drei Achtel etwa der ganzen Ausgabe deckt und dies zur Bestreitung der sämmt-

lichen Besoldungen und Spielgelder für Schauspieler, Sänger und Tänzer allein eine Summe von 244,000 Thlr. nöthig sei.

Unerschöpflich schien die Reihe jener allgemeinen und persönlichen Erörterungen, denen die Zeitungen eine Stelle außerhalb ihres politischen und Redactionstheiles angewiesen hatte; überreich die Zahl jener Gelegenheits-Schriftsteller, die, zum größten Theile auf eigene Kosten, Tagesfragen aufwarfen und erörterten, Rathschläge gaben und eine Polemik über Allerlei unterhielten. Die Voss. Zeitung blieb noch immer das umfangreichste Magazin aller der von den Autoren selbst bezahlten literarischen Productionen; noch immer klagte die Zeitungshalle, und mit ihr die Nationalzeitung, die Locomotive über die nicht zu bewältigende Fülle der eingesandten Mittheilungen; noch immer fanden die HH. Benda, Zimmermann und Andreas Sommer in der Spener'schen Zeitung eine bereitwillige Vermittlerin für ihre politischen Meditationen. — Zu einer eigenthümlichen und weitläuftigen Polemik gab die dänisch-deutsche Angelegenheit den Stoff. Die deutsche und die dänische Nationalitätspartei bekämpften sich mit historischen Gründen. Jede dieser Parteien hatte in Berlin ihre Fürsprecher. Zu denen der ersteren gehörte der Professor Jacob Grimm. Hr. Obrist F. v. Bülow unterließ nicht, mit seinen militairischen Bemerkungen sich dem Streite anzuschließen. Ein H. unterzeichnetes Inserat — der Verfasser nannte sich später: Swenn Henrik Helms — behauptete: Schleswig sei, als ein dänisches Herzogthum mit eingedrungener Nationalität, nie dem deutschen Bunde einverleibt gewesen, es gehöre Dänemark; ein Gesammtstaat Schleswig-Holstein „meerumschlungen" oder „stammverwandt," oder gar als „Vaterland" existire nicht und habe niemals existirt; die Deutschen in Schleswig seien Eingewanderte wie die Deutschen in Nordamerika u. s. w. „Nein," erwidert darauf Hr. Grimm, „Schleswig ist kein ursprünglich dänisches Land, in dem die Deutschen Gäste sind, wie hier schmachvoll vorgegeben wird, sondern ein ursprünglich deutsches, in welches umgekehrt die Dänen sich eingedrängt haben. Die gesammte cimbrische Halbinsel war ehemals von Germanen, nicht von Scandinaven bewohnt und selbst die Jüten waren unscandinavisch; es läßt sich gar nicht denken, daß die Germanen unter sich fremde Völker geduldet hätten. . . . Sollen sich die Deutschen immer selbst in's Gesicht schlagen und nur den Fremden die Haut streicheln? sollen sie nicht auf die sehnsüchtige Stimme ihrer Brüder in Holstein und Schleswig hören? Schon ist Schleswig's Einverleibung in den deutschen Bund zu Frankfurt feierlich ausgesprochen, schon stehen Preußen an der Eider und jenseits der Eider, von Begier brennend ihre Scharte auszuwetzen. Nein, die seit zwei Jahren in allen Theilen Deutschlands gesungenen Lieder sind nicht in die leere Luft erschollen und ein deutsches Land wird jetzt befreit werden, allen Dänen und die es mit ihnen halten zum Trotz. Keinen Deutschen aber rühren oder täuschen

im mindesten die schlauen Verheißungen, die der dänische König halbverschlafen und halbgezwungen von sich gegeben hat." (V. Z. 17. Ap.) Und als Hr. Helms, seinen Namen auf Grimm's Aufforderung nennend, die früheren Behauptungen wiederholte, und die Frage daran knüpfte: „Warum enthusiasmiren sich die Deutschen für die Integrität einer Provinz, deren ursprünglich deutsche Abkunft doch keinenfalls über jeden Zweifel erhaben ist, während sie mit wahrhaft stoischer Ruhe die russischen Ostseeprovinzen, nein, die ursprünglich deutschen Ostseeprovinzen unter russischem Scepter schmachten und allmählig russificiren lassen?", als er hinzufügte: „Dort führt Eure Garden hin, dort können sie einen Ruhm ernten, der selbst nicht durch das Bewußtsein geschmälert ist, für eine ungerechte Sache gefochten zu haben!" — da antwortete Jacob Grimm kurz: „Niemand verwehrt, daß unter uns ein Däne frei seine Meinung sage, er soll es aber nicht ungenannt thun, damit kein Verdacht entspringe, ein Deutscher theile sie. Mir ist diesmal genug, den Scandinaven aus der Larve genöthigt zu haben; von dem Augenblicke an, wo er sich nennt, wird er unschädlich." — Hr. Helms aber — bemerkt er später — enthebe sich aller Rathschläge, die er uns in Bezug auf Polen und Rußland zu ertheilen meint; denn wir übernehmen leichte und schwere Arbeit." Während die Grimm'schen Ausführungen durch Inserate des Predigers Pischon und Anderer unterstützt wurden, erhielt Hr. Helms einen eifrigen Bundesgenossen in Hrn. Emanuel Bendix, der nicht ermüdete, durch Zeitungsannoncen und Flugblätter das dänische Recht in der streitigen Angelegenheit zu vertheidigen. Um alle Controversen unnöthig zu machen, hatte übrigens Hr. F. v. Bülow schon früher den freundschaftlichen Wunsch geäußert, „daß sich ganz Dänemark als Bundesstaat an Deutschland, zum unberechenbaren Vortheile beider Theile, anschließen möchte." — Eine kleine Fehde entspann sich auch wegen des Ausdrucks, „die Scharte auswetzen," welchen Hr. Grimm von den in Holstein kämpfenden Garden gebraucht hatte. Mit vier Fragen trat dem „Märchendichter" Professor Grimm entgegen Hr. v. Gauvain, ein schriftstellernder Premier-Lieutenant aus Potsdam, der, ähnlich dem Obristen F. v. Bülow, von Zeit zu Zeit durch die Tagespresse Interpellationen an das Schicksal, die öffentliche Meinung oder an bestimmte Personen richtete, wenn nicht etwa, was zuweilen (nach den von ihm veröffentlichten Klagen) vorkam, ihm das Wort durch die Vossische Zeitung entzogen wurde. „Hat der Märchendichter" lautete die erste Frage, „der den preußischen Waffen Scharten andichtet, den Anspruch auf die Würde eines Geschichtsforschers verwirkt?" Zugleich erklärte der Interpellant, daß ihn, einen „freisinnigen, deutschen Mann," seine Pietät vor Grimm's Namen allein hindere, die Sache nicht schärfer anzufassen. Hr. Grimm antwortete: „Die preußischen Regimenter, welche das harte Schicksal traf, gegen ihre Brüder im Volk fechten zu müssen, so tapfer sie ihrer kriegerischen Pflicht genügten, empfingen dadurch schuldlos in ihr Schwert eine Scharte, die sie jetzt durch

den kühnen Sieg über die Dänen ausgewetzt haben. Ich habe, bei Widerlegung eines Dänen nur auf die Ansicht hingedeutet, die in Berlin und Deutschland allgemein herrscht, deren geschichtliche Beurtheilung jetzt noch nicht möglich, deren Einfluß nicht zu hindern ist." (V. Z. 12. Mai.) — Ueberaus hitzig und langwierig war der Streit, der in Folge eines von der Voss. Zeitung veröffentlichten Gedichtes des Dr. F. Eylert entstand; erst ein gebieterisches: Bis hieher und nicht weiter! der Zeitungsredaction machte ihm ein Ende; nachdem jenes Blatt drei Wochen hindurch seine Spalten täglich den Theilnehmern an dem Streite geöffnet hatte, schnitt ihn die Redaction durch die Erklärung ab, daß der bedeutende Andrang aufzunehmender Artikel sie nöthige, den Angriffen und Vertheidigungen der Person und poetischen Erzeugnisse des Hrn. Dr. Eylert in Zukunft die Aufnahme in ihre Zeitung zu versagen. Bereits verschiedene Poesieen des Dr. Eylert waren durch die Zeitungen veröffentlicht worden; begeisterte Zurufe an die Polen, Aufforderungen an die kleinen deutschen Monarchen, ihre Souverainetät zum Besten des deutschen Vaterlandes aufzugeben u. dgl. sollten das Publicum auf eine Gedichtsammlung aufmerksam machen, die unter dem Titel: „Zahme Lieder" erscheinen würde. „Wann werden wir die zahmen Lieder unseres jetzigen ersten deutschen Volksdichters erhalten?" fragten hierauf einige ungestüme Dränger (Reymann, Meyer, v. Bremer) in der Voss. Z. vom 20. April an; zugleich wurde eine „deutsche Marseillaise" jenes Dichters mitgetheilt und den deutschen Componisten empfohlen, „dies unsterbliche Lied durch eine richtige Composition zum Volksliede zu machen."*) Persönliche und politische Gegner des Dichters erhoben sich nun, bald den Privatcharakter desselben rücksichtslos bloßstellend, bald seine politischen Gesinnungen auf's Heftigste angreifend. „Sind das deutsche Volksdichter," ruft Hr. C. Heinzelmann aus, „die mit frechen Gedichten die Zeitungen erfüllen, die das Heilige der Geschichte des Vaterlandes mit Füßen treten, die die Macht des Glaubens und der moralischen Elemente im Volke zertrümmern?" Die meisten der politischen Gegner brachten ihre erbitterten patriotischen Gefühle in Reime; Unteroffiziere, alte Lützow'sche Jäger, Premier-

*) Wir lassen den Anfang und den Schluß dieser „deutschen Marseillaise" folgen:

Mit Gott, für König und Vaterland
Hat man uns lange geknechtet!
Mit Gott für König und Vaterland
Da hat man uns geächtet!

Verschwinde, falsches Lügenwort,
Geh' unter auf ewige Zeiten!
Ein ander Wort, ein heilig Wort,
Das soll uns jetzt geleiten!

Wir ehren Gott, wir lieben Gott,
Doch — wir sind mündig worden!
Wir wollen streiten, siegen jetzt
Auch ohne Priester-Orden!

In unsr'er heil'gen Weihenacht
Verschwand des Königs Schimmer!
Recht ihm und uns zu jeder Zeit,
Doch für ihn kämpfen? Nimmer!!

Das Vaterland! Wie zuckt die Hand!
Bei dieses Wortes Klange!
Für's Vaterland! Für's Vaterland!
Zu jedem ernsten Gange!

Komm nur, o Czar! wir warten Dein!
Du findest uns gerüstet!
Für's Vaterland! für's deutsche Land!!
Sind Alle wir gerüstet!

lieutenants und Obristlieutenants a. D., Landprediger u. s. w. besangen das Motto: „Mit Gott, für König und Vaterland," dessen Mittelglied in dem Eylert'schen Gedichte desavouirt worden war. „Noch ist Preußen nicht verloren," singt der Obristlieutenant a. D. v. Gerhardt, „Preußen findet sich zurecht: Preußen ist von Gott erkoren, daß es wahre Licht und Recht." Und Hr. C. F. S. Alschefsky ruft dem Marseillaisendichter zu: „Was stürmt Dir für ein trübes Wort Aus dicht umflortem Herzen! Wir wollen nicht solch' einen Hort, Woll'n nicht mit Treue scherzen!" Andere forderten in einem Hrn. Eylert nicht freundlichen Sinne dazu auf, daß von Sachkundigen die Biographie des „Feldpredigers und Steuercontroleurs a. D., jenes Sohnes des Bischofs Eylert" geschrieben und veröffentlicht werde; Einzelheiten aus derselben wurden hie und da angedeutet, um die öffentliche Stimme gegen den Dichter einzunehmen. Hr. Justizrath Sello in Potsdam fühlt sich berufen, als Biograph mitaufzutreten, und Alle in der Nähe und Ferne, die Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Dichters mittheilen können, heranzuziehen: „Viele Thaten des Helden sind in den Schleier der Nacht gehüllt: man lüfte diesen nicht; aber viele hatten Zeugen: diese mögen reden — Zeugen aus Berlin, Schulpforta, Halle, Erlangen, Wittenberg, Greifswald, Frankfurt a.|O., Dobberan, Leipzig, Hamburg, New-York, Philadelphia, Altona, Bromberg, München, Augsburg, Wien, Danzig und aus den Kreisen von Westpreußen, in welchen der Held als Steuerbeamte beschäftigt war." Später theilte einer der als Zeugen Aufgerufenen mit, daß die Eylert'sche Biographie, „deren Begehr trotz den wiederholten ehrenrührigen Andeutungen keine Grenzen zu finden scheine," aus dem Grunde nicht geliefert werden könne, „weil sie das Schamgefühl eines jeden Gebildeten tief verletzen würde." Unter der zahllosen Menge der Gegner verschwanden die wenigen Freunde, die für den Angegriffenen auftraten. Hr. Eylert selbst sprach sich über diese Angelegenheit (in der köln. Z.) also aus: „Ich habe mir erlaubt, in meiner deutschen Marseillaise die Liebe zum Vaterlande für das Heiligste und Höchste, wenigstens für heiliger und höher als die oft wechselnden Interessen eines Königs halten. Ich kann hierin kein Verbrechen erblicken. Im Gegentheil halte ich es auch heute noch für ein Verbrechen, das Vaterland den Interessen eines Königs unterzuordnen. Demungeachtet bin ich dieses einfachen, und nach meiner Ansicht rein patriotischen Liedes wegen mit den ausgesuchtesten Schmähungen und Schimpfworten der gemeinsten Art förmlich überschüttet worden. Man ist hiebei nicht stehen geblieben. Am Dienstag den 18. April c. drang gegen Abend eine Rotte vermummter Menschen in mein Zimmer, die mich, unter Androhung persönlicher Mißhandlung zwingen wollte, meine deutsche Marseillaise öffentlich zu widerrufen. Ich erkannte unter diesen einen gewissen Adolph Grimm, einen Freund des General-Steuer-Direktors Kühne, meines erbittertsten und mächtigsten Feindes. Ich unterdrücke für meine Person jede Regung des Unwillens über

ein so unwürdiges Benehmen Einzelner, mich eines Liedes wegen, das gerade bei diesen Einzelnen keine Sympathie gefunden, so unausgesetzt schmähen und beschimpfen zu wollen, und wünsche nur, und zwar aus ganzem und vollem Herzen, daß weder mir noch irgend Jemand in Zukunft gestattet sein dürfe, über Berlin das auszurufen, was einst Jugurtha über Rom, die Stadt verlassend, mit dem bittern Lächeln des tiefsten Hohnes ausrief: „O urbem venalem, cito perituram, si emtorem invenerit!“ (O, feile Stadt, wie bald würdest du untergehen, — wenn sich ein Käufer fände!“)

Von denjenigen Erörterungen, welche die Tagespresse als Beiwerk zu ihrem politischen Material brachte, bezog sich der größte Theil auf die Geld-, Handels- und Arbeiterfrage. Vorschläge über Vorschläge wurden gemacht, die Lage des Handels- und Arbeiterstandes zu verbessern, neue Geldmittel zu schaffen u. s. w. „Wo kriegen wir Geld her?“ lautete die Ueberschrift eines Artikels, in welchem der „Publicist“ (31) ausführlichen Rath ertheilt, „wie das todte Capital, welches bisher im Kasten schlummerte, mit einem Mal wieder lebendig, wie 200 Millionen welche bisher so gut wie verloren waren, wieder zum Vorschein kommen.“ Dieselbe Frage bildete das Thema unzähliger Variationen, mit denen Berufene wie Unberufene die Zeitungsspalten füllten. — Hr. Wilhelm Beer schlägt „zur Beseitigung der Handelskrise“ vor, daß ein kräftiges Centralinstitut für die Beleihung eines jeden reellen und soliden Werthes, eine zweite Bank geschaffen werde. „Die Dotation liefere den Staatsschatz, müßte er dadurch auch ganz erschöpft werden. Diese Summe bleibe wie sie übergeben in den Kellern des Centralinstituts liegen und man creire darauf die doppelte Summe von Fünf- und Ein-Thaler-Noten. Diese werden sich, wo man eine solche Reserve gelagert weiß, nie zur Realisation zu präsentiren.“ (V. Z. 11. Ap.) Hr. J. Rosenhain macht die Proposition, „daß der Staat sämmtliche preußische Eisenbahn-Prioritäts-Aktien sowohl, als die garantirten Eisenbahn-Aktien gegen dafür nach Nominalwerth auszugebende, gleiche Summe Kassenscheine entweder zum Nominalwerthe oder mit Vortheil an sich zu bringen suche und jene dafür außer Cours setze.“ „Dadurch werde der Staat nicht mit neuen Verlusten und Lasten, das Volk nicht mit neuen Steuern belästigt, durch die Flüssigkeit eines solchen Capitals vielmehr Handel, Industrie, Arbeit und Hypothekenwesen offenbar gehoben.“ (Sp. Z. 27. Ap.) Der Commerzienrath Carl Heymann veröffentlichte „Umrisse eines Plans zur Errichtung einer Silber-Depot-Kammer“ und theilt zugleich mit, daß er am 16. dem Finanz-Minister über einen Plan wegen Silber-Einlieferung Vortrag gehalten habe. Nach einer ungefähren Schätzung, bemerkt Hr. Heymann, dürften für 8—10 Mill. Thlr. Silberwerth eingeliefert und dadurch die Geldmittel des Staates für die nächsten Jahre um diese Summe vermehrt werden. (Nat.-Z. 30. Ap.) Ein M. S. unterzeichneter Artikel verlangt eine „radicale Reform unseres Geldsystems“: Es komme darauf an, neues Geld zu schaffen,

einen Theil des reellen Reichthums, der festliege in flüssiges Geld zu verwandeln, um das richtige Verhältniß wiederherzustellen. Der Vorschlag geht dahin, das Sicherste und Werthvollste, was wir besitzen, unseren Grundbesitz zu mobilisiren, d. h. in Geld zu verwandeln. „Es werde den Grundbesitzern gestattet, sich zu vereinigen und für etwa höchstens 25 pCt., also höchstens den vierten Theil ihres nach den scrupulösesten Grundsätzen abzuschätzenden Grundbesitzes, Scheine auszugeben, wofür die Grundstücke in erster Hypothek zu haften haben. Für die creirten Scheine hätten die Hausbesitzer an den Staat Zinsen von 3—4 pCt. jährlich zu zahlen, wovon ein Theil als Reserve für etwaige Ausfälle, der größere Theil aber dazu dienen würde, die Staats-Einwohner von den drückendsten Steuern zu befreien und zur Hebung aller Arbeitskräfte beizutragen. Mit den großen Städten müßte der Anfang gemacht und nach und nach das System auf die kleineren Städte und das Land ausgedehnt werden u. s. w. Das Princip," so schließt der Artikel, „nach welchem die Reform des Geldsystems weiter fortschreiten muß, ist dasselbe welches der politischen Revolution zu Grunde liegt: der Sieg der Intelligenz über die todte Masse, der Sieg des ordnenden Geistes blinden Zufall." (Z.-H. 20. Ap.) Nicht unbesprochen blieb die Frage über Aufhebung der Wuchergesetze. „Warum," fragt der Actuar Stein an, „ist die Aufhebung aller die Höhe des Zinsfußes beschränkenden Gesetze (A.-L.-R. Theil I. Tit. 2., §. 803—826, auch Theil II. Tit. 29., §. 1271—1289) noch immer nicht erfolgt? Jeder Augenblick, den man noch damit zögert, bringt dem Lande unsäglichen Schaden." Ein leitender Artikel der Voss. Zeit. über die Abschaffung der Wuchergesetze behauptet, daß die Aufhebung der strafrechtlichen Bestimmungen allein schon den beabsichtigten Erfolg haben würde, „weil damit der Werth der Bestimmungen im Civilgesetzbuche von selbst falle." (V. Z. 11. Ap.) Dem wird entgegnet, daß so lange die civilrechtlichen Wuchergesetze bestehen, höhere als die gesetzlichen Zinsen nicht rechtmäßig seien. „Jene verhindern somit in gleichem Grade wie die gegenwärtigen Verhältnisse es nothwendig machen. Also — fort mit den Wuchergesetzen." (Z.-H. 18. Ap.) Auf die „Domainen-Verpachtung" wird ferner die Aufmerksamkeit gelenkt: Seit längerer Zeit gehe man damit um, preußische Domainen auf ca. 50 Jahre an die bisherigen Pächter weiter zu verpachten, weil so die Cultur der Domainen gehoben würde. Die Verpachtung derselben bringe aber bekanntlich einen durchaus unverhältnißmäßig geringen Ertrag und der allgemeine Umschwung der Verhältnisse werde jedenfalls die Folge haben, daß die Domainen in Privateigenthum und zwar in möglichst kleinen Besitzungen übergehen. „Damit nun nicht bis zur Durchbringung eines derartigen Beschlusses inzwischen Prolongationen auf so große Zeiträume abgeschlossen werden, ist erforderlich, daß die Presse hiegegen schon jetzt kräftig Protest einlege."

Auf die Brochüren-Literatur übergehend, finden wir auch hier jene

„wichtigste Frage der Gegenwart" reichlich erörtert, und keinen Mangel an den verschiedenartigsten Lösungs-Versuchen. „Die Handwerker und ihre Innungen" von C. Wolff [1]) will sichere Mittel an die Hand geben, wie der Aufschwung der Handwerker aus sich selbst zu bewerkstelligen sei. Hr. Falk [2]) weist darauf hin, wie viel noch zu thun sei, die vorhandene Bodenfläche nutzbar zu machen; er führt zugleich den Plan eines „Nationalcredit-Instituts" aus. In seiner eigenthümlich philosophischen Methode stellt Hr. G. A. Lautier [3]) die „gegenwärtig vorhandenen Mittel zu einer Organisation der Arbeit" dar. „An die Arbeiter und Arbeitsgeber" [4]) richtet ein „Arbeiter" ein „wahres Wort in ernster Zeit," für Alle, welche neben voller Freiheit auch Sinn für Gesetz und Ordnung haben. Der Schneider Lüchow schildert, vom Standpunkte des Proletariers, „die Organisation der Arbeit und deren Ausführbarkeit;" [5]) sein nächster „Vorschlag zur schnellen Abhilfe" betrifft die Bildung einer „Nationalwerkstätte." Ein anonymes Schriftchen behandelt „die gegenwärtige Finanzkrisis." [6]) — Ein großer Theil der Brochüren bezog sich auf die politischen Verhältnisse. Der vielschreibende Bülow-Cummerow stellt weitläufige Betrachtungen an über die „politische Gestalt Deutschlands und die Reichsverfassung." [7]) „Der König von Dänemark und sein Recht" ist der Gegenstand einer anonymen Schrift. [8]) „An die polnische Nation" wendet sich Hr. Händel mit einem „neuen Operationsplan zur Errichtung eines Königreichs Polen." [9]) Ein „alter Justizbeamte" giebt einen Beitrag zur Charakteristik der Polen. [10]) Hr. J. G. Rosenbaum versucht in einem Schriftchen, [11]) das sich auf ein denselben Gegenstand behandelndes von Karl Sievert beruft, das Nationalgefühl der Deutschen gegen Polen zu entflammen. „Polen," bemerkt u. a. der Verfasser, „Polen sagt, es sei gestohlen Gut! Was der Vater gestohlen hat, ist für den Sohn schon heiliges Recht." Dagegen variirt Hr. Adolph Reich, „Mitglied des berliner deutschen Comité's für die Wiederherstellung Polens," das Thema:

---

[1]) Verlag von L. Lassar. — [2]) „Das sicherste Mittel zur Abhilfe in der Noth. Ein Wort an alle Wohlhabende, an alle Gewerbetreibende, an alle Landleute und Arbeiter." Druck von Reichardt. — [3]) „Der Staat als die Organisation der Arbeit." Verlag von Logier. — [4]) „An die Arbeiter und Arbeitsgeber. Von einem Arbeiter." Verlag von A. Hoffmann & Co. [5]) Im Verlage des Herausgebers, gedruckt bei Marquardt & Steinthal, erschienen 2 Lieferungen dieser Schrift. Sie führt ein Motto vom Fürsten zu Lynar: „Die Versöhnung des Einzelnen mit dem Ganzen" und ein anderes von Freiligrath: „Trotz alledem, trotz alledem, Es kommt die Zeit trotz alledem, Daß rings der Mensch die Bruderhand, Dem Menschen reicht, trotz alledem!" In der ersten Lieferung besingt Lüchow „das Proletariat" also: „Es quillt und keimt von unten auf, Wie frisch gesä'te Saat; Es wächst wohl aus der Erd heraus Das Proletariat! Er ist erwacht der vierte Stand, Der nützlichste im Staat; Denn wer ernährt das ganze Land? Das Proletariat! Es schindet sich nur für den Sarg, O Schande, Volksverrath! Es zehrt von seinem Lebensmark Das Proletariat! Die Ihr auf weichem Kissen ruht, Im Ueberfluß und Staat; Denkt! — wenn Ihr satt und wohlgemuth, An's Proletariat! Was nützt noch hohler Phrasen Schwall, Frisch auf, zur ernsten That! Es regt und reckt sich übe all: Das Proletariat!" [6]) Bei C. H. Jonas. [7]) Verlag von Veit & Co. [8]) Bei L. Quien. [9]) Bei Lindow. [10]) „Die Polen. Ein Beitrag zur Charakteristik dieses Volkes, aus den Erinnerungen eines alten Justizbeamten." Vereinsbuchhandlung. [11]) „Die Deutschen in Polen." Selbstverlag.

Caeterum censeo, Poloniam esse restituendam. [1]) Im Interesse des „Polnischen Märtyrervolkes“ wird ferner von einem Ungenannten „ein zu beherzigendes Wort an Deutschlands freie Männer“ gerichtet. [2]) „Der neue Kaiser mit dem alten Zopf“ ist der Titel einer Schrift von B. Heßlein. [3]) Eine andere bringt eine neue Ausgabe der bekannten „Lehniner Weissagung.“ [4]) Angeblich „nach dem Antihippolytus“ wird „zum ersten Mal an das Licht gestellt“ von M. Gottfried Eisenschmidt: „Das Reich der Zukunft oder Deutschland und seine Volksherzogthümer.“ [5]) Als ein „Auszug aus der im Besitze der königl. Bibliothek in Berlin befindlichen, 1557 in Eisleben gedruckten Schrift: 120 Prophecepungen oder Weissagung des Ehrwürdigen Vaters Herren Doctors Martini Luthers, von allerlei straffen, so nach seinem Tod über Deutschland kommen“ wurden herausgegeben: „Dr. Martin Luther's merkwürdige Prophezeihungen über Deutschlands Zukunft.“ [6]) Modernere Prophezeihungen werden mitgetheilt in „Metternich's Testament.“ [7]) „Der König von Preußen und Süddeutschland“ [8]) (vom Kammergerichts-Auscultator C. v. Salviati) nimmt Friedrich Wilhelm den Vierten gegen die Schmähungen süddeutscher Blätter in Schutz. „Der Sieg,“ heißt es hier, „ist uns durch keine Untreue der Truppen leicht gemacht und durch keine Excesse wie in Paris und namentlich in Wien, wo nicht einmal ein eigentlicher Kampf entschuldigt, befleckt worden. Es haben bei uns alle Stände an Muth, Hochherzigkeit, Aufopferung, Gesetzlichkeit gewetteifert; die Palme aber in diesem Wettstreite ist dem Arbeiterstande zu reichen, der am meisten gelitten und gekämpft hat, und dem die Gesetzlichkeit am schwersten sein muß. So handelt nur ein edles Volk, und schon weil dies Volk an Friedrich Wilhelm noch festhält, schon darum kann er kein „blutiger“ König, kein „Schlächter“ sein.“ — „Zwei Zeitbilder“ haben zum Inhalte: „1) Eine monarchisch-constitutionelle Verfassung für Deutschland die beste — mathematisch bewiesen. 2) Wie baut man ein Haus.“ [9])

---

[1]) „Polens Recht und Deutschlands Pflicht. Ein Wort an das Volk.“ Mit dem Motto: „Binnen 50 Jahren wird Europa entweder republikanisch oder kosakisch sein.“ Druck und Verlag von A. Bartz. [2]) „Der drohende Untergang Posens und durch welche Mittel ist diesem zu begegnen?“ Verlag von L. Schlesinger [3]) Verlag von M. Cohn & Co. [4]) „Hundert Prophezeihungen über die Schicksale Preußens und seiner Regenten, geschrieben vom Bruder Hermann von Lehnin.“ Berlin, M. Cohn & Co. (Diese Ausgabe weicht im lateinischen Text auffallend von den seit mehr als 100 Jahren erschienenen lateinischen Ausgaben ab. Namentlich erscheint in der oben erwähnten der bekannte Vers: „Israel infandum scelus audet morte piandum“ („Israel wagt ein todeswürdiges Verbrechen“), — Vers 91 des 1745 herausgegebenen „Frater Hermannus Lehuinensis redivivus“ und der in neuerer Zeit von den Jesuiten veranstalteten Ausgaben dieser Prophezeihungen — in einer tendenziösen Variante. [5]) Bei H. Subilia. [6]) Verlag von Gustav Hempel. („Es mangelte,“ heißt es in einer der luther'schen Prophezeihungen, „den Babyloniern nicht an Stärke, Reichthum und vielen Unterthanen, gleichwohl ging ihr Reich unter, denn es mangelte ihnen an vorsichtige, weise und beherzte Personen. Also wird es auch Deutschland gehen, welches Kriegsvolk, Wehren und Pferde genug hat; aber es mangeln ihm beherzte Leute, darum werden ohne diese viel Kriegsrüstungen nichts helfen.“ [7]) Metternich's Testament, oder dessen politische Prophezeihungen der nächsten Zukunft. Verlag von L. Weil & Co. [8]) Mit dem Haupttitel: „Zeit-Signale I.“ Verlag von Louis Hirschfeld. [9]) Bei Thimm.

Ueber die Wahlfrage schrieben: Friedrich Gerhard,[1] v. Salviati,[2] Adolf Bernhard Marr,[3] D. Laurenz.[4]) — Der Professor Dr. Ernst Helwing stellte die Wahlgesetze, die Ausführungs-Reglements und zugleich die wichtigsten Momente der Discussion des Gesetzes durch den Landtag übersichtlich zusammen.[5] — Derselbe richtet als Urwähler des 37. Bezirks eine „Ansprache an Urwähler und Wahlmänner" über die Frage: „Wer ist der beste Volksvertreter?"[6] Der zum Gesandten bei den Vereinigten Staaten ernannte frühere Präsident der Handelskammer, Hr. v. Rönne, veröffentlicht eine Candidatenrede, die er in einer vorbereitenden Urwählerversammlung des 38. Bezirks am 28. gehalten.[7] — Ein „publicistischer Versuch" von Hugo Freiherrn v. Bülow betrifft das Zweikammersystem.[8] — Der Professor K. W. Krüger liefert einen Beitrag „zur Charakteristik der gestürzten Verwaltung."[9] — Eine ältere Abhandlung über Schwurgericht giebt mit Bemerkungen begleitet Dr. G. M. Kletke heraus.[10] — „Die Bürgerwehr besonders in Berlin" ist der Abdruck eines Vortrages, den der Geheime Archivrath und Professor der Staatswissenschaft, Bürger und Bürgerwehrmann Dr. Riedel im Verein für Geschichte der Mark Brandenburg am 12. April gehalten, um nachzuweisen, daß in dem Institute der Bürgerwehr für Berlin nichts Neues, sondern nur die Herstellung einer uralten volksthümlichen Einrichtung zu erkennen sei. Bis 1825 habe die Bürgerwehr in Berlin als eines der ältesten Institute ursprünglicher Stadt- und Landesverfassung bestanden. Erst als die Bitten der Bürgerschaft selbst um Aufhebung dieser Einrichtung immer dringender geworden, erfolgte die Auflösung am 1. April 1825. Hr. Riedel kann sich am Schlusse seiner historischen Darstellung nicht des Wunsches enthalten, „daß die neue Bürgerbewaffnung, der die Wahrung größerer, edlerer Güter anvertraut ist, als unsere Vorfahren je im Staate zu vertheidigen hatten, von all den Gebrechen frei bleiben möge, welche der frühern Bürgerwehr vornämlich den Untergang bereiteten. Namentlich suche sie ihren Glanz nicht in prunkender militairischer Uniform und sonstiger Kosten verursachenden Aeußerlichkeit, welche den Unbemittelten drückt, den Armen ausschließt oder in Schulden stürzt; sie lege den Bürgern nicht die Last der Erfüllung häufiger, nur durch Gebrauch

[1] „Wen wählen wir nun? Ein berathendes Wort an diejenigen meiner Landsleute, welche bis dahin nicht wahlberechtigt waren, es aber durch das Gesetz vom 8. April sind, namentlich aber auch an die Arbeiter und Dienstboten." Verlag der Amelang'schen Buchhandlung. [2] „Zeit-Signale II. Die Wahlfrage oder: Wie kommen wir zu Wahllisten? Wen wählen wir? Wen wählen wir nicht? Verlag von Louis Hirschfeld. [3] „Unsere Wahlen. Die wichtigste Tagesfrage für jeden patriotischen Preußen." Druck und Verlag von Eduard Krause. [4] „Der gesinnungsvolle Urwähler; oder wie wählen wir die rechten Wahlmänner?" Verlag von S. Löwenherz. [5] und [6] Verlag von Gustav Bethge. [7] Besser'sche Buchhandlung. [8] „Die Aristokratie des Talentes als Grundlage des Zweikammersystems." (F. Schneider & Comp.) [9] „Zur Charakteristik rc. Erster Beitrag." Darin: 1. Briefwechsel mit dem Ministerium Eichhorn. 2. Gerichtliche Defension gegen einen Denuncianten. 3. Censurmonument. (Krüger's Verlags-Buchhandlung.) [10] „Schwurgerichte. Eine historisch-politische Abhandlung von G. F. A. Graf v. Blankensee. Mit Vor- und Nachwort begleitet rc." (Commissionsverlag von G. Hempel.)

und Herkommen gebotener Wachdienste auf, weil sie sonst mit dem Gewerbsfleiße in Widerspruch tritt und dem emsigen Bürger unerträgliche Last wird; sie arte endlich nicht in ein geistloses Soldatenspiel aus: die Kräfte sind zu werthvoll und edel, die wir hier verwandt sehen, um mit bedeutungslosen Aeußerlichkeiten beschäftigt zu werden. Aber sie organisire sich fest und frei als ein dauernder Waffenbund, der die Bürger brüderlich mit einander verknüpft, zu einer unübersteiglichen Schutzmauer für die politische, zu einer sichern Bürgschaft für die persönliche Freiheit und zu einer zuverlässigen Handhabe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit." [1]) — Die „Nachwehen der berliner Revolution" [2]) sucht J. S. Loebell zu schildern. In einem bunten Durcheinander werden hier behandelt: „Anarchie und Reaction; wo ist der Staatsschatz hingekommen und das alte Ministerium; das neue Ministerium und der zweite vereinigte Landtag; die neuen Volkswahlen; politische Clubs; die berliner Bürgergarde." — Der Prediger Orth spricht ein frommes „Friedenswort zur Buße." [3]) — „Der Polizeidirector Duncker und der absolute Polizeistaat," [4]) „die Contrerevolution in Berlin oder Bürger und Arbeiter" [5]) „eine Soiree bei Louis Philipp in England oder Lola Montez und der Prinz von Preußen" [6]) sind die Stoffe dreier Libelle von demselben Charakter und aus derselben Feder, wie die früher (S. 22) erwähnte Brochüre: „der Prinz von Preußen und die berliner Revolution." — „Das Wahlcomité, das Ministerium und die Geschichte" [7]) bespricht die Frage wegen der directen Wahlen vom Standpunkte der Gründonnerstags-Demonstrationspartei. — Die „amtliche Verlustliste der Truppen in dem Kampfe am 18. und 19. März in Berlin" [8]) wird aus einem Gesichtspunkte beleuchtet, den das Motto auf dem Titel ausspricht: „Sie sei nun wahr, sie sei erlogen, Das Volk ist jedenfalls betrogen." — Weniger feindselig erörterten zwei Flugblätter den Marsch nach Spandau [9]) und die Angelegenheit des Prinzen von Preußen, für den bereits ein „kühnes Wort" [10]) gesprochen wird.

Im Sinne der „Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit" findet sich eine Reihe von **Flugblättern** und **Plakaten** verfaßt von Genannten und Ungenannten, die, charakteristisch genug, großentheils Fremde in der Hauptstadt sind. Unter diesen mit dem Gemeinnamen „Reactionaire" bezeichneten Agitatoren fehlt Hr. v. Bülow-Cummerow nicht. Mit Cassandra-Worten spricht er unaufhörlich von dem „Zustande der Schwäche und Erbärmlichkeit" der auf eine oder die andere Weise sein Ende nehmen müsse, stellt er die berliner Bewe-

---

[1]) „Die Bürgerwehr besonders in Berlin." (Nauck'sche Buchhandlung.) [2]) Im Selbstverlage des Verfassers. Druck von B. Schlesinger. [3]) „Ein Friedenswort zur Buße, Predigt gehalten am Sonntage Oculi, zum Andenken an die in den Märztagen Gefallenen." Verlag von C. Grobe. [4] — [6]) Verlag von Leopold Schlesinger. [7]) Das Wahlcomité rc. von Lucifer. Bei L. Quien. [8]) Verlag von Hübenthal. [9]) und [10]) „Der Transport nach Spandau." „Ein kühnes Wort für den Prinzen von Preußen." Beide im Selbstverlage von L. J. Rosenbaum. [10]) Druck von Julius Sittenfeld.

gungen als das Werk „einiger dutzend Aufwiegler und ihres Anhanges" dar, gegen die er das ganze, von dem Treiben „empörte" Land aufruft. In einem Flugblatte „an meine Mitbürger" [1] **sucht er die Nothwendigkeit darzuthun,** „daß wo möglich von allen Provinzen eine Adresse mit den zahlreichsten Unterschriften versehen, an Se. Majestät gerichtet werde mit dem Anliegen, daß die aus dem neuen Wahlgesetze hervorgehende constituirende Versammlung sich nicht in der Hauptstadt, sondern in einer der kleinen Städte der Mark, nicht nur diesmal, sondern auch für die Zukunft, versammele." Der störende Einfluß der Volkshaufen auf die Berathungen der Versammlung der Abgeordneten ist es, was er fürchtet. Zugleich vertheidigt er ein eigenthümliches Zweikammersystem. — Ein Schlesier, Reinhardt Cramer macht es sich zur Aufgabe, in Zeitungsartikeln und Plakaten der „zerstörenden Partei" entgegenzuwirken. „Möchte ein wahres aufrichtiges Wort noch immer eine gute Stätte in Deutschland finden!" lautet die Ueberschrift eines von der schlesischen Zeitung zuerst mitgetheilten Aufsatzes, [2] von dem Hr. Cramer einen besondern Abdruck für Berlin veranstalten läßt. „Welcher Deutsche," beginnt er, „der nur etwas Gefühl für das Land, in dem er geboren, unter dessen segensreichem Schutz und Gesetz er erzogen und gebildet ist, sieht nicht jetzt mit Sorge und Kummer und auch mit Unmuth auf sein Vaterland; und vor Allem fragt wohl jeder brave Preuße, welchem Ende sind diese maßlosen Bestrebungen gewidmet, die aus jeder Gewährung, aus jeglichem Entgegenkommen nur neue Forderungen und neue Anmaßungen ziehen." Er ruft seinen Mitbürgern zu, thätig zu sein. Jeder handele in seiner Sphäre nach seinen Kräften, um der Ordnung und der Vernunft den Sieg über die Corruption zu verschaffen. „Sollten aber doch die Bemühungen aller Redlichen scheitern, sollte dennoch die zerstörende Partei Fuß fassen, und dann noch einmal ein unvermeidlicher Kampf gekämpft werden, ist wirklich das arme unglückliche deutsche Vaterland für ewig dazu verdammt, der Kampfplatz eigener und Europa's Leidenschaften zu sein, so tretet noch einmal zusammen, ihr braven Kämpfer von 1813, 14 und 15! kämpft noch einmal für Preußens Ehre und Deutschlands Glück. Dann wird der kampf- und sieggewohnte Adler Preußens, treu seiner Mission, die ihm schon unser große Friedrich angewiesen, seine Fittige wieder schützend über Deutschlands Gauen breiten." Als Plakat erschien ferner ein aus der Breslauer Zeitung (vom 14. Ap.) abgedruckter „Aufruf einiger Vaterlandsfreunde an ihre Mitbürger." [3] Diese „Vaterlandsfreunde" gaben in zehn Punkten die radicalen Forderungen auch als ihre Wünsche wieder, jedoch nur soweit die ihrigen, als nicht ein jedem Punkte beigefügtes „Aber" das Wesen der Forderung milderte oder ganz aufhob. „Wir wünschen," lautete z. B. Punkt 4: „das Loos der Arbeiter durch staatliche Einrichtung und Erziehung verbessert

---

[1] Datirt: Breslau, 10. April. [2] Gedruckt bei Julius Sittenfeld. [3] Gedruckt bei Julius Sittenfeld.

und sie bei den Volksdeputirten vertreten, aber wir wollen den irregeführten Arbeitern einiger großen Städte nicht das Recht eingeräumt wissen, sich eine Macht anzumaßen, welche schon in völlige Despotie ausartet 2c." Oder: „Wir wünschen eine auf die breitesten Grundlagen gestützte constitutionelle Verfassung, aber wir wollen keine Republik, welche uns unvermeidlich in den Abgrund eines Bürgerkrieges stürzen würde; wir wünschen Preßfreiheit, aber wir wollen nicht, daß die Presse selbst eine Censur übe, willkürlicher als die abgeschaffte" u. s. w. Am Schlusse heißt es in besonders hervorgehobener Schrift: „Zuletzt drängt es uns auszusprechen, daß wir für das Gebahren einer gewissen Partei, die sich die Hauptstadt zum Schauplatze ihrer Umtriebe ausersehen hat, nicht allein gar keine Sympathieen haben, sondern dieselben im höchsten Grade mißbilligen und uns vollständig zur Verfügung der Regierung stellen, um diesen in Plündern und Rauben ausartenden, Handel, Gewerbe, Ackerbau und Arbeit hemmenden und störenden Demonstrationen auf das Kräftigste, und wenn es sein muß, mit Gewalt Einhalt zu thun, da wir uns die höchste Freiheit nicht ohne Vereinigung mit Gesetz und Ordnung denken können." Ein „Kopfarbeiter und Mann aus dem Volke" erzählt in einem Plakate die altrömische Historie von Menenius Agrippa. (Auf die beigefügten Nutzanwendungen bezog sich ein Redner in der großen Volksversammlung vom 17; s. oben S. 214.) Das Plakat [1]) lautete:

Bürger und Vaterlandsgenossen; Im Jahre 494 vor Christo zog das gedrückte römische Volk unter der Anführung eines ihrer Genossen aus Rom auf den heiligen Berg. Der Staat schwebte in Gefahr wegen der häuslichen Unruhen der Bürger und der Verbindung auswärtiger Feinde. Da trat ein Mann aus dem Rathe, hervorgegangen aus dem Volke, zu Gunsten desselben bei den Vornehmen auf, indem er diesen die Bedeutung und und Wichtigkeit des eigentlichen Volkes zu Gemüthe führte. Zehn Bevollmächtigte, unter welchen der bei Hohen und Niedern gleich beliebte Menenius Agrippa war, wurden abgeschickt, um mit dem Volke zu unterhandeln. Hierbei ergriff Menenius das Wort und sprach: „Vor Alters, als noch jeder Theil des menschlichen Leibes für sich selbst denken konnte und jeder seinen eigenen Willen hatte, beschlossen sie alle einmüthig, sich gegen den Bauch zu empören. Sie wüßten gar nicht, sagten sie, warum sie vom Morgen bis zum Abend in seinem Dienst arbeiten sollten, indeß der Bauch zu gleicher Zeit mitten unter ihnen ganz ruhig läge und sich in Trägheit von ihren Arbeiten mästete. Sie entschlossen sich also, ihm künftig die Dienste zu versagen. Die Füße gelobten, daß sie ihn nicht länger tragen, die Hände, daß sie ihn nicht länger füttern, und die Zähne, daß sie keinen Bissen Speise, wenn er auch in den Mund gesteckt würde, mehr kauen wollten. Sie führten den Entschluß aus und versagten dem Magen ihre Dienste. Aber bald fanden sie, daß sie, anstatt den Bauch auf diese Weise zu kränken, nur sich selbst zu Grunde richteten; sie wurden matt und entkräftet und sahen endlich, aber zu spät, ein, daß sie dem Bauch allein ihre Stärke, zu arbeiten, und selbst den Muth zur Empörung zu danken hätten." Die Sache endete damit, daß das Volk, nachdem es seine Rechte noch besonders durch sogenannte Tribunen oder Volksvertreter sich gewährt und gesichert hatte, nach mancherlei Zugeständnissen im Triumph in die Stadt zurückkehrte, überzeugt: daß vorerst alles Heil für Alle nur gedeihen könne durch Ruhe, Ordnung und Einigkeit im Innern, wenn Alle gegen Alle billig und gerecht seien mit ihren Forderungen und Wünschen, sodann aber des Vaterlandes Wohl nur so gesichert und kräftig bewahrt werden könne gegen Angriffe von Außen her. — Ihr Männer oben, unten und in der Mitte, gehet hin und thuet desgleichen!

---

[1]) Druck von B. Schlesinger.

Einen entgegengesetzten Charakter trägt ein offener Brief an die Minister, welcher um dieselbe Zeit als Eckenanschlag, von Leid-Brandt verfaßt, erschien. Er lautete:

Offener Brief an die verantwortlichen Minister Preußens. Nach einem fünfwöchentlichen Nachdenken habt Ihr, verantwortliche Minister, nun endlich ganz definitiv beschlossen, das Volk mit einer außerordentlichen Steuer zu beglücken! Herrlich! Also das Volk soll den Staat aus seinem Schwindel retten? Also das Volk soll den sauer erworbenen Nothgroschen aus der Truhe hervorlangen, um Das wieder gut zu machen, was unsre vormaligen Minister durch ihre liederliche Staatshaushaltung verschuldet haben?! Nun, wohlan! versucht's, Ihr verantwortlichen Minister! Aber wir sagen Euch vorher: der Staat kann sich dadurch wohl noch auf kurze Zeit halten, doch nicht lange; der Bankerott ist gewiß! Und wir fragen nur: Zu welcher Klasse von Bankerotten gehört der bevorstehende des preußischen Staates? Ist er ein fahrlässiger? oder ist er ein betrüglicher? Eins von Beiden muß er sein; denn einen ehrlichen Bankerott giebt es nicht! Jeder Bankerott ist aber ein Betrug! und ein Staatsbankerott der größte! denn da wird ein ganzes Volk betrogen! dadurch wird eine Unmasse von Staatsbürgern mit in den Schlund hinabgerissen! Und leider sind dies nicht allein die sogenannten Geldmänner, sondern auch gewöhnliche Leute, die vielleicht während zwanzig, dreißig saurer Jahre hundert oder zweihundert Thaler gespart und dafür Staatsschuldscheine gekauft haben. Diese Menschen sehen nun in Folge der schauderhaft schlechten Wirthschaft der obersten Staatsdiener ihr so mühsam und im Schweiße ihres Angesichts errungenes Eigenthum dahin rollen. Und Ihr, verantwortlichen Minister! Ihr verlangt, daß auch diese Menschen eine außerordentliche Steuer zahlen? Nun ja, sie werden sich Eurem Ansinnen fügen, denn sie haben keine Macht, sich zu widersetzen; aber sie werden dabei murren, wie ein gefesselter Hund, der nur auf eine Gelegenheit harrt, sich von seiner Kette loszureißen! Freilich, das kümmert Euch vor der Hand noch nicht; wenn sie nur zahlen, damit wieder Geld vorhanden ist, auf daß der Staatsbankerott noch glänzender werde! Glaubt Ihr denn, verantwortliche Minister! — und wir fragen Euch auf Euer Gewissen — glaubt Ihr denn, daß das Volk wirklich so blind ist, es nicht einzusehen, daß diese Steuer nur ein Tropfen Wasser auf einem heißen Steine ist? Ein Staat, dessen Schulden nach einem dreiunddreißigjährigen — und, wie man sagt, segensreichen — Frieden sich auf 150 Millionen belaufen, dessen Fall kann durch funfzehn Millionen wohl auf kurze Zeit aufgeschoben, aber nicht aufgehoben werden! Und aufgeschoben und aufgehoben sind zwei verschiedene Dinge. Zur Vermeidung des Bankerotts schlagen wir demnach vor: 1) Nehmt den pensionirten Staatsdienern und sonstigen Privatpersonen, die in den meisten Fällen bedeutende und unverdient empfangene Pension; namentlich die der entlassenen Minister, die sich für jeden Einzelnen auf zwölftausend Thaler jährlich beläuft; 2) vermindert das stehende Heer um mindestens die Hälfte, und jährlich werden 13 Millionen gespart; 3) reducirt die Gehälter der Staatsdiener bis zu achthundert Thalern herab wenigstens um den achten Theil, und Ihr habt wieder einige Millionen erworben; 4) stellt unsre vormalige Minister vor Gericht; laßt sie Rechnung ablegen und etwanige Deficite aus ihrem Privatvermögen ersetzen. Hierzu gehört namentlich die Rechnungslegung jener 4 Millionen, welche angeblich wegen des vorjährigen Nothstandes zum Ankauf von Getreide verwendet worden. Von diesen 4 Millionen sind aber nur 889,000 Thlr. verausgabt; mithin müssen noch 3,111,000 Thlr. vorhanden sein. Wo befinden sich diese? — — Und so mögen noch sehr viele dergleichen Fälle vorgekommen sein, wovon wir, das Volk, gar keine Kenntniß erlangt haben. Aber Ihr, verantwortliche Minister! Ihr müßt sie alle kennen! Und wir fordern Euch daher auf, die schleunigsten Recherchen deshalb anzuordnen, wenn Ihr unser Vertrauen, das Ihr schon halb und halb verloren habt, nicht vollends verlieren wollt. Durch eine neue Steuer könnt Ihr es Euch wahrlich nicht erwerben. Durch Befolgung der von uns in ad 1, 2, 3 und 4 aufgestellten Andeutungen, werden wir dem Bankerott vorbeugen und ohne Zweifel schon in wenigen Jahren so viel erübrigt haben, daß der preußische Staat schuldenfrei dasteht. Ist die Noth aber wirklich so dringend — und das möchte wohl Keiner bezweifeln, — so macht eine neue Anleihe — wir rathen Euch selber dazu — aber nicht an das Volk, das ohnedem schon genug gedrückt ist, sondern an den König selbst! Ihm muß es die erste, die heiligste Pflicht sein, den Staat zu retten! Für ihn kann es auch wahrlich kein so großes Opfer sein, da ihm von seinem Vorgänger ein Privatvermögen von 120 Millionen hinterblieben ist, welches er bei seiner allbekannten Oekonomie noch jeden Falls vermehrt haben wird.

Auch persönliche und Privat-Angelegenheiten wurden in öffentlichen An-

schlagszetteln verhandelt. So erzählt der Fischermeister und Eigenthümer J. L. Spengler einen ihn betreffenden Vorgang bei Gelegenheit der Majorswahl im 4. Bürgerwehrbezirk, um zugleich gegen den Bürgerwehrhauptmann Dr. Simon zu denunciren. Dieser habe ihm nämlich, in einer Versammlung am 14., im aufgebrachten Tone zugerufen: „Sie haben keine Stimme, Sie sind nicht stimmfähig und Ihres Dienstes entbunden rc." Obgleich nun Herr Spengler bemerkt, daß, da er vom Dr. Simon persönlich beleidigt sei, er auch mit ihm allein zu thun habe, so unterläßt er doch nicht, jene „Ehrenkränkung" seinen Mitbürgern durch ein Plakat mitzutheilen, was alsbald eine öffentliche „Entgegnung" der „Bürgerwehr des 4. Bezirks" hervorrief, worin diese erklärt, „daß sie in der Aeußerung des Dr. Simon nicht die Absicht gefunden habe, der bürgerlichen Ehre des Hrn. Spengler zu nahe zu treten und daß sie nicht allein die Art und Weise der Bekanntmachung desselben entschieden mißbillige, sondern auch öffentlich versichere wie die Achtung und das volle Vertrauen der Compagnie zu ihrem selbstgewählten Hauptmanne nach wie vor in ungeschwächtem Maße bestehe." — Ein Anschlag vom 15., mit der Unterschrift des Zimmergewerks, wird einige Tage später durch eine Bekanntmachung der „Gesellenschaft des hiesigen Zimmergewerks" desavouirt: denn der Zug am 14. (welchen das ersterwähnte Plakat betrifft) sei „nur von dem theilweisen Auswurf" der Zimmergesellen angeführt und die „besseren Gesellen welche durch diese Rotte von den Zimmerplätzen geholt worden," gezwungen gewesen, sich anzuschließen. Die entrüstete Gesellenschaft bittet, „wenn später etwa ähnliche Annoncen ohne das Gewerksiegel an den Straßenecken gesehen würden, nicht auf solche unsinnige Ruhestörungen zu achten." — An die Landleute in Schlesien und Westpreußen wendet sich Gumprecht [1]) in einem fliegenden Blatte vom 3. Ap. — Angebliche „Courier-Nachrichten vom 27. Ap. Morgens" [2]) werden in einem Plakate veröffentlicht, dessen Inhalt, wie die Ueberschriften: „Die Einnahme von Flensburg durch die Preußen. Der König von Dänemark ist todt" erkennen lassen, nicht eben genau mit der Wahrheit übereinstimmte. — „Den Männern aus dem Volke" widmen Max Cohnheim und Adolph Reich einen „constitutionellen Katechismus" [3]) in fliegenden Blättern. Die einzelnen Capitel desselben wurden gewöhnlich am Schlusse der Zelten-Versammlungen unter großem Beifalle der Zuhörer vorgelesen. In welcher

---

[1]) An meine lieben Landsleute, die Landleute in Schlesien und Westpreußen." Druck von Schiementz. [2]) Bei Louis Hirschfeld. [3]) Seit Mitte April erschienen vier Nummern des „constitutionelle Katechismus," zuerst als Extrablätter der „Volksstimme" in mehreren Auflagen. Das erste Capitel trägt das Motto: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, Und neues Leben blüht aus den Ruinen." Das zweite enthält die „constitutionellen zehn Gebote." (Motto: „Ein König hat nicht Zeit, verlorene Nächte nachzuholen.") Das Dritte: „Die constitutionelle Glaubens-Artikel." (Motto: „Der Meister kann die Form zerbrechen, Mit weiser Hand zur rechten Zeit.") Das Vierte: „Die constitutionellen sieben Bitten." (Motto: „Ein Fürst der die Meinung verlacht, hebt sich selbst auf, wie ein Priester der das Dasein eines Gottes läugnet." — Sämmtlich gedruckt bei A. Bartz.)

Art die „constitutionellen" Hauptstücke als Frage- und Antwortspiel behandelt wurden, zeigt daß das nachstehend in einem Auszuge mitgetheilte erste Capitel:

Was ist Freiheit? — Freiheit ist das, was wir haben wollen.

Wie denket Ihr Euch die Freiheit? — Wir denken uns die Freiheit als einen Goldfisch im Blutmeere von 1813, 14 und 15, nach welchem wir schon 33 Jahre lang angeln, und anstatt dessen wir bis jetzt stets nur Krebse und Bücklinge gefangen haben.

Denken sich alle Völker die Freiheit als einen Goldfisch? — Nein, manche denken sie sich als einen Schwertfisch.

Welches ist der höchste Grad von Freiheit? — Andern die Freiheit geben.

Welches ist der niedrigste Grad von Freiheit? — Die Willkür.

Wie ist das also zusammenzufassen? — Freiheit ist die Unbeschränktheit des Willens, seine Kräfte zu sittlichen Zwecken zu verwenden.

Wo blüht die Freiheit? — In Rußland nicht. Sie ist ein sehr seltenes Gewächs, und gedeiht, nach südlichen Naturforschern, am besten in der Republik auf blutgedüngtem Boden, unserer Meinung nach aber eben so gut in constitutionellen Staaten.

Wann blüht die Freiheit? — Darüber schweigt unser diesjähriger Kalender.

Was ist das: ein constitutioneller Staat? — Ein Staat, der verantwortliche Minister hat.

Und was noch? — Einen König.

Wie läßt sich das noch anders ausdrücken? — Ein constitutioneller Staat ist ein solcher Staat, worin ein König nicht willkürlich herrscht, sondern im Vereine mit verantwortlichen Ministern und Auserwählten des Volkes das Wohl des Vaterlandes fördert.

Welches sind die Grundlagen eines constitutionellen Staates? — Zunächst: Rede-, Preß- und Glaubensfreiheit.

Was ist das: Redefreiheit? — Redefreiheit ist das, wenn ich Jedem, der es mit dem Volke nicht gut meint, in's Gesicht sagen kann, daß er ein Schurke ist.

Was ist das: Preßfreiheit? — Preßfreiheit ist die Erlösung von der Landplage der Censoren.

Was ist denn ein Censor? — Ein Censor ist ein Thier, das rothes, kaltes Blut hat, zwei Luchsaugen, eine dazwischen liegende Spürnase, zwei recht sehr lange Ohren, zwei Krebsscheeren, kein Gehirn und kein Herz, aber viele Orden, viele Titel und viel Rothstift.

Was ist das: Glaubensfreiheit? — Glaubensfreiheit ist die Anwendung der Worte Friedrichs des Großen: „In meinem Lande kann Jeder nach seiner Façon selig werden."

Was sind ferner die Grundlagen eines constitutionellen Staates? — Die Volksbewaffnung.

Was ist das? — Wenn man dem Volke die Mittel in die Hand giebt, seine Mündigkeit und Kraft jedem Zweifler durch schlagende Beweise darzulegen.

Welches sind die Vortheile der Volksbewaffnung? — Verhütung eines 13stündigen Kartätschenfeuers aus Mißverständniß. Säuberung der Linden von den Kranzler'schen Parole d'honneur- und Taille-Eisbären, welche die Victoria auf dem Brandenburger Thore nur schamroth machen, und die mit ihren vorgestreckten Storchbeinen die erste Idee und Anleitung zum Barrikadenbau gaben.

Also kurz und gut? — Volksbewaffnung ist diejenige Einrichtung, zufolge welcher jeder wehrfähige Mann im Staate die Waffen zum Schutze des Vaterlandes trägt; wodurch zugleich dem Staate die Kleinigkeit von 26 Millionen Ausgaben zum größten Theil erspart wird.

Welches sind ferner die Grundlagen eines constitutionellen Staates? — Die Volkswahlen.

Was ist das? — Wenn man nicht denjenigen zum Landtagsdeputirten wählt, der das meiste Geld hat, sondern denjenigen, der die meiste Befähigung und das meiste Vertrauen des Volkes besitzt.

Hat denn früher nicht das Volk gewählt? — Nein. Denn man sagt, daß früher nur jeder Geldsack Wähler und wählbar war und daß der s c h w e r s t e Deputirter wurde.

Welches sind ferner die Grundlagen eines constitutionellen Staates? — Ein ordentliches Beamtenwesen.

Was versteht Ihr darunter? — Darunter verstehen wir, daß man nicht alle 5 Schritte über einen Gensdarmen stolpert, daß die Viertel-Commissarien uns etwas weniger „russich" anreden, daß wir unsere ernsten und heitern Zusammenkünfte ohne Mitwirkung von Polizeispionen abhalten, daß wir uns auf unseren Reisen auch mit andern Dingen, als mit ewigem Vorzeigen des Passes, beschäftigen können, daß überhaupt die Herren Beamten

begreifen lernen, daß sie nicht etwa die Herrscher im Staate, sondern die Diener desselben sind, und daß sie in unserem Auftrage und in unserem Solde die Geschäfte des Landes besorgen.

Was hängt hiermit zusammen? — Die Umgestaltung der Gerichtsbarkeit.

Was heißt das? — Das heißt, daß man ferner auf unsere Kosten nicht so viele Akten-Fabriken im Gange erhalte, und daß wir den Urtheilsspruch eines Processes noch bei Lebzeiten erfahren. Daß die Gerechtigkeit nicht hinter Schloß und Riegel handwerksmäßig gehandhabt werde, sondern daß jeder Angeklagte öffentlich und von seines Gleichen gerichtet werde. U. s. w.

Die poetischen und gereimten Productionen, besonders diejenigen, welche von den Gelegenheits-Mitarbeitern der Zeitungen in großer Anzahl veröffentlicht wurden, nahmen zuerst ihren Stoff aus den patriotischen Gesinnungen und Gefühlen ihrer Urheber. Der Patriotismus trat jedoch in zwei einander bekämpfenden Formen auf; während die Einen die schwarz-roth-goldenen Farben besangen, begeisterten sich die anderen für den Wahlspruch: „Mit Gott, für König und Vaterland." — Der neuen Freiheit und ihrem Ideale galten schwungvolle Strophen weiblicher Poeten. Louise Aston singt von dem neuen Geiste: „Schon fühl' ich sein begeisternd Wehen, Wie eines Gottes große Mahnung, Den Sturm gewaltiger Ideen In heiliger Sibyllen-Ahnung. Ich fühle! ja! ein neu Panier wird Deutschlands Volk einst siegreich schwingen, Der Menschheit einendes Panier Wird Allen die Erlösung bringen. Vor diesem Banner fällt in Staub Der Glanz der Burgen und Paläste Gespenstisch raschelt einst das Laub Durch ihrer Trümmer morsche Reste." (Zeit.-H. 14. Ap.) Dem gefangenen Gustav Adolph Schlöffel widmet „eine Schlesierin" begeisterte Verse: „Wo einst der Hochmuth sich vermaß, Zu reden aus der Donnerwolke, Wird eine Zeit, die ihn vergaß Und seinen Tand, erblüh'n dem Volke — Wird einst die Friedenspalme weh'n Hoch über alle Erdenkreise Wird alles gleichverschwistert gehn Des Lebens kreuzende Geleise." Rosa H. dichtet am 18. März: „. . . Und wir kämpfen für uns're Rechte Erringen Deutschlands Freiheit mit Muth, Leben wir doch nicht mehr wie die Knechte, Versprützt auf der Ehre Feld unser Blut. Wenn auch grausam mordendes Eisen Zerwühlet unser Bein und Mark, Ewig wird uns die Nachwelt preisen, Deutschland wird frei sein, frei und stark." (Z.-H. 4. Mai.) — Was Dr. Eylert mit seiner „deutschen Marseillaise" gewollt, den Text für ein neues allgemeines „Volkslied" zu schaffen, das versuchten Mehrere mit ihm, ohne jedoch eines besseren Erfolges sich zu erfreuen. Carl Heinzelmann's „Volkslied" enthält die Verse: „Fluch! wer Aufruhr noch erreget, Wo der Freiheit Boden ist; Wer den Schwachen jetzt beweget, daß er seine Pflicht vergißt; Wer da schmähet was uns heilig In vergang'nen Zeiten war, Wer da stürzet, wild und eilig, Was die reife Zeit gebar." (V. Z. 23. Ap.) Ein „deutsches Volkslied" von Carl Gaillard [1]) hat den Refrain: „Schwarz, Roth und Gold, Weil wir es

[1]) Schwarz, Roth und Gold, weil wir es so gewollt," von C. Gaillard, Musik von C. Schröder. (Verlag von Challier & Comp.

so gewollt." Für Wehrmänner dichtet F. D. Nicolai ein „Marschlied." [1]) Wilhelm Jordan producirt einen „Schlachtruf." [2]) Julius Neuberth giebt eine gereimte Antwort auf das früher (Bd. I. S. 350) erwähnte Gedicht: „Preußens Todtenmesse." [3]) Ein gereimtes „Erinnerungsblatt an die deutsche Nation" von C. Frick dient als Prolog einer Theatervorstellung. [4]) — „Berliner Concert" ist der Titel eines „Finale aus der großen Volksoper 1848" [5]) in der als agirende „Personen" auftreten: „Der Geist des Absolutismus; der Geist der Freiheit; Solostimme des Ministers Leichdorn; Loius Philipp als Blousenmann; Guizot in Frauenkleidern; Metternich incognito; der berliner Bär; ein Garde-Lieutenant; Chor der Studenten, der Garde, des Volkes, der Bürger; mehrere verstorbene Geheimerathsseelen; einige neapolitanische und deutsche Exminister und sonstiges Volk." — A. Brennglas schildert in dramatischer Form „eine Volks-Jury in Berlin." [6]) Ebenfalls im berliner Jargon giebt E. Lüdicke ein „Gespräch und Abenteuer in einer Wachstube" [7]) wieder. — Gegenstände bildlicher Carikatur wurden: „die mißglückte Verhaftung," „der Congreß falscher Spieler," die am 18. März gefallenen — „1200" — Militairs. Die letzteren sind in furchtbarer Anzahl an der Himmelsthür, von Petrus Einlaß erbittend. „Ach was," ruft Petrus, die Thür mürrisch zuschlagend, aus: „ es sind ja nur 20 angemeldet!" Die „mißglückte Verhaftung" [8]) zeigt einen Executor, der einem „Manne aus dem Volke" einen Verhaftsbefehl überreicht. Die Unterschrift des Bildes drückt den Weigerungsgrund des zu Verhaftenden also aus: „Bedaure sehr nicht folgen zu können; ich bin nämlich Grundbesitzer unter den Linden am Eckhause des Opernplatzes, da werden Sie lesen: Eigenthum der ganzen Nation, und ich gehöre zur Nation." Die Carikatur mit der Unterschrift: „Der Congreß falscher Spieler unter englischem Schutze" [9]) stellt drei in einer Taverne beim Kartenspiele sitzende Personen dar, die wegen ihres Asyls oder ihrer Mission in London Carikaturisten und Pamphletisten mehrfach schon den Stoff geliefert. — Stoff und Ausführung derartiger bildlicher Darstellungen entgingen nicht Verdammungsurtheilen. Auf die englischen politischen Carikaturen hinweisend bemerkt Hr. Spiker (Sp. Z. 3. Ap.): „Auch bei uns könnte die Carikatur, der gegenwärtig ein freies Feld gegeben ist, gedeihen und Früchte

---

[1]) „Marschlied für Wehrmänner" von F. D. Nicolai. (Bei Romolini.) [2]) „Schlachtruf." Gedicht von W. Jordan. (Bei J. Springer.) [3]) „Antwort auf Preußens Todtenmesse" von J. Neuberth. (E. Mai.) [4]) „Erinnerungsblatt" ꝛc. Gedichtet von Carl Frick. Gesprochen als Prolog im Gesellschafts-Theater Concordia am 2. April." (Schmidt'sche Buchhandlung.) [5]) „Berliner Concert. Finale ꝛc. in drei Akten, Text von Rudolph André. (Motto: In 30 Jahren wird Deutschland entweder republikanisch oder kosakisch sein.) Verlag von A. Hoffmann & Comp. [6]) „Berlin wie es ist und — trinkt. Von Ad. Brennglas. 28stes Heft." (Leipzig, bei Jakowitz.) [7]) Gespräch und Abenteuer ꝛc. Skizze in 1 Akt von E. Lüdicke. Druck von Th. Kornegg. [8]) Gezeichnet von Nordmann. (Bei A. Hoffmann & Co.) [9]) Commission bei Hirsch.

tragen, wenn namhafte Künstler es nicht unter ihrer Würde hielten, sich damit zu versuchen. Was wir bis jetzt von berliner Carikaturen auf unsere gegenwärtigen Zustände gesehen haben, ist nicht allein nicht geistreich, nicht scharf, nicht boshaft; es ist plump, gemein, ja empörend, und besudelt, statt zu geißeln."

Die vielfachen Contraste in einer Zeit, die, mit der Vergangenheit in plötzlichem Bruche begriffen, nach allen Richtungen hin Neues zu gestalten den Drang fühlte, die noch nicht überwundenen alten Gewohnheiten inmitten eines neuen Strebens, die alten Personen selbst innerhalb neuer Lebensbedingungen, gaben dem Witz, dem Humor, der Satyre, und ihrer literarischen wie künstlerischen Darstellung ein um so ergiebigeres Material, als die befreite Presse noch nicht in das Prokrustesbett der vielen von der Angst erfundenen Strafgesetze gezwängt war, und so lange der einmal von der legalen Autorität ausgesprochene Grundsatz, daß es gegen die Erzeugnisse des Geistes, „selbst des böswilligsten" keine andere Waffen als die des Geistes gebe, festgehalten wurde. Es entstanden periodische Organe für die ausschließlich humoristische Behandlung zeitgemäßen Stoffes. „Die ewige Lampe" war das erste dieser Journale. Ein gleichnamiges Bierlocal gab den Titel zu dem Blatte. „Das empfundene Bedürfniß," so läutete das Programm desselben, „dem souverainen Geiste der ewigen Lampe auch nach auswärts Anerkennung zu verschaffen, hat zur Begründung dieses nach ihr benannten volksthümlichen Organs geführt. Die ewige Lampe erscheint in zwanglosen Blättern. Sie wird eine schonungslose Kritik üben. Ihr Grundsatz ist die Wahrheit. Sie wird außer ihrem amtlichen Theile leitende Artikel, Feuilletons, Eingesandts und Inserate enthalten. Sollte Jemand einen Injurienproceß gegen sie versuchen, so wird ihm der Dr. Stieber als Vertheidiger empfohlen. Die Colportirung dieses Organs erfolgt durch die Nachtwächter Berlins, welchen aus Rücksichten einer höheren Politik vor den arbeitslosen pietistischen Predigern der Vorzug gegeben werden mußte." Noch ein halbes Jahr später, als das Journal den Nebentitel: „Ein Oppositionsblatt" führte, nannte dasselbe Blatt seine „stets offen und unverholt bekannte" Tendenz die, vom demokratischen Standpunkte aus eine schonungslose Kritik gegen Narren und Schweifwedler, gegen Heuchler und Schurken zu üben und sie mit derber unverzagter Feder durchzubläuen." Und in der That wurde es dieser Tendenz auch nicht untreu, als schon längst die contrerevolutionären Zustände die herrschenden geworden waren. Nicht die kleinlichsten Privatverhältnisse wurden verschmäht, wenn es galt, Personen, besonders aus den Beamtenkreisen, bloßzustellen. Die „Prangerungen" — mit diesem Worte bezeichnete das Blatt sein literarisches Henkerwerk — betrafen in derselben grotesk-derben Weise, für welche der bisherige Wortreichthum der deutschen Sprache noch zu armselig war, öffentliche

Personen, Beamte und Volksvertreter — die „Gallerie der preußischen National-Versammelten" bildete eine fortlaufende Rubrik — wie Wuchertreibende und andere Privatmänner. Der harmlose Humor der ersten Nummern, das Product gemeinsamen Strebens von Gästen des Bierlocals der „ewigen Lampe," verschwand allmählig, um jene groteske Ausdrucksweise des Redacteurs Dr. Arthur Müller, welche ein Staatsanwalt in öffentlicher Gerichtssitzung (1850) den „specifisch Arthur-Müller'schen Stil" nannte, ausschließlich herrschen zu lassen.[1]) — Als Organe des Witzes in Wort und bildlicher Darstellung erschienen bald nach einander: „Kladderadatsch," „Berliner Krakehler" und „Freie Blätter," deren letzteres, das gemessenste, vielleicht um dieser Gemessenheit willen die geringste Verbreitung unter den berliner Witzblättern fand, trotzdem daß der Redacteur der „freien Blätter," Adolf Glasbrenner, seit den dreißiger Jahren wegen seiner treffenden Darstellungen des berliner Volkslebens, durch die er dem berliner Witz weit über Berlin und Preußen hinaus bedeutende Anerkennung verschafft, der beliebteste unter den vormärzlichen berliner Humoristen war. „Wenn alle Nummern der ersten gleichen — bemerkt die Ewige Lampe — so fehlt ein Wort im Titel, der heißen muß: Witzfreie Blätter." Schon in der einfachen Bezeichnung: „Freie Blätter.[2]) Illustrirte politisch-humoristische Zeitung. (Motto: der Staat sind Wir)", ist der Gegensatz zu den gesuchten Benennungen der anderen Blätter enthalten, die zugleich in den dem Titel beigegebenen Aushängeschildern Das zusammen zu drängen strebten, was die neue Form des Humors, die jetzt herrschend werden sollte, bezeichnete. Kladderadatsch[3]) hatte den Nebentitel: „Organ für und von Bummler," führte an der Spitze jeder Nummer einen humoristischen Wochenkalender, meldete in jedem Blatte, daß dasselbe „täglich mit Ausnahme der Wochentage" erscheine u. s. w. Der Berliner Krakehler[4]) zeigte an, daß er gar nicht erscheine, sondern immer „vergriffen" sei und sich „wöchentlich ein bis zwei Mal vergreife;" das Datum des Blattes war stets mit irgend einem historischen Merkmal versehen, wie z. B. die 1. Nummer vom 18. Mai das Nebendatum: „am 60. Tage nach dem ersten Mißverständniß" führte; als

---

[1]) Die erste Nummer der „Ewigen Lampe" erschien am 26. April, im Selbstverlage des Redacteurs als welcher „Dr. Siechen nebst Familie" angegeben war. Mit der Nummer 47. (27. Octob.) wurde Dr. Arthur Mueller als Redacteur genannt; und dieser führte noch über die Zeit des Belagerungszustandes hinaus die Redaction des Blattes, bis im Jahre 1850, nachdem das letztere mehrfach confiscirt worden, criminalgerichtliche Verfolguegen und Verurtheilungen des Redacteurs dem weiteren Erscheinen dieses Blattes ein Ziel setzten. [2]) Die „Freien Blätter" erschienen seit Anfang Mai wöchentlich zuerst in einer, dann in zwei Nummern, mit Illustrationen von Scholz, Hosemann u. A. (Verlag von M. Simion; Druck von G. Schade, später von Teubner in Leipzig.) [3]) Kladderadatsch, unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung A. Hoffmann & Co., Druck von J. Dräger. (1849 war Dr. R. Löwenstein, später E. Dohm als Redacteur angegeben.) [4]) Der Berliner Krakehler, gedruckt bei Littfaß, hatte zum ersten verantwortlichen Redacteur C. O. Hoffmann, ihm folgte später Dr. Cohnfeldt, und diesem Dr. Beta. Der „Krakehler" sowohl, als die „Freien Blätter" hörten mit dem Beginn des Jahres 1849 zu erscheinen auf.

Motto war aufgeführt: „Ruhe ist die letzte Bürgerpflicht, die erste aber: immer mit dem Kuhfuß.“ Die Art, wie diese Witzblätter ihre Stoffe behandelten, war freilich dieselbe welche zwanzig Jahre früher Saphir in seinen berliner Journalen mit großer Virtuosität und bedeutendem Erfolge gepflegt hatte. Während jedoch die damaligen Zustände eine freiere Bewegung des Saphir'schen Witzes so sehr hemmten, daß außer dem Theater, der Literatur und einiger Privatmisère kein anderer Gegenstand für den erlaubten Witz übrig blieb, war jetzt der Stoff ein unbeschränkter. Der „Krakehler,“ von dessen Mittheilungen die gereimten den meisten Beifall fanden, wechselte zwischen dem Humor der „Ewigen Lampe“ und dem eben genannten Genre; der Witz des „Kladderadatsch“ hatte fast ausschließlich eine und dieselbe Form. In der „Ewigen Lampe“ bemächtigte sich der erbitterte und rücksichtslose Spott seines Gegenstandes, im „Kladderadatsch“ herrschte der gleichgiltige und schonende Spott vor; hier war der Wortwitz sich selbst der letzte Zweck, dort prätendirte der Humor, auch zu wirken. Den wesentlichsten Unterschied aber bildete das jüdische Element, das, als ein der christlich-germanischen Anschauungs- und Ausdrucksweise fremdes, dem Witze des Kladderadatsch einwohnte. Dieser Gattung des Witzes gelang es ebenso, Conflicte mit der Polizei und Justiz zu vermeiden, als dem Blatte einen weiteren Leserkreis zu schaffen, so daß der Kladderadatsch im vierten Jahre seines Bestehens zu den am meisten verbreiteten deutschen Blättern gehörte. Das in der ersten Nummer (vom 7. Mai) enthaltene Programm drückt den Charakter des Blattes und seines Witzes also aus:

Die Zeit ist umgefallen! Der Geist hat der Form ein Bein gestellt! Der Zorn Jehovahs brauset durch die Weltgeschichte! Die Preußische Allgemeine, die Vossische, die Spenersche, — Gesellschafter, Figaro und Fremdenblatt haben zu erscheinen aufgehört — Urwahlen haben begonnen, — Fürsten sind gestürzt — Throne gefallen — Schlösser geschleift — Weiber verheert — Länder gemißbraucht — Juden geschändet — Jungfrauen geplündert — Priester zerstört — Barrikaden verhöhnt — Kladderadatsch! Wer dürfte hiernach die Farbe, — die Tendenz — den Charakter unseres Blattes in Zweifel ziehen. Der klare Ausdruck unseres Bewußtseins wird uns Männer wie Junius, Julius, Curtius, Gervinus, Ruppius und Rebenius; — Löwisohn, Löwenfeld, Löwenberg, Löwenthal, Löwenheim, Löwenstein, Löwenherz, Ledru-Rollin, D. A. Benda, Louis Blanc, von Bülow, Eylert und Lamartine, Thiele, Hecker, Eichhorn, Struve, Meding und Herwegh, Jacoby und Aegidi, zu Mitarbeitern gewinnen. Berliner! Räumt die Hindernisse weg, die dem Erscheinen dieses Journals im Wege stehen. — Entsendet Männer voll des ächten Berliner Geistes, die auf Kladderadatsch subscribiren!

Ein anderes Witzblatt im Genre des eben genannten: „Der Satyr, Blatt für offene Meinung und freies Wort, redigirt von Max Cohnheim und Adolph Reich“ [1]) erschien bloß in der ersten Nummer. Von wenig längerer Dauer war die Existenz eines Journals: „Der Teufel in Berlin,“ [2]) das schon vor dem März begründet, in seinem regelmäßigen Erscheinen jedoch durch die Censurverhältnisse gehindert worden war. Nach dem März erschienen noch, mit bildlichen Darstellungen versehen, zwei Nummern in leicht witzelnder Manier.

[1]) Der Satyr ꝛc. Nr. 1, vom 1. Mai. Gedruckt bei A. Bartz. [2]) Verlag von Louis Hirschfeld.

Eine Vermehrung der größeren politischen Zeitungen Berlin's war durch Programme und Entwürfe in Aussicht gestellt. Von den vorhandenen Zeitungen erschien die „Allgemeine Preußische" am 30. April zum letzten Male um mit dem Beginn des nächsten Monats an ihre Stelle ein amtliches Organ unter dem Titel: „Preußischer Staats-Anzeiger" treten zu lassen, bei dessen Begründung — wie später Dr. J. W. Zinkeisen mittheilte*) — nach einem von diesem „auf höhere Anordnung" entworfenen Plane vorzüglich von der Ansicht ausgegangen wurde, daß dieses Blatt bestimmt sein solle, „außer seinen amtlichen Mittheilungen, nach den bewährtesten Quellen in genauer Sichtung des Thatsächlichen ein fortlaufendes Bild der Zeitgeschichte zu geben." Dieser Grundsatz ist auch drei Jahre lang insofern festgehalten, als fast alle während dieser Zeit erschienenen Actenstücke zur politischen Tagesgeschichte, Staatsschriften, Regierungserlasse, Gesetze mit ihren Motiven, Kammerverhandlungen u. s. w. „so vollständig wie möglich" in den Staatsanzeiger aufgenommen wurden, bis, unter dem Ministerium Manteuffel, seit dem 1. Juli 1851 dieses politische Organ, das seit seiner Entstehung (1819) mehrfache Veränderungen erfahren hatte, in ein einfaches amtliches Anzeigeblatt der Regierung umgewandelt wurde. Die erste Nummer des „Preußischen Staats-Anzeigers" trug — eine Folge der früher erwähnten Vorgänge unter den Buchdruckern — das Datum des 1., 2. und 3. Mai; sie enthielt im nichtamtlichen Theile zwei Hauptrubriken: „Deutschland" und „Ausland," deren erstere die früheren Ueberschriften (der A. Pr. Zeit.): „Inland" und „Deutsche Bundesstaaten" in sich faßte — eine Neuerung, die das Blatt bis zu seinem Untergange beibehielt. — Die „Berliner Zeitungshalle," ein Blatt, das nach anderthalbjährigem Bestehen und trotz der bedeutendsten Anstrengungen seines Besitzers es noch nicht dahin gebracht hatte, sich eine dem Ausgaben-Etat entsprechende Einnahme zu sichern, erließ durch fliegende Blätter**) eine „Aufforderung an Gleichgesinnte" zur „thätigen" Unterstützung. „Soll," heißt es darin, „ein öffentliches Institut wie die Zeitungshalle diejenige Richtung welche ihm vorgezeichnet ist, mit Kraft und Ausdauer verfolgen können, so bedarf es dazu mehr als des Wohlgefallens und der Zustimmung Gleichgesinnter, es bedarf ihrer thätigen Unterstützung in mancherlei Weise. Deswegen fordern wir alle Diejenigen welche sich jener Richtung kräftig anschließen und die Zeitungshalle als das Organ ihrer Gesinnung und ihrer Bestrebungen betrachten wollen dringend auf, Namen und Wohnung in dem Büreau unter der Bezeichnung: „Freund der Zeitungshalle" schleunigst aufgeben zu wollen." Es war der Plan des Herausgebers, das Blatt, um seine Existenz zu sichern,

*) Vergl. die „Vorbemerkung zu dem „Sach- und Personen-Register zum Preuß. Staats-Anzeiger für das Jahr 1848." Berlin 1850. Gedruckt in der Decker'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.

**) Aufforderung der Redaction des Abendblattes „Berliner Zeitungshalle" an Gleichgesinnte.

Eigenthum einer Actiengesellschaft werden zu lassen. Der Erfolg entsprach jedoch in keiner Weise den Erwartungen. Ueber die „Richtung" dieses wichtigsten berliner Revolutionsblattes enthielt jene Aufforderung folgende Andeutungen:

Die Berliner Zeitungshalle hat seit der neuen Aera unserer Freiheit den Wahlspruch angenommen: Alles für das Volk, Alles durch das Volk. Die erstere Hälfte dieses Wahlspruchs hat ihr von Anfang ihres Bestehens an zur Richtschnur gedient; durch das Hinzutreten der zweiten Hälfte ist die Richtung bezeichnet, welche sie seit der Erhebung des Volkes zu eigener Besorgung seiner Angelegenheiten eingeschlagen hat und welche sie, wider alle Abweichungen von diesem Pfade, zu behaupten Willens ist. Die Zeitungshalle ist sich von Anfang an stets treu geblieben; eine andere Sorge hatte sie nie als: die Wohlfahrt des Volkes. Bevor aber das Volk sich mit eigener Kraftanstrengung erhoben hatte, schien es, daß die gedrückten Klassen des Volkes, gegen die Macht der auf ihnen mit der ganzen Wucht einer ausschließlichen Selbstsucht lastenden Klassen, nicht anders behütet und nicht anders aus ihrer Tiefe gehoben werden könnten, als durch eine starke Regierung von solcher Beschaffenheit, daß dieselbe kein bevorzugendes Mitgefühl für die Klasse der Geldmächtigen im Lande hätte. Durch diese Ansicht, welche der Herausgeber der Zeitungshalle schon vor deren Begründung in Schriften ausgesprochen hatte, ward das Blatt in gewissen Beziehungen auf die Seite der früheren preußischen Regierung gestellt. Ohne diese eigenthümliche Stellung wäre damals die Begründung des Blattes überhaupt in Berlin unmöglich gewesen. Gefröhnt aber hat die Zeitungshalle der damaligen Regierung niemals; wie dies am besten drei im Laufe eines Jahres ihr widerfahrene Verbotsandrohungen beweisen können, deren letzter im Februar d. J. sie, ohne die Erhebung des Volkes, sicherlich auch erlegen wäre, ungeachtet des Schutzes und der gütigen Theilnahme, die ihr von Seiten des Herrn Ministers Rother, eines dem Volke wahrhaft zugethanen Mannes, zu Theil geworden waren. Die Anfeindungen, welche sie erfuhr, gingen einerseits von dem damaligen Ministerium des Innern, andrerseits von jenem bürgerlichen Liberalismus aus, welcher die Freiheit nur für bevorzugte Klassen anstatt der Freiheit für das ganze Volk erstrebt. So weit es die Censur verstattete, kämpfte die Zeitungshalle stets gegen beide Feinde, gegen die Beamtenherrschaft und gegen die pseudo-liberale bürgerliche Herrschsucht. Erst durch die Erhebung des Volkes ist es ihr möglich geworden, die ihr geziemende Stellung, die von Anfang an das Ziel ihrer Wünsche und ihrer Bestrebungen war, offen und in aller Freiheit einzunehmen. — Unser Wesen und Wollen im Besonderen mittelst beschreibender Worte darzulegen — was unter dem Titel eines „Glaubensbekenntniß" oder der Aufsteckung einer „Parteifahne" gefordert zu werden pflegt — dies finden wir mehr als schwierig, wir finden es unmöglich. Die Zeitungshalle macht den Anspruch, ein lebendiges, ein lebendig wachsendes, in der Bewegung der Zeit, mit ihr und durch sie, sich entwickelndes Wesen zu sein. Wir betrachten uns als werdend und wachsend, nicht als fertig. Aber der zusammenfassende Ausdruck unseres Daseins ist, daß wir Alles, was wir sind und werden, mit dem Volke, für das Volk und durch das Volk sein und werden wollen. Unter „Volk" versteht die Zeitungshalle: Alle die in einer solchen Vereinigung leben, daß sie, vermöge einer bestimmten, als übereinkömmlich festgestellt geltenden Verfassung, sich gegenseitig helfen, schützen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch gemeinsame Veranstaltungen zur Sicherung der Wohlfahrt Aller und eines Jeden besorgen. Als Ziel und Aufgabe der Vereinigung erkennt die Zeitungshalle die Erfindung und Ausführung von Mitteln, um jedem Volksgenossen ohne Ausnahme die größtmögliche Ausbildung seiner Fähigkeiten, die größtmögliche Bethätigung seiner Kräfte und seines Willens zum Besten seiner selbst und aller Anderen, und den größtmöglichen Genuß aller Lebensgüter und aller Früchte der Civilisation zu sichern. Diese Aufgabe wird sich niemals vollkommen lösen, das Ziel sich stets nur annäherungsweise erreichen lassen. Die Haupt-Aufgabe, welche der Weisheit und dem Wohlwollen des Volksfreundes zur Lösung vorliegt, ist demnach: die möglichste Ueberwindung der Hindernisse 1) durch Fortschritt in der Herrschaft des Menschen über die Natur, 2) durch Verbesserung der gesellschaftlichen Einrichtungen, 3) durch Erziehung und Bildung Aller zu solchen Menschen, welche fähig und willig sind, ihr eigenes Interesse mit dem Gesammtinteresse in den besten Einklang zu setzen. Die Zeitungshalle geht von der Ansicht aus, daß es eine unbedingt beste Form für das gesellschaftliche Leben, eine allgemeingültige Verfassung nicht geben kann. Es ist Sache der Weisheit, diejenige Verfassung auszumitteln und ihr Eingang zu verschaffen, welche den jedesmal vorhandenen Bedingungen am besten entspricht. Die Annahme der verhältnißmäßig besten Verfassung muß eine Handlung des freien Willens der Mehrzahl im Volke sein. Auch die

beste Verfassung darf dem Volke nicht aufgedrungen werden. Entscheidet sich das Volk für eine schlechtere, so ist es Sache der Belehrung — nicht der Gewaltthat — ihm den Weg zu einer besseren und zu der besten zu weisen. Was daher vor allem Anderen behauptet und gesichert werden muß, ist die unbeschränkte Freiheit und Oeffentlichkeit der Verhandlung Aller unter einander — durch die Presse, durch Vereine, durch Volksversammlungen und überhaupt in Allem was zur Pflege der gemeinsamen Volks-Angelegenheiten gehört. Die Wahrung dieser Freiheiten wird sich die Zeitungshalle stets, so viel sie vermag, angelegen sein lassen. — Die Zeitungshalle verschmäht es, wie von Anfang ihres Bestehens an, irgend eine Meinung, irgend ein Interesse durch Täuschungen, durch Ueberlistung und Ueberrumpelung durchsetzen zu wollen. Sie will daher auch denjenigen Meinungen, welche den ihrigen entgegenstehen, stets in aller Weise gerecht zu werden suchen und die Gründe des Gegners nicht verschweigen oder entstellen. Dies ist was sie unter Unparteilichkeit versteht. Nur Eines schließt sie mit Entschiedenheit aus: jegliche Bestrebung, jeglichen Versuch, dem Volke die von ihm selbst erkämpfte Freiheit der Selbstbestimmung und der Gründung und Ausbildung einer ihm zusagenden öffentlichen Ordnung zu rauben oder zu verkümmern.

Auch an die Genossen anderer Gesinnungen als derjenigen für deren Verbreitung durch die Presse Hr. Julius die thätige Unterstützung anrief wurden Aufforderungen erlassen. Sie sind in den vorhin erwähnten Programmen neu zu begründender Zeitungen enthalten. Die erste derselben ging von dem Justizrath Dr. Kahle aus. „Es ist sonderbar," so lautete dessen „Aufforderung zu einer neuen Zeitung für Ordnung und Freiheit" (V. Z. 13. Ap.), „daß sich Diejenigen welche sich für die schleunige Wiederkehr einer festen Ordnung der Dinge interessiren noch nicht unter einander über die Mittel, eine solche herbeizuführen, verständigt haben. Zerstreute Kämpfer indessen werden aufgeschlagen, vereinte Macht dagegen bricht Burg und Strom. Das beste Mittel zu einer solchen Vereinigung und gleichzeitig das beste Werkzeug, den angestrebten Endzweck zu erreichen, wäre nun die Gründung oder Uebernahme einer Zeitung, welche, getragen von einer bestimmten Gliederung von Personen, die da wissen was sie wollen, eben so sehr unabhängig von der Regierung, als von der jedesmaligen Macht des Tages, eben so sehr von allen reactionairen als doctrinairen Tendenzen entfernt, aus praktischen Gesichtspunkten den entschlossenen Kampf für die Ordnung zu ihrem Ziel sich gesetzt hätte. Mit einem Worte ein Blatt, welches die mittlere Proportionale hielte zwischen dem Journal des Débats und der Presse." Hr. Kahle ersucht nun alle Diejenigen welche sich bei einem solchen Unternehmen „nicht bloß mit Wünschen, sondern auch mit Thaten, das will sagen, mit einem zuletzt indessen nicht allzugroßen Geldopfer" zu betheiligt geneigt seien, sich an ihn zu wenden. Sein Plan kam jedoch nicht so bald zur Ausführung. Ein von ihm begründetes Blatt, (das freilich weder im Aeußeren noch dem Inhalte nach mit den Débats und der Presse zu rivalisiren den Anspruch machen konnte) erschien unter dem Titel: „Das neue Preußen" seit dem 22. Mai, täglich einige Wochen hindurch. Fünf Monate später nahm Hr. Kahle seinen Plan, doch ohne günstigeren Erfolg, wieder auf, bis mit dem unter dem Belagerungszustande beginnenden Neujahre 1849 die Umstände sich wenigstens so weit günstig gewendet hatten, daß er ein ganzes Vierteljahr hindurch ein seinem Plane entsprechendes Blatt („Ver-

liner Zeitung") herausgeben konnte. — Bedeutungsvoller dagegen war die Ankündigung einer anderen Zeitung, deren offen ausgesprochene Tendenz es sein sollte, der Revolution, ihren Lehren und Schöpfungen „mit Kraft und Nachdruck" entgegenzutreten. Das Programm betraf die „Neue Preußische Zeitung," jenes Blatt welches für die spätere Entwickelung der preußischen, ja deutschen Zustände ein Epoche machendes wurde. Die erste Ankündigung dieses Blattes datirt vom April; erst im Juli jedoch trat es in's Leben. Das durch fliegende Blätter [1]) verbreitete Programm lautete:

Die reißende Gewalt, mit welcher sich die Revolution in unserem Vaterlande Bahn gebrochen, die Veränderungen, welche sie uns gebracht hat und mit welchen sie uns noch bedroht, die Lehren, aus welchen dies Alles geboren worden ist, machen es zur unabweislichen Pflicht, den entfesselten Geistern der Empörung mit Kraft und Nachdruck entgegen zu treten. Jedoch hiermit allein, mit dem bloßen Bekämpfen und Bestreiten, ist's nicht gethan, vielmehr gilt es, neben dem Kampf gegen die Revolution und ihre verderblichen Grundsätze und Consequenzen, zugleich eine positive Stellung zu der neuen Ordnung der Dinge einzunehmen; denn nur dem gehört die Zukunft, der auf die bewegenden Gedanken der Gegenwart positiv einzugehen vermag. In dieser doppelten Richtung auf dem Gebiet der Tagespresse wirksam zu sein, ist Zweck und Aufgabe des unter dem Namen: „Neue Preußische Zeitung" und unter dem Zeichen des eisernen Kreuzes neu zu begründenden Blattes. Wir wollen demnach mit diesem Blatte kein mechanisches Reagiren, kein principloses Repristiniren eines früheren Zustandes, kein bloßes Hemmen und Negiren der neuen Entwickelung. Wir wollen aber auch nicht, daß die Revolution, die als Thatsache nicht ungeschehen zu machen ist, sich als Princip unseres öffentlichen Lebens festsetze, daß dem deutschen Volke im Namen der Freiheit und des Fortschritts fremde und undeutsche Institutionen aufgedrungen werden, die uns mit dem Verluste wie der heiligsten sittlichen Güter, so auch der ganzen Summa an Recht, Gesittung und Bildung bedrohen, die ein kostbares Erbe unserer geschichtlichen Vorzeit, der Schmuck und Ruhm unseres deutschen Vaterlandes sind. Diesen Tendenzen und dem zerstörenden Nivellirungstriebe der Zeit gegenüber werden wir die wahren und geschichtlichen Grundlagen unseres Staats- und Rechtslebens geltend machen. Wir werden das Recht von oben gegen die willkürliche Rechtsbildung von unten nach einem nirgend dargethanen blos vorgeschützten Volkswillen, die Obrigkeit von Gottes Gnaden gegen selbstzusetzende und selbstzuentsetzende Machthaber vertreten, die geltende Rechtsordnung und die dadurch geschützten Interessen gegen offene und versteckte Gewalt, gegen das Andrängen eines alle Ungleichheit nicht aufhebenden, sondern umkehrenden Radicalismus vertheidigen. Zugleich werden wir aber in der neuen Ordnung der Dinge, die wir mit ihren Verheißungen ernst beim Wort nehmen, diejenigen Elemente aufweisen, welche wahre Realität und Inhalt haben, die lebensfähigen Triebe (unter organischer Anknüpfung an das geschichtlich Gegebene) zu positiven Bildungen und wirklichen Lebensmächten zu entwickeln und so zu zeigen suchen, wo wahre Freiheit und wahrer Fortschritt liegt. Wir stellen uns deshalb mit unserm Blatt unter das Panier: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!" unter dasselbe Panier, unter welchem Preußen schon einmal durch sein tapferes, auch jetzt als treu und unbefleckt bewährtes Heer die Freiheit Deutschlands von revolutionärer Knechtschaft erkämpft hat, womit wir zugleich aussprechen, daß wir nur in der Stärke und Macht Preußens die Einheit und Selbstständigkeit des deutschen Gesammtvaterlandes nach Innen wie nach Außen gesichert sehen. Den politischen und socialen Fragen hauptsächlich zugewendet, werden wir doch zugleich das Recht und die Freiheit der christlichen Kirche in allen ihren Confessionen heilig halten, und, so oft die Umstände es erfordern, vertheidigen. Innerhalb dieses Kreises werden wir uns mit möglichster Freiheit und Weite bewegen, jedoch überall von unseren Freunden und Mitarbeitern Wahrheit und Wahrhaftigkeit verlangen. Namentlich werden wir es als unsern Beruf ansehen, den jetzt mehr als je hervortretenden Lügen und Verläumdungen zu begegnen, und unsere Leser bitten, uns hierin kräftigst zu unterstützen. Im Uebrigen gedenken wir, Niemanden von unserer Gemeinschaft auszuschließen, der uns nicht als seine Gegner betrachtet, und mit Vorbehalt unserer Erwiderung selbst Gegnern das

---

[1]) Mit dem Titel: „Programm" und der Unterschrift: „Berlin im April 1848." (Ohne Angabe des Druckers.)

Wort zu gestatten. Die innere Entwickelung Preußens und Deutschlands wird der nächste Gegenstand unserer Thätigkeit sein; aber das Ausland ist vom Inland jetzt weniger als je zu trennen; wir werden daher auch in dieser Beziehung, während wir nach möglichster Vollständigkeit und Gründlichkeit der Nachrichten streben, die oben angedeuteten Gesichtspunkte fest halten. — Der Inhalt des Blattes wird speziell folgender sein: 1) Kurze leitende Artikel, so oft sich dazu Veranlassung bietet. 2) Politische Neuigkeiten. 3) Kurze, staatsrechtliche, historische und statistische erläuternde Notizen. 4) Gewerbliche und Handels-Nachrichten. 5) Börsen-Nachrichten. 6) Agronomische Nachrichten. 7) Literarische und Kunst-Anzeigen. 8) Verwaltungs-Angelegenheiten und Personal-Nachrichtenn. 9) Sogenannte Intelligenz-Nachrichten und Annoncen aller Art. Das Format ist das der Allgemeinen Preußischen Zeitung. Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Preis beträgt 6 Thaler jährlich. Ort der Herausgabe ist Berlin.

Dem speciellen Interesse der Bürgerwehr waren zwei Wochenblätter bestimmt, die beide Anfangs als Organe der „Ordnung" auftraten, allmählich jedoch eine stets schärfer ausgeprägte oppositionelle Richtung nahmen. Die „Bürgerwehr-Zeitung,"[1]) in ihren ersten (12) Nummern von den Bürgerwehrmajoren L. Blesson und v. Wimpffen redigirt, beschäftigte sich ausschließlich mit den Angelegenheiten des Bürgerwehr-Institutes, bis sie, in andere Redactionen übergehend, ein „zur Unterhaltung und Belehrung für jeden Bürger, der mit der Zeit fortgehen will" bestimmtes Blatt wurde, aus welchem einige Wochen später die „Berliner Bürgerwehrzeitung" als ein „Organ für die deutschen Bürgerwehren und Schützengilden" (herausgegeben von Dr. L. Weyl, R. Dehnicke, Dr. Edler) entstand, die endlich während des Belagerungszustandes im März 1849 als „Deutsche Bürgerwehrzeitung" unterging. — Die „Bürger-Wache,"[2]) mit dem Nebentitel: „Ein Wochenblatt für das Bedürfniß der Zeit," zwei Nummern hindurch mit dem Beisatze: „von einem Bürger und Wehrmann Berlins und keinem Literaten redigirt," bald darauf jedoch von einem Literaten, Dr. Ernst August, in demokratischem Sinne herausgegeben, kündigte sich durch folgendes Programm an:

Die Bürgerwache glaubt in diesen Tagen der Partheiung und Zerrüttung, in denen uns die Lüge so häufig unter trügerischer Maske begegnet, schon dadurch sich der allgemeinen Beachtung zu empfehlen, daß sie es sich mit der strengsten Gewissenhaftigkeit angelegen sein lassen wird, in kurzen Berichten über die wichtigsten Tages-Ereignisse das Wahre von dem Falschen zu sondern. Die Bürgerwache glaubt der Sache des Fortschritts nicht wirksamer dienen zu können, als indem sie die Ruhe und die Ordnung, als die wesentlichsten Bedingungen jeder gedeihlichen Entwickelung, durch alle ihr zu Gebote stehende Mittel vertheidigt, und indem sie jene maßlosen Ausschreitungen auf dem Gebiete des politischen und des socialen Lebens, in denen jeder Besonnene die größte Gefahr für die Freiheit sieht, mit Kraft und Entschiedenheit bekämpft. — Nicht die Ruhe gesinnungsloser Feigheit und Schlaffheit will die Bürgerwache in Schutz nehmen, sondern die Ruhe kraftvollen Bürgermuthes, der, weil er seiner Sache gewiß ist, das Ziel nicht in halsbrechenden Luftspringen, sondern gemessenen Schrittes, der nöthigenfalls zum Sturmschritt beschleunigt werden kann, zu erreichen strebt. Die Bürgerwache will die Schlafenden erwecken, den Sorgenden und Beängstigten

---

[1]) Die „Bürgerwehrzeitung" erschien seit dem Mai wöchentlich zwei Mal in der Druckerei von A. Friedländer. — [2]) Die „Bürgerwache," ebenfalls seit dem Mai, Anfangs ein, später zwei Mal wöchentlich erscheinend, in den ersten 9 Nummern die „Parole: Deutschland" und die „Losung: Preußen" führend, wurde zuerst von dem Verleger J. A. Wohlgemuth redigirt. Ihre letzte Nummer (23) erschien am 28. August. (Gedruckt bei C. Striese & Co.)

den Frieden bringen, dem kernhaften gediegenen Bürgersinn einen Vereinigungspunkt bieten, zur Warnung gegen drohende Gefahr die Sturmglocke läuten. Das ist eine große und schwere Aufgabe, denen die Kräfte des Herausgebers, wenn dieselben vereinzelt blieben, schwerlich gewachsen sein würden. Aber Jedermann fühlt in dieser bewegten Zeit das Bedürfniß, sich auszusprechen; Jedermann, d. h. die Gesammtheit Aller hat mehr Verstand, mehr Einsicht und Kraft, als jeder Einzelne. Die Bürgerwache will deßhalb ihre Spalten Jedermann öffnen und namentlich jedem Mitgliede der Bürgerwehr, das etwas zum gemeinen Nutzen und Vortheil Gereichendes zu sagen wünscht; und sie hofft durch die Mittheilungen zahlreicher Sinnesverwandter das zu erreichen, was der Herausgeber für sich allein nicht zu leisten vermöchte. Sie wünscht vorzugsweise das Organ der Bürgerwehr zu werden, in der die Kraft unserer Hauptstadt vereinigt ist. Sie wird, um die Bürgerwehr nach allen Richtungen zu vertreten, es nicht versäumen, auch ein treues Bild der Wachstube zu geben; sie wird deßhalb neben dem Ernste auch dem Scherze, der heiteren Geselligkeit, eine Stelle einräumen; aber sie wird über dem Scherze niemals den Ernst aus dem Auge verlieren.

Neben dem früher (S. 29) erwähnten Blatte des Handwerkervereins erschien noch eine andere „deutsche Arbeiterzeitung,"[1]) ein „Organ für die Interessen der Arbeiter, Gewerbetreibenden und Fabrikanten," herausgegeben von Dr. R. Lubarsch und Theophil Bittkow. Dieses Journal nahm bald den Charakter eines gewöhnlichen Unterhaltungsblattes an, ohne jedoch seine Existenz über die ersten Monate hinaus fristen zu können. Von längerer Lebensdauer war der „Gutenberg,"[2]) ein „Organ für das Gesammtinteresse der Buchdrucker und Schriftgießer Deutschlands," das mit dem Motto: „Durch Einheit zur Kraft, durch Kraft zum Sieg" seit dem 13. Mai erschien. „Die Sonne des 18. März," heißt es in dem Programme mit Bezug auf den Mann, dessen Name und Bild das Blatt an seine Spitze setzte, „hat auch sein Grab beschienen und den durch den knechtenden Schlaf gelittenen Geist kräftig erwärmt; sie hat seinen alten Knochen Jugendkraft verliehen, so daß er mit mächtiger Stimme bei seinem Erwachen Euch zuruft: Seid einig! . . Die nun frei gewordene Presse und die Redefreiheit sind die starken Paniere unserer neuesten Bewegungen. Der Vater Gutenberg wird sich keiner Partei hinneigen, sondern ernst und fest, wie es ihm als Vater geziemt, wird er nicht das eine Kind dem anderen vorziehen, vielmehr alle gleich väterlich schützen. Er wird sich durch keine Leidenschaften und Sonderinteressen zwingen lassen, von seinem Ziele abzuweichen. Es wird sein ernstes Bestreben sein, das Vergangene nicht wieder auftauchen zu lassen und daß die nahe Zukunft die gerechten Wünsche der Gegenwart verwirkliche." Der „Gutenberg" wurde das wirksame Organ einer Verbindung von Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen, die unter dem Namen „Gutenberg-Bund" sich über ganz Deutschland verbreitete und deren Einfluß noch fortdauerte, als unter dem Ministerium Manteuffel das

[1]) Die erste Nummer dieser „deutschen Arbeiterzeitung" erschien gleichzeitig mit der ersten Nummer des gleichnamigen Handwerkervereins-Blattes am 8. April. (Selbstverlag der Herausgeber.) [2]) Der „Gutenberg" wurde wöchentlich in einer Nummer herausgegeben. Verantwortlicher Redacteur war der Schriftsetzer M. Spiegel. Als dieser im Jahre 1850 aus Berlin ausgewiesen wurde, und das Cautionsgesetz dem Blatte Beschränkungen auferlegte, erfolgte die Herausgabe desselben in einer schlesischen Provinzialstadt. (Die ersten Jahrgänge sind von der Vereins-Buchdruckerei in Berlin gedruckt.)

Vereinsgesetz und die preußische Polizei ihrer Existenz allerlei Hindernisse in den Weg legte. — Später als der „Gutenberg" wurde die Maschinenbauer-Zeitung gegründet. Ein „Aufruf an sämmtliche Maschinenbau-Arbeiter,"[1] von dem Secretair des „Comité's sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter," F. Hausen, am 10. Mai erlassen, kündigte zuerst das Erscheinen der „Vereinszeitung" an, die 1) die wichtigsten Tagesfragen, 2) die besonderen Interessen der Maschinenbauarbeiter besprechen, 3) Aufsätze über Technik und Maschinenbau, Erfindungen u. s. w., 4) einen Neuigkeits- und Fragekasten enthalten und allen Mitgliedern des Vereins, dem beizutreten jener Aufruf sämmtliche Genossen aufforderte, unentgeldlich verabfolgt werden sollte.

Eine „Monatsschrift deutscher Vaterlandsfreunde" gab unter dem Titel: „Deutsche Bürgerzeitung (Fortsetzung der patriotischen Bürgerzeitung)" Herr Hermann Jüngling heraus. Die wenigen Nummern, die von diesem Journale erschienen,[2] enthalten in der eigenthümlichen Manier ihres Redacteurs verfaßte „offene Briefe" an den König, an die Minister, an die Nationalversammlung, an die aus Berlin entflohenen Familien, an die Einwohner in den Provinzen u. s. w. Hr. Jüngling empfiehlt sein „mit der wohlmeinenden Tinte der Wahrheit" geschriebenes Bürgerblatt den „einflußreichen und einflußreichsten" Männern, zugleich erklärend, es werde stets in seiner Zeitung ein Raum „dem Kampf gegen Menschenquälerei" geöffnet sein. An den König schreibt er: „O König! Entfernen Sie Ihre gefährlichsten Feinde aus Ihrer Nähe; die Creaturen stürzen Sie in den Abgrund und mit Ihrem Fall zertrümmert das Glück von Millionen Bürgern." Den Ministern Camphausen, Auerswald, Schwerin, Hansemann giebt er die Mittel an, „sich das Vertrauen des Volkes wiederzu erwerben, welches Sie einst sich auf den Barrikaden der Redefreiheit am ersten Vereinigten Landtage ruhmvoll erkämpften." In ähnlich naiver Weise hatte Hr. Jüngling in der letzten Woche des April einen „Aufruf an meine lieben Brüder, an die Maschinenbauarbeiter und Arbeiter von Berlin" in großen Eckenanschlägen erlassen. „Viele Tausende von Euch," sagt er darin, „kennen mich persönlich. Ich habe, da ich, wie meine Dachzelle, in der ich allerdings den Reichthum der Zufriedenheit genieße, beweist, kein Rothschild bin, länger als ein Jahr unter Arbeitern im Speisekeller gemeinschaftlich gegessen und gefunden, daß unter dem groben Tuch, unter der rohen Leinewand sehr edle Herzen schlagen. Arbeiter! Ihr seid meine Brüder! Ich stehe allein da; ich betrachte das gesammte Vaterland als meine Familie, und in dieser großen Familie müssen wir uns Alle die treue Bruderhand reichen und gemeinsam arbeiten für das gemeinsame Wohl. Wer es wagt unsere brüderliche Eintracht zu stören, ist Mörder des Bürgerwohls. Diese deutschen Volksverräther miß-

---

[1]) Gedruckt bei J. Sittenfeld. (Die „Vereinszeitung" erschien vom Juni an wöchentlich ein Mal.) [2]) Nr. 1. der „Deutschen Bürgerzeitung" trägt das Datum vom 20. April. Es folgte im Mai ein „Extrablatt der D. Bürgerz." (Druck von Brandes & Schultze.)

brauchen Euren Ehrennamen, Arbeiter!" — Der „Volksvertreter,"[1]) eine Monatsschrift und der „Berliner Bär,"[2]) erstere mehr politischer Tendenz, das letztere Blatt städtischen Angelegenheiten mehr zugewendet, strebten vergebens als Volksblätter festen Fuß zu fassen. Fast ganz unbekannt blieb die zunächst für Charlottenburg bestimmte, in Berlin gedruckte „Volks- und Bürgerzeitung,"[3]) die neben den Erörterungen eigener städtischer Fragen geistvolle politische Betrachtungen enthielt. — Im Interesse der polnischen Nationalität wurde die „Freischaar für Polen, Blatt des berliner deutsches Comité's zur Wiederherstellung Polens"[4]) von Dr. Solger herausgegeben. Das Motto des Blattes war: „Noch ist Polen nicht verloren;" die leitende Ansicht: „daß die preußische Politik gegen die Polen eine perfide sei." — Von den periodischen Schriften sind endlich noch zu erwähnen: die „Mittheilungen des statistischen Büreaus."[5]) Hr. Dieterici, Director des statistischen Büreaus, eines vom Ministerium des Innern unmittelbar ressortirenden Institutes, zeigte in einem Programme vom 12. April an, daß er entschlossen sei, im Vereine mit sämmtlichen Mitgliedern und Beamten des Büreaus, die in diesem vorhandenen Materialien so gemeinnützig als möglich zu machen. „Die Zeit ist erschienen, es ist der Wille des Königs und der Nation, daß ein Jeder an seiner Stelle mit aller Kraft für das allgemeine Beste fördernd eintrete. Das statistische Büreau will gegen den Drang der Zeit und den allgemeinen Wunsch nicht zurückbleiben und wird, seinen Standpunkt festhaltend, die positive Kenntniß der wirklich obwaltenden Verhältnisse in kurzen Darstellungen möglichst zu verbreiten und zugänglich zu machen, auch in jenen Mittheilungen zu erfüllen bemüht sein." Die ersten Nummern brachten ausführlichere Uebersichten und Zusammenstellungen desjenigen statistischen Materials das sich auf die Wahlen der preußischen Abgeordneten zur berliner und frankfurter Versammlung bezog.

---

[1]) „Der Volksvertreter" wurde früher von Held, jetzt von Dr. Beta redigirt. (Druck von C. A. Schiementz & Co.) [2]) Der „Berliner Bär," seit dem 20. April mit einer Beilage wöchentlich erscheinend, war redigirt und verlegt von L. J. Rosenbaum. (Druck von Harth & Schultze.) [3]) Die „Volks- und Bürgerzeitung erschien vom April bis zum Anfang Juni in 16 Nummern. (Druck von Rietack. Verlag von E. Bauer in Charlottenburg.) [4]) Die „Freischaar für Polen" endete mit der 6. Nummer. (Druck von B. Schlesinger.) [5]) Die „Mittheilungen 2c." erschienen monatlich zweimal. (Druck und Verlag von E. S. Mittler.)

Fünftes Buch.

Das Volk und seine Vertreter.

I. Die Wahlmänner für Berlin und Frankfurt; ihre Versammlungen; ihre Candidaten.

Zum ersten Mal seit den Märztagen gewährte Berlin, am Montag, dem 1. Mai, den äußeren Anblick einer feiertäglichen Ruhe. Die gewöhnlichen Geschäfte des Wochentages ruhten, die Büreaus der Behörden, die Läden der Gewerbetreibenden, die Werkstätten der Arbeiter waren geschlossen, die Kirchen, Theater, Vergnügungsorte innerhalb und in der nächsten Umgebung der Stadt hatten ihre Räume zur Ausführung eines gemeinsamen Werkes hingegeben, das, an jenem Tage zum ersten Mal, in der ganzen preußischen Monarchie von sämmtlichen mündigen und — im Sinne des Landrechtes — unbescholtenen Staatsbürgern ausgeführt wurde. Der Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen trat in's Leben; die Stimme jedes Einzelnen sollte für eine Volksvertretung entscheidend werden, die gesetzlich berufen war, um die preußische Staatsverfassung mit der Regierung zu „vereinbaren," für eine weitere Volksvertretung ferner zur Begründung einer deutschen Reichsverfassung. Zuerst auf den Schauplatz traten am 1. Mai die Urwähler. Mehr als sechzigtausend derselben waren in Berlin an den genannten Orten versammelt, um ihr politisches Recht auszuüben. „Die große Zahl von Wahlbezirken, welche dem Gesetze entsprechend gebildet werden mußten," erklärte der Magistrat, als die zur Regelung des Wahlaktes berufene Behörde, „der Mangel an Lokalitäten, welche geeignet sind, so große Versammlungen aufzunehmen, haben uns in die Nothwendigkeit versetzt, einige Räumlichkeiten benutzen zu müssen, welche sowohl an sich, wie hinsichtlich ihrer Einrichtung, Manches zu wünschen übrig lassen." Die 102 städtischen Bezirke Berlins waren in 140 Wahlbezirke auseinandergelegt, deren keiner dem Reglement zufolge, mehr als 3000 Einwohner enthalten durfte.*) Jeder Wahlbezirk

*) In dem Ausgaben-Etat des berliner Stadthaushaltes von 1848 sind die „Kosten für die am 1. und 8. Mai stattgefundenen Urwahlen zur preußischen und deutschen Nationalversammlung" auf 7788 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf. angegeben, als Ausgaben „für das zur Bearbeitung der Wahlangelegenheiten besonders gebildete Büreau, welches bei der Eile und dem Umfange der Geschäfte aus einem starken Personal zusammengesetzt werden mußte und bei welchem nur Einzelne der städtischen Beamten leitend oder helfend mitwirken konnten," ferner für Insertionskosten, Druck- und Buchbinderarbeiten, Schreibmaterialien, Fuhrlöhne, Lokalmiethen, Bau von Estraden und Einrichtungen in den Wahllokalen u. s. w. (S. die „Resultate des Finanzabschlusses zur Uebersicht des Stadthaushaltes der Residenz Berlin für das Jahr 1848." S. 29.)

wählte je nach seiner Größe in einem eigenen Versammlungsorte und unter einem besonderen Wahlcommissar zwei, drei, vier oder fünf Wahlmänner, zuerst für Berlin, dann eben dieselbe Zahl für Frankfurt. Der Wahlakt verlief, nach den Bestimmungen des Reglements in der Art, daß, nachdem Morgens 8 Uhr der Wahlcommissar die Versammlung mit einigen auf die Wahl bezüglichen Mittheilungen eröffnete, jeder stimmberechtigte Urwähler einen Wahlzettel erhielt, auf den er den Namen eines der zu wählenden Wahlmänner schrieb; die eingesammelten Zettel wurden laut verlesen; wer die absolute Stimmenmehrheit erhalten, als Wahlmann proclamirt; bei dem Mangel einer absoluten Majorität eine engere Wahl unter fünf am zahlreichsten votirten Candidaten vorgenommen; bei weiterer Unentschiedenheit endlich die beiden meist votirten auf eine zweite engere Wahl gebracht; bei Stimmengleichheit entschied das Loos. Ausgeschlossen war jede Discussion. Trotz der vorbereitenden Wahlversammlungen der einzelnen Bezirke, trotz der in der letzten derselben fast überall aufgestellten Candidatenlisten konnte es nicht vermieden werden, daß die Wahlkämpfe überaus hartnäckig waren und in einzelnen Versammlungen nach beinahe zwanzigstündiger Dauer erst um Mitternacht endeten. War doch auch, ungeachtet der vielen Reden und Erklärungen in den Vorversammlungen ein großer Theil der Urwähler noch darüber im Zweifel, ob nicht die in Bezug auf die frankfurter Versammlung zu wählenden Wahlmänner selbst nach Frankfurt gehen müßten — ein Umstand, der für diese Wahl die meisten Stimmen auf solche Candidaten (Gelehrte, Beamte, reiche Geschäftsleute) fallen ließ, die ohne große Hindernisse die Reise dorthin machen könnten! Jene hartnäckigen Kämpfe aber wurden im Interesse der Partein geführt, der Parteien, die freilich nach den Bekenntnissen ihrer Anhänger in den Vorversammlungen sich als mehr oder weniger constitutionell-liberal charakterisirten, von Zeitungs-Berichten aus jenen Tagen jedoch gewöhnlich als „liberale" und „conservative" (seltener als „demokratische" und „reactionaire" gegenübergestellt wurden. Dieselben Berichte wußten viel von den Umtrieben zu erzählen, deren sich die „Conservativen" noch kurz vor dem entscheidenden Tage schuldig gemacht, von den Ueberredungskünsten und Schmeicheleien, durch welche Jene bestrebt gewesen, die am schwersten in's Gewicht fallende, dienende und arbeitende, Klasse der Urwähler zu gewinnen, von den vergeblichen Anstrengungen der „royalistischen" Partei, die es nicht vermocht, ihre Candidaten durchzusetzen. Das Resultat der Wahlen wurde im Allgemeinen als ein der Demokratie nicht ungünstiges anerkannt. Von den Beschwerden, die wegen einzelner Vorgänge bei dem Wahlakte nachträglich erhoben wurden, war es allein die über Zurückweisung „achtbarer Mitbürger und stimmberechtigter Urwähler," welche der Behörde berücksichtigenswerth erschien. Zwei Bekanntmachungen des Magistrats vom 5. und 7. drückten öffentlich das Bedauern aus, daß in einigen Wahlbezirken, wie im 31., 35., 41., 61., 79., 89. und 132., jene Personen ohne ihr Verschulden

zurückgewiesen worden oder ohne Einlaßkarte geblieben seien. Indem der Magistrat zu seiner Entschuldigung sich auf die große Eile beruft, mit welcher die Ausführung des Gesetzes habe bewerkstelligt werden müssen, ersucht er die Herren Urwähler in diesem Uebelstande nicht eine absichtliche Beeinträchtigung ihrer Rechte noch eine Ehrenkränkung zu erblicken.

Der Ruhe und Geschäftslosigkeit in den Straßen und Plätzen, welche, während jener Stimmzettel-Kampf in geschlossenen Räumen geführt wurde, der Stadt den feiertäglichen Charakter gab, war eine andere ungewöhnliche Erscheinung beigesellt: die bewaffnete Jugend Berlins, Studenten, Künstler, Handwerker, Schüler der oberen Klassen in Gymnasien und Realschulen, versahen ausschließlich den öffentlichen Sicherheits-Dienst. Ihre zahlreichen Patrouillen belebten die Straßen. Die Absendung der Patrouillen hatte keinen geringeren Zweck als den, die Stadt vor dem Einbruche von Arbeitermassen, die Häuser vor Plünderung zu schützen. Schon wieder einmal lief das Gerücht um: die Stadt und das Privateigenthum seien bedroht. Mit großer Besorgniß ging mancher Bürger in die Wahlversammlung, wähnend, die „Arbeiter" würden von der Abwesenheit der Besitzenden aus ihren Wohnungen, in räuberischer Art Nutzen ziehen. Aber — die „Rehberger," die „Arbeiter," blieben auch diesen Tag wieder aus; die Patrouillen stießen nirgend auf verdächtige Zusammenrottungen; die Ruhe wurde nicht gestört, das Eigenthum blieb ungefährdet. Vielmehr übten die Arbeiter, so weit sie gesetzlich befugt waren, ihr politisches Recht in den Wahllokalen mit einem Eifer aus, der ihrer größeren oder geringeren Einsicht in die Bedeutung des Wahlaktes entsprach. — Rückblickend auf die Vorgänge des 1. Mai entwarf acht Monate später, als es sich wieder um Urwahlen handelte, ein Blatt*) folgende Charakteristik: „Die Urwahlen des 1. Mai waren in Berlin ohne erhebliche Störungen vorübergegangen, meistentheils mit einer Ordnung, wie sie bei der Neuheit der Sache kaum zu erwarten gewesen war; ein Zeichen von dem guten Willen der Urwähler, welche auch sonder Zweifel größtentheils in der Meinung gewählt hatten, daß ihre Wahlmänner die geeignetsten wären, für ihr Wohl zu sorgen. Daß jenen die eigentliche Bedeutung ihrer Wahlen nicht klar sein konnte, lag in der Natur des plötzlichen Ueberganges aus der früheren gänzlichen Theilnahmlosigkeit für Staatsangelegenheiten zu der Nöthigung fast ohne alle Vorbereitung ein Urtheil von folgenreicher Bedeutung abzugeben. Die bis dahin in Berlin übliche Lebensweise hatte fast nur Standes- und Berufsgenossen in nähere Berührung zu einander geführt; selbst die Bewohner eines Hauses kannten sich einander nicht, viel weniger die desselben Bezirks, um dessen Abgrenzung man sich vor der öffentlichen Bekanntmachung des Ma-

*) „Berliner Zeitung" (redigirt von Adam Löffler) 24. Januar 1849.

gistrats vom 26. April kaum bekümmert hatte. Wie sollte man also, als die meist nach den Stadtbezirken eingerichteten Wahlbezirke zusammentraten, nun in den wenigen Tagen bis zur Wahl der Wahlmänner die rechten herauserkennen. Die Bekanntschaften mußten in Vorversammlungen rasch gemacht werden, und ein anderes Mittel dazu gab es kaum als Reden zu halten und sich interpelliren zu lassen."

Einige Tage nach der Wahl veröffentlichte der Magistrat das Verzeichniß der aus den Urwahlen hervorgegangenen Wahlmänner. Dasselbe enthielt neben den Namen der Gewählten die Bezeichnung ihrer bürgerlichen Stellung. Wir theilen es im Nachstehenden vollständig mit:

Verzeichniß der Wahlmänner zur Wahl der Abgeordneten für die Vereinbarung der Preußischen Staatsverfassung. 1. Wahlbezirk. Jagdzeugfab. Börner, Prof. Dove, Kfm. Herm. Schönlank, Comtoirdiener Stein. 2. Demuth, Ad. Nitsche, Carl Gottfr. Schneidew. 3. Assess. Wache, Kfm. Mendelssohn, Predigtamts-Cand. Kollatz, Apotheker Blell. 4. Buchhdlr. Simion, Schulrath Schulze, Gürtlermstr. Lange, Stadtgerichtsr. Brose. 5. Dr. Schmidt, Modelleur Krazenberg, Kfm. Valette, Geh.-Secr. Stern. 6. Dätweiler, Kfm. Habel, Kfm. Schierz. 7. Pol.-Präs. v. Minutoli, Kfm. u. Destill. Haack sen. Bürstenbinder Horn. 8. Pred. Eyssenhardt, Dr. Elsner, Dr. Cohn. 9. Kfm. Georg Prätorius, Fab.-Bes. Ed. Goldschmidt, Kleiderm. Klein. 10. Dr. med. Neumann, Gymn.-Lehr. Dr. Schwarz, Kupferschmiedemstr. Seidenschnur, Apotheker Dr. Förster, Destill. Bock. 11. Geh.-Archivr. Riedel, Bachmeier, Commissionsr. Brix, Kfm. Freund, Dir. Bellermann. 12. Assess. Gottschau, Kr.-Justizr. Straß, Schuhm. Borowsky, Concipient Breyer, Buchhdlr. Hermes. 13. Bar. v. Wimpffen, Commerzienr. Berend, Maj. v. Holleben, Schuhm. Mücke I. Kfm. Kirchheim. 14. Fab. Treue, Dr. Gumbinner, Drechslermstr. Noack, Destill. Rohrbeck. 15. Stadtverordn. Holbein, Kfm. Heydemann, Lehrer Amtsberg. 16. Tischlermstr. Böhm, Stadtverordn. Kfm. Schauß. Justizr. Hinther. 17. Justiz-Commiss. Furbach, Dr. Wöniger, Kfm. Reuter. 18. Dr. phil. Waldaestel, Instrumentenm. Greiner jun., Stadtverordn. Holfelder, Tuchscheerer Kalbrenner. 19. Reinh. Schultze, Kfm. H. Gärtner, Kfm. Günther. Dr. phil. Fischer. 20. Kfm. M. Protzen, Dr. Hesse, Arb. Carow, Bäckermstr. Schmidt. 21. Stadtverordn. Remin, Buchhdlr. Springer, Calculator u. Assistent Herforth, Armen-Comm.-Vorst. Rinck. 22. Dir. August, Dr. Waldeck, Land- u. Stadt-Ger.-R. Gerloff, Kfm. E. Baudouin. 23. Justiz-Commiss. Gall, Schuhmachergesell Beyer, Fortepiano-Fab. Gräbcke. Drechslermstr. Götting. 24. Güterbestätiger Herrmann, Justiz-Commiss. Lewald, Schneidermstr. Flemming, Dir. Bonnell. 25. Dir. Klöden, Assess. Fournier, Uhrenfab. Herms, Fab.-Bes. Hensel. 26. Dr. Girard, Dr. Dann, Buchhdlr. Jonas, Gold- u. Silberfab. Heylandt. 27. Assess. Stachow, Fab.-Bes. Freund, Zimmermstr. Sommer sen., Bezirks-Vorst Berner, Maj. v. Schoeler. 28. Hofglasermstr. Laacke, Schmiedemstr. u. Bezirks-Vorst. Koch, Schriftsetzer-Gehilfe Naue, Seifensiedermstr. Palis. 29. Assess. Hammerfeld, Apotheker Helming, Dr. Seebald, Prince Smith. 30. Dr. med. Schmidt, Dr. med. Müller, Tischlermstr. Voigt, Kfm. Fontane, Schlossermstr. Haerter. 31. Amtmann Seidel, Oberlehrer Köppen, Justizr. Pfeiffer, Buchbindermstr. Heufelder, Prof. Magnus. 32. Rittmstr. v. Thielemann, Zinkguß-Fab. Geiß, Bankier Magnus, Wagen-Fab. Mink jun. 33. Oberlandsger.-R. Crelinger. Kfm. Schaeffer, Stadtr. Gamet. 34. Zeichnenlehrer Schmitz, Buchhdlr. Fr. Duncker, Hauptmann Jacobi, Kfm. Bach. Dr. phil. Stern, Dir. Buck, Tischlermstr. Jaeckel, Schuh- und Stiefel-Fab. Schwiefert. 36. Dr. Bollmann, Juwelier Rosenthal, Assess. Hundt, Advokat-Anwalt Dorn, Bezirks-Vorst. Lemcke. 37. Schultze, Prof. Gneiß, Kiesewetter, Mannorp. 38. Se. Excell. der Wirkl. Geh.-Reg.-Präs. v. Grollmann, Buchhdlr. Reimer, Schriftsetzer Magny, Schlossermstr. Stadelmann, Gen.-Maj. v. Peucker. 39. Justizr. Geppert, Lackirer Breest, Goldarb. Thum, Dr. Freese. 40. Fab. Thouret, Buchdruckereibes. Hayn, Buchhdlr. Mittler sen., Kfm. Moewes. 41. Landger.-R. Ulfert, Buchdrucker Lange, Prof. Heydemann, Hauptm. Vogel. 42. Kfm. Bährendt, Dr. Kossack, Kfm. Constant, Kfm. Braumüller. 43. Kfm. Martini, Dr. Ed. Schmidt, Pred. Sydow, Instrumentenm. O. Ebel. 44. Assess. Boebel, Kfm. Harnack, Kfm. Krebs, Kfm. Krug. 45. Stadt-Synd. Hedemann, Buchdruckereibes. Berends, Kfm. Palmié, Assess. Consbruch, Goldarbeitergeh. Bisky. 46. Dr. Horckel, Assess. Wentzel, Dr. Geppert, Armen-Commiss.-Mitg. Paetel, Buchbindermstr. Leonhardt. 47. Kfm.

Dannenberger, Stadtger.-R. Faelligen, Geh.-Oberfinanzr. v. Viebahn, Assess. Hegel. 48. Criminalger.-Dir. Märker, Büreau-Vorst. Enderlein, Dr. Rutenberg, Geh.-Revisionsr. Bauer, Tischlerges. Günther. 49. Kfm. Haslinger, Präs. Koch, Hptm. Damm, Geh.-Revisionsrath Wendland, Lieutn. Hartmann. 50. Rathszimmermstr. Blancke, Geh.-Obertrib.-Rath Prof. Heffter, Advoc.-Anw. Volkmar. 51. Stadtverordn. Devaraune, Dr. Glaser, Geh.-Ob.-R.-R. Esser, Tischlermstr. Wanschaff, Assess. Böhm. 52. Groß-Uhrm. Möllinger, Kammerg.-Refr. Kunkel, Schriftsetzer Jaffe, Gymn.-Lehrer Felgentreu. 53. Bock, Bunkenburg, Thaddel, Hermiehn, L. Kessler. 54. Kfm. Heyl, Dr. Steinrück, Dir. Jachtmann, Schlossermstr. Wagenitz. 55. Kfm. Voigt, Red. Jüngling, Rent. Funk, Schneidermstr. Pieper. 56. Prof. Kalisch, Stadtr. Duncker, Dr. Gerber, Bez.-Vorst. La Grange, Dr. Reimer. 57. Dr. Troschel, Fab. Gocht sen., Lehrer Gründe, Tischlermstr. Elsholtz, Kfm. Fröblich. 58. Prof. Heidemann, Zimmermstr. Bötticher, Fab. Meubrink, Zimmermstr. Eyssertb, Schlosserges. Marks. 59. Fab. Wolff, Fab.-Bes. Friedberg, Bäckermstr. Goldammer, Prof. Dr. Kugler. 60. Geh.-R. Grein, Tischlermstr. Meister, Bez.-Vorst. Viering, Dr. Freund, Gen.-Commiss.-Secr. Gantzer. 61. Assess. Wollny, Bürgermstr. Naunyn, Buchdruckereibes. Krause, Wachtmstr. Metz, Schöffer. 62. Steindruckereibes. Winkelmann, Prof. Dr. Schomburgk, Dr. Mügge, Kammerger.-Rath v. Rönne, Buchbindermstr. Battre. 63. Prof. v. Raumer, Tischlermstr. Grundeiß, Kfm. Schindowsky, Zeichnenlehrer Engel, Baumstr. Lohse. 64. Dr. phil. Schweitzer, Steindruckereibes. Winkelmann. 65. Kfm. Fähndrich, Ebel, v. Schomberg-Gervasi, Arbeiter Petag, Dr. Kuhn. 66. Kfm. Zacharias, Bez.-Vorst. Wernicke, Stadtverordn. Schneider, Buchhdlr. Förstner. 67. Gymn.-Lehrer Below, Färb.-Bes. Klinsmann, Stadtverordn. Herrenburger. 68. Fab. Ebel, Oberlehrer Dr. Wunschmann, Literat Dr. Mücke, Geh.-Secr. Kähler, Töpfermstr. Blaumann. 69. Dr. Stein, Schlossermstr. Hahn, Seidenw. Sommer, Assess. Dr. Gäbler, Kammerger.-R. Woltemas. 70. Hofr. Soltmann, Bez.-Vorst. Vollmer, Prof. Dielitz, Dr. Nauwerk. 71. Assess. Preß, Assess. v. d. Gossen, Bäckermstr. u. Bez.-Vorst. Lademann, Dr. med. Borchardt, Stadtverordn. F. Vollgold. 72. Kfm. Grosedt, Destill. Schade, Schriftsetzer Walter. 73. Tischlerges. Börnicke, Referend. Glaeser, Kfm. Gosewisch, Bez.-Vorst. Möser. 74. Färber Bon, Staatsanw. v. Kirchmann, Zimmermstr. Thür, Maurermstr. Mappes, Lehrer Herzsprung. 75. Klempnermstr. Alberty, Privatgel. Eichholz, Gärtner Mabieu, Zimmermstr. Kopp. 76. Zimmermstr. Ebel, Lehrer Dr. Ebel, Baumstr. Wäsemann, Dr. phil. Hölleberg, Schirmfab. Fahr. 77. Bez.-Vorst. Grüne, Hptm. Roloff, Fab.-Bes. Heckmann, Kattundrucker Hille. 78. Gymn.-Lehrer Gerike, Referend. Barfelow, Kfm. Oehmigke, Mechan. Schober, Tischler Glaubitz. 79. Rent. H. Runge, Kfm. Mittelhauß, Secr. Wegner, Hofr. Bork. 80. Geh.-Revisionsr. Jonas, Zimmermstr. Kley, Ziegeleibes. Dubitzky. 81. Schulvorst. Horn, Seilermstr. Schranz, Prof. Jungk, Pred. Noël, Lederfab. Perkuhn. 82. Tuchfab. Krückman, Stadtger.-Diät. Ries, Cand. Weiße, Bäckermstr. Kochhan, Gasthofsbes. Pardow. 83. Prof. Zimmermann, Schuhm. Lenz, Maj. Teichert, Lohgerbermstr. Naumann. 84. Secr. Zeller, Geh.-R. Löwenberg, Kfm. Ullmann, Maschinenb. Wiebe, Arbeiter Koser. 85. Baumstr. Mertens, Kammerger.-R. Lehnert, Kfm. Appelius, Geh.-Secr. u. Lieut. Müller. 86. Frh. v. Reden, Hofschlossermstr. Zoller, Ob.-Lieutn. v. Griesheim, Dr. Heramer. 87. Lehrer Grimm, Dr. Virchow, Schlosser Flachs, Schriftsteller Smidt, Dr. Petri. 88. Zimmermstr. Barraud, Prof. Hertwig, Maj. v. Bünau, Dr. Th. Mundt, Oberfeuerw. Brettschneider. 89. Dir. Dr. Diesterweg, Mechan. Fabrikbes. Hummel, Baurath Cantian, Stadtger.-R. Hufeland, Dir. Prof. Dr. Mätzner. 90. Stadtverordn. Saust, Fabrikarbeiter Messer, Dr. Traube. 91. Mohr, Reinbott, Maj. Braune, Voigt, Metzner. 92. Professor Trendlenburg, Schriftgießereibes. Lehmann. 93. Dr. Hotho, Zimmermann, Sape, Duvinage, Cordes. 94. Kfm. Oertel, Schulvorst. Marggraf, Pred. Boeck, Kfm. Hirschfeldt, Arbeiter Böthge. 95. Liedke, Jacquet, Actuar. Bernhard, Tischlermstr. Schmidt. 96. Maschinenbauer Kutzner, Stadtverdn. Müller, Postsecr. Lehmann, Fab. Wibeau, Weber Möckel. 97. Dr. phil. Schmidt, Seidenwaarenfab. Petersen, Streichholzfab. Wuchtler, Prof. Dr. Larsow, Masch.- u. Schlosserges. Liedcke. 98. Commerzienr. Behrendt, Töpfermstr. Ungerer, Schmiedemstr. Eckert, Dr. Krieger, Kfm. Cochoy. 99. Buchhdlr. Dr. Veit. Dr. med. Ries, Fournierhdlr. Fiedler, Geh.-Commerzienr. Carl, Tischlerges. Heinrich. 100. Dir. Stegmüller, Kfm. Döring, Buchhdlr. Bernstein, Schlosser Wagener, Kfm. Kummerow. 101. Ofenfabr. Gorrmann u. Tütel, Weber Lindner. 102. Bez.-Vorst. Klix, Büreauvorst. Splitt, Kfm. Lehmann, Maurer Richter, Weber Weber. 103. Kfm. Seimer, Maler Scheuring, Assessor Heller, Kfm. Bergmann. Dr. Oestreich. 104. Brunnenmacherges. Wolter, Zimmermstr. Hampel, Dr. Roth, Buchdruckerges. Gelbrecht, Baron v. Gärtner. 105. D. A. Benda, Dr. Liebetreu, Landbaumstr. Hoffmann. 106. Humblot, Kluge, Kayser. 107. Destill. Miether, Destill. Barth, Kammerger.-Refer. Ring, Tischlermstr. Kayser, Kfm. Hayn. 108. Gury, Kerner, Schmogrow, Stadverordn. Walier. 109. Kfm. Winkelmann, Gastw. Weber, Gastw.

Glaue, Töpfermstr. Jäger, Lehrer Vogler. 110. F. Richter, Friedemann, Stadtverord. Krebs, Dr. Zunz. 111. Kfm. Voigt, Maurermstr. Bredow, Assess. Kosky. 112. Holzhdlr. Brand, Seidenwirkermstr. Wagenitz, Post-Rev. Hoppe, Assess. Kohlpock, Techniker Rissle. 113. Lehrer F. Schmidt, Dir. Herter, Mehlhdlr. Merggelberg, Kupferstecher Finke, Zimmerpol. Fürstenberg. 114. Maj. Rimpler, Geh.-Regist. Buschius, Ref. Rüppel, Webermstr. Spaeth, Gipsfab. Neumann. 115. Kfm. Schmalhausen, Lehrer Fellmer, Rathsmaurermstr. Lindner, Rechnungsr. Klaeger. 116. Pred. Dahms, Maschinenbaumstr. Hartmann, Kfm. Kolberg, Kfm. Peck. 117. Fab. Schildknecht, Sontag, Brandt, Porzig, Höne. 118. Dir. Proehner, Seidenw. J. Schulz, Lehrer Hubs, Stadtverordn. Heyden. Tischlermstr. Graubaum. 119. Tuchmachermstr. Hippe, Gasthofbes. Fuhrmann, Rent. Füller, Webergef. Herbrich. 120. Lehrer Mesan, Seidenwirkermstr. Hirschel, Webermstr. Eberhard. 121. Techniker M. E. H. Rochlitz, Buchhdlr. A. Ries, Stadtverordn. Loth, Drechslermstr. J. A. Hayn, Tabackshdlr. Engel. 122. Schröder, Kfm. Sander, Webermstr. Reinhold, Kfm. Lange. 123. Weber Rouvel, Fab. Haller, Barbier Stiecke. Assistent Lehmann, Schulvorst. Münnich. 124. Apoth. Behm, Kammerger.-Ref. Meyen, Schornsteinfegermstr. Thiele, Seidenwirkergef. Stein. 125. Kfm. Ladendorf, Vogelmann, Hamann, Mauerpolier Bennigs. 126. Dir. Bauerwald, Mechanicus Spatzier, Lehrer W. Steinert, Klempnermstr. Jolge, Kfm. Fleß. 127. Oberlehr. Dr. Kleiber, Tischlergef. Böttcher, Turnlehrer Lübeck, Maler Kuhnert. 128. Seidenwirkermstr. Lüdicke, Hptm. Wilhelm, Webergef. Sagasser. 129. Kfm. Elster, Lehrer Koch, Seidenwirkergeselle Bouvier, Kunstgrtn. Schultze. 130. Tischlermstr. F. Jürgens, Böttchermstr. Gräper, Mechan. A. W. J. Linde, Seidenwfab. G. H. Bolze, Plüschfab. L. Zeidler. 131. Leinhaas, Rindler, Budke, D. Franke, v. Glümer. 132. Zimmerpol. Guth, Daneel sen., Lehrerer Trüdemann sen., Pappfab. Scholz, Linck. 133. Eiseng.-Bes. Müller, Fab. Küttner, Webergef. Warnitz, Zimmermstr. Meyer, Schmiedegef. Fricke. 134. Stadtverordn. Bohnhoff, Zimmermstr. Harnecke, Kattundrucker Selchow, Fab. Deissarth, Seidenwmstr. Zinna. 135. Chemiker Harrassowitz, Schlossergef. E. Müller, Dr. Duncker, Bür.-Vorst. Bensemann, Modellmstr. Vollgold. 136. Stadtverordn. Krafft, Schlosser Siegerist, Assess. Lämmerhirt, Fab.-Bes. Jürst, Particulier Schwartz. 137. Schlossergef. Decker, Prof. Wolff, Dir. Seabell, Vorst. Engells. 138. Lehrer Hintze, Mechan. Kümpel, Dalgo, Porzellanmaler Herrman, Rent. Heyder. 139. Assistent Hartmann, Arb. Heiland, Bau-Conduct. Kirstein, Cand. Buhl, Wagenfab. Pflug. 140. Lieut. Scharlipp, Tischlergef. Eberdt, Webermstr. Trautbetter, Gastw. Lemm.

Verzeichniß der Wahlmänner zur Wahl der Abgeordneten für die deutsche National-Versammlung. 1. Wahlbezirk. Justizr. Hinschins, Pred. Lisco, Justizr. A. Jordan, Referend. Birckenfeld. 2. Justiz-Comm. V. Depks, W. Wolff, R. Busse. 3. Kfm. Friedheim, Handelsm. Kümpel, Kfm. Giesecke, Dr. Löwenthal. 4. Dr. Friedländer, Comm.-R. Conrad, Acad. Künstler Delius, Dr. Simon. 5. Kfm. Valette, S. Moser, Maschinenb. d'Heureuse, Kfm. Fabricius. 6. Held, Wolff, Offent. 7. Dr. med. Fürst, Stadtv. Sehlmacher, Kfm. Ebner. 8. Pred. Eyssenhardt, Knoblauch, Dr. Elsner. 9. Justizr. Moll, Gen.-Postmstr. v. Schaper, Comm.-R. Kupfer. 10. Stadtr. Keipel, Dr. med. Neumann, Kfm. Wappenhaus, Tischlermstr. Horn, Dr. Schwartz. 11. Archivr. Riedel, Assess. Kofka, Kfm. Staudt, Geh.-Fin.-R. v. Pommer-Esche, Comm.-R. Brir. 12. Geh.-Justizr. Rietner, Rabb. Sachs, Kfm. Reichenbein, Kfm. J. D. Charton sen. 13. Dr. Weyl, Baron v. Wimpffen, Färbereibes. Engel, Prof. Piischon, Schneidergef. Huskauf. 14. Fab. Treue, Dr. Gumbinner, Drechslermstr. Noack, Kfm. Schnöckel 15. Prof. Romberg, Kfm Heidemann, Ob.-Landger.-Ref. Wollheim. 16. Prof. Dr. Müller, Kfm. E. Wollheim, Bergr. Stüler. 17. Justizr. Bergling, Pred. Jonas, Messerschm. Pintz. 18. Assess. Holfelder, Dr. Waldaestel, Volkmann, Banq. Brüstlein. 19. Tischlermstr. Hausen, Schönfärber R. Schulze, Dr. d'Heureuse, Dr. phil. Fischer. 20. Kfm. d'Heureuse, Tapez. Bathe, Destill. Baltzer, Kfm. Sperber. 21. Stadtv. Remin, Dr. Gumbinner, Buchhdlr. Springer. Assistent Herfurth. 22. Dr. Lindner, Dr. Kornfeld, Dir. August, Ld.- u. Stdtger.-R. Gerloff. 23. Just.-Comm. Gall, Assess. Braun, Dr. Mittag, Agent Keyser. 24. Stadtr. Seeger, Just.-Comm. Lewald, Güterbest. Herrmann, Dir. Bonnell. 25. Dir. Klöden, Prof. Köhler, Fab. Hermes, Kammerger.-R. Eichborn. 26. Minister Hansemannn, Buchhdlr. Reimarus, Commerzienr. Pinckert, Dr. med. Ebert. 27. Assess. Stachow, Prof. Dr. Böckh, Prof. Dr. Hecker, Referend. Heidfeldt, Kfm. Cläpius, 28. Schlossermstr. Beyer, Buchbindermstr. Grell, Kunstdrechslermstr. Busse. 29. Thölde, Grav. Thieme, Graf. zu Lippe, Prof. Weiß, Dr. Ravoth. 30. Bildh. Todt, Dr. L. Eichler, Dr. med. Schmidt, Assess. Rüville, Assess. v. Proff. 31. Dir. Krech, v. Haber, Stadtsynd. Moewes, Präs. Rode, Schriftsetzer Hoffmann. 32. Sattlermstr. Schultz, Assess. Oppenheim, M. Geiß, Rittmstr. v. Thielmann. 33. Schneidermstr. Fromholz, Ob.-Ldger.-R. Crelinger, Stadtv. Schäffer. 34. Dr. Prutz, Dr. Curtius, v. Kunowski, Stadtv. Duncker. 35. Banq.

Köhne, Dr. Stern, Dir. Buck, Prof. Dr. Hellwing. 36. Adv.-Anw. Dorn, Dr. Bollmann, Geh.-R. Camphausen, Assess. Hundt, Juw. Rosenthal. 37. Hertz, Prof. Gneist, Schultze, Dr. George. 38. Gen. v. Peucker, Präs. v. Grolmann, Buchhdlr. Reimer, Fürst Bogislaw v. Radziwill, Kammerger.-R. Sethe. 39. Dr. Bloch, Justizr. Geppert, Assess. Bergenroth, Mechan. Wagner jun. 40. Lehrer Hoffmann, Fab. Thouret, Malergeh. Tribler, Dr. Hammer. 41. Kfm. Wockowitz, Prof. Heydemann, Justiz-Comm. Ebell, Landger.-R. Ulfert. 42. Dr. P. Förster, Canzleirath Manché, Kfm. Bährend, Maurermstr. Voigt. 43. Just.-Comm. Licht, Assess. Meyer, Just.-Comm. Goldschmidt, Dr. Nagel. 44. Assess. Böbel, Assess. v. Mühler, Buchhdlr. Wolff, Kreidebrink. 45. Stadtsynd. Hedemann, Buchdrucker Berends, Goldarb. Bisky, Oberlehrer Köple, Assess Consbruch. 46. Prof. Grimm, Oberst Stavenhagen, Prof. Lohbauer, Kammerger.-R. Goldammer, Kammerger.-R. Noack. 47. Wirkl. Leg.-R. v. Gruner, Geh.-Obertrib.-R. v. Homeyer, Leg.-R. v. Rabden, Geh.-Reg.-R. Mac Lean. 48. Präs. v. Rönne, Präs. Lette, Kammerger.-R. Striethorst, Agent Bloch, Geh.-R. v. Jordan. 49. Kfm. Haslinger, Präs. Koch, Hptm. Damm, Geh.-R. Wendland, Lieut. Hartmann. 50. Geh.-R. Heffter, Zimmermstr. Blancke, Dr. Francke. 51. Referend. Salviati, Handl.-Schuldir. Roback, Dr. Glaser, Landsch.-Maler Naphtali, Geh.-Ob.-Rev.-R. Esser. 52. Dr. Gumprecht, Gr.-Uhrm. Möllinger, Prof. Dr. Ehrenberg, Kfm. Weiß. 53. Lübbe, Füllgraff, Hering, Raumer, Löwenstein. 54. Kfm. Schickendanz, Pred. Braune, Dr. Steinrück, Kfm. Heyl. 55. Priv.-Doc. Dr. Guhl, Kfm. Hasselbach, Kfm. Brebeck, Buchhdlr. Graßhoff. 56. Gen.-Aud. Friccius, Gen.-Lieut. v. Reyher, Geh.-Just.-R. Fleck, Geh.-Ob.-Trib.-R. Koppe, Dr. Berner. 57. Geh.-R. Büsching, Fab. Meyer, Assess Schmeling, Dr. Wernicke, Stadtv. Reimann. 58. Kammerger.-R. Mollard, Prof. Rudorff, Stadtger.-R. Marot, Seidenfab. Meubrink, Dr. Jacob. 59. Fab. Wolff, Fab.-Bes. Friedberg, Bäckermstr. Goldammer, Prof. Dr. Kugler. 60. Geh.-R. Grein, Tischlermstr. Meister, Zimmermstr. Tondeur, Bez.-Vorst. Biering, Secr. Gautzer. 61. Kammer.-R. Wollny, Bürgermstr. Naunyn, Assess. Kellermann, Sattlermstr. Reiff, Gürtler Friedrich. 62. Steindr.-Bes. Winckelmann, O. Schomburgk, Dr. T. Mügge, Kammerger.-R. v. Rönne, Kammerger.-R. Gerzmer. 63. Geh.-R. v. Raumer, Tischlermstr. Grundeis, Maler Wamp, Kfm. Schindowski, Assess. Gubitz. 64. Dr. Schweitzer, exped. Secr. Insel (C. W. H. L.) 65. Stadtger.-R. Bunsen, Justizr. Labes, Stadtv. Fähndrich, v. Schomberg-Gervasi, Justizr. Jung. 66. Kfm. Zacharias, Bez.-Vorst. Wernicke, Buchhdlr. Förstner, Kfm. Bleudorn. 67. Gymn.-L. Below, Seidenfärb. Klinsmann, Stadtv. Herrenburger. 68. Prof. Benari, Maler Voigt gen. Kayser, Prof. Schnackenburg, Grav. Borchardt, Justizr. Starcke. 69. Red. J. Lehmann, Reg.-R. Stiehl, Reg.-R. J. F. Heindorf, Reg.-R. Dieterici, Assess. H. Adler. 70. Buchhdlr. Ruppius, Assess. Meyer, Dr. Schneider, Dr. Nauwerck. 71. Prof. Benari, Assess. v. d. Gossen, Lieut. v. Sydow, Dr. med. Borchard, Destill. Jost. 72. Bliesenick jun, Tischlermstr. Goll, Exp. Bergemann. 73. Geh.-R. Seydel, Assess. Hanstein, Ref. Baumeister, Gärtn. Wredow. 74. Färber Bonn, Act. Thiele, Stadtbaur. Kreyher, Kfm. Scheibe, Staatsanw. Kirchmann. 75. Privatgel. Eichholz, Landw. Schönemann, Zimmermstr. Kopp, Tischlermstr. Kielmannsegge. 76. Zimmermstr. Ebel, Dr. Edler, Dir. Grobnert, Dr. phil. Hölleberg, Goldarb. Bohlschau. 77. Fab.-Bes. C. Nauen, Hptm. Roloff, Fab. H. Friedländer, Fab.-Bes. Dr. Stephan. 78. Gymn.-Lehrer Gercke, Ref. Barsekow, Kfm. Engel, Baumstr. Schregel, Kfm. Lehr. 79. Rent. Runge, Kfm. Mittelhaus, Stud. theol. Arnoldt, Secr. E. Wegner. 80. Geh.-R. Jonas, Prof. Selckmann, Radicke (Destillateur). 81. Schulvorst. Horn, Seilermstr. Schranz, Prof. Jungk, Pred. Noël, Lederfab. Perkuhn. 82. Maurermstr. Schneider, Kfm. E. Schultze, Cand. L. Weiße, Schriftsetzer Flügel, Maler Müller. 83. Hammermeister, Tischlerges. Thomas, Ref. Johow, Kfm. Wagner. 84. Dr. Collmann, Gen. v. Sclasinski, Geh.-O.-Trib.-R. Göring, Dr. Märker, Geh.-R. Löwenberg. 85. Kammerger.-R. Lehnert, Justizr. Thebesius, Lieutn. v. Kräwell, Glasermstr. Große. 86. Frhr. v. Rehden, Dr. med. Heramer, Oberstlieutn. v. Griesheim, Assess. Werther. 87. Lieutn. Neumann, Dr. Virchow, Dr. Petri, Dr. Müller, Schriftsteller Schmidt. 88. Assess. Ulrich, Reg.-R. Grano, Maler Hosemann, Reg.-R. Keller, Baur. Neuhaus. 89. Dir. Diesterweg, Schlosser Lube, Oberappell.-R. Michels, Dr. Herz, Dir. Metzner. 90. Stadtv. Saust, Dr. Thümmel, Dr. Burtz. 91. Kfm. Mohr, Sem.-Lehr. Reinbott, Maj. a. D. Brauns, Buchdrgeh. Voigt, Geh.-Hof-Postr. Metzner. 92. Prof. Trendelenburg, Privatgel. v. Leitner. 93. Hotho, Zimmermann, Treutler, Sasse, Holzapfel. 94. Superintendent Schultz, Herold, Kfm. Löwe, Pred. Böck, Maschinenb. Sutter. 95. Liedke, Dir. Sägert, Tischlermstr. Schmidt, Stud. med. Weiß. 96. Maschinenb. Kutzner, Weißgerbermstr. Reuß, Stadtv. Müller, Fab. Wibeau, Weber Möckel. 97. Dr. Schmidt, Raymund, Seidenwfab. Petersen, Streichenfab. Wachtler, Maschinenb. Eichel. 98. Dr. Spiekermann, Dr. Lohde, Apotheker Kubtz, Töpfermstr. Ungerer, Dr. Schilling. 99. Buchhdlr. Veit, Oberpred. Sieger, Bez.-Vorst. Cracow, Reg.-Ref. Hillmann, Geh.-Comm.-R. Carl.

100. Dir. Stegmüller, Kfm. Döring, Lehrer Listemann, Dr. Liesen, Dr. John. 101. Ofenfab. Gormann, Weber Lindner, Töpfermstr. Tütel. 102. Bezirksv. Klir, Act. Splitt, Kfm. Lehmann, Maurer Richter, Weber Weber. 103. Kfm. Seimer sen., Lehrer Piek, Assess. Heller, Dr. Oestreich, Kfm. Reißner. 104. Prof. Krüger, Dr. Noht,' Zimmermstr. Hampel, Stempelrev. Schnell, Bar. v. Gärtner. 105. D. A. Benda, Oberlehrer Peisker, Destill. W. A. Kahlbaum. 106. Kayser, Humblot, Gewer. 107. Seidenwmstr. A. Venus, Schneidergeſ. W. Schulz, Bez.-Vorst. Barth, Hofr. Fehmer, Braueigner Fischer 108. Gury, Stadtverord. Walther, Kerner, Schmogrow. 109. Kfm. Winckelmann, Gastw. Weber, Bureau-Vorst. Galle, Seidenw. Mewaldt, Haararb. Weichardt. 110 Richter, Dr. Zunz, Stadtv. Krebs, Rosenmüller. 111. Dr. Bruck, Rosenberg, Apoth. Fontane. 112. Kfm. Brandt, Seidenw. Wagenitz, Stadtv. Herms, Bez.-Vorst. Jädicke, Assess. Kohlstock. Dr. Freter, Dr. phil. Bartsch, Dr. phil. Lüdersdorff, Ackerbürger Molte, Fab. Wencke. 114. Major Rimpler, Geh.-Registr. Buschins, Ref. Rüppel, Gipsfab. Neumann, Webermstr. Späth. 115. Schauspieler Neußler, Kfm. Houben, Goldarb. Prippnow, Lehrer Feller. 116. Schriftſ. Francke, Maurermstr. Windschügl, Töpfermstr. Schuppmann, Rathszimmermstr. Sametzki. 117. Fab. Schildknecht, Lehrer Drewes, Brandt, Portzig, Bonardel sen. 118. Dr. Fröhner, Lehrer Dr. Bischoff, Lehrer Huß, Stadtverordn. v. d. Heyden, Seidenw. J. Schulz. 119. Tuchmachermstr. Hippe, Commission. Hahn, Kfm. C. Kläger, Gasthofbes. Fuhrmann. 120. Geh.-Post-Calc. Rißmann, Fab. Lorentz, Webergeſ. Leonhardt. 121. Techn. Rochlitz, Tischlermstr. Rose, Buchhalter Prillwitz, Geh.-Calc. Krausnick, Apotheker Pannenberg. 122. Seidenwmstr. Köppler, Ref. Roerenbeck, Kfm. Barth, Helffer. 123. Fab. Göpel, Geh.-Secr. Rüdiger, Stadtv. Friebel, Seifenfab. Claus, Posam. Aßmann. 124. Schulvorst. Schulz, Ref. Meyen, Kfm. Finzelberg, Zimmermstr. Ramm. 125. Dir. Jahn, Dr. Faudel, Kfm. Ladendorff, Rittergutsbes. Vogel. 126. Dir. Bärwald, Assess. Witte, Wollmakler Bernard, Criminalger.-R. Schlötke, Kfm. Kelch. 127. Dr. Kleiber, Commiss.-R. Wedding, Zimmermstr. Frank, Dr. phil. Metzler. 128. Hauptlehrer Zeisiger, Conduct. Baumert, Seidenwmstr Schiffelmann. 129. Kfm. Elster, Lehrer Koch, Tuchfab. Kott, Schulvorst. Rittershausen I. 130. Dr. phil. J. Dub, Webermstr. C. Müller, Arb. M. F. Kerkow, Dr. phil. Lubarsch, Webermstr. Bartusch. 131. Leinhaas, Rindler. v. Glümer, Limprecht, D. Francke. 132. Buchhalter Müller, Büreauvorst. Pastor, Müncheberg, Zimmerpol. Kopp, Schiffseigner Deutschmann. 133. Eiseng.-Bes. Müller, Fab. Küttner, Webergeſ. Warnitz, Zimmermstr. Meyer, Schmiedegeselle Fricke. 134. Stadtverordn. Bohnhoff, Zimmermstr. Harnecker, Kattundrucker Selchow, Webermstr. Müller, Seidenwmstr. Zinna. 135. Chemiker Harassowitz, Schriftsetzer T. Honrad, Rendant Schubarth, Auditeur Voß, Modellmstr. Vollgold. 136 Assess. Lämmerhirt, Stadtv. Krafft, Particulier Schwartz, Schlosser Siegerist, Fab. Jurst. 137. Tischlermstr. Platz, Prof. Wolff, Lehrer Harung, Bezirksvorst. Schröder, Schlossergeſ. Krause. 138. Schäfer, Eiseng.-Bes. Borsig, Kfm. Henkel, Schriftsetzer Karger, Kremer. 139. Bezirksvorst. Weigel, Fab.-Bes. Hoppe, Weber Kotzorek, Maschineub. Koch, Sattlergeſ. Horst. 140. Gastw. Lemm, Tischlergeſ. Eberdt, Webermstr. Trautwetter, Lieut. a. D. Scharlipp. 1. Ob.-Lieut. Schmidt, Hptm. v. Stogentin, Prm.-Ltn. v. d. Osten-Sacken, Unteroffizier Dreßler. 2. Oberst Lenze, Lieutn. v. Zychlinski, Unteroffizier Bartsch, Hptm. v. Brause. 3. Maj. Schroetter, Sec.-Lieutn. Ubden, Lieutn. v. Grumbkow.

Durch eine Bekanntmachung des Magistrats vom 3. wurde die Eintheilung der Stadt in die zur Wahl der Abgeordneten und deren Stellvertreter für die berliner Versammlung bestimmten Wahlbezirke bekannt gemacht. Die bisherigen 140 Bezirke waren demzufolge in fünf größere Wahlbezirke zusammengelegt, als deren Versammlungsorte, am Tage der Wahl, die St. Nicolai-, die Dorotheenstädtische, die Jerusalemer-, St. Georgen- und Sophien-Kirche angegeben wurden. Jeder dieser Bezirke hatte zwei Abgeordnete und zwei Stellvertreter zu wählen. Ein Erlaß des Oberpräsidiums bestimmte hierauf am 4. die Eintheilung des berliner Wahldistrictes in sechs Bezirke zur Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter für die frankfurter Versammlung. Für diese Wahl traten zu den Wahlmännern Berlins noch diejenigen der umliegenden Ortschaften aus dem niederbarnimschen und teltower Kreise hinzu, in

welche auch die Stadt Charlottenburg mit 16 Wahlmännern inbegriffen war. Jeder der sechs Wahlbezirke hatte einen Abgeordneten und einen Stellvertreter für die frankfurter Versammlung zu wählen. Die Nicolai-, Dorotheenstädtische, Luisenstädtische, St. Georgen-, Sophien- und Neue Kirche wurden in der Bekanntmachung des Magistrats vom 6. zu den Versammlungslokalen der Wahlbezirke bestimmt. — Die erste öffentliche Einladung zu vorbereitenden Versammlungen der Wahlmänner erließen, am 3. Mai, die HH. August, D. A. Benda, Brose, Eduard Conrad, Dr. Dann, Delius, Duncker, Fournier, Förstner, H. Friedemann, Dr. K. Friedländer, Furbach, Dr. Girard, Hedemann, d'Heureuse, Hoffmann, Jonas, Kahlbaum, Kaiser, Keibel, W. Lange, Dr. Liebetreu, Dr. H. Lohde, Moeves, Naunyn, Dr. Nauwerck, Schäffer, J. Schneider, A. Schulze, Seidel, Simion, Dr. Simon, J. Springer, Dr. Waldeck sen., F. A. Zacharias. Durch Eckenanschläge beriefen sie „sämmtliche Wahlmänner der Stadt Berlin, sowohl für Preußen wie für das deutsche Parlament, zu einer gemeinschaftlichen Berathung auf Mittwoch, den 3. Mai, 11 Uhr, in der Garnisonkirche." An die Wahlmänner des 2. größeren Wahlbezirks für Berlin erging eine öffentliche Aufforderung der HH. Ludwig Crelinger, Dorn, Oppenheim, v. Thielmann, sich Donnerstag, 4. Mai, Nachmittags 4 Uhr im Concertsaale des Opernhauses zu versammeln.

Ein wildes Durcheinander herrschte in den ersten dieser Versammlungen. Die auf Vormittags 11 Uhr in der Garnisonkirche angesetzte löste sich nach einer Stunde resultatlos wieder auf, um Nachmittags 2 Uhr im Concertsaale des Schauspielhauses von neuem aufgenommen zu werden. „Aber auch diese Versammlung," schreibt die Nat.-Ztg., „war so stürmisch, so unordentlich, so wüst, polnisch, wie wir kaum eine zahlreiche Volksversammlung unter freiem Himmel je gesehen haben." Nachdem der Bürgermeister Naunyn das Amt des Vorsitzenden, dem er, nach den übereinstimmenden Berichten der Blätter, „weder durch die Macht des Wortes, noch durch die Fähigkeit einer logisch scharfen Fragestellung, noch durch eine hinreichende Popularität" gewachsen war, an den Geheimen Revisionsrath Bauer abgegeben, kam zuerst ein von Prutz beantragter Protest über die geringe Anzahl von sechs berliner Abgeordneten für das deutsche Parlament zur Discussion. Die Versammlung beschloß, diesen Protest dahin zu erweitern, daß er nicht allein für Berlin, sondern für ganz Preußen erhoben würde, „indem man kein Vorrecht für sich allein beanspruchen müsse." Lebhaftes Hin- und Her-Debattiren veranlaßte zwei folgende Anträge, der des Präsidenten Lette, daß die Candidaten sich zunächst in den einzelnen größeren Wahlbezirks-Versammlungen vorstellen, dann erst in der General-Versammlung sämmtlicher Wahlmänner auftreten sollten, und der entgegengesetzte von Franz Duncker, die Candidaten zuerst in der Generalversammlung auftreten zu lassen, dann sich in den Bezirksversammlungen durch vorläufige Wahlen für einen bestimmten Candidaten zu entscheiden, die großen wie die kleinen

Versammlungen aber in Permanenz zu setzen und jene vielleicht des Morgens, diese Nachmittags abzuhalten. Für den letzten Antrag entschied sich die Versammlung, trotz den Ausführungen Held's, daß eine Generalversammlung „ungesetzlich" sei, indem sie das den Wahlmännern vor den Urwählern gegebene Mandat überschreite. Wüstes Geschrei und unparlamentarische Aeußerungen wurden Hrn. Held entgegengesetzt, der Tumult steigerte sich, als Hr. Eichler reden wollte: er kam nicht zu Worte. Die Versammlung vertagte sich bis auf den nächsten Morgen. (Ein späterer Bericht*) entwirft folgendes allgemeine Bild dieser und der anderen Versammlungen: „Mit der ersten Zusammenkunft der Wahlmänner, bei der keine Regel und Ordnung herrschte, begann das wüste Treiben, das die Wahlen der Abgeordneten hier ebenso wie fast überall meist irreführte. In chaotischer Unordnung drängten sich Tausende in die Garnisonkirche, weil an Legitimation der Eintretenden gar nicht gedacht war. Der Bürgermeister Naunyn bemühte sich vergebens zu Worte zu kommen, das Durcheinanderrufen, das zunehmende Brausen verworrener Stimmen zeigte, daß die Absicht der Anwesenden nicht eine gemeinsame Verständigung sein konnte. Man rief dem Vorsitzenden zu: „auf die Kanzel! auf den Altar!" es schien nach dem wilden Lachen, das diese Aeußerungen begleitete, mehr eine Profanirung des Heiligen als eine Gelegenheit, den Vorsitzenden besser zu verstehen, gesucht zu werden, bis dieser endlich nach vergeblichem Bemühen die Versammlung zu 3 Uhr Nachmittags nach dem Concertsaale des Schauspielhauses beschied. Der Wahlmann Buchhändler Springer hatte den glücklichen Gedanken gehabt, im voraus eine Art von Legitimationskarten anfertigen zu lassen und sie auf der Straße unter die heraustretenden Wahlmänner zu vertheilen, damit die Karten von den Bezirksvorstehern gestempelt, an den Thüren des Concertsaales zum Ausweise für die Eintretenden dienen könnten. So ward es wenigstens möglich, daß in den untern Raum des Saals nur Wahlmänner zugelassen wurden, und die Zuhörer die Gallerien einnahmen; aber der wüste Geist war aus der Garnisonkirche mitgezogen in das Schauspielhaus. Wildes Durcheinanderschreien, Pochen und Toben machten es dem Bürgermeister Naunyn unmöglich den Vorsitz zu behalten; nachdem er sich heiser und matt geschrieen, legte er ihn nieder, und die kräftigste Gestalt und Stimme unter den Wahlmännern, welche sich in der Person des Geh. Revisionsraths Bauer vereinigten, wurde zur Beschwichtigung der wogenden Menge erkoren. Die ganze Versammlung machte aber einen beschämenden Eindruck und gab den Beweis von der großen Unreife der Wahlmänner für ein gemeinsames Zusammenwirken in der wichtigsten politischen Angelegenheit, die je für das Vaterland dagewesen war. — Am folgenden Tage hatten sich indeß die heftigen Gemüther beruhigt, es konnten unter dem Vorsitz des seinem Amte voll-

*) „Berliner Zeitung." (Von Adam Löffler.) 24. Januar 1849.

kommen gewachsenen Geh. Raths Bauer, unterstützt von einer mächtigen Glocke, die Vorbereitungen für die Wahlen in geregelter Weise vorgenommen werden. Candidaten für die vereinbarende Versammlung wurden aufgestellt oder stellten sich selbst auf, so daß bald eine lange Liste künftiger Volksvertreter angefertigt werden konnte, welche nun wie bei einem großen Schulactus aufgerufen, nach einander auftraten und ihre meist wohl einstudirten Reden hielten. Ungeachtet der Beifallsbezeugungen, mit denen fast jeder Redner abtrat, brachten sich dieselben durch ihre Reden doch mehr um ihre Aussicht auf Volksvertretung, als daß sie sie vermehrt hätten; am meisten Gunst schienen noch Erzählungen von Leiden und Kämpfen unter der früheren Regierung, besonders unter dem Minister Eichhorn, zu erwerben; Absetzung, Schließung der Vorlesungen, Untersagen des Predigens, Gefängniß, Verbannung, ja einmal sogar ein Todesurtheil wurden als die besten Empfehlungen der Bewerber mit rauschendem Beifall besonders von den Tribünen aufgenommen. Es machte sich immer deutlicher das Streben geltend, vorzugsweise Männern, welche unter dem alten Regierungssystem gelitten, die Gunst zuzuwenden. Eine unermüdliche Ausdauer bewiesen die Wahlmänner im Anhören von Reden, die oft kaum den Werth von Schülerdeclamationen hatten, und obgleich sie Vormittags im Schauspielhause schon übersättigt sein konnten, wanderten sie mit frischem Heißhunger Nachmittags in den Concertsaal des Opernhauses oder in das Theater Urania u. s. w., um dort in den Versammlungen der Wahlmänner der einzelnen Wahlbezirke entweder andere Reden oder dieselben noch einmal zu hören; begegnete es doch selbst dem Dichter Prutz und dem Geschichtsforscher Fr. v. Raumer, daß ihnen beim Interpelliren vorgehalten wurde, sie hätten dieselbe Rede wörtlich schon einmal gehalten. An die Reden reihten sich Interpellationen und Befragungen über einzelne Ansichten oder Lebensverhältnisse der Candidaten. Es war unsere politische Kindheit oder Rathlosigkeit, welche nach einem solchen Mittel, Herzen und Gesinnung zu erforschen, greifen ließ. Gedruckte Programme oder Bekenntnisse, welche einzelne Bewerber vertheilten, konnten noch weniger ein Zeugniß über deren Tüchtigkeit zur Volksvertretung abgeben, da der lebendige Eindruck der Persönlichkeit fehlte. Der wichtigste Theil für die Thätigkeit der Wahlmänner blieben daher die Berathungen in den Parteiversammlungen. Fast instinctmäßig fanden sich die Gleichgesinnten zusammen. Die Liberalen des früheren Reigerungssystems, die aufrichtigen Constitutionellen, bildeten die conservative Seite; das Vereinigungszeichen war das Zweikammersystem; die verkappten oder unbewußten Republikaner vereinigten sich getrennt von diesen als Anhänger des Einkammersystems. Jedoch bei der geringen politischen Erfahrung erschien dieser Gegensatz nicht so schroff, daß nicht auch der Geh. Obertribunalsrath Waldeck, der sich für das Einkammersystem bekannt hatte, von vielen Freunden des Zweikammersystems die Stimme erhielt, da er gesagt hatte: „ein Staatsrath ersetzt die erste Kammer", worin man nur eine andern Na-

men für diese selbst zu erkennen glaubte. Bei diesen Parteiversammlungen war es nun ein Uebel, daß die Unfähigkeit eines jeden Mitwahlmanns zur Stelle eines Abgeordneten den Uebrigen leicht einleuchtete, aber leider nicht ebenso rasch ein völlig befähigter gefunden ward: man verwarf einen Vorgeschlagenen nach dem andern, bis man sich endlich, als der 7. Mai gekommen war, doch für die Wahlen am 8ten wenigstens vorläufig einigen mußte, oder man einigte sich auch nicht und überließ die für das Wohl des Vaterlandes und aller Mitbürger wichtigste Entscheidung einem zufälligen Würfelspiel oder einer geschickten Minorität, die stark ward, weil sie einig war und bestimmt wußte, was sie wollte."

Einhundert und acht Namen von Personen, die theils sich selbst als Candidaten gemeldet hatten, theils von Anderen vorgeschlagen waren, wurden in der General-Versammlung vom 4. verkündigt. Eine an die Wahlmänner im Schauspielhause vertheilte Liste*) enthält sie in dieser Reihenfolge:

Verzeichniß derjenigen Wahlmänner, welche sich selbst als Candidaten für die Versammlungen in Berlin und Frankfurt vorgeschlagen haben. 1. Privatgelehrter Breyer, f. Berlin. 2. Dr. Zunz, f. Frankfurt. 3. Fabrikant Thouret, f. Frankfurt. 4. Tuchmacher Hippe, f. Berlin. 5. Arbeiter Fellner, f. Berlin u. Frankfurt. 6. Brettschneider, f. Berlin, 7. Dr. Diesterweg. 8. Arbeiter Petag, f. Berlin. 9. Dr. Schweitzer. 10. v. Wimpffen, f. Berlin und Frankfurt. 11. Professor v. Raumer. 12. Geh. Rath Hoeppe, f. Frankfurt. 13. Arbeiter Müller, f. Frankfurt. 14. Assessor Jung, f. Berlin und Frankfurt. 15. Tischler Kielmannsegge, f. Frankfurt. 16. Buchdrucker-Gehülfe Gelbrecht, f. Frankfurt. 17. Schlosser Siegerist, f. Berlin. 18. Seidenweber Schulz, f. Berlin. 19. Studiosus Arnoldt, f. Frankfurt. 20. Lehrer Huß, f. Berlin. 21. Dr. Nauwerk, f. Berlin. 22. Professor H. Benary, f. Berlin. 23. Staats-Anwalt Bunsen, f. Frankfurt. 24. Redakteur Dr. Faucher. 25. Dr. Woeniger, f. Berlin und Frankfurt. 26. Schriftsetzer Magny, f. Berlin. 27. Dr. Glaser, f. Berlin und Frankfurt. 28. Professor Geppert, f. Berlin. 29. Assessor Gossen, f. Berlin und Frankfurt. 30. Arbeiter Kosel, f. Berlin. 31. Schlossermeister Bachmeyer, f. Berlin. 32. Advokat-Anwalt Volkmar, f. Berlin und Frankfurt. 33. Stadtverordneter Jul. Berends, f. Berlin. 34. Prediger Brauner, f. Frankfurt. 35. Dr. Prutz, f. Frankfurt. 36. Professor Maßmann, f. Frankfurt.

Verzeichniß derjenigen Männer, welche für die Versammlungen in Berlin und Frankfurt von Andern vorgeschlagen worden sind. 1. Justiz-Rath Geppert (vorgeschlagen vom Land- und Stadtgerichts-Rath Gerloff). 2. Devaranne f. Berlin (Naphtali). 3. Dr. Rau f. Berlin (Schulze). 4. J. A. Zacharias (Demuth). 5. C. Goldschmidt (Demuth). 6. Kammergerichts-Präsident v. Grollmann (Rosselt). 7. Dr. Kleiber (Dr. B.) 8. Dr. Stern (Dr. B.) 9. Dr. Nauwerk f. Frankfurt (Dr. Kleiber). 10. Ober-Landesgerichts-Rath Baur (Dr. Bartsch). 11. Justiz-Rath Jung (Petag). 12. Prof. Dahlmann in Bonn (Dr. Dann). 13. Grabow, f. Berlin (J. Jacoby). 14. Geh. Revisionsrath Jonas (Dr. Kleiber). 15. Oelsner Monmerqué (Dr. Sebald). 16. Prof. Keller, f. Frankfurt (Kirchheim). 17. Director Saegert (Schmidt). 18. Liedtke, f. Frankfurt (Schmidt). 19. Director Diesterweg, f. Frankfurt (Ritsche). 20. Prof. Dielitz, f. Frankfurt (Ritsche). 21. Präsident Rönne, f. Frankfurt (Günther). 22. Advokat-Anwalt Deycks, f. Berlin (Splitt). 23. Justiz-Rath Riedel (Freund). 24. Stadt-Rath Duncker (Gosewich). 25. Ed. Schmidt (Ruwel). 26. General v. Reyher, f. Berlin (Teichert). 27. Geh. Finanz-Rath v. Jordan, f. Berlin (Platz). 28. Dr. Woeniger, f. Berlin und Frankfurt (Diesterweg). 29. Dr. Minding, f. Berlin (Harnecker). 30. G. v. Gruner (Houben). 31. Prof. Dove, f. Frankfurt (Von). 32. Buchhändler Simion (Lange). 33. Prediger Jonas (Wolff). 34. Geh. Revisionsrath Heffter, f. Frankfurt (Prof. Benary). 35. Prof. Jacob Grimm, f. Frankfurt (Dr. Horkel). 36. Buchhändler Dr. Veit, f. Berlin und Frankfurt (Cracow, Rosenberg, Simion und Fournier).

*) Gedruckt bei J. Sittenfeld.

37. Assessor Friedländer, f. Frankfurt (Dr. Dann). 38. Minister-Präsident Camphausen, f. Frankfurt (Wollheim und Rosenberg). 39. Geh.-Rath Esser, f. Berlin und Frankfurt (Devaranne). 40. General-Lieutenant v. Selasinsky, f. Berlin und Frankfurt (Devaranne). 41. General Peucker, f. Frankfurt (Major v. Holleben und Fürst Radziwill). 42. Director August, f. Berlin (Dr. Lindner und Waldaestel). 43. Ludwig Feuerbach, f. Frankfurt (Dr. Lindner). 44. General-Postmeister v. Schaper (E. Goldschmidt und Prätorius). 45. Geh.-Rath Dieterici, f. Frankfurt (Prof. v. Raumer). 46. Ober-Regierungs-Rath Keller, f. Frankfurt (Assessor Ulrich). 47. Staatsanwalt v. Kirchmann, f. Berlin und Frankfurt (Assessor Preß). 48. Major v. Holleben, f. Berlin (Huckauf). 49. Schlosser Krause, f. Frankfurt (Platz). 50. Dr. Rutenberg, f. Berlin (Fr. Duncker). 51. Assessor Stachow, f. Berlin (J. H. Freund). 52. Prediger Sydow, f. Berlin und Frankfurt (Justiz-Commissarius Goldschmid). 53. Geh. Finanz-Rath Maclean (Rath Gerloff). 54. Stadtverordneter Krebs, f. Berlin (Amtmann Seidel). 55. Dr. Collmann, f. Frankfurt (Wiebe). 56. Oberst v. Webern, f. Frankfurt (E. Goldschmidt). 57. Kaufmann Ullmann f. Berlin (Wiebe). 58. Kammergerichts-Rath Goldtammer, f. Frankfurt (Preß). 59. Prof. Kopisch, f. Berlin (Prof. Dielitz). 60. Franz Duncker, f. Frankfurt (Dr. Wolff). 61. Stadt-Rath Duncker, f. Frankfurt (Mertens). 62. Assessor v. Herford, f. Berlin (Stadt-Rath Duncker). 63. Kammergerichts-Rath Striethorst (Präsident v. Rönne). 64. Prof. David Strauß in Ludwigsburg, f. Frankfurt (Stadt-Rath Duncker). 65. Dr. O. Schomburgk, f. Berlin (M. Schmitz). 66. Silberarbeiter Bisky, f. Berlin und Frankfurt (M. Schmitz). 67. Dr. Gericke, f. Berlin und Frankfurt (Rauen). 68. Prof. Helwing, f. Frankfurt (v. Viebahn). 69. Legations-Rath v. Gruner (v. Viebahn). 71. Prof. Gneist, f. Frankfurt (Buchhändler Schultze). 72. Geh.-Rath v. Viebahn, f. Berlin (Rauen).

Der Reihe nach traten die genannten Candidaten in den Generalversammlungen vom 4. bis zum 7. Mai auf. Ein großer Theil der Redner behandelte fast ausschließlich die sociale Frage. So Hr. Thouret, der über die Handelsverhältnisse Deutschlands, über das jusqu'à la mer und alte Sünden der Diplomatie sprach, Hr. Hippe, der über den moralischen und finanziellen Ruin, welchen die Maschinen über die Menschheit brächte, klagte, Hr. Fellner, der seine Dienste für eine deutsche Flotte anbot, Hr. Faucher, der einen weitläufigen Vortrag über Staatswirthschaft hielt, Hr. Magny, der mit großer Ausdauer auf Gewerbefreiheit bestand, Hr. Rau, der die sociale Frage als diejenige zu beleuchten suchte, welche berathen würde, „seitdem Weltgeschichte gespielt werde", Hr. Goldschmidt, Hr. Siegerist, der es wünschenswerth fand, wenn die Arbeitgeber ihr drittes Gericht vom Mittagtisch mit den Arbeitern theilten, Hr. Petag u. A. Hr. Liedtke erklärte, er sei immer bereit gewesen, Alles für das Wohl des Volkes zu opfern; gern bringe er auch noch jetzt sein ganzes Vermögen zu diesem Zwecke dar. Von einem Wahlmanne interpellirt, ob er derselbe sei, welcher vor mehreren Wochen unter Arbeiter Geld vertheilt, antwortete er, daß diese Beschuldigung eine unwahre, als jedoch von mehreren Seiten Zeugnisse für die Richtigkeit derselben beizubringen sich erboten, versicherte er, statt jeder weiteren Antwort, nochmals, daß er bereit sei, sein ganzes Vermögen zu opfern, worauf ein starker Tumult ihn nöthigte, die Tribüne zu verlassen. Der Oberfeuerwerker Bretschneider erbot sich den Stand des gemeinen Soldaten in der constituirenden Versammlung zu vertreten. Hr. Devaranne hielt der Volksbewaffnung eine Lobrede; sie veranlaßte tumultuarische Auftritte, als ein Wahlmann den Redner in wenig zarter Weise an den Wider-

stand erinnerte, den derselbe als „vormärzlicher" Stadtverordneter in der Angelegenheit wegen Errichtung einer Bürgerwehr geleistet habe. Hr. Diesterweg sprach von Nationalerziehung, die er nach körperlicher Bildung, Erziehung im Gehorsam und Vertrauen, Gemüthsbildung und intellectueller Bildung abtheilte. Hr. Justizrath Geppert entwickelte „in gemüthlichem Vortrage" gemäßigt-liberale Ansichten; er vertheidigte das System der zwei Kammern, von denen die erste jedoch keine erbliche oder privilegirte, sondern eine Repräsentation der Mächte, der Corporationen sein sollte. Aehnlich Hr. Professor Geppert; er erklärte sich aber dagegen, daß das Militair seine Vertreter in der ersten Kammer selbst wähle; da die Disciplin das nicht zulasse, so müsse die Regierung die militairischen Vertreter ernennen. Hr. Glaser ebenfalls für zwei Kammern, in deren erster der Grundbesitz, das Land, in deren zweiter das beweglichere Element, die Städte vertreten werden sollten. Hr. Prof. Dielitz für zwei Kammern, deren Mitglieder im indirecten Wahlmodus zu wählen, und gegen einen deutschen Kaiser. Hr. v. Raumer verwies auf sein bisheriges, größtentheils der Oeffentlichkeit vorliegendes Leben als auf die geeignetste Empfehlung seiner Candidatur. Hr. Nauwerck bekannte sich dem Principe nach als einen Republikaner, der jedoch die constitutionelle Monarchie für die einzige Form halte, welche den gegenwärtigen staatlichen Zuständen Deutschlands entspreche. Er stehe auf dem Boden der großen Revolution, die Deutschland gehabt; er fasse als deren Ergebniß die Herrschaft des Volks, die Demokratie und werde diese bis in ihre weitesten Consequenzen verfolgen. Für Deutschland wolle er zwei Kammern, eine Volks- und eine Staaten-Kammer, die bei Streitigkeiten zusammentreten und gemeinschaftlich abstimmen müßten. — Hr. Berends (berichtete die Nat.-Z.) erklärte, er habe das demokratische Princip unter dem absoluten Königthum vertheidigt, und werde es auch jetzt unter dem constitutionellen vertheidigen. Ihm komme Alles darauf an, die politische Frage schnell zu lösen, um dann zur socialen übergehen zu können. Deren Lösung sei aber nur von vollständiger Entschiedenheit zu erwarten. Eine Theilung der Gewalt könne er nicht anerkennen; er räume dem Könige ein Veto nicht ein, weil er nicht verantwortlich sei. Uebrigens würde ein, dem Gesetze nicht verantwortlicher König vom Volke zur Rechenschaft gezogen werden, und dies nur eine neue Revolution herbeiführen. Hr. Berends will auch im Volke keine Theilung, daher nur Eine Kammer. Alle ihm bis jetzt bekannt gewordenen Projecte für eine erste Kammer, seien viel zu künstlich: er müsse klar und rein sehen. Er wolle in den Verhandlungen und in den Beschlüssen Besonnenheit und sehe die Möglichkeit derselben in der zweimaligen Lesung, damit die Presse Zeit gewinne, die Gegenstände zu besprechen. In Bezug auf die Schulen wünscht er unentgeltlichen Volksschulunterricht, auf Kosten des Staates. Die Kirche soll vom Staate getrennt, Sache freier Vereinigung sein. Zur Lösung der sozialen Frage muß nach seiner Meinung das Organ dazu, das Arbeiter-Mi-

nisterium in die Stats-Verwaltung aufgenommen werden. Auf die an Hrn. Berends gerichtete Frage: ob der König denn gar keine politischen Rechte haben solle? antwortete derselbe mit einem kurzen „Nein!“ Es wurde die Frage aufgeworfen: auf welche Weise die Kosten für den Volksunterricht beschafft werden sollten? Hr. Berends verwies deswegen auf eine Einkommensteuer und bemerkte, daß ja schon jetzt die Armenschulen zumeist auf öffentliche Kosten erhalten würden. Die Frage: ob Monarchie, ob Republik? beantwortete er damit, daß er der constituirenden Versammlung das Recht, darüber zu entscheiden, nicht einräumen könne. Sollte diese Frage zur Discussion kommen, so würde er sein Mandat niederlegen, um deswegen an das Volk zu appelliren. — Ueber die Reden der HH. Benary, Gossen, v. Wimpfen, Wöniger, Stern urtheilt das genannte Blatt, daß sie sich „sehr auf der gesegneten Straße der Mittelmäßigkeit“ gehalten hätten. „Klar und energisch, wie ein Mann“ habe der Arbeiter Kosel gesprochen; „sehr conservativ“ der General v. Reyher, der, in Betreff des deutschen Bundes, sich für einen deutschen Kaiser erklärte, falls der König von Preußen diese Würde erhielte; im anderen Falle wolle er lieber einen Präsidenten, doch müsse der Oberfeldherr des Bundesheeres ein preußischer Offizier sein. Der General v. Selasinsky machte auf die Nothwendigkeit aufmerksam, Militairs in die Frankfurter Versammlung zu schicken; als besonders geeignet wurden von ihm der Lieutenant v. Sydow und der Major Teichert genannt. Der Letztgenannte äußerte sich in seiner Rede entschieden gegen jede Art von Privilegien in der Armee und für eine vollkommene Reorganisation der militairischen Verhältnisse Preußens auf den alten Scharnhorst-Gneisenau'schen Grundlagen. — Um die Versammlungen der Wahlmänner im Allgemeinen zu charakterisiren, fügt die Nat.-Z. ihrem Berichte Folgendes hinzu: „Das Bürgerthum, das Mitbürgerthum bildete die Hauptmasse der Versammlung; kaum daß einmal die Bezeichnung: „Herr“ gebraucht wurde; „liebster Mitbürger“ und „geehrter Mitbürger“ waren die Lieblingsausdrücke, vor Allen des Vorsitzenden, Geh. Raths Bauer. Und nicht bloß in dieser Aeußerlichkeit zeigte sich die bürgerliche Gesinnung der Mehrzahl: die friedlichsten, gemüthlichsten Personen einerseits, die mit sanfter Stimme für die künftige Ruhe unseres Vaterlandes Bürgschaft leisteten, und die kräftig donnernden Redner andererseits, welche die gewöhnlichen Stichwörter gleichsam explodiren ließen, waren immer des Beifalls sicher. Von den Interpellationen war vielleicht am pikantesten die des Hrn. Rutenberg, in Folge deren der Finanzrath v. Jordan veranlaßt wurde, sich zu der bereits seinen Urwählern vorgetragenen Ansicht zu bekennen, diejenigen welche directe Wahlen und eine Kammer verlangten, seien gewiß Republikaner und diese müsse man fern halten. Sollen wir — schließt der Bericht — den Eindruck zusammenfassen, den die Verhandlungen, auf uns im Allgemeinen gemacht haben, so können wir nur sagen: wir wünschen

sehnlichst, daß die Wahlen in Berlin ganz anders ausfallen mögen, als es bis jetzt (am Tage vor der Wahl) zu hoffen steht."

Spärlicher noch als die Berichte über die Generalversammlungen der Wahlmänner — einen fortlaufenden, jedoch nur oberflächlichen enthielt allein die Nat.-Z. — sind die Mittheilungen der Blätter über die in den einzelnen Wahlbezirken gepflogenen Verhandlungen. Die Zeit.-Halle allein bringt über einige derartige, in den Tagen vom 4. bis 7. Mai abgehaltenen Versammlungen, vereinzelte Referate, denen wir Folgendes entnehmen:

In der Vorberathung des Wahlbezirks in der Jerusalemerkirche (am 5.) sprachen die Candidaten für die preußische National-Versammlung: Prof. Benary, Prof. v. Raumer, Stadtverordneter Buchdrucker Berends, Dr. Rutenberg, Prof. Magnus, Stadtrath Duncker. — Die Versammlung, die, unter dem Vorsitze des Geh. Rev.-Rath Bauer, im unteren Raum der Kirche aus den Wahlmännern, auf den Tribünen aus einer großen Anzahl Wählern bestand, beobachtete eine musterhafte, sich wesentlich von dem stürmischen Charakter der Generalversammlungen unterscheidende Haltung. Einen besonderen und kräftigen Eindruck schien namentlich die Rede des Herrn Berends hervorzurufen. Er war für Einkammersystem gegen das Veto und das Recht über Krieg und Frieden seitens des Königes, sowie für directe Wahlen und unentgeltliche Erziehung des Volkes. — Mit stürmischem Beifall sprach am 4. in dem Versammlungs-Locale der Wahlmänner des ersten Wahlbezirks, in der Waisenkirche, der Lieutenant v. Sydow, über die Verminderung des stehenden Heeres, die Volksbewaffnung und die Verminderung des Militair-Etats, nachdem derselbe, als Candidat für Berlin vorgeschlagen, um die Erlaubniß gebeten hatte, nur über die angegebenen Gegenstände sprechen zu dürfen, indem er, würde man ihn als Abgeordneten wählen, hauptsächlich diese zu vertreten gedenke. Der Redner hält eine Verminderung des jetzt bestehenden Heeres für unmöglich, ohne darum den Gedanken einer allgemeinen Volksbewaffnung aufzugeben. Unser Militairdienst sei die eigentliche Schule der Wehrverfassung, und wie gering das Heer im Verhältniß zur Bevölkerung sei, das gehe daraus hervor, daß Preußen 720,000 dienstpflichtiger junger Leute von 20—25 Jahren besitze, wogegen das Heer nur 120,000 Mann stark ist. Außer der Waffenübung bilde der Staat aber in den Soldaten noch mancherlei, was sich nicht füglich in ein Zeughaus stecken lasse, um beliebig ausgegeben zu werden, die Disciplin, die in den Tagen der Noth so unentbehrlich. Und dennoch werde sich der Militair-Etat um ein Bedeutendes verringern lassen. Nur beispielsweise führe er eine verringerte Dienstzeit an, wie Beurlaubung auf längere Zeit, nachdem die Exercitien vorüber. Hauptsächlich will der Redner die glänzenden Paraden abgeschafft wissen, eben so die theuren Inspectionsreisen, wo zur Besichtigung eines Remontepferdes oft drei Reisen gemacht werden; nicht weniger die große Zahl von Chefs, die zur Disposition stehen, er will, daß der Offizier diene, um dem Staate zu dienen, nicht aber um die Aussicht auf glänzende Pension zu haben. Die Chefs brauchten dann ferner keine glänzenden Diners zu geben, wofür sie noch extra Vergütigung empfangen. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß er vor allem beim Militair den Kastenstolz ausgerottet haben will, daß die Militair-Ehre nicht höher gelten soll als Bürger-Ehre. — Hr. Held: Ich stehe hier als Wahlmann, nicht als Candidat; die Grundsätze, welche wir von Herrn v. Sydow gehört haben, sind groß, erhaben: ich bewundere sie, sie gehören aber nicht zur Sache, die hier vorliegt. Es handelt sich in der zusammentretenden Abgeordneten-Versammlung nicht um die einzelnen Institutionen, wie das Heerwesen, sondern um das Staatsgrundgesetz, um den Contract, durch welchen die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen Krone und Volk festgesetzt werden sollen. Dieses Geschäft ist dasjenige der nächsten Volkskammer. Die Bestimmungen über die Heeresverfassung gehören erst vor eine spätere Kammer, welche nach Gründung der Verfassung in Wirksamkeit treten wird. Zu dieser Kammer würde ich Herrn v. Sydow mit dem größten Vergnügen wählen, wenn er sich dazu meldet, nicht zur constitutiven Versammlung. — Staatsanwalt v. Kirchmann. Ich bin entschieden für die constitutionelle Monarchie und dafür, daß unserem regierenden Hause die Rechte auf den Thron vorbehalten bleiben, bin für alle Consequenzen des constitutionellen Systems. Es ist leicht die einzelnen Freiheiten, die man für das Volk wünscht, alle herzuzählen. Man bedenkt aber nicht, daß sie sich widersprechen. Die Gränze zwischen ihnen zu finden, das ist das Schwierige. — Auf diese Gränze kommt es z. B. an bei den Schutzzöllen gegenüber der freien Concurrenz, bei der Frage von Minderung der übertriebenen Arbeitszeit und Erhöhung

des Lohnes. Diese Freiheiten mit einander zu verbinden, jedem Stande seine Freiheiten zu gewähren, ist das Schwierige. Ich bin nur für Eine Kammer, für die einfachste Form der Verfassung. Die künstliche Methode der Theilung hilft nichts. Die Souverainetät hat in Frankreich in der unteren Kammer geruht, und die Pairskammer hat das Land nicht vor der Revolution schützen können. In England war es bis zur Reformbill umgekehrt, weil die Ernennung der Unterhausmitglieder von den Mitgliedern des Oberhauses abhing. Jetzt wird das Oberhaus dort nicht lange mehr sich halten. Ich bin für Schutz des Eigenthums, für Sicherung des Capitals, Gewerbefreiheit. Entfernung jeder fremden Einmischung in die Regulirung der Arbeiter-Verhältnisse. — Director August für Berlin: Eine politische Vorbildung habe ich nicht, mein Beruf hat mich mehr auf das Kosmopolitische hingezogen. — Ich habe das Glück gehabt, niemals mit der früheren Verfassung und Verwaltung in Conflict gekommen zu sein, denn die Regierung hat die Freiheit des Unterrichts nie angegriffen. (Mißbilligende Bewegung.) —

Am 5. präsentirten sich in der Waisenkirche (I. Wahlbz.) nachfolgende Candidaten: Geh. Archiv-Rath Riedel. Derselbe sprach sich für das Zweikammer-System aus. Die erste Kammer müsse auf Besitz gegründet sein, die zweite aus dem freien Rechte der Persönlichkeit hervorgehen; es müsse eine Vertretung aller Stände stattfinden, und die Gemeinde-Verfassung die Basis des politischen Lebens werden. Die Hauptgarantie der Staatsverfassung sehe er in der Gerichtsverfassung und in der Wehrverfassung. Nachdem der Candidat mehrere Vorzüge der constitutionellen Monarchie vor der absoluten hervorgehoben, wurde er von Herrn Below darüber interpellirt, wie die Vertretung des Besitzes seiner Ansicht nach gefunden werden solle, ob durch den Besitz unmittelbar oder durch Wahl. — Der Candidat erwiderte, daß in jeder der zwei getrennten Kammern ein besonderes Princip herrschen müsse. In der ersten Kammer wünsche er die materiellen Größen vertreten, die im Grundbesitz und Capitalbesitz repräsentirt seien; beispielsweise führte er als solche in der ersten Kammer repräsentirbare Größen die Eisenbahn-Institute an. Auf eine fernere Interpellation über die Rechte, welche er der Krone zugestehen zu müssen glaube, erklärte er, daß er dieselbe vollständig ausgestattet wissen wolle mit der vollziehenden Gewalt, mit dem Oberbefehl über das Heer, dem Begnadigungsrecht, daß die Rechtspflege in ihrem Namen ausgeübt, die Steuern in ihrem Namen erhoben werden müßten, daß er der Krone ein bedingtes Veto gegen die in den Kammern ausgeübte Gesetzgebung in der Art einräume, daß ihr das Recht der Kammer-Auflösung zustehe und daß sie die Beschlüsse derselben unter der Voraussetzung, daß die Kammer sich in nicht kürzerem Zwischenraume als dem Eines Jahres versammele, zweimal verwerfen könne. Auf eine dritte Interpellation sprach er sich in Bezug auf directe oder indirecte Wahlen dahin aus, daß die letztere Wahlform durch die Zeitumstände gerechtfertigt werde, der ersteren jedoch unbedingt weichen müsse, sobald eine größere Gewöhnung an das öffentliche Leben eingetreten sei. — Geheimer Ober-Revisions-Rath Jonas: Er wolle sich nur über die Grundsätze, nicht über die Details der Verfassung auslassen. Die Abgeordneten-Versammlung sei dazu berufen, die Verfassung mit dem Könige zu vereinbaren. Es komme nicht darauf an was man durchbringen wolle, sondern was man durchbringen könne; man müsse die vorhandenen Nüancen vergleichen und mit seinen Grundsätzen in Einklang bringen. Er bekenne sich zu dem constitutionellen Königthum und wolle das, ohne welches ein constitutioneller König nicht bestehen könne. Ein constitutionelles Königthum müsse mit constitutionellen, nicht mit republikanischen Formen umgeben sein. Er wolle, daß Niemand von der Wahl zum Abgeordneten ausgeschlossen werde, daß das gesammte Volk direct, nicht indirect wähle; man könne nicht einwenden, daß bei der directen Wahl Minoritätswahlen zum Vorschein kämen, denn die Erfahrung habe gelehrt, daß auch jetzt bei der Wahl der Wahlmänner fast lauter Minoritätswahlen vorlägen. Er sei für zwei Kammern; die erste Kammer müsse die großen Interessen vertreten, sie müsse aus Wahlen hervorgehen, in welcher Weise, darüber habe er jetzt noch keine Ansicht. Das Veto des Königs müsse blos durch Auflösung und sofortige Wiedereinberufung der Kammer ausgeübt werden. Was die sociale Frage betreffe, so sei er für Einrichtung einer Behörde, welche die Interessen der Gewerbetreibenden vertrete, und welche das Ministerium um Rath zu fragen verpflichtet sei. Auf eine Interpellation, aus welchen Kreisen er die Elemente der ersten Kammer zu nehmen gedenke, erwiderte er, daß Niemand im Stande sei, einen speciellen ausgearbeiteten Verfassungsplan vorzulegen und den Wahlmodus für beide Kammern anzugeben, daß man ihm zutrauen müsse, daß er aus dem Prinzip heraus die Mittel zu finden wissen werde. — Studiosus Arnold: Er trete als Wahl-Candidat besonders aus der Rücksicht auf, weil er Arbeiter gewesen, ehe er Student geworden, und sich noch als Arbeiter, als ein Bruder der unglücklichen Enterbten (Murren!) betrachte, auch aus der Rücksicht, weil er bemerkt, daß bei den bisherigen öffentlichen Versammlungen oft die schwächsten

Leistungen der Arbeiter beklatscht würden, um sie zu berauschen. (Murren!) Die sociale Frage, fuhr er fort, ist für mich die Hauptfrage, sie ist nur durch eine Organisation der Arbeit lösbar, unter einem einzigen deutschen Arbeiterministerium, (Murren!) welches im Stande ist, sich mit dem französischen Arbeiterministerinm in Verbindung zu setzen. (Verstärktes anhaltendes Murren.) Die Verfassung müsse so sein, daß ein Einkammersystem aus directen Urwahlen hervorgehen müsse und zwar solle diese Kammer souverain sein. Die Revolution ist nicht für die Constitution geschehen. Die Idee, wofür sie geschah, war die Demokratie und nur die Verhältnisse bedingen die constitutionelle Form. (Murren.) Für Deutschland wünsche er verantwortliche Minister; eine Kammer, ohne ein deutsches Oberhaupt. (Stärkeres Murren!) Dieses sei nöthig, um den Frieden zu sichern; es heiße der Freiheit einen Damm setzen, wenn man die Verfassung starr mache. Die Entwicklung der Völker sei eine naturgemäße, nothwendige. Stelle man ihr einen Damm entgegen, so verwandle man nur die Druckkraft des Volkes in eine Stoßkraft. (Murren!) — Justizrath Jung. Der allgemeine Anklang, den der Umsturz gefunden, habe auf zwei Umständen beruht, nämlich auf der Ungesetzlichkeit des früheren Zustandes wegen der unerfüllten Versprechungen von 1815 und darauf, daß man den Satz vergessen habe: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! — Der Redner fährt in folgender Weise fort: „Ich bin von einem Arbeitsmanne, Namens Pelag vorgeschlagen. Auf meine Frage, warum er mich vorgeschlagen, hat er geantwortet, daß er sich nach meinem Charakter erkundigt habe, daß Unerschrockenheit und Rechtschaffenheit Noth thue. Am Sonntage habe ich einen Aufsatz des Dr. Wöniger in der Vossischen Zeitung gelesen, worin derselbe sagte, daß unter 16 Millionen Menschen 1 Million 8 bis 10 Thlr. jährlich entbehren könne für die Arbeiter-Invaliden. In einem Schreiben an Dr. Wöniger habe ich zu erkennen gegeben . . ." (Unterbrechung. Ruf: zur Sache!) Der Redner erklärt sich für das Zweikammer-System, meint, daß der Zweck der Wahlen sowohl durch den directen als indirecten Wahlmodus sich erreichen lasse, daß der Krone ein zweimaliges Einspruchsrecht zustehen, daß in Frankfurt ein gekröntes Haupt den Vorsitz führen müsse. Als er hierauf die Worte spricht: „Meine Herren, die Zeit wird verflossen sein!" ertönte ein einstimmiges: Ja, ja, und schallendes Gelächter, womit die Rede beendigt wird.

Dem Interpellations-Eifer genügte zuweilen auch nicht das ausgedehnteste Frage- und Antwort-Spiel in den Versammlungen der Wahlmänner; erst in den öffentlichen Blättern spannen sich dort angeknüpfte Fäden ab. Hr. A. Zimmermann kann nicht unterlassen, die Freunde des Hrn. Jung zu interpelliren, ob sich gewisse von diesem in den Wahlmännerversammlungen gemachten Aeußerungen mit seinen im politischen Club geäußerten Ansichten in Einklang befänden; statt seiner Freunde sucht darauf Hr. Jung selbst den Interpellanten abzufertigen. Eine in der öffentlichen Wahlmännerversammlung an Hrn. Wöniger gerichtete Interpellation ruft eine durch die Tagesblätter veröffentliche Erklärung der „Direction des Königsstädter Theaters" hervor, worin diese mittheilt, daß, nachdem sie zu Anfang des Jahres dem Dr. Wöniger „für mehrfache auf Engagements und Beurtheilung neuer Stücke bezügliche, ihr geleistete Gefälligkeiten" ein Neujahrshonorar gesandt, er dieses sogleich mit einem verbindlichen Schreiben dankend zurückgeschickt habe, „da die Annahme mit der Unabhängigkeit seiner kritischen Stellung unvereinbar sei." Der Geheime Finanzrath v. Jordan rechtfertigt sich, in der Nat.-Zeit., gegen die von diesem Blatte gebrachte Mittheilung über eine an ihn gerichtete Interpellation, indem er das politische Glaubensbekenntniß wiederholt, das er als Wahlmannscandidat mit günstigem Erfolge abgelegt hatte.*)

---

*) „Ich habe," erklärt Hr. Jordan," in einer Urwähler-Versammlung des 48. Wahlbezirks zunächst daran erinnert, daß es bei der preußischen Verfassungsfrage nothwendig sei,

An derartige Erklärungen reihen sich die als Brochüren und fliegenden Blätter veröffentlichten Candidatur-Reden und Programme. Zu den ersteren gehören die von dem Geheimen Obertribunalsrathe Dr. Waldeck in dem Dorotheenstädtischen Wahlbezirke gehaltene Rede über das Einkammersystem und die „Ansprache" des Ziegeleibesitzers Dubitzky*) „zur Einführung seiner Bewerbung um die Stelle eines Abgeordneten für die preuß. National-Versammlung." Der Redacteur G. Julius empfahl sich den Wahlmännern durch „ein Programm für Frankfurt und Berlin", welches in 25 Punkten die Grundsätze einer neuen Organisation für Deutschland und Preußen enthält.**) Der „Wahl-

---

die Frage wegen des Ein- oder Zweikammer-Systems und die Frage wegen directer oder indirecter Wahlen gleichzeitig scharf in's Auge zu fassen und habe daran folgende Sätze meines politischen Glaubens geknüpft: 1) Wenn Jemand sagt: Zwei Kammern und indirecte Wahlen, so ist derselbe unbedingt als ein Mann anzusehen, welcher die constitutionelle Monarchie auf dauernden Grundlagen will; 2) wenn Jemand sagt: Zwei Kammern und directe Wahlen, so ist er darum noch nicht als ein Gegner der constitutionellen Monarchie zu betrachten; im Gegentheil glaube ich, daß bei zwei Kammern directe Wahlen nicht gefährlich, später vielleicht nothwendig, für jetzt aber nicht wohl ausführbar sind; 3) wenn aber Jemand sagt: Eine Kammer und directe Wahlen, und doch sich einen Freund der constitutionellen Monarchie nennt — der ist ein versteckter Republikaner, dem rufe Derjenige, welcher an dem constitutionellen Königthum festhalten will, die Worte zu: Noli me tangere, d. h. auf Deutsch: Hebe Dich weg von mir Satanas! Nach meiner Ueberzeugung kann sich Niemand darüber täuschen, daß eine Verfassung mit einer Kammer und mit directen Wahlen in Preußen früher oder später zur Republik führen müsse. Tritt daher Jemand auf und sagt: ich will eine solche Verfassung, weil ich die Republik anbahnen will, so wird es mir nicht einfallen, vor ihm zu warnen, denn sein politischer Glauben liegt offen vor; nur Denjenigen haben meine Worte treffen sollen, der die Maske des Constitutionalismus trägt und darunter republikanische Tendenzen verbirgt, gleichwie ich sie gegen Diejenigen wende, welche unter derselben Maske reactionäre Umtriebe verstecken. Wir haben nach beiden Seiten hin politische Heuchler! . ."

*) „Ansprache an die Wahlmänner und Urwähler des ersten größeren Wahlbezirks in Berlin, von Ludwig Dubitzky, Ziegeleibesitzer." (Druck von J. Dräger.) „In Berlin geboren und erzogen," beginnt dieselbe, „studirte ich später die Rechte und trat in den Staatsdienst, den ich aber, wegen nothwendiger Uebernahme meines jetzigen Geschäfts, wieder verlassen mußte. Dieses Geschäft ließ es, durch meinen theilweisen Aufenthalt auf dem Lande, zwar nicht zu, städtische Aemter zu übernehmen, gab mir aber dagegen Gelegenheit, die Verhältnisse des platten Landes, die Bedürfnisse seiner Bewohner, neben denen einer großen Stadt, kennen zu lernen. Die Vergleiche lagen nahe, und aufmerksamen Auges, mit einem lebendigen Gefühle für die gedrückte Lage des Volks, lernte ich seine Zustände prüfen und würdigen, die Grundrechte erkennen, die uns Allen gebühren, und deren unverkürzte Ausübung allein im Stande ist, unser geistiges und materielles Wohl zu befördern und zu befestigen. Daß daher die Demokratie diejenige Staatsform ist, die ich für allein entsprechend dem Willen des Volkes halte, brauche ich wohl kaum noch zu erwähnen. Für die vollendetste Form der Demokratie aber halte ich die Republik, zugleich auch für die strengste, deren Früchte nicht durch jähen Umsturz des Bestehenden, sondern vielmehr durch die Resultate einer sittlich-politischen Schule zur Reife kommen. Diese Schule, allgemein und für Jeden zugänglich, hat uns bisher gefehlt, und indem die Mehrzahl des Volks dies erkennt, die schaffenden und wirkenden Kräfte noch nicht für hinlänglich erprobt, für ausreichend hält, hat sie sich für eine Monarchie mit demokratischen Einrichtungen entschieden. Aus diesem Grunde bin auch ich, ehrlich und aufrichtig, für diese Staatsform, aber eben so fest und entschieden für ihre sämmtliche Consequenzen u. s. w."

**) „Ein Programm für Berlin und Frankfurt." (Druck von A. W. Hayn.) Aus den darin aufgestellten 25 Theses heben wir folgende heraus: „Der Geist der Zeit geht sichtlich auf eine neue Zusammenordnung der Menschen aus, deren Grundbedingung die Naturverhältnisse (Stammeseigenheit, Wohngränzen u. s. w.) und die Ernährungs-Interessen bilden — Nationalität und Arbeitsverhältnisse. Die politische Stellung der Staaten ist aber dessen-

Candidat für das deutsche Parlament" Dr. E. Große „beantwortet für die Berliner Wahlmänner" die Frage: „Was liegt eigentlich hinter der Frage verborgen: Ob Republik? ob Monarchie?" *) Zur Empfehlung seiner Person führt Hr. Große Aeußerungen an, die der Dichter Heine 1830, süddeutsche Blätter 1847 und der Fürst von Wallerstein in einer Kammerrede über ihn gemacht: er bezeichnet sich selbst als „einen erprobten Veteranen der Freiheit, einen von jenen, denen man mit Bürgermeister Behr, Doctor Eisenmann und anderen ein eisernes Schloß an den Mund legen und sie mit den bairischen Gefängnissen auf ewig verstummen lassen wollte . . . weil er vor 18 Jahren es wagte, von den Rechten des deutschen Volkes zu reden." Er ruft Männer wie Hansemann, Welcker, Mittermaier, Gagern, Itzstein zu Zeugen darüber auf, wie er, „als verlorener Posten in den Zeiten der Gefahr für das Vaterland Schildwache gestanden, als Acht und Bann auf jedem patriotischen Herzschlage lag, als, deutsch zu denken ein Hochverrath, eine feste Ueberzeugung zu hegen ein Majestätsverbrechen war." Hr. Große erklärt, daß er sich nicht als ein politischer, ein Parteimann melde, sondern als „ein Kind der Armuth"; er „möchte

---

ungeachtet noch ein entscheidendes Moment der Volksentwickelung. Für Deutschland ist es, damit beiden Momenten zugleich ihr Recht werde, darum zu thun, ein politisch mächtiges vereintes Deutschland, einen deutschen Staat, den anderen europäischen Staaten gegenüber, herzustellen. — Ein stehendes Heer und eine Kriegsmarine hält der deutsche Bundesstaat, und nur er allein, kein einzelner Staat in Deutschland. Die Grundlage des stehenden Heeres ist eine allgemeine Volksbewaffnung und Uebung aller wehrhaften Männer in den Waffen. — Jeder einzelne Staat im Bunde hat, mit Ausnahme der vorstehend bezeichneten gemeinsamen deutschen Angelegenheiten, für die Entwickelung seiner Gesellschafts-Einrichtungen unbedingte Freiheit; er richtet sich ein, wie die Staatsgenossen können und wollen, ohne daß die Bundesregierung oder das Parlament sich in seine inneren Angelegenheiten irgend einmischen dürfen; außer wenn von zwei streitenden Parteien, welche zusammen das Ganze des Einzelstaates bilden (z. B. Fürst und Volk) das Eingreifen der Bundesgewalt mittelst schiedsrichterlichen Spruches ausdrücklich, und zwar von beiden Parteien, verlangt wird. Nur da darf die Bundesgewalt eigenmächtig einschreiten, wo der einzelne Staat durch inneren Streit an der Erfüllung seiner Bundespflicht verhindert wird. — Die innere Entwickelung Preußens wird von unten auf gebildet. Ausgangspunkt der Gesammtentwickelung ist die Freiheit des Einzelnen — eines Jeden — Mittel der Entwicklung aller Kräfte ist die Vereinigung der Einzelnen zu engeren und immer weiteren Verbindungen (die Association). — Die Fiction einer Theilung der Gewalten soll keinen Einfluß auf die Verfassung haben. Die Befehle der Minister gelangen in den Provinzen und Kreisen nicht an königliche Beamte (Oberpräsidenten, Regierungen und dergl.), sondern an die von den Provinzial- und Kreis-Versammlungen eingesetzten Deputationen und Verwaltungsbeamte, von denen sie nach Erforderniß weiter an die Gemeinde-Deputationen und endlich an die Innungsvorstände oder Innungsversammlungen gehen. — Die Civil-Gerichtsbarkeit wird in allen Sphären durch Schiedsgerichte und die Criminal-Gerichtsbarkeit durch Schwurgerichte geübt. Preßvergehen giebt es nicht. Beleidigungen gehören vor die Schiedsgerichte, seien sie durch Wort, Schrift oder That geübt. Die Todesstrafe ist abzuschaffen. Untersuchungshaft findet nur bei sogenannten gemeinen Verbrechen statt. Außerdem darf die persönliche Freiheit Niemandes, der nicht rechtlich verurtheilt ist, angetastet werden. Die Gefängnißstrafe muß nach und nach immer mehr beschränkt werden, je mehr die Bildung des Volkes durch seine Betheiligung an Gemein-Angelegenheiten wächst."

*) „Das erschütterte König- und bedrohte bürgerliche Besitzthum, oder was liegt eigentlich rc. von Dr. E. Große, Wahl-Candidaten für das deutsche Parlament. Nebst Andeutungen wie die zunehmende Verarmung und der dadurch drohende Krieg des Besitzlosen und der der Besitzenden zu verhindern." (Bei C. A. Schiementz u. Co.)

den Fluch der Armuth und des Elends, der schon in den Kinderwindeln ihn getroffen, in einen Segen für die Glücklichen und Reichen verwandeln, denen die Gesellschaft alles gab, was sie ihm verweigerte; er möchte, ehe mitten in der Civilisation eine neue Barbarei ausbricht, den Begüterten und Gebildeten die sittlichen und geistigen Güter retten, welche am Besitze hangen." Er sucht auszuführen, daß die Arbeiterfrage die Lebensfrage der Nation sei: „Ohne der Stimmung der unteren Klassen durch materielle Abhilfe sich vergewissert zu haben, helfen der Krone alle politischen Concessionen nichts, ohne jene Lösung leben wir auch auf dem constitutionellen Rechtsboden in der Anarchie der Interessen. Das Königthum hat nur dann eine Zukunft, wenn es sich dieser Zustände bemächtigt, durch staatskluge, schnelle Lösung der materiellen Nothfrage der republikanischen Fraction den Angriff abschneidet." Schließlich verheißt er das baldige Erscheinen einer Adresse an den König, welche den „Plan eines deutschen National-Rettungsfonds für die Organisation der Gewerbe- und Arbeiter-Verhältnisse, sowie einer allgemeinen deutschen Creditbank zur Hebung und Unterstützung des kleinen bürgerlichen Gewerks- und Handwerkerstandes", enthalten solle.

Die Liste der Candidaten Berlins für die beiden Versammlungen wurde endlich noch durch Namen von Personen erweitert, die, ohne sich in der Hauptstadt selbst beworben zu haben, als besonders würdige von Einheimischen und Auswärtigen durch die öffentlichen Blätter empfohlen wurden. So schlägt Arnold Ruge von Leipzig aus (in der „Reform") den Berlinern ihren Mitbürger N. H. Neumann zur Berücksichtigung vor, als einen praktischen Geschäftsmann, der in seinen Gedanken klar und in seinen politischen Forderungen rationell sei, einen „Mann der Praxis, der vollkommen mit der Freiheit der philosophischen Principien zusammentrifft." In berliner Zeitungen wird von Dr. Lindener auf den Philosophen Ludwig Feuerbach, von Anderen auf den greifswalder Professor Beseler und den Obrist v. Auerswald als besonders geeignet für das Frankfurter Parlament, aufmerksam gemacht. Jacob Grimm verwendet sich für seinen Freund, den Professor Dahlmann, da dieser in seiner Heimath nicht die Aussicht habe, gewählt zu werden.

II. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter für die Berliner und Frankfurter Versammlungen.

Am Montag, dem 8. Mai wurden in sämmtlichen Wahlbezirken des preußischen Staats die Vertreter des preußischen Volkes für die zur Vereinbarung der Staatsverfassung berufene Versammlung gewählt. Die Wahlmänner Berlins wählten zu Abgeordneten:

Im I. (Nicolaikirch-) Wahlbezirke den Staatsanwalt v. Kirchmann (mit 75 Stimmen) und den Fabrikanten F. A. Zacharias (63 St.); im II. (Dorotheenstädt.) Wahlbezirke den Geheimen Ober-Tribunalsrath Waldeck (64 St.) und den Oberbürgermeister Grabow aus Prenzlau (68 St.); im III. (Jerusalemerkirch-) Wahlbezirke den Geheimen Revisionsrath Bauer (64 St.) und den Buchdruckereibesitzer Julius Berends (61 St.); im IV. (Georgenkirch-) Wahlbezirke den Buchdruckereibesitzer Berends und den Geh. Revisionsrath Jonas; im V. (Sophieenkirch-) Wahlbezirke den Prediger Sydow (63 St.) und den Assessor Jung (64 St.)*)

Zu Stellvertretern wurden gewählt: Im I. Wahlbez. Prediger Jonas (mit 72 St.) und Professor Dielitz (56 St.); im II. W.-B. Goldarbeiter Bisky (84 St.) und Bruno Bauer (63 St.); im III. W.-B. Prediger Sydow (60 St.) und Justizrath Geppert (63 St.); im IV. W.-B. Dr. Wöniger und Präsident Lette; im V. W.-B. Geh. Finanzrath Knoblauch und Stadtrath Dr. Veit.

Nach der Beendigung dieser Wahlen betrieben die Wahlmänner mit gleichem Eifer wie vorher die vorbereitenden Wahlgeschäfte für die auf den 10ten angesetzte Deputirtenwahl. Mehrere Bezirks- und General-Versammlungen fanden noch am 8ten und am 9ten statt. Die Zeitungs-Halle berichtet über einige dieser Versammlungen in folgender Art:

Am 8. Abends hatten die Wahlmänner des ersten frankfurter Wahlbezirks eine Versammlung in der Waisenkirche. Durch Interpellation wurde Dr. Rauwerk veranlaßt, sich noch einmal zu äußern, und zwar auf die Frage: Wie der Candidat, der sich mit Freimüthigkeit als Republikaner bekannt habe, mit diesem Bekenntniß die Candidatur für Frankfurt, wo er die feste Begründung der constitutionellen Monarche als Aufgabe bezeichnet habe, zu vereinen gedenke? Er antwortete, daß es ihm auf die Form und den Namen durchaus nicht ankomme, seine Bestrebungen seien einfach demokratische. Wenn er auch der Meinung sei, daß die Republik das Ideal der Regierungsform sei, so würde man doch immer keinem besonnen Manne zutrauen, daß er unreife Producte vertheidigen werde. Er habe aus der Geschichte, aus der Gegenwart die Ueberzeugung gewonnen, daß Deutschland für eine Republik „durchaus noch nicht reif" sei; wäre das Gegentheil der Fall, wozu aber noch lange keine Aussicht vorhanden, so würde er dann für die Republik wirken. Man möge ja nicht glauben, daß es eine große Zahl republikanisch Gesinnter in Preußen gebe; er glaube bestimmt, daß, wenn Preußen jetzt eine Republik würde, eine „allgemeine Anarchie" eintreten müßte. Er sehe das einzige wahre Heil in einer constitutionellen Monarchie, die sich so lange halten werde, als sie „eine Wahrheit bleibt," als sie sich „auf demokratischen Principien bewegt," so lange als „kein Fürst seine eigene Freiheit mit der Freiheit seines Volkes erkaufen" werde. Er gestehe es ein, er habe früher vor dem 18. März nur Haß auf Deutschland gehabt, weil es unwürdig dastand und seiner Bestimmung nicht entsprach, seit dieser Zeit sei der Haß erloschen. Er wolle nur die Demokratie und ob diese unter dem Namen Republik oder Monarchie bestehe, das sei gleichviel, er wolle für Deutschland eine

*) „Hier (im 5. Bezirke)" — bemerkt die Zeitungs-Halle — „fand der härteste Wahlkampf statt, weil die beiden Parteien ziemlich gleich an numerischer Stärke waren und gegen die Wahl eines radicalen Abgeordneten die Gegenpartei auf's äußerste sich sträubte. Die erste Abstimmung bei der 1. Wahl ergab für Jung 45, Sydow 25; die zweite: Jung 50, Sydow 25; die dritte: Jung 51, Sydow 59; die vierte: Jung 51, Sydow 63; bei der 2. Wahl hatte Jung zuerst 51 und der Geh. Finanzrath Knoblauch 23, dann Jung 58, Knoblauch 43; zuletzt siegte Jung mit 64 Stimmen."

„constitutionelle Republik.“ — Nach dieser mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede sprach der als Candidat vorgeschlagene General-Postmeister v. Schaper. Er erklärte, er würde unbedingt die ihm mit so vielem dankenswerthen Vertrauen in Aussicht gestellte Candidatur für Frankfurt ausgeschlagen haben, da Berlin der hierzu würdigen und fähigen Männer so viele besitze, denen er sich freudig unterordne, wenn er nicht die Kunde erlangt hätte, daß auch die deutsche Postfrage in Frankfurt zur Sprache gebracht werden würde, und da er sich hierin in dem im vorigen Jahre auf seine Veranlassung zu Dresden zusammengetretenen deutschen Postcongreß sehr schätzenswerthe Materialen gesammelt habe, so halte er es für Pflicht, diese zur Disposition seiner Mitbürger zu stellen. Er habe sich vielfach schon dahin ausgesprochen, daß die Postverwaltung eine allgemein deutsche sein müsse, daß sie aufhören müsse eine Finanzsache zu bleiben und nur dazu bestimmt sei, den gegenseitigen Verkehr zu heben, wo dann aber auch alle Beschränkungen des Postregals fortfallen müssen. Seiner politischen Gesinnung nach sei er für eine erbliche constitutionelle Monarchie, für 2 Kammern, für ein einiges Deutschland mit einem erblichen Reichsoberhaupt, ohne daß die einzelnen Fürsten auch dabei untergehen. — Auch der Lieutenant v. Sydow wurde aufgefordert sich in Bezug auf die deutsche Frage zu äußern. Er that es zuerst in Bezug auf die Heerverfassung, indem er erklärte, die Einrichtung eines allgemeinen deutschen Heeres sei seiner Ansicht nach verwerflich, es käme durchaus nicht darauf an, ob aus einer hannoverschen oder baierischen Flinte geschossen werde, wenn nur der Muth und ein richtiges Herz unter der Uniform schlage; dennoch sei er unbedingt für eine allgemeine Wehrverfassung, und dazu möge die preußische als Muster dienen. Um diese herzustellen, würde er es anrathen, daß sich alle Länder unter 50 Q.-M. der Sorge um die Militärstellung entheben und diese größern überließen. Weiter äußerte Hr. v. Sydow: für ein erbliches Oberhaupt sei er nicht, da es nur ein Kaiser ohne Land sein könnte, wenn die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten verbürgt werden soll. Entweder der Kaiser habe eine Macht über andere Fürsten, dann würde kein ehrlicher Mann Fürst bleiben, oder die Fürsten haben Macht über ihn, dann würde wieder kein Ehrenmann Kaiser sein. Eben so sei es ein Unding, wenn das Oberhaupt Beamten, ja sogar Officiere in ganz Deutschland, wie der Plan sage, anstellen solle; — er könne unmöglich seinen Blick zugleich auf Oldenburg, Leipzig und Westpreußen so haben, daß er die für jede Stellung passenden Kräfte herausfinden könne. In seiner übrigen politischen Gesinnung schließt er sich unbedingt dem Dr. Nauwerk an, glaubt aber hinzufügen zu müssen, daß wenn alle Verheißungen der „Bundes-Akte“ erfüllt werden, so wie sie bis jetzt noch nicht erfüllt wurden, man vorläufig daran genug haben könnte.

Die letzte General-Versammlung der Wahlmänner, welche am 9ten im Schauspielhause stattfand, leitete der Geh. Revis.-Rath Bauer. Die Vorträge, größtentheils von Professoren und Beamten gehalten, machten keinen bedeutenden Eindruck auf die Versammlung. Es verbreitete sich im Publikum die Meinung, daß die Wahlmänner unter sich schon über die zu wählenden Deputirten einig geworden seien. — Präsident v. Rönne giebt einen kurzen Abriß seiner Carriere. Er ist selbst in Amerika gewesen und schreibt die glückliche Lage der freien Staaten nicht sowohl der republikanischen Regierungsform derselben als ihren demokratischen Institutionen zu. Die Republik sei eben so wenig ein Ideal, als man unter ihr die Anarchie zu verstehen habe. In Mexico, woselbst der Redner ebenfalls und zwar in einer amtlichen Mission gewesen, hatte derselbe Gelegenheit, zu erfahren, daß die geschriebene Constitution noch nicht das Glück eines Volkes begründe, am wenigsten, wenn, wie in dem genannten Staate, der Geist der Freiheit fehle. „Für Deutschland halte ich ein constitutionelles Königthum mit demokratischen Grundlagen für das Beste. Ich würde dafür stimmen, Preußens Dynastie an die Spitze zu stellen, und sollte sich dies nicht thun lassen — denn die Beschlüsse der frankfurter Versammlung werden eben so durch die Ereignisse, als durch die Ansichten ihrer Mitglieder bedingt sein — dann würde ich mich für einen auf eine bestimmte Zeit gewählten Präsidenten entscheiden.“ — Um dem äußeren Feinde die Spitze zu bieten, sei man bereits im Begriff, einen provisorischen Militair-Oberbefehlshaber zu ernennen, in der constituirenden frankfurter Versammlung müßten sich sofort Stimmen erheben, unverzüglich auch zur Bildung eines provisorischen Central-Organs für die Ordnung der materiellen Interessen von ganz Deutschland zu schreiten. Diese Fragen könnten ihre Lösung durch die Organe der einzelnen Regierungen, der alten deutschen Bundesversammlung oder des Zollvereins mit seinen Zollcongressen nicht auf genügende Weise mehr finden, es müßte daher die Handhabung jener Interessen sofort in die Hand eines provisorischen Centralorgans gelegt werden, dessen Bestreben es sein müsse, durch neu belebte kräftige Betriebsamkeit auch den innern Feind, den Feind der Arbeit zu bekämpfen und dadurch auch auf dem Felde der materiellen Interessen den

ersten entscheidenden Sieg für die wahre Größe und Einheit Deutschlands zu erkämpfen. — Professor Dove: „Es herrscht die Ansicht, daß eine große Anzahl verschiedener Interessen in Frankfurt vertreten werden solle. Was den Unterricht betrifft, so bin ich an Gymnasien, an der Universität, an einer Militairschule Lehrer gewesen. Ich bin Naturforscher." Der Redner weist auf seine Schriften hin. „In Beziehung auf Communicationsverhältnisse, bin ich seit einigen Jahren als Techniker bei dem elektrischen Telegraphen thätig gewesen. Ich habe mit den verschiedensten Klassen verkehrt. Ich habe nichts für das Problem der Arbeiter-Organisation gethan, wohl aber Vieles in meinem Wirkungskreise für die Arbeiter. Ich habe unter Anderen die meteorologischen Instrumente bei deutschen Arbeitern bestellt. In Bezug auf Politik gehöre ich nicht zu Denen, die sich freuten, wenn die preußische Regierung einen Fehler beging, sondern zu Denen, die darüber trauerten. Die vorige Regierung hat die Künstler und Gelehrten auf eine außerordentliche Weise unterstützt, und ich will nur wünschen, daß alle Regierungen ihr darin nachkommen." (Zehn Minuten sind verflossen und die Versammlung wünscht den Redner nicht weiter zu hören.) — Dr. Mätzner: Die Candidaten müssen befragt werden, wie sich das Parlament zu dem noch bestehenden Bundestage zu verhalten habe, ob es diesen anerkennen solle oder nicht. (Zischen. Auf Hrn. Mätzner's Antrag wird nicht eingegangen.) — Professor Heffter: Es müssen vor Allem die Fehler der bisherigen Bundesversammlung ins Auge gefaßt werden. Diese seien nach Pfizer: 1) die Nichtvertretung des deutschen Volkes; 2) die schlechte Organisation der Fürstenvertretung; 3) der Mangel an einer Spitze. Das Nothwendige sei nun, für die executive Gewalt und ein Haupt derselben zu sorgen, möge dieses König oder Kaiser heißen. Der Redner würde sich auch zu einem Directorium, aus Preußen, Oesterreich und Baiern oder aus 5 Staaten zusammengesetzt, verstehen. Am Schlusse fordert er auf, nur treue Söhne des Vaterlandes, nur ächte Preußen, nach Frankfurt zu schicken. — Jacob Grimm: Kein politisches Glaubens-Bekenntniß mehr: Das Vaterland ist in diesem Augenblicke innerst zerrissen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß von Frankfurt aus über die Geschicke Deutschlands entschieden werden müsse. Es ist ein Fehler, daß das Ministerium zuerst für Berlin hat wählen lassen. Kann es denn anders sein, als daß jetzt endlich einmal die langersehnte Einheit Deutschlands zu Stande kommt? Dies aber kann nur geschehen, wenn ein mächtiges Oberhaupt gewählt wird. Preußen hat den größten Anspruch." — Der Redner geht nun die einzelnen deutschen Staaten durch, zeigt ihre Unfähigkeit zur höchsten Leitung und spricht die Ueberzeugung aus, daß sie alle Preußen ihre Stimme geben werden. Bei Baiern erinnert er an den Königsmord der Wittelsbacher und hält eine Erneuerung desselben nicht für unmöglich. — Geh. Rath Esser hält mit schwacher Stimme eine längere Rede, während welcher die Versammlung unruhig wird. (Allmälig erhebt sich ein Klatschen in die Hände, das immer stärker wird, je mehr der Redner dasselbe mit seiner Stimme zu überbieten sucht. Das Klatschen, welches auch den Zunächstsitzenden jedes Verstehen unmöglich macht, hört nicht eher auf, bis der Redner abgetreten ist.) — Professor Keller stellt vornehmlich 2 Forderungen an einen frankfurter Deputirten: er müsse ein deutsches Herz haben und die Ueberzeugung, daß Deutschland einig sein und bleiben müsse, und zweitens müsse er durch und durch ein guter Preuße sein. Blücher, Gneisenau und Hardenberg seien die Männer, die Professor Keller nach Frankfurt schicken möchte, wenn sie nämlich noch lebten. Alles deutsche Edle habe sich bis jetzt in Preußen krystallisirt. In unseren bisherigen vortrefflichen Gesetzen sei der Gedanke vorangegangen, von dem auch Friedrich Wilhelm III. beseelt gewesen, daß alle Hindernisse wegzuräumen seien, die dem Einzelnen nicht gestatten, seine ihm von Gott gegebenen Fähigkeiten zu entwickeln. Eine solche Entwickelung sei allein die ächte, die wahre Freiheit. — v. Kirchmann: Alle bisherigen Redner haben große Constitutionen aufgestellt, ohne die Mittel anzugeben, wie dieselben zu bringen seien, und es lasse sich befürchten, daß der erste Sturm diese Gebäude umwerfe. Nordamerika biete für uns kein zureichendes Beispiel. Die Amerikaner haben es mit der Natur zu thun, und keine Nachbaren, die ihnen gefährlich sein könnten. Wir aber stehen mitten zwischen der Anarchie und dem Despotismus. Die Nachtheile des Particularismus zu beseitigen, stehen uns zwei Wege offen: entweder wir machen das deutsche Parlament blos zu einem Nebendinge, die deutsche Einheit nur zu einer Maaß- und Gewichtseinheit, oder wir entschließen uns, den Kern der Souverainetät in die frankfurter Versammlung zu legen, stellen ihr das Heer und den größten Theil der Abgaben zur Disposition und geben ihr die Macht, die organischen Hauptfragen zu lösen. Dann bleibt den einzelnen Staaten wenig übrig. Ich bin für die wirkliche Einheit Deutschlands, sehe sie aber nur dann, wenn die deutsche Krone erblich und Preußen übergeben wird. In jedem anderen Falle werden noch Jahrzehnte in Kämpfen mit den kleinen Fürsten hingehen, ehe der Deutsche wahrhaft Deutscher wird. Man beruft sich auf den Widerwillen der Süd-

deutschen: der wird schnell verschwinden, wenn erst Preußen mit seinen großen demokratischen Institutionen vorangeht. Zeigen sich die einzelnen Staaten hartnäckig Preußen abgeneigt, so bin ich der Meinung, daß dieses nicht das Geringste von seiner Souverainetät aufgeben dürfe. — Der Schlosser Krause leistet darauf Verzicht, diesmal gewählt zu werden. Wie es aber jetzt mit der politischen Bildung fortgehe, so würden Männer aus dem Volk bald dahin kommen, zu solchen Aufträgen befähigt zu sein.

Das entscheidende Resultat der Wahlen für Frankfurt, welche in den verschiedenen Bezirken am 10. Mai vollzogen wurden, war folgendes:

Zu Abgeordneten wurden gewählt: Im I. (Nicolaikirch=) Bezirk der Ministerpräsident Camphausen; im II. (Dorotheenstädt. Kirch=) Bezirk Major Teichert (mit 59 unter 109 Stimmen); im III. (Marien=Kirch=) Bez. Ministerpräsident Camphausen (mit 64 unter 109 St.): im IV. (Louisenstädt. Kirch=) Bezirk, Dr. Karl Nauwerk; im V. (Georgen=Kirch=) Bezirk, Dr. Nauwerk (mit 57 unter 107 St.); im VI. (Sophien=Kirch=) Bezirk, Dr. Moritz Veit (mit 58 unter 113 St.) — Zu Stellvertretern wurden gewählt: Im I. Bezirk, Professor Adolph Schmidt; im II. Bezirk, Director Diesterweg; im III. Bez., Präsident v. Rönne (mit 90 St.); im IV. Bez., Derselbe; im V. Bez., Derselbe; im VI. Bez., Hauptmann Zimmermann (mit 59 unter 113 St.)

Das Wahlgeschäft war mit dieser Wahlen noch nicht ganz beendigt. Doppelwahlen, die auf einige Abgeordneten und Stellvertreter gefallen waren, machten neue, ergänzende Wahlen erforderlich. Eine Verfügung des Staatsministeriums, vom 12., bestimmte „in Erläuterung des Wahlreglements" und „zur Beseitigung von Zweifeln," daß von Abgeordneten, welche in mehreren Bezirken für eine der beiden Versammlungen gewählt worden, der Wahlcommissarius sofort die Erklärung zu fordern habe, für welchen Wahlbezirk sie die Wahl annehmen wollen, und daß in den Wahlbezirken, für welche die Wahl abgelehnt werde, sogleich eine neue Wahl anzuordnen sei. So war denn den Parteien die Hoffnung noch nicht abgeschnitten, gewisse Candidaten, für die bisher vergebliche Anstrengungen stattgefunden, bei einer Neuwahl „durchzubringen." Für die berliner Versammlung war Hr. Julius Berens in zwei Bezirken als Abgeodneter gewählt; den zum Abgeordneten im zweiten Bezirk gewählten Oberbürgermeister Grabow hatte eine gleiche Wahl in seinem heimathlichen Wahlbezirke getroffen, für deren Annahme er sich bereits entschieden; (der Geh. Rath Waldeck, der gleichzeitig in einem westphälischen Bezirke erwählt war, nahm die berliner Wahl an;) an die Stelle der Prediger Jonas und Sydow waren zwei Stellvertreter zu wählen, da Jener die in Potsdam, Dieser die im 5. berliner Wahlbezirke auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten annahm. Für die frankfurter Versammlung waren die HH. Camphausen und Nauwerck zweimal zu Abgeordneten; Hr. v. Rönne dreimal zum Stellvertreter gewählt worden. Der Letztere, kurz vorher zum Gesandten bei den Vereinigten Staaten ernannt, hatte nachdem im 3. Wahlbezirke, wo Hr. Camp-

hausen persönlich mit ihm concurrirte, seine Wahl zum Stellvertreter proclamirt worden, der Wahlmänner-Versammlung sogleich erklärt, daß er es zwar für vereinbar mit seiner Pflicht gehalten hätte, eine Wahl als Deputirter nach Frankfurt einzunehmen, weil das große deutsche Verfassungswerk wichtiger sei als die amerikanische Mission; nicht vereinbar aber halte er es mit seiner Pflicht, hier als Stellvertreter auf mögliche Eventualitäten zu warten und die an sich auch sehr wichtigen Geschäfte der amerikanischen Mission zu versäumen. — Zuerst wurden die Ergänzungswahlen für die deutsche National-Versammlung vollzogen. Der Magistrat hatte den 19. zum Wahltermin für drei Bezirke angesetzt. Zum Abgeordneten im 3. Bezirk, an Hrn. Camphausen's Stelle, wurde der Oberst Stavenhagen, zum Abgeordneten im 4. Bezirk, an Hrn. Nauwerck's Stelle, der Professor Friedrich v. Raumer, zu Stellvertretern, an Hrn. v. Rönne's Stelle, im 3. Bezirk der Geh. O. Tribunal-Rath Heffter, im 4. der Dr. Johann Jacoby aus Königsberg, im 5. der Dr. Prutz gewählt. Die Ergänzungswahlen für die berliner Versammlung fanden am 20. statt. Zu Abgeordneten wurden, im 2. Bezirk, der Stadtrath Duncker (an Hrn. Grabow's) und im 4. Bezirk der Dr. Johann Jacoby aus Königsberg (an Hrn. Berends Stelle); zu Stellvertretern, im 1. Bezirk der Justiz-Commissar Furbach (an Hrn. Jonas'), und im 3. Bez. der Justizministerial-Director Maercker mit 59 unter 112 Stimmen, (an Hrn. Sydow's Stelle) gewählt.

Bei dieser, wie bei den früheren Wahlen, hatte stets eine nur geringe Stimmenmehrheit über die Gewählten entschieden; die Gegencandidaten unterlagen gewöhnlich mit nur wenigen Stimmen unter der absoluten Majorität. So schwankte im 4ten frankfurter Wahlbezirke die Wahl zwischen Hrn. v. Raumer und Hrn. Joh. Jacoby lange Zeit; und als endlich der Erstere vom Wahlcommissarius als Abgeordneter proclamirt wurde, protestirte die Jacoby'sche Partei dagegen, weil sie die Majorität der Stimmen wegen einiger ungiltiger Zettel nicht anerkennen wollte. Dr. Jacoby, der in seinem heimathlichen Wahlbezirke (Königsberg) als Candidat für Frankfurt mit 63 gegen 67 Stimmen, die der Tribunalsrath und Professor Simson erhalten, „durchgefallen" war, errang jedoch den Sieg als Candidat für die berliner Versammlung im 4. berliner Wahlbezirke, indem er mit 58 gegen 51 Stimmen, welche dem Professor Gneist zufielen, gewählt wurde. Bei der Nachwahl im 2. berliner Wahlbezirke führten die Parteien um den Stadtrath Duncker und um den früheren Docenten der Theologie Bruno Bauer einen Wahlkampf. In erster Abstimmung erhielt Hr. Duncker 35, Bauer 45, in zweiter der Letztere 49, Hr. Duncker 53, bis dieser in letzter Abstimmung mit 59 gegen 49 Stimmen über Bauer *) siegte.

*) Noch einige Mal im Laufe der berlinerBewegungen, zuletzt im Februar 1849, trat Bruno Bauer als öffentlicher Bewerber um die Stelle eines Abgeordneten auf. Von

Das Resultat der Wahlen erregte bei der demokratischen Oppositonspartei wenig Befriedigung, bei der ministeriellen Partei viel Verwunderung. Die „Reform" ruft aus: „Der Geistesbankerott der Stadt Berlin; die alte Mythe von der potenzirten Intelligenz dieser Metropole hat selbst bei abergläubischen

---

seinen bei diesen Gelegenheiten gehaltenen Reden berichteten die Zeitungen, daß sie mit außergewöhnlichem Interesse und großem Beifalle gehört wurden. Der entscheidende Sieg neigte sich jedoch nie auf seine Seite; ein hartnäckiges Gegnerthum schien stets bei einem Theile der Wahlmänner den ersten günstigen Eindruck, den die Persönlichkeit, so wie die Reden Bauer's hervorgebracht, zu zerstören. Da bei dem Mangel ausführlicher Zeitungsberichte es uns versagt ist, über den Inhalt jener Reden hier Mittheilungen zu machen, so geben wir, zur Charakteristik des Standpunktes den Bauer bei seinen Bewerbungen eingenommen sowie seiner Auffassung des erwähnten Gegnerthums, aus der „Vertheidigungsrede Bruno Bauers vor den Wahlmännern des 4. Wahlbezirks am 22. Febr. 1849" (Druck von Marquardt u. Steinthal.) die bezeichnendsten Stellen wieder. „Die Bedenken, Vorurtheile und Zweifel," sagt Bauer, „die sich gegen mich erhoben, haben ihren Anlaß gerade von dem genommen, was man als meine Kraft betrachtet, und kommen immer auf das Eine zurück, daß ich von dieser meiner Kraft einen schädlichen, für die Oppositionspartei gefährlichen Gebrauch machen werde. Die kritischen Waffen, in deren Besitz er sich einmal befindet, sagen die Einen von mir, wird er rücksichtslos gegen alle unsere Zustände richten und nur dazu anwenden, die Sachen zum Aeußersten zu treiben! Nein! sagen Andere, er wird sie gegen seine eigene Partei, gegen die Opposition richten, wird sie benutzen, um nur für sich zu arbeiten, er wird sich mit diesen Waffen hindurchschlagen, um zuletzt als der Ueberlegene dazustehen. Während die Einen mir einen so brennenden Thatendurst zuschreiben und durch die Befürchtung zu schrecken suchen, daß ich zersetzend und zerstörend auf die allgemeinen Zustände einwirken werde, wollen die Andern im Gegentheil meine Thatkraft in Zweifel ziehen: er ist nur ein Theoretiker, sagen sie, ein Gelehrter, geschickt, um wissenschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, aber er ist kein Mann der That, der kühn und muthig in die Staatsarbeit eingreifen und im Augenblicke der Gefahr eine sichere Entscheidung treffen muß. Andere endlich gehen so weit — und sie berufen sich dabei auf meine Schrift über die Judenfrage, die ich vor sieben Jahren veröffentlicht habe — die Behauptung hinzuwerfen, es sei sogar auch möglich, daß ich zuweilen die Oppositionspartei verlassen und das Bestehende gegen sie vertheidigen werde. So durchlaufen die Bedenken und Vorwürfe die ganze Stufenleiter von Bestimmungen, die man auf öffentliche Charaktere und Personen anwenden kann: — auf der äußersten Spitze bin ich für Einige der einzig zersetzende und auflösende Revolutionär, der vom Bestehenden Nichts übrig lassen will; auf der untersten Stufe bin ich für Andere fähig, in einzelnen Fällen gegn die Oppositionspartei das Bestehende in Schutz zu nehmen, die andern sehen mich in der Mitte zwischen beiden Extremen und schreiben mir die Absicht zu, alle Parteien auflösen zu wollen, um mir den Ruf der Ueberlegenheit zu verschaffen." Ueber die Kritik, die er seit dem Jahre 1834 ausgeübt, und das Verhältniß derselben zu einem politischen Handeln, spricht sich Bauer hierauf also aus: „Die Kritik ist weiter nichts, als der wirkliche Gebrauch des Auges — sie ist das wirkliche Sehen, ungehindert, unverrückt durch Vorstellungen und Interessen, die dem Gegenstande, den ich sehen will, fremd sind, ungetrübt durch die Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen, mit denen sich die Parteien umhertragen und dem Gegenstande oft Gewalt anthun. Das Corporations- und Regierungs-Interesse wollen nicht zugeben, daß der Gegenstand gesehen werde, wie er ist — die Kritik löst diesen Willen, dieses Interesse auf und befreit den Gegenstand von einem Drucke, der ihn gewaltsam einzwängt oder ausdehnt, — sie giebt dem Gegenstande das Recht zurück, zu sein, was er seiner Natur nach sein will, giebt ihm seine Freiheit wieder und läßt ihn über sich selbst sein Urtheil und die Entscheidung sprechen. Die Parteien werden oft durch ihre Wünsche und Befürchtungen gehindert, die Verhältnisse zu sehen, wie sie sind: die Kritik mißt nun diese Hoffnungen an den wirklichen Verhältnissen, zeigt, ob und wie weit sie in diesen begründet sind — sie bringt also die Wirklichkeit zur Anerkennung, — corrigirt die Befürchtungen und Hoffnungen der Parteien an der Wirklichkeit — sie lüftet die drückende Schwüle, die durch die dumpfe und oft unklare Reibung der Parteiinteressen herbeigeführt wird — sie reißt die Fenster auf und läßt die reine, frische Luft in den Saal eindringen, in dem es durch den Streit der Interessen dumpf und schwül geworden ist, in dem der Phrasendampf die Atmosphäre stickigt gemacht hat — sie eröff-

Seelen allen Credit verloren." „Man betrachte" sagt die Nat.-Zeitg., „diese Wahlen (für Berlin) und erstaune. Wer hätte es den Berlinern zugetraut, daß sie, diese loyalen, viel gerühmten, treuen und lieben Berliner mit solchen Freiheitstrieben begabt sind! Sichtlich haben zwei große Parteien um den

net neue Aussichten in die Zukunft — sie gründet auf die Erkenntniß der Gegenwart die Beschlüsse, die uns einer sicheren Zukunft zuführen. . . Mit der Kritik bekämpfe ich die Chimäre und ziehe ich aus der Gegenwart die Umrisse der Zukunft. Die Kritik löst nur die Illusionen auf und stellt die Aufgabe, die die Schwäche und Unsicherheit der Parteien zwar umgehen, aber nicht für immer zurückdrängen kann. Die Kritik ist mein Mittel, um die geschichtlichen Schwierigkeiten, die die Parteien zwar vertuschen aber nicht überwinden können, in ihrer Reinheit hinzustellen. Ich stürme nicht in die Welt hinein, sondern wäge die wirklichen Verhältnisse ab, untersuche unsere Lebensbedingungen und suche nach dieser Abwägung die nothwendigen Beschlüsse zu gestalten. . . Seit dem Jahre 1834, wo ich mich als Docent an der berliner Universität habilitirte, vom ersten Augenblick meiner öffentlichen Wirksamkeit an, habe ich mich wegen meiner Studien und deren Ergebnisse zur Regierung im Gegensatz befunden, ich habe — so kann ich mich beinahe ausdrücken — mit der Regierung und ihren Bestrebungen einen funfzehnjährigen Prozeß geführt, ich habe ihre Absichten studirt, die Kräfte, auf die sie sich stützt, gemessen, die Haltbarkeit der Interessen, auf die sich verläßt, zu prüfen gesucht — nach dieser meiner Vergangenheit wird es Niemand ernstlich für möglich halten, daß ich mich nicht auch in der Kammer jederzeit auf der Seite der Fortschrittspartei befinden werde — wird Niemand mich ernstlich des Eigensinns für fähig halten. Habe ich in den Versammlungen der Partei nicht Gelegenheit, bei ihren Beschlüssen und Plänen mitzuarbeiten, auf die Bildung ihrer Beschlüsse, wenn ich es für nöthig halte, Einfluß zu gewinnen? Wenn ich in dieser Weise mit der Partei gemeinsam vorgearbeitet habe, so bin ich — das wird Niemand bezweifeln, — fest und entschieden genug, um auf strenge Disciplin zu halten — statt zu zersplittern, werde ich meine Arbeit gerade darauf richten, an der Herstellung eines Zusammenhalts mitzuwirken. . . Aber deine — Kritik, sagt man, ist unfruchtbar, nur ein Werk der Gelehrsamkeit. Wie? Unfruchtbar? Es ist vielmehr anerkannt und selbst von meinen Gegnern öffentlich ausgesprochen, daß ich mich von Anfang an von meinen Mitarbeitern auf dem theologischen und kritischen Gebiet dadurch unterschied, daß ich mir klar bewußt war, wie mein Kampf gegen das theologische und Corporations-Interesse die politische und gesellschaftliche Befreiung zum Zweck hatte, wie mein kritischer Kampf ein gesellschaftlicher sei; es ist allgemein anerkannt, daß ich acht Jahre hindurch, von 1834 bis 1842, gekämpft habe um die Frage, welche die theologische Facultät als ihr Privilegium betrachtete und allein und nur in ihrem Sinne und in ihrem Interesse beantworten wollte, der Corporation zu entreißen und meine Beantwortung derselben der Entscheidung der Gesellschaft zu übergeben; — es ist anerkannt, daß mein Kampf gegen das theologische Interesse die allgemeine Befreiung des Selbstbewußtseins zum Zweck hatte, daß ich diesen Kampf nur als den Anfang einer allgemeinen Befreiung betrachtete. War das unfruchtbar? Oder habe ich mich getäuscht? Habe ich falsch gesehen? Ist die Zeit der allgemeinen Befreiung und Erneuerung nicht gekommen? Ich kein Mann der That? Kann ich mich nicht rühmen, wenn ich mich rühmen wollte, daß ich durch meine Kritik auch meinen Theil dazu beigetragen habe, daß die neuere Krisis herbeikam? Wenn die breiteste Grundlage, auf welcher die Gesellschaft ihre neue Einrichtung treffen will, nur durch die Nivellirung der unhaltbar gewordenen ständischen Unterschiede, geistlichen Vorrechte und Corporations-Interessen möglich war — habe ich dann nicht auch nivellirt? Ist diese Breite dann nicht auch zum Theil mein Werk? . . . Wenn ich funfzehn Jahre hindurch vor den Augen der Nation das Meinige dazu beigetragen habe, die neuere Zeit herbeizuführen, wenn meine Arbeiten der unverfälschte Ausdruck meines Innern sind, wenn die einzige Leidenschaft die ich kenne, die Leidenschaft, die Befreiung, die Selbstmacht und Selbstgewißheit des Selbstbewußtseins zu bewirken und die Selbsttäuschung unhaltbarer Sonderinteressen aufzulösen, das Feuer zur Erzeugung meiner Werke hergegeben hat, so ist das Garantie genug für meine Selbstständigkeit der Regierung gegenüber, Garantie genug dafür, daß ich nicht, wie sich meine Gegner den Schein geben anzunehmen, mit dem Bestehenden, so weit es sogar mir selbst, meiner Person, meiner Einsicht, meinen Zwecken wiederspricht, mich in Unterhandlungen einlasse werde." „Die Vertheidigung", schließt Bauer seine Rede, „nun noch zu einem Angriff gegen meine Gegner fortzuführen, daran hindert mich die kleine Natur derselben. Es ist unmöglich,

Sieg gerungen. Auf der einen Seite stand die radicale Partei und wählte fünf entschiedene Einkammer-Männer, die dem Könige entweder ein sehr bedingtes, oder gar kein Veto, und selbst nicht einmal das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, lassen wollten. Die HH. v. Kirchmann, Zacharias, Berends (zweimal), und sogar der aus Volksversammlungen bekannte republikanische Assessor Jung sind die Vertreter dieser Volkspartei geworden. Ihr gegenüber hat die gemäßigte Partei ebenfalls fünf Abgeordnete der jetzigen conservativen Richtung durchgesetzt, d. h., jener Richtung, die vor Kurzem noch sehr liberal gewesen wäre. Drei Geheimräthe (Bauer, Waldeck und Jonas) der Prediger Sydow und der Oberbürgermeister Grabow sind die Repräsentanten eines gemäßigten Zweikammer-Systems, mit beschränktem Veto und einer ersten Kammer, die wie die belgische, aus der Klasse der Besitzenden oder einen Census Zahlenden gewählt werden soll. Außer diesen zwei Parteien hat keine andere Anklang gefunden. Das vermittelnde demokratische System, welches man das amerikanische nennen könnte, das bei beschränktem Veto zwei Kammern, aber beide frei aus dem Volke gewählt vorschlug und vertheidigte, hat nicht einen seiner Candidaten durchgesetzt." Und die „Arbeiterzeitung" ruft ihren Lesern zu: „Ihr, Arbeiter, seid in Bezug auf das Resultat der Wahlen ebenso zu bedauern, wie der — constitutionelle Club; nur daß Ihr Euch nicht, wie dieser, getäuscht habt." — In der That standen die Erfolge der Wahlen in einem außerordentlichen Mißverhältnisse zu den bedeutenden Anstrengungen, die der constitutionelle Club gerade in der Wahlangelegenheit gemacht hatte. Nur einer seiner Candidaten, der Geh. Rath Bauer, war in Berlin zum Abgeordneten gewählt worden; zwei Andere, die HH. Lette und Wilhelm Jordan, erhielten von Provinzialbezirken Mandate für die frankfurter Versammlung. Einen noch bedeutenderen Gegensatz bilden die Ergebnisse der durch die Wahlmänner vollzogenen Wahlen für Frankfurt, denen gegenüber, welche der letzte Provinzial-Landtag getroffen hatte. Hr. Nauwerck, der hier die wenigsten Stimmen (26) als Stellvertreter hatte; Hr. Veit, der ebenfalls nur (34) Stimmen als Stellvertreter erhielt, Beide, und zwar der Erstere zweimal,

daß sie mich nicht wenigstens etwas besser kennen sollten, als sie mit ihren Anklagen und und Verdächtigungen sich den Schein geben. Meine Selbstständigkeit — sie ist ihnen nur deshalb verhaßt, weil sie wissen, daß ich mich nie zum Sklaven der ephemeren Irrungen und Fehlgriffe der Parteien machen und so weit es mir möglich ist, das Interesse des Landes immer gegen dieselben vertheidigen werde. Ueber meinen Stolz sprechen sie, weil ich nicht ihre Tagesphrasen theilen, mich nicht auf ihre fehlgebornen Pläne und Unternehmungen einlassen will. Sie sagen, ich halte mich isolirt, weil ich ihre Intriguen nicht der Beachtung werth halte. Sie sind die wahren Gegner des Volks — wenigstens der besten Kräfte derselben. Sie schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, den Beweis zu liefern, daß das Volk jene Kräfte eben so ausschließe, wie die Regierung dieselben verfolgte. Sie zeigen die Meisterschaft ihrer politischen Rechenkunst, indem sie dem Volk statt eines abgehärteten Schwertes ein stumpfes Messer voller Scharten in die Hand geben. Sie wissen aber auch, daß sie nie im Stande sein werden, die Waffen meiner Kritik mir zu entreißen, daß ich dieselben doch noch einmal in die Wagschaale werfen werde."

als Abgeordnete erwählt. Von allen andern durch den Provinzial-Landtag Gewählten ist es nur Hr. v. Raumer, der, bei der berliner Nachwahl, ein Mandat für Frankfurt erlangte.

Der Inhalt einzelner Interpellationen an die Wahlmänner bewies, daß häufig die Schranken durchbrochen wurden, die das Wahlgesetz den Versammlungen von selbst aufgelegt hatte; einen ähnlichen Beweis lieferten einige Schriftstücke, die in denselben Versammlungen entstanden waren. Dahin gehört ein von der „Majorität der Wahlmänner des 2. berliner Wahldistrictes" am 7. Mai beschlossener „Protest," der sich auf die „Successionsfrage" bezieht. „Die Generalversammlung der Wahlmänner Berlins," heißt es darin, „hat unter Beifall wiederholt beschlossen, die durch Interpellation an die Wahlcandidaten zur Sprache gebrachte Successionsfrage nicht zur Discussion kommen zu lassen. Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, da dieses Verfahren keineswegs in ihrem Sinn war, dagegen auf das Entschiedendste zu protestiren, indem sie dafür halten, daß die National-Versammlung zum Wohle des Vaterlandes vor Allem die Successionsfrage ordnen und feststellen muß. Dieselben hoffen und wünschen, daß die Vertreter des Volks sich das Verhalten der Generalversammlung weder zum Muster nehmen, noch diese Frage aus dem Standpunkte momentanen Vorurtheils auffassen und behandeln werden." Auf die Anregung D. A. Benda's wurde ferner am 7. eine Adresse von Wahlmännern an das Ministerium erlassen, worin dieses ersucht wird, „ungesäumt die preußische Verfassungs-Versammlung einzuberufen, auf daß die Regierung vermittelst des Beistandes derselben gekräftigt, die ihr unentbehrliche Energie entwickeln möge." Hr. Benda zeigte durch die öffentlichen Blätter an, daß diese Adresse bereits am 8. „mit erläuternden Bemerkungen" abgesandt worden sei.

Außer der oben erwähnten Ministerial-Verfügung, in Bezug auf Doppelwahlen, erschien noch eine Reihe ministerieller Verordnungen, welche die Abgeordneten betrafen. Durch einen Erlaß des Staatsministeriums, vom 9ten, wurden in Uebereinstimmung mit einem Bundesbeschlusse alle zur deutschen National-Versammlung gewählten Deputirten aufgefordert, ihre Abreise nach Frankfurt so sehr zu beschleunigen, daß sie bis zum 18. Mai daselbst eintreffen könnten. Eine andere Verfügung, vom 2., bestimmte, daß sowohl die für Frankfurt als für Berlin gewählten preußischen Abgeordneten an „Diäten" täglich drei Thaler, und an Reisekost-Entschädigungen, da wo Eisenbahn- oder Dampfschifffahrts-Verbindungen existiren, 15 Silbergroschen und wo jene nicht vorhanden, einen Thaler für die Meile erhalten. Das Kriegsministerium verordnete am 9ten: „Insofern Offiziere des Heeres zu Abgeordneten bei der Versammlung der deutschen Volksvertreter in Berlin oder Frankfurt erwählt werden, unterliegt es keinem Zweifel, daß denselben sofort von ihren Vorge-

setzten Urlaub ertheilt werde, um diesem ehrenvollen Ruf schleunig zu folgen." Die Declaration vom 12. über das Verfahren von Doppelwahlen wurde „zur Beseitigung von Zweifeln" später (am 22.) dahin declarirt, daß jene sich nur auf die Fälle beziehe, wo ein Abgeordneter zu derselben Versammlung von mehreren Wahlbezirken gewählt worden sei. Wenn jedoch ein Abgeordneter zu beiden Versammlungen gewählt worden, so hänge es nach dem Sinne des Gesetzes von seiner Entschließung ab, ob er das Mandat für Berlin und Frankfurt annehmen, oder eins von beiden ablehnen wolle. Im Falle der Annahme beider Mandate, werde der Stellvertreter zu derjenigen Versammlung einberufen, der jener nicht beiwohne. Endlich beruft ein königliches „Patent" — gegeben Potsdam, 15. Mai — „die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung gewählten Vertreter Unseres getreuen Volks" auf den 22. Mai, an welchem Tage in Berlin die Eröffnung der Versammlung stattfinden werde.

III. Armeebefehle, Erlasse und öffentliche Bekanntmachungen aus der Wahlwoche.

In dem zehntägigen Zeitraum, der mit den Urwahlen beginnt und mit den Abgeordneten-Wahlen schließt, fällt die Entstehung und Veröffentlichung einer Anzahl officieller Aktenstücke, welche, zwar nur mittelbar die hauptstädtischen Verhältnisse berührend, wegen ihres Einflusses auf die Entwickelung der allgemeinen zugleich und der berliner Zustände nicht unerwähnt bleiben dürfen. Hieher gehören, in erster Reihe, die Proclamationen und Erlasse, „Tages-" oder „Armeebefehle," welche von dem Könige selbst und von Truppen-Befehlshabern an das Militair gerichtet wurden. Gegengezeichnet allein vom neuen Kriegsminister, Generallieutenant Grafen von Canitz — das Regierungsblatt vom 30. April Abends brachte seine Ernennung — erschien am 1. Mai folgende königliche Proclamation:

An die Armee! Ich habe bereits durch Meine Proklamation vom 18. März Meine feste Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß Unser gemeinschaftliches deutsches Vaterland nur dadurch zu seiner alten Macht und Glorie und zu dem ihm gebührenden Ansehen in Europa gelangen könne, wenn es selbst in seiner Gesammtheit, so wie in allen Staaten, die es bilden, durch verfassungsmäßige Freiheiten gekräftigt und erhoben würde. Darauf habe Ich in Folge dieses Anspruchs Meinen Erblanden eine solche Verfassung aus freiem Entschlusse verheißen und beschlossen, sie für Mich und Meine Nachfolger in der Krone anzunehmen. Ich werde Mich, unterstützt von Meinem treuen und biederen Volke, ihrer vollsten Entwickelung und Ausführung zum Heil des Vaterlandes weihen und sie durchführen, so Mir Gott hilft. — Ihr nun, treue und tapfere Krieger Meines Heeres, seid berufen, mitzuwirken an der Vollbringung dieses großen Werks, und um Euch dazu zu kräftigen, rufe Ich voran in Euch die Erinnerung auf, wie unter Unseren glorreichen, mit Sieg und Segen gekrönten Farben Eure Vorfahren den Ruhm des preußischen Namens begründet und erhalten haben. Die Mühen dieser oft schweren Kämpfe haben Eure Könige und Eure Mitbürger zu allen Zeiten dankbar erkannt und geehrt. Was Eure Vor-

fahren und Ihr bisher für Preußen gethan und gewesen, das werdet Ihr bei der unter Gottes gnädigem Beistande zu vollendenden Einigung Unseres deutschen Vaterlandes für dieses ferner thun und sein, und so tragt Ihr neben Unseren alten Farben zugleich die des tausendjährigen Reichs, um stets eingedenk zu sein, daß Ihr mit Euren deutschen Waffenbrüdern des ganzen einigen Deutschlands Schutz und Wehr seid. — In dem Bewußtsein dieses hohen Berufs werdet Ihr streben, immer die ersten zu sein unter den tapferen deutschen Brüdern, wenn es den Kampf gilt, mit Blut und Leben für die Freiheit des theuren Vaterlandes. — Aber nicht allein nach außen ruft Euch die Pflicht, sondern Euer Arm soll auch dienen, um im Innern die Ordnung zu wahren, dem Gesetz Achtung und Gehorsam zu sichern und Unsere Verfassung aufrecht zu erhalten. Für Erreichung dieses großen hohen Ziels und Erfüllung dieser rühmlichen, aber schweren Pflichten wird Euch kein Opfer zu theuer sein — Ich erwarte dies mit fester Zuversicht von Euch, Meine treuen und tapferen Krieger, in dem Bewußtsein, Euch mit Meinem Beispiel voranzugehen. — Potsdam, den 1. Mai 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.*)

Dieser Proclamation — der ersten, welche seit den Märztagen vom Könige an die Armee gerichtet worden — folgte acht Tage später ein „Tages-Befehl" des Königs „an die Truppen des preußischen Corps in Schleswig" (datirt Potsdam, 8. April). „Es ist Euch gelungen," lautet derselbe, „unter der einsichtsvollen Führung Eurer kriegserfahrenen Befehlshaber, vereinigt mit Euren deutschen Waffenbrüdern in dem Feldzuge zur Befreiung von Schleswig, den Waffenruhm des vaterländischen Heeres auf's neue glänzend zu bewähren, sowohl durch Tapferkeit im Gefecht als durch Menschlichkeit nach demselben und durch musterhafte Disciplin. Gern nehme ich daher Veranlassung Euch meinen Dank und meine Zufriedenheit auszudrücken, in dem festen Vertrauen, daß Ihr auch ferner Euch des preußischen Namens würdig zeigen werdet." Der Oberbefehlshaber der Bundestruppen in den Herzogthümern, General v. Wrangel, hatte bereits durch einem im Hauptquartier Fridericia

*) Eine frühere Proclamation des Königs an die Bewohner Neufchatel's, jenes Schweizer Cantons, der als Fürstenthum, mit besonderer Verfassung, unter preußischer Oberhoheit gestanden, von dieser jedoch seit der am 26. Februar in La Chaux-de-Fonds ausgebrochenen Revolution abgefallen war, mag hier ihre Stelle finden. Sie trägt die Contrasignatur des früheren Directors im Departement Neuenburg, Freiherrn v. Werther, und lautet: „Neuenburger! Die Ereignisse, die sich in Eurem Lande zugetragen haben, haben mein Herz lebhaft betrübt. Die edle Festigkeit aller derer von Euch, die unerschütterlich treu geblieben sind in ihrem Eide, hat mich tief gerührt. Ich spreche meine Achtung aus jenen rechtliebenden Männern, deren Treue nichts erschüttern konnte, und welche Europa dieses schöne Beispiel von Heilighaltung des Eides und von Bürgertugend gegeben haben. — Mein einziger Ehrgeiz, wie auch der meiner Vorfahren auf dem Throne, war das Glück Eures Landes, dessen Geschicke mir die Vorsehung anvertraut hatte. Ich liebe das Volk von Neuenburg, ich widme ihm aufrichtige Zuneigung. Aber Europa's gegenwärtiger Zustand verhindert mich in diesem Augenblicke, den Gefühlen des Wohlwollens, die ich für dasselbe hege, Wirksamkeit zu geben. — Die mir geleisteten Eide haben meine treuen Unterthanen verhindert, Theil zu nehmen an den Landesgeschäften unter einer Regierung, die sich nicht als rechtmäßig anerkennen konnten. Dieser Entschluß ehrt ihre Treue! Ich billige also vollkommen das von ihnen beobachtete Verhalten, aber im Interesse ihres Landes, wie in ihrem eigenen glaube ich mich verpflichtet, durch Gegenwärtiges sie zu ermächtigen, sich nur durch Rücksichten auf die Lage und das Glück ihres Landes leiten zu lassen, ohne Rücksicht auf die Bande, die sich an mich binden. Das lebhafte Interesse, das ich ihrem Lande widme, und die Liebe, die ich für sie hege, sind die einzigen Beweggründe dieses Entschlusses. — Ich werde Commissarien ernennen und ihnen Vollmachten geben, mit dem eidgenössischen Vorort in Unterhandlungen zu treten, um nach meinen Instructionen Alles das zu berathen, was zum Glücke eines Landes beitragen kann, dessen Wohlergehen stets das Ziel meiner aufrichtigsten Wünsche sein wird. — Gegeben in Potsdam, 5. April 1848. Friedrich Wilhelm."

erlassenen „Tagesbefehl“ vom 3. Mai den Soldaten der deutschen Bundes-Armee seine Anerkennung ausgesprochen. „Seit Eurem Siege bei Schleswig,“ heißt es darin, „ist der Feind unaufhaltsam zurückgewichen, und nur einmal gelang es, einen Theil desselben an der bilschauer Mühle vor Flensburg zu erreichen, wo er noch eine neue Niederlage erlitt. Groß waren seitdem Eure Anstrengungen. Ihr habt sie überwunden mit einer Ausdauer, die Eurem Muthe im Kampfe gleichkommt, und wenn Ihr auch keinen neuen Kampf mit dem Feinde bestehen konntet, weil er sich Euch mit Schnelligkeit entzog, so sind doch schon die Früchte jener beiden Siege bedeutend. Schleswig und Holstein sind vom Feinde geräumt bis auf einige Inseln, welche wir wegen Mangel an Kriegsschiffen nicht betreten können; in Jütland sind wir eingerückt und die Feste Fridericia ist unser; dort weht jetzt die deutsche Fahne und so lange diese aufgepflanzt ist, soll kein Schiff mehr bei der Durchfahrt durch den kleinen Belt einen Zoll entrichten. Nach diesen Erfolgen will ich Euch jetzt Ruhe geben, um neue Kräfte zu neuen Siegen zu sammeln, denn nicht eher darf der Krieg enden, als bis die Rechte unseres gemeinsamen Vaterlandes vollkommen gesichert sind und der durch denselben entstandene Schaden ersetzt ist. Bis dahin bleiben wir zusammen.“ Der „braven Truppen“ gedachte bald darauf derselbe General in einem Antwortschreiben (Kolding, 10. Mai) an den dänischen Kammerherrn und Schiffscapitain Steen Bille. Dieser hatte, als Oberbefehlshaber der Flotte im kleinen Belt, sich an den General gewandt, Beschwerde führend über einige „in den Kriegsannalen civilisirter Nationen unbekannte“ Thatsachen, die bei Gelegenheit des am 8. vor der Citadelle von Fridericia stattgefundenen Kampfes und des Bombardemens der Stadt Middelfart vorgekommen sein sollten. Der dänische Schiffscapitain schloß sein Schreiben (am Bord des Hekla, 9. Mai) mit der Drohung, daß, wenn gegen seine Erwartung die Antwort ihm beweisen würde, jene Thatsachen seien auf Befehl des Generals geschehen, die dänische Marine im Stande sein werde, eine grausame Rache an den Seestädten der Ostsee zu nehmen. Hr. v. Wrangel wies die Beschwerden zurück, indem er zugleich das Land, welches bis jetzt Kriegsschauplatz gewesen, die Verwundeten und gefangenen Dänen zu Zeugen darüber vorschlug, daß er sich bisher bemüht habe, den Krieg auf eine Weise zu führen, welche civilisirter Personen würdig sei und sie ehre. Auf die Drohung des Dänen antwortete er: „ . . lassen Sie es sich gesagt sein, daß für jedes Haus, welches die dänische Marine an deutschen Küsten in Brand schießen sollte, ein Dorf in Jütland brennen wird! . . Will mich aber — fügte er hinzu — die dänische Marine zwingen, andere Maßregeln (als bisher) zu ergreifen, so soll wenigstens Deutschland und ganz Europa wissen, daß nicht von mir, nicht von meinen braven Truppen zuerst solche in unserer jetzigen Zeit nicht zu rechtfertigende Art Krieg zu führen ausgegangen ist.“

Worte der Anerkennung, der Ermunterung wurden der Armee im Allge-

meinen sowie den kriegführenden Truppentheilen zugerufen; es galt jedoch auch, Forderungen zurückzuweisen, die, mit der bisherigen Disciplin in Widerspruch, innerhalb des militairischen Verbandes hie und da ausgesprochen wurden. In einigen Garnisonen der Rheinprovinz waren, unmittelbar nach der Verkündigung der Herrschaft neuer politischer Zustände Bestrebungen einzelner Mitglieder des Offiziercorps offen hervorgetreten, welche die Betheiligung des Militairs an den Errungenschaften zum Zwecke hatten. So erklärten, als am 22. März der Commandeur des 27. Infanterie-Regimentes in Cöln, Oberst v. Wiedburg, die versammelten Offiziere in einer Anrede auf die aus dem Sr. Majestät persönlich geleisteten Eide hervorgehenden Pflichten aufmerksam machte, drei Lieutenants, daß die Zeitverhältnisse und die Concessionen Sr. Majestät bedeutende Modificationen auch in dem Militairdienste herbeigeführt hätten, daß sie mit ihrer Ueberzeugung den Fortschritten der Zeit anhingen und gegen das Bürgerthum nicht mehr zu kämpfen vermöchten. Der Widerstand auf den die Vertreter dieser Ansicht bei der Majorität des Offiziercorps stießen, veranlaßte sie bald darauf, den Abschied zu nehmen *). Am 30. März sandten 20 Offiziere von Deutz eine Adresse, welche auf die Urwahlen bezügliche Wünsche aussprach, an den Minister des Innern zur Weiterbeförderung an den König ab, ohne vorher, wie die militairische Disciplin forderte, die Erlaubniß der vorgesetzten Offiziere eingeholt zu haben. Am 14. April richteten mehrere Offiziere der aachener Garnison an den Ministerpräsidenten, eine Petition, in welcher „Ansichten und Wünsche" mitgetheilt wurden, „deren Realisirung das Wohl und Wehe der ganzen preußischen Armee und damit die Sicherheit und Zukunft des ganzen Vaterlandes bedingen, und die kein „Zögern der Ausführung in dieser wichtigen Zeit mehr gestatten." In dieser Petition wurde der Vorschlag gemacht, daß sofort eine Commission, bei welcher alle Truppengattungen und Chargen vertreten seien, „zur Berathung der nöthigen Reformen in der Armee" niedergesetzt werde. Als besonders wichtige Punkte waren aufgeführt: Möglichst baldige und allgemeine Reorganisation der Armee mit besonderer Berücksichtigung einer Verschmelzung der Linie und Landwehr nach Scharnhorst'schen Grundsätzen: vollständige Gleichstellung der Militairs in politischer Beziehung mit allen Staatsbürgern; schleunige Leistung des Eides auf die Verfassung, sobald eine solche festgestellt sein wird; Anwendung des Civilgesetzes bei den Vergehen der Militairs, mit Ausnahme der rein militairischen Vergehen und Verbrechen, deren öffentliche Aburtheilung einer Militair-Jury vorbehalten bleibe; Abschaffung aller nicht taktisch gebotenen und nothwendigen Zwischenbehörden; richtige Vertheilung und Ausgleichung

*) Siehe „Austritt dreier Officiere aus der preuß. Armee nach der Märzrevolution. Von Wülfing, Attaché der deutschen Gesandschaft zu Bern, Lieutenant a. D." Köln 1848. — Die drei Officiere waren die Lieutenants Bernigau, Faltin und Wülfing. Der Erstgenannte wurde i. J. 1849 wegen Betheiligung an dem Aufstande in Baden von dem preußischen Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt und standrechtlich erschossen.

der Offiziergehalte, modificirt nach dem Dienstalter und mit einer angemessenen Erhöhung von Erhöhung von 5 zu 5 Jahren für die subalternen Chargen; bessere Besoldung der jüngere Unteroffiziere und Soldaten; Aufhebung der bestehenden Ehrengerichte und geheimen Conduiten. Der Ministerpräsident erließ alsbald ein Antwortschreiben (18. April). Die Lehren, sagt er darin, welche die Ereignisse der beiden letzten Monate hinsichtlich der Stellung der Armee im Staate enthalten, seien von ihm keinen Augenblick verkannt worden, und es gehöre zu seinen ernstesten Sorgen, dahin zu wirken, daß die Armee von Allen, so wie von sich selbst, als ein integrirender Theil der Volksbewaffnung betrachtet werde, deren Grundlagen in keinem Lande der Welt so vollständig wie in Preußen vorhanden seien. Die Grundlagen, in ihrer ursprünglichen Reinheit erfaßt, weiter zu entwickeln, das ihnen Fremde zu beseitigen, neu erkannte Bedürfnisse zu befriedigen, werde die Aufgabe der Regierung sein. „Um sie zu lösen" fährt Hr. Camphausen fort, „bedarf sie der Unterstützung der Offiziere der Armee und ihres treuen Festhaltens an den Bedingungen und Formen, welche die Unterlagen einer jeden Heeresverfassung bilden müssen und welche mir nicht gestatten, hier auf den Inhalt Ihrer Eingabe näher einzugehen." Weniger zart als in diesem Schreiben, wurde die Verletzung der darin erwähnten „Bedingungen und Formen," deren sich die Unterzeichner der Adressen schuldig gemacht, in einem Circulare gerügt, welches der Divisions-Commandeur und erster Commandant von Köln, General v. Schreckenstein, an die Truppen-Befehlshaber der Garnison Köln und der 15. Division, am 26. erließ. Das Kriegsmisterium, heißt es darin, habe unter dem 18. April die Adresse der 20 Offiziere mit dem Bemerken zurückgegeben, daß gegen den Inhalt derselben nichts zu erinnern sei, da die betreffende Bitte durch das provisorische Wahlgesetz ihre Erledigung gefunden habe, daß jedoch nicht zugegeben werden dürfe, wenn Subaltern-Offiziere ohne Erlaubniß ihrer Vorgesetzten Adressen an den König richteten, so lange die Bestimmung gelte, wonach Offiziere dieser Kategorie nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Befehlshaber unmittelbare Gesuche dem Könige vorlegen dürfen. Er, der General, finde sich daher veranlaßt, auf das Ungesetzliche des eingeschlagenen Weges „allen Ernstes" aufmerksam zu machen, und er erwarte für die Zukunft ein sichereres Erkennen des militairischen Standpunktes und ein größeres Vertrauen in die vorgesetzten Befehlshaber. In die Hand derselben mögen die Offiziere ihre Bitten und Anliegen in Bezug auf die „jetzt oft schwierige" Stellung des Militairs legen und überzeugt sein, daß Alles geschehen werde, um „billige und mit den noch bestehenden militairischen Einrichtungen vereinbare" Wünsche zu berücksichtigen und zur Kenntniß Sr. Majestät zu bringen. „Der Soldat und noch vielmehr der Offizier soll sich durch Aufrechterhaltung des Gesetzes vor allen Andern auszeichnen: ein Lossagen von dieser Pflicht kann nur den Untergebenen ein böses Beispiel geben, das

dazu diente, die jetzt mehr als je nöthige Ordnung und Disciplin zu untergraben." Ein Rescript des Kriegsministers, vom 27. April, brachte, mit Bezugnahme auf die in der Armee hie und da abgehaltenen Versammlungen von Offizieren und Soldaten zu gemeinsamen Berathungen militairischer Angelegenheiten, die gesetzlichen Bestimmungen in Erinnerung, welche gegen berathende Versammlungen der Militairs bestehen *). Und der General-Inspecteur der Artillerie, Prinz Adalbert, ein Vetter des Königs, erließ am 3. Mai ein Circular folgenden Inhaltes:

Nach den bestehenden Gesetzen und in dem Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind Versammlungen von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten Behufs Berathungen und Beschlußnahme über allgemeine Staats-Einrichtungen und besondere militairische Dienst-Verhältnisse oder Aufforderungen zu solchen Versammlungen verboten, und eine Ueberschreitung dieses Verbotes ist gesetzlich zu ahnden. Ich bin überzeugt, daß in der Waffe, an deren Spitze ich zu stehen die Ehre habe, die Richtigkeit der in der vorstehenden kriegsministeriellen Verfügung ausgesprochenen Grundsätze längst allgemein anerkannt ist. Die eigenthümlichen Verhältnisse der Armee als executiver Gewalt der Regierung legen ihr auch besondere Pflichten auf, die sie, ohne die Sicherheit des Ganzen zu gefährden, nicht verletzen darf. Die Erhaltung der Disciplin ist eine der wichtigsten; sie ist für jedes Mitglied der Armee, es mag noch so hoch oder so niedrig stehen, gleichbedeutend, gleich heilig. Muth und Tapferkeit sind das Erbtheil jedes wahren Preußen! Doch sie genügen nicht, die Disciplin allein ist im Stande, der bewaffneten Macht ihre Kraft dem Feinde gegenüber zu erhalten, ihr das Vertrauen und die Achtung ihrer Mitbürger zu sichern. Ich gebe mich gern der Hoffnung hin, daß jeder Einzelne mit richtigem Tacte fühlen wird, wo der Gebrauch des ihm zustehenden Rechtes der freien Meinungs-Aeußerung die Grenzen berührt, deren Ueberschreitung seine Stellung als Soldat compromittiren, die Disciplin lockern würde. Ich hege vorzüglich zu den Offizier-Corps das Vertrauen, daß der in ihnen herrschende treffliche Geist die Einigkeit der Gesinnung zu erhalten wissen wird, welche die sicherste Bürgschaft bietet, daß die Bestrebungen des Einzelnen und des Ganzen von dem bestimmt bezeichneten Pfade der Gesetzlichkeit nicht abweichen. Auch den Unteroffizieren vertraue ich, daß sie in ihrer einflußreichen Stellung in der Erhaltung der Disciplin ihren Offizieren als treue Gehilfen zur Seite stehen, der jungen und unerfahrenen Mannschaft ein untadelhaftes Vorbild und bewährte Rathgeber sein werden. Die Herren Commandeure ersuche ich, diese meine zuversichtliche Ueberzeugung sämmtlichen Offizieren mitzutheilen und ihnen in meinem Namen die Hoffnung auszusprechen, daß gründliche Belehrung der Untergebenen, gegenseitige Verständigung und cameradschaftliches Zusammenhalten hinreichen werde, den Einzelnen von unüberlegten und ungesetzlichen Schritten zurückzuhalten. W. Adalbert.

Ein Theil der officiellen Aktenstücke bezog sich auf die Verhältnisse des Großherzogthums Posen. Seit der Abreise des Generals v. Willisen, nahmen

---

*) Landwehrmänner und Kriegsreservisten in Köln sahen sich jedoch auch dadurch nicht gehindert, am 14. Mai folgende mit zahlreichen Unterschriften versehene Eingabe an den Ministerpräsidenten abgehen zu lassen: „Durch ein Rescript Sr. Excellenz des Kriegsministers vom 27. April d. J. ist unsern Brüdern in der Armee, ist Bürgern das Recht der freien Vereinigung, ist ihnen das Recht genommen worden, ihre Klagen in gemeinsamen Beschwerden und gemeinsamen Gesuchen laut werden zu lassen. Sie sind damit allen Bedrükkungen ihrer Vorgesetzten hilflos Preis gegeben. Es giebt aber Rechte, Herr Minister-Präsident, die keine Macht der Erde in Frage stellen kann; es sind die ewigen unveräußerlichen Rechte der freien Rede und der freien Vereinigung. Der Minister, der sie angreift oder unter seiner Verantwortlichkeit angreifen läßt, begeht einen Staatsstreich, für den er haftet mit seinem Kopfe. Wir wollen uns gern dem Glauben hingeben, daß die Neuheit constitutioneller Formen noch Irrthümer mancherlei Art selbst bei den höchsten Beamten zuläßt, auch wohl entschuldigt, wir erwarten aber von Ew. Excell., daß Sie sobald wie möglich der Armee ihr Recht der freien Vereinigung, der gemeinsamen Beschwerdeführung unverkürzt zurückzugeben wissen werden. Sollten Ew. Exc. dieses aber nicht wollen oder nicht können, so werden wir einen Anklage-Act gegen Ew. Exc. Amtsführung höheren Ortes formiren müssen."

die Dinge im Posenschen einen den Landfrieden mehr und mehr bedrohenden Charakter an. Wiederholte Verheißungen, der polnischen Bevölkerung günstig und Akte der Gewalt, von den Polen und den Militairbehörden ausgeübt, gingen Hand in Hand. Um die in der königlichen Ordre vom 26. April verheißene Reorganisation der Provinz vor Mißdeutungen zu bewahren, erließ der König bald darauf eine Ordre (Potsdam, 30. Ap., mit der Gegenzeichnung: Camphausen, Auerswald), in der es hieß: „Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß die von mir angeordnete Reorganisation des Großherzogthums Posen so gedeutet worden ist, als könne dadurch die katholische Kirche in Gefahr kommen. Diese Deutung ist, wenn nicht böswillig, doch jedenfalls unrichtig. Bewohner der Provinz Posen! Was Euch, seitdem ihr dem preußischen Staate angehört, von meinem königlichen Vater zugesagt worden ist, daß die katholische Kirche unangetastet bleiben solle, es ist Euch seit mehr als 30 Jahren unverbrüchlich gehalten worden. Eure Religion, Eure Kirche ist mir heilig. Es wird auch fernet so bleiben, es wird Euch Niemand in Eurem heiligen Glauben stören, jeder Versuch dazu würde ohne Nachsicht gestraft werden. Ob Eure Beamten Polen oder Deutsche sein werden, sie müssen stets nach den Landesgesetzen handeln, und sie werden daher auch Eure Religion, Eure Kirchen ehren. Darauf gebe ich Euch wiederholt mein königliches Wort!" Am 1. Mai erfolgte die Ernennung des Herrn v. Pfuel, Generals der Infanterie und (seit dem 19. März) Inspecteurs des 5. und 6. Armeecorps zum königlichen Comissarius für die Reorganisation des Großherzogsthums. „Um die Bestimmungen meiner Ordre vom 26. April," lautet die Berufungordres des Königs, „so schnell und meinen Absichten so entsprechend wie möglich ausführen zu lassen, habe ich mich auf den Antrag des Staatsministeriums veranlaßt gefunden, Sie zu meinem Commissarius für diese Angelegenheit zu ernennen. Sie haben sich demnach unverzüglich nach Posen zu begeben, und dort nach der Ihnen vom Staatsministerium zu ertheilenden Instruction das Geeignete zu veranlassen." Diese vom gesammten Staatsministerium am 1. Mai aufgestellte Instruction ertheilte dem General v. Pfuel die ausgedehnteste Vollmacht, die gesammte Militair- und Civilverwaltung der Provinz Posen innerhalb der bestehenden Gesetze und Verfassung zu übernehmen und ordnete ihm alle Behörden der Provinz, einschließlich der durch die königlichen Erlasse vom 24. März verordneten Reorganisations-Commission unter. „Der Zweck Ihrer Sendung", hieß es weiter, „ist zuvörderst die Wiederherstellung des Landfriedens und der gesetzlichen Autorität der Behörden. Zur Erreichung desselben werden Ew. Excellenz alle Mittel der Güte und Vermittelung und, wo es unerläßlich nöthig ist, der Strenge anwenden" . . Am 4. traf der General in Posen ein. Die Nachrichten die inzwischen aus dem Großherzogthum nach Berlin gekommen waren, gaben, nach der officiellen Mittheilung des Staatsanzeigers, „das traurigste Bild der gänzlich aufgelösten Zustände, in denen

die königlichen Truppen nur unter den größten Opfern kämpfend die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen suchten." Viele polnischen Dörfer hatten ihre Contingenten von Sensenmännern uud zum Theil Jägern, die sich zu Ueberfällen und Hinterhalten nach Vorschrift vereinigten, oder dem Hauptcorps auf kürzere oder längere Zeit sich anschlossen. Tagtäglich Ueberfälle und Gefechte, stets mit Verlusten auf beiden Seiten. Die oberen Civil- und Militairbehörden proclamirten am 5. das Martialgesetz (nach den Bestimmungen der Cabinetsordre vom 7. März 1846), indem sie die Hoffnung aussprachen, daß „die Verführungskünste einzelner Böswilliger an dem guten Sinn der Einwohner der Provinz scheitern und jene nicht in die Lage gesetzt würden, die verkündeten strengen Maßregeln zur Ausführung bringen zu müssen." Bereits am 3. hatte der Commandant der in Belagerungszustand befindlichen Stadt und Festung Posen die Auflösung der dortigen Bürgerwehr und des sogenannten Freicorps angeordnet. Der General v. Pfuel begann seine neue Thätigkeit mit der Veröffentlichung eines Manifestes vom 5., in welchem er die Verkündigung des Martialgesetzes als „der dringenden Lage der Verhältnisse angemessen, kraft seiner Vollmacht bestätigte. „Um indessen", fügt das Manifest hinzu, „der irregeleiteten polnischen Bevölkerung den Beweis zu geben, wie ernst es Sr. Majestät dem Könige mit der baldigsten Erfüllung seines gegebenen Versprechens ist, so soll dessen ungeachtet sofort der Anfang mit der Organisation derjenigen Kreise gemacht werden, welche als rein polnische zu betrachten sind. Die Demarcationslinie der Theilung soll indessen noch vertagt werden, so daß über diejenigen Kreise, in welchen eine Theilung stattfindet, einstweilen noch nicht bestimmt werden wird, um vor der definitiven Feststellung alle etwa noch hervortretenden Wünsche beider Nationalitäten in gehörige Erwägung nehmen zu können. Diese Vergünstigung soll aber auch in den übrigen Kreisen überall da, wo die Lokalität und die Verhältnisse es gestatten, die möglichste Besichtigung finden und wird der Anfang der Reorganisation darin bestehen, daß unverzüglich für die bezeichneten Kreise Gnesen, Wreschen, Schroda, Schrimm, Kosten, Pleschen, Adelnau, Schildberg, mit Ausnahme der Stadt Kempen, eine besondere polnische Regierung eingesetzt werden wird, mit deren Zuziehung sämmtliche Administrationszweige geordnet werden sollen."*) Die Entscheidung des Kampfes, welcher fortwährend an verschiedenen Stellen zwischen den preußischen Truppen und den polnischen Cadres geführt wurde, lag zu der Zeit, als das erwähnte Manifest erlassen wurde, in den Operationen des Generallieutenants v. Wedell, der am 5. die ihm untergeordneten Truppen (13 Bataillon, 13½ Eskadronen und 15 Geschütze) bei Gnesen vereinigte, um die

*) Stadt und Festung Posen „nebst dem Gebiete, welches die Verbindung derselben mit den übrigen deutschen Landen herstellt" mit einer Bevölkerung von 273,500 Köpfen, waren in der 45. Sitzung der deutschen Bundesversammlung, am 2. Mai, auf Antrag Preußens, in den deutschen Bund aufgenommen worden.

nach Kujavien sich wendenden Insurgenten anzugreifen und auseinanderzutreiben. Inzwischen hatte Mieroslawski seine Bereitwilligkeit, die Waffen niederzulegen, erklären lassen und der Nachfolger Mieroslawski's im Oberbefehl, Oberst v. Brzezanski, hatte von Miloslaw aus (welchen Ort das polnische Hauptcorps wieder besetzte) dem General v. Wedell am 8. das Anerbieten einer Capitulation gemacht. Diese wurde in der That am 9. (bei Schroda) nach der Anweisung des Generals v. Pfuel unter folgenden Bedingungen abgeschlossen: 1) Die polnischen Cadres legen die Waffen nieder. 2) Emigranten und Fremde jeder Nationalität werden nach einem Depot zwischen der Elbe und Weser abgeführt und können, auf ihren Wunsch, dort Pässe nach Frankreich erhalten; 3) Die dem Lande Angehörigen werden kreisweise versammelt, zu ihren Landräthen unter Eskorte geführt und dann nach Hause entlassen; 4) Deserteure der Linie und Landwehr werden nach Posen gebracht und der königlichen Gnade empfohlen. Am 10. sollte das polnische Corps bei Piatkowo czarne versammelt werden um die Waffen niederzulegen. Dieses hatte sich jedoch vor dem Termine der Waffen-Niederlegung nach allen Richtungen hin zerstreut, so daß als der General v. Wedell zur verabredeten Zeit in Piatkowo czarne eintraf, er daselbst nur 35 Mann ohne Waffen und ohne Führer vorfand. Hr. v. Pfuel erklärte hierauf, in einer Bekanntmachung vom 12., daß er, obgleich die Capitulation durch die alleinige Schuld der Insurgenten nicht zur Ausführung gekommen sei, dennoch Milde, anstatt der Strenge walten lassen wolle und daß demnach die genannten vier Bedingungen noch bis zum 19. Mai Giltigkeit haben sollten für alle diejenigen, welche sich in Posen freiwillig stellen würden. Zugleich forderte der General diejenigen, die nach und nach zur Einsicht kommen, wie sehr sie zu ihrem eigenen Schaden irre geleitet seien, auf, Emissaire und Aufwiegler, die neue Aufhetzereien verursachen sollten, zu ergreifen und den Behörden zu überliefern, welche sie nach Posen abzuführen haben.

Zu den Aktenstücken, welche die legislatorische Thätigkeit der Regierung so wie die Maßregeln der einzelnen Ministerien betreffen, gehört zuvörderst eine Verordnung vom 29. April (Gesetzsammlung Nr. 23) über die Beglaubigung von „Geburten und Sterbefällen.“ Um die Uebelstände und Belästigungen zu beseitigen, welche daraus entstehen, daß die in der Verordnung vom 30. März und dem Gesetze vom 23. Juli 1847 vorgeschriebene Beglaubigung von Geburten und Sterbefällen nur an dem häufig entfernten Sitze des Gerichts erfolgen kann, bestimmt der König in der erwähnten Verordnung, daß die Obergerichte ermächtigt sein sollen, bestimmten Ortspolizeibehörden oder polizeilichen Beamten die Aufnahme der, die bürgerliche Beglaubigung von Geburten und Sterbefällen bezweckenden Anzeigen mit der Wirkung zu übertragen, daß die Eintragung in die vorgeschriebenen Register erfolgen kann.

Ein königlicher Erlaß vom 6. Mai (Gesetzsamml. Nr. 21) bestimmt, daß „in Folge der durch die neueren Gesetze allen Preußen gleichmäßig verliehenen politischen Rechte“ fortan von Civil- und Militair-Gerichten die Strafe der körperlichen Züchtigung nicht mehr verhängt, sondern statt derselben auf verhältnißmäßige Freiheitsstrafe erkannt werden solle *). — Auf Anträge der stettiner Kaufmannschaft (vom 27. April), die auf die dänischerseits gegen preußische Handelsschiffe angeordneten feindlichen Maßregeln Bezug hatten, antwortete das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in einem Schreiben an die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin, vom 1. Mai. (Bereits waren in Folge jener dänischen Maßregeln einige vierzig Schiffe theils in dänischen Häfen, theils auf der Fahrt durch den Sund mit Beschlag belegt worden.) Der preußische Bundestagsgesandte, theilte das ministerielle Schreiben mit, sei angewiesen, bei der Bundesversammlung anzutragen, daß der deutsche Bund sich eben so wie für die allgemeinen Kriegskosten, auch hinsichtlich der Verluste am Privateigenthum, welche dem Handelsstande in Folge der Ausführung der Bundesbeschlüsse wegen Schleswig-Holstein erwachsen sind und noch erwachsen werden, in solidum für verantwortlich erkläre; auch seien die nöthigen Aufträge gegeben, damit Dänemark jede auch nur temporaire Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande die Bedingung gestellt werde, daß gleichzeitig auch jede Feindseligkeit zur See aufhören und alles mit Beschlag belegte Privateigenthum preußischer Staatsangehörigen freigegeben werden müsse. Die preußischen Handelsverhältnisse berührte ferner eine halbofficielle Notiz des Staatsanzeigers (5. Mai), welche bei Gelegenheit der Mittheilung, daß der König am 3. im Schlosse zu Berlin **) den spanischen Kammerherrn, Senator, Generallieutenant Don Antonio Remon Zarko del Valle als außerordentlichen Gesandten Spaniens, in einer Privataudienz empfangen habe, gegeben wurde: „Bei der großen Wichtigkeit, welche die Beziehungen Deutschlands mit Spa-

---

*) Der constitutionelle Club fand in diesem Erlasse einen seiner Anträge berücksichtigt. Auf den Vorschlag des Hrn. Volkmar hatte der Club, in seiner Sitzung vom 22. Mai, folgende Adresse an den Ministerpräsidenten beschlossen: „Ew. Excellenz beehrt sich der const. Club in Erwägung, daß die körperliche Züchtigung als eine durchaus unsittliche und dem Princip der constitutionellen Monarchie durchweg widerstrebende Strafe zu erachten ist; daß die Stimme des ganzen Landes sich gegen diese die Menschheit entehrende Strafe ausgesprochen hat; daß kein Grund erfindlich ist, aus welchem eine der Rheinprovinz unbekannte Strafe in den alten Provinzen noch ferner bestehen soll; daß die sofortige Aufhebung dieser Strafe um so gewisser veranlaßt werden kann, als sie nach dem Ministerialrescript vom 25. Mai 1812 nur für Verbrecher aus den untersten Volksklassen angewendet werden darf, während doch allen Klassen des Volks mindestens die Gleichheit vor dem Gesetz dermalen sofort eingeräumt werden muß; — den gehorsamsten Antrag vorzutragen: Es gestatte Ew. Excellenz die sofortige Aufhebung der Prügelstrafe zu veranlassen.“

**) Des Königs gewöhnlicher Aufenthalt um diese Zeit war Potsdam. Dann und wann berichteten die Blätter von der vorübergehenden Anwesenheit des Königs in Berlin. So meldet die Voss. Zeitg.: „Am 4. war Se. Majestät von 9 Uhr Morgens bis gegen 3 Uhr in Berlin und wohnte einem Ministerrathe bei, welcher fast die ganze Zeitdauer ausfüllte und in dem die Verhandlungen äußerst lebhaft waren. Dem Vernehmen nach hätten sie sich besonders auf auswärtige Verhältnisse bezogen.“

nien sowohl in politischer als commercieller Hinsicht haben, wird die Nachricht, daß Sr. Majestät einen Gesandten der Königin Isabella zu empfangen geruht haben, vom Publicum gewiß mit großer Befriedigung vernommen werden. Wir finden uns zugleich in den Stand gesetzt, anzukündigen, daß auch hiesigerseits ein Gesandter für den Hof von Madrid bereits designirt ist, welcher sich baldigst auf seinen Posten begeben wird. Die königliche Mission in Madrid wird mit allen Mitteln ausgerüstet sein, welche sie in Stand setzen können, um für die Interessen des deutschen und preußischen Handels auf wirksame und fördernde Weise thätig zu sein." — Der Minister der geistlichen Angelegenheiten widmete einer neuen Organisation des Turnunterrichts besondere Aufmerksameitk. Das Regierungsblatt Nr. 12 theilte darüber Folgendes mit: „Nachdem das Turnen in Folge bekannter Vorgänge lange Zeit aus dem Leben ganz zu verdrängen versucht worden war, ist dasselbe seit dem Jahre 1842 wieder als ein integrirender Theil der männlichen Jugenderziehung in den Bereich zunächst der höheren Unterrichtsanstalten gezogen worden. Die Aufgabe der Gegenwart läßt es als Bedürfniß erscheinen, das Turnen aus seiner seitherigen Beschränkung auf einzelne Unterrichtsanstalten in den weiteren Kreis des unmittelbaren Volkslebens hinüberzuführen. Das Turnen muß ein integrirender Theil der Volkserziehung werden. Damit dieser Angelegenheit, welche zugleich mit der Wehrhaftigkeit des Volkes im engen Zusammenhange steht, von Anfang an eine sichere Grundlage gegeben und ihrer Entwickelung nach allen Seiten und nach den verschiedenen Kreisen des Volkslebens hin eine den thatsächlichen Verhältnissen der Gegenwart entsprechende Bahn geöffnet werden könne, ist bereits von dem Minister der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten eine Berathung von Männern veranlaßt worden, welche selbst den verschiedensten Kreisen des Volkes angehören und mit der Kenntniß der Zustände und Bedürfnisse derselben das erforderliche Interesse für die Sache selbst verbinden. Es steht zu erwarten, daß aus dieser Berathung baldigst Grundzüge hervorgehen werden, nach denen das nur auf Organisation wartende Werk sich sofort selbst frei und kräftig ausbauen wird."

Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten wendet sich an die Gewerbetreibenden mit dem Vorschlag zur Bildung von Ausschüssen und Commissionen für die Erörterung der Verhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern. Eine Bekanntmachung des Hrn. v. Patow, vom 8. Mai, spricht die Hoffnung aus, daß das Ministerium, unterstützt von allen wohldenkenden und besonnenen Gewerbtreibenden, das zur Hebung des Verkehrs nothwendige Vertrauen auf eine bessere Gestaltung der Arbeitsverhältnisse beleben und den von allen Seiten erhobenen Anforderungen, so weit es überhaupt möglich, Geltung verschaffen, so weit aber dies nicht geschehen könne, wenigstens die Ueberzeugung begründen werde, daß die Berücksichtigung der unerfüllt bleibenden Wünsche entweder mit den

eigenen Interessen der Antragsteller oder mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar sein würden. „Die bestehenden Mißverhältnisse," heißt es in der Bekanntmachung, „sind in ihren Ursachen und Wirkungen so verschiedenartig, daß die Mittel zu ihrer Beseitigung sich überwiegend nach den örtlichen Verhältnissen und nach den Eigenthümlichkeiten der betreffenden Gewerbszweige richten müssen. Ein großer Theil der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern entstandenen Mißhelligkeiten kann nur durch freiwillige Vereinbarung beider Theile über die künftige Feststellung ihres gegenseitigen Verhältnisses gehoben werden. Anderen Uebelständen ist durch örtliche Einrichtungen zur Erhaltung des Nahrungsstandes, zur leichteren Erörterung und Entscheidung der vorkommenden Streitigkeiten über Lohnzahlungen, über den Austritt aus der Arbeit ꝛc., zur Nachweisung von Beschäftigung und zu ähnlichen Zwecken zu begegnen. Endlich kann sich das Bedürfniß allgemeiner gesetzlicher Anordnungen zur zeitgemäßen Umgestaltung gewerblicher Zustände herausstellen. Derartige Anordnungen bedürfen einer gründlichen Erwägung nicht bloß für sich, sondern auch hinsichtlich ihrer entfernteren Einwirkung auf die Gesammtheit, und es kann damit ohne vorgängige Anhörung aller Betheiligten eben so wenig wie ohne Zustimmung der künftigen Volksvertretung vorgegangen werden." Hierauf fordert das Ministerium den Gewerbe- und Arbeiterstand in folgender Weise zur Mitwirkung auf: 1) In denjenigen Orten oder Districten, wo unter einzelnen oder mehreren Klassen der Gewerbetreibenden die Beseitigung schädlicher Gewohnheiten oder Mißbräuche als nothwendig erkannt wird, treten die durch gleiche Interessen verbundenen Arbeitgeber mit den von ihnen beschäftigten Arbeitern zur Wahl von Local-Ausschüssen (von sechs bis zehn Mitgliedern) zusammen, welche die vorhandenen Mängel untersuchen, die Streitfragen feststellen und die Maßregeln zur Abhilfe vorschlagen. Die Communalbehörden leiten die Verhandlungen der Ausschüsse und lassen ihre Vermittelung zur Beseitigung vorübergehender Mißhelligkeiten eintreten. 2) In jedem Regierungs-Bezirke wird unter Leitung von Mitgliedern der Regierung eine Bezirks-Commission aus Arbeitgebern und Arbeitern des Bezirks (Abgeordneten der Local-Ausschüsse) gebildet, um die von den Ausschüssen und Ortsbehörden eingehenden Anträge zu prüfen und zur weiteren Entscheidung vorzubereiten. 3) Unter dem Vorsitze des Chefs des Ministeriums wird eine Central-Commission gebildet, die aus mehreren Abtheilungen besteht, und in welche sachkundige Vertreter verschiedener Industriezweige des Landes, und zwar sowohl Fabrikanten und Meister als auch Arbeiter und Gesellen, berufen werden. Diese Commission prüft die durch die Local- und Bezirks-Ausschüsse unerledigt gebliebenen Fragen, nimmt allgemeine legislative Anordnungen zur Beförderung der Gewerbsamkeit und zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in Erwägung und kann die Berathungen der Bezirks-Commissionen und durch diese die Verhandlungen der Local-Ausschüsse leiten. — In

Bezug auf die Stadt Berlin wurde bestimmt, daß dort eine besondere Bezirks-Commission unter dem Vorsitze von Abgeordneten des Magistrats in Wirksamkeit tritt. Auch wurde erwähnt, daß in Berlin die Bildung von Ausschüssen nach den in der Bekanntmachung angedeuteten Grundsätzen unter der vermittelnden Einwirkung des Magistrats zur gütlichen Beilegung mehrfacher Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geführt habe. — Knüpfen wir hieran Mittheilungen über die fernere Thätigkeit der städtischen Deputation zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen.

Diese Deputation veröffentlichte am 2. und 7. Mai folgende „weitere Beschlüsse," die sich zunächst an diejenigen vom 27 April (S. 324) anschließen:

25) In Betreff der Sicherung des selbstständigen Gewerbetriebes machte sich im Allgemeinen die Meinung geltend, daß die Rückkehr zu dem Zunftzwange aus national-ökonomischen Gründen und als die persönliche Freiheit zu sehr beschränkend, nicht rathsam und angemessen sei, andererseits aber eine Reorganisation der jetzt bestehenden Verhältnisse nothwendig erscheine und besonders dahin gewirkt werden müsse, daß die Innungen eine solche Einrichtung erhielten, daß es vortheilhaft und eine Ehrensache würde, derselben anzugehören. Den Gewerbbetrieb glaubte man dadurch unterstützen zu müssen, daß Jeder, der ein Gewerbe selbstständig betreibt, eine Prüfung zu bestehen habe, durch welche sich diese Behörde die Ueberzeugung verschafft, daß ein solcher Gewerbtreibender auch sein Geschäft versteht. Die Frage, ob zum selbstständigen Gewerbbetrieb die Erwerbung des Bürgerrechts künftig noch erforderlich sei, glaubt man für jetzt unerörtert lassen zu können, weil eine gänzliche Veränderung der diesfälligen Gesetzgebung in sofern zu erwarten steht, als der Unterschied zwischen Bürger und Schutzverwandte wie in den übrigen Verhältnissen, so auch in den gewerblichen wegfallen dürfte. 26) Hinsichtlich der Niederlassungen haben die Communalbehörden kürzlich einen Beschluß gefaßt, nach welchem beantragt werden soll, in jedem einzelnen Falle künftig die Entscheidung über die Zulässigkeit der Niederlassung, nachdem die Polizei-Behörde vorher gehört worden, dem Magistrate zu übertragen sei. Man war der Ansicht, daß weitere Vorschläge nicht zu machen seien, sofern nicht bei dem etwaigen Uebergange der Polizeiverwaltung unter die Commune eine Modification jenes Beschlusses nöthig werden sollte. 27) Wurde beschlossen, dem Antrage der in Breslau bestehenden ähnlichen Deputation wegen Mittheilung der wesentlichen Ergebnisse der Berathung der diesseitigen Deputation zu genügen und um ähnliche Mittheilungen Seitens der dortigen Deputation zu ersuchen. Das von einigen Prinzipalen unterstützte Gesuche mehrerer Handlungsdiener, worin dieselben darauf angetragen, daß sämmtliche Materialwaarenhandlungen Abends um 8 Uhr geschlossen werden, beschloß man den Herrn Aeltesten der Kaufmannschaft befürwortend mitzutheilen. 28) Zwischen den Besitzern der hiesigen Zuckersiedereien und den darin beschäftigten Gehilfen ist durch unsere Vermittelung zur Zufriedenheit beider Theile eine Einigung zu Stande gekommen. Ebenso zwischen Meistern und Gesellen bei dem Schumacher-, Tischler-, Bäcker-, Strumpfwirker-, Posamentier- und Brunnenmacher-Gewerk. 29) Bei der Berathung über eine Vorlage, betreffend die Verhältnisse des hiesigen Gesindes kam es zur Sprache, daß das Gesinde-Prämien-Institut den damit beabsichtigten Zweck in sofern nicht erfülle, als meist solche Dienstboten zum Empfang der Prämien gelangten, die das Glück hätten, in einem guten Dienst zu stehen, wie denn auch das jährliche Verzeichniß der Empfänger nachweise, daß deren Herrschaften meist den höhern Ständen angehören, die lange Dienstzeit sei aber unter solchen Umständen kein durch eine Prämie zu lohnendes Verdienst. Man war daher der Meinung, daß es an der Zeit sei, diesen schon vielfach beregten Uebelstand zu beseitigen und wurde in dieser Beziehung vorgeschlagen: a) die Prämienvertheilung fernerhin nicht mehr stattfinden zu lassen; b) den bisher zu den Prämien bestimmten Theil der Einnahme dem Fonds zur Gründung eines Gesinde-Hospitals zu überweisen; c) mit der Errichtung eines Hospitals so bald als möglich vorzuschreiten, sofern die vorhandenen Bestände die erforderlichen Mittel gewähren sollten; d) für den Fall, daß die Mittel etwa dazu ausreichen sollten, um außer dem Hospitale noch ein Gesindekrankenhaus zu errichten, dann auch mit der Herstellung eines solchen vorzuschreiten, e) in keinem Falle aber das Hospital mit dem Krankenhause zu verbinden.

30) In Betreff der Arbeiten welche im Arbeitshause angefertigt werden, war man der Meinung, daß die Watten- und Dochtfabrikation, das Hosenträgernähen, das Seifehobeln, die Anfertigung von Goldleisten zu solchen Arbeiten gehören, deren Einstellung wegen Beeinträchtigung des bürgerlichen Gewerbebetriebes zu veranlassen sein dürfte, daß dagegen die Einrichtung, nach welcher die Bedürfnisse der Anstalt selbst an Schneider-, Schumacher-, Schlosser-Arbeit 2c., durch Häuslinge angefertigt werden, beizubehalten sein möchte, wie es überhaupt gerechtfertigt erschien, Alles, was im Hause und für dasselbe gebraucht wird, durch Häuslinge bewirken zu lassen. Diesem Grundsatz gemäß würde sich auch dagegen nichts erinnern lassen, wenn die Bäckerei des Arbeitshauses für den eigenen Bedarf auch fernerhin betrieben würde, in pecuniärer Hinsicht sei es aber für die Commune vortheihafter, den Bedarf von hiesigen Bäckern zu entnehmen. 31) Wurde eine Berathung darüber eröffnet, ob es zweckmäßig sein dürfte, bei dem Verkauf von Bäckerwaare wandelbare Preise und feste Gewichte eintreten zu lassen. Man gewann die Ueberzeugung, daß das Brod bei einer solchen Einrichtung leicht schlechter sein dürfte, da die Qualität nicht wohl controllirt werden könne, daß alsdann bei den von außerhalb zum Verbrauch kommenden Backwaaren ein gleiches Verhältniß eintreten müsse, was viel Schwierigkeiten haben würde, daß endlich eine Erhöhung der Preise viel eher Unzufriedenheit errege, als eine Verminderung des Gewichts, welche meist nur zu Folge habe, daß das Quantum, welches ein Jeder zu verzehren pflege, sich etwas vermindere, ohne daß ein Mehrbedarf, und daher eine Mehrausgabe nothwendig werde. Dagegen erkannte man die Einführung freier Selbsttaxen, welche jeder Verkäufer von Backwaaren für jeden Tag anzufertigen und in dem Verkaufslocale auszuhängen hat, als das zweckmäßigste Verfahren an. 32) Wurde das immer noch stattfindende Rabattgeben der Bäcker, an Wiederverkäufer und Consumenten, als ein Uebelstand bezeichnet, auf dessen Beseitigung hingewirkt werden müsse. 33) Kam es zur Sprache, daß bei der Feststellung der Gewerbesteuer der Bäcker künftig nicht, wie bisher sehr mit Unrecht geschehen, die Seelenzahl, sondern die wirkliche Consumtion zu Grunde zu legen sein dürfte, und sollen wegen Regulirung dieser Angelegenheit die erforderlichen Anträge formirt werden. 34) Wurde darauf aufmerksam gemacht, daß besonders Arbeiter und kleine Gewerbtreibende, die sich die Auszahlung ihres Lohnes in Gold gefallen lassen müssen, um nur nicht ihre Arbeit zu verlieren, hierbei oft übervortheilt und ihnen der verdiente Lohn durch zu hohe Anrechung des Goldwerthes verkürzt werde. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes hielt man es für nothwendig daß Seitens der Polizeibehörde dahin gewirkt werde, daß alle Lohnzahlungen in Courant stattfinden. 35) Wurde in Veranlassung des, von einem der hiesigen Gewerke in Bezug auf die zu demselben gehörigen Gesellen gestellten Antrags beschlossen, die kostenfreie Ausfertigung der Wanderbücher und sonstiger Legitimationspapiere im Allgemeinen für die Gesellen aller Gewerke in Antrag zu bringen und auszuwirken. 36) Zwischen den Korbmachermeistern und Gesellen ist durch unsere Vermittelung zur Zufriedenheit beider Theile eine Vereinigung zu Stande gekommen.

Um der stark angegriffenen Stadtkasse außerordentliche Einnahmen zuzuführen, schrieb der Magistrat eine Einkommensteuer für die Hauptstadt aus. Folgende Bekanntmachung, vom 4., enthielt die näheren Anordnungen:

Die große Bedrängniß, in welcher sich der bei weitem größeste Theil unserer unbemittelten Einwohner zur Zeit befindet, ist den Communal-Behörden eine dringende Veranlassung gewesen, sofort zur Ausführung von Bauten, Wege-Arbeiten u. s. w. zu schreiten, um auf diese Weise nach Möglichkeit dem Mangel an Arbeit und Verdienst abzuhelfen. Andererseits finden seit Anfang vorigen Monats ganz unerwartet starke Abhebungen von eingezahlten Geldern bei unserer Sparkasse statt, die sich jetzt bereits auf 500,000 Thlr. belaufen, während zu solchem Behufe nur 30,000 Thlr. statutenmäßig baar vorräthig zu halten waren. Zu allen diesen sehr bedeutenden außerordentlichen Ausgaben bietet unser Stadthaushalt keine Einnahme-Quellen dar, und hat daher vorläufig zu den bereitesten Mitteln gegriffen werden müssen, um jene Ausgaben zu bestreiten. Zur nachhaltigen Deckung ist nunmehr durch Communalbeschluß, unter Genehmigung der hohen Ministerien des Innern und der Finanzen, das Ausschreiben und Einziehen einer Einkommesteuer in der Art angeordnet worden: 1) Es soll zur Zeit ein Procent von dem reinen Einkommen erhoben werden, und zwar als eine außerordentliche Steuer. 2) Dieser Steuer sind alle selbstständigen Einwohner unserer Stadt innerhalb des städtischen Weichbildes unterworfen, und zwar a) einzelnstehende selbstständige Personen bei einem reinen Einkommen von 300 Thlr. ab. b) Familien, die nur aus zwei Personen bestehen, bei einem reinen Einkommen von 400 Thlr. ab. c) Familien, die aus

mehr als zwei Personen bestehen, bei einem reinen Einkommen von 500 Thlr. ab. 3) Es wird einem jeden Steuerpflichtigen überlassen, sein Einkommen nach einem billigen Durchschnittssatze selbst abschätzen und danach die Summe zu bestimmen, die er als Betrag dieser Steuer zu entrichten sich verpflichtet hält. Von dem so oft bewährt gefundenen Gemeinsinn der Einwohner unserer Stadt erwarten wir mit vollem Vertrauen, daß sie bei der Selbstabschätzung und Bestimmung ihrer Beiträge wohl berücksichtigen werden, wie dringend nothwendig es ist, die Communalbehörde mit recht reichlichen Mitteln zu versehen, um sie in den Stand zu setzen, den an sie von allen Seiten gemachten dringenden Anforderungen auf Gewährung von Arbeit, auf Unterstützung, auf Rückzahlung der Sparkassengelder rc. zu genügen, daß hiervon so wesentlich die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe in unserer Stadt abhängig ist, und daß diese Beisteuer zu den angegebenen Zwecken das Interesse aller Einwohner, also auch das jedes Einzelnen unmittelbar berührt. Ein jeder bringe daher das, was er vermag, und bedenke, daß was er giebt, zum allgemeinen Besten unserer Stadt gegeben wird. Zur Vermeidung jedes möglichen Mißverständnisses wird hierbei ausdrücklich bemerkt, daß der Beitrag, den Jeder hiernach selbst zu bestimmen und einzuzeichnen hat, unter keinen Umständen als Norm oder Anhalt für eine etwa künftig einzuführende regelmäßige Einkommesteuer dienen kann und wird. Wenn übrigens nach den bis jetzt noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen (Gesetz vom 11. Juli 1822 §. 10 e. und f.) alle Besoldungen und Emolumente der beim stehenden Heere und bei den Landwehrstämmen in Reihe und Glied befindlichen activen Militärpersonen, ingleichen der auf Inactivitätsgehalt gesetzten Offiziere, und diejenigen der Geistlichen und Schullehrer von allen directen Beiträgen zu den Gemeinde-Lasten befreit sind, so erwarten wir doch von diesen Personen, daß auch sie zu der jetzt auszukommenden Einkommensteuer nach Kräften beitragen werden.

In Bezug auf die „freiwillige Anleihe“ sah sich der Finanzminister veranlaßt, in einem Rundschreiben an die königlichen Regierungen (v. 12. Mai) diesen die eifrige Förderung der Angelegenheit zu empfehlen, da bisher die Bedeutung der freiwilligen Anleihe nicht überall erkannt und ihre Verwirklichung durch Schwierigkeiten bei Einsendung der freiwilligen Beiträge beschränkt worden sei. Hr. Hansemann macht darauf aufmerksam, daß in dem Grade, in welchem die Aufnahme einer freiwilligen Anleihe erfolgreich sei, auch der Anlaß entfernt werde, die vom Vereinigten Landtage bewilligte Summe von 15 Mill. Thaler durch eine „Zwangs-Anleihe“ aufzubringen. Daß bei einer solchen der Zinsfuß geringer sein werde, als die den Darleihern freiwilliger Beiträge verheißenen 5 Procent, sei nicht zu bezweifeln, weshalb für Alle, welche reichliche Beiträge einzuzahlen vermögen, ein dringender Beweggrund vorhanden sei, dies zu thun, damit sie alsdann bei Anrechnung ihres freiwilligen Darlehns den höheren Zinssatz desselben sich sicher stellen. Die Regierungen mögen durch Mitwirkung der Kreis- und Gemeindebehörden, sowie einflußreicher Privatpersonen diese Gesichtspunkte zur allgemeinen Kenntniß bringen und die Ueberzeugung verbreiten helfen, „daß die Nation sich selbst im Innern wie nach außen stärkt und wesentlich zur Wiederbelebung der gesunkenen Erwerbsthätigkeit beiträgt, wenn der Ruf zur Bewährung des Patriotismus einen großen Erfolg hat.“

Die letzten in diesen Zeitraum fallenden Aktenstücke betreffen die Rückkehr des Prinzen von Preußen. Das Staatsministerium beantragt, der König möge dem Prinzen von Preußen „die Abkürzung des Aufenthalts in England empfehlen;“ der König erklärt sich mit dem Antrage einverstanden. Die

folgenden Abschnitte werden die nächsten Wirkungen der Veröffentlichung dieser Aktenstücke zeigen. Hier der Wortlaut derselben:

Ew. Königliche Majestät haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entsenden geruht. Allerhöchstdieselben wollen uns gestatten, die Gründe ehrehrbierigst vorzutragen, aus denen, nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königlichen Hoheit in Ew. Majestät Staaten dringend zu wünschen ist. Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März, als erstes Mitglied des Staatsministeriums, das Allerhöchste Patent mit unterzeichnete, in welchem die Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des vereinigten Landtages ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung zu berufende Versammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt und die Einberufung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königliche Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren feierlichen Anerkennung anwesend sei. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königlichen Hoheit Veranlassung geben könnte; es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathungen mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie uns seither nicht gefehlt hat. Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volkes erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines eben so muthigen als treuen Volksstammes bald nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen. Wir stellen hiernach Ew. Majestät alleruntertänigst anheim, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthaltes in England zu empfehlen. — Berlin, den 10. Mai 1848. — Das Staats-Ministerium. — Camphausen. Graf von Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Canitz. v. Patow. — An des Königs Majestät.

Ich bin mit den in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen Königl. Hoheit, wiederholentlich Seine volle Zustimmung zu der von Meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen Mich ausgesprochen hat. Ich habe deshalb Se. Königl. Hoheit, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe Ich, nachdem der bisherige erste Adjutant des Prinzen, Major Graf von Königsmark, schon vor einiger Zeit aus dieser Stellung ausgeschieden ist und der Sr. Königl. Hoheit attachirte Generalstabs-Offizier Major Oelrichs eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königlichen Hoheit Meine Aufforderungen zur Rückkehr zu überbringen. — Potsdam, 11. Mai 1848. — Friedrich Wilhelm. — An das Staats-Ministerium.

IV. Straßenaufläufe; Agitationen unter den Landwehrmännern und innerhalb der Bürgerwehr; bestellte und abgesagte Bürgerwehr-Paraden. — Die polnische Sache, ihre Freunde und Widersacher. — Die Clubs.

Neben den mehr oder weniger friedlich berathenden Versammlungen der Wahlmänner fehlte es in der Wahlwoche nicht an aufgeregten Versammlungen,

die theils, wie bei den brotlosen Arbeitern den Charakter von öffentlichen Zusammenrottungen, theils, wie bei den Landwehrmännern, den von Partei-Demonstrationen annahmen. Neben den Wort- und Redekämpfen, deren Schauplatz die Versammlungsorte der Wahlmänner waren, wurden auch mittelst der Waffe stets wechselnder Plakate täglich neue Kämpfe geführt. Gewohnheitstreue Meister und reformlustige Gesellen, polenfreundliche und deutschthümelnde Agitatoren, Bürgerwehr-Uniformsüchtige und deren Widersacher bildeten die kämpfenden Parteien. — Kaum waren von den Straßenecken die Spuren jener Demonstration verschwunden, welche von der Gehilfenschaft der Buchdrucker mit zweifelhaftem Erfolge ausgeführt worden, als die Töpfergesellen Plakate zu den Herolden ihres Entschlusses (2. Mai) machten, wonach sie, da wegen ihrer Forderungen zwischen ihnen und den Meistern keine Einigung stattfinde, vorläufig ihre Arbeiten einstellen. Hier zeigen die Schlossergesellen (3. Mai) an, daß ihre Forderungen auf zwölfstündige Arbeitszeit täglich u. s. w. gerichtet sind, dort machen die Schlossermeister bekannt, daß jeder Geselle sich die Kündigung für den Abend eines Tages gefallen lassen müsse, während er nur wöchentlich kündigen dürfe. Heute (3. Mai) theilt ein Plakat der Schneidergesellen Thatsachen mit, welche den Meistern Schuld wegen fortgesetzter Widerspänstigkeit der Ersteren geben; morgen erklären die Schneidermeister, 51 an der Zahl, daß das Gesellen-Plakat die Thatsachen entstellt habe und daß die Forderungen der Gesellen unausführbar seien. „Wichtig für die Bürgerwehr" ist die Ueberschrift eines Eckenanschlages (4. Mai), durch welches mehrere Mitglieder der Bürgerwehr gegen eine Uniformirung der Bürgerwehr protestiren und gleichzeitig dem General v. Aschoff ein Mißtrauensvotum geben, indem er den betreffenden Beschluß des Bürgerwehrstabes herbeigeführt habe. Inzwischen war in der Uniformirungs-Angelegenheit noch gar kein Beschluß gefaßt worden. Ohne Unterbrechung wurden in Plakaten die Beschuldigungen fortgesetzt und wiederholt, mit welchen die polenfreundliche Partei die Deutschen in der Provinz Posen, und die Gegner der Polen wiederum diese überhäufte, Beschuldigungen, die stets von der Gegenpartei als übertrieben oder unwahr zurückgewiesen wurden.

Fälle von Zusammenrottungen unbeschäftigter Arbeiter, um die Erd- und Kanalarbeiten zu stören, die bei denselben beschäftigten Personen zu überfallen und zu verjagen kamen in den Tagen vom 1. bis 10. Mai wiederholt vor. So drang am 3. ein Trupp jener Unbeschäftigten auf die bei dem Staatsgefängnisse, in der Nähe der Pulvermühlen, angestellten Arbeiter ein und verjagte diese; als am 5. sich dieselbe Scene wiederholen zu wollen schien, wurde eine Abtheilung Bürgerwehr zum Schutz der Bedrängten aufgeboten; und der Ueberfall unterblieb. Am 2. Vormittags waren Haufen von Arbeitern, theils vor dem Polizeipräsidialgebäude, theils vor dem Rathhause versammelt, und verlangten nach Arbeit. Bürgerwehr wurde in Eile zusammenberufen; der

Polizeipräsident und Magistratspersonen sprachen zu den Arbeitern und das ihnen gegebene Versprechen, sie bei den Arbeiten auf dem Wedding zu beschäftigen, ließ sie alsbald wieder sich zerstreuen. Am 8. Nachmittags bewegte sich ein ziemlich geordneter Zug von Arbeitslosen durch mehrere Straßen nach der städtischen Arbeitsnachweisungs-Anstalt in der Roßstraße. Dem Zuge wurden Fahnen vorangetragen. Bürgerwehr schritt ein, verhaftete die Fahnenträger und trieb die Haufen auseinander. Ein Auflauf, der am Abend desselben Tages unter den Linden, vor „Meinhart's Hôtel" stattfand, war, nach der Voss.-Z., dadurch veranlaßt, „daß einige Herren aus den Fenstern Geld unter die Leute warfen." Auch ein Druckblatt rief um diese Zeit wieder Aufläufe hervor. Ein „höchst wichtiges Extrablatt," dessen Verfasser, Dr. Solger, sich unterzeichnet hatte, war am 3. Mai ausgegeben worden. Abends versammelte sich eine große Volksmenge vor der Buchdruckerei von Kolbe. „Man war," berichtet die Zeit.-H., „in Aufregung gerathen über eine von dort ausgegangene Schrift, welche aus mehreren Privatbriefen Nachrichten über vereinigte Angriffe der Preußen und Russen gegen die Polen, blutige Kämpfe, Verrath der Deutschen an den Polen und an ihrem eigenen Vaterlande u. dergl. m. enthielt *). In höchster Wuth wollte die Menge in die Druckerei eindringen, als der Verfasser des Flugblattes, Dr. Solger, erschien und die Versicherung gab, daß die darin mitgetheilten Nachrichten nur zu wahr seien: man möge sich nur darüber bei dem Hrn. Minister v. Auerswald oder selbst bei Sr. Majestät dem Könige befragen, an welche die Originale der Briefe übersandt worden seien. Man rief: Zum Minister! Hr. Solger erbot sich mitzugehen. Dennoch stürmten Viele abermals auf ihn ein, vor deren Zudringlichkeiten und Thätlichkeiten er nur gerettet wurde durch die Bereitwilligkeit mehrerer Herren, welche die Bürger-

*) Ein ähnlich lautendes Flugblatt erschien am 3. bei L. Quien, gedruckt bei Harth und Schulze. Das oben erwähnte (gedruckt bei L. Kolbe) enthielt außer den Details, die oben angedeutet sind, u. A. Folgendes: „. . Zum Glück für Polen liegt sein Geschick jetzt in andern Händen. Nach einer gestern Abend angekommenen Depesche steht London in Flammen, das englische Volk hat jetzt eine Revolution, die Chartisten haben gesiegt. Die Engländer schreien nicht ihren Königen Vivat an den Leichen ihrer auf königlichen Befehl niedergemetzelten Brüder. England und Frankreich werden Polen nicht verlassen. Das deutsche Volk ist das einzige in Europa, welches in Italien, in Polen, in seinem eigenen Lande gezeigt hat, daß es nach der Gewohnheit eines halben Jahrhunderts nicht mehr fähig ist, anders zu leben, als geknechtet und knechtend. Polen und Italien werden frei sein, aber nicht zum Ruhme Deutschlands, sondern zur Schande Deutschlands. Es gab einige Deutsche, welche wußten, daß mit den Fürsten kein Bund zu schließen ist. Für Polen und Italien hoffen diese nichts mehr von ihren Landsleuten. Mit tiefer Schaam müssen sie hoffen, daß die Republiken von Frankreich und England den Ruhm haben werden, zwei Völker von der Tyrannei zu befreien u. s. w." — Nicht in derselben Weise aufregend war ein Extrablatt, welches die Nationalzeitung am 9ten ausgab. (Extrablatt zur Nat.-Zeit. Nr. 37.) Unter der Ueberschrift: „Der Krieg im Großherzogthum Posen ist beendet" theilte dasselbe einige nur zum kleinsten Theile richtige Nachrichten mit, deren Summe es schließlich also zusammenfaßte: „Bei der Gewißheit ihres Unterganges, der sie im Kampfe, oder jenseit der russischen Grenze erwartete, streckte hierauf (am 7.) das ganze Corps (der Insurgenten) die Waffen und überlieferte sich der Großmuth und Milde der Sieger, die, wie wir voraussagen können, diese Hoffnungen nicht täuschen werden."

mehr herbeiriefen. Die Wehrmänner nahmen Jenen in ihren Schutz und baten ihn, sich mit ihnen zum Polizeipräsidenten zu begeben, dem sie zugleich die Schrift überreichten. Hr. v. Minutoli fand keinen Grund zu einer Verhaftung und stellte dem Dr. Solger frei, ob er die Nacht unter seinem Schutze zubringen oder sogleich nach Hause gehen wolle. Solger zog das Letztere vor und blieb nun ungefährdet." Am folgenden Tage bildete sich wiederum ein Auflauf vor dem Hause des Buchdruckers, wovon die Voss. Zeit. berichtet: „Die Knaben, die das Flugblatt austrugen, hatten behauptet, das Publicum hätte ihnen dasselbe genommen und es zerrissen. Sie verlangten ihr Geld zurück. Da der Buchdrucker Einigen die angeblichen Verluste erstattete, so meldeten sich immer mehrere mit steigenden Forderungen. Dies veranlaßte einen Zusammenlauf von Personen und Ausbrüche von Unwillen, denen der Buchdrucker nur dadurch entging, daß ein Gewerbeschüler sich seiner annahm und ihn mit Hilfe eines Bürgerwehrmanns zum Schein als Verhafteten abführte."

Die Nachrichten aus dem Posenschen, die, halbwahr, entstellt und übertrieben, nach Berlin kamen, waren immerhin geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit in nicht gewöhnlichem Grade zu erregen. Was Wunder, daß die Zelten-Versammlungen und der politische Club, ihr Steckenpferd reitend, sich der „verrathenen" Polen annahmen. Aber nicht bloß in parlamentarischen Debatten und Adressen. Der zuerst im politischen Club gestellte Antrag, eine Deputation nach Posen zu senden, die sich durch eigene Anschauung von dem Stande der Dinge überzeugen sollte, war angenommen worden. Das „deutsche Comité zur Wiederherstellung Polens" beschloß hierauf, in seiner Sitzung vom 2. Mai, jener Vier-Männer-Deputation zwei seiner Mitglieder beizugesellen. Die HH. Schasler und Löwinson wurden dazu ausersehen. Als der politische Club am 4. die Angelegenheit mit dem gewohnten Ernste behandelte, machten eine Mitglieder darauf aufmerksam, wie schwer es halten würde, das für die Mission erforderliche Geld „zusammenzubringen," da man doch von den Polen keine Unterstützungen annehmen könne. Die Versammlung vertagte sich hierauf, nachdem eine außerordentliche Sitzung auf den nächsten Tag angesetzt und eine Commission (aus den HH. Saß, Jung, Löwenberg, Meyen, van Arcken, Fähndrich, Bader, Günsburg, Bergmann und Wentzel) ernannt worden war, um dem Club in Betreff der Geldfrage Vorlagen zu machen. Die außerordentliche Sitzung fand am 5. in der Seeger'schen Reitbahn statt. „In dieser Sitzung," lautet ein Bericht, „war die Debatte über das der Deputation zur Erforschung der wahren Zustände Polens zu ertheilende Mandat die interessanteste Erscheinung des Abends. Nachdem man darüber einig geworden war, daß eine Deputation nach dem Großherzogthum geschickt werden solle, nachdem der Kostenpunkt als erledigt angesehen wurde, schritt man zur Debatte über das der Mission zu ertheilende Mandat. Der interimistische Präsident, Hr. Saß, warf zunächst die Frage auf: in welchem Umfange das Mandat auszustellen

sei, und hierauf überstürzten die Redner sich förmlich. Die Tribüne, für gewöhnlich dem äußeren Ansehen nach ein Casperle-Theater, wimmelte von Rednern; jeder glaubte, sein Vorschlag sei der einzig wahre, beste, und streng genommen schossen Alle fehl und hatten auch wieder Alle recht. Der Eine hielt die Erforschung der Agitation gegen die Polen Seitens der Büreaukratie, der Andere das für das wesentlich Wichtigste, zu wissen: welche Partei die Convention gebrochen habe; der Dritte hielt eine statistische Uebersicht der reactionären Beamten für wichtig, um auf ihre Entfernung zu dringen; der Vierte verlangte unbedingte Erforschung der Wahrheit; der Fünfte verlangte Erforschung der Vergangenheit nnd Gegenwart, und so waren noch Viele, die Jeder etwas Besonderes verlangten. Man wollte ein Mandat auf den breitesten Grundlagen. Hr. Löwenberg, der Antragsteller, führte endlich die Versammlung von ihrem anscheinend poetischen Ausfluge wieder in die nackte Wirklichkeit zurück, indem er erklärte: daß der Mission des politischen Clubs für das Großherzogthum Posen nur ein sehr allgemein gestelltes Mandat gegeben werden könne, wenn überhaupt die Wirksamkeit der Deputirten nicht von vorn herein durch ein solch breitspuriges Mandat behindert werden solle. Man entschied sich nach langer stürmischer Debatte für die möglichst allgemeine Fassung des Mandats. Hierauf schritt man zur Wahl der Commissäre. Zwei Mitglieder des politischen Clubs sollten hierzu bestimmt werden. Die Herren Höpfner und Fähndrich meldeten sich beim Präsidenten als solche Candidaten, welche diese Reise auf eigne Kosten zu machen bereit wären. Hierauf wurde nach langer höchst geräuschvoller Debatte Hr. Löwenberg als dritter, oder richtiger gesagt, erster Deputirter erwählt. Es sollte noch ein zweiter gewählt werden. Das gab's aber heut nicht mehr. Das Publicum wurde zu lebendig; ein Theil wollte gleich den zweiten Deputirten, der andere Theil wollte ihn in einer heut Abend anstehenden Sitzung des politischen Clubs gewählt wissen. Die Sitzung wurde endlich vertagt." — In der Zeltenversammlung vom 7. wurden — so berichtet das Organ des „Volksvereines" — „sehr gute Reden für Polens Recht und Freiheit gehalten, die um so mehr wirkten, als die Versammlung durch Mittheilung von Thatsachen von der Wahrheit überzeugt war. Ein Redner gegen Polen rief durch seine Ausführungen einen wahren Sturm hervor, indem das Volk ihn für einen russischen Emissär erklärte. Interessant war der persönliche Streit des Candidaten Rau mit Reich und Löwinson und ein Zwischenfall über die Voss.-Zeit., der das Volk wegen ihrer einseitigen Berichte gegen Polen einen Besuch abstatten wollte, den nur die schlagenden Gegenbemerkungen Löwinson's abwandten. Allgemein war die Begeisterung für Polen und Freiheit; ein oftmaliges Lebehoch und eine reichlich ausgefallene Sammlung für die Deputation sprachen dies aus." Die Deputation wurde jedoch noch in Berlin zurückgehalten. Nach einer Mittheilung der „Freischaar für Polen" (Nr. 2.) hätte der Minister v. Auerswald

den Mitgliedern der Deputation in einer Audienz am 7. früh erklärt, ihre Geleitsbriefe seien bereit, aber er habe in der letzten Nacht aus verschiedenen Theilen Couriere erhalten, mit der Nachricht: Die ganze Provinz sei im Aufstande, die Polen führten einen Guerillaskrieg, Colomb bestrafe jeden, der irgendwie der Verbindung mit den Polen verdächtig sei als Aufwiegler, die Aufregung der Truppen und der Deutschen seien der Art, daß er, der Minister, für das Leben der Deputirten nicht einstehen noch ihnen eine sichere Straße angeben könne, auf der sie unangefochten bis zu ihrem Bestimmungsorte kommen würden u. s. w. Das genannte, von Dr. Solger redigirte Blatt, Organ des deutschen Comité's zur Wiederherstellung Polens, theilte dies und die übrigen Nachrichten unter der Hauptrubrik: „Republik Polen" mit. Berichterstattung und Raisonnement des Blattes standen mit dem Inhalt der vorhin aus dem Solger'schen Flugblatte wiedergegebenen Stelle auf derselben Stufe.

Ein die polnische Sache berührender Gegenstand, zunächst jedoch nur von persönlichem Interesse, veranlaßte eine Studentenversammlung, die am 5. abgehalten wurde. Es handelte sich um eine Petition an das Kriegsministerium, des Inhalts: daß die in Krotoschin gefangen gehaltenen jungen Polen auf freien Fuß gesetzt werden mögen. „Die vielen Reden", heißt es in dem Berichte, „die für und gegen die Polen gehalten wurden, bewegten sich meist auf dem Felde der Einzelheiten; die hervorragendsten waren die von Dazur und Salis. Hr. v. Dazur sagte, er fühle warm für die Polen, er sei ein Freund der Freiheit, aber man dürfe auch die Deutschen in der Provinz nicht vergessen und die Politik erlaube nicht, daß man nur das warm fühlende Herz frage, sondern es müsse der kalt berechnende Verstand zu Rathe gezogen werden. Wer bürge uns dafür, daß, wenn Polen frei gemacht, ihm ganz willfahrt und ihm auch die Festung Posen gegeben werde, es nicht bei irgend einem Anlaß die jetzt ausgesprochene Drohung zur Wahrheit mache und mit den Russen fraternisire? Was die Freilassung jener Studirenden betrifft, so dürfe man sie nicht wollen, um nicht unsern Kriegern, die ohnehin genug zu thun hätten, noch Feinde in den Rücken zu schicken. Hr. v. Salis nahm sich lebhaft der Polen an; man solle jene jungen Gefangenen zu den Ihrigen gehen lassen; süß sei es und herrlich in offenem Felde für die Freiheit zu kämpfen und zu fallen, doch empörend, von Wegelageren fortgeschleppt zu werden. Wohl mache das warme Herz auch den guten Politiker, der kalte Verstand aber nur den feinzüngigen Diplomaten. Die Adresse wurde in der beantragten Weise beschlossen." — Wie bei früheren Gelegenheiten, so erließ auch diesmal wieder die Majorität der Studentenschaft eine öffentliche Gegenerklärung im „deutschem" Sinne. Sie war von Hrn. Rau verfaßt und erhielt 416 Unterschriften*). Die ersterwähnte Adresse trug deren 104.

*) An diesen Theil der berliner Studentenschaft erging später ein „Zuruf" der krotoschiner Gefangenen, der sich auf die im April erlassene Adresse der berliner Studenten be-

Die Verhandlungen der Clubs bezogen sich, dem größeren Theile nach, auf die Abgeordneten- und die damit zusammenhängende — um es kurz zu bezeichnen — Parlamentsfrage, so wie auf die Verhältnisse der Gewerbetreibenden und Arbeiter. Diese Verhältnisse waren es, welche den constitutionellen Club besonders beschäftigten. Nachdem hier am 2. noch Candidatur-Reden (von Diesterweg und Dove) gehalten worden, bildete ein Antrag der Commission für die Arbeiterverhältnisse den Gegenstand der Tagesordnung am 3. Eine Adresse an das Ministerium wurde beschlossen, welche drei Forderungen enthielt: 1) Errichtung eines Centralbüreaus zur Nachweisung von Handarbeit in Berlin; 2) alle Arbeitsgeber, namentlich die königlichen und städtischen Behörden sollen angewiesen werden, nur solche Handarbeiter zu beschäftigen, welche mit Arbeits-Scheinen oder Büchern versehen sind; 3) Verbreitung der Arbeitsnachweisungs-Anstalten über die ganze Monarchie. In derselben Sitzung erstattete Hr. Tischler Bericht über die Audienz einer Deputation, welche bei dem Handelsminister um Arbeit für die Brodlosen angetragen hatte. Der Minister habe erklärt, die für Berlin bewilligte Fonds seien erschöpft und auch der Magistrat habe auf Befragen geantwortet, an die Anlegung einer Chaussee nach dem Gesundbrunnen sei für den Augenblick noch nicht zu denken. Ein in der folgenden Sitzung, am 9. von Hrn. Tischler gestellter Antrag: das Ministerium zu bitten, einen namhaften Theil derjenigen Fonds, welche zur Unterstützung von Fabrikanten und zur Unternehmung von Bauten bewilligt sind, zur Urbarmachung wüsten Landes zu verwenden, wurde „seiner Wichtigkeit wegen" einer Commission überwiesen.*) Als einen zugleich häuslichen und prin-

---

zog, in welcher diese den Polen beziehungsweise mit Waffengewalt drohten. Unterzeichnet: „Im Namen aller Collegen: Franz Matecki, Adolph Koczkorowski, J. Kozmian" und datirt: „Krotoschin, 6. Mai" führte diese Rechtfertigungsschrift der Gefangenen den Titel: „Zuruf der in Berlin organisirten Abtheilung der polnischen Garde aus ihrem Gefängniß zu Krotoschin an die berliner akademische Jugend". (Als Plakat — gedruckt bei E. Krause — in der 3. Maiwoche veröffentlicht.) „Darf man sich wundern", rufen die Gefangenen aus, nachdem sie, die als Arriere-Garde des bei Raszkow stationirten Corps in demselben Augenblicke umzingelt und gefangen genommen wurden, als sie vertragsgemäß ihren Rückzug antraten, ihr trauriges Schicksal geschildert — „darf man sich wundern, daß inmitten der allgemeinen Anarchie, einer Anarchie, die ihr Vorbild von oben nimmt, Angesichts der beiden preußischen Regierungssysteme, und ihrer zwiegespaltenen Verfahrungsweise sich Unordnung erzeugte, ja Verbrechen zum Vorschein kamen? . . . Deutsche Jugend und Ihr Deutschen Alle! Fraget Eure Gewissen, höret die Stimme der Menschlichkeit und bemüht Euch aufs schnellste die Wunden zu heilen, die ein schlechtverstandener liebloser National-Egoismus schlug. Wir rufen es Euch von der Schwelle des Märtyrerthums zu. Vielleicht ist unser Aller Ende nah — aber Gott wird richten zwischen uns und Euch und die Geschichte wird streng Eure Verblendung strafen."

*) In derselben Sitzung hielt Hr. Schubert aus München einen Vortrag über die zukünftigen Verhältnisse Preußens zu Baiern. Er will, daß die constitutionellen Parteien Baierns und Preußens sich aneinander schließen. Die Vorurtheile Baierns gegen Preußen seien nur künstlich durch zwei Männer, Philipps und Görres, als Vertreter des Ultramontanismus, genährt worden. Der Augenblick sei gekommen, jene Vorurtheile zu entwurzeln: durch brüderliche Vereinigung. Der Club möge daher eine Commission niedersetzen zur Aufsuchung aller derjenigen Mittel, welche diese Einigkeit herbeiführen können u. s. w. „Der Antrag des Redners, dem der Dank der Versammlung vom Sprecher abgestattet wird, soll später in Erwägung gezogen werden."

cipiellen Gegenstand behandelte der Club die seinem Mitgliede, dem Schriftsetzer Born, zugekommene polizeiliche Ausweisungsordre. Auf den Vorschlag des Hrn. D. Crelinger wird eine Deputation, die HH. Crelinger, Jordan, Rau an den Polizeipräsidenten gesandt, um einen Protest gegen jene Ordre zu erlassen. Hr. v. Minutoli erklärte der Deputation, er habe keineswegs die Absicht gehabt, aus persönlichen Rücksichten gegen Hrn. Born einzuschreiten, den er vielmehr als einen intelligenten Menschen schätze. In Berlin seien etwa 80,000 Arbeiter, für deren Beschäftigung die Behörden Sorge zu tragen haben. Es sei deshalb nothwendig geworden, fremde Arbeiter, wenn sie dreimal 24 Stunden ohne Beschäftigung, auszuweisen. Dieselbe Maßregel habe auch gegen Born ausgeführt werden sollen. Auf die Erklärung jedoch, daß dieser nicht im Arbeiterverhältnisse, sondern nur zum Besuche hier anwesend sei, werde von der Maßregel abgestanden.

Einen gleichen Stoff zur Discussion hatte die Versammlung der Arbeiter-Deputation (Centralcomité für Arbeiter) in der Sitzung vom 10. Mai. Ueber diese berichtet die Nat.-Zeit.:

Der Vorsitzende Born eröffnet die Sitzung mit der Vorlesung eines Briefes, welcher den Bescheid des Polizeipräsidenten auf das Gesuch des Centralcomités gegen die Ausweisung der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter enthielt. Hr. v. Minutoli erklärte, daß die obschwebende Frage dem Ministerium vorliege, und daß die bestehenden Gesetze zur Ausführung gebracht werden müßten, bis dieselben geändert worden. Es sei um so weniger Grund, davon abzuweichen, als mehrere Gewerke ausdrücklich gefordert, daß die fremden Arbeiter, so wie sie aus der Arbeit kämen, sogleich angewiesen würden, die Stadt zu verlassen. Einige Arbeiter hätten sogar die Fremden von der Arbeit eigenmächtig zu vertreiben versucht. Uebrigens werde Niemandem der Aufenthalt in der Stadt verweigert, welcher seine Subsistenz-Mittel nachweisen könne. — Hr. Müller behauptete, daß die Polizei nicht immer nach diesem Grundsatze handle. Denn erst heute sei einer seiner Gehilfen angewiesen worden, binnen 24 Stunden Berlin zu verlassen, und der Hr. Polizeipräsident habe persönlich die Reclamation, welche er dagegen erhoben, abgewiesen. Es scheine vielmehr der Grundsatz geltend gemacht zu werden, daß jeder Arbeiter, so wie er von einem Meister entlassen worden, die Stadt meiden müsse, ohne Rücksicht darauf, ob er neue Arbeit bekommen könne oder nicht. — Hr. Born meint, daß der von einer solchen Maßregel der Willkür Betroffene ganz einfach die Polizei darauf aufmerksam machen müsse, daß sie nicht das Gesetz überschreite. Ueber einen solchen einzelnen Fall solle man sich nicht ereifern, sondern den Mißgriff als solchen bezeichnen und zurückweisen. Dazu gebe es Mittel genug; er erinnere nur an das der Veröffentlichung. — Nachdem die Bekanntmachung, die Bildung von Ausschüssen und Commissionen für die Erörterung der Verhältnisse zwischen den Gewerbtreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern betreffend — verlesen worden, berichtete Hr. Bisky, daß das Central-Comité zu einer gemeinschaftlichen Besprechung mit der städtischen Deputation zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen zum Freitage (12. Mai) eingeladen worden. Hr. v. Patow werde in dieser Versammlung den Vorsitz führen. Herr Bisky bemerkte, daß mit dieser Versammlung der Anfang gemacht werde, die Arbeiter-Deputationen und das Central-Comité in den Staats-Organismus hineinzuziehen. Das sei zwar eine Nothwendigkeit, aber eben so nothwendig sei es auch, sich gegen eine etwa beabsichtigte Bevormundung der Behörden zu sichern. Wenn er es nun auch mit Genugthuung sehe, daß die Regierung Schritte zur Regelung der Arbeit thue, so ständen doch die ersprießlichen Folgen derselben in weiter Ferne. Aber auch im Augenblick, sogleich müsse Etwas für die Arbeiter geschehen. Die Arbeitslosigkeit steige, die Noth habe schon eine furchtbare Höhe erreicht, Tausende seien allem Mangel, aller Entbehrung preisgegeben. Es werde unfehlbar zu Emeuten kommen, wenn keine Arbeit und kein Lohn geschafft werde. Er sehe kein anderes Mittel, als daß öffentliche Werkstätten errichtet würden. Lasse der Staat oder die Stadt in solchen auch mit Verlusten arbeiten, so werde

doch etwas Nützliches geschaffen; während die Erdarbeiten auf den Rehbergen und die Straßen-Reinigung große Summen kosteten, die als weggeworfen zu betrachten seien. Hr. Bisky beantragt demnach eine Deputation an den Hrn. v. Patow zu senden, um die Errichtung öffentlicher Werkstätten zur Beschäftigung von Arbeitslosen als dringend nothwendig darzustellen. — Hr. Born will keinen so unbestimmten, allgemeinen Antrag, wie der, den Hr. Bisky gemacht, sondern er verlangt einen klar ausgearbeiteten Plan, in welchem die Möglichkeit und Nützlichkeit der geforderten Einrichtung sicher nachgewiesen werde. Vor der Regulirung des Steuerwesens und der Hebung des Finanz-Zustandes unseres Staates werde man übrigens nicht zur Ausführung eines solchen Planes schreiten mögen. — Hr. Bisky verwahrt sich dagegen, daß sein Antrag auf eine sofortige Organisation der Arbeit abziele; er wünscht nur für den Augenblick, für die dringliche Lage der Gegenwart Hülfe. Wenn diese nicht geschafft werde, drohe uns das furchtbarste Unheil. Die Herstellung der von ihm beantragten Werkstätten könne übrigens, da es nicht an Räumlichkeiten und selbst genügenden handwerklichen Einrichtungen fehle, ohne große Kosten hergestellt werden. — Hr. Born kündigte zum Schluß der Sitzung noch an, daß er gesonnen sei, ein Journal unter dem Namen „das Volk" herauszugeben, in welchem besonders die Arbeiter-Interessen besprochen werden sollten. Die Versammlung beschloß, dies Journal zu ihrem besonderen Organ zu machen.

Von dem Bestehen eines anderen Arbeitervereins, welcher regelmäßige, monatlich zweimal wiederkehrende Versammlungen abhielt, gab um diese Zeit zuerst ein Schriftstück, in dem sich „der Vorstand des I. Bauarbeiter-Vereines" an die Bewohner Berlins wandte. Dieser „Aufruf" vom 10. Mai datirt, theilte mit, daß von Kanalarbeitern gegründet der „I. Bauarbeiter-Verein," am 16. April in's Leben getreten sei, zum Zwecke „gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Förderung des leiblichen und sittlichen Wohles." Bereits zähle er 700 Mitglieder, denen das Markendorf'sche Lokal zu ihren vierzehntägigen Versammlungen eingeräumt sei. „Durch die hohen Errungenschaften der Märztage," so reden die Aufruf-Erlasser die „theuren Mitbürger" an, „sahen wir die Schranken fallen, welche klassenweise die Glieder der Gesellschaft von einander trennen. Wir fühlten wohl, was uns geworden, wir sahen ein, daß eine bessere Zukunft auch hier für uns zu hoffen ist. Aber mehr als dies erkannten wir, daß, sollten die so theuer erkauften Güter stets uns nützen, wir uns auch im höchsten Grade anstrengen müssen, sie uns zu erhalten. Jahrelange Erfahrungen, das Mißgeschick, das oft gerade den redlichsten Arbeiter traf, ihn vielleicht ganz zu Grunde richtete, weil er allein dastand, hatten uns gezeigt, daß unsere Lage nur erst dann eine bessere werden könnte, wenn wir freiwillig zu einem großen Verein zusammentreten, um gemeinschaftlich unsere Interessen zu verfolgen. Wir haben eine Vereinskasse gebildet, die durch den sehr geringen wöchentlichen Beitrag eines jeden Mitgliedes entsteht. Aus ihr werden die Erkrankten unterstützt und die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder vor augenblicklichem Mangel geschützt. Aber daneben fühlen wir sehr wohl, daß Mangel an Bildung, d. h. wahrer, sittlicher, die das Herz veredelt, nicht bloß Kenntnisse aufhäuft, oder gesellige Formen aneignet, uns nicht viel über die Stufe erheben läßt, auf der wir bisher standen; deshalb ist es der andere Hauptzweck unseres Vereins, uns zum Bessern gegenseitig aufzumuntern und dahin zu wirken, daß eine gute

Gesinnung immer mehr unter uns Platz greife." Schließlich spricht der „Aufruf" einen Wunsch aus, „den erfüllt zu sehen recht herzlich alle Mitglieder wünschen." Der Verein wolle nämlich seine Todten, „da bisher dem unbemittelten Arbeiter nicht immer ein würdiges Leichenbegängniß zu Theil geworden," selbst zur letzten Ruhestätte tragen; hierzu bedürfe er einer Bahre und eines Leichentuches. Zur Beschaffung dieser Gegenstände, bitte er „ehrenwerthe Freunde," um Unterstützung. Die gleichzeitig bekannt gewordenen Vereins-Statuten enthalten 21 Paragraphen. Nach diesen besteht der aus der Mitte des Vereins erwählte Vorstand aus zehn Mitgliedern, denen zunächst die Verwaltung der Kasse obliegt; der wöchentliche Beitrag jedes Mitgliedes zur Unterstützungs- und Sterbekasse beträgt einen Groschen; ein erkranktes Mitglied erhält wöchentlich Unterstützung mit einem Thaler; beim Tode eines Mitgledes wird dessen Angehörigen eine Summe von 20 Thalern ausgezahlt. Einer der Paragraphen bestimmt wörtlich Folgendes: „Bei unmoralischer Krankheit und selbst verschuldetem Tode wird von der Kasse keine Unterstützung gewährt;" ein anderer: „Wie jedes Mitglied des Vereines seine Beschäftigung findet, und wie viel es verdienen kann, darüber muß im Verein die größte Freiheit herrschen."

Ueber die Verhandlungen des politischen Clubs enthalten die Protokolle des Clubs und Zeitungsberichte (der Zeit.-Halle und Nat.-Zeit.) folgende Mittheilungen:

In der Sitzung vom 2. Mai referirt Hr. Jung vor einem sehr zahlreichen Auditorium über die Vorfälle in der Club-Sitzung vom 29. April und theilt der Versammlung mit, daß er einen Ecken-Anschlag gegen die Ruhestörer erlassen, so wie, daß er Willens sei, gegen den ꝛc. Mauch beim Staats-Anwalt die Klage anhängig zu machen. Dr. Eichler spricht gegen das selbstständige Verfahren des Hrn. Jung als Präsidenten und verlangt bei jeder Handlung die Zuziehung der übrigen Comitémitglieder. Er erklärt sich für eine Reorganisation des Clubs und schlägt die Niedersetzung einer Commission vor, die dem Club Pläne zu einer solchen Reorganisation vorlege. Hr. Jung vertheidigte sich gegen die Eichlerschen Vorwürfe. Hr. Hoppe: Beschäftigen wir uns nicht zu lange mit Nebenfragen, eine Reorganisation des Clubs ist wünschenswerth, ja nothwendig, wählen wir also bald eine Commission, die uns Behufs derselben Vorlagen mache. Die Versammlung wählt in die Commission die Hrn. Jung, Dr. Wiß, Dr. Eichler, Gerhard van Arden, Fähndrich, Dr. Günsburg, Hoppe, Dr. Friedländer und R. Wentzel. Hierauf liest Dr. Wiß im Auftrage des Präsidenten ein Schreiben des Schneider-Gesellen-Gewerks vor, in welchem die Ruhestörung in der vorigen Sitzung heftig angegriffen und der Club der Sympathieen aller guten Arbeiter versichert wird. Das Schreiben wird mit großem Beifalle aufgenommen und beschlossen, es danksagend durch ein Comitémitglied beantworten zu lassen. Hr. v. Arden spricht über das Clubblatt. Man beschließt bis auf Weiteres fliegende Blätter auszugeben. Hierauf geht man zur Besprechung der Pflichten und Rechte der künftigen frankfurter Versammlung über. Dr. Eichler will eine deutsche Volkskammer, die die Rechte der Einzelstaaten wahre, er verlangt ein einiges kräftiges Deutschland, dem Auslande gegenüber auch einig repräsentirt. Er erklärt sich entschieden gegen jedes Reichsoberhaupt (Kaiser.) Hr. Jung will der frankfurter Versammlung nicht das Recht zugestanden wissen, die Verfassung der einzelnen deutschen Lande zu bestimmen. Auch er spricht entschieden gegen einen deutschen Kaiser, das deutsche Parlament allein solle über Krieg und Frieden entscheiden, es richte eine gleichmäßige Postverwaltung ein. Gleiches Gesetz in ganz Deutschland. Kein preußisches, kein bairisches Heer mehr, ein deutsches Bundesheer in Art unserer Landwehr, commandirt von einem deutschen Bundesgeneral. Sonst aber von Frankfurt ganz freie und unabhängige Staaten in Deutschland. Hr. Kotelmann spricht für eine möglichst große Centralgewalt

in Frankfurt. Dr. Wiß macht auf die Wichtigkeit der Frage: ob Schutzzoll oder Freihandel, aufmerksam. Er ist entschieden für den Freihandel und erinnert an unsere preußische Küsten. Dr. Eichler: Auch mir leuchtet die Wichtigkeit dieser Frage ein, Süddeutschland ist entschieden für Schutzzoll, Preußen und Norddeutschland für den Freihandel. Es wird eine der schwierigsten Fragen sein, die die frankfurter Nationalversammlung zu lösen hat. Hr. Jung macht darauf aufmerksam, daß die jetzige Versammlung vor allen Dingen erst die Verfassungsfrage zu lösen habe. Andere Fragen müßten von der spätern, legislativen Versammlung beantwortet werden.

Die Sitzung vom 4. Mai wird, in Abwesenheit des Hrn. Jung von Dr. Wiß geleitet. Dr. Meyen trägt zwei Artikel aus Süddeutschland (der „Reform" entnommen) vor; er sieht die Reaction im Süden unseres Vaterlandes ihr Haupt erheben, und ganz vorzüglich in Baden, wo Mathy wüthet, er sieht in der Zusammenziehung von Truppen bei Bamberg nur eine Unterstützung der Reaction, für welche Behauptung er noch den Armee-Befehl des Königs von Preußen anführt. Dr. Wiß macht darauf aufmerksam, daß den neuesten Nachrichten zufolge die Bürger in Mannheim entwaffnet, viele von ihnen verhaftet worden seien. Der Zustand, in dem sich Mannheim befinde, sei ein unerträglicher. Man will nicht nur die Republik bekämpfen, sondern die Demokratie überhaupt. Hr. van Arcken: Auch hier bei uns erhebe die Reaction ihr Haupt; so z. B. beschäftige sich ein Zugführer der Bürgerwehr, Namens Spies, sehr eifrig mit dem Abreißen von Mauer-Anschlagen. Hr. Werther bestätigt diese Mittheilung. Dr. Wiß spricht sich für einen Protest an die Bürgerwehr aus, Hr. Hoppe für eine Anklage beim Staatsanwalt. Dr. Günsburg und Stein sprechen als Juristen gegen den Hoppeschen Antrag. Herr Treuherz meint, daß höchstens der §. über „muthwillige Buben" Anwendung finden könne. Er ist für eine Anfrage beim Staatsanwalt, damit sich dieser über die Strafbarkeit des Zettelabreißens erkläre. Die Versammlung beschließt durch die Zeitungen die Spies'sche Sache zu veröffentlichen, erklärt sich für eine Anfrage beim Staatsanwalt, mit welcher sie die Hrn. Treuherz, Stein und Günsburg beauftragt. Der Antrag des Dr. Saß auf jedem Mauer-Anschlage die Zettelabreißer unter Anführung der bekannten Namen zu bitten, die Zettel diesmal nicht abzureißen, wird sehr beifällig auf- und angenommen. — Hoppe verlangt, daß man sich Schlöffel's annehme, er spricht für einen Protest. „Schlöffel ist die äußerste Linke unseres Clubs, er ist vielleicht zu excentrisch, aber er ist ein durch und durch ehrenwerther Charakter." Nachdem Stein gegen einen Protest zu Gunsten Schlöffel's aus juridischen Gründen gesprochen hat, wird beschlossen, eine Brochüre über die Habeas Corpus-Akte herauszugeben und die Hrn. Stein, Dr. Saß Dr. Günsburg, Dr. Friedländer, Dr. Vogtländer und Hoppe werden mit der Redaktion beauftragt. — Hr. Dufresne: Es ist für Polen hier viel und warm gesprochen worden, lassen Sie mich heut einmal zu Gunsten Italiens sprechen. Zeigen wir wenigstens in einer Adresse an den Fünfziger-Ausschuß unsere Sympathieen für Italien. Dr. Wiß gegen eine Adresse an den Fünfziger-Ausschuß, aber sehr lebhaft und warm für eine Adresse in dem von Hrn. Dufresne beantragten Sinne an das demokratische Comité in Frankfurt. — Hr. Wentzel: Ich habe nicht weniger Sympathieen für die Freiheit der Völker, als die Herren, die vor mir gesprochen, aber sehen wir uns erst bei uns im eigenen Lande um. Sehen Sie sich Süddeutschland an, meine Herren, blicken Sie in Preußen selbst um sich, überall erhebt die Reaction mächtig ihr Haupt. Lassen Sie uns im Innern erst stark sein, lassen Sie uns zuerst für Deutschland eine demokratische Verfassung erkämpfen: dann wollen wir, selbst frei, auch anderen Völkern die Freiheit bringen. Volkspolitik ist nicht Fürstenpolitik. Gegen eine Adresse bin ich entschieden, sie ist eine leere Formalität, unser nicht würdig. Hr. Asch vergleicht den Fünfziger-Ausschuß mit dem constitutionellen Club. Dr. Günsburg: Die eigenen Sachen liegen uns am nächsten, wir wollen uns an das demokratische Comité anschließen. Dr. Wiß: Wir müssen uns mit allen Demokraten in Deutschland in Verbindung setzen. Die Versammlung entscheidet sich, nachdem Hr. Wolf für eine Adresse an das deutsche Parlament gesprochen, für eine Adresse an dieses oder das demokratische Comité, und beauftragt Hrn. Dr. Wiß mit der Entwerfung einer solchen. Hierauf wird über die von der Zelten-Versammlung zu Gunsten Schlöffels gemachte Demonstration von zwei Mitgliedern referirt. Dr. Löwenberg regt die Polenfrage an. (Siehe oben.)

Die in diesem Bericht erwähnte Erklärung gegen das „Zettelabreißen" wurde einige Tage später von den Zeitungen in folgender Form veröffentlicht: „Das Abreißen der Zettel ist eine Bevormundung des Publikums. Kaum ist der Censor begraben, so treten zahllose Fanatiker der Furcht auf und versehen dem Volke gegenüber sein Amt. Einen Artikel frei-

chen, oder ihn von den Mauern abreißen ist dasselbe. Solche Menschen sind also Feinde der Preßfreiheit. Die Preßfreiheit beruht aber auf dem Vertrauen in den gesunden Sinn des Volks, welcher im Stande ist, Gelesenes zu verdauen und nicht von jedem Buchstaben gleich aus den Fugen gebracht zu werden. Die Zettelabreißer sind also Verächter der Volksvernunft. Da es noch kein Gesetz gegen diesen Unfug giebt, so bitten wir diese neuen Censoren uns nicht in die unangenehme Nothwendigkeit zu setzen, künftig als ein einziges Gegenmittel, ihre Namen, die wir kennen, zu veröffentlichen. Der politische Club." (Unmittelbar hinter dieser Erklärung befand sich (in der V.-Z.) ein „im Namen der Deputation der Arbeiter des Schneidergewerks" unterzeichnetes Inserat, welches meldet, daß der Eckenanschlag der Schneidergesellen vom 3. „auf eine pöbelhafte Art" von dem in obigen Berichte genannten Zugführer abgerissen worden sei. „Warum vergreift sich der Bürger Zugführer an dem Eigenthum eines ganzen Gewerks? Achtet doch der Arbeiter in gleichem Falle das Eigenthum des Einzelnen!")

In der Sitzung vom 9. Mai präsidirte der zum Abgeordneten für die preußische National-Versammlung erwählte Assessor Jung. — Hr. Saß sieht in der Wahl Jungs zum Deputirten einen Sieg des Radicalismus, Jung habe nun aber auch die Verpflichtung unsere Ideen energisch zu vertreten. Die Versammlung legt durch einen heftigen Applaus und durch ein dreimaliges Hoch ihre Sympathieen für Jung an den Tag. Jung dankt und vertheidigt sich gegen den mehrfach laut gewordenen Vorwurf, er habe den Wahlmännern gegenüber den Radicalismus verleugnet. Habe er auch nicht gesagt, wie er dies auch dem Club gegenüber nie behauptet habe, er sei im Herzen Republikaner, so habe er doch seine demokratischen Gesinnungen auch den Wahlmännern nie verborgen. Das Wort „Republik", das den Philister so in Schrecken setze, sei eben nur ein Wort, eine leere, nichtssagende Phrase. Am 19. März sei die Republik eine Frage gewesen; da man den König behalten, sei sie es jetzt nicht mehr. Er weist auf die Experimente Struve's und und Heckers hin, aus einer Verschwörung eine Entwickelung, eine Neugestaltung der Dinge zu machen. — Schlöffel, der Vater, hat die Ansicht, daß mit dem 19. März eine Entwickelung auch noch nicht herbeigeführt sei. Wäre es wirklich eine Entwickelung, so sei sie sehr schlecht, denn überall mache sich Willkühr geltend, ganz wie unter dem alten Regime. Schlöffel macht auf die Verhaftung dreier hirschberger Bürger aufmerksam, die man lediglich deshalb verhaftet habe, weil sie republikanische Ansichten ausgesprochen haben. Man müsse jeden Einzelnen gegen Willkür schützen, er trage deshalb darauf an, Seitens des Clubs sich jener drei Eingekerkerten anzunehmen. Was die Hecker-Struvesche Expedition anlange, so halte er sie für keine leichtsinnige. Baden hat sehr viel republikanische Elemente, die man bemüht ist, wohl aber vergeblich, durch Entziehung der Rechte der Preßfreiheit, freier Assocation u. s. w. zu vernichten. Mathy will Geschichte machen, nicht Hecker und Struve. Jung bleibt bei seiner Meinung, die Frage: wie ein demokratisches Königthum zu schaffen, sei die allein wichtige. Schlöffel weist darauf hin, was uns Deutschen die 35 Fürsten kosten und was mit ähnlichen Summen für das Volk, für die Vernichtung des Proletariats gethan werden könnte. Dr. Günsburg: Die Menschen machen Geschichte und ich hätte es lieber gehört, wenn Herr Jung auch erklärt hätte, Geschichte machen zu wollen. Dehnicke: Der menschliche Gedanken macht die Geschichte, wir brauchen nur die Geschichte unserer Tage zu betrachten und wir werden es einsehen. — Hoepfner: Die Proletarierfrage, das ist die Frage des Jahrhunderts, sie ist vielleicht nur in der Republik, in der einzig wirklichen Demokratie zu lösen. — Constant: Die Republik hat bis jetzt bei uns noch nicht die Majorität, deshalb ist sie momentan bei uns unmöglich. Unsere Fürsten werden in einer wirklich demokratischen Verfassung nur Präfecten sein. — Hierauf kommt der Schlöffelsche Antrag zur directen Besprechung, resp. zur Abstimmung, man entscheidet sich, eine Commission zur Prüfung des Sachverhältnisses (bestehend in den Herren Horwitz, Dr. Meyen und Lipke) niederzusetzen. Schramm berichtet über die Deputation nach Posen, die noch hier sei; man beschließt, daß sie, da sich nach den neuesten Nachrichten die Sachlage sehr geändert habe, auch hier bleibe und ihr Mandat zurückgebe. Dr. Günsburg berichtet als Comissionsmitglied, daß man beim Staatsanwalt wegen des Zettelabreißens juridisch nach dem Gutachten der Commission nichts thun könne. Eine weit wichtigere Sache aber sei es, daß Schlöffel jun. Seitens des Clubs ein Vertheidiger beigeordnet werde. Schlöffel wünsche zwar keinen, es sei aber doch in Schlöffels eigenem Interesse nothwendig, er fordere deshalb Hrn. Jung auf, Schlöffel zu bewegen, ihn zum Defensor anzunehmen. Jung erklärt sich hierzu bereit. — Wolf wünscht, daß eine Commission ernannt werde, die das Ministerium auffordere, dem Publikum auch über seine auswärtige Politik in den einheimischen Zeitungen Rechenschaft zu geben. Der Antrag wird angenommen, und die Herren Dr. Günsburg, Dr. Wiß und van Arcken in die Commission gewählt.

Für den neugebildeten Reform-Club (s. Seite 364) war in dieser Zeit die „Parlamentsfrage" ausschließlicher Gegenstand der Debatte. Diese, besonders lebhaft durch die HH. Faucher, Retslag, Voigtländer und Schasler unterhalten, bewegte sich in den Sitzungen vom 3. und 8. Mai (abgehalten in der Friedrichsstädtischen Halle) um den Fragepunkt: welche Gegenstände zur Competenz der deutschen National-Versammlung gehören? Vertretung Deutschlands nach außen, durch Gesandtschaften, Bundestruppen, Flotte; Einigung Deutschlands nach innen, durch gemeinsames Münz-, Post-, Eisenbahn-, Dampfschifffahrtswesen wurden als Ziel angegeben. Hr. Voigtländer führte aus, daß von einer Einigkeit Deutschlands so lange nicht die Rede sein könne, als es jedem Staate überlassen bleibe, welche Constitution er sich geben wolle. Die Hauptaufgabe des Parlaments bestehe darin, die Grenzen festzusetzen, innerhalb welcher die Einigung stattfinden solle, zunächst aber die Maßregeln zu bestimmen, welche zu ergreifen seien, um die Rückkehr des Absolutismus unmöglich zu machen. Hr. Faucher fand darin nicht die Aufgabe der Versammlung; er halte den Gang der Civilisation für eine genügende Garantie gegen das Aufkommen absolutistischer Bestrebungen. Hr. Retslag entwickelte weitläuftig, daß die einzige Frage, die vom Parlamente zu lösen, diejenige sei, wie weit die Souverainetät der einzelnen Staate gehen solle: er finde das Band, welches Deutschland zusammenhalte, darin, daß der souveraine Volkswille respectirt werde.

Die schon in mehreren Bezirken bestehenden Vereine von Bezirksgenossen erhielten in der ersten Maiwoche einen Zuwachs durch den im 81. Revier gebildeten „Bezirks-Club." Ein von den Gründern veröffentlichtes Programm lud alle Bürger und Schutzverwandte des Bezirks ein, den Club „durch ihren Beitritt zu stärken und ihn ganz besonders durch Heranziehung von Mitgliedern aller Gewerks- und Arbeitsarten zu recht segensreicher Wirksamkeit zu bringen." Das Programm trug die Unterschriften: Meyer, Kaufmann. Dr. Lohde, Arzt. Biesel, Destillateur. Resinsky, Fabrikant. Friedeis, Maurermeister. Cassel, Lehrer. Pohlmann, Maschinenbauer. Rhode, Maler. Dr. Schilling, Schulvorsteher. Cochoy, Kaufmann. Kuhtz, Apotheker. Kröger, Buchhalter. Dr. Krieger, Arzt. Dr. Spiekermann, Arzt. John, Uhrmacher. Es erkennt als den „schönen Zielpunkt, dem die große Bewegung unserer Zeit entgegenstrebt: Verbrüderung aller Stände." Damit diese Verbrüderung eine Wohlfahrt werde, sei eine factische Annäherung, eine vertrauensvolle Vereinigung aller Klassen der Gesellschaft nothwendig. Die Tendenz des in diesem Sinne gebildeten Clubs solle keine andere sein, als durch häufige Zusammenkünfte zur Besprechung politischer, socialer, gewerblicher und anderer Fragen sich gegenseitig zu belehren, „und so das schöne Ziel einer wahren bürgerlichen Verbrüderung zu erreichen, und dieselbe durch die Bande des Geistes und Gemüths zu kräftigen und zu befestigen."

Ueber die ersten Landwehrmänner-Versammlungen, über die Spaltungen, welche unter den Mitgliedern der Landwehr entstanden waren und die einander feindlichen Partei-Versammlungen hervorgerufen hatten, ist früher (S. 360) berichtet worden. Auf den 4. Mai war eine allgemeine Versammlung von Landwehrmännern berufen worden. Etwa 600 Mann hatten sich darauf im Exerzierhause des 2. Garde-Regiments eingefunden; auch der Commandeur der 6. Landwehr-Brigade, Oberst v. Webern, und der Commandeur des 20. Landwehr-Regiments, Oberstlieutenant Ewald waren anwesend. Die Art, wie Hr. v. Webern sich an der Debatte betheiligte, machte, daß die Versammlung sich resultatlos auflöste. Wir geben die Berichte der Parteien selbst wieder. „Es hatten sich schon," lautet der dem Obristen günstige Bericht (Voss. Z.) „in einigen früheren Versammlungen Wünsche und Anträge in Bezug auf verschiedene Reformen des Landwehr-Institutes, wie auch die Ansicht ausgesprochen, man dürfe den Ausmarsch verweigern, ehe nicht jene Anträge gewährt seien. In militairischen Verhältnissen kann eine solche Bedingungsstellung unter keinen Umständen gestattet werden, sondern die erste Verpflichtung ist, wenn nicht das Ganze der Wehrverfassung und Sicherheit der Autorität des ganzen Staates untergraben werden soll, die pünktliche Erhaltung der Disciplin; darin liegt zugleich wahrer Patriotismus. In diesem Sinne sprach der Oberst v. Webern zur Versammlung und hatte auch die bei weitem größte Mehrzahl der Anwesenden für sich, die von dem besten vaterländischen Geiste beseelt war. Eine geringe Minorität hielt sich jedoch in beharrlicher und geräuschvoller Opposition, so daß der Redner sich zuletzt nicht mehr verständlich machen konnte und ein eigentliches Resultat der Versammlung nicht erreicht wurde. . . Am anderen Morgen sind viele Deputationen der Landwehrmänner zu dem Obersten v. Webern gekommen und haben sämmtlich die Versicherung gegeben, daß sie sich auf den Ruf zu den Waffen stellen würden." Der andere Bericht (Nat. Z.) zählt die verschiedenen „Mißgriffe" auf, die der „sonst sehr achtbare" Oberst v. Webern in jener Versammlung begangen haben soll: „Nachdem nämlich Viele der versammelten Landwehrmänner bereits um eine aufgeschlagene Tribüne Platz genommen, befahl der Oberst, daß die Landwehrmänner am anderen Ende des Saales „antreten" sollten. Die um die Tribüne Versammelten weigerten sich dies zu thun, indem sie ganz richtig bemerkten, sie seien hier nicht in einer Control-Versammlung, sondern um freundschaftlich ihre gemeinsamen Interessen zu berathen und dazu sei die Tribüne aufgeschlagen. Der Oberst beharrte aber darauf, daß die Wehrmänner „antreten" sollten. Es versammelte sich auch wirklich um ihn eine große Anzahl, welche er mit beredten Worten ermahnte, dem alten Wahlspruch Preußens: „Mit Gott für König und Vaterland" treu zu bleiben und Gehorsam und Disciplin aufrecht zu erhalten. Dies war ein zweiter Mißgriff, weil bisher noch keine Insubordination vorgekommen war. . Der Oberst

ließ sich aber zuletzt, da die um die Tribüne versammelten Wehrmänner fortfuhren, darauf zu bestehen, daß dort verhandelt würde, so weit hinreißen, gegen dieselben einen ganz unpassenden Ausdruck zu gebrauchen und die Versammlung für aufgehoben zu erklären. Dies hatte zur Folge, daß ein Handgemenge zwischen den um den Obersten und den um die Tribüne befindlichen Wehrmännern entstand, worauf sich die Versammlung in großer Aufregung auflöste." Wäre Hr. v. Webern, bemerkt nun der Bericht, nicht als Vorgesetzter, sondern als einfaches Mitglied der Versammlung aufgetreten und hätte er die Wehrmänner hinsichtlich der etwaigen Unzulässigkeit ihrer Forderungen freundlich belehrt, so wäre gewiß bei der Liebe und Achtung, die derselbe allgemein genieße, das beste Resultat zu erwarten gewesen, während jetzt das Schlimmste zu befürchten sei. — Die Landwehrmänner, welche die früher (S. 360) erwähnte Reform-Adresse an den Ministerpräsidenten erlassen hatten, hielten am 10. eine Versammlung im Exerzierhause vor dem prenzlauer Thore ab. Darüber berichtet die Zeit.-Halle:

August Braß, der Vorsitzende, theilt die Anwort des Ministerpräsidenten Camphausen auf die Eingabe der berliner vereinigten Landwehrmänner mit, welche im Allgemeinen anerkennend lautet, doch die Berücksichtigung der einzelnen Punkte bis zum Zusammentritt der National-Versammlung aufschiebt und die Wahl der Offiziere von dem Einberufungs-Termine der Landwehr abhängig macht. Gerade so würde Einer aus dem unverantlichen Ministerium des sogenannten gefallenen Systems geantwortet haben, nämlich im Eingange lobend, im Speciellen aber ausweichend. Die Versammlung beschloß eine zweite Adresse, in der sie nochmals ihre Wünsche darlegt, namentlich auf der Wahl der Offiziere besteht, da dieselbe, bereits durch ein allgemeines Gesetz verheißen, nur noch einer Vorschrift für die Ausführung bedürfe. In Bezug auf das Ausmarschiren erheben sich Einwände hinsichtlich der Artillerie. „Diese müßte mit der Linie marschiren, um deren Batterieen zu completiren." Hiergegen erklären sich die anwesenden Artilleristen mit Entschiedenheit. „Wenn die Landwehr ein eigenes Corps bilden solle, so dürfe ihr die Artillerie nicht fehlen. Sie, die Landwehr-Artilleristen, wollen nur mit der übrigen Landwehr stehen. Man möge nicht Trennungen hervorrufen, die übrigens nur aus unrichtigen Auffassungen der Sache entspringen könnten, denn die Artillerie der Linie habe so gut ihre Reserve wie die andern Truppengattungen." Die Artilleristen dringen darauf, daß ihre Vorstellungen in die Adresse aufgenommen werden. In Bezug auf Volksbewaffnung zeigte sich die Versammlung unwillig darüber, daß man die Landwehr von derselben ausgeschlossen habe: „Ob man die Wehrmänner etwa für unwürdig halte, Waffen zu tragen? Weßhalb man ihnen, die auf den Barrikaden ihren Muth bewiesen, diejenigen vorziehe, namentlich die Beamten, welche die Nacht vom 18ten zum 19ten im Keller und hinter dem Ofen zugebracht? Könne man Vertrauen verdienen, wenn man selbst keines, kein Vertrauen zu der Landwehr, zu dem Kerne des bewaffneten Volkes beweise? Man möge also den Landwehrmännern Waffen geben, obgleich noch kein Aufgebot derselben es erfordere. Sie seien gern bereit, sich dem Wachtdienste in der Stadt zu unterziehen." Als die Rede zufällig auf die Landwehr-Offiziere kam, die das Landwehr-Zeughaus vertheidigt und von dort auf das Volk geschossen, wünschte die Versammlung deren Absetzung, weil sie jedes Vertrauen der Soldaten verloren hätten. — Den allgemeinsten Widerspruch, fand die Petition der charlottenburger Wehrmänner, die den Prinzen von Preußen an die Spitze der Landwehr berufen wissen will. Die Versammlung erklärte sich einstimmig gegen diese Petition. Einzelne Stimmen riefen: „Sie geht vom Kammerjäger aus. Sie haben ein paar Flaschen Wein bekommen." Einige traten auf die Tribüne und versicherten, ihre Namen seien mißbraucht worden. Es könne keine Verwechselung stattfinden, da sie als die Einzigen diese Namen führten. Es wurde ein Protest gegen das Verfahren der Charlottenburger aufgesetzt und von sämmtlichen Anwesenden angenommen. Viele, die noch nicht unterzeichnet, wollten ihre Namen noch nachträglich auf die Liste setzen.

Eigenthümlichkeiten dieser Versammlung waren, daß die Anwesenden nicht durch „meine Herren" sondern mit: „Cameraden" angeredet sein wollten und daß sie alles fast einstimmig beschlossen.

Die Schriftstücke, von denen in diesem Berichte die Rede, machten den Zwiespalt in den Gesinnungen der Landwehrmänner zu einem öffentlichen. Die herausfordernde „Proclamation" ging von dem in Charlottenburg wohnenden Wehrreiter Schlesinger aus; sie enthielt die Namens-Unterschriften von 142 Unteroffizieren, Wehrreitern und Wehrmännern des 20. Landwehr-Regiments; ihr antwortete der mit 1128 Unterschriften versehene „Protest der berliner Landwehrmänner." Die Veröffentlichung beider Erklärungen ging derjenigen der am Schlusse des vorigen Abschnittes mitgetheilten Aktenstücke über die Rückkehr des Prinzen von Preußen unmittelbar voran. — Jene Proclamation lautete:

An die gesammten preußischen Landwehr-Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmänner. An Euch ergehe unser Aufruf; Ihr nur, treue Cameraden, habt zu antworten und keine andere Stimme. Preußens Grenzen sind bedroht, die Mobilmachung der Landwehr ist zum Theil erfolgt. Eiligst werden auch wir unserer Pflicht eingedenk, sobald der Ruf unseres Königs, der Ruf unseres Vaterlandes es verlangt, als demselben treu gehorsame Soldaten unter die Waffen treten. Wir werden die Devise des Landwehrkreuzes: „mit Gott für König und Vaterland" zu beherzigen wissen, und gleich der Landwehr von 1813, wird unser Loosungswort „Sieg oder Tod" sein. — Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmänner! Der erste Soldat, der Stern des preußischen Heeres, hat uns verlassen, der Prinz von Preußen, er weilt in England; erbitten wir seine Rückkehr, wählen wir ihn zum Chef und Führer der sämmtlichen preußischen Landwehr. Unter ihm nur wird das preußische Heer siegen; unter ihm nur wird es sterben. — Es lebe der König, es lebe die Königin, es lebe der Prinz und die Prinzessin von Preußen, es lebe das ganze Königliche Haus, es lebe die Constitution und es lebe die Landwehr. — Berlin und Charlottenburg, 7. Mai 1848. — Auf vorstehende Proclamation wollen die resp. Cameraden der gesammten preußischen Provinzial-Landwehr schleunigst antworten. (Folgen die Unterschriften.)

Worauf folgende Antwort:

Die unterzeichneten eilfhundert acht und zwanzig Landwehrmänner Berlins protestiren hiermit auf das Entschiedenste gegen den ungesetzlichen Schritt einzelner Cameraden, den dieselben in ihrer Adresse vom 7. d. M. gethan, indem sie nur unter Anführung des Prinzen von Preußen ihre Schuldigkeit als brave Soldaten und Vertheidiger des Vaterlandes thun wollen. Es steht der Landwehr nicht zu, ihre Dienste von solchen Bedingungen abhängig zu machen, wenn das Vaterland ihrer bedarf; und wenn die Unterzeichneten in einer früheren Adresse an Se. Excellenz den Ministerpräsidenten Camphausen den Antrag gestellt haben, die Bestimmungen der Landwehr-Ordnung vom Jahre 1814 und das Gesetz vom 6. April 1848 ihnen unverkürzt aufrecht zu erhalten, so erklären sie, jener von einer höchst geringen Anzahl ihrer Cameraden unterzeichneten Adresse gegenüber, daß sie, wenn das Vaterland ruft, unverweigerlich ihre Pflicht unter jedem, aber braven, volksthümlichen Führer erfüllen werden, der sie zum Kampfe gegen den äußeren Feind, nicht aber zum Kampfe gegen ihre Mitbürger führen wird. — Berlin, den 10. Mai 1848. — (Folgen vorläufig 1128 Unterschriften, die in Urschrift dem Minister Camphausen vorliegen.)

Der Bürgerwehr-Club hielt am 2. Mai seine 5. Sitzung. Die Verhandlungen schlossen sich zunächst an die früher (S. 328) mitgetheilten an, welche die Abhaltung einer Parade betrafen:

Der Versammlung wird das Antwortschreiben des Commandeurs der Bürgerwehr mitgetheilt, welches ausspricht, daß hinsichts der vom Könige gewünschten Parade der Bürgerwehr noch kein Tag festgesetzt sei, daß dieselbe aber nicht an einem Sonntag stattfinden solle. — Von der Commission des Bürgerwehr-Clubs war in Beziehung auf die Eintheilung

der Bürgerwehr das Gutachten dahin abgegeben worden, daß außer der Bürgerwehr-Cavallerie, Artillerie und Schützengilde, „keine ständischen Abbsonderungen und Gliederungen zulässig sein sollten," wodurch also die Existenz der fliegenden Corps bestritten wurde. Inzwischen waren jedoch die Führer der verschieden fliegenden Corps, der Studenten, des Handwerkervereins, der jungen Kaufleute und Künstler zu einer Conferenz mit der Commission im Café de l'Europe eingeladen worden, welche nun auch der Versammlung beiwohnten, um den Entschluß ihrer resp. Corps auszusprechen. Derselbe ist nun natürlich für das unbedingte Fortbestehen der Corps ausgefallen, und die dafür geltend gemachten Gründe wurden einstimmig von der Versammlung getheilt. Diese Corps, hauptsächlich das der Studenten und Künstler, haben sich durch ihr Wirken in den Stunden der Gefahr nicht allein ein historisches, sondern auch ein geistiges Recht ihrer Existenz erworben, und schon deßhalb würde ihnen Niemand dieses Recht schmälern können, wollte man auch die ungeheuren Nachtheile, welche die Glieder der Corps bei ihrem Verschmelzen in die Bürgerwehr treffen würden, übersehen. Das der Studenten würde z. B. ganz verschwinden, indem auf eine Compagnie höchstens 2 Mann kommen würden, wodurch also auch der große und wohlthätige Einfluß, den die Studenten sich auf das Volk errungen haben, verloren gehen müßte. Bei einem eigenen Corps können sich dieselben ihren Dienst nach der Zeit ihrer Muße ohne Nachtheil für ihr Studium einrichten, was ebenfalls fortfallen müßte. Die große Annehmlichkeit, nur mit Freunden und Standesgenossen den Dienstleistungen nachzukommen, würden dieselben um so weniger gern bei ihrem Eintritt in die Bürgerwehr vermissen, wenn man bedenkt, daß der Student alle 4 Wochen die Wohnung und somit also auch die Compagnie der Bürgerwehr wechselt. Den jungen Kaufleuten würde der Dienst eine factische Unmöglichkeit werden, sollten sie mit den Principalen in einer und derselben Compagnie dienen, da alsdann bei dem Dienst die Geschäfte ganz geschlossen werden müßten. Die Versammlung trat aus diesen Gründen einem gestellten Amendement bei, wonach die Bestimmung über die Bildung von fliegenden Corps den städtischen Statuten vorbehalten wird. — Wegen der Wahlen werden die Versammlungen auf 8 Tage ausgesetzt.

Um die Bevölkerung nicht mehr in Ungewißheit über die Bedeutung der Allarm-Signale zu lassen, wurde am 3. Mai vom Commando der Bürgerwehr folgende Bekanntmachung erlassen:

Signale der Bürgerwehr. Das Zeichen mit dem Horn dient lediglich dazu, um die Mannschaften eines einzelnen Bürgerwehrbezirks zu versammeln und darf ohne besonderen Befehl von einem anderen Bezirk nicht aufgenommen werden. Der Generalmarsch mit der Trommel ruft alle Wehrbürger zu den Waffen und muß derselbe ohne Verzug von sämmtlichen Bezirken aufgenommen und nachgeschlagen werden.

Der Wunsch des Generals v. Aschoff, dem Könige die gesammte Bürgerwehr in Parade vorzuführen, war noch immer unerfüllt geblieben. Wie die erste Ankündigung einer Parade auf den 3. Mai von den Mitgliedern der Bürgerwehr aufgenommen wurde, hat der Inhalt der oben erwähnten Verhandlungen des Bürgerwehrclubs gezeigt. Eine sodann auf Sonnabend, den 6., angesetzte Parade wurde wieder aufgeschoben, um wie der Entschuldigungsgrund kund that — in die Geschäfte der Wahlmänner nicht störend einzugreifen. Als nun die Abgeordnetenwahlen beendet waren, wurde angekündigt, daß die Besichtigung der Bürgerwehr durch Se. Majestät, am Sonnabend, dem 13., bestimmt stattfinden würde. Die Aufstellung werde der Art sein, daß der rechte Flügel durch die berittene Bürgerwehr gebildet, sich an das Schloß lehnt, und über die Schloßbrücke erstreckt, mit dem Rücken nach dem Commandanturgebäude. Darauf werde das Bataillon der Schützengilde folgen, dann die Abtheilung der Veteranen, demnächst zwölf Bataillone der Bürgerwehr bis zum Brandenburgerthore hin. Auf der anderen Seite der Linden werden die

übrigen elf Bataillone aufgestellt; den linken Flügel bilden die Scharfschützen-, Künstler-, Gewerbeschüler-, Handwerker- und Studenten-Corps. Aber auch diese bestimmt angekündigte Parade wurde — abbestellt. Der Staatsanzeiger hatte am 11. Abends die Nachricht von den zur Rückkehr des Prinzen von Preußen getroffenen Einleitungen gebracht. Den Majoren, die am 12. zu ihrer gewöhnlichen Vormittags-Versammlung sich eingefunden, wurde als Grund der Abbestellung angegeben: der König habe sich auf die Nachricht, daß in diesen Tagen die Nachwahlen zur berliner und frankfurter Nationalversammlung stattfinden sollten, zu dieser Anordnung bewogen gefunden. Das Bedauern der Majore, „daß Sr. Majestät durch eine unrichtige factische Mittheilung zu diesem Schritt veranlaßt worden sei", wurde hierauf in folgender, an den König gerichteten, Adresse ausgesprochen:

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr! Mit Schmerz hat die Bürgerwehr von Berlin, gemäß Schreibens des Hrn. Generallieutenants v. Neumann vom 11. d. M. vernommen, daß Ew. Majestät die auf morgen, den 13ten, anberaumte Vorstellung wegen verschiedener Nachwahlen ausgesetzt haben. In so wohlmeinender Absicht auch die Aussetzung erfolgt ist, so giebt solche im Publicum doch leider zu Mißdeutungen Anlaß, welche die enge Eintracht zwischen Eurer Majestät und der Bürgerwehr von Berlin in Frage zu stellen suchen. — Der unterzeichnete Commandeur und die eben versammelten Majors fühlen sich daher gedrungen, Eurer Majestät den Ausdruck derjenigen Verehrung und Anhänglichkeit darzubringen, welche die gesammte Bürgerwehr Eurer Majestät persönlich entgegen tragen wollte. — Mit Ehrfurcht Ew. Königlichen Maj. treu ergebene (folgen die Unterschriften.)

Ehe unsere Darstellung auf den „Anlaß zu den Mißdeutungen, welche die enge Eintracht zwischen dem Könige und der Bürgerwehr in Frage stellen", näher eingeht, wird sie jedoch von dem Fortgange und der Entscheidung eines Processes berichten, welcher den Kampf zwischen dem alten Landrechte und dem neuen Rechte der Preßfreiheit zum Gegenstande hat — des Crimminalprocesses gegen den jungen Schlöffel. Derselbe Tag, an dessen Abend der ministerielle Bericht über die Rückkehr des Prinzen von Preußen zuerst bekannt wurde, brachte diesen Proceß zur gerichtlichen Entscheidung.

V. Der Proceß gegen Gustav Adolph Schlöffel. Gegner und Verehrer des Angeklagten. Des Staatsanwalts Anklage. Des Volksfreundes Vertheidigung. Urtheil des Kammergerichts.

Ein Opfer des Conflictes zwischen den Erzeugnissen der jungen Preßfreifreiheit und den Praragraphen des fünfzigjährigen Landrechts hatte Schlöffel in seinem Gefängnisse hinlängliche Muße, das Gerüste zur Vertheidigung des „Volksfreundes", mit dem er sich indentificirte, aufzubauen und zu vollenden.

Es blieb ihm Zeit, seine polemisch-literarische Thätigkeit gegen die erklärten Widersacher seiner Ansichten auch vom Gefängnisse aus fortzuführen. Wie er früher schon beiläufige Bemerkungen der Nationalzeitung, die „mit dem Tone beleidigender Geringschätzung, mit der perfiden Denunciation des Enthusiasmus, der warmen edlen Begeisterung" gegen ihn gerichtet waren, mit Angriffen auf „die zerfahrene Principlosigkeit der berliner Literaten", die auf jeder Seite jenes Blattes deutlich herausgucke, zu vergelten gesucht hatte (Zeit.-H. 21. Ap.,) so rechnete er bald darauf mit einem Hrn. M. Leidesdorf ab, der „im Namen wohlgesinnter Bürger" zur „Widerlegung" einer Stelle im Schlöffel'schen Volksfreunde „ein wahrhaft wohlgemeintes Wort an den Bürger und Arbeiter" in einem drei Spalten langen Inserate der Voss. Z. (26. Ap.) gerichtet hatte. Jene Stelle, welche lautete: „Was drückt das Volk? Woran leidet es? Die Arbeit ist entehrt, unterjocht; das Geld, das Capital vergiftet alle Lebensadern des Volkes", veranlaßte den Gegner, Schlöffel als einen „Volksfeind" zu bezeichnen. Um durchzuführen, daß er der „wahre Volksfreund" sei, beruft er sich auf ein von ihm herausgegebenes Buch: „Vorschläge für Erziehung, Schule und Haus, sowie zur Association arbeitender Klassen", und auf eine kleine Broschüre: „Vorschläge für Arbeiter und Arbeitgeber, sowie zur Verbesserung der sittlichen Erziehung und Bildung der Jugend", welche schon früher veröffentlicht worden wäre, „wenn die Zeitungsredacteure, namentlich die der Vossischen und Spenerschen, human genug gewesen wären, um wohlgemeinten Worten in ihren Blättern einen Platz anzuweisen". Schlöffel antwortete in einem „offenen Briefe", datirt Hausvoigtei, 29. April. (Zeit.-H. 5. Mai): „. . Ich nenne dich ein Werkzeug der unbarmherzigen Reichen trotz aller schönen Worte, die du machst von Arbeitslohn erhöhen und Verkürzung der Arbeitszeit, diesen allerdings abgezwungenen unzureichenden Palliativen. Wie lange wird es dauern, bis der vermeintliche Volkswirtschaftslehrer M. Leidesdorf begreifen lernt, daß nach gerade es Zeit ist, den Schwindel der Bourgeoisie zu entlarven, den sie mit Scheinbewilligungen und einer geheuchelten Gutmüthigkeit treibt, um ihr Schäflein zu retten . . Es mag dem besitzenden Spießbürgerthum gelingen, sich eine Galgenfrist von wenigen Jahren unter der Aegide des constitutionellen Staates zu erschleichen. — Hemmen, für immer hemmen, kann es das Rad der Geschichte nicht, das seine Theorieen, sein spießbürgerliches Bewußtsein, längst zerquetscht hat. Bleibt aber, das rathe ich Euch, auf Eurem polizeilichen Gebiete, auf dem Gebiete der conservativen Maßregel, womit Ihr zu reagiren, Euch zu retten sucht, stehen . . Wagt Euch nicht in das helle Gebiet des Geistes und der Gründe. Hier helfen Euch, geblendeten Vögeln der Nacht, alle Gefängnisse und Voigteien nichts, die Ihr bekleben wollt mit den kindlichen Versuchen einer scheinheiligen Doctrin . ." Auch noch zwei Nummern des „Volksfreundes" gab Schlöffel im Gefängnisse heraus. „Das Volk", sagt er in der einen (Nr. 6.), „das Volk, das durch alle Constitutionen nie

frei sein wird, weil einerseits diese Constitutionen geborene Lügen sind durch die schlechten Wahlgesetze, weil andererseits die Armen aus Abhängigkeit oder Mangel am Bewußtsein nie frei wählen; das Volk, das für die Könige nur da ist als Steuer und militairpflichtige Zahlen, für die Reichen als Arbeitskraft, für die Aristrokaten als Pöbel, für die Soldaten als Zielscheibe, für die Minister und Beamten als Gegenstand ihrer Täuschung, ihrer Ausbeutungen, ihres maßlosen Druckes — das ist das Volk, das dem Volksfreunde am Herzen liegt, für dessen Befreiung er streitet und sich durchaus keine Scrupel macht, eine Krone und die Schmeerbäuche einiger Fabrik- und Standesherren zu opfern, um so weniger, als er sich dafür zu opfern bereit ist." In der anderen Nummer (6. Mai) singt er das „Lied eines gefangenen Volksfreundes", den „freien" Arbeitern gewidmet: „Ihr wähnet, daß die Kerkerluft den starken Sinn erweiche, Nein, eher senket in die Gruft Ihr Eures Opfers Leiche! Denn des Gedankens Wurfgeschoß, Noch trifft es Euch, Ihr Schlangen! Trotz Mauer, Riegel, Gitter, Schloß! Und bin ich auch g e f a n g e n! ... Drum hoffet nicht durch Eure Qual den freien Geist zu knechten! Ist nicht zu meiner Linken Stahl? Sind Kiesel nicht zur Rechten? Ein Schlag an's Gitter und aus Stein! So muß der Funke fangen! Und Euer Thron wird Flamme sein, und Ihr, Ihr seid gefangen!" — Dieselbe Nummer enthielt einen „Protest des Volkes gegen die Verhaftung und Anklage des Volksfreundes", eingereicht beim Kammergericht. „Man hat", heißt es darin, „einen neunzehnjährigen Jüngling seiner Freiheit beraubt, man hat ihn aus unserer Mitte gerissen, als wäre er Verräther an derselben heiligen Sache, für die er doch einzig beseelt ist. Wegen eines bedruckten Blättchens hat man ihn in's Gefängniß geworfen! Und nur trügerische Klügelei kann aus diesem Blättchen etwas anderes herauslesen, als den ungeduldigen Feuereifer, der aus gemäßigten und halben Zuständen, an denen das allzufügsame Volk es sich genügen ließ, eine wahre und fertige Gestalt der Dinge schaffen möchte. Wird man es wagen wollen, gegen die edle, ob auch heftige Aufwallung eines jungen Volksfreundes jene absolutistische Aufruhrgesetze eines veralteten Landrechtes hervorzukehren, Gesetze, welche zunächst gegen uns Alle, so viel wir sind, gerichtet werden müßten, wären sie doch gerade durch den Aufruhr selbst, durch den gerechten und siegreichen Aufruhr unser Aller zu nichte gemacht. Dem Volke allein gebührt der Entscheid über die, so zu ihm reden .. Wir protestiren feierlich im Namen der Menschheit dagegen, daß ein aufblühendes Jünglingsleben entmannt werde durch schnöde Fesseln; die Kraft der Jugend, mag sie auch überssprudeln, ist ein heiliger, befruchtender Strom. Das Volk duldet nicht, daß sie matt und siech gemacht werde, in modriger Kerkerluft. Wir protestiren im Namen des siegreichen Volkes gegen die Heraufbeschwörung alter Satzungen, welche uns alle zu Frevlern brandmarken. Wir protestiren im Namen des freien Rechtes der Rede und Schrift, welches mit Blut eingezeichnet ist in das neue Gesetzbuch

der Nation. Wir verlangen demnach von den Richtern, daß sie diese Anklage in ihre erbärmliche Nichtigkeit zurückschleudern, wir verlangen, daß endlich die Stimme des Volkes als die Stimme der Gerechtigkeit erkannt, und somit die Schmach gesühnt werde, welche an dem Geiste unserer Revolution begangen worden."

Die Parteigenossen Schlöffels, seine Anhänger und Verehrer stellten, wie auch aus früheren Mittheilungen erhellt, in den Clubs und Volksversammlungen wiederholte Anträge, die sich auf Schlöffel's Haft bezogen. So wurde in der Zeltenversammlung vom 30. Ap. über die Freilassung des Gefangenen verhandelt, und um dieselbe zu bewirken, eine Adresse an den Justizminister beschlossen, nachdem mehrfach die Ansicht ausgesprochen worden, „daß in keiner Weise Gewalt angewendet werden und keine Demonstration stattfinden dürfe, ehe nicht alle gütlichen und friedlichen Mittel versucht seien." In der nächstfolgenden Versammlung, vom 3. Mai, die sich ausschließlich mit der polnischen Frage beschäftigte, wurde eine außerordentliche Volksversammlung zur Berathung über die Schlöffel'sche Angelegenheit angekündigt. Sie fand am 4., in den Zelten, statt. Zuerst sprachen mehrere Redner zu Gunsten Schlöffel's. Nachdem sie die Verhaftung desselben als ungesetzlich und dem Versprechen der persönlichen Sicherheit zuwider dargestellt, forderten sie die Versammelten zu einem friedlichen Schritte im Interesse des gefangenen Volksfreundes auf. Sofort wurde eine Deputation ernannt und mit dieser an der Spitze begaben sich die Anwesenden in Colonnen von 8 Mann nach der Dessauerstraße, zur Wohnung des Präsidenten Koch. Der Zug reichte vom Brandenburger- bis zum Potsdamer-Thore. In der Wohnung des Präsidenten machte die Deputation dieselben Gründe geltend, die sie vor den Zelten ausgesprochen hatte: „weshalb man jetzt bei vollkommener Preßfreiheit, in einem provisorischen Zustande, nach Verheißung allgemeiner persönlicher Sicherheit mit den alten Mitteln der Inquisition gegen geistige Angriffe zu Felde ziehe? Gegen einen Artikel, der voll Witz und Humor für Jeden, der ihn verstehen wolle, nichts Anstößiges, geschweige denn Gesetzwidriges enthalte? Weßhalb man mit dem Processe nicht vorgehe, wenn ein solcher möglich sei? Die Deputation so wie die unten harrenden Begleiter verbürgen sich persönlich für Schlöffel, daß er nicht entfliehen, daß er sich dem ordentlichen Richter stellen werde." Der Präsident erwiderte: „Schlöffel sei nicht auf Befehl des Gerichtes, sondern auf Veranlassung des Staatsanwalts verhaftet. Er, der Präsident, wisse nicht, ob bis jetzt eine Anklage anhängig gemacht worden, er selbst könne daher als Präsident seine Freilassung nicht verfügen; indessen wolle er dafür sorgen, daß die Sache einen rascheren Fortgang nehme, und der Volksversammlung vor den Zelten am Sonntag das Nähere sagen lassen. Für den Fall, daß bis dahin keine Klage vorliege, werde Schlöffel sofort auf freien Fuß gesetzt werden." Mit dieser Antwort gab sich die Deputation zufrieden, und wie schon unter

den Zelten die ruhigste Haltung empfohlen und beobachtet war, so ging auch diesmal jetzt Alles ohne Störung auseinander. Nichtsdestoweniger ertönte, nachdem die Demonstration bereits vorüber war, in mehreren Stadtvierteln die Allarmtrompete. — Ueber die Verhandlungen der darauf folgenden Volksversammlung vom 7. geben wir den Bericht der Zeit.-H. wieder:

Die Versammlung unter den Zelten war eine ziemlich lebendige, wozu das ausgezeichnet schöne Wetter ungemein viel beitrug. Tausende von Menschen wogten hinaus, und man war allgemein darauf gespannt, was der Hr. Kammergerichts-Präsident Koch für eine Erklärung in der Schlöffel'schen Sache gegeben haben werde. Es wurde der Versammlung eröffnet, daß der Präsident Koch schriftlich erklärt habe, die Schlöffel'sche Sache werde zum nächsten Donnerstag schon zur öffentlichen Verhandlung kommen. Hierauf trat Hr. Leidesdorf auf, um gegen den Studenten Schlöffel zu sprechen. Der Redner begann mit folgenden Worten: „Meine Herren! Ich stehe hier nicht als Sprecher, sondern ich will zu Ihnen reden. Ich will Ihnen berichten, daß ich für die Freiheit spreche, daß ich für die Freiheit gesprochen habe, wie noch kein Mensch weiter daran dachte, wie es noch verboten war, über die Freiheit zu sprechen. Ich will Ihnen dies beweisen!" Der Redner holte nun ein ziemlich voluminöses Buch hervor, welches er im Jahre 1847 herausgegeben hatte, um der Versammlung aus demselben vorzulesen. Zum Glück bemerkte er noch nachträglich, daß er nur einige Stellen vorlesen werde, die der Versammlung den vorhin versprochenen Beweis in die Hand geben sollten. Nachdem hierauf Hr. L. dargethan, daß er schon 1847 für die Freiheit, wie noch zuvor kein Mensch, gesprochen, fing er an zu entwickeln, daß Schlöffel kein Volksfreund, sondern ein Volksfeind sei. Dies belustigte die Versammlung; hart an der Tribüne machten zwar einige Verehrer Schlöffels Miene, dem Hrn. L. mit einem handgreiflichen Gegenbeweis zu antworten, allein sie wurden für den Augenblick noch durch die übrigen Volksredner beschwichtigt. — Als jedoch Hr. L. erklärte: daß Schlöffel betrunken gewesen sein müsse, als er seinen Volksfreund geschrieben, und daß die Regierung bei seiner Bestrafung, die er gerechtermaßen verdiene, jedenfalls von derselben Ansicht ausgehen werde, kamen die Anhänger Schlöffels, und besonders einige Rehberger in Bewegung; eine kräftige Gestalt kletterte an der Tribüne in die Höhe, mit nervigter Faust nach dem bleichwerdenden Redner greifend; allein sie wurde zurückgedrängt. Hr. L. mußte für den Augenblick abtreten. Mehrere Redner wollten hierauf das Wort nehmen, aber der Ruf: „Runter! Runter! Der Ableser weiter reden!" nöthigte sie von ihrem Vorhaben abzustehen. Hr. L. nahm, nachdem es wieder ruhig geworden, den Rednerplatz wieder ein, und erklärte, daß er zum nächsten Dienstag, durch öffentlichen Anschlag, den Beweis seiner Aussage gegen Schlöffel zur öffentlichen Kenntniß bringen werde. Endlich trat er nach einstündiger Rede ab und wurde nun von mehreren andern Volksrednern interpellirt. Mit einem Male entstand an der Hinterfront der Tribüne Lärm. Man tobte, man schrie: „Haut ihn! Haut ihn!" — Mehrere Rehberger hatten sich den Verdonnerer des Schlöffel von der Tribüne „gelangt," wahrscheinlich, um ihm zu beweisen, daß er vorhin Unrecht gehabt habe. Der Lärm wuchs. Es bildeten sich Parteien, jedoch ohne, daß es zu einer Schlägerei gekommen wäre. Hr. L. wurde unter die schützenden Fittige eines neu uniformirten Bürgers, der sich mit auf der Tribüne befand, genommen und von demselben nach der Stadt begleitet.

Die am Tage vor der öffentlichen Gerichtsverhandlung der Schlöffel'schen Sache abgehaltene Zeltenversammlung beschloß eine Adresse an den Gefangenen zu erlassen, die ihm vor Beginn der Audienz mitgetheilt werden sollte. Dieselbe erschien als Plakat *) gedruckt und lautete:

Adresse an den gefangenen Volksfreund Gustav Adolph Schlöffel. Bruder! Wenn auch düstere Kerkermauern Dich umschließen, wenn auch eine finstere Schergenbrut Dich umzingelt und Dein Verderben will, so schwingt sich dennoch, Schlössern und Riegeln zum Hohn, Dein freiheitathmender Geist aus dem modrigen Gefängnisse zu uns auf, und umweht uns belebend! Und unsere hoffnungsvollen Blicke dringen wie leuchtende Blicke durch den finstern Nebel der Dich umhüllt bis an Dein großes edles Herz. Bruder, bald —

*) Druck der Vereins-Buchdruckerei.

bald wirst Du frei sein und in unsere geöffneten Arme eilen, und ehe Dich der Sklavengeist wieder in Banden schlägt, ehe soll die Welt aus ihren Fugen gehen. Fest und unerschütterlich wie eine junge Eiche stehst Du da auf Deutschlands gesegnetem Boden, und die stumpfen Aexte der Despoten-Knechte zersplittern an Deiner Stärke! Und die Freiheit geht auf über Deutschland und der junge Eichbaum wird eine starke Eiche, die dasteht als Hort und Schirmer und ihre Zweige weithin verbreitet. Unsere Herzen schlagen Dir muthig entgegen, und wir brennen vor Lust und Begierde für Dich zu streiten. Allein Du bedarfst unser nicht. Du bist freier in Deinem Kerker als viele Purpur- und Kronenträger auf ihren Thronen. Du wirst dastehen, nicht als Angeklagter, nein als Ankläger des irrigen Haufens der mit frevelhaften Händen die heilige blutig errungene Freiheit antastet. Du wirst dastehen, ein Schrecken der besoldeten Formen-Anbeter, und der frechen anmaßenden Gewalt ein Verderben. Tapferer Jüngling, Du Held und Vorkämpfer der begeisterten Freiheits-Schaar, aus vollem freudigem Herzen rufen wir Dir zu: „Glück auf zum Kampfe!" — Sie werden zittern und erbleichen vor dem Donner Deiner Worte, und ihre blöden Augen werden geblendet werden von den Strahlen der Wahrheit, die über Deine Lippen strömt. Glück auf zum Kampfe, Du wirst siegen! Glück auf und mag es der Blödsinn begreifen, und die Schurkerei mag es einsehen lernen: Daß die Welt nicht bestehen kann ohne die Wahrheit. Die Wahrheit aber das ist die Freiheit. Du wirst siegen unser Bruder, und aus den Trümmern Deines Kerkers wird ein leuchtender Stern emporsteigen. Wir brauchen Dich nicht zu ermuthigen, denn der Muth und die Kraft sprudeln klar und rein wie Felswasser aus der frischen Quelle Deines Herzens. — Noch einmal, bald kommt die Stunde, in der wir Dich jubelnd umarmen, dann wollen wir diesen Tag feiern, als einen Siegestag der verfinsterten Wahrheit und des unterdrückten Rechts. Wir grüßen Dich, unser Bruder, und gedenke unser in Liebe und Treue wir wir Deiner gedenken. In Deinem Herzen aber halle stets wieder unser Ruf: „Glück auf!" Berlin, den 10. Mai 1848. Der Volks-Verein unter den Zelten.*)

Zwei Verbrechen, im Sinne des Landrechts, waren es, deren Schlöffel vom Staatsanwalte beschuldigt wurde. Diese beiden Verbrechen waren, nach der Anklage, durch die Veröffentlichung zweier Aufsätze in der Nummer 5 des „Volksfreundes" begangen, von denen der eine über „die große Wahldemonstration," oben S. 238, der andere, der zur Nachahmung des Beispiels, welches die Republikaner im badischen Seekreise gegeben, einladet, S. 290 bereits mitgetheilt worden. — Nachdem Schlöffel „auf Grund der Voruntersuchung" wegen eines dieser Verbrechen, und zwar „wegen versuchter Verbreitung zum Aufruhr," durch den Beschluß der Deputation des Criminalsenats für Anklagesachen vom 29. April, in Anklagestand versetzt worden war, trug der Staatsanwalt, Hr. v. Kirchmann, in seiner Anklageschrift vom 2. Mai darauf an, „gegen Schlöffel die Untersuchung wegen Verleitung zu persönlicher Mißhandlung des Staatsministers Camphausen zu eröffnen und denselben über die Anklage wegen Verleitung zum Aufruhr zu hören," mit Bezugnahme darauf, daß der Angeklagte die zur Verfolgung gestellten Aufsätze verfaßt und zum Druck befördert habe, daß die Nummer des Blattes am 20. April verkauft und am Abend dieses Tages unentgeldlich vertheilt worden sei, daß der Angeklagte dasselbe auch am 20. April Abends im politischen Club vorgelesen

*) Auch poetische Zurufe wurden an den Gefangenen gerichtet. „Eine Schlesierin." (Frau v. C.) singt: „. . Was Tausend denken, hast Du nur verkündet, Sie sind zu feig, um wahr wie Du sein! Klug nennen sie's, doch wer es mit empfindet, Wie ich mit Dir, der möchte Rache schrei'n . . Daß Du im Kerker bist, ist keine Schande Für Dich, doch eine tiefe Schmach Erwächst daraus dem ganzen deutschen Lande, Weil es nicht besser seine Ketten brach." (Zeit.-H. 28. Ap.)

und bei dieser Gelegenheit noch bestimmter zu Gewaltmaßregeln gerathen habe — wofür als Zeugen vorgeschlagen waren: der Schlächtermeister Gebhardt, der Barbier Winter und der Buchbindermeister Schwarznickel.

Am 11. Mai fand die öffentliche Gerichtsverhandlung beim Kammergerichte — dem Forum der eximirten Personen — statt. Bereits um 6 Uhr Morgens hatten sich Zuhörer in großer Zahl auf der Rampe vor dem Kammergerichts-Gebäude eingefunden. Eine Abtheilung der Bürgergarde, etwa 50 Mann stark, hielt die Rampe besetzt; eine gleiche Anzahl Bürgerwehrmänner war auf dem Hofe aufgestellt. Vor der Thür des Sitzungssaales auf dem Flur standen zwei Bewaffnete, und eben so viele hielten innerhalb des Saales vor jedem Ausgange Wache. Um 8½ Uhr wurde den heftig anstürmenden Zuhörern der Eintritt gestattet. Fünf Richter bildeten die Deputation des Criminalsenats „für besonders schwere Verbrechen." Den Vorsitz führte der Kammergerichtsrath Nicolovius. „Die Wichtigkeit des Gegenstandes," lautet einer der Berichte*), „hatte ein besonders zahlreiches Publicum herbeigezogen. (Es waren, nach einem anderen Berichte, etwa 150 Personen in einen Raum zusammengedrängt der kaum für die Hälfte erträglich ausreichte.) Um 9 Uhr wurde der Angeklagte in den Gerichtssaal eingeführt. Er ist ein wohlgebildeter, junger Mann, dessen offenes keckes Wesen sehr für ihn einnimmt. Sein Ansehen ist sehr jugendlich. Sein Vater, der durch seinen politischen Proceß bekannte Gutsbesitzer, früher Apotheker und Papierfabrikant Schlöffel, steht ihm zur Seite." (Schlöffel, der Vater war auf den Antrag des Staatsanwaltes als Zeuge vorgeladen worden. Einen Vertheidiger anzunehmen hatte sich der Angeklagte geweigert.)

Nachdem die Anklageschrift verlesen worden und der Vorsitzende erklärt hatte, daß die Anklage wegen Mißhandlung des Ministers Camphausen vom Gericht zurückgewiesen sei, begann das Verhör des Angeklagten. Dieser über seine persönlichen Verhältnisse befragt, sagt aus, daß er 19½ Jahr alt, evangelisch getauft sei, zwei Jahr in Heidelberg Philosophie studirt habe, seit fünf Wochen sich in Berlin aufhalte, um hier seine Studien fortzusetzen, jedoch noch nicht immatriculirt sei, weil er ohne Abgangszeugniß von Heidelberg abgegangen. Nach §. 63 der dortigen Universitäts-Statuten habe die heidelberger Universitätsbehörde das Recht, ohne Gründe zu entlassen; ein Recht, welches gegen ihn angewandt worden. Im badischen Odenwalde sei er einmal ver-

*) In der „Berliner Polizei- und Criminal-Zeitung, herausgegeben von Dr. W. Stieber." (Verlag von M. Simion.) Nr. 17. — Außer diesem Berichte sind in unserer Darstellung benutzt der des „Publicisten," der „Zeitungs-Halle," ein Flugblatt: „Getreue Darstellung des Processes und der Verurtheilung G. A. Schlöffels; herausgegeben v. A. Korn." (Druck und Verlag der Vereins-Buchdruckerei), endlich die von Schlöffel selbst herausgegebene Schrift: „Documente der Revolutionen der Gegenwart. Kampf der jungen Preßfreiheit mit dem alten Beamtenthume. Schlöffel des jüngern Preßproceß. Vollständig aus den Akten mitgetheilt von ihm selbst." (Verlag von Reuter u. Stargardt.)

haftet gewesen, weil er aufrührerische Schriften verbreitet haben solle. Im Militairverhältnisse stehe er nicht; und zur Zeit besitze er kein Vermögen, sondern werde von seinem Vater unterhalten. Das Verhör wird nun in folgender Weise fortgesetzt:

Vorsitzender. Womit beschäftigen sie sich hier? — Hören Sie Collegia?

Angeklagter. Nein. — Ich gebe den „Volksfreund" heraus und besuche Versammlungen, — ich beschäftige mich mit Politik.

V. Seit wann geben Sie den „Volksfreund" heraus?

A. Die erste Nummer ist am 5. April erschienen.

V. Wie oft erscheint das Blatt?

A. Das ist unbestimmt, gewöhnlich 2 — 3mal die Woche.

V. Wann wird das Blatt ausgetragen?

A. Das ist unbestimmt.

V. Welchen Zweck verfolgt Ihr Blatt?

A. Meine Ansichten, die republikanischer Natur sind, zu verbreiten.

(Das Blatt wird dem Angeklagten vorgelegt und von ihm recognoscirt. Er erkennt auch die Autorschaft der beiden incrimirten Artikel an.)

V. Wodurch waren Sie veranlaßt: die ersten Artikel zu schreiben?

A. Durch die Wahldemonstration, welche am Gründonnerstag stattfinden sollte. Ich wollte die Handlungsweise des Wahlcomité's, der Behörden, des Bürgerthums kritisiren. Der Zweck war ein rein kritischer, kein praktischer.

V. Wird das Blatt unter Arbeiter vertheilt?

A. Ja wohl, hauptsächlich.

V. Worauf sollte sich die Kritik erstrecken?

A. Ueber die verschiedenen Ansichten und das Auftreten der einzelnen Parteien.

V. Was bezweckte die Wahldemonstration?

A. In friedlicher Weise die Gewährung des directen Wahlsystems anstatt des indirecten durchzusetzen.

V. Wie haben Sie sich die Demonstration gedacht.

A. Es sollten 60,000 Mann vor's Schloß ziehen, der Minister hätte sie gesehen und die Forderung entweder bewilligt oder er wäre abgetreten.

V. Von dem ersten Artikel wird behauptet, er rathe nicht blos friedliche Mittel.

A. Ich habe in dem Artikel allerdings ausgesprochen, daß friedliche Mittel nicht immer zureichen, aber ich habe nicht direct zu andern Mitteln aufgefordert.

V. Verfolgt der zweite Artikel denselben Zweck?

A. Der ist rein publicistisch, er fordert zur Nachahmung Badens auf.

V. Wir wollen die Artikel durchgehen. (Er liest den Anfangssatz des Artikels „die große Wahldemonstration"): „Auf den grünen Donnerstag wollen

wir mit dem Ministerium Camphausen das Abendmahl feiern, auf daß es gekreuzigt werde." — Wer sind denn die „Wir?"

A. Wir, das Volk!

V. (Liest weiter): „Einst haben die Juden Barnabam freigegeben u. s. w." — Darin liegt „die Aufforderung" an's Volk, vor's Schloß zu ziehen?

A. Die liegt allerdings darin.

V. Wie erklären Sie diese Stelle? (liest): „Wir wollen ihm den Essigschwamm der bittern Wahrheit reichen, und dann kann er unsertwegen in das Paradies seines Privatlebens einkehren und der Republik nach seinen lorbeerwürdigen Thaten in Ruhe entgegensehen. Wir aber wollen uns in seine Kleider theilen und in die 40 Millionen Anleihe, die er uns zu stehlen versucht hat."

A. Ich wollte offen aussprechen: Camphausen sollte in sein Privatleben zurückkehren, das wollten wir auch vor dem Schloß aussprechen. Seine Person sollte nicht angegriffen werden, die hielt ich für sehr unbedeutend.

V. (liest): „Alle Pfarrer auf der Kanzel loben ihre Maccabäer u. s. w." „Wir rufen immer: „friedlich!" „friedlich!" und vergessen ganz, daß es gerade der Krieg und nur der Krieg war, der uns das Wenige gebracht hat, was wir von Freiheit besitzen. Denn seht, wenn wir, um auf der Straße rauchen zu können u. s. w." — Wollten Sie mit dieser Stelle auch nur friedliche Mittel empfehlen?

A. Ich habe durch den Artikel überhaupt nur darthun wollen, daß die Mittel, welche die Parteien gebrauchen, unzureichend sind. Ich meine, man müsse consequent sein und die Mittel gebrauchen, die zum Zweck zu führen versprechen. Das habe ich durch den Artikel aussprechen wollen.

V. Sie würden also die Gewalt wenigstens nicht ausschließen?

A. Ich würde der Gewalt mich nicht entziehen, wenn sie mir direct entgegenträte.

V. Sie stellen aber die directe Absicht aufzuregen in Abrede?

A. Ich habe die Wahrheit sagen wollen. Wenn die Wahrheit aufregt, so leugne ich diese Absicht nicht. Ich werde immer die Wahrheit reden, und regt sie auf, so werde ich immer aufregen. (Lautes Bravo unter den Zuhörern.)

V. (verliest den zweiten Artikel). Sie rathen zur Nachahmung des „schönen Beispiels" in Baden.

A. Ich finde darin nur die Wahrheit. Wenn man Republikaner ist, so freut man sich, daß irgendwo eine Republik gemacht wird. Erkennt man, wie das Gericht muß, meinen Standpunkt an, so kann man mich auch nicht angreifen, wenn ich von meinem Standpunkt aus die Wahrheit sage.

V. Ist ein Theil des Volkes versammelt gewesen zur Ausführung der Demonstration?

A. Ich war selbst gar nicht auf dem Platz.

V. Im Maaß'schen Lokale sollen Sie sich noch bestimmter über zu ergreifende Gewaltmaßregeln geäußert haben?

A. Ich habe im Maaß'schen Lokale nur meine Aufsätze auseinandergesetzt. Es war nicht politischer Club, sondern eine andere Versammlung dort. Ich wurde genöthigt, meine Aufsätze vorzulesen und meine Ansichten darzulegen. Die Gelegenheit zur Demonstration war schon vorbei; von einer gewaltsamen Ausführung der Demonstration konnte also keine Rede mehr sein.

Der Staatsanwalt beantragt, an den Angeklagten die Frage zu richten, seit wann er die Schule verlassen habe? (Aeußerungen des Unwillens unter den Zuhörern.)

A. Die Frage scheint mir sehr unnütz, ich habe ja schon gesagt, daß ich seit zwei Jahren auf der Universität bin. Unmittelbar, nachdem ich die Schule verlassen, ging ich zur Universität.

Diesem Interrogatorium schloß sich das Zeugenverhör an. Auf den Zeugen, Buchbindermeister Schwarznickel ward von dem Staatsanwalte verzichtet, da sich alsbald ergab, daß er nichts Erhebliches zu bekunden wußte.

Zeuge Gebhardt sagt aus: Er sei am Abend des grünen Donnerstags, durch Anschläge veranlaßt, nach dem Maaß'schen Lokale gegangen, woselbst eine große Versammlung, jedoch keine Sitzung des politischen Clubs, abgehalten worden. Ein Herr habe die Vorlesung des Schlöffel'schen Artikels über die Wahldemonstration verlangt, Schlöffel habe denselben vorgelesen und sonst noch gesprochen. Er habe insbesondere gesagt: „man solle den Minister aufhängen und den König fortjagen. In Frankreich sei es mit Gewalt angefangen, dies müsse auch hier geschehen, um eine Republik zu erhalten. Daß der Angeklagte auch gesagt hätte: „Man müsse die Demonstration mit Gewalt durchsetzen," habe er, der Zeuge nicht gehört.

Zeuge Winter erklärt: Als er am 20. April Abends ein viertel neun Uhr in das Maaß'sche Lokal gekommen sei, habe ein Herr, der ihm als der Assessor Jung bezeichnet worden, eben die Worte gesprochen: „Wenn ich zehn Jahre jünger wäre, so würde ich die Ansicht Schlöffels theilen." Darauf habe der Angeklagte zu seiner Vertheidigung das Wort genommen, den Artikel des Volksfreundes vorgelesen, denselben aber nicht weiter modificirt oder erläutert. Auf den Vorwurf Jung's, Schlöffel habe gesagt: „Der König müsse weggejagt und das Ministerium gestürzt werden," sei von Schlöffel geantwortet worden: „Ja das habe ich gesagt." Uebrigens habe er, der Zeuge, das Lokal bald verlassen und von Republik, von Anwendung von Gewaltmaßregeln und von französischen Zuständen nichts gehört. Jedoch erinnere er sich noch der Aeußerung Schlöffel's: „In Baden habe er's so lange gemacht, bis man ihn eingesteckt habe, hier würde es auch noch so kommen —."

Gegen diese Aussagen — deren Inhalt wir mit den Worten des im richterlichen Erkenntnisse enthaltenen Referats wiedergegeben — erhob Schlöffel Einwendungen, die er mit dem Bemerken in's Protokoll gesetzt zu sehen verlangte, daß sie „nicht aus Rücksicht des Processes, sondern einzig und allein deshalb gemacht worden seien, weil er seine Persönlichkeit durch dies unzusammenhängende Gerede nicht öffentlich entstellt lassen wolle." Die Auslassungen beider Zeugen erklärte Schlöffel für lückenhaft: zu der des ersteren bemerkte er: „Ich habe an jenem Abende die hiesigen Verhältnisse mit den französischen verglichen, die Wahldemonstration mit dem Reformbankett, und darauf hingewiesen, daß das Ministerium in Frankreich den Willen des Volkes nicht gehört, weshalb das Volk Gewalt gebraucht habe. Meine Meinung war es übrigens, daß das Volk die Demonstration hätte durchsetzen müssen." Zu der Aussage des zweiten Zeugen bemerkte er: Ich hatte dem Wahlcomité, dessen Mitglied Hr. Jung war, vorgeworfen, es habe nicht consequent gehandelt, weil es in Folge der Schritte, die Polizei und Bürgerwehr gegen die beabsichtigte Demonstration gethan, dieselbe unterlassen habe. Hr. Jung sagte darauf, die Sache sei nicht bedeutend genug gewesen um ihr große Opfer zu bringen. Wenn er 10 Jahre jünger wäre, so würde er meine Ansichten theilen, jetzt sei er für constitutionelle Mittel. Darauf erwiderte ich: man müsse consequent sein wie in Frankreich. Was die Aeußerung betrifft, man werde mich bald einsperren, wie in Baden, so ist dieselbe falsch aufgefaßt. Jemand warf mir vor, ich hätte vor dem

18. März nicht vor den Zelten gesprochen. Dem erwiderte ich, ich hätte mich damals in Baden befunden und zwar im Gefängniß, da sei es mir nach den Zelten zu weit gewesen."

Vorsitzender (zu dem Angeklagten:) Aus wie viel Exemplaren besteht die Auflage des Volksfreundes?

Angeklagter. Aus 2000.

V. Wie setzen Sie diese ab? An Abonnenten?

A. Ja. Einige abonniren bei mir, Andere beim Buchhändler; die übrigbleibenden Exemplare werden unter die Arbeiter, die nicht bezahlen können, vertheilt.

Staatsanwalt. 900 Exemplare sind in der Druckerei in Beschlag genommen. Ich bitte, zu fragen, in welcher Stunde das Blatt ausgegeben wurde?

A. Am Donnerstag Mittag erhielt es der Buchhändler, der hat es dann vertheilt, von ihm hat es Herr Lipke, der mich im Maaß'schen Lokale deswegen angegriffen, gekauft. Unentgeldlich vertheilt sind die Blätter erst am Abend.

V. Sie haben Entlastungszeugen vorgeschlagen. Was sollen die bekunden?

A. Sie sollen die Unwahrheiten in den bisherigen Zeugenaussagen widerlegen.

V. Haben Sie dergleichen bei den Zeugen wahrgenommen?

A. Allerdings.

Als Entlastungszeugen waren vorgeladen die HH. Assessor Georg Jung, Stud. jur. Johann Theodor Friedrich, Stud. jur. J. Th. F. Rudolf Lange, Dr. philos. Friedrich Saß, Stud. jur. Johann Georg v. Salis-Seewies. Bei Vorlegung der Generalfrage, ob die Zeugen ein Interesse an dem Ausgange der Untersuchung haben? antworteten die Zeugen: „Ja, das Interesse der guten Sache!"

Die Zeugen, sämmtlich — wie das Referat in dem richterlichen Erkenntnisse, dem wir hier wieder folgen, bemerkt — Freunde des Angeklagten und mit demselben gemeinsame politische Ansichten verfolgend, geben die Vorgänge im Maaß'schen Lokale übereinstimmend an. Ihre Aussagen laufen darauf hinaus: es sei in jener Versammlung dem Angeklagten der Vorwurf gemacht worden, daß er in das Wahlcomité das Princip der Gewalt habe hineinbringen wollen. Zum Beweise dessen sei auf den Artikel: „Die große Wahldemonstration" Bezug genommen. Der Fabrikant Lipke habe die Vorlesung des Artikels verlangt und durchgesetzt. Schlöffel habe sich gegen den ihm gemachten Vorwurf vertheidigt, und darauf hingewiesen, daß er absichtlich das Blatt vor der Demonstration zurückgehalten habe, von einer Aufregung durch dasselbe also nicht die Rede sein könne. Ueberhaupt sei an jenem Abende nur über Principien verhandelt worden, und Schlöffel, indem er sich dagegen verwahrt, bei der Demonstration an Gewalt gedacht zu haben, habe nur behauptet, daß man principiell die Gewalt nicht ganz ausschließen könne und sich in dieser Hinsicht auf die Vorfälle des 18. März bezogen.

Bevor sämmtlichen Zeugen der Eid abgenommen wurde, theilte der Vorsitzende mit, daß während der Verhandlungen eine von mehreren Bürgern und Arbeitern unterzeichnete Erklärung eingegangen sei. Sie wurde vorgelesen. „Wir unterzeichneten Arbeiter und Bürger," lautete dieselbe, „können bezeugen, daß der Student Schlöffel uns nur zum Guten aufgefordert, nach dem Exerzierhause in der Karlstraße mit unseren Fahnen und Bannern ohne Waffen zu kommen, um am Zuge Theil zu nehmen, da wir zum Volke gehören, daß es ihm aber nie eingefallen, uns zum Schlechten zu überreden, oder zum Tumult und Aufruhr anzureizen." Der Staatsanwalt trug darauf an, das Schriftstück, weil es erst während der Verhandlung von nicht legitimirten Personen eingegangen sei, vollständig unberücksichtigt zu lassen. Nachdem hierauf die Belastungs- und Entlastungszeugen ihre Aussagen beschworen, schritt der Staatsanwalt zur Begründung der Anklage.

Die Handlungen des Angeklagten — begann Hr. v. Kirchmann — welche Gegenstand der Untersuchung sind, stehen in naher Verbindung mit den politischen Fragen des Tages. Meine Stellung gestattet mir nicht, auf diese einzugehen. Mir obliegt nur, ihre Strafbarkeit nach rein juristischen Begriffen zu beurtheilen. Es ist zuvörderst die freie Offenheit anzuerkennen, mit welcher der Angeklagte alle ihm zur Last gelegten Handlungen eingestanden hat. Er hat zugegeben, die angeklagten Artikel geschrieben, zum Druck befördert, in den Buchhandel gegeben und so ihre Verbreitung bewirkt zu haben. Dies ist das Thatsächliche. Es fragt sich: ob damit etwas Strafbares begangen ist, und wenn man diese Frage bejaht, welches Verbrechen dann vorliegen würde? Meiner Ansicht nach ist die Handlung ein Versuch, zum Tumult aufzuregen. Ich kann mich im Allgemeinen auf den Eindruck beschränken, den die vorgelesenen Aufsätze auf den hohen Gerichtshof gemacht haben. Gehe ich auf die einzelnen Stellen ein, so lege ich vorzügliches Gewicht auf folgende Stellen: „Auf den grünen Donnerstag wollen wir mit dem Ministerium das Abendmahl feiern, auf daß es gekreuzigt „werde." — „Ans Kreuz mit Barnabas!" — „Wir wollen den Barnabas nicht freigeben." „— „Dort mag der Minister Camphausen das eigene Kreuz tragen." — „Wir wollen uns „in seine Kleider theilen." — Diese Stellen sprechen keine Theorie aus, keine allgemeinen Grundsätze; sie enthalten eine directe Aufforderung zu bestimmten Handlungen der Gewalt gegen das Ministerium Camphausen. Man könnte allerdings aus den Worten: „seine unvergeßliche Blamage", — „Wir wollen ihm den Essigschwamm der Wahrheit reichen", und „dann kann er unsertwegen in das Paradies des Privatlebens zurückkehren", — man könnte aus diesen Worten schließen, daß das Ganze nur figürlich zu deuten sei. Einem Leser von genügender Bildung kann allerdings auch die Figürlichkeit nicht entgehen, wenn er den Aufsatz aufmerksam durchliest. Aber der Angeklagte gesteht zu, daß er den Aufsatz hauptsächlich für ungebildete Leute geschrieben hat. Wie die Vorgänge im Maaß'schen Locale ergeben, sind die Stellen auch wirklich nur figürlich aufgefaßt worden. Weit wichtiger aber ist der Schlußsatz: „Das Wahlcomité scheint anderer Meinung zu sein ꝛc." Hier zeigt der Gedankengang klar, daß der Angeklagte den blos friedlichen Zug für vollkommen unzureichend hält; er spricht offenbar die Ansicht aus, daß eine blos friedliche Demonstration ihm nicht genügt, daß man zum Kriege, zur Gewalt übergehen müsse, um die Zwecke zu erreichen, die man sich bei der Demonstration vorgesetzt hat. Nach §. 107. des Strafrechts macht sich derjenige, welcher eine Klasse des Volks zum Widerstand gegen die Obrigkeit auffordert, des Tumults schuldig. Bei dem Angeklagten aber ist es unzweifelhaft, daß derselbe eine Masse Volks zusammenbringen wollte, um die Obrigkeit zu nöthigen, das directe Wahlsystem zu gewähren. Das Ergebniß der Zeugenaussagen und die eigenen Geständnisse des Angeklagten lassen hierüber keinen Zweifel. Der Angeklagte hat zugestanden, daß er auch die Gewalt nicht ausschließe, wenn es gelte, gewisse Zwecke zu erreichen. Er sagt, das Volk dürfe keine That scheuen, auch Gewalt müsse es anwenden, ja auch vor Blutvergießen dürfe man nicht zurückschrecken, um größere Freiheiten, um die Republik zu erringen. Obgleich diese Aeußerungen nur theoretisch aufgestellt sind, so unterstützen sie doch die Auslegung des Aufsatzes, der nicht in der Region der Theorie geblieben ist, sondern zu bestimmten Handlungen auffordert. Von den Zeugen hat der Eine, der vollkommen unverdächtig ist, bekundet: der Angeklagte habe auf das Beispiel Frankreichs hingewiesen, um eine Errichtung der Republik durch Gewaltmaßregeln anzuempfehlen. Die Gegenzeugen können nur behaupten, sie hätten es nicht gehört. Das ist ein Resultat des Defensionalbeweises, das einen glaubwürdigen Zeugen nicht verdächtigen kann. — Der zweite Aufsatz ist nur zur Unterstützung der gegen den ersten erhobenen Anklage angeführt. Auch in diesem spricht der Angeklagte die Ansicht bestimmt aus, man dürfe vor der Gewalt nicht zurückbeben. Auch hier ist ein bestimmtes Ziel vorgesetzt, die Proclamirung der Republik, die Durchsetzung dieser Staatsform durch Gewalt, nach dem Vorgange des Versuches in Baden. — Es fragt sich in Betreff der Strafbarkeit, wie weit das Verbrechen gediehen ist, und ob daraus, daß dasselbe erfolglos geblieben ist, sich Etwas zu Gunsten des Angeklagten herleiten läßt? Auf die Versammlung, die auf dem Alexanderplatz stattgefunden, lege ich kein Gewicht. Sie war eine friedliche, eine andere, als der Angeklagte beabsichtigte, auch fehlt rücksichtlich ihrer der juristische Beweis. Allein dieser Umstand wirkt nur so viel, daß die Handlung des Angeklagten nicht als ein consummirtes Verbrechen angesehen werden kann, aber es fällt in die Region des strafbaren Versuchs. Nach den §§ 67 und 76 des Criminalrechts wird der, welcher ein Verbrechen veranlaßt (der intellectuelle Urheber) eben so bestraft, wie der, der es begeht. Auch der bloße Rath zu Begehung eines Verbrechens ist strafbar, selbst wenn das Verbrechen nicht erfolgt ist. Schon im verbrecherischen Willen liegt das Strafbare, und diesen hat der Angeklagte gehabt. Daß das Verbrechen nicht erfolgt ist, ist in Bezug auf den Angeklagten reiner Zufall, und kann ihn nicht straflos machen. Auch §. 79 zeigt

deutlich, daß die bloße Absicht, ohne daß ein Erfolg eintritt, strafbar ist. Nimmt der Gerichtshof dies an, so kann nicht geleugnet werden, daß Alles erwiesen ist, was die Anklage in Bezug auf die Strafbarkeit angeführt hat. Der thatsächliche Einwand, daß das Blatt erst nach der für die Demonstration bestimmt gewesenen Zeit gratis vertheilt sei, verdient dann keine Berücksichtigung. Der Angeklagte hat zugestanden, den Artikel am 19. April geschrieben zu haben. Am 20. Mittags hat er das Blatt dem Buchhändler zur Verbreitung übergeben. Soll nun auch die unentgeltliche Verbreitung erst Abends geschehen sein, so würde daraus nur folgen, daß das, was am Donnerstag nicht stattfinden konnte, später geschehen sollte, nicht aber, daß es in dem Willen des Verfassers gelegen habe, die Tendenzen des Aufsatzes nicht zu verwirklichen. Die Behauptung der Defensional-Zeugen, daß der Angeklagte sich gegen den Vorwurf gewaltthätiger Absichten vertheidigt habe, kann nicht aufkommen gegen die unzweideutige Tendenz des Aufsatzes, und es ist sehr wohl denkbar, daß der Angeklagte sich gescheut hat, vor jener Versammlung seine Absichten so offen, wie er es in dem Aufsatze gethan, darzulegen. — „Es fragt sich nun, ob außer dem Verbrechen des Versuchs, zu Gewalt und Aufruhr aufzureizen, noch ein anderes vorliegt? Die Anklage hat noch die Bestrafung des Angeklagten wegen versuchter persönlicher Mißhandlung, körperlicher Beschädigung des Herrn Ministers Camphausen beantragt. Der hohe Gerichtshof hat diesen Antrag zurückgewiesen. Dies konnte mich nicht hindern, noch heute die Anklage deshalb fortzusetzen. Allein ich selbst will hierauf keinen Werth legen. Die Mißhandlung des Herrn Camphausen würde jedenfalls ein geringeres Verbrechen als die Aufreizung zum Tumult involviren und daher in diesem letzteren Verbrechen aufgehen. — Allein es ist noch die sehr wichtige Frage: ob nicht ein noch viel schwereres Verbrechen vorliege, — Hochverrath? (Murren und Lachen im Zuhörerraum.) Ich für mein Theil bin nicht der Ansicht. Der Hochverrath ist das Verbrechen des gewaltsamen Umsturzes der Staatsverfassung, der Aufsatz des Angeklagten ist nur gegen das indirecte Wahlsystem gerichtet. Bedenklicher erscheint in dieser Beziehung der zweite Aufsatz, allein derselbe ist rein theoretischer Natur und fordert nicht zu bestimmten Handlungen auf, was der Hochverrath voraussetzen würde. Es liegt also meiner Erklärung blos der Versuch einer Verleitung zum Aufruhr vor. Der Aufruhr selbst wird mit mehrjähriger Strafarbeit, der Versuch mit 1—4jähriger Zuchthaus- oder Festungsstrafe belegt. Hier hat nicht einmal das Zusammenkommen einer Masse von Menschen stattgefunden, es liegt sonach nicht einmal ein nächster Versuch vor, die Strafe muß also noch geringer ausfallen. Der hier vorliegende Versuch ist nur ein entfernter. Außerdem stehen dem Angeklagten Milderungsgründe zur Seite. Zwar könnte man auch einen Verschärfungsgrund in der Größe der Stadt und des Verbrechens so wie in der Gefahr des bösen Beispiels finden. Aber die Milderungsgründe sind gewichtiger. Der Angeklagte hat sich zu seinen verbrecherischen Handlungen hauptsächlich durch Ideen, nicht durch egoistische Zwecke bestimmen lassen. Eine Handlung, die aus Begeisterung für eine Idee hervorgegangen, kann nicht straflos sein, aber sie kann entschuldigt werden. (Bravo.) Einen zweiten Milderungsgrund bietet die Offenheit des Angeklagten. Alles was er wirklich will, nennt er bei dem wahren Namen. Ein solcher Mensch ist weniger gefährlich, als Andere, welche gleiche Zwecke unter einer trügerischen Maske verfolgen. Einen dritten Milderungsgrund würde ich in der objectiven Gefahrlosigkeit der Handlung finden. Ein Princip geht durch unser ganzes Criminalrecht: ein Verbrecher ist um so weniger strafbar, je weniger er gefährlich ist. Nun bin ich zwar fest überzeugt, daß es dem Angeklagten entschieden um Gewaltanwendung gegen das Wahlsystem zu thun war. Allein es fehlt an aller Wahrscheinlichkeit, daß sein Wollen einen Erfolg hätte herbeiführen können. Hiefür spricht wiederum die schon anerkannte Offenheit und Entschiedenheit, womit der Angeklagte seine Ansichten ausspricht. So sagt der Verfasser in einem Aufsatze: um die Noth der Arbeiter zu lindern, müsse man das Eigenthum aufheben. Wer so spricht, wer so zu Arbeitern spricht, der ist entschieden ungefährlich; der kann auf keinen Anhang hoffen. Am wenigsten unter Arbeitern, die im Schweiße ihres Angesichts von früher Jugend auf arbeiten, um ein kleines Besitzthum zu erwerben, ein kleines Capital zu ersparen, das sie im Alter erfreuen oder ihren Kindern als ein Erbtheil zufallen soll. Wer solchen Menschen sagen kann: das Eigenthum, euer Einziges, die Hoffnung des Aermsten unter euch, die Frucht eurer Arbeit soll vernichtet werden, der ist nicht gefährlich. Ueberdies mögen Arbeiter weniger Bücher gelesen haben, als der Angeklagte; aber sie haben Erfahrungen gesammelt unter den Mühen des Lebens und sie sind zu stolz, sich der Leitung eines jungen Menschen zu untergeben, der kaum die Schulbücher aus der Hand gelegt hat (Murren). So finde ich also auch in der Jugend des Angeklagten einen Milderungsgrund für ihn, und beantrage in Erwägung der Ungefährlichkeit seiner Handlun-

gen eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen. Auch den Verlust der National-Cocarde muß ich beantragen, da das Gesetz mit dieser Strafe nicht blos ehrlose, sondern auch unpatriotische Gesinnungen straft.

Der Angeklagte hielt eine zweistündige Rede. Sie wurde so monoton, so schnell und einzelne Worte so undeutlich gesprochen, daß es den Berichterstattern nicht gelang, den Inhalt derselben treu wiederzugeben. Schlöffel selbst hat jedoch später, in seiner Schrift über den Proceß („Documente der Revolutionen der Gegenwart") diese Rede vollständig mitgetheilt. Nach dieser lassen wir die Hauptpunkte folgen:

„Der erste Proceß des Staates gegen das Volk nach einer Revolution!" ruft der Redner im Eingange aus. Für ihn, den Angeklagten, habe diese Verhandlung nur ein öffentliches Interesse; er benutze sie, um die öffentliche Meinung bei einem concreten Fall darauf aufmerksam zu machen, „daß unser Recht kein Recht ist und daß alle Consequenzen dieses Rechtes vollständig ihren Boden verloren haben." Der Begriff des Rechtes und Gerichts schwebe in der Luft und äußere sich nur durch Gewalt als Gewalt. Da es nur noch Reste einer Staatsgewalt gebe, so könne es auch keine Feinde, keine Verbrecher an dem Staate geben, so werden die Begriffe: Aufruhr, Gewalthätigkeit aufhören, als Verbrechen zu existiren, so werde die Anklage aufhören, eine Anklage zu sein; sie sei höchstens noch der Angriff jener übrigen Staatsgewalt, die er, der Redner, niemals durch eine Vertheidigung anerkennen werde, die ihn weder verurtheilen noch freisprechen dürfe, die ihn höchstens beschädige, verletzte. „Sehen wir", fährt der Redner fort, „wie dem christlichen Polizeistaat das Recht abhanden kam. Der preußische Staat war ein absoluter, d. h. dem Eigenwillen eines Herrschers preisgegeben. Diese Herrscher haben es nun zu verantworten, wenn sie den Staat zu einem relativen machten, wenn sie zu Herrschern eines Rechtsstaates wurden und abgehend von der einzig möglichen Maxime eines Alleinherrschers: „l'état c'est moi" sich einzelner Staatsgewalten, z. B. der Rechtsgewalt entäußerten und sie als einen Staat im Staate unabhängig hinstellten. Sie haben es zu verantworten, wenn sie das Bewußtsein des Volkes als maaßgebend für ihre Regierung anerkannten, wenn sie endlich als irdische Werkzeuge des Himmels, also abhängig von einer religiösen Fiction des Volkes, demselben erscheinen wollten. Dieser christliche, polizeiliche Rechtsstaat nun, (freilich ein wunderlicher Begriff, der aber eben gestürzt ist, weil er so wunderlich ist,) kam schon vor dem 18ten März in vielfachen Conflict mit der Literatur. Die Literatur ist das Bewußtsein selbst, sollte daher in einem Rechtsstaate unangetastet bleiben. Man konnte sie wenigstens nicht so ganz türkisch behandeln. Und so geschah es auch. Die preußische Regierung ist wie die Seele des Christen, des religiösen Menschen überhaupt, in fortwährendem Kampfe zwischen zwei Gewalten, zwischen Irrwahn und Ordnung, zwischen Polizei und Recht, zwischen Willkür und Volksthümlichkeit. Die eine Macht, die Polizei treibt sie zum Einschreiten gegen die Literatur, die andere will, daß sie der Literatur ihren Lauf läßt, sie als Volksbewußtsein, wie es einem Rechtsstaate geziemt, anerkennt. Daß die erste Gewalt gewöhnlich siegte, davon wird die Hausvoigtei am besten Zeugniß geben können, die stets mit Literaten bevölkert war. Aber gerade, weil die zweite Gewalt einmal bestand, weil sie eine Wurzel im Volke hatte, weil es eine Literatur gab, konnte man diese nicht unterdrücken, gerade deshalb mußte die schwankende absolute Regierung vernichtet werden, unterliegen. Die preußische Opposition, die sie gestürzt hat, war ja nie ein anderer als ein permanenter Preß- und Hochverrathsproceß, den die Barrikaden Berlins entschieden haben, nein, den sie entscheiden wollten, sonst stände ich nicht hier. — Das Kammergericht zu Berlin hat die preußische Revolution gemacht; jenes Forum war der Heerd der wirksamsten Agitation: das Kammergericht hat die Kanonen ersetzt, d. h. den Tummelplatz der staatlichen Inconsequenz, den Ort, wo die Regierung vom Volksgeiste geprüft und logisch vernichtet werden kann. So ist es, wie paradox es auch klingen mag. Blicken Sie zurück auf die Anklagesachen gegen die Presse, auf die ewigen Streitereien über Censur, vor der Ober-Censurbehörde, einem factischen Adjuncten des Kammergerichtes, blicken Sie zurück auf die Geschichte der preußischen Preßgesetzgebung, dieses perpetuum mobile, dieses Prototyp des logischen Zwiespaltes der Haltlosigkeit aller Regierungsgrundsätze! Blicken Sie endlich zurück auf den interessanten Streit des preußischen Landrechts mit der Kritik, der Polizei mit der Lehrfreiheit, hier werden Sie die Ingredenzien einer nothwendigen Revo-

lution verborgen finden. Sie kam: die Geschichte hat gerichtet. — Das Kammergericht hat aber nicht blos die Revolution auf dem „Gewissen," es hat auch den Rechtsboden des preußischen Staates wankend gemacht, ihn zerstört; indem es nämlich mit den Paragraphen des Landrechtes gegen die Literatur, gegen das Volksbewußtsein verfuhr, hat es dieses Volksbewußtsein gegen das Landrecht eingenommen. Es hat bewiesen, daß der Polizeistaat nur durch Unterdrückung des Volksbewußtseins bestehen wolle und bestehen könne, und sich zu dieser Unterdrückung des „Rechtes" bediene. Ein „Recht" aber, das zur gewaltsamen Ertödtung der Literatur, des Volksbewußtseins angewandt wird, verliert das Vertrauen des Volks und somit die eine Lebensbedingung seiner Existenz. Da aber bei dem Kampfe gegen die Kritik, die sich vor dem 18. März jeder praktischen Anwendnng enthalten hatte, es sich hundertfach herausstellte, daß die Wahrheit in Preußen ohne Widerrede aufhören mußte Wahrheit zu sein, sobald sie das Unglück hatte, gegen einen Paragraphen des bestehenden „Rechtes" zu verstoßen, so ist hiermit der Widerspruch mit dem Volksbewußtsein gegeben, das die Wahrheit von dem „Rechte" nicht angefeindet wissen will. Es ist somit die zweite Bedingung verletzt, die das „Recht" zum Rechte macht, nämlich die Uebereinstimmung aller Thaten des Rechtes, d. h. aller Processe mit dem Volksbewußtsein. Das Landrecht verließ immer mehr den Standpunkt des Rechtes, d. h. verlor immer mehr seinen Boden im Volke, es wurde immer mehr, was der übrige Staat längst war, d. h. Willkür, Gewalt, die Ausleger des Landrechtes wurden somit natürlich Diener der Gewalt, und hörten nach dem oben entwickelten herrschenden Begriff eines Richters auf, Richter zu sein.

„Das ist das Fatum der Geschichte: der absolute Polizeistaat zerstört sich selbst, sobald er nur einen Schritt über sich hinausthut, durch seine eigene Entwickelung; er würde nur durch eine Revolution gestürzt werden können, wenn er consequenter Polizeistaat bliebe, wie Rußland. Hier muß das Volk die Revolution machen, während der preußische Zwitterstaat sie selbst machte. Die Tage des März waren keine Revolution; sie waren die gewaltsame Zurückweisung eines Versuches jenes Zwitterstaates, wieder Polizeidespotie zu werden, sie waren die gewaltsame Bekämpfung einer Reaction der Alleinherrschaft.

„Wir werden sehen was diese Gewaltthat des Volkes in dem Standpunkte der Gewalten verändert hat, wir werden allerdings die principiellen Erfolge der Revolution anerkennen müssen, während die factische Halbheit derselben am Tage liegt.

„Die berliner Revolution hat eine doppelte Bedeutung, einmal bewies sie durch ihre vollendete Thatsache, daß das Volk unzufrieden mit dem christlichen Zwitterstaate war, daß es im Bewußtsein diesen überwunden hatte, daß derselbe also kein Staat mehr war, sondern eine Partei, ein Interesse, eine Gewalt, ein Individuum, eine Minorität. Das Volk, die Majorität überwand diese Partei als sie sich erkühnte, ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Resultate Lügen zu strafen und zur Despotie zurück zu kehren. Sie überwand diese Partei, als dieselbe vorrücken wollte, um die Majorität zu überwinden. Sie werden einwenden, die Revolution wurde von den berliner Arbeitern, nicht von dem preußischen Volke gemacht. Müssen aber diese Arbeiter nicht die Träger des preußischen Volksbewußtseins sein, wenn ganz Preußen ihren Sieg durch die That bejubelt? Während nun die Kritik blos beweisen wollte, daß ein bewußtes Volk den preußischen Staat nicht wollen kann, war diese Ueberwindung der preußischen Staatsidee durch die That der wirkliche Beweis, daß das preußische Volk den preußischen Staat wirklich nicht wollte. Sie ist die erste Trophäe unserer Barrikaden. Die zweite liegt darin, daß es eben eine Revolution war, die siegte. Dies ist der größte Sieg, den die deutsche Nation seit ihrer Existenz feierte, daß sie nämlich weiß das Recht einer Revolution zu haben, was freilich wenig genug sagen will. Die Sanctionirung des Begriffs Revolution durch die That, vernichtet das spießbürgerliche, christliche, polizeiliche, rechtsstaatliche Bewußtsein des Unterthanen, vernichtet den Unterthanen und macht den Menschen aus ihm. Die Sanctionirung der Revolution durch das Volk ist auch der Sieg des Volksbewußtseins über das Recht. Eine Revolution ist ein Armuthszeugniß für den ganzen Gesetzesorganismus, ein Gegenbeweis gegen den gesetzlichen Weg. Mit ihr tritt ein Volk immer in eine ganz neue Phase seiner Entwickelung, und ein Recht, was ungerochen und ungestraft durch eine Gewaltthat mißachtet werden konnte, ist nicht allein als einzelner Coder in den übertretenen §§, nein als Begriff, als historische Idee für immer unmöglich gemacht. Und wenn es scheinbar noch existirt, so ist das die Agonie der vernichteten Gewalt, des vernichteten Polizeistaates, der in seiner Hoffnungslosigkeit noch um sich schlägt. . . . Das Volk hat den Polizeistaat umgeworfen; muß nicht daher die uneigentliche Frucht desselben das allgemeine Landrecht als faul abfallen? oder soll dasselbe als Organ des spießbürgerlichen Unterthanenbewußtseins auf eine Zeit übertragen werden, wo dieses sich zu einem demo-

kratischen Volksbewußtsein verjüngte und sich in seiner neuen Lebensform in die Geschichte durch eine selbstständige revolutionäre That des Volks eingeführt hat? Das Landrecht existirt nicht mehr, oder höchstens so wie das alte Testament nach Christi Geburt. Es existirt nach dem Untergange des Landrechtes überhaupt kein Recht und kein Richter . . . Der Volksfreund geht nach der Revolution einen Schritt weiter als die „Kritik" vor derselben ging. Er giebt sich als Partei das Recht, den Parteien entgegenzutreten, die dieses Chaos aufrecht halten wollen; er stellt die Partei des Menschen, die Volkspartei, gegenüber der Partei des Geldes; er stellt das Interesse des Volkes und dessen Bewußtsein gegenüber dem Interesse der aufgelösten Staatsgewalt, um zu erfüllen, was die Kritik verhieß. Er sucht seine Partei zu vergrößern, indem er die Resultate der Kritik, d. h. die Grundsätze und Wahrheiten des sich selbst leitenden Volksbewußtseins denjenigen proclamirt, deren Instinct, und vor allem deren Unzufriedenheit den Polizeistaat gestürzt haben. Der Volksfreund weiß, daß jetzt nichts existirt als die Zukunft einer großartigen freien That der Völker, die das Bestehende vernichten und nach ihrer wirklichen Freiheit lechzen . . .

„Der Volksfreund will den Staat nicht umstürzen, denn dieser Staat ist nicht mehr, er will einen neuen erbauen. Ferner begreift die Kritik nicht, wie der Staat, der durch eine Revolution hindurch ging, es unternehmen kann, vom Aufruhr als von einem Vergehen zu reden. Der Aufruhr drückte den Ministern ihr Portefeuille in die Hand. Und diese Minister sind so inconsequent, den Aufruhr zu incriminiren. Sie incriminiren sich selbst, sie verdächtigen sich, verläugnen sich damit. Ich spreche von den Ministern; denn ich mache sie verantwortlich für die Schritte der sogenannten Gerichte, und wie könnte ich anders, da ich die Gerichte nur als die Functionen einer überlebten Gewalt betrachte; die Gerichte sind nicht mehr frei, weil sie keinen logischen Zusammenhang mit dem Volke haben. Sie müssen sich anlehnen, um weiter zu bestehen, an jene Ueberreste, die sich im Widerspruch mit der Geschichte „Regierung" nannten. Die Gerichte als Behörden des Landrechtes dürfen unter revolutionären Ministern gar nicht existiren, viel weniger sich so weit versteigen, unter ihnen das Volk oder Einzelne aus demselben anzuklagen.

„Ich frage, soll der Volksfreund, der Sohn der Kritik, sich etwa gegen diese alterthümlichen Thema's vertheidigen. Nein, der Volksfreund wird im Gegentheil mit ungetrübter Ruhe zusehen, wie die von ihm befeindeten Institute sich selbst entleiben, wie sie jeden Schein, jeden Schleier der Consequenz, der Logik von sich werfen, und endlich dann als vernutzte, unzusammenhängende, unvolksthümliche Gewalten in ihrer nackten Häßlichkeit sich präsentiren. Der Volksfreund feiert einen Sieg in jedem Falle, sei es, daß das Kammergericht seine Inconsequenz oder besser seine Nichtrichterlichkeit begreift und von dem Processe absteht, oder daß es seinem historischen Schutzpatron, dem Polizeistaate, den schlechten und vielleicht einen der letzten Dienste erweist, das revolutionäre Preußenvolk darauf aufmerksam zu machen, daß noch einige Trümmer des Alten vorhanden seien, die mit ihrer inneren Vernichtung nicht befriedigt auch factisch zerstört sein wollen." — Der Redner geht nun auf die angeklagten Artikel über: „Der Volksfreund knüpft sein kritisches Mißvergnügen über das Ministerium an die populären christlichen Gedächtnißschätze an und sucht das Ministerium zugleich mit der Religion unpopulär zu machen. Mich wundert es daher ernstlich, daß das christliche Landrecht so einseitig war, nicht auch das christliche Bewußtsein schützen zu wollen, wozu ihm doch der § über die „Verspottung christlicher Religionsgenossenschaften" genügenden Anlaß bot. Wir ziehen hieraus die weise Lehre, daß der Polizeistaat sich nur in seinen ruhigeren, besonneneren und glücklicheren Tagen um seine christliche Schwester gekümmert hat, daß er aber durch die Revolution geängstigt und eingeschüchtert vor der Hand nichts von ihr erwartet. Der eigensüchtige, treulose Polizeistaat giebt sie den Volksfreunden preis . . . In seiner Angst insinuirt er dem Volksfreunde aus seiner bloßen Unzufriedenheit mit dem halben, unentschlossenen Auftreten des Wahlcomités den Aufruhr. Also jeder, der nicht so halb wie das Wahlcomité ist, predigt nach seinem Bewußtsein Aufruhr. Glückliche Zeit, wo es im äußersten Falle dem Liberalismus vergönnt war, halb zu sein! Vergißt man denn ganz, daß die Revolution, der gelungene Aufruhr eben ein energischer Entschluß ist, aus jener Halbheit herauszutreten. — Der Volksfreund wendet sich nach einigen (vom Landrecht auch übersehenen) Ausfällen auf die „Majestät," . . . zu dem Volksbewußtsein. Er will das Volk schaamroth machen, weil es so unkritisch verfährt . . . Dem tritt er als Republikaner entgegen in den Worten, die seine Gegner als Aufforderung zum „Aufruhr" incriminiren. Der Volksfreund schweigt dazu, ohne getroffen zu werden, aber er will seinem Princip einen Dienst leisten und zeigen, wie wahr diese Worte sind und wie schwach ihre Feinde, die dieser Wahrheit gegen-

über nichts zu bieten wissen als eine vernutzte landrechtliche Kategorie, Aufruhr, ein Wort, was seinen Sinn am 18. März verlor."

Der Vorsitzende unterbricht hier den Redner, und fordert ihn auf, in seinen Erörterungen weniger persönlich zu sein, da ihm der Gerichtshof, wenn derselbe auch die Vertheidigung in keiner Weise zu beschränken beabsichtige, derartige nicht zur Sache gehörige Uebergriffe nicht gestatten könne. Schlöffel entgegnet, daß wenn der Vorsitzende der Ansicht sei, der Beweis der Wahrheit gehöre nicht zur Sache, er schweigen wolle. Der Gerichtshof sei ja für das, was er, der Redner sage, nicht verantwortlich, sondern Dieser selbst. Nach einer kleinen Pause beendet Schlöffel in derselben Weise die begonnenen Auseinandersetzungen und geht dann auf den zweiten Artikel über: „Der Volksfreund drückte seine Freude aus über das Vorrücken der badischen Republikaner. Das Landrecht weist dieses Mitgefühl in die unverständliche Kategorie Aufruhr. Das Beispiel der Badenser wurde nicht nachgeahmt. Nein, das deutsche Vaterland will sich bei seinen Fürsten der Freiheit „würdig" zeigen; es will den deutschen Bund, und hierin liegt allerdings etwas Großes, noch übertreffen. Ja, dieses Vaterland, das über gewaltsame Unterdrückung der deutschen Freiheit durch den deutschen Bund 33 Jahre lang in liberaler Thatlosigkeit winselte, dieses selbe Vaterland half dem deutschen Bunde treulich ein Volk zu knebeln, weil es die Freiheit in einer Republik zu finden hoffte. Achte ein solches Volk, wer will, dessen Seele in deutscher Feigheit ertrunken ist. Ich würde mit Schaam diesem Vaterlande den Rücken wenden und also gern auf seine „Nationalcocarde" verzichten, wenn ich nicht wüßte, daß die große Masse des Volkes, für deren Befreiung ich thätig sein will, an dieser unendlichen Erniedrigung unschuldig ist. — Die Ereignisse in Baden haben sich, seitdem ich das Glück genoß, im Gefängniß über die kränkelnde junge Preßfreiheit nachzudenken, so sehr gewendet, daß der Volksfreund jedenfalls seinen tiefgefühlten Schmerz würde ausgedrückt haben, wenn das Landrecht eben einen dreiwöchentlichen Censurstrich durch seine junge Existenz zu machen, sich nicht entblödet hätte. Doch glaube man nicht, daß die Sache des Volks verloren sei, wenn es dem 8. Armeecorps gelingt, die republikanische Jugend hinzuwürgen. Die Stunde der Noth wird bald wie Pompejus auf den deutschen Boden stampfen und es werden republikanische Legionen erstehen. Es möchte die große Sache der Freischärler gewonnen sein, ehe der Hahn der Preßprocesse dreimal gekräht haben wird. — Der Volksfreund sieht in den incriminirten Sensen eine praktische Aushülfe mangelhafter Volksbewaffnung. Diese Waffengattung kommt natürlich dem Landrechte neu vor. Es sieht den alten Aufruhr darin. Aber hier ertappen wir dasselbe wieder auf einer bedeutsamen Inconsequenz. Das Landrecht, daß sich seiner ganzen polizeistaatlichen Natur nach nur durch uniformirte treue, vereidete, dienstfertige Liniensoldaten schützen lassen darf: dieses Landrecht mußte doch auch gegen die „Bürgerwehr," dieses entartete Kind der Revolution, Einspruch thun. Aber nein, das doctrinäre Landrecht ist praktisch geworden; es weiß zu unterscheiden, es schmiegt sich den Umständen, wie die Regierung, es lavirt wie der ganze Staat. Weil die Bürgerwehr so hoffnungsvoll, so ungefährlich ist, erfreut sie sich der Schonung des Landrechtes; aber Sensen, nein, und zwar aufrechte, nicht gebückte Sensen, die weist das Landrecht als eine Anmaßung aufrührerischer Unterthanen zurück."

„Der Volksfreund," schließt der Redner, „glaubt seine Aufgabe gelöst zu haben, indem er die Anklage in ihrer Beziehung zu unserer Zeit kritisirte, der Volksfreund hat sich nicht vertheidigt und wird auch nicht gerichtet werden. Die Frage, um die es sich handelt, ist nicht das Schicksal des Angeklagten, nein es ist das Schicksal des Anklägers, über das er selbst berathen wird. Der Polizeistaat ist zwar kein Herkules mehr, und doch steht er an einem noch bedeutungsvolleren Scheidewege als jener. Das Alte oder das Neue, das Landrecht oder das Menschenthum, der Staat oder das Volk, die Reaction oder die Revolution, die Lüge oder die Wahrheit, die Censur oder die Preßfreiheit, der Unterthan oder der Freie, Ihr Urtheil, Ihr Entschluß, meine Herren, wird zwischen diesen Gegensätzen freilich nicht entscheiden, aber über sich selbst werden Sie richten, indem Sie das Eine oder das Andere wollen. Was Sie gegen die Person eines Mannes unternehmen können, ist so winzig gegen die Sache, der ich diene, daß ich Ihren Entschließungen mit der Ruhe entgegensehe, die der Wahrheit und dem Bewußtsein im Kampfe mit einer in sich und mit der Menschheit zerfallenen Gewalt würdig ist. Wie hoffnungslos ein Staat ist, der die Bildung des Geistes tyrannisiren und zugleich zu Schau tragen will, das bewiesen die Barrikaden des Volkes, an denen er zerschellte. Welche starke Verwegenheit aber darin liegt, wenn ein solcher zerschellter Staat mit politischen Maßregeln die Geschichte meistern will, das soll das Lächeln beweisen, womit sich das freie Geschlecht der Zukunft an dem heutigen Tage rächen wird. Ein kleiner Schmerz ist es

selbst hinter den Gittern einer deutschen Festung oder in dem grauen Sarge eines vaterländischen Zuchthauses den russischen Uniformen entgegen zu sehen, wenn man wie ich, überzeugt ist, daß auch diesen niemals, niemals gelingen wird, das Volk, wofür der Volksfreund vor dieser Schranke steht, zum Kuß der Knute zu bewegen. Etwas früher, etwas später, es wird, es muß ihm werden, wonach es ringt, und der Uebermuth seiner Gegner wird diesen Tag beschleunigen. Ist auch das eine Flämmchen ausgelöscht, was leuchten wollte zum Grabe der deutschen Tyrannei, den Zündstoff, der den Welttheil durchdringt, wird Tausend andere erwecken! Ich habe gesprochen."

Die Zuhörer nahmen die Rede mit lautem Beifallsrufe auf. — Der Staatsanwalt ergriff das Wort zu folgender Bemerkung: Seine Stellung scheine zu fordern, daß er auf die Rede Schlöffel's etwas erwidere. Allein er würde es, zumal einem so jugendlichen Angeklagten gegenüber, zu grausam finden, wenn er durch eine Erwiderung den Eindruck der „rhetorisch so schön ausgearbeiteten" Rede schwächen wollte. Worauf der Angeklagte entgegnete: „Ich habe mich nicht vertheidigen wollen und nicht im Interesse meiner Person gesprochen. Aber ich protestire gegen die Inconsequenz des Anklägers, der erst mich anklagt und dann schonen will. Ich will keine Schonung. Ich will von meiner Jugend keinen Schutz gegen die Anklage." Die Richter zogen sich zurück. Während der Pause verlas einer der Zuhörer laut die (oben mitgetheilte) „Adresse des Volksvereines an den gefangenen Volksfreund." Das versammelte Auditorium brachte, als die Vorlesung beendet war, dem Angeklagten ein stürmisches Lebehoch! Die Richter traten wieder ein, und der Vorsitzende verkündete das Urtheil dahin: „daß der Angeklagte Gustav Adolph Schlöffel der versuchten Verleitung zum Aufruhr schuldig und demgemäß mit einer sechsmonatlichen Festungsarrest-Strafe zu bestrafen, auch die noch vorräthigen Exemplare der 5. Nummer des „Volksfreundes" zu vernichten und der Angeklagte die Kosten der Untersuchung zu tragen verbunden." Nachdem hierauf der Vorsitzende die Entscheidungsgründe ausführlich mitgetheilt, bat Schlöffel um Abschrift der Akten und die Ausfertigung der Entscheidungsgründe. Zugleich erklärte er, daß er, der Gewalt weichend, keine weitere Appellation einlegen werde. Der Vater trat dieser Erklärung bei.

Lassen wir, nachdem unsere Darstellung die Parteien selbst, Ankläger und Angeklagten in den directen Aeußerungen ihrer Ansichten vorgeführt, den über den Parteien stehenden Richter sich über einen Fall äußern, der, zum ersten Mal seit dem Eintritte der neuen Zustände, Gelegenheit gegeben, den Conflict zwischen der nachmärzlichen Preßfreiheit und dem vormärzliche Landesgesetz gerichtlich zu entscheiden. Hören wir, nach der Kritik des „Volksfreundes" über das „Landrecht" nun auch die Kritik des letzteren über die Ansicht des ersteren. Das ausführliche „Erkenntniß" des Gerichtes, welches dem verurtheilten Volksfreunde schriftlich mitgetheilt worden, enthält diese Kritik sowohl in dem Urtheil über die Person und die Meinungen des Angeklagten als auch in der Entscheidung über die „Rechtsfrage." Nachdem das „Erkenntniß" über den

Verlauf des Processes bis zu dem Plaidoyer des Staatsanwaltes Bericht erstattet, fährt es, an dieses anknüpfend, also fort:

Die schließlich von dem Angeklagten selbst gehaltene Vertheidignngsrede geht auf den eigentlichen Gegenstand der Anklage gar nicht ein, ihre Pointe ist, daß die Revolution vom 18. März das preußische Staatsgebäude umgeworfen habe, daß es seitdem keinen preußischen Staat, keine preußischen Gesetze, kein ABCRecht mehr gebe, und — bis zum Aufbau einer neuen Verfassung — nur ein provisorischer Zwischenzustand, ohne Gesetze bestehe, in welchem sich einzelne Ueberreste der Staatsgewalt blos factisch erhalten hätten. Auch das Kammergericht rechnet der Angeklagte zu diesen blos factisch bestehenden Ueberresten. Er behauptet überdem die völlige Unanwendbarkeit des Allgemeinen Landrechts — als nur für Unterthanen eines absoluten Königs gegeben — auf freigewordene Glieder des Volks, und kommt endlich, nachdem er sich immermehr in Invectiven und Ungehörigkeiten verloren, zu dem Schlusse: daß er nicht sowohl zu seiner Vertheidigung vor Gericht, als zur Rechtfertigung seiner Person der Oeffentlichkeit gegenüber gesprochen habe, und seinen Anklagezustand, so wie den zu erwartenden richterlichen Spruch nur als einen Gewaltakt ansehe. — Die Beurtheilung der Sache hat von der Frage der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten anszugehen. Derselbe ist, wie es sich durch die Untersuchung darstellt, ein politischer Schwärmer, dessen Gedanken und Strebungen sich fort und fort in einerlei excentrischen Richtung bewegen. Solche Schwärmerei kann möglicherweise die Quelle eines geistig unfreien Zustandes, einer Geisteskrankheit werden, sie ist aber nicht diese selbst. Vermöge seiner Selbstbestimmungsfähigkeit soll der Mensch seine Individualität, seine Neigungen und Leidenschaften beherrschen; als Staatsbürger soll er sich dem großen Ganzen unterordnen. Dies ist seine ethische und in der Staatsgesellschaft seine staatsbürgerliche Pflicht; wer ihr zuwider handelt, macht sich verantwortlich und übernimmt eine Schuld, wofür er zu büßen hat nach dem ethischen und im Staate nach dem Staatsgesetze. Auch der Angeklagte ist danach zurechnungsfähig. — Die Deduction des Angeklagten von dem Untergange des preußischen Staats, von dem Nichtmehrbestehen gesetzlicher Staatsgewalt und des Allgemeinen Landrechts erscheint als eine gänzliche unhaltbare und hohle Abstraction, als ein gänzliches Verkennen der Wirklichkeit. Wie man auch die Vorgänge des 18. und 19. März und ihre Folgen beurtheilen mag, und welche Veränderungen in der Verfassung und Gesetzgebung sie auch herbeigeführt haben oder herbeiführen mögen, — kein Unbefangener kann dennoch das nicht bloß factische, sondern rechtliche Fortbestehen des Staates, seiner Regierungsgewalten und seines Gesetzbuchs im Ernste verkennen. Die bisherigen Gesetze behielten ihre Kraft, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben sind. (Allg. L. Einleitung §. 59.) Die Staatsangehörigen blieben nach wie vor ihrem rechtmäßigen Könige und den Gesetzen unterthan; und insbesondere machte die erweiterte Volksfreiheit die Strafgesetze nicht unanwendbar, und Verbrechen, wie das hier zur Anklage gestellte des versuchten Aufruhrs nicht straflos, welche vielmehr unter jeglicher Regierungsform und nach den Gesetzen der ganzen Welt der ahnenden Gerechtigkeit anheimfallen. In der Sache selbst bedarf es kaum noch der Ausführung: daß der Angeklagte mehrfach durch Schrift und Rede zu Gewaltmaßregeln gegen die Regierung angeregt habe, namentlich zu dem Zwecke, um die Zurücknahme des indirecte Wahlen anordnenden Wahlgesetzes und statt dessen einen directen Wahlmodus zu erzwingen, und ebenso: um eine noch allgemeinere Volkbewaffnung, als bisher bewilligt worden, wider den Willen der Regierung durchzusetzen. Den ersten Zweck verfolgt der Angeklagte vornehmlich in seinem Aufsatze: „Die große Wahldemonstration.“ Er fordert durch diesen Artikel seines vorzugsweise für Arbeiter bestimmten Blattes auf, massenhaft — mit 60,000 Mann — vor das Königl. Schloß zu rücken, und durch diese Macht den Minister Camphausen zu verhöhnen und von den Wahlmännerwahlen abzubringen. Ein solches Einschüchterungssystem wäre schon an sich eine Art von Gewalt; der Angeklagte redet aber derselben auch geradezu das Wort, wenn er gegen Ende des Artikels sagt: Wir rufen immer: „Friedlich, friedlich!“ und vergessen ganz, daß es gerade der Krieg und nur der Krieg war, der uns das Wenige gebracht hat, was wir von Freiheit besitzen u. s. w. Als ein solcher Aufruf zur Gewalt ist denn auch, wie die eigenen Freunde und Defensionalzeugen des Angeklagten bekunden, der Aufsatz von Besuchern des politischen Clubs oder einer ähnlichen Versammlung verstanden, und obwohl der Angeklagte auch in jener Versammlung, so wie jetzt vor Gericht versichert hat, daß er nur eine friedliche, d. h. ungewaltsame Demonstration beabsichtigt habe, so fügt er doch selbst hinzu, daß er grundsätzlich auch Gewalt nicht ausschließe, wo sie zur Durchsetzung des Volkswillens nöthig sei.

Immer also ward von ihm für den Fall der Unzulänglichkeit der sogenannten „friedlichen" Demonstration — der bloßen Drohung in Masse — auch die wirkliche Gewalt mittelst der zusammengebrachten Masse bezweckt. Dieselbe Richtung zur Volksaufwiegelung verfolgt der andere Artikel in dem von der Staatsanwaltschaft hervorgehobenen Abschnitte und wenn er auch nicht, wie der erste, zu einer unmittelbar folgenden That zusammenruft, so bestätigt er doch gleich den Aussagen der Belastungszeugen über das in jener Versammlung am 20. April im Maaß'schen Lokale Vernommene, daß der Angeklagte überall zur Auflehnung gegen die rechtmäßige Obrigkeit und Staatsgewalt anzuregen versucht hat, wie dies überhaupt die offensichtliche Tendenz seines zum Theil unentgeldlich unter die Arbeiter vertheilten Flugblattes ist. — Der Einwand: daß das Blatt (die Nr. 5 des Volksfreundes) zu spät ausgegeben sei, um eine gewaltsame Wahldemonstration zu veranlassen, ist nicht stichhaltig, da dieselbe natürlich nicht an den Tag des 20. Aprils gebunden war und an jedem folgenden Tage noch hätte stattfinden können, wäre ihr nicht bereits durch die am 20. April von Seiten der Regierung getroffenen Gegenmaßregeln und sonst noch entgegengewirkt worden.

Der §. 167 II. 20. Allg. L. verordnet:

Wer eine Klasse des Volks oder die Mitglieder einer Stadt oder Dorf-Gemeinde ganz oder zum Theil zusammenbringt, um sich der Ausführung obrigkeitlicher Verfügungen mit vereinigter Gewalt zu widersetzen oder etwas von der Obrigkeit zu erzwingen, der macht sich eines Aufruhrs schuldig.

§. 168. Wer einen Aufruhr erregt, der hat, wenn auch noch keine wirkliche Gewalt verübt worden, und noch kein Schade geschehen ist, dennoch ein- bis vierjährige Zuchthaus- oder Festungs-Strafe verwirkt.

Diese Bestimmungen passen und sind anwendbar auf den vorliegenden Fall; doch ist es bei dem bloßen Versuche des bezeichneten Verbrechens geblieben. Der Angeklagte hat durch Schrift und Rede dahingewirkt, eine große Masse von Berlins Einwohnern zusammenzubringen, um sich der Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April 1848 mit vereinter Gewalt zu widersetzen und die Anordnung directer Wahlen zu erzwingen. Einen Erfolg haben seine wühlerischen Bestrebungen in diesem Falle nicht gehabt. Eben so läßt sich von keinem thatsächlichen Erfolge des andern besprochenen Artikels reden. Die beabsichtigte Demonstration ist so wenig wie eine eigenmächtige Sensenbewaffnung zur Ausführung gekommen. Es fehlt der erweisliche Uebergang zur That, und somit läßt sich der Rath nur als ein entfernter Versuch der Verleitung zum Aufruhr bezeichnen. (Allg. L. II. 20. §. 40—42.) Daß Massen-Demonstrationen zum Zweck der Durchsetzung irgend eines politischen Verlangens nicht etwa durch das in der Verordnung vom 6. April d. J. gewährte freie Vereinigungsrecht aufgehört haben, gesetzwidrig zu sein, daß sie eine Usurpation der Gesammtstimme des Volkes sind, die sich im Interesse der Freiheit selbst nur auf dem geordneten verfassungsmäßigen Wege vernehmen lassen und Geltung verschaffen kann, daß mithin durch die gedachte Verordnung der Begriff des Aufruhrs nicht beschränkt oder verändert worden ist, versteht sich von selbst. Ob und welcher andern Verbrechen der Angeklagte nach den Vorlagen der Untersuchung noch hätte geziehen werden können, hat der erkennende Richter nach §. 11. und 12. und 67. des Gesetzes vom 17. Juli 1846 nicht zu entscheiden. Gesetzliche Schärfungsgründe sind nicht vorhanden. Als Milderungsgründe dürfen das im Wesentlichen offene Geständniß des Angeklagten, sein noch nicht durch Lebenserfahrung gereiftes Alter, der Hang der Jugend zu politischer Schwärmerei, und die Nahrung, die dieser Hang in den Zeitverhältnissen gefunden hat, gelten. Somit ist die Hälfte des auf das vollendete Verbrechen gesetzten niedrigsten Maaßes der Freiheitsstrafe — nämlich sechsmonatliche Festungsarreststrafe — für angemessen erachtet worden.

Einen Mangel ehrliebender patriotischer Gesinnung nach der Auffassung der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 22. Februar 1813 hat der Gerichtshof in dem Verbrechen des Angeklagten nicht gefunden. Dagegen ist auf Vernichtung der sämmtlichen noch vorräthigen Exemplare der Nr. 5. des mehrerwähnten Blattes „der Volksfreund" zufolge §. 2. des Gesetzes über die Presse vom 17. März 1848 mitzuerkennen gewesen. Der Kostenpunkt beruht auf §. 108. des Gesetzes vom 17. Juli 1846.

Die Entscheidung des Schlöffel'schen Processes bildete den Gegenstand lebhafter Debatten in der Sitzung des politischen Clubs am 11. Abends. Die in dieser Sitzung gepflogenen Verhandlungen giebt folgender Bericht (der Zeit.-Halle) wieder:

Der Besuch des Clubs, der seit dem Mauch'schen Gewaltstreiche fortwährend zugenommen, ist durch die Erwählung des Präsidenten Jung zum Deputirten so zahlreich geworden, daß der Maaß'sche Saal nicht mehr hinreicht, die zuströmenden Hörer zu fassen. Unten stehen die Menschen bis in den Garten und auf den Flur hinaus, oben auf den Tribünen werden die vorderen Reihen von zahlreichen Damen eingenommen. Die Vorträge gewinnen täglich an Schwung und Interesse und wer das Kühnste ausspricht, darf sicher auf den größten Beifall rechnen. — In der Sitzung vom 11. kamen drei Angelegenheiten zur genaueren Erörterung: der Schlöffel'sche Proceß, die Polenfrage und die Rückberufung des Prinzen von Preußen. In der ersten sprachen: Jung, Reich, Lange, Dehnecke, Lipke, Günsburg, Wentzel, Schlöffel der ältere, Lehmann, Luther, Hoppe, Constant und Wiß. Die ausgezeichneteren Vorträge, die sich auch der lautesten Zustimmung erfreuten, waren die von Schlöffel, Jung, Günsburg und Hoppe. Da übrigens, wie nachher beschlossen wurde, die Schlöffel'sche Sache vielfach in der Presse besprochen werden wird, so beschränkt sich der Bericht auf einen Auszug aus der Rede von Schlöffel Vater: „Es zieme ihm eigentlich nicht, das Wort zu nehmen, da er als Vater parteiisch sei. Aber wer gehöre jetzt nicht zu einer Partei? Alles sei Partei. Selbst die Richter stehen nicht auf der Höhe der Zeit, sie seien noch befangene Richter, in ihrer Brust sei gar nicht einmal das Verlangen rege zu den Errungenschaften, die wir anstreben. Die Leute hätten ein hübsches Gehalt und seien an's Verurtheilen gewöhnt. Sei die Ueberzeugung erst in die Gesellschaft gedrungen, daß seinem Sohne Unrecht geschehen, so müsse man auch mit männlichem Ernst zur Sache gehen und von den alten Satzungen abstrahiren. Bis jetzt sei unser Geschlecht verkrüppelt, noch ganz in Satzungen befangen. Weiber haben sich beschwert, daß die Männer so thatlos seien, daß sich die Weiber der Männer bald zu schämen haben würden. Die Schmach sei aber nur so lange vorhanden, als wir sie zugeben. Dafür, daß sein Sohn unumwunden ausgesprochen, was er für Recht gehalten, dafür müsse man ihn ehren. Die alte Gesetzgebung passe nicht mehr auf die heutigen Verhältnisse, und wenn man sie dennoch, namentlich in Preßsachen, wo bereits neue Gesetze und Vorlagen vorhanden seien, auf Jemand anwende, so thue man diesem Unrecht, man thue ihm Gewalt an. Deßhalb muß jeder Wahrheitliebende sich seiner annehmen. Er, der Redner, würde einen bestimmten Antrag stellen, wäre er nicht der Vater. Er werde keinenfalls zugeben, daß sein Sohn ein Begnadigungsgesuch einreiche. In Schlesien herrsche, wie er von zwei eben angekommenen Schulzen erfahren, die vollständigste Anarchie. Die Bauern gehen auf die Speicher der Gutsherren und nehmen was ihnen gut dünkt, ja, sie machen sehr schiefe Gesichter, leiden es gar nicht, wenn der Gutsherr sich von seinem eigenen Speicher etwas holen will. Alles Eigenthum sei in Frage gestellt. Die galizischen Zustände, wo der Bauer gegen den Gutsherrn mordend und plündernd zu Felde ziehe, kämen täglich näher herbei, und hier verurtheile man Jemand wegen eines Wortes, während man dort in Oberschlesien die schamlosesten Thaten, den Aufruhr, ungestraft geschehen lasse. Er empfehle, da er nach Schlesien müsse, seinen Sohn, so lange dieser gefangen sitze, der Versammlung. Er glaube, daß eine Deputation mit 3000 lebendigen Unterschriften würde beachtet werden müssen. Wenn etwas geschehen solle, möge es kräftig geschehen, sonst lieber gar nicht." Nachdem sich nun mehrere folgende Redner meistentheils aus praktischen Gründen gegen die Demonstration ausgesprochen, werden die drei im Verlaufe der Debatte gestellten Anträge: 1) ein Comité zu bilden, das durch die Presse die öffentliche Meinung in Bezug auf die Schlöffel'sche Verurtheilung aufzuklären habe, 2) eine Anklage des Staats-Anwalts, der durch die Aufnahme des Processes seinen früheren Erklärungen gradezu in's Gesicht geschlagen habe, 3) die Demonstration — zur Abstimmung gebracht, und der erste Antrag mit großer Majorität angenommen, die beiden letzteren aber abgewiesen. — In der Polenangelegenheit berichtet Jung über die Weise, in der man die Polen niederkartätsche. Es sei grausam, daß man auf den flachen Feldern Posens fast nur Kanonen anwende. Die Sensenmänner stürmten den Geschützen entgegen, wenn sie aber in ihre Nähe gekommen seien, so machten die Artilleristen Kehrt, gingen zurück und feuerten dann von Neuem gegen die Bloßgestellten. Die Frage, ob die früher beschlossene Deputation noch reisen solle, wird auf die nächste Sitzung vertagt, ebenso ein Antrag Rauchfuß's über Zusammenberufung der gedrückten Gewerbetreibenden und Verhandlung ihrer Sache unter Leitung des politischen Clubs. — Die letzte Debatte war über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen und es wurde beschlossen, wegen der Entrüstung, die diese Maßregel sowohl in der Landwehrversammlung, als unter den Zuhörern des Clubs hervorgebracht, einen Protest an das Ministerium abzufassen und in demselben die Minister über die Stimmung des Volkes aufzuklären, zugleich auf die Gefahren hinzuweisen, die aus dieser Stimmung entspringen könnten. In die Commission für Schlöffel's Angelegenheit wurden gewählt:

Benary, Jung, Reich, Salis, Köppe. In die Commission für den abzufassenden Protest an das Ministerium: Hoppe, Salis und Eichler.

Die im Interesse Schlöffel's unter seinen Freunden verabredete Maßregel einer ausgedehnten Besprechung seines Processes kam nur in sehr geringem Grade zur Ausführung: die Angelegenheit des Prinzen von Preußen nahm bald das allgemeine Interesse und die Spalten der öffentlichen Blätter fast ausschließlich in Anspruch. Der junge Schlöffel, der auf eine Appellation an die zweite Instanz verzichtete, wurde zur Verbüßung seiner Strafe nach der Festung Magdeburg geführt. Als er hier, drei Wochen vor dem Ablaufe seiner Strafzeit, die Nachricht von dem siegreichen Kampfe Ungarn's gegen Oesterreich erhielt, entfloh er, um in der ungarischen Armee mitzukämpfen. Später lebte er versteckt einige Zeit in seiner Heimath, bis ihn die ersten Nachrichten von dem Aufstande in Baden nach dem Schauplatze der süddeutschen Revolution trieben. Der ein Jahr vorher von der heidelberger Universität verwiesene Student wurde jetzt von der provisorischen Regierung Badens zum Comissar für Heidelberg ernannt. Als die Bundestrupppen in das badisch-pfälzische Gebiet einrückten, trat er in die Reihen des Revolutiosheeres. Im Gefecht bei Waghäusel (21. Juni 1849) traf ihn eine feindliche Kanonenkugel *). Er fiel, eins der edelsten Opfer der deutschen Revolution.

VI. Die Rückkehr des Prinzen von Preußen, ein Gegenstand der Wünsche und Verwünschungen. — Briefe und Erklärungen des Prinzen aus London. — Berlin am ersten Tage nach der Veröffentlichung des Ministerialberichts über die Rückkehr des Prinzen.

Seit den ersten Aeußerungen des öffentlichen Unwillens gegen den Prinzen von Preußen, eines Unwillens, dessen mildeste That die war, daß das prinzliche Palais, wenn auch nur durch ein Hausschild, zum „National-Eigenthum" umgewandelt worden, vergingen mehrere Wochen, ehe der Name des Prinzen in günstigen Beziehungen öffentlich genannt wurde. Die dann und wann verschwindende Inschrift des Palais wurde stets wieder erneuert, ein Zeichen des fortdauernden Grolles. Darf man einer Notiz der „Neuen Preußischen Zeitung" Glauben schenken, die im Jahre 1850 eine Zeitlang täglich in derselben tendenziösen Art wiederholt wurde, so wären es unter allen Predigern

*) Eine Charakteristik gab Friedrich Saß in einem Aufsatze: „Schlöffel und Dortu", den die „Leuchtkugeln" (Leipzig bei E. Keil 1849) brachten.

Berlins nur vier gewesen, welche den Namen des Prinzen in das übliche Sonntagsgebet einschlossen. Daß einzelne Geistliche nicht Anstand nahmen, den Prinzen in der vorgeschriebenen Fürbitte nicht zu erwähnen, geht aus einem vom 28. April datirten Rundschreiben des Cultusministers, Grafen v. Schwerin, an das Provinzialconsistorium hervor, einem Aktenstücke, welches die öffentlichen Blätter damals freilich nicht mittheilten. „Einzelne evangelische Geistliche", lautete dasselbe, „haben es angemessen gefunden, bei der durch die Verfügung vom 31. October 1840 vorgeschriebenen Fürbitte für das königliche Haus in dem allgemeinen Kirchengebete Sr. königlichen Hoheit des Prinzen von Preußen mit Rücksicht auf die hie und da obwaltenden besonderen Verhältnisse, vorübergehend nicht zu gedenken, um einer auf die irrigsten Voraussetzungen gebauten, bedauerlichen Aufregung nicht neuen Stoff darzubieten. Ich darf jedoch annehmen, daß jetzt überall kein Grund mehr vorhanden sein wird, eine solche Aufregung zu befürchten, und veranlasse daher das Consistorium in angemessener Weise schleunigst dahin zu wirken, daß Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen bei der gedachten Fürbitte die höchstdemselben gebührende Stelle finde". Das Consistorium sandte darauf, am 6. Mai („cito") diese Verfügung an alle Superintendenten der Provinz mit folgendem Begleitschreiben: „Indem wir Ew. Hochwürden die Verfügung Sr. Excellenz ꝛc. zur Kenntniß bringen, veranlassen wir Sie, den Herren Geistlichen Ihrer Diöcese baldmöglichst davon Mittheilung zu machen, obwohl wir voraussetzen zu dürfen glauben, daß es kaum nöthig sein wird, dieselben an das, was in dieser Beziehung nach 1. Thimoth. II., 2. für den Diener der Kirche Pflicht und geziemend ist, ausdrücklich zu erinnern." (Der hier angeführte Spruch des Apostels Paulus fordert die Christen auf für „die Könige und für alle Obrigkeit" zu beten.)

Während einige Blätter der Provinzen schon frühzeitig eine Agitation für den Prinzen durch bescheidenes Raisonnement und in mäßiger Form versuchten, blieben die berliner Zeitungen noch immer zurückhaltend, wenn es galt, die öffentliche Meinung zu Gunsten des Prinzen zu stimmen. In der letzten Woche des April zuerst brachte die Voss. Zeit. unter den eingesandten und von den Einsendern bezahlten Artikeln einige, welche für den Prinzen offen das Wort nahmen. Eins dieser Inserate bestand in dem vollständigen Abdrucke eines Aufsatzes der stettiner Zeitung vom 11. April. Der Artikel geht auf die berliner Märzereignisse zurück, um das „erhabene Beispiel" zu bewundern, welches der König gegeben: „Ein König der die Gewalt noch fest in Händen hatte, von starken und treuen Truppen umgeben, die ihn und die Königin eben so gut wie die widerspänstigen Gefangenen nach dem festen Spandau geleiten konnten; ein König den es ein Wort kostete und die ganze ländliche Bevölkerung von Brandenburg warf sich wie ein Mann auf die Hauptstadt; ein König der wohl wußte, mit welchen Gegnern er zu thun hatte, den man laut

des Mordes seiner Unterthanen anklagte — und ist es von einzelnen Stimmen leider auch nicht hier in Stettin geschehen? — ein König in dieser Lage entläßt seine Truppen, wagt den bedenklichen Schritt, die Liebe und Anhänglichkeit dieser treu ergebenen tapferen Vertheidiger des Thrones zu erschüttern und vertraut sich unbedingt dem wild aufgeregten Volke seiner Hauptstadt an! Das kann nur ein König thun, der ein so reines Gewissen und eine solche Liebe zu seinem Volke hat, wie Friedrich Wilhelm IV.; dem Worte eines solchen Königs vertrauen wir unbedingt. Aber", fährt der Artikel fort, „ebenso unbedingt vertrauen wir auch dem Worte des so schwer verläumdeten Prinzen. Mag man dies oder jenes an ihm auszusetzen haben — der Prinz ist ein Ehrenmann, ein tapferer Soldat und ein echter Hohenzoller. Hat man vergessen, wie der Prinz von Preußen sich vor kurzer Zeit in einer Frage stellte, die dem vorigen Ministerium so viele und erbitterte Feinde zugezogen, nämlich in der religiösen Frage, wo er grade der einseitigen rechtgläubigen Richtung des Ministeriums entgegentrat? Sind nicht die Erklärungen des Königs vom 18. März auch vom Prinzen von Preußen unterzeichnet? Daß dieser sich der neuen Verfassung augenblicklich anschließt, daran haben wir noch nie gezweifelt. Aber es scheint doch im höchsten Grade wünschenswerth, daß er bei den Verhandlungen über die Verfassung gegenwärtig sei. Und kann die Stadt Stettin in dieser Beziehung etwas thun, so thue sie es mit pommerscher Ehrlichkeit und ohne alle Furcht. Der Prinz von Preußen ist der Statthalter von Pommern, und die berliner Literaten sollen uns wahrlich nicht hindern, unseren Statthalter zu achten." Ein anderes Inserat (das erste, das die Voss. Z., 26. Ap., in dieser Angelegenheit brachte) trug die Unterschriften: „v. Oertzen. Hering" und lautete: „Jetzt, wo Ruhe und Ordnung in den erschütterten Staatsorganismus zurückkehren, jetzt wo alle Parteien sich versöhnend die Hand reichen, jetzt ist es an der Zeit, ein großes Unrecht zu sühnen. Nach den Ereignissen in Berlin hat Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen das Vaterland verlassen, für den Augenblick weichend einer Partei, deren Willen das Land nicht für maßgebend anerkennen kann. Sein Eigenthum ist, wenn auch durch die Einwirkung besonnener Männer vor Zerstörung geschützt, für jetzt mit Beschlag gelegt. Das ist ein großes Unrecht, denn was hat der Prinz gethan, was solche Maßregeln rechtfertigen könnte? Er ist vielmehr durch und durch von ehrenhafter Gesinnung, ein fähiger und geschickter Heerführer, und würde seine Wiederkehr der immer noch im hohen Grade verletzten und gekränkten Armee vollständige Genugthuung geben. Darum, Männer aller politischen Meinungen, vereinigt Euch in ehrfurchtsvollen Bitten an des Königs Majestät, daß Er in einer Zeit, wo das Vaterland alle seine Bürger brauchen dürfte, den Nächsten am Throne, Preußens edelsten Sohn zurückrufe aus der selbergewählten Verbannung, um Ihn wieder einzusetzen in den vollen Genuß seiner Rechte".

Allmählig häuften sich die Stimmen aus den Provinzen, welche die Rückkehr des Prinzen forderten, der ruhige Ton, in dem die ersten dieser Forderungen gehalten waren, wich allmählig gereizten, heftigen, ja drohenden Aeußerungen. Die Pommern reclamirten in dem Prinzen ihren Statthalter, die Garden ihren militairischen Führer. Mit dem Localpatriotismus paarte sich zuweilen locales Nebeninteresse. So spricht „für Pommern" ein Hr. Arndt das Verlangen aus (V. Z. 6. Mai), daß der Prinz von Preußen auf seinen Posten als Statthalter schleunigst zurückkehre und seine Residenz in dem königlichen Schlosse zu Stettin nehme, damit auch Pommern einmal „die vielen Tausende genieße", welche mit dem Aufenthalte des Prinzen unzertrennlich seien. „Die gegenwärtigen Verhältnisse Pommerns und der feste ritterliche Charakter des Prinzen von Preußen, mit welchem er die von ihm zu beschwörende Constitution aufrecht zu erhalten wissen wird, sichern ihm das freudigste Entgegenkommen unsererseits, und uns die baldigste Gewährung unseres Verlangens und dadurch unseres dauerhaften Glückes". Eine Aufforderung der belgard'schen Kreisstände an den Prinzen, bald in ihre Mitte zurückzukehren, war im April dem Prinzen direct mitgetheilt worden, ohne daß jedoch die Nachricht davon gleichzeitig durch die öffentlichen Blätter wiedergegeben wurde. Später richteten auch Bewohner des danziger Landkreises an den Prinzen die Bitte, in ihrer „schönen Gegend" seinen Aufenthalt zu nehmen. Durch eine eigenthümliche Rohheit der Sprache zeichnete sich ein Schriftstück aus, welches angeblich von westpreußischen Bauern, von Thorn aus (mit dem Poststempel: 4. Mai) an den Dr. Prutz adressirt war und von diesem, in einem Flugblatt,*) veröffentlicht wurde: „Wir Bauern aus Westpreußen", lautete das Schreiben, „kündigen euch Berlinern an, daß, wenn ihr nun nicht bald Zucht und Ordnung in eurem verfluchten Nest herstellen und unsern allgeliebten König in seine Rechte wieder einsetzen werdet, wir Bauern zu Hülfe kommen werden, daß euch Schuften Hören und Sehen vergehen soll. Ihr Hunde habt die verrätherischen Pollaken befreit und gegen uns angehetzt, die nun sengen und morden, ihr habt unsere Söhne und Brüder, die Gardisten, verrathen und geschlachtet; das soll euch gedacht bleiben, besonders da ihr deshalb noch das Maul voll nehmt und zu feig seid, euren Pöbel zu bändigen. Ihr Hallunken habt den Staatsschatz geplündert und anderes Staatseigenthum, wozu wir unser Geld beigesteuert, muthwillig zerstört; das sollt ihr uns ersetzen. Vor eurer Ruchlosigkeit hat der Prinz von Preußen fliehen müssen und wenn ihr nicht dafür sorgt, daß der Prinz bis zum 24. Mai d. J. wieder in seinem Recht und im Lande ist, so sollt ihr die Westpreußen kennen lernen; denn eure Räuberhöhle soll an hundert Stellen zugleich brennen. Wir Bauern wollen euch nicht ernähren, damit eure Brut uns zu Grunde richtet. Denkt an den

*) Gedruckt bei J. Sittenfeld.

24. Mai, wir werden euch das Nachäffen der Franzosen lehren". — In gebundener Rede vorzugsweise waren die militairischen Wünsche und Aufforderungen ausgedrückt. „Und wie die Pommern Dich zurückberufen", singt Hr. v. Wickede, „So ruft voll Sehnsucht die Armee Dich auch; Sie wird Dich leiten zu des Thrones Stufen, Beschützen Deinen Weg in's Vaterhaus. Es werden standhaft Deine treuen Schaaren Für Dich und Deinen Sohn den Thron bewahren". Ein „Kriegslied", von dem Gardelieutenant Hrn. v. Gaudy verfaßt, wurde bereits, Ende April's, von den preußischen Soldaten in Schleswig-Holstein gesungen. In Berlin demonstrirte später mit der Absingung dieses Liedes die „Mit-Gott-für-König-und-Vaterland"-Partei der Landwehr. Wir theilen es nach einem gedruckten Flugblatt mit der Ueberschrift: „Prinz von Preußen" vollständig mit:*)

(Mel.: Prinz Eugen, der edle Ritter.)
Prinz von Preußen, ritterlich und bieder,
Kehr' zu Deinen Truppen wieder,
Heißgeliebter General!
Weilst Du gleich an fernem Strande,
Schlagen doch im Vaterlande
Herzen für Dich sonder Zahl.

Nur im Frieden uns zu commandiren,
Nicht im Kriege uns zu führen,
Scheint vom Schicksal Dir vergönnt,
Dir, Soldat von Leib und Seelen,
Der geboren zum Befehlen,
Dir, dem unser Herz entbrennt.

Wer wohl dacht' es, daß es so würd' kommen,
Als Du Abschied hast genommen
Von den Truppen in Berlin!
Sprachst mit gläubigem Vertrauen:
„Auf Euch kann der König bauen,
„Ruft er Euch zum Kampfplatz hin".

Führe Du uns, Prinz, wir folgen gerne,
Folgen Dir als unsrem Sterne,
Folgen Dir bis in den Tod! —
Mag's auch Stein' und Kugeln regnen, —
Du Herr Gott wirst Waffen segnen,
Die geführt auf sein Gebot.

*) In Potsdam war eine andere Version dieses Liedes in vielen Abdrücken unter den Soldaten verbreitet; die „Locomotive" veröffentlichte sie als „eine Marseillaise der preußischen Gardelieutenants". Sie lautete:

Fern von uns, dort über'm Meeresarme,
Weilt, verjagt vom wilden Pöbelschwarme,
Unser edler General.
„Prinz von Preußen, ritterlich und bieder,
Kehre bald zu Deinen Truppen wieder,
Wo Dir Herzen schlagen sonder Zahl!"

Bei Manövern nur uns anzuführen,
Nur im Frieden uns zu commandiren,
War vom Schicksal ihm vergönnt.
Ihn, den als Soldat von Leib und Seelen,
Als geboren, Truppen zu befehlen,
Jedermann im Preußenlande kennt!

Wer wohl dacht' es, daß es so würd' kommen,
Als er Abschied hat von uns genommen? —
Nimmer kommt's uns aus dem Sinn;
Wie er sprach mit gläubigem Vertrauen:
„Ja, auf Euch, da kann ich sicher bauen,
Ruft der König Euch zum Kampfplatz hin!"

Ruft der Prinz uns — ja, wir folgen gerne,
Machen Ihn zu unsers Glückes Sterne,
Sterben freudig um dies Glück! —
Mag's auch Stein' und Kugeln regnen,
Du Herr Gott wirst unsre Waffen segnen,
Unsern Prinzen giebst Du uns zurück.

Wiederholt ergriff der Prinz die Gelegenheit, von dem Orte seiner Mission aus Andeutungen über sein Verhältniß zu dem veränderten Stande der Dinge zu machen. Der Inhalt dieser Andeutungen kam freilich erst zur öffentlichen Kenntniß, nachdem die ministerielle Nachricht von der eingeleiteten Rückkehr des Prinzen längst bekannt geworden war. Die vorher erwähnte Aufforderung der belgarder Kreisstände veranlaßte den Prinzen zu einem „eigenhändigen" Antwortschreiben, welches, London 2. Mai datirt, von den Empfängern in Belgard, dem Landrath von Kleist-Retzow, den Kreisdeputirten von Podewils und Bruns und dem bisherigen Landtagsabgeordneten Bauck, jedoch erst am 20. veröffentlicht wurde. (V. Z. 24. Mai). Ein einige Tage früher zur Oeffentlichkeit gebrachtes Schreiben des Prinzen, ebenfalls vom 2. Mai datirt, war an den General v. Wrangel gerichtet. (V. Z. 17. Mai). Auch die Protokolle des Fünfziger-Ausschusses in Frankfurt erstatteten Bericht von dem Inhalt eines Schreibens, in welchem ein Adjutant des Prinzen, Graf v. d. Goltz, den Charakter des Prinzen, der öffentlichen Meinung gegenüber, in ein günstiges Licht zu stellen suchte. Das Schreiben, datirt: London, Charlton house terrace, 3. Mai, war zunächst hervorgerufen durch die Aeußerung des Herrn Venedey in der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 28. April, daß ein dem Prinzen auf den Wällen Schleswig's von den Truppen gebrachtes Lebehoch eine reactionäre Bedeutung habe. In der 3. Sitzung des Ausschusses, vom 9. Mai, verlas Hr. Venedey das an ihn gerichtete Schreiben des Grafen von der Goltz. Der Briefsteller, heißt es darüber im Protokoll, erinnert daran, daß der Prinz das Manifest vom 18. März, in welchem die Grundzüge der künftigen Repräsentativ-Verfassung vorgezeichnet worden, aus freiem Antriebe unterzeichnet habe, daß dem Prinzen seine Gesinnungen und sein männlicher Charakter von jeher die Liebe seiner Untergebenen erworben habe und bloß aus dieser wohl jenes Lebehoch hervorgegangen sei; er bemerkt endlich, daß der Prinz schon am 13. März des Commandos der Garde sich begeben habe. Hr. Venedey begleitete die Mittheilung des Prinzen mit einigen Aeußerungen: Er freue sich einer solchen Reclamation, weil sie zeige, welchen Werth man auch in den Kreisen, aus denen der Brief gekommen, auf die öffentliche Meinung zu legen anfange; er habe deshalb dem Wunsche des Briefstellers entsprochen. — Der Wortlaut der beiden directen Schreiben des Prinzen war folgender:

Mit Freude und Rührung habe ich die Adresse der zum belgarder Kreistage versammelt gewesenen Stände, welche an mich die Aufforderung enthält, in Ihre Mitte zurückzukehren, entgegengenommen. Sie war mir ein neuer Beweis jener Liebe und Anhänglichkeit, welche die treuen Pommern gegen das Königl. Haus und gegen mich so oft bethätigt haben. Ihre Adresse hat meinem Herzen wohl gethan und ich spreche Ihnen für dieselbe meinen Dank aus, um so mehr als ich vollkommen Ihre in derselben ausgesprochenen Gesinnung theile: daß Sie die in eine constitutionelle Monarchie verwandelte Verfassung des Staats, mit ihren nothwendigen Folgen annehmen, und daß Sie entschlossen sind, wie in früheren Tagen, Gut und Blut auch heute noch für denselben zu opfern. So gerne ich aber Ihrem Wunsche gleich nachkommen möchte, so muß ich mir die Freude für jetzt untersagen, weil

mich ein besonderer Auftrag Sr. Maj. des Königs zur Zeit noch in England festhält. Zugleich lassen mich die besonderen Verhältnisse, in welchem Preußen sich befindet, die Constituirung der neuen Rechtszustände, so wie meine eigene Stellung zu dieser Reorganisirung der Monarchie die unmittelbare Rückkehr in die Hauptstadt nach Berlin unerläßlich erscheinen. Sie wissen, daß ich als Mitglied des damaligen Staatsministeriums das Patent Sr. Maj. des Königs v. 18. März d. J., durch welches dem Preußischen Volke die vorgenannte constitutionelle Verfassung verheißen worden ist, mit voller Uebereinstimmung unterzeichnet und mich dadurch zu deren einstiger Aufrechthaltung verpflichtet habe. Sie kennen mich auch hinreichend, um zu mir das Vertrauen zu hegen, daß ich meinem gegebenen Worte mich treu erweisen werde. Da aber in letzterer Zeit über meinen Character böswillige und vollkommen unbegründete Gerüchte verbreitet worden sind, so wünsche ich vor Allem durch mein persönliches Erscheinen in Berlin, demselben bald entgegentreten zu können. Später werde ich dann freudig in Ihre Mitte eilen! Indem ich Sie schließlich ermächtige, meine Herren, von dieser Erklärung den Gebrauch zu machen, der Ihnen für Ihren im Auge gehabten Zweck angemessen erscheinen mag, verbleibe ich Ihr wohlgewogener Prinz von Preußen.

Sie können sich denken, mein lieber General, mit welcher Freude, mit welchem Interesse ich die Nachrichten empfangen habe über die am 23. April und folgenden Tage stattgehabten Gefechte bei Schleswig und Flensburg. Die mir vorliegenden Berichte legen ein rühmliches Zeugniß ab für die Tapferkeit und die Ausdauer der Truppen, welche in jenen Tagen für Deutschlands Ehre unter Ihrer Führung siegreich fochten. Den Erwartungen, welche ich stets von dem bewährten Geiste unseres preußischen Heeres gehegt, haben die bei Schleswig fechtenden Truppen vollständig entsprochen, ich bin stolz darauf, die Mehrzahl derselben in 2 verschiedenen Armeecorps, während einer langen Reihe von Jahren befehligt zu haben! Schon aus diesem Grunde ersuche ich Sie, den Offizieren und Soldaten der unter Ihrem Befehle stehenden Truppen, meine ganze Theilnahme, meine Achtung und meinen Glückwunsch zu dem glorreich erfochtenen Siege aussprechen zu wollen. Ihnen aber, mein lieber General, wünsche ich nicht nur Glück zu diesem Siege, den unsere Waffen Ihrer umsichtsvollen Führung verdanken, sondern auch dazu, daß es Ihnen vergönnt gewesen ist, der Welt zu zeigen, daß troß eines 33jährigen Friedens die preußische Armee auf einer Stufe der schlagfertigen Ausbildung sich befindet, die den schönsten Beweis für die Zweckmäßigkeit unserer Kriegsverfassung liefert! Siege werden nicht ohne Opfer erkauft und mit Schmerz sehe ich auf die letzteren, die das Verhängniß forderte! Sie fielen und bluteten auf Aufruf ihres Königs für die Ehre Deutschlands und den Ruhm der preußischen Waffen, — dies sei ihr Lohn! — Ihr sehr geneigter

(gez.) Prinz von Preußen.

Dieselben Gründe, aus welchen dem Prinzen, nach den Andeutungen in dem ersteren dieser Schreiben, die unmittelbare Rückkehr nach Berlin unerläßlich erschien, waren, wenn auch in anderer Form, von dem Ministerinm in dem Berichte angegeben, den sie am 10. dem Könige überreichten. Des Prinzen Ansichten waren jedoch nur Wenigen mitgetheilt, sie gelangten einstweilen noch nicht zur öffentlichen Kenntniß: das Ministerium veröffentlichte alsbald seinen Bericht und die Antwort des Königs. Der unmittelbare Eindruck, den diese Aktenstücke hervorriefen, war dem Ministerium wenig günstig. Ueberraschung, Staunen in allen Kreisen der Bevölkerung. Selbst denen, die des Prinzen Rückkehr für nothwendig hielten, schien die Form, in der sie vom Ministerium beantragt war, eine ungeeignete. Eine Aufregung, wie sie seit den Märztagen sich nicht gezeigt hatte, herrschte, in Folge der bekannt gewordenen ministeriellen Anträge, einige Tage hindurch in Berlin. Beginn und Verlauf dieser Aufregung schildern sich in den Berichten über die vielen, mit Bezug auf dieselbe Angelegenheit, abgehaltenen Versammlungen, in den Plakaten und Schriftstücken, welche die Straßenecken und die Spalten der Zeitungen überflutheten. Mit

öffentlichen Protestationen begann die Reaction gegen die ministeriellen Maßregeln, wie gegen das Ministerium selbst. Von allen Protesten erschien der des politischen Clubs zuerst. „Wenn," heißt es darin, „wenn die Aufrechthaltung der ganzen alten Büreaukratie, die Fortsetzung der geheimnißvollen Cabinets-Politik, deren Beschlüsse dem Volke erst in auswärtigen Zeitungen berichtet werden, wenn die zweideutigen Ordres, welche den zum Observations-Corps in Bamberg bestimmten Truppen zugekommen, den Verdacht rege gemacht haben, daß gegenwärtig eine doppelte Politik spiele, eine geheime Haus-Politik und eine verantwortliche Ministerial-Politik, so handelt mit der Zurückberufung des Prinzen von Preußen ein als liberal bezeichnetes Ministerium im Sinne der — Reaction . . Glaubt aber das verantwortliche Ministerium deshalb, weil noch kein Staats-Grundgesetz besteht, auf das es verantwortlich gemacht werden konnte, mit dynastischer Willkür verfahren zu können, so halten wir es für unsere Pflicht, dasselbe zu warnen und daran zu erinnern, daß im Rechtsgefühl des Volkes ein Gesetz ruht, dem es verantwortlich ist, daß da, wo kein Richter, mit Brief und Siegeln eingesetzt, für dasselbe besteht, die Weltgeschichte das Weltgericht ist . . ." Das Plakat klagt schließlich das Ministerium an, daß es ein Recht, das nur der constituirenden Versammlung zukomme, willkürlich an sich gerissen habe und daß es durch diese Verletzung des Volksgefühls den Bürgerkrieg provocire. — In einem anderen ebenfalls schon früh am Morgen verbreiteten Anschlage — der lakonisch begann: „Der König hat den Prinzen von Preußen zurückberufen" und schloß: „Nur der Volkswille kann diesen Prinzen zurückberufen" — forderte ein Ungenannter die mit der ministeriellen Maßregel unzufriedenen Bürgerwehrmänner auf, bei der Parade nicht zu erscheinen*).

Die, auf den 13. angesetzte Bürgerwehr-Parade war, wie schon mitgetheilt, plötzlich aufgehoben worden. Als am 12. Morgens die versammelten Majore von dem General von Aschoff benachrichtigt wurden, daß, nach einem Schreiben des Generallieutenants von Neumann, der König die Besichtigung der Bürgerwehr am 13., wegen verschiedener Nachwahlen, ausgesetzt habe, erklärte der Major Benda, diese Wahlen seien nur ein Vorwand zur Abbestellung; der König habe schlechten Rath bekommen; er sei wegen der allgemeinen Aufregung gegen das Ministerium für seine Sicherheit in Berlin besorgt

*) Das Datum des 12. Mai trägt auch ein Plakat von C. H. L. Zwirner, mit der Aufschrift: „Beruhigende Stimme an die Gesammtbevölkerung Berlins, nebst Betrachtung der bei Sr. Majestät dem Könige vom Staatsministerium am 10. Mai beantragten schleunigen Einberufung des Prinzen von Preußen Königl. Hoh." — Hr. Z. will die „Selbstvertheidigung des Prinzen in unserer Mitte" und „Abweisung der nichtswürdigen Einflüsterungen herz- und geistloser Aufwiegler."

gemacht worden. Es ward ein energischer Protest gegen diese „Verdächtigung“ beschlossen; die Verfasser desselben verwandelten den Protest in eine Art von Loyalitäts-Adresse. Kaum ist diese abgesandt, so erscheint eine neue Botschaft vom General von Neumann an Herrn von Aschoff, wonach die Abbestellung wider den Willen des Königs durch ein von dem Flügeladjutanten Herrn von Brauchitsch herrührendes „Mißverständniß“ erfolgt sei. Herr von Aschoff sendet die Originalbriefe der Herren von Neumann und von Brauchitsch dem Ministerpräsidenten mit der Anfrage, ob dieses zur Beruhigung der Gemüther vielleicht Gebrauch davon machen wolle. Der Ministerpräsident erklärt dem Ueberbringer der Briefe, er könne von denselben keinen Gebrauch machen; er habe eben so wenig von der Anberaumung der Parade wie von deren Abbestellung etwas gewußt. (So erzählt der Verfasser der „Personen und Zustände Berlins“ rc.) Oeffentliche Gegenerklärungen in Bezug auf den Inhalt der ersterwähnten Adresse blieben nicht aus. Einer der Unterzeichner derselben, Herr v. Herford, darauf aufmerksam gemacht, daß in der Adresse eine Zustimmung der Majore zu der ministeriellen Maßregel gefunden werden könne, erklärte, daß er mindestens diese Zustimmung nicht beabsichtigt, vielmehr den Schritt des Ministeriums als jedenfalls unzeitig beklagt habe. Eine große Anzahl Bürgerwehrmänner protestirte besonders dagegen, daß in der Adresse die Gesinnung der Bürgerwehr überhaupt ausgesprochen werde, während sie gar nicht über den betreffenden Fall befragt worden sei. Es müsse vielmehr als ein Ueberschreiten der den Führern der Bürgerwehr zugestandenen Befugnisse angesehen werden, wenn jene eine officielle Erklärung im Namen der Bürgerwehr ohne vorherigen Auftrag abgeben.

Von den zahlreichen Versammlungen, die alle zu gleichem Zweck, am Freitag, dem 12., abgehalten wurden, wird in den Berichten derjenigen der Studenten als der ersten erwähnt. Sie fand Vormittags in der Aula statt. Eine ungewöhnlich große Zahl akademischer Mitglieder nahm an ihr Theil. Es wurden „lebhafte, feurige“ Reden gehalten, in denen sämmtlich der Schritt der Minister verdammt und die Nothwendigkeit einer Demonstration wider denselben ausgeführt wurde; ob der Prinz an dem berliner Blutbade Schuld gehabt oder nicht, darum handle es sich jetzt nicht — möge darüber die bevorstehende Versammlung der Landesvertreter sich und das Volk aufzuklären suchen, jetzt komme es nur darauf an, der noch unveränderten Stimmung der Hauptstadt Rechnung zu tragen, und geschähe das nicht, so könne Niemand mehr dafür bürgen, das es nicht zu einer wesentlichen Störung der bis jetzt aufrecht erhaltenen Ordnung und zu einem Bürgerkriege kommen würde. Es wurde beschlossen, eine Deputation von fünf Studirenden an den Ministerpräsidenten abzuordnen, welche denselben Namens der Studentenschaft und im allgemeinen Interesse um Zurücknahme der angekündigten Maßregel ersuchen und erklären sollte, daß, wenn bei ihr beharrt und dadurch Tumult hervorgerufen

würde, das bewaffnete Corps der Studirenden zur Verhinderung desselben nichts thun könnte. Nachmittags wurde Bericht erstattet über den Erfolg der Audienz: Die Deputation habe dem Minister vorgestellt, wie die Abreise des Prinzen doch ziemlich erwiesenermaßen auf anderen Gründen beruhe, als auf einer vom Könige erhaltenen Mission; worauf Herr Camphausen erwidert, der König selbst habe ihm dies gleich in den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt erzählt; die Deputation habe erklärt, daß sie nur der National-Versammlung das Recht zugestehen könne, den Prinzen zurückzurufen, worauf Herr Camphausen: Es scheine ihm im Gegentheil sehr nöthig, daß der Prinz gleich beim Beginn der constituirenden Versammlung zugegen sei und als „wohlthätiges Element in die Harmonieen der anderen Staatselemente sich einmische"; da man sich überzeugt halten dürfe, er werde bei der neuen Ordnung der Dinge treu und fest verharren. Als die Deputation bemerkt, sie halte die Ordnung und Ruhe Berlins für gefährdet, wenn der Prinz jetzt zurückkäme, habe Herr Camphausen erklärt er könne sie nicht als den Ausdruck der Stimmung des ganzen berliner Volks ansehen, sondern er müsse auch diese erst kennen lernen; er werde aber dem Ministerconseil das ihm eben Vorgetragene mittheilen. Nachdem dieser Bericht erstattet war, beschloß die Versammlung, den Inhalt desselben in möglicher Kürze durch einen Eckenanschlag zu veröffentlichen.

Bürger-Versammlungen entsandten im Laufe des Tages Deputationen an die Minister, um ähnliche Erklärungen, wie die der Studenten abzugeben. Einer dieser Deputationen bemerkten die Herren von Auerswald und Schwerin: sie hätten geglaubt, die Stimmung der Majorität des Volkes sei für die Rückkehr des Prinzen; sie würden jedoch ihren Beschluß zurücknehmen, wenn auf gesetzlichem Wege gegen ihn protestirt würde. — Im Bürgerwehrclub bildeten die ministeriellen Maßregeln den ersten Gegenstand der Tagesordnung. Der Vorschlag, sofort eine Deputation an den Ministerpräsidenten abzusenden, um Verwahrung gegen die angekündigten Maßregeln einzulegen, wird angenommen. Sieben Mitglieder begeben sich zu Herrn Camphausen. Dieser antwortet der Deputation, die Angelegenheit, die sie hergeführt, werde am nächsten Morgen im Ministerrath noch einmal verhandelt werden. Nachdem dieser Bescheid dem Club mitgetheilt worden, beschließt er folgende Adresse, die sogleich unterzeichnet und in den Druck gegeben wurde:

Die unterzeichneten Bürgerwehrmänner fühlen die Pflicht, einem hohen Staats-Ministerium die Ueberzeugung auszusprechen, daß die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, bevor die Versammlung der preußischen Volksvertreter dieselbe beschlossen, ein Schritt ist, welcher die traurigsten Folgen nach sich ziehen könnte, und daß in diesem Falle die Unterstützung der Bürgerwehr gegen die zu befürchtenden Unruhen mehr als zweifelhaft sein würde, da die Bürgerwehr ebenso zum Schutze der Volksrechte als auch zur Aufrechthaltung der Ordnung sich berufen fühlt. Wir bitten deshalb ein hohes Staats-Ministerium auf das dringendste, den gethanen Schritt in der passendsten Weise schnell rückgängig zu machen, und sind überzeugt, daß bei weitem der größere Theil der Bürgerwehr unsere

Ansicht theilt, wenn auch in der kurzen Zeit vorläufig nur eine geringe Anzahl von Unterschriften unter diese Eingabe gesetzt werden kann.

Maueranschläge hatten eine Volks-Versammlung angekündigt, die zur Berathung gegen die Rückkehr des Prinzen von Preußen am Abend vor den Zelten stattfinden sollte. Eine außerordentliche große Menschenmasse — auf 10 bis 12,000 Köpfe geschätzt — fand sich zur bestimmten Zeit ein. Es war gerade ein Instrumental-Concert vor den Zelten; die Menge wollte die Musiker zwingen, mit Spielen aufzuhören, Dr. Schasler suchte zu vermitteln und bewog die Menge, noch einige Stücke anzuhören, und die Musiker, nach Ausführung derselben hinwegzugehen. Nachdem die Musiker sich entfernt hatten, betrat Herr Schasler die Tribüne und forderte die Versammlung auf, einen Präsidenten zu ernennen. Alles schrie den Namen Jung's, dessen Anwesenheit bemerkt worden war, und als Jung vortrat, wurde er mit einem stürmischen, beifälligen Zuruf empfangen. Jung eröffnete die Versammlung mit einer glänzenden Rede, in welcher er, nach einer Danksagung für das ihm kundgegebene Vertrauen, an einer Reihe von Thatsachen zeigte, daß das Ministerium bisher nur Mangel an Verständniß der Zeit und Schwäche bewiesen habe, daß es zu jeder seiner Handlungen wie mit Gewalt sich habe drängen lassen, anstatt den Bedürfnissen entgegenzugehen, und daß es mehre andere zurückzunehmen sich habe zwingen lassen. Kraft entwickele es nur da wo sich Beschränkungen der vom Volk errungenen Freiheiten ausführbar zeigten, in der Wiedereinführung von Preßprocessen, politischen Verhaftungen und dergl., in allen großen Fragen des Fortschritts und der Politik beweise es eine vollständige Ohnmacht. Seine letzte Maßregel in Betreff des Prinzen von Preußen setze dem allen die Krone auf und bringe die Unfähigkeit des Ministeriums vollends an den Tag; dieser Maßregel müsse von Seiten des Volks entgegengewirkt werden. — Schasler las eine Adresse an die Minister vor, welche er aufgesetzt hatte, und diese Adresse wurde, da die Versammlung sehr erregt war und zur Beendigung der Verhandlungen, „um zum Handeln gelangen zu können", drängte, durch Zuruf angenommen; Schasler schlug vor, daß er sie aus dem Manuscript dem Herrn Ministerpräsidenten vorlesen und eine Abschrift nachträglich am andern Morgen besorgen wolle. Die Versammlung gab ihre Zustimmung. — Der Präsident Jung beantragte darauf, eine Deputation zu ernennen, die sich zu dem Ministerpräsidenten begeben sollte, um nachdrückliche Vorstellung über die Stimmung der Bevölkerung zu machen und auf Zurücknahme der dem Volke unerträglichen Maßregel zu dringen. Die Versammlung bestand darauf, selber in Masse hinzugehen. Der Vorschlag von G. Julius, daß dann die Versammlung sich der Deputation, die sie ernennen würde, in geordneten Zügen anschließen möchte, wurde angenommen. Die Deputation wurde durch Zuruf ernannt und bestand aus den Hrn. Jung, Schasler, Schramm, Wiß, Saß, Held, Julius, Siegerist und einigen Anderen. Die Deputation brach unverzüglich

auf, und die ganze Masse der Versammelten, unter denen sich fast alle Studirenden der Universität befanden, folgte ihr in Reihen geordnet. „Die improvisirte Demonstration, (bemerkt die Zeit.-H.) war sicher die großartigste, welche Berlin noch gesehen hat. Wir bemerkten, daß Leute aus allen Ständen sich dem Zuge, der aus vielen Tausenden von Personen bestand, angeschlossen hatten." Der Zug begab sich in die Wilhelmstraße und vor das Hotel des Ministerpräsidenten. Die Volksmenge füllte dicht gedrängt, aber in großer Ruhe und Ordnung, die Straße, während die Deputation sich auf die Rampe hinauf begab, auf welcher sich zwei Reihen Bürgerwehrmänner zur Bedeckung des Eingangs aufgestellt fanden. Die Deputation wurde sogleich in das Haus gelassen. Sie begegnete auf dem Flure noch zwei andere Deputationen.

In den Zimmern des Hrn. Ministerpräsidenten traf die Deputation zuerst mit dem zufällig anwesenden Minister von Schwerin zusammen, welcher das Verfahren des Ministeriums gegen die Deputation, jedoch nur mit den in dem Schreiben der Minister an den König bereits ausgesprochenen Gründen, zu rechtfertigen suchte und hinzufügte, daß die Minister, nicht unbekannt mit der Stimmung, welche in Berlin gegen den Prinzen von Preußen, obwohl ohne Grund, — in Berlin, doch nicht im ganzen Lande — herrscht, ihren Schritt wohl erwogen hätten, ihn vor dem Landtage verantworten und die Folgen ihrer Handlung tragen würden. Als Hr. Camphausen gleich darauf hinzukam, setzte der Sprecher der Deputation, Hr. Assessor Jung, auseinander, daß hier keine künstlich geschaffene Demonstration stattfinde, daß vielmehr die gegenwärtigen Führer der erschienenen Volksmenge dem mächtigen Strome nur nachgegeben hätten und seinen Lauf zu regeln beflissen wären; diesem Strome lasse sich nicht entgegen schwimmen und die Minister müßten deshalb aufgefordert werden, den gethanen Schritt zurückzuthun. — Herr Held behauptete, daß sich bei der Stimmung des Volkes Unheil nicht verhüten lassen werde, wenn der Ministerpräsident nicht sogleich die bestimmte Erklärung gäbe, daß die Maßregel zurückgenommen werden solle. Hr. Camphausen entgegnete daß einseitig von ihm und seinem anwesenden Collegen ein Beschluß des ganzen Ministerrathes nicht umgestoßen werden könnte, und versprach die Angelegenheit am nächsten Morgen zu erneueter Berathung in der Minister-Versammlung zu bringen, nachdem er sich nun von der Stimmung der Hauptstadt überzeugt hätte. Da Hr. v. Schwerin seine Mißbilligung gegen die Demonstration mit Volksmassen und gegen das Erzwingen eines Beschlusses der Minister durch Massengewalt in einiger Aufregung aussprach, und dabei die Gesetzlichkeit wiederholt und scharf betonte, so machte Hr. Schramm darauf aufmerksam, daß der gesetzliche Boden, auf welchem die Minister sich mit dem deutschen Volke auseinander setzen könnten, noch gar nicht geschaffen sei; er müsse daran erinnern, daß der Zustand nur ein provisorischer sei und daß der Ministerrath eine provisorische Regierung bilde; in einem solchen Falle seien außerordentliche

Mittel der Verhandlung zwischen Volk und Regierung unvermeidlich. Hr. v. Schwerin kam wiederholt darauf zurück, daß den Ministern Gewalt entgegengesetzt werde; sie, die Minister seien nur einzelne schwache Persönlichkeiten und diesen gegenüber hätte die Deputation allerdings augenblicklich Macht, wenn Tausende auf der Straße hinter ihr ständen. — Diese Tausende, entgegnete Hr. Jung, sind friedlich erschienen, nur um zu zeigen, wie sehr verbreitet, wie allgemein die der ministeriellen Maßregel entgegenstehende Stimmung im Volke sei, nicht um von ihrer physischen Kraft Gebrauch zu machen. — Da trat Hr. Assessor Wache vor, der einer anderen ebenfalls anwesenden Deputation angehörte, und sprach: Wenn der Hr. Minister v. Schwerin doch immer wieder die Macht und Ohnmacht pointirte, so müsse er den Hrn. Ministern sagen, daß sie in dieser Sache wirklich machtlos seien, nicht deshalb, weil sie nur Zwei den unten erschienenen Zehntausend gegenüber wären, sondern weil diesmal Alles ihnen gegenüberstände, Arbeiter, Studenten, Bürger und Bürgerwehr: „Sie, meine Herren Minister, stehen in dieser Sache gänzlich allein, das ist Ihre Ohnmacht!" — Vermittelnd wandte Hr. Camphausen ein, daß man ihm hier die Stimmung der Hauptstadt zeige, aber man möge wohl bedenken, die Hauptstadt sei nicht das ganze Land, die Minister hätten auf das Ganze Rücksicht zu nehmen. Die Minister, bemerkte G. Julius, haben allerdings noch die Hauptstadt allein sich gegenüber, die Vertretung des Landes sei noch nicht zusammen und habe noch nicht sprechen können; es sei zu glauben, daß Berlin der Gesammtheit des Landes, wenn diese erst gesprochen hätte, sich mit seiner Stimmung unterordnen würde, aber gegenwärtig hätten nur erst die Minister ihre Ansicht geäußert und dabei der Stimmung der Hauptstadt keine Rechnung getragen, welche Stimmung doch für den Augenblick noch das entscheidende Moment sei. — Diese Bemerkung wurde durch die laut und heftig geäußerte Frage eines unbekannten Mannes; wer denn das Volk sei, das hier Forderungen mache? unterbrochen*), dieses Volk äußere nur was ihm die Herren Jung und Schasler in den Sinn und in den Mund hätte legen wollen. „Das ist eine Lüge," riefen Hr. Schramm und mehrere von der Deputation, und Hr. Assessor Jung erklärte nochmals den Zusammenhang der De-

*) „Wer ist das Volk!" — diese Frage wurde von einigen Berichterstattern dem Grafen Schwerin in den Mund gelegt. Hr. Held, auch ein Mitglied der Deputation, erließ zur Beantwortung dieser Frage einen Brief an den genannten Minister. (Locomotive Nr. 35.) „Als ich Ihnen", beginnt der Brief, in „meiner Eigenschaft als Deputirter der mich begleitenden zehntausend Mann starken Volks-Versammlung erklärte: das Volk mißbillige den Schritt der Minister in Rücksicht des Prinzen von Preußen, warfen Sie mir die herausfordernde Frage hin: „Was nennen Sie Volk?" Ich antwortete Ihnen: „Das was ich gegenwärtig die Ehre habe zu repräsentiren." Bald darauf aber fiel mir eine bessere Antwort ein. Empfangen Sie dieselbe auf diesem Wege: „Was ich Ihnen gegenüber das Volk nannte, waren diejenigen Männer, durch deren Aufstand vom März Sie Minister geworden sind!" — Aehnlich, jedoch in weitläuftigerer Ausführung, beantwortete ein Flugblatt von E. Schlivian (Druck von Lejeune) die Frage: „Was ist das Volk?"

monstration. Hr. Schasler gab kurz den Inhalt seiner Adresse an, und Hr. Wiß bemerkte gegen Hrn. v. Schwerin, daß, wenn die Minister ernstlich glaubtee, daß ein Conflict zwischen Berlin und den Provinzen in einer so wichtigen Frage bestände, sie um so weniger es wagen dürfen, diesen Zankapfel vorzeitig in das Volk zu werfen, ehe man in der National-Versammlung die Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung geschaffen hätte, denn das hieße ja den Bürgerkrieg anfachen. — Der Minister zuckte die Achseln und bemerkte, sie, die Minister, könnten nur nach ihrer Ueberzeugung handeln, was auch daraus entstehe. Die Minister, bemerkte Hr. Schramm, sind nothwendig dem Volk dafür verantwortlich, daß kein Bürgerkrieg entstehe, am wenigsten durch Maßregeln die von ihnen selber ausgehen. — Nachdem Hr. Camphausen nochmals versichert hatte, die Angelegenheit im Ministerrathe zur abermaligen Verhandlung bringen zu wollen, schied die Deputation mit der Erklärung, diese Antwort dem versammelten Volke mitzutheilen.

„Wir wissen nicht," so unterbricht die Nat. Zeit. ihren Bericht, „welche Gefühle die Minister, und welche die Führer des Volks gehabt haben, als sie die ganze Straße mit dieser unübersehbaren Menge unruhiger und ungeduldiger Menschen erfüllt sahen; aber es mag Beiden eine Lehre gewesen sein: den Ministern, daß das Volk sich seiner Souverainetät bewußt sei und es hoffentlich immer bleiben werde; den Volksführern aber, daß sie nicht vergessen, daß physische Massen aufzubieten nur im höchsten Nothfall erlaubt sein kann; sie haben Muth genug gehabt, die Ruhe aufrecht zu erhalten, bis die Deputation vom Minister empfangen werden konnte, und welche Angst vor den Folgen ihres unbedachtsamen Schrittes, welches Gefühl von der drückenden Schwere oder moralischen Verantwortlichkeit, die sie auf sich geladen hatten, mag sich ihrer bemächtigt haben, als es ihnen nicht gelingen wollte, die Masse zur beruhigenden Rückkehr nach den Zelten zu bewegen, um dort die Antwort des Ministers zu hören, der wie zu erwarten stand, nicht augenblickliche Erfüllung gewähren konnte. Sie fürchteten wohl mit Recht daß, wenn das Volk nicht augenblickliche Befriedigung fände, es die Schranken des Gesetzes überschreiten könnte. Endlich gelang es Hrn. Eichlers „routinirter Beredsamkeit" den Volkswillen zu brechen; die Masse folgte nach den Zelten.*) Hier wurde zunächst

*) Es währte freilich lange, ehe die Deputation, nach beendigter Audienz, im Stande war, die versammelte Menge zu vermögen, die Berathung in den Zelten weiter fortzusetzen. Hr. Löwinson, der zuerst die Ungeduld der Menge von der Rampe aus zu beruhigen suchte, mußte ohne Erfolg abtreten. Als darauf Hr. Jung den Versammelten des Ministers Bescheid mittheilte, entstand lautes Murren unter den einzelnen Gruppen. In welcher Weise es nun Eichlers „routinirter Beredsamkeit" gelang, den Rückzug der Masse zu veranlassen, darüber berichtet Hr. Streckfuß, wohl als Augenzeuge, in seiner Schrift: „Das freie Preußen," wie folgt: „Eichler sprang auf die Rampe; vergebens suchte es sich Anfangs Gehör zu verschaffen; endlich rief er mit einer Stentorstimme: „Eichler hat's Wort! Hab ich's?" Die Menge antwortete: „Ja." „Na, dann haltet die Schnauze! Es kann nur Einer auf einmal reden!" Allgemeines Gelächter; gleich darauf die größte

über die Schöffel'sche Angelegenheit verhandelt, ohne daß es jedoch zu einem Beschlusse kam. Vielmehr wurden Vorschläge gemacht, in die Stadt zurückzukehren und das Palais des Prinzen von Preußen von neuem mit dem kurz zuvor von einer „gutgesinnten" Bürgerwache weggenommenen Schilde und der bekannten Inschrift zu schmücken. In großen Massen zog hierauf die Versammlung wieder zum Thor hinein, und postirte sich unter wilden Bewegungen und wüstem Geschrei um das Palais herum. Die Inschrift wurde erneuert, einige Fensterscheiben eingeworfen und der Unwille gegen den „ehemaligen" Besitzer des Palais gab sich auf die mannigfachste Weise kund.

Inzwischen wurde die schon früher aufgebotene Bürgerwehr von neuem durch Allarmsignale und Generalmarsch zusammengeholt; sie bildete in den umliegenden Straßen dichte Spaliere, und hinderte, den weiteren Zudrang von Volksmassen. Die tumultuarischen Scenen vor dem Palais dauerten bis tief in die Nacht hinein. Hr. Held, der sich endlich einfand, rieth in einer von der Rampe herab gehaltenen Rede, keine zweite Komödie, wie sie mit diesem Gebäude schon einmal gespielt worden, zu verlangen, Nationaleigenthum sei es und bleibe es, das Anschreiben sei bloße Komödie; man möge heut nach Hause gehen; man brauche Ruhe, da der andere Tag wieder Kraft und Rüstigkeit verlange. Es war um Mitternacht, als der General von Aschoff unter den noch versammelten Haufen erschien. Er hatte am Nachmittage den Exercitien des fünften Battaillons der Bürgerwehr auf der Schlächterwiese beigewohnt, dort eine Rede gehalten, in welcher von „Mißverständnissen" gesprochen wurde, und hierauf zu einem Lebehoch für den König aufgefordert. Hr. v. Aschoff hielt eine „wohlwollende" Ansprache an die Volksmenge und fragte, ob man Bürgerblut vergießen wolle? Viele Stimmen verneinten diese Frage; die Aufforderungen der Einzelnen, nach Hause zu gehen, wurde zahlreicher; endlich zerstreuten sich die Haufen*). Als um 1 Uhr Morgens Hr. v. Minutoli sich

---

Ruhe. Eichler forderte nun auf, wieder nach den Zelten hinauszuziehen, um nicht in der Stadt Scandal zu machen; dadurch würde sich nur die Deputation, welche dem Minister Ruhe versprochen hätte, blamiren und das wolle das Volk gewiß nicht. Er schloß mit den Worten: „Na, ich gehe, und wer nicht mitkommt, ist ein Hundsfott!" Wieder erscholl ein lautes Gelächter und Eichler's Zweck war erreicht. Die Menge zog sich augenblicklich nach den Zelten zurück."

*) Hr. Dr. Löwinson konnte nicht umhin, einen Vorfall zu veröffentlichen, der mit den eben geschilderten Scenen in einiger Verbingung steht. „Als die Volkshaufen" erzählt er, „das Wiederanschreiben des Worts: National-Eigenthum verlangten, schien es mir am einfachsten, daß man das Transparent aufstelle, welches am 19. März sich am Hause befand und die Worte enthielt „das National-Eigenthum ist dem Schutze der Bürger anvertraut." Als ich diese Ansicht, welche die Beistimmung des versammelten Volks erhalten hatte, dem Castellan mittheilen und denselben zur Herausgabe des Transparents auffordern wollte, wurde mir von einer am Hause aufgestellten Bürgerschildwache der Weg verstellt. Da ich nur allein ohne alle Volksbegleitung den Castellan aufsuchte, gern jedes Aufsehen zu vermeiden beabsichtigte, so setzte ich einfach dem Hrn. Bürgerposten meine Absicht auseinander und bat ihn mit Rücksicht auf den Zweck den Zugang nicht weiter zu versperren. In diesem Augenblicke fuhr ein Herr in unserer Nähe plötzlich mir

einfand, hatte die Menge bereits den Rückzug angetreten. Zwar entstand noch, wie die „Volksstimme" berichtet, ein Auflauf vor der Hausvoigtei, da einige Personen sich vorgenommen hatten, Schlöffel zu befreien; aber auch hier „ging Alles ruhig vorüber, weil stets Volksmänner, Schasler u. A., zugegen waren, welche das Volk zum Auseinandergehen aufforderten."

„So haben wir denn," bemerkt die Nat.-Z. am Schluß ihres Berichts, „den ersten, ernstlichen Krawall nach der Revolution gehabt. Auf wem lastet die erste Schuld? Wir können nur das Ministerium anklagen, keinen anderen. Mit unglaublicher Klugheit haben die Minister gerade das unpassendste Mittel zu ihren Zwecken ausfindig gemacht: statt, wie es doch jetzt so leicht ist, die öffentliche Stimmung zu studiren, ehe sie einen so auffallenden Schritt thaten, müssen sie sich nun die massivste und massenhafteste Kritik desselben gefallen lassen, müssen sie nun ohne Zweifel einen ausgesprochenen Vorschlag zurücknehmen und erleiden eine moralische Niederlage, wenn nicht gar, was ein günstiges Geschick verhüten möge, im weiteren Fortgange der Gährung Ausbrüche physischer Gewalt sie und uns alle in noch größere Verwickelungen bringen."

VII. Die Entwickelung der Demonstrations-Versuche gegen das Ministerium und seine Maßregel. — Wiederholte Nachgiebigkeits-Erkärungen des Staatsministeriums. — Die Führer der Massen Aufrührer und Beschwichtiger derselben.

Ruhiger, als erwartet wurde, war der erste Tag nach der Veröffentlichung des ministeriellen Berichts, vorübergegangen. „Bis jetzt" schreibt ein Correspondent der hamb. Börsenhalle, am 13., „herrscht in der Stadt eine ungeheuere Aufregung; Gewehre und Schießbedarf sind wieder in Bereitschaft ge-

---

und dem Bürgerposten entgegen, und auf die hochfahrendste Weise mit gebieterischem Tone verbot er dem Posten, irgend Jemand einzulassen. Mir schien diese Art des Befehlens doch zu eigenthümlich und ich fragte sofort den gestrengen Herrn Commandirenden: ob er vielleicht Zugführer oder Hauptmann wäre. Das geht Sie nichts an, herrschte mir Jener entgegen, und wandte, indem er nochmals dem Posten jenen Befehl wiederholte, den Rücken. Mehrere Versuche den Namen des Herrn zu erfahren, obschon selbst der Castellan, mit dem der Herr offenbar bekannt war, darum angegangen wurde, scheiterten; endlich fügte es der Zufall, daß ich eine Viertelstunde später mit jenem Herrn in der Menge zusammentraf und durch mein unumwunden ausgesprochenes Verlangen nach dem Namen, wie dadurch, daß ich erklärte, nur ein ehrloser Mensch könne Anstand nehmen, seinen Namen zu nennen, zumal wenn er Denjenigen kenne, welcher ihn darnach frage, es erwirkte, daß ich erfuhr, wer jener Mann sei, welcher sich unterfangen hatte, einen Posten der Bürgerwehr, gleich als stände ein Lakai oder Gensd'arm an dessen Stelle, Befehle zu ertheilen. Es war der Hofmarschall des Prinzen von Preußen Graf v. Pückler."

setzt und Jeder fragt sich, was das Ministerium thun werde — —" Und der Berichterstatter der augsb. Allgem. Zeitung — ein „so eben schwer bewaffnet vom Palaste des Prinzen von Preußen zurückkehrender" Bürgerwehrmann — meldet am 13. Morgens 2 Uhr, die Aufregung sei „zu solcher Höhe gestiegen, daß alle Geschäfte stockten, daß überall Kugeln gegossen würden, daß sich schon Vereine und Compagnieen für einen bevorstehenden Straßenkampf bildeten und daß die bewaffnete Bürgerschaft jeden Augenblick mit den zusammengerotteten Volkshaufen in blutige Reibung zu kommen drohte." Dieselben Erscheinungen, welche der vorige Tag geboten, wiederholten sich am Sonnabend, dem 13. Aufgeregte Gruppen auf den Plätzen und in den Straßen, Bürgerwehr-Patrouillen, an den Ecken Proteste und Plakate drohenden Inhalts. Wir lassen einige derselbenfolgen:

Männer des Volkes! Die von dem Staatsministerium vorgeschlagene unzeitgemäße Maßregel in Betreff des Prinzen von Preußen hat gestern von Eurer Seite eine Demonstration hervorgerufen, welche ein Einschreiten der Bürgerwehr veranlaßte, das wir lebhaft bedauern. Wir sehen uns dadurch der Mißdeutung ausgesetzt, als ob die Bürgerwehr gerechten Forderungen des Volkes feindlich entgegentreten könne oder wolle. Deshalb fühlen wir uns gedrungen, Euch feierlich zu erklären, daß wir, und wie wir hoffen ein großer Theil der Bürgerwehr, stets mit Euch Hand in Hand gehen werden. Wir sind Eins mit Euch in dem Bestreben zur Erhaltung der Freiheit und werden nur Denen entgegentreten, die Person oder Eigenthum gefährden. Sollte ein Ministerium Maßregeln ergreifen, wodurch mit Gewalt die errungenen Freiheiten zurückgedrängt würden, dann sollen unsere Waffen die von Euch theuer erkauften Rechte vertheidigen und wir werden mit Euch stehen und fallen. Die Zeit erfordert, daß wir Alle treu und fest zusammenstehen und allen Schritten, die einen Zwiespalt zwischen der Bürgerwehr und denen, die nicht in ihren Reihen stehen, hervorrufen könnten, in aller Kraft entgegentreten. Mehrere Bürgerwehrmänner verschiedener Bezirke.

An Ein Königl. Hohes Staats-Ministerium. Wir unterzeichnete Bürgerwehrleute, Bürger und Schutzverwandte des 42. Stadtbezirks, legen hiermit feierlichst Protest ein gegen die Zurückberufung Sr. K. Hoheit des Prinzen von Preußen, welche Seitens Eines Hohen Staats-Ministeriums beansprucht worden ist. Wir glauben, daß diese Zurückberufung nur durch die gesammten Vertreter des Volks beschlossen werden kann. Die jetzt durch Ein Hohes Staats-Ministerium veranlaßte Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen muß, unserer Meinung nach, nothwendiger Weise die seit dem 19. März durch die vereinte Kraft freier Bürger aufrecht erhaltene Ordnung in einer Weise stören, deren Folgen unabsehbar sind. — Berlin, den 12. Mai 1848. — Stadtverordneter, Hauptmann der Bürgerwehr des 42. Bezirks, A. W. Hayn. Stellvertreter des Hauptmanns, Adolph Moeves. (Folgen 108 Unterschriften.)

Protest der Berliner Studentenschaft. Die Studentenschaft hat am Freitag Nachmittag eine Deputation zum Ministerpräsidenten Camphausen gesandt, um ihm durch dieselbe zu erklären: „daß sie gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen für jetzt Protest einlegen müsse, und zwar aus folgenden beiden Hauptgründen: 1) weil sie einzig und allein der bevorstehenden preußischen Nationalversammlung das Recht zugestehen könne, über die künftige Stellung des Prinzen von Preußen zu entscheiden; 2) weil sie die gegründete Befürchtung hege, daß die Ruhe und Ordnung der Stadt durch die jetzige Rückkehr des Prinzen von Preußen gestört und hierdurch unsere junge Freiheit auf das Ernsteste gefährdet werden könnte. — Der Ministerpräsident behielt sich vor, auch die Meinung der übrigen Theile der Bevölkerung Preußens in dieser Angelegenheit zu hören.

Die berliner Studentenschaft.

Der Protest der Letzteren blieb nicht ohne Anfechtungen der Minorität unter den Studenten. Diese erklärten in einer mit 60 Namensunterschriften ver-

sehenen „Verwahrung" vom 14.: „Wir können nun und nimmer zugeben, daß eine Studentenversammlung, von deren Berufung nur durch Zufall ein Theil der Commilitonen Kenntniß nehmen konnte, sich öffentlich für die Studentenschaft ausgebe." — Ein Protest der Mitglieder des Künstlercorps bezog sich zunächst auf das Schreiben der Bürgerwehrmajore an den König. Die Unterzeichner des Protestes „halten diesen Brief, der ohne vorherige Zustimmung der Gesammtheit dennoch abgefaßt ist, als wenn er die Ansicht der ganzen Bürgerwehr ausspräche, für eine Usurpation der Rechte der einzelnen Corps von Seiten der Chefs. Sie fühlen sich um so mehr zu dem Protest verpflichtet, als einerseits der Chef des Künstler-Corps jenen Brief unterschrieben hat, während sie anderseits unter keiner Bedingung eine Parade mitgemacht hätten an einem Tage, an welchem von Seiten der Regierung officiell die Rückberufung des Prinzen von Preußen ohne Genehmigung der National-Versammlung ausgesprochen war."

Das Ministerium gab den versprochenen Bescheid, das Resultat des angekündigten Ministerraths, in folgender Erklärung, die am Nachmittag durch großgedruckte Eckanschäge verbreitet wurde:

Die vom Staats-Ministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theil der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Gränzen des Vaterlandes weilen darf zu der Zeit, wo das neue Verfassungswerk zwischen dem Könige und seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Gränzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des Seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die Regierung von Ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden dann alle Besorgnisse vor reactionairen Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volks, zurückkehren!

Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungsgewalt und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungsbeschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als aus allen Theilen des Landes sich kundgiebt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volksvertretung erwarten. In dieser ihrer Ansicht nach allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins. — Berlin, den 13. Mai 1848. — Das Staats-Ministerium. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanitz. v. Patow.

Dieser Bescheid vermochte keineswegs, weitere Protestationen zu unterdrücken, wie zu verhindern, daß fernere Versuche gemacht wurden, „durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regierung einzuwirken." Proteste folgten auf Proteste. Die meisten derselben wurden als Plakate veröffentlicht. Die früher erwähnte Adresse des Bürgerwehrclubs erhielt im Laufe des 13. gegen 4000 Unterschriften. Von den einzelnen Bürgerwehr-Bezirken wurden ähnliche Protest-Adressen erlassen. So erklären „die Bürgerwehrmänner des 4ten Bataillons" in einer Adresse vom 13.: „Die Bürgerwehr, welche es sich bei ihrem Entstehen zur Pflicht gemacht hat, das constitutionelle Königthum, so wie die Ruhe, wo sie nur irgend gefährdet werden könnte, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten, sieht mit Betrübniß einen Fehlgriff in der letzteren vom Ministerium getroffenen Maßregel. Ihre Bürgerpflicht und die Aufrechthaltung der ihr anvertrauten Ordnung gebietet ihr, gegen die Art und Weise, wie die Zurückberufung des Prinzen von Preußen geschehen, zu protestiren — wenngleich sie von der Nothwendigkeit derselben zur geeigneten Zeit sich vollkommen durchdrungen fühlt." — Am Abend wurde wieder eine Volksversammlung vor den Zelten abgehalten; gleichzeitig berieth der constitutionelle Club über die Angelegenheit des Tages. Wir geben zuerst die Verhandlungen der letzteren Versammlung nach dem in der Clubzeitung enthaltenen Protokoll wieder:

Mehrere Anträge von dringender Wichtigkeit erhalten den Vorrang vor den auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Dieselben beziehen sich sämmtlich auf einen Protest, welcher vom constitutionellen Club gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen erlassen werden soll. – Hr. Volkmar motivirt seinen in diesem Sinne gestellten Antrag. Die letzte Bekanntmachung des Ministeriums zeuge für die Nothwendigkeit des Protestes. Der Prinz möge seine constitutionellen Studien in England und Belgien verlängern; er könne erst dann zurückkehren, wenn die Constitution vollendet sein wird. Hr. Schulz, der einen ähnlichen Antrag gestellt, erklärt, man müsse vom constitutionellen Standpunkt aus die Zurückberufung des Prinzen mißbilligen. Das Ministerium habe denselben nicht entsendet, es dürfe ihn nicht zurückrufen. Leicht könne eine Revolution, könne der Umsturz der constitutionellen Monarchie die Folge dieses übereilten Schrittes sein. Man möge daher, ehe man diese Maßregel verwirkliche, den Zusammentritt der Nationalversammlung abwarten. — Hr. Pegert, gleichfalls als Antragsteller, meint, es sei die Aufgabe des Clubs, das Ministerium vor Mißgriffen zu warnen. Ein solcher sei die Zurückberufung des Prinzen, der, wie man auch über seine Schuld oder Unschuld denken möge, durch seine freiwillige Selbstverbannung den Stab über sich gebrochen habe. Nach diesen Antragstellern nimmt Hr. Prutz das Wort, um die Erlassung eines Protestes zu unterstützen, nicht gegen die Rückkunft, sondern allein gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen. Das Recht des Prinzen, zurückzukehren, sei, nach der Ansicht des Redners, unzweifelhaft; er könne kommen und gehen, reisen und zurückkehren, wie jeder Andere. Ja nicht einmal von dem Votum der National-Versammlung erklärte der Redner die Rückkehr des Prinzen abhängig machen zu wollen, da diese Versammlung an sich keinen Gerichtshof bilde, auch keine bestimmte Anklage gegen den Prinzen vorliege. Ein Einziges sei es, was die Rückkehr hindern könne und, sollte man sie in diesem Augenblicke durchsetzen wollen, ohne Zweifel hindern werde: das sei die geschichtliche That einer Revolution. — Hier, von Seiten des Clubs, habe man es nur mit der Zurückberufung durch das Ministerium und besonders mit der Form derselben zu thun. Dieser jüngste Erlaß des Ministeriums sei aber, nach der Ansicht des Redners, ein neuer äußerster Beweis dafür, daß diese Männer, welche als Oppositionsmitglieder mit Recht die allgemeinste Verehrung erworben haben, dennoch unfähig seien, als Staatsmänner das Ruder des Staates zu führen, indem sie bisher immer nur halbe, unkräftige, unzweckmäßige Maßregeln ergriffen

hätten. So auch in diesem Falle. Man müsse gegen „die Lüge" protestiren, welche das Ministerium im Eingange seines Erlasses in Bezug auf die „vertrauliche Mission" des Prinzen wiederholt habe. Verletzend sei auch der Ausdruck „die Aufregung der Gegenwart", als eine Mißbilligung der Aufregung, welche doch den Stammbaum der preußischen Freiheit und auch des Ministeriums enthalte. Dieser Ausdruck beweise, daß wir diese Männer, daß sie sich selbst bisher nicht richtig erkannt hätten. Der Club müsse zeigen, daß er Ordnung und Freiheit wolle, nicht blos die abstracte Ordnung, die Ordnung um jeden Preis, die Ministerialwillkür. — Hr. v. Knebel entgegnet mit der Wiederholung, daß der Prinz das Recht jedes Unterthanen habe, in sein Vaterland zurückzukehren, und nur eine neue Revolution könne ihm dies Recht nehmen. — Hr. Jordan erklärt, die Rückkehr des Prinzen sei eigentlich eine Privatangelegenheit, welche nur Taktlosigkeit des Ministeriums in eine öffentliche umgewandelt. Es habe dadurch das letzte Glied zu einer Kette gefügt, welche die constitutionelle Freiheit ersticken solle. Es dürfe nicht zwei Tage noch am Ruder bleiben, weil es den König zu Maßregeln verleite, die ihn mitten in den Kampf der Parteien werfen. Ein Ministerium, das kein Genie in seiner Mitte habe, sei schon dadurch unmöglich. Man müsse auf Abdankung des Ministeriums dringen. Hr. Aegidi hält den Schrecken, der sich in Berlin verbreitet hat, für panisch, für lächerlich, aber auch zugleich für unverzeihlich. Ein ausgewanderter Prinz wird zurückgerufen, um seinen Unterthanenpflichten zu genügen, was ist dabei Furchtbares? Dasselbe habe einst Frankreich nach und in einer Revolution dringend von seinem König verlangt. Nicht erst nach Feststellung der Verfassung müsse man den Prinzen herrufen, sondern vor Begründung derselben, um jeder Intrigue, jeder Machination vorzubeugen. Das Ministerium sei deshalb verpflichtet, die Zurückkunft des Prinzen zu verlangen. Die Aufregung sei allerdings vorhanden; sie sei um so mehr zu fürchten, als auch die besonneneren Männer den Kopf verlieren. Es gäbe zwei Parteien in der Stadt: die Einen freuten sich heimlich, daß eine Gelegenheit zu neuen Revolutionen gegeben sei; die Andern bedauerten die Maßregel, ohne sich aber verleiten zu lassen, mit den Anarchisten ein Bündniß zu schließen. In der Versammlung seien gewiß keine Anhänger der ersteren Partei. Das Ministerium werde für seine Schritte der National-Versammlung Rechenschaft ablegen müssen; diejenigen besonnenen Männer, welche dem terroristischen Treiben, bewußt oder unbewußt, Vorschub leisten, seien der Geschichte verantwortlich. Man möge sich um den Verdacht des Servilismus nicht kümmern, der so oft ohne Grund geäußert werde. — Hr. Prof. Keller will zwei Punkte auseinander gehalten wissen: die Ansicht über die Entfernung des Prinzen von Preußen, der ohne Richterspruch verurtheilt und zur Verbannung getrieben, also eines Rechtes verlustig erklärt worden ist, dessen alle Bettler genießen. Ueber die Mission des Prinzen, die man als Lüge bezeichnet, wisse man nichts Genaues. Die Zurückberufung des Prinzen habe der Redner gemißbilligt; doch frage sich nun, was der Club zu thun habe. Man habe das System gestürzt, welches eine Bevormundung des Volkes von Seiten der Regierung darstellte; man dürfe die Sache nicht umkehren und die Bevormung der Regierung durch das Volk einführen. Die Regierung möge, wie das Volk, frei handeln und dann vor der National-Vertretung sich verantworten. Hr. Streber betrachtet die Flucht des Prinzen als einen Bestandtheil der Revolution, die man sich nicht verkümmern lassen dürfe. Das Ministerium habe, dem früheren „zu spät" gegenüber, hier einmal „zu früh" gehandelt, und man müsse dagegen protestiren. Hr. Glaser meint, wenn der Prinz von Preußen eine Mission gehabt, so müsse er dann zurückkehren, wenn dieselbe beendigt ist. Der Prinz könne nicht nach Gefallen wegbleiben oder zurückkehren, er wäre nicht als Privatperson, sondern als Thronfolger zu betrachten; er sei nicht einem gewöhnlichen Gerichte, sondern dem Volke, d. h. der National-Versammlung verantwortlich. Auch Frankreich habe die Brüder des Königs nur zurückgerufen, um sie auf die Verfassung zu vereidigen. Man könne sich hier nicht an ein bestimmtes constitutionelles Gesetz halten, da ein solches Gesetz noch nicht bestehe. — Hrn. Freese scheint, daß die privatrechtlichen Verhältnisse mit den politischen verwechselt werden. Der Prinz könne sich nicht vor ein gewöhnliches Gericht stellen, ein Fürst könne nicht durch ein Gericht, sondern nur durch eine Revolution vertrieben werden. Hr. Prutz antwortet auf die Gründe des Hrn. Aegidi, „der so genau mit den ministeriellen Motiven vertraut sei" und des Hrn. Keller, der sich stets auf seine republikanischen Erfahrungen berufe." Er klagt namentlich das Bemäntelungs-System in der Form des ministeriellen Erlasses an. Dagegen sei es erlaubt zu petitioniren und zu protestiren. Das Petionsrecht sei nur das heuer erworbene Recht der freien Bewegung, das man wahren müsse. Man sei noch in der Revolution oder wenigstens im Stadium einer staatlichen Neubildung. Man müsse seine Ansicht vernehmen lassen, ohne Anderen dieses Recht ihrerseits verkümmern zu wollen. Hr. Aegidi betrachtet die Worte des Hrn. Prutz als eine persönliche Anklage gegen sich.

Er stehe in persönlichen Beziehungen zu dem Hrn. v. Auerswald, seitdem dieser Abgeordneter sei; diese Verhältnisse seien allerdings nicht verändert worden, seitdem Hr. v. A. Minister geworden. Doch glaube er durch diese keineswegs amtliche Stellung nicht des Rechts verlustig zu gehen, an öffentlichen Discussionen Theil zu nehmen. Nicht durch Verdächtigung dieser Stellung solle man ihn, sondern durch Gründe bekämpfen. Hr. Prutz erklärt, von dieser Stellung des Hrn. Aegidi bisher nie Etwas gewußt zu haben; worauf er sich bezogen, das sei ein gewisser Eindruck, welchen die Reden des Hrn. Aegidi auf ihn und, irre er nicht, auf die Mehrzahl der Versammlung gemacht. Im Uebrigen gebe er dem Redner die vollste Ehrenerklärung. — Die Versammlung wünscht den Schluß der Debatte und beschließt gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen von Seiten des Ministeriums einzuschreiten. Und zwar soll eine Adresse gegen diese Maßregel erlassen und durch eine Deputation überreicht werden. Diese Deputation soll bestehen aus den Herren Prutz, Vollmar, Jordan und Glaser. —

Der vom Club erlassene und alsbald durch Plakate verbreitete Protest lautete:

Hohes Ministerium! Der constitutionelle Club sieht sich genöthigt, sein aufrichtiges Bedauern auszusprechen über den Erlaß vom 10. d. M., betreffend die Rückkehr des Prinzen von Preußen. Er hält diesen Erlaß für einen bei der dermaligen Stimmung unzweckmäßigen und gefährlichen. Er kann sich nicht einverstanden erklären mit der Begründung, welche ein hohes Ministerium demselben gegeben hat. Er findet es unverträglich mit der Würde eines preußischen Ministeriums, mit der Würde des Volkes, den offenkundigen Thatsachen gegenüber noch ferner von einer Mission des Prinzen von Preußen zu sprechen, er bekennt sich auf's Unangenehmste berührt durch die Erwähnung einer Ritterlichkeit, die nirgends weniger zur Sprache kommen dürfte als hier; er findet einen Widerspruch mit den jüngsten glorreichen Ereignissen unserer Geschichte in der zweideutigen Art und Weise, mit welcher in diesem Erlaß der Erregung der Gegenwart gedacht wird — einer Erregung, welcher wir eben Alles verdanken, was wir in diesem Augenblicke sind, ja der das Ministerium selbst das Dasein schuldig ist. Indem der constitutionelle Club in diesem Sinne den übrigen aus der Mitte unserer Bevölkerung bereits eingereichten Protesten sich anschließt, ersucht er ein hohes Ministerium um sofortige Zurücknahme des gedachten Erlasses. Der constitutionelle Club.

Diesen Protest überbrachte die im Bericht genannte Deputation noch am 13. Abends dem Ministerpräsidenten. Nach der Mittheilung, welche in der nächsten Sitzung, am 15., von dem Sprecher Furbach über den Erfolg der Audienz gemacht wurde, äußerte Hr. Camphausen sich gegen die schroffe Fassung des Protestes, worauf Hr. Prutz den Ministerpräsidenten auf die Ruhe, mit welcher der Protest berathen und auf die Einstimmigkeit, mit der er angenommen worden, aufmerksam gemacht. Eine entschiedene Antwort gab Hr. Camphausen der Deputation nicht; er versprach jedoch, den Protest des Clubs ebenfalls im Ministerrath vorzulegen und in weitere Erwägung ziehen zu wollen.

Die Volksversammlung vor den Zelten war am 13. noch zahlreicher als am vorigen Abend und „von Personen aus allen Ständen" besucht:

Hr. Schasler machte der Versammlung die Mittheilung, daß an die Deputation der gestrigen Versammlung eine schriftliche Anwtort des Ministeriums gelangt wäre, welche nichts weiter enthielte, als die Erklärung, daß die Antwort der Minister in deren (oben abgedruckten) Bekanntmachung, wovon dem Schreiben Abschrift beilag, enthalten sei. Hr. Horwitz las auf des Präsidenten Aufforderung mit lauter Stimme die Bekanntmachung vor, welche die gewaltige Versammlung in tiefer, lautloser Stille anhörte. Nach dieser Verlesung sagte Hr. Schasler, es sollten die Herren Jung und Eichler herbeschieden werden, da sie hier nöthiger wären, als im politischen Club, der gerade eine seiner regelmäßigen Sitzungen halte; es wurde aus der Mitte der Versammlung geantwortet, daß die Mitglieder des politischen Clubs bereits ihre Sitzung vertagt und sich vor

den Zelten eingefunden hätten. Es erhielt hierauf Dr. Kollmann das Wort, der als Rottenführer in einer der Bürgerwehr-Compagnieen die Mittheilung machte, daß auch ein Theil der Bürgerwehr die Entrüstung der hier anwesenden Versammlung über den von den Ministern gethanen Schritt theile. Der Redner las zum Beweise den (oben mitgetheilten) Protest „mehrerer Bürgerwehrmänner" unter großem Beifall vor. Nach der Vorlesung erzählte Herr Schasler einige Beispiele von brutalem Benehmen einzelner Bürgerwehrmänner am vorigen Abend, fügte aber hinzu, daß er damit nicht beabsichtige, gegen die Bürgerwehrmänner aufzubringen, vielmehr nur destomehr hervortreten zu lassen, wie erfreulich das durch die Vorlesung eben Vernommene sei. Hierauf theilte Hr. Horwitz mit, daß auch die berliner Studentenschaft am Tage zuvor ihren (vorher schon näher erwähnten) Protest beim Ministerium durch eine Deputation eingelegt habe und welche Antwort der Deputation geworden. Hr. Eichler ging nun auf den Gegenstand der Verhandlung selbst ein. Es werde von einer gewissen Partei nichts weiter gewünscht als die Bürgerbewaffnung und den übrigen Theil der Bevölkerung in Kampf unter einander zu verwickeln, um dadurch einen Anlaß zum Einschreiten mit Militairmacht zu erlangen. Dem müsse mit aller Kraft vorgebeugt und bewiesen werden, daß das Volk Willens sei, die Eintracht und Ruhe zu erhalten. Was die neue Bekanntmachung der Minister betreffe, so hätten diese darin nichts weiter gethan, als erzählt, daß der Prinz von Preußen nicht vor der Zeit kommen werde, weil er noch Politik in England und Belgien studiren müsse. Damit sei das nicht erfüllt, was das Volk von ihnen gefordert, aber das Ministerium sei schon eine „Leiche," es habe sich selbst getödtet, man brauche gar nichts mehr hinzu zu thun. Hr. Kotelmann: Durch den Vorwand jener Mission nach England sei das Gefühl nicht zu verwischen, welches Jedermann habe, um nicht einen Andern verantwortlich machen zu müssen. Deshalb sei die Zurückberufung des Prinzen ohne den Willen des Volkes eine Zerstörung dieser nothwendigen Bedingung des bestehenden Zustandes und ein Untergang der Ruhe. H. Bittkow kommt auf die Bürgerwehr zurück und protestirt gegen das endlose und unnöthige Allarmiren derselben. (Stimmen: „Aschoff muß abdanken! Unbedingt!") Hr. Aufrecht: Eichler habe Unrecht, jetzt zur Ruhe zu ermahnen; jede Zögerung sei gefahrvoll. Hr. Jonas: Berlin könne nicht verhindern, daß der Prinz von Preußen veranlaßt werde, nach Preußen zurückzukehren; wohl aber habe es ein Recht, zu verlangen, daß er nicht nach Berlin zurückkomme. Dafür bei den Ministern zu sorgen, solle der Magistrat durch eine Adresse aufgefordert werden („Nein!" und spöttische Rufe). Hr. van Arcken: Das Ministerium sei nicht werth, daß seinetwegen Blut vergossen werde. Man möge den Landtag abwarten, das Ministerium müsse dann fallen. H. Pietsch, der hierauf das Wort erhält, liest den (oben erwähnten) Protest des bewaffneten Corps der Künstlerschaft vor. Es wird noch mitgetheilt, daß „sogar" auch der constitutionelle Club so eben damit beschäftigt sei, einen Protest abzufassen. Hr. Börner bekämpft darauf die Bemerkung, daß das Ministerium „eine Leiche" sei, im Gegentheil, es habe viel gethan, was es des Sturzes werth erscheinen lasse. Es habe durch seine Maßregeln in Bezug auf seine politischen Angelegenheiten Ströme Bluts fließen gemacht, deutschen so gut wie polnischen Blutes. Es habe durch die Verurtheilung Schlöffel's das Recht der freien Presse verletzt; endlich durch die veranlaßte Rückberufung des Prinzen von Preußen der Reaction Thür und Thor geöffnet — es müsse zum Rücktritt gezwungen werden. Von mehreren Rednern (Wiß, Cohnheim, Kümmlau, Saß), die in ähnlichem Sinne gesprochen, wurde unter momentaner Zustimmung der Versammlung vorgeschlagen, sogleich eine von der ganzen Menge zu begleitende Deputation zu Hrn. Camphausen zu entsenden, welche von ihm die Zurücknahme der allgemein angefochtenen Maßregel verlangen oder unverzüglich auf Abdankung des Ministeriums dringen solle. — Die Versammlung verlangt Jung zu hören, der sich aber bereits entfernt hat. — Hr. Held ist nun an der Reihe und stellt, nachdem er die Wiederholung einer und derselben Demonstration als einen Fehler bezeichnet und dennoch ein Weiterschreiten auf dem betretenen friedlichen Wege als unumgänglich nothwendig dringend empfohlen hat — nur in diesem Falle könne und werde er Volksführer bleiben — den Antrag, daß eine Commission von dreißig Mitgliedern ernannt werde, zu dem Zwecke, um sich mit den verschiedenen Clubs und Corporationen der Hauptstadt in Verbindung zu setzen und ein einmüthiges Protestiren gegen die von den Ministern beliebte Maßregel zu Wege zu bringen. — Stürmisch wurde nach Hrn. Held's mit großem Beifall aufgenommener Rede von andern Rednern das Wort zur Entgegnung verlangt. Der Präsident konnte sich jedoch in der Versammlung nicht mehr vernehmlich machen, von allen Seiten wurde auf Erwählung der Commission gedrungen, und nur Hrn. Siegerist gelang es noch, mit seiner Riesenstimme durchzudringen. Er erklärte, daß die Eisenarbeiter insgesammt entschlossen wären, bei dem Pro-

teste gegen die Maßregel zu beharren, sie hätten aber vernommen, daß die Minister einen ehrenvollen Rückzug suchten, dazu müsse ihnen Zeit gelassen werden. Man möge abwarten, was morgen Seitens der Minister geschehen würde, am anderen Tage aber sich wieder versammeln, und, falls nichts geschehen wäre, dann die weiteren Entschließungen fassen *). Darauf wurde ein Theil der Commissions-Mitglieder vorgeschlagen und von der Versammlung genehmigt, auch den Gewählten überlassen, die Zahl der Mitglieder durch eigne Wahl zu ergänzen. Die Commission blieb noch in einem der Zelte bis spät in die Nacht beisammmen.

Mit dem von einem der Redner in Bezug auf das Ministerium angewandten Ausdruck: „Leiche" hatte Gustav v. Struve, unter Approbation Heinr. v. Gagern's, am 2. April im Vorparlament den alten Bundestag, der freilich noch fortvegetirte, bezeichnet. An diesen Ausdruck knüpfte ein der Zeitungs-Halle eingesandter Artikel (von Immanuel Fernbach) an, dem wir, zur Charakteristik der Parteien, Einiges entnehmen. „Die Volks-Versammlung vom 13." beginnt der Artikel, „liefert wieder einmal den klaren Beweis, wie meist an der Unentschiedenheit derer, die sich zu sogenannten Volksführern aufgeworfen, ganze Unternehmungen scheitern. Die Antwort des Ministers des Innern auf die Forderungen der verschiedenen Deputationen von vorgestern, das durchaus unvolksthümliche Gebahren des Ministers Grafen von Schwerin, dazu die an den Ecken angeschlagene Bekanntmachung des Gesammtministeriums konnte das erregte Volk nicht nur nicht befriedigen, sondern mußte es vielmehr tief beleidigen. — Es wurde unter diesen Umständen der Vorschlag gemacht, durch eine neue Demonstration das Ministerium entweder zur Zurücknahme seines Beschlusses oder zur Abdankung zu veranlassen. Was thaten nun die sogenannten Volksmänner? Mit wenigen Ausnahmen predigten sie Geduld und gaben dem verhöhnten Volke Brausepulver... Hr. Eichler tritt auf; er spricht gegen die Demonstration, weil sie unnöthig sei. Das Ministerium sei eine Leiche, und sich um einer Leiche willen in Gefahr zu begeben, sei überflüssig; man solle sich kräftigen für den Tag der Entscheidung und seine Kräfte nicht an einer Leiche vergeuden, die von selbst verfaulen werde. Das Ministerium habe

*) Gegen die Aeußerungen von Siegerist erschien am 15. ein Plakat folgenden Inhalts: „In der Volksversammlung unter den Zelten am 13. d. M. hat der Schlossergeselle Siegerist erklärt, er spräche im Namen und stände an der Spitze von 4,000 Maschinenbauern. Da derselbe auch in der Gartenstraße aufgefordert, bei ausbrechendem Sturme die Schienen der Eisenbahn aufzubrechen, so erklären wir hiermit öffentlich, daß wir den Siegerist aus unserem Comité gänzlich entfernen, indem er schon mehrfach im Namen sämmtlicher Maschinenbauer gehandelt und gesprochen hat, ohne allen Auftrag. Wir sind weit entfernt, den Siegerist als unsern Führer zu betrachten und ehren Gesetz und Recht viel zu hoch, als daß wir uns zu Drohungen obiger Art erniedrigen sollten, zumal unsere rechtmäßigen Ansprüche immer Gehör gefunden haben. Wir verwahren uns hiermit ein- für allemal gegen die unberufene Erklärung Einzelner und bitten unsere Mitbürger, uns als Männer von gesunden Herzen zu betrachten. — Berlin, den 15. Mai 1848. Die Mitglieder der Fabriken von Borsig, Sigl, Wöhlert, Runge, Pflug, Webers, Rüdiger, Egells, Hummel, Spatzier, Homan, Hauschild, Hoppe, Freund und von der Maschinenbauanstalt in Moabit." — Siegerist vertheidigte sich dagegen in einem Plakate eine Minorität, unter den Maschinenarbeitern, erklärte sich mit ihm ebenfalls durch Eckenanschlag einverstanden, worauf die Borsig'schen Arbeiter (am 20.) durch Plakat bekannt machten, daß die von S. erwähnte „ehrenwerthe Minorität" den zwölften Theil der sämmtlichen Arbeiter bilde.

sich schon so oft blamirt, es werde sich noch ferner blamiren und in der Blamage verwesen. Noch vor einigen Tagen klagte Hr. Eichler das Ministerium wegen seiner Politik in Polen in heftigen Worten an und heute hält er es für eine Leiche! Welcher Widerspruch! (Folgt ein Verzeichniß der undemokratischen Handlungen des Ministeriums). Und wäre das Ministerium wirklich eine Leiche, soll sich das Volk den Pestgeruch derselben ruhig gefallen lassen? In der Civilisation werden die Leichen eingescharrt, und diese Ministerleiche soll ruhig über der Erde verfaulen? Man sah es deutlich, die ganze Leichendiatribe war auf Knallefect berechnet. . . Nicht minder bemerkenswerth ist das Auftreten des „Bürgers“ Held. Nach einigen selbstgefälligen persönlichen Bemerkungen, die Anrede „Bürger“ betreffend, erklärte er sich gegen die Demonstration; die vom Freitag sei erfolglos gewesen, folglich werde eine zweite auch keinen Erfolg haben, und um sich nicht lächerlich zu machen, müsse man sie unterlassen. Wer aber trägt denn die Schuld der Erfolglosigkeit der letzten Demonstration, wer anders als Die, welche sich stets zur Aufgabe machen, das Vertrauen des Volks zur Vereitelung Erfolg versprechender Unternehmungen zu mißbrauchen? Wer war es, der sich von der beabsichtigten großen Wahldemonstration feig zurückzog; wer war es, der am Freitag durch Aufforderung zum Auseinandergehen die ganze Demonstration um ihren Erfolg brachte und lächerlich machte? Bedingt die Erfolglosigkeit der einen nothwendig auch die der andern? — Und nun noch gar diese sentimentale Jeremiade und pomphafte Beschwörung von Bürgerkrieg! Als ob durch vorher verlesene Aktenstücke nicht hinreichend erwiesen war, wie sehr die Bürgerwehr mit der Volks-Versammlung in diesem Punkte eins sei? Aber diese Halben, die sich Radicale, Republikaner nennen, und wenn es zu handeln gilt, nur Phrasen und Wortspiele u. dergl. haben, womit sie dem Volke, um dessen Gunst sie buhlen, Sand in die Augen streuen, diese Unentschiedenen sind unverbesserlich. Ihr Ich ist ihnen Alles. Um es nur mit keiner Seite ganz zu verderben, halten sie sich den Rücken gedeckt, predigen Frieden und Eintracht, wo beide unmöglich sind und der Krieg schon begonnen hat. Und was ist das permanente Ergebniß ihrer sentimentalen, immer um den Brei herumtappenden, feigen Schönrednereien? — Eine Commission!“

Die Commission der Dreißig bildete sich aus den von der Volks-Versammlung gewählten und denjenigen Personen, welche die dazu aufgeforderten Clubs als Mitglieder abordnete. Die Beschlüsse der in den Zelten „bis spät in die Nacht“ verhandelnden Commission sind in einem Plakate enthalten, welches, noch in der Nacht gedruckt, am folgenden Morgen überallhin verbreitet war. Dieses Plakat, das letzte Aktenstück des 13., lautete:

An sämmtliche Einwohner Berlins.

Das Ministerium hat eigenmächtig die Rückberufung des Prinzen von Preußen beschlossen. Nur das Volk und in seinem Namen die National-Versammlung hat das Recht,

die Zurückberufung zu decretiren. Trotz der fast einmüthig ausgesprochenen Protestation Berlins gegen diese Zurückberufung erklärt das Ministerium, diese Maßregel aufrecht erhalten zu wollen. Wir fordern daher sämmtliche Einwohner Berlins, welche gegen die jetzige Zurückberufung des Prinzen von Preußen sind, auf, sich am Sonntag, dem 14. Mai, Nachmittags 5 Uhr, unter den Zelten einzufinden. Alle Diejenigen, denen das Recht, Waffen zu tragen, zusteht, werden ersucht, in geschlossenen Zügen, zur Sicherung der Ordnung, bewaffnet zu erscheinen.

Berlin, 13. Mai 1848.

Die von der Volks-Versammlung unter den Zelten ernannte Commission.

In einem reicheren Blätterschmucke hatten sich die Straßenecken Berlins zuvor noch nie gezeigt, als an diesem Sonntage, dem 14., auf den die eben erwähnte Volks-Versammlung berufen war. Aber nicht Protestationen allein, wie an den beiden vorigen Tagen, waren es, was jene papierne Bekleidung enthielt: die Straßenecken und ihre Decorationen predigten an diesem Sonntage auch Frieden, Ruhe und Versöhnung. Und die Zahl der Beruhigungs-Plakate stach von der der Protestationen nicht zu sehr ab. — Wir theilen hier zuvörderst die Anschläge mit, welche zu dem Inhalte des oben angeführten in nächster Beziehung standen. — Der Commandeur und die Majore der Bürgerwehr erließen folgende

Bekanntmachung. Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie die Maßregel des Ministeriums, wodurch die Zurückberufung des Prinzen von Preußen beantragt wurde, zwar als gegenwärtig unzeitig nicht zu billigen vermögen, daß sie sich aber verpflichtet glauben, für die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, für den Schutz der bestehenden Behörden und für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums mit allen Kräften zu wirken. Berlin, 14. Mai 1848.

Aschoff, Commandeur der Bürgerwehr. Benda, Major des 20. Bataillons. Blesson, Major des 8. Bataillons. Franz Dunker, Hauptmann. Flist, Major des 23. Bataillons. v. Gärtner, Major des 19. Bataillons. Gilka, Adjutant des Command. der Schützengilde. Haak, Major des 2. und 3. Bataillons. Hensel, Chef des Künstler-Corps. Heitz, Major des 9. Bataillons. v. Herford, Major des 12. Bataillons. Heyl, Major des 11. Bataillons. Dr. Herrmann, Command. der Scharfschützen. Dr. Mücke, Command. des Handwerker-Vereins. Neumann, Major des 5. Bataillons. Oestmann, Major des 6. Bataillons. v. Stülpnagel, Major des 13. Bataillons. Thür, Major des 14. Bataillons. Wegner, Major des 21. Bataillons. v. Wimpfen, Major des 4. Bataillons. Woderb, Major des 15. Bataillons.

Aus der Studenschaft gingen zwei Erklärungen hervor:

Die heutige Studenten-Versammlung hat sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß eine etwaige bewaffnete Demonstration ungesetzlich und unzulässig sei, und hat sich mit überwiegender Majorität bereit erklärt, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung beizutragen. Im Namen des Vorsitzenden: Rau.

Die heutige Studenten-Versammlung hat einstimmig erklärt, daß, obgleich sie den Schritt des Ministeriums in Betreff der Zurückberufung des Prinzen von Preußen mißbilligt, sie doch eine bewaffnete Volks-Versammlung und eine bewaffnete Demonstration für ungesetzlich halten müsse. Ferner hat sie fast einstimmig ausgesprochen, daß sie im Falle ungesetzlicher Schritte sich für verpflichtet halte, für die Aufrechthaltung der Ordnung zu wirken. Berlin, den 14. Mai 1848.

Von dem General-Major von Aschoff, als Stadt-Commandanten, und dem Polizeipräsidenten von Minutoli war folgender Aufruf unterzeichnet:

An die Einwohner Berlins.

Die von der Volks-Versammlung unter den Zelten ernannte Commission hat in ihrer Aufforderung vom gestrigen Tage

alle diejenigen, welchen das Recht Waffen zu tragen zusteht, ersucht, in geschlossenen Zügen zur Sicherung der Ordnung heute Nachmittag um 5 Uhr unter den Zelten „bewaffnet" zu erscheinen.

Diese Aufforderung verstößt direct gegen die Vorschrift im §. 4. der Verordnung vom 6. April d. J.

wonach das Mitbringen von Waffen zu den Volks-Versammlungen unstatthaft ist.

Wir vertrauen dem bewährten Sinne der berliner Einwohner für Gesetz und Ordnung, daß es nur dieser Hinweisung bedarf, um von einem Verfahren abzuhalten, wo die Folgen in der jetzigen ernsten Zeit nicht vorauszusehen sind.

Außerdem veröffentlichte Hr. von Aschoff, als Bürgerwehr-Commandeur, noch folgendes Plakat, das auch in Tausenden von Exemplaren auf den Straßen vertheilt wurde:

Jede politische Berathung unter Waffen ist ungesetzlich. Die Waffen der Bürgerwehr dürfen nur zu den von ihren selbstgewählten Führern angeordneten Pflichterfüllungen gebraucht werden. Kein Mitglied der Bürgerwehr darf sich daher bewaffnet bei einer Volks-Versammlung betheiligen, ohne seine freiwillig übernommene heilige Pflicht gegen seine Mitbürger und gegen das Vaterland schwer zu verletzen.

Aschoff.

Eine Proklamation desselben Generals, datirt vom 14., die jedoch nicht in Plakaten veröffentlicht wurde, war als „Tagesbefehl" an die Bürgerwehr gerichtet. Der Mittheilung zufolge, welche der in der Bürgerwehr-Geschichte gut unterrichtete Verfasser der Schrift: „Personen und Zustände" giebt, war der General zum Erlasse des Tagesbefehls veranlaßt worden durch das in der Bürgerwehr laut gewordene Mißtrauen gegen die oberen Offiziere, so wie dadurch, daß in der Bürgerwehr „wegen der letzten Ereignisse eine so vollständige Spaltung eingetreten war, daß dieselbe in zwei Tagen einander gegenüber stand." Die Erklärung des Generals, welche nach derselben Mittheilung, „die freisinnige Hälfte der Bürgerwehr als eine Bürgschaft dafür ansah, daß man von ihr nicht ferner die Ausübung niedriger Polizeidienste verlangen wolle", beruhigte und glich die Spaltung einigermaßen aus. Wie von anderer Seite die Entstehung des „Tagesbefehls" vom 14. dargestellt wird — daß er nämlich eine Folge der zwischen der Dreißiger-Commission und dem General von Aschoff gepflogenen Unterhandlungen gewesen — wird der weiter unten folgende Bericht eines Mitgliedes jener Commission (in der Sitzung des conft. Clubs vom 15.) zeigen. Der „Tagesbefehl" lautete:

Die Bürgerwehr von Berlin und die fliegenden Corps haben in den letzten Tagen unwiderlegliche Beweise von treuer Pflichterfüllung gegeben. Indem ich dafür meine dankbare Anerkennung ausspreche, gebe ich der Bürgerwehr und den fliegenden Corps die Versicherung, daß ich ihre Thätigkeit ausschließlich zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Freiheiten so wie der Sicherheit von Personen und Eigenthum, und auch dann nur, wenn ich es für unvermeidlich nöthig halte in Anspruch nehmen werde. Wenn ich überzeugt bin, auf diese Weise in vollem Einverständniß mit der gesammten Bürgerwehr und den fliegenden Corps mich zu befinden, so glaube ich auch mit Bestimmtheit auf pünktliche und treue Mitwirkung rechnen zu dürfen*).

*) Der Bürgerwehr-Club erließ hierauf am 18. folgende Antwort: „Herr General! Die Mitglieder des Bürgerwehr-Clubs haben mit großer Befriedigung Ihren Ta-

Noch eine andere Veröffentlichung dieses Tages trug den Namen des Generals v. Aschoff. Ein Briefwechsel zwischen ihm und den Ministerpräsidenten wurde zur Beruhigung der Bevölkerung vom General durch Plakate folgenden Inhalts mitgetheilt:

Es hat sich unter einem großen Theile der hiesigen Einwohner und auch unter der Bürgerwehr das Gerücht verbreitet, daß Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen schon in der Nähe der Hauptstadt, oder doch schon auf deutschem Boden angelangt sei. Obwohl ich nicht an dieses Gerücht glaube, so erlaube ich mir doch, Ew. Excellenz um eine zur Veröffentlichung geeignete Aufklärung hierüber gehorsamst zu bitten. Berlin, den 14. Mai 1848. v. Aschoff. An den Königlichen Minister-Präsidenten Herrn Camphausen Excellenz.

Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf die Anfrage vom heutigen Tage, daß der Prinz von Preußen, Königliche Hoheit, sich gegenwärtig noch in England befindet, seinen Rückweg, der frühestens in einigen Tagen angetreten werden kann, über Belgien nehmen und sich daselbst einige Zeit aufhalten wird. Es ist daher leicht zu berechnen, daß Se. Königl. Hoheit nicht früher, als etwa in 14 Tagen in dem preußischen Staate eintreffen kann. Berlin, 14. Mai 1848. Der Minister-Präsident Camphausen. An den Commandeur der Berliner Bürgerwehr, Herrn General-Major ꝛc. Aschoff, Hochwohlgeboren.

Doch auch diese neueste Aufklärung schien nicht so gewichtig, daß sie die Protest- und Demonstrationslustigen bestimmt hätte, von weiteren Unterhandlungen abzustehen. Außer der von dem Dreißiger-Comité einberufenen Volks-Versammlung vor den Zelten war noch eine andere angekündigt worden, welche an demselben Nachmittag auf dem Exercierplatze vor dem Schönhauser-Thore abgehalten werden sollte. Die Einladung war von dem Comité des constit. Clubs für Volks-Versammlungen ergangen; als Hauptgegenstände der Debatte hatte das Programm die Frage wegen der Rückkehr des Prinzen von Preußen und die über das Ein- oder Zweikammer-System bezeichnet. Einem Wunsche zufolge, den die Zelten-Commission an das Comité des constit. Clubs richtete, wurde von diesem zwar die letzterwähnte Volks-Versammlung wieder abbestellt, die Plakate jedoch, welche diese Abbestellung bekannt machten, und zugleich die Aufforderung enthielten, an der Zelten-Versammlung, aber ohne Waffen, theilzu-

gesbefehl vom 14. d. M. und Ihre, im Verein mit den Majors abgegebenen Erklärung von demselben Tage gelesen. Wir danken im Auftrage und im Namen des Clubs für die Anerkennung, welche Sie der treuen Pflichterfüllung der Bürgerwehr zollen. Wir fühlen uns aber auch verpflichtet zu erklären, daß Sie auch nach unserer Ueberzeugung auf diese Weise im vollen Einverständniß mit der gesammten Bürgerwehr sich befinden, daß Sie auf pünktliche und treue Mitwirkung derselben in der That rechnen dürfen, und daß wir Alle die Verpflichtung anerkennen, der Sie in Ihrer Bekanntmachung vom 14. d. M. erwähnen, eine Verpflichtung, welche nach unserem Dafürhalten auch mit der Eingabe, welche auf Veranlassung der Zurückberufung des Prinzen von Preußen viele Bürgerwehrmänner an das Staats-Ministerium gerichtet haben, durchaus in Einklang steht. Seien Sie überzeugt, Hr. General, daß namentlich der Bürgerwehr-Club, je mehr derselbe von der hohen Bedeutung der Bürgerwehr durchdrungen ist, um so entschiedener auch die heiligen Pflichten der Bürgerwehr erkannt und durch seine Wirksamkeit bemüht ist, das Bewußtsein derselben überall zu wecken und zu kräftigen. Seien Sie überzeugt, daß wir es uns stets zur Ehre rechnen werden, unter Ihrer Führung Gesetz und Ordnung kräftig und entschlossen zu schirmen und zu schützen, und genehmigen Sie, Hr. General! die Versicherung unserer ausgezeichneten und aufrichtigen Hochachtung. Berlin, 18. Mai 1848.

Im Auftrage des Bürgerwehr-Clubs der Vorstand desselben Pohl. M. Simion. J. Springer.

nehmen, kamen zu spät zur allgemeinen Kenntniß, um zu verhindern, daß die Versammlung vor dem Schönhauser Thore abgehalten wurde. Sie war von etwa 2000 Personen besucht. Acht Redner sprachen über den ersten Gegenstand der Tagesordnung, worauf die Versammlung fast einstimmig beschloß, eine Deputation an das Ministerium zu schicken, um zu erklären: die Versammlung weise zwar jede Demonstration in Masse zurück, gebe aber dem Ministerium ihre Mißbilligung über die officielle Zurückberufung des Prinzen dahin zu erkennen, daß dieser Erlaß unzeitig sei, durch falsche Gründe unterstützt werde und die Ruhe der Stadt gefährde. Das Ministerium solle der National-Versammlung anheimstellen, die Rückkehr des Prinzen zur nöthigen Zeit zu veranlassen; endlich verlange das Volk, daß das Ministerium die auf die Abreise und die Mission bezüglichen Documente der Oeffentlichkeit übergebe: denn nur Wahrheit und Offenheit vermöchten das tief erschütterte Vertrauen des Volkes wieder herzustellen. Diesen Beschluß dem Ministerpräsidenten mitzutheilen, wurde der Hr. Landbaumeister Hoffmann, Dr. Bernhard, Dr. Kleiber und Schulze von der Versammlung beauftragt. Den Erfolg der Sendung stellt der weiter unten erwähnte, in der Sitzung des constit. Clubs vom 15. abgestattete Bericht dar.

Zu der Volks-Versammlung vor den Zelten strömten seit den ersten Nachmittagsstunden starke Menschenmassen zusammen. In den Angaben der Theilnehmer an der Versammlung schwanken die Berichte zwischen 15 bis 30 Tausend. Bewaffnete hatten sich nur in äußerst geringer Zahl eingefunden. Die Bürgerwehr-Tagesparole war in heimlicherer Weise als bisher, mitgetheilt und den Bürgerwehrmännern die Ordre ertheilt, jeden Bewaffneten, der das Losungswort nicht angeben könnte, anzuhalten und zur Ablegung der Waffen zu nöthigen. — Hr. Eichler eröffnete die Versammlung mit einigen Worten über die Thätigkeit der Commission. Von den erwählten Mitgliedern hatten die Hrn. Jung und Berends die auf sie gefallene Wahl abgelehnt. Hr. Held ergriff nach Hrn. Eichler das Wort: „Bürger!" begann er, „der Zweck dieser Versammlung ist sehr wichtig; es handelt sich darum, dem Ministerium kundzugeben, daß wir und die große Mehrzahl der Bevölkerung Berlins entschlossen, fest entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Revolution bis auf das Aeußerste zu vertheidigen, zu erkämpfen und uns nicht das Mindeste davon rauben zu lassen! Die Maßregel des Ministeriums, das den Prinzen von Preußen zurückberufen hat, ist der Versuch, uns einen Theil unserer Errungenschaften zu rauben; darum müssen wir es durchsetzen, es ist unsere heiligste Pflicht, daß jene Maßregel zurückgenommen wird. Die Commission hat die Stimmung der Bevölkerung Berlins erforscht, sie hat gefunden, daß fast Alles einstimmig auf unserer Seite ist. Wir können also sagen, daß wir die ganze Bevölkerung vertreten. Bürger, es ist vielfach getadelt, daß wir aufgefordert haben, bewaffnet zu erscheinen; die Absicht dieser Aufforderung ist aber miß-

verstanden worden, sie war auch undeutlich ausgedrückt; die Absicht war nur für die Aufrechthaltung der Ordnung zu sorgen: wir wollen nur auf dem Wege des Gesetzes wandeln. Das Ministerium hat schon eine zweite Antwort auf unsere Wünsche — die zwei Briefe des Hrn. Aschoff und Camphausen — erlassen. Es ist uns dadurch schon wieder näher getreten; allein nach gewohnter Art ist die Sache wieder so bemäntelt, daß wir sie nicht brauchen können! Wir wollen die nackte, offene, reine Antwort: „Ja" oder „Nein"! (Stürmischer Beifall. Die Versammlung bringt dem Redner ein dreifaches Hoch). Der Prinz von Preußen darf nicht eher zurückkommen, als bis die National-Versammlung ihn ruft. (Bravo!) Die Commission hat Alles in Erwägung gezogen; sie hat aus ihrer Mitte eine Deputation ernannt, zu der dann noch die Deputationen der übrigen Corporationen kommen. Die Namen sind Held, Eichler, Schramm, Braß, Lehmann, Prutz und Salis. — Wer es ehrlich mit unserer Sache meint, der beweise es jetzt dadurch, daß er sich ruhig verhalte." Worauf Hr. Eichler: „Ich ersuche die Herren, welche Waffen mit sich führen, hier draußen zu bleiben. Unser Zug soll ein durchaus friedlicher und geordneter sein. Ich fordere Sie jetzt auf, sich sechs zu sechs in einer Reihe zu schaaren." — Nachdem noch ein Erdarbeiter für gesetzlichen und mäßigen Fortschritt das Wort nahm und Hr. Siegerist nochmals zur Ordnung ermahnte, reiheten sich die Theilnehmer am Zuge nach der von Hrn. Eichler vorgeschlagenen Art zusammen. Die Spitze des Zuges bildete die erwähnte Deputation, zu der außer dem Hrn. Ruge, der sich auf seiner Durchreise nach Frankfurt zur National-Versammlung in Berlin befand, auf den Vorschlag eines Mitgliedes trat. „Der Zug," berichten die Blätter, „bewährte eine musterhafte Ordnung." In der Stadt schloß sich ihm eine außerordentliche Zahl von Menschen an. Als die Spitze des Zuges bei dem Hotel des Ministerpräsidenten anlangte, zeigte sich auf dem Flure desselben eine Anzahl Bewaffneter. Die Menge wollte ihnen zu Leibe, sie schlossen aber schleunigst die Thüre, und als diese später wieder geöffnet wurde, hatten die Bewaffneten sich zurückgezogen. Nachdem die Deputation über eine Stunde in dem Hotel gewesen, trat sie endlich in Begleitung der Herren von Schwerin und Auerswald auf den Balkon. Erst sprach Graf Schwerin zu der Menge, die ihm wiederholt zurief: „Abdanken! Abdanken!" Der Minister erklärte, die Form in welcher die Anwesenden mit den Ministern verhandelten sei zwar eine ungewöhnliche, indeß mache es ihm Vergnügen zu den Versammelten zu reden, denen er seine Achtung zu erkennen gebe. Darauf sagte er das, was gleich nachher Hr. Held mit sehr starker Stimme mittheilte. Hr. Held verlas nämlich Folgendes: „Die Deputation hat den Ministerpräsidenten nicht anwesend gefunden, ist aber empfangen worden von den Herren Ministern Grafen Schwerin und von Auerswald. Diese haben auf unsern Antrag, welcher dahin ging, das Ministerium möge auf seine Verantwortlichkeit hin erklären, daß die Zurückkunft des Prinzen von Preußen

nicht eher statt finden solle, als bis er von der National-Versammlung zurückberufen sei, oder es möchten, wenn sie diese Erklärung nicht abgeben könnten, diejenigen Mitglieder des Ministeriums, welche für die Zurückberufung gestimmt hatten, ihre Entlassung in die Hände des Königs geben — den Bescheid ertheilt, daß sie wegen Abwesenheit des Ministerpräsidenten Camphausen außer Stande seien, diesen Antrag heute zur Bescheidung zu bringen, daß sie aber die Entscheidung bis morgen 4 Uhr zur öffentlichen Kenntniß bringen werden."

Im Namen der Deputation ersuchte hierauf Hr. Held die Versammelten, noch bis zum andern Tage Nachmittags 4 Uhr „sich zu gedulden;" bis dahin werde sie, die Deputation, das ihr übertragene Mandat beibehalten, und für das Fortbestehen der Ordnung Sorge tragen; mit dem Ablauf dieser Frist aber lege sie ihr Mandat nieder und wälze, falls dem Willen des Volkes nicht entsprochen würde, die ganze Verantwortlichkeit für alle möglichen Folgen auf die Minister. In der Versammlung, deren ruhige Haltung während der langen Zeit, in welcher die Deputation mit den Ministern verhandelte, von den Berichten gerühmt wird, zeigten sich zwar einige Spuren von Unzufriedenheit über das Resultat jener Verhandlungen; ruhig jedoch und in Reihen geordnet zog die Menge wieder nach den Zelten zurück, wo Hr. Held nochmals wiederholte, was er bereits auf dem Balkon des Ministerhotels gesprochen hatte. Er und Andere verfehlten nicht, auf den „großen Sieg" aufmerksam zu machen, den „das Volk" heute errungen; man habe den ängstlichen Gemüthern gezeigt, daß eine Menschenmenge von 20,000 zusammen sein können, ohne sich an Person und Eigenthum zu vergreifen. Hr. Held dankte im Namen der Deputation für die musterhafte Haltung der Versammlung und diese votirte ihrerseits der Deputation und den Volksführern ihren Dank.

Einige Redner äußerten sich zwar sehr „mißliebig" über die Erfolge der Deputation; Hr. Reich besonders persifflirte unter großem Beifall die Reden und Thaten Helds; das Ergebniß der Debatte aber war wiederum — die Ansagung einer neuen Volks-Versammlung auf den folgenden Nachmittag.

Wie eben berichtet, war, als der Zug beim Ministerhotel angelangt war, den zuerst Eintretenden eine Abtheilung Bewaffneter entgegentreten, die jedoch beim Anblick der ungeheuren Menge alsbald wieder verschwanden. Ein neues „Mißverständniß" mußte die Schuld des befremdenden Vorganges auf sich nehmen. Nach der Erzählung des öfter erwähnten Verfassers der Schrift: „Personen und Zustände" hatte Hr. v. Minutoli in den letzten Tagen fortwährend an den General v. Aschoff Meldungen von Attentaten gelangen lassen, welche gegen die Minister und gegen die bestehenden Zustände gemacht würden; „namentlich überstieg eine Meldung, welche er persönlich am 14. Mittags, in Gegenwart von zwölf bis fünfzehn Majoren der Bürgerwehr, im Garten des Gouvernements-Gebäudes dem General machte, allen Glauben — wäre die Uebertreibung nicht so gar arg gewesen, so hätten die Anwesenden auf Tod

und Leben von einander Abschied nehmen müssen." Als Hr. v. Minutoli den Bürgerwehr-Majoren seine „amtliche Ermittelungen" mittheilte, schlug er vor, ein Bataillon Bürgerwehr in den Garten des Ministerhotels zu stellen, um von da aus die Massen anzugreifen. Dieser Vorschlag, heißt es in der Erzählung weiter, sei als eine „Wegelagerung" verworfen worden; dessen ungeachtet habe Hr. v. Minutoli sich an den Commandeur des bewaffneten Studentencorps, Hrn. Professor Magnus gewandt und diesen überredet, die Studenten an der Stadtmauer entlang, von hinten in den Garten des Ministerhotels zu führen und sie hier aufzustellen. Als nun die Massen anrückten, habe Hr. v. Minutoli plötzlich die Studenten aufgefordert, durch die Einfahrten des Hotels aus dem Garten nach der Straße vorzudringen. Kaum seien in den geöffneten Thoren die bewaffneten Studenten erschienen, als die zunächst stehenden Theilnehmer am Zuge, sich verrathen glaubend, wüthend und mit dem Rufe „Verrath" auf Jene losgestürmt und nur dem muthigen Benehmen des Referendarius Noeldechen sei es zu danken, daß in diesem Augenblicke nicht die Blüthe der studirenden Jugend niedergemacht, das Hotel gestürmt und so die Meldungen des Polizeipräsidenten bewahrheitet worden wären. Hr. Noeldechen, der den ersten Zug der Studenten geführt, habe in dem Moment, wo er auf der Straße die andrängende Masse erblickt, seinen Schläger in die Scheide gestoßen und als auf seinen Ruf: „ich bin unbewaffnet, wollt Ihr Unbewaffnete tödten?" die Masse stutzig geworden, alsbald die Studenten rückwärts in's Thor zurückgedrängt, welches nur mit der größten Mühe nach langem Ringen wieder geschlossen worden sei.

Die Entscheidung des Ministeriums wurde am folgenden Tage noch vor der bestimmten Zeit, durch Maueranschläge bekannt gemacht. Die Erklärung, die diese enthielten, war von sämmtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums unterzeichnet und lautete:

Der unterzeichnete Vorsitzende des Staats-Ministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Commandeur der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preußen Königl. Hoheit widerlegt. — Dessenungeachtet ist hierüber am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volks-Versammlung eine neue Erklärung begehrt worden. — Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach: „Se. Königl. Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen also jedenfalls nach der auf den 22. d. M. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, in das Vaterland zurückkehren." — Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — Seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen constitutionellen Bahn öffentlich kundgeben. — Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staats-Ministeriums ausgesprochen. Wenngleich wir dies bedauern, so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertreter. Wir sind dies dem ganzen Volke, — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen, uns zugegangenen zahlreichen Adressen im entgegengesetzten Sinne — schuldig. Wir sind es der Versammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben. — Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungsentwurfes gehemmt werde.

Wie diese Erklärung vom 15. die Reihe der ministeriellen Bekannt-

machungen über einen und denselben Gegenstand schloß, so wurden auch im constitut. Club und in der Zelten-Versammlung die letzten Verhandlungen über die mit der Rückberufung des Prinzen zusammenhängenden Angelegenheiten am 15. gepflogen:

Im constitutionellen Club berichtet zuerst Hr. Prutz ausführlicher über sein Zusammentreffen und theilweises Zusammenwirken mit dem Comité vor den Zelten. Man habe ihm das Wort gegeben, daß man erklären wolle, wie die Aufforderung, bewaffnet zu erscheinen, auf einem Mißverständnisse beruhe. Da die Bürgerwehr nämlich seit einigen Tagen consignirt worden, sei dieselbe verhindert gewesen, sich dem Protest anzuschließen, und man habe durch jene Aufforderung nichts weiter beabsichtigt, als auch die Bürgerwehr zu dem Zuge einzuladen. Eine desfallsige Deputation an den General v. Aschoff, an welcher Hr. Prutz auch Theil genommen, habe den Bescheid erhalten, daß nur wenige hundert Mann commandirt seien, er selber wolle Niemanden hindern, an dem Protest theilzunehmen. Aufgefordert, diese seine Entschließung nach Möglichkeit zur Kenntniß der Bürgerwehr selbst zu bringen, habe der General auch hierin gewilligt und demnächst eine entsprechende Proclamation (den Tagsbefehl vom 14.) erlassen. Hiernach erst habe sich die Club-Deputation dem Zelten-Comité angeschlossen. Vor den Zelten sei ein gemischtes Comité ernannt worden, bestehend aus den Deputationen sämmtlicher hiesigen Clubs rc. Dasselbe habe den nach Potsdam abwesenden Ministerpräsidenten indessen nicht gesprochen. Die anwesenden Minister aber, Hr. v. Auerswald und Graf von Schwerin hätten sich für außer Stand erklärt, allein eine Antwort zu ertheilen. Bei der fünfviertelstündigen Unterhaltung mit den Ministern, sei Hr. Prutz einem von anderer Seite ausgesprochenen Antrage: die Rückkehr des Prinzen könne erst von der National-Versammlung decretirt werden, als der Ansicht des constitut. Clubs zuwiderlaufend, entgegen getreten und habe er den vermittelnden Antrag formulirt: die Minister möchten erklären, daß die National-Versammlung unwiderruflich am 22. Mai zusammenkommen und daß zweitens der Prinz nicht vor 14 Tagen zurückkehren werde. Die Minister hätten den Bescheid hierauf bis zum nächsten Tage, 4 Uhr Nachmittags, versprochen. Am folgenden Tage (15.) habe er, Hr. Prutz, der erhaltenen Weisung gemäß, sich mit einigen anderen Gliedern des gemischten Comité's Mittags 1 Uhr zu den Ministern begeben. Hr. v. Auerswald sei herausgetreten und habe auf den bereits an den Straßenecken befindlichen Anschlag hingewiesen. Derselbe entspräche, der Sache nach, der Ansicht und Tendenz des constitut. Clubs vollkommen. Er, Hr. Prutz, habe dies auch, dem gemischten Comité gegenüber erklärt und hiermit sein Mandat vom Club für erloschen gehalten. — Die Versammlung billigt das Verfahren des Hrn. Prutz. — Hierauf berichtet Hr. Kleiber über die Tags zuvor abgehaltene Volksversammlung vor dem schönhauser Thor, so wie über den Empfang, welchen die von jener abgesandte Deputation, nachdem sie den Ministerpräsidenten nicht angetroffen, bei Hrn. v. Auerswald gehabt habe. Freundlich, ja herzlich sei sie von diesem empfangen worden und mit Bedauern habe der Hr. Minister sich darüber geäußert, daß er auch seinen „alten Gönner," den constitut. Club nun unter seinen Gegnern sehe. — Hr. Prutz beantragt — wie er erklärt, im Namen eines Anderen — eine Adresse an die Minister, in welcher der Club ausspreche, er sei durch ihre Erklärungen zufrieden gestellt. Der Club, so motivirt der Redner den Antrag, müsse zeigen, daß er mit den bedenklichen Plänen der radicalen Partei, die Hr. Prutz nur andeuten, nicht näher enthüllen wolle, durchaus nicht übereinstimme. Hr. Volkmar zweifelt an jenen bedenklichen Plänen, so lange Hr. Prutz nichts Näheres darüber sagen könne. Hr. v. Bardeleben spricht für den Antrag: man müsse der andern Partei zeigen, daß man ihr zu opponiren sich nicht scheue; Hr. Glaser gegen eine Adresse, weil sie eine Art von Entschuldigung sei; ebenso Hr. Aegidi: warum dem Ministerium danken, da es nur seine Pflicht erfüllt habe? — Der Antrag wird von Hrn. Prutz zurückgezogen, jedoch von Hrn. Zeune wieder aufgenommen. Gegen denselben tritt nun Hr. Ludwig Crelinger mit großer Entschiedenheit auf; er weis't nach, wie die eigentliche Zurückberufung, also gerade das, wogegen der Club protestirt habe, nicht zurückgenommen, sondern nur die Rückkehr des Prinzen, gegen die man im Allgemeinen nichts einwenden könne, näher bestimmt sei. Nachdem noch Hr. Zeune für seinen Antrag angeführt, daß man das Ministerium gegen Anarchie stärken müsse, wird der Antrag mit starker Majorität verworfen. — Auf den Vorschlag des Hrn. Hertz beschließt der Club die gleichzeitig stattfindende Volksversammlung an den Zelten durch eine Deputation zu beschicken. Da auch ein großer Theil der Clubmitglieder in gleicher Absicht den Saal verläßt, so wird die Sitzung geschlossen.

Lebhafter als im constitutionellen Club wurde die Tagesfrage in der Zeltenversammlung verhandelt. Die Flamme flackerte noch einmal auf, um gänzlich zu erlöschen. Die Redner drückten ihre Unzufriedenheit mit dem letzten Bescheide des Ministeriums aus, da er keine Antwort auf die „Forderungen des Volks“ enthalten, überschütteten die Commission und vorzugsweise Hrn. Held mit Vorwürfen über das nachgiebige Verhalten, dem Ministerium gegenüber, forderten nochmals auf, dieses zu „stürzen“. — Da plötzlich erhob eine andere „Reaction“ ihre Stimme, ja ihre Fäuste zur Vertheidigung des geschmähten Prinzen und seiner angegriffenen Zurückberufung. Die Versammlung hatte einen auch äußerlich von dem der vorigen Abende verschiedenen Character angenommen. Getäuscht in ihren Hoffnungen auf den Erfolg der Agitationen waren Viele von den Besuchern der vorangegangenen Volksversammlungen der am 15. fern geblieben; statt ihrer hatte den Umkreis der Tribüne zum großen Theil eine compacte Masse von Personen eingenommen, welche deutlich genug ausdrückten, daß sie nicht gekommen seien, um die Agitation im Sinne jener Redner zu begünstigen. „Der Mehrheit der Stimmen für den Prinzen von Preußen,“ heißt es in einem Bericht der Allg. Oder-Zeitung (Extrablatt vom 18. Mai) „war so groß, daß Hr. **Held** glaubte, man hätte seine Frage mißverstanden; allein eine dreimalige Wiederholung brachte dasselbe Resultat. Der Redner wollte nun Gründe für seine Behauptung aufstellen, doch der Ruf: Herunter von der Tribüne, verhinderte ihn am Weiterreden. Hr. **Eichler**, der ihn in Schutz nehmen wollte, hatte dasselbe Schicksal und, wie Augenzeugen versichern, erging es ihm später sogar noch schlimmer. Als sich einzelne Stimmen dafür erhoben, die Redner doch sprechen zu lassen, wurden sie selbst **gewaltsam** zum Schweigen gebracht und nun begann eine Schlägerei ...“ Hr. **Held** berichtete selbst am folgenden Tage in einem Anschlage, daß er in Gefahr gestanden, sein „Leben bloß gegeben zu sehen“ und daß an jenem Abend seine Familie bereits die Nachricht erhalten habe, er sei „von dem gegen ihn aufgebrachten Volke erschlagen“ worden. — Die Versammlung, weit entfernt, in der Angelegenheit des Prinzen noch zu verhandeln, löste sich resultatlos auf. Damit jedoch das Ministerium wenigstens nicht das letzte Wort behalte, erließ „die von der Volksversammlung unter den Zelten erwählte Commission“ noch eine Erklärung folgenden Inhalts:

Bürger! Das Staatsministerium hat erklärt, daß der Prinz von Preußen, welchen es selbst zurückberufen hat, vor 14 Tagen nicht zurückkommen kann und wird. Das trügerische Spiel, welches in dieser Antwort liegt, ist dies, daß die Minister zwar den Prinzen erst nach der Eröffnung der National-Versammlung zurückkommen lassen, aber nicht durch Beschluß der National-Versammlung. Bürger! War es Eure Meinung, daß der Prinz von Preußen nicht vor 14 Tagen **auf Berufung der Minister** zurückkommen sollte, oder daß er überhaupt nur dann zurückkommen sollte, wenn **Ihr selbst durch die Stimme der National-Versammlung** ihn zurück haben wollet? Wollt Ihr ihn überhaupt zurückhaben? Wenn Ihr dies wollt, so thut es: räumt aber keinem Menschen als Euch selber das Recht ein, Eure Beschlüsse rückgängig zu machen.

Das war der letzte Streich, der, nach viertägigen Drohungen, gegen das Ministerium geführt wurde. Der 15. Mai, der Tag, welcher zugleich für Frankreich und Oesterreich neue Phasen der Revolution bezeichnete, an welchem in Wien unverhofft eine Massen-Demonstration und eine Sturmpetition siegten und in Paris unerwartet ein Attentat der „Rothen" gegen die provisorische Regierung besiegt wurde, verlief in der preußischen Hauptstadt, deren Bevölkerung das Ungeheuerlichste erwartet, gehofft, befürchtet hatte, ruhig — in einer Ruhe, deren sich die Stadt um so mehr bewußt werden konnte, als sie an einem der nächsten Tage aus der Voss. Zeit. erfuhr, daß „noch spät in der Nacht", ja gegen zwei Uhr Morgens sich Volksgruppen unter den Linden befanden, und daß einige Verhaftungen, „die jedoch nicht nachhaltig gewesen," vorgenommen wurden. Freilich wußten andere Blätter noch zu berichten, daß „doch Indicien von sehr argen Umtrieben sich bemerkbar gemacht und die Behörde zu verschiedenen Maßregeln zur Sicherung der Ordnung und Ruhe veranlaßt" hätten, wie denn am 15. Nachmittags die Kirchen besetzt worden wären, um „gewaltsames Eindringen Behufs des Sturmläutens" zu verhindern. Auch die Vermuthung, daß durch „fremde Emissäre" die unruhigen Bewegungen herbeigeführt seien, blieb nicht unausgesprochen.

Die Concessionen, welche das Ministerium, wenn auch zumeist nur scheinbar, gemacht, hatten einen großen Theil der ursprünglichen Gegner der ministeriellen Maßregel zufrieden gestellt. Selbst die Nat. Zeit. konnte nicht umhin, dies zuzugestehen. „Läßt sich auch," fügt sie dem Geständnisse hinzu, „die moralische Niederlage, welche das Ministerium sich selbst in dieser Sache zugezogen hat, nicht verkennen und bemänteln, so hat es doch immer noch seine Freunde und Anhänger, namentlich Solche, die rein aus Ermangelung eines besseren sich mit ihm begnügen. Die Zahl dieser Letzteren vermehrt sich in diesen Tagen um ein Bedeutendes, vor Allem durch die gerechte Scheu, mit den entschiedenen Gegnern des Ministeriums gemeinschaftliche Sache machen zu müssen. Nichts Besseres kann für das Ministerium geschehen, als Volksversammlungen solcher Art und unter solchen Führern wie sie in den letzten Tagen stattfanden . . . ." Und während Hr. Jung öffentlich zu erklären sich veranlaßt sah, daß die Volksversammlungen vom 12. Mai und den folgenden Tagen keineswegs mit dem politischen Club in Verbindung gestanden, glaubte der Vorsitzende des constitutionellen Clubs, Hr. Furbach, die Stellung dieses Clubs vor allen Mißdeutungen „wahren" zu müssen. Nachdem er (Club. Zeit. No. 8) die Vorgänge im Club und in dessen Comité für Volksversammlungen erwähnt — wie er, Hr. Furbach, als Vorsitzender dieses Comité's durch zwei Abgeordnete der Zelten-Commission dringend ersucht worden, die vom Club angesetzte Volksversammlung abzubestellen, wie er und einige andere Comitémitglieder darauf unter der Bedingung, jene Versammlung aufzuheben,

beschlossen, daß die Aufforderung zurückgenommen werde, bei der beabsichtigten Demonstration mit Waffen zu erscheinen; wie diese Bedingung zugestanden und durch Plakate die Aufforderung erlassen wurde, die Volksversammlung vor den Zelten, doch ohne Waffen, zu besuchen, wie diese Plakate, da sie erst Nachmittags angeschlagen werden konnten, zu spät bekannt wurden, um die Abhaltung der Clubversammlung zu verhindern — fährt er fort: „Mit der Abstellung der Volksversammlung endete die Thätigkeit des Club-Comité's. Dasselbe hat sich hiernächst mit andern Comité's und Deputationen keineswegs vereinigt, wohl aber haben einzelne Mitglieder des Comité's es für zweckmäßig erachtet, sowohl den Verhandlungen mit dem General Aschoff beizuwohnen, als der ganzen Bewegung des Tages zu folgen und nach Kräften dahin zu wirken, daß Ordnung und Gesetz in keiner Weise verletzt würden. Das Verfahren dieser Comité-Mitglieder ist vom Club gegen eine einzige widersprechende Stimme gut geheißen. Ein arger Irrthum würde es sein, wollte man annehmen, der constitut. Club habe dadurch, daß er in der Verwerfung der Regierungs-Maßregel mit einer anderen Partei übereinstimmte, seine bisherige Stellung und Richtung in irgend einer Weise verändert. Derselbe wird stets ein entschiedener Gegner der Reaction und des Umsturzes, und ein treuer, zugleich aber aufrichtiger Freund des constitutionellen Königthums sein." — Die Gegner des Ministeriums, die mit dem „schrittweisen Zurückweichen" desselben Unzufriedenen suchten sich — wie das Ministerium selbst — damit zu trösten, daß die Nationalversammlung über seine Handlungen wie über seine fernere Existenz entscheiden werde.

VIII. Pro und Contra in der Angelegenheit des Prinzen von Preußen. Nächste Folgen der Demonstrationen gegen dessen Zurückberufung.

Wieder hatte der Berg gekreißt und eine Maus geboren. Neue Minister waren schon designirt, ihre Namen durch gedruckte Ministerlisten bekannt gemacht — aber das alte Ministerium wich nicht von seiner Stelle. Das Ministerium blieb, aber Hr. Held trat freiwillig vom Schauplatze seiner bisherigen Thätigkeit und Hr. Magnus, der Führer des Studentencorps wurde von diesem seines Amtes entsetzt. Keine Veränderungen im Ministerium — aber der politische Club nahm, sich reorganisirend, einen neuen Namen an, und im constitutionellen Club mehrten sich die Austrittserklärungen, besonders der geheimräthlichen und aristokratischen Mitglieder. Das Ministerium gab seinen Plan nicht auf; aber Freunde und Gegner desselben ließen nicht ab, weiter zu demonstriren,

jetzt freilich nur noch durch Plakate und Flugblätter, Adressen und Zeitungsartikel. Alle Grade der Zustimmung und der Abneigung, der Freude und des Mißvergnügens, der Erbitterung und des Jubels fanden in dieser Literatur des Tages ihren Ausdruck. Worte der Drohung, der Beruhigung, der Resignation, des Angriffs, der Vertheidigung wurden im Uebermaß verschwendet. Zahlreich, wie die Plakate, waren die Bezeichnungen, mit denen die zum großen Theil ungenannten Verfasser sich charakterisirten.

„Eine große Anzahl Bürger“ sucht also zu beruhigen:

Mitbürger! Schon in 8 Tagen, am 22. d. M., tritt die National-Versammlung hier in Berlin zusammen. Ueberlassen wir dieser Versammlung, es zu ihrem ersten Geschäft zu machen, die Minister darüber zu ihrer Verantwortung aufzufordern, weshalb sie schon jetzt den Prinzen von Preußen zurückberufen haben. Bis dahin wollen wir uns in den gesetzlichen Schranken halten; unsere von uns selbst gewählte National-Versammlung wird schon dafür sorgen, daß Wahrheit und Recht überall zur Geltung kommen.

„Ein Freund der Freiheit“ erörtert das Thema „der Prinz von Preußen und die Freiheit“:

Mitbürger! Weshalb die furchtbare Aufregung? Ist denn der Prinz von Preußen schon da? Noch weilt er in London. Meint Ihr, daß er vor Zusammentritt der Volksvertreter hier sein werde? Gewiß nicht — in 8 Tagen beginnt die National-Versammlung, sie wird sich aussprechen, wenn sie die Zurückberufung mißbilligt. Weshalb aber ist seine Rückkehr schon jetzt von den verantwortlichen Ministern eingeleitet? Mitbürger, ein Ministerium, welches aus Eurem Willen hervorgegangen nur die Freiheit will, kann dafür nur Einen Grund haben: der Prinz soll die Freiheit mit befestigen helfen! Was, sagt Ihr, der und Freiheit? Ja und abermals Ja! Mitbürger, es giebt eine unzufriedene Partei, die hier freilich ohnmächtig, aber in mehreren Provinzen stärker ist; diese Partei glaubt, daß der Prinz von Preußen emigrirt, daß er ein Feind der neuen Freiheit, daß er das Haupt der Reaction sei. Das Ministerium des Volkes hat die Verpflichtung, diese Partei, möge sie stark oder schwach sein, zu vernichten. Wie kann dies aber nur geschehen? daß ihr vermeintliches Haupt veranlaßt wird nicht blos in todten Buchstaben zu versichern, daß er die neue Freiheit heilig halten wolle, nein als deren Freund zu handeln. Daß er dies wolle, daß er dies ernstlich wolle, muß noch vor eröffneter National-Versammlung gewiß sein; den Volksvertretern muß sofort gesagt werden können, der Prinz von Preußen wird in Eurer Mitte erscheinen, wenn Ihr ihn aufnehmen wollt. Er hat seinen Irrthum in die See geworfen, als freier Mann will er freien Männern die Hand reichen.

„Ein hier anwesender Rheinländer“ wendet sich (14.) an die „braven Berliner:“

Ein Mitbürger, ein Mann aus der mit Euch so innig sympathisirenden Provinz Rheinland wendet sich an Euch, und bittet Euch, eine offene patriotische Ansprache zu beherzigen. In der gestern Abend unter den Zelten abgehaltenen Volks-Versammlung traten verschiedene Redner auf und erklärten, daß das Ministerium Camphausen schon längst das Vertrauen des Volkes verloren habe, da es als eine Leiche anzusehen und eine Demonstration in der Frage über die Rückkehr des Prinzen von Preußen nicht nöthig sei, da das Ministerium ohnehin schon fallen werde.

Landsleute, was da gesagt worden, ist eine Unwahrheit! Das Ministerium Camphausen ist keine Leiche und wird hoffentlich und so viel an uns ist, keine Leiche werden! Der Fall des Ministeriums wäre in der jetzigen Zeit ein Unglück von unberechenbaren Folgen für das Land! Das Ministerium hat die Sympathieen der Provinzen, und ich zweifle nicht daran, auch die Sympathieen jedes besonnenen Bewohners der Hauptstadt. Wenn das Ministerium Camphausen genöthigt wird, jetzt zurückzutreten, so ist die Anarchie unausbleiblich, denn es ist in diesem Augenblick kein zweites Ministerium zu schaffen, das in diesem Grade die Zustimmung und Achtung des ganzen Landes besitzen würde. Bürger

Berlins, ich, ein Fremder, bin erstaunt, daß Ihr solche Manifestationen in Eurer Mitte duldet. Hat denn das Gesetz keine Kraft mehr in der Hauptstadt des Landes, die dem Lande zum Vorbild dienen soll? Darf man hier den Bürgerkrieg offen predigen? Oder heißt es etwas Anderes, wenn man sagt: „Seid nur ruhig, wir werden den Prinzen von Preußen nicht herein lassen nach Berlin, wir wollen Barrikaden bauen; wir wollen aber nicht, daß um einen Verbrecher, wie er auch heißen möge, Bürgerblut vergossen werde, viel besser ist es, seines fließe!" rc. Die Rückberufung ist eine politische Nothwendigkeit, denn der rechtmäßige Thronerbe gehört zu den Vertretern des Landes und muß nun zeigen, ob er die neue Zeit verstanden habe, ob er der neu gewonnenen Ueberzeugung mit Hand und Eid Bürgschaft geben kann. Thut er dies, dann auch können wir von dem ehrenwerthen und festen Charakter des Prinzen, der überall anerkannt ist, mit Sicherheit erwarten, daß er die neue politische Aera auch mannhaft gegen alle Stürme vertheidigen wird. Die Constitution mit allen ihren Rechten und Freiheiten ist dem Volke unentreißbar; glaubt sie der Prinz mit seinen Ansichten nicht vereinbar, so liegt die moralische Nothwendigkeit auf der Hand, daß er auf den Thron verzichten wird, denn er ist ein Mann; ein Mann kann durch Gründe und Erfahrung wohl seine Ueberzeugung ändern und eine neue gewinnen, aber ein Mann treibt damit nicht Verrätherei! Die Furcht vor Usurpation und Reaction ist daher lächerlich, denn was das preußische Volk gewonnen, wird und will ihm Niemand mehr nehmen! Aber die Rückkehr des Prinzen von Preußen, Bürger der Hauptstadt, ich sage es Euch mit rheinischem Freimuth, ist auch eine Ehrensache für Euch! Der Prinz hat das Recht und die Pflicht, der National-Versammlung beizuwohnen; Eure Pflicht ist es, zur Sühne der Todten des 19. März die Anklage offen zu führen und durch Zeugniß zu erhärten, die Pflicht der National-Versammlung, nicht aber Eure Sache ist es, das Ergebniß zu prüfen, die moralische Entscheidung zu fällen! Beschreitet Ihr nicht diesen Weg der Ordnung und des Gesetzes, zieht Ihr es vor, mit Gewalt die Lösung einer so wichtigen Frage zu hindern, dann muß das Land glauben, es sei Furcht, daß bei dieser friedlichen Lösung gar Manches vor das Ohr und Auge des Landes treten möge, was den Nimbus des berliner Freiheitskampfes gegen Angriff und Unterdrückung schwächen könnte! Bürger Berlins, dies glauben wir Männer der Provinzen nicht von Euch. Wir stehen zusammen, die Freiheit zu schützen, laßt sie uns auch zusammen ehren. Laßt uns vereint dem Ministerium vertrauen, es sind Ehrenmänner! Euer und unser Vertrauen hat sie auf diesen schwierigen Posten berufen, laßt sie uns auch stützen gegen den schleichenden Feind. Laßt uns fest zusammenhalten, auf daß kein Schmachflecken unsern Ehrenschild trübe, auf daß wir Freunde der Ordnung und des Rechts, auf daß wir ehrenfeste und kühne Kämpfer für Freiheit und Volksrecht, nicht aber meuchelmörderische Aufwiegler genannt werden!

„Mehrere augenblicklich hier anwesende Rheinländer" widersprechen einer falschen Behauptung:

Landsleute! Wie wir hören, soll es bei Volks-Versammlungen ausgesprochen sein, daß man auch in der Rheinprovinz und Westphalen den Prinzen von Preußen nicht nach Berlin zurückhaben wolle. Wenn die Behauptung wirklich gemacht worden ist, dann müssen wir derselben aufs Allerentschiedenste widersprechen, indem sicherlich der bei weitem größere Theil der Bevölkerung jener Provinzen durchaus nichts dagegen einzuwenden haben wird, wenn der Prinz von Preußen zurückkommt. Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, unsere tiefe Entrüstung über das maaßlose Auftreten gegen einen Prinzen hiermit öffentlich auszusprechen, von dem wir aus eigener Erfahrung wissen, wie gerade er es gewesen, der sich schon lange aufs Wärmste für das Wohl der arbeitenden Klassen thätig bewiesen, der sich stets für Schutz der nationalen Arbeiten ausgesprochen hat, aber gegen die Macht eines Ministeriums **Bodelschwingh**, **Thiele** und **Kühne** nichts auszurichten vermochte. Die Zeiten der Bureaukratie sind aber nun vorüber, und besitzen wir jetzt schon die ausgedehnteste Freiheit; deshalb ist es aber auch wohl an der Zeit, daß wir für Ruhe und Ordnung, für Arbeit und Brod sorgen. Aber eine jede Gelegenheit dazu zu benutzen, Aufregung und Haß zu verbreiten, führt wahrlich nicht zu diesem Ziele. Will man aber auch wirkliche Freiheit, dann darf man sie nicht einseitig wollen, sondern Allen zu Theil werden lassen, dann muß auch ein Prinz auf ein kleineres Stück derselben Anspruch machen dürfen, wie der Allergeringste. Gehen wir von diesem Grundsatz ab, dann möchte sich wohl bald die allerekelhafteste Despotie herausbilden.

„Ein Mann" läßt sich in folgender Art vernehmen:

Führer des Volks. Jeder Mann muß wissen, was er will. — Wer etwas nachgiebt wider sein Gewissen, der ist verächtlich. — Wer seinen Posten verläßt im Augenblick der Gefahr ist feige. — Wenn die Minister heut weder verächtlich noch feige sein wollen, was wollt ihr dann? — Wollt ihr eine neue Demonstration machen? Und was dann? — Wollt ihr zu den Waffen greifen? — Wollt ihr, daß Bürgerblut fließe? Heute in Berlin, morgen im ganzen Lande? — Wollt ihr die Republik, Anarchie und Bürgerkrieg im Innern, Krieg mit dem Auslande in West und Ost? — Bedenkt euch wohl, ehe ihr vorgeht, ihr Führer, und du, o Volk, bedenke dich wohl, ehe du folgst, wem du folgst.

„Ein Freund der Freiheit für Alle":

Gute Nacht, Freiheit! Die Männer der Zelte verlangen von dem Ministerium eine Erklärung, daß der Prinz von Preußen vor Eröffnung der National-Versammlung den preußischen Boden nicht betrete. Was heißt das? Das Ministerium soll allen Militair- und Civil-Behörden den Befehl ertheilen, den Prinzen, wenn er kommen wollte, mit Gewalt zurückzuweisen. Ja, Bürger, das verlangen die Männer, welche die Freiheit der Preußen im Munde führen, von Ministern, welche die heilige Verpflichtung haben, die Freiheit jedes Bürgers zu schützen. Selbst der schwerste Verbrecher hat das unantastbare Recht, jeden Augenblick sein Heimatsland wieder zu betreten. Dem Prinzen von Preußen allein soll dies Recht von verantwortlichen Ministern entzogen werden! Gute Nacht, Freiheit! Die Männer der Zelte wollen aber jenes gegen alle natürlichen Rechte streitende Verbot nicht blos durch Petitionen erreichen — was ihnen, wie Jedermann, freisteht — nein, durch Demonstrationen, das heißt, sie wollen zeigen, daß wenn das Ministerium sich nicht zur Verletzung des dem Prinzen gebührenden Staatsbürgerrechts zwingen läßt, ihre Trabanten zum Kampfe bereit sind. Bürger, wollt Ihr in dem Augenblicke, wo die vom ganzen Volke gewählten Vertreter sich anschicken, in Eurer Mitte zu erscheinen, um das Gebäude der Freiheit aufzubauen, zu dem Ihr das Fundament gelegt, wollt Ihr es da dulden, daß Euer Ministerium mit rohem Zwang bedroht wird? Bürger, das könnt Ihr nicht wollen — Ihr könnt nicht wollen, daß die Volksvertreter an den Thoren der durch rohe Gewalt beherrschten Hauptstadt mit dem Schmerzensrufe umkehren:

Die Freiheit glaubten wir zu finden,
Erkämpft durch Bürger-Tugend, Bürger-Kraft;
Wir sind getäuscht, der Knechtschaft Sünden
Erliegt Berlin — Berliner, habet Acht!

„Ein Mitglied des constitutionellen Clubs" demonstrirt:

Zweierlei. A. Man hat gestern von den Ministern gefordert, sie sollten erklären: daß der Prinz von Preußen nicht kommen werde, bis die National-Versammlung ihn zurückrufe. Hr. Dr. Prutz hat im constitutionellen Club erklärt: Die National-Versammlung hat nicht das Recht dazu. Hr. Dr. Prutz hat Recht. — Folglich können die Minister diese Forderung nicht gewähren. B. Heute müssen die Bürger fordern, sie sollen erklären: daß sie nicht gewollt haben und nicht wollen, daß der Prinz komme, ehe die National-Versammlung eröffnet ist. Das können sie erklären auf ihre Verantwortlichkeit, denn von ihrem Rathe hängt es gewiß ab, wann er kömmt. Diesen Rath sollen sie vor der National-Versammlung verantworten; darum sollen sie jetzt nicht abdanken, und uns nicht der Anarchie überlassen. Wer die Anarchie oder die Republik will, der muß die Forderung unter A. machen. Wer das nicht will, sondern die constitutionelle Monarchie und Ruhe und Ordnung, muß die Forderung unter B. machen. Eins oder das Andre!

„Die Deputirten der Entschlafenen im Friedrichshain" bringen eine

Warnung! Lieben Brüder! An dem Tage, da Ihr Eure Wahlmänner gewählt, haben auch wir, die wir für Eure Freiheit gefallen und nun in den Gräbern schlafen, allgemeinen Wahltag gehalten. Aber da unsere Wahl eine directe gewesen, so haben wir nicht Wahlmänner, sondern Deputirte gewählt, wie es von Gott und Rechtswegen sich gehört. Als Deputirte der seligen Gemeinde im Friedrichshain kommen wir nun zu Euch — nicht, um die verheißene Constitution zu machen — nein, wir kommen zu Euch, um Euch eine Warnung zu bringen aus dem Reich der Todten. Bevor wir aber zu Euch reden, bitten wir, daß Ihr unseres schlechten Aufzuges wegen uns vertheidigen möget.

Unsere Kleider sind mit Blut befleckt; es ist das Blut, welches unsere Feinde, die Kriegsknechte und Handlanger des Despotismus am 18. März an uns vergossen und womit wir damals das neugeborene Kindlein der Freiheit getauft haben. Lieben Brüder! Wir haben Euch die Freiheit erstritten, und wir halten dafür, daß Ihr frei und glücklich seid. Ihr dürfet frei rauchen, frei denken, frei exerciren und frei politisiren. Viele unter Euch halten die Freiheit, die Ihr genießet, nicht für die rechte, wahre, echte Freiheit; sie sagen, die Freiheit, die man ihnen giebt, sei eine Lüge. Das ist aber höchst ungeziemend und sündhaft, und wahrlich nur Demagogen denken so; denn, lieben Brüder, die Demagogen haben nicht Gott im Herzen und König und Vaterland auch nicht. Sie sagen, man habe Euch Gut und Blut ausgesogen, auf daß etliche auserwählte Leute es verprassen können. Sie sagen, daß man Euch in den Kerker geworfen, wenn Ihr unter den Zangen Derer, so Euch gezwicket an Geld, Leib und Seele, einen Schmerzenslaut ausgestoßen. Darum habe man schon jetzo den Prinzen von Preußen anhero gerufen, und die Kriegsknechte, so nicht Weib, noch Greis, noch Kind geschonet, werden auch bald wiederkommen. Dieses Alles, lieben Brüder, ist wahr, bitter wahr, aber die, so es Euch sagen, sind Demagogen, die nicht Gott im Herzen haben und König und Vaterland auch nicht. . . Darum eben sind wir gekommen, gesendet von unserer für Euch entschlafenen Gemeinde im Friedrichshain, um Euch zu warnen: Das Blut, so die Kriegsknechte an uns vergossen, wird Euch keine Früchte tragen, so Ihr nicht Acht habet auf das, was unter Euren Augen sich zutraget und was da noch kommen wird. Man wird wieder Blut vergießen und Eure Brüder und Weiber und Kinder morden, so Ihr nicht einsehet, daß man Euch frei rauchen, frei denken und frei exerciren läßt, weil man meinet, daß frei rauchen, frei denken und frei exerciren die beste Freiheit für Euch ist. Die Demagogen haben das Alles schon eingesehen und es Euch gesaget, aber auf die Demagogen höret nicht, denn sie haben nicht Gott im Herzen und König und Vaterland auch nicht. Beherziget unsere Worte, auf daß es Euch wohl ergehe und Ihr nicht nöthig habet, die Augen nieder zu schlagen bei'm Gedächtniß an alle Die, so für Eure Freiheit geblutet haben und die noch im Reiche der Todten Eurer nicht vergessen! Solches rufen wir Euch zu und scheiden von Euch in Liebe und Eintracht als Eure Befreier und Brüder.

„Der Prinz von Preußen muß zurückkommen" ist der Titel eines Plakates ohne Unterschrift:

Das Ministerium Camphausen hat seit seinem Zusammentritt manchen Schritt gethan, welcher von Einsicht in die Verhältnisse der Gegenwart und von staatmännischer Klugheit zeugte. Jetzt, wenn auch spät, hat es einen Schritt gethan, welcher Kraft, Muth und Gerechtigkeitsliebe offenbart. Und doch hat dieser Schritt, die Rückberufung des Prinzen von Preußen, von einigen Seiten Widerspruch gefunden! Man macht dem Ministerium die Verfolgung reactionärer Tendenzen zum Vorwurf, wagt es einen Bürgerkrieg in Aussicht zu stellen, und spricht selbst von einer Schuld des Prinzen von Preußen, die das Ministerium officiell zu constatiren verabsäumt habe. Einer solchen Sprache und solchen Drohungen muß endlich einmal das einfache Sachverhältniß, muß die Wahrheit entgegengehalten werden. Der Prinz verließ Berlin, um durch die That das vielfach und wie sich bald herausstellte, in so schändlicher Absicht verbreitete Gerücht zu widerlegen, als ob er beabsichtige, mit Waffengewalt die Erfolge des 18. März rückgängig zu machen. — Damals erkannte man die Hochherzigkeit dieses Entschlusses an und war dankbar dafür; jetzt will man ein Verbrechen daraus machen, spricht, wie gesagt, von Schuld und verlangt Untersuchung. Wir und der große Theil des Volkes mit uns wissen nichts von einer Schuld und kennen keinen Gerichtshof, welcher in dieser Frage competent sein könnte. Aber dennoch — gesetzt die neue Volksvertretung nähme die Sache in die Hand, stellte Untersuchung an und spräche ein Urtheil: kann dieses Urtheil irgend Jemandem, kann es selbst dem politischen Club zweifelhaft sein? Warum widersetzt er sich, wenn das Ministerium, das ja für jede seiner Handlungen verantwortlich ist, jene Rückberufung veranlaßt? Etwa darum, damit die von der Volksvertretung ausgesprochene Rückberufung einen um so größeren und feierlicheren Eindruck im Volke hervorrufe? Nach allem, was über die Wirksamkeit dieses Clubs bekannt ist, muß diese Deutung ohne Weiteres verworfen werden: wie hatten auch sonst seine jetzigen Maueranschläge, seine Thiergarten-Versammlungen, seine Versuche, durch Aufstellung der Massen das Ministerium einzuschüchtern, einen Sinn? Ist nicht vielmehr anzunehmen, daß Die, welche die Rückkehr des Prinzen von Preußen jetzt nicht wollen, solche auch nach 14 Tagen nicht wollen werden? Und liegt nicht im Hinblick auf den 2. April, wo die ganze Bürgerwehr unter Waffen treten

mußte, um der von jener Partei beabsichtigten Gewaltdemonstration wider den eben zusammentretenden Landtag zu begegnen, die Befürchtung nahe, daß dieselbe Partei auch die Beschlüsse der neuen Volksvertretung von einem Terrorismus ähnlicher Art abhängig zu machen suchen wird? Damit sich mehr und mehr der gesetzmäßige Zustand befestige, unter dem allein eine ruhige und geordnete Berathung möglich ist, muß schon jetzt die Bürgerschaft Berlins, allen ungesetzmäßigen, revolutionären Bestrebungen und Versuchen gegenüber, wie überhaupt, so namentlich auch in der vorliegenden Frage eine entschiedene Stellung einnehmen. Sie muß einsehen, daß es endlich an der Zeit ist, einer Herrschaft, wie der vom politischen Club ausgeübten, sich zu schämen; daß es an der Zeit ist, sich daran zu erinnern, wie jedes Schwanken unter den gegenwärtigen Umständen den Umsturz der constitutionellen Monarchie und mit dieser den Umsturz des Bürgerthums zur Folge haben muß. Vertraue darum das Ministerium auf die Gesinnungen der Bürgerschaft, schreite es unerschrocken auf dem eingeschlagenen Wege vorwärts und setze, wie bisher, den unberechtigten Forderungen weniger Factionäre den unerschütterlichen Muth treuer Pflichterfüllung entgegen.

Ein anderes, überschrieben: „Soll der Prinz von Preußen zurückkommen?" beantwortet diese Frage in ähnlichem Sinne. Unter dem Titel: „Der Prinz von Preußen in Berlin, ein Aufruf an die Berliner" wird dasselbe Thema variirt:

Das Ministerium hat den Prinzen von Preußen in Eure Mauern zurückführen wollen. Ihr habt Euch dem widersetzt. Große Corporationen haben Proteste und Petitionen eingereicht. Einzelne Stimmen, welche in öffentlichen Plakaten für die Rückkehr des Prinzen sprachen, haben keine allgemeine Unterstützung gefunden, weil die Anhänger dieser Ansicht offen aufzutreten sich fürchten. Sie, die Ruhigen, wagen es nicht, der leidenschaftlichen Erregung ihrer Gegner entgegen zu treten. Wie aber soll die Sache ausgeglichen werden? Wie kann sie ausgeglichen werden? Mitbürger! das Ministerium kann unmöglich leichtsinnig diesen Schritt gethan haben; es muß ihn für heilsam und nothwendig für das Land gehalten haben. Wenn das Ministerium an der Ausführung einer solchen Maßregel durch die Einwohnerschaft Berlins gehindert wird, was bleibt ihm dann zu thun übrig? — Es muß abdanken! Es kann nicht mit seiner Ueberzeugung in Widerspruch treten. Wohl muß jede Regierung der öffentlichen Meinung nachgeben; aber die Ausschließung des Prinzen von Preußen ist nicht die öffentliche Meinung des ganzen Landes. Giebt das Ministerium hierin den Berlinern nach, so wird ein großer, sehr großer Theil des ganzen Landes sich gegen dasselbe erheben, und das Ministerium wird gezwungen sein, abzutreten. Was dann? Die Antwort auf diese Frage ist inhaltsschwer und verhängnißvoll!! Wollt Ihr ein republikanisches Ministerium? Nach dem Ministerium Camphausen bleibt Euch kein anderes übrig. Fürchtet Ihr den Prinzen mehr, als ein republikanisches Ministerium? Verlangt Ihr, daß die öffentliche Meinung Berlins respectirt werde, und wollt Ihr selber nicht die öffentliche Meinung des ganzen Landes ehren? Zugegeben, Euer Zorn gegen den Prinzen sei gerecht, — wollt Ihr diesen Zorn nicht auf dem Altar des Vaterlandes opfern? Wollt Ihr, ohne Grund zu irgend einer Besorgniß, blos um Eures Hasses willen, das Vaterland in einen blutigen Bürgerkrieg stürzen? Wollt Ihr, daß — was gar leicht geschehen kann — unsere Armee in Schleswig und Posen erkläre: sie kämpfe nicht eher weiter, bis der Prinz von Preußen zurückgekehrt ist? Noch einmal, Bürger Berlins: Wollt Ihr Bürgerkrieg? Wollt Ihr Anarchie? Wollt Ihr Euch durch Clubs bevormunden lassen? Bürger Berlins, Helden der Märznacht, das könnt Ihr nimmermehr wollen! Man will, daß die const. Nationalversammlung über die Rückkehr des Prinzen entscheide. Nun wohl, sie wird für ihn entscheiden, und Ihr werdet wiederum gezwungen thun müssen, was Ihr besser als freie Männer gethan hättet, und Ihr werdet das Vertrauen des ganzen Landes zu Eurem Patriotismus verscherzt haben. Auf denn, Bürger Berlins, tretet zusammen, verlangt von dem Ministerium, daß es den Prinzen veranlasse, sein Schweigen zu brechen, er erkenne das Geschehene voll und aufrichtig an, er erkläre, daß er die Constitution ohne Rückhalt beschwören wolle, dann kehre er zurück, er soll uns willkommen sein, dann wollen wir lieber ihn, als ein republikanisches Ministerium, Anarchie und Bügerkrieg.

Ein „Protest" beschäftigt sich mit dem Palais des Prinzen:

Protest. Was ist Preußens National-Eigenthum? — Antwort: die uns gegebene Freiheit! Nicht aber des Prinzen von Preußen Palais; denn als heilig und unantastbar er-

kennt die Nation das Eigenthum des ersten wie des letzten Staatsbürgers. Darum also auch feierlicher Protest gegen die Anmaßung jener Volkspartei Berlins, welche sich nicht scheuet, das Palais als National-Eigenthum zu erklären.

In einer als Plakat veröffentlichten Adresse richtet Hr. A. Korn „Bitten an das so sehr geliebte Ministerium Camphausen“:

Geliebtes Ministerium! Nachdem Du lange genug geschlafen hast, zeigst Du seit wenigen Tagen eine so überraschende Thätigkeit, daß wir uns in aller Stille daran machen müssen, Dir unsere Bitten vorzutragen, weil wir fürchten, daß Du ihnen sonst auf eine Art zuvorkommen könntest, die uns um unserer Ruhe willen sehr unangenehm wäre. Höre also das Volk an, und gewähre ihm folgende Bitten: Erstens: Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß Du den König aufgefordert hast, den Prinzen von Preußen von seiner geheimen Mission zurück zu berufen, welche Bitte er außergewöhnlich schnell gewährt hat. Du hast gewiß vergessen, daß am 19. März das Volk sich erst beruhigte, als alle Zeitungen versicherten, er sei nicht mehr in unserer Nähe, (denn diese Nähe war uns gefährlich), sondern in England. Du hast vergessen, daß schon einmal bei dem Gerüchte von seiner Wiederkunft, zwei Tage nach der Revolution, überall gewisse undurchdringliche Ehrenpforten gebaut wurden. Du hast vergessen, daß der König sein Palais der Nation zu einem Büreau zur Einreichung von Bittschriften übergab. — Wir bitten Dich daher, Dein Gedächtniß etwas aufzufrischen und Deine voreiligen Schritte zu bereuen und schleunigst rückgängig zu machen. Zweitens bitten wir Dich, einsichtsvolles Ministerium, künftighin etwas mehr auf unsere Demonstrationen zu geben, und nicht erst die Stimme des ganzen Landes abwarten zu wollen, da, wie Du weißt, wir Dich am Besten kennen, und wir mit unserm Blute das Recht errungen haben, daß die Provinzen, denen wir die Freiheit erkämpft, unserem Willen zu folgen haben. Auch willst Du Dir hierbei erinnerlich machen, daß wir auch wegen Schlöffel's demonstrirt haben, den wir noch mehr lieben als Dich. Drittens bitten wir Dich, bei Deiner großen Liebe zu uns, daß Du dem Volke endlich die versprochenen Waffen zukommen läßt, damit wir bei künftigen Demonstrationen allein die Ruhe aufrecht erhalten können, da die Bajonette hierbei doch unerläßlich zu sein scheinen. Viertens bitten wir Dich, Deinen anstößigen Lebenswandel gänzlich zu ändern, oder Dich, was uns am Besten erscheint, so schnell als möglich aus den mit unendlichem Vergnügen eingenommenen Hôtels zurückzuziehen. — Deine Worte, wenn auch nicht Deine Thaten, haben uns überzeugt, daß Du uns unendlich liebst, und wir hoffen daher, daß Du jeden unserer Wünsche gern und bald gewährst, in welchem Fall wir Dir, Du magst stehen oder fallen, stets gewogen bleiben werden.

Auch Hr. Urban „fühlt sich gedrungen,“ einen offenen Brief an das Ministerium, unter der Aufschrift: „Recht, Licht und Wahrheit sind die Grundpfeiler, worauf das Staatsgebäude ruht“ zu richten. Das Ministerium habe in seiner Bekanntmachung eine „Unwahrheit“ gesagt, indem der Prinz der allgemeinen Mißstimmung gewichen, nicht aber wegen diplomatischer Missionen abgereist sei; es habe ferner eine wichtige Angelegenheit, welche dem Reichstage vorzulegen gewesen wäre, „eigenmächtig“ entschieden. Endlich habe es „gegen alle Rücksichten der Klugheit“ gehandelt. Möge es nun durch ein offenes Bekenntniß seine Fehler selbst wieder verlassen. — Hr. Ernst v. Derschau macht im Interesse des Prinzen eine „bescheidene Anfrage.“ Es sei eine Anforderung der Gerechtigkeit, daß alle diejenigen, „welche Thatsachen wissen, die den Prinzen um die Sympathieen eines der Gerechtigkeit, Ordnung, Wahrheit und Weisheit nachstrebenden Volkes bringen könnten, ihre Kenntniß „bei einer dazu niedergesetzten und höheren Ortes sanctionirten Commission offen kund geben.“ Durch die Veröffentlichung der Zeugnisse werde dem Volke Gelegenheit gegeben, „gleichsam ein öffentliches Ehrengericht über seinen ersten Mitbürger und den präsumtiven Erben der Krone zu halten, nach-

dem diesem zugestanden würde, sich gegen die Anschuldigungen allseitig vertheidigen und nachhaltigst rechtfertigen zu können." Hr. v. Derschau bezieht sich weitläufig auf sein früheres Leben, welches beweise, daß er „von jeher ein Freund des Rechts, der Wahrheit, der Ordnung, der allseitigen Weisheit und Nächstenliebe" gewesen sei; eben so aber auch ein „entschiedener Feind jeder verderblichen Reaction, die Weisheit Gottes preisend, welche, wie durch Blitz und Donnerschlag, die vielfach ungesunde, ja oft selbst verpestete Luft unseres Staatslebens plötzlich reinigen ließ — leider nur, daß dabei der bekannte Ausspruch auch für alle Welt eine ewige Wahrheit enthält: Es muß ja Aergerniß kommen! Wehe aber dem, durch den dieses kommt!" — Ein Patriot giebt den Berlinern darin Recht, daß sie ihre Mißstimmung gegen die ministerielle Maßregel äußerten: Es gebe gewiß ohne den Prinzen so manchen tapferen General, der das Heer im Kampf zum Siege führen könne; der Prinz mag in ruhigeren Tagen zurückkehren und gastliche Aufnahme finden, „aber für den Augenblick droht durch seine Zurückkunft dem Vaterlande die äußerste Gefahr!" — Ein Bürger räth in einem Plakat: „Bürger Berlins! Wovor fürchtet Ihr Euch?" den Prinzen kommen zu lassen, wenn die constituirende Versammlung da sei, „damit er zum ersten Mal das Volk sehe, . . damit er wisse, was er an dem Volke hat, damit das Volk wisse, was es an ihm hat." — Der Verein für Wahrheit und Recht theilt in einem Plakate: „Berliner, lernt gerecht sein, wenn Ihr frei sein wollt!" einige Thatsachen zu Gunsten des Prinzen mit. Darunter folgende: Der Prinz sei mit seiner Forderung einer freien Verfassung gleich nach dem 24. Februar an der „Hartnäckigkeit des alten jesuitischen Ministeriums" gescheitert; er habe gegen die Verwendung der Garde zum Straßenkampfe protestirt und die Einberufung der volksthümlichen Landwehr gefordert; „aber das jesuitische Ministerium traute der Landwehr nicht." Der Prinz habe das Meiste gethan zur Hintertreibung des bekannten „jesuitischen" Ehescheidungsgesetzes. Er habe die „muckerischen Tractätchen-Verbreiter, Mäßigkeits-Apostel und anderes jesuitisches Gesindel" aus den Kasernen treiben lassen u. dergl. m. „Wer hat uns", heißt es in dem Plakate weiter, „so lange geknechtet, wer hat das Volksverdummungswerk betrieben und den Fortschritt gehemmt, wer hat den Staat geplündert und wer das Blutvergießen herbeigeführt — die Jesuiten! In Italien, der Schweiz, Paris, Wien und Berlin überall nur diese teuflischen, dem Despotismus aus Eigennuß dienenden Banden, — diese Horde, die alle Gestalten annehmen und bald als Geheimräthe, als Volksredner, als Pfaffen und Gott weiß unter welcher Maske das Volk durch Vorspiegelungen zu falschen Handlungen zu verleiten suchen; diese Brut hat blinden Haß gegen den Prinzen von Preußen zur Erreichung ihrer teuflischen Zwecke anzuregen und zu unterhalten gewußt. Oeffnet die Augen und seht um Euch! Ihr habt noch keinem Jesuiten wehe gethan; die Hengstenberg'sche evangelische Kirchenzeitung fährt noch in dem-

selben Geiste fort zu wirken, wie damals, wo sie Prügel, Hunger und Elend für einen warmen schützenden Pelz erklärte, den man der Armuth nicht rauben müsse. Erkennt Eure Freunde und Feinde. Unser Verein ist ein Volksverein, der nur im Volke wurzelt, der kein anderes Mittel hat, als die freie Presse und keine andere Instanz als den Wahrheits- und Rechts-Sinn des Volkes, an den wir hiermit auch in dieser Angelegenheit apelliren." — Ein Ungenannter, dem „die Liebe zum Vaterlande die Zeilen dictirt", redet in einem „offenen Brief an den Prinzen von Preußen" diesen also an: „Brechen Sie Ihr Schweigen, Prinz, das Ihre Verehrer und Gönner gleichfalls verletzt. Verbannen Sie die vielleicht ererbte Scheu vor der Oeffentlichkeit, verbannen Sie einen Stolz, der Sie vielleicht abhält, ein Bekenntniß abzulegen. Sprechen Sie offen und frei aus, daß Sie sich ganz und ohne Vorbehalt der neuen Richtung der Zeit zugewendet haben, daß ihr erhabner Freiheitsruf auch in Ihrem Herzen einen Wiederhall gefunden hat. Das Volk wird in der Wahrheit dieses Geständnisses einen neuen Beweis Ihrer Ehrenhaftigkeit sehen, es wird an die Aenderung Ihrer Ansichten dann um so fester glauben, und Hunderttausende, die zum Theil jetzt noch in Haß lodern, werden sich selbst gestehen, daß sie noch später als Sie, königliche Hoheit, zur vollen Einsicht in die Bedürfnisse und Rechte der Zeit gelangt sind." — Im Tone nicht eben feiner Ironie ist eine andere „Adresse an den vielgeliebten Prinzen von Preußen" gehalten. „Königliche Hoheit! Edler Volksfreund!" beginnt dieselbe „Zertreten Sie uns nicht, wenn wir es wagen, aus dem Schlamme der gemeinsten Unterthanen-Erbärmlichkeit hervorzukriechen und uns zu erfrechen, in tiefster Reue über die an Ew. K. H. begangenen Frevel- und Gräuelthaten, die uns zu dem Nichtswürdigsten alles Unterthanenpacks stempeln, Ew. K. H. höchsteigenen Fuß zu küssen &c." Das Plakat enthält schließlich den Antrag „diese Adresse durch eine Deputation, bestehend aus den Exministern v. Thiele und Eichhorn, den Hrn. v. Thadden, Oberpräsidenten Meding und Polizeirath Dunker Sr. K. H. auf einem Kissen von rothem, im Blut der Märzkämpfer gefärbten Sammet, zu überreichen." — Flugblätter, Pamphlets und Lieder behandelten in ähnlicher Weise denselben Stoff. So ein „Rheinisches Lied", dessen Inhalt zu dem der oben mitgetheilten Plakate von Rheinländern den directesten Gegensatz bildete, ein „Festlied der Babylonier u. s. w."*) einige Parodieen des acht Jahre vorher vielgesungenen Becker'schen Rheinliedes,**)

---

*) „Festlied u. s. w." Von H. Johr. (Vereins-Druckerei.)

**) Wir wollen ihn nicht haben. Gedicht gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, von R. G." (Druckerei von C. Schiementz) und „Wir wollen ihn nicht haben den u. s. w. Allerneuestes Volkslied von Nicolaus Becker dem Jüngeren." (Druck von Brandes und Schultze.)

ein „Extrablatt der ewigen Lampe",*) einige ungereimte Dialogen, Abschiedsscenen in London darstellend.**)

Stimmen aus den Provinzen verstärkten das Concert, das die Hauptstadt auszuführen begonnen hatte. Die anfangs stark dissonirenden Töne verhallten allmählig in einem kräftigen märkisch-pommerischen Unisono. Daß die berliner Opposition in ihren Ausdrücken noch sehr milde gewesen, zeigten Inhalt und Form der demokratischen Proteste aus Köln, Coblenz, Breslau. Der breslauer „demokratische Verein" erließ einen Aufruf „an die bewaffnete Einwohnerschaft Breslau's", der zugleich in einer großen Anzahl von Exemplaren nach Berlin gesandt wurde, wo er (am 13.) die Straßenecken schmücken half. „Von dem Augenblicke an", heißt es darin, „in welchem der gefährlichste Feind unserer jungen Freiheit den deutschen Boden betritt, ist an Friede und eine ruhige Entwickelung in unserem Vaterlande nicht mehr zu denken . . . Darum seid wachsam, Freunde, von jetzt an wachsamer als je auf jeden Schritt des Ministeriums, und sobald unserer schwer errungenen Freiheit von irgend einer Seite Gefahr droht, so erinnert Euch, daß diese Freiheit Euch die Waffen gegeben hat, damit Ihr sie gegen jeden Hochverrath beschützet, um so kräftiger beschützet, je höher die Person steht, welche diesen Hochverrath wagt." Aehnlich lauteten die Proteste anderer breslauer Vereine (des vaterländischen, des schlesischen constitutionellen Central-Vereins, des demokratisch-constitutionellen Clubs) deren Urheber ebenfalls nicht säumten, die literarischen Producte ihrer Stimmungen zeitig nach Berlin zu fördern. Eine andere dieser in Berlin verbreiteten schlesischen Proclamationen trug die Unterschrift des aus den zwanziger Jahren als Demagogen und Abenteurers bekannten Wit von Döring (Pschow, 5. Mai): „Trifft den Prinzen", erklärt dieser, „in der Vergangenheit ein Vorwurf, so muß er sich verantworten; wollte Er der Entwickelung der Gegenwart entgegenwirken, so würde er bald seine Ohnmacht erkennen und traun den Wahnsinn nicht hegen, sich freiwillig in den Rachen des Löwen zurückzubegeben." Und in einem Schreiben, das gleichzeitig als Adresse mehrerer schlesischer Gutsbesitzer mitgetheilt war, wird dem Prinzen zugerufen: „Kehren Sie bald in unsere Mitte zurück und beweisen Sie durch frisches freudiges Ergreifen der andern Zeit, daß Sie jeder Reaction eben so feind sind, wie wir unsererseits mit voller Kraft den republikanisch-anarchischen Gelüsten entgegen treten werden." Während die Zeitungs-Halle und gesinnungsverwandte Blätter in ihren Spalten Proteste aus den Provinzen zusammenstellten, brachten die Beilagen der beiden alten privilegirten Blätter, besonders aber der Vossischen Zeitung, jene

*) „Viertes Extrablatt der ewigen Lampe". (Gedruckt bei Moeser und Kühn.)

**) „Soiree der Erregenten in England und ihre Begegnung mit Lola Montez." Von A. Hopf. (Bei L. Schlesinger. — „Das letzte Stündchen in London, oder Wilm, Lude Vieldieb und Metternich im letzten Gespräch. Zum Besten eines zu gründenden Fonds für Reisekosten von Verstoßenen und Zurückberufenen und irrefahrenden Ex Ex. Von Dr. Justus Severus." (Druck von Brandes und Schultze.)

zahllosen Adressen aus pommerischen und brandenburgischen Ortschaften, die fast alle in derselben Art ihrem Patriotismus Worte zu geben suchten. Weder die vollständige Mittheilung dieser Adressen, noch die sie gewöhnlich begleitenden langen Reihen der Namen ihrer Unterzeichner glaubte die Voss. Zeit. ihren Lesern vorenthalten zu dürfen. Die der Hauptstadt benachbarte Stadt Müncheberg und das Dorf Dahlewitz eröffnete den Reigen. Zweiundzwanzig Personen, unter dem Gesammtnamen: „der Bauern-Verein der vereinigten 65 Ortschaften im Teltower-Kreise" erklärten vom letzteren Dorfe aus (14. Mai), daß eine im Verhältniß zur berliner Bevölkerung nur geringe Menge von einigen Tausend unternehmender Köpfe die Meinung der Hauptstadt tyrannisirten daß sie aber auch sich anmaßten zu behaupten, sie repräsentirten die Stimmung des Landes. „Wir sagen deshalb, die einige Tausend geben nicht die Stimme des Volks ab, und bitten das verantwortliche Ministerium, so wie die guten Bürger Berlins, dringend, ihrer Ueberzeugung zu folgen und die schleunige Rückberufung unseres Prinzen beim Könige entschieden zu beantragen. Wir wünschen dies mit dem ganzen Lande sehnlichst, und fordern alle ächte Preußen auf, ihre Stimme mit der unsrigen zu vereinigen, damit unser Vaterland in Zukunft gesichert dastehe, damit die preußische Thronfolge unangetastet bleibe und so unser theures Vaterland vor Bürgerkrieg und Blutvergießen bewahrt bleibe." Die Müncheberger, 71 an der Zahl, gaben dem Ministerpräsidenten, neben der Versicherung, daß „viele Tausende mit Verlangen dem Tage entgegensehen, wo der ehrenhafte und hochgesinnte Prinz das Land seiner Väter wieder betreten wird", folgendes Vertrauensvotum: „Euer Excellenz haben in einer Zeit, wo es schwer war, an der Spitze des Fortschritts zu stehen, eine Festigkeit bewährt, die nebst ihren ausgezeichneten Gaben, Sie Ihrer gegenwärtigen hohen Stellung würdig gemacht hat. Sie haben durch männlichen Muth gegen die ehemaligen Machthaber im Staate sich das volle Vertrauen des Volkes erworben. Das Volk vertraut, daß Sie und ihre Amtsgenossen die gleiche Standhaftigkeit auch gegen die behaupten werden, welche die langersehnte Freiheit mißbrauchen." In den wenigsten dieser von der Voss. Zeit. einige Wochen hindurch täglich mitgetheilten Erklärungen aus den Provinzen begnügten sich die Verfasser und Unterzeichner derselben, ihr einfaches Votum in der Angelegenheit des Prinzen abzugeben.*) Der bei weitem größte Theil

*) Einige begründeten dies Votum auf Mittheilungen, welche in einem Artikel der Spen. Zeit. (17. Mai): „Der Prinz von Preußen in den Kampftagen vom 18.—19. März" von einem den Ereignissen nahestehenden Manne zur Ehrenrettung des Prinzen gemacht wurden. (Unsere frühere Darstellung — Buch II Abschnitt VI — hat den Inhalt dieses Artikels im Wesentlichen wiedergegeben.) In derselben Absicht veröffentlichte ein Mann, der dem Prinzen lange Zeit nahe gestanden, der Major v. Vinke auf Olbendorf in Schlesien, einen Aufsatz in der „Breslauer Zeitung" (16. Mai), den wir, da er die Person des Prinzen in der umfassendsten Art zu vertheidigen suchte, seinem Hauptinhalte nach hier folgen lassen: „Ohne mir", äußert Hr. v. Vincke, „ein Urtheil darüber anzumaaßen, ob es jetzt an der Zeit ist,

jener Schriftstücke demonstrirte vielmehr gegen die Hauptstadt und „eine gewisse Partei“ in derselben. „Berlin ist nicht Preußen, ein Haufen Schreier nicht Berlin“ war das am meisten behandelte Thema der vielen seitenlangen Declamationen. Neben dem Ausdrucke vollständiger Sympathieen mit den patrio-

---

den Prinzen zurückzuberufen, widerlegt wenigstens die Thatsache, daß dieses geschehen ist, meine bisherige Ansicht: daß es noch zu früh sei, mit der reinen Wahrheit den falschen Berichten über den Prinzen offen und freimüthig entgegen zu treten, weil die Leidenschaften sich erst besänftigen müssen, ehe die Wahrheit Eingang findet. Der Wahrheit zu Ehren, und um grundlose Befürchtungen wo möglich zu beseitigen, legt hier ein Mann öffentliches Zeugniß ab, der dem Prinzen nahe genug gestanden hat, um ihn zu kennen, der aber auch durch seine Vergangenheit den Beweis gegeben hat, daß er weder um Hofgunst noch um Volksgunst buhlt. Es ist wahr, daß der Prinz früher und noch bei der Thronbesteigung des jetzigen Königs der constitutionellen Entwickelung entschieden abhold war. Seine vorzugsweise militairische Erziehung und Bildung, sein strenger Sinn für Ordnung und Regelmäßigkeit machten ihn zum entschiedenen Vertheidiger des altpreußischen Militair- und Polizeistaats, wie er sich unter der Regierung des hochseligen Königs ausgebildet hatte. Nur in der Aufrechthaltung desselben, gemildert durch strenge Gesetzlichkeit und Humanität, sah er in voller Ueberzeugung das Wohl des Vaterlandes. Er hielt es für eine heilige Pflicht der Regierung, an dem Ererbten, dem Ueberlieferten so lange fest zu halten, bis das Neue auf eine unzweifelhafte Weise seine Berechtigung dargethan habe, das Alte zu verdrängen und an dessen Stelle selbst die Zeit zu beherrschen. Die Erscheinungen in andern Staaten, wo Constitutionen bestanden, ohne, — sei es, weil sie unter äußerem Druck oder innerer Unredlichkeit der Regierungen litten, — segensreiche Früchte zu tragen, sowie die im Ministerium wie bei Hofe herrschenden Ansichten der Haller-Metternich'schen Schule bestärkten ihn in dieser Richtung. Die mit der Thronbesteigung des jetzigen Königs erwachende geistige Bewegung überzeugte jedoch allmälig den Prinzen, daß weitere Schritte in Entwickelung der ständischen Verfassung nöthig waren. Er selbst äußerte sich einst: „Wer in dem Streben der Völker, ihre Zustände zu verbessern, Revolution sieht, der macht erst die Revolution; es ist Pflicht der Regierung, sich an die Spitze zu stellen und sie zu leiten.“ So seine Grund-Ansicht, — nur über das dieser Bewegung zu gebende, oder von ihr anzunehmende Maaß herrschte unselige Verblendung. Als man 1846 ernstlich daran ging, allgemeine Reichsstände einzuführen, widerstand der Prinz lange dem, durch das Patent vom 3. Februar 1847 eingeführten, mittelalterlichen System, — der Schöpfung einer nunmehr unwiederbringlich gestürzten Partei. Er wollte eine weit freisinnigere Verfassung mit zwei Kammern und periodischer Wiederkehr, ohne Ausschüsse und sonstige Auswüchse. Als er aber nach langem Kampfe jenes Patent unterschrieben, betrachtete er es, in einer an sich ehrenhaften, streng militairischen, wenn auch impolitischen Ansicht als einen Act, welcher, weil er einmal zum Gesetz geworden, erst vollständig ausgeführt werden müßte, ehe er verändert werden dürfe. Ich will so wenig die wirklichen Ansichten des Prinzen bemänteln, daß ich es offen ausspreche, wie ich moralisch überzeugt bin, der Prinz würde, ohne die durch den blutigen Kampf in Berlin gewonnene Ueberzeugung des Gegentheils, nie von seiner angeerbten und anerzogenen Ansicht des Gnaden-Regiments zurückgekehrt und die neue, die Völker durchdringende Idee des Rechtsstaates in voller Anerkennung in sich aufgenommen haben. Gewiß wird die Ansicht, daß der Prinz die neue Zeit jetzt als völlig berechtigt anerkennend, in der noch leidenschaftlich bewegten Gegenwart wenig Glauben finden; und doch bin ich moralisch überzeugt, daß es so ist. Seit den 6 Jahren, wo ich als unabhängiger Mann hier lebe, gestattete mir der Prinz mündlich und schriftlich, meine liberalen Ansichten von den Bedürfnissen der Zeit ihm offen auszusprechen und seine entgegengesetzten zu bekämpfen. Ich habe stets ein offenes Ohr gefunden, wenn auch keinen genügenden Erfolg. Eine wunderbare Führung leitete mich zu einer mehrere Stunden langen Unterredung mit ihm unmittelbar vor seiner Einschiffung in Hamburg. Dort sprach er es tief bewegt aus, wie er stets nach seiner innigsten Ueberzeugung und tiefem Pflichtgefühl gehandelt, daß er aber vollkommen anerkenne, daß die Zeit eine andere, daß das alte System unmöglich geworden, daß er offen und ehrlich alle Dem beitreten würde, was der König im Interesse der Volksfreiheit der neuen Zeit thun und vereinbaren würde, auch bereit sei, bei geeigneter Gelegenheit dieses öffentlich auszusprechen. Er äußerte den Wunsch, an diesem neuen Werk mit zu arbeiten, und den Vorsatz, an dem Neuen dann eben so fest zu halten, als er das Alte vertheidigt. Psychologisch ist es mir sehr erklärlich, daß ein fester, ehrenhafter Charakter, wenn er den

tischen Landwehrmännern, welche die Proclamation vom 7. erlassen, die stärksten Invectiven gegen „Held, Schlöffel, Jung und Consorten"; hier Vertrauens-Voten für das Ministerium, das endlich einmal durch die angeordnete Zurückberufung des Prinzen seine Pflicht erfüllt habe, dort pathetische Aufforderungen an die Lenker des Staatsruders, „mit äußerster Energie in ihren auf Ordnung abzielenden und auf Recht begründeten Maßnahmen vorzugehen"; mit Entsetzen weisen die Einen auf eine „anarchische Faction, welche den wahren Ausdruck der berliner Bürgerschaft nur gewaltsam niederhält", ernstgemeinte Drohungen werden von Anderen an die Hauptstadt und ihre Bevölkerung gerichtet: Verheißungen furchtbarer Rache der Provinzen an Berlin. Einer der Rächer, Hr. v. Jagow auf Crewese, sucht mit einem „Nota bene für Berlin" zu schrecken. (V. Z. 21. Mai.) „Wenn die Provinzen", lautet dieses Nota bene, „bis jetzt mit Mäßigung über Schritte geschwiegen haben, wie sie sich die Berliner in vielfacher Beziehung, ganz besonders aber in Bezug auf Sr. kön. Hoheit den Prinzen von Preußen erlaubt habe, so ist das geschehen, weil man hoffte, daß nach dem Verschwinden der ersten Aufregung die Berliner ihr Unrecht einsehend selbst alle Schritte thun würden, um dieses gegenüber dem ganzen Vaterlande, gegenüber Personen, gut zu machen. Mit Bedauern sehen wir, daß wir uns in der guten Meinung, die wir von den Berlinern hatten, getäuscht haben, und ganz besonders thut es uns leid, wenn wir erfahren müssen, daß jetzt von den Berlinern sogar Schritte vorbereitet werden und selbst schon gethan sind, um die von Se. Majestät dem Könige auf An-

---

Irrthum seiner Vergangenheit und die neue Richtung der Zeit wahrhaft erkannt hat, dieser neuen Richtung sich mit derselben Energie und Aufrichtigkeit hingeben kann, wie er bisher an der alten gehangen. Lebhaft steht mir noch der Unwille vor Augen, mit welchem der Prinz den Gedanken zurückwies, daß er jemals gleich den Stuarts oder den Bourbons die Waffen gegen sein Vaterland führen oder fremde Mächte dazu aufmuntern könnte. Nach meiner festen Ueberzeugung wird der Prinz, sobald er mit gewohntem Fleiß und Ausdauer die neue Verfassung und das neue Verhältniß des konstitutionellen Königthums aufgefaßt hat, in seiner ganzen Gewissenhaftigkeit der kräftigste, sicherste Träger desselben sein. Er beabsichtigt wahrlich keine Reaction!..Ueber seine Theilnahme an den Ereignissen des 18. und 19. März sind viele Unwahrheiten verbreitet, zu viele, als daß ich sie hier alle widerlegen könnte. Nur Einiges will ich erwähnen. Am 13. hatte der Prinz bereits das Commando über die Truppen völlig abgegeben und konnte deshalb keine Befehle mehr an die Truppen ertheilen. Er mißbilligte entschieden die große Truppenentwickelung am 14. Es ist nicht wahr, daß er den 18., wie behauptet worden, auf dem Balkon des Schlosses stehend, mit einem weißen Tuche das Signal zu den verhängnißvollen Schüssen gegeben. Es ist genau ausgemittelt, daß der Prinz in jenem Moment hinter dem dritten Fenster von dort, in dem neuen Vortragszimmer des Königs, stand und als er die zwei Schüsse wahrnahm, welche aus der Mitte eines anrückenden Infanteriezuges in die Höhe gingen, zu den Umstehenden sagte: „Mein Gott! wenn da nur nicht jemand von den Zuschauern in den Fenstern blessirt ist." Ich weiß gewiß, daß am Abend, als die noch nicht angegriffene Besatzung der Barrikade der breiten Straße, um den Angriff der Truppen zu provociren, anfing auf die am andern Ende der Straße stehende Artillerie zu schießen und der Commandeur der letzteren sich dadurch verpflichtet glaubte, wieder zu schießen, der Prinz, der gerade unten stand und dies hörte, es verhinderte und von dem Könige selbst den Befehl holte, nicht eher zu schießen, als bis der commandirende General es befehlen würde. . ."

trag des Staatsministeriums ausgesprochenen Zurückberufung des Prinzen von Preußen Königl. Hoheit zu hintertreiben. Hierin erblicken wir eine Anmaßung der Berliner und eine usurpirte Suprematie, die wir in den Provinzen durchaus nicht gesonnen sind anzuerkennen. Wir erklären deswegen den Berlinern, daß wir jeden gewaltsamen Schritt der Berliner in dieser Beziehung, jede massenhafte Demonstration derselben, die darauf abzielen soll, das Ministerium überhaupt zu Entschlüssen zu bestimmen, vom heutigen Tage ab (17. Mai) als eine Marschordre für uns ansehen, daß wir fest entschlossen sind der ungesetzlichen Gewalt, Gewalt entgegenzusetzen, und wünschen aufrichtig, Berlin möge nicht Verantwortung für Ereignisse auf sich laden, die aus einem massenhaften Zuzug des Landes nach der Residenz entstehen könnten."*)

Aus Berlin selbst ergingen Aufforderungen an die Provinzen, gemeinschaftlich mit der Hauptstadt gegen „eine rastlos thätige Partei, die den Sturz des Ministeriums um jeden Preis zu ihrer Loosung gemacht" zu demonstriren. Ein „Aufruf an die Bürger Berlins und der Provinzen", unterzeichnet: „Mehrere Bürger Berlins" (V.-Z. 16. M.) sucht die Nothwendigkeit darzustellen, den Ministern durch ein Zeugniß des Vertrauens zur Seite zu treten: „Erhebt Eure Stimmen, verwahrt Euch gegen das Joch der Vormundschaft, welches man Euch zugedacht hat und helft durch einmüthige Erklärung die Gefahr abwenden, so lange es Zeit ist. Es soll uns Niemand den neuangebrochenen Morgen der Freiheit durch Reaction trüben; aber ebensowenig darf es einer Partei gestattet sein, unsere Freiheit in Gewaltherrschaft zu verkehren." Vereinzelt, wie diese Aufforderungen, gingen aus der Bürgerschaft Berlins Vertrauenserklärungen hervor. An der Börse wurde am 16. eine Adresse in Umlauf gesetzt, die dem Ministerium „für seine in den letzten Tagen bewiesene Festigkeit" Anerkennung aussprechen sollte. Gegen zweihundert „Urwähler" aus verschiedenen Wahlbezirken (dem 29sten, 83sten, 88sten rc.) erklären, „daß ihr Vertrauen zu den Ministern noch verstärkt worden durch die Festigkeit, mit der sie anarchischen Demonstrationen gegenüber auf ihrer wohlerwogenen Ueberzeugung bestanden sind," daß sie in der Rückkehr des Prinzen keinerlei Gefahr für die dem Volke in der neuen Ordnung der Dinge zustehenden Freiheiten

---

*) Die berliner Blätter ließen Hrn. v. Jagow nicht unberücksichtigt. Ein „Eingesandt" fordert, daß der Verfasser des Nota bene „wegen directen Aufrufs zum Bürgerkriege" verhaftet und in Anklagestand gesetzt werde. „Geschieht dies nicht, so müssen wir überzeugt sein, daß der gesetzliche Zustand zu Gunsten der Reaction suspendirt ist, und daß Leute wie dieser v. Jagow, der Pferdeschlächter Mauch, der Rendant Liedcke und Consorten im Sinne der verantwortlichen Minister handeln." Weniger ernst wurde die Sache von anderen Inseraten genommen. Eines derselben fingirt folgenden „Schlachtruf" des „kassubischen Adels" an Hrn. v. Jagow: „Wir reichen Dich die Bruderhand, Von Jagow auf Crewese, Auch wir hier in's Kassubenland Sind auf Berlin sehr böse. Das Bürgerpack im märk'schen Sand Möcht' Alles reformiren, die Ritterschaft im ganzen Land Muß so was sehr crepiren. Für uns vom Adel wärs 'ne Schand', Da wir von besserm Blute, Zu dulden solchen Bürgerverband; Nein, lieber unter die Knute. rc."

sehen, daß sie vielmehr zu der Ehrenhaftigkeit des Prinzen das Vertrauen haben, er werde, nachdem er sich zu der neuen Ordnung der Dinge bekannt, die festeste Stütze derselben sein." — Der „patriotische Verein," über dessen Entstehung wir früher (S. 364) berichtet, verkündet, zum ersten Mal seit seiner Constituirung, (am 4. und 11.) einen Beschluß (16. Mai). Durch Eckenanschlag wird erklärt:

Ein hohes Staatsministerium hat den Demonstrationen, welche in diesen Tagen die öffentliche Ordnung bedrohten und einen unheilbaren Zwiespalt der Hauptstadt mit den Provinzen herbeiführen konnten, beharrlichen Widerstand entgegengesetzt. Die Festigkeit eines hohen Ministeriums hat die Herrschaft der Gesetze behauptet, und dadurch nicht nur dem Wiederaufblühn von Handel und Gewerbe eine neue Bürgschaft gegeben, sondern auch das Vertrauen auf die friedliche Begründung einer freien Staatsverfassung gestärkt. Der patriotische Verein, seit der Veröffentlichung des Staatsministerial-Berichtes vom 10. d. M. heute zum erstenmal versammelt, hat beschlossen, einem hohen Staatsministerium seinen herzlichen Dank und sein unerschüttertes Vertrauen auszusprechen.

Zu den Schriftstücken dieser Tage gehören die sogenannten „Ministerlisten." Fliegende Blätter, in den Zelten-Versammlungen vertheilt, enthielten folgenden:

Vorschlag zu einem Volks-Ministerium. Minister des Innern: Nauwerk; Minister der Arbeit: Berends und Bisky; Minister des Unterrichts: Diesterweg; Minister der Gerechtigkeit: Jung; Minister des Kriegs: Oberst v. Griesheim; Minister der Finanzen: Hansemann; Minister des Auswärtigen: Graf E. Reichenbach (in Breslau).

Dieser Vorschlag schien von seinen Urhebern ernst gemeint; als ein ernster wurde er in Zeitungen und Inseraten aus den Provinzen besprochen; er blieb jedoch nicht allein, neue Combinationen folgten ihm. So brachten die Straßen-Ecken am 16. Anschläge, auf denen unter Anderen Eichler zum Finanz-, der junge Schlöffel zum Justiz-, Gustav Julius zum Minister des Auswärtigen vorgeschlagen waren. Julius erklärte naiv, daß sein Name in der Liste „völlig deplacirt" wäre. — Das letzte Aktenstück, das in dieser Verbindung zu erwähnen, lieferte Held. In großen Eckenanschlägen verkündet er (16. Mai) dem „Volke von Berlin" seinen Entschluß, „einstweilen von der thatsächlichen Bewegung zurückzutreten." Seine Proclamation setzt die Motive für seinen Rücktritt in folgender Art auseinander:

Bürger! In meiner Eigenschaft als Demagoge (Volksleiter) habe ich ein letztes Wort zu Euch zu reden. Denn ich werde von der Stelle, auf welche mich das Vertrauen eines Theils meiner Mitbürger gehoben hat, herabsteigen, weil ich meine Wirksamkeit vernichtet sehe durch das ungerechte Mißtrauen und die wahnsinnigen Angriffe des andern Theils. Bürger! Ich muß Euch zu diesem Ende meine Stellung klar machen: Seit dem Jahre 1842 wandle ich auf dem Wege publicistischer Wirksamkeit, dessen Endziel die Volksfreiheit und die Volkswohlfahrt war. Bis zum März 1848 wurde mir dieser Weg durch die Dornenhecken der absoluten Staatsgewalt so vielfach versperrt, daß ich mich bei jedem Schritte zerfleischt sah. Censurmaßregeln der infamsten Art, willkürliche Schriftverbote, brutale Ausweisungen aus Städten und Dörfern, Stellung unter öffentliche und geheime Polizeiaufsicht, Einkerkernng in Gefängnisse und Festungen: das waren die scharfen Dornen, mit denen man meine Existenz zerstückelte, so daß ich bis zu diesem Augenblicke trotz einiges Talents noch nicht so viel erworben habe, um einen Tag lang sorgenfrei leben zu können. Dennoch bin ich der Gewalt nicht gewichen; und obgleich ich auch von Seiten des Volkes keinen thätigen Dank geerndtet, so habe ich doch unter allen Schlägen des Schick-

fals mein Ziel keine Minute aus den Augen verloren; denn es war — ich will ganz offen sein — mein Ehrgeiz, als einer der rüstigsten Baumeister an dem Tempel der Volksfreiheit und der Volkswohlfahrt betrachtet zu werden Die Erhebung des deutschen Volkes im März d. J. räumte endlich die Hindernisse hinweg, welche meinem freien Wirken im Wege standen. Mit neuer Begeisterung stürzte ich mich auf der nie verlassenen Bahn vor, indem ich mir die Stadt Berlin zum Kampfplatze ersah, weil die Kunde ihrer „glorreichen" Revolution die Ueberzeugung in mir erweckte, daß hier der rechte Platz für mich sei. — Bürger! Ich habe mich sehr bald getäuscht gesehen. Ich habe gesehen, daß das Volk von Berlin kurz nach dem Verschwinden des ersten Rausches die Revolution als einen Fehler betrachtete, den es eiligst zu verbessern habe. Einem so wahnsinnigen Beginnen wollte ich mit aller Kraft und mit dem Aufgebot aller unblutigen Mittel entgegentreten. Durch die freie Schrift und die noch viel mächtigere Waffe des freien Wortes wollte ich auf dem Wege der Belehrung und des Rathes dahin wirken, daß das Volk, welches den Muth gehabt hatte, eine Revolution zu machen, auch den Muth habe, die Consequenzen dieser Revolution zu verfolgen. Meine Absicht schien erreicht zu werden. Indem ich mich der Volksbewegung in die Arme warf, hob mich die Volksbewegung auf ihren Armen empor und stellte mich an ihre Spitze. Nur für wenige Tage! Denn leider hatte ich nicht daran gedacht, daß in dem Schoße eines freien, aber politisch ungebildeten Volkes für den Demagogen eine noch weit gefährlichere Feindin ruhe, als die ist, welche ihm die absolute Staatsgewalt entgegenzustellen vermag. Diese Feindin ist die Unvernunft, in deren Gefolge die Leidenschaften gehen. Ich habe solche Leidenschaften in Masse gegen mich aufgerufen, — wie ich fest überzeugt bin — nur wegen der consequenten, keiner Partei dienenden Durchführungen meiner Grundsätze. Auf diese Weise bin ich in kurzer Zeit der Gegenstand zahlloser Vorwürfe und Angriffe geworden: Den Einen ging ich viel zu weit, den Andern lange nicht weit genug. Gestern war ich Vielen zu radical, heut wieder zu reactionär. Einigen sprach ich zu viel und handelte zu wenig, Andern sprach ich zu wenig und handelte zu viel. Mehre feindeten mich aus Neid an wegen des bischen Popularität, Einige aus fanatischer Verfolgung ihrer besondern Tendenzen, Viele wegen ihrer reactionären Pläne, die Meisten aus Unvernunft, aus Dummheit. — Aber man begnügte sich nicht damit, mich auf geradem, offenem Wege anzugreifen; — das wäre in der Ordnung gewesen: — nein, man wählte, um mich sicherer zu vernichten, den Weg der Meuchelei. Man machte auf mich Caricaturen und Pasquille; das fand ich natürlich amüsant. Man reizte aber auch durch Verdächtigungen das Volk gegen mich an, das gebildetere, damit es mir sein Vertrauen entzöge, das ungebildetere, damit es an mir Gewaltthätigkeiten verüben möge. — Und welcher Art waren diese Verdächtigungen? Man sagte zu den Einen: ich verleite das Volk zu ungesetzlichen Schritten, um es ins Verderben zu stürzen; zu den Andern: ich suche blos durch die Aufregungen des Volkes persönliche Zwecke, als Ministerportefeuille's u. dergl., zu erreichen; zu den Dritten gar: ich sei von der Regierung bestochen worden!!! Bürger Berlins! Ich habe es längst gewußt, daß es eine überaus schwierige Aufgabe ist, bei einem politisch gebildeten Volke die Stelle eines Demagogen einzunehmen; O'Connel in Irrland hat es gezeigt. Aber daß eine solche Stelle bei einem Volke, welchem es nicht blos an politischer Bildung und politischem Takte, sondern sogar an politischem Bewußtsein fehlt, eine positive Unmöglichkeit ist: davon habe ich mich erst hier in Berlin überzeugt. Ich glaube, daß für das Volk von Berlin die Zeit meiner demagogischen Wirksamkeit noch nicht gekommen ist, und trete ab von einer Stelle, die ich mit meinen Plänen für Volksfreiheit und Volkswohlfahrt nicht mehr vereinbar finde. — Ich werde mich fortan wieder ausschließlich auf die Wirksamkeit mittels des geschriebenen Wortes, der Schrift, der Presse beschränken, und dort vorzugsweise die Angelegenheit in's Auge fassen, welche mir unter allen Umständen als die wichtigste unsers ganzen öffentlichen Lebens erscheint: ich meine die sociale Frage. — Bürger! Ich setze mich durch meinen Rücktritt neuen, aber doch nur vorübergehenden Verdächtigungen aus. Ein Theil des Volkes wird mir vorwerfen, daß ich es aus Feigheit verlassen, ein anderer Theil, daß ich dazu von der Regierung bestochen worden sei. Beides werde ich in der Zurückgezogenheit ertragen können, wie ich meine früheren Lebensschicksale ertragen gekonnt habe. Es fehlt alsdann, um unser politisches Leben vollständig zu persifliren, weiter nichts, als daß die Regierung mich noch in Anklagestand versetzt und in irgend eine Festung stecken läßt: aber auch dies werde ich zu ertragen wissen!

Es war, wie unsere frühere Darstellung bezeugt, nicht das erste Mal, daß Hr. Held an das „Volk" appellirte, ihm seine Leiden und Verfolgungen aus-

einandersetzte, die angegriffene bürgerliche und politische Ehre zu retten, sich von den Vorwürfen der Bestechlichkeit zu reinigen suchte; es ist, wie der Verlauf unserer Darstellung ergeben wird, nicht das letzte Mal, daß er in derselben demosthenischen Manier einen Appell an das Volk richtet. Müde der mehr in der Einbildung, als in der Wirklichkeit vorhandenen Verfolgungen, legt der moderne Cato Hand an sich, an seine Person als „Demagogen," ohne jedoch für immer zu verstummen; er lebt vielmehr bald wieder auf, um von neuem und noch öfter denselben Selbstmord, mit denselben Erfolgen zu vollführen. „Ein Held muß man sein mit der That, das große Maul gar mancher hat" — so lautete in einem geschriebenen Plakate, welches die Straßenecken am Tage nach der letzten Massen-Demonstration trugen, die Kritik eines „Locomotivführers" über das Treiben Helds, in der ein großer Theil der Bevölkerung den treffenden Ausdruck seiner eigenen Ansicht wiederfand. Hr. Held glaubte sich genug zu thun, indem er, einem großen Muster nachahmend, diesen Fiebelvers dadurch der Vergessenheit entzog, daß er selbst ihn in seinem Blatte zum Abdruck brachte; hatte er doch auch nun den Beleg dafür, daß er „mit Pasquillen verfolgt" würde. — Zur Charakteristik der Stimmungen und der Ansichten derjenigen Parteien, denen Held in seinem öffentlichen Leben am nächsten stand, seien noch einige Betrachtungen angeführt, mit welchen die National-Zeitung und die „Reform" Held's Rücktritts-Erklärung begleiteten. „Ein großes Ereigniß," höhnt das erstere Blatt, „setzt die Gemüther unserer Bürger in Bewegung, ein politischer Charakter ersten Ranges verläßt die Bühne des öffentlichen Lebens; Held legt das Portefeuille der Volksaufklärung und Volksleitung nieder. Es ist dies um so auffallender, als Held noch vor wenigen Tagen Zehntausenden befahl und wie jener Hauptmann zu Capernaum zu jedem Arbeiter sprechen konnte: Thue dies — und er that's. Was mag es also sein, das Hrn. Held zu diesem Schritte bewegt? Er sagt, er sehe seine Wirksamkeit vernichtet durch ungerechtes Mißtrauen, er glaubt, daß die Zeit seiner demagogischen Wirksamkeit noch nicht gekommen sei... Diese Zeit ist vielmehr schon vorbei. Hr. Held gehört zu den vielen Blasen, die nach einem Wassersturze aus dem Strome springen und bald an der Luft zergehen. Es will uns fast scheinen, als wenn eine noch radicalere Partei, als Held selbst mit ernsteren und bedenklicheren Absichten die Rolle der Demagogen zu übernehmen im Begriff sei, als ob ein Theil der Volksversammlungen seine ersten Führer überhole — das ist, glauben wir, der wahre Grund aus dem Held zurücktritt." Und die „Reform" bemerkt: „Es ist zwar recht gut, daß Hr. Held, von der Größe seines Märtyrerthums überwältigt, jüngeren Leuten den Platz räumt, denn er hat das Volk doch nur mit gedankenlosen Trivialitäten und faden Vermittelungs-Phrasen gefüttert; aber es ist schade, daß er seine Löwenstimme keinem Anderen abtreten kann. Vor dieser Stimme könnten Jericho's Mauern einfallen; vielleicht haben die Fischer Hrn. Held bestochen, damit er nicht

mehr von den Zelten aus die Karpfen in der nahen Spree vertreibt. Denn wozu sollte ihn das Ministerium bestechen? er hat ja ohnehin demselben schon in die Hände gearbeitet. Wenn er, als Mitglied des Urwahl-Comité's, dem Volke sagte: das Wahlgesetz wäre so miserabel, daß es kein Blutvergießen werth sei, so war voraus zu erwarten, daß bei Gelegenheit der Rückberufung des Prinzen von Preußen ganz dieselbe Wendung vorkommen würde. Hr. Held hat also Recht, seine Thätigkeit künftighin bloß der Presse zu weihen, da unser Volk für einen O'Connel dieser Art noch lange nicht reif ist. O'Connel aber war nicht aus Tugend oder aus politischer Theorie für den Frieden, sondern wegen der Schwäche seines Volkes, seine Friedenspredigten waren mit einer guten Dosis Ironie versetzt. Wir Anderen lieben auch den Frieden, dafür renommiren wir aber auch nicht zur Unzeit mit Schlachtgesängen."

In wie weit die Vermuthung, „eine radicalere Partei mit bedenklicheren Absichten werde die Rolle der Demagogen übernehmen," begründet war, ließen die Verhandlungen des politischen Club's, am Tage nach der letzten Zelten-Versammlung erkennen. Der Präsident des Club's Hr. Jung hatte, wie erwähnt, öffentlich erklärt, daß die Volksversammlungen vom 12. bis 15. Mai nicht vom politischen Club berufen worden, daß daher die Vorwürfe wegen der sogenannten bewaffneten Volksversammlung weder den Club noch ihn, Hrn. Jung treffen, der nur auf allgemeinen Zuruf die Leitung der ersten Demonstration übernommen, nachher aber sich zurückgezogen habe, „zum Theil wegen der nöthigen Vorbereitung zur National-Versammlung, zum Theil aus anderen Gründen." Anlaß genug für diejenigen, welche Hrn. Jung, seitdem er Volksvertreter geworden, der Lauheit, wenigstens dem politischen Club gegenüber, bezüchtigten, neue Vorwürfe gegen ihn zu erheben. Der wiederholt angeregte Plan, den Club zu reconstituiren, fand jetzt eifrige Beförderer; betraf er doch auch zugleich eine Veränderung in der Leitung des Club's, wie in dem leitenden Personal. Hr. Jung selbst machte, bei Eröffnung der Sitzung vom 16. zuerst darauf aufmerksam, daß die Zeit seiner Präsidentschaft abgelaufen sei; er stellte den Antrag, daß die Versammlung sofort die Wahl eines neuen Präsidenten vollziehe; doch wurde diese Wahl bis zur nächsten Sitzung vertagt, da in dieser auch der Entwurf einer Reorganisation des Clubs vorgelegt werden sollte. Den weiteren Gang der Verhandlungen enthält der folgende (nach der Nat.-Z. und Zeit.-H. zusammengestellte) Bericht:

Jung zeigt in Betreff der Polenfrage an, daß die von den Zelten-Versammlungen entsandte Commission im Großherzogthume verhaftet worden wäre; die Absendung einer ähnlichen Commission werde daher einstweilen unterbleiben müssen. Der Club beschließt, daß nähere Erkundigungen über die Verhaftung eingezogen würden. Reich theilt mit, daß die Rehberger Schritte zur Befreiung Schlöffels thun wollen und trägt darauf an, daß sich die in der Schlöffelschen Angelegenheit ernannte Commission mit diesen Arbeitern in Verbindung setzen möge. — Lipke protestirt gegen jede derartige Verbindung. Der Club soll nur durch geistige Mittel wirken und sich jeder Gewaltthat enthalten. Wir können nicht die Verantwortung für Handlungen der Rehberger übernehmen. Schramm: Der Club werde einmal durch die öffentliche Meinung mit den Volksversammlungen in

Verbindung gebracht, er thue deshalb am besten die Volksversammlungen wirklich in die Hand zu nehmen. Wie dies geschehen solle, könne man in einer geheimen Sitzung des Clubs, die sich mit seiner Reorganisation beschäftigte, berathen. Er trage darauf an, daß eine derartige Sitzung morgen Vormittag um 10 Uhr stattfinde. **Jung:** Ich sehe den Zweck einer solchen geheimen Sitzung nicht ein, man mißtraut ohnedies dem Club und man wird nicht anders glauben, als daß eine Verschwörung dahinter stecke. Es ist ein Comité niedergesetzt, dasselbe wird in einigen Tagen seine Arbeiten beendet haben und dem Club Vorlagen machen. Sehr unklug aber wäre es, wenn wir die Erbschaft der letzten Volks-Versammlungen antreten wollten. Ich bin bei der ersten Demonstration betheiligt und Mitglied der Deputation an das Ministerium gewesen. Als ich in einer zweiten Volksversammlung in das 31er Comité gewählt wurde, lehnte ich die Wahl ab, weil ich eine zweite Demonstration für unzweckmäßig hielt. Und nun gar noch die ungesetzliche Aufforderung an die Bewaffneten zur Volksversammlung, meine Herren, eine solche Erbschaft kann der Club meines Erachtens nicht antreten. **Schramm** spricht gegen Hrn. Jung und hält es für die Pflicht des Clubs, sich in der sehr ernsthaften Zeit an die Spitze des Volks zu stellen; am allerwenigsten dürfe man das Volk in der gegenwärtigen Krisis verlassen. Auf Jung anspielend fügt er hinzu: Wer Partei ergreife müsse auch bis auf die letzten Consequenzen ausharren. (Stürmischer Beifall.) **Jung** will sich vertheidigen, kommt aber nicht zum Worte. **Eichler** findet den Termin wegen der nöthigen Vorarbeiten zu frühzeitig. Dr. **Meyen:** Der politische Club, von welchem die erste Protestation gegen das Verfahren der Minister erlassen sei, muß nun auch weitere Schritte thun. Er muß namentlich dahin wirken, daß gleich nach dem Zusammentritt der constituirenden Versammlung die Minister in Anklagestand versetzt werden. **Lipke** erklärt sich mit dem durch die Demonstration vom 14. erreichten Resultate vollkommen zufriedengestellt. **Salis** meint, der politische Club habe sofort die Volksversammlungen an den Zelten in die Hand zu nehmen, damit nicht der constitutionelle, oder ein anderer, sich ihrer bemächtige. Dr. **Wiß:** Es sei die Pflicht des polit. Clubs, sich der Volksversammlungen anzunehmen; die bloße Macht der Intelligenz reiche nicht mehr aus. — Die Versammlung entscheidet sich endlich dafür, morgen Vormittag um 10 Uhr eine geheime Sitzung in der Reorganisationsfrage abzuhalten, in welcher die Volksversammlungsfrage entschieden werden soll. — Dr. **Günsburg** theilt als Referent der Deputation an den Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit: Hr. v. Arnim habe in der schleswigschen Sache nichts veröffentlicht, weil er von Frankfurt aus, da es eine deutsche Sache sei, die Veröffentlichung erwartet habe. (S. die Verhandl. vom 9. Mai.) — Die von Hrn. v. Kowalski angeregte Polenfrage wird auf Wunsch der Versammlung nicht debattirt. Hr. **Friebelt** berichtet über die Vorstellung der Hauptleute und Majore der Bürgerwehr bei Sr. Majestät. (Darüber weiter unten.) — Während Hr. **Rauchfuß** nach einer ziemlich langen Rede darauf anträgt, daß eine großartige Demonstration vorbereitet werde, um an die National-Versammlung den Antrag zu richten, **die Revolution vom 18. März in ihren Consequenzen anzuerkennen**, bricht ein schon während der Versammlung beabsichtigter, nur durch die Bemühungen der Herren Jung, Eichler, Fähndrich und Karbe beschwigtichter Tumult aus. Der Präsident beendet die Sitzung und die Clubmitglieder verlassen, nachdem sich einige Bürgergardisten vor das Haus postirt hatten, den Saal.*)

---

*) Ein berliner Correspondent der hamburger „Börsen-Halle" füllt seinen Bericht vom 17. ausschließlich mit einer Darstellung der Vorgänge im politischen Club, am 16. Abends. Der Verfasser des Berichts, anscheinend zu keiner der in diesem Club vertretenen Parteien gehörend, schildert zuerst den Eindruck, den die Verhandlungen auf ihn gemacht, und geht dann auf die störenden Vorfälle im Laufe der Sitzung über: „Der politische Club hatte in seinem jetzigen neuen Lokale, dem sogenannten Affentheater, in der Leipzigerstraße, tief hinten im Hofe, seine gewöhnliche Abendsitzung und verhandelte nach der mehr oder weniger mißglückten Demonstration gegen das Ministerium über die Ursachen des Mißlingens, wobei zugleich die Reorganisition des Clubs als dringend nothwendig zur Sprache gebracht wurde. So viel man aus den Reden von zwanzig und mehr Sprechern entnehmen konnte, herrschte in allen Ansichten eine ungemeine Verwirrung, in welche auch der Präsident, Hr. Jung keine Klarheit zu bringen wußte; man ließ eben alles, Revolution, Reorganisation, Prinz von Preußen, Ministerium Camphausen, Königthum, Constitution, Republik, Anklagen der einzelnen Mitglieder gegen einander, Forderung größerer Energie und Entschiedenheit, Abhaltung von Volksversammlungen und Betheiligungen dabei, und viele andere Dinge mehr, so confuse durcheinander laufen, daß ein Unbefangener leicht

In unmittelbarer Beziehung zu den Ereignissen des Tages stand der Rücktritt des Professors Magnus von der Stelle eines Commandeurs des bewaffneten Studentencorps. In einer am 16. abgehaltenen Versammlung der Studenten erklärte Hr. Magnus, nach vorangegangenen Aufforderungen, daß er seine Stelle niederlege. Er sprach zugleich seinen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen aus und äußerte sich über die Bedeutung des Corps in einer den liberaleren Theil des Corps zufriedenstellenden Art. Die weiteren Verhandlungen ließen die einander schroff gegenüberstehenden Ansichten zweier, an numerischer Stärke fast gleicher, Parteien unter den Studenten hervortreten. „Die Einen wollen ihre Waffen im Sinne einer Soldateska brauchen und sich ohne Widerspruch dem Willen ihrer Vorgesetzten fügen, die Anderen wollen, als Vertreter der Intelligenz ihre politische Meinung verfechten und sich nach ihrer Idee, wie es Zeit und Augenblick erfordert, zu dieser oder jener Partei zu schlagen." So das Resumé eines Zeitungsberichtes. „Die Ursache des Magnus'schen Rücktrittes," heißt es in einem andren, „lag in dem Mißgriffe, welchen Hr. Magnus bei Gelegenheit der großen Demonstration vor dem Ministerhotel dadurch begangen hatte, daß er auf Anrathen des Polizeipräsidenten, in der Meinung, es werde durch einen bewaffneten Volkszug ein Angriff auf das Hotel erfolgen, einen Theil des ihm untergebenen Corps von der Universität aus nach der verlängerten Dorotheenstraße und von da längs dem Bran-

erkannte, es fehle dem politischen Club die erste Bedingung zur Politik, die einfache Anschauung der Dinge, die Unbefangenheit und die Klarheit. Es war mir interessant, den jetzt viel besprochenen Hrn. Jung einmal in einer Geschäftsthätigkeit als Präsidenten zu sehen, und da kann ich denn nicht umhin, einzugestehen, daß der Mann, bei vielen Anlagen, keine richtige und sichere Position einzunehmen weiß, und daß er in dem am Montage zu eröffnenden Reichstage sich viel präciser wird zu stellen haben, wenn er darin eine Rolle spielen will. Zwar sprach er, um sein gegenwärtiges Zurückhalten auch von den Volksdemonstrationen zu motiviren, davon, daß ein Abgeordneter durchaus den legalen Weg so strenge einhalten müsse, daß man ihm auch gar nichts von Seiten der Regierung anhaben könne, und daß dies in Frankreich und England eben so geschehe; dies hätte indeß wohl nicht gehindert, daß er die Debatte mit Klarheit geleitet, und er hätte bedenken sollen, daß jetzt Vieler Augen auf ihn gerichtet sind, um zu sehen, was man von ihm zu hoffen, zu fürchten habe. Ich besorge, die demokratische Partei habe in seiner Person eben nicht sehr Bedeutendes durchgesetzt. Um aber noch die Hauptfrage, welche gestern im Club verhandelt wurde, zu berühren, so war es allerdings die der Reorganisation desselben, unter einem neuen Directorium und mit neuen Mitteln, wozu auch ein rein demokratisches Blatt gehören soll. Während dieser Verhandlungen war schon hin und wieder mancher Ausdruck der Pöbelhaftigkeit aus einer dunkeln Ecke des Saales laut geworden, und es steigerte sich dies allmälig so sehr, daß man die Absichtlichkeit und den Willen, die Verhandlungen des Clubs mit Gewalt zu unterbrechen, nicht verkennen konnte. Alsbald wurden denn auch die Umstehenden mit etwa zehn eingedrungenen Maurern und Zimmerleuten handgemein, man drängte dieselben auf den Hof und es entspann sich nun hier eine Scene, die mehrere Stunden dauerte, indem die Vertriebenen fortwährend tobten, daß der politische Club sie um Arbeit und Verdienst gebracht, da er fortwährend die Ruhe der Stadt durch seine Demonstrationen störe, aber man wolle schon wiederkommen und den ganzen Club niederschlagen. Besonders herrschte eine große Erbitterung gegen Herrn Held, weil er sich selbst zum Minister angeboten habe. Der Hof war gedrängt voller Menschen, die Umgegend wurde allarmirt, die Bürgerwehr des Bezirks unter die Waffen gerufen, alles um einiger gedungenen Trunkenbolde willen, und um 12 Uhr war die Gegend wieder still wie sonst.

denburger-Thor und der Communication von hinten in den Garten des Ministerhotels führte. Hr. Magnus hat durch diesen Mißgriff sich in der Studentenschaft die entsetzlichste Blöße gegeben und das Andenken an die berüchtigte Schutzengelschaft (aus den Tagen vor dem 18. März) auf eine für die Studenten schmachvolle Weise erneut." Derselbe Bericht klagt „über die Uneinigkeit und den Mangel an parlamentarischem Takt" unter den Studirenden. „Fast keine Debatte unserer Studenten-Versammlungen erzielt ein Resultat; die sonderbarsten Vorschläge werden mit Beifall aufgenommen, die vernünftigsten mit Pochen und Zischen zurückgewiesen; die persönlichen Beleidigungen gehen in's Maßlose; mit Kleinigkeiten vergeudet man die kostbarste Zeit, bei dem Bedeutendsten verfährt man oberflächlich und übereilt." Nach Hrn. Magnus übernahm, von der Majorität gewählt, der Student Brandt die Führung des Corps.

Auch für die Bürgerwehr erhielt der an kleinen Ereignissen so reiche 16. Mai eine Bedeutung. Der König empfing an diesem Tage zum ersten Mal die oberen Führer der berliner Bürgerwehr. Als Theilnehmer an dem Vorgange berichtet der Verfasser der Schrift: „Personen und Zustände" 2c. 2c. darüber: „Am 16. Mai früh Morgens wurden die Majore und Hauptleute plötzlich nach dem Schlosse beschieden, um Sr. Majestät dem Könige vorgestellt zu werden. Die von verschiedenen Seiten, unter andern auch vom Minister des Innern dem General v. Aschoff geäußerten Bedenken, daß man nämlich mit Rücksicht auf die zweimal abbestellte Parade glauben würde, der König fühle sich nur unter den Hauptleuten sicher und habe zu diesen mehr Vertrauen als zu der ganzen Bürgerwehr, daß hierdurch die schon vorhandene Spaltung zwischen dieser und den Führern nur noch größer werden würde, blieben unberücksichtigt — der General befand sich um 10½ Uhr an der Spitze sämmtlicher Majore und Hauptleute in der Halle auf dem Schlosse. Nach einiger Zeit erschien der König, begleitet von den General-Adjutanten v. Neumann, v. Below, v. Rauch, dem Flügel-Adjutanten v. Alvensleben und dem Major le Blanc, Alle in glänzender Uniform. Ein Mitglied des verantwortlichen Ministeriums war nicht im Gefolge. Der General richtete an den König folgende Anrede: „Majestät! Die Majors und Hauptleute der berliner Bürgerwehr schätzen sich glücklich, vor Eurer Majestät zu erscheinen und allerhöchst Ihnen die Versicherung alter preußischer Anhänglichkeit und Treue zu Füßen legen zu dürfen." Der König trat hierauf mitten in den Saal und sprach mit lauter klangvoller Stimme: „Meine Herren! Wenn ich Sie habe bitten lassen, heute hier zu erscheinen, heute wo Sie vielleicht noch nicht die nöthige Ruhe sich gegönnt haben nach den Anstrengungen der letzten Nächte, so ist es geschehen, weil ich schon zwei Mal um das Vergnügen gekommen bin, die berliner Bürgerwehr zu sehen, — das letzte Mal, wie ich hierdurch auf mein Ehrenwort versichere, wider meinen Willen, durch ein Mißverständniß — und weil mich die Pflicht der Dankbarkeit zu Ihnen treibt. Ich habe der berliner

Bürgerwehr zu danken dafür, daß sie am 19ten des Märzes die Ruhe und Sicherheit Berlins, die Sicherheit des Schlosses und die Sicherheit der Krone bewahrt hat. Ich habe ihr ferner zu danken für die aufopfernde Hingebung, welche sie bei der unseligen Aufregung der letzten Tage bewiesen hat. Es thut mir wehe, diesen Dank nur in Worten ausdrücken zu können, ich gebe Ihnen aber hiermit mein Königliches Ehrenwort, daß ich mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen werde, diese Worte durch die That zu bekräftigen." Nach dieser Rede ließen Se. Majestät sich die einzelnen Herren durch den General v. Aschoff vorstellen. Während der Vorstellung erschien an der Schwelle des Saales sehr schüchtern der Minister v. Auerswald; der König ging auf einen Moment zu ihm, sprach einige Worte und kehrte dann nach dem Saale zurück. Als nach Beendigung der Vorstellung der König den Saal zu verlassen sich anschickte, reichte er dem General v. Aschoff die Hand und mit der andern ihm die Achsel klopfend, äußerte er: „Ganz besonders thut es meinem Herzen wohl, daß sie diesen hier zu Ihrem Haupt gewählt haben, glauben sie mir, er ist der richtigere" — hier wollte der General dem Könige die Hand küssen; Se. Majestät aber umarmten und küßten ihn und verließen dann unter lautem Vivat den Saal." —*)

Am folgenden Tage — dem preußisch-protestantischen Bußtage — wurden die Majore und Hauptleute von ihrem Chef zusammenberufen, um darüber zu entscheiden, ob der Buchdruckereibesitzer Hayn, welcher als Bürgerwehr-Hauptmann mit mehreren anderen Bürgern sich in einem Plakat gegen das Ministerium und die Rückkehr des Prinzen von Preußen ausgesprochen hatte, (s. vor. Abschn.), dafür nicht aus der Bürgerwehr ausgestoßen werden sollte. Die Versammlung, welche im Werderschen Gymnasium stattfand, ging jedoch von dem Antrage zur Tagesordnung über. Ein anderer Versuch des Generals v. Aschoff, durch die Bürgerwehr eine dem Ministerium günstige Partei-Demonstration ausführen zu lassen, mißglückte ebenfalls. Der vorhin citirte Gewährsmann berichtet darüber: „Am 15. Mai Abends fand unter den Zelten eine Volksversammlung statt, in welcher viel über die Rückkehr des Prinzen von Preußen debattirt wurde, im Schlosse waren vier Bataillone Bürgerwehr schon seit Mittags drei Uhr aufgestellt. Gegen Abend ging der General v. Aschoff von einem Bataillon zum andern und erzählte, daß, als die Demokraten vor den Zelten eben im besten Reden gewesen wären, ein Rehberger Arbeiter zu

---

*) Das Gerücht spann die Schluß-Scene im humoristischen Sinne weiter fort; das Product der Erfindung wurde von dem „Berliner Krakehler" (No. 2) in Reime gebracht und bildlich illustrirt. Die „merkwürdige Historia vom unendlich langen Kuß" führt das Motto: „Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der Bürgerwehr." Hier einige Strophen: „. . Herrn Aschoff's gnäd'ge Excellenz Ist tief gerührt, auf Oehre! Und küßt mit tiefer Reverenz Sogleich die Herr'n Majöre. Und die Majors nun, tief gerührt, Die stehen wie 'ne Chaine Und jeder wieder embrassirt Die Herren Capitaine . . . Die Mannschaft ist nun auch gerührt Und muß nach Hause eilen, Um ihren Frau'n, wie sich's gebührt, Den Kuß gleich mitzutheilen u. s. w."

Pferde an der Spitze von 200 seiner Collegen dort angekommen und jene, besonders Eichler, Held u. s. w., wie sie es verdienten, vom Platze verjagt und dem Prinzen ein Hoch! gebracht hätten, und, schloß der General seine Rede, „der Brave, welcher Prügel vertheilt hat, ist dieser," indem er einem Manne die Hand schüttelte, den man als den Schreiber eines Justiz-Commissars, Namens Lehmann, erkannte. Ein Bürger, welcher diesen Bericht des Generals hörend, äußerte, die Sache verhalte sich anders, und die Versammlung bei den Zelten berathe ruhig weiter, wurde von der Bürgerwehr zum Schloß hinausgeprügelt; die letzte Mittheilung war aber die richtige, die des General eine ihm von seinem eigenen Agenten aufgebundene Fabel. Man hatte die Bürgerwehr aber so weit gewonnen, daß sie sich über einen Ueberfall der Demokraten herzlich freute. Diese Stimmung wollte der General v. Aschoff benutzen, um durch die vier begeisterten Bataillone am nächsten Morgen dem Minister Camphausen ein Vivat bringen zu lassen, er hatte dem Minister v. Auerswald von diesem Vorhaben durch einen Herrn Bauer, früher Regierungs-Rath in Bromberg, in Kenntniß setzen lassen. Durch Zufall erhielt Jemand mitten in der Nacht von diesem Vorhaben Kenntniß, und hob hervor, daß dem Vivat der vier Bataillone unzweifelhaft ein Pereat der übrigen sieben Bataillone folgen würde, woraus für das Ministerium neue Verlegenheiten erwachsen müßten. General v. Aschoff wurde, wenn auch schwer, vermocht, den Plan aufzugeben." Doch unterblieben nicht einzelne kleine Demonstrationen. So sandten am 17. einige Bataillone (das 1. 12. 14. und 24ste) Deputationen an den, im Hennig'schen Lokal versammelten Verein der sämmtlichen Maschinenbauer, um demselben die Anerkennung der betreffenden Bataillone in Rücksicht auf die Gesinnungen auszusprechen, welche die Maschienenbauer wiederholt und besonders durch ihre öffentliche Erklärung vom 15. kundgegeben hätten. Als am 16. die Tumult-Scenen im Locale des politischen Clubs stattfanden, erschien eine Abtheilung Bürgerwehr, beobachtete jedoch ein vollkommen passives Verhalten, und glaubte vielleicht so auf's Deutlichste gegen einen Club demonstriren zu können, dessen Namen den Freunden der Ordnung mit Aufwiegelei gleichbedeutend schien. Ging doch die Exaltation gegen den Club so weit, daß am 17. auf einen bekannten Schriftsteller — denselben, den drei Jahre später noch ein Ministerpräsident in öffentlicher Kammersitzung „einen Führer der Demokratie" nannte — an hellem Tage und auf offener Straße von einigen politisirenden „Spießbürgern" ein Attentat versucht wurde, weil er, als Mitglied des politischen Clubs, diesen gegen die unverdienten Vorwürfe zu vertheidigen suchte. „Als er," erzählt die Nat. Z., „die Frage, ob er Mitglied des Clubs sei, bejahte, riefen sofort einige Stimmen: „Aufhängen! aufhängen! gleich einen Strick holen!" man machte Miene, ihn ohne Weiteres zu arretiren, als zum Glück einige wenige Vernünftige sich dagegen erklärten und die Aufregung so weit beschwichtigen, daß Jener ruhig seines Weges ziehen konnte."

Derartige Vorgänge bildeten die kaum merkbaren Unterbrechungen der Ruhe, die seit dem 16. wieder in die Stadt eingekehrt war und eine ganze Woche hindurch fortdauerte. An der Börse brachten freilich die am 18. eintreffenden Nachrichten aus Paris und Wien nicht geringe Unruhe hervor: „Die ungünstigen Berichte wirkten heute sehr nachtheilig auf Fonds und Eisenbahn-Aktien. Die Kurse derselben sind theilweise um einige Procent gewichen." So der Börsenbericht vom 18. Aber kaum war die „ungünstige" pariser Nachricht von einer neuen provisorischen Regierung, welche die alte gestürzt habe, bekannt geworden, so meldete auch schon der Telegraph das Ende der neuen Regierung, und der Minister des Innern säumte nicht, alsbald durch öffentlichen Anschlag den Inhalt der telegraphischen Depesche dahin mitzutheilen:

Paris 16. Mai: Die Ruhe ist wieder hergestellt und die National-Garde treu geblieben. Deren Commandant und mehrere andere Personen, meistens bekannte Communisten, sind arretirt.

Den Aktenstücken dieser Tage reiht sich dasjenige an, durch welches der an Hrn. v. Kirchmann's Stelle zum Staatsanwalte beim Criminalgericht ernannte Hr. Temme den Antritt seines Amts anzeigte. Es lautete:

Nachdem ich heute mein Amt übernommen, darf ich an die Bewohner Berlins mit vollem Vertrauen die Bitte richten, daß Sie mir diejenige Unterstützung zu Theil werden lassen, zu welcher Gesetz wie Sinn für Recht und Sitte jeden Wohldenkenden auffordern: Nur, wenn dies geschieht, werde ich im Stande sein, den Anforderungen des Gesetzes an mich zu genügen, und dem Verbrechen, wo und in welcher Gestalt es sich findet, mit aller mir zu Gebote stehenden Kraft, zu deren Anwendung ich fest entschlossen bin, und mit Erfolg für die allgemeine Sicherheit und Wohlfart entgegen zu treten. — Berlin den 16. Mai 1848. — Der Staats-Anwalt beim Königlichen Criminalgericht Temme.

IX. Die städtischen Behörden, die Polizei, die Clubs in ihrer Wirksamkeit bis zur Eröffnung der National-Versammlung. — Die Neuwahlen der Stadtverordneten. — Die Parteien am Vorabende der ersten Versammlung preußischer Volksvertreter.

Schweigsam, wie noch nie zuvor bei ähnlicher Gelegenheit, hatten die städtischen Behörden sich während der Tage der Aufregung verhalten. Kein Wort der Ermahnung, der Billigung oder Mißbilligung irgend welcher Maßregel hatte den Standpunkt verrathen, den der Rath und die Väter der Stadt in einer Angelegenheit einnahmen, welche mehrere Tage hindurch die Hauptstadt in fieberhafter Unruhe erhielt. Erst die „Stimmen aus den Provinzen" vermochten das Schweigen der ersten städtischen Behörde zu brechen. In einer Bekanntmachung vom 17. läßt sich der Magistrat also vernehmen:

Mit Schmerz vernimmt die Bürgerschaft Stimmen aus den Provinzen, welche die Meinung kund geben, als ob die bewährte patriotische Gesinnung unserer Vaterstadt durch die Ereignisse der letzten Tage wankend gemacht worden wäre. Diese Gesinnung ist jedoch nie-

mals in ihrem tieferen Grunde erschüttert worden. Wenn indeß wir, wenn viele wahre Vaterlandsfreunde bisher den Kundgebungen erregter Gemüther gegenüber Schweigen beobachtet haben, so geschah es in der Ueberzeugung, daß Zeit und Ueberlegung ihre richtige Einwirkung nicht verfehlen und in Allen, die es mit dem Vaterlande redlich meinen, den Sinn für Gesetzlichkeit und Ordnung immer mehr kräftigen würden. Unsere Erwartung hat uns nicht getäuscht. Die allgemeine Stimmung ist beruhigt. Man erkennt die Abwege, auf welchen die Leidenschaft sich so leicht verirrt. Wir sehen der Entwickelung unserer politischen Verhältnisse freudig entgegen. Die Volksvertretung ist geschaffen und ihr Zusammentritt ist nahe bevorstehend. In ihrer Hand liegt die Berathung des Volkswohls. Von ihr darf man mit voller Zuversicht erwarten, daß sie jedes Interesse vertreten und schützen wird. Hierauf glauben wir die Forderung stellen zu müssen, daß Ruhe und Ordnung in unserer Stadt fernerhin in keinerlei Weise gestört werde. Jede Auflehnung gegen dieselbe, und gegen den durch die Vertreter der Nation sich aussprechenden Gesammtwillen, wird nunmehr ein Vergehen gegen das ganze Volk. Das Schicksal des Vaterlandes, so wie das von uns vertretene besondere Interesse unserer Stadt, verpflichtet uns als Obrigkeit, unsern Mitbürgern diesen Gesichtspunkt vorzuhalten, damit durch dessen richtige Auffassung Ordnung und Gesetz wieder Achtung gewinnen und die durch Nahrungslosigkeit bedrohte Wohlfahrt unserer Stadt wiederum dauernd sicher gestellt werde.

Von den Veröffentlichungen des Magistrats, die der eben mitgetheilten vorangegangen waren, betraf die eine „die täglich überhäuft eingehenden Gesuche“ um Anstellung in der städtischen Verwaltung. Der Magistrat bemerkt, daß diese Gesuche von jetzt ab (7. Mai) unbeantwortet bleiben würden, da alle Beamtenstellen seiner Verwaltung besetzt seien. Einen andern Erlaß geboten finanzielle Rücksichten. „Die Miethssteuerrückstände aus dem 1. Quartale d. J.“, lautet die Bekanntmachung vom 12., „haben eine Höhe erreicht, welche sich beinahe auf das Doppelte des gewöhnlichen Betrages der Quartal-Rückstände beläuft. Da die Communal-Verwaltung die ihr obliegenden Ausgaben nur zu bestreiten vermag, wenn die ihr zugewiesenen Einnahmen regelmäßig eingehen, auch die jetzigen Verhältnisse insbesondere nothwendig machen, daß auf den Eingang der Communalsteuern mit Zuversicht gerechnet werden kann, so finden wir uns veranlaßt, das betreffende Publikum dringend aufzufordern, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Rückstände unverzüglich berichtigt, neue Rückstände aber möglichst vermieden werden.“ Der Inhalt dieser Aufforderung entging nicht der öffentlichen Besprechung. Ein Artikel der Zeit.-H., Seestädter unterzeichnet, macht die Bemerkung, daß es wohl eine sehr billige und gerechte Forderung wäre, wenn die bis jetzt von der Miethssteuer Eximirten — die Mitglieder des königlichen Hauses und ihre Beamten, die Militairs, Professoren, Prediger u. s. w. — vom Magistrate angehalten würden, die Rückstände dieses Jahres zu decken. Die Einwohnerschaft Berlins werde ihren Magistrat nicht im Stiche lassen, wenn er von Allen gleiche Pflichten fordere und Niemanden von Gemeindelasten eximire, wenn er nur solche Arbeiten und Bauten in Angriff nehmen lasse, die durchaus nothwendig seien und einen ersichtlich praktischen Nutzen gewähren, wenn er ferner keine Leibrenten an Faullenzer bewillige, sondern nur auf Accord arbeiten lasse, und den Muth habe, unverschämten Forderungen mit Energie entgegen zu treten... Der letzte Punkt, ein Gegenstand vielfacher Vorwürfe, die sich allmählig gegen

den Magistrat erhoben, war es denn auch, den dieser nothgedrungen alsbald berücksichtigte. Eine Bekanntmachung vom 13. bezeichnet die veränderten „Anordnungen", welche mit diesem Tage in Betreff der Arbeiter und der Arbeiten beginnen. Sie lautet vollständig:

Der Drang der Umstände nöthigte die Communalbehörden, der augenblicklich eingetretenen Nahrungslosigkeit mit jedem Opfer des Kostenaufwandes, so viel möglich durch Eröffnung von Arbeitsstellen und zwar gegen Tagelohn sofortige Abhülfe zu verschaffen. Die in dem Augenblicke und lediglich zu diesem Zwecke ergriffenen Maßregeln haben zwar manche Noth gelindert, auf die Dauer sich im Allgemeinen aber nicht bewährt. Es ist den Behörden leider zur Ueberzeugung gebracht, daß Böswillige, welche im Verfolgen ihrer unreinen Absichten zusammenhalten und jede Accordarbeit verweigert, aber auch die wohlgesinnten Arbeiter mit Drohungen abhalten auf eine nach billiger Leistung angemessen berechnete Accordarbeit einzugehen; daß aus der Arbeit, welche der leidenden Noth eröffnet wurde, ein oft erwerbreiches Geschäft gemacht wird. Die Aufseher werden von solcher unter einer der Pflicht Abbruch thuenden Einschüchterung durch Drohungen, selbst Mißhandlungen, von der Ausübung ihrer Pflicht abgehalten, und der eingeschlichene Müßiggang hat manchen Arbeiter zum unordentlichen Leben verführt. Dazu kommt, daß der Kostenaufwand zu einer kaum noch zu erschwingenden Höhe angestiegen, ohne den Andrang angeblich Nahrungsloser, denen sich jedoch Viele beigesellen, welche bestehende Arbeits-, selbst Lehrverhältnisse, ohne Noth verlassen, um bei reichlichem Lohne so wenig als möglich zu arbeiten, auf die Dauer zu befriedigen; daß die auf solche Weise gewonnenen Arbeiten den verhältnißmäßigen Nutzen nicht gewähren, und in der heutigen geldarmen Zeit die Unzufriedenheit der Bürgerschaft als Arbeitsgeber, nicht minder wie der nicht angestellten ordentlichen und fleißigen Arbeiter, welche die doppelte Zahl der beschäftigten schon gegenwärtig erreichen, je länger je mehr erregen. Wir haben uns daher für verpflichtet erachtet, die Arbeitsgelegenheit von den Rehbergen auf die bei der Stadt vorhandenen nützlichern Arbeiten zu übertragen, mit schuldiger Rücksicht auf den am meisten gedrückten Stand der Professionisten. Wir werden deshalb die Arbeiten in den Rehbergen auf einen geringen Bestand der alten und schwachen Arbeiter allmählig beschränken, indem wir die dort beschäftigten rüstigen Arbeiter zu andern nützlichen Arbeitsstellen überweisen, und diesen daselbst eine nach billigsten Grundsätzen berechnete Accordarbeit anweisen werden. Zu diesen Maßregeln werden wir allmählig nach der Möglichkeit der neu zu beschaffenden Arbeitsgelegenheit übergehen, ohne inzwischen die bereits beschäftigten Arbeiter zu entlassen, wenngleich wir uns vorbehalten müssen, nach Bedürfniß auch einen Wechsel in den Personen eintreten zu lassen und dabei nur auf solche Arbeiter rücksichtigen, von denen wir uns die Ueberzeugung verschafft haben, daß es ihnen an andern Erwerbsquellen fehlt. Bei diesen Anordnungen rechnen wir auf den uns angelobten guten Sinn der Arbeiter, denen es darauf ankommen muß, die ihnen mit großen Opfern dargebotene Arbeitsgelegenheit nicht zu mißbrauchen, und namentlich bei guter Löhnung durch rechtschaffene Arbeit sich die Achtung in der öffentlichen Meinung zu erwerben, zu welcher jeder Stand die gleiche Berechtigung hat. Diejenigen, welche die Uebernahme der Accordarbeiten verweigern oder durch Einschüchterung und Gewaltthätigkeit zu verhindern suchen sollten, werden sofort entlassen werden und haben keine weitere Beschäftigung von der Commune zu gewärtigen. Mit diesen Anordnungen werden wir, wie den Arbeitern bereits eröffnet ist, von heute ab beginnen, sie stützen sich auf Recht und Billigkeit, und können der allgemeinen Anerkennung daher nicht entbehren. Auch bei den Königlichen Arbeiten ist damit schon der Anfang gemacht und wird in gleicher Weise weiter verfahren werden. — Berlin den 13ten Mai 1848. — Der Magistrat.*)

---

*) Das Curatorium der statistischen Arbeiter-Nachweisungs-Anstalt veröffentlichte am 15. folgende städtische Notizen: „Im Monat April suchten bei dieser Anstalt 4290, hierorts angehörige Personen Arbeit nach. A. Bei dem Büreau für die männlichen Arbeiter meldeten sich 3842, von welchen 2829 durch die Vermittelung der Anstalt Arbeit nachgewiesen wurde und zwar erhielten Beschäftigung bei Privatpersonen 103, auf den Königlichen Bauplätzen 768, von der Kommune Berlin 1958. Von den letzteren wurden angestellt 625 bei der Städtischen Straßenreinigung, 285 bei den Städt. Chausseearbeiten hinter Treptow, 170 bei denselben nach und hinter Rummelsburg, 772 bei den Städt. Culturarbeiten auf dem Wedding, 12 bei den Städt. Bauarbeiten an der Wein- und Barnimstraßen-Ecke; 94 wurden verwendet als Hülfsboten bei der Leitung der Urwahlen.

Eine Bekanntmachung des Magistrats vom 16. zeigt an, daß „in Berücksichtigung des bei den jetzigen Zeitverhältnissen gestiegenen Zinsfußes" durch Communalbeschluß und mit Genehmigung des Oberpräsidiums der Zinsfuß von den Einlagen bei der Sparkasse von 2½% auf 4⅙% vom 1. Juni ab erhöht werden soll. Andere Bekanntmachungen derselben Behörde beziehen sich auf die erforderlich gewordenen Nachwahlen von Abgeordneten zur preußischen und deutschen National-Versammlung, so wie auf die, zufolge einer bereits früher erwähnten Anzeige, mit dem 15. beginnenden Neuwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung. In einer derselben, vom 5., werden einige, in der früheren Bekanntmachung vom 10. April angegebenen Wahltermine „nach mehrseitigem Wunsche der betheiligten Wähler" auf andere Tage verlegt; in einer zweiten, vom 11., erachtet es der Magistrat für angemessen, „zur Vermeidung von Anfragen" bekannt zu machen, daß gemäß der im § 87 der Städteordnung enthaltenen Bestimmung, wonach die Wahl der Stadtverordneten nach vorangegangener gottesdienstlicher Verhandlung ihren Anfang nehme, „das Ministerium der katholischen Kirche, die Aeltesten der Judenschaft, die Ministerien der evangelischen Kirchen, die Vorsteher der böhmischen Kirche, sowie das Consistorium der französischen Gemeinde" von den diesjährigen Wahlterminen in Kenntniß gesetzt worden seien. Abgesehen von den allgemeinen Einwendungen gegen die den Zeitverhältnissen widerstrebenden Wahlbestimmungen der veralteten Städteordnung — „mit welchem Rechte," wurde gefragt, „werden die achtbarsten Klassen der Gesellschaft, Beamte, Lehrer, Literaten, Aerzte, Advocaten, als Nichtbürger, von der Theilnahme an städtischen Angelegenheiten ausgeschlossen?" — erhoben sich besondere Proteste gegen die Geltendmachung eines Zusammenhanges „gottesdienstlicher" Handlungen mit dem Wahlgeschäft. Der „Verein der Freimüthigen" glaubte in dieser Angelegenheit Schritte thun zu müssen. Er sah in der vom berliner Magistrat eingeführten Sitte, daß der von der Städteordnung vorgeschriebene Gottesdienst in den Kirchen stattfinde und daß nach Beendigung des Gottesdienstes die Kirchthüren verschlossen und Niemand mehr eingelassen werde, einen „Gewissenszwang," welcher den Bürgern, die nicht der Kirche angehören, „gewiß gegen den Sinn des Gesetzes" auferlegt würde. Auf den Antrag seines Präsidenten, des Buchhändlers Dr. Weyl beschloß er, am 11., eine Deputation an den Minister des Innern abzusenden, um die Aufhebung dieser Bestimmung zu erlangen. Die Deputation, bestehend aus den HH. Dr. Weyl, Dr. Eduard Schmidt, Dr. Lö-

---

B. Bei dem Büreau für weibliche Personen meldeten sich 448, von welchen leider nur 60 Arbeiterinnen Beschäftigung erhielten, und zwar: 23 zur Aufwartung, 1 zum Waschen, 2 zum Scheuern und Waschen, 5 zu feiner Näherei, 4 zu grober Näherei, 2 zum Zimmerreinigen, 7 zum Kinderwarten, 3 zum Spulen, 5 zur Hausarbeit, 2 zum Stricken, 1 zum Verkauf von Backwaaren, 2 zur Gartenarbeit, 3 zur Schneiderei. Seit der Eröffnung der Städt. Arbeiter-Nachweisungs-Anstalt bis zum 1. d. M. haben sich überhaupt 7689 Personen gemeldet, von welchen 6750 männliche, 930 weibliche waren. Arbeit aber ist nachgewiesen worden: 4626 Personen, unter welchen sich nur 160 Arbeiterinnen befanden."

wenthal und Dr. Coßmann, erhielt vom Minister den Bescheid, daß er zwar die Aufhebung des betreffenden Paragraphen nicht sofort veranlassen könne, jedoch unverzüglich den Magistrat auffordern werde, nach Beendigung des Gottesdienstes eine Pause eintreten zu lassen, bis die Wähler sich in den betreffenden Wahllokalen versammelt haben. Hr. v. Auerswald erließ hierauf, am 12., ein Rescript an den Magistrat, folgenden Inhalts:

Aus dem fünften Absatze der vom Magistrat an die stimmfähigen Bürger zur Theilnahme an die Stadtverordnetenwahlen unterm 10. d. M. erlassenen Aufforderung, welcher lautet: „Nach beendetem Gottesdienst werden die Kirchthüren geschlossen und können Diejenigen, welche sich bis dahin zur Wahl nicht eingefunden haben, daran keinen Theil nehmen", ist, wie ich aus einer an mich gerichteten Eingabe entnehme, von einigen Wahlberechtigten die Folgerung gezogen worden, daß nur solche Personen, welche dem Gottesdienste beigewohnt haben, zur Theilnahme an der Wahl zugelassen werden sollten. Ich kann nicht voraussetzen, daß der Magistrat durch jene Stelle der Aufforderung diese Ansicht hat ausdrücken wollen, muß aber anerkennen, daß die Wortfassung zu einer solchen Annahme allerdings einigen Grund giebt, und finde mich daher veranlaßt, demselben zu eröffnen, daß ich eine derartige Beschränkung der Wahlbefugniß im Gesetze nicht begründet halten würde. Im § 87 der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 ist nur vorgeschrieben, daß der Wahl der Stadtverordneten eine gottesdienstliche Verhandlung vorhergehen soll, keineswegs ist aber bestimmt, daß die Theilnahme an dieser kirchlichen Feier Bedingung der Ausübung des Wahlrechts ist; vielmehr findet wie unter ähnlichen Verhältnissen so auch hier ein directer oder indirecter Zwang, dem Gottesdienst beizuwohnen, nicht statt. Könnte hierüber, was ich indeß nicht zugestehe, noch ein Zweifel stattfinden, so würde derselbe durch § 5 der Verordnung vom 6. April d. J. in dem von mir bezeichneten Sinne seine Lösung erhalten. — Muthmaßlich hat durch die erwähnte Anordnung nur der Störung des Wahlgeschäfts durch das Eindringen Nichtwahlberechtigter vorgebeugt werden sollen, und wenn schon ich dem Magistrate überlasse, die zur Erreichung dieses Zweckes nothwendigen Bestimmungen zu treffen, so muß ich denselben doch andrerseits auch auffordern, solche Einrichtungen zu treffen, daß die Ausübung des Wahlrechts nicht von Bedingungen abhängig gemacht werde, welche im Gesetz nicht ausdrücklich vorgeschrieben sind. Es muß also unmittelbar nach dem Schlusse des Gottesdienstes (etwa durch eine zu bezeichnende Thür) den wahlberechtigten Bürgern noch der Zutritt gestattet und ihnen die Möglichkeit gewährt werden, an dem Wahlakt Theil zu nehmen.

Die Wahlversammlungen, welche in den verschiedenen Bezirken am 15. und an den folgenden Tagen abgehalten wurden, lieferten zunächst das Resultat, daß die Theilnahme an denselben eine unverhältnißmäßig stärkere war, als in den vorigen Jahren, und daß die Parteistellungen der Candidaten lebhafte Wahlkämpfe hervorriefen. „Die neue Zeit," ruft die Vossische (19 M.) aus, „bekundet sich endlich auch an unseren Stadtverordneten-Wahlen. Während sich sonst kaum zwei Drittel der Wähler dabei betheiligten und man das Ganze als ein lästiges, möglichst schnell zu erledigendes Geschäft ansah, erheben sich jetzt in den verschiedenen Bezirken Proteste gegen die Gültigkeit der Wahlen. Häufig waren die Bürgerrollen unvollständig und die Wähler daher nicht einberufen; doch finden sich auch andere Nichtigkeitsgründe. Bei einigen Wahlen kann man die Annullirung schon jetzt bestimmt voraussagen. Ehre dem wackern Bürgersinn, der die hohe Wichtigkeit der neuen Versammlung so richtig erkennt und in ihr nur kraftvolle und geistbegabte Männer des Vertrauens erblicken will." Als „besonders interessant" wird von demselben Blatt die Wahlhand-

lungen im 67. Bezirk (Neue Grünstraße) bezeichnet, bei welcher ein Candidat, der Buchdruckereibesitzer Schiementz in einer Ansprache erklärte, daß die neuen Stadtverordneten ihren bisherigen isolirten Standpunkt verlassen und, wenngleich dem Gesetz und ihrem Gewissen verantwortlich, doch auch eine freiwillige Verantwortlichkeit gegen ihre Wähler sich auferlegen müßten — worauf denn Hr. Schiementz mit 120 gegen 66 Stimmen gewählt wurde. Von einem anderen Bezirke (dem „sogenannten Geheimrathsbezirk" vor dem potsdamer Thore) wird berichtet, daß die Sitzung nach lebhaften Wahlverhandlungen habe abgebrochen werden müssen, weil nicht soviel Stimmkugeln als mitstimmende Wähler vorhanden gewesen. In anderen Bezirken (dem 10. und 15.) protestirten „viele Bürger" gegen die Gültigkeit der vollzogenen Wahlen, „weil die Anzahl der Wähler bei jeder Abstimmung kleiner geworden, wodurch die übrigen Candidaten entschieden im Nachtheil gewesen seien. Hier wurde behauptet, die Kirche müsse während des ganzen Wahlaktes geschlossen bleiben, dort beklagt sich ein Katholik, der, nachdem er in der St. Hedwigskirche dem Gottesdienst beigewohnt, den Eingang zu der Kirche seines Bezirks verschlossen gefunden. — Unter den bis zum 20. Mittags gewählten Stadtverordneten befanden sich 25 wieder gewählte Mitglieder der früheren Versammlung, 54 neugewählte Bürger. Zu den Ersteren gehörten die HH. Heymann, Riese, Fabricius, Berend, Sommer, Schäffer, Fournier, Duncker, Reimer, Veit; zu den Letzteren: Professor Gneist, Landgerichtsrath Ulfert, Geheimerath Riedel, Justiz-Commissar Lewald, Professor Hartwig, Prince-Smith, Banquier Magnus. Das Resultat der Wahlen veranlaßte die Nat. Zeit. (21. M.) zu folgenden Bemerkungen: „Die Aussichten für die neue Stadtverordneten-Versammlung stellen sich sehr trüb. Die tüchtigsten und entschiedensten Kräfte der früheren Versammlung, diejenigen Männer, welche dieselbe zu einer politischen Bedeutung zu erheben, stets bemüht waren, Nauwerck, Berends, Mertens, Runge, sind sämmtlich bei den Neuwahlen unterlegen. Ein Beweis, wie sehr die Reaction unter unserer Bürgerschaft um sich greift. Der Schritt der Stadtverordneten, sämmtlich ihr Mandat niederzulegen, um in so schwierigen Zeiten eine Stadtverordneten-Versammlung des allgemeinsten Vertrauens zu besitzen, muß also als ein verfehlter betrachtet werden. Die Herren hätten besser gethan, im Amte zu bleiben bis zu der Zeit wo durch ein Gesetz auch den sämmtlichen Schutzverwandten das Bürgerrecht ertheilt worden, denn daß dann der Ausfall der Wahl ein ganz anderer sein wird, ist unzweifelhaft. Als ein Glück muß es unter den obliegenden Umständen noch betrachtet werden, daß wenigstens die geschäftskundigen, mit dem städtischen Verwaltungswesen betrauten Männer des alten Vorstandes, wie Fournier, Seidel, Schäffer, wiedergewählt sind, und daß die neue Versammlung in den HH. Gneist, Lewald wenigstens ein paar Männer, wenn auch nicht von politischer Entschiedenheit, doch von Fähigkeit und Gewandtheit, gewonnen hat."

Die Versammlungen der alten Stadtverordneten fanden unregelmäßig und selten statt. In der ersten Woche des Mai gingen die Geschäfte der Wahlmänner denen der Stadtverordneten voran; für die dritte Woche standen die ebenfalls störenden Neuwahlen bevor. Dieser Umstände wegen waren auf dem 11., 12. und 13. Versammlungen angesetzt worden, und der Vorsitzende benachrichtigte davon die Mitglieder „mit dem Ersuchen, nicht ohne die dringendste Veranlassung auszubleiben, damit die Versammlung jedenfalls beschlußfähig werde.“ Aber am 13. machte Hr. Fournier die öffentliche Anzeige, daß weder an diesem noch am vorigen Tage die Stadtverordneten sich in der zu einer Beschlußnahme erforderlichen Zahl eingefunden hätten und nochmals ersuchte er die Mitglieder „auf das Dringendste,“ in der auf den 15. angesetzten Versammlung zu erscheinen, damit die zum Theil sehr wichtigen Sachen erledigt würden. Die Versammlung kam denn auch zu Stande; außer ihr und der vom 11. fand in diesem Monat nur noch eine dritte statt; für den Ausfall der anderen waren die Nachwahlen der Abgeordneten als Grund angegeben. Zu den Gegenständen der Berathung in den Sitzungen vom 11. und 15. gehörte die Angelegenheit des Oberbürgermeisters Krausnick. Dieser hatte in einem Schreiben der Versammlung mitgetheilt, daß er, von seiner Krankheit genesen, jetzt in sein Amt wieder eintreten werde, da die von ihm am 20. März eingereichte Demissions-Erklärung ihm abgezwungen, und auch von der Stadtverordneten-Versammlung nicht genehmigt worden sei. Die Versammlung beschloß am 11., diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung genauer zu prüfen. In dieser jedoch, am 15., wurde der Beschluß gefaßt, daß erst nach vorhergegangener öffentlicher Bekanntmachung über den Inhalt des Krausnick'schen Schreibens verhandelt werden sollte. Die Angelegenheit des Prinzen von Preußen ließ die Versammlung um so ruhiger, als, wie erwähnt, in den Tagen vom 12. bis 14. keine Sitzung abgehalten, und dadurch eine Berathung über die bedenkliche Frage umgangen wurde.

Eine polizeiliche Bekanntmachung, vom 11., in den Tagen der Aufregung vielleicht übersehen, bildete, als die Ruhe wieder eingetreten war, den Gegenstand heftiger Erörterungen in den Zeitungen und in den fliegenden Blättern, deren jugendlichen Verkäufern gerade der Inhalt jener Bekanntmachung galt. Sie lautete:

Seit einiger Zeit ist auf den hiesigen Straßen und öffentlichen Plätzen häufig mit Flugblättern, Liedern und anderen Druckschriften, theils im Umhertragen, theils von Tischen und andern festen Stellen aus, ein unbefugter Handel getrieben worden. Besonders ist dies von Knaben geschehen, welche darüber den Schulunterricht versäumen. Da dieser Handel trotz der dagegen vielfach stattgehabten Einschreitungen der Polizei-Beamten immer noch nicht völlig aufgehört hat, so sieht sich das Polizei-Präsidium veranlaßt, hierdurch bekannt zu machen: daß nach den Vorschriften der Gewerbe-Polizei-Gesetze der Handel mit Druckschriften aller Art auf den öffentlichen Straßen und Plätzen weder von Tischen und andern festen Stellen, noch im Umhertragen gestattet werden darf; daß die Contravenienten sich den Strafen des unbefugten Gewerbebetriebes aussetzen, und daß die Aufrechthaltung des gesetzlichen Verbots fortan mit Strenge gehandhabt werden soll.

„Glück auf der Reaction!“ ruft Zähne knirschend Hr. Wentzel aus; „unser Polizei-Präsidium ist consequent, es will, soweit es sich eben vorläufig thun läßt, die Verbreitung des gedruckten Worts verhindern. Keine Colporteure mehr! Berlin hat ein zu plebejisches Aussehen; kein einziger Gardelieutenant mehr unter den Linden, statt derselben kleine Jungen, Mädchen, die die ersten Früchte unserer freien Presse ausbieten. So soll, so darf es nicht mehr sein, sagt unser Polizei-Präsident und warum? „Die Knaben versäumen die Schule!“ Aber haben wir denn keine Abendschulen und warum dürfen denn Kinder in den Fabriken beschäftigt werden? Ein solcher junger intelligenter Colporteur verdient jetzt häufig 20 Sgr. bis 1 Thaler in einem Tage, wahrlich keine kleine Beigabe für eine arme Familie .. Das Polizei-Präsidium verbietet es; sind denn die Jungen etwas Anderes als Colporteure im Dienste eines Gewerbesteuerzahlenden Buchhändlers?“ (Z.-H. 17. M.) In einem anderen, Hepta unterzeichneten, Inserate wird hervorgehoben, wie unklug und unangemessen es sei, jene Bestimmung gerade jetzt von Neuem in Erinnerung zu bringen und mit einer strengen Handhabung zu drohen. „In einer Zeit, wo die Behörden seit Wochen der Verletzung von Gesetzen ruhig zusehen, an deren Aufrechthaltung sich das Bestehen der Ruhe und Ordnung knüpft, erscheint es kleinlich, auf Gesetze zu pochen, welche die Bedürfnisse des Augenblicks verletzen und ohne Gefahr für die öffentliche Ruhe bis zur Feststellung einer neuen Ordnung der Dinge außer Anwendung bleiben könnten.“ (Z.-H. 19. M.) Mehr persönlichen Inhalts ist ein ohne Namensunterschrift versehenes Flugblatt: „Der Polizei-Präsident von Minutoli.“ Das Gerücht, daß Hr. v. Minutoli am 14. die Aufstellung einer Abtheilung bewaffneter Studenten in dem Garten des Ministerhotels veranlaßt habe, wird darin als Thatsache dargestellt. Der bedrohten jugendlichen Handels-Corporation nahm sich, mit juristischem Eifer, der Justiz-Commissar Lewald an. Das nachstehend mitgetheilte Plakat desselben vom 19. Mai erfüllte die Bedrängten mit neuen Hoffnungen:

Dr. v. Minutoli als Censor. Herr v. Minutoli macht bekannt, daß: 1) seit einiger Zeit auf den hiesigen Straßen und öffentlichen Plätzen häufig mit Flugblättern, Liedern und andern Druckschriften, theils im Umhertragen, theils von Tischen und andern festen Stellen aus, ein unbefugter Handel getrieben werde; 2) er meint, die Knaben, welche dies thun, versäumen darüber den Schulunterricht; 3) er warnt die Contravenienten vor den Strafen des unbefugten Gewerbebetriebes; 4) er will die Aufrechthaltung des gesetzlichen Verbots mit Strenge handhaben. — Wir erwidern Herrn v. Minutoli darauf Folgendes: 1) Der Handel geschieht nicht seit einiger Zeit, sondern genau seit unserer glorreichen Revolution und dem Aufhören der Censur. 2) Wenn die Knaben den Schulunterricht versäumen, so mögen die Eltern der schulpflichtigen Kinder zu ihrer Pflicht angehalten werden. Mit dem Gewerbebetrieb von Flugblättern hängt dies nicht zusammen, und ist eine Redensart, die Niemand täuschen wird. 3) „Das Regulativ über den Gewerbebetrieb im Umherziehen und insbesondere das Hausiren vom 28. April 1824“ spricht allerdings nicht vom Hausirhandel mit Druckschriften, allein es sagt § 16 wörtlich: Sollten örtliche Verhältnisse und Bedürfnisse Erweiterungen oder Beschränkungen der hierdurch bestimmten Hausirbefugnisse erforderlich oder wünschenswerth machen, so werden solche, auf die desfallsigen Anträge der Regierungen ertheilt werden.“ In Folge solcher Anträge ist z. B. der Handel mit christlichen Erbauungsschriften gestattet worden. — Herr v. M. thäte daher besser, die Erweiterung des Hausirhandels zu erbitten, anstatt die

veralteten Bestimmungen aufrecht zu halten; oder glaubt er, daß nach Aufhören der Censur kein Bedürfniß für die Verbreitung von Drucksachen eingetreten ist? 4) Will Hr. v. M. aber durchaus alle gesetzlichen Verbote gegen die Presse streng aufrecht halten, so möge er vor Allem den Staatsanwalt Hrn. v. Kirchmann veranlassen, daß derselbe seine Privatansicht über Preßunfug unterdrücke und die Gesetze anwende, auch wenn sie ihm nicht richtig scheinen. Den Eltern und Angehörigen der Knaben aber, welche wegen des Handels mit Druckschriften zur Untersuchung gezogen werden möchten, rufen wir in's Gedächtniß: daß keine Polizeistrafe anders als durch Erkenntniß des Richters festgesetzt werden kann; und wir werden mit Vergnügen die Vertheidigung der deßhalb zur Untersuchung Gezogenen übernehmen. — Lewald.

Hr. v. Minutoli begegnete den wider ihn gerichteten Angriffen in einer öffentlichen „Erklärung", vom 20:

Das Polizei-Präsidium ist wegen der Bekanntmachung vom 11ten d. M., das unbefugte Hausiren mit Flugblättern und Druckschriften betreffend, mehrfach angegriffen worden, weil hieraus ein Bestreben der Reaction zu erkennen sei. Es ist gegen jene Bekanntmachung namentlich eingewendet worden: 1) daß die Presse das Recht habe, sich in Zeiten wie die gegenwärtige unmittelbar mit dem Volke zu vermitteln, und es dazu keinen geeigneteren Weg gäbe, als den des Colportirens auf den Straßen, 2) daß jener Handel nicht erst seit einiger Zeit, sondern bereits seit dem Aufhören der Censur bestehe, 3) daß wir uns in einem Provisorium befänden, in welchem die alten Rechte und Verordnungen, insbesondere die Gewerbeordnung, eben so viel Geltung hätte, als zur Aufrechthaltung der Ordnung gerade nothwendig wäre, 4) der sentimentale Hinweis auf die Verabsäumung des Schulunterrichts nur ein Deckmantel für das reactionäre Bestreben sei. Ich halte es für angemessen hierauf Folgendes zu erwiedern: ad 1) gestehe ich die Nothwendigkeit zu, daß dem Publikum insbesondere zur Zeit einer politischen Bewegung die Gelegenheit geboten werde sich möglichst schnell, leicht und billig von den Tages-Ereignissen in Kenntniß zu setzen. — ad 2) Aus diesem Grunde habe ich auch seit dem 19. März auf Ansuchen ausnahmsweise die Erlaubniß ertheilt, im Umhertragen und von Tischen Flugblätter und Druckschriften feil zu bieten. Diese Erlaubniß ist mit Rücksicht auf den §. 16 des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 solchen Personen ertheilt worden, welche unbescholten, erwerbsunfähig, oder ihrer Bemühungen ungeachtet arbeitslos waren. — ad 3) Ich bin dabei jedoch nicht von der Idee ausgegangen, daß die alten Rechte und Verordnungen, insbesondere die Gewerbeordnung provisorisch nur noch eben so viel Geltung habe, als zur Aufrechthaltung der Ordnung gerade nothwendig sei: sondern ich halte dafür, daß die gesetzlichen Bestimmungen bis zu ihrer Aufhebung befolgt werden müssen. — ad 4) Der unbefugte Hausirhandel mit Druckschriften hat jedoch auf eine Weise überhand genommen, welche ein Einschreiten nothwendig machte, indem bescholtene Individuen, Taschendiebe, Bettler und Trunkenbolde das Publikum belästigten, neben den politischen Blättern auch schamlose, das Sittlichkeitsgefühl empörende Zeichnungen und Drucksachen besonders von Knaben und erwachsenen Mädchen mit großer Zudringlichkeit feilgeboten wurden und weil man mit den Verkaufstischen die freie Passage absichtlich versperrte. Eine Zählung hat ergeben, daß an einem Tage auf dem Wege vom Brandenburger Thor bis zur Kurfürstenbrücke 287 Knaben mit Flugblättern hausirend betroffen wurden, während das Regulativ vom Jahre 1824 im §. 11. Nr. 5. Kindern das Hausiren ganz verbietet. Hiernach überlasse ich es der unbefangenen Beurtheilung des Publikums, ob in der durch die Bekanntmachung vom 11ten Mai beabsichtigten Beschränkung des excessiven Hausir-Handels mit Druckschriften ein reactionäres Bestreben oder eine sentimentale Richtung, und nicht vielmehr eine zur Aufrechthaltung der Ordnung dienende Maßregel zu finden ist. Zum Schlusse gedenke ich auch eines anonym erschienenen Flugblattes, „der Polizei-Präsident von Minutoli" worin derselbe Gegenstand besprochen und zum Schlusse angeführt wird: „daß ich auch das Spiel der Mißverständnisse spiele, indem ich die Veranlassung gewesen sei, daß bewaffnete Studirende am letzten Sonntag durch die Hinterthür in das Hotel Camphausen gelangt wären, wo sie von mir geführt sich plötzlich der Volkswuth ausgesetzt befunden hätten." Diese Darstellung ist unrichtig. Es ist weder von mir der Antrag zur Herbeirufung des Corps der Studirenden zum Schutz für das Hotel Camphausen ausgegangen, noch habe ich davon Kenntniß gehabt, daß das Corps durch eine Hintherthür in das Hotel gelangt war: ich habe vielmehr erst in dem Augenblick, als der Zug von Tausenden sich dem Ministerial-Gebäude näherte, erfahren, daß die Studirenden im Garten

anwesend wären, und dieselben ersucht, die Rampe des Hauses und die Eingangsthür mit 6 Mann zu besetzen, um solche von den heranströmenden Zuschauern frei zu erhalten. — Nach dieser Erklärung ersuche ich den anonymen Verfasser seinen Namen und die Quelle seiner falschen Nachrichten öffentlich zu nennen. — Der Polizei-Präsident v. Minutoli.

Mit einer Erwiderung des Hrn. Lewald, in dem Plakate: „Herrn v. Minutoli's Bekanntmachung vom 11. und Erklärung vom 20. Mai" endigte der Streit in einer Angelegenheit, die übrigens keinesweges so nachtheilige Folgen hatte, wie die literarischen Gegner des Hrn. v. Minutoli prophezeiten. Weder der bedrohte Kleinhandel, noch die Kleinhändler selbst litten, während der folgenden Sommer- und Herbst-Monate, irgend wie erheblich unter einem Drucke der Polizeigewalt. — Im Interesse der jugendlichen Arbeiter in den Fabriken erließ das Polizei-Präsidium am 12. eine Bekanntmachung, welche die Vorschriften des Regulativs vom 6. April 1839 mit der Bemerkung wiederholte, daß einige jener Vorschriften, besonders die über die Innehaltung einer bestimmten Arbeitszeit und das Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht überall beobachtet worden und daß die executiven Polizei-Beamten angewiesen seien, auf ihre Befolgung streng zu wachen. — Eine polizeiliche Entscheidung über die Benutzung des Platzes vor den Zelten zu Volksversammlungen des politischen oder constitutionellen Clubs wurde vom Sprecher des letzteren beantragt. Ein von demselben veröffentlichter Briefwechsel stellt die mit dem Polizei-Präsidenten gepflogenen Unterhandlungen dar. In dem ersten der mitgetheilten Briefe, vom 18., zeigt Hr. v. Minutoli dem Hrn. Furbach an, daß Tags zuvor der politische Club den Antrag gestellt habe, ihm den Platz vor den Zelten zu den an den Mittwochen und Sonntagen stattfindenden Volksversammlungen vorzubehalten, daß demnach für den nächsten Sonntag dieser Platz dem constitutionellen Club, der darum gebeten, nicht überlassen werden könne. Aus dem Inhalt dieses Schreibens glaubt der Justiz-Commissar und Sprecher Furbach „folgern" zu müssen, daß Hr. v. Minutoli den Antrag des politischen Clubs, ihm den Platz zu reserviren, für unzulässig erachtet habe, aber geneigt sei, ihm jenen Platz für den nächsten Sonntag zu überweisen. Hr. Furbach bittet nun, in seinem Schreiben vom 20., um Ueberlassung des Platzes an den constitutionellen Club wenigstens für den zweitfolgenden Sonntag. Worauf Hr. v. Minutoli am 20. erwidert, daß vor 14 Tagen einige Mitglieder des politischen Clubs ihm angezeigt hätten, daß sie Mittwochs und Sonntags den Platz vor den Zelten benutzen würden. Es könne hiernach den „Anschein der Parteilichkeit" haben, wenn er ohne vorherige Anfrage diesen Platz zu diesem Sonntage dem Vereine entziehen wollte, um ihn dem constitutionellen Club einzuräumen. Er werde dagegen zum 28. den Platz zur Disposition stellen, bemerke jedoch, daß die Gastwirthe der Zelt-Etablissements am 20. Beschwerde führend eingekommen seien, daß durch die Volksversammlungen, namentlich an Sonntagen, die Musikchöre von der Tribüne verdrängt und dadurch Klagen des Publicums laut würden. In einem

dritten Schreiben endlich, vom 21., berichtigt Hr. v. Minutoli die früheren Mittheilungen dahin, daß die Deputation, welche den Platz für die Mittwoche und Sonntage in Anspruch genommen, nicht dem politischen Club, sondern dem Volksvereine angehört habe. Auch stehe für diesen Sonntag schon die Tribüne dem constitutionellen Club, bis um 7 Uhr Abends, zur Disposition, da Hr. Dr. Schasler erklärt habe, daß der Volksverein erst um diese Stunde zusammentrete.

Auf den „Platz vor den Zelten" kam der constitutionelle Club, in seinen, hier noch zu erwähnenden, Verhandlungen wiederholt zurück. Das Protokoll der Sitzung vom 16. enthält Folgendes:

Dr. Schultz beantragt, morgen am Bußtage eine Volksversammlung vor dem schönhauser Thore zu halten, indem von den dort zuletzt Anwesenden eine Wiederholung derselben an einem Festtage gewünscht worden sei, damit die begonnene Discussion über Ein- oder Zweikammersystem zu Ende geführt werden könne. Der Antrag wird unterstützt. Otto Crelinger wünscht bei der allgemeinen politischen Ermüdung diese Versammlung auf Sonntag verschoben. Stern schließt sich dem letzten Redner an, um so mehr, da am Tage darauf die Nationalversammlung zusammentritt und eine unmittelbare Vorbereitung auf die wichtigen Fragen derselben nicht ungeeignet erscheine. Dr. Rüttge wünscht bei der Aufregung der Gemüther an beiden Tagen Versammlungen zu halten. Der Club beschließt für Mittwoch eine Volksversammlung vor dem schönhauser Thore um 6 Uhr. — Aegidi beantragt auf Sonntag um 6 Uhr eine Volksversammlung vor den Zelten, um somit dem politischen Club zuvorzukommen. Frese stimmt dagegen, indem er eine Collision mit dem politischen Club befürchtet. Volkmar ebenfalls gegen den Antrag; die Concurrenz, die darin, wenn auch nur dem Scheine nach, liege, sei des Clubs unwürdig. Rau für den Antrag. Der Ort vor den Zelten sei gleichsam vom Volke zur Anhörung aller derer, die sich an dasselbe wenden wollen, bestimmt; es möchte mithin auch dem constitutionellen Club das Recht zur Benutzung dieses Ortes zustehen, wo er zu dem Volke sprechen wolle. Aegidi berichtet als eine Thatsache, daß gestern der Deputation des constitutionellen Clubs vom Comité vor den Zelten die Redefreiheit von der Tribüne herab nicht gewährt worden sei. Er bleibt daher dabei, daß eine vorhergehende Anzeige, einer etwa abzuhaltenden Versammlung Seitens des politischen Clubs zuvorkommen müsse. Das Volk, glaubt der Redner, werde nicht wider den constitutionellen Club auftreten. Dr. Rüttge unterstützt den Aegidi'schen Antrag, da er das historische Recht des politischen Clubs auf den Raum vor den Zelten nicht anzuerkennen vermag. Oder ob denn der politische Club selbst ein älteres historisches Recht, das Recht der Musikanten, respectirt habe? Nachdem noch Frese gegen den Antrag gesprochen, weil es unpraktisch sei, die Arena einer anderen politischen Partei zu betreten, wird der Antrag angenommen und das Comité für Volksversammlungen wird mit der Ansetzung der Versammlung beauftragt. — Rau theilt mit, daß die Leiter des politischen Clubs gestern entschieden die Absicht gehabt hätten, das Volk zu besänftigen. Eine Partei jedoch, die ihre Zwecke unbedingt durchgesetzt wissen wolle, habe diese Absicht sehr erschwert. Unter diesen Umständen hätten Eichler und Held Bedenken getragen, eine neue Partei, die des constitutionellen Clubs, auftreten zu lassen und dadurch möglicher Weise noch weitere Conflicte herbeizuführen. Auch seien schon etwa dreißig Redner vorher eingeschrieben gewesen. Levin bringt zur Sprache, daß Hr. Theophil Bittkow der Deputation des constitutionellen Clubs gestern die Weisung ertheilt habe, augenblicklich die Tribüne zu verlassen. — Der Club geht über zur Berathung der früher eingebrachten Petition, wegen Erlaß von Moratorien zu Gunsten solcher Grundbesitzer, welche ihre Zinsen bisher pünktlich bezahlt. Volkmar, als Berichterstatter, verliest einen Entwurf dazu. Stern spricht gegen den Antrag, als einen außer dem Horizont des Clubs liegenden Gegenstand. Lautier unterstützt den Volkmar'schen Antrag und stellt ein Amendement, daß auch diejenigen Theil nehmen an der Wohlthat, welche rückständige Zinsen nachzahlen. L. Crelinger meint, der Club habe die Pflicht, seinen bedrängten Mitbürgern beizustehen, wo er dieselben finde. Die Petition liegt fertig vor, man möge sie abgehen lassen. (Beifall.) Stamm spricht gegen die Petition, weil es immer Sache des zunächst Betheiligten sei, sich selbst zu helfen; nicht Alle, welche jetzt Kapitalien kündigen, seien Wucherer. Volkmar, als Antragsteller, weist darauf hin, wie der Club sich

stets um Alles helfend bemüht habe, was in die socialen Fragen einschlägt; ob er jetzt auf einmal in einer so dringenden, so wichtigen Sache diesen seinen Grundsatz verläugnen wolle? Lintz für den Antrag, weil die Grundbesitzer in größerer Noth seien als die Kapitalisten, wünscht aber das Moratorium von drei Jahren auf eines herabgesetzt. Der Club beschließt die Petition um Erlaß eines Moratoriums auf drei Jahre. Der Volkmar'sche Entwurf wird genehmigt und seine Absendung beschlossen. — L. Crelinger beantragt, der Club wolle beschließen, daß die politischen Fragen in jeder Sitzung vor allen übrigen Nebenfragen zu verhandeln seien. Angenommen. — Dr. Glaser, als Commissionsmitglied zur Untersuchung einer Eingabe von 17 Invaliden berichtet, daß diese Invaliden sich allerdings in der bedrängtesten Lage befinden, daß im Invalidenhause noch beträchtlicher Raum vorhanden, und daß der Gegenstand wohl geeignet sei, dem Kriegsminister mündlich vorgetragen zu werden. Dr. Schultz hält eine mündliche Beschwerde für weniger nachhaltig als eine schriftliche. Dr. Küttge zeigt an, daß, wie die Eingabe der Invaliden allgemein gehalten gewesen sei, so auch die Commission für geeignet erachtet habe, sich nicht in der bestimmten Form einer Petition, sondern in der allgemeineren einer Vorstellung, eines Memoires auszusprechen. — Die Versammlung beschließt, die gedachte Commission mit der Verfassung eines Promemorias an den Kriegsminister zu beauftragen.

In der Volksversammlung, welche der Club am Bußtage vor dem schönhauser Thore veranstaltet hatte, erstattete zuerst der Landbaumeister Hoffmann Bericht über die Audienz der am Sonntag erwählten Deputation bei Hrn. v. Auerswald. Hr. Furbach zeigte darauf an, daß der Club am nächsten Sonntag, dem 21., eine Volksversammlung vor den Zelten abhalten werde. Auf besonderes Befragen versicherte er, daß es dabei keinesweges darauf abgesehen sein solle noch könne, dem politischen Club irgendwie zu nahe zu treten, und daß überhaupt, bei aller jetzigen und künftigen Differenz der Ansichten und Bestrebungen der constitutionelle Club gegen den politischen, wie gegen die anderen Clubs stets alle Regeln der Sitte und des Anstandes auf's Sorgsamste würde zu beobachten wissen. Nachdem alsdann die Frage über das Ein- oder Zweikammer-System erörtert worden, begann eine sehr lebhafte Discussion der Frage über die Errichtung eines Arbeiterministeriums, so wie über die Accord-Arbeit. Der Bericht erwähnt des besonderen Beifalls, den vor Allen der Arbeiter Lohde wegen seiner „gediegenen und verständigen" Ausführungen gefunden habe. — Die nächste Sitzung des Clubs fand am 20. statt. Die Nat.-Zeit. berichtet darüber:

Beim Beginn der Sitzung erklärt der Sprecher Furbach, daß die auf Sonntag, den 21. angesetzte Volksversammlung an den Zelten nicht stattfinden könne, da nach einer Mittheilung des Polizeipräsidenten der Platz vor den Zelten schon vom politischen Club beansprucht sei. Furbach trägt auch darauf an, überhaupt auf jenen Platz zu verzichten, um etwaige Collisionen zu vermeiden. Angenommen. Prutz hatte bereits in der verflossenen Woche den Antrag gestellt, in einer Adresse an das Ministerium sich über dessen Unthätigkeit und Halbheit zu beschweren und namentlich auf eine Reorganisation der höhern Beamten im Ministerium des Cultus und des Aeußern zu dringen; diesen Antrag zieht Prutz jetzt zurück, nicht seines Inhalts wegen, sondern aus dem äußern Grunde, daß die Nationalversammlung, die competente Richterin in allen diesen Dingen, zusammentrete; Volkmar macht den Antrag zu dem seinigen; Otto Crelinger spricht für den zweiten Theil desselben, betreffend die Entlassung der Beamten aus dem ancien régime; der erste Theil des Prutz-Volkmar'schen Vorschlags wird verworfen, der zweite angenommen, und den Herren Volkmar, Küttge, O. Crelinger die Abfassung der Adresse übertragen. — Ein Antrag von Krauske, daß für die Dauer der Nationalversammlung keine Volksversammlungen gehalten werden sollten, wird mit großer Majorität verworfen. — Der vom Sprecher Furbach mitgetheilte Austritt mehrerer adliger Mitglieder wird mit

Acclamation aufgenommen.*) — Ein Antrag, der Club möge erklären, daß Niemand das Recht gehabt habe, das Palais des Prinzen von Preußen zum Nationaleigenthum zu erklären, fällt völlig ab. — Schulze trägt darauf an, der Club möge darum nachsuchen, daß ihm etwa zwölf Plätze auf der Tribüne in der Nationalversammlung reservirt würden; Volkmar, Prutz u. a. sprechen dagegen: man dürfe kein Privilegium beanspruchen; Ludwig Crelinger dafür: es stehe ja jedem Club frei, dergleichen nachzusuchen; wenn es bewilligt werde, sei es doch sehr angenehm. Der Schulzesche Antrag wird verworfen. — Gustav Seligo beantragt, zur Bildung einer deutschen Flotte beizutragen 1. durch eine Collecte bei den Mitgliedern des Clubs; 2. durch eine mit Hülfe der Bürgerwehr zu veranstaltende Hauscollecte in ganz Berlin; 3. durch Aufforderung an die verbrüderten Clubs in den Provinzen. Der Antragsteller hebt außer der Wichtigkeit der Sache hervor, wie es ein Ehrenpunkt gerade für Berlin sei, in dieser deutschen Lebensfrage nicht zurückzubleiben. Frese: die Gründung einer deutschen Flotte sei eine Nothwendigkeit; „jeder Schiffsmast wird ein Freiheitsbaum sein;" habe man früher für Kirchen collectirt, so solle man nun zu dem Dome unserer Zukunft beisteuern; im Einzelnen sei der vorliegende Antrag durchaus praktisch. Volkmar: Man müsse zeigen, daß man nicht bloß Proteste, Adressen und dergleichen machen, daß man auch handeln könne. — Der erste Punkt des Antrags wird angenommen und nach einigen Zwischenreden festgesetzt, daß in den nächsten beiden Sitzungen unter den Mitgliedern des Clubs gesammelt werden solle. Auch der zweite Punkt wird nach längerem Hin- und Herreden beschlossen und die Ausführung desselben einem Comité übertragen, zu welchem die Hrn. Ludwig Crelinger, Seligo, Frese, Volkmar und Stern gewählt werden. Die Besorgung des dritten Punktes wird dem Comité für Verbrüderungsangelegenheiten übergeben. — Zur Berathung kommt ferner ein Antrag von Frese, gegen das Separatprotokoll der Bundesversammlung vom 4. Mai bei der deutschen Nationalversammlung Verwahrung einzulegen. Der Antragsteller theilt die prägnantesten Stellen daraus mit und weist kurz darauf hin, daß es sich hier darum handle, ob die Nationalversammlung eine wirklich constituirende sein solle oder ob jedem kleinen Staate das Recht zuzugestehen sei, durch sein gegen die Verfassung eingelegtes Veto von Neuem die politische Einheit Deutschlands zu gefährden. Für den Antrag sprechen Volkmar, Rau, Prutz; letzterer wies die Nothwendigkeit nach, gegen die Künste und Kniffe, mit denen die alte Diplomatie wieder hervorzutreten wage, seinen „Abscheu" auszusprechen, dagegen der Nationalversammlung sein unbedingtes Vertrauen kund zu thun: dieser aus dem deutschen Volke hervorgegangenen Nationalversammlung das Recht einer constituirenden absprechen, heiße Deutschlands Einheit nicht wollen. Stern findet es bedenklich, eine so wichtige Frage so rasch zu entscheiden; die „preußische Nation" müsse nicht so unbedingt ihr geschichtliches Dasein aufgeben, bis sie wisse, was sie dafür wieder eintausche; er stellt das Amendement, den vorliegenden Antrag einem Comité zu überweisen, und wird darin von Kuttge unterstützt. Prutz: die „preußische Nationalität" sei nur die Quintessenz des deutschen Geistes, nicht etwas dem übrigen Deutschland Gegenüberstehendes und davon Verschiedenes; auch die andern Stämme hätten ein geschichtliches Dasein und große Erinnerungen, alle müßten etwas zum Opfer bringen. Stern spricht noch einmal für gründlichere Untersuchung des Antrages: nicht bloß die Fürsten, auch die Völker würden sich das Recht des Widerspruchs vorbehalten; man müsse auf Mittel zur Vereinbarung sinnen. Frese: Es gebe ein preußisches Volk, nicht eine preußische Nation; wenn die von ganz Deutschland gleichmäßig erwählten Volksvertreter nicht das Recht haben sollten, eine Verfassung zu decretiren, dann gäbe es kein Mittel, Deutschlands politische Einheit herzustellen. Schließlich wird der Antrag von Frese mit großer Majorität angenommen und den Hrn. Prutz, Volkmar, Frese und Rau der Auftrag gegeben, die beschlossene Adresse an die deutsche Nationalversammlung zu entwerfen.

Die hier erwähnte Adresse gab noch in den beiden nächsten Sitzungen Gelegenheit zu sehr eifrigen Discussionen. Nachdem die in der ursprünglichen (Prutz'schen) Fassung enthaltenen „Härten" derselben gemildert worden, beschloß der Club, sie in folgender Form zu erlassen:

*) Die in dieser und der vorigen Sitzung mitgetheilten Namen von Mitgliedern, die ihren Austritt aus dem Club erklärt hatten, sind folgende: Geheime-Rath Wendland, Assessor Schumann, Licentiat Krause, Geh. Ober-Tribunalsrath Wilke II., Geh. Sanitäts-Rath v. Arnim; v. Hartmann, A. v. Arnim, B. v. Arnim, W. v. Herder, A. v. Herder, v. Lamprecht. Später folgten: Streckfuß, Ezechiel u. A.

An die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. — Hohe Versammlung! Der constitutionelle Club zu Berlin hat mit lebhafter Entrüstung das Separatvotum gelesen, welches der Hessen-Darmstädtische Gesandte in der Versammlung des Bundestages am 4. Mai d. J. abgegeben hat. Wennschon dieses Votum von der eigenen Regierung des Gesandten verläugnet worden ist, und überdies auch in dem Ausschuß der Sechsundfunfziger die gebührende Zurückweisung erfahren hat: so glaubt der constitutionelle Club doch auch jetzt noch eine patriotische, eine Pflicht, die jedem Deutschen und namentlich jedem politischen Vereine Deutschlands in diesem Augenblicke obliegt, zu erfüllen, indem er hiemit erstens feierlichst protestirt und seinen ganzen Abscheu ausdrückt gegen diesen Nachhall einer selbstsüchtigen und perfiden Cabinetspolitik; und indem er zweitens die Erklärung giebt, daß nach seiner innigsten Ueberzeugung die Einheit und Freiheit Deutschlands nur dadurch hergestellt werden kann, daß die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung, als unserer mit Beistimmung der Regierungen vom Volke gewählten Vertreter, von beiden Theilen als bindend anerkannt werden. — Berlin, den 20. Mai 1848. Der constitutionelle Club.

Wir schließen die Mittheilungen vom constitutionellen Club mit einem Raisonnement über denselben, welches die National-Zeitung einem ihrer Berichte folgen läßt. „Die Versammlung", heißt es darin, mit Bezug auf die Verhandlungen des Clubs vom 16., „war schon bei diesen Verhandlungen so sehr in der Auflösung begriffen, so flau und matt, daß sich bei der nun wieder aufgenommenen Frage über die deutschen Verfassungs-Angelegenheiten kein Redner zum Vortrag meldete. Es scheint überhaupt im Wesen des constitutionellen Clubs zu liegen, wirklich substantielle Fragen als Nebensache zu betrachten, und detaillirten Erörterungen wichtiger Gegenstände, praktischer Angelegenheiten weniger Aufmerksamkeit zu schenken, als Formalitäten und Klatschgeschichten. Bei der Jakobi'schen Sache war das Versammlungslokal immer dicht gedrängt voll, und die Zuhörer blieben mit großer Ausdauer bis zum Ende der Sitzung; jetzt aber ist eine entschiedene Ebbe eingetreten und eine Berathung über Fragen von allgemeinem Interesse veranlaßt jedesmal einen merklichen Abzug selbst unter den wenigen Getreuen. Jordan hatte neulich Recht, wenn er bei Gelegenheit der Colonisations-Frage dem Club Schlaffheit und Apathie vorwarf; solche Dinge verweist man an Commissionen, statt sich selbst gründlich und ausführlich mit ihnen zu beschäftigen, und reine Lappalien, leere Formalitäten discutirt man mit einer Breite, daß ein Stein sich darüber erbarmen möchte." Mit dem frommen Wunsche „Gott besser's!" schließen die Betrachtungen des genannten Blattes.

Ein günstigeres Raisonnement desselben gilt dem, der Zeitung entfernter stehenden, politischen Club. Die Mittheilungen über die am 17. begonnene Reorganisation des Clubs werden von folgenden Bemerkungen begleitet: „Der Club scheint uns, sich mit großer Festigkeit und Energie auf die äußerste Linke der demokratischen Partei stellen zu wollen — Jung hat z. B. in der letzten Zeit als zu wenig radical und consequent sein bisheriges Ansehen im Club verloren — und zugleich eliminirt er bedenkliche Individuen, wie Hrn. Held und Eichler." In geheimen Sitzungen, am 17. bis 19., ging, wie die Zeitungs-Halle meldet, eine „durchgreifende Reorganisation und Purification" des

politischen Clubs vor sich. Zum Präsidenten wurde der frühere Regierungs-Referendarius Schramm, zu Vicepräsidenten Dr. Wiß (nachdem Jung die Wahl abgelehnt) und der Student v. Salis gewählt. Ein Comité von 12 Mitgliedern umgab den Vorstand. Die Herren Meyen, Saß, Lange, Börner, Dehnicke, Solger, Buhl, Lipke, Hoppe, Monecke wurden Mitglieder des Comité's. Dieses wählte „Stamm-Mitglieder" und stimmte dann mit denselben gemeinschaftlich über die von Einzelnen zur Aufnahme vorgeschlagenen Mitglieder ab; bei einem Widerspruch von zehn Mitgliedern wurde der betreffende Candidat nicht aufgenommen. — Hr. Schramm trat sein Amt, in der Sitzung vom 17., mit der Erklärung an, daß er zwar als Redner nicht viel leisten werde, namentlich in Volksversammlungen, da er zu schnell spreche, daß er aber nie fehlen werde, wenn es auf die That ankomme. Die Mitglieder des neuen Comité's wurden darauf von Hrn. Ottensosser als „der Kern" begrüßt, „um welchen sich der Club krystallisiren müsse." Der Vorschlag, daß jedes neu aufzunehmende Mitglied sich dem Comité vorstellen und nur dann zugelassen werden solle, wenn seine demokratische Gesinnung vollkommen verbürgt sei, wurde trotz des Widerspruches von Buhl, der darin eine neue Censur fand, angenommen. Der sich vorstellende Candidat hatte nun die Frage: „Sind Sie Demokrat?" oder auch: „Sind Sie entschiedener Demokrat" zu beantworten. — Ueber die Sitzungen des Clubs vom 19. und 20. giebt die Nat.-Zeit. folgende Berichte:

(19. Mai). Eine Besprechung der gegenwärtigen Militairverhältnisse, der Antrag auf Reorganisation des stehenden Heeres, vornehmlich Aufhebung der „blutgierigen" Garden, nahmen zunächst die Aufmerksamkeit der Versammlung in Anspruch. Gesprochen wurde dabei, nach dem eigenen Geständniß eines Redners, viel, gesagt wenig. Als Resultat der Reden können wir anführen, daß der vormalige interimistische Kriegsminister v. Reyher, wegen seines Erlasses vom 27. vorigen Monats, und nach ihm auch der Chef der ganzen Artillerie wegen seiner auf jenen Erlaß gegründeten Verordnung an die Artillerie, von der zusammentretenden constituirenden Versammlung in Anklage-Zustand versetzt werden sollten. — Reich stellte den Antrag, daß der politische Club sich mit dem constitutionellen wegen Räumung des Platzes an den Zelten, welchen Letzterer anf nächsten Sonntag für sich in Anspruch genommen habe, auf gütliche Weise einigen möge. Geschähe es nicht, so sei großes Blutvergießen unvermeidlich, denn die Partei des Volksvereines werde sich den Platz nicht nehmen lassen wollen. Dagegen traten andere Redner auf, welche die Einmischung des politischen Clubs für unzweckmäßig erklärten. Der Antrag wurde verworfen. — Ein Redner vom Plötzensee protestirte von der Bühne aus feierlichst gegen die am Bußtage von den Bürgern vor den Zelten gebrauchte Bezeichnung seiner Freunde als „Räuber": nenne man sie Räuber, so zwinge man sie, sich auch als solche zu zeigen! (Allgemeines Bravo, Hurrah u. s. w.) — Ein Redner sagt, es verbreite sich das Gerucht, daß während der Dauer der Sitzungen der constituirenden Versammlung alle Volksversammlungen verboten sein sollten. Er trägt darauf an, dagegen in kräftigster Weise zu protestiren, und es wird der Vorschlag angenommen, sofort eine Protestation drucken zu lassen. Ottensosser bezeichnet als erste Pflicht der constituirenden Versammlung die Anerkennung der Revolution. Er protestirt gegen die Vorlage des Verfassungs-Entwurfes durch die Regierung. Er dürfe nur durch eine aus dem Schooße der „Assemblée constituante" gewählte Commission vorgelegt werden. Andere Redner vindiciren Jedermann das Recht, einen Entwurf vorlegen zu lassen. Schramm fragt, ob nicht auch der politische Club einen solchen vorbereiten wolle, und findet von vielen Seiten dabei Unterstützung. Monecke spricht den Ministern das Recht der Vorlage zu, hofft aber ein Mißtrauens-Votum Seitens der constituirenden Versammlung. Ein Redner meint, daß von einem Verfassungs-Entwurf für Preußen noch keine Rede sein könne, daß die constituirende Versammlung sich nach den in Frankfurt zu erlassenden Bestimmungen für die Verfassung Deutschlands zu richten habe. Es sei erst

abzuwarten, welche Regierungsform dort beliebt werde, ob Monarchie, ob Republik? Salis führt aus, daß das Königthum durchaus nicht in Frage gestellt sei. Er bestreitet der Versammlung zu Frankfurt das Recht, sich in die specielle Verfassungsfrage der einzelnen Staaten zu mischen. — Schramm will die Revolution selbst gegen den Willen der constituirenden Versammlung aufrecht erhalten wissen und behält sich einen bestimmteren Antrag vor. Ein Redner wünscht, sich unter den letzten Trümmern der Freiheit begraben zu lassen. Ottensosser beharrt bei seinem Proteste gegen die Vorlage des Entwurfs durch das Staatsministerium. — Es liegen noch mehrere Anträge vor, unter ihnen der auf sofortige Entfernung des Generals Aschoff, auf Ertheilung des Bürgerrechts an sämmtliche majorenne Einwohner, auf Sicherstellung der Wittwen und Waisen gefallener Freiheitskämpfer, auf Errichtung eines Denkmals für diese Letzteren. Die verschiedenen Commissionen dafür werden gebildet.

(20. Mai). Nachdem man den gestern benutzten Sitzungssaal durch ein „Mißverständniß" geschlossen vorgefunden und nach einigem Warten ein anderes Lokal entdeckt worden war, begab man sich dahin. Die Versammlung mußte im Garten abgehalten werden. Den ersten Gegenstand der Verhandlung bildete die Wahl oder die Beschaffung eines geeigneten Versammlungslokales. Unter andern wurde auch die Bretterbude auf dem Dönhofsplatz vorgeschlagen, und erhielt einige Chancen, obgleich ein Redner darauf hinwies, daß man sehr leicht Feuer an dieselbe legen könne! Da die Zeit noch nicht gekommen, wo man „zwangsweise" ein Lokal einnehmen könne, so wurden mehrere Mitglieder mit der Ermittelung eines gutwilligen beauftragt. — Ein Antrag auf die sofortige Entfernung des General Aschoff, welcher nur der Reaction diene, wurde längere Zeit debattirt, man kam jedoch zu dem Schlusse, daß diese Angelegenheit nicht zu den Competenzen des Clubs gehöre, man vielmehr dieselbe dem Ermessen der Bürgerwehr selbst überlassen müsse. Diese werde leicht einsehen, daß nicht nur der General, sondern auch sämmtliche Hauptleute und Führer zu wechseln seien. — Es war inzwischen schon dunkler geworden und das Wetter war sehr unbehaglich, so daß die Meldung, daß ein neues Lokal entdeckt worden, allgemeine Zufriedenheit erregte. Man begab sich sofort nach der alten Jakobsstraße 32 zu Markendorf. Der Saal faßte jedoch die Erschienenen kaum. Es wurde der Antrag gestellt, den Namen des Clubs zu ändern, da derselbe zu anrüchig geworden sei. Die Versammlung glaubte nach einigem Hin- und Herreden die Beschlußnahme über diesen Gegenstand einer späteren Sitzung vorbehalten zu müssen. v. Rauchfuß motivirte auf's Neue seinen früheren Antrag, daß eine großartige Demonstration vorbereitet werde, um die constituirende Versammlung gleich nach ihrem Zusammentritt zu veranlassen, die Revolution und die Errungenschaften anzuerkennen. Man kam jedoch auch hierüber nicht zu einem Beschlusse, da der Club nicht zahlreich genug vertreten sei. Die in der vorhergehenden Sitzung ernannte Commission für die Entwerfung eines Protestes gegen das etwa zu erlassende Verbot der Volksversammlungen während der Dauer der constituirenden Versammlung, erstattete Bericht und wünschte ihr Mandat dahin ausgedehnt zu sehen, daß es ihr zustehen solle, neben dem zu veröffentlichenden Proteste, gleich auch die Zusammenberufung einer Volksversammlung zu veranlassen. Der Club sprach sich gegen diese Zumuthung aus, indem er sich selbst die weitere Beschlußnahme vorbehielt.

Am 21. Mai beschloß der politische Club den bisherigen Namen abzulegen und als „demokratischer Club" weiter zu existiren. Die Tendenz desselben gab ein von dem Comité-Mitglied Dr. Meyen verfaßtes Flugblatt näher an. Es lautete:

Der demokratische Club in Berlin. Der politische Club hat in der Sitzung am 21. Mai seinen Namen abgelegt, und dafür den des „demokratischen Clubs" angenommen. Diese Aenderung ist prinzipiell für ebenso nöthig erachtet worden, als die Umgestaltung seiner inneren Einrichtung, welche derselben voranging. Die losen Formen, in denen er sich bis jetzt bewegte, führten auch zu leicht zur Laßheit; dadurch, daß Jedem, der sich zum Mitglied meldete, der Eintritt gestattet wurde, verlor der Club die Gewähr seiner Abstimmungen, und als dringendes Bedürfniß stellte sich ferner eine größere Thätigkeit des Comités heraus. Daher wurde nach vorhergegangener Berathung zur Reorganisation des Clubs in der Weise geschritten, daß von den anwesenden Mitgliedern zuerst ein Präsident (Assessor Schramm) und zwei Vicepräsidenten (Dr. Wiß und Stud. von Salis) gewählt wurden, welche sodann ein Comité von 12 Mitgliedern ernannten, mit denen vereint sie die Neuwahl der Clubmitglieder begannen. Sobald sich Empfehlende für dieselben fanden und sich kein Widerspruch gegen sie erhob, wurden sie für aufgenommen erklärt. Alsbald machte

sich aber auch das Bedürfniß einer entschiedneren Benennung des Clubs geltend, da die Bezeichnung „politisch" eigentlich gar keine Richtung angab, denn politisch ist Jeder, der sich mit Politik beschäftigt, also auch der Reactionär. Freilich wurde behauptet, daß der politische Club bereits eine Geschichte habe, daß er durch seine Handlungen seinen demokratischen Charakter bewiesen, und daß Jedermann wisse, welche Richtung er vertrete, wenn von ihm die Rede sei. Diese historische Rücksicht konnte jedoch vor dem stärkeren Grunde der Aenderung nicht Stich halten, der darin bestand, daß, da die Zeit gekommen sei, in der man ganz entschieden auftreten und das Prinzip der Revolution des 18. März geltend machen müsse, um dieses nicht wieder durch die Reaction trüben zu lassen, man auch dieses Prinzip entschieden und offen hinstellen müsse. Ueberdies geht durch dieses jene Vergangenheit nicht verloren, sondern erhält nur eine schärfere Ausprägung. — Die Demokratie ist das Ziel, nach dem die Geschichte in ganz Europa ringt, und unsere Aufgabe in der Hauptstadt Preußens ist es daher, demselben mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften nachzustreben, um unserm Lande und Volke die Entwickelung zu sichern, die mit so blutigen Opfern erkauft worden ist, und nach der wir seit acht Jahren auf friedlichem Wege vergebens gerungen haben. Wir können die Regierung, welche stehen geblieben ist, nur mit Mißtrauen betrachten, und müssen täglich auf unserer Hut sein, um uns nicht auf's Neue berücken zu lassen. Nur die vollständigste Garantie durch eine Verfassung, die dem Volke seine Souveränetät und das Recht der Selbstherrschaft bis in die kleinsten Verhältnisse, in die Städteverfassung und Landgemeindeordnung hinein sichert, kann uns zufrieden stellen. Die jüngsten Maßregeln des aus dem Schooße der Bourgeoisie und des Adels hervorgegangenen Ministeriums zeigen uns jedoch zu deutlich, daß dies Recht noch nicht gesichert ist. Der demokratische Club will daher der Wächter desselben sein. Er will jeden Schritt, jede Maßregel des Ministeriums wie die Beschlüsse der constituirenden Versammlung seiner Kritik unterwerfen, und das Volk über deren Werth und Beschaffenheit aufklären, um ihm dadurch den Maßstab seiner Handlungen zu geben. Der Club wird ferner auch mit allen gleichgesinnten Vereinen in den Provinzen in Verbindung treten, wie er solche auch schon als politischer Club mit Breslau, Königsberg und andern Städten angeknüpft hat, um mit ihnen, wo es Noth thut, gemeinschaftlich berathen und handeln zu können. Berlin ist es nicht darum zu thun, die Provinzen zu beherrschen, wie Thörichte wähnen und schwatzen, sondern an der Spitze der Entwickelung zu stehen, welche durch die Geschichte bedingt und für das ganze Land eine unabweisbare Nothwendigkeit ist. So wenig als bisher wird es den Club kümmern, daß er der Gegenstand des steten Hasses der Reaction ist. Es ist bereits mehr als ein Attentat auf ihn beabsichtigt und selbst versucht worden, aber die Macht des Geistes hat sich selbst bei diesen erkauften Werkzeugen der elenden feigen Intrigue so wirksam gezeigt, daß sie auch im Beginn wieder von ihrem Unternehmen abgestanden sind. Das beabsichtigte Club-Blatt hat, als es im vorigen Monat begonnen wurde, nicht sogleich fortgesetzt werden können, da die Post sich weigerte, es seines zwangslosen Erscheinens wegen anderen Blättern gleich zu vertreiben, und der Club damals nicht die Mittel besaß, es allein zum Nutzen der Mitglieder herauszugeben. Wir haben jedoch jetzt die Einrichtung getroffen, daß wir die nöthigsten Mittheilungen als Extrablatt dem „Demokraten" beigeben werden, um dadurch eine möglichst rasche Verbreitung in den Provinzen zu erzielen. — Wir theilen jetzt, was zunächst erforderlich, die Statuten des Clubs mit. E. Meyen.

Statuten des demokratischen Clubs. § 1. Zweck des Clubs ist die Verbreitung des demokratischen Prinzips. — § 2. Die Aufnahme geschieht auf Vorschlag zweier Mitglieder, wofern sich nicht 10 Stimmen gegen den Aufnehmenden erheben. — § 3. Zur Ausschließung bedarf es des Antrages von 10 Mitgliedern. Nach vorhergegangener Debatte entscheidet die Majorität. Der Auszuschließende muß von dem Antrag benachrichtigt und zu seiner Vertheidigung eingeladen sein. — § 4. Die Sitzungen des Clubs sind in der Regel öffentlich. — § 5. Die Mitglieder zeichnen monatlich einen freiwilligen Beitrag. Außerordentliche Sammlungen können in jeder Sitzung stattfinden. — § 6. Für jeden Monat erwählt die Versammlung durch Stimmzettel 1 Präsidenten und 2 Vicepräsidenten nach absoluter Majorität. Die Präsidenten schlagen der Versammlung ein Directorium von 12 Mitgliedern vor, über welches im Ganzen abgestimmt wird. — § 7. Alle Anträge müssen schriftlich vor der Sitzung beim Präsidenten eingereicht werden. So weit es möglich ist, wird am Schluß jeder Sitzung die Tagesordnung für die folgende angezeigt. Amendements werden ebenfalls schriftlich formulirt. — § 8. Die Anträge bedürfen, ehe sie zur Debatte kommen, der Unterstützung von 10 Mitgliedern und werden einer Commission zur Vorberathung überwiesen. — § 9. Das Directorium ist ermächtigt, Verbindungen jeder Art mit auswärtigen demokratischen Vereinen einzuleiten.

Andere Clubs von vorwaltend demokratischer Tendenz waren, um diese Zeit, in dem „Volksclub" und dem „Verein für Volksrechte" entstanden. (Vgl. S. 366 ff.) Von einer Sitzung des ersteren, die am 12. in der Friedrichsstädtischen Halle stattfand, erwähnt ein kurzer Zeitungsbericht, daß ihre Tagesordnung die Frage über „Abschaffung der Todesstrafe" betraf. Hr. Volkmar habe sich für die Abschaffung ausgesprochen; der als Gast anwesende Pastor Uhlich ebenfalls; von den HH. Münsterberg, Ascherson und Braun sei dagegen die Beibehaltung der Todesstrafe für gewisse Fälle vertheidigt worden. Die Abstimmung habe jedoch eine überwiegende Majorität gegen die Beibehaltung ergeben; worauf eine Petition an die National-Versammlung beschlossen worden. Ausführlichere Mittheilungen wurden über die Verhandlungen des Vereins für Volksrechte gebracht. „Vielfach ist der Wunsch ausgesprochen worden, einen Verein zu bilden, in dem eine wie die Grundlagen der Freiheit sichernde, so von dem gesammten Volksbewußtsein getragene Politik ihren Ausdruck fände." So die HH. Dr. J. C. Glaser und Landbaumeister C. W. Hoffmann in einer am 17. veröffentlichten Bekanntmachung, die zugleich alle Diejenigen welche jenen Wunsch theilen zu einer vorläufigen Besprechung auf den 19. (im englischen Hause) einladet. Zu dieser Besprechung hatten sich etwa 40 Personen eingefunden, denen Hr. Glaser den Plan zur Gründung des neuen Vereins vorlegte. Derselbe müsse eine „rein demokratische" Grundlage haben, und sich zur Hauptaufgabe stellen, „auf's Kräftigste, wenn gleich in gesetzlicher Weise und ohne Ausbeutung der Leidenschaft die Volksrechte zu wahren;" keiner der bis jetzt bestehenden Vereine entspreche diesem Zwecke ganz, weshalb, zumal mit Rücksicht auf die in neuerer Zeit so vielfach kund gewordenen reactionären Bestrebungen die Gründung des neuen Vereins nothwendig erscheine. An der Debatte, die sich hierauf entspann, betheiligten sich die HH. Herzfeld, Hoffmann, Dehnicke, Naphthali, v. Eberstein, Pietsch, Wache, Stephani, Assessor Wolff, Leidersdorf. Der Plan des Letztgenannten, einen „Humanitäts-Verein" und in Verbindung mit demselben ein Blatt unter dem Titel: „Gerechtigkeitsbote" zu gründen, wurde mit „großer Entschiedenheit" zurückgewiesen. Dagegen erklärte sich die Gesellschaft mit Hrn. Pietsch dahin einverstanden, daß man sich keine bestimmte Schranke ziehen möge, über welche hinaus man nicht gehen wolle. Der menschliche Geist lasse seiner Bahn keine Dämme vorschreiben; diese werde er stets durchbrechen und man beuge einer Ueberschwemmung am Besten vor, wenn man die Strommündungen erweitere und vertiefe. In Zeiten gewaltiger politischer Gährung sei es Pflicht, der Volksmeinung Gelegenheit zu verschaffen, sich frei zu äußern. Man könne daher nicht genug politische Vereine bilden. Nach vielseitiger Discussion über die Benennung des Vereins, constituirte sich die Gesellschaft als „Verein für Volksrechte." Zum Vorsitzenden wurde Dr. Glaser, zu dessen Stellvertreter Baumeister Hoffmann, und die HH. Assessor Wolff, Architekt Pietsch, Assessor Herzfeld, Student Dehnicke

und Zimmermeister Thiel zu Comité-Mitgliedern erwählt. — Die nächste Sitzung fand am 20. statt. Die Zeit.-H. giebt folgenden Bericht:

. Hr. Glaser verliest das Programm, mit dessen Abfassung er vom Comité beauftragt war. Von allen Seiten erfolgen Zeichen der Zustimmung. Man vereinigt sich über die dringlichsten Ordnungsfragen und schreitet hiernächst zur Tagesordnung: „Die Politik des Ministeriums Camphausen.“ Hr. Glaser: Die vorliegende Frage sei von großer Wichtigkeit; die Discussion derselben würde besonders geeignet sein, die Tendenz des Vereines darzulegen. Das Ministerium Camphausen sei nicht eine Folge der Revolution, eben so wenig die Frucht der Revolution, sondern ein Nothbehelf, hervorgegangen aus dem vorigen Landtage. Es gründe sich nicht in dem Volkswillen, daher sei sein Conflict mit der öffentlichen Meinung zu erklären. Deswegen habe es bis jetzt eine kleinliche Politik gezeigt, niemals frei und offen gehandelt und der Macht des Volkswillens zwar einige Zugeständnisse gemacht, jedoch ohne Entschiedenheit und ohne dem Volkswillen zu genügen, weil die Zugeständnisse zum Theil nur halbe gewesen, zum Theil zu spät gekommen seien. Der Redner motivirt seine Ansicht, indem er auf die einzelnen Akte des Ministerii übergeht und sein Verhalten gleich nach der Erklärung Preußens, daß es sich an die Spitze Deutschland's stellen wolle, die Politik in Betreff Dänemarks, Polens und endlich Deutschland kritisirt. In letzterer Beziehung hebt er hervor die anfänglich durch den Landtag erfolgte Wahl der Abgeordneten nach Frankfurt, die Votirung der 40 Millionen durch den Landtag und die neueste Maßregel des Ministeriums, in Betreff des Prinzen von Preußen, welche dasselbe vollends um alles Vertrauen gebracht habe. Hierdurch namentlich und durch die Beibehaltung der früheren Beamten in den Ministerien habe es bekundet, daß es seine Zeit nicht begreife und daß es, wenn man es nicht geradehin die Reaction beschuldigen wolle, zu schwach sei, um der Hofpartei, welche immer mächtiger hervortrete, kräftigen Widerstand zu leisten. Der Redner spricht, sich schließlich dahin aus, der Verein möge durch die Presse erklären, daß das Ministerium nicht mehr von der Volksmeinung getragen werde. — Hr. Schulz: Die Freiheit datire nicht vom 18. und 19. März, sondern von früher. Das Ministerium habe das Vertrauen des Volkes gehabt, aber um die Gunst der Parteien gebuhlt und darum das Vertrauen verloren. Hr. Pietsch: Das Ministerium habe seinen revolutionären Ursprung stets geleugnet. Es sei auch inconsequent gewesen. Es habe dem Militair das freie Associationsrecht verkümmern wollen, um ihm zu zeigen, daß es eine besondere Klasse im Volke sei Hr. Herzfeld: Eine gleiche politische Berechtigung jedes Einzelnen im Volk sei überhaupt niemals vom Ministerium anerkannt worden. Dies ersehe man aus anscheinend unbedeutenden Thatsachen. Es hätte z. B. wenn nun einmal Orden vertheilt werden sollten, nicht zugeben dürfen, daß ein Caplan einen rothen Adlerorden, ein Küster oder Schullehrer aber gleichzeitig das allgemeine Ehrenzeichen erhalte. Hr. Levy sucht das Ministerium gegen einzelne Angriffe zu vertheidigen, nennt aber die Zurückberufung des Prinzen von Preußen eine empörende Maßregel. Hr. Dehnicke: Es sei Preußens Aufgabe gewesen, an die Spitze Deutschlands zu treten; daß dies nicht geschehen, daran sei das Ministerium schuld. Hr. Streckfuß beschuldigt das Ministerium der Reaction. Die jetzigen Minister seien 1847 freisinnig gewesen, im Jahre 1848 aber hinter der Idee der Freiheit zurückgeblieben. Er geht auf die einzelnen Akte des Ministeriums näher ein und stellt schließlich den Antrag: an die Nationalversammlung eine Adresse zu senden, worin der Verein seine Meinung über die Politik des Ministeriums ausspreche. Hr. Leubuscher hält eine solche Adresse für unnöthig, weil das Ministerium ohnedies unmöglich sei. Die übrigen Redner: die HH. Dr. Parow, Stein, Dr. Retslag, Weiß, Janson, Stephany, Franke sprechen theils für, theils gegen den Antrag. Endlich wird derselbe mit einer durch Hrn. Stein veranlaßten Modification angenommen, — einstimmig: daß eine Adresse an die National-Versammlung erlassen werde; mit großer Majorität: daß der Verein in dieser Adresse das Ministerium reactionärer Tendenzen beschuldige und deshalb nicht mehr zeitgemäß sei. Es wird zu diesem Zweck eine Commission gewählt, bestehend aus den Herren Streckfuß, Dehnicke, Pietsch, Glaser und Dr. Parow. Hierauf eröffnet sich die Discussion über eine von Hrn. Pietsch inzwischen zur Sprache gebrachte, an der Börse circulirende Petition des Inhalts: daß das Ministerium während der Dauer der Nationalversammlung jede Volksversammlung verbiete. Es wird der Antrag gestellt: hiergegen zu protestiren. Hr. Schasler will eine solche Protestation aus einer zu berufenden Volksversammlung hervorgehen lassen, weil es sonst so aussähe, als wolle man das Volk bevormunden. Die HH. Parow, Weiß, Maaß, Hoffmann, Dehnicke, Stein, Richter, Francke und Herzfeld sprechen über denselben Gegenstand. Die Einen wollen den Protest an das Ministerium, die Anderen

an die Nationalversammlung erlassen. Es wird beschlossen, an das erstere einen Protest zu erlassen, des Inhalts: „daß durch das Verbot der Volksversammlungen während der Nationalversammlung die Rechte des Volkes angetastet werden würden, und daß sich der Verein im Voraus hiergegen verwahren müsse." Es wird eine Commission zum Entwurf des Protestes ernannt, bestehend aus den Herren Hoffmann, Pietsch, Herzfeld, Stephany und Stein. — (Der Verein zählt am Schluß der Sitzung 140 Mitglieder.)

Das Programm des Vereins wurde in folgender Fassung veröffentlicht:

Der Zweck des Vereins ist, die Rechte des Volkes in politischer und socialer Hinsicht allseitig zur Anerkennung zu bringen und die ganze und volle Freiheit für Alle zu erstreben. Gleicherweise sich fern haltend von der Ausbeutung der Leidenschaft, wie von dem auf der Oberfläche schwimmenden Phrasenconstitutionalismus wird er einer Politik das Wort reden, welche, von dem Volksbewußtsein getragen, in der edlen Begeisterung und dem gesunden und festen Sinn der Nation ihren Haltepunkt findet. Er wird durch seine Verhandlungen für diese Politik den Ausdruck zu gewinnen und den Grundsätzen derselben dann in weiteren Kreisen Anerkennung zu verschaffen suchen. Je mächtiger die zeitweilig zurückgedrängte Reaction ihr Haupt wieder zu erheben beginnt und durch ihre Thätigkeit die entgegengesetzten anarchischen Bestrebungen anspornt, um so nothwendiger wird es, daß alle Diejenigen sich zusammenschaaren, welche die Freiheit zur That zu machen den Willen haben, um mit Ernst und Entschiedenheit die Rechte derselben nach beiden Seiten hin zu vertheidigen. Für sie will der Verein ein Mittelpunkt werden, und aus allen Kreisen der Gesellschaft diejenigen mit sich vereinigen, welche demselben Ziele zustreben. Die innere und äußere Politik unseres Vaterlandes machen es für Jedermann zur Pflicht, nicht thatlos zuzusehen, sondern kräftig an der Entwickelung des Volkes Theil zu nehmen. Ein bestimmtes sogenanntes politisches Glaubensbekenntniß glaubt der Verein um so weniger aufstellen zu dürfen, als er dadurch seinen Verhandlungen vorgreifen und das, was erst ein Resultat der gemeinsamen Besprechung sein kann, schon als eine ausgemachte Thatsache hinstellen würde. In eine solche Sackgasse kann der Verein sich nicht verrennen wollen. Das Bewußtsein des Volkes ist eine lebendige Kraft. Der Verein hat kein anderes Ziel, als für dieses Bewußtsein den klaren und vollständigen Ausdruck zu gewinnen. Nicht stillestehend innerhalb selbstgesteckter Gränzen, sondern fortschreitend mit der sich entwickelnden Freiheit, wird er nur denjenigen Institutionen und Gesetzen das Wort reden, welche er als die Bedingungen und Normen der fortschreitend sich entwickelnden Freiheit des ganzen Volkes erkennt. So glaubt der Verein praktisch, so glaubt er durch die That zu wirken und darum hat er sich „Verein für Volksrechte" genannt. — Berlin, den 19. Mai 1848. — Dr. J. E. Glaser. Pietsch. Dehnicke. Kammergerichts-Assessor Herzfeld. W. Thiel.

In den Tagen des 19. 20. und 21. wurden, außer den erwähnten, Versammlungen abgehalten vom Bürgerwehrclub, vom Centralcomité für Arbeiter, vom Handwerkerverein, Volksverein und von den Landwehrmännern. — Der Bürgerwehrclub nahm, in seiner Sitzung am 19., zuerst eine Adresse seines Vorstandes an den General v. Aschoff an, welcher darin ersucht wurde, die Majore und Hauptleute darauf aufmerksam zu machen, daß die Sitzungen des Clubs jetzt regelmäßig jeden Dienstag und Freitag Abend stattfänden, und die Verfügung zu treffen, daß die Compagnieführer die Exercitien ihrer Mannschaften nicht auf jene beiden Tage ansetze. Die nur schwach besuchte Versammlung entschied sich hierauf, bei Gelegenheit der Discussion des Statuten-Entwurfs einstimmig für die Uniformirung der Bürgerwehr und ging dann zur Berathung der Frage über den Gebrauch der scharfen Waffe über. — Die Arbeiter-Deputations-Versammlung (Centralcomité für Arbeiter) beschäftigte sich, am 20., mit den vom Magistrate den einzelnen Gewerken eben mitgetheilten Entwurf zu einem „Gesellen-Reglement", über den

sich die Ansicht der meisten Redner dahin aussprach, daß er „nur ein unglücklicher Versuch zur Erhaltung der bestehenden schlechten Zustände" sei.*) Die Einladung eines „Abgeordneten" aus Hamburg, des Hrn. Martens, zur Theilnahme des Vereins an einem in Hamburg vom 2. Juni an abzuhaltenden „Congresses der Arbeiter norddeutscher Städte" wurde zwar vorläufig noch nicht angenommen, die Versammlung beschloß jedoch, mit Hamburg in Verbindung zu treten. — Der Handwerkerverein (in der Johannisstraße) berieth in einer von etwa 600 Personen besuchten Versammlung am 20., unter Leitung des Dr. Ed. Schmidt, die Frage: „Ist eine gesetzliche Beschränkung der Lehrlinge nothwendig oder zweckmäßig?" Die „allgemeinste Zustimmung" erhielt hierauf ein Antrag, der mit Bezug auf eine von Landwehrmännern veröffentlichte Erklärung, in welcher die Märzkämpfer beschimpft worden, dahin gerichtet war, daß der Vorstand im Namen des Vereins eine Gegenerklärung erlasse. Am 21. Mai hielt der Vorstand eine Versammlung. In dieser wurde be-

*) Ueber diesen Entwurf und die oben erwähnte Discussion macht eine als „Extrablatt" am 25. ausgegebene Probenummer der Zeitschrift: „Das Volk. Organ des Central-Comité's für Arbeiter. Herausgegeben vom Schriftsetzer Born", folgende Bemerkungen: „Es dürfte dem Magistrat schwerlich gelingen, den § 16 durchzusetzen, nach welchem jede Uebereinkunft zwischen Meistern und Arbeitern erst durch die Bestätigung des von ihm bestellten Gewerksassessors Gültigkeit haben soll. Wenn dieser sie verweigert, so soll eine Appellation an den Magistrat möglich sein. Der Magistrat fürchtet, daß zwischen Arbeitern und Meistern Beschlüsse gefaßt werden könnten, die den bestehenden Gesetzen widersprechen. Und wenn dies geschähe, glaubt denn der Magistrat, daß er dazu da sei, die Gewerke zu bevormunden, die gewiß wohl dasselbe Recht, wie jeder einzelne Bürger des Staates haben, nämlich Verträge zu schließen ohne irgend eine vorherige Begutachtung. Nachdem wir die Präventiv-Maßregel der Censur abgeschafft, soll es uns auch nicht schwer werden, uns der Bevormundung eines Magistrats zu entwinden, der bis jetzt das traurige Verdienst hatte, seiner Zeit stets nachzuhinken, der sich nie die Gunst und das Vertrauen des Volkes hat erwerben können. Wenn die Gewerke ungesetzliche Verträge geschlossen, Verträge, die Andere beeinträchtigen, so kann der Magistrat, wenn er sonst will, sie vor ihrem ordentlichen Richter verklagen, der dann entscheiden mag zwischen den streitenden Parteien; vorher aber lasse man uns zufrieden mit einer Hoheit, die eine mittelalterliche, die aber schon längst untergegangen ist in dem Bewußtsein des mündigen Volkes. . . Der § 25, in dem das Tabackrauchen in den Werkstätten, auf den Arbeitsplätzen u. s. w. verboten werden soll, rief in der Sitzung vom 20. eine allgemeine Heiterkeit hervor. Das Volk fühlt sich sicher gegenüber dergleichen Beschränkungsversuchen, deshalb lacht es aus vollem Herzen. In § 26 wird das Zuspätkommen zur Arbeit mit Gefängnißstrafe bedroht. Das ist ja ganz und gar fürchterlich. Ueberhaupt füllen die Strafen einen großen Theil des Gesetzentwurfes aus. Hier 14 Tage, 8 Tage, dort 1 Tag Gefängniß; hier 20 Thlr., dort 5 Thlr. Strafe. Gott sei Dank, daß die Prügelstrafe abgeschaft ist, sonst hätten die Prügel wohl auch eine Rolle gespielt in diesem merkwürdigen Codex. Einen Hauptabschnitt des Entwurfs bilden die Paragraphen für die Verwaltung der Krankenkassen. Auch hier hat sich der Magistrat wohl eine verlorne Mühe gegeben. Es ist Pflicht des Staates, und wir werden auf Anerkennung derselben bei der constituirenden Versammlung antragen, die Sorge für die kranken und die invaliden Arbeiter, so wie für die Erziehung der Jugend zu übernehmen. Jedenfalls ist es dem Arbeiter unmöglich, bei seinem geringen Verdienst noch einen Beitrag zu Unterstützungskassen zu geben. Stellt die Arbeiter besser, gebt ihnen einen höhern Lohn, verschafft dem kleinen Meister unverzinsliche Darlehen, wohlfeiles Rohmaterial u. s. w., schafft gesündere Wohnungen, im Ganzen setzt einen Damm wenigstens gegen die tausend Zufälligkeiten, die den Arbeiter ins Elend führen, und denen ihr ihn überlassen habt, so wird auch die Zahl der Kranken und Unterstützungsbedürftigen sich vermindern."

schlossen: 1) das Stiftungsfest des Vereins wird auf den 17. Juni festgesetzt; dazu werden Abgeordnete aller Handwerker-Vereine Deutschlands feierlichst eingeladen, damit sie 2) sich in Berlin zu einem Congreß vereinigen, welcher über allgemeine Grundsätze des Vereinslebens sich verständige. 3) Ein dauernder Ausschuß des Vereins werde eingesetzt, welcher die Bildung und Entwickelung von Handwerker-Vereinen in ganz Deutschland anzuregen und zu befördern habe. Eine Commission wird beauftragt, die Grundsätze für diese Einrichtung dem Vorstande vorzulegen. 4) Die Gegenerklärung wider das Manifest der Landwehrmänner vom 18., ist vom Vorstande, aber erst nach Zustimmung sämmtlicher Vereinsmitglieder zu erlassen; mit der Abfassung wird Dr. Ed. Schmidt beauftragt. Der Magistrat und alle Gewerke Berlins sollen zum Beitritt aufgefordert werden. Diese Vorstandssitzung wurde durch den vorher erwähnten Abgeordneten aus Hamburg unterbrochen, welcher als Mitglied des hamburger Bildungsvereins für Arbeiter beauftragt war, dem Verein eine deutsche Fahne, eine Geldsumme von 16 Thalern und drei Adressen zu überbringen. Eine dieser Adressen, von Georg Schirges, im Auftrag des Bildungs Vereins für Arbeiter in Hamburg am 18. Mai erlassen, enthält in Bezug auf die Fahne folgende Stelle: „Eine kleine Schaar von Frauen und Jungfrauen, die für die heilige Sache des Volkes das wärmste Interesse fühlen, fanden die Anregung zu dieser einfachen Gabe in dem was Ihr Großes vollbringen halfet, und theilweise in Eurer Mitte selbst nach der großen Nacht vom 18. zum 19. März. Ihr werdet diese Fahne tragen, vielleicht in neuer verhängnißvoller Stunde; möge Euch dann dies Banner erinnern, daß auch in der Ferne mit Euch Herzen für die Gleichheit, die Freiheit und die Brüderlichkeit schlagen, möge es Euch zu neuen Siegen führen gegen die Feinde der Menschheit und des Volkes, die es Euren starken Händen nie entreißen werden.“ Eine andere „Adresse der Männer“, unterzeichnet: Fischel, Meiners, Guel und zahlreiche andere Unterschriften, war bereits am 26. März erlassen: „Wahret“, heißt es darin, „was Ihr errungen, die Freiheit, den Fortschritt. Deutschland blickt auf Euch, es hofft, es erwartet von den Barricadenmännern Berlins, daß sie mit aller Kraft die große Arbeit des Jahrhunderts, die radicale Befreiung der Menschen, zu lösen sich bestreben werden.“ Die dritte Adresse (v. 12. Mai), unterzeichnet von den Frauen und Jungfrauen: Louise Schirges, Marie Reckahn, Jenny Bossard, Johanna Wilhelmsen, Sophie Uler, begleitet das Geschenk derselben, die Fahne, welche gesandt werde „als Zeichen der Achtung vor Männern des deutschen Volks, vor Arbeitern, die zwar ihr Leben wagen, wenn es gilt, ihre heiligsten Rechte zu schützen, die aber auch das Eigenthum und die Rechte Anderer so edelmüthig zu wahren wußten.“ — Der Vorstand bereitete alsbald ein Antwortschreiben auf „diese rührenden Ausdrücke der Freundschaft“ vor. Nachmittags überreichte Hr. Martens die drei Schreiben auch der Versammlung im Vereinsgarten; Dr. Rieß, als „Leiter des Ver-

gnügens", hielt darauf eine „ergreifende Ansprache an die anwesenden Frauen und Jungfrauen." — Der Bericht, dem diese Mittheilungen entnommen („Deutsche Arbeiter-Zeitung", Nr. 14) schließt mit dem Ausrufe: „Nein! Die gute Sache der Menschheit kann in Deutschland bei so erstarkter Gesinnung des Handwerkerstandes fortan nicht mehr unterliegen."

Der Volksverein hielt, am 21., seine gewöhnliche Sonntags-Versammlung, vor den Zelten. In der vorangegangenen Mittwochs-Versammlung, am 17., hatte eine Discussion über die polnische Frage große Aufregung verursacht, als äußere Störungen die Verhandlungen in derselben Art unterbrachen, wie Abends vorher der politische Club gestört worden war. Die Verhandlungen am 21. wurden durch eine Mittheilung über diese Störungen eingeleitet.

Es habe — berichtet der Präsident, Hr. Schasler — eine förmliche Subsciptionsliste zur Sammlung von Beiträgen für systematische Bestechung der Arbeiter circulirt, welche die Versammlungen durch Streit und Zank zersprengen sollten. Der Polizeipräsident v. Minutoli habe ihm (dem Redner), selbst zugestanden, zwei Herren namentlich zu kennen, von denen jeder 50 Thaler zu diesem ehrenwerthen Zwecke zugeschossen hätten. Nach einer kurzen Anrede an die sich etwa in der Versammlung befindenden Bestochenen, worin er ihnen das Erbärmliche eines solchen Verfahrens vorhielt, ging der Vorsitzende zur Tagesordnung über. Es lagen zwei Anträge vor: 1. Eine Adresse an die Nationalversammlung zu richten, in der die Ueberzeugung ausgesprochen werde, die Nationalversammlung werde Petitionen, die dahin gingen, ein Verbot der Volksversammlungen im Umkreise von einer Meile um Berlin während der Dauer ihrer Sizzungen auszusprechen, unberücksichtigt lassen und überhaupt auf jede Weise das Volk in seinen Rechten zu schützen wissen. 2. Eine Petition an die Nationalversammlung zu richten, die Nationalversammlung möge aus folgenden Gründen a. wegen seiner verfehlten Politik in der Reorganisation Posens, b. wegen der eigenmächtigen und unzeitigen Zurückberufung des Prinzen von Preußen, ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Camphausen aussprechen. — Ueber den ersten Antrag sprachen die Herren Korn, Schasler, Lutter, Brandes. — Der Antragsteller, Schasler, bemerkt, es sei jenes Circular um Unterschriften für die Petition gegen die Versammlungen von einem Herrn Eschwe in Umlauf gesetzt worden; und von manchen Seiten sei dagegen eine andere Petition, von einigen Wenigen sogar schon ein Protest gegen dieselbe an die Nationalversammlung in Vorschlag gebracht worden. Dies sei unpraktisch. Man könne gegen nichts protestiren, was noch gar nicht vorhanden sei. Die Nationalversammlung habe noch gar nicht ein solches Verbot ausgesprochen, sie sei noch gar nicht zusammengetreten, folglich könne man auch noch nicht dagegen protestiren. Ebenso verhielte es sich mit der Petition. Man petitionire nur um Etwas, was man haben wolle. Wir haben aber die Volksversammlungen noch, also brauche man nicht darum zu petitioniren. Anders sei die Sache mit einer Adresse in der angegebenen Weise. — Wir könnten sagen, daß wir in die Nationalversammlung das Vertrauen setzten, sie werde derartigen reactionären Versuchen Widerstand leisten. — Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen, und eine Commission, bestehend aus den Herren Korn, Schasler, Karbe, Siegerist, Kohnheim und Löwinson gewählt, um die Adresse abzufassen und abzusenden. Dieselbe Commission wurde mit der Abfassung der Petition, welche im zweiten Antrage bezweckt wurde, beauftragt. Es sprachen hierfür die Herren Schasler, Korn, Löwinson und Born, welcher letztere noch einen dritten Grund für das Mißtrauensvotum hinzu wünschte, nämlich den, daß das Ministerium bis jetzt für die Arbeiterverhältnisse gar nichts gethan habe. — Gegen das Ende der Verhandlungen erschien Hr. Jung, und erklärte, daß ihn nicht der ihm von einigen Seiten schuld gegebene Wechsel seiner Gesinnungen, sondern lediglich die zu seiner Deputirtenschaft nöthigen Vorbereitungen verhindert hätten, an den letzten Versammlungen theilzunehmen. Er werde alle Zeit, die ihm von seiner Mission übrig bleibe, den Volksversammlungen widmen. — Schließlich theilte Schasler mit, daß von vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen sei, Herrn Held eine Deputation zu senden, die ihn zur neuen Theilnahme an den Volksver-

sammlungen auffordern solle. Die Versammlung stimmte bei und Hr. Schasler übernahm es Hrn. Held den Wunsch der Versammlung mitzutheilen und sein Wiedererscheinen zu veranlassen.

Durch Eckenanschläge, vom 18., war eine Versammlung sämmtlicher „gutgesinnten" Landwehrmänner auf Sonntag, den 21., Nachmittags 5 Uhr, einberufen worden. Der Einladung ging ein Manifest voran, welches die Ueberschrift trug: „An die Landwehr sowohl I. wie II. Aufgebots hier" und die Unterschrift: „Im Namen unserer braven Kameraden, welche eben so denken wie wir unten Benannten. Steingräber . ." (folgen 14 andere unbekannte Namen und die allgemeine Angabe: „folgen mehrere hundert Unterschriften.") Dieses Manifest war es, dessen Inhalt, wie oben erwähnt, die Entrüstung des Handwerkervereins und den Beschluß einer Gegenerklärung hervorgerufen hatte — es bildet einen Musterausdruck des „reactionären" Sinnes, auf welchen die demokratischen Clubredner und Schriftstücke bei der oft wiederkehrenden Phrase von einer „das Haupt täglich stärker erhebenden Reaction" deuteten. Hier der Wortlaut jenes Aufrufs:

Liebe Kameraden, es hat sich in neuester Zeit ein gewisser August Braß die Freiheit bedient, uns Landwehrmänner zu Versammlungen aufzufordern, mehrere von uns sind diesem Rufe gefolgt, in der Meinung, er wäre dazu autorisirt, welches aber weder von uns, noch von irgend einem unserer Herren Commandeure geschehen. Was dieser rc. Braß bis jetzt unternommen, ist nur in der Absicht, seinem Ehrgeiz zu genügen, geschehen, wozu wir leider die Hand bieten sollen, indem er uns mit der Anrede „Kameraden", glaubt zu schmeicheln, aber gleich das erste Wort hinterher ist, „ich Euer Präsident, ich Euer Führer" das zweite; nun glaubt dieser ehrgeizige Herr, wir Landwehrmänner sollen ihn zu unserm Führer ausrufen. Einige von uns, Gott Lob aber nur einige, sind durch die schmeichelhaften Reden, welche er fortwährend führt, geblendet, und diese einige, diese geringe Zahl von uns ahndet nicht, wie dieser rc. Braß mit der Ehre eines jeden braven Landwehrmanns Spott treibt, indem er sagt, warum man uns Landwehrmännern, die wir auf den Barricaden gefochten, nicht Waffen giebt, und uns den Dienst mitverrichten läßt? wir Unterzeichnete fragen nun, (wenn wirklich einer oder der andere durch mißverstandene Verhältnisse, oder durch Zufall sich bei den Barricaden betheiligt hat,) ob einer unserer lieben Kameraden, jetzt, wo sich so manches aufgeklärt hat, noch auf die Ehre, auf den Barricaden gefochten zu haben, Ansprüche macht; wir sind fest überzeugt, dies können nur sehr wenige sein, und wir glauben fest auf die Ehre unserer übrigen Kameraden bauen zu dürfen; wir wollen dem Herrn Braß die Ehre, ein Barricaden-Held zu sein, gern überlassen, aber unser Führer, unser Präsident kann und darf er nicht sein, wenn wir nicht den schönen unsterblichen Ruhm der Landwehr, welchen unsere Väter vor einigen dreißig Jahren auf dem Schlachtfelde mit ihrem Blut erworben haben, mit Füßen getreten sehen wollen, wir können uns diesen Ruhm, jetzt in dieser zügellosen Zeit, wo alles Recht und Gesetz, und wo jede Ordnung mit Füßen getreten wird, nur dadurch bewahren, wenn wir uns stets unsers Eides eingedenk bleiben und nicht dem ersten besten Abentheurer, welche nur mit unserer Ehre Spott treiben und welche gern unsere Kräfte zu ihren geheimen Zwecken und dunklen Umtrieben benutzen wollen, und welche, wenn wir ihren jesuitischen Reden Gehör leihen, nur stets bemüht sein, uns allerhand Ungeheuer, lauter offene Rachen, wo wir von unsern Vorgesetzten hinein geführt werden sollen, vorzumalen, wenn wir diesen Leuten ihren Aufrufen gar im geringsten keine Folge leisten und sie mit Verachtung strafen, so können wir uns für jetzt nur unsere Ehre bewahren, und wir von unseren Vorgesetzten zur Versammlung aufgefordert, daß wir augenblicklich Folge leisten, und wenn das Vaterland ruft, dann sagen „Alle für Einen und Einer für Alle", so können wir uns nur als ehrenhafte Landwehrmänner zeigen und wir werden uns als solche bewähren und wir können uns dann frohen Muthes rufen: Mit Gott, für König und Vaterland! und so ist es auch unser entschiedener Wunsch und Wille, daß unser geliebter Prinz von Preußen recht bald zurückkehre, und wir werden jeden Augenblick bereit sein, Gut und Blut für denselben einzusetzen und rufen dann freudig: Es lebe der König, es lebe der Prinz von

Preußen, es lebe unser geliebtes Vaterland! — Zum Schluß verbitten wir uns jede Erwiderung von diesen Clubherren, und daß dergleichen Clubs, durch welche schon so viel Unheil, so viel Unruhe entstanden, ein Ende nehmen sollen, ist unser entschiedener Wille, und daß wir unsern Willen durchsetzen werden und durchsetzen wollen, mögen diese Herren wahrlich glauben, es unterstehe sich also keiner dieser Herren, uns das Volk zu Versammlungen zu berufen, aber am allerwenigsten sich an die Landwehr zu versündigen, dieselbe ihrer Pflicht und ihres Eides untreu zu machen, sonst möchten sie nicht alle so leichten Kauf's davon kommen, wie Herr Braß am 16. d. am Prenzlauer Thor im Exercierhause, und wir werden dann strenge Rechenschaft von den uns zur Schande gerühmten Barricaden fordern, dies unser fester Wille. Dies zur Beruhigung sämmtlicher gutgesinnter, pflichtgetreuer Landwehrmänner.

Die Versammlung, welche zu der bestimmten Zeit an dem Posthofe (in der Oranienburger-Straße) stattfand, zählte — nach der Voss. Z. — gegen 2000 Theilnehmer. Das Thema der Erörterungen bildete die Frage: „ob die berliner Landwehr auf den Vorschlag eingehen wolle, den einige Kameraden in den Versammlungen vor dem Prenzlauerthor gemacht, die Gestellung zum Dienste bei der Einberufung von gewissen Bedingungen abhängen zu lassen?" Der erwähnte Bericht meldet, daß, nachdem mehrere Redner diese Frage erörtert, die Antwort gelautet habe: „Nein! Die berliner Landwehr wird sich ihrer alten Treue und Ehre würdig zeigen; sie wird kommen, wenn sie gerufen wird, sie wird gehorchen, sie wird ganz und ohne allen Rückhalt ihre ehrliche Soldatenpflicht thun." Unter lautem Zuruf für den König und den Prinzen von Preußen habe sich darauf die mit musterhafter Ruhe und Ordnung geleitete Versammlung getrennt und die nächste Zusammenkunft auf den 24. festgesetzt. — Auf die in dem Landwehr-Manifeste enthaltenen „Schmähungen" gab Hr. Braß, eine kurze Erwiderung: (21. M.) „an die Landwehrmänner Berlins:" Was unsere gute Sache anbetrifft, heißt es darin, so soll dieselbe in einer kleinen Flugschrift, die in diesen Tagen erscheinen wird, hinlänglich vertheidigt erscheinen. „Es wird dann Niemand sein, der unsere Bestrebungen kennt und dann noch sagen kann, wir hätten nicht so gehandelt, wie es uns als braven Soldaten, als wackeren Bürgern geziemt." Den gegen ihn persönlichen gerichteten Angriffen begegnet Hr. Braß mit dem Ausrufe: „Schmähungen treffen nur die, welche sie ausstoßen; nicht die, gegen welche sie gerichtet sind."

Unter der Devise der „gutgesinnten" Landwehrmänner: „Mit Gott für König und Vaterland" war in den letzten Tagen dieses Zeitraumes eine Anzahl Personen zu einem Vereine zusammengetreten, der — den demokratischen Parteien der triftigste Beleg für eine „ihr Haupt täglich stärker erhebende Reaction" — als seine Hauptaufgabe es bezeichnete, der „Anarchie", dem „republikanischen Unfug" mit „kräftiger Hand" entgegenzutreten und der von jedem seiner Mitglieder die Eigenschaft eines „wahren Preußen", eines „echten Patrioten" verlangte. Dieser Verein, der erste, der „für das Beste des theuern Vaterlandes, für unsere seit nahe 500 Jahren geliebte Dynastie der Hohenzollern" in die Schranken trat, führte den Namen: „Preußen-Verein für

constitutionelles Königthum." Den Zweck seiner Gründung sprach folgende „Einladung", datirt: Berlin, 17.—21. Mai, aus:

In welchem Zustande die Hauptstadt Berlin, sowie der ganze preußische Staat, sich seit dem 19. März d. J. befinden, ist uns Allen zu bekannt, wir Alle fühlen dies zu tief, als daß darüber weitläuftig auszulassen wir uns veranlaßt finden sollten. Wenn die Prinzipien, welche aus dieser Zeit hervorgingen und von unserm Könige zu den seinigen gemacht wurden, auch die unsrigen sind, und wir sie aufrecht erhalten müssen; wenn wir diese besonders in der zugesagten Religionsfreiheit, Preßfreiheit, Gewährleistung persönlicher Freiheit durch Reorganisation der Justiz-Verfassung, Selbstregierung in Staat und Gemeinden erblicken, wenn wir endlich hoffen, daß Deutschland sich in einen Staatenbund verwandele, welcher diese Grundsätze als Gemeingut annimmt, so dringt sich uns doch unwillkürlich die Frage auf, ob sich diese schönen Keime zur neuen Verfassung aus verfassungsmäßiger Saat entwickelten, ob mit der Waffe der Wahrheit für Wahrheit gekämpft wurde? Sie dringt sich uns deshalb um so lebhafter auf, weil wir in einen Zustand gesetzlicher Gesetzlosigkeit zu gerathen täglich mehr in Gefahr kommen. Wir begreifen aber auch, daß wir nicht Zeit haben über das Wie? und auf welchem Wege das Gewonnene erreicht wurde, zu klügeln, wohl aber es hohe Zeit ist, dasselbe zu wahren und vor jedem Mißbrauche zu sichern. Dem ächten Patrioten kann und darf es nur Bedürfniß sein, sein Vaterland und seinen Landesvater — ohne welchen letztern Preußen nicht als erster Staat Deutschlands bestehen kann, — so hoch zu stellen als möglich. Und nur dann, wenn die preußische Constitution als ein Bild der Kraft, Mäßigung und Vollendung andern Völkern zum Muster dienen wird, wenn auch hier wieder Preußen den Sieg und den Preis erringt! nur dann erst wollen wir mit freudigem Muthe jene Thränen trocknen, welche wir der Monarchie des großen Friedrich seit dem 19. März nachgeweint haben. Wodurch ist aber unsere preußische Nation groß geworden? Durch den Geist, der Volk und Fürst beseelte und verband, durch den Geist der uns die Kraft gab, uns in jeder Beziehung zu einer Nationalität emporzuschwingen, die einen Jeden auf den Namen eines Preußen stolz machen konnte! Das preußische Volk hat sich seit Jahrhunderten durch Treue und Rechtlichkeitssinn ausgezeichnet und durch diese Tugenden sich stark in sich und für Andere gemacht. Diese kurze Andeutungen mögen den ächten Patrioten genügen, wohin wir mit diesen Worten zielen. Nicht mit prunkenden Reden, die zu keinem Handeln führen, wollen wir hier auftreten, sondern mit dem ernsten Mahnen an Das, was Noth thut: „unsern alten preußischen patriotischen Sinn zu stärken und aufrecht zu erhalten, in Liebe und Kraft für das Beste des theuern Vaterlandes — für unsere seit nahe 500 Jahren geliebte Dynastie der Hohenzollern." Wir wollen Preußen sein und bleiben, wollen stark und einig an einander halten und uns nicht durch Trugbilder verleiten lassen, dasjenige leichtsinnig fortzuwerfen, was uns so lange ehrenwerth und heilig gewesen ist! Es ist Zeit, daß patriotische Preußen sich die kräftige Hand bieten, um Berlin mit seinen unzähligen achtbaren Bürgerfamilien, von dem immer näher rückenden Untergang, den Anarchie und Verarmung herbeiführen müssen, zu retten! uns entgegen zu stellen denjenigen, welche, zum Theil sogar aus berüchtigter Vergangenheit stammend, jetzt um jeden Preis eine Rolle spielen wollen, indem sie sich bemühen das Volk ohne Grund aufzuregen, ihm Mißtrauen gegen die Regierung und Haß gegen den Bürger immer tiefer einzuprägen, sich selbst aber in die Gunst desselben so zu setzen, daß sie es zu den Zwecken, welche sie wohlweislich nicht aussprechen, gebrauchen und mißbrauchen können. Sie sind die wahren Feinde des Vaterlandes, die wahren Freunde desselben aber müssen sie an ihrem Treiben erkennen, sie mit ernstem Muthe bekämpfen und schnell Hand an das Werk legen. Nicht dürfen preußische Patrioten länger zusehen, wie der republikanische Unfug uns zu bestricken droht, es ist Pflicht ihm offen und dreist entgegen zu treten, es ist Gewissenssache, sich gesellschaftlich zu verpflichten, ihn durch Gesinnung, Wort und That bekämpfen zu wollen. Denn nur dann erst, wenn solcher Sinn wieder die Oberhand durch den freien Ausspruch des wahren furchtlosen Wortes erhält, wird Ruhe, Ordnung und Vertrauen überall zurückkehren. Diese Elemente, welche von jener Partei niedriger unpatriotischer Absichten halber, geflissentlich zerstört werden, diese sind es grade, welche das Vaterland, wie die Hauptstadt Berlin wieder zu seiner alten Würde und Stärke erheben müssen. Es trete also, wer ein preußisches Herz und preußische Gesinnung im Busen trägt, dem in diesem Sinne von uns gestifteten Vereine bei. Durch wahrhaft patriotische Reden und Schriften, durch öffentliche Druckschriften und Anschläge, durch Handlungen des Vaterlandes würdiger Art, soll unser Verein sich besonders hervorthun, er soll uns bemüht sein lassen, den früher so kräftigen Baum ächter preußischer Nationalität zu pflegen und hegen, auf daß er neue

Blüthen und Früchte trage, — Früchte an denen das gemeinsame gute Werk für das Vaterland zu erkennen sein wird. Vaterland und König sollen nicht länger zweifeln an dem sich so oft — namentlich in den Zeiten der Noth und Bedrängniß — bewährten hochherzigen Rechtssinn der Berliner. Wer fühlt nicht mit blutendem Herzen, wie unser theures Vaterland heut fast mehr in Gefahr ist, als es in den Jahren 1806 und 1815 war, einer Gefahr, die mit jedem Tage, mit jeder Stunde wächst! Halten wir denn in dem vorgedachten Sinne und den sich daraus ergebenden Zwecken, mit dem Wahlspruch: „Gebet dem Könige, was des Königs ist, und dem Volke, was des Volkes ist", unter dem vaterländischen Namen: „Preußen-Verein für constitutionelles Königthum" zusammen, mit Gott für König und Vaterland!

Diese „Einladung" trug die Namensunterschriften von 81 Personen, welche zum größeren Theil dem Handwerkerstande, darunter Hoftapezierer, Hofschlächtermeister, Hofschuhmacher, in geringerer Anzahl dem Beamtenthume und der Aristokratie angehörten. Zu den Letzteren zählten die „Particuliers" v. Lauer Graf W. v. Pourtales, Graf R. v. d. Goltz, v. Katte, der Geheime Justizrath v. Lauer, der Generalmajor a. D. Plümike, der Generalstaatskassen-Buchhalter Liedtke, einige Hof-, Commerzien-, Sanitäts- und Kanzleiräthe. Die erste öffentliche Nachricht von der Existenz des Vereins — die „Einladung" war nur durch Privat-Circulare verbreitet worden — brachten Plakate, vom 25., folgenden Inhalts:

Der Preußen-Verein für constitutionelles Königthum — bringt hiermit seinen in § 1 seiner Statuten ausgesprochenen Zweck zur öffentlichen Kenntniß: Der Preußen-Verein für constitutionelles Königthum bezweckt republikanischen wie absolutistischen Bestrebungen dreist und entschieden entgegen zu treten und durch patriotische Reden, Schriften, Anschläge und Handlungen dahin zu wirken, daß die Saat, welche Se. Majestät unser geliebter König Friedrich Wilhelm IV. durch die Verheißung einer freien constitutionellen Verfassung ausgestreut hat, aufgehe, kräftig emporwachse und — von Unkraut gesäubert — Früchte trage, deren Genuß die preußische Nationalität kräftige und unserem Vaterlande die ihm im deutschen Gesammt-Vaterlande gebührende Stellung sichere."*)

---

*) In den „Statuten" lautet § 1, etwas abweichend: „Der Preußen-Verein . . bezweckt ebenso allen republikanischen wie absolutistischen Bestrebungen offen, dreist und entschieden entgegenzutreten, u. s. w." — Der dem Preußen-Verein von allen andern am nächsten stehende „patriotische Verein" hatte in seinen Statuten (vom 16.) den § 1 also formulirt: „Der patriotische Verein hat den Zweck, für Königthum, Volksrecht und Volkswohl thätig zu sein; insbesondere aber dahin zu wirken: 1) daß die constitutionelle Monarchie unverletzt erhalten werde; 2) daß alle Rechte und Freiheiten welche dem Volke bereits provisorisch gewährt worden sind, aufrecht erhalten und die vom Könige außerdem gemachten Verheißungen unverkürzt erfüllt werden; 3) daß die künftige Nationalrepräsentation durch zwei Kammern ausgeübt werde; daß der Arbeit kräftige Fürsorge zu Theil werde und zwar nicht nach einseitigem Ermessen der Regierung, sondern unter wesentlicher Mitwirkung von Vertretern der Arbeitenden und Arbeitgeber." Die folgenden 9 Paragraphen der Statuten des patriotischen Vereins bestimmen, daß zweimal wöchentlich (am Montag und Donnerstag Abends 7 Uhr) Sitzungen stattfinden, daß die Mitglieder aus denjenigen bestehen, welche sich durch Unterschrift des Programms dem Vereine angeschlossen haben, wie aus denen, welche demselben durch Unterschrift der Statuten beitreten, daß Nichtmitgliedern der Zutritt gestattet ist, daß acht auf drei Monate gewählte Mitglieder (ein Ordner oder Sprecher, ein Schriftführer, ein Kassirer, ein Kassen-Controleur, vier Stellvertreter) den Vorstand bilden, daß zu einem Beschlusse auf Abänderung der Statuten eine Majorität von zwei Drittel der erschienenen Mitglieder erforderlich ist u. a. m. — Ausführlicher und büreaukratisch-präciser sind die Bestimmungen in den 16 Paragraphen der Statuten des Preußenvereins. So heißt es, im § 2, über die Aufnahme in den Verein: „Die Gründer des Vereins, welche das Original der Einladung zu demselben unterzeichnet haben, sind dessen Stamm-Mitglieder. Wer demnächst in den Verein eintreten

Geliebte Mitbürger! wem ein preußisches Herz im Busen schlägt, wer das Vaterland liebt, wird uns verstehen! Es ist Zeit aus der Betäubung zu erwachen, in die uns die große Umwälzung der Dinge versetzt hat! die Augen aufzuthun zu dem Treiben der Böswilligen, welche die großen Errungenschaften zu unserem Verderben wenden wollen! die Hände nicht länger in den Schooß zu legen, zu dem Unwesen, was auf Straßen und Plätzen mit Wort und Schrift getrieben wird! dem Lande zu zeigen, daß Berlin noch würdig ist seine Hauptstadt zu sein! Willkommen ein Jeder, der sich hiezu mit uns verbinden will! Unsere Statuten mit den Bedingungen der Aufnahme sind zu finden bei unserem Vorsitzenden dem General-Maj. Plümicke, Dorotheenstr. 62., unserem Schriftführer dem Gen.-Staatskassen-Buchhalter Liedtke, Linienstr. 76., unserem Rendanten Schulvorsteher Gericke, Jäger-Straße 18., und noch bei folgenden Vereins-Mitgliedern: dem Buchdruckereibesitzer Schulz, Roßstr. 8., dem Kanzleirath Spangenberg, Marienstr. 18., dem Calculator Seidel, Kaiserstr. 35. — Der Preußen-Verein für constitutionelles Königthum. Plümicke. G. S. Liedtke.

Das Bedürfniß der Parteien, sich schärfer von einander abzusondern, veranlaßte neben der Bildung neuer Clubs, auch die Begründung neuer Zeitschriften. Das Organ des demokratischen Clubs: 1) „Der Demokrat." Herausgegeben von Baader, Massaloup und Wiß." Druck von W. Fähndrich u. Comp. Erschien seit dem 22. Mai, dreimal wöchentlich, bis Ende Juni, in 12 Nummern und einigen Extra-Beilagen. 2) „Das neue Preußen", nach der ersten Nummer vom 22. Mai, „ein zwangloses erscheinendes Blatt

---

will, hat sich beim Vorsitzenden oder irgend einem andern Mitgliede zu melden, und dabei gleichzeitig anzuzeigen ob er bereits einer andern, und welcher Gesellschaft von politischer Tendenz angehöre? worüber das Vereinsmitglied der Versammlung bei dem Vorschlage des Kandidaten Bericht zu erstatten hat. Wird der Vorschlag angenommen, so wird der Kandidat in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt, und hospitirt noch in zwei folgenden Sitzungen. In diesen hat er Gelegenheit zu nehmen, sich dem Verein als wünschenswerthes Mitglied zu empfehlen. Der Vorsitzende ist jedoch befugt, die Abkürzung dieser Eintrittsperiode ausnahmsweise in Vorschlag zu bringen. Die Aufnahme erfolgt nach vorgängiger Berathung durch Beschluß des Vereins, wonächst der Neuaufzunehmende protokollarisch zu erklären hat: daß er mit dem ihm bekannten Inhalte der Vereins-Statuten unbedingt einverstanden sei. Sodann wird der Neuaufgenommene als Mitglied des Vereins proclamirt, sein Name in die Liste der Vereins-Mitglieder eingetragen, und ihm die Mitglieds-Urkunde und das Eintrittszeichen eingehändigt. Jedes Mitglied des Vereins muß mindestens zwanzig Jahr alt sein und der preußischen Nation angehören. Die Landesangehörigkeit wird dadurch festgestellt, daß Jemand mindestens seit fünf Jahren in Preußen gelebt haben muß, oder nach den Landesgesetzen für einen Preußen zu erachten ist." Zu einem gültigen Beschluß, bestimmt § 4, ist die Anwesenheit von 25 Mitgliedern erforderlich. Jeder Beschluß wird durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt, nur bei dem Beschluß über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes ist eine Majorität von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. Nach § 5 hat der Verein das Recht, ein Mitglied auszuschließen, wenn dasselbe gegen die Zwecke des Vereins handelt. § 6 lautet: „Der Verein wird bemüht sein, sich in den Provinzen mittelst Gründung von Filialvereinen durch gleichgesinnte Männer zu kräftigen." § 9: „Zu Fällen, wo eine Vertretung der Handlungen des Vereins oder einzelner Mitglieder desselben nothwendig wird, vertritt zunächst der Vorsitzende und eventuell mit ihm die sämmtlichen Mitglieder des Vereins solidarisch, das Recht und die Würde desselben und jedes seiner Mitglieder." Die „Beamten des Vereins" (der Vorsitzende, drei Schriftführer, der Ordner, der Rendant und die Stellvertreter) werden, nach § 11, „immer nur bis zum nächstkommenden 1. Januar" gewählt; „Der Vorsitzende hat das Recht, sich und den übrigen Vereinsbeamten Gehilfen (als Kanzellisten, Boten, u. s. w.) beizugesellen, welche nicht grade Vereinsmitglieder zu sein brauchen." Nach § 14 „controlirt der Ordner das Ein- und Ausgehen der Mitglieder im Vereinslokale, und hält nöthigenfalls auf Schließung der Thüren." Der Verein setzte überdies zwei regelmäßige Sitzungen wöchentlich fest, die gewöhnlich in einem Privat-Lokale abgehalten wurden.

zur Besprechung der Tagesfragen;" von der zweiten Nummer an „ein täglich erscheinendes Blatt", als dessen Redacteur M. Goldschmidt (wie es hieß, Vertreter des Hrn. Kahle) genannt wurde. Druck von J. F. Starke. Erschien bis Ende Juni. — „Der Demokrat" spricht sich in seiner ersten (Probe-) Nummer also aus: „.. Der Demokrat will das gleiche Recht für Alle, wie es die Revolution in blutigem Kampfe errungen hat. Aber die Revolution hat ihr Werk nicht vollendet. Das gesammte Volk ist in seiner souverainen gesetzgebenden Berechtigung noch nicht anerkannt und gesichert. Dem Volke gegenüber steht noch die ganze Partei des alten Systemes; sie gehört nicht zum Volke . . . Dies ist der gemeinsame Feind, der noch in Rang und Würde sitzt, der die Revolution verleugnet und ihre großen Resultate unterdrücken möchte. Was will der Demokrat? Er will alle Sünden des alten Systemes schonungslos aufdecken, damit die Vertreter des Volks darüber richten; er will diese Vertreter überwachen und mit strenger Kritik die Marken ihrer Pflicht ziehen; er will jede Forderung einer Gesellschaftsklasse, jede Anmaßung einer Person, welche Vorrechte der Geburt, des Besitzes oder der Religion in Anspruch nimmt, durch die Macht der Intelligenz zurückweisen. — „Das neue Preußen" bringt „zur Eröffnung" Folgendes: „Männer, die sich den Namen preußischer und deutscher Patrioten verdienen wollen, haben sich vereinigt, um in dieser Zeit hochwichtiger Entscheidungen mitrathend ihre Stimme abzugeben. Sie sehen mit Besorgniß und Schmerz, daß die junge Freiheit, welche die Wohlfahrt Aller begründen sollte, mißbraucht werden will, zur Förderung der ehrgeizigen Zwecke Einzelner... Sollte der preußische Staat, die Schöpfung so großer Persönlichkeiten, die Blüthe einer so ruhmreichen Entwickelung auf so klägliche Weise zu Grunde gerichtet oder auch nur in Frage gestellt werden? . . Wir sind der Meinung, daß der constitutionellen Monarchie gegenwärtig die größere Gefahr droht von Seiten der wühlenden Neuerer und werden daher gegen sie vor allem Angriff und Vertheidigung richten. Aber nicht minder wollen wir, sobald sie sich mit ähnlicher Energie hervorwagen, denen entgegentreten, die sich von der mühevollen Wanderung der Freiheit zurücksehnen nach den Fleischtöpfen Egyptens und eine Ordnung der Dinge restauriren möchten, welche der 18. März für immer zur Vergangenheit geschlagen hat. Die eine extreme Partei ruft die andere mit Nothwendigkeit hervor, weil sie ihr Arbeit und Berechtigung verleiht; wer daher die eine bekämpfen will, muß auch die andere bekämpfen." — „Das Volk", ein „Organ des Central Comité's für Arbeiter" stellte sich (Extrablatt vom 25.) die Aufgabe, „das Bürgerthum einerseits zu unterstützen im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden; dem kleinen Gewerbtreibenden, wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Capitals und der freien Concurrenz, und immer voran zu schreiten, wo es gilt, dem Volke ein irgend noch vorenthaltenes politisches Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte,

sich die sociale Freiheit, die unabhängige Existenz um so schneller zu erringen. Deshalb — so fährt das Programm fort — hat unsere Zeitschrift die Aufgabe, der Demokratie, der Volksherrschaft, im weitesten Sinne des Worts vorzuarbeiten." [1]) Keine dieser Zeitschriften war von langer Existenz. „Das Volk" allein bestand über das erste Vierteljahr hinaus; „der Demokrat" und „das neue Preußen" fristeten ihr, wenig bekanntes, Dasein kaum ein halbes Vierteljahr. Noch geringeren Fortgang hatten zwei „Volks-Zeitschriften", deren eine, unter dem Haupttitel: „Deutscher Patriot" [2]) in einem an Verheißungen reichen Programm (am 19.) angekündigt wurde, deren andere, unter dem Namen „Deutsche Volkszeitung für Stadt und Land" [3]) als Fortsetzung eines früher von dem Landes-Oekonomie-Rath Koppe herausgegebenen Volksblattes: „Der Säemann" erschien. — In die Reihe der im Mai entstandenen journalistischen Unternehmungen gehören noch die lithographirten Correspondenzen des Correspondenz-Büreau's [4]); die, nach dem Vorbilde der schon seit Jahren von deutschen Zeitungen benutzten pariser Correspondenzen, dazu bestimmt waren, auswärtigen Zeitungen in täglichen Mittheilungen eine Uebersicht der berliner Tagesereignisse zu geben.

Einige der oben mitgetheilten Clubberichte enthielten Andeutungen von Wünschen, Anträgen und Protesten, die sich auf die Volksversammlungen unter freiem Himmel beziehen; im constitutionellen Club sehen wir (20. M.) den Antrag gestellt, daß während der Dauer der Nationalversammlung, nach der Art anderer constitutioneller Staaten, im Umkreis einer Meile vom Sitzungslokale keine Volkversammlung gehalten werden dürfe; der Antrag findet jedoch keine Unterstützung; im politischen Club, im Verein für Volksrechte, in der Zeltenversammlung wird mitgetheilt, daß Adressen und Petitionen, wegen einstweiliger Suspension des Versammlungsrechtes unter freiem Himmel, im Umlauf.

[1]) „Das Volk. Organ des Centralcomité's für Arbeiter. Eine social-politische Zeitschrift. Herausgegeben vom Schriftsetzer Born." Gedruckt in der Vereins-Buchdruckerei. Erschien seit dem 1. Juni dreimal wöchentlich bis zum October. [2]) „Deutscher Patriot. Volks-Zeitschrift für Politik, Unterhaltung und gesellschaftliches Leben." Verantwortlicher Redacteur G. Rahn. Haupt-Expedition: A. Wobith. Die „Subscriptions-Einladung" (Druck von Brandes und Schultze) gab als Tendenz des Blattes an: „Ohne irgend einer Partei anzugehören, will d. P. vielmehr über den Parteien stehen und den geraden Weg verfolgen, den die Vernunft ihm als den richtigen bezeichnet; er wird sich durch keine Leidenschaften hinreißen lassen, einen anderen Weg zu betreten und dadurch sein großes Ziel aus den Augen zu verlieren. Vielmehr wird er sein scharfes Augenmerk darauf richten, daß die Zustände der Vergangenheit nicht wiederkehren und daß die Zukunft die Hoffnungen der Gegenwart verwirkliche u. s. w." [3]) „Deutsche Volks-Zeitung für Stadt und Land." Erschien in vier Nummern, vom 15.—22. Mai, unter der verantwortlichen Redaction von Dr. Bernhard, Hillert, Lua. Die 5. Nummer, vom 29. Juli, enthielt als Probenummer ein neues Programm und noch den Namen eines vierten Redacteurs. Mit dieser Probenummer endete die Volkszeitung. (Druck von Carl Jahnke.) [4]) Die erste dieser lithographischen Correspondenzen erschien am 11. Mai, dem Tage des Schlöffelschen Processes, über den sie ausführlich berichtete. Das „Correspondenz-Büreau", gegründet von den HH. Treuherz, Wentzel und Schneitler, überdauerte alle ähnlichen Institute der nächsten vier Jahre.

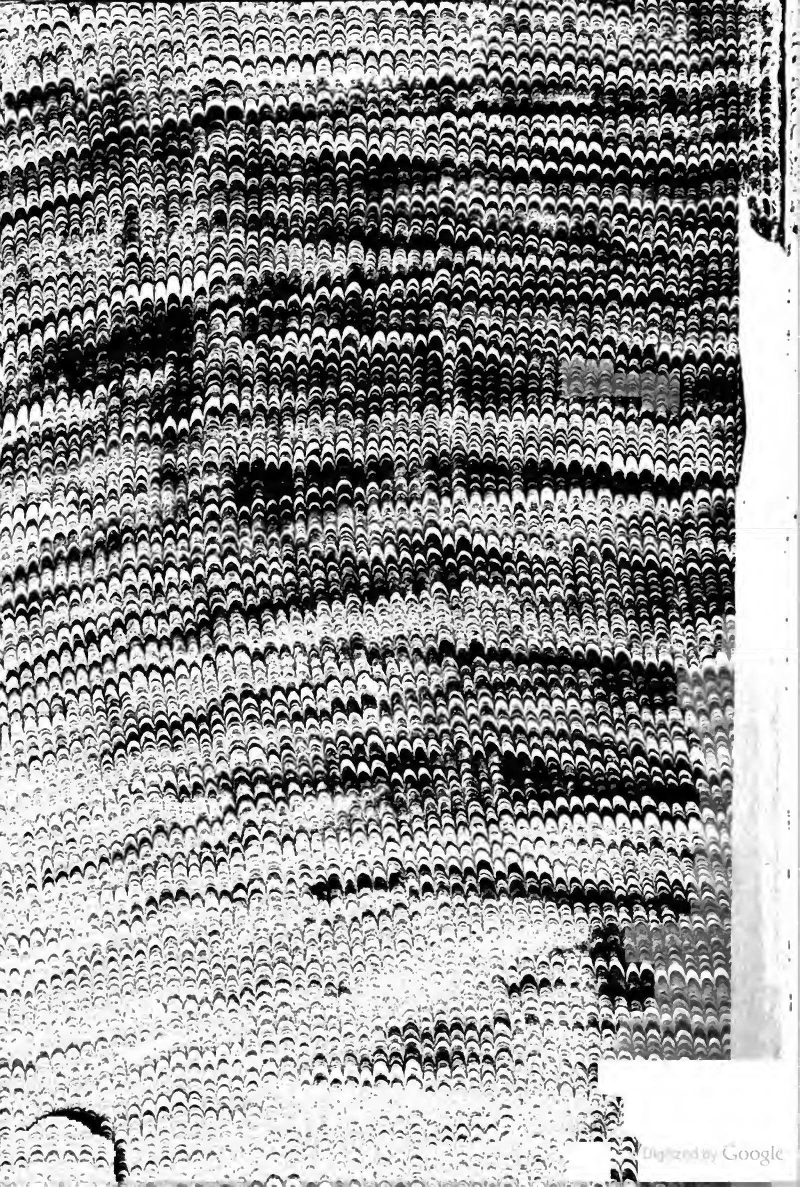
seien; Proteste gegen diese neue Anzeichen der Reaction werden beschlossen; Gerüchte lassen das Ministerium mit der Absicht umgehen, ein Attentat gegen die von ihnen selbst garantirte Associationsfreiheit auszuüben. Diese Gerüchte erwiesen sich zwar bald als unbegründete; an Versuchen jedoch, die Bürgerschaft, die Bürgerwehr oder einzelne Corporationen zu Petitionen um theilweise Aufhebung des Vereinigungsrechtes zu veranlassen, fehlte es nicht. Adreßentwürfe, in städtischen und Bürgerwehr-Bezirken, wie an der Börse in Umlauf gesetzt, richteten ihre Anträge an die National-Versammlung, nicht an das Staatsministerium. Die Proteste gegen diese im Entstehen begriffene Agitation häuften sich; selbst der „patriotische Verein" nahm sich, seiner öffentlichen Anzeige (vom 20.) zufolge, der bedrohten Versammlungen an. „Eine verblendete Partei", ruft ein Ungenannter aus, „geht damit um, eins unserer heiligsten Rechte, das der freien Vereinigung, uns zu verkümmern, um es mit der Zeit ganz zu unterdrücken. Einstweilen nimmt diese feige Sippschaft, welche den Thron, den sie zu schützen gedenkt, durch ihre unverständigen Bestrebungen fortwährend erschüttert, das Zusammentreten der constituirenden Versammlung zum Vorwande, um ein Verbot von Volksversammlungen in Berlins freier Umgebung zu erwirken. Wir protestiren . . gegen jeden Schritt dieser Unsinnigen, deren erheuchelte Sorge um die Ruhe der Stadt nur die Geschäftigkeit verstecken soll, mit welcher sie in reactionärer Weise auf die Abgeordneten einzuwirken suchen. Die Vertreter des Volks . . . nirgends werden sie sicherer sein, als in der Nähe des hochherzigen Volkes, das seinen bewunderungswürdigen Sinn für Ordnung so unzweifelhaft bewährt hat, selbst gegenüber den erkauften Angriffen jener Verleumder, die den Makel ihrer niederträchtigen Gesinnung so gern auf die Stirn des makellosen Volkes drücken möchten." (Z.-H. 23 M.) In der Bürgerwehr erhielt zahlreiche Unterschriften ein Protest (vom 19.) in welchem es, mit Bezug auf die den Volksversammlungen feindlichen Versuche, heißt: „Wir erklären, daß wir, eingedenk der heiligen Pflicht der Bürgerwehr, die Errungenschaften des 18. und 19. März mit Gut und Blut zu wahren, diesen Schritt als einen der Volksfreiheit gefährlichen und deshalb mit der Stellung der Bürgerwehr unvereinbarlichen halten. . ." Ein an das Staatsministerium gerichteter Protest, unterzeichnet: „Mehrere Bürger und Arbeiter" läßt diese „gegen jede derartige, unwürdige Furcht und Mißtrauen verrathende Maßregel" protestiren, „indem", wie es heißt, „wir dem Ministerium das Recht absprechen, durch Ausnahmegesetze die gesetzlich festgestellten Volksrechte der freien Versammlung wie der freien Rede zu beschränken, ja sogar aufzuheben. Dies steht nicht einmal der Volksvertretung zu; denn ein constitutioneller Staat ohne diese Rechte ist ein Leib ohne Seele. . . Wir müssen uns in Volksversammlungen über unsere Wünsche aussprechen und sie, wie unsere Einwendungen, auf gesetzliche Weise der Nationalversammlung vorlegen können. Dies ist das heiligste Recht aller freien Völker; es ist von Gott, wie die Krone. Wehe dem,

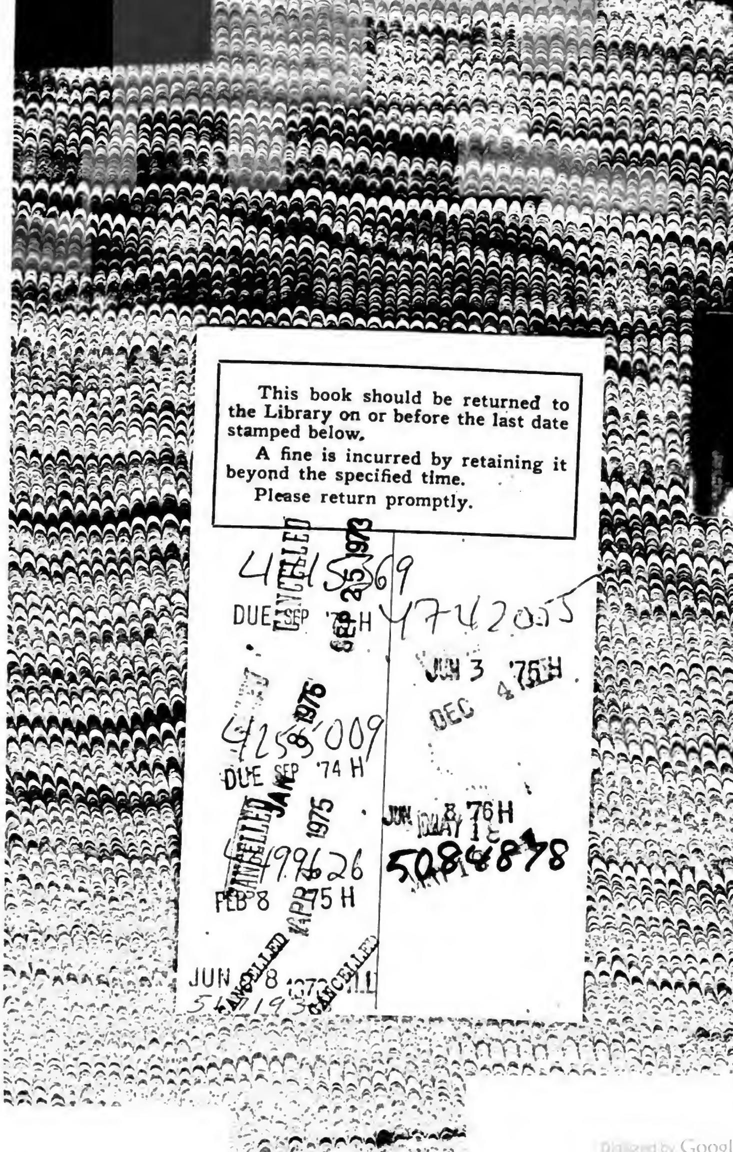
der daran tastet." In einem Eckenanschlag endlich erläßt Hr. C. O. Hoffmann folgenden Aufruf an seine Mitbürger (21. M.):

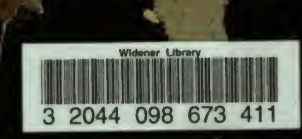
Keine Volksversammlungen! Es ist fast unglaublich, aber doch wahr, daß eine Adresse zur Unterschrift bei den Bürgern circulirt, welche die Bitte ausspricht, während der Zeit der Nationalversammlung die Volksversammlungen zu verbieten! Mitbürger bedenkt, was Ihr thut, entehrt Euch nicht selbst durch einen solchen Schritt! Eines der schönsten Rechte unserer mit Blut erkauften Freiheit wollt Ihr aufgeben? Vor dem gesammten Vaterlande die Schmach auf Euch laden, zu betteln um die Vernichtung und den Umsturz des eben erst Errungenen? Wer von Euch möchte die Verantwortung auf sich laden, durch ein solches Verbot die Gemüther empört und die erbittertste Opposition hervorgerufen zu haben? Soll denn die Welt von Euch sagen: Seht, die Bürger Berlins haben den Muth verloren ihre Rechte zu wahren, ja noch mehr: sie selbst legen die mörderische Axt an die Wurzel des jungen Baumes; dessen weithin schattende Aeste das theure Vaterland einst schirmend überwölben sollen, des Baumes unserer Freiheit! Ist es denn so schwer zu begreifen, was unsere Aufgabe, unser Ziel ist? Mit freudiger Begeisterung sind wir ihm entgegengegangen, und nun wollten wir uns selbst ein Halt zurufen, dessen Echo wie ein Weheruf durch Deutschland wiederhallen würde? Nimmermehr! Mitbürger, Euer Name unter einer solchen Adresse ist ein Verbrechen gegen die Ruhe des Vaterlandes, Ich beschwöre Euch, zieht Eure Hand zurück, wenn sie vielleicht schon Willens war, das verhängnißvolle Wort zu schreiben. Die Regierung aber, das hoffen wir, wird es nicht wagen, einer solchen Bitte Gehör zu geben, und dann hättet Ihr Mitbürger einen Schritt gethan, dessen Ihr Euch gewiß nur mit bitterer Reue erinnern würdet.

Diese auf die Verkümmerung einer der neuen Freiheiten bezüglichen Manifestationen schließen die Geschichten der drei ersten Maiwochen. Der 22. Mai läßt eine neue Größe den Schauplatz betreten — Preußens erste aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Versammlung von Volksvertretern. In ihrer Zusammensetzung noch unbekannt ist diese Versammlung bereits angerufen von den Einem als Richterin zwischen den Parteien und dem Ministerium, von den Anderen als rechtmäßige Begründerin dauernder Zustände, von einer Seite als die entscheidende Gewalt, die das bisherige Provisorium abzulösen berufen sei; von einer anderen als Vermittlerin der vormärzlichen Geschichte Preußens mit den nachmärzlichen Errungenschaften. Erwartet wird von ihr zunächst Antwort auf die Fragen: „War die Katastrophe des 18. März eine Revolution, oder war sie nur ein unglückseliger Zwischenfall, der die Kette freiwilliger Zugeständnisse des Königthums nirgends durchbrach? Findet mit der Krone, die bisher in vollem unbeschränkten Machtbesitz war, ein Unterhandeln, eine Vereinbarung über gewisse abzutretende Rechte statt oder befindet sich das Volk im Vollbesitze der constituirenden Gewalt und übt es dieselbe durch seine Vertreter ohne jene contractliche Form?" Welche Stellung die Versammlung gegenüber diesen Fragen, wie den an sie gerichteten Wünschen, Erwartungen, Forderungen der Parteien einnehmen, in welche Beziehungen sie zu der hauptstädtischen Bewegung treten wird — die Lösung dieser Fragen bildet den Inhalt der folgenden Darstellung.

Druck von A. Hahn & Co. in Berlin, Schleuse 4.






Widener Library
3 2044 098 673 411